
UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 00357890 3









Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Halle a. S.

vom 12. bis 18. Oktober 1890.

Berlin 1890.

Verlag der Expedition des „Berliner Volksblatt“.
(Th. Glocke.)

Das Programm der Partei.

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, daß heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshülfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange in's Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht.

Die sozialistische Arbeiterpartei fordert als Grundlagen des Staats:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Feiertag sein.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.
5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.
6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.
2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.
3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.
4. Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.
5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.
6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt-, und Haus-Industrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.
7. Regelung der Gefängnißarbeit.
8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhülfs- und Unterstützungskassen.

———

Die Organisation der Partei.

§ 1.

Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2.

Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen diese Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

Vertrauensmänner.

§ 3.

Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4.

Die Wahl der Vertrauensmänner erfolgt alljährlich und zwar im Anschlusse an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5.

Tritt ein Vertrauensmann zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Abs. 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6.

Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7.

Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstags-Vertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8.

Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 4 Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitages ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der des Parteitages durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9.

Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.

Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden.
2. die Mitglieder der Reichstags-Fraktion,
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10.

Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.

4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11.

Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden:
1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstags-Fraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12.

Die Einberufung des außerordentlichen Parteitages muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitages im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13.

Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14.

Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15.

Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16.

Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Parteiorgan.

§ 17.

Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"

Berliner Volksblatt.

Central-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18.

Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens $^3/_4$ der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tagesordnung des Parteitages.

Sonntag den 12. Oktober, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung. Konstituirung des Parteitages und Wahl einer Kommission fur die Prüfung der Vollmachten.

Montag den 13. Oktober und die folgenden Tage:

1. Bericht der Parteileitung. Berichterstatter: Bebel.
2. Bericht der Revisoren.
3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion. Berichterstatter: Singer.
4. Die Organisation der Partei. Berichterstatter: Auer.
5. Vornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation.
6. Das Programm der Partei. Berichterstatter: Liebknecht.
7. Die Parteipresse. Berichterstatter: Auer und Bebel.
8. Die Stellung der Partei zu Streiks und Boykotts. Berichterstatter: Grillenberger und Kloß-Stuttgart.
9. Anträge aus der Mitte des Parteitages.

Bureau des Parteitages.

Vorsitzende:

Singer, Berlin. — Dietz, Stuttgart.

Schriftführer:

Kaiser, Stuttgart.
Kloß, Stuttgart.
Bruhns, Bremen.
Ernst, Berlin.
Frohme, Hannover.
Müller, Schkeuditz.
Oertel, Nürnberg.
Schippel, Friedrichsh.
Schwartz, Lübeck.

Mandats-Prüfungs-Kommission:

Ewald, Brandenburg.
Grethe, Halle.
Hahn, Gera.
Hirsch, Weißensee.
Hosang, Dessau.
Kloß, Stuttgart.
Pfannkuch, Kassel.
Schwarz, Hamburg.
Wernau, Berlin.

Neuner-Kommission.

Ewald, Brandenburg.
Geck, Offenbach.
Grimpe, Elberfeld.
Kaden, Dresden.
Kloß, Stuttgart.
Meist, Köln a. Rh.
Müller, Darmstadt.
Pfannkuch, Kassel.
Reißhaus, Erfurt.

Fünfundzwanziger-Kommission.

Auer, Berlin.
Bebel, Berlin.
Behrend, Frankf. a. O.
Bertram, Hannover.
Dasbach, Hanau.
Emmel, Frankf. a. M.
Gänßler, Mannheim.
Herbert, Stettin.
Frau Ihrer, Velten.
Kandt, Rostock.
Keßler, Berlin.
Kühn, Langenbielau.
Lorenz, Königsberg.
Lütjens, Hamburg.
Malke, Flensburg.
Riemann, Chemnitz.
Wernau, Berlin.
Scherm, Nürnberg.
Schönfeld, Dresden.
Schulz, Berlin.
Segitz, Fürth.
Slomke, Bielefeld.
Stern, Stuttgart.
Theiß, Hamburg.
Vollmar, München.

Auswärtige Gäste.

Dr. Adler, Wien.
Anseele, Gent.
Bock, Zürich.
Branting, Stockholm.
Frl. Cohen, Amsterdam.
Domela-Nieuwenhuis, Haag.
Duc-Quercy, Paris.
Ferroul, Paris.
Guesde, Paris.
Hanser, Wien.
Ladour, Paris.
Frau Marx-Aveling, London.
Mundberg, Kopenhg.
Pokorny, Wien.
Scherrer, St. Gallen.
Dobsin, Warschau. Wullschleger, Basel.

Protokoll.

Eröffnungs-Sitzung: Sonntag, 12. Oktober, Abends 7 Uhr, im großen Saale des Lokals „Zum Hofjäger".

Der Saal ist festlich geschmückt. Von den Wänden grüßen die umkränzten Bilder unserer Todten herab: Geib, Bracke, Hasenclever, Kräcker, York und Kayser. Marx' und Lassalle's Bildnisse sind über der Tribüne vereint unter der Gestalt einer Freiheitsgöttin; unten im Bilde geht die Sonne der Gerechtigkeit auf, während das Schiff der Sozialdemokratie die Wellen kühn durchschneidet und der Zukunft entgegeneilt. Quer über der Tribüne steht auf breitem Bande der alte Schlachtruf: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Zwei rothe Fahnen wallen zu beiden Seiten der Tribüne herab. Auf der einen liest man: Sozialdemokratischer Parteitag zu Halle: auf der anderen: Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit.

Zahlreiche Schilder hängen an den Wänden, welche die bedeutendsten Tage der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nennen.

Ungefähr 400 Delegirte, fast alle Mitglieder der Reichstags-Fraktion, zahlreiche Hallenser, sowie eine Anzahl ausländischer Genossen sind anwesend.

Im Namen der Reichstags-Fraktion, der Einberuferin des Parteitages, eröffnet Genosse Liebknecht die Verhandlungen: Als dem ältesten der Einberufer dieses Kongresses ist mir die ehrenvolle Aufgabe geworden, die hier versammelten Delegirten der deutschen Arbeiter, sowie die fremden Gäste, welche unseren Kongreß mit ihrer Anwesenheit beehrt haben, zu begrüßen. Ich thue dies hiermit und eröffne zugleich den Kongreß der deutschen Sozialdemokratie. Die Zahl der Theilnehmer war von uns von Anfang an hoch geschätzt worden: aber unsere höchsten Schätzungen hat die Wirklichkeit weit übertroffen. Die zahlreiche Anwesenheit von Delegirten verkündet bereits das gewaltige Wachsthum der deutschen Sozialdemokratie. Der Kongreß, welcher heute beginnt, ist der erste welcher nach dreizehn Jahren wieder auf deutschem Boden tagt In diesen dreizehn Jahren liegen zwölf Jahre der Herrschaft des Sozialistengesetzes — zwölf Jahre des Kampfes, heißen, ununterbrochenen, alle Kräfte anspannenden Kampfes. Die Gegner schonten

uns nicht: und wir, zu stolz und zu stark, um uns feig zu fügen, gaben Schlag auf Schlag zurück, und so haben wir das Gesetz überwunden. Der Kampf aber hat auch schwere Opfer gekostet und wie viele der tapfersten Kämpfer sind auf dem Feld der Ehre geblieben! Da an den Wänden schauen manche derselben auf uns herab, ein Geib, ein Bracke, ein Hasenclever, ein Kayser und wie sie sonst alle heißen. Und wie groß ist die Zahl der Ungenannten und zum Theil Unbekannten, die in diesem Kampfe ihr Leben gelassen, und auch Derer, die ihre Gesundheit, ihr Vermögen eingebüßt haben. So schwer aber auch die Opfer waren, sie sind nicht umsonst gebracht worden. Und sie haben unsere Kräfte nicht geschwächt, sondern gestärkt. An die Stelle der Niedergeworfenen traten Andere, und wenn auch unsere vormarschirende Armee eine lange Linie Gefallener oder müde Zurückgebliebener aufzuweisen hat, unser Vormarsch ist nicht aufgehalten, unsere Reihen sind nicht gelichtet worden; im Gegentheil: je zahlreicher die Opfer, desto zahlreicher der Zuzug, desto größer die Begeisterung. Und je höher und stolzer wir unsere Fahne trugen, desto mehr erkannten weite Kreise des Volkes außerhalb der Partei, daß durch die Sozialdemokratie allein die Erlösung für das arbeitende Volk, für die gesammte darbende Menschheit zu finden sei.

Wir sind nicht hierhergekommen, um Reden zu halten, wir haben ernste Geschäfte zu erledigen, ernst nach bestem Können zu besorgen die Geschäfte der Partei, der eine neue, den neuen Verhältnissen entsprechende Organisation geschaffen werden muß.

Wir tagen hier im vollsten Lichte der Oeffentlichkeit. Es ist Ihnen bekannt, daß in den letzten Tagen durch die gegnerische Presse verbreitet worden ist, die Sozialdemokraten hätten zwar im ersten Moment in großmüthiger Aufwallung erklärt, der Eintritt zum Kongreß solle frei, seine Verhandlungen öffentlich sein, aber sie hätten sich schließlich vor ihrem eigenen Beschlusse gefürchtet; — der Beschluß sei zurückgenommen worden, weil wir viel Heimliches zu verhandeln, viel schmutzige Wäsche zu waschen hätten. Wohlan, nun tagen wir hier im Lichte der vollsten Oeffentlichkeit; die Vertreter der Presse aller Parteien dürfen anwesend sein. Wir stellen uns der Kritik. Unsere Partei hat nichts zu vertuschen, nichts zu verbergen, ihre Ziele liegen klar da. Es giebt freilich Leute, welche behaupten, die Ziele, die wir in unserem Programm aufstellen, seien bloß zum Schein aufgestellt und hinter ihnen lägen andere — die wahren Ziele. Es sind Thoren, die so reden, sie verrathen dadurch, daß sie von dem Wesen unserer Partei keinen Begriff haben und stellen ihrem Verstand ein sehr schlechtes Zeugniß aus. Wäre das wahr, so trieben wir eine selbstmörderische Politik, wir würden gerade im entscheidenden Moment, wenn das wahre Programm zu enthüllen wäre, von den Massen verlassen

werden! Genug, hier stehen wir. Wir fordern die Kritik heraus, wir haben nichts zu scheuen.

Ihnen hier, meine Genossen, brauche ich nicht Worte der Mahnung zu sagen, Ihnen brauche ich keine Rathschläge zu geben; Sie sind fast ohne Ausnahme im Kampfe erprobt, — die Ehre und das Interesse der Partei wird Ihr Leitstern sein, der Gedanke an das Wohl der Partei wird Ihr Rathen und Handeln beherrschen und uns mit Sicherheit dem Ziele immer näher führen. Man pflegt den Soldaten, wenn sie in den Kampf gehen, zu sagen: „Das Vaterland blickt auf Euch und erwartet, daß Ihr Eure Schuldigkeit thut!" — Wir gehen jetzt nicht in den Kampf, aber ein weltgeschichtlicher Moment ist es, in dem die deutsche Sozialdemokratie sich auf diesem Parteitag konstituirt, und dessen müssen wir eingedenk sein. — Nicht bloß das Vaterland blickt auf uns — die gesammte deutsche Arbeiterschaft voll Vertrauen, unsere Feinde voller Haß und Angst —, die ganze gebildete Welt blickt auf diesen Kongreß. Seit Jahren — das zeigt ein Blick in die Presse des Auslandes — hat kein Ereigniß in den weitesten Kreisen ein solches Aufsehen erregt, wie der Sieg der Sozialdemokratie am 20. Februar dieses Jahres, der Fall des Sozialistengesetzes und das Zusammentreten dieses Kongresses. In England, Frankreich, Amerika, überall beschäftigt sich die Presse mit diesem unserm Kongreß als mit dem wichtigsten Ereigniß der Gegenwart, damit bezeugend, daß das Proletariat eine Macht geworden ist, daß mit der Sozialdemokratie gerechnet werden muß und daß sie eine Summe von Kraft repräsentirt, welche ausschlaggebend in die Wagschale der Zeit fällt. Haben wir doch durch die Zahl unserer Stimmen am 20. Februar bewiesen, daß wir die zahlreichste, die stärkste, ja in gewisser Beziehung die leitende Partei Deutschlands sind. Oder dreht sich nicht gegenwärtig die Gesetzgebung, das ganze politische Leben wesentlich um unsere Partei, um die von uns formulirten Forderungen des arbeitenden Volks? Der Sieg vom 20. Februar, das wunderbare Wachsthum der deutschen Sozialdemokratie, welche aus einer Sekte zu einer kleinen Partei, aus einer kleinen Partei zu einer großen, aus einer großen zur größten Partei in Deutschland geworden ist, legt uns auch erhöhte Pflichten, schwierigere Aufgaben auf; Sie alle sind sich dessen bewußt, sind sich bewußt der Bedeutung des Moments und der Verantwortlichkeit, die auf Ihnen, auf uns allen ruht, — Sie werden die Hoffnungen des arbeitenden Volks aller Länder nicht täuschen; auf der andern Seite aber werden Sie auch die Hoffnungen Derjenigen zu Schanden machen, welche da wähnen, die Sozialdemokratie, die von ihren Feinden nicht besiegt werden konnte, werde sich selbst durch inneren Zwiespalt besiegen.

Wohlan, ich schließe mit einem Hoch auf die internationale

Sozialdemokratie, sie lebe hoch! hoch! hoch! (Die Versammelten stimmen begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.) — Und nun erwächst mir die Pflicht, den Parteitag zu konstituiren. Ich erwarte Ihre Vorschläge.

Ewald-Brandenburg schlägt vor, die Delegirten Singer und Dietz zu Vorsitzenden zu wählen und zwar mit gleichen Rechten.

Weitere Vorschläge erfolgen nicht, der Vorschlag Ewald's wird durch Akklamation einstimmig angenommen.

Singer: Im Auftrage unseres Genossen Dietz und für mich sage ich der Versammlung herzlichen Dank für die hohe Ehre, die Sie uns durch die eben vollzogene Wahl erwiesen haben. Wir wissen das in uns gesetzte Vertrauen zu schätzen; wir werden mit allen Kräften bemüht sein, es zu rechtfertigen und, soweit an uns liegt, dafür sorgen, daß der Parteitag, der seit 13 Jahren zum ersten Male wieder auf deutschem Boden abgehalten werden kann, würdig der Partei, würdig der Sozialdemokratie verlaufe. Wir können dieses Vorhaben aber nur ausführen, wenn wir der Unterstützung jedes einzelnen Genossen sicher sind, und ich bin überzeugt, daß, da für jeden Einzelnen von uns die Ehre der Partei die eigene Ehre ist, jeder Genosse die hiermit namens des Bureaus ausgesprochene Bitte erfüllen und uns in der Geschäftsführung nach Möglichkeit unterstützen wird. Wir nehmen die Wahl mit herzlichem Dank an. (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Singer werden acht Schriftführer gewählt, von denen in jeder Sitzung abwechselnd drei an den Bureaugeschäften theilnehmen sollen, zwei für das Protokoll, einer für die Rednerliste. Die Versammlung stimmt dem zu und erfolgt die Wahl der Schriftführer ebenfalls per Akklamation.

Die drei Erstgenannten treten sofort ihr Amt an.

Vorsitzender Singer: Es würde nun zunächst das Einverständniß des Parteitages darüber herbeizuführen sein, daß die provisorisch Ihnen vorgelegte Tagesordnung als für unsere Verhandlungen maßgebend angesehen wird. Ich bitte Diejenigen, welche anderer Meinung sind, das Wort zu nehmen.

Werner-Teltow: Ich möchte den Parteigenossen vorschlagen, daß bei der Verhandlung über die verschiedenen Punkte der Tagesordnung jedesmal ein Referent von Seiten der Abgeordneten und dann ein Korreferent aus der Mitte der Delegirten gehört wird, welche Korreferenten sich freiwillig zu melden hätten. Nach der provisorischen Geschäftsordnung soll den einzelnen Rednern nur eine Redezeit von 10 Minuten zustehen, während die Referenten über eine Stunde verfügen. Ich besorge, daß dann eine etwaige gegentheilige Meinung nicht richtig und nicht ausreichend zum Austrag kommen würde. Außerdem meine ich, daß bei den beiden Punkten der Tagesordnung, wo zwei Abgeordnete als Referenten

genannt sind, einer zu Gunsten eines Korreferenten aus der Mitte der Delegirten zurücktreten sollte. Das würde bei den Referaten über die Presse und über Strikes und Boykotts zu geschehen haben.

Förster-Hamburg widerspricht diesem Vorschlage, dessen Nothwendigkeit er nicht einsehen könne, wie er auch die von Werner ausgesprochene Besorgniß seinerseits nicht theile. Die provisorische Tagesordnung sei vollständig sachgemäß festgesetzt.

Leutert-Apolda kann der Ansicht Werner's ebenfalls nicht beitreten. In der Diskussion genüge eine Redezeit von 10 Minuten, um eine bestimmte Ansicht zur Geltung zu bringen. Das Verfahren nach dem Vorschlage Werner's würde eine kolossale Vergeudung der Zeit herbeiführen, das könne er nicht unterstützen.

Schultze-Magdeburg empfiehlt dagegen, den Antrag anzunehmen. Trage man jeder hier auf dem Parteitage auftretenden Meinung Rechnung, so werde das am besten zur Förderung unserer Parteiinteressen dienen. Es könne nicht zur Klärung beitragen, wenn eine Majorität die Minorität unterdrücke.

Prinz-Frankfurt a. M.: Wir werden einen Fehler begehen, wenn wir die Tagesordnung nicht erledigen, wie sie uns vorgeschlagen ist. Wir sollen heute den Parteitag konstituiren und eine Kommission zur Prüfung der Vollmachten wählen. Geht die Debatte so weiter, so kommen möglicherweise zahlreiche Personen zum Worte, die gar nicht Delegirte sind.

Metzner-Berlin I: Wir haben uns gegenwärtig doch über die Tagesordnung schlüssig zu machen. Ich begreife nicht, warum man damit schon jetzt eine Anregung zur Geschäftsordnung vermengt.

Bebel: Ich glaube, die Absicht, die Genosse Werner mit seinem Antrage verfolgt, wird durch den Vorschlag selbst total verfehlt. Wenn ich recht verstehe, beabsichtigt er nämlich dafür Sorge zu tragen, daß nach jedem Referenten auch ein Redner zum Worte kommt, der vielleicht gegentheiliger Meinung ist. Es wird sich aber doch einmal fragen, ob solche sich melden, und dann, ob der Parteitag Neigung hat, sie zu hören. Es wird eventuell nothwendig sein, darüber eine Abstimmung herbeizuführen. Das sind Komplikationen, die uns unnütz eine Menge Zeit kosten würden. Weiter aber ist der Antrag auch deshalb nicht acceptabel, weil zu dem Bericht der Parteileitung aus der Mitte der Versammlung ein Korreferent doch gar nicht ernannt werden kann. Bei der Diskussion über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion werden diejenigen, die mit derselben nicht einverstanden sind, ebenso das Wort haben wie die andern; mehr können Sie doch nicht verlangen. Es hat also Niemand ein Recht, sich beschwert zu fühlen. Dem Wunsche, daß da, wo zwei Referenten in der provisorischen Tagesordnung bestellt sind, einer zurücktreten möge, erkläre ich persönlich schon jetzt, beim Punkte „Parteipresse“ mit Vergnügen nachkommen

zu wollen. Bei dem anderen Punkte „Streiks und Boykotts“ geht das nicht an, weil da gar keine zwei Abgeordnete zu Referenten ernannt sind. Wir haben hiernach keine Veranlassung, von der früheren bewährten Praxis abzugehen.

Meist-Köln beantragt den Schluß der Diskussion über den Antrag Werner.

Vorsitzender Singer: Da wir noch keine Geschäftsordnung haben, behandeln wir diesen Antrag Meist in der üblichen Weise, indem wir einem Redner für, einem gegen den Schluß das Wort geben. (Zustimmung der Versammlung.)

Meist-Köln befürwortet den Schluß, da schon je zwei Redner für und gegen den Antrag Werner sich geäußert haben.

Das Wort gegen den Schluß wird nicht verlangt.

Mit großer Mehrheit wird darauf der Schlußantrag angenommen und der Antrag Werner abgelehnt.

Der Vorsitzende Singer konstatirt das Einverständniß des Parteitages, die provisorische Tagesordnung für seine Verhandlungen als maßgebend anzusehen.

Weiter macht der Vorsitzende dem Parteitage den Vorschlag, sich eine Geschäftsordnung zu geben. Es liegt unter den gedruckten Vorlagen folgender Entwurf einer solchen vor:

Geschäftsordnungs-Entwurf
für die
Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 30 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

3.

Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.

4.

Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 15 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

5.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbstständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbstständiger Anträge — darf mehr als 2mal in einer Sache das Wort nehmen.

6.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

7.

Auf Antrag von mindestens 30 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

Nach eingehender Diskussion wird vorstehende Geschäftsordnung, mit dem Zusatzantrag, daß vor Schluß des Parteitages abreisende Delegirte dies dem Bureau anzuzeigen haben und ihre Namen im Protokoll vermerkt werden sollen, angenommen.

Der Vorsitzende schlägt vor, eine Mandats-Prüfungskommission von 9 Mitgliedern zu wählen, welche dem Parteitage Bericht zu erstatten hat. Der Vorschlag wird nach kurzer Diskussion angenommen und findet die Wahl per Akklamation statt.

Zu Mitgliedern der Mandats-Prüfungskommission werden gewählt die Genossen: Wernau-Berlin, Hosang-Dessau, Hahn-Gera, Ewald-Brandenburg, Hirsch-Niederbarnim, Pfannkuch-Kassel, Schwarz-Hamburg, Metzger-Hamburg, Heinzel-Kiel.

Nach Schluß der Wahl bemerkt Slomke-Bielefeld, daß Genosse Metzger-Hamburg kein Mandat zum Parteitag habe und deshalb auch nicht die Mandate prüfen dürfe.

Der Vorsitzende bedauert, daß dieses Bedenken nicht schon vor der Wahl des Genossen Metzger ausgesprochen worden ist. Derselbe sei gewählt; indessen der Parteitag sei souverän.

Arnold-Constanz hätte gewünscht, daß auch ein Genosse aus Süddeutschland in die Kommission gewählt worden wäre.

Die Genossen Metzger-Hamburg und Heinzel-Kiel verzichten zu Gunsten süddeutscher Genossen, worauf die Kommission durch die Wahl von Kloß-Stuttgart und Grothe-Halle (Vorsitzender des Lokalkomitees) kompletirt wird.

Der Vorsitzende macht nunmehr Vorschläge über Zeit und Dauer der Sitzungen des Parteitages. Es empfehle sich für den Parteitag die Einführung des achtstündigen Normalarbeitstages (Heiterkeit). Es sei am besten, wenn der Parteitag von 9—1 und von 3—7 Uhr tage.

Brühne-Frankfurt a. M. schlägt vor: 8—12 und 2—6, Bremer dagegen 8—12 und 5—9 mit Rücksicht auf die beschäftigten Arbeiter.

Grothe-Halle bittet, am Montag wenigstens von 9—1 und 4—8 Uhr zu tagen, weil er die Versammlung in dieser Weise polizeilich angemeldet habe.

Lücke-Cöln und Pfannkuch-Cassel glauben, daß eine Rücksprache mit der Polizeibehörde wohl zu einer Aenderung der Anmeldung im Sinne des Vorschlages des Vorsitzenden führen könne.

Grothe erklärt sich bereit, sich zu diesem Zwecke mit der Polizeibehörde ins Einvernehmen zu setzen.

Es verbleibt bei dem Vorschlage des Vorsitzenden.

Meist-Cöln beantragt, eine Kommission von 12 Mitgliedern zu wählen, welcher alle Anträge auf Aenderung des Parteiprogramms einzureichen sind und die durch einen Referenten zu Punkt 6 der Tagesordnung Bericht zu erstatten hat.

Bebel: Ich bitte, den Antrag Meist abzulehnen (Zustimmung). Nach meiner Ueberzeugung ist in Bezug auf das Parteiprogramm diesmal doch nicht an ein endgiltiges Resultat zu denken (Sehr richtig!). Ich denke mir die Sache so, daß, nachdem wir den Referenten gehört haben, in der Diskussion die verschiedensten Wünsche und Ansichten laut werden und daß schließlich alle hier gestellten Anträge einer Kommission überwiesen werden, die alsdann das Programm definitiv festzustellen und mindestens 3 Monate vor dem nächsten Parteitag zu veröffentlichen hätte, so daß dieser zu einem allen Wünschen entsprechenden Parteiprogramm kommen könnte.

Meist zieht seinen Antrag zurück.

Der Vorsitzende verspricht auf eine Anregung mehrerer Genossen, daß das Bureau in Verbindung mit dem Lokalkomitee dafür Sorge tragen wird, daß die Delegirten möglichst im Hauptsaale Platz finden und jede Störung der Verhandlungen vermieden wird. Den ausländischen Genossen soll ein besonderer Tisch reservirt und Rauchen sowie das Biertrinken im Sitzungssaale vermieden werden.

Nachdem der Vorsitzende noch mitgetheilt, daß die Protokolle der Sitzungen auf dem Bureau zur Einsicht offen liegen und über die gesammten Verhandlungen ein ausführliches Protokoll auf Grund stenographischer Aufzeichnungen erscheinen wird, schließt er die Sitzung um 9 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 13. Oktober, Vormittags 9 Uhr.

Singer eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Parteigenossen! Wir haben die Freude, die ausländischen Genossen Mundberg-Kopenhagen, Ladour-Paris, Anseele-Gent, Wobsky-Warschau, Pokorny-Wien, Hanser-Wien, Dr. Adler-Wien, Domela-Nieuwenhuis-Haag, Branting-Stockholm und Duc-Quercy-

Paris, unter uns zu sehen. Ich glaube, ich kann die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie nicht besser einleiten, als indem ich die ausländischen Genossen namens des Parteitages brüderlich und herzlich willkommen heiße. (Allseitige Zustimmung.) In ihrer Theilnahme an unseren Arbeiten manifestirt sich die von den Gegnern so oft angezweifelte und bestrittene Solidarität der Arbeiterklasse der ganzen Welt in der glänzendsten Weise; wir danken den ausländischen Genossen, daß sie zu uns gekommen; wenn wir auf unserem Parteitag auch nur die Geschäfte der Sozialdemokratie Deutschlands erledigen werden, so mögen unsere Gäste doch die Ueberzeugung mit in ihre Länder nehmen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ihrer internationalen Aufgaben ebenso bewußt ist, wie der Pflichten, welche sie gegen die deutsche Arbeiterklasse zu erfüllen hat. Die Anwesenheit der ausländischen Genossen, deren Zahl sich, wie zu erwarten steht, im Laufe des Parteitages noch vermehren wird, beweist uns, daß das Wort unseres großen Führers Carl Marx zur Wahrheit geworden ist, daß die Proletarier aller Länder seinem Mahnwort gemäß sich vereinigt haben, und daß sie gewillt und bereit sind, je nach den Verhältnissen ihrer Länder, in gemeinsamer Arbeit die geschichtliche Mission der Arbeiterklasse zu erfüllen, daß sie erkämpfen wollen die Befreiung der Menschheit aus den Banden der Unwissenheit, aus dem Joche der Armuth, aus der Sklaverei des Lohnsystems. (Lebhafter Beifall.) Ich begrüße die ausländischen Genossen in unseren Reihen und bitte sie, den Verhandlungen des Parteitages mit demselben Interesse zu folgen, welches sie in so hohem Maaße durch ihr Erscheinen bereits bekundet haben. (Allseitiger lebhafter Beifall.) Nun, Parteigenossen, drängt es mich, bei Beginn unseres Parteitages, der seit 13 Jahren zum ersten Male wieder auf deutschem Boden stattfindet, jener Treuen und Tapferen zu gedenken, welche im Laufe der Jahre seit dem Parteitage von St. Gallen durch den Tod aus unseren Reihen geschieden sind. Ich bin überzeugt, im Sinne der Gesammtpartei zu handeln, wenn ich die Delegirten bitte, sich zum ehrenden Angedenken an die Genossen, welche bis zum letzten Athemzuge in nie versagender Treue, Schulter an Schulter mit uns gekämpft haben, von ihren Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Eine sehr große Anzahl von Begrüßungs- und Zustimmungstelegrammen ist beim Bureau des Parteitages eingelaufen; dieselben wünschen sämmtlich den Vertretern der deutschen Sozialdemokratie erfolgreiches Arbeiten, und enthalten die Versicherung, daß überall die Verhandlungen des Parteitages mit den lebhaftesten Sympathien begleitet werden. Von der Vorlesung des Wortlauts wird Abstand genommen und nur die Liste der Orte verkündet, woher die Telegramme und Zuschriften stammen. — Außerdem sind bereits durch die Presse diejenigen Zuschriften an die deutsche Sozialdemokratie

veröffentlicht worden, die vor der Constituirung des Parteitages eingegangen sind.

Eine Liste der Adressen, Telegramme und Zuschriften wird dem Protokoll einverleibt werden. (Siehe Anhang.)

Namens des Parteitages spricht der Vorsitzende unter lebhaftem Beifall der Versammlung den Veranlassern dieser Zusendungen für die darin ausgedrückte Theilnahme den Dank aus.

Auf Antrag von Körner-Anhalt II, dem die Versammlung zustimmt, wird der Wortlaut der Gesammtadresse der italienischen Genossen, deren Verlesung letztere ausdrücklich gewünscht haben, in der vom Verfasser Professor Labricola hergestellten deutschen Uebersetzung vom Antragsteller verlesen.

Unterzeichnet ist die Adresse von einer großen Anzahl von Vereinen; außerdem hat dieselbe eine lange Reihe persönlicher Unterschriften von Zeitungsvertretern und Vereinsvorständen, darunter eine ganze Anzahl von Universitätsprofessoren.

Es folgt nun eine Reihe von Ansprachen der ausländischen Genossen an die Delegirten zum Parteitage.

Domela Nieuwenhuis-Haag: Kampfesgenossen! Ich danke dem Vorsitzenden des Kongresses für die freundliche Aufnahme, welche wir hier gefunden haben, die wir gekommen sind, um dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie beizuwohnen. Es ist immer schwer, in einer fremden Sprache zu reden, aber unter Ihnen nicht; denn ich fühle mich nicht fremd unter Ihnen (Beifall), ich fühle mich als ein Freund unter Freunden; denn wir haben eine Sprache des Herzens, eine Sprache des Gefühls, und darum sollten wir Sozialdemokraten der Welt einander verstehen, auch wenn ich nicht zu Ihnen sprechen, wenn ich Ihnen nur die Hand drücken könnte. Ich bringe Ihnen einen Gruß der Freundschaft und des Wohlwollens aus Holland, dem kleinen Lande, das einmal der Keim der Freiheit und der Revolution war, wo man gelitten und gestritten hat gegen die Unterdrücker, und wo der Geist der Revolution nie ausgelöscht worden ist. Wir sind stammverwandt; aber nicht nur stammverwandt, auch geistesverwandt (Lebhafter Beifall). Ihr Leiden war unser Leiden, und nun ist Ihre Freude auch unsere Freude. Keine Grenze, willkürlich gezogen durch die Diplomatie, keine Nationalität, keine Religion kann uns trennen; wir sind eins von Herzen und eins von Sinn, denn wir haben denselben Feind zu bekämpfen: den internationalen Kapitalismus. Darum müssen wir auch international sein. Ja, die Sozialdemokratie sei international oder sie sei nicht! In diesem Augenblick klopft Ihr Herz stolz; denn Sie haben nach 12 Jahren des Kampfes und Leidens einen Sieg errungen; Sie haben ihn errungen nicht blos für Deutschland, nein für die ganze Menschheit. Aber noch sind wir nicht am Ende; es ist nur eine andere Form des Streites,

welche eintritt, wir bleiben noch immer im Kampf. Wir gedenken Aller, welche als Märtyrer gestorben sind und gelitten haben, wir gedenken auch Derer, welche noch im Kerker sind.

Als 1789 die Bastille genommen war, das Volk im ersten Augenblicke siegestrunken frohlockte, da war es der edle, viel verkannte Marat, der in einem seiner glänzenden Artikel seinem Volke zurief: „Wachet auf und schlafet nicht ein!" So auch wir. Ja, wir müssen wachen, denn der Feind lauert stets auf uns. Einen Augenblick freundlich, wird er uns zerschmettern wenn er kann, und wenn wir uns nicht fügen nach seinem Willen. Die Freundschaft der Feinde ist öfter viel gefährlicher als ihre Wuth. Darum laßt Euch nicht verlocken. Wir begreifen, wie erfreut Ihr seid, Ihr habt Ursache zur Freude; denn hatte der Altmeister Jacoby Recht, wenn er sagte, daß die Stiftung des kleinsten Arbeitervereins für die Kulturarbeit wichtiger sei als Sadowa, wie wichtig muß dann dieser Tag wohl sein! Gewiß viel wichtiger, als alle Kriege in diesem Jahrhundert zusammen. Mit goldenen Lettern soll dieser Tag geschrieben stehen in den Jahrbüchern der Geschichte, und Sie, meine Freunde, sind sich vollkommen bewußt, hier zusammen zu sein als Träger der Kultur, als Vorarbeiter einer neuen Zukunft, einer neuen Epoche in der Weltgeschichte, wo nicht die brutale Gewalt, sondern Recht und Gleichheit regiert. Noch ist Ruhe nicht unser Theil, sondern Kampf, unermüdlicher Kampf. Nein, wir werden nicht ruhen, so lange noch ein Mensch auf der Welt gefunden wird, welcher darbt und elend ist, so lange noch ein Mensch Unrecht leidet und ausgebeutet wird, so lange noch ein Mensch in Unkenntniß herumläuft; und in diesem Streite streiten wir nicht nur nebeneinander, nein, miteinander. Wir Holländer sind ein kleines Volk, aber die revolutionäre Tradition ist nicht untergegangen, und wir versprechen Ihnen, daß wir unsere Pflicht thun werden. Und sollten wir untergehen, unsere Fahne wird rein bleiben; wir werden fallen mit Ehre; denn wir haben nur ein Vaterland: die Menschheit, nur eine Sittenlehre: Liebe und Gerechtigkeit, nur einen Sinn: die Erlösung der darbenden Menschheit! Und alle, welche dafür mit uns arbeiten, sie sind unsere Brüder, unsere Kampfesgenossen. Darum hoch die deutsche Sozialdemokratie! Dreifach hoch die internationale Sozialdemokratie! (Die Versammlung stimmt mit erhobener Rechten begeistert dreimal in den Hochruf ein.)

Dr. Adler-Wien: Werthe Genossen und Freunde! Im Namen der österreichischen Sozialdemokratie sind wir hier, um Sie zu begrüßen. Die österreichische Sozialdemokratie weiß, was es bedeutet, daß Sie heute wieder öffentlich Ihre Ziele verfolgen können. Die österreichische Sozialdemokratie ist noch enger mit der deutschen verknüpft, als alle anderen Arbeiterparteien; wir sind ihr jüngerer Bruder, verknüpft mit ihr durch eine Reihe von Beziehungen, welche

auch die politischen Beziehungen dieser beiden Staaten zum Ausdruck bringen. Wir haben aber auch noch etwas anderes mit Ihnen gemeinsam. Wir wissen, was Sie gelitten haben während des Ausnahmegesetzes, wir in Oesterreich vielleicht am meisten von allen hier Anwesenden. Ich bin nicht hier erschienen, um zu klagen über das, was in Oesterreich vorgeht, wir bringen unsere Klagen und Beschwerden im eigenen Lande vor; erinnern aber darf ich hier daran, daß in Oesterreich ein Zustand herrscht, welcher Ihr Ausnahmegesetz noch bei weitem übertrifft, daran erinnern, daß wir noch nicht den 1. Oktober gefeiert haben. Aber, wie der Freund aus Holland soeben gesagt hat, die deutsche Sozialdemokratie hat nicht nur für sich gekämpft, sie hat für die Arbeiter aller Nationen gekämpft, sie hat nicht nur für sich, sie hat für uns alle gesiegt. Wenn auch noch weiter in einzelnen Ländern die Politik des Zwanges in ihrer brutalsten Form ausgeübt wird, moralisch ist diese Politik am 1. Oktober gerichtet worden. (Sehr gut!) Daß dies geschehen ist, haben wir Oesterreicher den allermeisten Grund, den deutschen Sozialdemokraten zu danken. Ebenso wie Sie heute unbestritten unter allen Völkern die rothe Fahne vorantragen, werden wir, das darf ich hier versichern, soweit unsere politischen und ökonomischen Verhältnisse es erlauben, Ihnen in gutem Schritt und Tritt folgen. Wir wissen, daß Sie das Recht erworben haben, uns den Weg zu weisen; wir wissen, daß Sie der außerordentlichen Verantwortung nicht nur für Sie hier im Lande, sondern für die gesammte internationale kämpfende proletarische Partei sich bewußt sind, und in diesem Sinne begrüßen wir Sie. Sie hier in Deutschland sind viel mehr der klare, bewußte, vollständige Ausdruck der Bewegung des arbeitenden Volkes überhaupt, als in irgend einem anderen Lande. Die proletarische Bewegung ist in den anderen Ländern und auch in Oesterreich noch nicht sich selbst so sehr zum Bewußtsein gekommen, wie es in Deutschland der Fall ist. Wenn Sie österreichische Verhältnisse beurtheilen, müssen Sie sich erinnern, daß die Bewegung des arbeitenden Volkes in Oesterreich weit über das hinausgeht, was durch den Begriff der österreichischen Sozialdemokratie gedeckt wird. Die Bewegung wird aber auch jeden Moment eine tiefere, und ich glaube, der Augenblick ist nicht mehr fern, wo auch die österreichische Sozialdemokratie wird sagen können, sie sei der Ausdruck aller jener Kräfte, die im Proletariat sich zu seiner Befreiung regen, wo überall aus dem unbewußten ein bewußter Kampf geworden sein wird. Nun, Genossen, wir haben hier auch die Aufgabe, zu lernen; wir haben von den deutschen Sozialdemokraten viel gelernt, wir werden hoffentlich noch viel von ihnen zu lernen haben. Unsere Bewegung ist in einer so raschen, so überraschenden Art des Fortschreitens begriffen, daß sie sich einfach nicht mehr verfolgen läßt; aber eins wissen die Oesterreicher und die meisten

andern, die Sie hier begrüßen und begrüßt haben, daß theoretisch und praktisch jener Weg, den die deutsche Sozialdemokratie eingeschlagen hat, derjenige ist, welchen die einzelnen Völker, nach ihren Verhältnissen angemessen abgeändert, werden gehen müssen. In diesem Sinne bringe ich Ihnen den Gruß der Oesterreicher und schließe mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie, mit einem dreifachen Hoch auf die internationale proletarische Bewegung! (Stürmischer dreifacher Hochruf.)

Von Werner-Teltow ist mittlerweile folgender Antrag eingelaufen:

> Der Parteitag möge Entscheidung treffen, ob diejenigen Reichstagsabgeordneten, welche kein Mandat als Delegirte besitzen, beschließende Stimme haben.

Der Antrag wird als Geschäftsordnungsantrag behandelt, für welchen die Unterstützung von 15 Stimmen genügt. Er findet die nöthige Unterstützung und kommt sofort vor Eintritt in die Tagesordnung zur Verhandlung.

Werner-Teltow verweist zur Begründung des Antrages auf das gestrige Vorgehen der Hamburger Delegirten gegen Metzger-Hamburg; er hält es deshalb für zweckdienlich, daß die Versammlung eine Entscheidung treffe, damit für die Zukunft alle Streitigkeiten in dieser Frage aus der Welt geschafft würden.

Auer ersucht, feststellen zu lassen, wieviel Abgeordnete ohne Delegation vorhanden sind; er gehöre selbst zu denen, die sich um ein Mandat nicht umgesehen hätten; zu haben wären sie zu Dutzenden gewesen.

Die Zahl der Reichstagsmitglieder ohne Delegirtenmandat wird ermittelt; sie beläuft sich auf 11.

Prinz-Frankfurt a. M. ersucht den Parteitag, sich gegen die Stimmberechtigung zu erklären; berathende Stimme hätten die Abgeordneten ohnehin, und die übrigen Mitglieder des Parteitages würden ja doch allein wissen, was sie zu thun haben.

Bebel: Die Frage wird thatsächlich durch die später zu berathende Parteiorganisation erledigt werden; es heißt in § 8 des Ihnen vorgelegten Entwurfs ausdrücklich:

> „Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei.
>
> Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:
>
> 1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf;
> 2. die Mitglieder der Reichstagsfraktion;
> 3. die Mitglieder des Parteivorstandes.
>
> Die Mitglieder der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme."

Dieser Entwurf steht allerdings zunächst auf dem Papier und

der Parteitag hat das Recht, ihn abzuändern; in diesem Sinne ist aber der Antrag Werner präjudizirlich. Er regt zwar nur die Frage an; aber da er das Beispiel Hamburgs herbeigezogen hat, so scheint er doch denjenigen Abgeordneten, welche kein Mandat zum Parteitage haben, in den allgemeinen Parteifragen nur berathende, unter keinen Umständen aber beschließende Stimme zugestehen zu wollen. Es hätten aber alle mit Leichtigkeit ein Mandat haben können, wenn sie sich darum hätten bewerben wollen; sie haben sich das erspart, da sie wünschten, daß möglichst viel Nichtabgeordnete delegirt würden. Soll nun ausgesprochen werden, daß die Fraktionsgenossen, die so verfahren sind, vom Stimmrecht ausgeschlossen werden sollen, während sie andererseits notorisch ein Mandat sehr leicht hätten erlangen können, und als Abgeordnete ein Parteimandat im höchsten Sinne bereits inne haben, dann werden diese Fraktionsgenossen zu Parteigenossen zweiter Klasse degradirt (sehr richtig!), und wenn es dahin kommen sollte, wie es bereits mehrfach geschehen ist, daß man in der That solchen Unterschied macht und die Abgeordneten in gewissen Rechten und Beziehungen einzuschränken sucht, dann würde ich allerdings künftig vorziehen, kein Fraktionsgenosse zu sein, um vollwichtiger Parteigenosse sein zu können. Ich beantrage, daß Sie sich jetzt schon so entscheiden mögen, wie es § 8 des Entwurfs vorsieht; der dort angegebene Ausweg ist korrekt und für Alle annehmbar.

Kühn-Langenbielau: Ich bin ja auch mit dem „Makel" behaftet, der Fraktion angehört zu haben. Bebel hat mit vollem Recht betont, daß die Annahme des Antrags Werner eine Degradation der Abgeordneten-Genossen bedeutet. Die letzte Konsequenz des Antrags wäre, daß die befähigten Genossen sich nicht mehr in den Reichstag würden wählen lassen und dann jede parlamentarische Thätigkeit unsererseits aufhören würde. Bei der Zusammensetzung dieser Versammlung glaube ich mich nicht weiter darauf einlassen zu sollen, welche Wichtigkeit immerhin die Theilnahme an den Reichstagsarbeiten für uns hat. Wir wissen das, wie wir auch wissen, daß wir damit die Welt nicht aus den Angeln heben werden. Wir würden uns das denkbar größte Armuthszeugniß mit der Erklärung ausstellen, daß unsere Abgeordneten z. B. nicht das Recht haben sollen, die Mandate der Kongreßtheilnehmer mit prüfen zu können.

Schmidt-Zwickau: Man hat wohl durchgehends in Deutschland die Meinung gehabt, daß die Abgeordneten der Partei sitz- und stimmberechtigt hier sind; aus diesem Grunde hat eben eine Anzahl Abgeordneter kein Mandat erhalten. Ich stimme im Sinne des Organisationsentwurfs für die Stimmberechtigung der Abgeordneten in allen Angelegenheiten mit Ausschluß der parlamentarischen (Beifall).

Guttenstein-Karlsruhe: Der Vorschlag Werner's zeugt sehr wenig von Sozialismus. Wer hier ist, soll auch gleichberechtigt sein.

Wenn wir in dieser Art und Weise in rein formellen Erörterungen unsere kostbare Zeit vergeuden wollen, dann kommen wir überhaupt zu nichts. Wir sind hier eine Versammlung unter Gleichen. Ein Armuthszeugniß in der That würden wir uns ausstellen, wollten wir denen, die im Reichstage, in der Oeffentlichkeit fur uns gekämpft haben, jetzt versagen, in unseren Angelegenheiten mit zu entscheiden.

Von drei verschiedenen Seiten wird der Schluß der Diskussion beantragt, von Förster-Hamburg befürwortet, von Wilschke-Berlin bekämpft und darauf mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Vorsitzender Singer: Nach unserer Geschäftsordnung würde dem Antragsteller zu diesem Geschäftsordnungsantrage das Schlußwort nicht zu ertheilen sein. Ich bin aber der Meinung, der Parteitag hat alle Ursache, sich auch nur von der Möglichkeit des Vorwurfs frei zu halten, irgend jemand das Wort abschneiden zu wollen; ich bitte demnach, mich zu ermächtigen, ausnahmsweise von der Geschäftsordnung abweichen zu dürfen. (Zustimmung und Widerspruch.) Da Widerspruch laut wird, werden wir darüber abstimmen.

Die große Mehrheit der Versammlung stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, welcher darauf dem Antragsteller das Schlußwort ertheilt.

Werner-Teltow: Parteigenossen! Ich weiß nicht, wie man zu einer solchen Praxis greifen kann, um Gedanken, die gar nicht in dem Antrage enthalten sind, herauszusuchen. Es heißt, ich hätte wohl dieses oder jenes gemeint, und man fragt, ob der Antrag mit dem Sozialismus etwas gemein hätte. Der Antrag hat gar nichts mit dem Sozialismus gemein. Mit Worten wie Armuthszeugniß und dergleichen sollte man dem Antrag doch nicht entgegentreten. Ich will nichts weiter, als Streitigkeiten für die Zukunft vermeiden; ich protestire hier dagegen, daß mir unlautere Motive untergeschoben werden, und ich verbitte mir für die Zukunft derartige Unterstellungen.

Vorsitzender Singer: Ich habe dem nur hinzuzufügen, daß ich mir ebenfalls vorgenommen hatte, darauf hinzuweisen, daß der Antrag ausdrücklich dem Parteitage nur eine Frage zur Entscheidung gestellt hat.

Der Antrag Bebels, für die bevorstehenden Abstimmungen vorbehaltlich der definitiven Entscheidung über das Organisationsstatut den § 8 des bezüglichen Entwurfs maßgebend sein zu lassen, wird mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist der Antrag Werner erledigt.

In der Reihe der ausländischen Vertreter erhält nunmehr das Wort

Mundberg-Kopenhagen: Deutsche Parteigenossen! Ich habe von der dänischen sozialdemokratischen Partei einen Dank zu bringen nicht nur für den großartigen Eindruck Ihres jetzigen Kongresses,

sondern vor allem für die großartige Art und Weise, wie die deutsche Sozialdemokratie den Ausnahmezustand überwunden hat. Mit Freuden gedenkt unsere Partei dabei des Umstandes, daß auch wir seiner Zeit Gelegenheit hatten, Freundschaft gegen die deutsche Sozialdemokratie zu zeigen, indem wir Ihnen anbieten konnten, einen Ihrer Kongresse bei uns abzuhalten in einer Zeit, als die Verfolgungen hier in Deutschland gegen Sie tobten. Es freut uns im Auslande, wenn wir sehen, daß die Sozialdemokratie in Deutschland so stark dasteht, und es wird ebenso sehr die deutsche Sozialdemokratie freuen, wenn sie hören kann, daß es mit der Sozialdemokratie in den anderen Ländern gut steht. Ich konstatire deshalb an dieser Stelle, daß die dänische Sozialdemokratie jetzt eine sehr starke Stellung einnimmt, daß sie einen sehr bedeutenden Einfluß im Lande hat. Ich kann auch sagen, daß die prinzipielle sozialistische Politik in Dänemark schon sehr starke Wurzeln geschlagen hat, nicht allein in den Städten, sondern auch auf dem Lande. Bei unserem letzten Kongresse waren die Landarbeiter sehr stark vertreten, sie waren an Delegirten ebenso zahlreich, wie die städtischen. In dem Hauptvorstand der Partei sitzen viele Landarbeiter. Ueberhaupt haben wir in Dänemark in hohem Grade unsere Aufmerksamkeit auf die Landfrage gerichtet, indem wir erkannten, daß, um die Zustände in den Städten zu bessern, der Zuzug vom Lande verringert werden müsse, und das kann nur dadurch geschehen, daß man die Aufmerksamkeit ganz besonders der Landfrage zuwendet. Sie werden selbstverständlich einen größeren Einfluß auf die Entwicklung üben, als wir in den kleineren Ländern; letztere können in dieser Richtung mit Deutschland nicht konkurriren. Aber ich darf hier sagen: wenn es sich darum handelt, die sozialistische Fahne hoch und rein zu halten, unsere Politik energisch und umsichtig fortzuführen, dann wird man auch in den kleineren Ländern, auch in Dänemark, die Konkurrenz mit jedem anderen Lande aufnehmen (Bravo!) Ich schließe mit der Wiederholung unseres Dankes: Wir danken der deutschen Sozialdemokratie für das, was sie bisher gethan hat, wie für das, was sie, wie wir wissen, in der Zukunft thun will! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Beck-Zürich: Werthe Genossen! Gestatten Sie mir, die Grüße der deutschen Genossen in der Schweiz hier abzustatten und unserer Freude Ausdruck zu geben, daß es uns wieder möglich ist, auf heimathlichem, vaterländischem Boden zu tagen. Ich betone das „vaterländisch“, weil man uns immer vorwirft, wir hätten dafür keine Sympathie, wir wären Reichsfeinde. Ich kenne keine Gesellschaftsklasse im Auslande, die so an den Angelegenheiten des Vaterlandes Antheil nimmt, als die dort weilenden Angehörigen der Arbeiterklasse. (Bravo!) — Es ist sehr fraglich, ob es noch

einmal möglich gewesen wäre, in der Schweiz einen Parteitag abzuhalten — die schlechten Beispiele fingen bald an, die guten Sitten zu verderben (Heiterkeit). Wie dem nun auch sei, wir sind überall, wo wir waren, im Auslande oder im Inlande, mit großer Liebe an der Partei gehangen. Es ist da ein Unterschied: man kann z. B. eine Mutter recht lieb haben, weniger häufig die Schwiegermutter, und etwas schwiegermütterlich wurden wir ja behandelt (Heiterkeit). Von diesem Standpunkt aus müssen Sie unterscheiden, was ich davon halte, wenn ich von Vaterlandsliebe spreche. — Wir sind jenem Volke in der Alpenrepublik zu großem Dank verpflichtet. Was auch geschehen ist, wenn man auch zu Ausweisungen gegriffen hat, machen Sie nicht das Volk, machen Sie die Regierung dafür verantwortlich. Mancher biedere Republikaner hat damals den Kopf geschüttelt, mancher tolerante Arbeitgeber hat zweifelnd gefragt, wie es möglich sei, daß man bloß der Ansichten wegen gemaßregelt, als Parteigenosse ausgewiesen werden könne. Ich kann den Gefühlen, die mich bewegen, nicht Ausdruck geben; ich beziehe mich auf Liebknecht, der mit Recht sagte: „Das Proletariat der ganzen Welt sieht jetzt hierher. Die Genossen im Auslande erwarten, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ihrer kulturhistorischen Mission bewußt ist und auch ferner an der Spitze des weltbefreienden Proletariats marschirt!" (Lebhafter Beifall.)

Branting-Stockholm: Deutsche Genossen! Auch die schwedische Sozialdemokratie wünscht durch mich ihren Gruß Ihrem Parteitage auszurichten. Wenn wir auch jetzt noch eine junge Partei sind, die noch nicht auf Siege zurückblicken kann, auch nur annähernd so groß wie die Ihrigen, so sind wir doch von dem wahren Geist der internationalen, revolutionären Sozialdemokratie durchdrungen und werden niemals ermüdet unsere Fahne sinken lassen, sondern immerdar vorwärts schauen und streben, und da stärkt uns das Bewußtsein, in der großen proletarischen Bewegung Deutschlands unser leuchtendes Beispiel vor uns zu haben. Wir wollen alles mögliche thun, um auch Schweden bald in die Reihen der Sozialdemokratie mehr vordringen zu lassen. Das Unmögliche aber können auch wir nicht thun; es ist Sache der Entwicklung und der wirthschaftlichen Verhältnisse, wie schnell unsere Bewegung vorwärts kommt. Vorläufig ist die theoretische Entwicklung bei uns der ökonomischen noch voraus. Ich wünsche im Namen der schwedischen Parteigenossen den deutschen Brüdern allen auf's herzlichste Glück. Ein Hoch der internationalen, revolutionären Sozialdemokratie! (Dreifache jubelnde Hochrufe.)

Anseele-Gent: Werthe Genossen! Ich kann nicht gut deutsch sprechen, darum werde ich sehr kurz sein. Im Namen der belgischen Parteigenossen bringe ich auch unsern Glückwunsch an die deutsche Sozialdemokratie. Wir sind vielleicht die Vertreter des kleinsten

hier vertretenen Landes, aber ich glaube versichern zu können, daß wir unser Bestes thun wollen, um die muthigsten Soldaten in der Armee zu sein. (Bravo!) Wir haben in Belgien kein Sozialistengesetz gehabt und haben es heute nicht; aber ohne Gesetz thun unsere Meister alles, was ihnen beliebt, ohne Gesetz verbieten sie unsere Versammlungen, verbieten sie den Verkauf und selbst die Ausstellung unserer Blätter. Und alles das unter dem Grundgesetz, welches alle Freiheiten giebt! Ein Zustand also, noch schlechter, als es der in Deutschland war. Sie wissen ja auch, daß wir in Belgien das Unglück haben, im Eden des Kapitalismus zu sein. Wir wollen alles thun, um mit Ihrer Hilfe und derjenigen der Parteigenossen der ganzen Welt das Eden der Arbeiter daraus zu machen (Bravo!). Wir belgischen Sozialisten haben uns verpflichtet, vorzuschlagen, daß der nächste internationale Kongreß in Brüssel, in Belgien stattfinden möchte. Wir hoffen, daß Sie sich im Sinne der belgischen Arbeiter entscheiden werden. Ich habe einige Worte in schlechtem Deutsch, aber aus gutem Herzen gesprochen (Beifall). Ich bringe ein Hoch auf die Sozialdemokratie, die internationale Sozialdemokratie! Wenn Sie so wie bisher fortschreiten, ist der Sieg unser trotz alledem! (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Klein-Berlin ersucht (zur Geschäftsordnung) den Parteitag, die Voreingenommenheit gegen die Berliner fallen zu lassen .... (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Singer: Das ist keine Bemerkung zur Geschäftsordnung (Unruhe). Ich halte mich dem soeben ausgedrückten Wunsche gegenüber verpflichtet, zu konstatiren, daß ich namens des Parteitages die Insinuation zurückweise (sehr gut!), als ob der Parteitag gegen irgend eine Parteigruppe des Reiches voreingenommen wäre. Das Recht der Berliner Genossen wird in gleichem Maaße geachtet werden, wie das jedes anderen Genossen. (Lebhafte Zustimmung.)

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht der Parteileitung.

Berichterstatter Bebel: Parteigenossen! Die Freunde aus dem Auslande, die soeben nacheinander das Wort ergriffen, haben uns mit Lob und Anerkennung überschüttet; von allen Seiten tönt es uns entgegen, daß sie uns als eine Art Musterpartei ansehen. Ich soll jetzt über die Thätigkeit der Partei Bericht erstatten, und da wünsche ich nur, daß es mir vergönnt sein möge, an der Hand der vorzuführenden Thatsachen darzuthun, daß das reichlich gespendete Lob einigermaßen verdient ist. Ich hoffe dann aber auch, daß die Errungenschaften, die wir zu verzeichnen haben, uns ein fernerer Ansporn sein werden, künftig unter der sogenannten „neuen Aera“

nur noch in höherem Maße unsere Kräfte und Anstrengungen im Interesse unserer Sache zu bethätigen.

Es sind genau drei Jahre, daß ich zum letzten Mal die Ehre hatte, vor den Vertretern der Partei Bericht zu erstatten; Sie wissen alle, unter welchen Umständen wir jene Berichte zu geben gezwungen waren. Während der 12 Jahre des Ausnahmegesetzes waren wir nicht in der Lage, innerhalb Deutschlands einen Parteitag abzuhalten; aus diesem zwingenden Grunde mußte der Turnus bei der Abhaltung der Parteitage ein sehr unregelmäßiger sein, wir konnten nur in weit auseinanderliegenden Zeiträumen uns sprechen und verständigen. Diesen Zuständen, die wir nicht verschuldet, mußten wir uns aber nach Möglichkeit akkomodiren. Dafür sind aber auch gerade die unter dem Ausnahmegesetz im Auslande, und zwar 1880 in Wyden in der Schweiz, 1883 in Kopenhagen und 1887 in St. Gallen abgehaltenen Parteitage als die eigentlichen Merksteine in der Entwicklung der Partei zu betrachten. Es waren Freuden- und Ehrentage für die Partei, die, weil sie im Auslande unter großen Kosten, Opfern und Gefahren abgehalten werden mußten, das schönste und erhebendste Beispiel des Muthes und der Opferwilligkeit geboten haben. Heute endlich, nach mehr als 13 Jahren, sind wir zum ersten Male wieder in Deutschland unter der Herrschaft des allgemeinen Rechts versammelt, und zwar so zahlreich, wie nie zuvor. Da dürfte es wohl am Platze sein, einen flüchtigen Blick auf die Hauptereignisse und die Entwicklung der Partei unter dem Ausnahmegesetz zu werfen. Als das Gesetz verkündet und dann sofort mit aller Schärfe gegen uns angewandt wurde, da haben wohl viele kaum die Hoffnung gehegt, daß wir eines Tages wieder so wie heute uns versammelt sehen würden. Leider ist die Zahl derer sehr, sehr groß, die diesen großen Tag des Sieges nicht mehr erlebten. Es sind eine große Anzahl Genossen aus den verschiedensten Lebensstellungen, die von den Handhabern des Gesetzes gehetzt, verfolgt, zu Grunde gerichtet und dadurch in ihrem Lebensfaden verkürzt in's frühe Grab sanken. Viele Hunderte andere wurden in den ersten Jahren der Herrschaft des Gesetzes durch die Vernichtung ihrer materiellen Existenz gezwungen, im Auslande Zuflucht und Unterkunft zu suchen. Von denjenigen, die in der vorsozialistengesetzlichen Zeit als Agitator und in öffentlichen Stellungen, als Redakteure, Abgeordnete u. s. w. in der Partei thätig waren, haben in den ersten Jahren über 80 Personen, darunter unsere tüchtigsten, besten und intelligentesten Genossen den deutschen Boden verlassen müssen, und nur sehr wenige von ihnen können oder werden in die Heimath zurückkehren. Es war ein Aderlaß an Kräften, wie nach einer verlorenen Schlacht, aber um so größer steht die Partei da, indem sie diesen Aderlaß nicht blos ertragen, sondern das ihr abgezapfte

Blut auch so reichlich wiederersetzt hat. Sie wissen Alle, welcher Art die Schläge waren, die fielen, als am 19. Oktober 1878 das Ausnahmegesetz mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen worden war und am 21. Oktober 1878 in Kraft trat. Wer, wie ich und mancher andere, damals den Reichstagsverhandlungen über das Ausnahmegesetz beiwohnte, und daran Theil nehmen mußte, wird vor allem die Thatsache haben beobachten können, daß in demselben Maaße, wie jenesmal die Verhandlungen sich in die Länge zogen, in dem Maaße wie unsere Parteivertreter immer entschiedener gegen dieses Schandgesetz Protest erhoben, der Eifer für das Gesetz und die feindselige Stimmung gegen uns im Reichstage zunahm. Es ist das eine Thatsache, auf die meines Wissens bisher noch nicht aufmerksam gemacht wurde. Entsprechend dieser erbitterten, feindseligen Stimmung fielen denn auch die Schläge gegen die Partei. Alle unsere Preßorgane, und zwar 42 politische und 14 gewerkschaftliche Organe, eine ungeheure Zahl von Vereinen, verschiedene Kassen und Gewerkschaften fielen innerhalb weniger Monate der Polizeimacht zum Opfer. Binnen wenigen Wochen war die ganze Organisation der Partei vernichtet, hunderte und aber hunderte von Genossen lagen existenzlos auf dem Pflaster. Daß damals Viele eine gewisse Muthlosigkeit befiel, ganze Schaaren, wie nach einer verlorenen Schlacht, von uns abgesprengt wurden, wer will sich darüber verwundern und wer will das übel nehmen? Keine andere Partei in Deutschland würde solche Schläge ausgehalten und überwunden haben. (Sehr richtig.)

Im Laufe dieser Jahre sind unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes 155 periodische D r u c k s c h r i f t e n v e r b o t e n worden, und unter diesen an 80 Einzelnummern von periodischen Druckschriften. Weiter wurden 1200 nichtperiodische Druckschriften, darunter unsere ganze, sehr ansehnliche Broschüren-Literatur verboten, im Ganzen ca. 1400 Druckschriften. A u s w e i s u n g e n auf Grund der Herrschaft des sog. kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Potsdam und Berlin, Hamburg-Altona-Harburg und Umgegend, Leipzig und Umgegend, Frankfurt a. M.-Offenbach, Hanau, Stettin und Spremberg, sind nahe an 900 erfolgt. P r o z e s s e, die namentlich nach Ablauf der ersten 2 Jahre der Herrschaft des Gesetzes begannen, als die Partei von den ersten furchtbaren Schlägen sich wieder erholt hatte, und dann die Genossen dem Drange nach Vereinigung vielfach folgend, sich in den verschiedensten Orten in sogenannten geheimen Verbindungen zusammen fanden, diese Prozesse wurden allmählich zahlreich und führten zur Verurtheilung von über 300 Personen. Daneben verfielen den Maschen des Sozialistengesetzes nahezu an 1200 Personen, so daß allein auf Grund und als Folge der Ausnahmegesetzgebung volle 1500 Personen in die Gefängnisse wandern mußten. Dazu kommen die Verurtheilungen, die genauer festzustellen mir nicht

möglich war, wegen Majestätsbeleidigung, wegen Verstoßes gegen §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuchs, wegen Aufruhr, Landfriedensbruch u. s. w. Die Zahl dieser Verurtheilten mag im Verhältniß zu der anderen klein sein; aber sie erhöht nicht nur die Zahl der Opfer, sondern sie fällt auch in's Gewicht durch die Schwere der Verurtheilungen. Das Gesammtmaaß der Freiheitsstrafen beläuft sich auf nahe an 1000 Jahre Gefängniß, darunter eine Anzahl Jahre Zuchthaus.

Diese keineswegs vollständige Liste der Verfolgungen giebt ein klares Bild sowohl von den Schlägen, die wir zu ertragen, auch von den Opfern, die wir bringen mußten, um diese Schläge nach Möglichkeit zu pariren. Und wir haben sie parirt, gründlich parirt, dafür legt nicht nur Zeugniß die Vergangenheit ab, sondern auch das deutlichste Zeugniß dieser Parteitag. Aber eins halte ich mich für verpflichtet auch auszusprechen: Wenn der Muth und die Opferwilligkeit der Genossen in Deutschland in erster Linie dazu beigetragen hat, daß es so gekommen ist, dann wollen wir auch derer dankbar gedenken, die vom Auslande immerfort ermuthigend und anfeuernd auf unsere Reihen gewirkt haben, an die Gründer und Leiter des „Sozialdemokrat", die während zehn Jahren unter oft schwierigen Verhältnissen fortgesetzt ihn für Deutschland herstellten, an alle die, die ungekannt und ungenannt es für ihre heiligste Pflicht ansahen, dieses Organ und die im Ausland erscheinenden Brochüren ins Volk zu tragen und vielfach dafür schwer büßen mußten. Ihnen allen sind wir zu ganz besonderem Dank verpflichtet. Diesen Hunderten und Tausenden, die im Auslande und im Inlande öffentlich und geheim für unsere Sache unermüdlich gewirkt und vielfach gelitten haben, wollen wir heute dadurch unseren Dank abstatten, daß der Parteitag ihnen zu Ehren von den Plätzen sich erhebt. (Die Versammlung leistet unter Beifallsrufen der Aufforderung einmüthig Folge.)

Man hat, und ich halte es für nöthig, gerade hier darauf zu sprechen zu kommen, in den verschiedensten Geheimbundprozessen seitens der Staatsanwälte und theilweise auch der Gerichte den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß eine große allgemeine, geheime Verbindung über ganz Deutschland bestehe, in der alle Einzelverbindungen, soweit solche bestanden, unter gemeinsamer Leitung ständen, weil man sich anders nicht unsere Existenz und unsere Erfolge erklären konnte. Ich muß auch hier ausdrücklich konstatiren, daß nie und zu keiner Zeit eine solche allgemeine Verbindung in Deutschland bestand, nie die Rede davon war und nicht davon sein konnte, schon wegen der Sicherheit ihrer Entdeckung in allerkürzester Frist. Die Fraktion, als Leiterin der Partei, konnte schon durch die Oeffentlichkeit ihrer Stellung auf eine solche Verbindung unmöglich eingehen. Was geschehen ist, ist ohne eine solche allgemeine

geheime Verbindung geschehen, einzig durch den Geist und das Band der Zusammengehörigkeit, und was auch unsere Gegner immer sagen und aufrecht erhalten mögen, ich konstatire, sie hat zu keiner Zeit bestanden, es ist nicht einmal der Versuch gemacht worden, sie in's Leben zu rufen.

Wir haben dann im Laufe dieser 12 Jahre die Wahrnehmung gemacht, daß in dem Maaße, wie auf der einen Seite die herrschende Gewalt mit Gewalt- und Zwangsmitteln aller Art zu unserer Unterdrückung vorging, sie andererseits gezwungen war, der Bewegung gegenüber allerlei Konzessionen zu machen. In demselben Augenblick, in dem man von höchster Stelle die Nothwendigkeit des Ausnahmegesetzes betonte und es verlangte, sah man sich auch genöthigt, anzuerkennen, daß man einem gewissen berechtigten Kern der Bewegung Rechnung tragen müsse. Sogar Fürst Bismarck erklärte etwas später, die herrschenden Klassen müßten sich daran gewöhnen, daß es ohne ein bischen Sozialismus künftig nicht mehr gehe. Nun, wie er und die herrschenden Klassen dieses bischen Sozialismus verstanden haben, wissen wir Alle (Heiterkeit). Wäre es nach ihm gegangen, die Partei wäre nicht, was sie ist, und nach ihm würde noch heute der Ausnahmezustand mit allen seinen Ungerechtigkeiten auf uns lasten. Nun kam ja im Laufe der Jahre allerdings die sogenannte „milde Praxis", aber sie griff Platz, weil sich zeigte, daß die Partei sich nicht unterdrücken ließ. Die mittlerweile vorgekommenen Reichstagswahlen hatten nicht nur ihre Fortexistenz, sondern, allen Verfolgungen zum Trotz, auch ihr Wachsthum ergeben. Die Masse unserer Anhänger war allmählich wieder zur Besinnung gekommen. Das Beispiel des Muthes der Anderen wirkte ansteckend. Dazu kam die selbst- und zielbewußte Agitation, die auch der sogenannten öffentlichen Meinung mehr und mehr den Beweis lieferte, daß die Art und Weise, wie wir verfolgt wurden, unerhört sei, daß die Anklagen, die man gegen uns erhob, nicht gerechtfertigt waren, und daß eine Behandlung, wie wir sie erfuhren, mit den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die nun einmal dem modernen Staat zu Grunde liegen und, will er existiren, zu Grunde liegen müssen, unvereinbar sei. Diese Erkenntniß ist allmählich in immer weitere Kreise gedrungen, und ganz besonders durch die planmäßige und zielbewußte Thätigkeit der Partei so mächtig gefördert worden, daß man endlich einsah, in der alten Weise geht's nicht mehr, die Zügel müssen lockerer gehandhabt werden!

Ein Rückblick auf die Entwickelung der Partei in den letzten 20 Jahren an der Hand der durch die Ausübung der Wahlberechtigung vorgenommenen Kraftproben ergiebt folgendes für uns sehr lehrreiche Resultat. Es wurden abgegeben bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1871: 102 000 Stimmen, 1874: 352 000 Stimmen, 1877, zwei Jahre nach dem Vereinigungskongreß der bis 1875

gespaltenen Partei: 493 000 Stimmen. Das war der höchste Stand der Stimmen vor dem Ausnahmegesetz. Ein Jahr darauf bereits wurde in Folge der beiden Attentate der Reichstag aufgelöst, eine ungeheure Hetze gegen unsere Partei, der man infamer Weise die Urheberschaft der Attentate zuschrieb, wurde in Szene gesetzt, und unter dem Hochdruck jener Hatz ging im Sommer 1878 die Zahl der Wahlstimmen von 493 000 auf 437 000 zurück, wir erhielten 56 000 Stimmen weniger als anderthalb Jahre zuvor. Dann kam das Gesetz mit seinen Schlägen, aber trotz alledem erhielten wir 1881 bei den allgemeinen Wahlen, die unter ganz beispiellosen Verhältnissen sich vollzogen, 312 000 Stimmen. Das war um so höher anzuschlagen, als unter den Ausnahmezuständen und dem Drucke jener Zeit ein großer Theil der Wahlkreise nicht einmal Flugblätter, nicht einmal Stimmzettel erhalten konnte, weil keine gegnerische Druckerei sie uns drucken wollte und die eigenen Druckereien fast sämmtlich vernichtet waren, und auch Flugblätter, wo man sie hatte, nur mit den größten Schwierigkeiten und Fährlichkeiten verbreitet werden konnten. Dann kamen die Wahlen von 1884. Diese Wahlen zeigten schon ein ganz anderes Bild. Die Partei hatte sich mittlerweile mächtig erholt, die Parteitage von Wyden und Kopenhagen waren vorüber und hatten das Selbstgefühl der Partei bedeutend gehoben. Hier und da waren auch mit Erfolg Versuche gemacht, neue Blätter ins Leben zu rufen, Druckereien zu erhalten u. s. w. und so gelang es diesmal 550 000 Stimmen, 238 000 mehr als 1881, aufzubringen. Aber 1887 wuchsen wir auf 763 000 und bei den letzten allgemeinen Wahlen dieses Jahres, die noch in Aller Erinnerung sind, auf 1 427 000 Stimmen. Die Partei war damit zugleich die stärkste Partei in Deutschland geworden.

Wir werden im Laufe unserer Verhandlungen noch hinlänglich Gelegenheit haben, über den Werth der Wahlen und der parlamentarischen Thätigkeit überhaupt zu sprechen. Ich erkläre indeß schon jetzt, daß die Agitation bei den allgemeinen Wahlen und die Thätigkeit der gewählten Abgeordneten im Reichstage nach meiner Ueberzeugung das allerwesentlichste und wirksamste Agitationsmittel für die großartige Entwickelung der Partei unter dem Sozialistengesetz gewesen sind. (Sehr richtig!) Wäre uns unter dem Gesetz auch die Reichstagstribüne verschlossen und die Ausübung des Stimmrechtes unmöglich gemacht gewesen, wir hätten kein Mittel besessen, auch nur annähernd festzustellen, in welcher Art und Gestalt die Partei sich entwickelt hatte und fortgeschritten war, wir hätten nicht entfernt unsere Agitation so ausgiebig, wie geschehen, entfalten können. Wie weit die parlamentarische Taktik der Fraktion den Wünschen der Parteigenossen entspricht, das zu erörtern wird Sache späterer Diskussion sein. Nach meiner Ueberzeugung hat die Partei alle Ursache, die bisherige Taktik auch fernerhin beizubehalten. Dafür

giebt es gar kein besseres Zeugniß, als die Worte, die heute von allen Seiten unsere Freunde und Genossen aus dem Auslande an uns gerichtet haben, und worin sie uns versicherten, in gleicher Weise, wie wir, thätig sein und arbeiten zu wollen, und daß auch sie die Möglichkeit zu besitzen wünschen, sich auf dem von uns betretenen Wege bethätigen zu können, was ja leider in verschiedenen von ihnen vertretenen Ländern wegen des Fehlens des allgemeinen Wahlrechts noch nicht möglich war.

Wir haben aber auch weiter gesehen, daß im Laufe der Jahre, und zwar durch die steigende Macht unserer Partei, das Interesse an der sozialen Bewegung die weitesten Kreise unserer Gegner ergriff. Sie wurden gezwungen, der Bewegung ihre Aufmerksamkeit zu schenken und sie zu studiren. Ich erinnere an den bekannten Erlaß vom 4. Februar, der unzweifelhaft ein großer moralischer Erfolg der Bestrebungen ist, welche im Juli vorigen Jahres auf dem internationalen Arbeiterkongreß in Paris zum Ausdruck gekommen waren. Selbst der Ultramontanismus sah sich in den letzten Monaten genöthigt, einen internationalen Kongreß zusammenzuberufen, um zu berathen, wie er am besten im Stande sei, dem stetigen Vordringen des Sozialismus einen Damm entgegenzusetzen. Ferner hat vor wenigen Tagen in Frankfurt a. M. ein Kongreß aus Vertretern mehr gelehrter Kreise stattgefunden, welcher ebenfalls die Nothwendigkeit internationaler Arbeitergesetzgebung anerkannte. Alles das sind die großen moralischen Erfolge nicht allein der deutschen, sondern der Sozialdemokratie aller Länder. Eine ganz besondere Aufmerksamkeit und erfreuliche Beachtung verdient aber unsererseits die Thatsache, daß seit den Tagen von Paris das Solidaritätsbewußtsein der Arbeiter der verschiedensten Länder sich in großartigster Weise entwickelt hat, wie ja schon der Pariser Kongreß selbst durch eine bisher nie dagewesene zahlreiche Vertretung der Arbeiter aller Länder für das Vorhandensein dieses internationalen Solidaritätsbewußtseins Zeugniß abgelegt und die Gegner gezwungen hat, mehr und mehr ihre Aufmerksamkeit der internationalen Bewegung zuzuwenden, um wo möglich der Bewegung Herr zu bleiben. Daß das letztere nicht geschehen wird, daß sie vielmehr unsern Gegnern ebenso wie die nationalen Bewegungen in den einzelnen Ländern über die Köpfe wachsen wird, davon sind wir Alle vollkommen überzeugt (Beifall).

Ich komme nun auf unsere jetzt vorhandene Presse, um auch an diesem Punkte darzuthun, wie die agitatorische Wirksamkeit der Partei innerhalb der letzten drei Jahre sich entfaltet hat. 1887 und früher konnten wir keine genaue Uebersicht der Preßorgane geben, welche unter der Herrschaft des Gesetzes ins Leben getreten waren; es war auch vielleicht nicht zweckmäßig, darüber öffentlich zu reden. Heute dagegen erscheint es mir sehr am Platze, zu untersuchen, wie unsere Preßverhältnisse innerhalb der Jahre von 1878 bis 1890 sich gestaltet haben.

Bei Erlaß des Sozialistengesetzes bestanden in Deutschland 42 politische Parteiblätter und 14 Gewerkschaftsorgane. Der gesammte Abonnentenbestand derselben ist nie genau festgestellt worden, er dürfte aber nach sachverständiger Schätzung 160—170 000 nicht überschritten haben. Von den 42 politischen Zeitungen erschienen 13 wöchentlich 6 Mal, 13 wöchentlich 3 Mal, 3 wöchentlich 2 Mal und 13 wöchentlich 1 Mal.

Gegenwärtig können wir eine genauere Uebersicht geben, aber vollständig zutreffende Mittheilungen vermag ich auch jetzt nicht zu geben, da mehrere Blattverwaltungen der Aufforderung, den Abonnentenbestand ihrer Blätter mitzutheilen, nicht Folge geleistet haben und demgemäß in der nachstehenden Aufstellung nicht berücksichtigt werden konnten. Die Uebersicht datirt von Ende September, die Umgestaltungen und Vermehrungen, die am 1. Oktober in verschiedenen Gegenden in erfreulichstem Maße stattgefunden haben, konnten hier also nicht berücksichtigt werden. — Es erschienen:

wöchentlich 6 Mal 19 Blätter, welche zwischen 30 000 u. 1100, im Ganzen 120 400 Abonnenten hatten,
wöchentlich 3 Mal 25 Blätter, welche zwischen 9 000 u. 250, im Ganzen 58 000 Abonnenten hatten,
wöchentlich 2 Mal 6 Blätter, welche zwischen 6 000 u. 450, im Ganzen 14 850 Abonnenten hatten,
wöchentlich 1 Mal 10 Blätter, welche zwischen 14 500 u. 1000, im Ganzen 60 850 Abonnenten hatten.

Insgesammt also 60 politische Blätter mit 254 100 Abonnenten.

Der Stand der Gewerkschaftspresse war folgender.

Es erschienen:

wöchentlich 1 Mal 17 Blätter, von welchen eins, dasjenige der Bergarbeiter, 27 000, das Zweite 16 000, das Dritte 15 000, das Vierte 12 500, das Fünfte 11 000, das Letzte 800 Abonnenten hatte. Im Ganzen hatten diese Blätter 155 350 Abonnenten,
monatlich 2 Mal bezw. 3 Mal 2 Blätter mit zusammen 4 400 Abonnenten,
alle 14 Tage bezw. monatlich 2 Mal 20 Blätter, welche zwischen 6 000 und 400, im Ganzen 39 750 Abonnenten hatten,
monatlich 1 Mal 2 Blätter mit zusammen 1500 Abonnenten.

Insgesammt 41 Blätter mit 201 000 Abonnenten.

Zu den angeführten Blättern kamen weiter: 1 wissenschaftliche Zeitschrift, die „Neue Zeit", die monatlich erschien und 2500 Abonnenten hatte, 1 Unterhaltungsblatt in Hamburg, der „Gesellschafter" wöchentlich erscheinend, mit 19 000 Abonnenten, und 2 Witzblätter mit über 107 000 Abonnenten.

Für Sie, die Sie fast ohne Ausnahme auch thätige Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung sind, ist es kein Geheimniß, daß diese

Bewegung sich mächtig entwickelt hat und ein wichtiges Bindeglied in der ganzen Arbeiterbewegung repräsentirt. Die Gesammtzahl aller Organe ist 104, die der Abonnenten ca. 600 000.

Daneben hat auch die sonstige Parteiliteratur einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen, nicht nur die in Deutschland erschienene, sondern auch die nach Deutschland hereinspedirte. Zu keiner Periode der vorsozialistengesetzlichen Zeit sind auch nur annähernd solche Auflagen von Parteischriften hergestellt worden, als in der Periode der Herrschaft des Gesetzes, und dieser Aufschwung wird noch viel größer werden, wenn wir nächstens die Neuauflegung und weitere Ausgestaltung unserer Parteiliteratur vornehmen. Es ist selbstverständlich, daß kein Privatverleger ohne Zustimmung des Autors und der Partei eine Schrift erscheinen lassen darf. Ich nehme an, wir werden künftig keine Schrift unter einer Auflage von 20 bis 30 Tausend herzustellen haben, und für viele wird sie bedeutend höher werden, so groß ist die Nachfrage von allen Seiten. Vor dem Gesetz hatten wir in der Regel Auflagen von höchstens 5 Tausend.

Entsprechend dieser Entwicklung unserer agitatorischen Thätigkeit bei den Wahlen, in Parlament und Presse haben sich auch die materiellen Verhältnisse der Partei entwickelt, soweit die Parteileitung darüber Kenntniß hat und die Mittel bei ihr zusammengeflossen sind. Auch hier sind gegen früher Resultate zu verzeichnen, die wir wohl glänzend nennen dürfen.

Die im August 1880 auf dem Wydener Kongreß verrechneten Einnahmen betrugen für die Zeit vom November 1878 bis 1. August 1880 rund 37 100 Mark; auf dem Kopenhagener Kongreß, Anfang April 1883, wurden als Einnahme rund 95 000 Mark verrechnet, auf dem Parteitag in St. Gallen, Anfang Oktober 1887, rund 188 600 Mark. Unter dieser letzteren Einnahme waren auch die Posten verbucht, welche die deutschen Genossen in der Schweiz und die Inhaber des „Sozialdemokrat" vereinnahmt und an gemaßregelte deutsche Genossen verausgabt hatten.

Seit der Abrechnung auf dem Parteitag zu St. Gallen, die bis Ende August 1887 reichte, sind eingegangen:

	Einnahme:	Ausgabe:
für den Wahl- und Diätenfond . .	197 125,30 M.	95 388,50 M.
für den Unterstützungsfond	104 241,72 „	70 825,17 „
für den Elberfelder Prozeß	19 080,65 „	13 421,45 „
Vermischtes	3 884,40 „	12 449,95 „
Zinsen	6 071,65 „	— „
Kapital und Darlehnskonto	41 305,— „	191 240,25 „
Kassenbestand am 1. September 1887 bezw. 1. Oktober 1890	18 800,80 „	7 184,20 „
	390 509,52 M.	390 509,52 M.

Hierzu habe ich folgende Bemerkungen zu machen: Beim Wahl- und Diätenfond betrugen die Ausgaben für Wahlen 78088,50 Mark, für Diäten und Reichstagskosten 17 300 Mark; beim Unterstutzungsfond für Unterstützungen 60,662,10, für Gerichts- und Prozeßkosten 10 163,07 Mark. Der besondere Fond für den Elberfelder Prozeß brauchte nur theilweise in Anspruch genommen zu werden, da die hierin nicht enthaltenen, von den Parteigenossen von Barmen-Elberfeld und Umgegend aufgebrachten Beträge sehr bedeutend waren, so daß bei diesem Prozeß für die Parteikasse ein ganz anständiges Plus abgefallen ist (Heiterkeit und Beifall). Die vermischten Einnahmen setzen sich zusammen aus Geschenken, aus Kursgewinnen — wir sind, wie Sie gehört haben, im Augenblicke Kapitalisten und haben auch manchmal Börsengeschäfte vorzunehmen (große Heiterkeit), und damit auch selbstverständlich mit Gewinn und Verlust zu rechnen. Unter den vermischten Ausgaben sind inbegriffen Porto- und Bureau-Ausgaben, Kosten der Konferenzen der Fraktion, Kosten für den Parteitag in St. Gallen und theilweise für Halle, Kosten für den Pariser Kongreß, die vergleichsweise hoch waren, weil wir außer den offiziellen Vertretern noch den französischen Freunden sehr namhafte Beiträge zur Deckung der Kongreßkosten übergaben; weiter finanzielle Unterstützung des auf Grund der vorjährigen Pariser Beschlüsse herausgegebenen Journals „Der Achtstundentag"; Zuschuß zu den Kosten der Errichtung eines Denksteins an dem Orte, wo Lassalle 1864 erschossen wurde; Kosten für Herstellung der Kongreßprotokolle, denen andererseits entsprechende Einnahmen aus dem Absatz gegenüberstehen. Am 1. Oktober 1890 war ein Kassenbestand von 7184,20 Mark vorhanden.

Die Einnahmen und die Ausgaben, ohne diejenigen für das Kapital- und das Darlehnskonto, die nur als durchlaufende Posten zu betrachten sind, und ohne die Zinsen und den Kassenbestand vom 1. Oktober 1890, stellen sich folgendermaßen:

	Einnahme:	Ausgabe:
Wahl- und Diätenfond . . .	197 125,30 M.	95 388,50 M.
Elberfelder Prozeß	19 080,65 „	13 421,45 „
Unterstützungsfond	104 241,72 „	70 825,17 „
Vermischtes	3 884,40 „	12 449,95 „
	324 332,07 M.	192 085,07 M.

Diese 324 322,07 Mark sind die wirklichen Einnahmen, die durch die Partei aufgebracht wurden. Mit den Zinsen (6071,65) und dem Kassenbestand (18 800,80) belief sich die gesammte Kasseneinnahme auf 349 204,52 Mark, die gesammten Ausgaben auf 192 085,07 Mark, so daß also das vorhandene Vermögen sich auf 157 119,45 Mark beliefe; in Wirklichkeit beläuft es sich auf

171 829,20 Mark, mit dem von früher vorhandenen Vermögensbestand. (Lebhafter Beifall.)

Das ist eine Summe, wie sie bisher die Partei nie aufzuweisen gehabt hat, ein recht schönes Handgeld, welches die neue Parteileitung in ihre Verwaltung bekommt. (Heiterkeit und wiederholter Beifall.)

Außer den hier angeführten Einnahmen sind durch die Partei aufgebracht worden:

für den Hasencleverfond	15 388,31 M.
für den Kayser-Kräckerfond	4 099,40 „
für die gemaßregelten Bergleute . . .	5 909,25 „

Diese zusammen mit den übrigen von der Partei aufgebrachten Beiträgen von 324 332,07 Mark ergeben 349 729,03 Mark, welchen für alle aufgeführten Fonds eine Ausgabe von 217 399,18 Mark gegenübersteht.

Unter diesen Summen sind selbstverständlich diejenigen Einnahmen und Ausgaben gar nicht enthalten, welche die Parteigenossen der einzelnen Orte und für die verschiedensten politischen Zwecke, so namentlich für die Reichstagswahlen, aufgebracht haben. Die Genossen der großen Städte, insbesondere Berlins und Hamburgs, haben es für ihre Pflicht gehalten, eine große Zahl von Nachbarkreisen materiell zu unterstützen. So haben die Hamburger Genossen einen großen Theil der Wahlkreise in Schleswig-Holstein und Mecklenburg und einen kleineren Theil der Wahlkreise in der Provinz Hannover aus ihren reicheren Mitteln unterstützt, und die Berliner Genossen haben einem großen Theil der Wahlkreise in den Provinzen Brandenburg und Pommern materiell kräftig beigestanden. Wie hoch alle die hier für ganz Deutschland in Betracht kommenden Summen sind, vermag ich natürlich nicht anzugeben; sie sind aber sehr bedeutend und um das mehrfache wohl höher, als die von mir angeführten Summen. Bemerken will ich weiter, daß sich unter den von mir aufgeführten Beiträgen auch diejenigen befinden, die als Ueberschüsse von den Eigenthümern verschiedener Parteiblätter zur Verfügung gestellt wurden. Ferner bin ich verpflichtet, hervorzuheben, daß unsere ausländischen Genossen einen sehr greifbaren Beweis ihres internationalen Solidaritätsgefühls bei der diesmaligen Wahlagitation unserer Partei dadurch gaben, daß sie es nicht nur bei Worten bewenden ließen, sondern ihre Gefühle auch durch klingende Münze zum Ausdruck brachten, indem sie Geldbeiträge uns sandten; das geschah durch unsere Genossen in Amerika, Holland, Belgien, der Schweiz, Oesterreich, Rumänien und sogar in Rußland. Ich glaube in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich Sie bitte, sich zum Zeichen unseres Dankes von den Plätzen zu

erheben. (Geschieht.) Ich will dann noch als besonders interessant anführen, und dieser Vorfall dürfte im Parteileben einzig dastehen, daß unsere Partei am 1. April, also nach Abschluß ihrer Wahlrechnungen, reicher war als am 15. Januar, wo wir offiziell in die Wahlagitation eintraten. (Heiterkeit und Beifall.)

Nun entsteht die Frage, in welch' nutzbringender Weise soll die künftige Parteileitung mit den ihr bereits zur Verfügung stehenden Fonds und den weiter zu erwartenden Mitteln wirthschaften. Dies gehört zwar nicht zu den Aufgaben meines Berichts, aber ich glaube es ist nützlich diese Frage zu streifen; zunächst wird es sich darum handeln, daß in den ländlichen und kleinstädtischen Bezirken weit lebhafter und umfänglicher wird agitirt werden müssen, als das bisher der Fall war und sein konnte, ich betrachte das als selbstverständlich. Ob wir dabei, wie vor dem Sozialistengesetz besoldete Agitatoren zu diesem Zweck bestellen sollen oder einen anderen, zweckmäßigeren Weg beschreiten müssen, lasse ich hier unerörtert. Dann aber wollen wir auch jetzt, wo wir wieder gleiches Recht für uns haben, obwohl ich glaube, daß auch dieses gleiche Recht unter Umständen für uns ein Ausnahmerecht werden wird. (Sehr richtig.) Denjenigen, die mit besonderem Stolz und Hochmuth darauf gepocht haben, daß die Sozialdemokratie ihnen nichts anhaben könnte, beweisen, wie sehr sie sich geirrt haben, ich meine die ultramontane Partei. (Lebhafte Zustimmung.) Dem Thurm des Centrums, der so zweifellos fest stehen soll, daß keine Macht der Erde ihn wankend machen oder gar stürzen soll können, hat, glaube ich, die Sozialdemokratie bereits bei den letzten Wahlen einige ganz gehörige Stöße versetzt. (Sehr richtig.) Und ich meine, wir sollten in der jetzt kommenden Periode erst recht zeigen, daß wir diesem Thurm nicht nur Stöße geben können, sondern daß wir auch das Untergrabungsgeschäft, dessen man uns so gern bezichtigt, (Heiterkeit), und das wir in den letzten 12 Jahren weiter so vortrefflich gelernt haben (große Heiterkeit), gründlich in Anwendung zu bringen verstehen.

Auch nach einer anderen Richtung wollen wir unsere agitatorischen Fühlhörner ausstrecken, ich meine in Bezug auf die ländliche Bevölkerung. (Sehr gut.) Es wird uns und der neuen Parteileitung allerdings nicht leicht fallen, und es wird uns auf den ersten Schlag nicht möglich sein, ein Organ für die ländlichen Arbeiter zu gründen, aber sie wird dieses als eine Hauptaufgabe im Auge behalten müssen. (Sehr wahr.) Ich muß mich zwar für meine Person dagegen erklären, daß aus allgemeinen Parteifonds die lokale Presse unterstützt wird — wir werden ja später noch darüber sprechen — ich halte es aber für nothwendig, daß dieser Fonds überall da zur Gründung von Preßorganen in erster Linie Verwendung findet, wo durch die Natur der Verhältnisse die betreffenden

Arbeiterschichten aus eigner Kraft absolut nichts zu schaffen vermögen, und hier kommen die ländlichen Arbeiter zunächst in Frage. Wir werden ferner unsere agitatorische Thätigkeit erweitern müssen durch Gründung eines polnischen Arbeiterorgans. (Bravo.) Die polnische Arbeiter- und Industriebevölkerung ist weit stärker als wir gemeiniglich glauben. Es ist ein Gegenstand der lebhaftesten Klage unter den Bergarbeitern in Rheinland und Westfalen, daß ihnen die polnisch sprechenden Bergarbeiter bei ihren Lohnbestrebungen die größten Hindernisse bereiten, und daß insbesondere das Centrum mit ganz besonderer Macht und Erfolg dieser polnisch sprechenden Arbeiter sich bemächtigt hat. Es sind sogar eigene polnisch sprechende Geistliche nach Rheinland und Westfalen geschickt worden, welche dort predigen und agitatorisch thätig sein müssen, um durch polnische Flugblätter die Arbeiter an sich zu fesseln. Dem gegenüber ist die Gründung eines polnischen Arbeiterorgans und die Verbreitung polnischer Flugblätter eine Nothwendigkeit.

Ebenso werden wir aus allgemeinen Mitteln für die Herausgabe eines Parteiorgans für Elsaß-Lothringen Sorge tragen müssen. (Sehr gut.) Unsere Genossen in Elsaß-Lothringen sind dazu nicht im Stande, weil die dortige französische Preßgesetzgebung, die aber nach preußisch-deutscher Manier gehandhabt wird (Heiterkeit), dies außerordentlich erschwert. Weiter halte ich es im agitatorischen, parlamentarischen und sozialgesetzlichen Interesse für dringend nothwendig, daß dem Beispiel einer Reihe jüngerer Gelehrten entsprechend, überall in besonders durch schlechte Lage sich auszeichnenden Gewerbezweigen sozialstatistische Untersuchungen über die Lage der Arbeiter angestellt werden. Sie wissen, wie von unseren Gegnern allgemein bestritten wird, daß die Lage der Arbeiter so sei, wie wir sie darstellen. Ich bin überzeugt, daß eine solche statistische Untersuchung zu dem für unsere Gegner überraschenden Resultat führen wird, daß die Verhältnisse der meisten Arbeiter in der That viel schlechter sind, als allgemein angenommen wird. (Sehr richtig!) Das muß aber durch gewissenhafte Untersuchungen festgestellt werden, und dazu brauchen wir einen Generalstab tüchtiger und fähiger Leute, die für ihre Reisen und ihre Arbeiten unterstützt werden. Die Kosten werden zum Theil wieder aus dem Erlös der durch den Buchhandel zum Verkauf gelangenden Schriften, die auf Grund jener sozialstatistischen Untersuchungen erscheinen, eingebracht werden können. Sollten diese Arbeiten aber auch 10 und 20000 Mark und selbst mehr Zuschuß benöthigen, so wäre dies kein Schaden; ich würde diese Anlage der Gelder für die nutzbringendste ansehen, die von der Partei gemacht werden kann. (Sehr wahr!)

So stehen also nach allen Richtungen der neu zu organisirenden Partei große Aufgaben bevor. Zeigen wir durch die Berathungen auch dieses Parteitages, daß wir uns vollkommen der weltgeschicht-

lichen Mission bewußt sind, die das Proletariat, und als Führerin des Proletariats, die Sozialdemokratie zugewiesen bekommen hat. Wir wollen den Gegnern, wie auch den zweifelnden Freunden in unseren eigenen Reihen, zeigen, daß unser Ruf ist: Vorwärts, vorwärts und immer vorwärts! (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender Singer: Auf dem Parteitag in St. Gallen ist bezüglich einer Revisionskommission für die Prüfung der Kassenverhältnisse kein Beschluß gefaßt worden. Da zur Zeit, als die Einberufer die Abhaltung dieses Parteitages beschlossen haben, keine Körperschaft in Deutschland vorhanden war, der die Wahl der Revisionskommission übertragen werden konnte, hat die Fraktion es für richtig gehalten, ihrerseits drei Genossen in Deutschland mit dieser Aufgabe zu betrauen, es sind die Genossen Geck-Offenburg, Segitz-Fürth und Kloß-Stuttgart. Die Fraktion konnte diese Anordnung um so leichter treffen, als sie mit der Führung der finanziellen Geschäfte niemals etwas zu thun gehabt hat, vielmehr diese Angelegenheit einzig und allein dem Fraktionsvorstande, der gleichzeitig als Parteivorstand funktionirt, überlassen war. Die Fraktion war also, abgesehen von den den Parteivorstand bildenden Mitgliedern, in dieser Frage vollkommen uninterressirt.

Es wird also nach dieser Richtung ein Zweifel nicht erhoben werden können.

Namens der Revisionskommission nimmt nunmehr das Wort Genosse Geck: Dem Auftrage der Fraktion entsprechend, begaben wir uns vor 8 Tagen in die Schweiz und setzten den Kassenschrank unbeanstandet in Zürich nieder. (Heiterkeit.) Wir waren nicht wenig erstaunt über die Summen, welche sich uns darboten und wir schwelgten einen Augenblick in dem Gefühl, auch einmal Kapitalisten zu sein. (Heiterkeit.) Dieses Gefühl wich aber bald einem andern. Diese Zahlen, welche Bebel vorgetragen, beweisen, daß die Sozialdemokratie nicht nur eine starke Stirn und einen kräftigen Nacken, sondern auch ein Herz im Leibe hat, das in Liebe schlägt, denn diese Zahlen athmen Liebe gegenüber den Verfolgten und Gemaßregelten; in dieser Beziehung können uns diejenigen, welche die christliche Liebe gepachtet haben, durchaus nicht das Wasser reichen. Die Prüfung der Kasse war keine leichte Aufgabe. Es ist auch selbstverständlich, daß bei den Verhältnissen, unter denen die Kasse geführt werden mußte, dies oder jenes nicht so klappen konnte, wie es vielleicht auf den ersten Blick hätte klappen sollen. Wir haben einige Ungenauigkeiten und Irrthümer in den Büchern gefunden und richtig gestellt und können nun den Antrag stellen, daß der Parteitag dem Parteirechner Decharge ertheile und ihm die Anerkennung ausspreche, daß er als Kriegsminister und

Kasseninhaber es gut verstanden hat, die Kasse vor dem Feinde stets sicher zu stellen. (Heiterkeit und Beifall.)

In der nunmehr eröffneten Diskussion über den Bebelschen Bericht lenkt Trautwein-Quedlinburg die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die schlimme Lage der ländlichen Arbeiter unter der jetzigen Gesindeordnung, deren Beseitigung die Fraktion in erster Linie anstreben müsse. (Beifall.)

Schmidt-Berlin beantragt eine Kommission von 9 Mitgliedern zu wählen, welche die Streitigkeiten zwischen der Fraktion und den Berliner Parteigenossen zu regeln hat. Es ist nicht nothwendig, daß wir diese Angelegenheiten im Plenum, vielleicht zum Gaudium unserer Feinde, besprechen. Aber es muß über die Sache Klarheit geschaffen werden; das geschehe aber am besten in einer Kommission.

Der Vorsitzende hält es für zweckmäßiger, diesen Antrag an der Stelle zu berathen, wo die Anträge aus der Mitte des Parteitages zur Berathung kommen. In diesem Stadium der Verhandlung können nur etwaige Bedenken gegen die Parteileitung zur Sprache kommen, nicht aber persönliche Streitigkeiten. Der Antrag Schmidt könne nur als selbstständiger Antrag behandelt werden.

Schmidt hält seinen Antrag aufrecht. Von Seiten der Parteileitung und der Fraktion ist der Vorwurf erhoben worden, daß ein großer Theil der Genossen sozusagen mit der Polizei in Verbindung steht (große Unruhe; Glocke des Präsidenten).

Vorsitzender: Ich kann nicht zugeben, daß dieses Thema in der Breite hier verhandelt wird. Will aber der Genosse Schmidt nicht Abstand nehmen, so mag er seinen Antrag schriftlich einreichen. Der Antrag wird dann geschäftsordnungsmäßig erledigt werden.

Schmidt: Dies wird sofort geschehen.

Wilschke-Berlin (zur Geschäftsordnung): Man sollte doch die Vorurtheile gegen die Berliner Genossen fallen lassen. Wenn wirklich von den Berliner Genossen ein Bock geschossen worden ist . . .

Vorsitzender: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung.

Wilschke: Ich wünsche nur, daß Redewendungen, wie vorhin gegen Gen. Werner, welche persönliche Zwistigkeiten oder Störungen hervorrufen könnten, vom Bureau unterdrückt werden.

v. Vollmar bittet dem Antrage Schmidt statt zu geben. Es werde damit vermieden, daß diese Angelegenheiten mit der eigentlichen Debatte über den Bebel'schen Bericht verquickt werden. Es werde damit der Sache die persönliche Spitze abgebrochen, und er zweifle nicht, daß sie in der Kommission befriedigend erledigt werden. (Zustimmung.)

Bebel: Es thut mir leid, daß ich dem Gen. Vollmar entgegentreten muß, weil ich auch beim besten Willen nicht zu sehen vermag, was der Berliner Freund will und warum er Ursache hat, sich zu beschweren. Eine Animosität gegen die Berliner liegt nicht vor, sie sind ja auch hier genügend vertreten. Ebenso weiß ich nichts von persönlichen Streitigkeiten zwischen der Parteileitung und den Berliner Genossen. Ich bestreite, daß Schmidt da im Namen der Berliner Genossen sprechen kann. Hat das eine oder andere Fraktionsmitglied Berliner Genossen beleidigt oder verletzt, dann möge man bestimmte konkrete Thatsachen und Personen anführen, und dann wollen wir die Kommission wählen. Wir können aber keine Kommission wählen, wo wir gar nicht wissen, was in dieser Kommission verhandelt werden soll. Bis jetzt liegt nichts vor, was bei den nächstfolgenden Punkten der Tagesordnung nicht hier vor offenem Plenum verhandelt werden wird. Es sind das Kontroversen in Bezug auf die Parteitaktik, die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion u. s. w. Da wird die Fraktion Rede und Antwort stehen. Eine solche Kommission müßte die Fraktionsmitglieder als Angeklagte oder Zeugen vernehmen, und was kommt schließlich heraus? Ich weiß es nicht, denn soweit es sich um allgemeine Angelegenheiten handelt, gehören sie überhaupt vor den Parteitag, soweit es sich aber um persönliche Reibereien handelt, müssen diese hier kurz angeführt werden, damit der Parteitag genau entscheiden kann, ob es der Mühe werth ist, eine solche Kommission zu wählen.

Stolle-Gesau glaubt, daß nur solche Anträge angenommen werden dürfen, welche mit dem Punkt der Tagesordnung direkt zusammenhängen.

Der Antrag Schmidt-Berlin wird hierauf mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Diskussion wendet sich wieder zu dem Bebel'schen Bericht.

Haburg-Potsdam wünscht ein möglichst billiges Parteiblatt für die ländlichen Arbeiter. Es sei dankbar anzuerkennen, daß die großen Städte, namentlich Berlin, die Agitation in den ländlichen Kreisen unterstützt hätten, es sei aber sein, des Redners, Wahlkreis dabei nicht berücksichtigt worden.

Werner-Berlin: Parteigenossen! Als die große Versammlung in der Lips'schen Brauerei in Berlin stattfand, wandte ich mich zum Schlusse derselben an Genossen Singer mit der Frage: soll hier durch diese Resolution die Meinung der Berliner Genossen irgendwie in Frage gestellt, den Berliner Genossen ein Maulkorb umgelegt werden? Da erklärte Singer, nein, dies wird nie und nimmermehr stattfinden. Den Genossen Bebel bat ich in derselben Versammlung, er möge der vermeintlichen Opposition doch wenigstens Gehör schenken — sonderbarer Weise stand an den Litfaßsäulen: große

Volksversammlung, erster Punkt der Tagesordnung Referat von August Bebel. Der Name in ziemlich großen Lettern. In dieser Versammlung sind viel mehr Leute erschienen, die mal den Abgeordneten Bebel wollten sprechen hören; Singer und Bebel wissen aber sehr gut, daß die Berliner Parteigenossen doch auch noch ein anderes Forum hatten unter dem Sozialistengesetz, wo sie sich viel eingehender und genauer mit diesen Parteifragen beschäftigen konnten — ich sagte: „die Leute geben etwas auf Ihren Namen, schaffen Sie den Leuten wenigstens Gehör, damit die Zuschauer wenigstens ein objektives Urtheil gewinnen können. Wir wollen sagen, daß die Berliner Opposition nicht aus reiner Lust zur Opposition Opposition macht" (Unruhe). Als ich nun Bebel bat, er möchte wenigstens ein Wort einlegen und Ruhe stiften, ein Wort von ihm würde genügen, da zuckte er die Achsel und sagte, das geht mir nichts an. Das ist nicht die richtige Art und Weise, aufzutreten und der Objektivität die nöthigen Bahnen zu ebnen.

Der Rechenschaftsbericht Bebel's war viel zu einseitig. Ueber die Thätigkeit der Parteileitung in der Frage des 1. Mai hat Bebel nichts gesagt. Ich mache der Parteileitung nicht den Vorwurf, daß sie sich in diese Frage eingemischt hat, sondern daß sie den Aufruf zu spät erlassen hat. Man hat erst ein halbes Jahr in Deutschland Beschlüsse fassen lassen, ehe man sich darüber in der Parteileitung einigte.

In der Unterstützung der Freisinnigen bei den Stichwahlen hat die Parteileitung dem Beschlusse des St. Gallener Parteitages zuwider gehandelt. Sie hat diesen Beschluß einfach wegdekretirt und gesagt, die politischen Verhältnisse haben sich geändert, ergo müssen wir jetzt für unseren Erbfeind, dem Freisinn, doch noch unsere Stimmen abgeben.

Es giebt keinen Unterschied zwischen Parteigenossen erster und zweiter Güte, ich verlange für jeden einzelnen Parteigenossen das gleiche Recht, und deshalb bin ich für die Prüfung dieser Angelegenheit in einer Kommission. Wir Opponenten werden Gelegenheit haben müssen, Ihnen das Material zu geben, warum wir Opponenten sind. Wir wollen der V e r s u m p f u n g in der Partei entgegentreten (lebhaftes oho! fortdauernde Unruhe) ... nun, ich will den Ausdruck „Versumpfung" zurücknehmen, ich will sagen, wunder Fleck, der schließlich zu einer Krankheit ausarten könnte (lebhafter Widerspruch). Sie wissen, daß ich mit Grillenberger einen Streit hatte. Ich will Ihnen zeigen, wie uns gegenüber eine Abschlachtung vor sich geht. Grillenberger, den ich nur oberflächlich gesehen und dem ich nur einmal guten Abend gesagt, über den ich vorher kein Wort gesprochen und den ich nachträglich in einer Versammlung sogar in Schutz genommen gegen einen nicht anständigen Angriff — er hat mich in Nürnberg des Geschäftssozialismus beschuldigt. Ich

habe jeder Zeit auf dem Posten, wo ich stand, meine Schuldigkeit gethan (Zustimmung bei einem Theil der Berliner Delegirten). Ich glaube auch nicht, daß der Abgeordnete Grillenberger schuld ist, sondern es hat sich eine Zwischenperson zwischen die Parteileitung und die Berliner Genossen eingedrängt, wofür ich den Beweis bringen werde. Diese Zwischenperson hat sich nur ein gutes Ansehen geben wollen, um die Berliner Genossen bei der Parteileitung in Mißkredit zu bringen. Ich werde diese Person nachher in der Kommission namhaft machen. Nun ein Wort über meinen „Geschäftssozialismus". Als ich wegen meiner Agitation aus allen meinen Stellungen in Berlin entlassen wurde, wandte ich mich an das Berliner Volksblatt um die Stelle als Maschinenmeister. Die Stelle war frei, ich wollte Niemand verdrängen. Da wurde mir gesagt, Ihre Ansprüche sind um 3 Mark zu hoch, das kann das Parteiblatt nicht tragen (große Unruhe; Rufe: Unwahrheit! Lüge!). Ich rufe den Herrn Bading, als Drucker des „Volksblatt", zum Zeugen an, mit dem ich eine Unterredung gehabt, daß das keine Lüge ist. Ich war nun genöthigt, mich selbständig zu machen, weil ich dort keine Arbeit bekam. Nach kurzer Zeit stand in der „Fränkischen Tagespost" eine Briefkastennotiz: „leider ist es nur zu wahr, daß es in Berlin Geschäftssozialisten giebt; die Adresse des Briefschreibers, der uns dies mittheilt, steht zur gefälligen Verfügung". Ich wandte mich an Grillenberger mit dem höflichen Ersuchen, er möchte mir die Adresse des betreffenden Parteigenossen mittheilen. Darauf erhielt ich folgende Karte: „Die bewußte Adresse steht für Parteigenossen zur Verfügung, für Sie nicht." (Rufe: Pfui!) Es sollte nicht in der Partei die Gewohnheit Platz greifen, Andere mit Schmutz zu bewerfen. Ich habe der Parteileitung noch ganz andere Dinge vorzuwerfen. (Bebel: heraus damit!) Sie Alle wissen, wie gegen den jetzigen Abgeordneten Schippel, früherem Parteigenossen zweiter Güte, vorgegangen wurde. Einige hervorragende Parteigenossen haben sich nicht entblödet, die Berliner Volkstribüne als Polizeiblatt hinzustellen. (Sehr richtig!) Sie haben die Person des Redakteurs beschimpft. Wenn man diesen Terrorismus weiter gehen läßt, dann ist es schade um unsere Partei. Diese Abschlachtung durch einzelne Abgeordnete und durch die Parteileitung dürfen wir nicht noch länger dulden. Wir müssen uns darüber beschweren, daß unsere Abgeordneten zur ausländischen Presse gehen und in derselben Jeden, der es wagt, ihnen Opposition zu machen, heruntermachen, daß sie von unsauberen Elementen in der „Volkstribüne" sprechen u. s. w. Ein Abgeordneter hat in einer Arbeiterzeitung geschrieben: seht Euch diese Leute einmal an, sie haben die bekannten Beziehungen zum Molkenmarkt. Ich fordere die Parteigenossen auf, uns zu beweisen, daß wir Schurken und erkaufte Verräther unter uns haben. Wir protestiren ganz energisch gegen ein der-

artiges Gebahren einzelner Abgeordneten. Die Parteileitung hätte dagegen eintreten müssen. Ich werde die vorhin erwähnte Karte, damit ich nicht der Fälschung geziehen werde, hier zirkuliren lassen.

Leutert-Apolda: Die Genossen aus der Provinz haben gar kein Interesse daran, daß auf dem allgemeinen Parteitag persönliche und lokale Fragen in verletzender und beleidigender Form erörtert werden. Darüber mag eine Kommission entscheiden. Dies Forum ist zu heilig, als daß wir damit unsere Zeit vergeuden.

Theiß-Hamburg: Ich halte es den persönlichen Gefühlen der Berliner Genossen zu Gute, wenn sie in recht derber und aufgeregter Weise ihre Angelegenheiten erörtern. Es wird doch nicht so ohne Weiteres möglich sein, über diese Dinge hinwegzukommen, wie der letzte Redner meinte. Ich habe hier insbesondere die Postkarte Grillenbergers im Auge. Immerhin gehört doch der durch dieselbe schwer gekränkte Berliner Genosse zu uns, sonst hätte man ihn nicht nach hier gesandt. Er muß also das Vertrauen der Genossen genießen. Ich möchte aber bitten, daß wir diesen leidenschaftlichen, förmlich gehässigen Ton zu vermeiden suchen. Kehren wir mehr den Genossen heraus! Schließlich möchte auch ich um Aufklärung bitten, weshalb die Fraktion in der Frage des ersten Mai so spät das Wort ergriffen hat.

Wilschke-Berlin: Den Vorwurf, den Werner Bebel wegen der Lips-Versammlung machte, muß ich entschieden zurückweisen. Wäre eine Versammlung aus dem Kreise der internen Genossen einberufen worden, so hätte man denselben Vorwurf erhoben wie in Dresden, wo durch Zirkular eingeladen war. Alle, welche in jener Versammlung und in der Nähe Bebels waren, werden den Eindruck gewonnen haben, daß er eine Schlichtung herbeizuführen suchte.

Betreffs der Thätigkeit des Parteivorstandes zum 1. Mai muß ich dem Genossen Werner beipflichten. Durch die Erklärung der Fraktion wurden die großen Hoffnungen, die man auf den 1. Mai gesetzt und zu denen man schon Vorbereitungen getroffen hatte, zunichte gemacht. Die Aufregung darüber war in den Berliner Gewerkschaften eine sehr große. Ebenso verhält es sich mit der Haltung der Parteileitung in der Frage der Stichwahl. Auf dem St. Gallener Parteitage und auch bei anderen Gelegenheiten ist die freisinnige Partei mit den anderen bürgerlichen Parteien als die eine reaktionäre Masse bezeichnet worden; wir hatten deshalb keine Ursache, dieser Partei eine Begünstigung zu Theil werden zu lassen und für sie einzutreten.

Von einer Versumpfung der Partei kann darum jedoch keine Rede sein. Tritt eine Versumpfung ein, dann ist nicht der Parteivorstand oder die Parteileitung schuld, sondern es sind diejenigen Genossen schuld, die sie eintreten lassen. Einzelne Fehler lassen

sich leicht korrigiren; dagegen muß ich allerdings Verwahrung einlegen, daß man, wie es von dem Leipziger „Wähler“ geschehen ist, unsern Freund Schippel als Anarchisten oder dergleichen bezeichnet. Wenn wir Freunde Schippels sind, nun, ist das ein Fehler? Ich bin noch heute sein Freund. — Die Ausführungen Werner's zeigen, daß es unbedingt nothwendig ist, eine Kommission zur Prüfung der ganzen Angelegenheiten niederzusetzen.

Inzwischen ist folgender Antrag eingegangen:

Die Versammlung wolle eine Kommission, bestehend aus neun Personen, einsetzen zur Untersuchung der vom Genossen Werner vorgebrachten Beschwerden

a) gegen den Genossen Grillenberger,
b) gegen das von ihm der Kommission zu benennende Mitglied, das sich zwischen die Parteileitung und Berlin gedrängt haben soll,
c) gegen seine Behandlung bei Bewerbung um Anstellung im „Volksblatt“,
d) gegen zu scharfes Vorgehen gegen Genosse Schippel,
e) gegen ungerechte Bezeichnung Berliner Genossen als Spitzel.

Arthur Stadthagen.

Unterstützt durch Wilschke, Klein, Janiszewski, Porges, Hirsch, Plasse, Wurm.

Emmel-Frankfurt a. M.: In Bezug auf die Maifeier ist der Fehler gemacht worden, daß die Fraktion nicht sofort Stellung nahm, als in den großen Versammlungen in Berlin und Hamburg beschlossen wurde, am 1. Mai zu feiern. In der Resolution der Fraktion war freilich gesagt worden, daß man am 1. Mai feiern könnte, aber der moralische Eindruck konnte nicht erzielt werden, wenn die Demonstration nicht großartig ausfiel. Daran war aber nach Bekanntwerden der Resolution der Fraktion nicht mehr zu denken. Es wird darauf zu sehen sein, eine derartige unsichere Haltung in Zukunft zu vermeiden.

Wenn die Fraktion in der letzten Stunde vor den Stichwahlen für den freisinnigen Kandidaten zu stimmen anrieth, so billige ich das prinzipiell eigentlich auch nicht. Es war ein Verstoß gegen den St. Gallener Beschluß. Es ist aber zu berücksichtigen, daß die Wähler in den einzelnen Kreisen bei den Stichwahlen doch für den Freisinnigen gestimmt hätten. Daß wir offen als Partei eintreten für eine andere Partei, würde ich entschieden mißbilligen; wenn aber die Genossen einmal wählen, dann mögen sie wenigstens für einen Kandidaten stimmen, der nicht mit der Regierung durch Dick und Dünn geht. So wollen wir es auch künftig halten; aber wir beanspruchen keine Gegenleistung, wir verzichten auf alle Kompromisse.

Die Gründung eines Organs für die ländlichen Arbeiter würde ich mit Freude begrüßen. Es müßten aber schon vorher, sobald wie möglich, Flugblätter für die Landleute und besonders für die katholischen Gegenden zur Bekämpfung der Zentrumspartei massenhaft verbreitet werden.

Schulze-Erfurt: Wir müssen Alle wünschen, daß der Streit zwischen den Berliner Genossen und der Fraktion endgiltig gelöst werde. Die Ursache des Streits liegt darin, daß ein Theil der Genossen sich noch nicht in die neuen Verhältnisse nach dem Sozialistengesetz hat finden können. Wenn der Parteitag erst gesprochen hat, dann werden alle Mißverständnisse schwinden.

Auch ich kann es nicht billigen, daß in Bezug auf die Maifeier von der Fraktion abgewinkt ist. Wäre sie großartig und unbeeinflußt vor sich gegangen, die Maßregelungen wären mindestens nicht größer gewesen als es der Fall war. Aus unserem Zwiespalt schöpften unsere Gegner den Muth, um gegen die Arbeiter, die trotzdem feierten, Front zu machen. Wäre in ganz Deutschland gefeiert worden, wo hätte man die Streikbrecher für Hamburg herbekommen? Doch denken wir lieber an die Zukunft. Da möchte ich Ihnen zur Erwägung anheimgeben, ob es nicht zweckmäßig wäre, auch ein Blatt für Arbeiterinnen herauszugeben, welches der Provinzialpresse zum Herstellungspreis als Sonntagsbeilage überlassen werden könnte.

Was die Agitation betrifft, so müssen besonders das Land und die Industriedörfer berücksichtigt werden.

Zapay-Marburg: Auch wir in Hessen sind der Ueberzeugung, daß für die ländliche Bevölkerung etwas geschehen muß, wenn anders wir Böckels Agitation gegenüber nicht in einzelnen Distrikten zurückweichen sollen.

Was den 1. Mai betrifft, so war es sehr gut, daß die Fraktion abwiegelte, denn unsere Gegner haben nur auf einen Vorwand zu Maßregelungen gelauert. Deshalb war es gut, daß es in das freie Ermessen der Arbeiter gestellt wurde, zu feiern oder nicht. Ich bin von Marburg besonders beauftragt worden, dies hier zu erklären. Außerdem bin ich beauftragt worden, dahin zu wirken, daß in dem Programm die Bestimmung stehen bleibt: Die Religion ist Privatsache.

Frau Ihrer: Die Vorbereitungen zur Herausgabe einer Frauenzeitung sind nahezu abgeschlossen; es bedarf nur noch der Zustimmung meiner Genossinnen. Beilagen in der Form von Unterhaltungsblättern haben gar kein Resultat erzielt, sie dienen nur zur Unterhaltung der Frauen, wie viele andere Klatschblättchen auch. Uns thut eine wirkliche Frauenzeitung noth, und nach den mir gewordenen Mittheilungen bin ich sicher, daß die Frauen diese Zeitung auf der Höhe der Zeit erhalten werden (Bravo), vorausgesetzt, daß die

Genossen uns in der Weise unterstützen, daß sie ihre eigenen Frauen dafür anregen. (Heiterkeit und Beifall.) Wenn der Mann seiner Frau sagt, wir halten ja schon eine Zeitung, dann ist alle unsere Mühe vergebens. Auf dem Pariser Congreß sind alle Genossen verpflichtet worden, die Frauenbewegung in jeder Weise, also geistig und materiell, zu unterstützen. Was ist bisher geschehen? Von Seiten der Männer, mit wenigen, rühmlichen Ausnahmen, so gut wie nichts. Wir Frauen haben noch keine Fonds, und man hat uns gesagt: Ihr könnt nicht zum Parteitag entsandt werden, weil Ihr keine materiellen Mittel habt. Ja, da hättet Ihr Männer die Pflicht, für uns einzutreten. Wir wollen keine Extrabewegung für die Frau, keinen Sport; wir wollen nur die allgemeine Arbeiterbewegung unterstützen, rechnen dann aber auch auf Eure Unterstützung. Also behandeln Sie uns nicht so kühl abweisend, und unterstützen sie uns materiell. Wir haben ein Recht darauf, von Ihnen als vollberechtigte Genossinnen behandelt zu werden. Unterstützen Sie uns materiell und geistig, das wird seine Früchte tragen. Es handelt sich hier nicht um Spielereien, sondern um den vollen Ernst der Zeit! (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Hierauf wird die Sitzung abgebrochen. Schluß 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

3 Uhr. Den Vorsitz führt Dietz, welcher die Schriftführer Ernst-Berlin, Schwartz-Lübeck und Oertel-Nürnberg auf das Büreau beruft.

Die Diskussion über Punkt 1 der Tagesordnung wird fortgesetzt. Es sind ca. 40 Redner gemeldet.

Germer-Groitzsch: Mit Freuden begrüße ich, daß unsere Agitation jetzt die ländlichen Kreise kräftiger in Angriff nehmen soll. Es muß dort in der That in Zukunft viel mehr geschehen. Populär gehaltene Flugblätter müssen die Vorarbeit besorgen. Wir dürfen nicht hoffen, daß das Organ, welches wir für die ländlichen Arbeiter erscheinen lassen, von denselben auch sofort gehalten wird: im Sommer haben die Leute kaum Zeit zum Lesen, und wenn sie dafür noch Geld ausgeben sollen, thun sie es erst recht nicht. Also muß für unentgeltliche Lektüre gesorgt werden, zunächst auch auf dem von Berlin empfohlenen Wege, die gelesenen Blätter aufs Land zu schicken und so den Landarbeitern Gelegenheit zu geben, sie zu studiren. Auf dem flachen Lande, wo Industrie fehlt, ist die Agitation besonders schwierig; dort hat man stellenweise unsere Genossen fürchterlich mißhandelt. Auch hier muß besonders in der ersten Zeit durch Flugblätter vorgearbeitet werden.

Ein inzwischen eingelaufener Antrag Guttenstein und Genossen, die Differenzen der Berliner Genossen vollständig von der Diskussion zu trennen, wird zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende darauf verwiesen, daß der Antrag Stadthagen ausdrücklich mit zur Debatte gestellt ist.

Metzner Berlin I: Zu den beiden Fragen des Verhaltens der Fraktion zum 1. Mai und betreffs der Stichwahlen habe ich klarzustellen, daß die von Werner als Berliner vertretene Anschauung nicht von allen Berliner Genossen getheilt wird. Im I. Wahlkreise, und auch in mehreren anderen, ist man mit dem Für und Wider kurz vor dem 1. Mai nicht einverstanden gewesen; aber darin, ob der Fraktion lediglich die Schuld hierfür beizumessen sei, gingen die Ansichten weit auseinander. Ein großer Theil der Genossen stand und steht auf dem Standpunkt, daß der erste Schritt zum Auseinandergehen der Anschauungen von der „Berliner Volkstribüne" gethan worden ist. Sie meinen, dieses Blatt hätte sich vorher näher bei der Fraktion informiren müssen. Ein Fehler ist damit begangen worden, daß das Protokoll des vorjährigen Pariser Kongresses, welches den bezüglichen Beschluß enthielt, so spät an die Oeffentlichkeit gelangt ist. Denn aus diesem Protokoll hätte mit Leichtigkeit ersehen werden können, daß der Beschluß nicht so strikte auf allgemeines Feiern lautete. Auch bezüglich der Stichwahlen waren in Berlin die Meinungen sehr getheilt. Vielfach aber hat die Ansicht vorgeherrscht, daß in der Aufforderung der Fraktion ein Verstoß gegen den Beschluß von St. Gallen nicht gefunden werden kann. Auch ich habe dieses taktische Vorgehen dahin aufgefaßt, daß möglichst das Kartell gesprengt werden sollte. Lautet das Urtheil jetzt anders, weil wir wiederum vor einem Kartell stehen, so ist das Urtheilen nach vollzogenen Thatsachen bekanntlich leichter, als vorher. Man ist stets klüger, wenn man vom Rathhause kommt. Ich bestreite nun aber entschieden, daß gerade diese beiden Punkte die Opposition in Berlin hervorgerufen haben. Die Opposition ist viel älteren Datums, sie ist Jahre lang früher schon vorhanden gewesen; schon vor 4 Jahren hat sie sich breit gemacht, indem sie dem St. Gallener Beschluß eine ganz andere Auslegung gegeben hat, als er sie zuläßt. Die Opposition ist damals schon gegen die Stadtverordnetenwahlen mit einem gewissen Terrorismus aufgetreten. Ebenso in jüngster Zeit, wo große Versammlungen mit erdrückender Mehrheit für die Betheiligung entschieden, erklärte Werner gerade heraus, er füge sich nicht; für dieses Mal allenfalls noch, aber im Allgemeinen müsse er auf seinem Standpunkte beharren. Die Opposition hatte sich also gewissermaßen in Permanenz erklärt; sie benutzt die erwähnten beiden Beschwerdepunkte nur als Vorwand. Der Kommission muß das Material, wenn sie gründlich prüfen soll, auch vollständig geliefert werden. Wenn hier gefolgert worden ist, daß

der Zwiespalt des 1. Mai die wesentliche Ursache der späteren Maßregelungen geworden sei, so gebe ich zu bedenken, daß, selbst wenn die Fraktion die Parole „allgemeine Feier“ ausgegeben hätte, dieselbe doch den gewünschten imposanten Charakter nicht würde getragen haben, weil die gewerkschaftliche Organisation noch nicht so weit gekräftigt ist, um jeden Einzelnen, mindestens aber die große Masse vor Maßregelungen zu schützen. Ich besorge leider, daß, wenn der Parteitag entschieden Stellung gegen die Opposition nimmt, diese nicht nur nicht aufhören, sondern neue Anknüpfungspunkte finden wird. In der Sache selbst bitte ich die Einsetzung einer Kommission zu beschließen, und diese Kommission möge unparteiisch und streng prüfen! (Lebhafter Beifall.)

Bolderauer-Karlsruhe: Das Referat Bebels ist mit Unrecht als einseitig bezeichnet worden. Was uns Bebel über die Vorgänge in der Partei während 12 Jahre in einer Stunde berichtet hat, war nicht einseitig, sondern sehr vielseitig, namentlich was unsere Aufgaben für die Zukunft betrifft; und damit haben wir uns doch vor allem zu befassen. Bezüglich des Vorwurfs der zu späten Ausgabe der Parole zum ersten Mai meine ich, die Parteileitung hat sich zunächst über die Verhältnisse im ganzen Lande, über die Stimmung in den einzelnen Gewerkschaften orientiren wollen; die Parole, so spät sie kam, war die einzig richtige. Man darf die Berliner Gewerkschaften nicht mit denen bei uns im Süden vergleichen. — Bei den Stichwahlen ist es uns in Baden gerade durch die angerathene Taktik gelungen, den Liberalismus völlig aus dem Felde zu schlagen; selbst den Wahlkreis Karlsruhe haben wir uns näher gebracht. Seit dem St. Gallener Kongreß haben sich eben die Verhältnisse, und mit ihnen die Ansichten, erheblich geändert. Die Thätigkeit der Parteileitung bitte ich in Zukunft dahin zu lenken, daß alle Kraft auf die Wahlkreise verwandt wird, wo die Genossen am Platze zu schwach sind. In diesem Punkte hätten wir Grund zu klagen; wir machen aber doch keine Opposition, denn wir wissen, daß die Leitung alles thut, was irgend in ihrer Macht steht. Die Berliner würden ihrer Sache viel mehr dienen, wenn sie sie mit größerer Ruhe und ohne alles Hereinziehen persönlicher Momente vorbringen würden. Ich muß mich ganz entschieden gegen solche Zeitvergeudung erklären. (Beifall.)

Grenz-Chemnitz: Auf die beiden taktischen Fragen wird Bebel wohl noch näher eingehen. Ich denke über dieselben ähnlich wie Werner; aber dieser würde seiner Sache mehr Sympathieen erwerben, wenn er nicht immer auf die Fraktion hinwiese, als auf den Bösewicht, der da wieder diese oder jene große Sünde begangen habe. Auch die Parteileitung ist nicht unfehlbar. Wie gerade die Berliner die Schuld für den ersten Mai der Parteileitung zuschreiben wollen, verstehe ich nicht. Diese tüchtigen

Berliner Genossen hätten doch selbstständig etwas Verständiges leisten können. Aber wenn sie nicht geführt werden, gehen sie umher wie die irrenden Schafe (Heiterkeit); das zeigt, daß sie der Führung und Leitung noch sehr bedürftig sind. Im sächsischen Erzgebirge sind wir verständiger vorgegangen. Wenn in Versammlungen die Inscenirung großer Streiks beschlossen wird, so genügt uns das nicht; wir haben Fragebogen an alle Arbeiter verschickt, wodurch wir einmal Zeit gewinnen, und dann auch die wahre Meinung der Arbeiter erfahren wollten. Es ergab sich, daß zwei Drittel aller Arbeiter gegen die Feier waren. So hätten sich doch die Berliner Genossen, welche sonst so sehr vorneweg sind, auch einmal ohne den Rath der Fraktion behelfen können! Für das Vorgehen der Fraktion bezüglich der Stichwahlen glaube ich herausgefunden zu haben, was sie uns hat sagen wollen: Wenn wir über einen recht sumpfigen Graben hinüberspringen wollen und nicht mit einem Satz hinüberkommen können, dann sollen wir erst einmal in der Mitte festen Fuß fassen; wir können die Arbeitermassen nicht sofort zur Sozialdemokratie hinüberziehen, sondern müssen unter Umständen auch einmal unter den bürgerlichen Parteien das kleinere Uebel, z. B. die Freisinnigen, wählen. Schippel ist leider von verschiedenen Seiten ganz gefährlich verdächtigt worden. Von einigen Freunden aus dem hohen Norden ist wörtlich gesagt worden: „Paßt mal auf, was das werden wird!" Auf Grund der Schreibweise der „Volkstribüne" ist ihm zur Last gelegt worden, daß er irgendwie mit einer anderen Gesellschaft zusammenhängen müsse und dergleichen. Schippel hat, glaube ich, gezeigt, daß er zu uns gehört; er hat so agitirt, daß ihm die Agitation neun Monate eingebracht hat. Die Klagen der Berliner über die schwere Arbeit, die sie hätten, sind unberechtigt. Sie sollten mal in die Bezirke gehen, wo nicht immer 2000 Mann in einer Versammlung anwesend sind, wo die Leute einzeln bekehrt werden müssen. — Redner spricht sich weiter für eine rege Landagitation und für eine eigene Frauenzeitung aus.

Franz Berndt-Berlin IV: Genosse Metzner hat schon zutreffend bemerkt, daß man nicht glauben solle, es ständen alle Berliner Parteigenossen durchgehends zu der Ansicht von Werner und Wildberger. Ich bestätige hier, daß ich trotz meiner abweichenden Ansichten mit der größten Majorität gewählt worden bin. Ich muß auch dagegen protestiren, daß Werner so thut, als spräche er hier für die gesammten Berliner. Er ist nicht in Berlin, sondern in Teltow-Beeskow gewählt. Hört man ihn, so muß man meinen, in Berlin sei nur Pech und Schwefel vorhanden, dort sei alles gewillt, gegen die Fraktion zu gehen. Wenn Werner sagt, die Berliner leiden an Oppositionswuth, so sage ich aus voller Ueberzeugung: zum Theile trifft das zu; aber die Berliner Opposition

ist eine künstlich erzeugte, erzeugt von einigen wenigen Personen (Zurufe), diese Ueberzeugung kann mir niemand aus dem Herzen reißen (sehr gut! und Beifall). Berlin ist keineswegs das Heerlager der Opposition. Man sollte diesen Leuten tiefer ins Herz, in die Augen sehen, ihre Intelligenz prüfen. Wenn ich oder ein anderer mit der Fraktion sich einverstanden erklärt, muß es da nicht sehr unangenehm berühren, wenn es dann immer heißt: man tutet in das Horn der Fraktion mit hinein? Versammlungen, die zu dem selben Resultat kommen, spricht man Urtheil und Verständniß ab, nennt sie nach der Theorie des Herrn Wille eine Hammelheerde! Dagegen protestire ich; ich folge der Vernunft! (Bravo!) Bezüglich der Stichwahlen hat nicht die Fraktion, nicht die Parteileitung einen Fehler gemacht, sondern die Genossen, welche auf dem St. Gallener Parteitage den Enthaltungsbeschluß faßten. Unsere Taktik muß sich den jeweiligen Verhältnissen anpassen; wir sind eine Partei der Entwicklung. Thoren wären wir gewesen, wenn wir angesichts der Ergebnisse des 20. Februar nur an dem alten Grundsatz hätten festhalten wollen. Das Vorgehen der Parteileitung war also völlig motivirt. Was den 1. Mai betrifft, so sollte Genosse Werner doch mal selbst in sich gehen. Heute war der Kongreß in Paris geschlossen, übermorgen schon fanden in Berlin Versammlungen statt, in denen sofort beschlossen wurde, den 1. Mai zu feiern, ohne genau zu wissen, wie denn der Kongreßbeschluß eigentlich lautete. Das wirkte epidemisch; überall ging der Antrag durch, den 1. Mai zu feiern. Man war förmlich wild. Vielen andern aber kam auch schon damals der Gedanke, ob ein gemeinsames Feiern am 1. Mai nicht zu Scenen führen könnte, die der Einzelne dann schwer verantworten müßte. Das ist meine und zahlreicher Genossen Ueberzeugung, die Ueberzeugung der Majorität der Berliner Genossen, die spreche ich aus und bitte deshalb, nicht von uns zu sagen, das sei blos eine Horntuterei gewesen. (Lebhafter Beifall.)

Es wird von zwei Seiten der Schluß der Debatte beantragt und ausreichend unterstützt.

Nachdem Pittak für und Horn-Löbtau gegen den Schluß gesprochen, wird der Antrag abgelehnt.

Gewehr-Elberfeld: Diese unerquicklichen Streitereien sind auch eine Folge des Ausnahmegesetzes, welches das Spitzelsystem großgezogen hat. Berechtigte Beschwerden und persönliche Häkeleien werden mit einander vermengt. Viele Parteigenossen glauben, es sei Manchem blos darum zu thun, dieses oder jenes Mitglied der Fraktion zu stürzen. Nur ein Vorwurf gegen die Fraktion ist nicht so ganz unbegründet, das betrifft den 1. Mai. Thatsächlich ist der Vorschlag der Fraktion zu spät gekommen. Dagegen kann ich im Verhalten der Fraktion zu der Stichwahlfrage einen Fehler nicht

erblicken. Weiter will Redner die Landagitation nicht blos durch Blätter, sondern auch durch geeignete Personen betrieben wissen, die von der Partei pekuniär zu unterstützen seien.

Fell-Leipzig: Redner findet, daß die Beschwerden Werners einfach auf gewöhnliche Zänkereien hinauslaufen. Die Maifeier sei schwerer durchzuführen, als sich Mancher träumen lasse. Unsere Abstimmung möge beweisen, daß wir mit der Amtsführung der Parteileitung voll und ganz einverstanden sind. (Beifall.)

Zum zweiten Mal wird der Schluß beantragt.

Behrend-Frankfurt a. O. spricht für den Schluß, indem er konstatirt, daß noch 50 Redner eingetragen sind. Wenn wir sie alle hören wollen, brauchen wir noch 3 Tage, ohne in der Sache weiter zu kommen.

Wesch-Crefeld erklärt sich gegen den Schluß. Er sei beauftragt, den Willen seiner Wähler dem Parteitage darzulegen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Grillenberger: Werthe Parteigenossen! Ich will auf die Vorwürfe gegen die Parteileitung nicht eingehen, das wird von Bebel noch besorgt werden. Ich muß aber auf die Angriffe Werners gegen mich zurückkommen, nachdem ich in solcher Weise herausgefordert worden bin. Die Erklärungen von Metzner und Berndt überheben mich eines Theils der Abwehr; ich hatte die Absicht, vor Allem nachzuweisen, daß die Berliner Opposition nicht Sache der Berliner Genossen, sondern Sache eines kleinen Kreises derselben ist. Werner behauptet nun, er sei von mir des Geschäftssozialismus beschuldigt worden, ich hätte die Berliner Genossen Spitzel genannt, und beschwert sich über die verlesene Postkarte. Die Sache mit letzterer ist vollständig richtig. Ich für meine Person erlaube mir eben, den Herrn Werner nicht als Parteigenossen anzuerkennen. Das ist mein privates Recht und das habe ich ihm privatim mitgetheilt. Nicht öffentlich, trotzdem er mich vorher aufs Gröbste im „Volksblatt" beschimpft hatte. Als etwas später der Berliner Genosse Tempel an mich schrieb, habe ich ihm sofort Auskunft gegeben. Auch ich hätte mich lieber mit den Streitereien, welche von einer Anzahl jüngerer Elemente in der Partei, angesichts des Zuendegehens des Sozialistengesetzes vom Zaune gebrochen wurden, nicht befaßt; aber die Provinzialpresse hat die Angriffe der „Jungen" so behaglich ausgeschlachtet und dadurch in unsere Reihen Verwirrung gebracht, daß es nothwendig wurde, dazu Stellung zu nehmen. Da habe ich denn öffentlich darauf hingewiesen, daß jetzt wieder Elemente auftauchen, wie vor dem Ausnahmegesetz, welche die Sozialdemokratie als Sport betreiben. Junge Studenten, Litteraten u. dgl., welche seinerzeit beim Erlaß des Ausnahmegesetzes zum Theil — nicht Alle — merkwürdig rasch verschwanden. Ich

warnte, vor solchen Elementen auf der Hut zu sein. Ich frage Sie Alle, ob nicht das radaumäßige Treiben gewisser Berliner Elemente, die unter allen Umständen die Fraktion zu verdächtigen suchten, namentlich bei der Ausnutzung und Ausschlachtung dieser Vorgänge durch die gegnerische Presse, als eine Schmach für die Partei anzusehen war! (Stürmische Zustimmung.) Wenn man, wie ich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter, Jahr für Jahr seit 10 Jahren eine lange Reihe von Monaten in Berlin weilt, da bekommt man auch einen Einblick in das dortige Treiben, da lernt man die guten, braven Parteigenossen schätzen, aber auch die andern richtig würdigen. Nicht um die beiden Punkte handelt es sich bei der Berliner Opposition, welche jetzt in den Vordergrund gestellt werden; nein, seit Jahren schon wird bei jeder Gelegenheit die Fraktion von der Berliner Klique angegriffen und heruntergezogen, nicht mit objektiver Kritik, sondern stets gehässig und mit verdächtigenden Unterstellungen. Angesichts solches Treibens habe ich erklärt, daß vielleicht unehrliche Elemente hinter den Kulissen die Hand im Spiele haben möchten. In einer Versammlung im sechsten Wahlkreise hieß es z. B., Bebel und die anderen Abgeordneten verkehrten zu wenig mit den Berliner Parteigenossen; darauf erwiderte ich, das habe seine Richtigkeit; aber es habe in Berlin eine Zeit gegeben, wo man nicht sicher war, ob unter drei Genossen, wenn man mit ihnen zusammen war, nicht ein Spitzel sich befand. Damit sollten nicht die Berliner Genossen verdächtigt werden, wie man mir unglaublicherweise unterstellte, sondern ich wollte nur die Zustände, wie sie sich in Folge der infamen Spitzelzucht in Berlin herausgebildet hatten, charakterisiren. Kein Berliner Genosse, der nicht mit der Werner-Klique ein Interesse daran hat, Verwirrung in unsere Reihen zu tragen, wird die Richtigkeit meiner Behauptung bestreiten. Aber auch Niemand, außer Werner, wird aus der Konstatirung der Thatsache, daß die Spitzelbrut sich überall einzuschleichen suchte, eine Verdächtigung der Berliner Genossen, als seien es lauter Spitzel, herausfinden. Wenn es nicht Werner gethan hätte, ich selbst würde eine Untersuchungskommission beantragt haben, und vor derselben werde ich die Beweise für meine Behauptungen erbringen. Herr Bruno Wille, der noch gar nicht als Parteigenosse zu betrachten war, der erst abwarten wollte, ob er eine Lehrerstelle bekäme, in welchem Falle er der Partei nicht beitreten zu können erklärte (Heiterkeit), trat plötzlich auf, sprach von Korruption, Versumpfung u. dgl. Dadurch veranlaßt, erklärte ich, Wille habe vielleicht den Begriff des Geschäftssozialismus von seinem Freund Werner kennen gelernt. Gegen das „Volksblatt“ erhebe ich den Vorwurf, daß es eine Erklärung Werners brachte, welche mich gröblich beschimpfte, meine Erwiderung aber unterdrückt hat. Trotz dieser Vorkommnisse kommt Herr Werner später und verlangt von mir die Nennung

jener Adresse! Da schrieb ich ihm, was hier verlesen worden ist. Ich beanspruche als mein Recht, Diesen oder Jenen als würdig anzuerkennen, Parteigenosse zu sein. So wenig ich Stöcker oder Most als Parteigenossen anerkenne, so wenig lasse ich mir oktroyiren, Werner als würdigen Genossen anzuerkennen. Es liegen noch andere Dinge gegen ihn vor (Werner: heraus damit!) in allgemein menschlicher Beziehung, für die ich auch der Kommission Beweise bringen werde. (Andauernder Beifall und Zischen; fortdauernde Bewegung.)

Stolle-Gesau: Es ist das Recht des Parteitages, an der Parteileitung Kritik zu üben; aber Werner ist weit über dieses Recht hinausgegangen. Er hat seine Kritik mit Persönlichkeiten vermischt, die absolut nicht hierhergehören. Was hat die Parteileitung mit der „Volkstribüne" zu thun gehabt? Nichts! Was gehen Werner's persönliche Angelegenheiten mit dem Drucker des „Volksblatt" den Parteitag an? (Sehr richtig.) Alle diese Privatsachen sind in der Komission auszufechten. Wenn endlich der Leipziger „Wähler" Stellung genommen hat gegen die „Tribüne", mag sie scharf gewesen sein oder nicht, so geht das wiederum die Parteileitung gar nichts an. Wir haben ja noch den Punkt „Presse" auf der Tagesordnung; sehen wir also jetzt davon ab. Auch Werner soll beweisen, daß ihm die Parteiangelegenheiten höher stehen, als seine eigenen. (Beifall.)

Liebknecht: Ich werde das Persönliche möglichst vermeiden und mich auf die Kritik der gegen die Parteileitung und Fraktion von der Opposition erhobenen Angriffe beschränken. Zunächst bin ich selbst hier herangezogen worden im Zusammenhang mit einem Artikel des „Wähler." Mein Name ist zwar nicht genannt, der Artikel ist aber von mir, ich bekenne mich zur Autorschaft. In jenem Artikel sollen die Berliner Genossen anarchistischer Taktik beschuldigt worden sein. Das ist beiläufig nicht der Fall: früher, so heißt es in dem Artikel, als noch anarchistelnde Elemente in Berlin vorhanden waren, wäre diese Taktik der Wahlenthaltung auf fruchtbaren Boden gefallen, — und das ist gewiß richtig, ich habe ja ihre Flugblätter selbst in Händen gehabt. Das Ganze ist aber schon verschiedene Jahre her; der Artikel trifft keinen der jetzigen Leute: man sieht, mit welchen Mitteln hier gearbeitet wird. Die Berliner Genossen aber schieben diese Opposition von den Rockschößen: in 5 Versammlungen, die ich dieses Jahr in Berlin abgehalten habe, ist sie mir niemals entgegengetreten. Da habe ich denn gefunden, daß diese sog. Opposition eine verschwindende Minorität ist, die ich bis jetzt noch nicht zu Gesicht bekommen habe. Ist es nun nicht eine anarchistische Kampfesweise, wenn ich allen Parlamentarismus, die Betheiligung an jeder Thätigkeit auf gesetzlichem Wege für verwerflich erkläre? Was bleibt uns dann

noch übrig? Diese jetzt so unreif vertretene Theorie ist ja schon früher, und zwar viel klarer und viel logischer, von Most gepredigt worden; das sind ja für uns alles „olle Kamellen". Der Fraktion vorwerfen, daß sie nicht mit dem Kopf durch die Wand gerannt ist, heißt ihr das Zeugniß ausstellen, daß sie vernünftig gehandelt hat. Den letzteren Weg gehen vernünftige Menschen, den ersteren gehen Narren! (Bravo.) Wir verwerfen die rohe Gewalt. Und doch ist unsere Partei eine Partei der Revolution, das haben wir niemals verleugnet. Wir wollen die heutige Produktionsform umgestalten; das unterscheidet uns von allen übrigen Parteien. Aber in der Anwendung der Gewalt sind uns doch die Gegner über. Was uns unsere Kraft giebt, ist jene Agitation, welche an die Massen appellirt: unsere Taktik muß ihnen beweisen, daß wir in vernünftiger Weise nach Macht streben, um unsere Ziele zu verwirklichen. Was ist aus dem Appell an die Gewalt geworden? In einem Monat vollendet sich das dritte Jahr, daß die Märtyrer von Chicago am Galgen ihr Leben endeten. Was hat sie an den Galgen geliefert? Die Theorie, welche Gewalt der Gewalt entgegensetzen wollte! Wenn wir uns auf den Boden stellen wollten, dann sind wir verloren. Wenn wir auch stark sind, wohlan, gegen uns stehen 80% der Bevölkerung; wenn wir proklamiren, wir wollen nicht durch Gesetz, sondern durch Zertrümmerung des Gesetzes unser Ziel erreichen; nun wohlan, wir haben 20%, unsere Gegner 80, sie haben die Armee, die Kanonen und die Polizei, sie stecken uns ins Zuchthaus oder besser noch ins Narrenhaus, denn dahin gehörten wir! Gehen wir fort, wie wir begonnen haben, dann wird es besser werden; mit jedem Schritt vorwärts wächst unsere Macht. Wir repräsentiren eine Kraft, und wollen sie nicht durch thörichte Maßregeln einfach verpulvern. Wir wollen nicht für unsere Gegner arbeiten! — Was nun die Correspondenz in einem ausländischen Blatte betrifft, so habe ich die Sache in einer Notiz in einem dänischen Blatte berührt. In der ausländischen Presse war gesagt worden: Jetzt sind diese Parlamentarier alt geworden; das Proletariat, welches sie erweckt haben, drängt sich vor, die „Jungen" fressen mit Haut und Haaren diese Alten auf. Solche Hanswurstiaden glaubten ja unsere Genossen nicht; aber unsere Genossen im Auslande und auch die Gegner mußten über die Lügenhaftigkeit solcher Berichte aufgeklärt werden. Und da frage ich: Ist es ehrenhaft, einen Mann, der unter dem Sozialistengesetz für ein auswärtiges Blatt schreibt, als Korrespondent dieses Blattes zu nennen, das nicht unter deutscher Zensur und nicht unter dem Ausnahmegesetz erscheint? Das ist einfach eine Denunziation! (Sehr richtig!) Dann hieß es noch im Anschluß an diese paar Zeilen, in denen ich die Opposition solchermaßen charakterisirt habe, ich hätte ein Preßbureau. Ich habe mein Urtheil einem auswärtigen Freunde, ich glaube es war Lafargue, geschrieben. Auf

dieses mein Urtheil nahm später ein Artikel im „Temps“ Bezug; ich selbst habe aber für dieses Blatt keine Zeile geschrieben. Auch nicht nach Oesterreich für das Wiener Parteiorgan. Der Genosse, der in dieses Blatt schrieb, hat sich mit seinem Namen als Verfasser des Artikels bekannt. Soll man sich denn, ohne das Recht der Vertheidigung, die Vorwürfe von Korruption und Versumpfung einfach gefallen lassen? War das ein einfacher Scherz von Ihnen? — Für so scherzhaft, wie sie selbst sich nehmen, nehme ich sie nicht! Jeder ehrliche Parteigenosse hat selbstverständlich das Recht der freien Kritik. Räsonniren Sie, schimpfen Sie, kritisiren Sie meine Person, es ist mir egal; aber schänden Sie die Partei nicht. Reden Sie nicht von Korruption einer Partei gegenüber, welche alle corrupten Elemente beseitigte, und welche gerade hier den Beweis liefert, daß sie keine unreinen Elemente haben will. Ich halte den nicht für einen wirklichen Parteigenossen, der die Partei derartig schädigt. Man soll nach dem Feinde sich richten; als die Herren von der Opposition sahen, wie die gegnerische Presse ihre Opposition aufnahm, da mußten sie stutzend sich fragen: Haben wir recht gethan? Haben wir uns nicht an der eigenen Partei vergangen? Wer sich das nicht gesagt hat, der ist in meinen Augen allerdings kein Parteigenosse, der steht mit dem Herzen außerhalb, der ist ein Feind! (Lebhafter Beifall.)

Heppner-Dresden Land: Redner erklärt die Haltung der Fraktion in der Frage des 1. Mai für ganz korrekt. Wollen einzelne Gewerkschaftsführer die Fraktion für den Wirrwarr verantwortlich machen, so vergessen erstere, daß sie sich erst, bevor sie die Losung für den allgemeinen Feiertag ausgaben, mit der Fraktion hätten verständigen sollen.

Bebel: Einer unserer Genossen hat den bisher nicht erörterten Antrag gestellt, es möchten in Rücksicht auf die günstigen Kassenverhältnisse der Partei die noch ungedeckten Wahlschulden aller Kreise aus der Parteikasse bestritten werden. Diesen Antrag anzunehmen, ist ganz unmöglich, weil wir gar nicht übersehen können, ob die Kasse dazu ausreichen würde. Außerdem können wir nicht wissen, ob nicht manche dieser Kreise dennoch ihre Schuld allmählich werden abtragen können. Auch haben wir diesmal den Wünschen der Parteigenossen in dieser Richtung viel mehr als früher entgegenkommen können; kaum eine Forderung ist verkürzt, viele sind über den geforderten Betrag hinaus berücksichtigt worden. Wenn nun noch einige Wahlkreise mit Schulden vorhanden sind, so mögen diese sich einzeln an die neu zu wählende Parteileitung wenden, dieselbe wird dann prüfen und thunlichst jedem Wunsche gerecht werden. — Ich habe vorhin den Antrag auf Niedersetzung einer Kommission deshalb bekämpft, weil nicht genügend konkretes Material vorhanden sei. Nachdem nun aber der formulirte Antrag Stadthagen einge-

gangen ist, erkläre ich meinerseits, daß ich nunmehr die Wahl einer solchen Kommission befürworte. Werner ist heute mit sehr heftigen persönlichen Vorwürfen aufgetreten, die sich zum Theil durch ihre Kläglichkeit auszeichnen. Ein Mann von seiner Intelligenz hätte sich doch fragen sollen, ob es sich schickt, einen Parteitag von 400 Mann mit solchen Dingen zu behelligen. Ich soll ihm, nach seiner Meinung, in der Versammlung bei Lips nicht geholfen haben, der Opposition genügend Gehör zu verschaffen; Herr Bading hat ihn nicht als Maschinenmeister eingestellt; eine Zwischenperson soll durch ihren Einfluß Fraktion und Berliner Genossen unter einander verhetzt haben. In einem Kaffeeklatschkränzchen würde ich solche Geschichten begreifen; aber das ist noch nicht dagewesen, hier vor der ganzen Welt so etwas als ernsthaften Grund für eine Opposition vorzubringen. Das ist den Herren von der Berliner Opposition zum ersten Male geglückt. Sind das die Beweise für die Korruption, von der Sie Monatelang gesprochen haben? Ueber jene Lips'sche Versammlung verliere ich kein Wort. Interessant war mir, daß Werner, er, der fortgesetzt unter den niedrigsten, gehässigsten, verwerflichsten Angriffen auf meine Person gegen die Fraktion gehetzt hatte, er, der heute hier als Gegner des Personen- und Autoritätenkultus sich aufspielt, dort **mich** als Autorität anrufen wollte, um ihm und seinen Freunden Gehör zu schaffen. Nun, ich sagte damals, ich thue das nicht; Zubeil ist ja gewählt, die Versammlung zu leiten. Und da will ich bemerken, daß Zubeil seine Aufgabe als Vorsitzender musterhaft gelöst und sein Amt ebenso ernst als unparteiisch führte. Er hatte vieren von der Opposition gegen drei von uns das Wort gegeben. Das war durchaus loyal. Wenn Werner ferner behauptet, die Besucher jener Versammlung seien nicht Berliner Genossen gewesen, sondern solche Leute, die einmal Bebel hätten hören wollen, so kann ich das nicht kontrolliren; aber die Berliner Genossen werden diesen Punkt klarstellen können. Leute, die blos einen von uns hören wollen, machen nicht um 2 Uhr Mittags Feierabend, bringen solche Opfer nicht. Keiner in der Opposition hat uns mit gehässigeren, niedrigeren, verwerflicheren, unwürdigeren Mitteln bekämpft, wie Herr Werner, und ich bitte die Kommission, mich zu vernehmen, da werde ich beweisen, daß ich mit vollstem Recht diese Beschuldigung aussprechen durfte. Nach den heutigen Erfahrungen erkläre ich, daß ich, **gleich Grillenberger, Herrn Werner nicht als Genossen** ansehe. (Hört, hört!) Er hat dann weiter auf Schippel Bezug genommen. Glaubte Schippel, ihm sei von der Fraktion oder einzelnen Mitgliedern derselben Unrecht geschehen, oder daß das ihm widerfahrene Unrecht nicht in den Fraktionsverhandlungen genügend gesühnt worden sei, so würde er doch selbst an den Parteitag kommen; ich staune, daß Werner es ist, der sich zu seinem Vertheidiger aufwirft. Alle diese Schippeldinge sind drei,

viermal in der Fraktion ausführlichst behandelt worden; schon zu einer Zeit, wo Schippel noch gar nicht in der Fraktion war; er ist davon durch mich genau unterrichtet. War er noch nicht befriedigt, so hatte er gewiß den Muth und das Pflichtgefühl, seine Angelegenheiten vor den Parteitag zu bringen, und brauchte er die Anwaltschaft des Herrn Werner nicht. Das Auftreten der Opposition hat die Partei schwer geschädigt. Meinungsverschiedenheiten sind begreiflich. Glauben Sie nur nicht, daß in der Fraktion lauter Friede und Einigkeit herrschen; wir gerathen auch dort hintereinander. Es stehen sich aber nicht die Alten und die Jungen gegenüber, sondern in der Regel sind es die „Alten" selbst, die am heftigsten aufeinanderplatzen. Aus mehr als einem Munde eines jüngeren Kollegen habe ich es in der letzten Session vernommen: Daß Ihr Alten Euch dermaßen in die Haare geriethet, hätten wir nicht für möglich gehalten; aber es freut uns doch, daß da ehrlich gearbeitet wird! Auf den 1. Mai und unseren Aufruf zu den Stichwahlen komme ich im Schlußwort zurück; ich habe diese Punkte im Referat nicht erwähnt, weil ich wußte, daß sie in der Diskussion doch kommen würden, und weil ich mit der mir zugemessenen knappen Redezeit haushalten mußte. (Andauernder, lebhafter Beifall.)

Wiederum liegen vier Schlußanträge vor, die aber sämmtlich abgelehnt werden.

Gottschalk-Hamburg: Bebels Bericht kann uns nur mit Befriedigung erfüllen. Nothwendig und erforderlich ist es, jetzt mit der Agitation aufs Land hinauszugehen. Auch in Hamburg II ist der Vorwurf erhoben worden, die Parole für den 1. Mai sei zu spät ausgegeben; man sagte sich, die Fraktion wolle wohl gar nicht Stellung dazu nehmen. Das Pariser Protokoll kam zu spät heraus; um so mehr war die Fraktion verpflichtet, mitzutheilen, was denn eigentlich auf dem Kongreß beschlossen war. Deshalb behaupte ich entschieden, daß die Fraktion einen Fehler mit dieser Zögerung begangen hat, wodurch speziell den Hamburgern ein böser Schlag versetzt worden ist. Die Hamburger hatten schon zu viel Vorkehrungen getroffen, sie konnten nicht im letzten Augenblicke Kehrt machen, und das benutzten die Arbeitgeber. So kam es in Hamburg zu der furchtbaren Niederlage in dem großen Streik. Unbedingt wäre das nicht gekommen, hätte die Fraktion rechtzeitig gesprochen. Bezüglich der Stichwahlen erklärt Redner am St. Gallener Beschluß festhalten zu wollen.

Hillmer-Hamburg: Ich kann nicht umhin, die ganze Behandlungsweise, welche wir in Hamburg seitens der Fabrikanten zu erleiden hatten, zum großen Theil auf den verspäteten Beschluß der Fraktion zurückzuführen (Zustimmung und Widerspruch). Ich weiß sehr wohl, daß in Paris nicht beschlossen worden ist, einen allgemeinen Feiertag einzuführen, sondern daß die Art der Demon-

stration jedem Lande überlassen wurde. Nun, die Hamburger beschlossen, da die Fraktion für die deutschen Arbeiter nicht die Initiative ergriff, auf ihre eigene Hand den 1. Mai als Feiertag zu begehen. Unsere Demonstration hätte auch Erfolg gehabt, wenn der Fraktionsbeschluß nicht hinterher gekommen wäre. Das haben die Hamburger Arbeitgeber benutzt, und da auch ein ganz kleiner Bruchtheil der Arbeiter uns opponirte, so war Zwiespalt in unseren Reihen. Diesen Zwiespalt benutzte der Fabrikantenbund, der sich dort gebildet, um gegen uns vorzugehen. Wir haben nun zwar die Schläge parirt, aber ich möchte für künftige Fälle die Bitte aussprechen, daß dann, wenn wieder eine solche allgemeine Demonstration inscenirt werden soll, die leitenden Persönlichkeiten nicht zu spät auftreten, sondern frühzeitig auf dem Posten sind.

In Bezug auf die Angelegenheit des Herrn Schippel ist thatsächlich seitens einzelner Fraktionsmitglieder in einer unerhörten Weise vorgegangen worden (hört! hört!). Die Berichte über angebliche Korruption in den Reihen der Berliner Sozialdemokratie veranlaßten einen Theil der Hamburger Genossen, eine Kommission zweimal nach Berlin zu senden, um die Sache zu prüfen, respektive um mit der Fraktion Rücksprache zu nehmen. Ferner haben wir uns noch nach Chemnitz, nach dem Wahlkreis Schippels gewendet; in beiden Fällen aber ohne Erfolg. Deshalb halte ich Untersuchung durch eine Kommission für sehr nothwendig, damit die Uneinigkeit aus unseren Reihen ausgemerzt werde.

Es wird wieder Schluß der Debatte beantragt, derselbe aber abgelehnt.

Werner konstatirt zur Geschäftsordnung, daß er zur persönlichen Bemerkung das Wort verlangt hätte, wenn der Schluß angenommen worden wäre.

Slomke-Bielefeld wendet sich gegen die Doppelkandidaturen. Vollmar habe sich in München und Magdeburg als Reichstagskandidat aufstellen lassen — zwei aussichtsvolle Wahlkreise — und diese Doppelwahl habe viel Arbeit und Geld gekostet. Dazu müsse der Parteitag Stellung nehmen.

Zubeil: Werner hat keine gute Bahn damit beschritten, daß er die Versammlung bei Lips herabzusetzen sucht. Ich habe den Eindruck gehabt, daß sämmtliche Parteigenossen Berlins zu jener Versammlung eingeladen waren. Redner konstatirt nun, daß Bebel erst mit dem Referat betraut wurde, nachdem die Polizei Singer die Versammlung verboten hatte. In Bezug auf die Maifeier kann er Berndt nicht zustimmen, wenn dieser meinte, man habe sich in die Agitation gestürzt, ohne die Pariser Beschlüsse genau zu kennen. Die Arbeiter der meisten Berliner Fabriken waren für die Maifeier, und diese wäre so großartig geworden, wie wir eine ähnliche Demonstration in Berlin noch nicht erlebt haben. Da mit einem

Male kam der Erlaß der Fraktion. Man trat uns nun in den Fabriken entgegen und sagte, in welcher Weise habt Ihr uns hinter das Licht geführt! So hat die ganze Berliner Gewerkschaftsbewegung durch jenen Fraktionsbeschluß einen Schlag erhalten, den wir noch Jahre lang empfinden werden. Diese Schuld kann die Fraktion nicht von sich abwälzen. Redner spricht sich auch gegen den Stichwahlerlaß aus und erklärt, es sehr vermißt zu haben, daß nicht eine öffentliche Einladung der Frauen zu diesem Parteitage erfolgt sei (sehr richtig! bei den Frauen). Man darf der Frauenbewegung nicht entgegentreten, wie es so vielfach geschehen ist. In den meisten Textilstädten ist kein Lohnkampf ohne die Frauen durchzuführen. Die Frauenfrage ist ein wesentlicher Theil der sozialen Frage.

In vielen Punkten theile ich die Ansichten und die Opposition Werner's nicht. Oft haben wir aber auch Grund zu berechtigter Beschwerde, und man sollte nicht über die gesammten Berliner Parteigenossen den Stab brechen. Wir Berliner haben unter den schwierigsten Verhältnissen vom Anfang des Ausnahmegesetzes bis zum Ende furchtlos und unverzagt gearbeitet und wir werden dies auch in Zukunft thun. (Beifall.)

Singer: Ich werde mich auf die gegen einzelne Mitglieder der Fraktion gerichteten Angriffe in diesem Moment nicht einlassen. Ich habe die Ueberzeugung, daß es den Mitgliedern der Fraktion nur angenehm sein kann, wenn in einer Kommission diese Angriffe untersucht werden. Der Kommissionsbericht wird ja ergeben, inwieweit die sogenannte Opposition in Berlin berechtigt war, von einer Korruption in der Fraktion zu sprechen.

Für viel wichtiger halte ich die vorgebrachten Bedenken gegen die Haltung der Parteileitung bezüglich der Stichwahlen und der Feier des 1. Mai. Ich konstatire, daß dies überhaupt die einzigen sachlichen Bedenken sind, welche als gegen die Parteileitung gerichtet betrachtet werden können und die eine Diskussion verlohnen.

Als in St. Gallen der Beschluß gefaßt wurde, den Parteigenossen zu empfehlen, sich bei den Stichwahlen der Abstimmung zu enthalten, gehörten Bebel und ich zu denjenigen, die diesen Beschluß auf das Lebhafteste befürworteten, und es ist charakteristisch, daß Bebel in St. Gallen diesen Antrag gestellt hat. Wir sind damals zu dem bekannten Beschluß gekommen, weil absolut keine Veranlassung war, zu glauben, daß das Sozialistengesetz aufgehoben werden könnte. Wir mußten annehmen, daß es verewigt werden würde und daß wir uns darauf dauernd einrichten müßten. Wir waren in Bezug auf die ökonomische Entwickelung derselben Ansicht wie heute, nämlich, daß unserer Forderung gegenüber auf die Umwandlung der Produktionsweise alle bürgerlichen Parteien eine reaktionäre Masse bilden.

Nun trat aber etwas Unerwartetes ein. Als uns der Ausfall des Wahlresultats vom 20. Februar nicht nur die Möglichkeit, sondern fast die Sicherheit brachte, daß die Fortdauer des Sozialistengesetzes fraglich sei, als jedenfalls das feststand, daß der Ausweisungsparagraph fallen würde, da mußten wir uns fragen, ob wir nicht einen Verrath gegen die Partei, einen politischen Selbstmord begehen würden, wenn wir durch die Parole auf Stimmenthaltung bei den Stichwahlen die Möglichkeit schafften, daß schließlich doch noch eine Majorität für die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu stande käme. Aus diesen Gründen und entsprechend den Anregungen, die uns aus vielen, vielen Wahlkreisen gekommen sind, hat das Zentralwahlkomitee damals einstimmig beschlossen, trotz des St. Gallener Beschlusses den Genossen zu empfehlen, für die Kandidaten der Opposition zu stimmen. Wir waren uns bei diesem Beschluß vollkommen bewußt, daß wir dem nächsten Parteitag Rechenschaft würden ablegen müssen; aber wir glaubten nicht Leidenschaftlichkeit, sondern kühle Abwägung der Parteiinteressen walten lassen zu sollen. Wer in der Wahlagitation viel herumgekommen ist, weiß ganz genau, daß in weiten Parteikreisen die Nothwendigkeit anerkannt worden ist, bei der Wahl zwischen einem Konservativen und einem Zentrumsmann, oder zwischen einem Nationalliberalen und einem Freisinnigen, die Stimme auf den Kanditaten der Opposition zu lenken. Nach unserer Ueberzeugung wäre es gradezu ein Verrath an der Partei gewesen, wenn wir die Hand dazu geboten hätten, den Strick, den man uns um den Hals gelegt hatte, selbst noch zu verlängern. Ich bin überzeugt, daß der Parteitag bei ruhiger, leidenschaftsloser, politischer Erwägung in seiner großen Majorität anerkennen wird, daß die damalige Situation eine derartige Entscheidung geboten hat. (Zustimmung.)

Was die Frage des 1. Mai betrifft, so will ich ohne Weiteres sehr gern zugeben, daß es viel besser gewesen wäre, wenn die Fraktion früher vor die Partei getreten wäre. (Sehr richtig!) Ich muß aber bestreiten, daß die Parteigenossen den Sinn der Pariser Resolution nicht gekannt haben. Denn unmittelbar nach Schluß des Pariser Kongresses war im Berliner Volksblatt die Resolution abgedruckt, und darin stand kein Wort, daß die Manifestation am 1. Mai geführt werden solle durch allgemeines Ruhenlassen der Arbeit. Diese Interpretation haben erst die Versammlungen hineingelegt, und der Vorwurf, daß die Fraktion zu spät gekommen, wird sehr gemildert, wenn man sich in die damaligen Verhältnisse zurückversetzt. Es war unmittelbar vor den Wahlen. Die ganze Kraft der Partei war in Anspruch genommen durch die Wahlagitation. Auch die Fraktionsmitglieder hatten keine Zeit und Gelegenheit, sich um andere Dinge zu kümmern. Allgemein war

die Ansicht verbreitet, der Reichstag würde Anfangs März zusammenberufen werden, und wir konnten uns also sagen, daß es dann noch reichlich Zeit sei, die Frage wegen der Maifeier zu erledigen. Dazu kommt, daß die Fraktion damals nur aus elf Mitgliedern bestand, deren Mandate nur noch wenige Wochen galten, und die die Verantwortung nicht auf sich nehmen konnten, angesichts einer so wichtigen Frage, die Parteiaktion für die Zukunft festzulegen. Die Auffassung, daß, wenn die Fraktion ihren Rath nicht gegeben hätte, die Arbeitsruhe ohne wirthschaftliche Nachtheile erfolgt wäre, kann ich persönlich nicht theilen. Es wären in diesem Falle außer den Hamburgern vielleicht Hunderttausende von Genossen in Deutschland aufs Pflaster geworfen worden. (Sehr richtig!) Aber ich will darum nicht streiten. Sicher ist, daß nur die großen Städte, wie Berlin und Hamburg, in denen große und starke Arbeiterorganisationen vorhanden sind, im Stande sind, einen solchen Kampf zu führen. Die Fraktion ist aber gewählt zur Vertretung der gesammten Partei, des ganzen Reiches, und wenn fünfunddreißig Männer zusammengekommen sind aus allen Theilen des Reichs und einstimmig erklärt haben, die Maifeier muß im Interesse der Partei in der vorgeschlagenen Weise abgehalten werden, so muß diesen Leuten doch ein sachverständiges Urtheil zuerkannt werden. (Glocke des Präsidenten.) Ich werde eben angeläutet (Heiterkeit) und muß schließen. Es lag mir nur daran, die Gründe anzuführen, welche für die beiden angefochtenen Erlasse der Fraktion bestimmend waren. (Lebhaftes Bravo!)

Von Liefländer-Potsdam ist ein Antrag eingegangen, der zur Untersuchung und Schlichtung der Berliner Beschwerden zu ernennenden Kommission auch andere als im Antrag Stadthagen bezeichneten Beschuldigungen zu überweisen.

Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt und gelangt also auch nicht zur Verhandlung.

Sittig-Hannover: Der „Hannoversche Courier“, das Leibblatt des „großen“ Rudolf von Bennigsen, jammerte kurz nach dem 1. Mai, das Sozialistengesetz habe durch den 1. Mai den Todesstoß erhalten. Das ist richtig, und deshalb war auch die Taktik der Fraktion eine vollkommen korrekte. Hätten wir, wie die Berliner Genossen es wünschen, den 1. Mai in der Art und Weise begangen, wie es von ihnen verlangt wurde, dann hielten wir vielleicht nicht diesen Parteitag ab. Die ganze reaktionäre Masse hat sich auf den 1. Mai gespitzt und gehofft, daß nicht blos Arbeitseinstellungen und kleine Anrempeleien vorkommen würden; nein, man hoffte auf einen großen Aufruhr, um dann das Sozialistengesetz zu verschärfen und dauernd einführen zu können. Wir sind deshalb der Fraktion zu Dank verpflichtet, daß sie uns davor behütet hat, unseren schlimmsten Gegnern einen Gefallen zu erweisen.

Schmidt-Berlin: Die Opposition in Berlin ist absolut nicht mit allem einverstanden, was von Wille und Werner gesagt worden ist; aber sie hat allerdings zu verschiedenen Malen mit der Reichstagsfraktion in Widerspruch treten müssen, und es ist richtig bemerkt worden, daß schon lange eine gewisse Unzufriedenheit oder Opposition vorhanden war. Ich möchte aber statt Opposition lieber Neigung zur Kritik sagen. Daran, daß diese Kritik eintrat, war einzig und allein das Sozialistengesetz schuld, das uns eben nicht gestattete, unsere Meinung in der Oeffentlichkeit zu vertreten; so konnten leicht Mißverständnisse entstehen. Berücksichtigen Sie auch, daß die Berliner Genossen am schwersten mit dem Polizeibüttel zu kämpfen hatten. Berlin ist die Metropole der Polizei. Ein großer Theil unserer Parteigenossen, welche früher an der Spitze waren, saßen im Gefängniß oder waren ausgewiesen, konnten also nicht mitarbeiten, wo ihr Rath und Hilfe so sehr vonnöthen war. Alles dies hat eine Verbitterung herbeigeführt und die eigenthümlichen Verhältnisse gezeitigt, die auch ihren Ausdruck gefunden haben bei dem Streit um Stadtverordnetenwahlen, auf welche später zurückzukommen wir uns vorbehalten.

Wieder sind von mehreren Seiten Schlußanträge gestellt, die aber abgelehnt werden, nachdem Molkenbuhr ausgeführt, daß, da die gegnerische Presse so viel von schmutziger Wäsche, die gewaschen werden soll, zu schreiben gewußt habe, man nicht soll sagen können, daß einem einzigen Vertreter der Opposition das Wort abgeschnitten worden sei.

Täterow-Berlin: Ich konstatire, daß eine Zeit lang ein gewisser Muth dazu gehörte, in Berlin Sachen in Schutz zu nehmen, welche der Fraktion als Sünden angerechnet wurden. Ich persönlich bin ja schon längst als „Fraktionszuhalter“ hingestellt worden. Ich kenne das Parteileben ziemlich genau und bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß wohl niemand ehrenhafter vor den Parteitag treten kann, wie gerade die Fraktion. In schweren Kämpfen hat sie das Banner hochgehalten, und wenn sie geirrt hat, so ist das eine natürliche Sache. Es hat Jeder mal einen Fehler begangen. Aber diese Fehler müssen nicht aufgebauscht werden. Die Berliner Opposition hat aber längst den Rahmen der sachlichen und loyalen Kritik überschritten. Nun, wir kennen unsere Pappenheimer und wissen, was davon zu halten ist. Metzner hat schon nachgewiesen, was Berliner Genossen sind. Es sind nicht die einzelnen Schreier, sondern diejenigen, welche die Partei zu dem gemacht haben, was sie in Berlin ist. Es haben sich dort Leute eingedrängt, welche uns persönlich verhetzt haben, und in erster Linie die Fraktion. Wenn der 1. Mai nicht zu dem geworden ist, was er sein sollte, so sind die Genossen selbst schuld. Die Fraktion hatte die Pflicht, die Arbeiterschaft mit zu hören, in welcher Weise sie sich betheiligen

wollte, und sie mußte sich sagen, daß wohl die Arbeiterschaft der großen Städte, aber nicht die in kleinen Städten und ländlichen Bezirken dem Unternehmerthum entgegentreten konnte.

Redner spricht sich auch für den Stichwahlerlaß aus.

Es wird abermals der Schluß der Diskussion beantragt. Es sind noch 30 Redner vorgemerkt.

Pfannkuch-Cassel spricht gegen den Schluß, bittet aber die folgenden Redner, sich möglichst kurz zu fassen, um Werner zum Wort kommen zu lassen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Joest-Mainz: Aehnliche Streitigkeiten wie heute haben schon die Kongresse in Wyden, Kopenhagen und St. Gallen beschäftigt. Gewissen Berliner Elementen ist einfach nichts recht zu machen. Ich möchte darum aber nicht der Allgemeinheit der Berliner Genossen Vorwürfe machen. Wenn wirklich während der 12 Jahre Sozialistengesetz Mißstände in der Fraktion oder sonstwo entstanden wären, dann hätten die ehrlichen Genossen einen anderen Ton der Oeffentlichkeit gegenüber anzuschlagen, als wie es Berliner Genossen gethan haben. Die Art und Weise, wie sie den Kampf geführt, sagt mir, daß ich diesen Elementen nicht trauen darf. Ich habe zwar keine objektiven Beweise in der Hand, dafür giebt es in den meisten Fällen überhaupt keine objektiven Beweise, aber subjektiv bin ich überzeugt, daß wir diesen Leuten gegenüber Vorsicht üben müssen: die Verhältnisse in Berlin mahnen in der That zur Vorsicht. Am Vorabend des Todestages des Sozialistengesetzes ist in Berlin eine Agitation gegen die Parteileitung ins Leben gerufen worden von Leuten, die noch nicht soviel Jahre für die Partei thätig gewesen sind, als die Angegriffenen für dieselbe bereits im Gefängniß gesessen haben. Das Unheil droht uns nicht von den Feinden, sondern von den Freunden dort. (Zustimmung.)

In St. Gallen ist gar nicht beschlossen worden absolute Wahlenthaltung bei Stichwahlen zwischen unseren politischen Gegnern; es ist vielmehr gegen eine Stimme beschlossen worden, daß im allgemeinen die Wahlenthaltung nicht bindend sein solle für jeden einzelnen Wahlkreis, und die Fraktion hat sich ganz im Rahmen dieses Beschlusses bewegt. Die Erfahrung hat außerdem gelehrt, daß in dieser Angelegenheit die schärfsten Beschlüsse nicht respektirt werden. Man wählt eben lieber bei den Stichwahlen einen Demokraten oder Freisinnigen, als einen Nationalliberalen, der für das Sozialistengesetz gestimmt hat. Hier entscheiden persönliche Gefühle.

Was den 1. Mai betrifft, so können wir froh sein, daß die Fraktion, wenn auch spät, ihren Beschluß gefaßt hat. Die schlauen Berliner, die zwar immer die Autorität bei anderen bekämpfen, selbst sie aber verlangen, wir sollen ihnen alles glauben, wir sollen alle ihre Sätze, weil sie sie aufstellen, für richtig anerkennen, sie

sind für uns eben nichts weniger als Autoritäten. Wären sie aber wirklich eine solche, dann müßten sie wissen, daß man wohl in Berlin und Hamburg die Maifeier durchsetzen könnte, aber nicht in den übrigen Städten. Die Herren von der Berliner Opposition sind kurzsichtig, ihr Gesichtskreis reicht nicht weiter als wie das Weichbild der Stadt Berlin. Graben wir den Herren den Boden in der deutschen Sozialdemokratie ein für alle Mal ab! (Beifall.)

Schippel: Zwei Erklärungen lassen Sie mich abgeben. Die erste bezieht sich auf das, was Liebknecht über die „Berliner Volkstribüne" sagte. Die „Berliner Volkstribüne" hat die Notiz wegen der Korrespondenz Liebknecht's im dänischen „Sozialdemokrat" zu einer Zeit gebracht, wo ich mit der Redaktion nichts mehr zu thun hatte. Aber auch in Bezug auf die Person des jetzigen Redakteurs kann ich die Versicherung abgeben, daß ihm bei der Aufnahme dieser Notiz eine böse Absicht vollständig fern gelegen hat.

Ferner muß ich erklären, weil ich durch Bebel dazu provozirt bin, daß ich mit der Kommission betr. den Herrn Werner gar nichts zu thun habe. Ich würde selber nicht dafür sein, daß eine derartige Kommission eingesetzt werde, denn es kommt doch nichts dabei heraus, ich kann aber auch nicht dagegen sein, sonst würde es wahrscheinlich heißen, der Schippel hat sich vor irgend etwas zu geniren. Wer bis zum heutigen Tage noch nicht eingesehen hat, daß diese Beschuldigungen wegen der Verbindung mit der preußischen Regierung verrückt sind, dem wird es auch die Kommission nicht beibringen, und es hat keinen Zweck, alte Dinge nur aufzurühren, um sie aufzurühren. Sie sind nun einmal geschehen und können für mich auch durch den günstigsten Beschluß der Kommission nicht ungeschehen gemacht werden.

Hug-Bant verzichtet aufs Wort. (Bravo!)

Klein-Berlin schließt sich den Ausführungen Zubeils an.

Wesch-Crefeld hat den Beschuldigungen gegen die Fraktion niemals Gewicht beigelegt, ist aber doch für eine Prüfung der Sache.

Grothe-Halle: Ich glaube um so mehr berechtigt zu sein, hier zu sprechen, als ich auf den Namen Berliner Anspruch machen kann. Bevor ich aus Berlin ausgewiesen wurde, vor ca. 8 Jahren, war in Berlin doch ein anderer Zusammenhalt vorhanden, als in der jüngsten Zeit. Wer wie ich 7 Jahre im Exil gelebt hat, konnte nur mit aufrichtigem Schmerz und Bedauern die Berliner Bewegung der letzten Jahre verfolgen (Zustimmung). Eine Hauptschuld an jenen Verdächtigungen trägt freilich das Sozialistengesetz. Das Ausnahmegesetz war ein Knebel, der verhinderte, daß wir offen vor aller Welt hintreten und die Dinge aufklären konnten. Grillenberger hat ganz Recht: es hat eine Zeit in Berlin gegeben, wo die Spitzel sich massenhaft in die Reihen der Genossen drängten und deshalb allgemeine Unsicherheit unter diesen selbst herrschte. Aus

der Stadtverordnetenbewegung hat die Partei gerade frisches Blut bekommen. So stehen die Aktien! Genosse Werner hat damals keinen Blick in die Bewegung gehabt, er hat die Bewegung nicht mitgemacht. Die Stadtverordnetenwahlen waren die Pionierarbeit für die Reichstagswahlen. Gestehen Sie (zu den Berlinern) doch ehrlich zu, daß Sie da einen Fehler gemacht haben. Ich will ja auch nicht zu Allem Ja und Amen sagen, was die Fraktion gethan. Die Fraktion wird vielleicht bis kurz vor dem 1. Mai sich selbst nicht einig gewesen sein, deshalb hat sich die Sache in die Länge gezogen. Ich möchte die Berliner sogenannte Opposition bitten, nun endlich den Streit ruhen zu lassen. Es giebt in der Bewegung noch ungeheuer viel zu thun. Beherzigen Sie das Wort Bebel's: Vorwärts, vorwärts und immer vorwärts!

Betreffs meiner Stellung zu den Stichwahlen bin ich im fünften Wahlkreis scharf angegriffen worden. Ich bat Herrn v. Richthofen schriftlich um die Erlaubniß, in Berlin erscheinen zu dürfen, um mich vertheidigen zu können. Leider wurde das Gesuch abgeschlagen. Hätte aber Richthofen das Gesuch genehmigt, so hätte man womöglich in Berlin gesagt, das kann nicht richtig sein, Grothe steht mit der Berliner Polizei in Verbindung. Ich weiß ja, daß das Ausnahmegesetz schuld ist, wenn der eine oder der andere verleumdet wird. (Glocke des Präsidenten.) Ordnen Sie die Person der Sache unter, begraben Sie die alten Geschichten und blicken Sie in die Zukunft. (Bravo!)

Eine weitere Anzahl von Genossen verzichtet aufs Wort. (Bravo!)

Schiel-Koblenz hält es für angemessener, zu untersuchen, wie man die ländliche ultramontane Bevölkerung für die Sozialdemokratie gewinnen kann, als mit unnützen Streitigkeiten die Zeit zu vergeuden (Beifall).

Dr. Rüdt-Heidelberg: Ich hätte nicht geglaubt, daß sich an den wirklich großartigen Bericht Bebel's eine so kleinliche Debatte von gegnerischer Seite knüpfen würde, die geradezu einen gehässigen Eindruck machen mußte. Unsere altbewährten Führer sind so gut Menschen wie wir und können Fehler machen. Aber es ist hier nicht der Platz, vor ganz Europa, ja vor der ganzen Welt uns zu blamiren, es ist nicht nöthig, unsere Führer überall herumzulästern und die Bourgeoisie aufzufordern, ebenfalls mitzulästern. Der Fehler kann nur dadurch gut gemacht werden, daß das zurückgenommen wird, was gegen die bewährten Führer unserer Partei vorgebracht worden ist. (Sehr richtig!) Meine Auftraggeber — das erkläre ich im Namen von 4 Wahlkreisen — haben nie das geringste Mißtrauen gegen die Parteiführer gehabt. (Bravo!) Im Interesse unserer internationalen Bewegung muß ein Laster ausgerottet werden, das Laster der Verleumdung! (Sehr richtig!) Das ist der Krebsschaden der Partei. Die Welt kann nicht bewundernd auf uns

schauen, wenn wir selbst so kleinlich und elend sind, uns ins Angesicht zu schlagen und uns zu verleumden. Das, meine lieben Freunde, ist meine Ansicht. (Lebhaftes Bravo!)

Krewinkel-Aachen: Wollten wir den Landleuten mit den Berliner Ideen kommen, man würde sagen, die Kerle kommen aus dem Narrenhaus. (Große Unruhe.) Wir in Aachen können kein Blatt halten; man erwäge, ob nicht doch aus der allgemeinen Parteikasse Unterstützungen für die Lokalpresse gewährt werden können.

Bremer-Magdeburg: Die Opposition behauptet, sie hätte nicht aus unlauteren Gründen opponirt. 1885 erschien eine Schrift: „Das wahre Gesicht der Sozialdemokratie", und wer waren die Verbreiter? Es waren auch damals die Leute, die sich als Parteigenossen geberdeten, und diese Schandschrift verbreiteten aus wahrer Schand- und Schmähsucht gegen Hasenclever. Wenn solche Streitigkeiten unter uns herrschen, dann ist es kein Wunder, wenn die ländliche Bevölkerung nichts von uns wissen will. Werner kam nach Magdeburg, nicht um den Organisationsentwurf zu beleuchten, ihn zu kritisiren und zu verbessern, sondern um die Streitigkeiten aufzurühren, um seinen ganzen Geifer gegen die Fraktion zu verspritzen. Und nun spielt er den Beleidigten, wenn die Angegriffenen ihm die gebührende Antwort geben. Werner mag sich ja vertheidigen. Er erzählte da von Fraktionsmitgliedern, welche sich für 900 Thaler Wohnung mietheten u. s. w. in der Hoffnung, daß davon etwas sitzen bliebe. Glaubt er selbst nicht daran, dann muß er es nicht in die Welt hinaustragen. (Bravo.)

Nachdem noch eine ganze Reihe von Rednern verzichtet haben, erhält das Wort

Werner-Berlin: M. H.! ich weiß nicht, ob ich noch Parteigenossen sagen darf. Bebel meinte, „sie sehen das wahre Gesicht der Opposition, das ist der reine Kaffeeklatsch". Ich habe aber nicht diesen Kaffeeklatsch und diese Kleinigkeiten hier gebracht, um sie vielleicht zur Entscheidung des Parteitages zu stellen, sondern ich habe nur damit bezweckt, daß die vorhin ins Wasser gefallene Kommission gewählt werden sollte und daß dann die Streitigkeiten sollten begraben sein (aha), in Folge der Aufklärungen der Kommission. Allerdings führen wir ja nicht große Namen; jede Opposition fängt klein an, und daß sie in der Minorität bleiben würde, war selbstverständlich. (Große Unruhe.) Ich habe wiederholt in Versammlungen erklärt, wenn der Parteitag gesprochen, dann ist die Streitart begraben (Zurufe und fortdauernde Unruhe), und ich meinte, verehrte Anwesende, alle Gründe, die ich vorzubringen hätte für die vermeintliche Opposition, konnten in öffentlichen Volkssammlungen, wenn man die Partei nicht schädigen wollte, einfach nicht verhandelt werden. (Hört!) Es ist auch vollständig falsch,

wenn man meint, die Opposition wäre zentralisirt. Diese Opposition, ich sage Ihnen das hier auf mein Ehrenwort . . . . (Lachen), ich überlasse es Ihnen, mir zu glauben oder nicht. Also ich sage, die Streitigkeiten waren nicht etwa vorher vorbereitet, sondern es hat Jeder für sich Opposition gemacht, der Eine aus diesem Grunde, der Andere aus jenem. Ich für meine Person stehe zur Opposition, weil nach meiner Meinung — ich kann mich ja auch irren — ein System in dieser Abschlachtung liegt. (Lebhafter Widerspruch.) Ich meine, und nur im guten Glauben, die Partei damit vorwärts zu bringen, daß nicht nolens volens Jemand, der eine andere Meinung hat, mit Schlagworten, wie Anarchist, Polizeispitzel und unberechtigte Opposition einfach beseitigt wird. Wenn man diese Theorie verfolgt, dann wird das sonst frisch pulsirende Blut dick, und die Diskussion, die Meinungsverschiedenheit, die Belehrung untergraben werden. Dann werden einzelne Parteigenossen sich nicht mehr getrauen, irgend noch einmal Opposition zu machen. (Oho!) Es würde nicht mehr frisches Blut in den Adern rollen, und diesen wunden Punkt glaube ich in der Partei entdeckt zu haben (Gelächter) und im Interesse der Partei glaube ich als Sozialdemokrat meine Schuldigthun zu müssen.

Metzner sagte, die Opposition wäre schon lange in Berlin. Ja wohl, seit 1885. Da war allerdings Genosse Grothe nicht mehr in Berlin. Es wurde uns Berliner Parteigenossen angesonnnn, wir sollten den Anarchisten Vorspanndienste leisten und da war ich der energischste Bekämpfer dieser Opposition, dieses Hineintragens der anarchistischen Elemente in unsere Organisation in Berlin. Deshalb erkläre ich auch hier, daß ich nicht Anarchist bin und daß ich auf die Gefahr hin, nicht mehr als Sozialdemokrat thätig sein zu können, Sozialdemokrat für mich allein bleiben werde. (Sehr gut.)

Metzner sprach von den Stadtverordneten-Wahlen von 1885. Ja, da spielten die örtlichen Verhältnisse eine ganz bedeutende Rolle. Da hatte jeder Genosse drei geheime Agenten hinter sich, und da haben die Parteigenossen, die einen besseren Einblick in die Verhältnisse hatten, in ihrer Mehrzahl sich gegen die Betheiligung an den Stadtverordnetenwahlen ausgesprochen. Nachdem aber im vorigen Jahre die Majorität der Berliner Sozialdemokraten für eine Betheiligung eingetreten, ist es keinem Einzigen von uns eingefallen, noch länger dagegen zu opponiren in öffentlichen Versammlungen. Ich bin selbst zur Wahl gegangen und habe einen sozialdemokratischen Stadverordneten gewählt, weil mich die Disziplin als Sozialdemokrat den Beschlüssen einer großen öffentlichen Volksversammmlung unterwarf. Daß ich nachher doch meine Opposition nicht aufgegeben, ist selbstverständlich. Ich kann doch öffentlich hier nicht anders sprechen, als wie ich innerlich denke. Das kann doch

der Beschluß einer großen Versammlung nicht aus meinem Innern herausreißen. Ich kann doch nicht zum Gesinnungslump werden.

Der Genosse Berndt hat sicher nicht im Interesse und Sinne derjenigen Genossen gesprochen, die ihn hierhergeschickt haben (lebhafte Unruhe). Es hat in Berlin eine Auseinandersetzung stattgefunden, in der das Vorgehen Grillenbergers scharf gerügt wurde. Dieser starken Rüge entsprechend, sollte der Delegirte Berndt gegen das Gebahren Grillenbergers auf dem Parteitag protestiren; das ist aber nicht geschehen.

Die Sache mit der Maschinenmeister-Stelle ist allerdings nur eine kleinliche; ich wollte damit nur dokumentiren, warum ich selbstständiger Geschäftsmann geworden bin, und daß ich nicht selbstständig geworden wäre, wenn ich beim „Volksblatt" angestellt worden wäre.

Eine „Schmach" für die Partei kann es nicht sein, wenn man seine Meinung offen ausspricht. Die letzten Vorgänge haben aber gezeigt, daß es nicht so leicht ist seine Meinung mit in die Wagschale zu legen. Es hätte nicht geschadet, wenn die Redakteure des „Sächsischen Wochenblatts" und der „Magdeburger Volksstimme" noch bis zum Parteitag in ihren Stellungen geblieben wären. Wir haben mit unseren Entgegnungen in unserem „Berliner Volksblatt" sehr trübe Erfahrungen gemacht, es sind dieselben nicht alle aufgenommen worden.

Man hat gesagt, die schlauen Berliner sollten sich ein Bischen um die ländlichen Wahlkreise bekümmern. Nun, ich habe ländliche Distrikte sehr wohl durchgearbeitet; ich bin Tag für Tag auf den Füßen gewesen; nicht der Anerkennung wegen, sondern aus Pflichtgefühl.

Was nochmals unsere Opposition betrifft, so sind wir durchaus nicht in allen Fragen einer Meinung. Ich huldige nicht allen Ansichten des Dr. Wille über den Parlamentarismus, auch Wildberger und Baginski sind nicht in Allem seiner Meinung, und so trennen auch uns drei wieder verschiedene Punkte. Meine Opposition beruht darauf: ich befürchte, daß die freie Meinung etwas umschnürt und abgeschnitten wird, und diese Befürchtung darf ich doch wohl auf dem Parteitag aussprechen.

Was den 1. Mai betrifft, so wird mir Singer zugeben müssen, daß die Beschlüsse in Paris wirklich nicht derartige waren, daß sie vorher konnten überlegt werden. Es war dort beantragt worden, daß sämmtliche Anträge und Resolutionen vom Bureau zu einer einheitlichen Resolution zusammengefaßt werden sollten. Kein einziger Redner hatte davon gesprochen, den 1. Mai als internationalen Feiertag zu betrachten. Erst in der letzten Sitzung, am Sonnabend, wurde eine große, lange Resolution verlesen, wo man den ersten Punkt vergaß, bis der dritte verlesen war. Nachdem diese Resolution

verlesen war, wurde gesagt, erst wird abgestimmt und nachher diskutirt. Der Kongreß muß heute Abend geschlossen werden. Nun waren aber sämmtliche Delegirten, mit Ausnahme des Bureaus, über jenen Punkt nicht richtig informirt. Es wurde nicht einmal nachgesehen, auf welchen Tag der 1. Mai fällt. Auf Anfrage hieß es schließlich, er fällt nach dem Bußtag. Darauf kamen die deutschen Delegirten und setzten eine Propaganda in Scene. Verschiedene Versammlungen großer Städte beschlossen eine Demonstration. Von Anfang August bis zum Februar war doch wahrlich eine lange Zeit, in der die Fraktion aufklärend wirken konnte. Ich bin erstaunt, wie der Genosse Täterow, der selbst in solchen Versammlungen die Beschlüsse mit gefaßt hat, nun mit einem Male von diesen Beschlüssen nichts wissen will. Unsere Presse hätte, sobald eine derartige Resolution bekannt wurde, hervortreten und sagen müssen, das geht nicht, unterlaßt in Zukunft derartige Beschlüsse. Erst als im April die bekannte Erklärung in der „Berliner Volks-Tribüne" erschien und das „Berliner Volksblatt" dieselbe abdruckte, da gab es schon am nächsten Tage ganz gehörig etwas auf die Finger. Der Zweck dieser Erklärung war lediglich der, daß die Fraktion wenigstens mit der Sprache herauskomme. Ich will zugestehen, daß wir vielleicht einen Fehler gemacht haben; wir hätten uns vielleicht erst einmal an die Parteileitung wenden sollen (Bebel: sehr richtig!). Aber da es schon April war, so glaubten wir bestimmt, daß die Parteileitung mit unserem Vorgehen einverstanden wäre. Wenn Singer auf die wirthschaftlichen Nachtheile hinwies, so sage ich, dann dürfen wir nicht Sozialdemokraten sein und den Arbeitern in den ländlichen Distrikten zumuthen, daß sie für unsere Ideen Propaganda machen. Jede Agitation hat unbedingt wirthschaftliche Nachtheile im Gefolge. . . .

Vorsitzender: Ich habe Sie bereits die doppelte Zeit, die Ihnen zusteht, sprechen lassen. Ich bitte Sie, sich etwas kürzer zu fassen.

Werner (fortfahrend): Die verspätete Erklärung der Parteileitung hat thatsächlich der Gewerkschaftsbewegung in Berlin geschadet. Die Leute wagen sich gar nicht mehr in die Gewerkschaftsversammlungen (große Unruhe; Rufe: Schluß!) Bebel meinte, meine Worte über die Lips-Versammlung werden auch in Berlin gehört werden. Ja, meine Herren! ich bin mir dessen sehr wohl bewußt. Aber ich habe keine andere Auffassung von den Versammlungen, als wie Bebel selbst, als er sagte, was sind denn Versammlungen? Die Beschlüsse derselben können irgendwie hervorgerufen werden. Auch jene Worte von Bebel werden gehört werden: „ein Theil der Streiks sind Ausgeburten des Machtkitzels der Arbeiter vom 20. Februar." Diese Worte sind auch von den Gegnern gehört worden. Denn überall brachten die Innungsmeister jene Erklärung den Arbeitern

und sagten: „Eure Führer sehen in den Streiks nur Frivolitäten.“ Bremer hat mich beschuldigt, ich hätte versucht, Parteigenossen in Mißkredit zu bringen. Ich rufe die Genossen Klees und Schulze zu Zeugen an, ob ich nicht erklärt habe, ich wüßte, wie leicht das Mißtrauen in unsere Reihen gebracht sei. Ich sagte, Sie sehen, wie leicht es ist, Mißtrauen in Geldangelegenheiten hervorzurufen, indem man so albernes Gewäsch, dem wir selbst entgegengetreten sind, vorbringt, als ob sich ein Fraktionsmitglied eine Wohnung für 900 Thaler gemiethet hat.“ War das wirklich strafbar für mich, dann bitte, verurtheilen Sie mich, ich bin sehr gern bereit, jede Konsequenz meiner Handlungen zu tragen.

Schließlich bitte ich Sie, daß Sie in die Kommission Leute hineinwählen, die ganz objektiv urtheilen. Ich sehe dem Material über meine Person mit größter Ruhe entgegen, mit der allergrößten Ruhe. Wenn die Kommission ihr Urtheil gefällt, dann werden Sie sehen, ob ich Sozialdemokrat bin oder nicht, dann werden Sie entscheiden können, ob ich gegen die sozialdemokratischen Prinzipien verstoßen habe, ob ich nicht in guter Absicht gehandelt habe, als ich in der Meinung, einen wunden Fleck in unserer Fraktion entdeckt zu haben glaubte, Opposition machen zu müssen. (Vereinzeltes Bravo!)

Die Diskussion wird nunmehr mit großer Mehrheit geschlossen, und nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen erhält Bebel, als Referent das Schlußwort.

Bebel: Genossen! Ich möchte vorweg empfehlen, die beantragte Kommission nicht schon heute, sondern erst morgen früh zu wählen, da doch vorsichtige Auswahl getroffen werden muß. Es gilt, Männer zu wählen, die an den Dingen gar nicht betheiligt sind, sondern ihnen völlig objektiv gegenüberstehen, die Dinge objektiv beurtheilen können. Dazu müssen die Genossen erst Rücksprache unter sich nehmen. Indem ich nun kurz auf Herrn Werner's Ausführungen eingehe, konstatire ich im Voraus, mit welchem Pathos, mit welcher Lungenkraft Herr Werner auch jetzt wieder seine Sätze in den Saal hinausgestoßen hat. Aus dem ganzen ersten Theil seiner Rede ist nichts, aber auch gar nichts zu ersehen, aus dem sich schließen ließe, was seine monatelange, fortgesetzte Opposition gegen die Leiter der Partei rechtfertigt. (Sehr wahr!) Nachdem Sie, Genossen, fast ein halbes Dutzend Male den Schluß der Debatte abgelehnt haben, um Herrn Werner zur Rechtfertigung Gelegenheit zu geben, hat er nichts vorzubringen vermocht, was einer Rechtfertigung ähnlich sieht, das konstatire ich hiermit ausdrücklich. Zu den Punkten, bei denen er thatsächliche Ausführungen gemacht hat, zur Frage des ersten Mai und der Stichwahlen, haben auch zahlreiche andere Redner gesprochen; das sind Fragen, in denen Meinungsverschiedenheiten sich ergeben können, und hätte die Berliner Opposition nur solche Punkte in den Kreis ihrer Erörterungen

in den Versammlungen gezogen, niemals hätte die Opposition den gehässigen Charakter annehmen können, den sie angenommen hat. Wenn statt dessen die Opposition mit gehässigen persönlichen Angriffen kommt, wie die, daß sie die ganze Fraktion beschuldigt, die Korruption zu kultiviren, dann kann sie nicht mehr auf Sachlichkeit Anspruch machen, dann ist sie auch vor allem verpflichtet, ihre Anschuldigungen zu beweisen. (Sehr wahr!) Dieser Beweis ist bis jetzt von ihrer Seite noch nicht erbracht, ja nicht einmal zu erbringen versucht worden. Herr Werner begründet seine kleinliche Opposition mit hygienischen Rücksichten, er habe sie im Hinblick auf das Wohl der Partei gemacht. Wir brauchen solche Pferdekuren am Parteikörper nicht, um uns wohl zu befinden. Wäre der Parteikörper nicht so urgesund, er könnte leicht zu Tode kurirt werden. Eine Opposition um jeden Preis verbitten wir uns recht sehr; denn sie kann nur darauf ausgehen, das Parteiinteresse zu schädigen. Auch bezüglich der behaupteten unehrenhaften Handlungen Einzelner ist Herr Werner keinerlei Beweise vorzuführen im Stande.

Der ganze Streit, d. h. der wirklich sachliche Theil der Opposition, dreht sich in erster Linie darum, daß das Centralwahlkomitee, in Widerspruch mit dem Beschluß von St. Gallen, kurz vor den Stichwahlen einen Aufruf erließ, in dem es die Parteigenossen aufforderte, bei den bevorstehenden engeren Wahlen, insoweit ihre Stimmen in Frage kommen und den Ausschlag geben könnten, unter allen Umständen solche Kandidaten, welche gegen jede Verlängerung und Verewigung des Ausnahmegesetzes sich erklärten, zu unterstützen. Damit soll ein Kardinalverbrechen an der Partei begangen worden sein. Den Rednern, die darüber voll sittlicher Entrüstung sind, gebe ich zunächst zu erwägen, daß diese Frage keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik ist, die schon seit 18 Jahren vor St. Gallen stets in dem Sinne beantwortet wurde, daß derjenige Kandidat bei engeren Wahlen unsere Stimmen bekommen solle, welcher gewisse und besonders wichtig scheinende Forderungen der Partei zu unterstützen sich verpflichtete. Dies ist bis 1887 auf allen Parteitagen beschlossen worden. In dem, was hier über das Wesen der bürgerlichen Opposition gesagt wurde, hat uns niemand etwas Neues gesagt. Ich habe seit 20 Jahren in Schrift und Wort klarzulegen versucht, wie wir zu den bürgerlichen Parteien stehen und stehen müssen, was uns aber nicht abgehalten hat, so zu verfahren, wie die Taktik gebot. Auf dem Parteitag in St. Gallen trat nun wieder die Frage an uns heran, wie wir uns künftig verhalten sollten. Ein Theil der Redner verwarf die bisherige Taktik deswegen, weil die Hoffnungen auf die Fortschrittspartei bei den engeren Wahlen sich nicht verwirklicht hatten. Gerade dagegen trat ich auf und erklärte: Die gegnerischen Parteien sind Bourgeoisparteien; sie werden stets, namentlich wenn besonders

wichtige Fragen des Klasseninteresses im Vordergrunde stehen, lieber einem der ihrigen, stehe er politisch wo er wolle, als einem Sozialdemokraten ihre Stimme geben; darauf dürfen wir also nicht rechnen, daß sie sich für uns ins Zeug legen. Das ist aber für unsere Haltung auch gar nicht maßgebend; für uns steht die Frage im Vordergrund: Bereiten wir uns den Boden für unsere Operationen möglichst ungünstig, wenn wir durch Stimmenthaltung den ausgesprochensten gegnerischen Parteien in die Hände arbeiten? Nun waren wir damals der Meinung, und ich habe das ausdrücklich ausgesprochen, daß, wie damals die Dinge lagen, gar kein Gedanke daran sei, daß wir je einmal wieder in die Lage kommen würden, daß uns daran liegen könne, ob wir ein Dutzend entschieden Liberaler mehr oder weniger im Reichstage hätten. Ich habe mich damals in diesem Punkt geirrt, wie schon manchmal in meinem Leben, und wenn das geschieht, so gestehe ich das auch offen ein. (Bravo!) Nach drei Jahren lag eben die Frage anders; jetzt lautete sie, was damals niemand voraussehen konnte: Sollen wir durch Stimmenthaltung bei den engeren Wahlen, entsprechend dem St. Gallener Beschluß, möglicher Weise dazu beitragen, eine reaktionäre Majorität in den Reichstag zu bringen, die das Ausnahmegesetz verewigt? Dies war eine Kardinal- und Lebensfrage für uns, darüber kann kein Zweifel sein. Da bin ich es wieder gewesen, der in dem Central-Wahlkomitee den Antrag stellte, so zu verfahren, wie schließlich bei den Stichwahlen verfahren worden ist. Ich führte aus: Wir haben dazumal in St. Gallen den Beschluß Stimmenthaltung gefaßt, ich selbst habe dafür gestimmt; heute stehen wir in einer Situation, die damals kein Mensch voraussehen konnte. Wenn wir nach jenem Beschluß handelten, würden wir nicht nur für den Augenblick, sondern auf unabsehbare Zeit hinaus das Parteiinteresse schwer schädigen, auch hätten wir in diesem Augenblick für den alten Beschluß nicht einmal die Majorität der Partei hinter uns, die denkt eben anders als zur Zeit in St. Gallen. Ich schlug dann weiter vor, wir sollten durch Cirkular die Meinung der Parteigenossen der größeren Orte hierüber in Erfahrung zu bringen suchen. Da wurde mir aber mit Recht entgegnet, dazu sei nicht mehr Zeit, dieser Modus würde zu lange Zeit erfordern und überdies unter die Genossen eine Streitfrage werfen, die Angesichts der Wahlen allerlei Zerwürfnisse herbeiführen könnte — kurz, besser sei es, auf eigene Verantwortung zu handeln. Da haben wir denn einstimmig beschlossen, den Parteigenossen zu empfehlen, in Rücksicht auf die besonderen obwaltenden Verhältnisse die bekannte Parole für die engeren Wahlen auszugeben. Daß damit gegen den St. Gallener Beschluß verstoßen wurde, dessen waren wir uns voll bewußt; wir haben auch ausdrücklich damals öffentlich erklärt, daß wir, trotz des St. Gallener Beschlusses, durch die gegenwärtige Lage Deutschlands

und der Partei uns veranlaßt sähen, diese Rathschläge zu geben. Und daß wir recht gehandelt, zeigte sich sofort; denn noch vor der Veröffentlichung unseres Beschlusses kamen bereits am 21. und 22. Februar aus zahlreichen Wahlkreisen an uns die Briefe, alle mit der Erklärung, man könne in Rücksicht auf die Lage dem Beschlusse von St. Gallen unmöglich nachkommen, man müsse dem entgegen für den oppositionellen Kandidaten, den Gegner des Ausnahmegesetzes, eintreten. Wir gewannen so schon damals die Ueberzeugung, daß für unsern Schritt die sehr große Mehrheit der Partei hinter uns stehe. Das verflossene Central-Wahlkomitee hat aber ein großes Interesse daran, zu wissen, ob der Parteitag nachträglich diese seine Taktik billigt. Ich hätte gewünscht, es wäre von der Opposition ein Mißtrauensvotum beantragt worden, damit der Parteitag zu dieser Frage Stellung nehmen kann. Da das nicht geschehen ist, beantrage ich die Abstimmung über folgende Resolution:

> Der Aufruf des Centralwahlkomitees bezüglich der engeren Wahlen entsprach der politischen Lage zur Zeit der Wahlen, und spricht der Parteitag nachträglich seine Billigung zu dem Vorgehen des Central-Wahlkomitees aus.

Nun noch eins. Ich habe in Berlin, wo ich mit Genossen über diese Dinge privatim sprach, nicht nur einmal, sondern mehrmals die Antwort gehört: Wenn ihr damals im Zentralkomitee diese Parole nicht ausgegeben hättet, würden wir in einem bestimmten Wahlkreise Berlins und in der Umgegend gesiegt haben, denn dann hätten die Konservativen für uns gestimmt. (Ruf: Stimmt.) Nun da ist einem Theile dieser Opposition ein ganz merkwürdiger Beigeschmack gegeben; man war Opponent gegen die Erklärung des Zentralkomitees, weil man ohne dieselbe konservativen Stimmenfang glaubte treiben zu können. Damit ist für mich diese Frage abgethan.

Was nun den 1. Mai betrifft, so kann ich mich kurz fassen. Herr Werner hat auch hier nach seiner Art die Dinge auf den Kopf gestellt; erst am 20. April habe die Erklärung der Fraktion erscheinen können. Nicht am 20., sondern am 6. April sind wir hier in Halle zusammengekommen, und die Erklärung von mir im „Volksblatt" ist nicht im April, sondern Anfang März erfolgt; ich sah mich zu dieser Erklärung veranlaßt, weil allerdings der Aufruf der Berliner auf nichts anderes hinausging, als der gesammten Partei die Direktive vorzuschreiben. Dagegen habe ich zunächst Opposition gemacht. Bedenken Sie doch in Ihrer Kritik die damalige Situation. Man spricht hier immer von der Fraktion als Parteileitung, und will sie für alles verantwortlich machen, und doch hat die Fraktion fast nie von den Schritten des Parteivorstandes Kenntniß nehmen oder ihnen zustimmen können, weil eine Verständigung in den wichtigsten Fragen ungeheuer schwer war; das

war selbst schon dem Fraktionsvorstand schwer, der zwar nur aus 5 Personen bestand, die aber an 4 oder 5 verschiedenen Orten wohnten, sodaß immer erst viel Aufwand an Zeit und Mühe verloren ging, ehe man sich über ein geschlossenes Vorgehen verständigen konnte. Diese Schwierigkeiten haben es ganz wesentlich mit verschuldet, daß in so manchen wichtigen Fragen erst spät eine Verständigung unter den Leitern der Fraktion herbeigeführt werden konnte.

Nun meine ich, die Berliner Genossen hätten vor der Veröffentlichung ihres Aufrufs erst an uns eine Anfrage richten sollen, ob wir etwas zu thun gedächten. Gaben wir eine unbefriedigende Antwort, dann hatten sie ein Recht zu ihrem Vorgehen. Daß sie das nicht thaten, erregte bei uns Mißstimmung, und ich nahm zu der Volksblatterklärung das Wort, die ja, wie ich begreife, verschiedentlich verletzt hat. Es heißt, die Fraktion hätte früher reden sollen. Sie hätte unter gewissen Umständen früher reden können, wenn nicht allgemein geglaubt worden wäre, wir, die 35 neu Gewählten, kämen bald in Berlin zum Reichstage zusammen. Dieser Umstand verhinderte uns zunächst, die Entscheidung so frühzeitig, wie vielleicht wünschenswerth war, zu treffen. Aber selbst wenn wir zu Anfang oder Mitte März eine Erklärung erlassen hätten, so war doch vielfach schon längst vorher in den großen Städten Stellung genommen, und die Sache lag um kein Haar breit anders. Wir haben gehandelt, wie wir nach bester Einsicht handeln mußten, und wie kamen nun die Dinge? Die Hamburger haben den Kampf aufgenommen; nirgends ist die Arbeiterklasse so gut organisirt, so reich an Geldmitteln, wie in Hamburg; man hat den Kampf aufgenommen und ist unterlegen. Aehnlich ist es anderwärts gegangen, und es konnte nicht anders kommen. Nun will man einen Sündenbock haben, und der soll die Fraktion sein. Und doch ist in Hamburg nur der kleinste Theil der Arbeiter der Fraktion gefolgt. Was aber hat denn in Wahrheit die Niederlage herbeigeführt? Die ungünstige ökonomische und industrielle Lage zahlreicher Gewerbe! Die Bourgeoisie würde nirgends gewagt haben, gegen uns den Kampf aufzunehmen, wenn sie die Arbeiter jeden Tag haben mußte. Das war aber nicht der Fall, und daß unsere Genossen in den großen Städten das übersehen haben, war der große Fehler, der von ihnen gemacht worden ist. Mußten nicht schon im März unsere Genossen in Berlin, Hamburg und andererorts ganz genau wissen, daß in erster Linie wir ein ganz miserables Baujahr haben würden? Und in anderen Fabrikationszweigen war es nicht besser. Mit Vergnügen warf daher die Bourgeoisie Tausende auf das Pflaster, weil es ihr eben paßte; sie gebrauchte sie nicht. Es war wenig oder keine Arbeit vorhanden, es war faule oder halbfaule Zeit für die Fabriken; darum wagte sie so gegen die Arbeiter zu handeln. Die Bourgeoisie mag die Erklärung der

Fraktion nicht unangenehm gewesen sein; aber man vergesse nicht, daß bereits im März überall in den großen Städten, Leipzig, Dresden, Berlin, Hamburg u. s. w., die Parole ausgegeben war, daß, wenn die Arbeiter am 1. Mai feierten, sie in den ersten 4, 5 Tagen nicht in die Werkstätten und Fabriken kommen dürften. Dieses sehr wesentliche ökonomische Element für unsere Haltung konnten wir nicht an die große Glocke hängen; aber es hat uns in unserer Haltung wesentlich mitbestimmt. Dazu kam ferner, daß wir der Bourgeoisie in Rücksicht auf die kurz zuvor getroffenen Entschließungen der Reichsregierung bezüglich des Sozialistengesetzes gar keinen größeren Gefallen hätten thun können, als wenn wir dem Wunsche eines Theiles unserer Genossen in den großen Städten, zum Feiern aufzufordern, gewillfahrt hätten. Und hatten wir denn übrigens das Feiern verboten? Ueberall da, erklärten wir, wo die Feier ohne wirthschaftliche Schädigung stattfinden könnte, sollte es geschehen; in dieser Einschränkung uns zu erklären, das waren wir unseren Parteigenossen schuldig. Das Feiern war kaum in den großen Städten zu erwarten, nimmermehr aber in den kleinen Städten und in den ländlichen Industriebezirken. Schippel war am energischsten für die Feier eingetreten, und Niemand ist durch seine eigenen Wähler mehr desavonirt worden, als er; denn in Chemnitz und Umgegend hat kein einziger Arbeiter gefeiert; auch dort kamen die ökonomischen Verhältnisse in Frage, und das hatten die Arbeiter begriffen. Wollen wir in Zukunft ähnliche Demonstrationen wiederholen, so werden wir wiederum alle diese Momente zu berücksichtigen haben. In Rücksicht auf die ökonomische Krise, in deren Anfang wir stehen, und welche im kommenden Winter und im nächsten Jahre sich immer mehr ausdehnen wird, können wir, meiner Meinung nach, unmöglich auf einem Beschlusse fernerhin beharren, der nothwendig zahllose Freunde in die übelste Lage brächte. Lieber wollen wir Alles aufbieten, um den Beschluß dahin zu formuliren, nicht den 1. Mai, sondern den ersten Sonntag im Mai als Demonstrationstag zu setzen, wenn der internationale Kongreß sich im nächsten Jahre mit der Frage wieder beschäftigt.

Es waren also die ernstesten, sorgfältigsten Erwägungen, welche die Fraktion veranlaßten, den Aufruf, wie geschehen, zu erlassen. Wir sind damals hier in Halle auch in dieser Frage sehr heftig auf einander geplatzt und haben uns gründlich ausgesprochen, aber schließlich wurde, gegen eine oder zwei Stimmen, der Beschluß so gefaßt, wie er veröffentlicht wurde. Ich möchte, daß auch in dieser Frage der Parteitag Veranlassung nähme, seine Meinung der Fraktion gegenüber zu äußern, und schlage vor, der Parteitag wolle erklären:

Die Motive, welche die Fraktion veranlaßten, den bekannten Aufruf für die Demonstration am 1. Mai zu erlassen, fanden in

der allgemeinen ökonomischen und politischen Lage ihre Rechtfertigung.

(Andauernder lebhafter Beifall.)

Beide Resolutionen werden mit sehr großer Majorität angenommen; eine dritte, inzwischen eingelaufene Resolution von Dr. Rüdt, welche einen scharfen Tadel der Opposition der sogenannten „Jungen" ausspricht, wird einstweilen zurückgezogen.

Auf Antrag von Geck-Offenburg wird dem Genossen Bebel für die Kassenführung einstimmig Decharge ertheilt.

Der Antrag Stadthagen, auf Einsetzung einer Kommission, wird ebenfalls mit großer Mehrheit genehmigt. Die neun Mitglieder der Kommission sollen morgen Vormittag gewählt werden. Während der Debatte sind bereits beim Bureau eine Anzahl Delegirten für die Kommission in Vorschlag gebracht worden. Der Vorsitzende verliest die Namen derselben, worauf Meister-Hannover gegen diese „hinterrücks" gemachten Vorschläge protestirt, und deren Annullirung beantragt, da ihm die Sache zu sehr als gemacht erscheine.

Vorsitzender Dietz verwahrt das Bureau gegen solche grundlosen Angriffe. Unter solchen Verhältnissen bleibe nichts übrig, als morgen durch Stimmzettel zu wählen.

Meister hat nicht dem Bureau irgend welchen Vorwurf machen, vielmehr nur rügen wollen, daß das Bureau mit solchen Vorschlägen bereits bestürmt worden sei, ehe noch feststand, ob eine Kommission eingesetzt würde oder nicht.

Nachdem der Vorsitzende noch mitgetheilt, daß die Präsenzliste nicht vor Beendigung der Arbeiten der Mandats-Prüfungskommission, das heißt nicht vor zwei Tagen, werde erscheinen können, wird die Sitzung um acht Uhr geschlossen.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 14. Oktober, Vormittags 9½ Uhr.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung.

Der Vorsitzende theilt mit, daß die Mandats-Prüfungskommission ihre Arbeiten im Laufe des Vormittags beenden wird. Vorläufig ist festgestellt, daß, außer den Abgeordneten, 410 Delegirte, darunter drei Frauen, auf dem Parteitage anwesend sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Berndt-Berlin, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der betreffenden Versammlung im V. Berliner Wahlkreis, daß dort in keiner Weise Grothe-Halle, als in Beziehungen zur Polizei stehend, geschildert worden sei.

Vom Redakteur der „Berliner Volkstribüne", Konrad Schmidt,

ist nachfolgendes Schreiben eingegangen, das verlesen wird. Dasselbe lautet:

> Ein Nichtmitglied des Parteitages ersucht den geehrten Vorsitzenden, um jedes Mißverständniß zu beseitigen, folgende Berichtigung zu verlesen:
>
> > Genosse Liebknecht hob gestern die Gefahr hervor, die eventuell durch seine Namhaftmachung als Korrespondent des „Dänischen Sozialdemokrat“ für ihn hätte entstehen können. Daß die „Volkstribüne“ sich erst gegen jene Korrespondenz gewandt habe, nachdem L. öffentlich als Urheber derselben genannt war, und daß der Vorwurf einer Denunziation das Blatt schon aus diesem Grunde nicht treffen könne, hat L. selbst bereitwilligst konstatirt. Er fügte aber hinzu, daß jene Korrespondenz, gewissermaßen gegen den Willen des Redakteurs, unter dem zwingenden Druck gewisser Hintermänner in die „Tribüne“ lanzirt sei. Das ist ein Irrthum. Ich bin dabei durchaus selbstständig vorgegangen und muß die volle Verantwortung für die polemische Erwähnung der Liebknecht'schen Korrespondenz in der „Tribüne“ übernehmen.
> >
> > Konrad Schmidt.

Für die Wahl der gestern beschlossenen Neunerkommission wird auf Vorschlag Bebel's bestimmt, daß eine Vorschlagsliste gedruckt und um 1 Uhr vertheilt werden soll. Den Abstimmenden soll es frei stehen, Aenderungen resp. Ergänzungen in dieser Liste vorzunehmen. Diese Liste gilt als Stimmzettel. Die Mandats-Prüfungskommission wird beauftragt, die Zettel zu sammeln und das Wahlresultat festzustellen.

Ein Antrag von Zubeil, das Prinzip der Schließung der Rednerliste einzuführen, wird, nachdem Singer sich dagegen erklärt, abgelehnt.

Der Parteitag tritt nunmehr in die Tagesordnung ein:

Punkt 3. **Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion.**

Berichterstatter Singer: Parteigenossen! Es kann nicht meine Aufgabe sein, Sie mit den einzelnen Fragen, welche im Laufe der letzten drei Jahre im Reichstag verhandelt worden sind, eingehend zu beschäftigen. Sie stehen Alle im öffentlichen Leben, haben die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion aufmerksam verfolgt und werden sich wohl bereits selbst ein Urtheil darüber gebildet haben, ob die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion dem Interesse der Partei entsprochen, oder ob die Partei Veranlassung hat, sich mit dieser Thätigkeit nicht einverstanden zu erklären. Ich möchte nur in großen Zügen die Reichstags-Thätigkeit der Fraktion beleuchten und daran eine Betrachtung knüpfen, ob die Nothwendigkeit vor-

liegt, wie behauptet worden, in der parlamentarischen Taktik und Thätigkeit der Partei eine Aenderung vorzunehmen.

In Bezug auf die Behandlung der Reichshaushaltsetats hatte die Fraktion keine Veranlassung, von der Taktik, welche sie, solange es Sozialdemokraten im deutschen Reichstage giebt, befolgt, abzuweichen. Wir haben aus prinzipiellen Gründen gegen die Etats gestimmt, weil die durch den Etat geforderten Summen wesentlich aufgebracht werden zur Unterhaltung des Militarismus, dem wir feindlich gegenüberstehen. Wir haben mit unserer Ablehnung des Etats Protest eingelegt gegen das System Bismarck, welches zwar in seinem bisherigen Träger gefallen ist, welches aber der That nach immer noch besteht und regiert. Wir mußten mit unserer Abstimmung dokumentiren, daß die von uns vertretenen Wähler, die politisch in der Sozialdemokratie organisirte Arbeiterklasse, dem herrschenden System, welches zu Gunsten des Militarismus ungeheure, das Mark des Volkes aufsaugende Summen fordert, feindlich gegenübersteht. Wir betrachten den Völkerfrieden als eine unerläßliche Vorbedingung der Bessergestaltung der sozialen Verhältnisse und stimmen gegen die Ausgaben für den Militarismus, in der Ueberzeugung, daß den steten Rüstungen, der fortwährenden Vermehrung der Mordmittel ein Ende gemacht werden muß, daß es der zivilisatorischen Aufgabe der Völker widerspricht, wenn sie, gewaffnet bis an die Zähne, gleich wilden Thieren nur auf den Moment lauern, wo sie sich zerfleischen können. (Beifall.)

Selbstverständlich haben wir auch die für jene Militärzwecke geforderten indirekten Steuern abgelehnt. Wir sind der Ansicht, daß die Mittel, welche die heutige Gesellschaft für den Militarismus braucht, getragen werden sollen von den Bevölkerungsklassen, zu deren Schutz eventuell das Militär in Aktion tritt; die heutige Gesellschaft muthet der Arbeiterklasse zu, nicht nur mit ihrem Leben und Gesundheit, im Falle eines Krieges, das Vaterland und den Besitz der herrschenden Klassen zu vertheidigen, sondern belastet auch noch in den indirekten Steuern und der dadurch herbeigeführten Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse die wirthschaftlich schwachen breiten Volksmassen mit den Kosten für den Militarismus.

Wir haben in einer der früheren Sessionen einen Antrag eingebracht auf Aufhebung der Getreidezölle, der nicht über die erste Berathung im Reichstage hinausgekommen ist. Denselben Antrag haben wir in der laufenden Session gestellt. Wir werden bei der Berathung dieses Antrages Gelegenheit haben, nachzuweisen, wie verheerend die Getreidezölle gewirkt haben; während dieselben das nothwendigste Lebensmittel im Preise steigern, zieht ein Theil der besitzenden Klassen, namentlich die Großgrundbesitzer, bedeutende materielle Vortheile aus den durch die Zölle erhöhten Getreidepreisen

und das arbeitende Volk zahlt den Gewinn der Agrarier mit der Vertheuerung des Brotes. (Sehr richtig.)

Wir haben uns weiter zu beschäftigen gehabt mit dem Sozialistengesetz. Zweimal ist dasselbe im Laufe der letzten drei Jahre im Reichstage zur Verhandlung gekommen. Erstens, als es sich darum handelte, die bekannten Puttkamerschen Verschärfungen in das Gesetz aufzunehmen. Sie kennen unsere Enthüllungen, welche der Welt nachwiesen, wie korrumpirend das Sozialistengesetz gewirkt hat und wie durch das Sozialistengesetz das Spitzelthum und das Agent provocateurthum gezüchtet worden ist. Nach diesen, auf amtliche Aktenstücke gestützten Enthüllungen hatte die Majorität des Reichstages noch so viel Schamgefühl, daß sie die von der Regierung beantragten Verschärfungen, die Erhöhung der Gefängnißstrafen, das Verbot der Versammlungen im Auslande, die von Herrn v. Puttkamer geforderte Expatriirung 2c. ablehnte und nur für die einfache Verlängerung des Sozialistengesetzes auf zwei Jahre stimmte. Das zweite Mal beschäftigte sich der Reichstag mit dem Sozialistengesetz kurz vor den letzten Wahlen, bei welcher Gelegenheit die Verewigung des gegen uns gerichteten Ausnahmegesetzes gefordert wurde. Neben einigen angeblichen Milderungen forderte der Bundesrath die Aufhebung der Fristdauer und die Beibehaltung der Ausweisungen. Diese Vorlage ist bei der Gesammtabstimmung abgelehnt worden. Die Nationalliberalen hatten sich in Rücksicht auf den bevorstehenden Wahlkampf, und weil sie glaubten damit Stimmen fangen zu können, entschlossen, gegen die Ausweisungen zu stimmen und die Verewigung des Sozialistengesetzes von der Beseitigung des Ausweisungsparagraphen abhängig zu machen. Die Kommission kam zu keinem definitiven Resultat, und selbst während der zweiten und dritten Berathung im Plenum hatte sich noch keine feste Mehrheit gebildet. Das Kartell — damals hatte es noch die Majorität im Reichstage — wartete auf das erlösende Kommando seines Abgottes in Friedrichsruhe; aus dem Umstande, daß Fürst Bismarck seinen Mameluken keine Befehle ertheilte, glaubten die Konservativen des Reichstages schließen zu sollen, daß die Regierung auf die Annahme des Gesetzes ohne die Ausweisung keinen Werth legen würde, und weil der rechten Seite des Reichstages das Gesetz überhaupt nicht scharf genug war, fand sich bei der Gesammtabstimmung keine Majorität für eine nochmalige Verlängerung desselben. So ist denn am 1. Oktober dieses Jahres das Sozialistengesetz gefallen, während dem Urheber sowohl als dem Hauptvollstrecker desselben bereits früher das verdiente Loos zu Theil geworden ist; das Ausnahmegesetz, unter dessen Herrschaft wir stetig an innerer und äußerer Kraft gewachsen sind, jenes Monument der Schande liegt im Staube, zertrümmert von der Partei, zu deren Vernichtung es errichtet wurde. (Lebhafter Beifall.)

Was den Arbeiterschutz betrifft, so wissen Sie, daß wir bereits im Jahre 1884 einen Arbeiterschutz-Gesetzentwurf im Reichstage eingebracht haben, der damals nicht vollständig zur Verhandlung kam. In der Legislaturperiode 1887/90 konnten wir diesen Antrag nicht wieder einbringen, weil wir nicht die dazu geschäftsordnungsmäßig erforderliche Zahl von 15 Mitgliedern, sondern nur 11 Abgeordnete hatten. In dieser Session haben wir unseren Arbeiterschutz-Gesetzentwurf auf's Neue eingebracht und es wird nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages eine Verhandlung darüber stattfinden. Die anderen Parteien haben seit mehreren Jahren, um uns den Wind aus den Segeln zu nehmen, ein Wettrennen um die Gunst der Arbeiter veranstaltet; die Herren leben in dem naiven Glauben, daß die Arbeiterbevölkerung ihnen bei den Wahlen folgen werde, wenn derselben in Bezug auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung Versprechungen gemacht werden; sie haben deshalb Anträge auf Arbeiterschutz eingebracht, und es ist charakteristisch, daß diesen an sich durchaus ungenügenden und ganz schwächlichen Anträgen bis zu dieser Session die Bundesregierungen ablehnend gegenüber gestanden habe. Der Antrag auf Verbot der Sonntagsarbeit, auf Verbot der Kinderarbeit, auf Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter und Frauen — Dinge, die sich in einem civilisirten Staate eigentlich von selbst verstehen müßten — wurden seitens der verbündeten Regierungen mit dem Hinweis darauf abgelehnt, daß die Nothwendigkeit einer Aenderung der Gesetzgebung auf diesem Gebiete nicht nachgewiesen sei; der damalige Träger der Politik der herrschenden Klassen, Fürst Bismarck, war es, welcher meinte, es müsse erst durch eine Enquete festgestellt werden, ob z. B. ein Verbot der Sonntagsarbeit nothwendig und den Arbeitern nützlich sei; trotzdem nun bei diesen Erhebungen die übergroße Mehrzahl der befragten Arbeiter und eine große Anzahl von Unternehmern sich für das Verbot der Sonntagsarbeit ausgesprochen, haben die verbündeten Regierungen sich damals nicht entschließen können, in dieser Beziehung mit Vorlagen an den Reichstag zu kommen, und wir sind erst jetzt, im Laufe dieser Legislaturperiode, in der Lage, den Gesetzentwurf, welchen die Regierung behufs Abänderung der Gewerbeordnung eingebracht hat, zu berathen. Unsere Fraktion hat bei der ersten Berathung dieses Gesetzentwurfes, welcher die „neue Aera“ einleiten soll, ihren Standpunkt bereits zum Ausdruck gebracht. In der Kommission, welcher dieser Gesetzentwurf zur Vorberathung überwiesen ist, haben unsere drei Vertreter die Einfügung der Bestimmungen unseres Arbeiterschutzgesetzes in die Regierungsvorlage beantragt. Die Berathungen über die Vorlage sind noch lange nicht abgeschlossen, und es wird sich in der Presse und in Versammlungen noch oft Gelegenheit finden, über die vorgelegte Gewerbeordnungsnovelle zu verhandeln. Das aber erkläre ich schon

jetzt: Wir werden im Reichstage dem mit dem Arbeiterschutz verquickten Arbeitertrutz in Bezug auf die Koalitionsfreiheit nicht nur nicht zustimmen, sondern wir werden an diesen arbeiterfeindlichen Bestimmungen die gänzliche Inhaltlosigkeit des offiziellen Arbeiterschutzes nachweisen. (Bravo!) Wir werden zeigen, in welch' heuchlerischer Weise die herrschenden Klassen ihre sogenannte Arbeiterfreundlichkeit zum Ausdruck bringen, und beweisen, daß dieselben sich die überaus winzigen Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter mit der Vernichtung des letzten Restes des Koalitionsrechtes bezahlen lassen wollen. Die Sozialdemokratie, welche unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes das Zuckerbrot der Versicherungsgesetzgebung zurückgewiesen und die Peitsche des Sozialistengesetzes verlacht hat, sie wird sich auch nicht dazu herbeilassen, um des in der Vorlage gebotenen winzigen Arbeiterschutzes willen auf das wichtigste Recht der Arbeiterklasse, auf die volle Koalitionsfreiheit, zu verzichten. Das Koalitionsrecht der Arbeiter muß nicht nur in dem jetzigen Umfange erhalten werden, nein, es muß so ausgestaltet werden, daß kraft desselben die Arbeiter im Stande sind, sich, von der Gesetzgebung gegen die Brutalität der Unternehmer geschützt, menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Wir werden beantragen, die Unternehmer unter Strafe zu stellen, wenn sie es wagen, das durch die Bestimmungen des Koalitionsgesetzes verbriefte Recht der Arbeiter anzutasten. Gegenüber den Unternehmerkartellen, den Industrieringen, den Bestrebungen der herrschenden Klassen, die Arbeiter wirthschaftlich auszubeuten und politisch zu unterjochen, diejenigen von ihnen aufs Pflaster zu werfen, welche für die Arbeitsgenossen eintreten, werden wir gesetzliche Bestimmungen verlangen, welche diese unwürdigen und grausamen Zustände beseitigen; wir werden Strafbestimmungen nicht für die um ihr Menschenrecht kämpfenden Arbeiter, sondern für die ihre wirthschaftliche Gewalt mißbrauchenden Unternehmer fordern. (Lebhaftes Bravo!) Ich brauche Ihnen nicht erst zu sagen, daß wir uns vollkommen klar darüber sind, daß durch die Arbeiterschutz-Gesetzgebung die Ziele, denen die Sozialdemokratie zustrebt nicht erreicht werden, daß durch eine noch so gute Arbeiterschutz-Gesetzgebung das heutige Produktionssystem, unter welchem die Arbeiterklasse immer mehr und mehr verelendet, in keiner Weise geändert wird. Die Sozialdemokratie kämpft für die Beseitigung des Lohnsystems, für die Aufhebung der privatkapitalistischen Produktionsweise, und weiß, daß nur durch Konstituirung der sozialistischen Gesellschaft die Möglichkeit zur Schaffung wahrhaft menschenwürdiger Zustände gegeben ist. Die Sozialdemokratie, welche die jetzige Gesellschaftsordnung von Grund aus umändern will und daher ihrer prinzipiellen Stellung nach eine durchaus revolutionäre Partei ist, weiß ganz genau, daß ihre Ziele nicht

auf dem Wege der Arbeiterschutz Gesetzgebung zu erreichen sind. Wir wissen aber auch, daß wir unsere Ziele erheblich früher erreichen werden, wenn wir die Soldaten, die in dem Befreiungskampfe für die Menschheit ihre Pflicht thun sollen, in bessere Lebensverhältnisse bringen, und das geschieht, indem wir den verheerenden, degenerirenden Wirkungen des heutigen Gesellschaftssystems möglichst einen Riegel vorschieben; dazu ist die Arbeiterschutz-Gesetzgebung bestimmt. Die Arbeiterschutz Gesetzgebung, in unserem Sinne durchgeführt, wird es der Arbeiterklasse möglich machen, in Lebensbedingungen zu kommen, in welchen es ihr ermöglicht sein wird, an dem großen Befreiungskampfe der Menschheit thatkräftigen und erfolgreichen Antheil zu nehmen. Durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit, durch ein Verbot der Nachtarbeit, namentlich durch Feststellung eines Normalarbeitstages, durch ein ausreichendes Fabrikinspektorat, durch Errichtung von Arbeiterkammern zur Ueberwachung der gesundheitlichen Verhältnisse in der Industrie wird es möglich sein, Zustände zu schaffen, in denen die Arbeiterklasse nicht mehr gezwungen ist, sich in dem Maße abzurackern und sich so elend zu ernähren, wie es heute der Fall ist. Je höher die Lebensbedingungen der Arbeiter, desto schneller wird unsere Armee wachsen und immer thatkräftiger, zielbewußter und schlagbereiter werden. (Lebhafter Beifall.)

Weiter hatten wir Stellung zu nehmen zur Kolonialpolitik des Reiches. Wir sind Gegner dieser Politik, weil ihre Wirkungen wiederum nur den besitzenden Klassen zu Gute kommen, und weil es keine Kulturaufgabe für Deutschland ist, seine Bürger nach Afrika zu schicken, um sie unter den dortigen ungünstigen klimatischen Verhältnissen elend zu Grunde gehen zu lassen. Die Sklaverei gilt es auch in Deutschland zu beseitigen, und die Antisklavereibestrebungen sind nur eine Maske, unter welcher ein kleiner Kreis von großen Handelsfirmen den Löwenantheil aus dem Nutzen der Kolonialpolitik zieht.

Ferner ist verhandelt worden über ein Gesetz, welches die Einschränkung der Oeffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen weiter ausdehnte. Wir haben dabei die Forderung vertreten, daß die Gerichtsverhandlungen öffentliche sein müssen. Die Oeffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen ist ein Grundpfeiler einer geordneten und guten Gerichtsbarkeit. In demselben Maße, wie, namentlich bei politischen Prozessen, die Oeffentlichkeit eingeschränkt wird, wächst die Möglichkeit, Tendenzprozesse zu führen, und wir haben in dieser Beziehung bei den Geheimbundprozessen recht viele Erfahrungen gemacht.

Das Alters- und Invaliditätsgesetz wurde von der Regierung als „Krönung der Sozialreform" bezeichnet; dasselbe ist mit einer kleinen Majorität von 20 Stimmen vom Reichstag an-

genommen worden. Wir haben gegen dieses Gesetz gestimmt, weil es uns zu wenig für die Arbeiter geboten hat. Das Bettelgeld, welches in Form einer Rente den durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig gewordenen Arbeitern gegeben wird, meinten wir, hätte Deutschland sich schämen sollen, der Arbeiterklasse anzubieten. (Sehr richtig!) Wir konnten in diesem Gesetze nichts weiter sehen, als eine, nicht einmal verbesserte, sondern nur veränderte Armengesetzgebung, und wir haben nachgewiesen, daß die Armenunterstützungen in vielen Orten Deutschlands erheblich höher sind, als die Renten, welche auf Grund dieses Gesetzes als „wohlerworbene Rechtsansprüche" den alten und invaliden Arbeitern gezahlt werden. Wir haben das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz abgelehnt, weil das den Arbeitern darin Gebotene durchaus unzulänglich ist und in keiner Weise den Namen verdient, welchen das Gesetz trägt. Wir haben uns mit dem Grundgedanken des Gesetzes einverstanden erklärt, wir haben aber die Ueberzeugung, daß der Gewinn, welchen die Unternehmer aus der Ausbeutung ihrer Arbeiter ziehen, sie in die Lage versetzt, in weit höherem Maße die materiellen Lasten eines solchen Gesetzes auf sich zu nehmen. Wir haben zu diesem Gesetz zahlreiche Amendements eingebracht, weil wir, wenn es uns gelungen wäre, das Gesetz so zu gestalten, daß es den Minimalforderungen der Arbeiterklasse entsprochen hätte, dafür gestimmt haben würden. Nachdem aber im Reichstage unsere so sehr bescheidenen Forderungen abgelehnt worden sind, mußten wir gegen das Gesetz stimmen; wie recht wir damit hatten, wie wenig die Prophezeihungen der Minister und der Majorität, daß nach unserer Ablehnung des Gesetzes die Arbeiter sich von uns abwenden würden, begründet waren, das hat der 20. Februar, das haben die Wahlen auf das Allerglänzendste bewiesen. (Sehr richtig; Bravo.)

Wir haben uns in dieser Session zu beschäftigen gehabt mit einer Vorlage der Reichsregierung, welche die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke des Heeres um 18 000 Mann verlangte. Dabei war das Merkwürdige, daß dieselbe Regierung, welche vor wenigen Jahren erklärt hat, sie könne ohne Septennat nicht auskommen, in dieser Session selbst mit dem Septennat gebrochen, und eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke gefordert hat. Wir haben selbstverständlich gegen die Vorlage gestimmt, gegen die Erhöhung des stehenden Heeres um 18 000 Mann sowohl, als auch gegen die neuen damit verbundenen Heeresformationen. Aber wir haben auch gegen die vom Zentrum bei dieser Gelegenheit eingebrachten Resolutionen gestimmt, weil wir uns verpflichtet fühlten, gegen Herrn Windthorst, welcher durch die Einbringung solch' nichtssagender Resolutionen dem Volke nur Sand in die Augen streuen wollte, Stellung zu nehmen. Wir machen die Komödie nicht mit, in demselben Augenblick, wo man 40 Millionen für die Erhöhung des Heeresstandes

bewilligt, die Regierungen aufzufordern, in ernste Erwägung zu nehmen, ob die durch den Militarismus dem Volke auferlegten Lasten nicht verringert werden könnten. Der Militarismus gereicht den Völkern zum Unheil, seine Lasten können auf die Dauer nicht getragen werden, die Völker brechen unter den Wirkungen des heutigen Militärsystems wirthschaftlich zusammen; darum wollen wir den Militarismus beseitigen und, ohne die Wehrhaftigkeit des Landes zu schwächen, durch Schaffung eines Milizheeres, durch Einführung der wirklichen allgemeinen Wehrpflicht dafür sorgen, daß Deutschland etwaigen Feinden gegenüber gewappnet ist. Der heutige Zustand dagegen ist unerträglich; aus ihm entstehen die sich stets vermehrenden Rüstungen, und schließlich führt er die Zeit herbei, in welcher der Krieg ausbrechen muß, weil die Aufrechterhaltung des heutigen bewaffneten Friedens auf die Dauer unmöglich ist. (Bravo!)

Sodann die Vorlage der Gewerbegerichte. Auch hier haben wir Amendements eingebracht, deren Annahme uns das Gesetz acceptabel gemacht hätte, weil wir glauben, daß die Schaffung solcher Gerichte in Deutschland im Interesse der Arbeiter liegt. Aber auch hier zeigte sich wieder, was man auf der andern Seite unter „Sozialreform" versteht. Alle hierher gehörigen Gesetzvorlagen, und also auch diese, sind von einem Geist des Mißtrauens gegen die Arbeiterklasse durchtränkt, der uns selbstverständlich nicht veranlassen konnte, für die Vorlage zu stimmen. Wir haben bekanntlich schließlich das Gesetz abgelehnt, weil die Theilnahme an den Wahlen an eine viel zu hohe Altersgrenze gebunden war, weil den Arbeiterinnen das Stimmrecht nicht gewährt wurde, weil bei der Organisation und Verwaltung die Mitglieder der freien Hilfskassen völlig übergangen wurden, und weil alles in allem das Gesetz den Zustand in den Städten, wo solche Gerichte bereits bestehen, wesentlich verschlechtert. Die Statuten der Gewerbegerichte in Frankfurt, Nürnberg, Leipzig u. s. w. sind für die Arbeiter viel besser, als die auf Grund des Gesetzes zu erlassenden ausfallen werden; und zu einer Verschlechterung konnten wir natürlich unsere Hand nicht bieten.

Wir haben ferner selbstständige Anträge eingebracht. Schon in der vorigen Session hatten wir bei der Etatsberathung auf einige Lücken und Mängel des Unfallversicherungsgesetzes hingewiesen; damals aber waren wir nicht in der Lage, selbstständig mit Abänderungsanträgen vorzugehen; im Laufe der letzten Session haben wir das gethan, indem wir die Aufhebung der 13wöchentlichen Karenzzeit verlangten und noch einige andere Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes verbessern wollten. Bei der Verhandlung dieses unseres Antrags hat die Regierung erklärt, noch im Laufe der Session eine Novelle zum Unfallgesetz vorlegen zu wollen. Wir werden ja bald in der Lage sein, be-

urtheilen zu können, inwieweit darin unsere Forderungen berücksichtigt sind.

Wir haben sodann Anträge auf Erhöhung und Verbesserung des Einkommens der unteren Beamten gestellt, Anträge, welche bereits in der vorigen Session in Aussicht genommen waren und dazu geführt haben, daß die Regierung einen Nachtragsetat vorgelegt hat. Wie sehr der Militarismus in Deutschland alles beherrscht, zeigte sich auch hier wieder, dadurch, daß diese Vorlage mit einer Erhöhung der Offizierseinkommen verquickt wurde. Nach Ablehnung dieser Forderung wurde beschlossen, den durch die Vertheuerung der Lebensmittel in äußerst ungünstige Verhältnisse gerathenen unteren und mittleren Beamten, Briefträger u. s. w. eine Gehaltserhöhung zu gewähren.

Wie ich schon anführte, haben wir dann den Antrag auf Aufhebung der Lebensmittelzölle gestellt, der noch verhandelt werden wird, und schließlich eine Verfassungsänderung dahin gehend beantragt, daß dem Reichstage das Recht auf Einsetzung von Untersuchungskommissionen mit der Befugniß selbstständiger Erhebungen, der eidlichen Vernehmung von Zeugen u. s. w. verliehen wird. Wir sind hierzu gekommen, weil durch die Art und Weise der amtlichen Untersuchungen uns zur Gewißheit geworden ist, daß die Arbeiterkreise fast gar nicht befragt werden, obgleich angeblich in ihrem Interesse die Erhebungen vorgenommen werden. Wir wollen dem deutschen Parlament, ähnlich wie es in England der Fall ist, das Recht gewährt wissen, Untersuchungsausschüsse einzusetzen; wir wollen, daß das Parlament die verbesserungsbedürftigen Verhältnisse selbstständig untersuchen kann. Dieser Antrag ist noch nicht verhandelt, das wird erst im Laufe der Session geschehen.

Ich komme nun zu der Frage: Sind die Interessen der Partei durch die parlamentarische Thätigkeit gefördert worden? Ich habe, gegenüber den wiederholten Manifestationen innerhalb der Partei, nicht den geringsten Zweifel, daß die Partei nicht nur mit der Thätigkeit der Fraktion einverstanden ist, sondern in ihrer übergroßen Mehrheit auch damit einverstanden ist, daß die parlamentarische Thätigkeit überhaupt für die Partei eine unbedingte Nothwendigkeit ist. Es hieße auf eins der wirksamsten Agitationsmittel verzichten, wenn jener, in vereinzelten Kreisen laut gewordenen Auffassung gemäß die Partei sich entschließen wollte, diese Thätigkeit aufzugeben oder wesentlich einzuschränken. In der übergroßen Majorität der Parteigenossen wird kein Verständniß dafür vorhanden sein, daß zwar gewählt werden soll, daß aber die Gewählten nachher nicht arbeiten brauchen. Die Partei hat ein volles Recht, zu verlangen, daß ihre Vertreter im Parlament die Forderungen aufstellen, deren Erfüllung sie von der heutigen Gesellschaft verlangt;

die Befürchtung, daß durch die parlamentarische Thätigkeit eine Versumpfung der Partei eintreten könnte, daß wir zu einer Possibilistenpartei werden könnten, hat in den Ergebnissen der bisherigen parlamentarischen Bethätigung keinen Boden. Auf allen Parteitagen ist bisher erklärt worden, von allen Rednern ist betont worden, daß wir den Parlamentarismus wesentlich als Agitationsmittel betrachten; um dieses Mittel aber zu voller Wirkung zu bringen, dürfen wir nicht nur für die Wahlen agitiren, sondern müssen auch die Parlamentstribüne zur Stellung unserer Forderungen, zur Kritisirung des Bestehenden, zur Aufklärung und Belehrung benutzen. Diese agitatorisch-parlamentarische Thätigkeit kann nicht dahin verstanden werden, daß man einzelne Reden im Reichstage hält, daß von Zeit zu Zeit ein Fraktionsmitglied eine allgemein gehaltene Darstellung unseres Programms giebt, sondern daß unablässig und ernsthaft, selbstredend keinen Schritt vom Programm abweichend, und niemals zu Kompromissen geneigt, bei jeder Gelegenheit dafür gesorgt wird, daß die Agitation für unsere Zwecke und Ziele gefördert wird und daß bei der Nachweisung der Schäden im Einzelnen durch Stellung von Verbesserungsanträgen die Forderungen der Partei in immer weitere Kreise hineingetragen werden. Wer da glaubt, daß dadurch die prinzipielle Stellung der Partei verwischt wird, der beurtheilt ihre Intelligenz zu niedrig, ihre prinzipielle Festigkeit zu gering. Es hieße, eins der schneidigsten, wirksamsten Mittel, die uns zum guten Theil zu dem gemacht haben, was wir sind, in die Ecke werfen, wenn wir anders handeln würden. Die Reichstagstribüne mußte, wie alle Agitationsmittel, wirksam benutzt werden und wird weiter benutzt werden müssen; durch eine prinzipielle und zielbewußte Thätigkeit im Parlament können wir der Partei große Dienste leisten. Ich glaube, daß die parlamentarische Thätigkeit, so wie sie von uns geübt worden, dem Interesse der Partei sowohl in prinzipieller, wie in taktischer Beziehung entspricht. Wir sind verpflichtet, überall da, wo es möglich ist, für die Arbeiterklassen das denkbar Beste herauszuschlagen, und wenn wir der Regierung die Anerkennung der Nothwendigkeit des Arbeiterschutzes aufgezwungen haben, wenn wir den herrschenden Klassen die Ueberzeugung beigebracht haben, daß die jetzige Ausbeuterwirthschaft für die Dauer unhaltbar ist, wenn wir durch unsere unablässige Agitation im Volk und im Parlament einen Erfolg errungen haben, der sich darin dokumentirt, daß selbst die herrschenden Klassen daran gehen müssen, die Erfüllung unserer Forderungen in Angriff zu nehmen, dann hieße es in der That thöricht handeln, wenn wir darauf verzichten wollten, in diesem Sinne weiter zu arbeiten. (Lebhafte Zustimmung.) In der Diskussion wird sich innerhalb des Parteitages mit Nothwendigkeit die Ueberzeugung Bahn brechen, daß auch im Parlament ein Boden für unsere Thätigkeit gegeben ist und daß

wir auch dort erfolgreich zu kämpfen im Stande sind. (Sehr richtig!) Ich schließe in der Hoffnung, daß der Parteitag aus dem Mitgetheilten die Ueberzeugung gewinnen wird, daß die parlamentarischen Vertreter der Sozialdemokratie es mit ihrer Aufgabe ernst genommen haben, daß sie bestrebt gewesen sind, den Interessen der Partei zu dienen und daß sie somit für die Sozialdemokratie Deutschlands, zugleich aber auch für die Arbeiterklasse aller Länder das, was sie thun konnten, geleistet haben. (Andauernder stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Es ist zu diesem Gegenstande der Tagesordnung folgende Resolution von Fischer-London und Oertel-Nürnberg eingebracht worden:

> Der Parteitag erklärt, daß die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion sowohl den Beschlüssen des St. Gallener Parteitages entsprach, als auch die aus der Aenderung der politischen Parteigruppirung für die deutsche Sozialdemokratie erwachsenen Verpflichtungen völlig erfüllt hat.
>
> Der Parteitag fordert die Fraktion deshalb auf, wie bisher die prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Parteien und dem Klassenstaat rücksichtslos zu vertreten; ebenso aber auch die auf dem Boden der heutigen Gesellschaft möglichen und im Interesse der Arbeiterklasse nöthigen Reformen zu erstreben, ohne über die Bedeutung der Tragweite dieser positiven gesetzgeberischen Thätigkeit für die Klassenlage der Arbeiter in politischer wie ökonomischer Hinsicht Zweifel zu lassen oder Illusionen zu wecken.

Diese Resolution wird mit zur Debatte gestellt.

Fischer-London: Wiewohl ich die feste Ueberzeugung habe, daß innerhalb des Parteitages über die Thätigkeit der Fraktion und unsere allgemeine Stellung zur parlamentarischen Thätigkeit absolut keine Meinungsverschiedenheit existirt, halte ich doch für nothwendig, daß der Parteitag eine bestimmte Meinung bekunde, und zwar angesichts der aus den Reihen der sogenannten Opposition wiederholt hervorgegangenen Beschuldigung, daß die bisherige Thätigkeit unserer Abgeordneten zum Possibilismus hinneige, ja bereits die Gefahr einer Versumpfung in sich schließe. Eine Stellungnahme des Parteitages ist auch nothwendig angesichts des Umstandes, daß die bürgerliche Presse diese Ansicht als die Meinung eines großen Theils der deutschen Genossen dargestellt hat. Wir müssen klipp und klar erklären, daß in dieser Beziehung unsere Meinung dieselbe geblieben ist. Wir müssen das bekunden dem wiederum aus den Reihen der sogenannten Opposition hervorgegangenen Bestreben gegenüber, einen Radikalismus" zu kultiviren, der eigentlich nur die politische Impotenz bedeutet und in seiner Konsequenz zum Anarchismus führt, gegen den schon in Wyden und auch später bei jeder passenden Gelegenheit

Stellung genommen worden ist. Mit dem zweiten Theil unserer Resolution wollen wir den Einwurf der Opposition begegnen, als ob die Sozialdemokratie irgendwie Anlaß zu der Annahme gegeben hätte, von den in der sogenannten neuen Aera versprochenen Reformen etwas Durchgreifendes zu erwarten. Wir haben eine viel zu gute Meinung von der Arbeiterschaft überall, um auch nur einen Augenblick in dieser Richtung Zweifel zu hegen. Auf Einzelheiten glaube ich nicht eingehen zu sollen: die Resolution faßt Alles zusammen, sodaß ich lediglich mich in Wiederholungen ergehen müßte. Eins aber muß ich noch besonders betonen: es ist die Stellung der verschiedenen ausländischen Bruderparteien zu der von der Fraktion eingenommenen Haltung. Wenn wir in allen Ländern das Bestreben sehen, die deutsche Sozialdemokratie in Taktik und Kampfmitteln zum Muster zu nehmen, so sollte uns diese Wahrnehmung doch dahin belehren, daß wir auf dem richtigen Wege sind. Die Resolution ist aber auch deshalb nothwendig, weil die Sozialdemokratie alle Ursache hat, sich dessen zu freuen, daß sie eine solche Fraktion besitzt. Die beste Armee wird durch schlechte Führung desorganisirt und zu Niederlagen geführt. Unter der Führung dieser Fraktion aber hat es die deutsche Sozialdemokratie dahin gebracht, daß wir wieder hier in Halle auf deutschem Boden uns zu unseren Geschäften vereinigen konnten; die Fraktion hat uns im Kampf von Sieg zu Sieg geführt. Wir haben alle Ursache, uns dessen zu freuen, daß die politische Situation so klug ausgenutzt worden ist, ohne dabei unserer Würde irgend etwas zu vergeben. Wie wir für unsere Pflichterfüllung Anerkennung beanspruchen, hat auch die Fraktion das Recht auf Anerkennung, wenn ihre Thätigkeit für uns ersprießlich und erfolgreich gewesen ist! (Allseitige Zustimmung und Händeklatschen.)

Dr. Rüdt: Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn man der Thätigkeit der Fraktion auf diesem Parteitage noch mehr Anerkennung und Lob zuerkennen wollte; ist doch beides seit Jahren in Tausenden von Versammlungen von den Parteigenossen ausgesprochen worden, hat doch namentlich das sachliche Verhalten der Fraktion im Reichstage zu der großen Begeisterung der Partei und zur Ergreifung aller der Mittel, welche den großen Sieg garantiren mußten, beigetragen! Auch die Feinde haben anerkannt, daß unsere parlamentarischen Vertreter nicht uns das Parteiinteresse würdig vertreten, sondern daß sie stets auf der Höhe der Zeit gestanden haben. So sehr wir als Sozialdemokraten Gegner des Parlamentarismus als einer Schöpfung des Bourgeoisie-Staates sind, so müssen wir doch zugestehen, daß von unseren Vertretern alles geschehen ist, was unter solchem Regime geleistet werden konnte. Namentlich ist das Schandgesetz, welches 12 Jahre lang die Sozialdemokratie in Fesseln schlug, dadurch unmöglich geworden, weil die

Fraktion es durch die Enthüllung der Polizeispitzelei, durch die Aufdeckung der in seinem Gefolge selbst von gewissen Gerichten und seitens der Polizei in Deutschland begangenen Ungerechtigkeiten und Schändlichkeiten schon vor zwei Jahren an den Wurzeln untergrub. Dadurch hat sich auch der herrschenden Bourgeoisie gewissermaßen ein moralischer Ekel vor solchen Machinationen bemächtigt, und so ist das Gesetz gefallen. Ueberall, auch im Auslande, hat die Fraktion für ihre Haltung, ihre Thätigkeit, ihre Energie, für ihre begeisterte Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes Anerkennung gefunden, und diese Haltung hat es vor Allem auch dahin gebracht, daß unsere Partei so mächtig, so gefürchtet in Deutschland geworden ist. Die auf sie gemachten Angriffe waren im Wesen und in der Form völlig unbegründet und unzulässig. (Lebhafter Beifall.)

Hug-Wilhelmshaven: Ueber die Thätigkeit unserer Abgeordneten will ich kein Wort verlieren; hätten sie eine andere Taktik befolgt, so wären wir einfach auf dem Wege zur Anarchie. Die großen Worte, die tönenden Phrasen der kleinen Berliner Klique haben nirgendwo ein Echo gefunden. Ich lenke nur die Aufmerksamkeit der Fraktion auf den Umstand, daß in Deutschland einige Tausend Arbeiter in Staatswerkstätten noch immer unter einem Ausnahmegesetz stehen, obwohl das Sozialistengesetz gefallen ist. In den Arbeitsordnungen jener Werkstätten sind die bekannten Bestimmungen, welche von sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen sprechen, nach wie vor enthalten. Die Fraktion sollte das sofort im Reichstage bei den Marinewerkstätten zur Sprache bringen und, soweit sie kann, dafür Sorge tragen, daß diese Bestimmungen hinauskommen. Gerade unsere Nordwestecke bedarf in dieser Beziehung der Hilfe; ich habe dort 12 Jahre gearbeitet und gesehen, wie alle und jede politische Bewegung eingeschränkt und verboten wurde: heute ist das Gesetz fort, und trotzdem kann man sich nicht rühren. Nicht einmal an einer gewerkschaftlichen Versammlung können die Arbeiter der Staatswerkstätten theilnehmen, ohne zu riskiren, entlassen zu werden.

Zur Geschäftsordnung beschwert sich Genosse Hermann, daß Ausdrücke wie „Berliner Klique“ gebraucht werden; man solle alles Persönliche vermeiden.

Ebenfalls zur Geschäftsordnung wünscht Genosse Schulze-Erfurt, daß doch diejenigen, welche zu Gunsten der Parteileitung und der Fraktionsthätigkeit sprechen wollen, auf das Wort verzichten möchten, man wolle lieber die Gegner hören.

Herbert-Stettin: Die Angriffe auf die Fraktion kommen von Seiten Derer, die in den großen Städten sitzen und sich nicht die Mühe geben, aufs Land zu gehen und dort die ungleich schwerere Agitation zu betreiben. Dort fragt man uns zunächst immer: Was

habt ihr bereits gethan? und kann man keine positive Antwort geben, dann ist es nichts mit dem Erfolg. Die Landbevölkerung ist bisher von uns noch nicht genügend berücksichtigt worden, auch bei den Arbeiterschutzanträgen. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß auch den Landarbeitern das Koalitionsrecht gegeben wird. Ich habe während der Zeit meiner Ausweisung aus Stettin manches auf dem platten Lande in der so verrufenen Provinz Pommern erreicht; aber weit mehr würde man dort den neuen Ideen zujauchzen, wenn die Führer und bewährten Kräfte mehr von den Städten hinausgingen, wenn nicht so oft der mit Mühe gewonnene Referent im letzten Augenblicke wieder abschriebe. Es wäre doch die größte Ruhmesthat, gerade Pommern zu gewinnen. Griffe hier die Fraktion ein, sie würde sich den besten Dank erwerben.

Bremer-Magdeburg (sehr schwer zu verstehen): In letzter Zeit ist die Behauptung, unsere Theilnahme am Parlamentarismus sei ein Unrecht, mit derartigen Argumenten durch die Opposition vertreten worden, daß ich dagegen doch protestiren muß. In einem von jener Seite ausgegangenen Artikel heißt es u. A. sogar: Wer den Arbeitern sagt, er will ihnen mit dem Parlament helfen, begeht einen Schwindel, einen Betrug! — Wir haben doch unser Parteiprogramm und solange das nicht geändert ist, so lange es uns anweist, die alten demokratischen Forderungen zu erheben, deren Verwirklichung auf dem Felde des Parlamentarismus liegt, solange erkenne ich nur den als Parteigenossen an, der sich auf dieses Programm stellt. Ich gewähre die weitgehendste Freiheit in der Diskussion, aber Unterschiebung von Lüge und Betrug verbitte ich mir. Aus der Diskussion darf nicht Gehässigkeit hervorgehen, durch sie darf auch die Parteidisziplin nicht untergraben werden!

Kunert beschwert sich zur Geschäftsordnung über störende Unruhe an den Saalausgängen; Riemann-Chemnitz führt über die vorhandene Zugluft Klage.

Es läuft von Vollmar und Genossen folgende Resolution ein:

Der Parteitag wolle beschließen:

Die Partei hat für die nächste Zeit eine hauptsächliche Wirksamkeit dahin zu richten, daß das vorhandene Koalitionsrecht nicht nur im ganzen Umfange aufrecht erhalten und gegen jede wie immer geartete Beeinträchtigung thatkräftig geschützt, sondern weiter bis zur vollen Versammlungs- und Verbindungsfreiheit entwickelt wird. Als ein nothwendiges Mittel zum Schutze des Koalitionsrechtes der Arbeiter gegen die unterdrückerischen Bestrebungen des Unternehmerthums ist ein Gesetz anzustreben, welches jeden Versuch, das Koalitionsrecht oder die sonstige Ausübung der gesetzlichen Rechte zu hindern oder zu erschweren, unter nachdrückliche Strafe stellt.

Kloß-Stuttgart wünscht, daß diese Resolution bis zu Punkt 8 der Tagesordnung zurückgestellt werde.

Vollmar: Mein Antrag zielt nicht nur auf das gewerbliche Koalitionsrecht, sondern auf jedes Koalitionsrecht, und wir können unmöglich die Materie derart theilen, daß wir einen Theil erst bei Punkt 8 behandeln; das Koalitionsrecht ist ein politischer Faktor, der gerade nur hier erledigt werden kann, wo es sich um unsere parlamentarische Bethätigung handelt. Wir fordern bekanntlich für alle Deutschen, ob Männer oder Frauen, das gleiche, vollkommen freie Vereinigungs-, Versammlungs- und Verbindungsrecht nach jeder Richtung, darüber brauchen wir nicht zu reden; nur scheint es mir taktisch an der Zeit, jetzt uns dieses Rechtes besonders anzunehmen. Sowohl von Seiten der Regierungen wie des Unternehmerthums wird jetzt bereits der Versuch gemacht, das Vereinsrecht zu beeinträchtigen; weitere Versuche werden, wenn wir von unseren Rechten unter dem jetzt zurückgewonnenen gemeinen Recht wollen Gebrauch machen, gar nicht auf sich warten lassen. Wir müssen bedenken, die Leute sind wenig durch die bisherigen Verhältnisse an die öffentliche Diskussion gewöhnt, und wenn erst die Lawine von Versammlungen, Preßerzeugnissen, Reden u. s. w. über sie ergehen wird, dann werden die Spießbürger erst recht wieder nach Polizei schreien. Deshalb sollte nach meiner Ansicht der Parteitag hier ansetzen, nicht nur mit dem Verlangen der Ausdehnung des Rechtes, sondern auch mit der Forderung nachdrücklicher Strafen für jeden, der diese gesetzliche Freiheit zu beeinträchtigen versucht. In dem Arbeiterschutz-Gesetzentwurf der Fraktion ist die Sache insofern berührt, als dort die Unternehmerkartelle und die schwarzen Listen als strafbar hingestellt werden, nicht nur civilrechtlich, sondern auch durch Verwirkung von Konventionalstrafen und dergleichen. Die Sache hat damals großen Krakehl hervorgerufen und alle guten Bürger in furchtbare Wuth versetzt, daß wir ihnen ihre Freiheit, uns zu unterdrücken, verbieten wollen. Aber gerade der Ach- und Weheschrei der Bourgeoisie hat uns den rechten Weg gezeigt; wir dürfen nicht zurück, sondern müssen weiter gehen, und das soll durch meinen Antrag geschehen. Derselbe ist nicht etwas noch nie Dagewesenes, sondern sein Inhalt ist in Frankreich z. B. bereits Gesetz; es werden dort solche Zuwiderhandlungen unter eine Geldstrafe von 200 bis 1000 Franks und unter die Androhung von Gefängniß bis zu drei Monaten gestellt. Ich bitte den Parteitag, sich möglichst einstimmig für den Antrag zu erklären, um der Fraktion gebundene Marschroute zu geben, daß sie bei der ersten Gelegenheit denselben im Reichstage einbringt.

Fleischmann-Frankfurt a. M. Sie werden sich Alle sehr wohl zu erinnern wissen, daß es eine Zeit gab, wo es fast ein moderner Sport geworden war, etwas revolutionär zu renommiren. Wir

haben dieses Treiben fast überall wahrnehmen können. Man renommirte einerseits beständig mit der Behauptung, die parlamentarische Thätigkeit führe uns nicht zum Ziel, und andererseits wurde immer auf den sog. großen kommenden Tag hingedeutet, welcher die Menschheit mit einem Schlage erlösen sollte. Derartige Leute giebt es noch hier und da in unseren Reihen; ich habe keine Veranlassung, Namen zu nennen, aber auch ich halte für nothwendig, daß wir uns in einer bestimmten Richtung ganz entschieden äußern und den von uns zu gehenden Weg bezeichnen. Wir wollen und müssen bestrebt sein, das Klasseninteresse der großen indifferenten Masse zu wecken, dann wird sich schon zeigen, wie weit wir unseren Zielen uns nähern. Ich bin nicht gerade ein Freund des Boykotts, aber ich bin entschieden für den Boykott des Militarismus. Boykottiren wir ihn, geben wir ihm keine Gelegenheit, von seinen Schießwaffen Gebrauch zu machen. Geben wir ihm keine Gelegenheit zum Einhauen auf die Massen, dann haben wir im Interesse der Fortentwicklung unserer Bewegung mehr gethan, als mit aller Revolutionsmacherei und mit dem Hindeuten auf jenen großen Tag, auf Putsche u. dgl. Die große Masse ist zum Klassenbewußtsein zu bringen, alles andere sind nebensächliche Fragen.

Liebknecht: Genossen! Ich hätte eigentlich erwartet, daß die Opposition sich melden würde. Dem Genossen Vollmar wollte ich zunächst sagen, daß das Koalitionsrecht von uns in seiner Bedeutung voll erkannt wird. Wir wissen genau, daß das Wahl- und das Koalitionsrecht die bedeutendsten Rechte sind, die wir zu vertheidigen haben werden. Uebrigens ist das, was Vollmar beantragt und von ihm hier befürwortet wurde, bereits geschehen. — Da nun hier kein Ansturm gegen den Parlamentarismus bisher gekommen ist, muß ich mich gegen einiges in der Presse Gesagte wenden. Der ganze Ansturm läuft auf eine Verwechselung dessen hinaus, was man unter Parlamentarismus versteht. Früher verstand man darunter — in Frankreich unter Louis Philipp und in England — unter Parlamentarismus nicht das Wahlrecht im Allgemeinen, sondern bloß das Wahlrecht einer Minorität, nämlich der besitzenden Klassen. Dieses ganze System ist uns als ein Schwindelsystem erschienen. Wo aber ein allgemeines Wahlrecht besteht, kann davon keine Rede sein. Die 45 Millionen Deutsche können doch nicht an einem Tage zusammenkommen und über jedes Gesetz berathen; wir müssen also eine Vertretung haben. Wessen Schuld ist es, wenn die Volksvertretung nichts taugt? Schuld daran ist doch nicht das allgemeine Wahlrecht, sondern der Unverstand der Massen, die leider noch allzu oft ihre eigenen Feinde wählen. Da zeigt sich, wo wir den Hebel anzusetzen haben. (Sehr richtig!) Von den 80 Prozent, die gegen uns sind, würden mindestens noch neun Zehntel zu uns

gehören, wenn sie ihr Interesse verständen. Diese bis jetzt indifferente Masse müssen wir erobern; haben wir sie erobert, so haben wir den Sieg. Das war gerade das Gefährliche jener Opposition, womit sie den Gegnern einen ungeheuren Dienst geleistet hätte, wenn es ihr gelang, diese indifferente Masse gegen uns aufzubringen. In die Partei schlagen sie damit keinen Keil hinein, die schüttelt solche Dinge mit Leichtigkeit ab (Zustimmung), aber jene mögliche Wirkung des Auftretens der Opposition ist der Hauptfehler gewesen. Man hat alles gethan, den Parlamentarismus zu diskreditiren, so daß ein Abgeordneter fast als ein Feigling erscheinen mußte. Die Herren haben auf die Brust geschlagen, als wären sie die einzig Thätigen in der Partei. Was haben sie gethan? Ein Paar Reden gehalten. Eine Bombe werfen kann einmal jeder Esel. (Sehr richtig.) Schon früher habe ich auf die anarchistische Bewegung hingewiesen; sie ist zurückgeworfen worden, während wir in Deutschland eine Macht geworden sind. — Kompromisse sollen nicht geschlossen, unser revolutionärer Charakter muß stets scharf aufrecht erhalten werden. Im Parlament ist es oft sehr schwierig, die Grenzlinie zu ziehen; da wird unter Umständen ein klein bischen zu weit nach rechts oder nach links gegangen; wenn man aber das Ziel fest vor Augen hat, wird man diese Linie stets im Ganzen richtig innehalten, und das ist unsererseits geschehen. Die ungeheure Bedeutung des Wahlrechts wird Ihnen ja durch unsere ausländischen Genossen bezeugt. In Belgien, Oesterreich, in den Niederlanden, überall kämpft man um das allgemeine Wahlrecht, das gewaltigste Agitations- und Erziehungsmittel für die Massen, welches existirt. Trotz aller Unterdrückung, die wir erlitten haben, sind dadurch die Volksmassen bis ins Innerste aufgerüttelt worden. Wenn Sie heute den politischen Bildungszustand auf dem Lande mit dem zur Zeit vor dem allgemeinen Wahlrecht vergleichen, werden Sie erklären müssen, daß die erzieherische Wirkung dieses Wahlrechts garnicht hoch genug geschätzt werden kann, und darum müssen wir es benutzen. Fürst Bismarck, der zwar kein Staatsmann war, aber ein Demagoge, wie er im Buche steht, hat den Wählerfang gründlich betrieben. Das thun wir auch, aber wir schwindeln den Leuten nichts vor, was wir nicht erfüllen können. Früher haben wir ja theilweise eine ganz andere Taktik verfolgt. Taktik und Prinzip sind zwei verschiedene Dinge. Ich habe 1869 in einer Rede in Berlin den Parlamentarismus verurtheilt. Das war damals. Die politischen Verhältnisse waren ganz andere; der Norddeutsche Bund war eine Mißgeburt, ein Deutsches Reich gab es nicht. Niemand konnte die Wendung voraussehen, die so bald eintrat. Sie kennen die Geschichte. Der österreichische Oberkriegsrath gab seine ausgearbeiteten Schlacht- und Siegespläne den Feldherren in die Hand, und sie wurden geschlagen; den französischen Heerführern sagte man nur: Ihr habt

zu siegen, und sie siegten. Und das müssen auch Sie der Parteiführung sagen: Ihr müßt siegen, Ihr habt unsere Interessen zu vertreten! Die Taktik ist Sache der Umstände, aber Ihr müßt siegen! (Stürmischer Beifall.)

Werner-Teltow (zur Geschäftsordnung): Ich habe sofort, als der Berichterstatter begann, einen Zettel mit meiner Meldung hinaufgeschickt; ich bewundere, daß der Zettel weggekommen ist. . . .

Vorsitzender Dietz: Der Zettel ist nicht verloren gegangen, Genosse Werner bekommt jetzt das Wort.

Werner-Teltow: Ich hätte zunächst gewünscht, daß vom Bureau der Ausdruck „Berliner Clique" gerügt worden wäre, wie das schon der gewöhnliche parlamentarische Anstand erheischt . . (Glocke des Präsidenten.)

Vorsitzender Dietz: Ich kann dem Genossen Werner nicht gestatten, das Bureau zu kritisiren; ich werde aber auch beleidigende Ausdrücke, gleichgiltig von welcher Seite sie kommen, zurückweisen.

Werner (fortfahrend): Dann hat der Vorsitzende das überhört. — Ich stehe in der Frage des Parlamentarismus auf dem Standpunkte, daß man das Agitationsmittel der Wahl für unsere Partei unbedingt zu insceniren und anzuwenden hat, da man dadurch in die entlegensten Kreise der noch indifferenten Bevölkerung Deutschlands hineindringen kann. Aber mit der Resolution Fischer, die ja ähnlich auch schon in Kopenhagen und St. Gallen angenommen ist, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Ich spreche unseren Abgeordneten garnicht ab, daß sie ihre Thätigkeit im Reichstage entwickelt haben; viel zu rührig sind sie gewesen; aber ob diese Rührigkeit am rechten Ende angewandt worden ist, ist eine zweite Frage. Unsere Reichstagsfraktion muß im Parlament mehr propagandistisch, mehr agitatorisch wirken für die Ideen der Sozialdemokratie. Wir wollen doch das Parlament nicht betrachten als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck! Nun sagt Singer, wir müssen uns die Soldaten erziehen, damit, wenn die heutige Anschauung fällt, die große Masse soweit ist, daß sie weiß, welches die sozialdemokratischen Prinzipien sind und daß auf Grund derselben die neue Weltordnung aufgebaut wird. Auf diese Weise kann ich aber Soldaten nicht erziehen, wenn ich die Zweckmäßigkeit der Arbeiterschutzgesetzgebung in der heutigen Gesellschaft so in den Vordergrund stelle. Was heißt es denn, wenn heute die Verkürzung der Arbeitszeit so sehr betont wird? Ich betrachte die Kaiserlichen Erlasse, die ja von Einzelnen bei uns gelobt worden sind als erster Anstoß zu einer neuen Aera, dahin: der Regent wollte die Bourgeoisie, das Kapital, darauf hindrängen, zu sagen, die anstürmende Gefahr der Arbeiterbewegung ist vorhanden, verbrüdert euch international, damit ihr jene sozialen Forderungen, die von Seiten der Arbeiter-

vertreter erhoben werden, Verkürzung der Arbeitszeit, welche Erhöhung des Lohnes nach sich ziehen muß, regeln könnt; denn wenn ihr auf dem Weltmarkt vollständig einig seid, dann kann das Produkt diese Lohnerhöhung durch die verkürzte Arbeitszeit sehr wohl tragen. Betrachten wir doch die Sache ruhig. Bei zehnstündiger Arbeitszeit wird bei der heutigen Wirthschaft ein Quantum von Arbeit fertig (Unterbrechungen) . . ich glaube, ich erzähle Ihnen nichts Neues. (Heiterkeit, Rufe: Sehr richtig!) Wenn durch die Verkürzung der Arbeitszeit und den erhöhten Arbeitslohn das gelieferte Quantum jetzt ein geringeres wird, muß doch ganz naturgemäß das einzelne Produkt im Preise steigen. (Zwischenrufe: Das wissen wir!) Es ist aber wesentlich, daß ich das heute hier konstatire. (Große Heiterkeit). Sie werden mich heute nicht aus der Fassung bringen. Die Lage der Bevölkerung wird nicht gehoben, wenn durch die Vertheuerung der Produkte eine Steigerung des Lohnes stattfindet und wenn durch die Bestimmungen des ehernen Lohngesetzes die arbeitende Bevölkerung auf dem niedrigsten Niveau der Selbsterhaltung ihre Forderungen von der Kapitalistenklasse erfüllt bekommt. Wenn heute der Lohn zwei Mark ist und die Waare kostet auch zwei Mark, so ist das doch gleichbedeutend, ob der Lohn fünfzig Mark ist, wenn die Waare auch fünfzig Mark kostet. Das ist doch ganz klar. (Lachen und fortgesetzte Unterbrechungen.) Ich wollte dies Beispiel hier nur anführen, um zu konstatiren, daß unsere Reichstagsabgeordneten darauf hindrängen sollten, daß die Kapitalswirthschaft unbedingt weg muß. Diese Flickerei durch Arbeiterschutzgesetzgebung an der heutigen Wirthschaftsordnung wird niemals eine Hebung der materiellen Lage der arbeitenden Klassen mit sich bringen. Geistig kann die Arbeiterklasse durch die verkürzte Arbeitszeit sehr wohl gehoben werden. (Rufe: Aha! Andauernde Unruhe.) Das ist der einzige Grund, aber eine materielle Hebung möchte ich sehr stark bezweifeln, und deshalb kann ich Singers Ausführungen nicht zustimmen, wonach auch eine bessere Ernährungsweise dadurch erzielt werden soll. Die Arbeiter werden immer auf dem niedrigsten Niveau stehen. (Fortgesetzte Unruhe.)

Vorsitzender Dietz: Die zehn Minuten sind vorüber. (Werner bittet um weiteres Gehör. Stürmischer Widerspruch. Bebel ruft: Gebt ihm noch zehn Minuten! G. Schulz-Berlin: Geben Sie Herrn Werner noch zehn Minuten mehr! Jeder blamirt sich, so gut er kann! Stürmische Heiterkeit und Lärm.)

Auf die Anfrage des Vorsitzenden beschließt der Parteitag ohne Widerspruch, den Redner weitersprechen zu lassen.

Vorsitzender: Herr Werner hat das Wort. Ich bemerke aber, daß dies kein Präjudiz sein soll. Jeder folgende Redner darf unbedingt nur 10 Minuten sprechen.

Werner (fortfahrend): Ich danke zunächst Herrn Schulz für

die Zensur, die er mir gegeben; wir werden in Berlin mit ihm darüber weiter sprechen. Vor dem Sozialistengesetz wehte in den Reden unserer Abgeordneten ein frischer, belebender Hauch; das sprach zum Herzen; da sah die Masse, daß sie von unserer heutigen bürgerlichen Gesellschaft nichts zu erwarten hat und daß die Prinzipien der Sozialdemokratie einzig und allein die richtigen seien. Aber jetzt hat im Reichstage der Abgeordnete Bebel in einer Kommission erklärt, und ich möchte darüber von ihm Auskunft haben, wie er das gemeint hat, man müsse einer jeden Regierung Vertrauen entgegenbringen (Lachen). Bebel wird mir das beantworten. Ich möchte diesen Ausspruch nicht näher ausmalen. Ferner hat Bebel in seiner letzten Militärrede etwas ausgeführt, was ich nicht unterschreiben kann und was ich als Sozialdemokrat auch nicht verstehe. Ich bin ja ein ziemlich beschränkter Mensch. (Zustimmung und Heiterkeit.) Ich habe ja keine Gymnasialbildung. — Der Abgeordnete Bebel hat bei der Militärvorlage im Reichstage gesagt, er sehe ein, daß die Abrüstung nicht möglich sei und daß von der bürgerlichen Gesellschaft nicht zu erwarten sei, daß sie die Kraft aus den Händen gebe. (Redner citirt den stenographischen Bericht.) Bebel erklärte sich sogar eventuell bereit, dazu Mittel zu bewilligen, um die Uniformen umzuändern. Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß man der Regierung in dieser Weise Konzessionen von unserer Seite macht. Wenn wir die internationale Abrüstung verlangen, so muß immer und immer wieder betont werden, daß der Militarismus etwas Kulturfeindliches ist. Ich bin zufrieden, wenn mich Bebel in dieser Beziehung eines Besseren belehren kann, aber ich konnte das, von meinem Standpunkte aus nicht gutheißen.

Im deutschen Reichstage sind unsere Vertreter mit Recht gegen das Alters- und Invaliditätsgesetz aufgetreten. Es wurde gesagt, das Gesetz sei nur eine verschobene, nicht verbesserte Armenpflege, und darum könne man ihm nicht zustimmen. Es ist mir aber erinnerlich, daß von der Fraktion der Antrag gestellt wurde, daß das kleine Bürgerthum, der Handwerkerstand, auch solle der Wohlthaten des Gesetzes theilhaftig werden. Ferner sagten die Abgeordneten im Reichstage: wir sind gegen jede veränderte Armenpflege, wir wollen keine derartige Armenpflege, — und dann kommen unsere Leute in der Stadtverordnetenversammlung und sagen: hier in der Stadtverordnetenversammlung müssen wir einmal anfangen, die Armenpflege ein bischen zu reformiren, und müssen einmal sehen, ob wir hier einen Pfennig der einen oder anderen Familie mehr geben können. Das ist gefährlich. Ich bin für die Thätigkeit der Fraktion im Reichstage, aber sie muß propagandistisch, agitatorisch, von unseren Gesichtspunkten, von sozialdemokratischen Zielen aus immer zündend zur Masse sprechen.

Ferner muß ich auf etwas aufmerksam machen, was zu unliebsamen Auseinandersetzungen in der Presse geführt hat. Im Wahlkreise des Abgeordneten Stadthagen, bei der Hauptwahl, vertheilten die Freisinnigen illustrirte Flugblätter, und bei der Stichwahl kam unsere Partei und vertheilte dieselben illustrirten Flugblätter. Es handelte sich in denselben um die indirekten Steuern. Wir sehen aber doch die Zölle von ganz anderen Gesichtspunkten an, als die bürgerlichen Parteien. Die Freisinnigen sind allerdings auch gegen die indirekten Steuern, aber nur, weil sie das Privatkapital in seiner Beweglichkeit nicht einschränken wollen. Wir dagegen sind gegen die Getreidezölle, weil wir, wie Karl Marx auf dem Brüsseler Kongreß ausführte, einen revolutionären Standpunkt einnehmen, weil die große Masse der arbeitenden Bevölkerung einfach ihre Lebensmittel vertheuert bekommt und weil der Freihandel eher zum Zusammenbruch der privatkapitalistischen Produktionsweise führt. Auf diesem Standpunkte stehe ich auch; der Parlamentarismus ist nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck. Er muß agitatorisch, propagandistisch sein, um so die Massen aufzuklären. Das Koalitionsrecht, das Vereins- und Versammlungsrecht, die politischen Fragen müssen mehr in den Vordergrund gestellt werden als bis dato, die Arbeiter müssen vor dem Terrorismus der Arbeitgeber geschützt werden.

Löwenstein-Nürnberg: Jede agitatorische Thätigkeit unserer Fraktion muß für unsere Partei zugleich eine praktische sein. Werner aber faßt die Thätigkeit der einzelnen Abgeordneten in dem Sinne auf, wie z. B. Hasselmann und Most dies thaten, als sie — nicht mehr Abgeordnete waren. Das ist der Kernpunkt seiner ganzen Ausführungen: es sollen anarchistische Auffassungen ins Volk hineingetragen werden. Daß wir aber damit nichts wollen zu thun haben, brauche ich nicht auseinanderzusetzen. Nach Werners Meinung korrumpirt die parlamentarische Thätigkeit. In gewissem Sinne ist das ja auch richtig. Dasselbe läßt sich aber ebenso gut von jeder Theilnahme an der Politik überhaupt sagen. Es werden nur Diejenigen korrumpirt, die nicht gesinnungstreu sind, die keine Prinzipien haben, die nicht opferwillig sind, die nicht die Allgemeinheit, sondern nur persönliche Interessen im Auge haben. Für die Charaktere ist die parlamentarische Thätigkeit eine Schule, und wer da charakterfest hervorgeht — und das ist bei der Thätigkeit unserer Fraktion in vollstem Maße der Fall —, bei dem ist von Korruption keine Rede. Ich bin der Meinung, daß unsere Vertreter, weil auf die agitatorische Thätigkeit der Hauptwerth zu legen ist, hauptsächlich in den großen Prinzipienfragen, also zunächst in den sozialpolitischen Fragen, arbeiten müssen und nicht in Kleinigkeiten ihre Kraft zersplittern sollen. Ich wünsche aber auch, daß unsere Abgeordneten mehr als bisher

— ich will ihnen damit keinen Vorwurf machen —, ähnlich wie seiner Zeit der leider viel zu früh gestorbene Abgeordnete Kayser, beim Budget die vorhandenen Mißstände zur Sprache bringen; das kann uns nur Anhänger gewinnen.

Bebel: Sie werden von mir nicht erwarten, daß ich mich auf die sogenannten nationalökonomischen Auseinandersetzungen des Herrn Werner einlasse. (Sehr richtig; Heiterkeit.) Ich wäre auch gar nicht dazu im Stande; nicht weil ich mich zu unwissend halte, sondern weil ich, was er ausführte, nicht habe verstehen können. Ein solcher Wirrwarr von verschiedenartigen Gedanken, eine solche geistige Konfusion ist mir bei einem Parteigenossen, der sich öffentlich um ein Reichstagsmandat beworben hat, noch nie begegnet. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn ich früher den lebhaften Wunsch gehabt habe, in Rücksicht auf die Rolle, welche Werner in der Berliner Bewegung gespielt hat, daß er bei den Wahlen des 20. Februar oder bei der Nachwahl als Abgeordneter gewählt werde, so muß ich erklären, nachdem ich heute seine Rede gehört, freue ich mich außerordentlich, daß er nicht mein Reichstagskollege geworden ist. (Sehr gut!) Wäre er gewählt worden, fürchte ich sehr, daß wir in seiner Person eine ganz ungeheure Blamage im Reichstage uns zugezogen hätten. (Bravo!) Hätte Werner seine heutige Rede im Reichstage gehalten, wo jedes Wort durch den stenographischen Bericht festgenagelt wird, ich wäre schamroth geworden über den Effekt in der Presse. Die Auseinandersetzungen, die er bezüglich der indirekten Steuern zum Besten gegeben, und bei denen er, ein Bekämpfer der Autorität, sich auf die Autorität von Karl Marx bezog, beweisen, daß er nicht einmal die wesentlichen Grundbegriffe unseres Parteiprogramms kennt. In dieser Hinsicht genügt sein Wissen nicht einmal den bescheidensten Anforderungen. Auch die von ihm zitirte Rede, die Marx auf dem Brüsseler Kongreß gehalten, hat er nicht verstanden. Würde einer von uns im Reichstag in einer Rede über die Aufhebung der Getreidezölle u. s. w. ähnliche Ausführungen machen, wie wir sie heute von Werner gehört haben, ein gründliches Fiasko wäre die nothwendige Folge. Ich sage aber mehr. Hätte Herr Werner die Ausführungen, die er heute hier über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion und über seine Stellung zu den indirekten Steuern zum Besten gegeben hat, auch bei der Wahlagitation vor seinen Wählern gemacht, ich bin fest überzeugt, daß er nicht den dritten Theil der Stimmen bekommen hätte, die er thatsächlich bekommen hat. (Sehr richtig!) Dieselben Herren, die heute fortgesetzt gegen die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion vorgehen und nicht genug heftige Worte finden, um sie zu verurtheilen, haben bei der Wahlagitation vor 6 Monaten genau in derselben Weise, wie wir Alle, für ihre Kandidaturen gewirkt. Damals hörte man von ihrer jetzt zur Schau

gestellten geringschätzigen Meinung über den Parlamentarismus und von ihren abweichenden Ansichten über die Fraktionsthätigkeit absolut nichts. (Hört! hört!) Ich weiß, daß sie im Gegentheil die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion für sich nach Möglichkeit ausgenutzt haben; ja sie haben mit dem Hinweis auf die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion die Stimmen der Wähler für sich zu erobern gesucht. (Hört! hört!) Parteigenossen! Ich möchte Sie auf diese demagogische Taktik aufmerksam machen. Hier zeigt sich in greller Beleuchtung, was es für Leute sind, die sich hier als Opposition aufspielen. Gefährlich freilich sind sie nicht, diese Herren Konfusionäre. Das zeigt ja auch die sich in fortgesetzten Widersprüchen bewegende Rede Werner's. Erst verlangt er, wir sollen nur propagandistisch wirken, dafür eintreten, daß die sozialdemokratischen Ideen in die Massen des Volkes getragen werden. Gleich darauf aber verlangt er, daß wir für die Vereins- und Versammlungs-, für die Koalitionsfreiheit eintreten und dementsprechende Anträge stellen. Was haben wir denn aber anderes gethan? Allerdings haben wir außerdem auch noch für den Arbeiterschutz gewirkt. Wenn dies Nebenfragen sein sollen: Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Kinderarbeit, Verbot der Sonntagsarbeit Verbot der Nachtarbeit u. s. w., dann ist freilichr neun Zehntel unserer Agitation bisher überflüssig gewesen. (Sehr richtig!) Dann sind aber auch die Gewerkschaften der Arbeiter, ohne Ausnahme, vollständig überflüssig. (Sehr richtig!) Diese Ansicht kann aber nur aus einem Gehirn kommen, in dem es kraus und wirr aussieht. Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen in den Arbeitermassen haben wir nur, weil diese sehen, daß wir praktisch für sie thätig sind und sie nicht nur auf die Zukunft des sozialistischen Staates verweisen, von dem man nicht weiß, wann er kommen wird. Die Arbeiter erkennen in unserer Partei ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon jetzt nach Kräften dahin wirken, die Lage der Arbeiter, soweit dies auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung möglich ist, zu heben und zu verbessern. (Lebhaftes Bravo!) Auf diesem Standpunkte haben wir stets gestanden, auf ihm müssen wir ferner stehen bleiben, wenn wir als Partei überhaupt fortbestehen wollen (Zustimmung). Werner hat überhaupt ganz und gar verkannt, wo er sich befindet. In einer Volksversammlung, deren Theilnehmer nie etwas von Sozialdemokratie gehört, hätte vielleicht seine Lungenkraft überzeugend gewirkt. Seine Gründe sicher auch dort nicht. Bei uns aber wirkt nicht einmal die Stärke seiner Lunge. (Sehr richtig!)

Bei seinen Angriffen auf mich und meine Fraktionsfreunde kam eine ungeheure Begriffsverwirrung und Unwissenheit zu Tage. Er wirft uns Inkonsequenz in Bezug auf das Alters- und Invaliditätsgesetz vor, weil wir die Ausdehnung desselben auf die Klein-

meister verlangten. Herr Werner beweist mit diesem Vorwurf nur, daß er da von etwas spricht, was er gar nicht kennt. Wir haben durch unsere Redner wiederholt ausführen und erklären lassen, daß das Gesetz, wie es die Regierungen einbrachten und der Reichstag schließlich annahm, nichts sei, als eine verbesserte Armenpflege. Wir wollten es aber in unserem Sinne umgestalten und verlangten damit zugleich, daß diejenigen Klassen der Bevölkerung, die sich in ähnlicher Noth wie die Arbeiter befinden aus dem kleinbürgerlichen Gewerbe- und Bauernstand, ebenfalls der Wohlthaten des von uns verbesserten Gesetzes theilhaftig werden sollen. Wir haben also ganz korrekt bei der Spezialberathung des § 1 des Gesetzes einen dahingehenden Antrag gestellt. Bei der Rentenzahlung haben wir bedeutend erhöhte Sätze beantragt und nachdem diese Bestimmungen, die für uns selbstverständlich waren, abgelehnt waren, haben wir gegen das ganze Gesetz gestimmt. Wenn je eine Fraktion in einer Frage korrekt gehandelt, dann ist es von der sozialdemokratischen Fraktion in der Alters- und Invaliditätsfrage geschehen.

Ich soll dann in der Arbeiterschutzkommission geäußert haben, man müsse einer jeden Regierung Vertrauen schenken. Ich war mir sehr wohl bewußt, als ich einen Satz ähnlicher Art ausgesprochen hatte, daß er in der Presse und wahrscheinlich von derjenigen Seite unserer Partei, die seit langem die Opposition gewissermaßen als Geschäft betreibt, ausgenutzt werden würde. Wie verhält sich nun die Sache? Wir haben bei der Berathung in der Kommission — unsere Gegner werden uns in allererster Linie dies bezeugen — alles aufgeboten, um den Arbeiterschutzgesetzentwurf in unserm Sinn zu amendiren. Durch unsere Anwesenheit und Thätigkeit sind gerade die Verhandlungen in der Kommission so eingehend geführt worden. Sehr zum Aerger unserer Gegner. In der Kommission verlangten nun die Freisinnigen, daß eine Reihe von Maßnahmen, welche durch die Regierungsbehörden und in erster Linie durch die Fabrikinspektoren gehandhabt werden sollten, gleich gesetzlich festgestellt werden sollen. Es sind das Vorschriften, die sich auf die technischen Zustände der Fabriken beziehen; diesem Verlangen der Freisinnigen gegenüber wurde nun geltend gemacht, daß es bei der beständigen Revolutionirung der Technik eine Unmöglichkeit sei, die nothwendigen Schutzmaßregeln durch Gesetz zu bestimmen; es müßten sonst nach einem halben Jahre bereits eine ganze Reihe von Bestimmungen wieder über den Haufen geworfen werden. Es können immer neue Maschinen erfunden werden, welche ganz neue Schutzvorrichtungen erforderlich machen, die gar nicht im Gesetz vorgesehen sind. Ich sagte nun, in dieser Frage und wenn wir einmal überhaupt ein Gesetz machen über die Aufsicht der Fabriken, müssen wir jeder Regierung, mag sie sein, welche sie wolle, das Vertrauen entgegenbringen, daß sie die Bestimmungen in

dem Sinne handhabt, daß sie den Fabrikinspektoren die dem jeweiligen Stande der Technik entsprechenden Anweisungen zur Kontrole der Fabriken giebt. Also auf dem Wege der Verwaltung, wenn eine Aenderung des Produktionsprozesses eintritt, muß die Regierung die Möglichkeit haben, heute so, morgen so zu operiren. Jede andere Regelung würde zum Schaden der Arbeiter selbst ausschlagen. Da ist es egal, wer augenblicklich in der Regierung sitzt. Wir müssen uns eben darauf verlassen, daß sie die getroffenen Bestimmungen in deren Geiste handhabt. Das ist der Sinn meiner Worte.

Ich soll mich dann, entgegen unserer sonstigen Auffassung, gegen die Abrüstung erklärt haben. Das ist auch wieder eine der Wortverdrehungen, an denen kein Mensch in der Partei reicher ist, als Werner. So oft ich auch Gelegenheit gehabt habe, mit diesem Herrn zu disputiren, habe ich gefunden, daß es keinen größeren Meister in der Entstellung und Verdrehung der Worte des Gegners giebt, als ihn. Ich muß erklären, das ist ein Verfahren, das ich mit dem Begriff der Ehrlichkeit und Anständigkeit eines Mannes nicht vereinbaren kann (Bravo!). Ich habe ausgeführt, ich halte die Bestrebungen der sogenannten Friedensfreunde auf allgemeine Abrüstung für aussichtslos, weil es überhaupt nicht denkbar ist, daß die rivalisirenden Militärstaaten dazu übergehen können, gesetzliche Bestimmungen über die Abrüstung zu vereinbaren; aber selbst, wenn derartige Bestimmungen getroffen würden, dann wird mit Nothwendigkeit jede Regierung heimlicherweise dieselben zu umgehen suchen, um im Kriegsfalle dem Gegner mit größerer Macht gegenübertreten zu können. Der Krieg und die Nationalitätenfeindschaft, so führte ich aus, ist ein nothwendiges Produkt der bürgerlichen Gesellschaft und der in ihr existirenden Klassengegensätze. Sie kann keine Verbrüderung der Nationalitäten wollen, sie muß nothwendig auf die Völkerverhetzung hinarbeiten. Die Kriege sind heute schon nothwendig, damit gewisse Machthaber jeden Augenblick ein Mittel zur Hand haben, die Aufmerksamkeit der Massen von den inneren Angelegenheiten und den sozialen Mißständen abzulenken. Weiter sind die stehenden Heere ein sehr probates Mittel, um die überflüssigen Söhne der Bourgeois in fett dotirte Offizierstellen unterzubringen (Bravo!). Wenn Ihr aber einmal diese stehenden Heere für nothwendig haltet, so führte ich den Freisinnigen gegenüber, speziell gegen die sich so breit machende Richter'sche Scheinopposition aus, dann trefft wenigstens Einrichtungen, daß der aus den ungeheuren Verbesserungen in der Technik der Kriegführung entspringenden Massenhinschlachtung nach Möglichkeit gesteuert wird. Ich habe darauf hingewiesen, daß bei der Anwendung des rauchlosen Pulvers und der gegen früher ungeheuren, gesteigerten Treffsicherheit der Gewehre, die jetzigen Uniformen mit ihren blitzenden

Metallknöpfen und grellen Farben ein geradezu Verderben bringendes Zielobjekt für die Feinde seien. Müßten sich unsere Brüder, Söhne und Väter schon einmal auf das Schlachtfeld schleppen lassen, dann kleide man sie wenigstens so, daß sie nicht geradezu das Auge des feindlichen Schützen herausfordern. (Bravo!) Und nun frage ich Euch Alle, die Ihr verpflichtet seid, gegen den auswärtigen Feind die Waffen zu tragen: als Liniensoldaten, Reservisten, Landwehrmänner oder Landsturm, wenn ich verhindern will, daß Ihr durch äußere Kennzeichen eine bequeme Zielscheibe für die Feinde werdet, habe ich damit irgend etwas gethan, was vom Parteistandpunkt aus verwerflich wäre? (Rufe: nein!) Wenn ich aber weiter erklärte, ich bin bereit, die Mittel für weniger sichtbare Uniformstücke zu bewilligen, dann habe ich damit nichts weiter gethan, als meine Bereitwilligkeit ausgedrückt, dafür zu sorgen, daß im nächsten Kriege nicht Zehntausende unserer eigenen Genossen durch die Ungeschicklichkeit unserer Militärverwaltung zwecklos auf die Schlachtbank geführt werden. Ich habe die Genugthuung gehabt, daß jetzt nach den Manövern in allen Zeitungen und Militärblättern diese Frage erörtert wird. Es wird da ausgeführt, daß es mit der bisherigen farbenschillernden Montirung nicht mehr geht, wenn unsere Soldaten vor der massenhaften Hinschlachtung bewahrt bleiben sollen. Nie in meinem Leben habe ich in einer Frage ein besseres Gewissen gehabt, wie in dieser. Damit bin ich mit Werner fertig. (Heiterkeit).

Was den Antrag Vollmar betrifft, so ist derselbe thatsächlich in unserem Entwurf bereits wörtlich enthalten. Es ist also garnicht nothwendig, daß uns der Parteitag in dieser Beziehung erst eine gebundene Marschroute vorschreibe. Wenn die Bestimmungen, wie sie unser Antrag enthält — woran freilich nicht zu denken ist, — vom Reichstag acceptirt würden, dann stände in der That das Vereins- und Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter auf so festem Grund und Boden, wie in keinem andern Lande der Welt (stürmisches Bravo!)

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bestreitet Gen. Schibolsky-Nieder-Barnim die Behauptung Werners bezüglich der Flugblätter im Wahlkreise Niederbarnim.

Stadthagen: Werner hat behauptet, ich hätte Flugblätter, die bei den Hauptwahlen für die Freisinnigen verbreitet waren, bei den Stichwahlen als sozialdemokratische verbreitet. Das ist unrichtig. Ich habe selbstverständlich lediglich sozialdemokratische Flugblätter verbreitet. Ich habe allerdings dieselben nicht bei Werner drucken lassen. (Heiterkeit.) Ich habe sie aber auch bei einem anderen sozialdemokratischen Genossen nicht drucken lassen können, weil dieser sein Wort nicht hielt. Ich habe sie dann aller-

dings bei einem Freisinnigen drucken lassen — ich hätte sie ebenso bei einem Konservativen drucken lassen können. Der Inhalt dieses Flugblattes ist ein lediglich sozialdemokratischer gewesen. Nun waren Bilderbogen, auf denen dargestellt war, wie die Lebensmittelzölle das Volk auspressen, im Mosseschen Verlage erschienen. Von diesen suchten wir welche zu bekommen, um auf der Rückseite unser Flugblatt zu drucken. Wir bekamen sie zu spät und haben sie mit dem Zusatz verbreitet: „Der Gegenkandidat hat für diese Zölle gestimmt, wir wünschen die Abschaffung der Getreidezölle." Das ist das „freisinnige Flugblatt," demgegenüber ein Genosse den Muth hat, von einer Korruption der Partei zu sprechen. Ich bedaure, sagen zu müssen: ich glaube nicht, daß Werner im allgemeinen an Mangel an Verständniß leidet. Soweit seine prinzipiellen Auseinandersetzung n in Betracht kommen, mag das ja zutreffen; das leuchtet aus seinen sachlichen Ausführungen hervor; was aber seine persönlichen Angriffe betrifft, so weiß er nur zu gut, daß dasjenige, was er sagt, der Wirklichkeit nicht entspricht. (Bravo!)

Werner: Bebel sagte, ich hätte den Standpunkt, den er in seiner Reichstagsrede über die Militärvorlage vertreten, für verwerflich für die Partei gehalten. Ich habe ihn aber nur um Auskunft gebeten, wie er das, was er in der Kommission gesagt, gemeint habe. Ich glaube, Sie Alle werden das so verstanden haben. Aber es scheint, daß meine Gegner hier eine sehr sonderbare Kampfesweise gegen mich zur Anwendung bringen wollen. (Gelächter.) Stadthagen habe ich persönlich überhaupt nicht vorgeworfen, daß er die Flugblätter hätte verbreiten wollen. Ich habe nur gesagt, in dem Wahlkreise, in dem Stadthagen aufgestellt war, sind diese Flugblätter gedruckt und verbreitet worden. Ich werde sofort nach Berlin telegraphiren und mir ein Exemplar senden lassen. Auf den Flugblattern steht: „Wer nicht will, daß es so werden soll, der wähle den sozialdemokratischen Kandidaten Stadthagen." (Unruhe.) Ich meine, wenn diese Flugblätter erst von freisinniger und dann von sozialdemokratischer Seite verbreitet werden, so bringt das eine Verwirrung unter die Massen. Schließlich möchte ich doch ersuchen, daß derartige Unterschiebungen nicht vorkommen, wie die von Stadthagen, ich sei darum gegen die Flugblätter, weil sie nicht in meiner Druckerei gedruckt seien. Das ist unanständig!

Vollmar: Mein Antrag ist keineswegs überflüssig; denn er will nicht nur die Unternehmer bestraft wissen, wenn sie die Arbeiter von Gewerkschaften, von Streiks abhalten und sie maßregeln wollen, sondern auch, wenn sie sie abhalten wollen von der Ausübung sonstiger politischer Rechte.

Bebel erklärt, daß, wenn Vollmar seinen Antrag aufrecht erhalte, selbstverständlich Niemand gegen denselben stimmen werde.

Der Vorsitzende ruft den Genossen Stadthagen wegen der eben von Werner erwähnten Aeußerung, die im Bureau wegen der herrschenden Unruhe nicht gehört worden war, nachträglich zur Ordnung.

Stadthagen: Ich habe lediglich Thatsachen aneinandergereiht und garnicht geäußert, was mir vorgeworfen wird. Wenn aus diesen Thatsachen ein Schluß gezogen wird, so kann ich das nicht ändern; ich habe es nicht gethan.

Das Schlußwort als Berichterstatter erhält Singer: Genossen! Ich werde mich ganz kurz fassen, denn unsere Zeit ist gemessen, in der Sache sind wir alle, mit einer einzigen Ausnahme, vollkommen einig; da aber von den übrigen Berliner Genossen leider keiner dazu kam, in der Diskussion diesen Punkt hervorzuheben, so möchte ich als Berliner Abgeordneter sowohl, wie auch als Berliner, Namens der Berliner Partei dagegen protestiren, daß Werner sich immer wieder herausnimmt, hier für die Berliner Parteigenossen zu sprechen. (Sehr richtig!) Die sogenannte Opposition ist in Berlin in den Kreisen der Parteigenossen gerade so vereinzelt, wie die Opposition Werner's hier auf dem Parteitage. (Sehr richtig!) Die Berliner Genossen haben zu dutzend Malen in den letzten Jahren ihr volles Einverständniß mit der parlamentarischen Thätigkeit der Fraktion ausgesprochen. Gerade in Bezug auf das Arbeiterschutzgesetz, das Werner als so nebensächlich hinstellt, haben sich eine sehr große Anzahl von Berliner Versammlungen entschieden für das Vorgehen der Fraktion ausgesprochen. Ich bin überzeugt, die Berliner Genossen werden es sich nicht gefallen lassen und dagegen remonstriren, wenn man annimmt, sie seien hier durch Werner vertreten. Wäre Werner ein ehrlicher Kämpfer, so hätte er immer sagen müssen: „Es sind einige Genossen in Berlin, die meine Auffassung theilen und in deren Namen ich spreche.“ Werner meinte, er würde mit seinen Aeußerungen nichts Neues sagen; ja, wenn er nur etwas Gescheutes gesagt hätte! (Heiterkeit; Zuruf: Ist nicht parlamentarisch!) Die nationalökonomischen Ausführungen Werner's kann ich nicht wiederlegen, denn ich habe dieselben nicht verstanden; er sagt, im Reichstag müsse alles agitatorisch, propagandistisch, zündend wirken. Wir wirken, soweit unsere Kräfte reichen, in diesem Sinne im Reichstag. Wir thun das, indem wir die Haltlosigkeit der bestehenden Verhältnisse nachweisen, den herrschenden Klassen die Maske vom Antlitz reißen und unserem Prinzip entsprechende Anträge einbringen; damit wirken wir tausendmal agitatorischer und zündender als wie es etwa durch eine Rede à la Werner geschehen würde. (Lebhaftes Bravo!)

Zur Charakterisirung der sogenannten Opposition, vertreten einzig durch Werner, verweise ich auf den eigenthümlichen Umstand, daß jedes Mal, wenn eine Erwiderung seitens des Angegriffenen

erfolgt Werner kommt und sagt: „Ich habe Niemand angreifen wollen; ich habe das auch nicht geglaubt und ich bin erfreut, die Aufklärung bekommen zu haben." So hat er es auch heute wieder gegen Bebel gemacht. Wenn Werner von „sonderbarer Kampfesweise" spricht, dann gilt dies Wort von ihm in erster Linie. Er ist es, der erst verdächtigt und verleumdet, und dann, wenn die Unwahrheit der Angriffe nachgewiesen ist, sagt, ich wollte ja blos Aufklärung haben, ich wollte nur hören, ob das, was ich nicht glauben kann, wahr ist. So hat er es in Volksversammlungen, so hier gemacht; so handelt aber kein ehrlicher Parteigenosse; der fragt vorher, wenn ihm etwas nicht in Ordnung scheint, verläumdet und verdächtigt aber nicht frisch darauf los um sich nachher hinter die Redensart zu verschanzen „ich habe nur aufklären wollen." (Bravo!) Ich bin überzeugt, daß dieser Parteitag Aufklärung verbreiten wird über den Werth der Opposition, wie sie von Herrn Werner und den ihm Gleichgesinnten betrieben wird. (Sehr richtig!) In sofern können wir auch den Genossen aus dem Wahlkreise Werners nur dankbar sein, daß sie ihn hierher geschickt haben. (Sehr gut!) Ich glaube aber auch, daß die Zahl der übrigen Berliner Genossen, die bisher noch sachlich in einigen Punkten mit Werner übereinstimmten, nach seinen heutigen Ausführungen auf Null schwinden wird. Ich konstatire nochmals, daß alles dasjenige, was an persönlichen, kränkenden, verleumderischen Aeußerungen vorgebracht worden ist, einzig und allein Privateigenthum des Herrn Werner und der wenigen Anhänger, die er um sich geschaart hat, bleibt. Die ungeheure Mehrzahl der Berliner Genossen ist ebenso treu, brav, intelligent und kampfbereit, wie die Genossen in ganz Deutschland und hat ein Recht darauf, nicht mit Herrn Werner indentificirt zu werden. Das muß vom Parteitag anerkannt werden. (Lebhaftes Bravo!) Den Antrag Vollmar bitte ich anzunehmen, obgleich wir bereits eine derartige Bestimmung im Reichstage beantragt haben. Ueber die Resolution Fischer will ich, als Fraktionsmitglied, kein Wort sagen, aus dem Grunde, weil sie eine Anerkennung für uns enthält, hierüber müssen die Parteigenossen allein entscheiden. (Stürmisches Bravo!)

Die Resolution Fischer wird einstimmig angenommen. Werner enthält sich der Abstimmung.

Die Resolution Vollmar wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Damit ist der dritte Punkt der Tagesordnung erledigt.

Vom Lokalkomitee in Halle ist ein Schreiben eingegangen, durch welches die Delegirten und Gäste zu einem Kommers auf heute Abend 8 Uhr im Saale des „Prinzen Karl" eingeladen werden.

Um 12¾ Uhr werden die Verhandlungen abgebrochen.

Nachmittagssitzung.

3½ Uhr. — Den Vorsitz führt Singer.

Nachdem die Wahlhandlung zur Neunerkommission für geschlossen erklärt und die Mandatsprüfungskommission mit der Feststellung des Resultats und der Berichterstattung über dasselbe beauftragt worden ist, begrüßt der Vorsitzende die neu erschienenen ausländischen Gäste: Frau Eleanor Marx-Aveling (lebhafte Akklamationen), die Tochter von Karl Marx, als Vertreterin der Gasarbeiter Londons und der allgemeinen Arbeitervereinigung von Großbritannien und Irland, ferner die Herren Jules Guesde und Ferroul aus Paris, als Delegirte des Nationalkongresses der französischen Arbeiterpartei zu Lille (stürmische Beifallsbezeugungen) und des Genossen Wullschleger-Basel, Mitglied des Komitees zur Vorbereitung des nächsten internationalen Kongresses und Redakteur des Journals „Der Achtstundentag". Der Vorsitzende heißt auch diese ausländischen Genossen namens des Parteitages herzlich willkommen; ihre Ankunft sei ein neuer Beweis der Solidarität des Proletariats aller Länder; er wünsche, daß sie von Halle die Ueberzeugung mitnehmen mögen, daß der Kongreß aufs Ernsteste bemüht sei, die Interessen der Arbeiterklasse aller Länder zu pflegen und zu fördern. Ihre Anwesenheit sei für den Kongreß eine Ehre. (Lebhafte Zustimmung.)

Darauf richtet Jules Guesde in französischer Sprache eine begeistert aufgenommene Ansprache an die Versammlung. Die Ausführungen des Redners werden von Liebknecht übersetzt; sie lauten im Wesentlichen wie folgt:

Bürgerinnen und Bürger! Ich bin glücklich und stolz, hier vor Ihnen stehen zu können. Die französische Arbeiterpartei und der Kongreß von Lille, in deren Namen ich hier spreche, senden dem Kongreß der deutschen Arbeiter vereint ihren Gruß, ihre Sympathie; ihre Bewunderung. Die französischen Arbeiter haben von Anfang an, seit dem Beginn des Ausnahmegesetzes, Euren heldenmüthigen Kampf gegen Polizeimacht und Despotismus mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt; Eure Taktik, die auf jeden Zug der Gegner mit einem Gegenzuge antwortete, hat bewirkt, daß alle Waffen des Feindes gegen den Feind gewendet wurden; sie hat bewerkstelligt, daß dieser Kampf ein Zeugniß wurde für den Despotismus in seiner schlimmsten Gestalt, aber auch ein Zeugniß für die Ohnmacht des Despotismus, dessen Waffen alle zerbrochen sind an der ehernen Rüstung der Sozialdemokratie. Von Frankreich kommend, finde ich hier denselben Geist, der den Internationalen Kongreß in Paris beseelte — den Geist des großen Denkers, dessen Bildniß auf dem Kongreß zu Paris im vorigen Jahre auf uns herniederstrahlte dessen Spruch: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" auch in

unserem Herzen, wie in dem aller Arbeiter der Welt, Widerhall gefunden hat. Das Ziel der Arbeiter aller Länder ist das gleiche: Die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, die Verwandlung des Klassenstaats in einen sozialistisch organisirten Staat. In Frankreich wie in Deutschland giebt es für den Sozialismus keine Grenzen: unsere Heimath ist die Welt, die Erlösung der Menschheit unser Ziel. Wir in Frankreich haben dasselbe Programm, wir verfolgen dieselbe Taktik, und freudig bewegt sind wir, daß wir gerade noch rechtzeitig hierher gekommen sind, um zu sehen, wie die von der Bourgeoisie auch in der französischen Presse verbreitete Lüge, daß die deutsche Sozialdemokratie durch innere Spaltung Selbstmord begehen werde, in ihr Nichts zerronnen ist. Wir sind Zeugen geworden, daß die deutsche sozialdemokratische Partei niemals einiger gewesen ist als heute, und wenn wir nach Frankreich zurückgekehrt sind, werden wir den Genossen sagen, daß die Spaltungsnachricht eine infame Lüge der Bourgeoispresse war. Deutschlands Proletariat ist das am großartigsten organisirte, es steht an der Spitze des Welt-Proletariats mit seinem Programm, seiner Organisation und seinen Erfolgen. Wir in Frankreich benutzen das allgemeine Wahlrecht, wie Ihr in Deutschland, zur Agitation bei allen Wahlen, ohne dabei auch nur einen Augenblick das Endziel aus den Augen zu verlieren. In Frankreich ist der internationale Gedanke nicht erst neueren Datums: schon die Junikämpfer fochten 1848 unter dem rothen Banner; die Kommune kämpfte für das Proletariat der ganzen Welt. Und der deutschen Sozialdemokratie werden wir es nie vergessen, daß sie in dem Moment, wo die Kommune, im Blut erstickt, am Boden lag, sich mit ihr solidarisch zu erklären den Muth hatte. Das Proletariat hat nur einen Feind: sich selbst; ist es einig, sind die Arbeiterklassen der verschiedenen Länder zu einer Armee geschlossen, dann kann ihm keine Macht der Erde widerstehen! — Zum Schlusse liegt mir noch daran, das Mißverständniß zu zerstreuen, als ob in Frankreich Sympathieen beständen für das despotische Rußland; der französische Arbeiter haßt in Rußland das Rückgrat des europäischen Despotismus. Der Kongreß in Lille hat es durch einen besonderen Beschluß an den Pranger gestellt und hat die Bourgeoisie der Verachtung geweiht, die in ihrer Angst vor dem Proletariat in dem Bündniß mit Rußland Hilfe sucht. Hoch das sozialistische Deutschland!

Hiernach richtet Genosse Liebknecht Dankesworte in französischer Sprache an den Vorredner, und fordert dann den Parteitag auf, ein dreifaches Hoch auf das sozialistische Frankreich, auf das Frankreich der Arbeit und ebenso auf die internationale Sozialdemokratie auszubringen. „Vive la France ouvrière, vive la France socialiste! Und hoch die internationale Sozialdemokratie!" Begeistert stimmen die Anwesenden, die sich von den Plätzen erhoben haben, in die Hochrufe ein.

Mit lebhaftem Beifall begrüßt, richtet darauf auch Ferroul, Mitglied der französischen Kammer und der sozialistischen Fraktion derselben, in französischer Sprache einige Begrüßungsworte an die Versammlung, welche ebenfalls von Liebknecht verdeutscht werden. Er bringe die Grüße seiner Fraktion und ebenso, wie Guesde, die des Liller Kongresses. Die französischen Arbeiter haben im Geiste mitgekämpft den Kampf der deutschen Brüder gegen die Unterdrückung; sie haben den Sieg vom 20. Februar auch als den Sieg der französischen Arbeiter, als den Sieg des Proletariats der ganzen Welt angesehen. Er habe der deutschen Arbeiterschaft die Anerkennung auszusprechen für ihre Ausdauer im Kampf, wie für die Tüchtigkeit ihrer Organisation, die unter den Schlägen der Gegner, statt zertrümmert zu werden, immer härter gehämmert worden sei. Das französische Volk wolle keine Allianz der Diplomaten, die sich gegen die Völker wende, sondern nur eine Allianz der Völker gegen die Despoten, gegen die internationale Bourgeoisie. Redner schloß: „Vive l'internationale ouvrière en guerre ouverte et en guerre acharnée contre l'internationale capitaliste et despotique!" „Es lebe die Internationale der Arbeiter, die in offenem und unablässigem Kampfe steht gegen die Internationale des Kapitalismus und Despotismus!" (Stürmischer Beifall.)

Auch an diesen Vertreter der französischen Arbeiter richtet Genosse Liebknecht Dankesworte in französischer Sprache.

Der Vorsitzende macht Mittheilung von dem Eingang einer weiteren Reihe von Begrüßungstelegrammen und Zustimmungsadressen an den Parteitag aus dem In- und Auslande.

Vor der Tagesordnung wird dann der

Bericht der Mandatsprüfungskommission

erstattet.

Berichterstatter Pfannkuch-Kassel: Die Kommission hat an den Mandaten sehr wenig auszusetzen gehabt. Nur in einem Falle wird die Ungiltigkeitserklärung beantragt. — Es sind anwesend 410 Delegirte, welche 235 Wahlkreise vertreten. Außerdem sind 2 Mandate resp. Ausweise von schweizerischen und dänischen Genossen der Kommission überwiesen worden. Diese Ausweise sind aber nicht als Mandate für den Kongreß anzusehen. Ferner sind 3 Mandate für Arbeiterinnen nicht von Wahlkreisen, sondern von Arbeiterinnenversammlungen ausgestellt. Das Mandat der Frau Gundelach ist vom Delegirten Bremer-Magdeburg angefochten worden, da Frau Gundelach bei der ursprünglichen Wahl nicht gewählt wurde. Erst als die gewählte Frau Großendorf das Mandat nicht auszuüben im Stande war, habe letztere dann kurzer Hand Frau Gundelach, unter Ueberweisung des Mandats und des Geldbetrages, mit der Vertretung beauftragt. Außerdem ist in der Kommission ein Mandat des Genossen Lutz aus Baden-

Baden für ungiltig erklärt; seine Qualifikation als Delegirter wird dadurch aber nicht berührt, da er im Besitz anderweiter giltiger Mandate sei. In dem Protest gegen die Lutz'sche Wahl wird behauptet, daß Lutz in der betreffenden Wahlversammlung alle Diejenigen, welche anderer Meinung waren als er, nicht zum Worte hat kommen lassen. Außerdem soll er Wähler, die ihn bereits in Gaggenau gewählt hatten, nochmals zu dieser Versammlung kommandirt haben. Die Kommission hat das nicht für korrekt befunden und deshalb dies Mandat für ungiltig erklärt. Ein Monitum liegt ferner vor gegen die Wahl von Wesch-Crefeld. 15 dortige Genossen drücken in einem Schreiben an den Kongreß ihre Unzufriedenheit mit seiner Wahl aus, gestehen aber gleichzeitig zu, daß die Wahl ordnungsmäßig vor sich gegangen ist. Ferner wird das Mandat von Gotthelf von Wietersheim — Hamm-Soest beanstandet, weil es nicht von den Genossen des dortigen Wahlkreises, sondern von Spezialbranchen, den Hut- und Bergarbeitern, ausgestellt ist, der Form der Einladung zum Parteitag also nicht Genüge geschehen ist. Ebenso wird die Wahl des Genossen Plorin-Halle insoweit beanstandet, als in dem dem Mandat beigefügten Schreiben nur gesagt ist, daß der hier in Halle in der Wahlversammlung gewählte Krüger nicht in der Lage sei, sein Mandat auszuüben, und man daher Plorin mit der Vertretung beauftragt habe. Dann ist gegen die Wahl des Delegirten in Meerane ein Schreiben eingelaufen, welches denselben seiner Schulden halber als nicht berechtigten Theilnehmer bezeichnet. (Heiterkeit.) Die Kommission war aber der Ansicht, wenn das ein Grund für die Anfechtung sein sollte, daß dann wohl gar zu viele der Anwesenden ihre Mandate verlieren müßten. (Große Heiterkeit.)

Außerdem ist gegen die Wahl von Alwin Kerrl aus Lemgo ein Schreiben eingelaufen, über dessen Natur die Kommission zu keinem Urtheil gelangen konnte, indem die Aeußerungen darauf basiren, daß er von einem Verein der neuen Aera gewählt sei und diese Neugründung sich mit dem vorhandenen Arbeiterverein nicht in Verbindung gesetzt habe. Eine Ausstellung haben wir daran nicht zu machen. Auch ein ziemlich umfangreicher Protest gegen die Münchener Wahl liegt vor; des Pudels Kern ist die Behauptung, daß die Wahlen für München I und II in einem combinirten Wahlgang gleichzeitig vorgenommen; 6 Genossen seien dort gewählt und man wisse nicht, wer München I, wer München II vertrete. Die Protesterheber scheinen damit unzufrieden, daß ein Genosse Wambsgans, den sie mit der Delegation betrauen wollten, nicht gewählt worden ist. Einen Antrag knüpft die Kommission auch an diesen Protest nicht.

Ueber die Proteste wird nach der Reihenfolge des Berichts verhandelt.

Kloß-Stuttgart theilt mit, daß soeben noch ein Mandat eingeliefert ist für Frau Helene Steinbach in Hamburg, gewählt in Gera von einer Versammlung von Frauen und Männern.

Die Mandate für Frauen werden ohne Diskussion für giltig erklärt. Vorsitzender Singer spricht seine Freude darüber aus, daß die Arbeiterinnen Deutschlands sich der Pflicht bewußt gewesen sind, ihre Interessen hier vertreten zu lassen.

Bezüglich des Mandats der Frau Gundelach theilt Köster-Wanzleben mit, daß, nachdem sich für die Magdeburger Frauen die Unmöglichkeit ergeben hatte, Frau Großendorf zum Kongreß zu senden, die Frauenkommission sich mit Frau Gundelach in Verbindung gesetzt und ihr einstimmig das Mandat übertragen habe.

Das Mandat wird mit großer Mehrheit für giltig erklärt.

Zur Frage der Giltigkeit seines Baden-Badener Mandats nimmt Lutz selbst das Wort. Es beständen dort zwei Arbeiter-Wahlvereine; ein älterer mit sieben Mitgliedern und ein jüngerer, dessen Vorsitzender der Redner selbst ist. Die für die Wahl auf den 5. Oktober ausgeschriebene Volksversammlung sei gut besucht gewesen, während sonst die Arbeiter in Baden-Baden lieber zum Pferderennen als in die Versammlungen gehen. Bei der Gegenprobe sei Niemand aufgestanden. Jene sieben aber haben für sich ihren Delegirten in der Person des Herrn Geck-Offenburg erwählt und protestiren nun gegen meine ganz loyal erfolgte Wahl.

Ohne weitere Debatte wird auch diese Wahl für giltig erklärt.

Für die Giltigkeit der Wahl des Genossen v. Wietersheim treten letzterer persönlich und Zwiener-Bielefeld ein. Bei der in den dortigen Industriebezirken herrschenden Verfolgungswuth der Arbeitgeber habe man zu dem Deckmantel von Fachversammlungen greifen müssen, um eine Delegirtenwahl zu ermöglichen; sonst wäre weder ein Lokal zu haben, noch eine Versammlung zu veranstalten gewesen.

Einstimmig wird auch dieses Mandat für giltig anerkannt.

Das Mandat von Plorin-Halle bittet Schulze-Erfurt für ungiltig zu erklären. Thatsächlich sei Krüger gewählt; das Komitee habe aber nach Schluß der Versammlung diese Wahl eigenmächtig annullirt. Das sei, aus Achtung vor dem demokratischen Prinzip und auch des Präjudizes halber, nicht zulässig.

Kaulich-Halle: Es sind zunächst 3 Genossen für Halle gewählt worden, demnächst 3 Stellvertreter, unter letzteren befand sich Plorin. Krüger ist, seiner Arbeitsverhältnisse halber, an der Ausübung des Mandats behindert und Plorin rechtmäßig als sein Vertreter hier erschienen.

Auch dieses Mandat wird mit großer Mehrheit für giltig erklärt.

In Betreff der Münchener Wahl erklärt Vollmar, daß seit Menschengedenken München keine Versammlung wie jene Wählerversammlung gesehen habe; zwischen 6- und 7 000 Mann wären zugegen gewesen. Bei der Fülle des Besuchs war die Wahl durch Stimmzettel einfach unmöglich. Nach dem stenographischen Bericht über die Versammlung (den Redner verliest) sei alles ordnungsmäßig zugegangen. Wambsgans sei bei der Wahl durchgefallen, was für ihn um so unangenehmer war, als er zweiter Vorsitzender in der Versammlung war. Daher der Protest.

Auch über diesen Protest wird hinweggegangen.

Das Mandat von Wesch-Crefeld wird für giltig erklärt, nachdem der Referent Pfannkuch noch darauf aufmerksam gemacht, daß die 15 Crefelder gegen die ordnungsmäßige Wahl von Wesch überhaupt keinen Einspruch erhoben haben.

Lichtenberg-Crefeld meldet sich zum Worte. (Rufe: Ist kein Delegirter!)

Vorsitzender Singer: Dann habe ich nur zu bedauern, daß die an den Thüren postirten Genossen Leute hereingelassen haben, die nicht im Besitze eines Mandats sind. (Zu Lichtenberg:) Haben Sie ein Mandat?

Lichtenberg: Ja!

Vorsitzender Singer: Haben Sie es der Kommission übergeben?

Lichtenberg: Ja!

Referent Pfannkuch: Das Mandat ist ordnungsgemäß ausgestellt.

Grimpe-Elberfeld: Wenn wir das Mandat für Lichtenberg anerkennen wollen, müssen wir doch erst prüfen, ob die Versammlung, in der er gewählt, ordnungsgemäß berufen war. Es sollte in öffentlicher Versammlung gewählt werden; dort ist Wesch nahezu einstimmig delegirt worden. Ausdrücklich wurde beschlossen, nur einen Delegirten zu wählen.

Vorsitzender Singer: Dann schlage ich vor, diese Sache zur Klarstellung der Verhältnisse an die Mandatsprüfungskommission zurückzuverweisen.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Schulze-Erfurt beantragt, die Wahl des Delegirten Giertz-Weimar für ungiltig zu erklären. Der Antrag wird ausreichend unterstützt, und nachdem der Antragsteller und Leutert-Apolda für Ungiltigerklärung und Reißhaus-Erfurt dagegen gesprochen, das Mandat Giertz für giltig erklärt.

Frau Ihrer (zur Geschäftsordnung): Ich wollte den anwesenden Delegirten nur im Namen meiner Genossinnen und derer, die uns gewählt haben, unseren Dank aussprechen dafür, daß Sie abgegangen sind von der veralteten Methode des Ausschlusses der

Frauen.*) Ich spreche Ihnen unseren wärmsten Dank dafür aus. Sie haben uns dadurch für die Zukunft vieles erleichtert. Wir werden jederzeit unser Theil an der sozialen Arbeit gründlich zu erledigen suchen. (Beifall.)

Vorsitzender Singer: Damit ist dieser Gegenstand erledigt. Ich glaube, die Partei kann stolz sein auf das Resultat, daß sie ihren ersten Parteitag in der neuen Aera mit 413 Delegirten beschickt hat. Sie darf sich freuen, wieder einmal ihre Kraft, Einheit und Stärke auf diese Weise bewiesen zu haben.

Danach geht der Parteitag über zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Die Organisation der Partei,

(Wortlaut des Entwurfs siehe Anhang.)

Berichterstatter Auer: Werthe Genossen! Unsere bisherigen Verhandlungen haben sich hauptsächlich mit den Aktionen der Vergangenheit und speziell der letzten Zeit befaßt. Nachdem wir damit fertig, gehen wir dazu über, die Basis zu schaffen, auf welcher wir unsere weiteren Aktionen unternehmen, die Schlachten der Zukunft schlagen wollen. Es handelt sich jetzt darum, uns eine neue Organisation zu geben, nachdem es uns wieder möglich geworden ist, frei und offen aufzutreten. Nicht zum ersten Mal schaffen wir uns eine Organisation; schon vor dem Sozialistengesetz haben wir uns mehrere Male mit der gleichen Aufgabe beschäftigt. Ich halte es deshalb für nothwendig, bevor ich auf den jetzigen Entwurf näher eingehe, auf unsere frühere Organisation einen Rückblick zu werfen. Ich will dabei die älteren Organisationen, das Vereinsstatut des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und das Statut der sogenannten Eisenacher Partei nicht heranziehen, sondern nur auf die nach der Vereinigung auf dem Gothaer Vereinigungskongreß von 1875 geschaffenen Einrichtungen eingehen. Nicht 1876, wie hier über meinem Haupte (auf einer der zahlreich im Sitzungssaale angebrachten Gedenktafeln) zu lesen ist, fand dieser Kongreß statt; denn 1876 hatten wir die Organisation schon nicht mehr, die wir 1875 im Mai geschaffen hatten. Warum wir sie nicht mehr hatten, das bitte ich Sie auch bei der jetzigen Berathung nicht außer Acht zu lassen. Nicht wir waren daran Schuld; sondern daß unsere damalige Organisation nur eine so kurze Lebensdauer hatte, es kam davon, daß in der Organisationsfrage Mächte mitzureden haben, auf die, einen Einfluß auszuüben, wir nicht in

---

*) Es mag bemerkt sein, daß auf keinem der Parteikongresse, weder vor dem Sozialistengesetz, noch während der Giltigkeit desselben, Frauen, welche sich zur Theilnahme gemeldet hatten, von den Kongressen oder Parteitagen ausgeschlossen wurden. Es haben sich nur leider sehr selten Frauen gemeldet.

der Lage sind. Die Organisation kann und wird nicht so von uns geschaffen werden können, wie wir sie unserer Ueberzeugung nach für am geeignetsten und besten halten; sondern wir müssen dabei auf die eben angedeutete Mächte Rücksicht nehmen. Daß wir 1876 nicht mehr zusammentreten konnten als Kongreß der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, wie wir uns 1875 nannten, sondern daß 1876 ein allgemeiner Sozialistenkongreß berufen werden mußte, lag daran, daß, nachdem wir im Mai 1875 uns konstituirt hatten, im März 1876 unsere Partei für Preußen bereits „vorläufig" geschlossen worden ist. Als wir 1876 zusammentraten, mußte der damalige Berichterstatter des früheren Parteiausschusses die Erklärung abgeben, daß für Preußen die Parteiorganisation ungiltig gemacht und daß wegen der vorläufigen Schließung der Partei es unmöglich gemacht sei, die Organisation in der früheren Form weiter zu handhaben. Wir haben deshalb 1876 keinen Parteivorstand mehr gewählt, sondern, da die Wahlen in Aussicht standen, ein Central-Wahlkomitee eingesetzt mit dem Sitze in Hamburg. Es wurde von Otto Capell der Antrag gestellt, zur permanenten Leitung der sozialistischen Wahl- und Parteiagitation möge der Kongreß ein ständiges Central-Wahlkomitee aus 5 Personen wählen, dessen Amtsthätigkeit sich bis zum nächsten Kongreß zu erstrecken habe; diesem Komitee sollte in allen Agitations- und Parteiangelegenheiten diktatorische Gewalt übertragen werden. Zur Kontrole dieser Centralbehörde solle weiter eine Revisions- und und Beschwerdekommission, bestehend aus sieben Personen, eingesetzt und gewählt werden von den Genossen des Ortes, wo die Kommission ihren Sitz hat.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden, trotz der heute wohl für manche Ohren schrecklichen Worte „diktatorische Gewalt". Es folgten die Wahlen von 1877 mit ihren bedeutenden Erfolgen für uns. Wir traten nach den Wahlen wieder zusammen im allgemeinen Sozialistenkongreß zu Gotha 1877. Dort war eine der ersten Handlungen die Konstituirung einer sogenannten Organisationskommission, welche die Frage der Neuorganisation zu prüfen hatte. Diese Kommission trat unter dem Vorsitze unseres Altmeisters der Organisation, dem in Organisationsfragen so oft bewährten Genossen C. W. Tölcke, der auch jetzt, trotz geschwächter Kräfte, es sich nicht hat nehmen lassen, unter uns zu erscheinen, und dem ich den freundlichsten Gruß der Versammlung entgegenbringe (allseitige freudige Zustimmung), zusammen und das Resultat ihrer Berathungen war, dem Kongresse zu empfehlen, von irgend einer formellen Organisation Abstand zu nehmen. Die Kommission sei, so führte der in ihrem Namen sprechende Genosse Tölcke damals aus,

„zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Kongreß von der Schaffung

einer Organisation Abstand nehmen müsse; nicht deshalb, weil eine solche etwa nicht mit den Vereinsgesetzen in Einklang zu bringen wäre, sondern, weil nach der ausdrücklichen Erklärung des Staatsanwalts Tessendorf keine wie immer gestaltete Organisation der Sozialisten in Preußen geduldet werden dürfe, so lange das jetzige Vereinsgesetz in Preußen existire. — Man dürfe Tessendorf den Gefallen nicht thun, ihm durch Herstellung einer neuen Organisation Gelegenheit zu geben, die Sozialisten in Preußen durch erneute Strafanträge verfolgen zu können. — Uebrigens sei eine formelle Organisation nicht mehr nöthig, wie das Resultat der Reichstagswahl und die trotz des Mangels einer Organisation fortwährend steigernde sozialistische Propaganda genügend beweisen. Die Kommission schlug dem Kongresse vor, in einer Resolution zu erklären: „Mit Rücksicht auf die von preußischen Behörden förmlich proklamirte völlige Rechtlosigkeit sozialistischer Vereine in Preußen nimmt der Kongreß von der Herstellung irgend einer Organisation der Partei Abstand, auf welche die in Deutschland, besonders in Preußen, bestehenden Vereinsgesetze angewendet werden können; der Kongreß überläßt es den Parteigenossen an den einzelnen Orten, sich je nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen zu organisiren."

Diese Resolution fand ohne weitere Debatte einstimmige Annahme. Daneben wurde die Wiedereinsetzung des Centralkomitees und außerdem die Wiedereinsetzung einer Art Kontrollkommission beschlossen.

So standen die Dinge vor dem Sozialistengesetz unter dem gemeinen Recht. Bemerken will ich, daß nach der Zeit, wo in Gotha diese Resolution angenommen wurde, außer in Preußen, auch in Bayern und Sachsen die Schließung der Partei erfolgte.

Die Beschlußfassung über diesen Punkt der Tagesordnung hängt also, wie Sie sehen, durchaus nicht davon ab, was wir wohl für das Richtigste und Beste für die Partei halten, sondern wir haben auf Verhältnisse Rücksicht zu nehmen, die wir allerdings am liebsten davon fernhalten möchten. Ich betone, daß dieselben gesetzlichen Bestimmungen, auf Grund deren vor dem Sozialistengesetz die Organisation aufgelöst wurde, auch heute noch existiren. (Sehr richtig!). Niemand wird nun so naiv sein, zu glauben, daß man heute uns gegenüber eine mildere Praxis anwenden wird, als 1876/77. Wir werden deshalb ungemein vorsichtig sein und bei unseren Beschlüssen uns stets gegenwärtig halten müssen: es sieht uns Jemand über die Schultern, bei dem es bei dem geringsten Versehen unsererseits, blos eines Federstriches bedarf, um unser ganzes Werk über den Haufen zu werfen.

Was nun thun? Wir haben Ihnen einen Organisationsentwurf vorgelegt. Ueber diesen Entwurf ist seit seiner Veröffent-

lichung in der Parteipresse sowohl wie auch in Versammlungen eine außerordentlich erregte Diskussion geführt worden. Ich muß bedauern, daß gelegentlich dieser Diskussion Angriffe erfolgt sind, die bei näherer Kenntniß der Sache vielleicht weniger scharf ausgefallen wären. Der Entwurf trägt die Unterschrift der 35 Mitglieder der Fraktion. Wenn nun das eine oder andere Mitglied durch persönliche Gründe verhindert war an der Berathung und Mitarbeiterschaft theilzunehmen, so konnte man doch voraussetzen, daß es durch seine Abwesenheit bereits bekunde, daß es überzeugt sei, daß die Anwesenden, soweit es in ihren Kräften steht, das Möglichste und Beste thun würden. Wenn wider Erwarten aber auch von dieser Seite her noch scharf kritisirt worden ist, so steht ja das Recht der Kritik zweifellos jedem Genossen offen; nur darf ich im Namen aller derjenigen, die sich den Kopf über den Organisationsentwurf zerbrochen, die Arbeit geleistet und die nicht selten gegentheiligen Anschauungen mit aller Schärfe betont und vertreten haben, das Bedauern aussprechen, daß es denjenigen Fraktionsgenossen, die nachher durch ihre Kritik ein so hohes Interesse an dem Entwurf bekundet haben, nicht möglich gewesen ist, an den Berathungen und den Arbeiten in der Fraktion theilzunehmen. Es wäre uns dann vielleicht die etwas unangenehme Erscheinung erspart geblieben, daß Personen, deren Namen selbst unter dem Entwurfe standen, nachher zum Gaudium der Gegner sich zu einer solch' scharfen Kritik desselben veranlaßt gesehen haben.

Die Kritiker hätten überhaupt mehr berücksichtigen sollen, daß es doch auch Genossen sind, die diesen Entwurf verfaßt haben. Wir sind ja unter uns gewohnt, uns nicht gerade all zu sanft zu behandeln; aber von Fraktionsherrschaft, Diktatur, ja sogar Parteipäpsten und Aehnlichem zu reden und zu schreiben, schien uns doch etwas über das Erlaubte hinauszugehen. (Sehr richtig!) Es muß doch nicht immer der schlimmste Ausdruck gebraucht werden (Heiterkeit), wenn man Jemandem sagen will, daß man mit ihm nicht einverstanden ist. Man muß nicht gleich mit der Thür ins Haus fallen. (Heiterkeit). Ich muß weiter sagen, daß ich beim Lesen und Hören der verschiedenen Urtheile recht oft die Empfindung hatte, daß die guten Leute, die am schärfsten kritisirten, sich in ihrem Urtheil durch Sachkenntniß recht wenig beengt fühlten und gerade deshalb so gar ungenirt raisonniren konnten. (Heiterkeit).

Das Recht der Kritik steht gewiß Jedem offen, und ich kann Ihnen ruhig mittheilen, daß der Entwurf, so wie er Ihnen vorliegt, auch nur das Produkt eines Kompromisses ist. In der Fraktion war nicht ein Einziger, der an dem Entwurf nicht das eine oder das andere auszusetzen hatte. Es zeigt überhaupt von wenig Scharfsinn und noch weniger Kenntniß der thatsächlichen Verhältnisse, von Fraktionsherrschaft bei uns zu reden. Die Fraktion, welche als

Parteipapst geherrscht haben sollte und angeblich noch herrscht, wechselt doch in ihrem Personenbestande fortwährend. Unter den 35 heutigen Fraktionsmitgliedern ist nicht ein Einziger, der während der ganzen 13 Jahre der Herrschaft des Sozialistengesetzes der Fraktion dauernd angehört hat. Selbst unser dauerhaftester Abgeordneter, Genosse Bebel, hat bei der Wahl von 1881 einen Durchfall erlebt. (Bebel: Trotz 37 Kandidaturen! Heiterkeit). Sie sehen, der Fraktionspapst ist nur ein Gespenst ohne Fleisch und Körper. Außerdem hat Bebel gestern, so drastisch wie nur er zu schildern vermag, bereits über die einzelnen Vorgänge in der Fraktion, die ich Ihnen gar nicht so offen eingestanden hätte (Heiterkeit.) Mittheilung gemacht. Also auch unter den Fraktionsmitgliedern giebt es Meinungsverschiedenheit und es wird dort ebenso per majora abgestimmt, wie hier. Dabei soll nicht gesagt werden, daß man nachher keine eigene Meinung mehr haben darf. Speziell aber bei dem vorliegenden Entwurf handelt es sich gar nicht um endgiltige Bestimmungen, die sollen Sie ja hier erst schaffen. Man hätte bei der Kritik berücksichtigen sollen, daß man ein Produkt von Genossen und nicht einen Gesetzentwurf des Bundesraths vor sich hatte. (Große Heiterkeit). Der Bundesrath ist außerdem in viel günstigerer Lage; für ihn treten die Staatsanwälte ein, während wir hilflos dastanden. (Heiterkeit.)

Indem ich nun auf den Entwurf selbst eingehe, will ich zunächst hervorheben, daß auch für die Fraktion die Frage im Vordergrund stand: können wir es riskiren, einen „Verein der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ für ganz Deutschland zu gründen, oder müssen wir uns konstituiren als Partei, der möglichst der Charakter eines Vereines nicht aufgedrückt werden kann? Diese Frage ist sehr scharf diskutirt worden, wir sind aber zu keiner Entscheidung gekommen, und zwar deshalb nicht, weil die Mehrheit der Fraktion, auf Grund der früheren schlimmen Erfahrungen, unter dem Eindruck stand: es ist ja absolut gleichgiltig, wie wir die Paragraphen fassen, wir werden ja doch wieder aufgelöst. Andererseits fühlten wir uns moralisch verpflichtet, sowohl den Genossen wie der Oeffentlichkeit gegenüber, uns wieder eine formelle Organisation zu geben. Wird sie später wieder aufgelöst, nun — dann geht's auch so weiter (Heiterkeit). Aus der Welt sind wir bisher nicht geschafft worden, trotz aller Auflösungen; erfolgt eine neue, so haben wir einen größeren Spielraum (Heiterkeit).

Auf alle Einzelheiten der Vorlage kann ich nicht eingehen; es ist auch nicht nothwendig. Zunächst ist eine Aenderung des Namens vorgeschlagen; wir sollen uns von jetzt ab sozialdemokratische Partei nennen. Bisher war der offizielle Parteititel: Sozialistische Arbeiterpartei. Bei der seinerzeitigen Wahl dieses Namens wurde von einflußreichen Genossen auseinandergesetzt, daß eine sozialistische

Partei eo ipso eine demokratische sein müsse. Diese Auffassung läßt sich heute, wo alle Welt in Sozialismus macht, wohl nicht mehr gut aufrecht halten. Doch das sind Formsachen; wir bleiben, gleichgültig wie wir uns nennen, was wir waren.

Besonderen Anstoß hat es erregt, daß wir die Mitgliedschaft an der Partei von der dauernden materiellen Unterstützung derselben abhängig machen wollen. Ich mache darauf aufmerksam, daß alle früheren Organisationsstatuten ausnahmslos Bestimmungen enthielten, worin sogar ein bestimmter Beitrag festgesetzt war und worin es hieß, wer nach Verlauf einer bestimmten Frist diesen Beitrag nicht geleistet hat, kann nicht mehr als Parteigenosse im engeren Sinne, d. h. als Angehöriger der organisirten Partei, betrachtet werden. Von einer Vergewaltigung gegenüber den Arbeitern und Genossen kann also bei unserem Vorschlag gar keine Rede sein. Diese Bestimmung ist auch früher nicht so schlimm aufgefaßt worden; Sie finden auch ein Analogon in allen unseren Wahl- und Arbeitervereinen. Man hat gesagt, wer nicht mehr bezahlt, würde von uns nicht mehr als Sozialdemokrat betrachtet werden. Das ist einfach thöricht. Ebenso falsch ist, wenn andererseits gesagt wird, die Zugehörigkeit zur Partei bekunde doch die für uns erfolgte Stimmabgabe. Wir haben ja gar keine Kontrole, wer für uns stimmt, und die betreffenden Genossen werden doch wohl nicht Puttkamer entgegenkommen und das geheime Wahlrecht aufheben wollen. Trotzdem also diese Einwürfe unbegründet sind, so darf ich doch im Namen meiner Auftraggeber, der Fraktion, erklären, daß wir bereit sind, die Worte „dauernde materielle Unterstützung“ fallen zu lassen. Wir sind nämlich von hervorragender juristischer Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß das Verlangen einer fortgesetzten pekuniären Leistung schon genüge, uns als einen Verein zu erklären.

Dagegen müssen wir unter allen Umständen im Parteiinteresse wünschen, daß man daran festhält, daß zur Partei nicht gehört, wer sich nicht zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat. Unsere Partei muß rein bleiben von zweifelhaften Elementen. Ich bemerke, daß wir nicht gerade an ehrlose Handlungen gedacht haben, wo der eine oder der andere durch Zufälligkeit, Leichtsinn, Noth u. s. w. in Konflikt mit dem Strafgesetzbuch gekommen ist; nein, es giebt ehrlose Handlungen, die kein Strafgesetzbuch der Welt verurtheilt und die doch schlimmer sind als die gemeinsten Verbrechen. (Sehr richtig!)

Ich möchte wünschen, daß wir uns mit Ausschließungen gar nicht mehr zu beschäftigen haben; aber die Möglichkeit, unsaubere Elemente uns von den Rockschößen zu schütteln, müssen wir haben und dafür eine Form festsetzen.

Was die Vertrauensmänner betrifft, so wird die glückliche Lösung der Frage, wie wir die für die Parteileitung absolut noth-

wendigen Korrespondenten und Vertrauensmänner in den verschiedenen Wahlkreisen Deutschlands schaffen werden, sehr schwer sein. Werden bessere Vorschläge gemacht, als unsere sind, so werden wir sie mit Vergnügen entgegennehmen. Die Bestimmung des § 3: „Insofern der Wahlkreis durch einen Ort oder durch Theile eines Ortes gebildet wird, ist nur ein Vertrauensmann zu wählen", bedarf eines Zusatzes. Es giebt Wahlkreise, die nur den Theil eines Ortes bilden, aber trotzdem sehr umfangreich und groß sind und innerhalb deren Parteigenossen in sehr großer Zahl vorhanden sind. Ich exemplifizire nur auf Berlin VI und IV. Es wird also heißen müssen, daß da in der Regel nur ein Vertrauensmann zu wählen sei.

Daß alljährlich ein Parteitag stattzufinden habe, ist von keiner Seite angegriffen worden; daß die Einberufung des Parteitages von der Parteileitung zu erfolgen habe, ist ebenso selbstverständlich, und die Frage dreht sich nur um das Recht der Vertretung auf demselben. Da haben wir nun vorgeschlagen, daß zur Theilnahme am Parteitage berechtigt sind die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf. Diese letztere Bestimmung ist scharf angegriffen worden. Nun ist es aber selbstverständlich, daß Wahlkreise, die gar kein Parteileben haben, die bei den allgemeinen Wahlen mit 90 oder 150 für uns abgegebenen Stimmen auftreten, sich nicht durch 3 Delegirte vertreten lassen werden. Dazu fehlen ja den Genossen jener Kreise schon die Mittel. So konnte unser Vorschlag nicht verstanden werden. Es hat uns vollständig fern gelegen, wie uns vorgeworfen wurde, durch diese Bestimmung die Intelligenz der großen Städte vom Parteitag fernzuhalten. Wie hat sich denn die Sache in Wirklichkeit gemacht? Nun, Berlin IV und VI und — Weimar haben je 4 Delegirte hierher geschickt, also mehr, als unser Entwurf festsetzt. Ob die Berliner Delegirten das Berliner Parteileben nicht repräsentiren, weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, ob durch jene Einschränkung die Intelligenz innerhalb der Berliner Genossenschaft zu kurz gekommen ist; ich glaube es nicht; denn wir haben gesehen, daß die Berliner Delegirten — natürlich Werner nicht, er ist ja kein Berliner Delegirter — es sehr wohl verstanden haben, ihre Sache hier zu vertreten.

Persönlich bin ich übrigens der Ansicht, man macht in der Organisation gar keine Vorschriften darüber und überläßt es dem Taktgefühl der einzelnen Orte und Wahlkreise, wie sie sich auf dem Parteitag vertreten lassen wollen. Mit dieser meiner Ansicht bin ich aber nicht durchgedrungen. Man meint, eine gewisse Abgrenzung ei nothwendig. Man will sich nicht dazu entschließen, den kleinerens Wahlkreisen dasselbe Recht, wie den größeren, zu geben. Ja, wo

soll uns dies Bedenken hinführen; das stellt uns ja gegenseitig auf den Kriegsfuß! Die Genossen in Greiz ältere und jüngere Linie sind zweifellos so brav und tüchtig, wie die Parteigenossen in den großen Wahlkreisen. Wir sind doch hier nicht eine Aktiengesellschaft, die zusammenkommt, um auf Heller und Pfennig zu rechnen, daß keiner zu viel kriegt, oder welche Dividende herauskommt. Hier giebt's überhaupt nichts zu theilen. Die 170 000 Mark in der Parteikasse sind wohl aufgehoben, nicht einmal die Polizei kann an sie heran (Heiterkeit). Es gilt nur das Interesse der Partei nach allen Richtungen zu wahren. Die Parteitage haben vor allem den hohen Werth, daß sie uns moralisch heben; daß die Genossen, ob sie nun in Memel oder in Konstanz oder sonstwo wohnen, frisch, froh und muthig auf demselben erscheinen, und nachdem die Parteiangelegenheiten geordnet sind, alle mit neuer Lust, mit der Ueberzeugung nach Hause gehen, daß wir Alle der Sache treu bleiben wollen bis in den Tod. (Lebhaftes Bravo!) Wie viel Vertreter da aus einem Kreise anwesend sind, ist ziemlich gleichgiltig. Die Berliner sind mit 20 Mann hier, die Hamburger mit 9. Will nun Jemand behaupten, Berlin und Hamburg sei hier nicht entsprechend vertreten? Gewiß kann man über die geeignetste Form der Vertretung verschiedener Meinung sein; aber dessen können Sie versichert sein: der Fraktion lag nichts ferner, als den großen Städten einen Kappzaum anzulegen.

Daß den Mitgliedern des Parteivorstandes das Recht der Theilnahme am Parteitage eingeräumt werden soll, ist eigentlich mehr eine Formalität. Solange wir einen Parteivorstand haben werden, wird auch verlangt werden, daß Mitglieder desselben da sind, um Bericht zu erstatten über dessen Thätigkeit. Was weiter die Theilnahme der Reichstagsabgeordneten betrifft, so müßte das ja ein jämmerlicher Kerl von Reichstagsabgeordneter sein, der, wenn ihm daran liegt, auf den Parteitag zu kommen, sich kein Mandat anzuschaffen wüßte. Die Anwesenheit eines Abgeordneten ist aber unter Umständen sogar sehr nothwendig. Taugt einer davon nichts in der Partei, dann soll er erst recht auf dem Parteitag sein, damit man ihm sagt, du bist nichts werth, du hast dein Mandat niederzulegen; ist er gar ein Verräther, so wäscht man ihm den Kopf und schmeißt ihn hinaus. Da es aber nothwendig ist, daß unsere Abgeordneten nach den Parteitagen kommen, so dürfen wir sie nicht in die Lage bringen, eventuell um ein Mandat betteln zu müssen. Wir schlagen also vor, den Reichstagsabgeordneten das Recht zu geben, auf dem Parteitage anwesend zu sein, mit der Einschränkung, — die ich übrigens nicht einmal für richtig halte — über ihre parlamentarische Thätigkeit u. s. w. nur eine berathende Stimme zu haben. Mit der Anerkennung, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten das Recht haben, auf dem Parteitag zu erscheinen, ist

aber — ich hebe das hervor — noch nicht ausgesprochen, daß die Partei die Verpflichtung hat, auch für die Mittel zu sorgen, daß sie auf dem Parteitag erscheinen können. Ob das ausgesprochen werden soll, lasse ich dahingestellt. In dem Entwurf ist diese Verpflichtung nicht, und von den Verfassern ist deren Aufnahme sogar abgelehnt worden.

Nach § 10 kann ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden durch den Parteivorstand, auf Antrag der Reichstagsfraktion und auf Antrag von 15 Wahlkreisen und durch die Namensunterschriften von mindestens 10 000 Parteigenossen. Es wird allerdings außerordentlich schwierig sein, diese 10 000 Unterschriften zu kontrolliren. Im Uebrigen hat diese Bestimmung wohl auch nur einen mehr dekorativen Werth. Nach dem Entwurf soll jedes Jahr ein Parteitag stattfinden. Der Termin ist also möglichst kurz gesetzt. Die Parteibehörden haben außerdem absolut keine Exekutivgewalt, durch die sie die Genossen zu etwas zwingen könnten, was diese, freiwillig zu thun, sich weigern. Auch die Fraktion wird ja doch immer aus Parteigenossen bestehen, die in Bezug auf Parteigüte, persönliche Ehrenhaftigkeit, Tüchtigkeit und Mannhaftigkeit nicht unter dem Durchschnitt der Genossen stehen werden, so daß alle Garantieen vorhanden sind, daß, wenn sich ein Parteitag innerhalb des Verlaufs eines Jahres nothwendig machen wird, derselbe, ohne daß das Mittel einer Abstimmung erst in Anwendung zu kommen braucht, — berufen werden wird.

Die Bestimmung, daß die Mitglieder des Parteivorstandes für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen können, und daß die Höhe derselben durch die Reichstagsfraktion festgestellt wird, hat zu vielen Aussetzungen Anlaß geboten. Die Kritik hat geradeheraus bei diesem Punkt hier und da sehr über die Schnur gehauen. Es hätten Fernerstehende wirklich zu dem Glauben gelangen können, daß der Parteivorstand den Fraktionsmitgliedern Prozente vom Gehalt geben wird. Diese Art Vorwürfe sind denn doch etwas schlimmer, als einfach lächerlich. Es ist doch für die Höhe der Gehälter wirklich gleichgiltig, ob der Parteitag die Gehälter festsetzt, oder nicht; darüber redet kein anständiger Mensch. Uns hat ein praktischer Fall zu dieser Bestimmung geführt. Als wir 1875 auf dem Vereinigungskongreß den Parteivorstand erwählten, wählten wir uns auch einen vollständig besoldeten Vorsitzenden in der Person des verstorbenen Genossen Hasenclever. Es stellte sich aber in kürzester Frist heraus, daß in diesem Amt keine volle Beschäftigung für ihn da war. Hasenclever sah dies selbst ein; er widmete deshalb seine Thätigkeit der Presse, und wir haben ihn ersetzt durch einen Vorsitzenden, der monatlich blos 15 Thaler erhielt. Weil wir nun auch heute nicht wissen, wie in Zukunft die Thätigkeit des zukünftigen Vorstandes sein wird, so haben wir die Frage der Höhe

der Besoldung offen gelassen. Dem Parteitag wird ja Rechnung zu legen sein. Der Vorwurf, daß man mit in der Fraktion Techtelmechtel machen werde, um sich möglichst hohe Gehälter herauszuschlagen, ist gehässig, undelikat, und ich bedaure, daß es Genossen giebt, die solche Vorwürfe erheben. Wenn solche Schofels unter uns wären, dann wäre es schlimm. Nachdem aber einmal solche Vorwürfe erhoben sind, mögen Sie anders beschließen. Aber ich glaube, so tief sind wir wirklich nicht gesunken, wie man uns unterstellt. (Zuruf Bebels). Nein, wir sind garnicht gesunken, wir sind ganz nette Kerls! (Große Heiterkeit.)

Die Bestimmung des § 14, daß der Parteivorstand auch die prinzipielle Haltung der Parteiorgane zu kontrolliren hat, hat zu der irrigen Annahme geführt, der Vorstand werde in einem fort in die Redaktion hineinreden. In einem gegnerischen Blatte hieß es in Bezug auf diese Bestimmung sogar „man spricht dort schon", nämlich in der Opposition, „offen von Geschäftssozialismus, namentlich durch die Centralisirung der Presse in den Händen zuverlässiger Genossen will man diesen auf Kosten der Arbeiter eine feine, bourgeoismäßige Existenz schaffen. Die finanzielle Konkurrenz allein, welche die neuauftauchenden Arbeiterblätter ihnen machen wollen, ist ein Grund des heftigen Auftretens der Parteipäpste gegen dieselben, und man wird sich auf heftige Debatten auf dem Kongreß gefaßt machen müssen" 2c. Ich will mich bei dieser Auslassung nun nicht weiter aufhalten, und verweise Sie nur auf § 18 unserer alten Organisation. Derselbe lautete:

„§ 18. Zur Begründung von lokalen Parteiblättern ist die Zustimmung des Vorstandes, der Kontrolkommission und des Ausschusses, welchen über die bezüglichen örtlichen Verhältnisse rechtzeitig und ausführlich berichtet werden muß, erforderlich. Nur solche Blätter, welche mit Zustimmung genannter Parteibehörden ins Leben treten, sind als Parteiorgane zu betrachten und können die moralische und materielle Unterstützung der Partei beanspruchen. Die lokalen Parteiblätter haben sich in prinzipiellen Fragen an das Parteiprogramm zu halten, und sind, gleich den beiden in § 14 genannten Organen, in taktischen Parteifragen dem Vorstand unterstellt."

Das war früher Parteigesetz! Und nun frage ich die älteren Parteigenossen, ob früher wirklich von Seite der Parteileitung irgend ein unberechtigter Einfluß auf die lokale Presse ausgeübt worden ist? Gewiß nicht! das wäre auch eine Thorheit gewesen. Es wär aber nicht blos eine Thorheit, sondern auch eine Unmöglichkeit. Wie uns Genosse Bebel in seinem Bericht mitgetheilt, existiren zur Zeit in Deutschland über 100 sozialdemokratische Blätter. Wie soll ein Parteivorstand, und mag er noch so zahlreich sein, es fertig bringen, diese gesammte Presse zu kon-

trolliren und event. zu zensiren? Ein Vorstand, der sich so etwas herausnähme, würde einfach „hinausfliegen."

Andererseits ist freilich auch festzuhalten, daß, jemehr die Partei sich ausbreitet, je größer die Zahl unserer Blätter wird, und vor allem, jemehr es nach und nach anfängt, profitabel zu werden, Blätter mit sozialdemokratischer Tendenz herauszugeben, irgend ein Organ in der Partei da sein muß, welches feststellt, ob dieses oder jenes Blatt auch wirklich befähigt und berechtigt ist, im Namen der sozialdemokratischen Partei zu schreiben und zu sprechen. (Sehr richtig!) Wollen Sie den Vorstand nicht mit dieser Aufgabe betrauen, so müssen Sie eben irgend ein anderes Organ schaffen.

Zwar sagt Werner: die Genossen am Ort werden das schon machen. Ich aber behaupte, die Genossen am Ort werden nicht verhindern können, daß derartige Organe doch erscheinen, selbst wenn erstere nicht abonniren. Solche Organe können aber der Partei schwere Verlegenheiten bereiten. Diese Blätter können und werden mit einzelnen Artikeln Unfrieden in die Partei bringen und unter dem Scheine, daß ihre Tendenz sonst ein gute ist, als enfants terribles die Partei blamiren.

Ich komme nun zur Kontrollfrage. Wenn es möglich ist, was ich augenblicklich noch bezweifle, eine Form zu finden, die uns ein Kontrollsystem, wie wir es früher gehabt haben, erlaubt, ohne dabei an den Klippen der Gesetzgebung zu scheitern, so bin ich beauftragt, im Namen meiner übrigen Fraktionsgenossen, welche den Entwurf ausarbeiteten, zu erklären, daß wir gar nicht darauf bestehen, daß die Kontrolle der Fraktion übertragen wird. Wir sind nur aus rein praktischen Erwägungen dazu gekommen, die Fraktion mit dieser Aufgabe zu betrauen. Es liegt aus der Mitte der Delegirten ein Antrag vor, der nicht den Entwurf anerkennen, sondern nur eine Parteispitze ausbilden will. Wenn man überhaupt dieser Ansicht huldigt — und sie ist mir am sympathischsten — dann begreife ich nicht, wie man dem gesetzlich am meisten geschützten Faktor, nämlich der Fraktion, mit einer Art, ich will nicht sagen Mißtrauen, aber doch Bedenken, entgegentreten konnte. Wären wir frei in Bezug auf unsere organisatorische Gestaltung, so würden wir gar nicht davon geredet haben, die Fraktion mit besonderen Befugnissen auszustatten; da wir aber nicht frei sind, so halte ich es für meine Person allerdings nicht für taktisch klug, demjenigen Organ, das hervorgegangen ist aus dem Vertrauen der Partei und in seiner Gesammtheit gewiß auch die Parteiintelligenz und Tüchtigkeit repräsentirt, nicht diejenigen Aufgaben zuzuweisen, die in anderen Händen vielleicht schwer zu erfüllen sind.

Also nicht die Sucht, der Fraktion die Herrschaft zu sichern, hat uns zu dem Vorschlage gebracht, sondern der Glaube, daß es dadurch möglich sein wird, die vereinsgesetzlichen Klippen zu um-

schiffen. Ich gebe aber gern zu, eine angenehme, eine willkommene Lösung dieser Schwierigkeit ist unser Vorschlag nicht; ich kann aber, bis etwas Besseres bekannt gemacht wird, für meine Person von demselben nicht abgehen.

Als Parteiorgan schlagen wir Ihnen vor, das „Berliner Volksblatt", das am stärksten verbreitete, zweifellos gut redigirte und in Zukunft wo möglich noch besser redigirte Blatt der Partei zu wählen. Dieser Vorschlag bricht mit der bisherigen Tradition, ein wöchentlich nur zwei oder drei Mal erscheinendes Blatt, das ganz frei vom Charakter eines Lokalorgans ist, zum Zentralorgan zu haben. Wir haben früher als Centralorgan gehabt: im Allg. deutschen Arbeiterverein den „Neuen Sozialdemokrat", bei den Eisenachern den „Volksstaat" und später den „Vorwärts".

Bei unserem Vorschlage haben uns wieder nur rein praktische Gesichtspunkte geleitet. Hätten nicht Hödel und Nobiling geschossen und wäre der „Vorwärts" nicht verboten worden, so wäre an uns wahrscheinlich schon 1878, sicher aber 1879 die Frage herangetreten, ob der „Vorwärts" nicht eingeschränkt werden müsse. Denn dieses Blatt — und das ist für Viele von Ihnen gewiß neu es zu hören — war in der kurzen Zeit seiner Existenz von 12 000 bis auf 7 000 Abonnenten zurückgegangen, und diesem Zurückgehen ließ sich nicht steuern, trotz unseres ganzen Parteiapparats. Wo Lokalblätter entstanden, ging der „Vorwärts" zurück. Dazu kam die Konkurrenz der „Berliner Freie Presse". Man sagte sich in der Provinz, der „Vorwärts" bringt alles 2—3 Tage später als die „Freie Presse". Die „Freie Presse" nahm an Abonnenten fortwährend zu, der „Vorwärts" ging zurück. Es war thatsächlich damals bereits so weit, daß die Parteileitung, die Fraktion 2c. sich genöthigt sahen, sehr oft mit ihren Erlassen und Bekanntmachungen sich zunächst an die „Freie Presse" zu wenden, so daß das offizielle Organ erst nachhinkte. In eine ähnliche Situation würden wir heute wieder gerathen, wenn wir ein Wochenblatt als Centralorgan ins Leben riefen. Mit einem Blatt nach Art des „Vorwärts" würden wir also unseren Zweck nicht erreichen, sondern wahrscheinlich damit der Partei nur ein nicht unerhebliches Defizit aufladen. Die ebenfalls laut gewordene Befürchtung, daß das „Volksblatt" der Lokalpresse Konkurrenz machen würde, ist vollständig unbegründet. Das würde im Gegentheil viel mehr bei einem neuen Wochenblatt als Centralorgan der Fall sein. Die Vertrauensmänner werden ja allerdings das „Volksblatt" halten müssen, das macht aber der Lokalpresse keine Konkurrenz. Es ist aber auch gar kein Bedürfniß nach einem neuen Wochenblatt als Centralorgan. Wir haben bereits drei Blätter, welche ihrer ganzen Haltung und ihrem Inhalt nach nicht blos für enge lokale und provinzielle Kreise wirken, sondern für die ganze Partei bestimmt sind: die „Arbeiterchronik" in Nürn-

berg, die „Volkstribüne" in Berlin und die „Nordwacht". Die „Berliner Volkstribüne" wird mit großem Geschick redigirt, das kann ruhig anerkannt werden, wie ja unsere Presse im Großen Ganzen sehr gut ist, und die Proletarierpresse weit erhaben über dem gewöhnlichen Preßklatsch steht. Gewiß hat die „Volkstribüne" schon ab und zu kleine Nebensprünge gemacht, aber das schadet nichts. Die „Nordwacht" und die „Arbeiterchronik" haben stets ihre Pflicht gethan und sind in ihrer Art nicht minder gut gehalten, als die „Volkstribüne". Gründen wir nun ein Wochenblatt als Centralorgan, so werden die drei bestehenden ruinirt, oder wir haben vier Blätter, von denen keines sich deckt. Nun sind die drei bestehenden Blätter keineswegs Privatunternehmungen. Zwei von ihnen, die „Nordwacht" und die „Arbeiterchronik" standen bereits bisher in Bezug auf ihre finanziellen Erträge der Partei zur Verfügung, und die „Berliner Volkstribüne" wird sich keinen Augenblick weigern, wenn es verlangt wird, in ganz dasselbe Verhältniß zur Partei zu treten. Es ist doch nun entschieden besser, die bereits existenzfähigen Blätter in diesem Zustande zu erhalten und sie wo möglich zu Ertragsquellen für die Partei auszubilden, als ein viertes Konkurrenzorgan zu gründen, welches die bestehenden Blätter ruinirt oder gar Zuschüsse erfordert. Unsere Zeitungen werden in Zukunft wesentlich dazu dienen müssen, in pekuniärer Hinsicht das Rückgrat der Partei zu bilden. Von Beiträgen allein kann die Partei nicht mehr existiren, wir bedürfen dazu der Erträge aus der Presse. Nun haben allerdings unsere ausländischen Genossen mit großem Bedauern das Eingehen des „Sozialdemokrat" empfunden. Auch wir bewahren dem Londoner „Sozialdemokrat" und seiner ebenso tapferen als geschickten Vertheidigung der Parteiinteressen ein sehr gutes Andenken. (Bravo!) Aber er mußte eingehen, es war das ein Gebot der politischen Ehrlichkeit, und in dieser Beziehung giebt es für uns kein Wanken und kein Schwanken. Wir kämpfen immer mit offenem Visir, wenn man uns nur die Möglichkeit dazu offen läßt. Einen Ersatz für den „Sozialdemokrat" zu schaffen, ist allerdings schwer, ja unmöglich. Ein „Sozialdemokrat" mit dem Inhalt, wie er in London und in der Schweiz erschien, kann vorläufig in Berlin noch nicht erscheinen (Heiterkeit). Sie bedauern dies gewiß mit mir, denn man liest gern, was man sich sonst denken muß. Die ausländischen Genossen können sich aber aus den Wochenblättern und der „Neuen Zeit" zur Genüge über die Vorgänge in Deutschland informiren. Konnten wir also einen vollen Ersatz für den Londoner „Sozialdemokrat" unmöglich schaffen, so glaubten wir nichts Besseres thun zu können, als das größte in Deutschland, im Centralpunkt des politischen Lebens erscheinende sozialdemokratische Tageblatt zum Centralorgan zu erwählen. Ob Sie den Titel des Blattes ändern wollen oder nicht, ist gleichgiltig.

Ich gebe auf Förmlichkeiten nichts. Dieses Blatt darf aber auch seinen lokalen Charakter nicht verlieren. Das schadet auch nichts. Wer den lokalen Theil nicht lesen will, für den bringt der politische Theil immer noch mehr, als das größte und bestredigirte Wochenblatt. Soll das „Berliner Volksblatt“ überhaupt seine Aufgabe erfüllen, dann muß es das Organ besonders der Berliner Genossen bleiben. Dies zu ihrer Beruhigung. Für draußen wird es nur das Centralblatt der Partei sein, das in Berlin erscheint und in einzelnen Orten in einzelnen Exemplaren gelesen wird. An eine Massenverbreitung, wie mit dem „Neuen Sozialdemokrat“, ist natürlich bei einem wöchentlich sechs Mal erscheinenden Blatt nicht zu denken. Das ist aber auch heute nicht mehr nothwendig. Unsere Lokalpresse verdient heute schon das Prädikat „gut“ und ich hoffe, daß sie in kürzester Zeit sehr gut werden wird. Deshalb können wir diese Sache ganz ruhig der Zeit und der Entwicklung überlassen. Sollte sich aber wirklich nach Verlauf eines Jahres die Nothwendigkeit eines besonderen Wochenblattes herausstellen, gut, dann schaffen wir es.

Damit bin ich mit meinen allgemeinen Ausführungen zu Ende. Was nun die geschäftliche Behandlung unseres Entwurfes betrifft, so halte ich es für das Beste, wir treten jetzt in eine Generaldiskussion ein, in der wir uns über die allgemeinen Gesichtspunkte aussprechen, und setzen dann eine Kommission von 25 Mitgliedern ein, der wir das gesammte Material, alle zu diesem Gegenstande eingegangenen Anträge und die in der Generaldiskussion zu Tage getretenen Wünsche und Anschauungen mitgeben. Wir können dann vielleicht schon übermorgen endgiltig über die Organisationsfrage entscheiden. (Stürmisches Bravo!)

Der Parteitag erklärt sich mit der vom Referenten vorgeschlagenen Art der geschäftlichen Behandlung einverstanden und vertagt die Generaldiskussion auf Mittwoch 9 Uhr.

Schluß 6½ Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 15. Oktober 1890.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr und giebt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem als Gast des Parteitages anwesenden

Genossen Wullschleger-Basel: Werthe Genossen und Freunde! Ich wollte nicht ermangeln, Ihnen auch an dieser Stelle die Grüße Ihrer schweizerischen Gesinnungsgenossen zu überbringen. Das

Parteikomitee der sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat es für nothwendig erachtet, angesichts der großen Bedeutung, welche Ihre, die deutsche Partei, innerhalb der Arbeiterbewegung aller Länder einnimmt, und angesichts der Wichtigkeit Ihrer Traktanden einen Abgeordneten an Ihren Kongreß zu schicken. Ich danke Ihnen für die freundliche Aufnahme, die Sie auch mir, als auswärtigem Gaste, haben zu Theil werden lassen. Ich vertrete zwar hier ein kleines Land, und mit gemischten Gefühlen stehe ich hier vor Ihnen. Denn Sie erinnern sich, daß vor noch nicht langer Zeit einigen Ihrer besten Genossen in unserm Lande schwere Unbill widerfahren ist. Es ist allerdings unsere Partei daran nicht schuld; es trägt überhaupt daran das Schweizervolk in seiner Gesammtheit keine Schuld, sondern, wenn überhaupt Schweizern eine Schuld daran beizumessen ist, so sind es vor allem unsere Behörden gewesen. Freilich muß man auch diese von einem Theile der Schuld freisprechen; Sie wissen es, unter welchem ungeheuren Drucke unser kleines Land gestanden hat. Es ist ja nur zu richtig, was Engels im Londoner „Sozialdemokrat" über die kleinen Staaten geschrieben hat: „es ist schwierig für ein kleines Land, sich allen Anforderungen zu widersetzen, die die fremde Diplomatie stellt." Ich kann Sie aber versichern, daß unter den heutigen Verhältnissen eine Ausweisung wie damals nicht mehr beschlossen würde; ich glaube annehmen zu können, daß unsere Behörden selbst jene Vorgänge ihrerseits bedauern, wenn sie auch natürlich es nicht wagen, dies öffentlich einzugestehen.

Ich stehe aber hier mit gemischten Gefühlen auch deshalb, weil unsere Arbeiterbewegung in der Schweiz im allgemeinen und die sozialdemokratische im besonderen noch sehr jungen Datums ist. Während Sie in Deutschland bereits eine mächtige Partei sind, verfügen wir erst über die Anfänge einer solchen. Unsere ganze Bewegung ist noch im ersten, höchstens erst im zweiten Stadium der Entwickelung. Eine eigentliche sozialdemokratische Partei haben wir erst seit zwei Jahren, seit den bekannten Vorgängen gegen ihre damals bei uns ausgewiesenen Landsleute, und es ist diesem Gewaltstreich vornehmlich zuzuschreiben, daß die Schweizer Bürger sozialdemokratischer Richtung sich zu einer eigenen Organisation zusammengethan haben. Auch da hat sich das Sprichwort bewährt: „Kein Unglück ist so groß, es ist ein Glück dabei."

Wir laufen in der Schweiz innerhalb unserer Richtung hauptsächlich zwei Gefahren. Entweder wir tragen dem nüchternen Charakter des Schweizervolks allzusehr Rechnung, nehmen Umgang von theoretischer Propaganda und betheiligen uns bloß an den jeweiligen Fragen der Tagespolitik: auf diese Weise wird es uns allerdings gelingen, da und dort Erfolge zu erzielen und unserer

Partei, äußerlich wenigstens, eine gewisse Bedeutung zu sichern; aber wir würden dabei Gefahr laufen, in einen kleinbürgerlichen Possibilismus auszuarten, der dann schließlich von den Grundprinzipien der Sozialdemokratie nichts mehr wissen will. Die andere Gefahr ist, daß wir unserem nüchternen Volkscharakter zu wenig oder gar nicht Rechnung tragen, daß wir uns vorzugsweise oder ausschließlich mit theoretischer Propaganda befassen; dann werden wir vielleicht ein kleines Häuflein von Gesinnungsgenossen um uns schaaren, aber auf die Masse des Volks keinen Einfluß haben. Da gilt es, die richtige Mitte zu treffen, beides richtig zu verbinden. — Für uns in der Schweiz ist es eine gegebene Sache, uns am politischen Leben zu betheiligen, darüber können bei uns eigentlich keine Meinungsverschiedenheiten entstehen. Ein Gegner der Betheiligung am praktischen politischen Leben ist für uns einfach ein Anarchist. Die ganze politische Entwicklung des Landes, seine politisch demokratischen Institutionen bringen es mit sich, daß alle Parteischattirungen sich am praktisch politischen Leben zu betheiligen haben, und diese Betheiligung mit der Propaganda für die sozialdemokratischen Ideen richtig zu vereinen, das ist unsere Aufgabe. In dieser Richtung haben wir uns in neuester Zeit sehr bethätigt und gedenken das in der Folge noch sehr viel umfangreicher zu thun. Insbesondere kann ich Ihnen mittheilen, daß wir in nächster Zeit bei den Wahlen zur schweizerischen Volksvertretung, zum Nationalrath, in verschiedenen Wahlkreisen, wo unsere Genossen in größerer Zahl vorhanden sind, als eigene sozialdemokratische Partei vorzugehen und eigene Kandidaten aufzustellen gedenken. (Beifall.) Wenn wir auch vor der Hand damit noch keinen großen Erfolg erzielen werden, so ist doch ein Anfang zu selbstständigem politischem Vorgehen geschehen, und die Anfänge sind am Ende die Hauptsache, aus ihnen wird sich dann das Weitere von selbst ergeben.

Wenn auch da und dort in Ihrem Lande die Anschauung verbreitet ist, unsere Entwicklung sei eine zu konservative, so bitte ich Sie doch zu bedenken, daß nur der Schein, die äußere Form, diesen Glauben erwecken kann. Wir Deutschschweizer sind ja ungeheuer nüchtern und unsere ungeschliffenen Manieren lassen noch durchblicken, daß wir dem Wesen nach immer noch mehr ein Volk von Bauern sind. Allein nichtsdestoweniger ist die radikale Gesinnung auch unter uns verbreitet und die Verhältnisse sorgen ja reichlich dafür, daß der Radikalismus in unserem Sinne auch im Schweizervolk von Tag zu Tag mehr um sich greift. Die wirthschaftliche Entwicklung hat auch in der Schweiz in den letzten Jahren den Gang genommen, wie anderswo, daß die Kleinbetriebe nach und nach absorbirt werden. Diese Entwicklung wird manchem Blinden die Augen öffnen und ihn in die Reihen der Sozialdemokratie überführen. Die Parole der schweizerischen Sozialdemokraten ist die-

jenige der Sozialdemokraten aller Länder: Nieder mit der Lohnsklaverei! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Singer theilt mit, daß zu den ausländischen Gästen noch hinzugekommen ist der Präsident des Grütlivereins der Schweiz, Fürsprech Scherrer, den diejenigen Delegirten, welche den Parteitag in St. Gallen mitgemacht haben, persönlich kennen gelernt und dem sie das beste Andenken bewahrt haben. (Beifall.)

Eine weitere Reihe von Telegrammen und Zuschriften ist eingelaufen. Es liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor, eine Liste aller dieser Schriftstücke dem Protokoll einzuverleiben. Das Bureau wird diesem Wunsche nachkommen.

Das Resultat der Wahl zur Neuner-Kommission ist festgestellt und wird verkündet. Abgegeben sind 372 Stimmzettel, davon sind 17 ungiltig, weil sie mehr Namen enthalten, als Personen zu wählen waren; es haben erhalten: Kloß-Stuttgart 181, Pfannkuch-Kassel 180, Müller-Darmstadt 171, Kaden-Dresden 147, Reißhaus-Erfurt 135, Geck-Offenburg 119, Grimpe-Elberfeld 106, Meist-Köln 103, Ewald-Brandenburg 90 Stimmen.

Die übrigen zersplitterten Stimmen, die dem Ermittelungsprotokoll angehängt sind, kommen nicht zur Verlesung. Die Kommission wird vom Vorsitzenden ersucht, sich zu konstituiren; das bezügliche Material wird ihr sofort zugehen.

Darauf tritt der Parteitag in die Tagesordnung ein: Generaldiskussion des Organisationsentwurfs.

Vollmar: Parteigenossen! In dem ausführlichen Vortrag Auers von gestern sind manche Punkte enthalten gewesen, mit denen ich mich einverstanden erklären kann, nicht wenige aber auch, mit denen ich nicht einverstanden bin. Insbesondere muß ich beanstanden, daß Genosse Auer sich nicht dazu hat entschließen können, die Sache absolut ruhig und kühl sachlich zu behandeln, sondern daß er dem polemischen Ton, der leider zu lange während des Sommers in der Partei geherrscht hat, auch hier noch einen Nachklang gegeben hat. Sie haben während der vergangenen Tage hinreichend Ihre Ansicht über Gedanken und Kampfesweise der sogenannten Opposition ausgesprochen. Ich bin gewiß der allererste, der eine Kampfesweise der Opposition, die Gehässigkeit in die Sache trägt, verurtheilt; andererseits aber müssen wir vollkommen gerecht sein und zugeben, daß auch von der andern Seite dieser polemische Ton die Sache nicht wenig zugespitzt hat. Wir sind doch nicht hier, um uns Schmeicheleien zu sagen, auch nicht dazu, Leichenreden zu halten; aber wenn wir irgendwo einen Fehler, eine Unart entdecken, sollen wir doch an uns selbst Kritik üben und zusehen, wie es besser zu machen ist. Ein Erfurter Genosse hat am ersten Tage ein sehr wahres Wort gesprochen; er meinte, daß wir noch nicht genügend aus dem Ausnahmezustand herausgekommen sind, uns noch nicht

genug an die frühere öffentliche Kritik und Diskussion gewöhnt haben. Das beruht durchaus auf Gegenseitigkeit, und ich möchte ersuchen, von nun an diesen polemischen Ton, der auf alle Fälle nur verletzend wirken kann, fahren zu lassen und rein sachlich zu verhandeln. Daß das von Auer nicht geschehen ist, haben Diejenigen, die die Verhältnisse etwas näher kennen, schon gestern gehört. Auer hat meinen Namen nicht genannt; aber Jeder, der Augen und Ohren hat, wußte, wer gemeint war; diese mehreren, welche nicht in der Fraktion anwesend waren, bin ich. Die Sache ist ja vollkommen richtig. Wer die Blätter liest, weiß, daß ich auf Grund eines Gesuchs aus Gesundheitsrücksichten beurlaubt worden bin, nachdem ich einen Theil der Reichstagssitzungen mitgemacht hatte. Was ich, wenn ich weiter geblieben wäre, gesagt haben würde, kann ich nicht wissen ist jetzt auch gleichgiltig; jedenfalls behielt ich der Partei gegenüber das volle Recht der Kritik. Nun heißt es, jeder hat das Recht der Kritik; aber wenn man es anwenden will, liegt die Sache anders. Sonst würde ich mir das Urtheil über die von mir veröffentlichten Artikel nicht erklären können. Kein Mensch soll sein eigener Lobredner sein; aber ich fordere die Leser jener Artikel auf, Zeugniß darüber abzulegen, ob eine ruhigere, sachlichere, rücksichtsvollere, höflichere Art der Kritik möglich ist, als die meinige. Wenn nun eine solche Kritik geübt wird, soll man in einer Partei wie der unsrigen froh sein, daß sie so geübt wird, denn jedes kritisirende Wort kann nur zur Aufklärung beitragen; aber man soll sich nicht formell dahinter verschanzen, daß es besser gewesen wäre, die Kritik zu unterlassen. Ich bin nur gezwungen und herausgefordert worden; ich wollte schon früher hier das Wort ergreifen, habe aber angesichts der friedlichen, guten Stimmung darauf verzichtet, und habe auch meine wenigen Bemerkungen nur gemacht, weil ich herausgefordert war.

Nun zu dem Entwurf selbst. Wenn etwas meine ursprüngliche Meinung, daß er nicht auf richtigen Grundsätzen aufgebaut ist, verstärkt hat, so ist es der gestrige Vortrag Auers. Er sagte uns geradezu, wir haben unausgesetzt in dem Gedanken gearbeitet, daß die Arbeit doch für nichts ist. Wenn ich die deutschen Polizeiverhältnisse mir ansehe, glaube ich das auch; es ist traurig, aber es ist so. Sie können die Organisation beschließen, wie Sie wollen, wir in Bayern werden sie nicht ausführen, weil wir es nicht können. Der ganze Absatz von den Vertrauensmännern ist in Bayern, nach oberster gerichtlicher Auslegung, hinfällig; es ist schon eine ganze Anzahl Genossen daraufhin zu drei, vier Monaten Gefängniß verurtheilt worden wegen Geheimbündelei. Dadurch fällt schon diese Art der Organisation für einen nicht kleinen Theil des deutschen Reiches hinweg; in Preußen, sagt man mir, wird ganz ähnlich verfahren. Ob es dann noch der Mühe werth ist,

solche wesentliche Bestimmungen für Thüringen, Baden, die freien Städte aufrechtzuerhalten, das überlasse ich gänzlich dem Parteitag. Mit Recht hat Auer gestern den 1877er Beschluß angezogen, in dem es heißt, wir bedürfen einer formellen Organisation im früheren Sinne nicht; die Verbindung wird den Genossen in den einzelnen Städten und Ländern, je nach den Verhältnissen, überlassen. Wenn wir damals mit Recht erklären konnten, daß dieser ideelle, nicht formelle Zusammenhang vollkommen aufrecht erhalten worden ist, so sehe ich garnicht ein, weshalb wir heute andere Grundsätze acceptiren wollen. Noch eins. Die heutige Partei ist etwas himmelweit Verschiedenes von der Partei vor zwölf Jahren. Damals war sie klein, jetzt ist sie die größte. Je größer die Partei wird, desto unmöglicher wird es, eine irgendwie an Vereinswesen erinnernde Organisation zu schaffen und aufrecht zu erhalten, desto mehr muß sie ähnlich gemacht werden der anderer großen Parteien. Mit einem Worte: nicht nur aus gesetzlichen, sondern auch aus praktischen Gründen sollten wir alles, was irgend an eine vereinsähnliche Organisation erinnert, nach Möglichkeit von uns thun und immer daran denken, daß wir nicht einen Verein, sondern eine gewaltige politische Partei organisiren sollen. Jedem einzelnen Ort ist die Organisation selbst zu überlassen und als gemeinsames Band giebt es, außer der Fraktion, nur drei Dinge: Parteivorstand, Kontrollausschuß und Centralorgan. Das ist völlig genügend.

Damit komme ich auf den Kontrollausschuß, den ich auch schon in meinen Veröffentlichungen hauptsächlich besprochen habe. Ich brauche wohl nicht dagegen zu sprechen, daß der Fraktion Herrschaftsgelüste untergeschoben werden. Soweit ich es verfolgt habe, sind sie ihr auch nicht untergeschoben worden, sondern es ist gesagt worden, daß eine derartige Organisation dazu benutzt werden könnte. Das ist ein himmelweiter Unterschied. Ich bin im Gegentheil sicher, daß die Fraktionsmitglieder herzensfroh sind, daß man ihnen nicht mehr aufladet; trifft man aber derartige Bestimmungen, so müssen sie dem Charakter der Partei entsprechen und dürfen nicht gemißbraucht werden können von Leuten, die wir noch gar nicht kennen. Der Vorschlag, daß die Fraktion die Kontrolle über den Parteivorstand ausüben soll, ist nach meiner aufrichtigen Meinung unannehmbar, deswegen, weil er Fraktion wie Parteivorstand in die denkbar schiefste Lage bringt. Nach dem Entwurf soll die Fraktion die Gehälter der Vorstandsmitglieder festsetzen, sie hat das Recht, die Kasse und die Geschäftsführung zu untersuchen, sogar das Recht, Vorstandsmitglieder abzusetzen; der Vorstand dagegen soll die Kontrolle über die prinzipielle Richtung der Parteiblätter haben. Nun sind bekanntlich die meisten Fraktionsmitglieder entweder direkte Leiter und Redakteure von Parteiblätlern, oder stehen als Reporter u. dgl. mit ihnen in Verbindung. Ich verweise lediglich auf Berlin.

Nach dem Entwurf ist nun der Vorstand berechtigt und verpflichtet, die Fraktionsgenossen in ihrer Eigenschaft als Redakteure oder Herausgeber auf ihre Haltung zu kontrolliren, hat aber nicht das Recht, sie abzusetzen, wohl aber kann die Fraktion die Kontrolleure absetzen. Da vermag ich mich nicht herauszufinden; ich würde unter keiner Bedingung solche Kontrolle annehmen, weil die Lage unbedingt eine schiefe ist, weil Mißhelligkeiten zwischen beiden dazu führen können, daß die betr. Vorstandsmitglieder sich als unterdrückt ansehen. Der Parteitag hat das endgiltige Urtheil; aber der „Himmel ist hoch und der Zar ist weit“. Er tritt einmal im Jahre zusammen; da häuft sich so viel Stoff, daß, wenn nicht gerade die Streitfrage der Zeit nach unmittelbar vor den Kongreß fällt, neuere Dinge die alten Streitigkeiten vollständig zudecken und der Kongreß davon gar nichts mehr hören mag. Auch in dieser Beziehung bin ich für die frühere Einrichtung. Auer sagt, der Kontrollausschuß könne gemaßregelt werden. Ja, vor dem Sozialistengesetz und als Tessendorff schon da war und uns verfolgte, hat drei Jahre lang ein Kontrollausschuß bestanden, ohne behelligt zu werden. Möglich, daß das jetzt anders werden kann, aber wir müssen es versuchen, und Mittel und Wege werden sich finden, diesen Ausschuß von solchen Maßregelungen ziemlich unabhängig zu stellen. Täusche ich mich, dann müssen wir auf andere Einrichtungen sinnen; die vorgeschlagene ist im Interesse der Partei und der Fraktion unannehmbar.

Gegen die Kontrolle der Parteiorgane, so wie sie im Entwurf steht, habe ich nichts einzuwenden. Zweifellos muß, wenn ein Blatt nicht auf dem prinzipiellen Boden der Partei steht, irgend eine Stelle zu der Erklärung befugt sein, daß das Blatt nicht zu uns gehört. Aber im Gegensatz zu Auer meine ich, für diese Kontrolle reichen die Parteigenossen des Ortes vollkommen aus. Wir sollen es nicht verhindern können, meinte Auer, daß ein solches Blatt trotzdem weiter besteht. So liegen die Dinge nicht. Die Genossen jedes wohlorganisirten Parteiortes können ein solches Blatt ohne weiteres todt machen, dazu genügt eine einzige Versammlung, in der man die Thatsachen erzählt und vor dem Blatte warnt. Bleibt die Bestimmung bestehen, so werde ich sie nicht groß bekämpfen, aber Auer's Aeußerungen haben mich doch bedenklich gemacht. Er meinte, es handle sich darum, daß Blätter, die an sich gut sein können, auf unserm Programm stehen, aber hintenherum eine abweichende Ansicht vertreten, Feindseligkeiten hereintragen, desavouirt werden sollen. Hier hat's ein Ende; wenn solche Auslegung gelten soll, dann haben wir keine freie Presse mehr. Ueber die Abweichung von der prinzipiellen Haltung ist leicht zu entscheiden; aber wer entscheidet darüber, ob ein sonst im allgemeinen ausgezeichnet gehaltenes sozialdemokratisches Blatt vielleicht einmal bei einer Frage der auswärtigen Politik oder dergleichen sich verfehlt und den An-

schein erweckt, als ob es Unfrieden stiftet? Das alles ist dem Parteivorstand in die Hände gegeben, und ich möchte mich in solche Hände nicht geben.

Ein offizielles Parteiorgan wünsche auch ich. Für eine Partei wie die unsrige, welche jeden Tag im politischen Leben zu kämpfen hat, muß tagtäglich ein Centralorgan am Sitze der Macht in Berlin selbst, wohl bedient von leitenden Persönlichkeiten, seine Stimme ertönen lassen können; ohne ein solches können wir nicht auskommen. Dafür soll aber auch die übrige Presse vollkommen frei sein. Gewiß hat keiner der Genossen sie unterdrücken wollen, aber wir müssen unsere Bestimmungen so treffen, daß nicht in Zukunft eine andere Auslegung möglich wird.

Was die Beschickung des Parteitages anbetrifft, so bin ich mit Auer gegen jede Beschränkung der Delegation. Wir haben früher damit die besten Erfahrungen gemacht; wir sind doch alle miteinander Sozialdemokraten. Soll aber eine Beschränkung eintreten, so bin ich gegen die mechanische Feststellung von drei Mann, sondern würde ein Proportionalsystem vorziehen.

Alles übrige läßt sich auf diese drei Hauptpunkte zurückleiten. Ich beantrage, die ganze Stelle, welche von der Kontrolle des Parteivorstandes durch die Fraktion handelt, zu beseitigen und dafür, wie früher, einen Kontrollausschuß zu setzen, so zwar, daß der Kongreß einen Ort bestimmt, dessen Parteimitglieder die Kontrollkommission wählen. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu beschließen. (Beifall.)

Werner-Teltow: Ich freue mich, daß endlich einmal einer der Parteigenossen erklärt hat, es möge hier streng sachlich vorgegangen werden. Wenn Jemand eine irrige Ansicht gehabt hat, soll man ihn sachlich zu belehren versuchen. Ich habe mir noch nicht angemaßt, für die gesammten Berliner hier zu sprechen; ich bin Delegirter von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg und spreche meine eigene Meinung aus. Das System, welches hier Platz zu greifen schien, war nicht sehr schön. Ich bin einer Derjenigen, welche auch in Opposition gestanden haben gegen die Auffassung der Organisation im Entwurf. Ich habe an den verschiedensten Orten auch darüber referirt und muß hier gleich erklären, daß man mir niemals nachsagen konnte, daß ich ihn nicht vollständig objektiv behandelt habe. Die mir bezüglich Magdeburgs gemachten Unterstellungen sind nicht wahr. Ich theile die Meinung Vollmars hinsichtlich der Kontrolle durch die Fraktion vollständig; ich meine auch, daß unsere Abgeordneten gerade an der Parteipresse beschäftigt sind, und weil ich annehme, daß die Reichstagsfraktion eine Körperschaft ist, die in der Auffassung der Dinge schließlich eine einheitliche Meinung hat, wonach die ganze Presse in Deutschland von diesem Gesichtspunkte aus bearbeitet wird, und daß in Folge dessen, wenn Jemand, wie es uns in Berlin gegangen ist,

wenn wir in dem Organ eine Aufnahme in Anspruch nahmen, uns unsere Entgegnung, die dem Blatte nicht lieb war, einfach abgeschnitten wurde, oder man frug erst in Dresden an, ob auch diese oder jene Notiz wirklich ins „Volksblatt" hinein soll. Parteigenossen! Darum sage ich, kann die Fraktion nicht als Kontrollkommission fungiren, nicht weil ich ihr unterschieben will, daß ich irgend welche Unehrlichkeit der Fraktion zutraue, oder behaupten will, sondern weil ich sage: die Wähler zum Reichstage wählen doch nicht die Fraktionsgenossen, daß sie die Parteileitung in die Hand nehmen sollen, sondern die Fraktion untersteht der Kontrolle der Parteigenossen, sie soll agitatorisch thätig sein. Wenn nun die Parteigenossen an irgend einem Orte etwas gegen die Fraktion haben, wenden sie sich an den Vorstand, und der Vorstand giebt diesem Drucke nach und die Fraktion, als Kontrollkommission, sitzt oben als oberste Richterin wie in Paris auf dem Eiffelthurm, in der Glashütte, und überschaut so den ganzen Bau, dann kann die Fraktion, wenn sie angeklagt ist, nicht als Richter über sich fungiren. Darum habe ich mich, auch aus praktischen Gründen, zuerst dagegen gewendet. Der Auer'schen Erklärung, daß das Vereinsgesetz eine öffentliche Kontrollkommission zu wählen verbietet, steht § 8 des Vereinsgesetzes entgegen; ja, ich glaube, daß die Fraktion als Kontrollkommission, wenn letztere als politischer Verein betrachtet wird, in der Zeit der Unterbrechung der Sitzungen ganz ebenso antastbar und unter Anklage zu stellen ist, wie mit einander in Verbindung tretende politische Vereine. Darum habe ich — ich stehe nicht auf dem Standpunkte, daß ich jeder Regierung Vertrauen schenke — mit einem Theil der Berliner Genossen den Antrag eingebracht, daß der Parteitag einen Vorstand von 20, 18, 16 — die Zahl ist ja egal — wählt; diese wählen unter sich eine Körperschaft zur Führung der Geschäfte, und die andern sollen die Kontroll-Kommission und Beschwerdeinstanz bilden. Dadurch glauben wir, ist das Inverbindungtreten zweier politischer Vereine völlig illusorisch gemacht. Schon Vollmar hat gesagt, es sei fraglich, ob der Ausbau der Organisation im Entwurf nicht mit den Bestimmungen des preußischen Vereinsgesetzes kollidire. Ich frage, ist es möglich, daß man an jedem Ort, wenn ein Wahlkreis aus mehreren Orten besteht, den Vertrauensmann, der die Beiträge der zahlenden Parteigenossen annimmt und abliefert, mit diesen Genossen als politischen Verein konstruirt? Sollte nicht ein Staatsanwalt dies als einen Verein am Orte betrachten können, der durch den Vertrauensmann mit dem Vorstand in Verbindung tritt? Ich bin nicht Rechtsgelehrter genug, das zu entscheiden. Und wie, wenn nach Vollmars Vorschlag die Genossen sich an jedem Orte selbst organisiren und um an den Parteivorstand die Gelder abzuliefern, einfach in Versammlungen beschließen, zu dem und jenem Zweck bewilligen wir diese Summe, sie gewisser-

maßen schenken? Wie gesagt, ich überlasse das den Rechtsgelehrten. — In dem wichtigsten Punkt, dem des Centralorgans, kann ich mit Vollmar nicht einverstanden sein. Für das (für einige Berliner Genossen leidige) „Volksblatt" wäre besser eine Korrespondenz, auf hektographischem Wege hergestellt, alle offiziellen Bekanntmachungen und Mittheilungen an die Redaktionen der Provinzpresse enthaltend, je nach Bedürfniß versandt; die lokalen Redaktionen müßten zur Erhaltung dieser Korrespondenz einen Abonnementsbeitrag leisten, und dadurch wären auch diejenigen Sozialdemokraten, welche nicht in der Lage sind, das Centralorgan halten zu können, in ihrem Organ über die Absichten der Parteileitung vollständig informirt. Denn was jedem Orte recht ist, ein Lokalblatt zu besitzen, das ist doch den Berliner Parteigenossen wahrhaftig billig. Sie haben es verstanden, den Abonnentenstand des „Volksblatt" in 3 Wochen von 12 000 auf 30 000 zu bringen, allerdings mit den Mitteln des Boykotts. Sie müssen doch diesen Berlinern Rechnung tragen. Wenn das „Volksblatt" Centralorgan wird, werden ewige Streitigkeiten vorhanden sein, weil wir dort eine entwickelte Gewerkschaftsorganisation haben und jede Gewerkschaft das Blatt auch gleichzeitig als Agitationsorgan für ihren Beruf benutzen will, und da sollen nun die ellenlangen Berichte ins Centralorgan kommen? Die kommen dann zu spät oder werden hinter wichtigeren Dingen zurückgestellt; und die Gewerkschaftsführer werden dann sagen: Da seht ihr für unsere Agitation wird gar nichts gethan. Dadurch wird ein Unwille in die Gewerkschaften getragen, wie er jetzt schon thatsächlich existirt. Das „Berliner Volksblatt" ist ein sehr wunder Punkt in der Berliner Bewegung; die Mehrzahl der Berliner Genossen verlangt da einen Einblick in die Verhältnisse des Blattes. Die Gewerkschaftsbewegung darf darunter nicht leiden, darum soll man das Blatt den Berlinern nicht nehmen, sondern ein neues Centralorgan gründen, wenn durchaus eins sein soll. Macht man das „Volksblatt" dazu, so wird das dauerndes Zerwürfniß erzeugen und das Blatt ein ewiger Zankapfel der Berliner Sozialdemokraten sein. Auch bezüglich der Festsetzung der Gehälter theile ich Vollmar's Ansicht. Ich bitte Sie, unbedingt den Parteivorstand so zu wählen, wie wir es vorschlagen.

Müller-Schkeuditz: Redner meint, daß die geübte Kritik, wenn sie auch zum Theil als schon nicht mehr anständig bezeichnet werden mußte, doch soviel ergebe, daß der Entwurf Mängel hat, die zu beseitigen sind. Es müssen vor allem Formen gefunden werden, welche uns vor der Gefahr behüten, mit dem Vereinsgesetz in Konflikt zu kommen. Die Zugehörigkeit zur Partei soll man nicht an einen bestimmten, laufenden Betrag binden; das kann von unseren ländlichen Bezirken, bei der Natur ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, nicht verlangt werden. Man soll nicht zu strikte Vor-

schriften aufnehmen, oder doch wenigstens Milderungsgründe zulassen, wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit, die von der Zahlung zu entbinden hätten. Mit der Vertretung auf dem Parteitage nach dem Entwurf ist Redner einverstanden. Agitatorisch ist gerade möglichst starke Vertretung der Kreise mit wenigen Parteigenossen erforderlich, da diese auf dem Parteitag lernen und die erworbene Kenntniß in ihre Kreise tragen und sie dort verwerthen sollen.

Metzner-Berlin I: Ich schließe mich dem Wunsche Vollmars an, daß die Diskussion möglichst leidenschaftslos geführt und jede verletzende Aeußerung bei Seite gelassen werden möchte, meine aber, daß dieser Wunsch von Allen beachtet werden sollte und bedaure, daß der nachfolgende Redner es sofort hat über sich gewinnen können, die Redewendung zu gebrauchen: er stehe nicht auf dem Standpunkte, daß er jeder Regierung Vertrauen schenke. Das ist eine Anknüpfung an Dinge, die gestern erörtert und völlig klargestellt worden sind; sie heute wieder hereinzuziehen, kann nur in der Absicht geschehen sein, sich der verletzenden Ausdrücke nicht begeben zu wollen. (Sehr richtig!) — Nun hören wir von Auer wie von Vollmar, daß wir möglicherweise verfolgt werden, welcher Art auch die Organisation sei, die wir uns geben; daß wir vor Anfechtungen in keinem Falle ganz sicher sind. Andererseits steht fest, daß wir, trotzdem uns jede Möglichkeit der Organisation fehlte, uns nicht nur zusammengefunden, sondern auch zusammengehalten und verstärkt haben. Sollen wir nun, um uns vor jeder Anfechtung zu bewahren, jede Organisation bei Seite lassen, oder sollen wir uns, nachdem wir dem Anschein nach wieder unter das gemeine Recht gestellt sind, dementsprechend in irgend einer Weise organisiren? Da meine ich, daß die ganz überwiegende Ansicht auf letzteres geht. Auf die Form müssen wir freilich näher, bis ins Einzelne, eingehen, denn gerade diese Frage ist es nothwendig, streng sachlich zu erörtern. Es ist vorgeschlagen worden, der Partei vom Parteitag einen Vorstand von 20 Personen geben zu lassen, um allen Widerwärtigkeiten zu entgehen. Thun wir etwas in dieser Richtung — nun, die Tessendorff's sind noch nicht alle geworden; sie werden im Auslegen erfinderisch sein und auch in der allerharmlosesten Form etwas finden, was sie anfechten können. Ich meine deshalb, wir müssen den Entwurf, wie er vorliegt, unter allen Umständen als Grundlage in Betracht ziehen. Von den Einzelfragen ist die: ob dauernder Beitrag oder nicht, auch in Berlin vielfach behandelt worden, man ist aber darüber nicht zur Klarheit gekommen, weil sich Theorie und Praxis, Wünsche und Erfahrungen gegenüberstehen, so daß die Kommission, für deren Einsetzung ich ganz entschieden bin, mit den Erfahrungen, die auf diesem Gebiete bereits gemacht worden sind, ganz besonders zu rechnen haben wird. Ich bin fest überzeugt, wenn allseitig der gute Wille vorhanden ist, uns ein Band zu geben,

das möglichst den Wünschen Aller entspricht, dann ist auch der scheinbare Widerspruch gelöst, der in den Ausführungen Auer's gefunden wurde, daß wir uns eine Organisation geben müssen und daß wir doch wahrscheinlich vergeblich arbeiten. Ich empfehle die Wahl einer Kommission von ganz besonders erfahrenen Männern aus möglichst allen deutschen Staaten.

Theiß-Hamburg ersucht zur Geschäftsordnung, die nachfolgenden Redner möchten nicht auf provokatorische Aeußerungen des Vorredners derart, wie eben geschehen, eingehen. Man kenne doch Werner's Art und solle nicht auf seine Versuche, Jemandem eins auszuwischen, immer wieder anbeißen. Das Beste sei, ihn gar nicht zu beachten.

Vorsitzender Singer: Ich bin nicht im Stande, einem Redner, wenn er sonst sachlich ist, aus solchem Grunde das Wort zu entziehen.

Keßler-Bernburg: Ich schließe mich ebenfalls der Mahnung Vollmar's durchaus an und werde mich freuen, wenn die Diskussion ferner sachlich geführt wird. Ich werde den Frieden nicht brechen, aber: wie man in den Wald hineinschreit, schallt es auch wieder heraus. Ich möchte das preußische Vereinsrecht etwas näher beleuchten. Liebe Genossen! Dieses preußische Recht gilt für den größten deutschen Staat, und wenn es auch höchst reaktionär ist, so bietet es doch den großen Vortheil, daß dem polizeilichen Einschreiten ein richterlicher Spruch folgen muß. Wenn Tessendorff gesagt hat, er würde alle Vereine vernichten, wir könnten uns nicht organisiren, so haben wir den Kampf aufgenommen und gezeigt, daß es dennoch Formen giebt, in welchen man sich in Preußen organisiren kann, die für Staatsanwalt und Polizei völlig unangreifbar sind. Diese Formen sind aber in dem Entwurf nicht dargestellt; der Entwurf bietet vielmehr dem Vereinsgesetz die allergrößte Angriffsfläche dar. Ich habe mich darüber gewundert, da ich aus Auer's Worten vernahm, daß man mit einem solchen Entwurf schon früher ein sehr schlechtes Geschäft gemacht habe. Man hat aber in dem neuen Entwurf die Angriffsfläche des vorigen noch vergrößert. Ein Vergleich des § 1 des Gothaer und des jetzigen Entwurfs zeigt, daß im letzteren der Begriff eines Vereins noch viel deutlicher und bestimmter zum Ausdruck kommt. Mit Interesse habe ich von dem Beschlusse gehört, den der Kongreß von 1877 gefaßt hat, der darin gipfelte, überhaupt keine Organisation zu schaffen; ich bin fest überzeugt, wenn unsere diesmalige Kommission sachgemäß und ernst verfährt, wird sie auch zu keinem anderen Resultat kommen, denn die Verhältnisse sind ganz dieselben wie früher, wir stehen unter denselben Gesetzen und der gleichen Handhabung dieser Gesetze wie früher. Will man in Preußen eine Organisation gründen, dann muß man von vornherein wählen, ob eine politische oder eine unpolitische; eine gemischte Form giebt es

nicht. Wählt man die unpolitische Form, so verzichtet man von vornherein darauf, politische Angelegenheiten in Versammlungen zu verhandeln; nimmt man die politische Form, dann kann man zwar verhandeln, was man will, aber was wie ein Verein aussieht oder durch Richterspruch dafür erklärt ist, darf unter keinen Umständen mit einem andern Verein in Verbindung treten. Wenn Werner meint, die Vereine könnten Gelder sammeln und an eine Centralstelle abliefern, so ist das ganz unmöglich; es würde sofort eine neue Vereinsbildung konstatirt werden und die Auflösung müßte erfolgen. Denn politische Vereine dürfen absolut nicht zu gemeinsamen Zwecken, auch nicht einmal zu einer Fahnenweihe, in Verbindung treten. Nach dem Reichsgerichts-Erkenntniß vom 2. November 1888 in dem großen Maurerprozeß ist die Kommission, die von einer größeren Versammlung gewählt ist, wenn diese letztere sich auflöst und die Kommission übrig bleibt, ein Verein; ein Vorstand, den wir einsetzen, wäre eine solche Kommission, und man könnte nur fragen: Sind schon zwei eine Mehrheit oder erst drei? Wählen wir noch eine Kontrollkommission, heiße sie wie sie will, so ist das wieder ein Verein, treten beide in Verbindung, dann klappt die Falle zu; beide werden aufgelöst und sind dem Gesetz verfallen. So bleibt denn nur der Vorschlag des Berliner Entwurfs, mit dem ich sonst nicht einverstanden bin: eine größere Kommission zur Führung der Verwaltung, welche aus sich heraus einen Vorstand für die Kommission wählt, der zugleich Parteivorstand ist. Es sind also sehr große Schwierigkeiten zu überwinden; in dieser Form geht es aber, wenn von allen Seiten klug und umsichtig verfahren wird. Ich bedauere, daß man die Sache immer von dem Gesichtspunkte betrachtet: wir würden in jedem Falle angefochten werden; gewiß, aber wir sollten diesem Pessimismus nicht Raum geben. In Sachsen und Bayern wird es so nicht durchzuführen sein, für Preußen aber läßt sich diese Form verwirklichen. — Im Einzelnen kann ich nur unterschreiben, was Vollmar gesagt hat. In die Fraktion setze ich kein Mißtrauen; wir können weder an der persönlichen Haltung der Einzelnen, noch an der prinzipiellen Haltung der Gesammtheit etwas aussetzen. Volle Preßfreiheit wünsche und vertrete auch ich. Die Kontrolle muß sich selbstredend auf alle von der Partei begründeten und verwalteten Blätter beziehen; die Auslegung Auers aber, wonach sogar ein einzelner Artikel schon zum Einschreiten Veranlassung gäbe, führt zur Aufhebung jeder Preßfreiheit. Das wäre eine Präventivzensur, und — vestigia terrent! Wie gegen die Dresdener und Magdeburger Zeitungen verfahren ist, das hat mich abgeschreckt. Ich bitte Sie, die Preßfreiheit zu sichern.

Stolle-Gesau: Als wir in der Fraktion den Entwurf beriethen, waren wir alle fest davon überzeugt, daß wir, wie er auch

ausfalle, nicht unangefochten bleiben würden. Es ist ja auch nur natürlich, daß die Parteigenossen von überall her aus dem großen, weiten Reich ihre besonderen Ansichten zur Geltung zu bringen versuchen würden. Doch sind immerhin nicht viele prinzipielle Aenderungen vorgeschlagen worden; die meisten der zahlreichen Anträge sind formeller Natur. Ueber die prinzipiellen haben die meisten sächsischen Delegirten sich in einer Vorbesprechung geeinigt und werden in deren Namen nur zwei Redner, Kaden und ich, sprechen. Für uns in Sachsen, dem klassischen Staat der Polizeigesetze, der klassischen Polizeiwillkür, ist die Gestaltung der Organisation von der allergrößten Wichtigkeit, namentlich ist dies die Frage, wer in Zukunft öffentlich der Partei als Genosse angehören darf. In Sachsen besteht das Vereinsgesetz von 1849, welches nach der Niederwerfung der Revolution gemacht wurde und eigentlich ein Ausnahmegesetz in Permanenz ist. Wir stehen da viel schlechter als unter dem Sozialistengesetz. In dem kurzen Zeitraum seit dem Verfall dieses Gesetzes sind mehr Versammlungen verboten worden, als jemals zuvor im gleichen Zeitraum. Wenn wir die Parteigenossenschaft erlangen sollen, ohne Gefahr zu laufen, diesem Vereinsgesetz zu verfallen, so darf die Forderung der „dauernden" Unterstützung der Partei nicht erhoben werden. Ich habe sie schon in der Fraktion bekämpft und bin erfreut, daß der Vorstand nicht mehr darauf besteht. Auch in Anbetracht unserer ökonomischen Verhältnisse war diese Forderung falsch. Ein großer Theil unserer armen, namentlich der ländlichen Bevölkerung wird nicht in der Lage sein, dauernd zahlen zu können. Aber nicht blos durch das Landesgesetz, sondern vielfach auch durch lokale Gesetze jeder einzelnen Stadt, durch Polizeistrafen ist es bei uns verboten, irgendwie einen Beitrag zu leisten. So sind noch in den letzten Wochen Polizeiverfügungen erlassen worden, welche bei 50 oder 100 Mark Strafe die Leistung eines Beitrags oder die Abhaltung einer Tellersammlung verbieten, ja welche das Darreichen von Almosen an Arme untersagen. Die „dauernde" materielle Unterstützung wäre also für uns eine große Gefahr, und wir beantragen daher einstimmig, sie zu streichen. — Was den Wahlmodus betrifft, so kann doch im Ernst von der Verletzung des demokratischen Prinzips nicht die Rede sein. Wenn noch die Verhältnisse in den großen und kleinen Städten und auf dem Lande die gleichen wären! Zudem hat der Fraktionsvorschlag agitatorisch den großen Vortheil, daß er die Möglichkeit erleichtert, unsere Bestrebungen in die Kreise zu tragen, wohin die Kenntniß von uns und unseren Zielen noch wenig gedrungen ist. Aus diesen Kreisen, die noch im Dunkel liegen, am Rhein, in Bayern, im preußischen Osten u. s. w., müssen die Parteigenossen möglichst zahlreich den Parteitag besuchen, um, zurückgekehrt, reichlicher den Samen für unsere Parteiziele ausstreuen zu können. In Berlin, wo sich

Tausende in Folge der ökonomischen Verhältnisse selbst zu Sozialdemokraten ausbilden, kann man sich leicht selbst helfen, und man soll daher nicht sagen, es sei undemokratisch, wenn auch ein Wahlkreis mit nur 70 oder 100 sozialdemokratischen Wählern einen Delegirten schickt. — Die Kontrollfrage ist im Entwurf so geregelt, weil uns eben diese Polizeigesetze abhielten, einen selbständigen Kontrollausschuß einzusetzen. Bis heute hat man noch nicht versucht, eine parlamentarische Fraktionskontrolle unter das Vereinsgesetz zu stellen. Die Zweifel an der Objektivität dieser Kontrole muß ich energisch abweisen. Sind denn die gewählten Abgeordneten so miserable, schlechte Charaktere, daß sie bei Dingen, die ihre Person betreffen, eine Einwirkung auf ihre Kollegen versuchen werden, ihr eigenes über das Parteiinteresse stellen werden? — Was das Centralorgan betrifft, so sind wir nach allen Verhandlungen der Meinung, daß wir heute nicht mehr mit einem „Volksstaat" oder „Vorwärts" nach früherem Muster kommen können. Wir müssen auf die gestiegene Ausdehnung der Partei und auf die Nothwendigkeit der täglichen Vertretung und Vertheidigung ihrer Prinzipien den Gegnern gegenüber Rücksicht nehmen. Darum stimmen wir dem Fraktionsvorschlag zu. — Von den selbstständigen Anträgen müssen wir denjenigen einiger Berliner Genossen entschieden bekämpfen, der dahin geht: „Betreffs Aufstellung von Kandidaten zu einer Gesetzgebungs- oder Verwaltungs-Körperschaft haben die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise oder Orte die Zustimmung vom Vorstand einzuholen." Womit wollen Sie denn den Parteivorstand noch belasten? Ich bin erstaunt, daß gerade von der Seite ein solcher Antrag ausgeht. Das heißt doch, den Genossen alle Bewegungsfreiheit nehmen; in diesem Punkte haben die Männer in Berlin, so Gutes sie geleistet haben, kein größeres Recht, als bei uns die kleinste Landgemeinde. (Sehr gut! Bravo!) Ich halte dafür, daß der Parteitag den Antrag einstimmig ablehnen wird. (Beifall.)

Thierbach-Königsberg in der Neumark: Auch wir sind für Streichung des Wortes „dauernd;" seine Aufrechterhaltung ist unter den heutigen Verhältnissen ein Ding der Unmöglichkeit. Von vielen Seiten sind sonstige Aenderungen vorgeschlagen, von Berliner Kollegen ist sogar ein vollständiger Gegenentwurf eingebracht worden. Ich stehe, zumal nach Vollmars und Werner's Ausführungen, auf dem Standpunkte, daß wir uns in Acht nehmen müssen, mit dem preußischen Vereinsgesetz in Konflikt zu gerathen, daß wir nach dem Berliner Antrag einen einzigen Vorstand aus 20 oder 16 Personen einsetzen müssen. In der Kontrollfrage bin ich aber anderer Meinung; ich hege kein Mißtrauen gegen die Fraktion und kann die in dieser Richtung geäußerten Befürchtungen nicht theilen. Ursprünglich war auch ich gegen das „Volksblatt" als Centralorgan; nach reiflicher Ueberlegung aber meine ich, Berlin, das zugleich noch ein Wochen-

blatt besitzt, kann sehr wohl das „Volksblatt“ den Genossen Deutschlands übergeben. Den Gewerkschaftsinteressen wird das Blatt sicherlich Rechnung tragen; es wird gewiß vom 1. Januar 1891 ab diesen Interessen eine Extrabeilage zur Verfügung stellen, auch wohl eine Erweiterung der Redaktion vornehmen, um diese Interessen weiter, wie bisher, zu pflegen. Mit dem Vorschlag einer Kommissionsberathung bin ich einverstanden.

Schönfeld-Dresden: Auch ich gehöre zu den Bösewichtern, die mit dem Organisationsentwurf nicht ganz einverstanden sind. Hätte man diesem Entwurf Motive beigegeben, dann hätte die Kritik nicht die Schärfe angenommen, die Auer beklagte.

Die Verpflichtung zur materiellen Unterstützung der Partei sollte man als moralischen Zwang festlegen, nicht aber die Mitgliedschaft von der dauernden materiellen Unterstützung abhängig machen. Ich bin aber mit dieser Ansicht in Dresden nicht durchgedrungen, die Dresdener beantragen nur, daß Erwerbslosigkeit von jener Verpflichtung entbinden soll.

In Bezug auf die Zugehörigkeit zur Partei beantragen wir, daß ehrlose Handlungen gegen die Partei von der Partei ausschließen. Wir können nicht das, was heute der bürgerlichen Moral als ehrlos gilt, auch für uns reklamiren. Wenn z. B. Jemand aus Noth ein Stück Brod stiehlt, so kann uns das noch nicht bestimmen, den Mann von uns zu weisen.

Bezüglich der Vertretung auf dem Parteitag stimmen wir dem von Vollmar in der „Münchener Post“ vorgeschlagenen System der proportionalen Vertretung zu.

Hinsichtlich der Kontrolle über die prinzipielle Haltung der Parteiorgane können wir dem Entwurf nicht zustimmen. In Dresden war bekanntlich ein Zeitungsstreit in der Frage des 1. Mai. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ stand auf dem Boden der Dresdener Genossen und beharrte auf demselben, nachdem in Halle die Fraktion einen anderen Standpunkt eingenommen. Da nun anzunehmen ist, daß in einem solchen Falle der Parteivorstand, die Parteikontrolle, eingreifen und das Blatt verpflichten würde, in ihrem Sinn zu schreiben, so ist die Bestimmung für mich unannehmbar. Ich gestehe den Genossen am Ort zu, die Kontrolle über die Zeitungen auszuüben, aber nicht dem Parteivorstande, weil dann eine gewisse schablonenmäßige Schreibweise bei der Presse eintreten müßte.

Das „Berliner Volksblatt“ zum Centralorgan zu wählen, halte ich für verfehlt. Ein Lokalorgan darf nicht zugleich Centralorgan sein. Die Genossen außerhalb Berlins müßten den ganzen Ballast des „Volksblattes“ mit in den Kauf nehmen. Es müßte ein selbstständiges Centralorgan geschafft werden, in dem der Parteivorstand seine Ansichten geltend machen könnte.

Dietz übernimmt den Vorsitz.

Stengele-Hamburg: Wir Hamburger wünschen, daß die Fraktion verpflichtet, nicht berechtigt ist, auf dem Parteitag zu erscheinen. Die Mittel hierzu werden sich in irgend einer Weise beschaffen lassen.

Das „Berliner Volksblatt" als Centralorgan würde der Lokalpresse der kleineren Städte Abbruch thun. Der lokale Theil des Volksblatts, mit seiner breiten Schilderung der Berliner persönlichen Streitigkeiten, ist für das übrige Deutschland von gar keinem Interesse, ja in gewissem Sinne sogar schädlich.

Wir in Hamburg II. beantragen weiter, daß, sofern gesetzliche Hindernisse nicht im Wege sind, ein Parteiausschuß an Stelle der jetzt normirten Kontrollkommission der Reichstagsfraktion gewählt werde. Wir wünschen also, daß die Kommission selbstständig gewählt werde, und nicht die Fraktion als solche eine besondere Kommission bilde. Die Aufgaben der Fraktion und der Kontrollkommission sind sehr verschiedene. Was nun die vereinsgesetzlichen Bedenken betrifft, so hat seiner Zeit das Hamburger Oberlandesgericht entschieden, daß die Mitglieder einer solchen Kommission nicht als Verein zu betrachten sind. Hiernach würde also der Gründung einer selbstständigen Kommission nichts im Wege stehen.

Liefländer-Osthavelland: Die Auer'sche Rede hat mich im Allgemeinen sehr erfreut, denn sie hielt sich, im Gegensatz zu anderen Fraktionsgenossen, in sachlichen Grenzen, und war nicht geeignet andere Parteigenossen, wenigstens indirekt, zu beleidigen.

Mit dem Organisationsentwurf, wie er von der Fraktion vorgelegt worden ist, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Die „Abänderungsanträge zum Organisationsentwurf" von den Berliner Genossen sind entschieden vorzuziehen. Der Ausdruck „Genossen" in § 1 ist jedenfalls präziser, als der Ausdruck „Personen". In Bezug auf die Wahlen zum Parteitag muß eine bestimmte Grenze gezogen werden, und es dürfen nicht, wie gesagt worden, aus den Kreisen beliebig viel Delegirte hergeschickt werden.

Die Opposition hat gar kein Mißtrauen zur Fraktion insgesammt; wir wünschen ihr nur nicht noch größere Macht zu übertragen, als sie heute inne hat, und das ist in dem Berliner Antrag ausgesprochen. Es kann kein Mißtrauen darin erblickt werden, wenn wir beantragen, der Parteitag solle die Besoldung der thätigen Mitglieder des Parteivorstandes festsetzen. Der Parteitag ist doch die höchste Instanz, und es würde Mißtrauen hervorrufen, wenn die Parteifraktion einseitig die Besoldungen feststellte. Die Kritik hat nicht das Gehässige gehabt, was man ihr zuschreibt. Auer hat auf die gegnerische Presse hingewiesen. Ja, seit wann kümmern wir uns um die gegnerische Presse? Hat sie nicht die Reden verdreht, hat sie nicht die Reden Bebel's benutzt, um gegen uns Propaganda zu machen? Warum jetzt diese Empfindlichkeit,

früher ist doch viel schärfere Opposition gemacht worden! Wir sind doch nicht hierhergekommen, um uns Süßigkeiten zu sagen! Grade die Parteigenossen, die an der Spitze der Leitung stehen, und denen wir eine höhere Intelligenz zuschreiben müssen, sollten nicht ihre Meinung in einer die Opposition verletzenden Weise zum Ausdruck bringen und dadurch zu neuer Opposition Anlaß geben. (Sehr richtig!) Es bekundet einen schwachen Standpunkt und eine schwache Intelligenz, wenn man auf den groben Klotz einen noch gröberen Keil setzt; das ist nicht der Weg zum Frieden. Vollmar stimme ich völlig bei. Er hat das ausgeführt, was die sogenannte Opposition in Berlin ausgeführt hat. Die „Opposition" beschränkt sich nicht auf Berlin. Nein, wir sind auch in der Umgegend von Berlin derselben Ansicht. Wir verurtheilen es, wenn von Berlin gehässig vorgegangen wird, aber auch, wenn das von der anderen Seite geschieht. Eine Partei, welche die Toleranz auf ihre Fahne geschrieben, muß zunächst selbst tolerant sein.

Die Vereinigung möchten wir möglichst lose gestaltet haben. Als früheres Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins wäre ich für eine möglichst straffe Centralisirung; aber da jede derartige Organisation aufgelöst werden wird, so möchte ich mich für die lokale Organisation erklären.

In Bezug auf die Presse kann ich der Fraktion als solcher kein Kontrollrecht einräumen. Es kann aus der Mitte des Parteitages sehr wohl eine Kommission bestellt werden. Außerdem wissen die Genossen am Orte am besten über die Haltung ihrer eignen Presse ein Urtheil zu fällen.

Für ein Centralorgan bin ich selbstredend; aber ich wünsche nicht, daß es täglich erscheint. Ein dreimal wöchentlich erscheinendes Blatt könnten auch die ärmeren Parteigenossen in Ostpreußen, Schlesien und anderswo halten. Das „Volksblatt" ist auch viel zu theuer, und die Genossen haben gar nicht die Zeit, den ganzen Ballast zu lesen. Ich habe beantragt, daß, wenn ein Centralorgan geschaffen wird, es wenigstens völlig Eigenthum der Partei wird, damit der Profit des „Berliner Volksblatt" und der anderen Berliner Parteiblätter und aus dem Druck der Broschüren, der sich auf 100 000 Mark belaufen wird, und der den Privatdruckern in die Tasche fließen würde, der Partei wieder zugute komme. Dieser Antrag mag Manchem unangenehm sein, aber ich werde ihn nachher vertheidigen.

Wilschke-Berlin: In Bezug auf § 3 Absatz 2, wo es heißt: „Insofern der Wahlkreis durch einen Ort oder durch Theile eines Ortes gebildet wird, ist nur ein Vertrauensmann zu wählen," wünschen meine Auftraggeber, daß in der Regel nur ein Vertrauensmann gewählt wird, je nach Lage und Stärke des Wahlkreises.

Im übrigen glaubt Redner, daß es genügte, wenn zu den

Parteitagen aus jedem Kreise ein Delegirter käme. Als Centralorgan erscheint ihm das „Volksblatt" nicht geeignet; wird es aber doch dazu genommen, dann müsse es so billig als möglich abgegeben werden.

Klein-Berlin: Als Parteigenosse sollte Jeder gelten, der das Parteiprogramm anerkennt. Der Unterschied zwischen organisirten und nicht organisirten Parteigenossen ist schwer durchzuführen. Bei der Streikbewegung haben wir auch die unorganisirten Kollegen mit in den Kauf nehmen müssen.

In Rücksicht auf die Vereinsgesetze giebt Redner anheim, ob es nicht zweckmäßig wäre, sich eine ganz lose Organisation, nach Art der einzelnen Gewerkschaften mit dem Vertrauensmännersystem, zu geben. Die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages sollte man nicht allzu leicht, aber auch nicht zu schwierig machen.

Schmidt-Berlin: Die Bedenken Vollmar's gegen das Vertrauensmännersystem werfen, wenn sie berechtigt sind, die vorgeschlagene Form der Organisation über den Haufen.

Die Wahl einer besonderen Kontroll-Kommission ist nach den Keßler'schen Ausführungen absolut unmöglich. In dieser Beziehung bietet der Berliner Antrag auch dem sophistischsten Staatsanwalt nicht die geringste Angriffsfläche dar. Stolle hat gesagt, die Erfahrung habe uns bisher belehrt, daß Kommissionen, welche von der Fraktion einer Partei eingesetzt werden, nicht als politische Vereine angesehen werden und daß auch nicht die Gefahr bestehe, daß, wenn sie mit einander in Verbindung treten, sie mit dem Vereinsgesetz kollidiren. Wir müssen aber bedenken, daß die Sozialdemokratie bisher eine solche Institution nicht gehabt hat, und die Erfahrung von anderer Seite beweist für uns nichts. Was dem einen erlaubt, ist dem andern verboten; das zeigt unsere Gewerkschaftsbewegung im Vergleich zur Innungsbewegung und den sonstigen Unternehmerverbänden. Diese können sich zusammenthun in Kongressen, Vereinen und Korporationen und politische Angelegenheiten erörtern, wir nicht.

Die von uns vorgeschlagene und von Stolle angefochtene Bestimmung, daß der Vorstand befugt sein soll über die aufgestellten Kandidaturen in den Kreisen ein Urtheil abzugeben, ist keineswegs überflüssig und kleinlich. Die Genossen am Ort können nicht immer wissen, ob der aufgestellte Kandidat auch das Vertrauen der Partei verdient und ob er schon etwas für die Partei gethan hat. Bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen war Kandidatenmangel, und es sollte ein Holzhändler als Kandidat aufgestellt werden, der nicht einmal unser Programm anerkannte. So etwas muß vermieden werden.

Der Wahl des „Berliner Volksblatt" zum Centralorgan haben wir keine Veranlassung entgegenzutreten. Die Genossen in der Provinz haben ja nicht die Verpflichtung, auf das Volksblatt zu

abonniren. Die Provinzialblätter können einfach sagen, der Parteivorstand hat im Centralorgan das und das veröffentlicht.

Es wird Schluß der Diskussion beantragt, aber abgelehnt.

Von einer Seite wird zur Geschäftsordnung bemerkt, es hätten schon 5—6 Berliner Genossen gesprochen, ohne weitere Momente anzuführen.

Vorsitzender Singer: Ich für meine Geschäftsführung kenne weder Berliner, noch andere lokale Genossen, sondern nur Mitglieder des sozialdemokratischen Parteitages. (Sehr richtig!) Jeder hat dasselbe Recht und kommt in der Reihenfolge zum Wort, in der er sich gemeldet hat.

Faber-Frankfurt-Lebus: Die Berliner haben sich 5- bis 6mal zu demselben Thema geäußert. Die einzelnen Kreise sollten sich verständigen und nur einen Redner wählen.

Vorsitzender: Darüber können wir hier doch unmöglich beschließen!

Jochem-Danzig: Ich bin der Ansicht, daß eine feste Organisation nicht geschaffen werden kann. Der Entwurf hat auf mich den Eindruck gemacht, als wenn er ein Statut eines Vereins wäre. Die sozialdemokratische Partei ist so mächtig, daß sie auch ohne eine eiserne Form bestehen kann. So war es nach dem Freiberger Prozeß und warum nicht nach dem Fall des Sozialistengesetzes? Soll aber eine feste Organisation geschaffen werden, so beantrage ich zu § 1, daß Jeder Parteigenosse ist, der für die Partei thätig ist. Die Parteigenossen werden zahlen, ob das hier steht oder nicht. In Bezug auf die Vertretung zum Parteitag bin ich für das Proportionalsystem. Was das Parteiorgan betrifft, so habe ich mich durch die Gründe Auer's für das „Berliner Volksblatt" umstimmen lassen. Ein eigenes Centralorgan würde keine hohe Abonnentenzahl haben und nicht gelesen werden. Ein Organ auch für Ost- und Westpreußen zu schaffen, wäre falsch. Ein Parteiorgan soll keine Agitationsschrift, sondern eine Zeitschrift sein, welche die Genossen auf dem Laufenden erhält.

Kandt-Rostock: Wir in unserer engeren Heimath können von dieser ganzen Organisation absolut keinen Gebrauch machen, abgesehen vielleicht vom Parteivorstand. Indessen, ich spreche hier auch für die Allgemeinheit; da meine ich, daß in § 1 unbedingt die dauernden Beiträge wegfallen müssen. Wer einen bestimmten Beitrag zahlt, muß nothwendiger Weise gebucht werden, und daraus würde der Staatsanwalt mit Leichtigkeit die Existenz eines Vereins konstruiren.

Redner schildert nun die bekannten politischen Zustände Mecklenburgs und erklärt, so pessimistisch geworden zu sein, daß es ihn nicht mehr wundern würde, wenn er es eines Tages erleben sollte, daß die Staatsanwaltschaft eine einzelne Person für einen politischen

Verein hält. (Oh!) In der Interpretation und Konstruktion sind die Herren sehr findig, dagegen sind wir Kinder. Deshalb theile ich Auer's Meinung, daß uns alles zu Schanden gemacht werden wird.

Wir haben den Organisationsentwurf nicht in öffentlichen Versammlungen berathen können, wie Sie, sondern nur privatim. Wir haben uns aber dahin geeinigt, daß es nicht gut ist, das „Berliner Volksblatt" als Centralorgan zu wählen. Ein solches Organ ist uns zu theuer; auch interessirt es uns nicht, zu erfahren, was der Schuhmacher Müller oder der Schneider Schulze in einer Berliner Versammlung geredet haben. Meine Freunde sind für ein wöchentlich dreimal erscheinendes, neues Centralorgan.

Meyer-Frankfurt a. M.: Ohne eine Organisation werden wir zu unseren Wählern nicht zurückkehren dürfen. Der vorliegende Entwurf ist aufgebaut auf dem System der Vertrauensmänner. Obgleich ich nun allen Respekt vor der Findigkeit der preußischen Staatsanwälte habe, so gestehe ich, daß es mir bis dato nicht vorgekommen ist, daß ein Vertrauensmann als politischer Verein erklärt worden ist. Ich bin also im Prinzip für den Entwurf. Das Wort „dauernd" im § 1 muß gestrichen werden. Weiter bin ich dafür, daß die Einberufung des Parteitages, mit Rücksicht auf die ländlichen Kreise, nicht vier, sondern sechs Wochen vor der Abhaltung des Parteitages im Parteiorgan publizirt werden muß. Gegen ein täglich erscheinendes Centralorgan ließe sich nichts einwenden, man wird aber neben demselben nicht noch ein Lokalblatt halten können, und insofern würde allerdings die Lokalpresse verdrängt werden. Niemand von uns will den Berliner Lokalklatsch lesen, der kann vollständig in Berlin bleiben. Wird aber das „Volksblatt" gewählt, so mag es in einem Bogen für die Provinz erscheinen, das Uebrige aber kann in Berlin bleiben.

Emmel-Aschaffenburg: Ich bin mit der Ausführung des Vorredners einverstanden. Nachdem wir wieder dasselbe Recht haben, wie die anderen Parteien, müssen wir auch danach trachten, möglichst ähnliche Organisationen, wie die Gegner sie haben, für uns zu schaffen. Wird uns dies verwehrt, so gewinnen wir der Regierung gegenüber ein Agitationsmittel, welches wir nicht unterschätzen dürfen. Ohne Organisation werden dann unsere Genossen mehr leisten, als mit einer solchen, denn sie werden sich enger zusammenschließen. Aber der Versuch muß wenigstens gemacht werden. Ich bin für die Fraktion als Kontrollkommission. Ein Ausschuß, in einer Stadt gewählt, würde viel parteiischer sein als die Fraktion, deren Mitglieder über ganz Deutschland verbreitet wohnen. Dazu kommt, daß die Fraktion, nach dem Vereinsgesetz, noch nicht als Verein gilt und einen großen Theil des Jahres in Berlin zusammen ist. Am Besten wäre es wohl, wenn die Presse Eigenthum der

Partei würde. Ich fürchte aber nicht, daß die Fraktionsmitglieder, selbst wenn sie Leiter von Blättern sind, aus persönlichen Gründen, in ungerechtfertigter Weise, gegen ein Blatt vorgehen würden. Gegen ein solches Gebahren würde sich sofort eine Opposition erheben und ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden. Ich habe keine Furcht, daß die Fraktion diktatorisch handeln könnte; denn nicht die leeren Formen machen die Demokratie aus, sondern der Geist der Demokratie, der in uns Allen lebt, muß den Ausschlag geben. (Bravo!) Das Centralorgan muß billig sein und möglichst verbreitet werden. Es wäre am einfachsten, wenn nur das Hauptblatt zu einem niedrigeren Preise nach außerhalb verschickt würde, die Berliner können auf die lokale Beilage besonders abonniren.

Schibolsky-Niederbarnim: Wir bitten Sie, dem zweiten Passus des § 4 folgende Fassung zu geben:

> Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl, mit Angabe ihrer genauen Adresse, sofort dem Parteivorstande mitzutheilen; in denjenigen Wahlkreisen, wo mehrere Vertrauensmänner in verschiedenen Orten gewählt werden, haben die gesammten Vertrauensmänner des Kreises aus ihrer Mitte einen Obmann zu wählen, der seine Adresse an den Parteivorstand abgiebt.

Die Debatte wird abgebrochen.

Bebel macht Vorschläge über die in die 25er Kommission zu wählenden Personen. Zunächst müßten alle diejenigen Richtungen in der Kommission vertreten sein, die hier während der Debatte ihre abweichenden Ansichten vertreten haben. Zweitens müßte Rücksicht genommen werden auf die verschiedenen Gegenden und Provinzen Deutschlands. Drittens müßten solche Personen gewählt werden, die auf Grund ihrer bisherigen Thätigkeit mit dem Organisationswesen genau vertraut sind. Viertens gehören in die Kommission einige Mitglieder der Fraktion, die theils durch ihre persönliche Stellung bei der Berathung in der Fraktion selbst, theils, wie Vollmar, außerhalb derselben sich veranlaßt sahen, gegen den Entwurf Stellung zu nehmen. In der Fraktion selbst — ich verrathe kein Geheimniß — standen sich Auer und meine Person in wesentlichen Dingen und Anschauungen gegenüber. — Bebel schlägt nun fünfundzwanzig Namen vor, darunter drei Abgeordnete.

Außerdem werden noch weitere Namen vorgeschlagen.

Ein Antrag von Zubeil-Berlin, die Bebel'sche Liste en bloc anzunehmen, wird abgelehnt, nachdem Stolle darauf hingewiesen, daß damit die freie Willensmeinung der Abstimmenden beschränkt wird.

Auerbach wünscht, daß in die Kommission auch eine Frau, zum Beispiel Frau Ihrer, gewählt werde.

Die Wahl der Kommission wird nach dem Vorschlage des Vorsitzenden in derselben Weise, wie bei der Neunerkommission

morgen, vor Beginn der Sitzung, durch Stimmzettel erfolgen. Der Vorsitzende theilt schließlich auf Befragen mit, daß Dr. Rüdt vom Bureau nicht beauftragt worden sei, auf dem Kommerse im Namen der Partei zu sprechen.

Schluß 1 Uhr 26 Minuten.

Nachmittagssitzung.

3¼ Uhr. — Den Vorsitz führt Dietz.

Vor der Tagesordnung berichtet:

Pfannkuch, als Referent der Mandat-Prüfungskommission, über das Ergebniß der nochmaligen Prüfung der Krefelder Mandate. Die Kommission beantragt, das Mandat von Carl Wesch, der als alleiniger Kandidat gewählt ist, für giltig anzuerkennen, dagegen das des Genossen Lichtenberg, der in einer fünf Tage späteren Besprechung etlicher Genossen mit der Vertretung der Krefelder betraut worden ist, für ungiltig zu erklären.

Ohne Debatte wird demgemäß beschlossen. Darauf setzt der Parteitag die Generaldiskussion über den Organisationsentwurf fort.

Gottschalk-Hamburg: Die Hamburger glauben darauf beharren zu müssen, daß ein dauernder Beitrag durchaus nothwendig ist, um die Zugehörigkeit zur Partei zu verbürgen. Wenn die Partei als solche prosperiren soll, muß sie Geld haben, und das kann sie doch nicht aus dem Aermel schütteln, es kann auch nicht von Einzelnen hergegeben werden. Was die Vertretung auf dem Parteitag anbetrifft, so würden die Hamburger auch mit zwei Delegirten zufrieden sein, da es für die Propaganda jedenfalls förderlicher ist, wenn die ländlichen Wahlkreise möglichst viel Vertreter entsenden. (Sehr gut!) Nehmen Sie auf 5000 Wähler einen Delegirten, dann würde Berlin deren 34 zu stellen haben. Was würde das der Partei nützen? Aus derselben Erwägung haben die Hamburger auch prinzipiell keine Abgeordneten gewählt; die Abgeordneten aber besitzen selbstverständlich unser Vertrauen nach wie vor. Wenn 15 Wahlkreise, oder die Unterschriften von 10 000 Parteigenossen als Voraussetzung für die Berufung eines außerordentlichen Parteitages hingestellt werden, so entsteht doch die Frage, wie sollen diese Unterschriften kontrollirt werden? Das ist einfach ein Unding. Die 15 Wahlkreise können ja bleiben, die Zahl ist besser als sechs oder sieben, wodurch es die Berliner leicht haben würden, einen Extraparteitag für sich einberufen zu lassen; die Bedingung der 10 000 Unterschriften aber wäre zu streichen. Daß der Parteitag die Höhe der Gehälter des Vorstandes festsetzt, wie die Berliner

Genossen beantragen, halten wir für unmöglich; das muß dem Ausschuß oder der Fraktion überlassen bleiben, die doch erst kontrolliren müssen, was für Arbeit erwächst. Dieser Parteitag kann das nicht übersehen; der nächste würde schon wenigstens annähernd dazu in der Lage sein. Die Kontrolle der Presse nehmen wir unbedingt für die Parteigenossen am Orte in Anspruch; im Falle einer Streitigkeit, ist der Ausschuß zur Entscheidung heranzuziehen. Einen solchen Ausschuß befürworten wir, und nicht etwa aus Mißtrauen gegen die Fraktion. Wir sind der Meinung, daß das Mißtrauen garnicht erst geweckt werden soll, daß wir die Fraktion vor solchen Anschuldigungen, inkorrekt zu handeln und dergleichen, bewahren müssen. Sonst sind wir eventuell auch dafür, daß der Vorschlag auf Einsetzung eines einzigen Ausschusses von zwanzig Personen mit einer aus sich heraus gewählten Exekutive von fünf Personen angenommen wird; wenn die fünfzehn andern, die kontrollirenden, zum Theil der Fraktion, zum Theil den Genossen des Parteitages entnommen werden, dann ist die Sache vollständig und glücklich geregelt. Der Vertrauensmännerfrage sollte nicht solches Gewicht beigelegt werden. Ein in öffentlicher Versammlung gewählter Vertrauensmann kann als Person mit anderen Personen in Verbindung stehen, da ist keine geheime Verbindung festzustellen; er kann auch Agitation treiben, ohne der Geheimbündelei beschuldigt zu werden. Die Organisation muß so eingerichtet sein, daß es auch möglich bleibt, sie aufrecht zu erhalten; darum sollten wir Genossinnen nicht aufnehmen, weil das gegen das preußische Vereinsgesetz verstößt.

Theiß-Hamburg: In meiner Stellung zum Organisationsplan haben mir meine Schleswiger Mandanten völlige Freiheit gelassen; meine Ausführungen dazu mache ich auf Grund der von mir gesammelten Erfahrungen. Die gegen den Entwurf lautgewordene abfällige Kritik ist mir von allem Anfang an ziemlich überflüssig erschienen, da doch bei allen darüber stattgehabten Diskussionen die Für- und Gegengründe nicht so eingehend untersucht werden konnten, als hier, wo uns Auer's Vortrag erst das vollständige Material zur Verfügung gestellt hat. Danach haben sich auch meine Anschauungen in manchen Punkten berichtigt. In einem Hauptpunkte aber muß ich bei meiner Meinung bleiben; ich halte nach wie vor für ganz verkehrt, daß, wie bisher, die Fraktion die Parteileitung haben soll. Es ist für die Zukunft die ganz spezielle Aufgabe unserer Fraktion, sozial-reformatorisch im Reichstag vorzugehen; darauf wird sie ihre ganze Kraft zu verwenden und gar keine Zeit haben, auch noch das Kontrollamt mit zu versehen. Redner acceptirt den Berliner Vorschlag über die Bildung des Partei-Vorstandes, verlangt aber volle Organisationsfreiheit für die einzelnen Kreise. In Bezug auf die Parteipresse tritt er den Ausführungen des Referenten bei, und

giebt er dem Wunsche Ausdruck, daß die offiziellen Wochenblätter sich in Zukunft nicht mehr die Abonnenten wegzufischen suchen.

Auerbach-Berlin (zur Geschäftsordnung): schlägt vor, den Vormittags abgelehnten Vorschlag: Bebels Liste für die 25er Kommission en bloc anzunehmen, nun doch zu acceptiren, da im andern Fall, das Wahlresultat erst Sonnabend festgestellt werden könne und die Verhandlungen sich bis in die nächste Woche hineinziehen würden. Nach kurzer Debatte für und wieder stellt der Vorsitzende Tietz die Unterstützungsfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt und nachdem an Stelle der zurücktretenden Genossen Ehrhardt und Woldersky, die Frau Ihrer und Kandt-Rostock auf die Liste gesetzt sind, diese, entsprechend dem Antrag Auerbach, nun mit großer Mehrheit angenommen.

Der Vorsitzende theilt noch mit, daß auch Genosse Tölcke für die Kommission vorgeschlagen worden wäre, wenn man nicht bedacht hätte, daß dem alten Herrn die Anstrengung nicht gut thun würde. Tölcke werde aber eingeladen werden, der Kommission mit Rath und That, soweit angänglich, zur Seite zu stehen. (Bravo!)

Hierauf wird die unterbrochene Debatte wieder aufgenommen.

Schweer-Hamburg: Das Centralorgan muß ein täglich erscheinendes Blatt sein. Ich fürchte nicht, daß es deßwegen den Lokalblättern Konkurrenz machen wird. Erscheint es blos ein- oder zweimal in der Woche, so wäre der materielle Erfolg jedenfalls zweifelhaft und die Nothwendigkeit von Zuschüssen aus der Parteikasse wahrscheinlich. — Mein Wahlkreis hat mich beauftragt, hier dafür einzutreten, daß die Gehälter der festbesoldeten Vorstandsmitglieder vom Parteitag festgesetzt werden, nicht vom Parteivorstande. Man soll allen unangenehmen Eventualitäten aus dem Wege gehen; man soll nicht die Möglichkeit zulassen, daß gesagt werde, der Vorstand habe sich eine gute Besoldung angedeihen lassen. Auch dagegen müssen wir uns aussprechen, daß die Delegirten aus der Parteikasse Diäten beziehen sollen, wie beantragt ist; wir meinen, die Kosten für die Delegirten sollen einzig und allein von ihren Wahlkreisen aufgebracht werden.

Es sind 4 Schlußanträge eingegangen.

Liebknecht gegen den Schluß: Ich bitte Sie dringend, den Antrag abzulehnen. Der Entwurf ist schon vor Monaten vorgelegt worden, er ist in der Presse eingehend kritisirt worden; alle dort vorgebrachten Punkte müssen auch hier erörtert werden. Es ist behauptet worden, die Majorität, oder der Vorstand, wolle die Minorität vergewaltigen. Darum erst recht ist es nothwendig, daß Jeder zum Worte kommt, der an diesem Entwurf etwas auszustellen hat; denn es handelt sich hier um etwas, was auf längere Zeit für uns Gesetz sein soll. Ich warne davor, durch die Annahme des Schlußantrages auch nur den Schein zu erwecken, als

wollten Sie die Minorität vergewaltigen. Glauben Sie nicht, daß durch den Schluß die Debatte abgekürzt wird. Diejenigen, denen das Wort jetzt abgeschnitten wird, werden alles versuchen, später doch mit ihrer Meinung zum Worte zu kommen, und es wird bei ihnen ein Gefühl der Unbefriedigtheit zurückbleiben. Lassen Sie es nicht dazu kommen. Die Kommission kann ja glücklicherweise schon heute zusammentreten und die Arbeiten des Kongresses werden dann bis zum Ende der Woche erledigt sein.

Meister-Hannover für den Schluß: Man scheint doch ein rascheres Tempo zu wollen. Schließen wir nicht, so bekommen wir doch alle diese Reden nachher bei der Berathung des Kommissionsberichtes noch einmal. Von einer Vergewaltigung wird man nicht sprechen können.

Der Schluß der Diskussion wird mit großer Mehrheit angenommen.

Das Schlußwort erhält

Referent Auer: Dem Wunsche, daß wir uns bei unseren Verhandlungen größerer Objektivität befleißigen möchten, schließe ich mich aus vollem Herzen an; auch meine Sache ist es nicht, Gegensätze besonders herauszukehren und was uns versöhnt und bindet zurückzudrängen. Wie aber die Dinge gekommen sind, nachdem man seit Wochen und Monaten die Verfasser des Entwurfs in der rücksichtslosesten Weise angegriffen hat, dürfen sie dem Referenten es nicht verdenken, wenn er sich dagegen im Namen der Verfasser vertheidigte. Ich bin für durchaus sachliche, von jeder Gehässigkeit freie Verhandlung. Schlägt man mir gegenüber aber einen anderen Ton an, wie es thatsächlich geschehen ist, dann halte ich es damit, daß die beste Deckung der Hieb ist, und setze auf einen Schelmen anderthalbe! So habe ich dieses Mal gehandelt, so gedenke ich es auch in Zukunft zu halten. Liefländer beanstandete, daß ich einen Satz aus der gegnerischen Presse zitirt hätte, und meinte, was kümmern uns die Gegner. Gerade die Gegner in dieser Frage unter unseren Parteigenossen haben aber zuerst die gehässigsten Urtheile aus der gegnerischen Presse in ihre Organe aufgenommen, um zu zeigen, wie gefährlich der Vorschlag sei. Aber auch unsere eigene Presse hat Leistungen aufzuweisen, die weit über das erlaubte Maaß der Kritik unter Genossen hinausgingen. Ich bringe dafür einen ganz kurzen Beleg. Der Punkt wegen Festsetzung der Höhe der Gehälter ist doch gewiß so nebensächlich wie nur etwas; und gerade in diesem Punkte wurden die gehässigsten Angriffe laut und zwar gegen Personen, welche durch ihr ganzes Thun und Handeln über jeden Verdacht nach dieser Richtung hin erhaben sein sollten. Die „Dresdener Arbeiter-Zeitung“ enthielt in ihrer Nummer 102 vom 24. August einen „Der Organisationsentwurf“ überschriebenen Artikel, in dem gegen Bebel polemisirt wird. Da heißt es: „Wird

Herr Bebel es nicht zugeben, daß es für die Wirkung vollständig gleichgiltig ist, ob das Geld, über das man im Uebrigen frei verfügen darf, einem selbst oder Jemand anderem gehört? Besonders überzeugend klingt so etwas nicht, und dieses Rechthabenwollen um jeden Preis ist nur geeignet, einem Betrachtungen nahezulegen, wie etwa: Was wohl die Herren der Fraktion veranlaßt, sich an Rechte und Befugnisse, trotzdem sie ihnen, wie Auer sagt, selbst nicht angenehm sind, so krampfhaft anzuklammern." Dieser Satz stand, wie gesagt, in einem parteigenössischen Blatte. Er ist aber so gehässig, und unterstellt so ordinäre Motive für unser Handeln, daß der bösartigste Gegner ihn nicht schlimmer hätte schreiben können. Dagegen muß man sich doch wohl wehren. Schönfeld, der dem Blatte ja nahe gestanden hat, stimmt gewiß diesem Satze auch nicht zu. Dieser Genosse meinte, wenn die Fraktion zu dem Entwurf Motive veröffentlicht hätte, so wäre manches Schlimme unterblieben. Dem gegenüber möchte ich die Frage stellen: wenn es den kritisirenden Genossen wirklich nur um Aufklärung zu thun war, warum haben sie sich dann nicht bei den paar Leuten, auf denen seit Jahren die ganze Arbeit der Parteileitung lastet, nach den Motiven erkundigt, bevor sie diese beleidigenden Angriffe losließen? Solchen Vorwurf hat der Genosse Bebel wirklich am allerwenigsten verdient. Andere die Arbeit machen lassen, schwierigen Entscheidungen aus dem Wege zu gehen und dann vom „demokratischen" Kothurn herab den Kritiker spielen, das ist sehr billig. — Sie wissen, was die Gegner daraus gemacht haben; aus unseren Reihen selbst, ist, wenn auch ohne Absicht, der gegnerischen Presse das Material geliefert worden, von der Spaltung, von „Alten" und „Jungen," und all dem übrigen Unsinn zu reden.

Auf das Weitere gehe ich nicht ein; ich wünsche, daß die persönlichen Kämpfe beseitigt sind. Ich werde immer objektiv sein, wenn ich objektiv kritisirt werde; ich kann aber, wenn es mir nothwendig scheint und die Umstände es erfordern, so saugrob sein, wie irgend Einer. (Heiterkeit.) Dem Genossen Keßler, der sich wunderte, warum der Entwurf, trotz unserer Erfahrungen, gerade so ausgefallen sei, antworte ich: Weil erst diese Verhandlung hier vorausgehen mußte, ehe die Partei, die eine große Masse junger, mit den früheren Vorgängen unbekannter Elemente unter sich hat, sich schlüssig machen kann. Wir mußten uns erst im persönlichen Meinungsaustausch gegenseitig überzeugen, daß dies oder jenes nicht geht, was in den einzelnen Köpfen spukt. Das ist der Grund dafür. Die meisten von uns haben sich darüber nicht getäuscht, daß der Entwurf so, wie er ist, nicht angenommen werden kann. Hätten wir aber den Entwurf nach Keßler's Wunsch gestaltet und vorgelegt, dann hätte ich erst einmal die Kritik hören mögen! In Bezug auf die Partei-

beiträge sprach Stolle von Idealen, welche zur Bezahlung der Parteiagitation keinen Kurs haben. Er dachte dabei gewiß an das Wort des famosen Ritters Ofenheim von Pont Euxin: „Mit Idealen baut man keine Eisenbahnen!“ Womit ja Beide auch ganz recht haben.

Wegen des Centralorgans seien Sie ganz ruhig. Sie werden doch dahin kommen, es so zu machen, wie es der Entwurf vorschlägt; es ist der Zwang der Thatsachen, was uns dahin bringt. Wir können das Centralorgan nicht wieder herstellen nach früherer Weise, es sei denn, daß wir einen großen Theil unserer Parteigelder zur Deckung des Defizits verwenden wollen. Hamburg ist ja zweifellos der kräftigste Parteiort, den wir haben, er war es auch schon vor dem Sozialistengesetz. Und in demselben Hamburg, das einen relativ gut genährten und bezahlten Arbeiterstand hat, wo die Arbeiter auch wirklich etwas für ihre Partei hingeben, das 22 000 Abonnenten für sein Lokalblatt hatte, wo die Genossen stets auf der Centralisation und auf der Nothwendigkeit eines Centralorgans bestanden, in diesem Hamburg hatte der „Vorwärts“ in den zwei Jahren vor dem Sozialistengesetz einen fortgesetzten Rückgang zu verzeichnen. (Hört, hört!) Wollen Sie ein neues Centralorgan, das etwas anderes ist als die Wochenblätter, die wir schon besitzen, wollen Sie etwas Gediegenes und nur halbwegs den Wünschen der Genossen Entsprechendes — und wir dürfen doch keinen Schofel herausgeben —, dann kostet uns ein derartiges Organ solche Summen, daß Sie im nächsten Jahre, wenn wir die Rechnung vorlegen, sagen werden: Um Gotteswillen, bringt das Centralorgan wieder bei Seite! Niemand hat ein Interesse daran, es nicht zu schaffen; aber die Erfahrung lehrt: die Lokalpresse wird die große Zahl der Abonnenten haben und nur hier und da würde auch das Centralorgan gehalten werden. Werner sagte, die Berliner würden über das ihnen anzuthuende Unrecht raisonniren. Ja, das liegt bei uns im Blute. Vor dem Sozialistengesetz war es auch schon so: In Hamburg raisonnirte man auf das Lokalblatt und rühmte die „Berliner Freie Presse“; das sei ein Blatt, das habe Schneid und Courage; kam man aber nach Berlin, so hieß es dort: Ach, die „Freie Presse“, die hat zuviel Mängel, aber seht Euch mal das „Hamburg-Altonaer Volksblatt“ an, da liegt was drin! (Heiterkeit.) Als dann aber das Sozialistengesetz kam und beide Blätter verboten wurden, hätte man wohl zufrieden sein mögen, das eine oder das andere noch zu haben. Also mit dem Raisonniren auf die Blätter ist es nicht so gefährlich, wir thun das alle gern ein bischen, und es schadet auch nicht, denn es zeugt von Interesse an den Preßorganen. Im Uebrigen werden die Berliner Genossen voll und ganz zu ihrem Rechte kommen, soweit das Blatt für sie Lokalorgan ist und bleiben wird.

Thatsächlich muß ich noch den Genossen Liesländer berichtigen. Er sprach von großen Summen, welche das „Berliner Volksblatt" für den Drucker Profit abwirft, er nannte 100 000 Mark. Das ist nicht wahr. Das Blatt hat schon immer der Partei recht gute Dienste gethan, seitdem es Ueberschüsse hat. Aber bis zur Einführung der Rotationsmaschine hat es nur ca. 10 000 Abonnenten gehabt; von diesen war die Gesammteinnahme ca. 110 000 Mark, dazu 20 000 Mark an Annoncen, macht 130 000 Mark. Daß man dabei nicht 100 000 Mark Profit machen kann, liegt auf der Hand. Uebrigens möge sich Herr Liesländer beruhigen; fett soll bei uns kein Buchdrucker werden. In Bezug auf seinen Vorschlag auf Gründung einer Genossenschaftsdruckerei will ich bemerken: Die alten Genossen, die bei unseren Genossenschaftsdruckereien ihre Erfahrungen gemacht haben, werden ein wenig Respekt vor der Gründung einer neuen besitzen. Wenn es am Platze ist, gründen wir wieder eine, aber so pressirt's nicht; ich habe auch noch immer Antheilscheine, welche nicht bezahlt sind. (Heiterkeit.)

Bezüglich der Kontrolle der prinzipiellen Haltung der Presse haben mich Vollmar und Keßler mißverstanden, wenn sie ausführen, nach meiner Darlegung solle schon ein einziger Artikel oppositioneller Natur genügen, diese Bestimmung in Kraft zu setzen. Ich habe sagen wollen: Es kann sehr wohl Blätter geben, die sich sogar radikaler aufspielen als unsere übrige Presse, und von denen wir alle trotzdem überzeugt sind, daß die Art und Weise, wie solche Organe wirken, der Partei schadet, und daß dieses radikale Gebahren von einer Seite und aus Gründen betrieben wird, vor denen wir alle Ursache haben, uns zu bewahren. Ich könnte Beispiele davon geben sowohl vor als unter dem Sozialistengesetz. Hier müssen wir vorkehren. Und so schlimm ist es doch mit meinem Despotismus auch nicht; ich verlange nicht im geringsten, der Parteivorstand solle den Censor spielen über die Presse; das ist einfach ausgeschlossen, wir würden dann ein halbes Dutzend Censoren brauchen. Aber erinnern Sie sich z. B. an die „Rothe Fahne" Hasselmann's. Ist sie denn nicht zu dem Zweck ins Leben gerufen worden, um den Mittelpunkt abzugeben für die Bestrebungen, die kaum geeinte Partei wieder zu spalten, auseinanderzureißen? (Zwischenrufe: Volksfreund!) Aehnlich lag es mit dem „Volksfreund", der viel radikaler war als das „Volksblatt", und doch hat man davor gewarnt. Sie wissen, warum; man hat den Stöcker dahinter gewußt. — So war meine Aeußerung zu verstehen: Es muß ein Organ da sein, ob der Vorstand oder eine spezielle Kommission ist Nebensache, das in solchem Fall erklärt, die Partei hat mit dem Blatt nichts zu thun. Zu solchen Preßorganen sind häufig Mittel da, die nicht von den Parteigenossen gegeben werden; wir können das Fortbestehen solcher Blätter nicht hindern, darum müssen wir uns auf andere Weise schützen.

Damit bin ich fertig und will nur wünschen, daß die 25er-Kommission einen Entwurf ausarbeitet, der Allen so gut und praktisch vorkommt, daß er en bloc angenommen wird. (Beifall.)

Liefländer stellt richtig, daß er nicht gesagt habe, der Drucker des „Berliner Volksblatt“ verdiene 100 000 Mark, sondern er habe alle Blätter gemeint, die als Parteiorgane in Berlin anzusehen sind, und zwar nach ihrer geschäftlichen Gestaltung in der Zukunft; auch habe er die Broschüren mit darunter verstanden, mit denen in Zukunft ein viel umfangreicheres Geschäft gemacht werden würde.

Der Organisationsentwurf mit sämmtlichen Anträgen geht an die 25er-Kommission, die sich sofort im Gartensaal konstituiren wird.

Vorsitzender Dietz: Es ist eine Anfrage an das Bureau gelangt, folgenden Inhalts: Im Nebensaale sind ein Berliner Regierungsrath und ein Regierungspräsident aus der Provinz Sachsen eingetroffen; ob sich da nicht etwas machen ließe? (Heiterkeit.) — Im Gegentheil, die Herren sind uns sehr willkommen und mögen uns aufmerksam zuhören und recht viel zu ihrem Nutzen von hier mit fortnehmen! (Heiterkeit und Beifall.)

Da Punkt 5 der Tagesordnung: „Vornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation“ einstweilen zurückgestellt werden muß, wendet sich der Parteitag zu Punkt 6:

Das Programm der Partei.

Berichterstatter Liebknecht: Genossen! Ich habe hier keine Programmrede zu halten, sondern nur über das Programm der Partei zu reden und darüber, ob und inwieweit Abänderungen an demselben vorgenommen werden müssen. Unser Programm datirt vom Jahre 1875, vom „Einigungskongreß“ her und ist ein Kompromißprogramm, wie man es mit Recht genannt hat. Das Wort „Kompromiß“ soll hier beiläufig kein Tadel sein. Schon vor fast 20 Jahren schrieb ich: Alle historischen Vorgänge sind Ergebnisse von Kompromissen. Natürlich ist das Wort Kompromiß da in einem anderen Sinne gebraucht, als es jetzt meist geschieht, im Sinne des charakterlosen Aufgebens von Prinzipien. Der Satz hat insofern Geltung, als eine neue Weltanschauung sich niemals sofort fix und fertig verkörpern kann, sondern die alte und die neue eine Zeit lang nebeneinander bestehen, bis die neue die alte vollständig überwunden hat. Unser jetziges Programm war thatsächlich ein Kompromiß zwischen dem Programm der auf dem Boden der internationalen Arbeiterassoziationen stehenden „Eisenacher“, und dem des nationalen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Den Mitgliedern des letzteren zu Liebe wurde bekanntlich z. B. der Lassallesche Vorschlag von den Produktivassoziationen aufgenommen. Dafür erklärten die Lassalleaner ihre Zustimmung zu den demokratischen Forderungen

und der internationalen Grundlage unseres Programms. Ich selbst hatte damals die Ehre, die Programmrede zu halten, und damals, wenigstens der Absicht nach, eine wirkliche, da es galt, ein neues Programm zu schaffen, und damals schon betonte ich die Unvollkommenheit des Programms und zeigte, daß es keineswegs ein endgiltiges sein könne, daß es aber ein Produkt der Verhältnisse und eine Nothwendigkeit sei, daß wir überhaupt niemals ein vollkommenes und endgiltiges Programm schaffen können, da die Wissenschaft stets voranschreitet — und daß die Partei sich demnach auch nicht einen papierenen Papst in Gestalt eines unfehlbaren Programms schaffen dürfe.

Kaum war das Einigungs-Programm Gesetz geworden, da wurden schon Abänderungen vorgeschlagen — und schon vor dem Sozialistengesetz wurden auf den Kongressen Anträge auf Revision gestellt, für welche sich allerdings im Fortschreiten unserer Entwickelung das Bedürfniß herausstellte. Man wollte namentlich die Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe beseitigt wissen; außerdem wurden noch einige andere Punkte beanstandet, besonders der Satz: „Religion ist Privatsache", der schon in den siebziger Jahren eine ziemlich lebhafte Polemik hervorrief. Es wurden auch Beschlüsse gefaßt zu Gunsten der Revision — da kam das Sozialistengesetz und unsere Partei wurde von dem Boden der Theorie und wissenschaftlichen Entwickelung hinabgedrängt auf den Boden des Handelns, des Kampfes. Sie hat 12 Jahre zu kämpfen gehabt. In dieser langen Zeit ist auch hie und da der Ruf nach Aenderung des Programms erschallt, aber nur sehr vereinzelt, und stets ist er nur von solchen erhoben worden, welche an dem eigentlichen Kampfe, an diesem Kampf auf Leben und Tod, nicht theilzunehmen in der Lage waren. Wer solchen Kampf kämpft, kann sich nicht mit Programmfragen beschäftigen, — das haben sich alle Militenten (Kämpfenden) gesagt, die Masse der Partei wie die „Führer". Unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes haben wir — und wiederholt auch ich — verschiedentlich dazu aufgefordert, die Partei möge in die Diskussion des Programms eintreten; aber der Aufforderung wurde so gut wie nicht entsprochen — nur von wenigen Genossen wurden einige vereinzelte und fast blos untergeordnete Fragen angestreift, zu einer eingehenden Erörterung, zu einer Diskussion des Programms kam es nicht.

Als wir nach langem Ringen so weit waren, daß wir — auch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes — wußten, wir waren die Sieger, — auf dem Kongreß zu St. Gallen — wurde die Programmfrage wieder aufgeworfen und eine Kommission zur Ausarbeitung eines Entwurfes eines revidirten Programms niedergesetzt. Diese Kommission bestand aus Auer, Bebel und mir. Wohlan, wir haben unsere Mission nicht erfüllt — wir müssen uns schuldig

bekennen. Unsere Entschuldigung ist: wir haben in den letzten zwei Jahren nicht die Zeit dazu gehabt. Und mit uns schuldig ist die ganze Partei, welche sich — trotz des gefaßten Beschlusses — und trotz eindringlicher Aufrufe im Londoner Parteiorgan, so gut wie gar nicht mit der Diskussion des Programms beschäftigt hat —. Wahrhaftig, aus sehr guten Gründen, denn gerade nach dem St. Gallener Kongreß begann in Deutschland eine politische Krisis, welche mit dem Falle Bismarcks geendigt hat. Unsere Feinde hatten sich überzeugt, daß die Ausnahmegesetzgebung verfehlt, das Sozialistengesetz eine unwirksame Waffe war. Aber es beseitigen, das wollte Bismarck nicht, sonst beseitigte er die Basis seiner Macht: das Gewalt- und Willkürregiment; — er wollte ein verschärftes Gesetz verlangen, da er, in der eigenthümlich-beschränkten Denkweise, in der er befangen war, sich dem Glauben hingab, durch äußerste Steigerung der Polizeiwirthschaft, durch äußerste Steigerung des Druckes, schließlich doch unser Herr zu werden. Der berüchtigte Expatriirungsvorschlag kam; man wollte die „Führer" der Sozialdemokratie aus dem Lande jagen. Da nahm der Kampf zwischen uns und dem Polizeiregiment verdoppelte Kraft an; wir hatten zu ringen mit Anspannung jedes Nervs. Wir entlarvten die Lockspitzel; wir stellten unsere Feinde vor der Welt an den Pranger; wir erfochten Sieg auf Sieg; doch nach jeder gewonnenen Schlacht wurden wir in neue Kämpfe getrieben, und bis zum 1. Oktober haben wir nicht die Zeit gehabt, auch nur einen Moment auszuruhen, geschweige denn, daß wir Muße gehabt hätten, ein neues Programm berathen zu können. Das neue, das heißt, das revidirte Programm, muß auch der Partei würdig sein. Darum, weil dies Muße erheischt, mußten wir uns auch gegen den Vorschlag erklären, gleich hier und jetzt eine Kommission zur Revision des Programms niederzusetzen. Die Kommission hätte aus den tüchtigsten Kräften des Parteitages bestehen müssen; diese wären dem Kongreß verloren gegangen, und in den 7 oder 8 Tagen, die wir zusammen sein werden, hätte man nur hastig ein Programm improvisiren können, dessen genaue Durchdenkung und Durcharbeitung einfach unmöglich gewesen wäre.

Ich gehe nun auf die einzelnen Punkte unseres Programms ein und werde diejenigen herausgreifen, bei denen die Kritik eingesetzt hat, und diejenigen bezeichnen, welche als besonders revisionsbedürftig erscheinen; ich werde dann eine Resolution vorschlagen, dahin gehend, daß der Parteivorstand beauftragt wird, dem nächsten Parteikongreß einen Revisionsentwurf vorzulegen und diesen drei Monate vor dem Zusammentritt des Parteitags zu veröffentlichen und der allgemeinen Diskussion zu übergeben, damit die Partei Zeit hat, sich schlüssig zu machen. Das Programm der Partei muß die Kollektivarbeit sämmtlicher Parteigenossen sein, und Jeder

wird mir beistimmen, daß eine solche Arbeit früher, in der Zeit des Kampfes, nicht gethan werden konnte.

Es ist zunächst Anstand genommen worden an dem Namen unserer Partei: sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. Schon auf dem Einigungskongreß ist darüber viel gesprochen worden, aber damals war man einhellig der Meinung, dieser Name sei der passendste. Es wurde ausgeführt, daß jede sozialistische Partei nothwendig eine demokratische sein muß. Und der Ausdruck „Arbeiterpartei" ward gewählt, weil wir von der Arbeiterklasse als solcher die Durchführung dieses Programms erwarten. Wir wissen ja, daß edeldenkende, erleuchtete Männer aus den sog. „höheren", herrschenden Klassen an dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse theilnehmen; aber das sind Ausnahmen, die Masse dieser „höheren" Klassen ist aus Klassenbewußtsein und Klasseninteresse uns feindlich —, der Befreiungskampf der Unterdrückten kann also nur von der Arbeiterklasse geführt werden. Darum glaube ich, wir werden es bei dem alten Namen belassen, wie wir auch in dem Entwurf der Fraktion ihn beibehalten haben.

Das Programm selbst besteht nun aus einem allgemeinen und einem besonderen Theil. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß eine solche Trennung manche Bedenken hat, und sie wird in der That von der niederzusetzenden Kommission oder dem künftigen Vorstand, falls dieser mit dem Entwurf betraut wird, nicht aufrecht erhalten werden können.

Dem allgemeinen Theil, die Erklärung der Parteiprinzipien betreffend, ist der Stempel des Kompromisses scharf aufgedrückt; ihm fehlt vielfach die wissenschaftliche Präzision, welche ein Programm unserer Partei unbedingt haben sollte — das Programm einer Partei, die sich mit Recht als die Partei des wissenschaftlichen Sozialismus bezeichnet.

Nehmen wir die einzelnen Punkte:

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur.

Prinzipiell ist der hier ausgedrückte Gedanke vollkommen richtig. Trotzdem ist die Fassung neuerdings angegriffen worden; es ist gesagt worden: Die Arbeit ist nicht die alleinige Quelle des gesellschaftlichen Reichthums, auch die Natur hilft ihn schaffen, sie ist gewissermaßen — so hieß es wörtlich — die Mutter, und die Arbeit der Vater des Reichthums. Wer das gesagt hat — und diese irrige Ansicht ist wiederholt aufgetaucht — hat — ganz abgesehen von der Sonderbarkeit, die weibliche Arbeit zum Vater zu machen — nur ausgesprochen, was die flache, bürgerliche Nationalökonomie schon lange vorher ausgesprochen hat; französische Nationalökonomen haben, gegenüber der klassischen englischen Nationalökonomie, welche nur die Arbeit als Schöpferin der Werthe kennt, die Natur ein-

geschmuggelt. Natürlich stehen wir nicht außerhalb der Natur; natürlich giebt es keine Arbeit ohne Natur; der arbeitende Mensch ist selbst ein Stück Natur, wie die Luft, die der Arbeiter athmet, wie die Erde auf der er steht — das alles versteht sich von selbst und braucht nicht gesagt zu werden. Die Natur, als Natur, schafft eben keine Werthe, keine Werthe im nationalökonomischen Sinne. Wie viele Menschen würden sich in der Natur ernähren können ohne menschliche Arbeit? Was wollen die paar Beeren des Waldes besagen? Und nicht ein Mensch wäre im Stande, unseren Winter zu überdauern. Dem, der diesen eigenthümlichen Vorschlag gemacht hat, will ich die Nationalökonomie Roscher's empfehlen; der hat sogar noch einen zweiten Vater oder eine zweite Mutter entdeckt, nämlich das Kapital, sodaß erst die Dreieinigkeit: Arbeit, Natur, Kapital, den Reichthum erzeugen soll. Und das Manchesterthum sagt ja auch: Arbeit ohne Kapital ist nichts; allein, was ist denn das Kapital? Produkt der Arbeit! Also kommen wir immer wieder zur Arbeit, als der Quelle alles Reichthums, zurück.

Ferner hat man gemäkelt an dem Worte „Reichthum". Ob es ganz glücklich gewählt ist, will ich nicht diskutiren; es paßt nicht ganz, weil es ja auch einen andern Sinn giebt und leicht Anlaß zu Mißverständnissen werden kann. Es ist die Uebersetzung des englischen wealth, — gleichen Ursprungs wie das deutsche „Gewalt" — wealth of nations — Nationalreichthum, Reichthum der Nationen, und in diesem wissenschaftlichen Sinn ist das Wort hier durchaus richtig gebraucht. Jedenfalls ist der jüngst vorgeschlagene Ausdruck „Wohlbefinden" gewiß nicht besser; denn er drückt die Sache durchaus nicht aus und bringt uns von dem wissenschaftlichen Gebiet der Nationalökonomie ab. Ein unglücklicherer Ersatz konnte nicht leicht angerathen werden.

Wenn wir sagen: nicht bloß der gesellschaftliche Reichthum ist Produkt der Arbeit, sondern auch alle Kultur, so ist das ebenfalls durchaus richtig. Die Kultur ist nicht vom Himmel heruntergefallen, nicht geschaffen durch irgend ein Wunder, nicht das Werk einiger Leithammel, die nach einer gewissen Theorie von irgendwo hergekommen sind; nicht den sogenannten „großen" Männern, nicht den Propheten verdanken wir die geschichtliche Entwickelung; sie ist die Kollektivarbeit der gesammten Menschheit. Keine Kraft kann nach dem Naturgesetz verloren gehen: gerade die kleinsten Lebewesen haben die größte schöpferische Thätigkeit entfaltet und thun das fortwährend in dem Organismus der Welt, während die großen Lebewesen, die Löwen, Tiger und sonstigen Raubthiere eine höchst überflüssige Thätigkeit ausüben. So trägt auch die Arbeit der Kleinsten bei zur Erhöhung des Kulturniveaus; sie bildet einen Theil der gesammten gesellschaftlichen Arbeit, und ohne diese Collectivarbeit der Millionen und Abermillionen würde der Mensch

nichts sein, oder ein Thier — wie denn der Mensch überhaupt nur Mensch ist in der Gesellschaft und durch die Gesellschaft — durch seine und seiner Mitmenschen Arbeit und die Arbeit der tausende von Menschengeschlechtern, die vorausgegangen sind,

„und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

Auch hier stoßen wir auf einige nicht wissenschaftlich präzise Wendungen. Es ist falsch, jedenfalls mißverständlich, daß das gesammte Arbeitsprodukt nach gleichem Recht allen Mitgliedern der Gesellschaft gehört. Der Gesellschaft gehört es, aber „nach gleichem Recht allen Gliedern", das ist wenigstens unklar ausgedrückt. Bei der genossenschaftlichen Produktion wird es nicht möglich zu machen sein, das Arbeitsprodukt jedem Einzelnen individualistisch, in mechanisch gleichen Theilen, zu Gute kommen zu lassen; da würden wir ganz anachronistisch auf dem Boden des Individualismus zurückkehren. Hier müssen wir die sozialistische Organisation der Gesellschaft in Produktion und Konsumtion betonen. Die mechanisch gleiche Vertheilung der Produkte oder des Arbeitsertrags ist eine Unmöglichkeit. — Die „allgemeine Arbeitspflicht" ist dagegen unbedingt ausgesprochen. Die Arbeitspflicht besteht, während das sogenannte „Arbeitsrecht" oder „Recht auf Arbeit" ein sehr problematischer Begriff ist. Die menschliche Arbeit ist eine Pflicht; die Arbeit ist nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck; wir leben nicht um zu arbeiten, sondern wir arbeiten um zu leben. Ohne Arbeit können wir nicht leben; deshalb hat die Gesellschaft das Recht, jedem Mitglied die Arbeit als Pflicht aufzuerlegen. —

Viel ist gespottet worden über die „vernunftgemäßen Bedürfnisse"; hier wird die Kommission eine etwas glücklichere Fassung zu wählen haben.

„In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen."

Im Wesentlichen ist auch dieser Gedanke richtig. Ein neuerdings erhobener Einwand richtet sich gegen den Ausdruck „Arbeiterklasse", für den man, angeblich „schärfer", „Proletariat" setzen will. Das wäre aber eine bedeutende Verschlechterung; es wäre nicht nur nicht richtiger, sondern ganz unrichtig und völlig unwissenschaftlich. Der Kampf, welcher gekämpft wird, ist ein Klassenkampf; es ist nothwendig, gerade diesen Klassencharakter des Emanzipationskampfes

zu betonen; zu konstatiren, daß die Klasse der Arbeiter gegenübersteht der Klasse Derer, welche das Monopol der Arbeitsmittel besitzen. Und um so nothwendiger ist dies, als gerade in unserer Partei in Bezug hierauf vielfach irrige, unwissenschaftliche Ausdrücke gebraucht werden. Man spricht zum Beispiel vom Arbeiterstand. Den giebt es nicht. Es giebt in der modernen Kulturwelt blos eine Arbeiterklasse. Man hat die Arbeiter den vierten Stand genannt; der Ausdruck konnte gebraucht werden vor Jahrzehnten, heute kann von einem vierten Stand nicht mehr geredet werden — es giebt keinen. Der Ausdruck ist dem französischen tiers état, dem dritten Stand, nachgebildet; der „dritte Stand“ in Frankreich aber war das gesammte Volk — 25 Millionen — mit Ausnahme von einigen hunderttausend Geistlichen und Adligen; in diesem dritten Stand, das heißt an 25 Millionen, mit Ausnahme der Geistlichen und des Adels, war das Proletariat, das Handwerkerthum, das Kleinbürgerthum, die Bourgeoisie enthalten. Nachdem der dritte Stand zur Herrschaft gelangt war, hat der Kampf der Stände sein Ende erreicht, und der Klassenkampf hat begonnen. Der Begriff der Stände ist mittelalterlich; mit dem Untergang der Stände endete auch das Mittelalter. Von dem Augenblick an, wo die französische Ständeversammlung, die Generalstaaten, sich zur französischen Nationalversammlung erklärten, gab es keine Stände mehr, keinen dritten, noch weniger einen vierten Stand; da begann die Trennung der Gesellschaft in die Klassen der Besitzenden und Nichtbesitzenden, derer, welche die Arbeitsmittel haben, und derer, welche für die Besitzer der Arbeitsmittel arbeiten müssen. In England, wo die ökonomische Entwicklung rascher vor sich ging, ist der Ausdruck „Klasse“ schon weit früher gebraucht worden. Im Interesse der Präzision wird also der Ausdruck „Arbeiterklasse“ beizubehalten sein. Für den Ausdruck „Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen“ ist vielleicht eine genauere und weniger allgemeine Fassung möglich.

> „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtheit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.“

In diesem dritten Absatz wird es nöthig sein, die Ziele unserer Partei schärfer zu formuliren, schärfer hervortreten zu lassen, wie es nothwendig ist, die kapitalistische Produktion durch die genossenschaftliche zu ersetzen, wie überhaupt eine wissenschaftlichere schärfere Formulirung der Ziele, welche wir verfolgen, nothwendig erscheint.

Es ist neuerdings vielfach daran Anstoß genommen worden, daß unser Parteiprogramm die Grund- und Bodenfrage nicht ausdrücklich erwähnt. Ich kann hierzu nur bemerken, daß wir auf

dem Gothaer Einigungskongreß von der Annahme ausgingen, die Erde, der Grund und Boden, sei ein Arbeitsmittel, und daß in der Erklärung, die Arbeitsmittel müßten Gemeingut der Gesellschaft werden, die Proklamirung des Grund und Bodens zu gesellschaftlichem Eigenthum schon eingeschlossen sei. Dem Wunsche, diese unsere Stellung noch besonders zu betonen, ist eine gewisse agitatorische Berechtigung nicht abzusprechen. Falsch aber ist die Behauptung, daß die Grund- und Bodenfrage für uns erst seit Kurzem aufgetaucht sei. Schon 1868 stand für uns die Frage auf der Tagesordnung. Im Leipziger Hochverrathsprozeß finden Sie massenhaft darauf bezügliche Zitate von uns, welche als Glieder in der Beweiskette des angeblichen Hochverraths gegen uns verwerthet wurden. Im Jahre 1869 bereits wurde auf dem Baseler internationalen Kongreß unzweideutig von uns Stellung dazu genommen. Im Auftrage unserer Partei, die mich nach Basel delegirt hatte, sprach und stimmte ich damals für die bekannte Resolution, welche die Erklärung des Grund und Bodens zu Gemeingut forderte. Aufs Heftigste deswegen angegriffen, fand ich mich mit Bebel veranlaßt, in verschiedenen Vorträgen unseren Standpunkt zu rechtfertigen; ich hielt u. A. einen Vortrag, der als Broschüre veröffentlicht und zu der Schrift: „Zur Grund- und Bodenfrage“ erweitert ward. In dieser Schrift führte ich beiläufig u. A. auch aus, kein größerer Fehler könne von unserer Partei begangen werden, als die letzten Ziele nicht auszusprechen, — wir müßten stets ganz und rückhaltlos sagen, was wir wollen, das sei ehrlich und zugleich die beste Politik. Und das erwies sich in diesem Fall auch als taktisch richtig. Zuerst entstand ein allgemeines Halloh, man wollte uns die Bauern und Landarbeiter auf den Hals hetzen; da haben wir den Stier bei den Hörnern gefaßt und nachgewiesen, daß das, was wir wollen, schon heute für neun Zehntel aller Grundbesitzer, sogenannte Bauern, von größtem und unmittelbarem Vortheile wäre. Dies jetzt weiter und eindringlicher der Landbevölkerung durch Schriften und Agitation klar zu machen, wird von nun ab eine der wichtigsten Aufgaben für uns sein.

„Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.“

Genossen! An der Richtigkeit des ersten Theils dieses Satzes ist nicht zu zweifeln — die Arbeiter sind die Unterdrückten und Ausgebeuteten — und die Unterdrücker und Ausbeuter werden ihre Opfer sicherlich nie freiwillig befreien. Mit Bezug auf den zweiten Theil hat man uns aber den Vorwurf gemacht, einen „radikalen“ Beschluß gefaßt zu haben, den wir gar nicht ausführen können und der obendrein nicht ganz richtig sei. Wir seien z. B. genöthigt, mit der bürgerlichen Demokratie ein großes Stück Weges zusammen,

theilweise Hand in Hand, zu gehen. Ja, in manchen Fragen der bürgerlichen Freiheit ist allerdings ein Theil des Bürgerthums, bis zu einem gewissen Grade, mit uns einverstanden; da aber, wo es gilt, das von allen anderen Parteien scharf abgegrenzte Wesen unserer Partei zu bethätigen, wo das revolutionäre Ziel unserer Partei scharf zu Tage tritt, da zeigt sich sofort die Richtigkeit des Satzes, da sind alle übrigen Klassen uns gegenüber eine reaktionäre Masse, da sind sie die eine Klasse der Besitzenden, und in den historischen Momenten, wo das Proletariat handelnd auf der Weltbühne erscheint, offenbart sich in grellster Beleuchtung die Wahrheit des Satzes. Als wir 1871 uns mit der Kommune solidarisch erklärten und sagten, die Kommunarden sind nicht Blutmenschen, nicht Verbrecher, sondern edle Menschen, die für das Beste der Menschheit streben und wirken, und als wir nach dem Falle der Kommune die Sache der Besiegten und mit Koth Beworfenen vertheidigten, hatten wir damals auch nur die geringste Unterstützung durch die fortschrittliche und demokratische Presse? „Frankfurter Zeitung“ und „Kreuzzeitung“ griffen uns gleich heftig an; nur ein Blatt, die allerdings erst etwas später erschienene „Wage“ meines Freundes Guido Weiß hatte die Mannhaftigkeit, für uns und die Kommune eine Lanze zu brechen.

In Deutschland liegen die Dinge eben so, daß ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien bis zu einem gewissen Grade gar nicht vermieden werden kann. Hätten wir englische Zustände, das heißt eine ganz scharfe Abgrenzung der Klassen — hätten wir das Bürgerthum als direkt herrschende Klasse, dann könnte natürlich von einem Zusammengehen nicht mehr die Rede sein. Aber wir sind in Deutschland in einer eigenthümlichen Lage. Unser Bürgerthum ist zu feig, zu unentwickelt gewesen, um seine bürgerlich-demokratischen Forderungen durchzusetzen. Diese Forderungen, welche in England und Frankreich Gesetz geworden sind, hat unser Bürgerthum nicht zu verwirklichen vermocht; es hat, mit geringen Ausnahmen, jetzt auch auf dieselben verzichtet, und so ist es denn bei uns die Aufgabe der arbeitenden Klassen geworden, das, was das Bürgerthum in seiner Feigheit versäumt hat, nachzuholen, auch diese Arbeit zu verrichten und neben unseren sozialistischen Forderungen auch für die Forderungen der bürgerlichen Demokratie zu kämpfen — eine Lage, die unsere Arbeit vermehrt, aber unsere Position günstiger macht. Es wird sich also auch hier möglicherweise eine etwas schärfere Formulirung als nothwendig und zweckmäßig ergeben.

„II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch

Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt; die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit."

Hier komme ich an einen Punkt, der weniger für Sie, als für die uns zuhorchenden Gegner erklärt werden muß. Im ursprünglichen Programm stand „mit allen gesetzlichen Mitteln". Dieses „gesetzlich" haben wir in Wyden gestrichen. In Folge dessen hat man uns vorgeworfen, wir hätten uns damit einfach auf den Boden der Gewalt gestellt. Nichts kann falscher sein, als diese Behauptung. Die Partei hat gethan, was die Pflicht der Selbsterhaltung und ihre Würde ihr geboten hat. Man hatte uns durch das Sozialistengesetz außerhalb des Gesetzes, außerhalb des gemeinen Rechts gestellt; da mußten wir entweder uns feig ducken oder richtiger: Selbstmord begehen, oder wir mußten thun, was wir gethan haben, — erklären: wir müssen der Gewalt weichen, aber als Recht erkennen wir dies Gesetz nicht an; auf dem Boden dieses Gesetzes können wir als Partei nicht existiren, wir existiren aber, und wollen existiren, und deshalb müssen wir, dem Gebot der Selbsterhaltung folgend, dieses Gesetz brechen, untergraben, zerbrechen — und das können wir doch nicht „gesetzlich", d. h. auf dem Boden eben dieses Gesetzes. Unser Wydener Beschluß war die nothwendige und logische Antwort auf das Sozialistengesetz: es war zugleich unser Aktionsprogramm, und die Ausführung ist dem Beschluß gefolgt. (Stürmischer Beifall.)

Ob es sich empfiehlt, das Wort „gesetzlich" wieder aufzunehmen, ist eine Frage der Erwägung für die Kommission oder die Revisoren. Ich lege dieser Frage nicht die geringste Bedeutung bei. Der Charakter des Programms ist klar auch ohne dieses Wort. Aber wir leben in merkwürdigen Zeiten. Die Welt ist vielleicht niemals so im Fluß gewesen, wie jetzt. Wir haben in den letzten Monaten und Jahren wunderbare Ueberraschungen erlebt, und die Zeit der Ueberraschungen ist noch nicht vorüber; — wer weiß, wie lange für uns der Sonnenschein dauern wird, wie bald aus der Sammetpfote wieder die Kralle hervorbricht! Zum Glück sind wir gewappnet, wir haben die gute Rüstung aus der Zeit des Sozialisten-Gesetzes und alle Kampfmittel und Waffen jener Kampfzeit noch heute zur Verfügung, — und auch manches Kampfmittel, von dem wir noch keinen Gebrauch gemacht haben. Es hängt von der weiteren Entwicklung der Dinge ab, wie wir uns zu dem Wörtchen „gesetzlich" zu stellen haben.

Dann kommt hier noch ein Ausdruck, welcher zu mancherlei Bedenken Anlaß gegeben hat: „der freie Staat." Die bisherige Fassung „freier Staat" und „sozialistische Gesellschaft" wird sich schwerlich aufrecht erhalten lassen. Besser wäre vielleicht: „Die sozialistische Gesellschaft im freien Staat." — Man wird aber sagen,

— und man hat es gesagt — die sozialistisch organisirte Gesellschaft ist gar kein Staat mehr. Der ganze Staatsbegriff ist ein reaktionärer Begriff; es liegt in der ganzen Natur des Staates, daß er zu einer selbstständigen Macht wird, die sich gegen das Volk richtet. Der heutige Staat mit der von ihm eingeschlossenen Gesellschaft läßt sich mit einem Krebse vergleichen. Der Krebs hat eine feste Haut, die sich wie die Schale, zur Kruste verhärtet, und den weichen Körper, die von der Kruste umpanzerte Masse am Wachsthum hindert, und durch eine Revolution gesprengt, beseitigt werden muß, damit der Körper wachsen kann; die Gesellschaft ist der Körper, der Staat die Kruste. — Genug, ich lasse die Frage, ob das Wort „Staat" beseitigt werden muß, offen. Es ist Sache der Theoretiker, welche unsere Forderungen wissenschaftlich zu formuliren haben, dies klarzustellen. Wir kommen hier noch zu einem Ausdruck, der zu Ausstellungen Anlaß gegeben hat: „ehernes Lohngesetz." Ein ehernes Lohngesetz, das mußten wir uns schon in Gotha sagen, existirt thatsächlich nicht. Das sogenannte „Gesetz" ist der Bourgeois-Nationalökonomie entnommen; der Ausdruck ist agitatorisch von Lassalle gebraucht worden und hat seinen Zweck auch herrlich erfüllt. Er hat etwas Greifbares, Anschauliches, allein, wissenschaftlich richtig ist er nicht. Wenn es ein ehernes Lohngesetz gäbe, wenn der Lohn auf das absolute Minimum herabgedrückt werden könnte, dann wäre es ja nicht möglich, daß in einem und demselben Lande in einer und derselben Branche ganz verschiedene Lohnzustände wären. Doch ich kann hier nicht tiefer in die Frage eingehen, die einen besonderen Vortrag erheischen würde. Schon Marx hat das eherne Lohngesetz für eine „ökonomische Fiktion" erklärt. Es muß daher, meines Erachtens, eine präzisere Formel gewählt werden, die die Natur des heutigen Produktionsprozesses, und die systematische Ausplünderung des Arbeiters, welche er bedingt, umfassend und klar zum Ausdruck bringt.

> „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt, und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen."

Diese Gedanken sind wohl von unanfechtbarer Richtigkeit. Keiner, der für den internationalen Gedanken noch so sehr begeistert ist, wird sagen, wir haben keine nationalen Pflichten. National und international sind keine Gegensätze. Man muß blos das Wort „national" richtig auffassen. Es handelt sich nur um einen bestimmten, abgegrenzten Theil der internationalen Menschheit. Der Theil gehört zum Ganzen. Und „international" heißt blos, über die Grenzpfähle der Nation, des engeren Vaterlands hinausgehend,

den Horizont über das Ganze erweitern, die Menschheit als eine Familie, die Welt als Heimath betrachten. So richtig die Gedanken, so stilistisch ungeschickt ist die Formulirung — was theilweise die Folge des Kompromisses ist, der zwischen der mehr internationalen Auffassung der „Eisenacher" und der mehr nationalen der Lassalleaner abgeschlossen werden mußte. Die Betonung des nationalen und internationalen Standpunktes neben einander wäre sonst kaum für nöthig erachtet worden.

Mit dem allgemeinen Theil des Programms bin ich nun zu Ende, und ich fasse das Gesagte dahin zusammen, daß derselbe unter allen Umständen gründlich umgearbeitet werden, und daß auch für die an sich richtigen Gedanken eine präzisere, den Anforderungen der Wissenschaft mehr entsprechende Form gefunden werden muß.

Nun kommt das engere Programm, welches seinerseits wieder in einen weiteren und engeren Theil zerfällt. Zunächst der weitere:

> „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes."

Wir zählen heute 1890. Vor fünfzehn Jahren — 1875 — wurde dieser Punkt als Hauptkonzession an die Lassalleaner aufgefaßt. Die Einigung war da, aber noch nicht die Verschmelzung. Diese ist inzwischen erfolgt. Die beiden Ströme, die wie bei Mainz Main und Rhein, noch eine Weile, dem Auge unterscheidbar, verschieden in Diesem und Jenem, nebeneinander herliefen, haben sich nach der Vereinigung der Lassalleaner und Eisenacher so rasch in Eins verschmolzen, und die wissenschaftliche Fortentwicklung unserer Partei hat auch unter den ehemaligen Lassalleanern die volle Klarheit gebracht, daß mit Produktivgenossenschaften und Staatskredit, mögen sie noch so sehr mit demokratischen Garanticen verbrämt werden, die soziale Heilung nicht bewerkstelligt, die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die sozialistische nicht bewirkt werden kann; daß die dem Lassalle'schen Vorschlage zu Grunde liegende Auffassung vielleicht dem noch etwas primitiven Zustande des deutschen Großkapitalismus aus der damaligen Zeit entsprochen haben mag, aber heute, bei der kolossalen Entwicklung unserer Industrie, absolut unzulänglich erscheint und das Lächeln jedes Großkapitalisten hervorrufen muß. Und auch kein Arbeiter, der vom modernen Industrialismus eine Ahnung hat, kann sich derartigen Illusionen noch hingeben. Hören wir weiter:

> „Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange in's Leben zu rufen, daß

aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesammtarbeit entsteht."

Sie sehen hier die ganze Naivetät der Auffassung, welcher damals noch Rechnung getragen werden mußte. Man konnte noch denken: der Staat stellt sich über die Klassen, er impft der heutigen Gesellschaft den Sozialismus ein, oder, anders ausgedrückt — er treibt den Keil des Sozialismus vermittelst solcher Genossenschaften in die heutige kapitalistische Gesellschaft und sprengt sie dadurch auseinander. Der heutige Staat ist aber ein Klassenstaat und muß es sein, so lange er nicht sozialistisch ist. Und die bürgerliche Gesellschaft geht nicht par ordre du moufti, nicht durch einen Ukas von oben zu Grunde, sondern durch ihre eignen Widersprüche und durch ihre Gemeinschädlichkeit, und durch unsere Thätigkeit — sie wird mehr und mehr zur ökonomischen Unmöglichkeit; sie muß in klassischer Form schließlich einen Selbstmord begehen, indem sie die Grundlagen ihres Seins zu zerstören genöthigt ist, und sie hat sich obendrein selber in den Proletariern die eigenen Todtengräber herangezogen. Mehr kann man nicht verlangen!

Auf alle Fälle muß dieser Programmpunkt entweder gestrichen oder vollständig umgestaltet werden.

„Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmenabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde."

Diese, sozusagen selbstverständliche Forderung hat auch noch heute ihre volle Bedeutung für uns und bedarf keiner Erörterung. Ich habe nur auf eins aufmerksam machen wollen. Es ist in der neueren Zeit wieder die Nothwendigkeit betont worden, in unserem Programm die Gleichberechtigung der Frauen auszusprechen, und so hat man vorgeschlagen, hier ausdrücklich zu erklären, daß auch die Frauen das Stimmrecht haben sollen. Diese Frage wurde schon auf dem Einigungskongreß behandelt. Damals wurde nun das Wort „Staatsangehörige" gewählt, im Gegensatz zu dem im Eisenacher Programm befindlichen Wort „Männer", blos um ein Wort zu haben, welches sowohl Frauen als Männer umfaßt, also die Gleichberechtigung in sich schließt. Wohlgemerkt: es heißt Staatsangehörige, nicht Männer. Ob es sich nun aber nicht doch empfiehlt, in direkter, positiver Form die Gleichberechtigung der Frauen auszusprechen, das gebe ich den künftigen Revisoren anheim. Nothwendig ist es nicht; denn wenn die Sozialdemokratie die Gleichberechtigung aller Menschen will, so versteht sich die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne einfach von selbst.

Für die Sozialdemokratie giebt es überhaupt keine Frauenfrage, die Frauenfrage ist in der sozialen Frage einfach inbegriffen; sie ist ein Theil der sozialen Frage, die mit der Umgestaltung der heutigen Gesellschafts- und Produktionsverhältnisse von selbst gelöst wird.

Daß der Wahl- und Abstimmungstag ein Sonn- und Feiertag sein muß, wie es weiter im Programm heißt, ist so selbstverständlich, daß ich darüber kein Wort sagen will.

Im Anschluß an diese Forderung ist nun eine andere vorgeschlagen worden, die unter allen Umständen in das Programm aufzunehmen ist: das proportionale Wahlsystem. Die Sozialdemokratie hat gegenwärtig, im Verhältniß zu ihrer Stimmenzahl, eine viel geringere Vertretung im Reichstage, als die anderen Parteien; etwa nur ein Drittheil so viel als z. B. das Centrum, das, obgleich seine Wählerzahl der unsrigen nachsteht, doch dreimal so viel Abgeordnete hat. Das ist eine flagrante Ungerechtigkeit, der in gründlichster Weise durch das sogenannte Proportionalsystem abgeholfen wird. Dasselbe ist zuerst in Frankreich, dann in England und später in der Schweiz aufgetaucht und von unserer Partei — und von mir seit Jahrzehnten, noch ehe es eine sozialdemokratische Partei gab — empfohlen worden. Das System besteht darin, daß nach Listen im ganzen Lande abgestimmt wird und daß das ganze Land blos einen einzigen Wahlkreis bildet. Jede Partei hat das Recht, auf ihrer Liste so viel Kandidaten aufzustellen, als überhaupt Mandate zu vertheilen sind, und nun geht es ans Abstimmen. Die Stimmzettel der verschiedenen Parteien, welche, zur Vermeidung von Irrthümern, verschiedene Farben haben könnten, werden an den Wahlurnen abgegeben; die im ganzen Lande abgegebenen Stimmen werden zusammengezählt und dann die Gesammtzahl durch die Zahl der Mandate dividirt, und auf die Stimmenzahl, die so herauskommt — sagen wir auf je 9- oder 10 000 Stimmen — entfällt je ein Mandat, und dann vertheilt man einfach. Bei je 10 000 Stimmen auf ein Mandat würde unsere Partei, bei 1½ Millionen Stimmen, 150 Sitze im Reichstage haben. Dieses System hat noch den weiteren Vortheil, daß auch der kleinsten Minorität, die bei dem jetzigen System unvertreten bleibt, die Möglichkeit der Vertretung gewährt wird. Es ist zwar gesagt worden: die Mehrheit ist stets dumm, Verstand ist stets bei Wenigen nur gewesen; was wird da aber aus dem demokratischen Gleichheitsprinzip? Ja wohl, es giebt eitle Gecken, die da glauben, den Verstand mit Löffeln gegessen zu haben, das Monopol des Verstandes zu besitzen. Nun, ein solcher Bursche mag sich doch aufstellen lassen! Jetzt ist er ein verkanntes Genie, und ein solches ist stets unzufrieden; wenn er aber seinen Namen und sein Genie aufpflanzt und sich den Wählern von ganz Deutschland vorstellt, dann ist ganz Deutschland sein Rekrutirungsfeld — da hat er doch bessere Aus-

sichten, als jetzt. Und wenn eine neue Idee auftaucht, so ist doch, falls sie etwas taugt, wohl zu erwarten, es werden in ganz Deutschland so viel Stimmen für sie abgegeben werden, daß wenigstens ein Vertreter ins Parlament kommt. Und jede Idee, jede Strebung und Strömung soll vertreten sein.

Wir kommen dann zur

„direkten Gesetzgebung durch das Volk."

Ob dieser Satz nicht einer näheren Präzisirung bedürfen wird, ist die Frage. In der Schweiz haben wir die direkte Gesetzgebung durch das Volk, jedoch nur in einigen der kleinsten Kantone uneingeschränkt. Ohne Einschränkung ist sie auch in größeren Staatswesen nicht möglich. Bei uneingeschränkter direkter Gesetzgebung durch das Volk müßte man konsequent das ganze Volk über alle Gesetze berathen und abstimmen lassen, die gesammte wahlfähige oder stimmberechtigte Bevölkerung hätte in Volks- oder Landesversammlungen zusammenzutreten, und über alle Gesetze nicht blos, sondern auch über alle Maßnahmen und politischen Akte zu verhandeln und sich schlüssig zu machen. So ist es bei den altnordischen, den germanischen Völkern gewesen, bei den Angelsachsen, Norwegern u. s. w., wo das gesammte Volk, d. h. die Freien, in Things zusammentrat und die Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung direkt ausübte — die sogenannte Theilung der Gewalten war unbekannt. Alle Gewalt lag im Volk. In einzelnen Kantonen der Schweiz haben wir die direkte Gesetzgebung und Regierung noch. Im Kanton Glarus z. B. kommt in jedem Jahr die Landesgemeinde, d. h. die ganze Wählerschaft des Kantons, zusammen und giebt sich die Regierung, sitzt zu Gericht über die Regierung und beschließt die Gesetze. Ja, das ist möglich in einem so kleinen Lande, aber in den großen Reichen der modernen Zeit ist dies nicht durchzuführen. Schon in den größeren Kantonen der Schweiz wird die Gesetzgebung so vorgenommen, wie bei uns: durch Vertretung, aber mit der Maßgabe, daß über Gesetze erst eine Volksabstimmung stattfinden muß, ehe sie in Kraft treten können, und daß, wenn eine gewisse Anzahl von Wählern ein bestimmtes Gesetz fordert, ein solches Gesetz dem gesetzgebenden Körper vorgelegt werden muß. Eine Bestimmung in diesem Sinne, überhaupt eine nähere Definition der direkten Gesetzgebung, ist unter allen Umständen in unser zu reformirendes Programm aufzunehmen.

„Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk".

Das ist für uns, einstweilen freilich, Zukunftsmusik im verwegensten Sinne des Worts. Ein demokratisches Volk, das seine Regierung in der Hand hat, weil es selbst die Gewalt hat, entscheidet natürlich über Krieg und Frieden, und wenn wir einmal eine wirklich demokratische Verfassung haben, wie sie unserem

Programm entspricht, dann kann es keine Regierung mehr geben, die über die Köpfe des Volkes hinaus einen Krieg erklären kann. Zu dieser Forderung gehört die

„allgemeine Wehrhaftigkeit — Volkswehr an Stelle der stehenden Heere".

Während des französischen Krieges, als zuerst die Frage der Annexion in den Vordergrund trat, sagte ich im Reichstage, laßt den Franzosen Elsaß-Lothringen; wenn Ihr das nehmt, dann habt Ihr die Gefahr einer russisch-französischen Allianz, und der Schwerpunkt der europäischen Macht wird, statt von Paris nach Berlin, von Paris nach Petersburg verlegt werden, und Rußland allein hat den Vortheil. Man verlange von den Franzosen, außer einer Kriegsentschädigung, die Abschaffung des stehenden Heeres und die Einführung des Milizsystems, wie es die Schweiz hat; das ist die beste Garantie des Friedens; denn ein wirkliches Volk in Waffen führt keinen Eroberungskrieg, vorausgesetzt, daß es nicht ein Volk von Wilden ist. Wenn jeder deutsche Arbeiter, Bauer, Kleinbürger selbst Soldat ist, dann giebt es nicht zweierlei Staatsbürger im Staat, nicht zwei Völker im Volk — eins ohne und eins mit Waffen, von denen das eine das andere gelegentlich über den Haufen schießen kann; — giebt es nur ein Volk, und das Volk hat alle Macht, dann ist es unmöglich, daß eine Regierung einen Eroberungskrieg oder überhaupt einen Angriffskrieg beginnt, denn die Völker wollen den Frieden. Wenn der schweizer Bundesrath den Schweizern zumuthen wollte, einen Eroberungszug, z. B. gegen irgend ein hübsches Stückchen von Italien zu machen, so würden — auch wenn die Schweiz zwanzig mal so groß wäre — die Schweizer Volkssoldaten antworten: wenn Ihr Lust habt, dummes Zeug zu machen, so machts und laßt Euch selbst todtschießen; wir machen nicht mit. — Eine Miliz, ohne stehendes Heer, — denn man hat auch Milizen neben einem stehenden Heere — ist die beste Bürgschaft des Friedens. Daß aber der ersehnte ewige Friede oder Weltfriede erst kommen kann, wenn der soziale Krieg aufgehört hat, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. (Bravo!)

„Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze" —

versteht sich von selbst.

Was die

„Rechtsprechung durch das Volk"

betrifft, so hat die Sache doch gegenwärtig auch ihre zwei Seiten. Ich habe, gleich Bebel, einmal das Unglück gehabt, daß ich mich — es war beim Leipziger Hochverrathsprozeß — der Rechtsprechung durch das Volk, d. h. einem Schwurgericht, zu unterwerfen hatte. Wir wurden damals zu je 2 Jahren Festung, wegen Vorbereitung zum Hochverrath, verurtheilt, und wir waren an den uns zur Last gelegten

Vergehen genau so unschuldig, wie jeder der Herren Rechtsprecher aus dem Volk, die uns schuldig befunden hatten. In den modernen Ländern — auch in den politisch freien — wo die Rechtsprechung durch das Volk allgemein ist, erweist sie sich entschieden als eine Klassenjustiz. Die herrschende Klasse sitzt über die arbeitende Klasse zu Gericht. In England, Frankreich und Amerika sind durch die Geschworenen Urtheile von flagrantester Ungerechtigkeit gefällt worden — Urtheile, die von Berufsrichtern, kraft ihrer besseren Schulung im logischen Denken, wenigstens im juristischen Denken, das eine besondere Logik hat, nie und nimmer gefällt worden wären; solche Urtheile kommen jeden Tag vor, und ich sage ganz offen, ich hätte damals in Leipzig viel lieber vor Berufsrichtern gestanden. Es ist mir nach unserem Prozeß von einem Berufsrichter erklärt worden: wenn Sie vor uns gestanden hätten, hätten wir Sie freisprechen müssen, denn es war juristisch unmöglich, Sie zu verurtheilen. Genug, im heutigen Klassenstaat ist die Rechtsprechung durch das Volk ein zweischneidiges Schwert.

Was die

„Unentgeltlichkeit der Rechtspflege"

betrifft, so versteht es sich von selbst, daß wir die Forderung festhalten müssen. Die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege hat sich aber auch auf den Rechtsbeistand zu erstrecken. Der Charakter des Klassenstaats unserer Gesellschaft tritt gerade bei der Justiz und nicht blos in der Rechtsprechung, sondern auch — und fast noch schärfer — darin zu Tage, daß das Recht so theuer ist, und daß der arme Mann deshalb sein Recht — und sei es klar wie die Sonne — in vielen Fällen nicht zur Geltung bringen kann. (Sehr richtig!) Ich bin, namentlich während meines achtjährigen Aufenthalts auf dem Dorfe, hundertmal von Rechtsuchenden um Rath gefragt worden, und ich habe den armen Leuten gar oft sagen müssen: Ihr habt Recht, aber Ihr könnt Euer Recht nicht erlangen, vergleicht Euch lieber, — auf dem Wege des Prozesses seid Ihr verloren: Ihr könnt die Gerichtskosten und den Advokaten nicht bezahlen, und ohne Advokat könnt Ihr nichts machen. — Die Advokaten sind in schlechten Ruf gerathen, ganz ohne ihre Schuld — auch sie sind Opfer des Klassenstaats. Es sind — und da spreche ich aus eigner, sehr reicher Erfahrung — weit mehr Leute dadurch, daß sie, aus Scheu vor den hohen Kosten und vielleicht auch abgeschreckt durch den schlechten Ruf der Advokaten, ihre Sache selbst führen wollten und so verpfuschten, — es sind dadurch weit mehr Leute geschädigt worden, als vielleicht durch die Kniffe und die Unehrlichkeit von Advokaten. In ähnlicher Lage sind, um etwas Anderes, prinzipiell jedoch ganz Gleiches zu berühren, heutzutage auch die Aerzte. Der Bauer geht nicht zum Arzt, wenn er es irgend zu vermeiden im Stande ist, er scheut die Kosten. So kommt es, daß tausende von

Krankheiten, die, von einem Arzt rechtzeitig erkannt und behandelt, mit Sicherheit hätten geheilt werden können, jetzt in unzähligen Fällen, namentlich bei Frauen, einen tödtlichen Ausgang nehmen oder doch zu dauerndem Siechthum führen. Hier ist genau dieselbe Kur nothwendig, wie in der Anwaltsfrage: die ärztliche Behandlung muß unentgeltlich werden, oder mit anderen Worten: der Arzt — wie der Rechtsanwalt — muß Beamter des Staates, der Gesellschaft sein, besoldeter Beamter, der nicht von dem Klienten oder Patienten Honorar zu nehmen hat, sondern den einfach die Gemeinde oder der Staat anstellt, damit er Jedem, der seiner Hilfe bedarf, solche unentgeltlich angedeihen lassen kann.

Die

„allgemeine gleiche Volkserziehung durch den Staat"

ist selbstverständlich, ebenso der

„unentgeltliche Unterricht in allen Bildungsanstalten."

Die

„Erklärung der Religion zur Privatsache,"

zu der ich nun gelange, ist ein kritischer, viel umstrittener Punkt. Man hat den Deutschen vorgeworfen, daß sie sich mit der Erde zu wenig beschäftigen, im Himmel aber eifrig spazieren gehen und dadurch auf der Erde zu kurz gekommen sind. Es ist ein Zeichen geistiger Unfähigkeit und mangelnder Thatkraft, statt auf der Erde seine Energie zu bethätigen, in den unendlichen Himmel hinauszugondeln und Krieg zu führen gegen den bürgerlichen Gott da droben. In Amerika verdarb ich es mit den Freidenkern dadurch, daß ich einmal sagte: der deutsche Arbeiter, der jetzt unter dem Sozialistengesetz den Kampf gegen den schwächsten Gensdarm oder Schutzmann führt, entwickelt in meinen Augen tausendmal mehr Muth, als wie derjenige, der den allmächtigen Jehovah als persönlichen Feind bekämpft und aus dem Himmel wirft. Auf der Erde wirken, das ist's, worauf es ankommt. Wer macht denn — man verzeihe mir den geschäftlichen Ausdruck — in religiöser Freiheit oder Freireligiosität? Ich verfolge das Thun dieser Klasse von Menschen seit vor 1848. Damals war in meiner engeren Heimath, in Offenbach, ein Hauptnest dieser Freireligiosität, der freigemeindlichen Bewegung. Nun, und was sind diese Freidenker geworden? Welche Rolle haben sie in der Revolution von 1848 gespielt? Es waren fast alles jämmerliche Spießbürger. Und jetzt? Ist einer unter diesen „radikalen" Freigemeindlern gewesen, der es wagte, den Kampf gegen die Unterdrückung, für gleiches Recht aufzunehmen? Und einer unter ihnen, der den Muth der Konsequenz gehabt hätte, sich Sozialdemokrat zu nennen? Diesen Leutchen, wenn sie unter sich sind, sind wir gar nicht radikal genug, weil wir nicht wenigstens einmal jeden Tag den lieben Herrgott absetzen. Aber vor dem realen politischen Kampf

haben sie, mit verschwindenden Ausnahmen, eine heilige Scheu — höchstens, daß sie als Fortschrittler oder Volksparteiler stimmen. Von Konsequenz des Denkens und Handelns keine Spur, — und zum weitaus größten Theil sind sie unsere politischen Gegner. Es giebt Heißsporne unter uns, die sich mit besonderem Eifer auf die Religion werfen, weil noch ein Stückchen vom Jehovah in ihnen ist, den sie nicht ganz los werden können. (Sehr richtig!)

Wir müssen weiter bedenken, daß die Religion an sich und die Kirche an sich nicht fähig sind, uns zu unterdrücken, wenn nicht der Staat sie hält, wenn nicht die Gesellschaft sie hält. Die katholische Kirche so gut wie die protestantische Kirche, sie sind die Bundesgenossen, nein, die Stützen, die Werkzeuge des heutigen Klassenstaats, und zugleich ein Produkt desselben. Sie helfen dem Staat, und sofern sie ihm helfen, müssen wir auch gegen sie Front machen. Wer aber, statt den Klassenstaat selbst, statt die ökonomischen Bedingungen des Klassenstaates und seine politischen Voraussetzungen anzugreifen, sich auf die Kirche verbeißt, der verpulvert seine Kraft gegen falsche Objekte; haben wir erst den Staat erobert, dann ist uns die Religion nicht gefährlich. Glauben Diejenigen unter Ihnen, die vielleicht an dem Kampf gegen Jehovah Gefallen finden, glauben Sie etwa, daß durch radikal-religiöse Phrasen, oder gar durch Schimpfen, der Religion Abbruch gethan wird? Das wäre ein großer Irrthum! Im Gegentheil! Betrachten Sie doch den Kulturkampf! Ich für meine Person bin mit der Religion sehr früh fertig gewesen. Ich stamme aus der Zeit, wo die deutsche Studentenschaft Hegel'sche Philosophie studirte, wo sie durch die Strauß, Bauer, Feuerbach u. s. w. in den Atheismus eingeweiht wurde. Mir war das, da ich sehr frei erzogen war, nicht schwierig. Aber ich habe eines während meines langen politischen Lebens gelernt, das mich praktisch gemacht hat: ich habe gelernt, daß ich nie einen Menschen, der an Religion glaubte, durch Beschimpfung der Religion, durch Angriffe auf die Religion habe belehren können, (Sehr richtig!) Der Religion können wir blos dadurch zu Leibe gehen, daß wir die Religion des Einzelnen ruhig Religion sein lassen, ihm aber Wissen beibringen; die Schule muß gegen die Kirche mobilisirt werden, der Schulmeister gegen den Pfaffen; richtige Erziehung beseitigt die Religion. Angriffe machen sie blos stärker, und Diejenigen unter uns, die gegen die Religion den Hauptkampf führen, verfallen in den Fehler der preußischen Regierung in ihrem Kampf gegen die katholische Kirche: sie machen den Feind nur stärker. (Lebhaftes Bravo!)

Wir haben in unserem Programm gesagt: die Religion ist Privatsache. Ich will nicht sagen, daß dieser Ausdruck ein absolut fehlerloser ist. Ich kann nur bemerken: einen vernünftigeren, praktischeren Satz haben wir nicht unter allen unseren praktischen

Forderungen. Ich bin öfters genöthigt gewesen, in Gegenden zu agitiren, wo der Katholizismus noch eine Macht ist, aber neben ihm auch die Sozialdemokratie. Da habe ich durch diesen Punkt unseres Programms, indem ich ihn richtig erklärte, zahlreiche Stimmen erlangt von Leuten, die heute noch sozialdemokratisch stimmen, die aber durch einen Angriff auf die Religion uns entfremdet worden wären. In der Gegend von Mainz gerieth ich einmal mit einem katholischen Priester in eine Diskussion. Er war sehr höflich, stimmte sonst im Wesentlichen mit mir überein, aber daß wir die Religion aus dem Staate verdrängen, sie zur Privatsache machen wollten, das ginge doch nicht. Ich sagte ihm: Sie irren sich, das ist ja gerade für Sie von großem Vortheil. Sehen Sie, wenn der preußische Staat die Religion zur Privatsache erklärt hätte, wie wir fordern, dann hätte der Kulturkampf nicht entstehen können. Er bemerkte dann: ja, der Staat muß christlich sein. Ich erwiderte, welches Christenthum soll denn der Staat haben? Wir haben ein protestantisches, ein reformirtes, ein lutherisches, ein katholisches, ein griechischkatholisches Christenthum und noch 20 bis 30 christliche Sekten. Was soll nun der christliche Staat sein? Soll er protestantisch oder katholisch sein, oder was sonst? Als protestantischer Staat führt er gerade den Kulturkampf gegen die katholische Kirche, als katholischer Staat würde er ihn gegen die protestantische Kirche führen u. s. w. Und das hat den katholischen Bauern so eingeleuchtet, obwohl der Pfarrer sich noch sträubte, daß sie einstimmig für mich gestimmt haben. (Heiterkeit.) Und glauben Sie nicht, ich hätte geheuchelt; ich sagte den Bauern rückhaltlos: ich bin Atheist, ich glaube nicht an Gott, aber ich glaube, daß Jeder das Recht hat zu glauben was er will; wir Sozialdemokraten wollen absolute Gewissensfreiheit, absolute Meinungsfreiheit; kein Staat, keine Gesellschaft hat das Recht, einem Menschen mit der Faust an's Gewissen zu greifen, einem Menschen ein religiöses Bekenntniß oder eine andere Meinung aufzudrängen. Wenn wir das versuchen, dann schaden wir nur unserer Sache. (Bravo!) Bei Begründung unseres Antrages auf Aufhebung aller Ausnahmegesetze, auch der gegen die Jesuiten, habe ich im Reichstage auf das Beispiel der Vendée hingewiesen. Und in der That, es ist schlagend. Im revolutionären Frankreich war die Herrschaft der Vernunft eingeführt, die Revolution hatte die Wissenschaft zur Basis. Die armen, in geistiger Finsterniß lebenden Bauern ergriffen die Waffen für ihren katholischen Aberglauben und nahmen den Kampf auf gegen die übermächtige, stürmisch vorandrängende Revolution. Ungleicher konnten die Kräfte nicht vertheilt sein. Und was war der Erfolg? Kaum war das aufständische Gebiet, von einem Ende zum andern, mit Feuer und Schwert verwüstet, jeder Widerstand niedergeworfen, so loderte der Brand wieder in irgend

einer Ecke auf, und die Blutarbeit hatte von Neuem zu beginnen — bis die Sieger erlahmten. Ein Beweis, wie er schlagender nicht gedacht werden kann, daß es absolut unmöglich ist, eine Idee, und wäre sie auch eine falsche, mit Gewalt zu überwinden oder durch irgend einen Machtspruch wegzudekretiren. Unsere Partei ist eine Partei der Wissenschaft. Die Wissenschaft steht der Religion feindlich gegenüber — aber sie kann und will sie nicht niederschlagen. Die Wissenschaft sorgt für gute Schulen, das ist das beste Mittel gegen die Religion. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.) Und im Uebrigen bekennen wir Farbe. Also ich bin für Beibehaltung des Satzes. In einem Privatschreiben wurde ich neulich ersucht, ich möge doch dahin wirken, daß unserem Programm die alte demokratische Forderung der Trennung der Kirche von der Schule, der Schule von der Kirche und der Kirche vom Staat ausgesprochen werde. Das wäre indeß ein Rückschritt. Indem wir die Religion zur Privatsache erklären, trennen wir eo ipso die Religion vom Staat, und die allgemeine und gleiche Erziehung durch den Staat schließt selbstverständlich die Trennung der Schule von der Kirche mit ein. Die Fassung unseres Programms ist weit besser, umfassender und prinzipiell richtiger, als jene alte, die sich beiläufig noch in unserem Eisenacher Programm befunden hat.

Es kommen nun die Forderungen „innerhalb der heutigen Gesellschaft" — das heißt die dritte Abtheilung des Programms, so daß wir also eine weitere oder allgemeine, eine engere und eine noch engere haben. Hier wird geändert werden müssen. Daß den Forderungen der Partei eine möglichst kurze, klare und scharfe Darlegung der Prinzipien vorausgeht, ist in der Ordnung; aber sie hat gewissermaßen das Fundament zu sein, auf dem die Forderungen sich erheben. Die Forderungen selbst in Forderungen schlechthin, und in solche „innerhalb des heutigen Staates" zu trennen, ist sicherlich nicht zu rechtfertigen. Wo soll die Grenzlinie sein? Stellen wir nicht alle unsere Forderungen „innerhalb des heutigen Staats?" Und wo fängt der heutige Staat an? Wo hört er auf? Ist eine Grenzlinie zu ziehen zwischen dem heutigen Staat und dem sogenannten „Zukunftsstaat" — um einmal das viel mißbrauchte Wort zu gebrauchen. Gehen beide nicht in einander über?

Diese Forderungen im heutigen Staat sind sehr mannigfaltiger Natur, und trotz engeren als engen Charakters zum Theil recht allgemein. Zum Beispiel gleich die erste Forderung:

„Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten."

Wie allgemein! Und zugleich wie selbstverständlich! Gegen den Inhalt ist natürlich nichts einzuwenden — die Form läßt sich vielleicht bessern.

Die Forderungen bezüglich einer einzigen progressiven Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, bezüglich des unbeschränkten Koalitionsrechtes, des Normalarbeitstages und des Verbots der Sonntagsarbeit entsprechen noch heute unserem Standpunkte wie von vor 15 Jahren.

Als Ganzes sind die am Schlusse unseres Programms aufgestellten Forderungen des Arbeiterschutzes veraltet, von der Zeit überholt. Seit 15 Jahren sind wir auf diesem Gebiet, wenigstens theoretisch, so weit gekommen. In jedem Wahlprogramm im kleinsten Städtchen Deutschlands sind seitdem weit radikalere und umfassendere Forderungen aufgestellt worden. Damals war das neu, und so unvollkommen es heute erscheint, damals war es eine That, eine bahnbrechende That. Und mit diesen Forderungen haben wir den heutigen Klassenstaat gezwungen, daß er die Arbeiterschutzgesetzgebung als obersten Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wie rasch der Fortschritt auf diesem Gebiet ist, das zeigt sich besonders deutlich am Normalarbeitstag. Hätten wir 1875 eine bestimmte Zeit festgesetzt, so wäre es schon kühn gewesen, den zehnstündigen Normal-Arbeitstag zu fordern. Heute würde der zehnstündige Arbeitstag für uns in gewisser Beziehung schon ein überwundener Standpunkt sein, heute würden wir sagen müssen: acht Stunden; und nach zehn Jahren würde vielleicht der Achtstundentag wieder ein überwundener Standpunkt sein. Es war darum sehr vernünftig, daß das Programm nicht einen zeitlich definitiv bestimmten Normal-Arbeitstag, sondern einen „den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden" fordert. Den Gesellschaftsbedürfnissen und dem Gesellschaftskönnen, auch das muß ausgedrückt werden. Durch die sich immer mehr vervollkommnende Technik, durch die bessere Art des Betriebes, durch die bessere Organisation der Arbeit wird die Arbeit immer produktiver und kann in Folge dessen beständig abgekürzt werden, sodaß man jetzt schon in einigen Kolonien Englands einen sechsstündigen Arbeitstag hat und in Australien einen fünfstündigen erstrebt. Mit Bezug auf unser Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit haben allerhand Leute gehöhnt: die Sozialdemokraten wollen nicht arbeiten, sie wollen faulenzen. Dieses alberne, verleumderische Geschwätz kommt regelmäßig aus dem Munde von Leuten, die nicht wissen, was arbeiten heißt, die aber sehr wohl wissen, was faulenzen ist. (Heiterkeit.) Lafargue hat diesem läppischen Geschwätz gegenüber das „Recht auf die Faulheit", das ist auf Muße proklamirt. Der Mensch ist nicht ausschließlich zur Arbeit geboren; wir müssen, um Menschen zu sein, uns harmonisch ausbilden, — das können wir nicht ohne Arbeit; ohne Arbeit können wir überhaupt nicht leben. Die Arbeit ist folglich eine Nothwendigkeit. Aber mehr arbeiten als für den Zweck, Mensch zu sein, nothwendig ist, das

heißt den Zweck dem Mittel opfern. Nicht um zu arbeiten leben wir, sondern wir arbeiten, um zu leben. (Sehr richtig!)

Ich muß nun noch nachträglich bemerken, daß neuerdings vorgeschlagen worden ist, es solle im Programm ausgesprochen werden, daß die Sozialdemokratie die Republik erstrebe. Ob es nöthig ist, das auszusprechen, will ich dahingestellt sein lassen. Daß das Staatsideal auf einem demokratischem Boden, einer auf dem Boden der Gleichheit und Freiheit stehenden Partei die Republik ist, versteht sich für jeden denkfähigen Menschen einfach von selbst. Auf der andern Seite wissen wir auch sehr wohl, daß auch in dem republikanischen Klassenstaat, auch in den Bourgeoisrepubliken das Gleichheitsprinzip genau ebenso verletzt wird wie in den Monarchien — und zwar durch jeden Bourgeois. Deshalb steht das Postulat politischer Gleichheit, obgleich wir sie natürlich erstreben, für uns nicht so im Vordergrund, wie z. B. für die bürgerlichen Parteien. — Mir persönlich ist es gleichgiltig, ob dieser Vorschlag angenommen wird, oder nicht — für uns handelt es sich vor allem um die soziale, die ökonomische Gleichheit, welche die politische von selbst bedingt, während das Umgekehrte nicht der Fall ist.

Ich komme zum Schluß. Ich habe vorher ausgeführt, daß, und warum es bisher unmöglich war, das Programm zu reformiren, und Ihnen schon jetzt einen neuen Entwurf vorzulegen. Wenn da eine Schuld ist, sind Sie Alle mitschuldig, insofern aus dem Schooße der Partei über das Programm Vorschläge in nennenswerthem Maaße nicht gekommen sind, und eine Diskussion im größeren Stil nicht stattgefunden hat Uebrigens ist dadurch, daß wir das Programm noch nicht reformirt oder revidirt haben, der Partei kein Nachtheil erwachsen. Dies Programm, das Einigungsprogramm, oder Gothaer Programm, ist uns 15 Jahre lang eine Sturmfahne gewesen, die der Partei auf ihrem ununterbrochenen Vormarsch, in all ihren Kämpfen, vorangetragen worden ist. Es war ein Führer und Kompaß, der uns den Weg zeigte, ein Leitstern, der unsere Schritte lenkte. Die Fahne ist zerfetzt und zerschossen worden, aber sie hat uns zum Siege geführt; in ihr verkörpert sich ein ruhmvolles Stück Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterpartei; und ich will blos wünschen, daß das neue Programm, die neue Fahne, die wir den Erfordernissen der Zeit entsprechend, uns schaffen werden, der deutschen Sozialdemokratie ebenso glorreich im Kampfe vorangetragen werden möge, wie diese alte, verfolgte Sturmfahne. (Bravo!) Und schlecht ist dies Programm wahrhaftig nicht gewesen und ist es jetzt nicht. — Trotz seiner Mängel spricht es im Großen und Ganzen die Ziele und das Wesen der Partei aus, und — blos als Programm betrachtet, ohne Berücksichtigung der Partei — steht es thurmhoch über den Programmen aller anderer

Parteien, es ist thatsächlich das einzige politische Programm, welches in Deutschland existirt. Keine der bürgerlichen Parteien hat ihre Forderungen zusammengefaßt und formulirt — auch nicht die konservative und nicht die Centrums-Partei. Keine andere Partei hat mit der Rückhaltslosigkeit, die nur dem guten Recht eigen ist, und wie wir sie in unserem Programm bewiesen haben, ihre letzten Ziele hingestellt, keine sich eine solche Richtschnur gegeben, wie wir in diesem unserm Programm. Es hat die Partei nicht falsch geführt, und wir wären Thoren gewesen, wenn wir, ehe wir aus der heißen Schlacht gekommen, es hätten bei Seite werfen und in der Eile durch ein anderes ersetzen wollen. Das Programm ist uns lieb geworden. Seine Mängel hat Jeder von uns gefühlt, in vielen Reden vor den Wahlen ist die Nothwendigkeit der Reform betont worden. Vollkommenes kann niemals geschaffen werden. Das Programm, welches wir in einem Jahr uns geben werden, wird sich gleichfalls überleben. Die Welt geht eben im Sturmschritt voran. Dieses alte Programm aber, welches mit der Geschichte unserer Partei so innig verwachsen, selbst ein Theil der Parteigeschichte ist, leichtsinnig zu vertauschen mit einem rasch über Nacht zusammengestoppeltem neuem Programm, wäre einfach eine Tollheit, eine Impietät gewesen. Das neue Programm soll auch gut werden, und „gut Ding braucht Weile." Die Gegner haben gesagt, das Sozialistengesetz sei für uns ein eiserner Reifen gewesen, der die Partei gewaltsam zusammengehalten habe und die Partei werde zerfallen, wenn das Sozialistengesetz aufhöre. Wohlan, der 1. Oktober und dieser imposante Kongreß haben bewiesen, wie falsch unsere Gegner urtheilen, haben sie Lügen gestraft. Einiger hat die Partei sich nie gezeigt, einiger, ja so einig war sie nie zuvor. Aber ist diese Einigkeit etwa allein herbeigeführt worden durch den gemeinsamen Kampf gegen das Sozialistengesetz und dessen Urheber und Vollstrecker? Nein, wenn das Sozialistengesetz ein eiserner Reif war, dann war unser Programm ein diamantnes Band für uns. (Lebhaftes Bravo!) Mit unserem Programm haben wir das Sozialistengesetz, diesen eisernen Reif, zerbrochen — es hat sich also stärker erwiesen. Diamant ist ein griechisches Wort, Adamas, das heißt: „das nicht zu Bändigende," das „Unbesiegbare," und dieses Band der Unbesiegbarkeit, welches das alte Programm uns gewesen ist, möge und wird uns auch das neue Programm werden. Das neue Programm soll es zu lebendigem Ausdruck bringen, daß die Partei stets fortschreitet, daß es für uns keinen Stillstand giebt auf ewige Zeit, denn Stillstand ist Untergang. Die Wissenschaft ist für uns der Boden, auf dem wir unüberwindlich sind, wie es für jenen Riesen des Alterthums die Mutter Erde war. Die Wissenschaft ist die Mutter des Sozialismus; wenn wir sie verlassen, dann sind wir verloren. Auf dem Boden der Wissenschaft

und der Wirklichkeit sind wir unbesiegbar und werden alle unsere Feinde überwinden! (Stürmischer, lang andauernder Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Nach dieser vortrefflichen Rede Liebknecht's schlage ich vor, die Diskussion bis morgen zu vertagen. Damit ist der Parteitag einverstanden. — Es ist angefragt worden, ob die Rede des Genossen Liebknecht gedruckt werden wird. Ich kann mittheilen, daß die Rede thunlichst ihrem ganzen Wortlaute nach in das Protokoll aufgenommen werden wird. (Bravo!) Damit sind Sie einverstanden.

Es ist eine weitere Reihe von Telegrammen eingegangen.

Liebknecht bringt nunmehr folgende Resolution ein:

In Erwägung:

daß das von dem Einigungskongreß zu Gotha im Jahre 1875 beschlossene Parteiprogramm, so trefflich es sich auch in den Kämpfen der letzten 15 Jahre, namentlich unter dem Sozialistengesetz bewährt hat, dennoch nicht mehr in allen Punkten auf der Höhe der Zeit steht, wie das schon von früheren Parteikongressen ausgesprochen worden ist,

beschließt der Parteitag:

Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf eines revidirten Parteiprogramms vorzulegen und den Entwurf mindestens 3 Monate vor Zusammentritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen, damit die Partei hinreichende Zeit zur Prüfung habe.

Schluß der Sitzung 6¾ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, den 16. Oktober 1890.

Vorsitzender Dietz eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Es ist abermals eine ganze Reihe von Telegrammen und Begrüßungszuschriften eingegangen.

Die Genossen Fr. W. Höppner, Georg Horn, August Frauenlob (Dresden-Land), Ernst Messing, L. Müller (Dresden-Altstadt), Emanuel Wurm (Pirna) und Kaden (Dresden) geben folgende Erklärung zu Protokoll:

Der Genosse Schönfeld erklärte, daß in Bezug auf die Haltung der „Sächsischen Arbeiterzeitung" zum 1. Mai die Arbeiter Dresdens und der Umgegend vollständig auf Seite der Zeitung gestanden, und doch wäre diese Haltung nicht im Einklang mit den Ansichten der Fraktion gewesen. Sollte also dem Parteivorstand die Auf-

sicht über die prinzipielle Haltung der Presse aufgetragen werden, könnten gleiche Vorgänge zur Maaßregelung des Organs führen.

Wir erklären, daß die Arbeiterschaft Dresdens und Umgegend in prinzipieller Beziehung der 1. Mai-Feier vollständig sympathisch gegenüberstand, in Bezug auf die praktische Ausführung jedoch keineswegs der Haltung der „Sächsischen Arbeiterzeitung" zustimmte. Die Genossen hatten jedoch zu keiner Zeit einen genügenden Einfluß auf das Blatt, um ihre Meinung geltend zu machen."

Singer (zur Geschäftsordnung): In der heutigen Nummer des hiesigen „Generalanzeiger" wird eine Notiz verbreitet, wonach die meisten Führer der Partei mit den französischen Gästen in einem hiesigen Hotel eine geheime Berathung gehabt haben sollen. (Gelächter.) Ich würde der Lächerlichkeit dieser Behauptung gegenüber, es nicht für nothwendig erachtet haben, ein Wort zu verlieren. Wir haben, in Rücksicht auf die Nothwendigkeit der freiesten öffentlichen Verhandlung, der Presse einen Raum in diesem Saale eingeräumt, der weit über das hinausgeht, was wir eigentlich in Rücksicht auf unsere Delegirten uns selbst schuldig wären. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben aber gemeint, den vor Zusammentritt des Kongresses schon erhobenen Verdächtigungen dadurch am besten entgegentreten zu können. Wir kümmern uns um das, was die gegnerische Presse von unseren Verhandlungen bringt, garnicht. Wir verlangen weder die Vorlegung der Berichte, die die Herren schreiben, noch wollen wir irgend einen Einfluß auf ihre Berichte ausüben. Wogegen wir aber ein Recht haben zu protestiren, das sind lügnerische, verleumderische Behauptungen. (Sehr richtig!) Die Notiz des „Generalanzeiger" ist von diesem Kaliber. Wir haben keinen Grund, mit unseren ausländischen Genossen in „geheime" Berathung zu treten. Das, was wir gemeinsam wollen, das wollen und können wir so öffentlich sagen und bethätigen, daß die Gegner ihren Schrecken daran haben werden. (Bravo!) Indem ich im Namen des Parteitages jene Behauptung als eine Lüge bezeichne, beantrage ich zugleich das Einverständniß des Parteitages, daß für den Fall dieser Herr Berichterstatter sich im Saale befinden sollte, er sich von diesem Moment an als ausgewiesen zu betrachten hat. (Lebhaftes Bravo!)

Hermann-Dresden erklärt, daß er seine Unterschrift unter die Dresdener Erklärung nicht gesetzt habe, weil in der That die Haltung der „Sächsischen Arbeiterzeitung" zur 1. Mai-Feier im Einklang gestanden hätte zu der Haltung der Genossen in Dresden.

Kaden-Dresden: Unsere Erklärung beruht auf Thatsachen. Wir sind dafür gewesen, daß der 1. Mai soweit wie thunlich gefeiert werde, das heißt, soweit nicht dadurch Maßregelungen entstehen

konnten. Ein großer Theil der Arbeiter war mit den Aufforderungen der „Sächsischen Arbeiterzeitung" nicht einverstanden.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein: Generaldiskussion über den Bericht Liebknecht's, betreffend das Parteiprogramm.

Es stehen folgende Anträge zur Diskussion:

1. Die oben mitgetheilte Resolution Liebknecht's.

2. Die Resolution von Fritz Berndt-Berlin V.:

Die Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den V. Berliner Wahlkreis spricht sich entschieden dafür aus, daß die Revision des Parteiprogramms nicht verschoben wird. Sie beantragt folgende Aenderung des Parteiprogramms:

1. Die Forderung: „Erklärung der Religion zur Privatsache" wird statt an die sozialistische Gesellschaft an den heutigen Staat gestellt. — 2. Der die Produktiv-Assoziationen betreffende Satz wird gestrichen. — 3. Jede Beschränkung von Frauenarbeit, im Unterschied von der Männerarbeit, fällt. Die Forderung des gesetzlichen gleichen Lohnes für Mann und Frau fällt, weil ihre Durchführung thatsächlich zur Verdrängung der Frauenarbeit führt. Nur das Verbot der Nachtarbeit verheirateter Frauen ist zu fordern. — 4. Die Forderung des politischen Wahlrechts der Frauen wird in das Programm aufgenommen und zwar unter die Forderungen an den heutigen Staat. — 5. Abschaffung der Gesindeordnung. — 6. Verbot der Naturalienlöhnung an die ländlichen Arbeiter. — 7. In den die Einkommensteuer betreffenden Passus wird die Steuerfreiheit der Einkommen unter dreitausend Mark aufgenommen.

3. Antrag J. Stern:

1. Dem letzten Theil des Programms (Forderungen vom heutigen Staat) die weitere Forderung anzufügen:

„Der Staat hat die Pflicht, allen Erwerbslosen aus Staatsmitteln ausreichenden, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechenden Unterhalt zu gewähren, ohne Beeinträchtigung ihrer politischen Rechte."

2. Im allgemeinen Theil des Programms von der Sozialdemokratie, neben dem Charakter der Klassenbewegung, auch den Charakter der Kulturbewegung zu betonen.

4. Antrag von Guben:

Den Absatz im Programm betreffend die Produktivgenossenschaften zu streichen.

5. Antrag Dr. Rüdt-Heidelberg:

Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, bei der Ausarbeitung der Programmvorlage in Erwägung zu ziehen, ob das Partei-Interesse es nicht verlange, daß die Forderungen des

Gotha-Wydener Programms: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ abgeändert werde wie folgt:

Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands greift zwar in die religiöse Ueberzeugung der einzelnen Parteigenossen unmittelbar nicht ein, sie steht, aber als revolutionäre Partei, auch in religiöser Beziehung auf dem Boden der freien wissenschaftlichen Forschung. Infolge dessen verwirft sie prinzipiell jeden Dogmenglauben als eine Quelle geistiger Knechtschaft und als gewaltiges Hinderniß des Emanzipationskampfes des Proletariats, und bekämpft jede Kirche, die auf Grund der Glaubensdogmen den sozialen und politischen Befreiungsbestrebungen der Arbeiterklasse entgegentritt.

6. Antrag der Frauen Ihrer, Gundelach, Blohm und Steinbach:

Zu Abtheilung 3 des Programms wünschen wir den § 5 so lautend: Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren. Beschränkung aller die Gesundheit besonders schädigenden Arbeit auf höchstens 6 Stunden täglich.

§ 6. Zwischen: gewählte Beamte und — — — ein wirksames: „insonderheit für die gewerbliche Frauenarbeit, weibliche Beamte.“

Der Vorsitzende stellt bezüglich des Antrages Berndt die Unterstützungsfrage; der Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Guttenstein-Karlsruhe: Das Parteiprogramm ist das punctum saliens unserer Verhandlungen. Die Beschlüsse über den Organisationsentwurf können von den Regierungen umgestoßen werden, bei dem Parteiprogramm haben lediglich und allein die Sozialdemokraten mitzureden. Der erste Ruf unserer Gegner bei jeder Wahlbewegung heißt: Heraus mit Eurem Programm! Unser Programm ist der Niederschlag der sozialistischen Wissenschaft.

Während der 12 Jahre des Sozialistengesetzes war die sozialistische Literatur unterdrückt, und nur kleine Broschüren konnten auf verbotenen Wegen verbreitet werden. Sie werden mir zustimmen, daß sogar einzelnen Genossen die Bestimmungen des Programms vielfach unbekannt sind. Es war keine Gelegenheit geboten, in den engeren lokalen Kreisen das Programm zu diskutiren, während es doch unbedingt erforderlich ist, daß die einzelnen Organisationen nicht von heute auf morgen, sondern monatelang sich mit jedem Punkt des Programms in jeder Richtung eingehend befassen. Die sozialdemokratische Partei ist keineswegs blos eine Arbeiterpartei; die Arbeiterschaft allein kann die soziale Frage nicht lösen ohne Mithülfe der Theoretiker, der gebildeten Sozialdemokraten. Was wir heute bringen, ist nur schätzbares Material für die Feststellung des künftigen Programms.

Thierbach-Königsberg (Neumark): Was zunächst unsere

Stellung zur Religion betrifft, so werden uns die trefflichen Ausführungen Liebknecht's überzeugt haben, daß dieser Punkt des alten Programms stehen bleiben muß. In Punkt 4 sollte, anstatt Normalarbeitstag, besser „Maximalarbeitstag" gesagt werden. Es muß eine feste Norm vorhanden sein. Bei Einführung des Normalarbeitstages wäre den Kapitalisten Gelegenheit geboten, je nach Bedarf auch wieder über diese Grenze hinweg arbeiten zu lassen, der Normalarbeitstag würde eine Waffe zu Gunsten der besitzenden Klassen werden. Mit der Wahl einer Kommission bin ich einverstanden.

Blos: Beschränken wir uns auf diejenigen Punkte, bei denen wir einmüthig sind. Dies sind namentlich die ökonomischen und theilweise auch die politischen Sätze in unserem Programm. Ich begreife kaum, wie von so mancher Seite beantragt wird gerade die Bestimmungen über die Religion abzuändern. Jeder, der einmal agitatorisch thätig gewesen ist, wird wissen, daß dieser Punkt des Programms uns sehr gute Dienste geleistet hat (Sehr richtig!), und wir würden unzweifelhaft eine ungeheure Thorheit begehen, wenn wir ihn ändern würden. (Sehr richtig!) Gerade jetzt, wo ein ganz neuer Kampf mit dem Centrum beginnen wird, würden wir mit einer derartigen Aenderung ohne Zweifel dem Centrum Waffen in die Hände liefern, die es bisher garnicht besessen. (Sehr richtig!) Dieser Partei würde es ohne Zweifel gelingen, die Massen zu einem religiösen Fanatismus zu entflammen, der unserer Agitation die größten Hindernisse bereiten würde. Wir können auf diesem Gebiete der freien wissenschaftlichen Forschung und unserer Parteiliteratur ruhig ihren Lauf lassen, wir dürfen unsere Partei nicht zu einem Laboratorium für freireligiöse und freidenkerische Experimente machen. (Bravo!) Ich begreife, daß diese Strömung, wie sie namentlich die Berliner Genossen ergriffen, sich in einen Antrag, wie den von Rüdt, verdichtet hat. Rüdt sagt zwar, man wolle nicht unmittelbar in die religiösen Anschauungen eingreifen, dieser Vordersatz ändert aber nichts an der Tendenz des Antrages. Wir sollen einen Punkt aufnehmen, welcher der freireligiösen und freidenkerischen Richtung entspricht. Darauf wollen wir uns aber schon nun deshalb nicht einlassen, weil nachher ganz ungeahnte Schleusen mit neuen Wünschen sich eröffnen würden, die uns unangenehm werden könnten. Es könnten schließlich auch die Vegetarianer kommen, sogar die „Wollenen". (Heiterkeit und Beifall.)

Die ländliche Agitation hat schon der St. Gallener Parteitag behandelt. Leider haben wir bisher nicht Gelegenheit gehabt, etwas Praktisches zu schaffen. Gestehen wir es nur ein: sozialdemokratische Bauern, im eigentlichen Begriff giebt es bis heute nicht. Unsere Agitation ist in dieser Beziehung von Erfolg nicht begleitet gewesen, einerseits der ökonomischen Verhältnisse wegen, andererseits, weil

wir die Bestimmungen in unserem Programm, die wir für eine solche Agitation brauchen, bis jetzt nicht gehabt haben. Wir brauchen, um das ländliche Proletariat zu unserer Bewegung heranzuziehen, vor allen Dingen praktische Forderungen. Wir müssen vor allem unsere Agitation darauf richten, die Lage dieser abhängigen Landbevölkerung einigermaßen zu erleichtern durch eine praktische Thätigkeit der Gesetzgebung u. s. w. Die große Lüge, daß das patriarchalische Verhältniß die Lage des Landvolkes angenehmer machen könnte, hinter der sich die ganze mittelalterliche Brutalität verbirgt, muß gründlich enthüllt werden. Verlangen wir, daß das ländliche Proletariat der Gesindeordnung entzogen wird; das wird uns ein ungeheures Material für die Agitation in die Hände geben. Zunächst müssen wir prinzipiell und sozial-ökonomisch unsere Forderungen gegenüber der Landbevölkerung formuliren. Dazu gehört allerdings ein gewisses Studium; es wird nicht leicht sein und man wird sich gegenwärtig halten müssen, daß die Verhältnisse auf dem Lande ganz andere sind, als in der städtischen Industrie. Mit allgemeinen Redensarten richten wir hier garnichts aus, noch weniger, wenn wir die auf die städtischen, industriellen Arbeiter zugeschnittenen Programmpunkte auf die ländlichen Arbeiter übertragen wollen. (Bravo!)

Liefländer: Wir haben seit Jahren die Produktivassoziationen gefordert. Ich habe bis jetzt noch keinen Vorschlag gehört, der diesen Programmpunkt ersetzen will. Ich meine, um die Lösung der Frage in unserem Sinne anzubahnen, müssen wir sie gründen; es soll ja nur ein Uebergang sein. — Unter den heutigen Verhältnissen werden wir ein proportionales Wahlsystem nicht bekommen, damit würde ja die heutige Gesellschaft sich selbst aufgeben. — Wie das Volk Recht spricht, hat Liebknecht schon richtig geschildert; um das zu sehen und zu würdigen, braucht man nur einer Schöffengerichtssitzung beizuwohnen. Der alte Satz: „Religion ist Privatsache" sollte doch eine Aenderung erfahren; am besten würde er ganz gestrichen, weil sich an ihn fortwährend neue Angriffe und neue Kritiken knüpfen — oder wir können ihn auch behalten, wie er früher war. (Große Heiterkeit und Beifall.) Most hat seiner Zeit für den Austritt aus der Landeskirche agitirt, aber diese Agitation hat nicht die erhofften Früchte getragen.

Auerbach-Berlin V.: Es ist mir gestern in Privatunterhaltungen gesagt worden, daß es gar keinen Werth hätte, sich auf die Diskussion des Programms einzulassen. Ich kann dem nicht beipflichten. Monatelang ist in den Versammlungen und in der gesammten Presse soviel davon die Rede gewesen, daß es mehr als bedenklich sein würde, wenn wir hier nicht in eine ausführliche Erörterung eintreten würden. Die bürgerliche Presse und die Gegner würden immer und immer wieder ihre alte Behauptung wiederholen: das

ist eine Partei, die nicht einmal ein festes Programm hat, die es erst auf dem nächsten Parteitage machen will! Darum müssen wir wenigstens die allgemeinen Gesichtspunkte aufstellen.

Was den Namen betrifft, so wissen wir ja, was wir unter der „sozialistischen Arbeiterpartei" zu verstehen haben. Aber die christlich-sozialen Oberwinder und Genossen pflegen auch zu sagen, wir sind Arbeiter und nebenbei Sozialisten. Es wäre deshalb doch vielleicht ganz gut, wenn wir „sozialdemokratische Arbeiterpartei" sagten. — Ueber den Kardinalpunkt unseres Programms, die Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsordnung, hat Liebknecht sich gestern so glänzend ausgesprochen, daß da nichts mehr hinzuzusetzen ist. Ich bin dafür, das Wort „gesetzlich" nicht wieder aufzunehmen, sondern es bei „mit allen Mitteln" zu belassen; wir haben nicht nöthig, den herrschenden Klassen gegenüber irgend einen Vorbehalt zu machen, die uns als Unterminirer ihrer Gesellschaft, und mit Recht, betrachten. Die Gleichberechtigung der Frauen auch bei den Wahlen stärker im Programm und auch bei unserer Agitation zu betonen, wäre sehr nützlich; bisher ist letzteres noch sehr vernachlässigt worden, und unter den „Staatsangehörigen" hat man fast überall nur die Männer verstanden. Fordern wir also stets das gleiche aktive und passive Wahlrecht auch für die Frauen. Den „kitzlichen" Punkt: direkte Gesetzgebung durch das Volk, möchte ich so lassen, wie er ist. Das Wählen soll doch nur ein Agitationsmittel sein, und kann es ein glänzenderes Agitationsmittel geben, als wenn wir verlangen: direkte Gesetzgebung durch das Volk, wo jedes Gesetz dem ganzen Volke vorgelegt wird. An der „Rechtsprechung durch das Volk" wollen wir auch nicht rütteln; wenn hier und da ein Schwur- oder Schöffengericht einen falschen oder schlechten Spruch abgiebt, so kann das für eine Aenderung kein durchschlagender Grund sein. Beide Gerichtsformen sind ein Schritt zum besseren, und es ist ganz ersprießlich, wenn Leute aus dem Volk den Richtern beigegeben werden. Das Volk weiß, wo es der Schuh drückt, darum sollen Männer des Volkes die Rechtsprechung haben. Die Eingangsformel „möglichste Ausdehnung dieser Rechte und Freiheiten" möchte ich geändert wissen; ich will keinen Unterschied zwischen der heutigen und der künftigen Gesellschaftsordnung im Programm, nicht „möglichste" Ausdehnung dieser Rechte, nein, alles wollen wir fordern! Ob man es uns giebt, ist gleichgiltig. Die einzelnen Programmforderungen bezüglich des Arbeiterschutzes werden wir nach den Beschlüssen des Pariser Kongresses umzuändern haben. Den Unterschied zwischen Männer- und Frauenarbeit bitte ich Sie im Parteiprogramm fallen zu lassen. Für mich giebt es keine verschiedene Sittlichkeit von Mann und Frau, welche geschädigt werden kann; für mich giebt es nur eine allgemeine Sittlichkeit, und reaktionär von uns wäre es, wenn wir die Frau, welche sich wirthschaftlich

selbstständig machen will, irgendwie in ihrer Erwerbsthätigkeit beschränken wollten.

Noch eine Bemerkung zur Geschäftsordnung. Wir sind in einer Zwangslage; wir haben in St. Gallen beschlossen, daß dem nächsten Parteitage ein Programmentwurf vorgelegt werden soll. Das Komitee hat uns keinen Entwurf vorlegen können und kann sich auch nicht hinsetzen und bis morgen einen solchen ausarbeiten. Da bitte ich nun, den Entwurf schon 6 Monate vor dem nächsten Parteitag zu publiziren, damit zur Durcharbeitung allen Interessirten genügende Zeit bleibt. Endlich eine Berliner Bemerkung. (Heiterkeit.) Ich gebe die Erklärung ab, daß wir Berliner; trotz aller Unterschiede in der Taktik; das veränderte, das neue Programm ansehen werden als einen rocher de bronce und es gemeinsam mit allen Genossen aus der Provinz hochhalten werden für alle Zeit. (Beifall.)

Ehrhardt-Ludwigshafen: Ich begrüße mit Freuden die allseitigen Bestrebungen in unserer Partei, das Programm zu ergänzen, denn das ist, auch im Hinblick auf seine praktische Ausführung ein Bedürfniß. Wohin wir uns wenden, wir treten einem Reichstagsabgeordneten, oder einem Landtagsabgeordneten, oder mindestens einem Stadtrath auf die Hühneraugen (Heiterkeit); es ist also unsere Pflicht, unser Parteiprogramm möglichst deutlich zu machen, damit unsere Parteigenossen bei der Agitation eine Schablone haben. Unser Programm ist für uns die Fahne, um die wir uns unter allen Umständen schaaren. In letzter Zeit ist uns durch verschiedene Umstände die Agitation sehr erschwert worden, nicht zum wenigsten durch die Berliner, welche mit ihren langwierigen Berathungen über die Religion uns in der Provinz beständig den Prügel zwischen die Beine geworfen haben. (Sehr richtig!) Nichts ist erbärmlicher, als wenn ich in einer Centrumsversammlung immer wieder Aeußerungen aus jenen Versammlungen vorgehalten bekomme mit dem Beifügen: „Ihr wollt die Religion beseitigen oder sie blos vorläufig noch bestehen lassen, um den „dummen Bauern“ nicht vor den Kopf zu stoßen.“ Wenn ich nun vor diesen Bauern stehe, muß ich immer erst den Mist wegräumen, den die Berliner aufgeladen haben. (Zustimmung und Widerspruch.) — Zu den Schlußforderungen an den heutigen Staat habe ich einen Vorschlag. Ich habe die Verstaatlichung der Apotheken im Auge. Keine der heutigen Einrichtungen eignet sich besser zur Verstaatlichung. Wie wirksam muß diese Forderung als Agitationsmittel sein, wenn man erwägt, wie erbärmlich es heute um die Verpflegung der Armen mit Midikamenten bestellt ist! — Ueber den sogenannten Zukunftsstaat müßte möglichst rasch ein kleines Brochürchen, eine Art Katechismus herausgegeben werden. Wir wissen nicht, wie lange die heutige Aera der sogenannten Freiheit dauert; es darf keine Minute versäumt werden, um das, was wir dem Volke zu sagen

haben, in die Massen zu werfen. Verwenden wir in ausgedehntestem Maaße den Riesenfonds, der hinter uns steht, nicht zu Unterstützungs- sondern zu Agitationszwecken! Im nächsten Jahre wollen wir soviel arbeiten, wie in den verflossenen zehn Jahren zusammen, aber praktisch, nicht nur theoretisch; ob das Wort im Programm so oder so lautet, ist minder wichtig, in der Sache sind wir ja einig! (Beifall.)

Schwartz-Hamburg: Gegenüber den vielen Ausführungen der letzten Zeit in der Religionsfrage stehen wir so: Der Staat soll sich nicht in Religionsangelegenheiten mischen; wer das Bedürfniß hat, einer Religionsgemeinschaft anzugehören, hat die Kosten dafür zu tragen, nicht aber soll der Steuersäckel des Volkes herangezogen werden, um Pfaffen zu besolden. Auch in Hamburg hat sich jüngst eine Agitation etwas breit gemacht, welche auf den Massenaustritt aus der Landeskirche hinarbeitet. Das wäre falsch; das Landvolk würde dann en masse von uns zurückweichen. In der ländlichen Presse wurde dies besonders gegen uns ausgeschlachtet. Darum muß dieser Agitation entgegengewirkt werden. Ich empfehle, den Passus „Religion ist Privatsache" unverändert bestehen zu lassen.

Molkenbuhr: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß es eigentlich völlig überflüssig ist, in unserm Programm Bestimmungen über politische Tagesfragen zu haben. Dazu sollte in Resolutionen Stellung genommen werden, für deren Vereinbarung die Parteitage, die wir ja jetzt öfter haben werden, der Ort sind. Das Programm muß die Endziele festlegen, sollte sich aber mit Tagesfragen nicht befassen. Sonst kommen wir aus dem Dilemma nicht heraus, daß wir fast jedes Jahr das Programm ändern müssen, weil uns jedes Jahr neue Fragen aufgedrängt werden. Auch tritt uns dann unser Programm bei der Agitation gewissermaßen hemmend in den Weg; stehen diese oder jene bestimmten Forderungen im Programm, so können die Leute daraus schließen, wir wollten nichts anderes, nichts weiter, als was darin steht, und dabei können doch immer neue berechtigte Forderungen auftauchen, denen Rechnung getragen werden muß. Zu der Frage „Religion ist Privatsache" glaube ich, als Bewohner des platten Landes und nach den Erfahrungen meiner Thätigkeit auf den Dörfern, berechtigt zu sein, mich auch hier zu äußern. Man will den Passus aus dem Programm beseitigen, weil wir doch den Atheismus als Produkt der wissenschaftlichen Forschung fordern. Nehmen wir alle Produkte wissenschaftlicher Forschung auf, dann haben wir kein Programm mehr, dann könnten wir ganze Bände herausgeben. Wir sind doch zunächst eine politische Partei, und können als solche doch unmöglich die gesammte Wissenschaft in unser Programm hineinschreiben. Aus dem Verlangen, daß ein zielbewußter Sozialdemokrat mit der Landeskirche brechen müsse, folgert man auf dem Lande, daß, wenn die Sozialdemokratie zur

Herrschaft gelangt, Jedem seine Religion verboten, eine große Ketzerrichterei in dem umgekehrten Sinne veranstaltet werden würde, daß man die Gläubigen verbrenne. Und das folgert man mit ziemlicher Nothwendigkeit, wenn wirklich verlangt wird, daß keiner in der Partei geduldet werden soll, der zu einer Kirche 'gehört. Durch diese Agitation wird auch ein Mißverständniß insofern hervorgerufen, daß man die freien Gemeinden auf Kosten der sozialistischen Partei zu stärken sucht, denn auf etwas Anderes läuft doch die ganze Sache nicht hinaus. Wir wollen doch keinen Gewissenszwang gegen uns, beanspruchen vielmehr völlige Gedankenfreiheit; also müssen wir sie auch den anders Denkenden lassen. Auf dem Lande kommen wir mit der Religion am besten voran, wenn wir sie ganz aus dem Spiel lassen. Wenn die Leute auf den Dörfern unser Programm, unsere Hauptforderungen kennen gelernt haben, sind sie schon halbe Sozialisten geworden; nun können die Pfaffen es sich nicht versagen, über die Sozialdemokraten herzufallen; sie kommen dann in ihren Predigten auf das Theilen, die Abschaffung der Ehe und alle anderen Lügen. Gerade das ruft dann den Widerspruch der schon halb zu Sozialdemokraten Gewordenen hervor, weil sie sehen, wie leichtfertig da von den Pfaffen Lügen in die Welt gesetzt werden; das macht sie schwankend, und vielfach haben es auf diese Weise in manchen holsteinischen Orten, wo Sonntags früher ziemlich die ganze Bevölkerung in die Kirche ging, die Herren mit ihren früheren Kirchgängern verdorben. So entsteht von selbst, was jene Heißsporne mit Gewalt herbeiführen wollen. Wir stehen ja doch nicht thurmhoch erhaben über der Bevölkerung; wir wollen sie doch zu unseren Auffassungen herüberziehen; da dürfen wir sie nicht auf diesem Wege zurückstoßen und zwischen ihr und uns eine Scheidewand aufrichten. Das geschähe aber auch dann schon, wenn wir bloß die Nothwendigkeit, Atheist zu sein, betonen würden.

In der Frage der Verstaatlichung von Grund und Boden werden wir, im Interesse der ländlichen Agitation, jedenfalls eine Schrift verfassen müssen, die diesen Punkt festlegt und unseren agitatorisch auf dem Lande wirkenden Genossen eine Richtschnur bietet. Ich bin Zeit meines Lebens im Grunde nichts anderes, als ein Bauernagitator gewesen. Die Landleute sind nicht völlig unempfindlich für die sozialistischen Lehren, im Gegentheil findet man ein gut Stück praktischen Sozialismus schon oft auf dem Lande (Bravo!), beim Entwässerungswesen, beim Verwenden landwirthschaftlicher Maschinen, welche den Kleinbetrieb unmöglich machen, im Genossenschaftswesen u. s. w. Dadurch wird dem eigentlichen sozialdemokratischen Grundgedanken Vorschub geleistet; die Leute sind praktisch sozialistischer, als sie selbst glauben, und faßt man die Sache dann am richtigen Ende an, so werden sie auch für unser Programm zugänglich. Es liegt hier kein Fehler im Programm;

es fehlt nur an der nöthigen Litteratur, wonach sich jeder Agitator richten kann. (Beifall.)

Dr. Rüdt: Ich habe das Wort zu einem sehr wichtigen Punkte unseres Programms erbeten und möchte zunächst jedes Vorurtheil gegen mich beseitigen. Ich bin weder ein Freireligiöser, noch ein Freidenker, ich bin ein Feind des Freidenkerthums und bekämpfe es; ich wünsche Ihnen allen· Tretet in die Sozialdemokratie ein, da ist der Platz, wo ihr kämpfen sollt! Ich weide auch nicht auf den Wiesen der grauen Theorie, sondern ich bin wahrscheinlich der praktischste Agitator der Partei. (Heiterkeit.) Das beweisen die Anforderungen, die an mich gestellt werden; ich habe in anderthalb Jahren 140 Reden gehalten. Die Parteigenossen in Bayern, Baden, Württemberg, im Schwarzwald können mir's überall bestätigen.

Ich bin nicht aus Opposition gegen unser Parteiprogramm zu meinem Antrag gekommen, sondern weil ich wünsche, daß unsere herrliche und erhabene Partei bewahrt bleibe vor dem Vorwurf der Heuchelei. Eine solche Partei muß auch wahrhaftig sein. Wir haben gestern selbst von Liebknecht gehört, daß er, wie die meisten andern, auf dem Standpunkt des Atheismus steht. Es soll das nicht ausgesprochen werden im Programm; ich verlange nur, daß wir offen und ehrlich als Partei erklären, daß wir, als Revolutionäre auf dem Standpunkt der Wissenschaft stehend, nichts mit den alten Hirngespinnsten, mit denen die Pfaffen unsere Ziele, unsere Pläne durchkreuzen, gemein haben. Ich habe draußen im Süden Deutschlands unendlich vielmit Pfaffen zu thun, — warum? weil sie uns die Sozialdemokraten vor der Nase wegnehmen wollen! (Heiterkeit.) Deshalb trete ich ihnen entgegen und sage ihnen: Ihr kommt zu spät; auf den Arbeiter macht ihr mit euren Hirngespinnsten keinen Eindruck mehr. Wenn sie vor das Volk hintreten und die Arbeiter warnen vor uns, den Sozialdemokraten, die alles, auch den lieben Herrgott, vernichten wollen, da müssen wir doch einschreiten und den Arbeitern zeigen, daß die Pfaffen sie an der Nase herumführen wollen. Das ist die Aufgabe des Agitators, das beweisen meine Erfolge in den katholischen Ländern. Als die Wahlen kamen, hieß es bei uns: nun wird's gefährlich sein, den Rüdt aufs Land hinauszuschicken, den werden die Pfaffen todtschlagen. (Heiterkeit.) Aber als die Wahlen da waren, hat man den Rüdt doch hinausgeschickt, wo die Pfaffen waren, und da hat er seine größten Erfolge gehabt. Als die Pfaffen vor zwei Jahren gegen Giordano Bruno vorgingen, behaupteten, er sei ein Esel und ein Schwein gewesen, da ging ich nach Köln, und die Kölner können Euch erzählen, was ich da fertig gebracht habe. (Heiterkeit.) Ein freierer Geist war hineingetragen worden; der nützt immer und schadet nie. Dazu meine Erfahrungen im Rheinlande gegen Pastor Thümmel. Die Remscheider Parteigenossen hatten mir

geschrieben: wir können nicht fertig werden, wir kommen zu keinem Verein, wir stehen nach Thümmels Erfolgen als gemeine Verbrecher da, Niemand will sich zu uns bekennen. Da bin ich hingekommen und habe gewirkt. Ich bin also thatsächlich kein unpraktischer Parteiphilosoph. Liebknecht sagt selbst, man müsse den Muth haben, nicht vor den letzten Konsequenzen zurückzuschrecken; er hat 1869 in Basel den Kollektivismus auch an Grund und Boden offen verkündet; und wir sollten heute nicht den Muth haben, zu sagen: ja wohl! als Partei brechen wir vollständig mit der Meinung, als gehörten wir noch zu dem alten Zopf, der dem alten Moses nachzieht? Liebknecht meint, die Schule werde schon helfen. Gewiß, aber nur, wenn sie aus den Händen der Pfaffen genommen wird. Bleibt sie so wie heute, oder kommt sie zu ihnen zurück, so haben wir keine Hoffnung, daß diese Schule Sozialdemokraten aus unseren Kindern machen wird. Auf der Pastorenkonferenz in Hannover haben wir ebenfalls dieselben Absichten wieder kennen gelernt: wir brauchen nur wieder einen schönen Himmel, den brauchen wir nur mit unseren schwarzen Kutten zuzudecken, dann wird der Staat mit uns zufrieden, und diese Abwendung wird wieder zurückgedrängt sein. Ich bin der festen Ueberzeugung, diese Abwendung wird nicht zurückgedrängt, aber sie kann gehemmt werden durch das Pfaffenthum. Haben wir nicht in der Geschichte die schlagendsten Beispiele dafür? Nachdem die Revolution niedergeworfen war, sind da nicht diese Ideen von den Pfaffen wieder zur Geltung gebracht worden? Bebel hat das wunderbare Prognostikon gestellt, daß jetzt unsere Thätigkeit stärker gegen die Ultramontanen gerichtet werden müsse; unser Kampf geht aber ebenso gegen die Stöckerei und Muckerei, wie gegen den Ultramontanismus. Denn diese Brüder haben sich untereinander sehr gern und stehen auf demselben Boden. Wir handeln, wie ich praktisch erfahren habe, nicht ganz recht, wenn wir bei jenem alten Satze stehen bleiben. Dreesbach wird mir bezeugen, daß bei der letzten Wahl die Gegner in ihren Flugblättern gerade hier eingesetzt hatten, um die Führer als miserable Heuchler und Lügner hinzustellen; im Programm stände: „Religion ist Privatsache," und die Führer hätten den Atheismus gepredigt. Darum sage ich, die Partei soll sich bekennen, weiter gar nichts, und dann die Pfaffen bekämpfen. Ich brauche nicht auf die enge Verbindung von Thron und Altar hinzuweisen; Sie wissen, wie strikte die beiden immer zusammengehalten haben. — Die große sozialistische Bewegung dreht sich doch nicht blos um den Magen; sie ist eine große Kulturfrage und -Bewegung, und als solche kämpft sie zunächst für die soziale, dann für die politische und dann im Großen und Ganzen für die Geistesfreiheit der Menschen. S k l a v e n werfen die Kette nicht ab. Ich kann, liebe Freunde, den Vorwurf zurückweisen, daß diejenigen, welche gegen das Pfaffenthum ankämpfen,

gegen den lieben Herrgott ankämpfen; ich habe nie mit den Geistlichen um diese oder jene schöne Eigenschaft desselben gestritten, darauf habe ich mich nie eingelassen, sondern stets praktisch den Pfaffen vorgehalten: Ihr wollt das Volk auf dem Boden der blauen Phantasie in der Knechtschaft erhalten. Die Partei selbst fühlt heraus, daß hier etwas geschehen muß. Von allen Gegenden Deutschlands kommen mir seit zwei Jahren Briefe über Briefe, die mich auffordern, in zwei, drei Tagen nach dem Rhein, nach Schlesien Sachsen, Hannover u. s. w. zu kommen. (Rufe: Zur Sache!) Ich bin bei der Sache; ich will damit beweisen, daß ein praktisches Bedürfniß vorhanden ist, daß die Leute selbst verlangen, in Schutz genommen zu werden.

Stolle-Gesau: Der erste Satz unseres Programms: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur“ ist von der Manchesterschule angefochten worden, und es verlohnt sich der Mühe, zu untersuchen, ob dieser vor 15 Jahren aufgestellte Satz Stich hält.

Auch an dem Programmpunkt, betreffend die Arbeitsmittel, hat die kapitalistische Presse eingesetzt und eine präzisere Fassung verlangt. Es ist auch bei uns angeregt worden, nicht mehr von Arbeitsmitteln, sondern von Arbeitswerkzeugen zu sprechen. Der Ausdruck „Arbeitsmittel“ ist ein Kompromißausdruck; auch die Bodenfrage ist ja in dem Programm nicht buchstäblich erwähnt; früher stand doch an der Stelle das Wort „Kollektiveigenthum“. Wenn wir aber heute unser Programm präzisiren, müssen wir das alles hineinnehmen; heute muß ausgesprochen werden, daß der Grund und Boden verstaatlicht werden muß, und daneben muß der Ausdruck „Arbeitsmittel“ genauer gefaßt werden. — Die gegen die Rechtsprechung durch das Volk gestern und heute angeführten Thatsachen können mich nicht bestimmen, davon abzugehen; denn wir haben nicht gewählte Volksgerichte, sondern Geschworene, die nach einem Census berufen werden. — In der Religionsfrage besagt unser Programm, daß wir das Bekenntniß zu einer Religionsgemeinschaft Jedem überlassen, wir greifen in die Ueberzeugung nicht ein, wir schreiben nichts vor. Aber damit begegnen wir einem aufgetretenen Uebelstande nicht. Die Kirche, als privilegirte Institution, ist von uns zu bekämpfen, und das muß in dem Programm irgendwie zum Ausdruck kommen. Ich bedaure, daß unsere hierhergehörige frühere Forderung aus dem Eisenacher Programm herausgekommen ist. Die Kirche kann nicht nur Andersdenkende boykottiren, ächten, sie kann sie ganz unschädlich machen und ist so geschützt, daß man gegen die Geistlichen nicht klagbar vorgehen kann. Soll das ewig so fortgehen? Was die Schule betrifft, so schützen selbst unsere Dissidentengesetze uns nicht hinreichend, unsere Kinder freidenkend erzogen zu bekommen. Also Trennung der Schule von der Kirche, der Kirche vom Staat!

(Glocke.) Ich komme nur noch kurz auf den Berliner Antrag wegen der Frauenarbeit; dieser Antrag scheint mir gänzlich verfehlt, insofern er die Forderung gleichen Lohnes für Männer und Frauen beseitigen will. Den Frauen müssen in jeder Beziehung die gleichen Rechte zugesprochen werden. Gerade die Konkurrenz der billigeren Frauenarbeit macht jährlich Tausende von Männer arbeitslos. Wer objektiv denkt, wird diesem Antrage nicht zustimmen.

Geyer-Leipzig beantragt den Schluß der Diskussion; Klees ist gegen den Schluß; der Schlußantrag wird abgelehnt.

Agster-Stuttgart: Ich will vorweg gegen Dr. Rüdt bemerken, daß der größere oder geringere Erfolg der praktischen Agitation nicht in der größeren oder geringeren Zahl der gehaltenen Reden gefunden werden kann. Die längeren Ausführungen bezüglich des Pfaffenthums waren mehr oder minder überflüssig. So schlimm, wie Dr. Rüdt es geschildert hat, ist denn doch die Sache mit dem Pfaffenthum nicht. Wenn wir auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes das Wort „gesetzlich" weglassen, möchte unserer Agitation, speziell in gewissen Kreisen, doch ein unbequemer Hemmschuh angelegt werden, insofern der deutsche Philister ja sehr geneigt ist, nunmehr zu glauben, daß wir uns damit auf einen ungesetzlichen Boden stellen wollen. — Daß die Apothekenfrage sehr reformbedürftig ist, unterliegt keinem Zweifel; das Programm würde aber ein Ungeheuer an Umfang werden, wenn wir alle diese Spezialien darin aufnehmen wollten. Die von Auerbach befürwortete Beseitigung der Trennung der Programmforderungen in zwei Gebiete ist eine Frage praktischer Erwägung, die nicht so sehr ins Gewicht fallen kann. Liebknecht hat mit Recht betont, daß wir eine gewisse Pietät obwalten lassen müssen. — Bei der Forderung der Rechtsprechung durch das Volk muß der Umstand beachtet werden, daß man heutzutage von einer eigentlichen Rechtsprechung durch das Volk noch nicht reden kann; heute hat die besitzende Klasse die Rechtsprechung in den Schwur- und Schöffengerichten in der Hand.

Metzner-Berlin I: Ich möchte zunächst auf die Produktivgenossenschaften eingehen. Liebknecht sagte, der Gedanke habe sich überlebt; Andere wollen ihn festhalten. Thatsächlich hat er sich überlebt, denn gerade diese Bestimmung ist in den letzten Jahren vielfach falsch gedeutet worden. Man berief sich auf das Programm, wenn man Produktivgenossenschaften gründen wollte, zum Theil auch, z. B. in Berlin, gegründet hat. Man hat geglaubt, mit solchen Gründungen vorgehen zu sollen, während doch das Programm nur so aufgefaßt werden kann, daß der Staat, in welchem derartige Associationen begründet werden sollen, erst herbeizuführen ist, und man hat ganz und gar übersehen, daß, wenn derartige Genossenschaften gegenwärtig begründet werden, sie absolut nicht bestehen können, wenn sie nicht auf dem Boden der heutigen

kapitalistischen Produktion aufgerichtet werden. Sie stellen also nur eine Verlängerung des heutigen Zustandes dar. Solche Mißverständnisse müssen unmöglich gemacht werden, und es hat daher dieser Passus fortzufallen. Andererseits ist nicht außer Acht zu lassen, daß diese Forderung seiner Zeit aufgestellt wurde, um der Agitation von Schulze-Delitzsch entgegenzuwirken. Von da ist sie in unser Programm hineingerathen. — Zu dem wunden Punkte der Religionsfrage bemerke ich nur, daß ich, obwohl selbst freireligiös und der Berliner Gemeinde seit Jahren angehörend, mich doch nicht für den Antrag Rüdt erwärmen kann. Gerade weil auch ich unsere Partei vor Heuchelei bewahren will, möchte ich das, was hier in seinem Antrag gesagt ist, nicht in das Programm aufnehmen.

Mit Stolle halte ich es für unsere Aufgabe, dahin zu wirken, daß der konfessionelle, der dogmatische Unterricht nicht mehr in den Schulen vom Staate protegirt wird; das ist in dem Satze: Religion ist Privatsache, zum guten Theil mit ausgedrückt. Damit ist schon gesagt, daß der Staat als solcher auch nicht berechtigt sein soll, für irgend welche besondere konfessionelle Anschauung einzutreten. In der Beziehung wird vielfach den Anhängern der freireligiösen Richtung mit Unrecht ein Vorwurf gemacht. Sie wollen nicht unsere Reihen lichten; im Gegentheil kann ich von Berlin mit Fug behaupten, daß sich auf diesem Gebiete die Anschauungen mehr und mehr klären. Dem Gebahren, welches auf Massenaustritt aus der Landeskirche gerichtet ist, stehe ich gleichfalls sehr kühl gegenüber. Nichts hat mir größeren Widerwillen bereitet, als vor einer Reihe von Jahren in Berlin Most direkt in einer großen Volksversammlung dazu auffordern zu hören; ich habe mir schon damals sofort gesagt, daß diese gegen die Stöcker'sche Bewegung gerichtete Demonstration einen nennenswerthen Erfolg nicht haben würde. Es ist leicht, in Volksversammlungen dazu aufzufordern; aber noch nicht der zehnte Theil führt es nachher aus. Gewiß muß dahin gewirkt werden, unsere Jugend möglichst aus den Fesseln des Dogmenglaubens herauszureißen, aber da haben wir mit uns selbst noch viel zu thun, und auf Kommando läßt sich so etwas nicht machen. Den Antrag Berndt möchte ich nicht dahin verstehen, daß die Revision des Programms sofort vorgenommen werden soll, denn sonst würden wir blos ein Programm zusammenstoppeln, das nachher als nicht gehauen und nicht gestochen bezeichnet werden müßte. (Beifall.)

Frau Steinbach-Gera: Daß ich überhaupt hier das Wort ergreife, verdanke ich nicht Ihnen, sondern leider unseren eigenen Kämpfen. Ich habe mich nicht dazu gedrängt, ich bin gedrängt worden noch im letzten Augenblick, wo in einer hämischen Notiz der „Hamburger Nachrichten", dem Lagerplatz Bismarck'scher Weisheit, den Sozialdemokraten unterschoben wurde, daß sie höchstwahr-

scheinlich beim Kongreß Frauen nicht zulassen würden, trotzdem sie doch im Reichstag beim Gesetz über die gewerblichen Schiedsgerichte die Forderung aufgestellt, daß das Frauenstimmrecht eingeführt werde, und weil dies abgelehnt wurde, das ganze Gesetz abgelehnt haben.

Auch wir Fauen haben uns erlaubt, Ihnen zum Programm einen Antrag zu unterbreiten. Ist die gewerbliche Arbeit nur für einen Theil des Volkes, nur für die Frauen schädigend? Leidet die ganze Familie weniger darunter, wenn der Mann krank, verseucht, elend Familienpflichten übt? Die Fürsorge für die Frauen allein ist eine Beschränkung, die in guter Absicht, scheinbar zu unseren Gunsten, gemacht ist, wir müssen uns aber entschieden dagegen verwahren. Durch ein Verbot der Frauenarbeit in diesen Gewerben würden vielleicht Tausende von Frauen auf das Pflaster geworfen werden, und da sie nicht verhungern können und sollen, — was auch nicht Ihre Absicht sein wird — so sind sie gezwungen, das enorme Angebot von billiger, beinahe schon unbezahlter Arbeitskraft in den übrigen Branchen weiblicher Thätigkeit noch zu vermehren. Gerade die massenhaft durch billige Frauenarbeit hergestellten Artikel vertragen keinen Zuschlag auf den Arbeitslohn. Ich will nur die Spiegelbelege-Industrie erwähnen, die besonders schädlich ist. Ich bitte Sie also im Programm festzulegen, wenn Sie schon auf die Schädlichkeit der Arbeit Rücksicht nehmen, daß beide Geschlechter gleichmäßig berücksichtigt werden.

Ebenso bitte ich Sie unseren zweiten Antrag anzunehmen, worin wir die Einführung weiblicher Fabrikinspektoren fördern. (Beifall.)

Kokosky-Braunschweig: Die „Hamburger Nachrichten" haben einmal eine gute That gethan, denn ohne ihren Artikel wäre unsere Genossin nicht hier erschienen. In unserem Programm ist kein Unterschied gemacht zwischen Mann und Frau. Es sollte aber unverkennbar gesagt werden, daß die Frauen mit uns gleichberechtigt sind.

Man sagte, wir trieben Heuchelei, wenn wir hier nicht ein Rüdt'sches Bekenntniß ablegen. (Heiterkeit.) Ich habe überall den Standpunkt vertreten, daß jede Religion, jedes Bekenntniß zu bekämpfen sei. Nun, es giebt dafür noch eine andere Art der Agitation, als wie die großen Reden des Dr. Rüdt. Ist es nicht auch ein Beispiel von Agitation, wenn man seine Kinder nicht in die Kirche schickt? Wir wollen nicht mehr dem alten Moses folgen, aber auch nicht dem neuen Moses, dem Dr. Rüdt. (Heiterkeit.)

Hoffen wir, daß nach fleißiger Arbeit ein Programm zu Stande kommt, welches auf der Höhe der Wissenschaft steht, gleichgiltig von wem es herrührt. (Beifall.)

Oertel-Nürnberg: Die Sozialdemokratie hat immer die Gleich-

berechtigung der Frau verlangt, und es ist uns nicht im Mindesten eingefallen, die Genossinnen von hier fernzuhalten. Gleichzeitig möchte ich aber auch betonen, daß mich die Ausführungen der Frau Steinbach nicht überzeugt haben. Die Frauenarbeit ist nur ein Stück der sozialen Frage und kann als einzelne Frage durchaus nicht gelöst werden. So wenig es uns Männern gelingt, innerhalb der heutigen Gesellschaft eine menschlichere Existenz zu erringen, ebensowenig würde es den Frauen gelingen, diejenigen Rechte eingeräumt zu erhalten, die ihnen naturgemäß gehören.

Von allen Rednern, die heute gesprochen, sind nur verschwindend wenig neue Gesichtspunkte bezüglich des Parteiprogramms angeführt worden. Es waren größtentheils nur Wiederholungen dessen, was Liebknecht gestern zusammengefaßt hat. (Sehr richtig!) Ehrhart's Tonart möchte ich nicht folgen. Ich werfe mich hier nicht zum Anwalt der Berliner Genossen auf, aber ich halte es nicht für schön, daß man bei jeder Gelegenheit den Berlinern etwas am Zeuge flicken will. Es ist ein unveräußerliches Menschenrecht der Berliner Genossen, ebenfalls ihre Ansichten geltend zu machen. Wenn einzelne Berliner Genossen zum Austritt aus der Landeskirche auffordern, so wird die Sozialdemokratie daran nicht zu Grunde gehen. Wenn wir uns selbst Furcht einflößen, dann wird es nicht gut. Den Antrag des Dr. Rüdt halte ich für vollständig überflüssig. Seine ganzen Erlebnisse sind für mich höchst gleichgiltig, und für die Partei nicht minder. Wir können nicht durch Agitation die Religion von heute beseitigen, sie liegt in der heutigen Gesellschaft begründet, und diese wird die Religion stets aufrecht erhalten, weil sie ein großes Interesse daran hat. Ich glaube mit Liebknecht, daß, wenn wir einmal den sozialistischen Staat haben, wir sehr leicht mit der Religion fertig werden.

Es sind noch ca. 40 Redner gemeldet.

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt Genosse Schmidt-Berlin: Ich bedaure, daß im Laufe der heutigen Debatte wieder einzelne Angriffe gegen die Berliner Genossen gerichtet worden sind, und zwar in einer Weise, die wir entschieden zurückweisen müssen. Es ist da von „Berliner Mist" gesprochen worden. Ich erkläre, daß die Versammlungen in Berlin, welche den Austritt aus der Landeskirche zum Zweck hatten, nicht von der Partei ausgingen, sondern einfach auf die Initiative einzelner Genossen zurückzuführen sind. Denn vorläufig steht im Parteiprogramm nicht, daß jeder Sozialdemokrat Atheist sein muß. Vogtherr sprach also im eignen Namen, nicht für die Partei. Wenn auf dem Lande „Berliner Mist" abgeladen wird, so geht er nicht von Berliner Genossen aus, er wird nicht von ihnen aufgetragen. Ich bitte also den Genossen, der dies gesagt,

sich in Zukunft etwas anständigerer und gebildeterer Ausdrücke zu bedienen.

Zubeil: Ich kann mich dem nur anschließen. Wir können hier nicht für die Ausführungen Werner's speziell verantwortlich gemacht werden. Wir unsererseits haben nicht eine einzige, irgendwie beleidigende Aeußerung einem Delegirten gegenüber gebraucht und ich wundere mich, daß derartige beleidigende Ausdrücke gegen die Berliner Delegirten nicht einmal von dem Vorsitzenden unseres Parteitages gerügt werden. Wenn Ehrhart behauptet, daß die Berliner mit solchem „Mist" umgehen, so ersuche ich ihn, eine Zeitlang in Berlin zu leben, vielleicht hat er es dann nicht nöthig, Mist abzuladen.

Lücke-Köln: Rüdt hat sich berufen auf seine Erfolge in Köln, und er hat uns, „seine lieben Freunde," angezapft zu einer Aeußerung über seine Erfolge. Ich muß im Namen meiner Genossen in Köln erklären, daß wir die Erfolge, welche die Sozialdemokratie in Köln aufzuweisen hat, nur zum kleinen Theile Herrn Dr. Rüdt zuschreiben. Wenn er sich einen großen Theil an den dortigen Erfolgen beimißt, dann möge er es Anderen überlassen, ihm Lorbeerkränze zu flechten.

Gewehr-Elberfeld; Die Partei als solche hat sich niemals an der Angelegenheit Rüdt-Thümmel betheiligt, und die Partei als solche hat Rüdt auch niemals zu einer Reise nach dem Rhein eingeladen.

Dr. Rüdt: Dem Braunschweiger Genossen erwidere ich, daß ich es doch nicht verdient habe, wenn ich in objektiver Weise einen anderen Standpunkt durch meinen Antrag vertrete, so persönlich angegriffen zu werden. Den Vergleich mit Moses habe ich auch nicht verdient, dazu bin ich viel zu blond. Ich will mir nicht ein Verdienst beimessen, daß ich in Köln gesprochen. Aber mein Kampf gegen die Jesuiten in Köln hat wesentlich dazu beigetragen, daß dort ein sehr viel freierer Geist hineingekommen ist. Ich habe mir also nicht zu viel zugetraut. Ich habe allerdings von den Sozialdemokraten eine Einladung bekommen, nach dem Rhein zu kommen. Ich weiß nicht, in welcher Beziehung ich mich irgendwie überhoben hätte. Höchstens war es ein Fehler, daß ich gesagt habe, ich wäre der praktischste Agitator der Partei. Ich habe sagen wollen, daß ich in gewisser Beziehung vielleicht am meisten in dem Kampfe gegen die Pfaffen praktische Erfahrung habe. Ich möchte also bitten, daß man nicht gleich über einen Redner, der unvorbereitet spricht und seine Worte nicht reiflich überlegen und wählen kann, in dieser Weise herfällt.

Lenz-Remscheid: Nach den Rüdt'schen Ausführungen mußte es in Remscheid so erbärmlich schlecht mit der Partei bestellt sein, daß Herr Rüdt aus Heidelberg kommen mußte, um uns ins Leben zu rufen. Wir haben eine starke Partei gehabt, noch ehe wir Rüdt kannten.

Rüdt hat also eine Unwahrheit gesprochen. Es ist eine Uebertreibung, die ich entschieden im Namen meiner Remscheider Genossen zurückweisen muß, wenn er uns gesagt hat, wir hätten ohne ihn nicht fertig werden können. Pfarrer Thümmel ist auch heute noch nicht mundtodt, obwohl allerdings der Vortrag Rüdt's viel zur Aufklärung beigetragen hat.

Jeup-Dortmund verliest, um der Verwirrung, welcher die sozialdemokratische Partei von Seiten der Ultramontanen in Bochum ausgesetzt ist, entgegenzutreten, eine Erklärung, wonach er, Redner, im Gegensatz zu anderen Rednern, der Ansicht ist, daß die Stellung der Partei zur Religion im Programm klar und präzis ausgedrückt ist.

Vorsitzender Dietz: Es ist soeben wieder der Ausdruck „Unwahrheit" gefallen. Der Genosse Rüdt ist der Uebertreibung beschuldigt worden, und vorher hat Genosse Ehrhart gesagt, daß sie „den Berliner Mist ausbaden müßten". Ich habe mich erkundigt, wie Ehrhart das gemeint hat. Er hat sagen wollen, die Berliner Beschlüsse hätten die Leute im Lande nachher auszubaden. Ich muß doch bitten, daß derartige Angriffe unterbleiben, und daß Meinungen, wie die letzteren, in andere Formen gekleidet werden.

Rüdt führt an, daß er vom Vorsitzenden des Lesevereins eingeladen worden sei, worauf Lenz entgegnet, der Leseverein oder ein Genosse seien aber nicht die Remscheider Sozialdemokraten.

Ehrhart-Speyer: Vielleicht geht der Ausdruck „Mist" etwas zu weit. Ich nehme ihn zurück. Ich wollte nicht die Berliner Genossen im Allgemeinen angreifen, sondern ich meinte nur diesen Punkt in Bezug auf die Landeskirche. Rüdt habe ich durchaus nicht für einen Parteiphilosophen gehalten; ich möchte also diesen Ausdruck nicht auf ihn angewandt wissen.

Woldersky-Köln: Ich erkläre, daß von der Parteileitung Kölns Rüdt niemals nach Köln gerufen ist.

Hierauf erhält das Schlußwort

Liebknecht: Man hat mir von gegnerischer Seite den Vorwurf gemacht, daß ich in meinen gestrigen Ausführungen das berühmte Thema des Zukunftsstaates nicht behandelt habe. Als der Sozialismus noch sehr jung war, noch nicht auf der wissenschaftlichen Basis stand, und sich zum modernen Sozialismus verhielt, wie die mittelalterliche Alchymie zur modernen Chemie, da beschäftigten sich die Arbeiter, welche in der sozialistisch-kommunistischen Bewegung standen, auf das Eingehendste mit der Frage, wie der Zukunftsstaat aussehen und wie es im Zukunftsstaat zugehen werde. Ich kam anno 1847, als junges Bürschchen in die Schweiz, gerade als das letzte Nachspiel der Kämpfe zwischen den Kommunisten, geführt durch Weitling, und dem „Jungen Deutschland", dessen Hauptvertreter der jetzt verrückt gewordene Antisemit Marr war, stattfand. Da wurde in jedem deutschen Verein des jungen Deutschland, wie

in jedem kommunistischen Arbeiterverein auf das Eingehendste die Frage des Zukunftsstaates erwogen. Und ich erinnere mich, daß damals die Frage ganz besonders große Schwierigkeiten verursachte: wer wird in dem kommunistischen Staate die Stiefel putzen, die Kleider und Kloaken reinigen und die Straßen fegen. Heute lächelt Jeder über diese Versuche, sich den Zukunftsstaat auszumalen. Die Schwierigkeiten von damals sind zum Theil durch die Fortschritte der Technik, der Wissenschaft, schon im Gegenwartsstaat beseitigt worden. Die Kloakenreinigung z. B. wird durch's Wasser weit besser besorgt, als jemals durch Menschen. Die Eisenbahnen, die Elektrizität, die Elektrotechnik sind gekommen und haben die Welt revolutionirt, von Grund aus umgestaltet. Die Wirklichkeit ist der kühnsten Phantasie vorangeeilt. In Shakespeare's „Sommernachtstraum" will Puck, der Zauberer und Genius, einen Gürtel um die Erde legen in 30 Minuten. Heute fährt der elektrische Funke, der zum Diener des Menschen gemachte Blitz, in einer Sekunde um die ganze Erde herum. Diejenigen Herren, die Auskunft über den Zukunftsstaat von uns wollen, mögen bedenken, daß uns jede Voraussetzung fehlt, auf welche hin vorausgesagt werden könnte, wie ein Staat, oder eine Gesellschaftsordnung, ich will sagen in zehn Jahren — nein in einem Jahr — beschaffen sein wird. Was heute als Wahrheit gilt, ist morgen als Unsinn erkannt. Was heute Ideal, ist morgen Wirklichkeit, übermorgen Reaktion. Und da will man sagen, wie künftig der Staat sich gestalten soll! Nur ein Narr kann das fragen. Wer will sich unterfangen, zu sagen, wie es nächstes Jahr in Deutschland aussehen wird? Leute, die solche Fragen stellen, verstehen von den sozialen Fragen nichts, nichts von dem organischen Entwickelungsprozeß der Gesellschaft, und sie nageln sich selbst an als vollständig unwissenschaftliche, denkunfähige Köpfe. (Sehr richtig!)

Ich komme nun zu der soeben beendigten Diskussion. Die zu diesem Punkt der Tagesordnung eingebrachten Anträge sind, wie schon angedeutet worden, einfach Material für die Genossen, welche beauftragt werden, der Partei den revidirten Entwurf vorzulegen. Es ist in dieser Debatte nicht ein Antrag gestellt und nicht ein Wort gesprochen worden, welches nicht berücksichtigt werden wird. Unser Programm kann nicht hervorgehen aus den Köpfen einzelner Weniger, es muß die Kollektivarbeit der ganzen Partei sein. Alles was noch in der Presse, in Versammlungen Neues an Gesichtspunkten auftauchen wird, wird selbstverständlich als Baustein verwendet werden für das neue Programm. Nur einen Irrthum habe ich hier zu rektifiziren. Es ist wiederholt von einer Kommission gesprochen worden, oder von der Kommission, welcher, nach der von mir beantragten Resolution, diese Aufgabe zu übertragen sei. Ich habe den Antrag gestellt, den Parteivorstand zu beauftragen,

einen revidirten Entwurf vorzulegen. Wir haben ausdrücklich vorlegen gesagt, und nicht auszuarbeiten. Der Vorstand kann und wird selbst, soweit die Kräfte seiner Mitglieder reichen, an dem Entwurf arbeiten; er hat aber die Pflicht, alle tüchtigen Kräfte in der Partei heranzuziehen und mitarbeiten zu lassen. Kurz: die Partei soll das neue Programm machen, und der Vorstand dieser Kollektivarbeit die würdige Form geben.

Es ist falsch, zu sagen, wir müssen ein definitives Programm schaffen. Es giebt kein definitives Programm für irgend eine Partei, geschweige denn für eine wissenschaftliche Partei, denn es giebt keine definitive Wissenschaft. Lord John Russel, der da glaubte, er habe die politische Weisheit mit seiner Reformbill zum Abschluß gebracht und von der Firality-Endgültigkeit sprach, hat sich durch dieses Wort für ewige Zeiten lächerlich gemacht. Wir behalten auch das neue Programm nur, solange es dem Stande der Wissenschaft entspricht; merken wir, daß die Wissenschaft darüber hinausgegangen ist, dann reformiren wir es abermals. Wir sind niemals zufrieden, wir gehen immer vorwärts! (Sehr richtig!)

Ein Redner hat gewünscht, wir möchten doch das Wort „Normalarbeitstag" durch das deutlichere Wort „Maximalarbeitstag" ersetzen. Dieser Vorschlag liefert einen Beweis für die Richtigkeit der Behauptung, daß unter dem Sozialistengesetz zwar eine kampfesmuthige Generation herangewachsen ist, daß aber die theoretische Ausbildung etwas Noth gelitten hat unter den Erfordernissen des Kampfes. (Heiterkeit.) Sonst würde der Genosse wissen, daß es einen Mann gegeben hat, dessen Name noch nach 1000 Jahren als der des Begründers unseres wissenschaftlichen Sozialismus in hellem Glanze strahlen wird, nämlich einen gewissen Karl Marx, der in seinem monumentalen Werke, dem Kapital, den klassischen Ausdruck „Normalarbeitstag" gewählt hat. Das Wort „Maximalarbeitstag", das absolut nicht mehr sagt als „Normalarbeitstag", ist einfach eine Neuerung, versucht theilweise aus bewußter Opposition gegen Karl Marx von Männern, die wünschten, daß der internationale Charakter, welchen Marx der Bewegung aufgedrückt hat, etwas zurückgedrängt werden möge. Es sind die Anhänger des nationalen und konservativen Rodbertus gewesen, welche den Ausdruck „Normalarbeitstag" durch „Maximalarbeitstag" zu ersetzen versuchten, und es ist der Staatssozialismus, der sich für diesen Ausdruck ins Zeug gelegt hat. Wir halten es mit Marx, und wir bleiben bei unserem „Normalarbeitstag".

Ich komme jetzt zu der Frage der Religion. Ich habe mich mit derselben gestern deshalb so eingehend beschäftigt, weil ich wußte, daß unter uns allerhand Geister das Bedürfniß haben, sich in den luftigen Regionen herumzutummeln. Ich habe gestern schon alle Einwürfe gegen die Fassung unseres betreffenden Programm-

satzes vorweg widerlegt. Nun hat Herr Rüdt gesagt: wir machen uns einer Heuchelei schuldig, wenn wir nicht Farbe bekennen und den Atheismus auf unsere Fahne schreiben. Bekennt unser Programm nicht Farbe, stellen wir uns nicht auf den Boden der Wissenschaft? Und weiß nicht jeder denkfähige Mensch, der weiß, was Wissenschaft ist, daß Wissenschaft und Religion unvereinbare Gegensätze sind? Durch den wissenschaftlichen Charakter unserer Partei ist jede Mißdeutung nach dieser Richtung hin beseitigt. Von einer Heuchelei ist also keine Rede, wohl aber umgekehrt von einer mangelnden Kenntniß der Dinge und mangelndem Urtheilsvermögen auf Seite derjenigen, welche die Auffassung theilen, daß die Religion in erster Linie zu bekämpfen sei. Die Kirche, die katholische, wie die protestantische, ist heutzutage nichts anderes, als eine Stütze, ein Instrument des Klassenstaates, und die Basis des Klassenstaates ist die kapitalistische Produktionsweise mit ihrer Sklaverei und Ausbeutung in jeder Gestalt. Mit der kapitalistischen Produktion steht und fällt der moderne Klassenstaat. Jeder General, der den Feind schlagen will, vergeudet seine Kräfte nicht in einer untergeordneten Position, die für das Ganze keine ausschlaggebende Bedeutung hat, sondern er packt den Schlüssel der feindlichen Position, nach dessen Fall alles Andere fallen muß. Statt mit Nebensachen die Kräfte zu zersplittern, packen wir die ökonomische Basis an, auf welcher der heutige Klassenstaat mit sammt den Kirchen oder Konfessionen und dem Pfaffenthum steht; fällt die Basis, dann fällt alles Andere mit. (Sehr richtig!) Und dann bedenke man noch, daß die Verpflichtung zur Religionslosigkeit ein Eingriff in die Gewissensfreiheit wäre, in die Freiheit des Denkens, in die persönliche Freiheit, die wir unter allen Umständen achten und schützen müssen. Kurz, wir, die wir den Satz vertheidigen, daß die Religion Privatsache, sind mehr in Harmonie mit den Grundprinzipien unserer Partei und obendrein bei weitem radikaler als Diejenigen, denen in der Bekämpfung der Religion selbst eine gewisse Religiosität (sehr gut!) oder richtiger, ein Rest von Pfafferei anhängt. Ich liebe die Pfaffen in keiner Gestalt, und die Antipfaffen genau so wenig wie die richtigen. (Bravo!)

Und noch eins: Haben wir nicht das, was die Kraft der Religion bildet, den Glauben an die höchsten Ideale? Ist im Sozialismus nicht die höchste Sittlichkeit: Selbstlosigkeit, Aufopferung, Menschenliebe?

Wenn wir unter dem Sozialistengesetz freudig das schwerste Opfer gebracht haben, uns die Familie und die Existenz zerstören ließen, uns auf Jahre trennten von Frau und Kind, blos um der Sache zu dienen, so war das auch Religion, aber nicht die Religion des Pfaffenthums, sondern die Religion des Menschenthums. Es war der Glaube an den Sieg des Guten

und der Idee; die unerschütterliche Ueberzeugung, der felsenfeste Glaube, daß das Recht siegen und daß das Unrecht zu Falle kommen muß. Diese Religion wird uns niemals abhanden kommen, denn sie ist Eins mit dem Sozialismus. — Im Reichstage sagte einmal der Abgeordnete Bamberger, als ich über die Gemeinschädlichkeit des Sozialistengesetzes sprach und den Sturz seiner Urheber voraussagte, seufzend zu einem Nebenmann: „Die Sozialdemokraten haben noch den Glauben!“ Ja, wir haben noch den Glauben — die Herren Fortschrittler haben ihn nicht —, wir wissen, daß wir die Welt erobern werden. (Lebhaftes Bravo!)

Also mit der Religion wären wir nun fertig.

Es ist ferner von der Frauenarbeit und von dem Frauenstimmrecht die Rede gewesen. Selbstverständlich sind wir alle für das Frauenstimmrecht, für die absolute Gleichberechtigung der Frauen. Diese Gleichberechtigung hat sich auch auf das Gebiet der Arbeit zu erstrecken. Die Genossin, welche vorhin so beredt über dieses Thema gesprochen, ist vollkommen im Recht, zu sagen: Sollen wir die Vergiftung, die Durchseuchung, die Zerstörung des Lebens und der Gesundheit durch die jetzige Produktionsweise beim Manne mehr billigen als bei der Frau? Und sind die vergiftenden, die Gesundheit, das Leben untergrabenden Einflüsse, die wir von dem weiblichen Arbeiter abwenden wollen, nicht auch verderblich für den männlichen Arbeiter? — Prinzipiell ist hiergegen nichts einzuwenden. Und prinzipiell muß auch nach dieser Richtung hin Gleichheit sein. Der Arbeiterschutz-Gesetzentwurf, den wir im Reichstag eingebracht haben, trägt dem Prinzip der Gleichberechtigung, der Gleichheit von Mann und Frau auch Rechnung, soweit es irgend möglich ist, ohne die Interessen der Frau zu schädigen; allein die größere Zartheit des weiblichen Organismus, die Schwäche des Weibes, die zugleich seine Stärke ist, zwingt zu Rücksichten, die das Prinzip der Gleichberechtigung nicht verletzen, von der Humanität aber gefordert werden. Ich will ins Einzelne nicht eingehen — auch diese Frage wird gewiß in vorurtheilslosester, den Interessen der Frauen sicherlich förderlichster Form zur Erledigung gebracht werden.

Die direkte Gesetzgebung durch das Volk, so absolut hingestellt wie in unserem Programm, ist praktisch nicht durchführbar. Aber ich will mich nicht auf Details einlassen. Daß das heutige System der Vertretung, welches man mit dem Namen Parlamentarismus bezeichnet, auch in praktischer, wenn ich so sagen darf: in technischer Beziehung an vielen Mängeln leidet, daß es den Willen des Volkes nicht voll zur Geltung kommen läßt, das unterliegt keinem Zweifel. Vielleicht habe ich im nächsten Jahre die Ehre, als Referent oder Korreferent über das neue Programm

zu sprechen, und dann habe ich auch diese Frage ausführlich zu behandeln und auszuführen, wie nach meiner Ansicht die Volksvertretung und Gesetzgebung vernünftig zu gestalten sind.

Die Unentgeltlichkeit der Medizin ergiebt sich von selbst aus der Unentgeltlichkeit der ärztlichen Behandlung.

Es ist gewünscht worden, daß auch die Aufhebung der Gesindeordnung in dem sogenannten praktischen Theil des Programms gefordert werden möge. Das ist eine Frage, die wir hier nicht entscheiden können, aber dem Ermessen der Genossen möchte ich es doch zur Erwägung anheimgeben, daß es sich wohl kaum verlohnen würde, Materien in's Programm aufzunehmen, die schon in einigen Jahren aus der Welt geschafft sein können. Ein Parteiprogramm ist kein Wahlprogramm, kein Gelegenheitsprogramm, welches blos den Bedürfnissen des Tages zu entsprechen hat.

Einen Fehler unseres Programms habe ich gestern nur gestreift, er besteht darin, daß es in verschiedene Abtheilungen zerfällt, bei deren Abgrenzung ziemlich willkürlich und unlogisch verfahren worden ist. Statt organisch aus einem Guß oder Wuchs zu sein, ist es mechanisch in drei Theile zerschnitten, was den organischen Zusammenhang aufhebt und logisch, wissenschaftlich nicht zu rechtfertigen ist. Da heißt es z. B. nachdem die allgemeinen Prinzipien ausgesprochen sind: Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von „sozialistischen Produktivgenossenschaften". Von wem fordert sie das? Doch nicht vom „Zukunftsstaat", sondern vom heutigen Staat. Und wo soll die Lösung „angebahnt" werden? Doch auch nicht im „Zukunftsstaat", wo sie ja bereits erfolgt ist, sondern im heutigen Staat. Nun kommt aber am Schluß dieser Abtheilung des Programms ein zweiter Absatz: „Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft." Sie sehen, diese Trennung ist vollkommen willkürlich, und sie bildet einen der größten Fehler dieses Programms. Wer kann den heutigen Staat von dem künftigen Staat scharf abgrenzen? Der heutige Staat wächst in den Zukunftsstaat hinein, gerade wie der Zukunftsstaat schon in dem heutigen Staat drinsteckt. Es geht nicht wie beim Fall des Sozialistengesetzes, Nachts 12 Uhr hört der alte Staat auf und fängt der neue an. (Heiterkeit.) Dieser kindischen Auffassung, der unsere Gegner huldigen, indem sie fürchten, wir wollten tabula rasa machen — als ob das möglich wäre! — dürfen wir uns nicht schuldig machen; und wir thäten es, wenn wir eine bestimmte Grenze zwischen dem heutigen und dem sogenannten Zukunftsstaat ziehen wollten. Da fällt mir ein: in den Zeitungen war wieder von „Theilerei" die Rede. Kein Anderer als Herr Eugen Richter hat uns wieder das Theilgespenst vorgeführt. Nun, die Herren, die mit solchen Mitteln

arbeiten, beweisen dadurch blos, daß sie das ABC des Sozialismus und auch die Nationalökonomie nicht kennen. Ueber derartige Späße geht man hinweg und überläßt die Leute, die solche Dummheiten machen, ihrem Schicksal, der Lächerlichkeit. Aber wenn man sich auch mit solchen Kindereien nicht befassen kann: die Partei hat jetzt in Wahrheit den geistigen Kampf zu kämpfen, von dem jetzt so viel die Rede ist, und für uns ist er Ernst, während er für unsere Feinde blos Spiegelfechterei ist. Indem die Partei in die Diskussion des Programms eintritt, tritt sie zu gleicher Zeit ein in die Diskussion der Parteigrundsätze im weitesten Umfang. Noblesse oblige!*) Mit der Kraft wächst die Pflicht. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes, das Wachsthum unserer Partei legt uns Pflichten auf. Unsere erste Pflicht ist, Wissen in die Massen zu bringen. Im Wissen liegt Macht. Hätten die deutschen Arbeiter nicht durch die Sozialdemokratie, d. h. durch die einzige Partei, welche die Erziehung der Massen sich zur Aufgabe gemacht hat, eine große Summe von Wissen und Kenntnissen überkommen, glauben Sie, daß wir den Kampf gegen das Sozialistengesetz ausgehalten und unsere Gegner auch geistig überwunden hätten? Nun wohlan! Zwölf Jahre hat der Kampf unsere ganzen Kräfte in Anspruch genommen. Für die Theorie hatten wir keine Zeit. Jetzt kommt wieder die Zeit des Studiums, der Belehrung, und gerade die Neugestaltung des Programms giebt uns die beste Gelegenheit, und ist ein mächtiger Sporn, diese Mission der Aufklärung in weitester Ausdehnung zu erfüllen.

Und nun bitte ich Sie blos noch, setzen Sie alles daran, daß die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, im vollsten Maaße erfüllt wird. Das neue Programm muß stehen auf der Höhe der Wissenschaft, es muß athmen den Geist der Partei, die da weiß, daß sie nicht willkürlich und durch Zufall das geworden ist, was sie ist, und daß wir nicht ein Haufe von verbissenen Unzufriedenen sind, die nicht wissen, was sie wollen — wie unsere Gegner behaupten. Nein, wir sind Sozialdemokraten aus Ueberzeugung und aus Nothwendigkeit. Die Nothwendigkeit zwingt das auf Besserung seiner Lage bedachte, nach seiner Befreiung ringende Volk, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Die ganze gesellschaftliche und staatliche Entwickelung, aus der wir hervorgegangen, ist eine Nothwendigkeit. Diese Nothwendigkeit, die unsere Gegner mit keinen Kanonen, mit keinen Polizeiwaffen aus der Welt schaffen können, besteht, und kraft ihrer bestehen wir. Die Sozialdemokratie ist eine geschichtliche Nothwendigkeit, und unser Sieg ist eine Nothwendigkeit. Nicht die blöde Nothwendigkeit des griechischen Fatums, das mit

*) Französisch. Eigentlich: Adel verpflichtet. — Höhere Macht und Leistungsfähigkeit legen höhere Pflichten auf.

dem Menschen spielt, wie die Katze mit der Maus, sondern die Nothwendigkeit des organischen Entwicklungsprozesses, in welchem der Mensch als höchst entwickelter Organismus, die entscheidende, bestimmende Arbeit verrichtet. Irgend ein übel berathener Literat hat jüngst gesagt, die Marx'sche Lehre schließe die Gefahr in sich, den Glauben zu erzeugen, wir hätten mit verschränkten Armen da zustehen und, während der Entwicklungsprozeß sich von selbst vollziehe, es ruhig abzuwarten, bis die Suppe der Sozialdemokratie gekocht sei. Der Mann, der das geschrieben, hat keine Zeile von Marx gelesen oder verstanden. Marx gerade hat es scharf ausgesprochen, daß der Mensch selbst mitbestimmender, nein, bestimmender Faktor ist, daß er aber nicht willkürlich die Entwicklungsgesetze verändern und deren Wirkungen aufheben kann. Und wäre diese Lehre nicht richtig, nimmer wäre es uns möglich gewesen, unsere Gegner zu besiegen. Unsere Gegner verfügen über alle menschlichen Machtmittel: Geld, Polizei, Soldaten — aber sie haben uns nichts anhaben können, weil die organischen Entwicklungsgesetze, die für uns wirken, sich nicht ändern, nicht fälschen, nicht in ihr Gegentheil verkehren lassen. Die Machtfülle eines Bismarck war Ohnmacht im Kampfe mit uns. Gestützt auf unser gutes Recht und in voller Erkenntniß der Thatsachen, im klaren Bewußtsein unserer Stärke und der gegenseitigen Machtverhältnisse haben wir gekämpft und gesiegt — nicht, indem wir die Arme verschränkten, sondern thatkräftig eingriffen, jeder Einzelne mit äußerster Anspannung seiner Kraft — und so wollen wir fortfahren.

Das alte Programm hat sich überlebt, schaffen wir ein neues. Dieses wird wiederum alt werden, dann schaffen wir abermals ein neues. Was wir nicht thun, thun unsere Kinder. Man hat von „Jungen" und „Alten" gesprochen. Dummes Zeug! Wer das Wort erfunden, kennt das Wesen der Sozialdemokratie nicht. Unsere Partei ist eine Partei der Jugend, die Partei des jungen Riesen: Proletariat, der die Menschheit befreien wird. Die meisten von uns sind glücklicher Weise jung, andere sind alt an Jahren, aber als Sozialdemokraten sind wir Alle jung. Gewiß, wie ich am 1. Oktober in Berlin sagte: Wir haben eine junge und eine alte Garde; die junge Garde ist erzogen worden unter dem Sozialistengesetz und durch das Sozialistengesetz. Neben ihr, nie weit vom Feind, steht aber auch die alte Garde, und beide müssen mit einander wetteifern, wie die junge und alte Garde der französischen Armee. Sie müssen einander anspornen und vorantreiben im großen Emanzipationskampf, damit das Programm der Partei möglichst gründlich und möglichst bald verwirklicht werde, das Meiste dazu beitragen, daß unsere Ziele erreicht werden, das sei eines Jeden Ehrgeiz! Mit diesen Worten komme ich zum Schluß. Nehmen Sie unsere Resolution womöglich einstimmig an und thun Sie, was

Sie können, daß das Programm zur Verwirklichung, und die Partei zum Siege gelange! (Stürmischer, wiederholter Beifall.)

Nachdem ein Antrag Berndt, die Berathung über das Parteiprogramm sofort vorzunehmen, zurückgezogen ist, wird die Resolution des Genossen Liebknecht einstimmig angenommen. (Bravo!)

Es ist ein Antrag eingegangen, die Liebknecht'sche Rede in 100 000 Exemplaren drucken zu lassen.

Der Vorsitzende theilt mit, daß die Liebknecht'sche Rede thunlichst ausführlich im Protokoll erscheinen wird. Die Presse kann dann diese Rede abdrucken, wodurch eine viel größere Verbreitung gesichert ist, als durch jenen Vorschlag.

Singer beantragt, daß alle in Bezug auf das Parteiprogramm eingegangenen Anträge dem Parteivorstande als Material mitgegeben werden.

Dieser Antrag wird angenommen. In der Tagesordnung wird insofern eine Aenderung beschlossen, daß zunächst über „Streiks und Boykotts“ und dann über „die Parteipresse“ verhandelt werden soll.

Schluß der Sitzung gegen 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

3½ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Auf Wunsch der sämmtlichen im Saale anwesenden Berichterstatter macht der Vorsitzende dem Parteitag die Mittheilung, daß von den Herren, die bisher hier anwesend waren, Niemand die heute Vormittag als Lüge bezeichnete Notiz im „General-Anzeiger“ verfaßt hat.

Unter den wiederum an den Parteitag zahlreich eingelaufenen Zuschriften befindet sich, wie der Vorsitzende unter großer Heiterkeit der Versammlung anzeigt, auch eine solche aus London von der Heilsarmee. Dem vielfachen Rufe: Vorlesen! erklärt der Vorsitzende nicht Folge geben zu können, da es sich um ein sehr langes Schriftstück handle, dessen Vorlesung zu sehr aufhalten würde.

Außerdem hat eine gestern in Berlin stattgehabte, von mehreren tausend Personen besuchte Volksversammlung nicht nur dem Parteitag ihre Grüße gesandt, sondern auch das Bureau ersucht, namens dieser Versammlung auch den ausländischen Genossen besonderen Brudergruß zu übermitteln. (Lebhaftes Bravo!)

Einige Genossen wünschen, das Bureau möge für morgen eine Abendsitzung anberaumen, da sie Samstag abreisen müssen. Der Parteitag wird im Laufe des Freitags sich darüber schlüssig machen.

Zur Verhandlung steht, da Punkt 7 der Tagesordnung, die

„Parteipresse," wegen Behinderung Auers und Bebels in der 25 er Kommission, einstweilen zurückgestellt ist,

Punkt 8:

Die Stellung der Partei zu Streiks und Boykotts.

Berichterstatter Kloß-Stuttgart: Obgleich die Stellung der Partei oder wenigstens der einzelnen Parteigenossen, wiederholt in Wort und Schrift zur Kenntniß der Allgemeinheit gebracht worden ist, dürfte es doch zweckmäßig sein, einmal auf dem Parteitag dazu Stellung zu nehmen, um nicht immerfort Verdächtigungen ausgesetzt zu sein. Es wird sich wohl zunächst darum handeln, ob Streiks und Boykotts überhaupt berechtigt sind, und dazu werden wir einen kurzen Blick auf die gewerblichen Verhältnisse werfen müssen, um zu sehen, ob Streiks und Boykotts durch die Natur unserer Produktion herausgefordert werden, also berechtigt sind, oder ob unsere Arbeiter sich blos einbilden, ohne Streiks nicht fertig zu werden, ob die Streiks wirklich häufig blos das Werk von Hetzern sind.

Unter den heutigen Produktions- und Erwerbsverhältnissen steht der Arbeitsvertrag, der ja das Gleiche sein soll wie ein Kaufvertrag, diesem garnicht gleich. Bei jedem Kaufvertrag bestimmt der Eine die Waare, sei es an Werth oder an Qualität, und der Andere, der diese Waare verkauft oder abgeben will, bestimmt den Preis dafür. Ein Käufer wird nicht sagen können, ich will die Waare in der und der Qualität und in dem und dem Quantum, werde aber nur diesen oder jenen Preis zahlen, sondern der Verkäufer wird den Preis feststellen, und der Käufer wird um diesen Preis, wenn er mit der Waare einverstanden ist, sie kaufen.

Wie ganz anders beim Arbeitsvertrag! Auch hier ist der Arbeiter der Verkäufer der Waare Arbeitskraft, der Unternehmer der Käufer derselben. Da wäre es doch ganz gerechtfertigt, wenn der Arbeiter, der dem Unternehmer die Waare Arbeitskraft nach dessen Anforderungen stellen muß, auch von diesem den entsprechenden Preis würde verlangen können. Aber so ist es in unseren Erwerbsverhältnissen nicht. Die Unternehmer maßen sich an, nicht nur die Arbeit nach Quantität und Qualität zu bestimmen, sondern auch den Preis festzusetzen, unbekümmert darum, ob der Verkäufer damit einverstanden ist und bei diesem einseitigen Vertrage seine Rechnung findet.

In jedem halbwegs gesunden Gesellschaftsverhältniß bestreitet die Gesellschaft den Unterhalt aller ihrer Glieder und muß ihn bestreiten; andererseits aber stellen alle Glieder ihre Arbeitskraft dieser Gesellschaft zur Verfügung, damit sie alle diese Glieder erhalten kann. Das heutige ist mit diesem gesunden Gesellschaftsverhältniß nicht in Einklang zu bringen, weil die heutige Gesellschaft unter

der heutigen kapitalistischen Produktionsweise nicht die Verpflichtung übernimmt, für alle ihre Glieder zu sorgen, sie alle zu erhalten; denn übernähme sie diese, dann würde sie nicht etwa nur die arbeitskräftigen Glieder erhalten, sondern im Interesse der Selbsterhaltung der Gesellschaft liegt es auch, neue heranzubilden, sie wird für ausreichenden Unterhalt auch der Kinder sorgen müssen. Dem ist eben nicht so in der heutigen Gesellschaft. Stellen wir die Arbeit des Einzelnen, als Leistung für die Gesellschaft, dem Lohn oder Unterhalt, als Leistung der Gesellschaft an den Arbeiter, gegenüber, so müßten von diesem Lohne soviel Glieder der Gesellschaft erhalten werden können, als auf jedes einzelne arbeitskräftige Glied entfallen. In unserer heutigen Produktion giebt es aber nur sehr wenig Arbeiter, die sagen können, daß sie mit ihrem Lohn sich, ihre Frau und ihre Kinder ernähren können, und daß weiter der Lohn noch ausreicht, um anderen moralischen Verpflichtungen der Gesellschaft zu entsprechen, nämlich diejenigen, welche im Dienste der Gesellschaft ihre Arbeitskraft eingebüßt haben, Greise und Invaliden, erhalten zu können. Der Lohn reicht in den meisten Fällen nicht entfernt dazu aus.

Sind nun Einrichtungen getroffen, welche den Ausfall an Lohn ersetzen können? Vergeblich blicken wir uns danach um. Keine Einrichtung tritt in Thätigkeit, wenn der Arbeiter mit seinem Lohn nicht die ganze Familie ernähren kann. In letzter Zeit ist allerdings eine Einrichtung getroffen, welche gewissermaßen der moralischen Verpflichtung der Gesellschaft entsprechen sollte, die „große" Sozialreform des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes. Hier hatte ja der Staat die Absicht, dafür zu sorgen, daß die Veteranen der Arbeit noch existiren können; aber ein Blick auf die Höhe der Rente, welche diesen Invaliden und Veteranen gezahlt wird, lehrt uns zugleich die völlige Unzulänglichkeit dieser Einrichtung kennen.

Woher kommt es denn, daß die Löhne so gering, so unzureichend sind? Einfach daher, daß der Unternehmer zwar der Repräsentant der Gesellschaft ist, insofern er uns unsere Arbeitskraft abnimmt, aber nicht insofern, daß er die Leistung der Gesellschaft, entsprechend der Verpflichtung derselben, uns gegenüber erfüllt; er ist in dieser Hinsicht nicht der Repräsentant der Gesellschaft, sondern nur seines Geldbeutels; er zahlt einfach den Lohn, den er unter den jeweiligen Verhältnissen zu zahlen gezwungen ist. Jeder Unternehmer weiß ja, wenn er eine Maschine in Dienst stellt, daß er erst Kapital daran zu geben hat, daß er die Maschine kaufen, sie richtig bedienen, den Dampfkessel mit Feuer und Wasser speisen muß; es ist ihm so klar, wie daß $2 \times 2 = 4$ ist, daß, wenn er die Maschine nicht gehörig mit Dampf versorgt, er auch die vorausgesetzte Leistung nicht von ihr erwarten kann. Wie ganz verschieden aber sieht es mit dem Arbeitsmittel Mensch aus! Wenn

der Unternehmer ganz genau weiß, was er der maschinellen Arbeitskraft schuldig ist, der menschlichen Arbeitskraft gegenüber weiß er es allem Anschein nach nicht. Es dürfte uns schwerlich schon ein Unternehmer zu Gesicht gekommen sein, der am Freitag früh seinen Arbeiter fragt: Hast Du noch das nöthige Geld für heute Abend zum Nachtessen für Dich und die Deinen? der da fragt: Hast Du noch genug, um eine gesunde Wohnung miethen zu können, damit Eure Gesundheit erhalten bleibt? Er kümmert sich um alles das garnicht; er baut den Pferden noble Ställe, ob aber der Arbeiter eine gesunde Wohnung hat, danach fragt er nicht. Das Pferd repräsentirt für ihn einen Kapitalwerth, die menschliche Arbeit nicht, weil diese sich jeden Augenblick auf der Straße findet. Und auch mit dem Unterhalt dieser Arbeitskraft geht er nicht vor wie mit dem der thierischen oder maschinellen; er zahlt nicht, was nothwendig ist, um sie zu erhalten und neue heranzubilden, sondern nur, was er nach der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes zahlen muß. Aber damit nicht genug; er geht auch ganz einseitig vor, wenn ihm der Lohn einmal zu hoch erscheint, oder wenn der Reisende, den er ausgesandt hat nach neuen Bestellungen, ihm schreibt: ich kann um den Preis nicht absetzen, der Preis muß zurückgesetzt werden. Da wird denn in allererster Linie am Lohn des Arbeiters abgezwackt, einfach eine Lohnreduktion dekretirt, gleichviel, ob der Arbeiter einverstanden ist oder nicht. Oder wenn gewisse Einrichtungen dem Unternehmer nicht mehr passen, dann fragt er nicht lange, er läßt einfach eine Beschränkung des Arbeitsvertrages eintreten, sei es durch Verlängerung der Arbeitszeit oder dergl. Heute wird der Arbeiter nicht gefragt, er ist nicht der andere Kontrahent beim Abschluß des Arbeitsvertrages.

Wenn nun aber die Verhältnisse sich so verschlimmert haben, daß der Arbeiter mit seinem Lohn absolut nicht mehr auskommen kann, wenn er bei den Einrichtungen der Werkstatt sein Leben gefährdet sieht, wenn der Unternehmer alles das schweigend an sich vorübergehen läßt, was bleibt dem Arbeiter übrig, als dann durch den Zwang des Streiks auf den Unternehmer einzuwirken, um besseren Lohn, bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen? Wenn eine Lohnreduktion angekündigt wird, sieht sich der Arbeiter gezwungen, das alte Verhältniß zu erhalten zu suchen, indem er die Arbeit unter dem neuen Verhältniß verweigert. Hier tritt der Abwehrstreik ein, den Jedermann als voll und ganz berechtigt wird anerkennen müssen.

Wenn ferner die Verhältnisse durch irgend welche Vorkommnisse sich verschlechtern, wenn z. B. durch Zollschranken dem Volke die Nahrungsmittel vertheuert werden, wenn durch Viehsperren das Fleisch vertheuert wird, sodaß, entsprechend dieser Vertheuerung, die Lebenshaltung zurückgeschraubt werden müßte, wer wollte es dann

dem Arbeiter verargen, daß er durch Erlangung höheren Lohns seine Lage in etwas zu verbessern sucht? Die gegnerische Presse empfiehlt uns ja das Sparen, jederzeit sind Sparapostel aller Art aufgetreten: wir sollen uns nach der Decke strecken. Den Unsinn, der thatsächlich in diesem Rathe liegt, scheinen die Leute gar nicht einzusehen. Sie sagen uns „wir haben vor 20 Jahren viel billiger gearbeitet mit längerer Arbeitszeit," nehmen sich aber nicht die Mühe, zu vergleichen, zwischen der damaligen und der jetzigen Zeit. Sie empfehlen uns das Sparen, denn „wir haben zu große Bedürfnisse und können folglich mit dem uns gewährten Lohne nicht auskommen." Darin liegt eine vollständige Verkennung unserer heutigen Produktionsverhältnisse. Man hat uns nicht nur den Italiener als Muster der Sparsamkeit und Bedürfnißlosigkeit anempfohlen, man hat uns sogar den Kuli als Muster hinstellen wollen. Die Nationalökonomen, die darin die Lösung der sozialen Frage suchen, beweisen dadurch, daß sie thatsächlich von unseren wirthschaftlichen Verhältnissen auch nicht das Mindeste verstehen, sonst würden sie wissen, daß unsere gesammte Produktion auf Massenkonsum und auf Bedürfnißreichthum basirt; wollten wir zu der anempfohlenen Bedürfnißlosigkeit zurückkehren, dann würde die Gesellschaft in kürzester Zeit in sich zusammenbrechen, weil die ganze kapitalistische Produktion nicht mehr gerechtfertigt wäre. Unter solchen Umständen ist jener Rathschlag geradezu ein Hohn auf die heutigen Verhältnisse und die Lebenshaltung des Arbeiters: es ist daran etwa ebensoviel richtig, als wenn man einem 20jährigen Menschen empfehlen wollte, sich unter der Decke zu strecken, die vielleicht vor 10 Jahren seiner Länge angepaßt war; er wird sich nicht strecken können unter dieser Decke, sondern im höchsten Fall sich darunter zusammen kauern, aber niemals sich darunter behaglich fühlen. Deshalb ist es richtiger, wenn sie diese ihre Decke der Körperlänge entsprechend machen. Das aber beabsichtigen gerade die Arbeiter, indem sie höheren Lohn verlangen, um ihre Lohndecke entsprechend einrichten zu können.

Wenn nun aber die Vorstellungen der Arbeiter, daß der Lohn nicht ausreicht, daß die Werkstatt ungesund ist, daß die Ventilation gar nicht oder nur mangelhaft vorhanden ist, somit Gesundheit und Leben des Arbeiters untergraben wird, nichts fruchten, wenn der Unternehmer sich entschieden weigert, ihnen Gehör zu geben, was bleibt dem Arbeiter übrig, als wiederum sein Heil darin zu suchen, daß er sich mit seinen Berufsgenossen vereinigt, um bessere Arbeitsverhältnisse herbeizuführen? *Nicht nur der Abwehrstreik, auch der Angriffsstreik ist prinzipiell ganz entschieden berechtigt.*

Ebenso steht es mit den *Boycotts*. Wenn die Arbeiter sich in der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte beeinträchtigt fühlen

durch eine Klique von Unternehmern, vielleicht unter Mitwirkung von Behörden, durch Lokalabtreibung u. dergl. daran behindert werden, ihre Interessen zu berathen und darüber zu beschließen, was bleibt ihnen anders übrig, als zur Abhilfe die Ausübung eines Gegendrucks zu versuchen? Wenn ihnen nicht Gelegenheit geboten ist, bei den Wahlen zusammenzukommen, um die Wahlangelegenheiten besprechen zu können, so werden sie dadurch eben in ihren bürgerlichen Rechten beschränkt. Auch da sind die Boycotts prinzipiell berechtigt.

Doch ich will mich dabei nicht aufhalten. Die Genossen aus Berlin, welche ganz speziell damit zu thun hatten, werden in der Diskussion darüber nähere Auskunft geben können.

Wir haben es aber nicht allein mit der prinzipiellen Seite der Frage zu thun, sondern auch mit der taktischen. Diese mit in Betracht zu ziehen, veranlaßt uns ganz besonders das Ueberhandnehmen der Streiks während der letzten Jahre. Da wurden Streiks über Streiks inscenirt, haben aber in der großen Mehrzahl einen unglücklichen Ausgang genommen. Es ist von den Genossen längst darauf hingewiesen, daß der Streik eine zweischneidige Waffe ist, leicht denjenigen verletzen kann, der sich damit vertheidigen wollte. So wird es bei allen Streiks der Fall sein, wo seitens der Arbeiter nicht für die Vorbedingungen gesorgt ist, die einen glücklichen Ausgang in sichere Aussicht stellen. Mit den Streiks wird gar oft Mißbrauch getrieben. Während der letzten Jahre hat die Zahl der Streiks ganz bedeutend zugenommen. Eine zuverlässigere Mittheilung über die Zahl der Streiks kann ich leider nicht geben, dazu ist das mir zugegangene Material zu gering. Aber aus den mir gewordenen Mittheilungen ging nur allzudeutlich hervor, daß die Streiks während der letzten Jahre in weitaus den meisten Fällen ihren Zweck verfehlt haben. Die Gründe dafür waren starker Zuzug, Indifferentismus der Kollegen, die nicht genügend in die Verhältnisse eingeweiht waren, um ihn standhaft aushalten zu können, und vor allem Mangel an Unterstützung. Allein unter den Tischlern Deutschlands haben sich die Arbeiter in ca. 40 Orten Deutschlands geregt, um Lohnbewegungen zu insceniren, und nur durch die Organisation ist es gelungen, zu erreichen, daß die Streiks in den meisten Orten unterblieben, während einige, indem sie sich mit geringen Konzessionen begnügten, auch ohne Streik einigen Vortheil erzielt haben. Aber das in vielen Fällen erzielte Resultat ist später durch ungenügende Organisation, mangelhafte Schulung oder große Indifferenz, Vergessen der Thatsache, daß die Erfolge nur der Solidarität der Gesammtheit zu verdanken waren, wieder in Frage gestellt oder gänzlich verloren worden.

Wie ist nun dem Ueberhandnehmen, dem unvorsichtigen Insceniren von Streiks entgegenzutreten? Die vielen Streiks der

letzten Jahre, inscenirt von Arbeitern, die gar nicht oder erst kurze Zeit organisirt waren oder sich erst organisiren wollten, sind gewissermaßen einem Erwachen aus dem Schlafe zu vergleichen, wo der Erwachende sich im Augenblick nicht klar in die wirklichen Verhältnisse hineinversetzen kann; der Arbeiter fühlt das Unbehagen, weiß ihm nicht wirksam entgegenzutreten, und glaubt mit einem Male die Sache durch den Streik bessern zu können. Er weiß nicht, daß ein Schlag nicht genügt, um die Verhältnisse dauernd zu bessern. Die Arbeiter haben so lange in Indifferentismus dahingelebt, sich der Organisation fern gehalten, und erst als sie vielleicht statistisch aufgeklärt wurden oder ein Redner in ihre Kreise drang, der sie durch das lebendige Wort über ihre Lage aufklärte, erwachten sie aus dem Schlummer und glaubten nun, nichts Besseres thun zu können, als zu streiken. Dieses unvorbereitete Vorgehen ist die Hauptursache des mißglückten Verlaufs der meisten Streiks; man befand sich in Unkenntniß der Verhältnisse und war nicht im Stande, die Geschäftslage richtig zu beurtheilen.

Weiter darf ich den Hinweis darauf nicht unterlassen, daß auch das Verhalten der Behörden gegenüber den Streikenden allzu oft ein sehr großer Hemmschuh war, daß dadurch die Organisation verhindert wurde, ihre ganze Kraft zu entfalten, daß aber den Organisationen der Unternehmer Schutz und Hilfe in Aussicht gestellt oder zu Theil wurde. Bei den verschiedenen Streiks, vor zwei Jahren in Magdeburg und an anderen Orten, haben die Unternehmer sofort schwarze Listen angefertigt, um die daran betheiligten Arbeiter zu kennzeichnen. An diesen schwarzen Listen hat sich keine Behörde gestoßen, kein Staatsanwalt hat sich veranlaßt gesehen, dagegen einzuschreiten; als aber die Arbeiter in den Zeitungen vor diesem oder jenem Geschäft warnten, da fanden die Behörden darin sofort einen Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung. Denken wir ferner an die Vorkommnisse in Hamburg vor drei Jahren und in diesem Jahre. Als 1887 die Tischler in Hamburg streikten, faßte der den Streik leitende Tischlerverein den Beschluß, daß kein Vereinsmitglied bei einem Innungsmeister in Arbeit treten dürfe. Was war die Folge? Die Behörde erblickte in dem Beschluß eine Gefährdung der Innungen, einer staatlich anerkannten Institution. Als aber in diesem Jahre die Unternehmer in Hamburg beschlossen, in ihren Branchen keinen Arbeiter einzustellen, der der fachgewerblichen Organisation angehört, fand sich weder Polizei noch Staatsanwalt, welche hierin einen Verstoß gegen § 153 in dem Sinne erblickten, daß dadurch staatlich anerkannte Institutionen, wie es die Fachvereine auf Grund des § 152 thatsächlich sind, in ihrem Bestehen gehindert wurden. Man ging noch weiter, man hat die Kassirer dieser Organisationen verhaftet, die Kassen beschlagnahmt, diese Leute gleich Verbrechern mit Nummern auf der Brust photo=

graphiren lassen. (Rufe: Pfui!) Später stellte sich natürlich heraus, daß man diesen Verhafteten gesetzwidrige Handlungen nicht nachweisen konnte, daß man also Leute, die im vollen Recht waren, einfach mit Gewalt lahm zu legen versucht hatte. Diese Behandlung der Streikenden dürfte zum unglücklichen Ausgang vieler Streiks mit beigetragen haben. Aber noch manches Andere hat mitgewirkt. Vor einigen Monaten fanden wir in jedem Gewerkschaftsblatt regelmäßig wiederholte Warnungen vor Zuzug nach gewissen Orten, oft waren nicht weniger als 20, und darunter ganz bedeutende Orte aufgeführt. Waren nun in drei, vier, sechs Orten gleichzeitig Streiks inszenirt, so suchten natürlich überall die jungen Leute, um die Streikkasse zu entlasten, anderswo unterzukommen; irgendwo mußten sie doch unterkommen, und es war ihnen oft nicht möglich, an all' den Orten vorüberzugehen, wo die Arbeiter ebenfalls im Kampfe lagen: sie traten in Arbeit, und die Klagen lauten denn auch übereinstimmend dahin, daß der Zuzug zu stark war und deswegen die Streiks nicht durchgeführt werden konnten.

Aber wenn auch diese Streiks zum Theil unglücklich verliefen, weil sie unverständiger Weise inscenirt waren, so sind sie deswegen keineswegs absolut verwerflich; im Gegentheil, haben wir sie im Prinzip anerkannt, und der Mißerfolg kann daran nichts ändern. Wesentlich geändert muß aber die Taktik werden. Diese Frage geht auch den Kongreß an.

Seit Jahren ist es in einzelnen Kreisen der Parteigenossen leider gar zu sehr üblich gewesen, über die Fachorganisationen sich weit erhaben zu fühlen. Manche haben die fachgewerbliche Bewegung geradezu als Humbug hingestellt, und gerade durch dieses Ignoriren der Fachvereinsbewegung ist das Wachsthum der Partei sehr aufgehalten worden; die Partei wäre heute ungleich stärker, wenn die Genossen auch für die fachgewerbliche Bewegung durch Erörterung der wirthschaftlichen Fragen und dergleichen vor den Mitgliedern der Fachvereine thätig gewesen wären und sie uns dadurch näher gebracht hätten. Mögen die Genossen zurückdenken; viele von ihnen sind erst durch diese fachgewerbliche Bewegung zu politischen Anschauungen gekommen. (Sehr wahr!) Wäre das geschehen, wir hätten schon 1887 mit einer viel größeren Stimmenzahl rechnen können. Ebenso bestimmt aber glaube ich, daß unsere diesmalige große Stimmenzahl zum guten Theil der fachgewerblichen Agitation zuzuschreiben ist, die ganz bedeutend an Boden gewonnen, in immer weitere Arbeiterkreise das Klassenbewußtsein getragen hat. (Sehr gut!) Deshalb müssen wir uns hier schlüssig machen, ob wir nach wie vor der fachgewerblichen Organisation gegenüber uns passiv verhalten wollen oder ob wir uns nicht vielmehr der Nothwendigkeit klar bewußt werden wollen, daß wir dafür zu sorgen haben, daß die große Masse der Arbeiter sich erst organisirt, um dann

nach genügender Vorbereitung mit Streiks und Boycotts auch wirksam und ohne Besorgniß vor Verlusten vorgehen zu können.

Soll nun der lokalen oder der zentralen Organisation der Vorzug gegeben werden? Gegen die letztere ist hervorgehoben worden, daß sie, da sie keine Politik treiben dürfe, der Versumpfung anheimfallen müsse. Es dürfte aber in Wirklichkeit kaum so werden, wenn die Genossen es nur verhindern wollen. So lange letztere sich den Organisationen fernhalten, so lange dort nur Leute sind, die lernen wollen, aber keine Lehrer finden, so lange liegt die Gefahr der Verflachung nahe, wenn aber die Genossen, die das politische Prinzip anerkennen und hochhalten, sich ihnen anschließen, dann wird davon keine Rede sein, dann werden sie ihren Zweck voll und ganz erfüllen, ohne Politik zu treiben. Andererseits sagt man, die Lokalorganisationen dürfen Politik treiben, darum sind sie an sich vorzuziehen. Aber sie werden mit Argusaugen bewacht, wir haben ja den Herfurth'schen Erlaß kennen gelernt, der geringste Fehltritt würde sie zur Auflösung führen. Thatsächlich wurden in Erfurt 3 Lokalorganisationen unter Anklage gestellt, in Verbindung getreten zu sein, weil sie eine gemeinsame Herberge errichtet haben; ein solches Vorgehen ist nicht zu billigen, weil es nicht im Sinne des Gesetzgebers gelegen haben kann. — Also auch diese Organisationen werden keineswegs in der gewünschten Weise vorgehen können, namentlich nicht auf dem Gebiete der politischen Angelegenheiten.

Der Zweck der Organisation ist, Aufklärung in die Reihen der Arbeiter zu bringen, und der Zweck wird im Wesentlichen durch die Agitation erreicht. Als beste Agitationsform empfiehlt sich also die zentrale Organisation. Die lokale Organisation hat kein Interesse daran, daß in der Schwester- oder Nachbarstadt eine ähnliche Organisation besteht, weil sie mit ihr nicht in Verbindung treten kann, bezw. darf; die zentrale aber, die z. B. in Hannover als Zahlstelle existirt, hat ebensoviel Interesse daran, in Königsberg, Kassel oder München eine Zahlstelle entstehen zu sehen. Solche zentrale Organisation kann auch viel leichter Opfer bringen für die Agitation.

Nun haben ja auch diese Organisationen sehr viel mit behördlichen Maßnahmen zu kämpfen gehabt. Zunächst suchte man sie als politisch zu erklären, um sie dann verbieten zu können. Dieser Anschlag ist nur in vereinzelten Fällen gelungen, wo die Organisation am Orte selbst die nöthigen Vorsichtsmaßregeln außer Acht gelassen hatte. Aber auch sonst ist ihnen das Leben recht sauer gemacht worden; es wurde alles aufgeboten, sie als Versicherungsgesellschaften darzustellen, zuerst in Barmen, dann in Frankfurt und Berlin, bis das Oberverwaltungsgericht diesem Versuch einen Riegel vorschob. Aber das wirkte nicht lange; unbekümmert um dieses Urtheil hat man nachher wieder in Magdeburg, Berlin und anderen Orten die Vereinszahlstellen unter An-

klage gestellt, Versicherungsgesellschaften zu sein, und erst neuerdings ist noch eine in Erfurt erhobene Anklage vom Kammergericht in Berlin zurückgewiesen worden.

Alles in Allem wiederhole ich, die Genossen sollten die fachgewerblichen Organisationen nach Kräften unterstützen, da sie unbedingt einsehen müssen, daß diese die Sache der Arbeiter nur fördern können. Ein Beispiel aus Stuttgart. Dort bestand 1883 eine lokale Organisation von ca. 500 Mitgliedern; sie erhielt sich trotz der Aussperrung von 1883 auf ziemlich hohem Stand, bis 1885/86 einige Parteigenossen von lokalem Einfluß einfach erklärten, diese Bewegung sei für sie ein überwundener Standpunkt. Die Arbeiter in den großen Werkstätten Stuttgarts, die auf die Sozialdemokraten unter den Vereinskollegen ihr Hauptaugenmerk zu richten gewohnt waren, wollten nun auch nichts mehr davon wissen, und so schmolz der Bestand auf 120 bis 130 zusammen. Erst seit die Genossen eingesehen haben, daß sie im Unrecht waren, ist die Organisation wieder erstarkt und rechnet jetzt nicht mehr mit 120, sondern mit 900 bis 1000; das haben wir lediglich der Unterstützung der Genossen zu danken, die endlich den Bann abgeschüttelt und erkannt haben, daß durch ihr früheres Verhalten auch die Parteiinteressen geschädigt waren. Denn die aus der Gewerkschaftsbewegung Ausgeschiedenen waren auch für die Parteibewegung verloren. Ist Einer ein gutes Fachvereinsmitglied geworden, so müßte es auch kurios zugehen, wenn seine eigene Vernunft ihn nicht in die Reihen der Sozialdemokratie überführte, welche für seine bürgerlichen wie wirthschaftlichen Rechte gleichmäßig eintritt. Dann aber, wenn wir diese Organisationen kräftigen und fördern, wird auch bald dem Uebelstande abgeholfen sein, daß die Streiks als eine so gefährliche Waffe betrachtet werden müssen; denn dann werden die Streiks, wenn sie überhaupt unvermeidlich sind, von ganz anderem Erfolge begleitet sein.

Bis jetzt ist noch auf keinem Parteitage darüber Beschluß gefaßt, noch niemals zur Frage der fachgewerblichen Organisation Stellung genommen worden. Wir hier, auf dem ersten Parteitag nach dem Falle des Sozialistengesetzes, sollten dies nachholen, damit die Genossen allerwärts wissen, wie die höchste Instanz unserer Partei sich zu dieser Frage verhält. Ich erlaube mir daher, Ihnen im Verein mit Grillenberger folgende Resolution vorzuschlagen:

Der Parteitag erklärt:

Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirthschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herabzudrücken, sind Streiks wie auch Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse: einmal, um die auf ihre materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen,

dann aber auch, um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern.

Da aber Streiks und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die, am unrechten Orte oder zur unrechten Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen als fördern können, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen; insbesondere betrachtet es der Parteitag als eine zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisirt und zwar möglichst in zentralistischen Verbänden, um sowohl durch die Wucht der Zahl, wie die Wucht der materiellen Mittel und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können.

Der Parteitag, von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt allen Parteigenossen kräftige Unterstützung der gewerkschaftlichen Bestrebungen.

Zugleich protestirt der Parteitag gegen die erneuten Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, den in Deutschland vorhandenen Rest des Koalitionsrechts durch die reaktionären Bestimmungen in der Novelle zur Gewerbeordnung vollends zu vernichten, und beauftragt die parlamentarischen Vertreter der Partei, diese Versuche mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und dafür einzutreten, daß volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, diese Grundlage für die Kämpfe der Arbeiterklasse zur Erreichung besserer Existenzbedingungen, erreicht werde.

Ich empfehle Ihnen diese Resolution zur einstimmigen Annahme. (Lebhafter Beifall.)

Ein inzwischen eingegangener Antrag von Horn-Löbtau, Heppner und Frauenlob, wonach für alle aus Streiks und Boykotts hervorgegangenen Prozesse Rechtsschutz durch Bestellung von Rechtsanwälten aus den Mitteln der Parteikasse gewährt werden soll, findet nicht die genügende Unterstützung.

In der Diskussion erhält zuerst das Wort

Bock-Gotha: Das Referat meines Freundes Kloß wird jedenfalls dazu beigetragen haben, jenen Theil der hier vertretenen Genossen, welche bisher dieser Richtung feindlich gesonnen waren, vielleicht etwas umzustimmen. Man macht den Gewerkschaften den Vorwurf, daß sie nicht so voll und ganz für die Partei ausgenutzt werden können, wie man es wünscht. Damit schüttet man aber das Kind mit dem Bade aus. Ich stehe seit 20 Jahren in der Bewegung und muß meiner Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß unter dem Sozialistengesetz dort, wo der Kampf sich ausschließlich auf das politische Gebiet konzentrirte, diese Auffassung einige Berechtigung hatte; aber nachdem jenes gefallen ist, werden die Genossen,

welche in dieser Bewegung einen Rückschritt sahen oder ihr direkt feindselig entgegentraten, sich anders stellen.

Mit Recht hat der Referent ausgeführt, daß er sich nicht vorstellen kann, daß ein guter Gewerkschafter nicht auch zugleich ein guter Parteigenosse soll sein können. Unsere älteren Genossen an der Spitze haben sich sehr oft im günstigsten Sinne über die Bewegung ausgesprochen. Wenn irgend etwas, so muß doch schon der Umstand die Andern überzeugen, daß die Regierungen zwischen der gewerkschaftlichen Bewegung und uns in der Bekämpfung gar keinen Unterschied gemacht haben. (Sehr richtig!) Die Regierung weiß sehr wohl, inwieweit die gewerkschaftliche Bewegung der politischen von Vortheil ist. Ich halte es nun überhaupt für verkehrt, daß man den Gewerkschaften einen ausgeprägt bestimmten politischen Charakter giebt. Wir haben gestern so beredt auseinandersetzen hören, daß eine antireligiöse Agitation derart nachtheilig sein kann, daß wir einem großen Theil der Bevölkerung damit vor den Kopf stoßen. Ganz genau dasselbe ist auch hier der Fall. Wenn wir von jedem Arbeiter verlangen, daß er in der gewerkschaftlichen Organisation zugleich der sozialdemokratischen oder überhaupt einer bestimmten politischen Richtung angehöre, dann verkennt die gewerkschaftliche Bewegung vollständig ihren Zweck, denn die Leute kommen nicht als Sozialdemokraten in die Gewerkschaft, sondern als Arbeiter. Wenn die Gegner der Bewegung meinen, daß die Gewerkschaften durch Leisetreterei versimpeln, daß sie am Gange der Arbeiterbewegung nichts bessern würden, so übersehen Jene, daß, obwohl die Gewerkschaften keine Politik treiben dürfen, noch keine Generalversammlung, kein Kongreß, keine Zahlstelle gefunden werden konnte, wo nicht zielbewußte Arbeiter an der Leitung betheiligt gewesen wären. Versumpfen sie, dann ist es nicht Schuld der Arbeiter, sondern unsere Schuld. Auf dem Gebiet der Fachpresse ist der Versumpfung vorgebeugt; in diesem Punkt steht unsere deutsche gewerkschaftliche Bewegung allen anderen Ländern weit voran. Sie finden in dieser Presse nationalökonomische Aufklärung in jeder Beziehung, und da sie als selbstständige Unternehmung neben den Gewerkschaften steht, so kann von Versumpfung wohl nicht die Rede sein. — Wollen wir die Gewerkschaftsbewegung pflegen, dann müssen wir nicht nur die zielbewußten Arbeiter an uns ketten wollen, sondern gerade an die große Masse der Indifferenten herangehen, und die bekommen wir nur dann, wenn wir den Gewerkschaften nicht einen ausgesprochen politischen Charakter verleihen. Die Leute politisch aufzuklären, ist Sache der politischen Partei; in den Gewerkschaften soll man sie widerstandsfähig machen gegen das Kapital, gegen das Unternehmerthum. Das letzte Jahr hat den verschiedenen Gewerkschaften in Deutschland großartige Kämpfe gebracht, und damit ist auch zugleich die gewerkschaftliche

Organisation riesenhaft gewachsen. Meine Gewerkschaft ist von 5000 Mann auf 15 000 Mann in einem Jahre gestiegen, und gerade diese Parias mit ihrer längsten Arbeitszeit und dem kümmerlichsten Lohn sind durch die Gewerkschaftsorganisation befähigt worden, eine große Anzahl Kämpfe siegreich durchzuführen. — Der Referent führte aus, es liege im Interesse der Bewegung, nutzlose Streiks möglichst zu verhüten. Dafür giebt es kein besseres Mittel, als eine kräftige, gut organisirte Gewerkschaft. So lange die Arbeiter in einzelnen kleinen Verbändchen zusammen sind, ohne Fühlung mit der Gesammtheit, nicht genügend diszipliniert, so lange werden derartige kleine Streiks jederzeit wiederkehren und die Arbeiter werden ihre Opfer nutzlos vergeuden; eine stramme Organisation aber verbürgt, daß nur da gestreikt wird, wo Aussicht auf Erfolg vorliegt. Wo sind denn die englischen Gewerkschaften hingekommen? Sie selbst werfen jetzt den bisherigen Apparat über Bord und erklären, daß dem Arbeiter nur auf dem politischen Gebiete geholfen werden kann. Bis dahin ist doch noch ein weiter Schritt. (Glocke.) Es thut mir leid, abbrechen zu müssen. Wenn in der Zukunft etwas Praktisches geleistet werden soll, dann muß das Streben der gesammten Arbeiterschaft zielbewußt darauf gerichtet sein, die untersten Schichten und Branchen emporzuheben, da anzufangen, wo die Masse in Elend und Noth versumpft, wo bisher weder politisch, noch gewerkschaftlich etwas gethan wurde. (Beifall.)

Lenz-Remscheid: Betrachten wir die Berliner Streiks. Der Maurerstreik hatte den Zweck, den Stundenlohn von 60 auf 70, womöglich auf 75 Pfennige zu bringen. Die jungen Leute reisen ab, helfen in der Provinz und drücken da den niedrigen Lohn von 20 bis 30 Pfennig noch weiter herunter. Gerade dadurch, daß die Forderungen theilweise in's Unvernünftige hoch hinaufgeschraubt werden, wird unsere Partei ganz entschieden geschädigt. Die Streiks der Baubranchen in Berlin und Hamburg sind zum Schaden der Betreffenden und auch zum Schaden der ganzen Partei ausgeschlagen. Ich bitte Sie daher, alles einzusetzen, um diese theilweise leichtfertig, wenn auch nicht gerade frivol angezettelten Streiks zu verhüten.

Horn-Dresden Land: Was mein Freund aus Remscheid eben angeführt hat, kann keinesfalls die Billigung des größeren Theils der Delegirten finden, weil in Berlin und Hamburg mit ganz anderen Verhältnissen zu rechnen ist, als auf dem platten Lande. Wenn es sich um die Erringung höheren Lohnes handelt, ist doch zunächst zu berücksichtigen, ob der bisher bestandene Lohnsatz auch ausreicht für die Bedürfnisse der am Orte vorhandenen Arbeiter oder Gewerkschaftsmitglieder, Es giebt Gegenden, wo die Leute sich mit einem Stundenlohn von 30 Pf. nur gerade so knapp behelfen müssen, wie in Berlin oder Hamburg mit 60 Pf. — Mit

der Fassung der Resolution bin ich im Großen und Ganzen einverstanden. Wenn ich die bisherigen Kämpfe berücksichtige, muß ich aber auch dazu kommen, diesen Bestrebungen die möglichste Unterstützung nach jeder Richtung angedeihen zu lassen. Wo das Verlangen nach Besserung der Lage der Arbeiter in den Gewerkschaften von uns als berechtigt anerkannt wird, sollte auch aus Parteifonds Hilfe geleistet werden, und dahin zielte mein Antrag, der allerdings vorhin leider nicht die genügende Unterstützung fand. Ein berechtigter Kern liegt aber doch darin.

Molkenbuhr-Altona: Ob wir ein Recht haben, Streiks und Boykotts anzuwenden, über diese Frage sind wir längst hinweg. An und für sich sind die Streiks nach meiner Meinung viel weniger abhängig vom Willen derer, welche daran betheiligt waren, als von den Verhältnissen, wie sie sich einmal entwickeln. Hier aber kommt die Frage in Anregung, wie leichtfertige Streiks verhindert werden können. Darüber zu entscheiden, sind auch wir hier absolut nicht in der Lage, denn die Höhe der Forderungen, welche gestellt werden können, läßt sich doch von solchen, welche dem ganzen Streik fern standen, viel weniger beurtheilen, als von Jenen, die direkt im Kampfe stehen. Im Ganzen ist doch das Streben der Arbeitgeber immer darauf gerichtet, die Waare Arbeitskraft so billig wie möglich zu erhalten; die Arbeiter dagegen streben, sie so theuer wie möglich zu verkaufen. Daß die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften absolut nothwendig ist, darüber kann es ebenfalls keinen Streit mehr geben; in der Zeit der kapitalistischen Produktionsweise sind die Gewerkschaften gerade so nothwendig, wie die Zünfte im Mittelalter.

Den Boykott will ich als politisches Kampfmittel für durchaus gerechtfertigt erachten, wenn es die Eroberung von Lokalen für Versammlungen und dergl. gilt; wenn er aber dazu dienen soll, irgend Jemand, irgend eine Gesellschaft, die vielleicht von den Arbeitern materiell abhängig ist, zu zwingen, daß sie Sozialismus heuchele, das kann ich nicht billigen, das sollte uns völlig fern bleiben. Ebenso liegt es mit der politischen Gewerkschaft. Die gewerkschaftlichen Organisationen sollen zentralisirt dem Kapital gegenüberstehen, damit sie als Macht sich dem Kapital gegenüber schützen können; da soll man nicht vorher von dem Einzelnen ein politisches Glaubensbekenntniß verlangen. Das würde nur zur Zersplitterung führen, wie bei den Hirsch-Dunckerschen. Da sind Sozialdemokraten ausgeschlossen, sie wollen nur Freisinnige haben. Würden wir alle Nichtsozialisten ausschließen, dann würden wir damit mit einem Male den ganzen Arbeiterstand in so und soviel Gruppen spalten; das Gegentheil des Gewollten wäre erreicht, die Arbeiter würden zersplittert unter sich im Kampf liegen, und das würde für den Arbeitgeber, den Ausbeuter von höchstem Nutzen

sein. Diese Zersplitterung muß auf jeden Fall vermieden werden.

Wilschke-Berlin II: Es ist hier gesagt worden, es hätten viele Streiks in letzter Zeit stattgefunden, deren unglücklichen Verlauf man hätte voraussehen können. Es haben in Berlin Streiks stattgefunden wegen Maßregelung einzelner Personen, Maßregelungen, welche aus Lohndifferenzen hervorgegangen waren. Da war es allerdings verkehrt, gleich zum Streik zu greifen; man hätte sich begnügen sollen, die Gemaßregelten anderswo unterzubringen oder sie, wenn keine Arbeit vorhanden ist, materiell zu unterstützen. Der Kostenaufwand hierfür ist lange nicht so groß, als wie bei einem Streik, der dann möglicher Weise einen kolossalen Umfang annimmt und Tausende und Abertausende kostet. Nun haben wir in Berlin und anderwärts zu einem Mittel gegriffen, welches, wenn auf guter Basis errichtet, sich bewährt hat und von allen Lokalorganisationen Zustimmung gefunden hat, nämlich eine Streik-Kontrollkommission. Es handelt sich nun darum, womöglich hier von den Parteigenossen eine Erklärung zu erhalten, welche Unterlage einer solchen Kommission zu geben sei, damit diese Kommission nach einem System arbeiten könnte. — Der Referent hat dann auf die Berliner Erfahrungen in Boykotts hingewiesen. Da hat er wohl blos die Lokalsperre gemeint, in der wir allerdings gesiegt haben. Im vorigen Jahr konnten wir kein größeres Lokal mehr bekommen, da haben wir denn seit April den Boykott über sie verhängt; das hat sich so bewährt, daß man es überall in den größeren Städten ebenso gemacht hat. Daß der Boykott gleichwohl nicht allenthalben angebracht ist, ist selbstverständlich. In jüngster Zeit sind Boykotts inscenirt worden, die von vornherein als aussichtslos erscheinen mußten; zweifellos kann diese Waffe sich auch einmal gegen uns kehren. Man hat versucht, wegen Maßregelung einzelner Personen einzelne Geschäftsleute zu boykottiren; das ist unklug und zwecklos. Kommt der Boykottirte dem Drucke nach und stellt den Gemaßregelten wieder ein, wer will ihn zwingen, wenn er den Arbeiter dann nach 14 Tagen wieder entläßt, diesen trotzdem weiter zu beschäftigen? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Beim Hamburger Streik und im vorigen Jahre bei den Berliner Maurern ist es vorgekommen, daß alle diejenigen, die sich während des Lohnkampfes in irgend einer Weise bethätigt hatten, namentlich diejenigen, die auf den Bahnhöfen die zureisenden Fremden von der Arbeitsannahme abzuhalten hatten, einfach von der Polizei verhaftet und ins Gefängniß gesteckt wurden, ohne Untersuchung; in Hamburg ging die Polizei soweit, alle Personen, welche sich nur annähernd auf dem Bahnhofe aufhielten und die sie für Maurer, Tischler, Zimmerleute halten zu dürfen glaubte, einfach beim Kragen zu packen und vom Bahnhof herunter zu trans-

portiren, auch wenn sie ein Billet gelöst hatten. Dieses Vorgehen ist nicht blos in Berlin und Hamburg, sondern auch anderswo vorgekommen; es scheint systematisch betrieben worden zu sein und auf einer einheitlichen Anordnung der obersten Behörde zu beruhen. In einer Berliner Versammlung wurde ein Protest dagegen beschlossen und die Fraktion aufgefordert, ihn dem Minister zu unterbreiten, diesen zu befragen, ob er die unteren Organe dahin instruirt habe. Es wäre wohl zu verlangen, daß die Fraktion diese Frage an den Minister richtete. Wenn man sich auch nicht viel davon versprechen kann, so wird doch, wenn man die Parlamentstribüne als ein so wichtiges Agitationsmittel anerkennt, auch diese Anregung Beachtung finden müssen; sie wird den unteren Organen, namentlich der Polizei, einen gewissen Stoß geben.

Beyer-Leipzig: Wir können den gewerklichen Kampf nur aufnehmen auf Grund der heute bestehenden gewerkschaftlichen Organisation, deshalb müssen wir die gewerkschaftliche Bewegung in vollem Sinne des Worts unterstützen. Viele Genossen stehen der gewerkschaftlichen Bewegung vollständig fremd gegenüber. Mit ein paar Groschen Beitrag ist es nicht gethan. (Beifall.)

Es ist folgende Resolution eingegangen:

In Erwägung,

daß durch die fortschreitende wirthschaftliche Entwickelung der ökonomische Kampf zwischen Arbeit und Kapital immer schärfere Formen annimmt, und angesichts der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber dem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiterschutzgesetze, ist es eine Nothwendigkeit, diesen Kampf seitens der Arbeiter zu organisiren. Die geeignete Form dieser Organisation ist die gewerkschaftliche. Der Parteitag ersucht deshalb die Parteigenossen allerorts, den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen sich anzuschließen und wo solche nicht vorhanden sind, sie ins Leben zu rufen.

Glocke-Berlin. Bock-Gotha. Segitz-Nürnberg. Barth-Berlin.
Slomke-Bielefeld. Bruhns-Bremen. Fritz-Berlin.

Zubeil-Berlin: Ich kann mich mit den Ausführungen des Genossen Kloß nur einverstanden erklären. Die Gewerkschaftsbewegung muß auf das Lebhafteste unterstützt werden, sie wird unsere Zwecke wesentlich fördern. In Bezug auf ernste Lohnkämpfe wird häufig an einen großen Theil der Arbeiter das Ansuchen gestellt, sofort die Stadt zu verlassen. Diese Arbeiter gehen nun in andere Städte und drücken die Löhne noch tiefer hinab. Man sollte die sogenannte Reiseunterstützung mehr und mehr einschränken. Die Unterstützung sollte vielmehr dazu gebraucht werden, daß die Genossen beim Ausbruch eines Lohnkampfes in der Stadt aushalten können. Niemand darf den Ort verlassen, der es nicht freiwillig thun will. Die Boykotts sind, zur rechten Zeit und mit

den rechten Mitteln angewandt, oft bessere Waffen, als die Streiks. Wenn aber gesagt worden ist, daß in Hamburg und Berlin frivole Forderungen gestellt worden sind, so muß ich das entschieden zurückweisen. In großen Städten wie Hamburg und Berlin, sind 60, 70, 75 Pfg. pro Stunde nicht zu viel. Maurer und Zimmerer namentlich haben einen großen Theil des Jahres nichts zu thun und müssen im Winter Noth leiden. Wenn aber auf einem sozialdemokratischen Parteitag derartige Forderungen unvernünftige genannt werden, dann weiß ich nicht, was wir mit dem Lohnkampfe überhaupt anfangen sollen. Selbstverständlich würde diese Aeußerung, wenn sie ins Protokoll kommt, von den Kapitalisten ausgebeutet werden. Unsere Fraktion muß für ein Vereins- und Versammlungsrecht wirken, welches es ermöglicht, in jeder Stadt eine Organisation zu gründen. In Berlin verfahren die Behörden in dieser Beziehung sehr willkürlich. Während in der Umgegend Berlins überall Zahlstellen eines Verbandes gestattet sind, ist es bis jetzt in Berlin noch nicht gestattet, eine Zahlstelle zu gründen. Dieses Verfahren kann der Parteitag nicht scharf genug verurtheilen. Die lokale Organisation kann das nicht bieten, was eine zentrale Organisation bietet. Ich bitte Sie, in die Resolution auch die Arbeiterinnenvereine aufzunehmen.

Haburg-Potsdam: Die Gewerkschaften haben uns bei der letzten Reichstagswahl große Dienste geleistet. Sie haben überall Geld aufgebracht, um uns den Sieg zu ermöglichen. Gegen Boykotts wider solche Lokalbesitzer, welche ihr Lokal zur Wahl u. s. w. nicht hergeben, läßt sich nichts einwenden. Der Boykott darf aber nicht gegen Geschäftsleute verhängt werden, welche eine andere politische Ueberzeugung haben als wir. Wenn man uns wegen unserer politischen Ueberzeugung maßregelt, so dürfen wir dasselbe Verfahren nicht anwenden, um einen politischen Gegner in seinem Gewerbe zu schädigen.

Wilke-Braunschweig: Bei der Form der Organisation müssen wir die thatsächlichen politischen Verhältnisse und die Auslegungen der bestehenden Gesetze im Auge behalten. Uebrigens kommt es weniger auf die Form, als auf den Geist an, welcher in der Organisation weht, die wir uns schaffen. Die Ansicht des Genossen Kloß, es könne einer lokalen gewerblichen Vereinigung, z. B. in Braunschweig, gleichgiltig sein, ob sich ein ähnlicher Verein in Magdeburg bilde, kann ich nicht theilen. Es ist uns von außerordentlichem Nutzen, wenn rings um uns herum noch recht viele Festungen gegen den Kapitalismus errichtet werden. Der einzelne Verein kann dies zwar nicht veranlassen, es kann aber in einer öffentlichen Versammlung eine Agitationskommission gewählt werden, der es zur Aufgabe gemacht wird, in den umliegenden Ortschaften die Agitation in die Hand zu nehmen. Nach den bisherigen Er-

fahrungen, besonders der Metallarbeiter, bietet die lokale Organisation eine geringere Angriffsfläche dar, als die zentrale. Die Zentralisation wird ja hergestellt durch die Gewerkschaftskassen. Was Gewerkschaften ohne Statuten leisten können, hat die Organisation der Töpfer gezeigt. Die Zentralisation hat aber ihre besonderen Gefahren. Wenn man in zentralisirten Gewerkschaften einmal über die Gesetze spricht, so gefährdet man den ganzen Verband; wird ein einzelner Verein aufgelöst, so schadet dies nicht so viel. Man sollte es den Einzelnen überlassen, wie sie sich organisiren wollen, es aber Jedem zur moralischen Pflicht machen, sich einer Organisation anzuschließen. Der Hauptzweck dieser Vereine soll zunächst gewerkschaftliche Angelegenheiten sein, und ich habe noch kein Statut gefunden, wo es heißt, es werden nur Sozialdemokraten zugelassen. Ist man dann eine zeitlang zusammen, dann kann ja ein tüchtiger Redner einen lehrreichen Vortrag über ein sozialistisches Thema halten. Was das Abreisen bei Streiks betrifft, so dürfen wir doch auch nicht übersehen, daß durch die ausgewanderten Genossen oft in anderen Ortschaften ein ganz neu pulsirendes Leben hineingekommen ist. Es sind neue Organisationen entstanden, und es ist auf die faulen Zustände aufmerksam gemacht worden.

Die Diskussion wird geschlossen.

Zu persönlicher Bemerkung bestreitet

Stengele-Hamburg die Behauptung von Lenz, daß in Hamburg unvernünftige Forderungen gestellt worden sind.

Das Schlußwort erhält

Grillenberger: Nachdem aus der Versammlung eigentlich Niemand einen gegnerischen Standpunkt gegen die Ausführungen des Referenten eingenommen (Zuruf: wir sind nicht zum Wort gekommen!), kann ich mich kurz fassen. Die gegnerischen Anschauungen würden sich höchstwahrscheinlich nur auf die Form der Organisation bezogen haben; der Parteitag hat Stellung zu nehmen zur Frage der Streiks und Boykotts im Allgemeinen. Wie die Gewerkschaften am zweckmäßigsten zu organisiren sind, wird Sache der demnächst bevorstehenden Gewerkschaftskonferenz und der Gewerkschaftskongresse sein. Wir müssen entscheiden, ob die Partei überhaupt befugt ist, Stellung zur Frage der Streiks und Boykotts zu nehmen. Die Partei hat allerdings ein Recht dazu, weil der ökonomische Kampf heute eine andere Gestalt annehmen muß, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes sind die Herren Unternehmer genöthigt, auch auf dem ökonomischen Gebiet eine veränderte Front einzunehmen. Früher hatten die Unternehmer das Sozialistengesetz und dessen Anwendung durch die Behörden zur Verfügung. Man schlug seitens der Behörden einfach alles todt, was einigermaßen danach roch, daß die Massen auf gewerkschaftlichem Gebiete organisirt und das Philister-

thum in seiner Ruhe gestört werden konnte. Wo das Sozialisten-gesetz versagte, stand das Vereinsgesetz zu Gebote, um Körperschaften, sobald sie sich mit sogenannten öffentlichen Angelegenheiten beschäftigten, als politische Vereine zu betrachten, die nicht miteinander in Verbindung treten können. Reichte auch dies nicht aus, so nahm man zu dem Gesetz über das Versicherungswesen seine Zuflucht. Man erklärte einfach solche Vereine, z. B. den Deutschen Buchdrucker-Unterstützungsverein, als Versicherungsgesellschaft (in Bayern) — und verbot sie, weil sie als solche ihre Zulassung in dem betreffenden Bundesstaate nicht nachgesucht hatten.

Jetzt, wo man nach dem Fall des Sozialistengesetzes nicht mehr nach Belieben mit einem polizeilichen Federstrich eine derartige Organisation aus der Welt schaffen kann, fangen neuerdings die Unternehmer an, sich in ähnlicher, aber viel gewichtigerer Weise zu organisiren, wie die Arbeiter seit Jahrzehnten versucht haben. Seit Monaten errichten die Unternehmer allenthalben im Reich, in den verschiedensten Industriebranchen, zentralisirte Verbände, die nicht blos Angehörige irgend eines einzelnen Fachkreises, sondern ganze Branchen umfassen, Ringe, Verbindungen, die jegliche Arbeiterbewegung durch die Gewalt des Kapitalismus lahmlegen und durch Anwendung der Hungerkur gegen die Arbeiter das Sozialistengesetz ersetzen sollen. Demgegenüber fragt es sich eigentlich nur, ob unsere Partei nicht schon längst dazu hätte Stellung nehmen sollen. Es ist allerdings von der weisen Unternehmerpresse und von den Unternehmern selbst vielfach behauptet worden, Streiks und ähnliche Maßregeln der Arbeiter seien nur sozialdemokratische Kampfmittel, um die Unzufriedenheit unter den Massen zu erregen, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verschlechtern, und auf diese Weise die rabiat gewordenen Arbeitermassen der sozialdemokratischen Bewegung in die Arme zu treiben. Jeder, der die Entwickelung unserer Gesellschaft einigermaßen kennt und ehrlich ist, muß sich sagen, daß das nichts ist als eine elende Verdächtigung. Der Sozialdemokratie ist es niemals eingefallen, Streiks zu dem Zwecke zu provoziren, um Unzufriedenheit zu erregen. Wir haben stets erklärt, Streiks sind eine zweischneidige Waffe, die nur in dem alleräußersten Falle angewendet werden darf. Wir meinen, daß die Organisirung der Massen an sich schon eine Waffe ist, gewichtig genug, um vielfach die Unternehmer und ihren Uebermuth in Schach zu halten, daß es sogar in verschwindend wenigen Fällen nothwendig sein wird, zu dem Mittel des Streiks zu greifen. Aber wie die Verhältnisse einmal liegen, und da die Gegensätze sich zuzuspitzen begonnen haben, ist es nothwendig, hier zu erklären, daß die Streiks von uns nicht zurückgewiesen, nicht unterdrückt werden können, daß die Streiks für die Arbeiterklasse eben zur Nothwendigkeit geworden sind und daß bei dem Uebermuth des Unternehmerthums die Streiks

öfter auf der Bildfläche unserer Bewegung erscheinen werden, als uns selbst lieb ist.

Dasselbe ist auch bei den Boykotts der Fall. Nur dürfte in Bezug auf die Anwendung dieses Mittels, das in Deutschland verhältnißmäßig jung ist, noch größere Sorgfalt am Platze sein, als bei der Gutheißung von Streiks. Boykotts zur Beseitigung von Hindernissen, die den Arbeitern hauptsächlich bei Ausübung ihrer politischen Rechte in den Weg gelegt werden, und meistentheils gerichtet gegen Besitzer großer Lokalitäten, sind von vornherein gut zu heißen, zumal in solchen Fällen, wo in ganz besonders brutaler Weise das Unternehmerthum glaubt, sein Uebergewicht zeigen zu können. Die Boykott aber in allen den Fällen, wo es sich um eine kleine Differenz zwischen Unternehmer und Arbeitern handelt, gleichsam, als ständige Institution in's ganze gesellschaftliche Leben zu übertragen, wäre das Gefährlichste, was seitens der Arbeiterbevölkerung überhaupt geschehen könnte. Man hat der Fraktion in Bezug auf den 1. Mai vorgeworfen, daß ihr Erlaß zu spät oder überhaupt ergangen sei. Man hat also die Fraktion für die Mißerfolge des 1. Mai verantwortlich machen wollen. Ich verweise Sie auf einen Mißerfolg auf dem Gebiet des Boykott, wo die Fraktion keinerlei Einfluß gehabt hat. Ich meine den großen Bierboykott in Berlin, von dem sich die Parteigenossen außerhalb Berlins sofort gesagt haben, daß derselbe nie und nimmer zu einem glücklichen Erfolge führen könnte, weil es ein Unding war, sämmtliche Aktiengesellschaften boykottiren zu wollen, blos um sie zur Schlichtung einer untergeordneten Differenz mit ihren Brauergesellen zu bringen. An dem ist die Fraktion vollständig unschuldig gewesen. Wir können als Partei Streiks und Boykotts umsomehr als berechtigt anerkennen, weil die Maßregeln der Unternehmer von den gesammten politischen Partejen unserer Gegner unterstützt oder doch als berechtigt hingestellt werden. In den Preßorganen dieser Parteien, mögen es Deutsch-Freisinnige, Nationalliberale oder Konservative sein, wird unausgesetzt gegen die Arbeiterverbindungen gehetzt. Dazu kommt noch, daß die nationalliberale Partei auch in Bezug auf die Handhabung der Maßregelungen gegenüber den Arbeitern am gehässigsten vorzugehen pflegt. Gegenüber den buntscheckigen, aber äußerst gefährlichen Mitteln der Unternehmer haben wir nichts, als das Gefühl der Solidarität und die Möglichkeit der Zusammenfassung der großen Massen. Wenn heute ein Streik inscenirt wird und Jemand die indifferenten oder nur mit halber Seele theilnehmenden Genossen auffordert, sich doch dem Streik anzuschließen, und wenn er dabei nur irgend annähernd die Grenzen des „Zulässigen" überschreitet, so wird er sofort wegen sogenannter Verrufserklärung in's Gefängniß gesteckt. Das ist in der letzten Zeit zu einer wahren Kalamität geworden. Sobald ein Arbeiter

seinen Kollegen zur Innehaltung des Koalitionsrechts u. s. w. zu veranlassen sucht, wird er in's Gefängniß gesteckt. Wenn aber die Unternehmer sich zusammenthun, um die Arbeiter daran zu hindern, das Koalitionsrecht auszuüben, so ist noch niemals die Polizei oder eine sonstige Behörde gegen das Unternehmerthum aufgetreten. In Sachsen, dem reaktionärsten Lande Deutschlands, hat man dem Boykott gar den „groben Unfugparagraphen" entgegengestellt. Ein sehr beliebtes Mittel der Verrufserklärungen von Seiten der Fabrikanten, sind die schwarzen Listen. Es werden Briefe versandt, in welchen darauf aufmerksam gemacht wird, dieser oder jener Arbeiter war bei mir am Streik betheiligt. Diese Briefe enthalten nicht blos die schwerste Verrufserklärung, sondern zugleich eine Boykottirung, und doch wird gegen diese Fabrikanten nicht vorgegangen. Andererseits hat man neuerdings entdeckt, daß in dem Gebiet des preußischen Landrechts Streiks, wenn sie ohne Einhaltung der Kündigungsfrist inscenirt sind, verfolgt werden können auf Grund des § 110 des Strafgesetzbuches wegen „Ungehorsam!" Wenn dagegen Unternehmer zusammentreten, um bei Arbeitsstockungen, oder lediglich deshalb, um die Preislage der Produkte in die Höhe zu treiben, für längere Zeit ihre Etablissements sperren und deshalb ihre Arbeiter ohne Kündigung auf die Straße setzen, oder wenn in Fabriken, entgegen den getroffenen Vereinbarungen, die Akkordlöhne verkürzt werden, so hat man nicht gehört, daß gegen sie der § 110 angewandt, oder daß gegen letzteres Verfahren auch nur einmal die Untersuchung wegen Unterschlagung des verdienten Arbeitslohnes eingeleitet worden wäre. Das Schönste aber auf diesem Gebiet ist unzweifelhaft das, was das Landgericht der Freien Reichs- und Hansestadt Lübeck fertiggebracht hat. Dort haben Arbeiter am 20. Februar erklärt, sie seien nicht geneigt, an diesem Tage zu arbeiten. Darauf wurde ihnen erklärt, wenn Ihr nicht arbeitet, braucht Ihr auch am Freitag und Samstag nicht zu kommen. Die gemaßregelten Arbeiter wandten sich an ihren Fachverein und dieser setzte sich mit dem Unternehmer in Verbindung und erklärte: Wenn Sie den betreffenden Arbeitern nicht den Lohn für die zwei Tage bezahlen, so werden wir diese Arbeiter als gemaßregelt betrachten und sie aus unserer Vereinskasse unterstützen. Die beim Untersuchungsrichter geäußerte Ansicht des Unternehmers, die Vertreter des Fachvereins hätten mit Streik direkt gedroht, wurde vom Unternehmer selbst nicht mehr aufrecht erhalten, vom Gerichtshof aber als richtige Version angesehen, und darauf wurden die Vertreter des Fachvereins, die den Fabrikanten auf diese Weise gezwungen hatten, seine Arbeiter zu bezahlen, verurtheilt, der eine zu sechs, der andere zu drei Monaten Gefängniß wegen des Vergehens der Erpressung. (Rufe: Hört, Hört!) Was sagen Sie aber dazu, daß vor Kurzem dieses Urtheil, das man allgemein für

unmöglich gehalten hat, vom Reichsgericht sanktionirt worden ist! (Erneute Zurufe.) Demgegenüber gilt es nicht mehr einer Gewerkschaftsbewegung anzuhängen, die vielfach nur eine Art Vereinsspielerei gewesen ist, eine Zwergorganisation, sondern es gilt, die Massen zu organisiren, die Arbeiterklasse als solche in den Kampf gegen das Unternehmerthum zu führen. Die Gewerkschaften müssen großartige Dimensionen annehmen, wenn dem Vorgehen des Unternehmerthums mit einigem Erfolg entgegengetreten werden soll. Selbst dann, wenn die Massen in gewaltig großen Organisationen zusammengeballt werden, hat das Unternehmerthum übermächtige Vortheile in Folge des großen Geldbesitzes. Das Einzige, was die Arbeiter gegenüber den Unternehmern noch einigermaßen zu schützen vermag, ist, daß bei gewissen Differenzen die sogenannte Einigkeit derselben regelmäßig nicht lange Stand zu halten pflegt; der Konkurrenzneid ist nicht selten der Bundesgenosse der organisirten Arbeiter. Aber im Großen und Ganzen wird nach dem Fall des Sozialistengesetzes das Unternehmerthum sich hauptsächlich auf das Gebiet des Lohnkampfes werfen, und deshalb haben die Arbeiter alle Ursache, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Gewerkschaftsbewegung zu unterstützen. Es handelt sich dabei nicht blos um zentralisirte Verbände im gewöhnlichen Sinne, sondern um große Unionen, ähnlich wie sie in England groß gezogen sind. Die speziellen Organisationen der einzelnen Fächer können ruhig innerhalb der großen Union existiren. Aber es müssen sämmtliche Fächer einer Branche zusammengefaßt werden, so das Baugewerbe &c.

Der Vorwurf, daß in den großen Städten mitunter unberechtigte oder unvernünftige Forderungen von den Arbeitern erhoben werden, ist bereits zurückgewiesen worden. Es ist aber doch insofern ein Fehler gemacht worden, als man sich mit dem Vorgehen auf gewerkschaftlichem Gebiet allzu sehr in die großen Städte und Industriezentren zurückgezogen hat. Es kann unmöglich eine gedeihliche Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung stattfinden, wenn in den großen Städten, in irgend einer beliebigen Branche, bereits für den neunstündigen oder achtstündigen Arbeitstag agitirt wird, während in den Provinzialstädten in derselben Branche noch bis zu 16 Stunden täglich gearbeitet werden muß. Hier muß ein Ausgleich herbeigeführt werden. Jetzt, wo wir in eine Periode des wirthschaftlichen Niederganges eingetreten sind, wo also überhaupt an Angriffsstreiks nicht gedacht werden kann, sondern wo hauptsächlich daran gedacht werden muß, zur Abwehr sich zu vereinigen, müssen wir Organisationen schaffen, um für die Zukunft widerstandsfähig zu sein. Es muß jetzt auf die Agitation in den Provinzen und auf dem flachen Lande das Hauptgewicht gelegt werden, und es müssen diejenigen Genossen draußen, die stets treu zur Sache gehalten haben, aber noch unter dem Druck einer unmenschlich langen Arbeitszeit stehen

und allein nicht im Stande sind, etwas zu leisten, besser unterstützt werden. Namentlich muß das Augenmerk darauf gerichtet werden, einen annähernden Ausgleich auf diesem Gebiet herbeizuführen. Das Land und die kleinen Städte müssen auch ihren Theil haben an den bisherigen Errungenschaften des Lohnkampfes und der gewerkschaftlichen Bewegung. Unterstützen Sie diese Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung, so weit dies nur in Ihren Kräften liegt. Deshalb empfehle ich, unsere Resolution nicht nur einstimmig anzunehmen, sondern nach Kräften auch danach zu handeln, wenn Sie wieder nach Hause kommen. (Lebhaftes Bravo!)

Die Resolution Kloß-Grillenberger wird einstimmig angenommen, ebenso auch die Resolution Glocke.

Es würde nunmehr in der Reihenfolge der Berathungsgegenstände der letzte Punkt der Tagesordnung: „Anträge aus der Mitte des Parteitages" zur Verhandlung kommen müssen. Da aber die betreffenden Anträge erst nach Gruppen zusammengestellt, gedruckt und vertheilt werden sollen, so schlägt der Vorsitzende vor, die Sitzung abzubrechen. Der Parteitag ist damit einverstanden.

Schluß nach 6 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 17. Oktober 1890.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr mit folgender Mittheilung:

Es ist dem Parteitag eine Adresse zugegangen von den Mitgliedern des sozialdemokratischen Leseklubs „Lessing" in Berlin. (Bravo!) Ich werde die Adresse ausnahmsweise zur Verlesung bringen. Sie lautet:

„Dem ersten Arbeiterparlament der deutschen Sozialdemokratie auf deutschem Boden, den Vertretern der völkerbefreienden Sozialdemokratie unseren herzlichsten Brudergruß!

„Gleichzeitig geben wir dem Wunsche Ausdruck, daß die Beschlüsse des Kongresses einen bedeutenden Fortschritt bilden mögen in den berechtigten Bestrebungen der Proletarier aller Länder.

„Indem wir den großen kulturgeschichtlichen Moment eines derartigen Kongresses zu würdigen wissen, erkennen wir dessen Einfluß auf die gesammten Emanzipationsbestrebungen des Proletariats, das stolze Bewußtsein sieghaften Vordringens und die Weckung und Verallgemeinerung des internationalen Solidaritätsgefühls.

„Darum vorwärts im zielbewußten Kampf für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!

Die Mitglieder des sozialistischen Leseklubs „Lessing“.“

Indem ich Namens des Parteitages den Absendern der Adresse den wärmsten Dank ausspreche, beantrage ich, diese schön ausgestattete Adresse den Halleschen Genossen zum dauernden Andenken an diesen Parteitag zu überweisen. (Lebhafte Zustimmung.) Damit ist der Parteitag einverstanden. Ich ersuche das Lokalkomitee, die Adresse hier in Empfang zu nehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Schönfeld-Dresden, daß seine neuliche Behauptung bezüglich der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, soweit seine Informationen reichen, richtig sei. Sollte er sich geirrt haben, so nähme er keinen Anstand, seine Behauptung zurückzunehmen.

Höppner glaubt, daß die übrigen Dresdener Genossen durch diese Erklärung befriedigt sein werden.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein:

Punkt 7:

Die Parteipresse.

Hierzu hat W. Liefländer-Potsdam-Osthavelland folgenden Antrag gestellt:

„Da die Presse das mächtigste Kampfmittel in Händen der Partei ist und in Erwägung, daß es heiligste Pflicht der Partei sein muß, dieses Kampfmittel bis zur äußersten Grenze anzuwenden und auszunutzen, spricht sich der Parteitag dafür aus, daß zur Herstellung des event. Zentral-Organs und aller von der Parteileitung ausgehenden Schriften eine eigene Druckerei errichtet werde, damit der gesammte, aus Herstellung dieser Preßerzeugnisse resultirende Reinertrag wiederum für Parteizwecke zur Verwendung gelangen kann.“

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt Liefländer:

„Ein etwaiger Kontrakt mit einem Drucker betreffs Herstellung eines von der Parteileitung herausgegebenen Zentralorgans und anderer Druckschriften darf nur bis zum nächsten Parteitag abgeschlossen werden.

Der Antragsteller hat beide Anträge zurückgezogen.

Es liegt nur noch ein Antrag der Gubener Genossen vor.

Es wird beantragt, daß die gesammte sozialdemokratische Presse Eigenthum der Partei sei.

Eine Reihe anderer auf die Presse bezüglicher Anträge wird bei den allgemeinen Anträgen aus der Mitte des Parteitages verhandelt werden.

Berichterstatter Auer: Ueber unsere Parteipresse, insonderheit die Lokalpresse (denn über das Zentralorgan entscheidet ja bis zu

einem gewissen Grade bereits unser Organisationsstatut) herrschen noch wenig klare Anschauungen. Das zeigt der Antrag Guben, der bereits die Expropriation des gesammten Preßeigenthums beschließen will. Ein solcher Antrag ist einfach unannehmbar. Die Lokalpresse muß sich von der Zentralpresse vor allem darin unterscheiden, daß der Haupteinfluß auf dieselbe den Partei genossen am Ort, bezw. der Provinz und dem Kreise zusteht, für den das Blatt selber erscheint, während die Zentralorgane ausschließlich für die Gesammtpartei vorhanden sind. Man erhebt nur gar zu leicht den Anspruch, daß die Mittel der gesammten Partei unter Umständen für ein einzelnes Lokalorgan zur Verfügung stehen sollen. Ging doch neulich ein Aufruf durch die Presse, behufs Errichtung einer Druckerei an einem bestimmten Orte Deutschlands die gesammte Partei in Aktion zu setzen! Das ist eine absolut falsche Auffassung. Die Parteiorgane müssen getragen werden durch den Kreis, für den sie bestimmt sind (Sehr richtig!), und das hier recht präzis auszusprechen, war mit einer der Gründe, warum wir den Gegenstand überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt haben. Daß im Uebrigen die Lokalorgane der Partei zu dienen haben, dem Gesammtinteresse, daß sie in Bezug auf taktische und prinzipielle Fragen sich der Ordnung und Disziplin anzuordnen, zu fügen haben, ist selbstverständlich. Es ist aber unmöglich, die Lokal presse gewissermaßen zu uniformiren. Die Lokalpresse muß der Verschiedenartigkeit der verschiedenen Gegenden Rechnung tragen. Es kann also garnicht davon die Rede sein, daß man der Lokal presse gewissermaßen von oben herab eine Direktion giebt in dem Sinne, daß man sich in die Einzelheiten hineinmischt. Die Genossen der betreffenden Orte und Bezirke sollen sowohl in materieller Beziehung für ihr Lokalblatt aufkommen, als auch die geistige Leitung desselben soweit wie möglich in der Hand haben. Selbstverständlich geht es nicht, daß ein einzelnes Organ erklärt, was kümmern wir uns um die Beschlüsse des Parteitages, um unser Programm, um unsere Organisation! Die taktische Ausführung und Vertretung der allgemeinen Parteigrundsätze dagegen kann den lokalen Verhältnissen angepaßt werden. Alles, was ich Ihnen zu sagen hätte, erschöpft folgende Resolution, die wir Ihnen zur Annahme empfehlen:

„Der Parteitag beschließt:

In Erwägung: daß die Presse das beste und wirksamste Agitations- und Kampfesmittel ist;

in weiterer Erwägung: daß unsere Parteipresse dieser ihrer Aufgabe nur entsprechen kann, wenn ihre Existenz genügend gesichert ist und jeder maßgebende nicht-parteigenössische Einfluß von ihr ferne gehalten wird,

spricht der Parteitag die Erwartung aus:

daß die Genossen überall, neben der Agitation für die Verbreitung des Centralorgans und der nichtperiodischen Parteiliteratur, sich vor allem die Unterstützung und Verbreitung unserer bereits existirenden Lokalpresse angelegen sein lassen,

daß sie ferner überall strenge darauf achten, daß unsere Presse nicht Gegenstand von Privatspekulationen werde, die mit dem Parteizweck nichts gemein haben,

daß die erste und oberste Aufgabe unserer Presse: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, nicht unter Rücksichten auf irgend welche Privatinteressen leide.

Insbesondere empfiehlt der Parteitag den Genossen:

bei Gründung von neuen Parteiblättern möglichst Vorsicht walten zu lassen und solche Unternehmungen unter keinen Umständen zu gründen, bevor sie nicht genau erwogen und sich überzeugt haben, daß die Möglichkeit für die Existenz des Unternehmens aus eigenen Mitteln gegeben, und daß vor allem auch die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte zur Leitung eines Blattes vorhanden sind."

(Zustimmung.)

Ich mache Sie besonders auf die Rathschläge aufmerksam, die wir in unserem Schlußpassus aussprechen, Genossen! So hochwichtig die Presse für uns ist, so sehr kann sie der Partei geradezu schädlich werden, wenn leichtsinnig mit der Gründung von Preßorganen vorgegangen wird. Dieser Leichtsinn muß unter allen Umständen vermieden werden. Nur eine in ihrer materiellen Existenz gesicherte und geistig wie technisch gut geleitete Presse kann ihre Aufgabe recht erfüllen. So gut wie nicht Jeder ein geschickter Modelleur, Schneider und Schreiner sein kann, so gut ist auch nicht Jeder von Natur dazu berufen, ein Zeitungsredakteur zu sein. (Heiterkeit.) Die Scheere soll nicht das Zeichen sein, in dem die Redaktion arbeitet und siegt! Solchermaßen hergestellte Blätter gereichen der Partei nicht zum Nutzen. Ebensowenig aber auch solche, die fortgesetzt mit Defizits arbeiten und die Mittel der Partei aufbrauchen, die besser zur Agitation u. s. w., für das Interesse der gesammten Partei, verwendet werden können. Solche Blätter sind wirklich unter Umständen ein Krebsschaden. Außerdem können deswegen unter den Parteigenossen der betreffenden Orte leicht Differenzen entstehen. Wir haben vor allem die Pflicht, unsere bestehende existenzfähige Presse zu unterstützen und zu verbessern. Es ist zweifellos nichts verloren, wenn mit der Gründung neuer Zeitungsunternehmen noch ein bischen gewartet wird. Lassen Sie die alten Organe sich einleben, dann werden sich leichter die Mittel finden, um neu entstandenen helfen zu können. Eine schwache, immer auf dem Aussterbeetat stehende Presse ist ein Uebel. Ich empfehle Ihnen also unsere Resolution. Nehmen Sie

dieselbe an und sorgen Sie vor allem dafür, daß sie kein todter Buchstabe bleibt. (Lebhafter Beifall.)

Frau Steinbach-Hamburg: Ich möchte Sie bitten, uns Frauen auch in Bezug auf die Presse Gleichberechtigung zu gewähren. Nicht um blaustrümpflerische Neigungen zu fördern thue ich dies. Der sogenannte Gleichberechtigungsdusel, wie er bisher leider von Frauenrechtlern und Frauenrechtlerinnen auf den Markt geworfen ist, liegt mir am Allerentferntesten. Wie ich für die Frauen nur die nächstliegenden praktischen Forderungen vertrete, nur plaidire für die Gründung von Fachvereinen, um auf dem Arbeitsmarkt den Frauen das gleiche Recht wie den Männern zu erringen, so fordere ich auch von der Presse nur die Unterstützung dieser unserer fachgewerkschaftlichen Bestrebungen. Ich muß mich nun darüber öffentlich beschweren, daß mir in meinem Wohnort, in Hamburg, von dem dortigen Arbeiterorgan nicht in dem gehörigen Maaße der geringe Raum, den ich für meine praktischen Bestrebungen gefordert habe, eingeräumt worden ist. Es wird leider von den Männern noch alles in einen Topf geworfen, was von den Frauen ausgeht. Es ist in der Redaktion gesagt worden, „zu der Tragödie des Männerstreiks dieses traurigen Sommers hat die Frau Steinbach nun auch noch die Komödie eines Hamburger Plätterinnenstreiks hinzugefügt." Dieser Plätterinnenstreik ist leider, gegen meinen Willen, vor sich gegangen. Immerhin ist das Resultat dieser Bestrebung noch ein ganz gewaltiges geworden. Wir haben für einen Theil unserer Arbeitsgenossinnen eine Erhöhung ihres Tagelohnes, eine Verringerung ihrer bisher die Nächte hindurch währenden Arbeitszeit errungen, und wenn wir das auch nur für 40 oder 50 Genossinnen errungen haben, mit einer 5 Monate alten Organisation, so kann ich verlangen, daß meine kurzen, aufklärenden Berichte über diese Bewegung aufgenommen werden, und ich kann einem Redakteur nicht das Recht zugestehen, dies noch zu beschneiden. (Heiterkeit.) Das ist Mehlthau auf unsere Bestrebungen. Persönliche Anzapfungen, Klatsch dürfen die Herren zurückweisen, aber für sachliche Ausführungen verlange ich mein Stückchen weißes Papier. Es giebt ja soviel Lumpen und Papier auf der Welt. Kaufe doch die Redaktion mehr Papier! (Heiterkeit.)

Oertel-Nürnberg: In der letzten Zeit ist eine wahre Zeitungs-Gründungs-Epidemie ausgebrochen. Viele dieser Blätter und Blättchen sind nicht existenzfähig. Sie werden über kurz oder lang von der Parteileitung Unterstützung verlangen oder wieder verschwinden. Man darf solchen Gründern den Vorwurf der Unvorsichtigkeit nicht ersparen. Das Zeitungsgeschäft muß gelernt sein. Vielfach haben Leute die Blätter begründet, sich nicht vorher orientirt, sich nicht von Fachleuten Auskunft geben lassen. Derartigen Dingen kann man am besten dadurch gegenübertreten, daß die Partei

beschließt, daß von der Parteileitung irgend welcher Zuschuß an die Lokalpresse nicht abgegeben werden darf. Der Gründung eines Arbeiterrinnenorgans stehe ich sympathisch gegenüber. Allerdings müßte die Redaktion und Mitarbeiterschaft eines solchen Blattes vorzüglich sein. Bekanntlich müssen unsere Frauen mit der denkbar schlechtesten Zeitungslektüre zur Zeit vorlieb nehmen. Es hat sich in den letzten Jahren eine ganze Anzahl sogenannter parteiloser Blätter breit gemacht, Lokalanzeiger, Generalanzeiger u. s. w. Sie erscheinen unter der Maske der Parteilosigkeit und sind in Wirklichkeit nichts, als reaktionäre Blätter, die mit großem Wohlbehagen die reaktionärsten Ansichten und Bestrebungen verbreiten. Die Arbeitermassen sind es vor allen, die diese Blätter unterhalten. In Nürnberg hat ein solches Organ in kurzer Zeit 20- bis 25 000 Abonnenten gewonnen. Gegen diese „parteilosen" Blätter muß ein wohlorganisirter Feldzug unternommen werden. Den Antrag Guben bitte ich abzulehnen. Wenn wir die Presse annektiren, dann müssen wir auch für etwaige Defizits aufkommen, dazu haben wir aber gar keine Veranlassung. Unsere Partei ist eine Kampfpartei, die ihre Mittel nicht festlegen darf. Außerdem wäre es auch ungerecht, solche Blätter zu annektiren, die während des Ausnahmegesetzes als private Blätter begründet wurden und nur mit großen Geld- und persönlichen Opfern erhalten werden konnten.

Heinrich-Altona: Ich werde für die Resolution stimmen. Redner führt im Auftrage seines Wahlkreises Beschwerde gegen Baumeister Keßler, wegen dessen Angriffe auf Frohme. Nach längeren, theilweise heftigen Ausführungen bringt er folgenden Antrag ein:

> Der Parteitag spricht hiermit seine entschiedene Mißbilligung über das vom Regierungsbaumeister Keßler in seinem Organe „Vereinsblatt" gegenüber den Hamburger Genossen, insbesondere dem Genossen Karl Frohme, beachtete unwürdige Verhalten aus!

Im gleichen Sinne spricht Schwer-Hamburg I.

Kahl-Duisburg beantragt Ueberweisung an die Neuner-Kommission, wogegen Keßler sich ausläßt, weil verschiedene Mitglieder darin mehr oder weniger betheiligt seien. Dagegen erklärt er sich mit einem Schiedsgericht einverstanden, das Bebel zusammenberufen möge. Auf Antrag des Vorsitzenden wird die Bildung und Einberufung dieses Schiedsgerichts dem Vorstande überwiesen.

Von Slomke-Bielefeld ist folgende Resolution eingegangen:

> Der Parteitag spricht sich entschieden gegen die Aufnahme von Lotterieannoncen, Geheimmittelempfehlungen und ähnlichen, den guten Charakter der Parteipresse verletzenden Anzeigen aus.

Ein Unterantrag von Slomke, in seinen Prinzipalantrag auch Abzahlungsgeschäfte aufzunehmen, wird nicht genügend unterstützt.

Küger-Verden ist für die Resolution Auer. Durch Schweigen

könne man am Besten sein Einverständniß mit derselben bethätigen. (Beifall.)

Kittler-Heilbronn: Wollen wir mit der parteilosen Presse konkurriren, so müssen wir unsere Presse möglichst billig abgeben. Sollte auch anfangs mit Defizits gearbeitet werden, das Massenabonnement macht später das Unternehmen doch rentabel.

Ein weiterer Antrag:

> Der Parteitag empfiehlt den Genossen allerorts, daß bei Gründungen von sozialdemokratischen Preßunternehmungen der einzelnen Orte und Wahlkreise die Zustimmung der Delegirten eines vorher einzuberufenden Provinzialtages einzuholen ist,

wird bei den allgemeinen Anträgen zur Verhandlung kommen.

Schulze-Magdeburg erklärt Namens seiner Auftraggeber, daß die Magdeburger sich ebenfalls der sogenannten Opposition angeschlossen haben. Er will nun die Gründe für diese Haltung darlegen, wird jedoch vom Vorsitzenden mit dem Hinweis unterbrochen, daß jetzt die Parteipresse zur Berathung stehe. Es bleibe dem Redner ja unbenommen, eine schriftliche Erklärung vom Bureau verlesen zu lassen. Redner wünscht in Bezug auf die Presse, daß so unqualifizirbare Aeußerungen, wie sie in letzter Zeit von einzelnen Parteiorganen gethan seien, in Zukunft vermieden werden.

Gottschalk-Hamburg: Wir stehen unbedingt auf dem Standpunkt, daß die Presse Parteieigenthum sein muß und zwar der Partei am betreffenden Orte. Dieser müßte auch die Kontrole zustehen. Dem Antrag Slomke kann ich nicht zustimmen. Annonzen sind eine sehr ergiebige Einnahmequelle für die Zeitungen. Mache man es doch so, wie in Hamburg, daß man schreibt: für den Annonzentheil übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Was die Blätter für die Frauen betrifft, so glaube ich, daß die Frauen doch nur Kaffeekränzchenblätter haben wollen. . . .

Vorsitzender Singer: Ich kann es nicht für zulässig erachten, daß behauptet wird, die in der Arbeiterinnenbewegung stehenden Frauen wollen nichts wie „Kaffeekränzchenblätter" gründen.

Gottschalk (fortfahrend): Ich sage mir, daß die gleichberechtigte Frau dieselben Blätter lesen kann, die wir schon besitzen. Die Frauen können in politischen Blättern ebenso gut für die Sache wirken, wie in besonderen Blättern, die schon mit Defizits arbeiten. Frau Steinbach hat sich darüber beschwert, daß ein Hamburger Redakteur ihre Berichte beschnitten habe. Wollte der Redakteur allen diesen Vereinsgeschichten Raum geben, dann könnte sein Blatt schließlich nicht 8 Seiten umfassen, sondern müßte zwölfmal so groß sein. Er muß in dieser Beziehung etwas beschneiden. Ich möchte also den Vorwurf zurückweisen, als wolle man die Frauen beschneiden, nein, die Männer werden gerade so gut beschnitten! (Stürmische Heiterkeit.)

Schmalfeld-Stade: Ueber die Gründung eines Lokalblattes sollten nur die Genossen am Ort entscheiden, damit sollte die Partei als solche nicht belästigt werden. Es wird sich bald ein gewisses Gründungsfieber bemerkbar machen. Dem muß mit allen Mitteln entgegengetreten werden. Die Schwindel- und Unsittlichkeitsannoncen müssen unbedingt aus der Presse verschwinden; ich kann es auch nicht billigen, wenn ein Blatt die Verantwortlichkeit für solche Annoncen abzuschütteln sucht. Die Leser sagen sich einfach: die Geschäfte, welche in unserem Blatte annonciren, müssen gut sein; die Redakteure haben eine bessere Uebersicht als die Leser. Anders steht es mit den Annoncen, betreffend die Abzahlungsgeschäfte. Diese sind gewissermaßen ein Produkt unserer heutigen Verhältnisse, sie sind nicht aus der Welt zu schaffen. Es sollte aber von den Blättern darauf hingewiesen werden, daß die Käufer in ganz unverantwortlicher Weise von diesen Geschäften übervortheilt werden. Frau Steinbach steht mit ihrer Klage nicht allein da. Die Einsender solcher Lohnbewegungsberichte sollten sich möglichst kurz fassen. Bei der Gründung neuer Blätter sollte man recht vorsichtig sein, um nicht den bereits bestehenden Abbruch zu thun. Dies gilt besonders von Schleswig-Holstein und Mecklenburg.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Köster-Wanzleben: Unsittliche und marktschreierische Annoncen muß unsere Presse zurückweisen. Die Frage der Kontrollkommission hat bei uns in Magdeburg schon praktische Gestalt angenommen. Wir haben selbst eine Kontrolle ausgeübt, welche aus dem leidigen Streit entstand, ob das Recht der freien Meinungsäußerung durch die frühere Redaktion der „Magdeburger Volksstimme" in einer Weise ausgeübt wurde, welche dem Sinn und der Sprache eines Arbeiterorgans angemessen ist, oder in einer Weise, die dem Genossen Bebel das Recht gab, eine Beleidigung für die Parteileitung herauszulesen. Die Art der Kontrolle muß sich durchaus nach den lokalen Verhältnissen und Bedürfnissen richten, und deshalb ist man in Magdeburg mit der Kontrolle, wie sie Auer vorgeschlagen, nicht einverstanden. Es könnte darnach leicht vorkommen, daß die Haltung eines Blattes wie der „Volksstimme" als eine Verletzung der Prinzipien der Partei angesehen wird. Um nun zu verhüten, daß Vorkommnisse, wie bei der „Magdeburger Volksstimme", wiederkehren, möchte ich beantragen: der Parteitag erklärt, daß Streitigkeiten, bei denen es sich nur um eine ungeschickte Kampfesweise handelt, in den Spalten der Zeitung, nicht in Volksversammlungen ausgefochten werden müssen und daß nicht gleich die Kontrollkommission einschreitet und kurzer Hand einfach tabula rasa mit der ganzen Redaktion macht.

Zappay-Marburg beantragt:

Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß die Partei-

blätter nicht nur Anzeigen von Geheimmitteln u. s. w. zurückweisen, sondern auch von denjenigen Geschäften, welche den am Ort üblichen Arbeitslohn ihren Arbeitern resp. Arbeiterinnen nicht bezahlen.

Dieser Antrag findet nicht die genügende Unterstützung.

Gewehr-Elberfeld: Vorkommnisse wie bei der „Magdeburger Volksstimme“ und der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ sind nicht für die ganze Partei maßgebend. Ich bin gegen den Antrag Guben und für den Wunsch von Schulze, daß die Parteipresse Eigenthum der Partei am einzelnen Orte ist. Ueber die Aufnahme von Annoncen mögen die Redakteure selbst entscheiden.

Der Schluß der Diskussion wird beantragt und von Ohlig befürwortet. Es sei ja sicher, daß auch diesmal der Antrag des Referenten einstimmig angenommen werde. Man solle doch nicht muthwillig die Arbeit hinauszögern.

Frau Ihrer ist für Fortsetzung der Debatte und protestirt gegen den Ausdruck „muthwillig“.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Slomke-Bielefeld verlangt noch das Wort zur Begründung seines Antrages.

Vorsitzender Singer befragt die Versammlung, ob sie ausnahmsweise und abweichend von der Geschäftsordnung den Genossen noch hören will.

Die Versammlung entscheidet mit großer Mehrheit dagegen.

Slomke (zur Geschäftsordnung): Es ist doch wohl ganz selbstverständlich, daß man die Einbringer selbstständiger Anträge, die noch dazu eine Redezeit von 20 Minuten nach der Geschäftsordnung beanspruchen können, auch zum Worte kommen läßt.

Vorsitzender Singer: Es handelt sich nicht um einen selbstständigen Antrag, sondern um eine Resolution zu einem bereits vorliegenden Antrag. Der Gegenstand ist erledigt.

In einer dem Bureau überreichten „Erklärung der Delegirten des ehemaligen nördlichen Belagerungsgebietes“ Theiß, Lüttgens, Hillmer, Schwartz, Hogreve, Schweer, Heinrich und Dubber, wird dem Parteitage mitgetheilt, daß dieselben mit den Ausführungen von Gottschalk-Hamburg wegen der Inserate nicht einverstanden sind.

Zur Geschäftsordnung erklärt Bremer-Magdeburg, daß die Magdeburger Delegirten ohne gebundenes Mandat gewählt seien, nur mit dem Auftrage, sachgemäß Stellung zu nehmen; auch Schulze-Magdeburg hätte kein gebundenes Mandat.

Desgleichen erklärt Stengele-Hamburg zur Geschäftsordnung: Ich erkläre, daß ich der von Frau Steinbach angegriffene Redakteur des Hamburger „Echo“ bin. . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Singer (unterbrechend): Ich kann Ihnen dazu

das Wort nicht weiter verstatten. Frau Steinbach hat zwar das Blatt, aber nicht mit ihren Namen genannt.

Das Schlußwort erhält

Referent **Auer**: Ich werde mich auch beim Schlußwort möglichst kurz fassen. Ich fange wieder damit an, Sie zu bitten, möglichst von heute ab sich zu befleißigen, daß Sie die bereits gefaßten Beschlüsse nicht leere Worte sein lassen, sondern sie auch thatkräftig ausführen. Wenn wir bisher schon diesen Rath befolgt hätten, wären heute alle Reden über Annoncenwesen und dergleichen nicht mehr nothwendig gewesen. Ich werde Ihnen die betreffenden Parteibeschlüsse von früher vorlesen, daraus werden Sie ersehen, daß wir zu allen diesen Fragen schon längst Stellung genommen haben. Sind Mißstände vorhanden, so liegt das daran, daß die Parteigenossen die früheren Beschlüsse nicht ausgeführt haben. In St. Gallen wurde am 6. Oktober 1887 folgende Resolution von Bebel eingebracht: „Der Parteitag stellt an die Fraktion das Ersuchen, ihren moralischen Einfluß bei den Herausgebern und Eigenthümern von Arbeiterblättern und sonstigen auf die Arbeiterkreise berechneten Literaturerzeugnissen in Deutschland nachdrücklich dahin geltend zu machen, daß diese Art von Literatur ihrer Aufgabe, die Arbeiter aufzuklären, auch wirklich entspricht, was nicht immer der Fall ist. Insbesondere aber soll die Parteivertretung ihr Augenmerk auch darauf richten, daß der ausbeuterische und korrumpirende Charakter verschiedener dieser auf die Arbeiterkreise berechneten Unternehmungen (marktschreierische Anpreisung von zweifelhaften, literarischen Erzeugnissen, von Geheimmitteln und dergleichen, sowie die Veröffentlichung von Schmutz- und Schwindelannoncen u. s. w.) aufhort. Weigern sich die Herausgeber solcher Preßerzeugnisse, den im Interesse der Arbeiterklasse ausgesprochenen Wünschen der Reichstagsfraktion nachzukommen, so soll letztere öffentlich die Arbeiter vor dem Lesen oder Verbreiten solcher Literatur warnen."

Wenn wir den Beschluß gehalten hätten und darauf achten, ihn in Zukunft zu halten, dann ist alles das auf diesen Punkt bezügliche hier und früher schon Gesagte erledigt. Ich konstatire also nur, daß die Partei in dieser Beziehung bereits eine Marschroute hat.

Es ist nun auch der Vorschlag der „Verstaatlichung" der Parteipresse wieder aufgetaucht, und Einzelne sind mit der von mir vorgeschlagenen Resolution deshalb nicht einverstanden, weil dieser Gedanke darin nicht ausgesprochen ist. In der Diskussion ist aber schon darauf hingewiesen worden, daß es eine reine Unmöglichkeit ist, die gesammte Parteipresse als Parteieigenthum zu erklären. Das geht aus tausenderlei Gründen nicht an, liegt auch garnicht im Interesse der Presse selber. Die Folge davon wäre, daß der eigene Trieb derjenigen Blätter, die noch in etwas unsicherer Stellung sich befinden, sich herauszuhelfen, fortfallen würde, daß wir nur der

Partei als solcher eine Last von Defizits aufbürden würden, welche die Partei nicht tragen kann und soll. Blätter dagegen . . . .

(Hier erfährt die Verhandlung eine Unterbrechung. Ein Delegirter ist plötzlich ohnmächtig von seinem Sitz zu Boden geglitten und wird von den ihm zunächst sitzenden Genossen aus dem Sitzungssaal in einen Nebenraum getragen. In der Versammlung herrscht große Bewegung über den Vorfall. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt ist, fährt der Redner fort.)

Die gesammte Parteipresse zum Parteieigenthum in dem Sinne zu machen, daß sie der Gesammtpartei gehöre, wofür wir dann wieder ein eigenes Organ schaffen müßten, welches juristisch dieses Eigenthum übernehmen kann, das ist unmöglich durchzuführen. Es steht ja aber den Genossen an den einzelnen Orten garnichts im Wege, Einrichtungen dahin zu treffen, daß ihr Lokalorgan auch in Bezug auf das Eigenthumsrecht ihr Organ wird und nicht irgend einer Privatperson gehört. Dagegen spricht sich auch die Resolution in keiner Weise aus. Die Genossen können also in dieser Beziehung machen, was sie wollen; was wir nicht annehmen können, ist, daß die Gesammtpartei Eigenthümerin der gesammten Parteipresse sein soll. Was die Genossen wollen, ist wahrscheinlich auch nur das, daß ihnen das Recht eingeräumt werde, sich selbst zu Eigenthümern ihres Lokalorgans zu machen. Das mag gemacht werden, wo es sich irgendwie als zweckentsprechend erweist.

Ferner ist auch hier die Frauenbewegung wieder hereingezogen worden. Es ist eigentlich bedauerlich, daß die Frauen gar so viel zu klagen haben. Das liegt doch wohl nicht blos am mangelnden Entgegenkommen seitens der Parteigenossen, sondern vielleicht sind die Frauen auch in etwas pessimistischer Stimmung. Ihre Bewegung hat ja wirklich noch nicht die Ausbreitung, die wir alle ihr wünschen, und je kleiner die Bewegung ist, — das ist eine alte Erfahrung, die auch wir Männer seiner Zeit gemacht haben — je mehr sie noch in den Kinderschuhen steckt, desto mehr machen sich innere Zwistigkeiten, kleinliche Nörgeleien und ein gewisses Gefühl des Unbefriedigtseins geltend. Es ist das meine persönliche Meinung. Es scheint mir, daß auch die Leiterinnen der Frauenbewegung bei uns nach und nach dahin gekommen sind, daß sie über die Dinge, die sie selbst reformiren und bessern sollen, in Uneinigkeit gerathen und nun uns armen Männern die Schuld dafür geben, daß sie sich untereinander nicht vertragen können. Ich bin ja selbst verheirathet und hoffe, daß mir diese Aeußerung von den Frauen nicht nachgetragen werden wird. (Heiterkeit.) „Komödie des Plätterinnenstreiks," für eine solche in der Aufregung gethane Aeußerung eines einzelnen Blattes müssen Sie nicht die Gesammtheit verantwortlich machen; solchen Ausdruck können Sie ja mit der größten Leichtigkeit zurück-

geben, denn für diese einzelne „Komödie“ des Plätterinnenstreiks mache ich mich sofort anheischig, zwei, drei, vier gleiche „Komödien“, die die Männer in Szene gesetzt haben, anzuführen, da sind Sie reichlich entschädigt. Das müssen Sie nicht so genau nehmen. Wir wissen Alle, und das drückt auch unser Organisationsentwurf aus, wie wir voll und ganz bereit sind, die Gleichberechtigung der Frauenbewegung mit der unsrigen anzuerkennen. Liebknecht sagte, die Frauenbewegung ist eben mit die soziale Frage; wir gehören da zusammen und wollen uns nicht scheiden.

Der Genosse Schulze-Magdeburg hat gemeint, es empfehle sich, keine so schroffen Worte bei den Angriffen mehr zu gebrauchen, und Köster-Wanzleben hat gesagt, derartige Streitfragen sollten in den Parteiorganen, nicht in öffentlichen Versammlungen, ausgetragen werden. Ich spreche zunächst meine Genugthuung darüber aus, daß es Magdeburger Genossen sind, welche dem dortigen Organ nahestanden, die solchen Wünschen Ausdruck geben; ich hoffe, daß sie in alle Zukunft diesen ihren eigenen Rath befolgen werden und bedaure nur, daß sie ihn nicht schon vorher befolgt haben. Die Genossen selber waren es übrigens, welche Stellung zu ihrem Parteiblatt nahmen, sowohl in Dresden und in Magdeburg. Es hat wirklich keine Vergewaltigung stattgefunden. Daß in Magdeburg Bebel erschienen ist, kann doch nicht Wunder nehmen: hat er nicht das Recht der freien Meinungsäußerung, wie wir alle? Und in Dresden wohnte er ja sogar und konnte schon als bloßer Parteigenosse an der Versammlung theilnehmen, wie auch die Genossen am Orte das Recht hatten, seine Meinung, als die des Angegriffenen, zu hören. Gerade die dort erfolgte Beschlußfassung müssen Sie also respektiren. Ich wünsche nur, daß wir in alle Zukunft möglichst mit derartigen Vorkommnissen verschont bleiben. (Beifall.)

In persönlicher Bemerkung zum Schlußwort des Referenten weist Frau Steinbach den Ausdruck „Komödie“ nochmals entschieden zurück.

Die Resolution Auer wird darauf nochmals verlesen und gelangt sodann einstimmig zur Annahme.

Der Antrag der Gubener Genossen wird gegen eine kleine Minorität abgelehnt, der Antrag Slomke angenommen. Der Antrag der Hamburg-Altonaer Genossen wird, da die Einsetzung eines Schiedsgerichts beschlossen ist, zurückgezogen.

Vorsitzender Singer: Ich habe dem Parteitage eine tieftraurige Mittheilung zu machen. Der Genosse, der eben, wie wir glaubten, in Folge eines Unwohlseins vom Stuhle fiel, ist, wie leider feststeht, vom Schlage getroffen, gestorben. Wir haben wiederum einen Genossen verloren, der in treuester Pflichterfüllung für die Interessen der Partei gearbeitet hat. Der Delegirte Baumgarten für Hamburg III war einer der ältesten Genossen

Hamburgs; seit langem treu für unsere Sache eintretend, stand er in der Reihe derjenigen, die auch für ihre Person Maßregelungen um ihrer Ueberzeugung willen erlitten haben. Wir empfinden dieses plötzliche Hinscheiden um so schmerzlicher, als der Genosse hier durch seine Thätigkeit mit dazu beigetragen hat, daß die Einheit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie glänzender wie je sich manifestirt hat. Wenn es einen Trost für diesen plötzlichen Verlust giebt, so besteht er darin, daß der Genosse die Ueberzeugung in den Tod mitnehmen konnte, daß seine Partei, die Partei des Proletariats, für welche er bis zu seinem letzten Athemzuge gekämpft hat, den vollen, den ganzen Sieg erringen wird. Ich bitte Sie, das Andenken an den von uns geschiedenen Genossen durch Erheben von den Sitzen zu ehren.

(Die Versammelten erheben sich einmüthig von ihren Plätzen.)

Unter der Einwirkung dieses schmerzlichen Ereignisses halte ich es nicht für angemessen, in unseren Arbeiten fortzufahren. Ich bitte Sie, in Würdigung der Stimmung, in der wir uns alle befinden, die Sitzung jetzt abzubrechen und um 2 Uhr wieder aufzunehmen; die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 11½ Uhr.

Nachmittagssitzung.

Um 2¼ Uhr wird die Sitzung unter dem Vorsitz des Genossen Dietz wieder aufgenommen.

Vor der Tagesordnung verlangt das Wort

Singer: Ich habe bezüglich meiner vor dem Parteitag wegen der Notiz im hiesigen „General-Anzeiger" abgegebenen Erklärung von dem Chefredakteur Herrn Friedrich Baumann an meine Adresse folgende Mittheilung erhalten:

> Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Berathungen des sozialdemokratischen Parteitages stellten Sie im Namen des Parteitages die Behauptung des „General-Anzeiger":
>
> > Am verflossenen Dienstag Abend, während des Kommerses, hätten Führer der Partei mit den französischen Delegirten in einem hiesigen Hotel eine geheime Berathung gehabt,
>
> als eine verleumderische Lüge hin.
>
> Demgegenüber erkläre ich, daß ich selbst die französischen Delegirten, nachdem ich mit denselben eine halbe Stunde im Saale des Prinz Karl zugebracht hatte, in das bewußte Hotel geführt und dort während mehrerer Stunden in Gesellschaft dieser Herren, des Abgeordneten Liebknecht und anderer Parteimänner verweilt habe. Dieses Zusammensein fand in einem reservirten Zimmer der ersten Etage

des erwähnten Hotels statt. Ihre Persönlichkeit habe ich dortselbst nicht bemerkt. Angesichts des Charakters der geführten Unterhaltung, angesichts der Fragen, welche die französischen Herren an den Abgeordneten Herrn Liebknecht richteten, war ich vollauf berechtigt, diese Zusammenkunft, fern der Kommersfeier, in den wenigen Worten, die ich ihr gewidmet habe, mit dem übrigens unverfänglichen Ausdruck „geheime Berathung" zu bezeichnen. Die böswillige Absicht, welche Sie mir als Ergebniß Ihrer mißverständlichen Auffassung unterschieben, hat mir absolut fern gelegen. Deshalb erhebe ich energisch Einspruch gegen Ihre Anschuldigung und erwarte von Ihrem Gerechtigkeitsgefühl, daß Sie gegenwärtige Erklärung zur Richtigstellung an gleicher Stelle bekannt geben."

Ich stelle einfach diesem Schreiben den Wortlaut der Notiz aus dem „General-Anzeiger" gegenüber, wo es heißt: „Ein Genosse nahte sich ihnen und lud sie im Namen des Abgeordneten Liebknecht ein, zu ihm ins Centralhotel zu kommen. Hier saßen die meisten Führer, tranken Bier und pflegten geheime Berathung 2c." und überlasse es dem Urtheil des Parteitages und der Außenstehenden, ob ich ein Recht hatte, diese Behauptung als eine verleumderische Lüge hinzustellen, ein Ausspruch, den ich hiermit wiederhole. (Lebhafter Beifall.)

Darauf tritt der Parteitag in die ,

Spezialdiskussion über den Organisationsentwurf,

wie er nach den Beschlüssen der 25er Kommission gedruckt unter die Mitglieder zur Vertheilung gelangt ist. Dieselbe Kommission hat dem Parteitage eine Vorschlagsliste für die auf Grund der neuen Organisation vorzunehmenden Vorstandswahlen überreicht.

Berichterstatter Auer: Die Kommission, welche Sie vorgestern gewählt haben, hat gestern getagt und zwar den ganzen Tag, und das Resultat ihrer Arbeiten liegt Ihnen vor in dem Schriftstücke, überschrieben „Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands." Die Kommission hat mich mit der Berichterstattung beauftragt. Sowohl im Interesse unserer Verhandlungen, als auch angesichts der großen Einmüthigkeit, mit welcher die Kommission ihre Beschlüsse gefaßt hat, glaube ich, mich möglichst kurz fassen zu können; ich werde mich auf die allernothwendigsten Erläuterungen beschränken.

Zunächst haben wir in der Ueberschrift den Parteinamen geändert in „sozialdemokratische Partei Deutschlands". Darüber wird es einer weiteren Auseinandersetzung gar nicht bedürfen.

§ 1 lautet jetzt:

Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

Zweierlei ist hier besonders zu beachten.

Mit dem Worte „Person" (wie schon im Entwurf) wird ausgesprochen, daß Männer wie Frauen zur Partei gehören können. Als Kennzeichen ferner für die Zugehörigkeit zur Partei wollen wir das Bekenntniß „zu den Grundsätzen unseres Parteiprogrammes" betrachten, nicht engherzig „zum Parteiprogramm", so daß Jeder jeden Buchstaben anerkennen müßte, sondern in Berücksichtigung dessen, daß der Eine oder der Andere gegen diesen oder jenen speziellen Punkt seine Bedenken habe und eine kleine Abweichung irgend welcher Art gar keine Rolle spiele. Außerdem soll, wer zu uns gehören will, die Partei „nach Kräften unterstützen". Damit ist den Einwürfen gegen „dauernd materiell" Rechnung getragen. Die Unterstützung kann in den verschiedensten Formen geschehen: materiell, durch Agitation, durch theoretische, wissenschaftliche Arbeit; es ist absolut freier Spielraum gelassen. Ich bemerke noch, daß wir auch in Rücksicht auf die vereinsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland speziell zu dieser Form gekommen sind, diese Rücksicht war die ausschlaggebende.

§ 2.

Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen diese Entscheidung steht dem Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

Auch hier ist nicht mehr von einem groben Verstoß gegen den Buchstabensinn des Programms, sondern gegen die Grundsätze desselben die Rede; die Bestimmung aber, daß, wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat, nicht mehr zu uns gehört, haben wir beibehalten. Auch darüber brauche ich wohl kein Wort zu verlieren. Wir hielten dafür, daß es ehrlose Handlungen giebt, die Jedem gegenüber als ehrlos gelten, und daß da von bürgerlicher und sozialdemokratischer Moral gar nicht die Rede sein kann. In den Augen gewisser bürgerlicher Kreise gilt man ja schon als ehrlos, wenn man einmal das Unglück hatte, einer Majestätsbeleidigung verdächtigt zu werden; daß für uns derlei nicht als ehrlos gilt, ist selbstverständlich. Nach Absatz 2 des § 2 sollen über die Zugehörigkeit zur Partei die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Wahlkreise zu entscheiden haben. Der ganze Aufbau der Organisation, wie sie beschlossen ist, läßt gar nichts anderes zu. Nur den

Appell an die Parteileitung und an den Parteitag haben wir offen gehalten.

Bei dem ganzen Kapitel über die Vertrauensmänner will ich mich gar nicht aufhalten; die §§ 3 bis 5 des Entwurfs sind mit kleinen Abänderungen beibehalten worden. Mit Rücksicht auf die verschiedenartige Vereinsgesetzgebung, und weil wir Deutsche uns noch des Vorzugs erfreuen, ein Land innerhalb der Reichsgrenzen zu haben, welches in Bezug auf Konstitutions- und Verfassungslosigkeit mit Rußland und der Türkei konkurriren kann, nämlich Mecklenburg, ohne Vereins- und Versammlungsgesetz, endlich weil in Bayern der Wortlaut des Vereinsgesetzes nach der Interpretation mehrerer Gerichtsbeschlüsse es außerordentlich erschweren dürfte, den Bestimmungen in den §§ 3 bis 5 nachzukommen, haben wir einen neuen § 6 geschaffen, wonach dort den Genossen völlig freie Hand gelassen wird, die Organisation so einzurichten, wie sie ihnen durchführbar und zweckmäßig erscheint.

Die Bestimmungen über den Parteitag sind im Wesentlichen geblieben, wie sie waren. Viele dazu gestellte Anträge haben auf irrthümlichen Voraussetzungen beruht. Im jetzigen § 8 ist aber die Bestimmung, daß die Anträge für den Parteitag spätestens 14 Tage nach der Bekanntmachnng des Termins vorliegen müssen, als eine ganz unnütze Einschränkung gestrichen worden. Jetzt werden die Parteigenossen Anträge stellen können, soviel sie wollen, mit der einzigen Einschränkung, daß sie zehn Tage vor dem Termin bekannt sein müssen. Damit hat sich eine große Anzahl von Anträgen ohne Weiteres erledigt. Zu § 9 (Theilnahme am Parteitage) lagen besonders viele Anträge vor, welche auf eine andere Art der Vertretung und Zulassung zum Parteitage hinausliefen. Sie sind alle abgelehnt worden, weil wir uns über keinen anderen Modus verständigen konnten und es, wie sich herausstellte, ungemein schwer ist, in dieser Beziehung zu reglementiren. Wir haben schließlich beschlossen, zu sagen, daß „in der Regel“ kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf. Es bleibt danach dem Taktgefühl der Parteigenossen selber überlassen, ob sie glauben, einem späteren Parteitage zumuthen zu können, daß aus ihren Kreisen mehr als 3 Delegirte in maximo erscheinen. Daß es nur loyal und berechtigt sein kann, wenn die großen Wahlkreise mit sehr großer Wählerzahl mehr schicken wollen, dagegen wird auch Niemand etwas haben. Das Recht ist Ihnen jetzt zugesagt; den richtigen Gebrauch davon zu machen, ist Ihrem Taktgefühl und Ermessen überlassen. Auch § 10 (Aufgaben des Parteitages) ist geblieben. Desgleichen § 11 (Einberufung eines außerordentlichen Parteitages). Hier ist jedoch eine Bestimmung weggefallen, daß die Einberufung auch zu erfolgen habe auf Antrag von 10 000 Unterschriften von Parteigenossen. Der Fall, daß ein außerordentlicher

Parteitag erst aus der Partei heraus erzwungen werden muß, wird ungemein selten vorkommen; wir werden es wohl nie erleben. Diese Erwägung und die fernere, daß die Kontrolle der 10000 Unterschriften gar nicht möglich ist, und daß damit etwa eine für uns gefährliche Klippe in vereinsgesetzlicher Hinsicht von uns selbst geschaffen werden würde, hat uns veranlaßt, diese Bestimmung des Statuts einstimmig fallen zu lassen. Sie würde doch nur dekoratives Beiwerk gewesen sein und hätte möglicherweise einem findigen Staatsanwalt willkommenen Anlaß geboten, hier eine geheime Verbindung zu konstruiren.

Bei unseren Berathungen über die Parteileitung, dem springenden Punkt des Ganzen, wurde von vornherein von allen Seiten ausgesprochen, daß nicht darauf bestanden werde, irgend eine vorher ausgesprochene, geschriebene oder gedruckte Meinung aufrecht zu erhalten, sondern daß uns Alle in unseren Anträgen, in unserer Kritik, in Presse und Versammlungen nur das Bestreben geleitet habe, das Beste für die Partei herbeiführen zu helfen. So war denn von Anfang an die Möglichkeit einer Verständigung sehr leicht; es frug sich für uns alle nur: Wie wird der mit dem Statut verfolgte Zweck zu erreichen sein, ohne uns der Gefahr auszusetzen, die Organisation sofort wieder aus vereinsrechtlichen Gründen zu gefährden? Nachdem von allen Seiten die Erfahrungen zum Besten gegeben waren, nachdem auch die Vertreter der Fraktion sofort erklärt hatten, daß dieselbe auf der Uebertragung der Kontrolle durchaus nicht bestehe, sondern diesen Vorschlag eigentlich gegen den Willen der Mitglieder, nur dem Zwange folgend, gemacht habe, um damit nach ihrer Meinung eine Schutzwehr gegen die Auflösung der Partei zu errichten, haben wir uns nach längerer Debatte vollständig geeinigt. Der Vorschlag der Hamburger Genossen und theilweise der der Berliner, der nichts anderes ist, als eine gewisse, wenn auch nicht wörtliche Nachahmung der Organisationsbestimmungen, die sich die deutschfreisinnige Partei, auch dem Zwange folgend, gegeben hat, ist die Grundlage unserer Beschlüsse geworden. Der Antrag Theiß unterschied sich von dem Berliner nur in 2 Punkten; einmal setzte er die Zahl der Vorstandsmitglieder geringer an, als der der Berliner, und dann enthielt er die Einschränkung in der Auswahl der Personen nicht, welche sich im Berliner Antrage befand. Der Berliner Antrag wollte 20 Vorstandsmitglieder, von denen 10 der Fraktion angehören dürfen, dem Exekutivausschuß von 5 Personen sollten nur 2 Fraktionsmitglieder angehören können. Gegen diese Einschränkungen wurden aber ganz bestimmte Erklärungen abgegeben, und nach genügender Aussprache schließlich von keiner Seite mehr die Aufrechterhaltung derselben verlangt, und zwar sind wir alle aus rein praktischen Erwägungen zu der einstimmigen Anschauung gelangt, daß eine derartige Einschränkung nicht möglich ist. Bei der Besetzung der Vorstandsämter kommt nicht in Frage, ob einer der

Fraktion angehört, sondern ob er die Fähigkeit und die physische und materielle Möglichkeit hat, dem Vorstand anzugehören; die Abgeordnetenqualität ist hierfür vollständig irrelevant. Wir haben festgesetzt einen Vorstand aus 12 Personen, 2 Vorsitzende, 2 Schriftführer, 1 Kassirer, 7 Kontrolleure. Die Wahl erfolgt auf dem Parteitag mittelst Stimmzettel, und zwar so, daß der Parteitag auch gleich ausspricht, welchen Charakter er mit der einzelnen Wahl verbinden will. Die folgenden Bestimmungen dieses Abschnitts sind rein geschäftlicher Natur. Bemerken will ich noch, daß die Meinung dahin ging, daß die 5 Personen, welche die Verwaltung führen sollen, möglichst an einem Platz oder in einem verhältnißmäßig nicht zu großen Umkreis wohnen sollen, daß es dagegen bei den Kontrolleuren, welche die Geschäftsführung zu überwachen haben, weniger darauf ankommt, obwohl auch hier wünschenswerth ist, daß sie nicht allzu entfernt vom Sitze der Parteileitung ihren Wohnort haben.

Diese Parteileitung ist gewissermaßen der Kopf des Ganzen. In der Parteileitung ist der Mittelpunkt für die Verwaltung geschaffen; für die politische Leitung wird ja die Fraktion nachher immer noch ihren sehr bedeutenden und maßgebenden Einfluß haben, gleich wie auch die Parteipresse.

Mit dieser Zusammensetzung des Parteivorstandes aber glauben wir auch zugleich die nothwendige Kontrollinstanz geschaffen zu haben, wodurch eine Extrakontrollbehörde überflüssig wird. Die gewählte Form ist ja wieder auf die vereinsrechtlichen Verhältnisse zurückzuführen; wir waren in der Kommission einstimmig darin, daß, wenn wir uns überhaupt eine Organisation geben können, dies die einzig mögliche Form ist.

Wir haben zuletzt noch den Zusatz beschlossen:

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

Dieser Passus klingt etwas selbstherrlich, aber auch diese Vorschrift ist uns durch die Verhältnisse aufgezwungen. Wir haben ja Vermögen, das soll sich vermehren, es ist im Interesse der Partei sehr zu wünschen, daß wir gewisse Fonds haben. Nun können, trotz aller Vorsicht, trotz alles Bestrebens, dem Gesetze möglichst nachzukommen, — man sucht ja immer wieder uns von dem Boden des Gesetzes abzudrängen — wir dennoch nicht wissen, ob wir nicht wieder als Verein erklärt und geschlossen werden; die schließende Behörde möchte dann vielleicht kommen und verlangen, daß wir mit dem Gelde herausrücken, weil es beschlagnahmt werden müsse. Für diesen Fall — denn wir hätten kein Vergnügen daran, der Polizei das Geld auszuliefern (Heiterkeit) — glaubten wir uns sichern zu müssen. Ausliefern würden wir das Geld ja nicht, darüber täuscht sich auch die Polizei nicht; aber wenn wir diese Bestimmung

nicht haben, welche den Vorstand der Partei den Gerichten gegenüber deckt, so könnte nach früheren schlimmen Erfahrungen eine Behörde wieder von uns die Herausgabe verlangen, und im Falle der Weigerung, die Anklage wegen Unterschlagung erheben. Siehe den Prozeß in Mannheim; die Mannheimer sind verurtheilt worden, obwohl eine Unterschlagung im kriminellen Sinne nicht vorlag; aber die Richter sind zu der Ueberzeugung gekommen, weil die Metallarbeiter mit Rücksicht auf ihre Gewerkschaft unter der Aera des Sozialistengesetzes mit der Klarlegung des Thatbestandes nicht offen heraustreten konnten. Wird dies statutarisch so festgelegt, so wird die Leitung einfach bezügliche Beschlüsse fassen. Vielleicht werden wir das Vermögen bei der Bank von England niederlegen — wir sind ja zu allem fähig — und dann werden wir, wie man uns maßgebend juristisch belehrt hat, sagen können, das Geld ist da, aber in der Bank von England; wenn ihr wollt, geht hin und holt's euch! (Heiterkeit.) Ich theile das blos mit, damit nicht nach außen der Eindruck aufkommt, als wenn die Parteileitung, über die Köpfe der Genossen hinweg, mit den Geldern wirthschaften könnte, wie sie wollte. Die Leitung soll vor aller Welt abrechnen über Einnahmen und Ausgaben; aber die Gelder müssen so untergebracht werden, daß nicht irgend Jemand heran kann, für den es nicht gesammelt war. (Heiterkeit.)

Im § 14 wird festgesetzt, daß der Parteitag die Höhe der Besoldung für die Vorstandsmitglieder zu bestimmen hat. Wir folgen damit dem Wunsche zahlreicher Stimmen auf dem Parteitag; die Gründe aber, welche ich in meinem Referat dafür geltend gemacht hatte, daß wir nicht ursprünglich sofort so verfahren sind, wurden in der Kommission als vollkommen zutreffend anerkannt. Einen Ausweg haben wir gefunden in einer Resolution, in der ausgesprochen werden soll, daß bis zum nächsten Parteitag der neuen Parteileitung überlassen wird, die Gehälter festzusetzen, weil man nicht weiß, wie groß der Umfang der Arbeit sein wird, wer ganz und wer nur zeitweise beschäftigt sein wird. Nach dieser Resolution würde die Bestimmung des § 14 für dieses Mal noch nicht zur Ausführung gelangen.

Im § 15 ist die Kontrolle der prinzipiellen Haltung der Parteiorgane durch die Parteileitung beibehalten worden und zwar aus Gründen, die in der Kommission noch näher ausgeführt wurden und so durchschlagend waren, daß ein ganz entschiedener Gegner dieser Bestimmung in der Kommission die Erklärung abgab, daß er keine Ursache mehr habe, gegen diese Vorschrift zu stimmen.

Nach § 16 sollen die Vakanzen dadurch beseitigt werden, daß die Kontrolleure die Neuwahl vornehmen. Wir halten das für die glücklichste Lösung und hoffen außerdem, daß eine Vakanz nicht

eintreten wird, daß wir fünf so gesunde, kräftige, tüchtige Genossen in den Vorstand bekommen, daß sie alle den nächsten Parteitag noch erleben werden. Daß die Wahl aus dem gesammten Kreise der Parteigenossen erfolgen kann, versteht sich von selbst.

Die so organisirte Parteileitung, die zumal immer nur ein Jahr besteht, garantirt uns vollständig, daß Beschwerden über die Leitung oder die Fraktion schnell und sachgemäß zur Erledigung kommen werden; es ist kein Grund mehr vorhanden, eine besondere Kontrollbehörde einzusetzen, die uns lediglich der Gefahr der Auflösung preisgeben würde.

In Betreff des Parteiorgans sind die ursprünglichen Vorschläge vollständig beibehalten worden. Da waren sehr viele Wünsche, und wurden auch in der Kommission wieder laut; aber nach nochmaliger gründlicher Erörterung der Für und Wider haben wir uns von der Unmöglichkeit überzeugt, eine andere Lösung, als die vorgeschlagene, zur Zeit zu finden. Auf dem nächsten Parteitag kann auch diese Bestimmung geändert werden; für jetzt wäre dies nur unter Schädigung sehr wesentlicher Parteiinteressen möglich.

Nachdem wir so den ganzen Tag fleißig gearbeitet hatten, nachdem alle Meinungen — und in der Kommission saßen ja die Vertreter der schroffsten Gegensätze, wir waren thatsächlich ein Miniaturbild des Parteitages — nochmals aufs Energischste und mit den sachlichsten Gründen vertheidigt worden waren, nachdem der Abend gekommen war und unsere Arbeit beendet, da war das ebenso für Sie wie für uns in der Kommission erfreuliche Resultat, daß es keine Sieger und keine Besiegten gab, sondern daß wir das ehrliche und offene Geständniß ablegen konnten, daß wir alle nur nach bestem Wollen und Können auf die Wahrung des Parteiinteresses bedacht gewesen waren. Einstimmig haben wir alle 25 miteinander nicht blos den Entwurf angenommen, sondern uns auch verpflichtet, einstimmig hier im Plenum für denselben einzutreten und Sie im Parteiinteresse zu ersuchen, den Entwurf en bloc anzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Dietz: Es ist der Antrag eingelaufen, die Kommissionsbeschlüsse nicht zu diskutiren, sondern sofort en bloc anzunehmen. (Allseitige Zustimmung.)

Unter jubelndem Beifall wird, diesem Antrag entsprechend, ohne Diskussion der Entwurf nach den Kommissionsvorschlägen mit allen gegen 1 Stimme angenommen.

Auf Antrag Bebel's wird nunmehr zunächst über die Resolution, betreffend die Festsetzung der Gehälter berathen.

Bebel: Es sollen 5 Personen vorhanden sein, welche die eigentlichen Verwaltungsgeschäfte zu leiten haben. Nach unserer praktischen Erfahrung müssen unter diesen 5 mindestens 2 sein, die mit ihrer ganzen Arbeitskraft von früh bis spät sich zur Verfügung

stellen; in nicht mehr zu ferner Zeit schon werden 2 vielleicht nicht mehr ausreichen. Neben den beiden Schriftführern wird die meiste Arbeit der Kassirer haben; dann aber werden die 5 Mitglieder sehr häufig, und zwar auch während des Tages, nicht blos in den Abendstunden, zusammenkommen müssen und demnach erhebliche Zeitopfer zu bringen haben. Ohne Rücksicht darauf, wer gewählt wird, und ob ein Gewählter auf materielle Beihilfe verzichten kann, meinen wir doch, daß gewisse materielle Entschädigungen diesen Personen gezahlt werden müssen, unter allen Umständen denjenigen, welche mit ihrer ganzen Arbeitskraft herangezogen werden. Früher erhielten die Schriftführer je 150, der Kassirer 105, die beiden Vorsitzenden je 45 Mark. Diese Beträge werden gegenwärtig nicht mehr auslangen, namentlich wenn Berlin, welches größere Mittel erheischt, zum Sitz der Parteileitung gewählt wird, wie es höchst wahrscheinlich geschehen wird. In Anbetracht der Zeitopfer und der materiellen, in Bezug auf Repräsentation an die Mitglieder zu stellenden Anforderungen glauben wir annehmen zu dürfen, daß in maximo für die beiden Schriftführer monatlich je 250 Mark, für den Kassirer 150 Mark, die beiden Vorsitzenden je 50 Mark auszugeben sein wird. Ist der Eine oder der Andere später in der Lage, auf diese Zuschüsse zu verzichten, um so besser für die Partei; im Prinzip aber halte ich eine derartige Festsetzung für nothwendig. Ich schlage nun vor, von der Detailberathung abzusehen und statt dessen folgende Resolution zu beschließen:

> In Erwägung, daß im § 14 des Organisationsstatuts bestimmt ist, daß die Gehälter für die Parteileitung durch den Parteitag festgesetzt werden sollen; in Erwägung, daß noch nicht zu übersehen ist, wie groß die Arbeit der Parteileitung sein wird, also sich die Höhe der nothwendigen Gehälter nicht genau festsetzen läßt, beschließt der Parteitag, daß die Parteileitung ermächtigt ist, das Gehalt bis zum nächsten Parteitag selber festzusetzen mit der Einschränkung, daß das Gehalt der einzelnen Mitglieder, soweit sie überhaupt Gehalt empfangen, den Betrag von 250 Mark pro Monat nicht übersteigen darf.

Für die Kontrolleure ist eine bestimmte Entschädigung nicht vorgesehen; doch werden dieselben, wenn sie zusammentreten, sowohl Reisekosten und Auslagen ersetzt erhalten, wie auch entsprechende Diäten bekommen. (Allseitige Zustimmung und Rufe: Abstimmen!)

Ohne Debatte wird die Resolution einstimmig angenommen.

Hierauf wird nach § 10 des Statuts der Sitz der Parteileitung bestimmt.

Dazu liegen 2 Anträge vor: 1. von Elbing-Marienburg, den Sitz nach Danzig (Heiterkeit) zu verlegen, 2. zum Sitze Berlin zu wählen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Jochem-Danzig: Der Vertreter für Elbing-Marienburg hat mir den Danzig betreffenden Antrag zur Unterschrift vorgelegt. Ich sagte ihm, er solle doch so etwas nicht machen. Er hat ihn mir nochmals vorgelegt, ich habe meine Unterschrift wieder verweigert. Was ich befürchtet habe, ist eingetreten, es wurde über den Vorschlag gespottet, und da habe ich zu erklären, daß die Danziger Genossen und ich mit dem Antrage nichts zu thun haben.

Der Vorschlag, betreffend Danzig wird unter großer Heiterkeit einstimmig abgelehnt, Berlin dagegen einstimmig angenommen.

Auf Grund des § 10, Absatz 3 geht der Parteitag jetzt über zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vornahme der Wahlen auf Grund der angenommenen Organisation.

Von der 25er Kommission ist folgende Vorschlagsliste dem Parteitage unterbreitet worden:

Vorstand

A. Gerisch, Vorsitzender.
P. Singer, "
J. Auer, Schriftführer.
R. Fischer, "
Bebel, Kassirer.

Kontrolleure.

Behrend-Frankfurt a. O.
Dubber-Hamburg.
Ewald-Brandenburg.
Herbert-Stettin.
Jacobey-Berlin.
Kaden-Dresden.
G. Schulz-Berlin.

Hierzu bemerkt Kühn-Langenbielau: Als Mitglied der 25er-Kommission bin ich beauftragt, zu motiviren, wie die Kommission dazu gekommen ist, diesen Vorschlag sich zu erlauben. Nach Annahme des § 13 ergab sich ganz von selbst die Frage, ob sich nicht in diesem engeren Kreise eine Verständigung über die geeignetsten Personen finden ließe. Die Kommission war sich völlig bewußt, daß ihr Mandat nicht dahin ging; entschied sich aber einstimmig dafür, es dennoch zu thun. Als Gründe für dieses Vorgehen waren maßgebend zunächst die Rücksicht auf Zeitersparniß in Anbetracht der Geschäftslage; ferner bezüglich der Feststellung der Personenfrage selbst der Umstand, daß es wünschenswerth erschien, wenn die Kontrolleure nicht zu weit vom Sitze der Parteileitung entfernt

wohnen, um in dringenden Fällen möglichst an einem Tage zur Erledigung der betreffenden Angelegenheiten zusammenkommen zu können. Von diesem Gesichtspunkte aus sind die vorgeschlagenen Kontrolleure ausgewählt worden; der andere geltend gemachte Wunsch, daß möglichst jeder größere Einzelstaat oder jede Gegend Deutschlands in der Parteileitung berücksichtigt werden möchte, hatte demgegenüber zurückzutreten. Bei der Abwägung der Personenfrage ist natürlich in erster Linie die Qualifikation der einzelnen Vorgeschlagenen erwogen worden. Die Kommission bezweifelt gar nicht, daß es außerhalb ihrer Vorschläge noch andere, für die weitverzweigte, komplizirte Thätigkeit der Geschäftsleitung ebenso geeignete Personen giebt und will dem Recht des Parteitages nicht im Geringsten vorgreifen (Unruhe, Schlußrufe); sie erlaubt sich eben nur, Ihnen nach ihrer Ansicht geeignete Vorschläge zu machen. Der Name Liebknecht fehlt auf der Vorschlagsliste, weil wir der Ansicht waren, daß Liebknecht, als Chefredakteur des Parteiorgans, einmal keine Zeit für die Vorstandsthätigkeit übrig haben, dann aber doch so wie so der geistige Leiter bleiben würde.

Joest-Mainz: Ich habe einen Antrag mit fünf anderen Namen von Kontrolleuren eingereicht, der aber nicht verlesen worden ist. Im Umkreise von Berlin, über Dresden hinaus, befindet sich auf der Kommissionsliste kein einziger Genosse. Der ganze Süden und Westen Deutschlands soll unvertreten bleiben; das begreife ich nicht. (Gelächter.) Ich schlage Grillenberger, Geck-Offenburg und Müller-Darmstadt statt der beiden Berliner und des Frankfurter Genossen vor.

Geyer-Leipzig-Land: Ich finde Joest's Ansicht geradezu partikularistisch. Er spricht von Gerechtigkeitsgefühl; ist es gerecht, Anderen das Gerechtigkeitsgefühl abzusprechen?

Prinz-Frankfurt a. M.: Man sollte doch die Vorschläge der Süddeutschen nicht auslachen; die Süddeutschen haben dieselben Eigenschaften wie die Norddeutschen, mit Ausnahme einiger Berliner. (Oho!) Auch von Darmstadt und Nürnberg kann man in einer Tagereise nach Berlin kommen. Der Vorstand von vor 1878 war über ganz Deutschland verzweigt.

Pittak-Kiel-Rendsburg tritt für den Kommissionsvorschlag ein.

Behrend-Frankfurt a. O. erklärt, im Interesse der Süddeutschen zurücktreten zu wollen.

Frohme kann sich auch mit der Liste nicht ganz befreunden. Der Vorwurf des Partikularismus sei zurückzuweisen; bei dem großen Interesse, welches die Genossen allerorten in Deutschland der Geschäftsleitung entgegenbringen, sei der Hinweis der Süddeutschen auf die Nothwendigkeit, im Vorstand vertreten zu sein, selbstverständlich. Es würde einen höchst üblen Eindruck in Süddeutschland machen, wenn den Wünschen der dortigen Genossen nicht würde nachgegeben werden.

Sittig-Hannover: Meinen Mandatgebern würde es nicht angenehm sein, wenn der gesammte Vorstand aus Personen besteht, deren Wohnorte rings um Berlin liegen. Ich würde noch Meister-Hannover vorschlagen, der als Abgeordneter ohne Unkosten für die Parteikasse dabei sein könnte.

Meister-Hannover: Es ist mir recht peinlich, jetzt das Wort zu erhalten. Ich erkläre vorweg meinen Verzicht auf eine solche Wahl, bin aber ebenfalls mit dem Kommissionsvorschlag nicht einverstanden. Nicht etwa aus Animosität gegen Berlin, sondern weil mir der Gesichtskreis der Kommission sehr enge gewesen zu sein scheint. Für die Kommission hat nur Berlin und Umgegend existirt, das übrige Deutschland nicht. Die Motivirung des Referenten war wohl auch nicht ernst gemeint; die Kontrolleure sollen doch den Vorstand kontrolliren, nicht selbst die Geschäfte des Vorstandes ausführen; die Schlagfertigkeit, die dort im Interesse schleunigen Zusammentretens gewünscht wird, ist also gar nicht so sehr erforderlich. Die Kontrolleure sollten gerade im Interesse ihres Amtes etwas weiter vertheilt sein. Ich vermisse in der Liste auch ganz Rheinland und Westfalen.

Lüttgens-Hamburg: Die Kommission ist von der Erwägung ausgegangen, daß eine Eisenbahnfahrt von höchstens vier bis fünf Stunden ausreichen müsse, um an den Sitz der Parteileitung zu gelangen. In diesem Sinne ist der Kommissionsvorschlag durchaus der richtige. Wir dachten damit besonders praktisch zu verfahren. Hintergedanken haben wir absolut nicht gehabt. Zwei Genossen aus Berlin hielten wir der Schnelligkeit der Kontrolle halber für mindestens nöthig im Vorstande.

Theiß-Hamburg: Es müssen wenigstens zwei Beisitzer in Berlin sein, um Gegenstände von geringerer Bedeutung sofort erledigen zu können. Welche Personen das sein sollen, darüber werden wir bis morgen Nachmittag nicht einig werden. Die zwei Genossen sind vorgeschlagen, weil sie in persönlichen Angelegenheiten in Berlin die unparteiischste Anschauung haben. (Sehr richtig!) Die Wahl süddeutscher Genossen haben die Süddeutschen selbst als partikularistisch zurückgewiesen.

Kokosky-Braunschweig: Die beiden wichtigsten Aemter ruhen doch in süddeutschen Händen. Die beiden Schriftführer Auer und Fischer sind Bayern.

Vollmar-München: Ich bin so zu sagen auch ein Süddeutscher und habe als solcher in der Kommission den Gedanken bekämpft, einen Theil der Kontrolleure nach Süddeutschland zu setzen. Es ist viel praktischer, wenn die Leute nahe zusammen wohnen, welche diese Sachen machen. (Beifall.)

Lutz-Baden: Man will eine Mainlinie gewissermaßen zwischen

uns wieder aufrichten. (Oho!) Ich bitte also, auch Süddeutschland zu berücksichtigen.

Schmidt-Burgstädt schlägt vor, an Stelle von G. Schulz-Berlin Schulz-Magdeburg zu wählen.

Fritz Berndt-Berlin will statt G. Schulz Zubeil gewählt wissen, den die Berliner Delegirten mit 16 gegen 5 Stimmen zum Kontrolleur vorzuschlagen beschlossen hätten.

Behrend-Frankfurt a. O. will an seine Stelle Pfannkuch-Cassel treten lassen.

Es wird beschlossen, daß Vorschlagslisten vertheilt werden, welche nach Wunsch geändert werden können und als Stimmzettel gelten sollen. Diese Stimmzettel sollen von drei Genossen nach einer halben Stunde gesammelt werden.

Von einer Seite wird Auskunft gewünscht über die Person der Genossen Gerisch und Fischer.

G. Schulz-Berlin fragt die Berliner Genossen, ob er sich während seiner 22jährigen Thätigkeit in der Partei etwas habe zu schulden kommen lassen, was seine Nichtwahl rechtfertige.

Hiernach wird zur Beschlußfassung über den Ort des nächsten Parteitages geschritten. Maßgebend ist § 7 des Statuts:

> Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.
>
> Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so muß die Parteileitung mit der Reichstags-Vertretung hierüber sich verständigen.

Auf Antrag Gottschalk-Hamburg wird es dem Parteivorstande überlassen, den Ort des nächsten Parteitages zu bestimmen.

Damit sind, bis auf die Feststellung der Wahlen, die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung erledigt.

Es folgt der letzte Gegenstand der Tagesordnung:

Punkt 9:

Anträge aus der Mitte des Parteitages.

Das Bureau hat diese Anträge, in 4 Gruppen vertheilt, drucken lassen. Außerdem sind gestern einige 20 Anträge eingegangen, die nicht mehr gedruckt werden konnten, weil ihre Vertheilung erst kurz vor Schluß des Parteitages möglich ist. Sie sind übrigens, ihrem Inhalte nach, großentheils schon in den gedruckten Anträgen mit enthalten.

Der Vorsitzende schlägt vor, diese Anträge, sowie die Anträge in Gruppe III und IV (s. Anhang) dem Parteivorstande zur Erledigung resp. Berücksichtigung zu überweisen.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Es gelangen zunächst die Anträge der Gruppe III zur Verhandlung.

Der erste Antrag lautet:

Folgende Thatsachen setzen wir als bekannt voraus:

Die Arbeiter, Arbeiterinnen, jugendliche Arbeiter und Kinder, welche in der Landwirthschaft, Forstwirthschaft, Gärtnerei, beim Fuhrwesen, Binnenschifffahrt, Fischerei und zu persönlichen Dienstleistungen beschäftigt werden, stehen nicht unter der Reichsgewerbeordnung, sondern unter den Gesindeordnungen der Einzelstaaten.

Diese Gesindeordnungen sind ausnahmslos auf dem Grundsatz errichtet, daß Arbeiter Staatsbürger zweiter Klasse sind. So enthält die sächsische Gesindeordnung in ihren Motiven den Satz: „Dienstloses Gesinde bildet jedenfalls eine der besonderen polizeilichen Aufsicht bedürfende Menschenklasse.“ Diese polizeiliche Aufsicht schreibt besagte Gesindeordnung auch vor.

Die preußische Gesindeordnung vom Jahre 1810, die sächsische und die meisten anderen gestatten der Herrschaft und deren Stellvertretern, das Gesinde, also alle oben genannten Arbeiter, Arbeiterinnen u. s. w. körperlich zu züchtigen. Widerstand gegen derartige körperliche Züchtigung wird beim Arbeiterstand eventuell mit Gefängniß bestraft. Ebenso Ungehorsam gegen die Herrschaft u. s. w.

Wir beantragen daher:

Der Parteitag wolle beschließen:

Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, insbesondere der Reichstagsfraktion, dahin zu wirken, daß obengenannter Theil des Arbeiterstandes der deutschen Gewerbeordnung unterstellt und die Gesindeordnungen der Einzelstaaten aufgehoben werden.

Otto Jochem. Robert Greiner Aschersleben.
Gottfr. Baitz Kalbe a. S. August Trautmann Quedlinburg a. H.
Robert Dahlen Halberstadt. Albert Bartels Wernigerode.
August Noack Eilenburg. Ernst Titze-Minden.
Christian Schrader-Osnabrück. Wilh. Fehl-Burgsteinfurt i. W.
Alois Kretschmar Lüneburg. C. Weichelt-Pirna.
Herm. Herzog Leutersdorf b. Zittau. Carl Neu-Reichenbach i. V.
W. Hänsler-Mannheim. Th. Lutz-Baden-Baden.
J. Zarbock Bromberg. C. Bertram. Otto Böttcher. Emil Hähle.
Carl Schultz Königsberg. F. Geserick-Egeln. C. Beneke-Celle.

In derselben Richtung bewegt sich der zweite Antrag dieser Gruppe:

Der Pateitag fordert die Fraktion auf, in der nächsten Session des Reichstages einen Antrag einzubringen, der vom sozialreformatorischen Standpunkt aus die Arbeitsverhältnisse

a. der Land- und Forstarbeiter,
b. der heute unter die Bestimmungen der Gesindeordnung fallenden Personen,

regelt.

Halle a. S., den 14. Oktober 1890.
Auerbach-Berlin. Fr. Zubeil-Kalau-Luckau.
F. Trosiener-Grevesmühlen-Hagenow.

Greiner-Aschersleben als Mitantragsteller: Die ländlichen Arbeiter haben sich bei den Wahlen mit Recht darüber beschwert, daß wir nichts für die Beseitigung der drückenden Gesindeordnung gethan haben. In der Gesindeordnung steht, daß das Züchtigungsrecht nicht überschritten werden darf, und doch ist ein Brotherr freigesprochen worden vom Gericht, „weil er sich der Strafbarkeit seiner Handlung nicht bewußt" war. Die ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen müssen unter die Gewerbeordnung gestellt werden schon in Rücksicht auf Lohndifferenzen und auf die Kündigungsfrage.

Dahlen-Halberstadt: Bei den letzten Wahlen sind Knechte, die für uns gestimmt haben, sofort auf die Straße gesetzt worden. Das darf nicht so weiter gehen.

Riemann-Chemnitz beantragt, beide Anträge der sozialistischen Reichstags- resp. sächsischen Landtagsfraktion zu überweisen.

Geyer: Die Reichstagsfraktion kann keinen direkten Antrag auf Aufhebung der Gesindeordnung einbringen, weil diese Frage nicht vor den Reichstag gehört. Sie ist Sache der Landesgesetzgebung. Im sächsischen Landtage haben unsere Abgeordneten einen solchen Antrag gestellt, natürlich ohne Erfolg. Die Agitation darf deswegen nicht ruhen.

Trautmann-Quedlinburg: Der Protest gegen die Gesindeordnung wäre ein wirksames Agitationsmittel. Redner führt, unter lebhaften Entrüstungsrufen der Versammlung, einige drastische Fälle an, wo das Züchtigungsrecht überschritten worden, und trotzdem eine Freisprechung erfolgt ist.

Der Antrag Riemann wird angenommen.

Es werden nunmehr die Anträge Gruppe I zur Debatte gestellt.

Antrag 1 lautet:

In Erwägung, daß unter den Genossen vielfach die Ansicht vorherrscht, es seien manche der früheren Genossen im „Sozialdemokrat" ganz ungerechtfertigterweise in den Verdacht gebracht worden, der Polizei Dienste zu leisten, beschließt der Parteitag, eine aus 7 Genossen (Delegirten) bestehende Kommission zu wählen, welcher die Parteileitung das gegen die betreffende Person vor-

liegende Material zur Prüfung zu übergeben und die dann nach erfolgter Kenntnißnahme dem Parteitag kurz Bericht zu erstatten hätte.

Gustav Keßler. Werner. Wernicke. Jacobey. Berndt. Auerbach-Berlin. Zubeil. Trosiener. Schwarz. Jochem. J. Zwiener. Slomke. E. Ihrer. Wilh. Liesländer. Adolph Schultze. Friedr. Katurbe. Ed. Gutmann. H. Altermann. Fr. Schwabe. E. Ernst. W. Gieshoit. J. Wernau. H. Heine. Fr. Blohm. Fr. Gundelach. Louis Fichtmann. Heinrich. R. Bräuer.

Riemann beantragt, diesen Antrag der Neuner-Kommission zu überweisen.

Zubeil will den Antrag einfach der Parteileitung überwiesen wissen. Die übrigen Antragsteller würden hoffentlich damit einverstanden sein.

Singer: Parteigenossen! Ich bitte für die Behandlung dieses Antrages um Ihre ernste Aufmerksamkeit. Das Bureau hat mich beauftragt, über diesen Antrag, in Verbindung mit einigen, dem Parteitag zugegangenen Beschwerden, zu referiren. Das gesammte Bureau hat einstimmig beschlossen, dem Parteitag zu empfehlen, und ich beantrage es hiermit, den Antrag Keßler und Genossen abzulehnen. Es liegt dem Parteitage eine Zuschrift von Oskar Krohm, Medailleur in Berlin, vor, in der er den Parteitag anruft, seine durch eine Beschuldigung im „Sozialdemokrat" verloren gegangene politische Ehre wiederherzustellen. Herr Krohm ist im „Sozialdemokrat" als im Dienste der Polizei stehend angezeigt worden, und er hat das bestritten. Er hat den Redakteur der „Volkstribüne", den Genossen Schippel, welcher diese Mittheilung in sein Blatt aus dem „Sozialdemokrat" übernommen hatte, verklagt. Schippel ist verurtheilt worden, weil es ihm nicht möglich war, den Beweis der Wahrheit zu führen; das Berliner Polizeipräsidium hat die Erlaubniß zur Vernehmung derjenigen Beamten, auf deren Zeugniß Schippel sich berufen hatte, verweigert. Herr Krohm verlangt nun vom Parteitag unter der Mittheilung, daß die Beschuldigung eine falsche sei, Remedur und wünscht, daß die Sache untersucht werde. Aehnlich liegt der Fall mit dem Herrn Conrad von Breslau. Auch er wendet sich an den Parteitag als oberste Instanz, mit der Bitte, die Mittheilung, welche der „Sozialdemokrat" über ihn gebracht, deren Wahrheit er bestreitet, zu annulliren, resp. die Sache zu untersuchen. Dann liegt hier, veranlaßt durch den Antrag Keßler, der durch die Presse gegangen ist, ein Schreiben des Buchdruckereibesitzers Röwer aus Berlin vor, der in längerer Auseinandersetzung die auf ihn bezüglichen Mittheilungen des

„Sozialdemokrat“ bestreitet. Und zum Schluß ist ein Schreiben eingelaufen, gerichtet an unseren Genossen Liebknecht, von Herrn Maximilian Schlesinger in Breslau, der den Parteitag ersucht, falls der Antrag Keßler wegen Einsetzung einer Untersuchungskommission betreffend unbegründeter Verdächtigungen u. s. w. angenommen würde, auch seine Sache zu verhandeln. Nach meiner Auffassung — ich spreche in diesem Falle nur persönlich, weil dem Bureau diese Sache nicht vorgelegen, — hat der Parteitag mit Herrn Maximilian Schlesinger überhaupt nichts zu thun (hört, hört!) weil derselbe kein Parteigenosse ist. Was sodann den Antrag Keßler betrifft, so wird in der Partei gewiß nicht ein Mitglied existiren, welches es nicht auf das Allerlebhafteste bedauern würde, wenn mit der Bezeichnung „Polizeispitzel“ irgend Jemand Unrecht geschehen wäre. Das muß ausgesprochen werden gegenüber den Verdächtigungen, die gegen einzelne unserer Parteigenossen verbreitet sind, als ob es sich für sie darum gehandelt habe, aus Gründen privater Rache, aus Gründen persönlicher Natur zu einem Mittel zu greifen, welches allerdings die Ehre eines Mannes schwer schädigen und vernichten muß. Ich weise Namens der ganzen Partei, insbesondere aber auch Namens der bisherigen Parteileitung und Namens der Fraktion diese Verdächtigung auf das Entschiedenste zurück. Niemand in der Partei kann und darf solchen Vergehens beschuldigt werden. Denn wäre es wahr und könnte es bewiesen werden, daß Jemand aus Gründen persönlicher Natur mit der Ehre eines Parteigenossen so verfahren ist und denselben bewußt fälschlich als „Polizeiagent“ bezeichnet hat, so würde in der ganzen Partei Niemand sein, der nicht ein solches Verfahren als ehrlos und verwerflich erklären würde. Der Antrag Keßler und Genossen weist aber dem Parteitage eine Aufgabe zu, die zu erfüllen er nicht im Stande ist. (Sehr richtig!) Der Antrag verlangt vom Parteitage, er solle Mittel und Wege finden, Aufklärung zu schaffen über Dinge, die aufzuklären er nicht die Macht in Händen hat. Dieser Antrag muthet dem Parteitage zu, zu erforschen, wer die „eiserne Maske“ ist. Ich frage, ob hier in der Versammlung ein Mensch in der Lage ist, darüber Auskunft zu geben? Und nun, was soll mit diesem Antrag g.schehen? Keßler und Genossen verlangen: die Parteileitung solle das gegen die betreffenden Personen vorliegende Material einer Kommission zur Prüfung übergeben. Ja dazu müßte die Parteileitung doch erst „Material“ haben. Haben die Antragsteller den geringsten Grund zu der Annahme, die Parteileitung sei im Besitze solchen „Materials?“ Sollen wir, die bisherige Parteileitung oder der frühere Vorstand, durch diesen Antrag veranlaßt werden, eine Anfrage an unsere Freunde in Zürich und London zu richten, von denen die betreffenden Mittheilungen gekommen sind? Und wie dann, wenn dieselben sagen — was sie als Ehrenmänner müssen —

bei aller Freundschaft zu Euch, wir sind nicht in der Lage, Euch Material zur Prüfung zu liefern, wir sind nicht gewillt, diejenigen, von denen wir die Mittheilungen haben, zu nennen. Dann steht die Parteileitung vor der Unmöglichkeit, den Beschluß des Parteitages auszuführen. Aber nicht nur dieser formelle Grund veranlaßt mich, Sie zu bitten, den Antrag abzulehnen. Wohl kann ich mit den Antragstellern auf das lebhafteste bedauern, wenn wirklich ungerechtfertigte Beschuldigungen in dieser Beziehung erhoben worden sein sollten, jedoch weit über dem Interesse des Einzelnen, steht das Interesse der Partei, und diese hat weder die Möglichkeit, noch Ursache sich in diese Angelegenheit hineinzumischen. Die Partei hat allen Grund, dem unter dem Namen „eiserne Maske" existirenden Unbekannten dankbar zu sein dafür, daß es möglich gewesen ist, die Enthüllungen über Schröder-Haupt, Ehrenberg u. s. w. zu machen. Wir müssen uns doch sagen, daß, nachdem die Wahrheit dieser schwerwiegenden Behauptungen auf das glänzendste nachgewiesen ist, gewiß kein Grund vorliegt, Mißtrauen gegen weitere Mittheilungen aus derselben Quelle zu hegen. Immer zugegeben, daß für den Fall wirklich Jemand Unrecht geschehen ist, dies sehr bedauerlich wäre, glaube ich doch, daß die sozialdemokratische Partei keine Ursache hat, Fragen zu stellen, an deren Beantwortung ein Interesse einzig und allein die Polizei hat. (Sehr richtig!) Vergegenwärtigen Sie sich einen Augenblick die Situation; Machtmittel, Aufklärung zu erzwingen, haben wir nicht; die wichtigsten und weittragendsten von den Mittheilungen, welche durch den „Sozialdemokrat" gekommen, sind auf ihre Richtigkeit geprüft und für zutreffend befunden worden; daß unter dem Sozialistengesetz das Spitzelthum gezüchtet worden, ist weltbekannt. In Berücksichtigung aller dieser Umstände werden Sie mit mir zu der Ueberzeugung kommen, daß es das Interesse der Partei gebieterisch verlangt, den Antrag abzulehnen, und unter der zwingenden Wucht der Verhältnisse über die „eiserne Maske" nicht weiter verhandeln. — Ich habe mich bemüht, diese Angelegenheit durchaus in den Grenzen sachlicher Diskussion zu halten, und ich bin überzeugt, daß der Parteitag die Frage mit dem Ernste, welchen sie gewiß verdient, diskutiren, sich aber auch bewußt bleiben wird, daß hierbei ein höheres Interesse, das der Gesammt-Partei, zur Geltung gebracht werden muß. Namens des Bureaus, welches diesen Beschluß einstimmig gefaßt hat, beantrage ich, der Parteitag wolle den Antrag Keßler und Genossen ablehnen und durch die Ablehnung dieses Antrages die eingegangenen Beschwerden von Krohm, Konrad und Röwer für erledigt erachten, sowie erklären, daß er mit Schlesinger in Breslau überhaupt nichts zu thun hat. (Lebhafte, allseitige Zustimmung.)

Heisig-Breslau: Ich erkläre auf Ehrenwort, daß Conrad

im Geheimbundsprozeß einen Genossen bloßgestellt hat. Er hat —

Vorsitzender Dietz: Ich kann Angriffe auf Conrad und andere in die Sache Verwickelte nicht gestatten. Es ist keiner von den Betreffenden da, sich zu vertheidigen.

Wernau-Berlin erklärt, daß sein Name ohne sein Zuthun unter den Antrag Keßler gekommen ist. Er empfiehlt ev. Uebergang zur Tagesordnung.

Keßler (zur Geschäftsordnung): Der Antrag ist mir zur Unterschrift vorgelegt worden und ich habe ihn unterstützt, weil ich es für zulässig hielt, daß man über diesen Antrag spreche. Ich bin der Antragsteller nicht.

Der Antrag Singer wird mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Damit sind die übrigen Anträge beseitigt.

Antrag 2 lautet:

„Der Parteitag wolle beschließen: Die verbündeten Regierungen aufzufordern, um die durch das verurtheilte Ausnahmegesetz angerichteten Schäden einigermaßen gut zu machen, das auf Grund der willkürlichen Bestimmungen dieses Gesetzes weggenommene Eigenthum von Körperschaften und Personen wieder herauszugeben.

Vollmar. Schmid. Göschl. Götzenberger. Birk.

Wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Resolution unter 3:

„In Erwägung, daß durch die Aufhebung des Ausnahmegesetzes gegen die sogenannten gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 78 eine Reihe von staatsbürgerlichen Rechte ausgeübt werden kann, ohne von Strafe bedroht zu sein;

in fernerer Erwägung, daß auf Grund desselben Gesetzes eine große Zahl von Bestrafungen von Rechtswegen erfolgt sind, welche von den Betroffenen zur Zeit verbüßt werden; daß weiter die Bestimmungen des zitirten Gesetzes die grundlegende Tendenz vieler Bestrafungen auf Grund der §§ 128 und 129 des R.-St.-Gesetzbuches bilden, deren Verbüßung zum Theil zur Zeit noch nicht erfolgt, erklärt der Kongreß der deutschen Sozialdemokratie zu Halle, indem er den Opfern des Sozialisten-Gesetzes seine Sympathie und seinen Dank für ihr mannhaftes Eintreten für ihre Ueberzeugung und die Emanzipation der Proletarier aus politischer und ökonomischer Knechtschaft ausspricht — daß es mit den Aufgaben eines Rechtsstaates nicht vereinbar und daher Pflicht desselben ist, die Aufhebung bezüglicher Strafvollstreckungen auszusprechen, und beauftragt der

Kongreß das Bureau, diese Resolution der Staatsregierung zu übermitteln.

M. Lücke-Köln. Ernst Moritz-Köln. Franz Werner-Köln.
Jos. Keusenheuer-Mühlheim a. R. H. Hager-Mühlheim a. R.
Heinr. Altermann-Nossen. Otto Klein-Berlin.
Ernst Wilschke-Berlin. Janiszewski-Berlin
R. Salomon-Oberbarnim. H. Schibolsky.
Adolf Hofmeister-Köln Landkr. Hugo Woldersky-Köln Landkr.
Lorenz Kurth. Carl Riemann 9. sächs. Kreis.
Carl Porges 21. sächs. Kreis. Adolph Albrecht-Halle a. S.
Otto Schmidt-Querfurt. Ad. Hoffmann-Merseburg.
H. Hirt-Niederbarnim. A. Plasse-Niederbarnim.
Ernst Hahn-Gera. H. Müller.

Lücke-Köln: Unsere Resolution verlangt nicht gerade Amnestie von der Staatsregierung, sondern sie verurtheilt die Bestrafungen und die fernere Inhafthaltung der Genossen, welche unter dem Sozialistengesetz verurtheilt wurden.

Bebel: Ich bitte diesem Antrage nicht zuzustimmen. Bei aller Vorsicht der Fassung, um den Schein zu vermeiden, als wenn wir unsererseits für unsere Genossen eine Amnestie beantragen wollten, kann die Sache doch auf keinem anderen Wege, als auf dem der Amnestie erledigt werden. Die Erledigung dieses Antrages ist auf gesetzlichem Wege überhaupt nicht möglich. Wir sollen z. B. hier in Bezug auf die §§ 128 und 129 einen Vorschlag annehmen, der schon deshalb unannehmbar ist, weil beide Paragraphen dem gemeinen Recht angehören, das durch den Fall des Sozialistengesetzes garnicht berührt wird. Die Geheimbundsprozesse sind mit dem Fall des Sozialistengesetzes nicht unmöglich geworden. Polizei und Staatsanwälte können jeden Augenblick neue Geheimbundsprozesse insceniren, sobald ihnen „Thaten" bekannt würden, die unter dem Sozialistengesetz als Geheimbündelei sich qualifiziren ließen. Er warne nachdrücklich sich irgend welcher Täuschung hinzugeben und zu glauben, mit den Geheimbundsprozessen sei es vorbei. Vergehen gegen die §§ 128 und 129 verjähren erst nach 5 Jahren nach begangener That, wenn nicht mittlerweile diese Frist durch eine gerichtliche Untersuchungshandlung unterbrochen worden ist. Die Staatsanwaltschaft kann also auf Grund von Thatsachen, welche sich als Geheimbündler qualifiziren, innerhalb dieser Frist jeden Augenblick einen Geheimbundsprozeß anstrengen (hört! hört!). Außerdem wäre es eine Inkonsequenz, nur die Vergehen auf Grund der §§ 128 und 129 herauszugreifen, dagegen die Verurtheilungen wegen Majestätsbeleidigung, Hochverrath, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Aufruhr 2c. zu übergehen. Ferner: Sie schlagen vor, sich an die Staatsregierung zu wenden, an welche? Wir haben in Deutschland 23 Staatsregierungen. Stände die Reichsregierung,

dann könnte die preußische Regierung als Reichsbehörde in Frage kommen; aber nach der bestehenden Gesetzgebung kann eine gerichtlich erfolgte Verurtheilung nur auf dem Wege der Amnestie aufgehoben werden, und die Amnestie kann nur im Einzelstaat erlassen werden. Eine Amnestie wollen wir aber nicht, und auch Diejenigen nicht, die heute im Gefängniß sitzen. Haben Hunderte und Tausende unter dem Sozialistengesetz ihre Strafen bis zum Ende abgebüßt, so mögen es auch Diejenigen thun, die heute noch im Kerker sitzen. (Bravo!)

Die Resolution wird abgelehnt.

Antrag 4 lautet:

> Unterzeichnete stellen den Antrag, die Fraktion möge im Reichstag den Antrag stellen auf Aufhebung aller französischen Gesetze in Elsaß-Lothringen.
>
> B. Böhle-Straßburg i. Els. Jacob Haug-Mülhausen i. Els.

Böhle weist auf die Nothwendigkeit hin, die Rechtsungleichheit in Elsaß-Lothringen zu beseitigen.

Bebel: So sehr ich die Tendenz des Antrages als berechtigt anerkenne, so muß ich mich doch gegen denselben erklären, weil die Antragsteller so zu sagen das Kind mit dem Bade ausschütten. Es wird verlangt die Aufhebung aller französischen Gesetze. Bekanntlich ist aber die Civilgesetzgebung in Elsaß-Lothringen, die auf die Gesetze der großen Revolution aufgebaut ist, der deutschen weit vorzuziehen. Hätten die Antragsteller ganz bestimmte Gesetze bezeichnet, dann ließe sich über den Antrag reden. So müssen selbstverständlich der Diktaturparagraph für Elsaß-Lothringen und die Preßgesetze und die Gesetze über das Vereins- und Versammlungswesen aufgehoben werden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 5 lautet:

> Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion zu beauftragen, ein Vereins- und Versammlungsgesetz auszuarbeiten und im Reichstage einzubringen, welches unter vollständiger Wahrung der Vereins- und Versammlungsfreiheit dem unhaltbaren Zustande der betreffenden Landesgesetze ein Ende macht. G. Fell-Leipzig.

Der Antragsteller betont die Nothwendigkeit eines Vereins- und Versammlygsgesetzes, nach welchem alle Einschränkungen, außer der Anmeldung der Vereine und Versammlungen, wegfallen. So habe z. B. in den Versammlungen kein überwachender Polizeibeamter zu erscheinen u. s. w. In Sachsen sei schon die Agitation zu Gunsten eines besseren Gesetzes im Gange.

Vorsitzender Dietz: Ich habe Ihnen mitzutheilen, daß unser verstorbener Kollege, der Delegirte Baumgarten aus Hamburg, jetzt in den Sarg gebettet ist und von hier nach dem Bahnhof geleitet werden soll. Das Bureau drückt den Wunsch aus, daß die Mitglieder des Parteitages dem Verstorbenen das Geleit bis zum Bahnhof geben. Ferner stellt das Bureau den Antrag, daß die

Parteikasse die Kosten der Beerdigung zu übernehmen hat. Dagegen erfolgt kein Widerspruch. Ich schließe die Sitzung.

Schluß 5½ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Sonnabend, den 18. Oktober 1890.

Schlußsitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung um 9¼ Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort

Stengele-Hamburg: Parteigenossen! Im Namen der Delegirten aus dem ehemaligen Hamburger Belagerungsgebiet spreche ich Ihnen unseren wärmsten Dank aus für die erhebende Art und Weise, wie Sie unserem theuren, unvergeßlichen Todten die letzte Ehre erwiesen haben. Ich danke insbesondere den Genossen von Halle dafür, daß sie uns bei dem Trauerfall mit Rath und That zur Seite gestanden haben. Wenn etwas den Schmerz der Familie lindern kann, so ist es das Bewußtsein, daß dem Heimgegangenen noch im Tode der Dank abgestattet wurde für sein treues, unverdrossenes Wirken. Wir wollen den Todten dadurch ehren, daß wir, seine Kampfesgenossen, fortarbeiten, wie er es bis zum letzten Athemzuge gethan hat, und daß wir die Fahne der Sozialdemokratie hoch halten! (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender Singer: Es sind folgende Zuschriften eingegangen:

Eine Anzahl Berliner Genossen erhebt Protest gegen das Auftreten des Genossen Berndt auf dem Parteitag.

Berliner Genossen protestiren dagegen, daß Werner sich hier als Vertreter der Berliner Genossen bezeichnen konnte. Herr Tolinski von Berlin bittet den Parteitag, eine Beschwerde, die er gegen das „Volksblatt" hat, zu untersuchen, und beantragt die Einsetzung eines Schiedsgerichts.

Ein Schreiben aus Hamburg, in welchem Beschwerde gegen die Redaktion des „Echo" erhoben wird, kommt zu demselben Resultat.

Ich beantrage Namens des Bureaus, diese Schriftstücke dem Parteivorstande zur Erledigung zu überweisen. Der Parteitag ist damit einverstanden.

In einer Zuschrift aus Berlin wird energisch Protest erhoben gegen die Bezeichnung, welche Ehrhart in Bezug auf die Berliner Genossen gebraucht; der damalige Vorsitzende hat den Ausdruck gerügt und Ehrhart hat ihn zurückgenommen. Damit ist die Sache erledigt.

Ein Herr Eduard Isert-Berlin wünscht dagegen Schutz, daß er, wie es nach seiner Ansicht mehrere Genossen thun, als Agent der Polizei betrachtet werde. Dieser Brief an den Parteitag ist nach den gestrigen Beschlüssen als erledigt zu betrachten. Damit ist der Parteitag einverstanden.

Seitens der sämmtlichen Berliner Delegirten auf unserem Parteitag ist folgende Erklärung eingegangen mit der Bitte, sie zu verlesen und dem Protokoll einzuverleiben:

In Erwägung, daß durch die auswärtige und hiesige gegnerische Presse die Behauptung ging, daß die Berliner Parteigenossen im prinzipiellen Gegensatz zur Partei und Parteileitung stehen und einer Spaltung der Partei zustreben, erklären die Vertreter von Berlin, Teltow-Beeskow-Storkow und Nieder-Barnim:

Es liegt uns nichts ferner, noch haben wir jemals auch nur im entferntesten die Absicht gehabt, derartiges zu unternehmen. Wir werden alle dahingehenden Versuche mit Entschiedenheit zurückweisen. Wir stehen nach wie vor auf dem Boden unserer Parteigrundsätze.

Alle diese Verdächtigungen beruhen vielmehr nur auf falschen, die Partei schädigenden Unterstellungen, benutzt von der gegnerischen Presse, um ihre schon oft bemerkten, unehrlichen Absichten gegenüber unserer Partei zu bethätigen.

Wir wahren uns aber auch das Recht der freien Kritik, und wünschen im Interesse unserer Partei, daß alle persönliche Gereiztheit in der Presse und in Versammlungen wie bei jedem Einzelnen verschwinden möge.

Wir werden mit allen Kräften weiterarbeiten an der Einheit, Entwickelung und dem Aufbau der Partei. (Bravo!)

Berlin I.: Täterow, Th. Metzner. Berlin II.: Otto Klein, Janiszewski, Wilschke. Berlin III.: Fritz, Gründel, Barth. Berlin IV.: Robert Schmidt, Johann Petersen, Franz Berndt, Adolph Scholtz. Berlin V.: Berndt, Auerbach, Jacobick. Berlin VI.: Jul. Wernau, W. Gieshoit, Franz Schwabe, E. Ernst. Niederbarnim: A. Plasse, H. Hirsch, H. Schibolsky. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: H. Wernicke-Charlottenburg, W. Schütze, Werner.

Die gestern vorgenommene Wahl der Parteileitung hat folgendes Resultat gehabt: Es wurden 368 Stimmen abgegeben, die sämmtlich als giltig zu erachten sind. Es wurden gewählt zu Vorsitzenden: Singer mit 368, Gerisch mit 357 Stimmen; zu Schriftführern: Auer mit 368 Stimmen, Fischer mit 364 Stimmen; zum Kassirer: Bebel mit 367 Stimmen; zu Kontrolleuren: Dubber-Hamburg mit 359, Herbert-Stettin mit 339, Ewald-Brandenburg mit 336, Kaden-Dresden mit 326, Jacobey-Berlin mit 294, G. Schulz-Berlin mit 168, Behrend-Frankfurt a. O. mit 159 Stimmen. Auf Pfannkuch-Kassel fielen 121, auf Zubeil-Berlin 126, auf Grillenberger 52, auf Müller-Darmstadt 44, auf Geck-Offenburg 38 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren zersplittert.

Demnach ist die Parteileitung gewählt und die Partei dadurch definitiv konstituirt. (Bravo!)

Ich glaube Namens aller Gewählten mit dem Dank für die Wahl die Versicherung verbinden zu können, daß wir uns der Wahl würdig zeigen werden, durch treue, aufrichtige Pflichterfüllung. (Bravo!)

Grillenberger: Die an Einstimmigkeit grenzende Wahl des eigentlichen Parteivorstandes beweist in glänzender Weise die Disziplin und Einigkeit der Partei. Daß eine andere Zusammensetzung des Parteivorstandes stattfinden mußte, als es bisher unter dem Ausnahmegesetz der Fall war, ist selbstverständlich. Es konnte beispielsweise unser Freund Meister nicht mehr in den Parteivorstand gewählt werden, und es war selbstverständlich, daß auch die Uebrigen darauf verzichten mußten, da eben die Gewählten ihren Sitz in Berlin haben müssen. Es ist aber von einigen Parteigenossen darauf hingewiesen worden, daß man es nicht für richtig halte, ein Mitglied des früheren Parteivorstandes, das seinen Sitz in Berlin hat, nicht in den Parteivorstand mit hineinzuwählen, nämlich unseren altbewährten Genossen und Freund Liebknecht. Darauf ist zu erwidern: Es ist von jeher Gebrauch gewesen, daß der Redakteur des offiziellen Parteiorgans nicht zu gleicher Zeit Mitglied des Parteivorstandes sein kann; dies war unter der alten Organisation sogar statutarisch verboten. Von diesem Grundsatz ausgehend, ist davon abgesehen worden, Liebknecht mit in Vorschlag zu bringen. Es ist aber doch ein kleiner Lapsus insofern untergelaufen, als man es unterlassen hat, die Wahl des Chefredakteurs des offiziellen Parteiorgans dem Parteitage zu übertragen. Liebknecht gehört zwar seit dem 1. Oktober der Redaktion des nunmehr zum leitenden Parteiorgan in Deutschland ernannten Blattes an, aber ich meine, es ist Pflicht des Parteitages, diese Wahl zum Chefredakteur des offiziellen Organs auch offiziell zu sanktioniren. Es gehört sich, daß dieser Chefredakteur dem Parteivorstande in allen Dingen koordinirt ist. Der Parteivorstand hat eine gewisse Aufsicht über das Blatt zu üben, aber der Chefredakteur des Centralblattes muß in allen Dingen Aufschluß haben über das, was in der Partei vorgeht. Er muß in ununterbrochenem Kontakt mit dem Parteivorstande sein, und deshalb ist es selbstverständlich, daß dieser Redakteur ebenso als Parteibeamter betrachtet wird, wie die Mitglieder des Vorstandes, daß er an allen Sitzungen derselben theilzunehmen und berathende Stimme hat. Er kann nicht als Bediensteter des Parteivorstandes betrachtet werden. Auch aus einem Akt des Vertrauens und der Dankbarkeit für unseren altbewährten Parteigenossen Liebknecht, der seit mehr als 40 Jahren für unsere Prinzipien kämpft und auch auf diesem Parteitage bewiesen hat, wie nahezu unersetzlich er für uns ist, beantrage ich, der Parteitag wolle beschließen: Liebknecht wird als Chefredakteur des offiziellen Parteiorgans bestätigt und ist als solcher gleichberechtigt mit dem Parteivorstande. (Bravo!)

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender Singer: Der Parteitag hat mit diesem Beschluß eine offizielle Stellung mehr geschaffen, und ich kann der Partei zu diesem Beschluß nur Glück wünschen.

Es ist abermals eine Reihe von Begrüßungstelegrammen eingegangen.

Von Frau Ihrer-Berlin liegt folgendes Schreiben vor:

> Um Mißverständnissen vorzubeugen, erkläre ich, daß ich die Antragstellerin des sogenannten Antrages Keßler (Eiserne Maske betreffend) bin, und zwar in Rücksicht darauf, daß mir der Fall Rohmann nicht aufgeklärt erscheint.

Ferner wird folgende „Erklärung" zur Kenntniß des Parteitages gebracht:

> Als Delegirte des Wahlkreises Lennep-Remscheid-Mettmann geben Unterzeichnete die Erklärung ab, daß die vom Delegirten Lenz gethane Aeußerung bezüglich der Berliner und Hamburger Streiks von unseren Mandatgebern nicht getheilt wird.
>
> Carl Meist. Max König.

Hierauf wird in der Tagesordnung fortgefahren und die gestern abgebrochene Diskussion über Antrag 5 sub I fortgesetzt.

Aßmann-Braunschweig und Kerrl-Bremen weisen auf die Verschiedenartigkeit der Vereinsgesetzgebung in den einzelnen Staaten und auf die agitatorische Wirkung hin, welche eine Behandlung dieser Materie haben würde, die reichsgesetzlich geregelt werden müsse.

Blos: Wir schneiden hier eine sehr gefährliche Materie an. Ich glaube, daß die von anderer Seite gewünschte reichsgesetzliche Regelung sich bald in Wirklichkeit übersetzen wird. Unsere Fraktion wird dann gerade genug zu thun haben, um die Angriffe auf die Vereins- und Versammlungsfreiheit abzuwehren. (Sehr richtig!) Wir wollen dann froh sein, wenn wir mit einem blauen Auge davonkommen. Es ist nicht blos von konservativer, sondern auch von freisinniger Seite bereits die Ansicht ausgesprochen worden, daß man bei einer Neuregelung dieser Gesetzgebung einfach die Grundsätze des preußischen Vereinrechts auf das ganze Reich zu übertragen gedenke. Sogar Munckel hat dieser Anschauung zugestimmt. Wir werden dagegen auf's schärfste opponiren. Wenn wir aber diese Frage selbst anregen, so könnte uns von der öffentlichen Meinung die Verantwortung für die neue Beschneidung des Koalitionsrechtes aufgebürdet werden, und davor sollten wir uns in Acht nehmen. (Sehr wahr!)

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag abgelehnt.

Es wird beantragt, die übrigen noch unerledigten Anträge der Parteileitung zur Erledigung resp. Berücksichtigung zu überweisen. (Zustimmung.)

Der Vorsitzende bittet, in der Diskussion der Anträge so lange

fortzufahren, bis die Neunerkommission, welche ihre Berathungen noch nicht beendet hat, fertig ist.

Der Antrag wird zurückgezogen.

Inzwischen ist folgender Antrag eingegangen:

Der Parteitag wolle beschließen, der Einladung des Generalraths der belgischen Arbeiterpartei, den nächstjährigen internationalen Arbeiterkongreß in Brüssel abzuhalten, Folge zu leisten.

Bebel.

Zur Diskussion steht weiter Antrag 6:

Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion der sozialdemokratischen Arbeiterpartei im Reichstage zu ersuchen, nach Kräften dahin zu wirken, daß die Mißstände beim Auswanderungswesen möglichst beseitigt werden; so insbesondere die Regierungen zu ersuchen, den Transport der Auswanderer, wie auch die Unterbringung derselben in den Hafenstädten so scharf wie möglich zu überwachen und zu kontrolliren, da die bisherigen Einrichtungen, sowohl was Transport wie Unterbringung der Reisenden anbelangt, den einfachsten Forderungen der Hygieine Hohn spricht.

Watermann-Bremerhaven. F. Kerrl-Bremen. L. Funke.

Kerrl-Bremen schildert die Mißstände in den Häfen und auf den Auswandererschiffen. Dietz habe bei der Dampfersubventionsvorlage das ganze Material im Reichstage vorgebracht, auch auf die große Zahl der Selbstmorde und darauf hingewiesen, daß, wenn diese Thatsache wahr, die Staatsanwaltschaft schon längst hätte dagegen einschreiten müssen. Der Vertreter des Norddeutschen Lloyd, Meier, habe damals nicht geantwortet, und seither sei garnichts geschehen. Die Fraktion müsse die Sache in die Hand nehmen.

Bebel: Mit der Annahme des Antrags stoßen wir offene Thüren ein. Wir haben bereits thatsächlich Reichskommissare, welche das Auswanderungswesen zu überwachen haben, insbesondere auch die Unterbringung der Auswanderer in den Seehäfen, Logirhäusern und auf den Schiffen kontrolliren, und alljährlich wird dem Reichstage darüber Bericht erstattet. Jedesmal ist auch ausführlich darüber gesprochen worden; das Centrum hat sich der Sache in sehr anerkennenswerther Weise angenommen. Ich werde aber dem Antrage dennoch zustimmen, in der Erwartung, daß die Genossen, welche solche Anträge stellen, den Vertretern im Reichstage das Material zusammenstellen, um für Bremen, Hamburg u. s. w. auch im Reichstage der Diskussion eine beglaubigte Unterlage zu liefern. Wenn die Genossen sich an Ort und Stelle unterrichten, den Zustand der Logirhäuser untersuchen und über ihre Erfahrungen an die Fraktion regelmäßig Bericht erstatten wollen, dann wird auch die Erörterung im Parlament fruchtbarer sein. Die Mittheilungen über die Behandlung der Kohlenzieher in den Schiffen haben ja seiner

Zeit das größte Aufsehen erregt. Ich wiederhole also meine Bitte an die Parteigenossen, in dieser Richtung eine besondere Thätigkeit zur Feststellung der Thatsachen zu entfalten.

Millarg-Friedeberg: Es kommen hier nicht blos die Seestädte, sondern auch Berlin in Betracht als Centralpunkt für die Auswanderer der östlichen Provinzen. Die Berliner Agenten in der Invalidenstraße lassen den Auswanderern eine geradezu unwürdige Behandlung angedeihen; durch das feine Vordergebäude die Leute in die elenden Schuppen der Hinterhäuser zu führen, geniren sie sich, deshalb haben sie von der Hinterseite, von der Charitee her, ein Loch als Zugang ausbrechen lassen, durch welches die Auswanderer ihren Eintritt in diese elende Herberge nehmen müssen. Und solcher Mißstände giebt es noch mehr, die diese Berliner Kommissionäre verschulden. Da muß irgendwie eingeschritten werden.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag angenommen.

Es folgt die Berathung des Antrags 7:

> In Anbetracht der elenden Lage, in der sich die große Mehrzahl der seefahrenden Bevölkerung Deutschlands befindet, beauftragt der Parteitag die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage, die Forderung auf Revision der deutschen Seemannsordnung zu stellen.
>
> J. Schwarz-Hamburg III und Genossen.

Schwartz-Lübeck: Ich darf mir wohl gestatten, zu diesem Antrag Stellung zu nehmen. Als Seemann lange Jahre auf Segel- und Dampfschiffen thätig gewesen, kann ich über die Lage der Seeleute erschöpfende Auskunft geben. Hier will ich nur in einigen Punkten die Revisionsbedürftigkeit der Seemannsordnung darthun. Am 1. April 1891 treten die Verordnungen in Kraft, welche darauf hinzielen, daß die Zahl der Unfälle im Seefahrtsbetriebe möglichst eingeschränkt wird. Nach dem Buchstaben ausgeführt, würden diese Verordnungen allerdings geeignet sein, die Unfälle möglichst zu verhüten und die Menschenleben mehr als bisher zu schützen. Aber bleibt man bei den heutigen Gewohnheiten, so fällt die gute Absicht dieser Erlasse einfach ins Wasser, wenn nicht der Seemann bei der Ausführung mitzuwirken befugt ist. Bis heute ist das nicht der Fall. Wenn auch ein Paragraph der Seemannsordnung besagt, daß ein Schiffsoffizier und zwei Mann der Besatzung beim Seeamt oder Konsulat die Untersuchung eines Fahrzeuges auf seine Seetüchtigkeit, die genügende Ausrüstung mit Lebensmitteln u. s. w. beantragen können, so steht dem ein anderer Paragraph gegenüber, wonach, falls die Untersuchung den guten Zustand des Schiffes und seiner Ausrüstung ergiebt, die Antragsteller mit schweren Strafen belegt werden können. Dadurch wird die Möglichkeit der Beschwerde so beengt, daß der Seemann sich schwerlich entschließen wird, einen solchen Antrag zu stellen. Und daß der Schiffsoffizier ihn stellen

wird, ist noch weniger schwerlich anzunehmen, da er, wenn er es thäte, eigentlich nicht mehr in der Lage wäre, noch ferner als Schiffsoffizier zu fungiren. So haben wir es mit der geltenden Seemannsordnung noch zu keinem nennenswerthen Fortschritt in dieser Beziehung bringen können. Aber auch in anderen Richtungen ist eine Reform dringend nothwendig. Manche Schiffsführer sind notorische Trinker, dem Seemann aber ist es auf keine Weise möglich, sich gegen solche unzurechnungsfähigen Führer zu helfen; er muß den verworrensten Befehlen sich fügen, wenn er nicht schwere Strafe erleiden will. Es ist ferner in der Seemannsordnung eine einheitliche Speiserolle für das ganze Deutsche Reich herzustellen; es muß auch festgestellt werden, was für Speisen zu liefern sind. Heute übergeben die großen Rhedereien die Menage einfach dem Führer, welcher dabei noch einen Verdienst für sich herausschlägt. Butter wird auf den wenigsten Schiffen gegeben; wird sie aber wirklich gegeben, dann ist es eine gewisse Schmiere, welche auf dem Lande Niemand essen würde, oder gar Margarine, welche nie und nimmer als Butter zu betrachten ist. Die Seemannsordnung stammt aus den 70er Jahren, sie war, den damals vorhandenen Zuständen gegenüber, immerhin ein Fortschritt, aber jetzt ist sie in zahlreichen Punkten ungenügend geworden. Ich bitte Sie also, dem Antrage zuzustimmen. (Beifall.)

Da sich Niemand zum Worte meldet, wird die Diskussion geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Der Antrag wird angenommen. Ein Antrag der Bautzener Genossen: die Fraktion solle selbstständige Gesetzentwürfe, vor Einbringung im Reichstage, erst der Gesammtpartei zur Begutachtung vorlegen; ferner, daß jeder Genosse das Recht haben solle, dem Vorstande, zur Begutachtung durch die Gesammtpartei, selbstständige Gesetzentwürfe oder Vorschläge einzureichen, und daß endlich die Fraktion die Pflicht habe, solche Gesetzentwürfe, für welche zwei Drittel der Abstimmenden sich entschieden, dem Reichstage vorzulegen, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Ein Antrag Zubeil und Genossen, aus der Parteikasse den einzelnen Kreisen, die noch Wahlschulden haben und sie zu zahlen nicht im Stande sind, die nöthigen Mittel anzuweisen, wird zurückgezogen.

Es folgt die Berathung des Antrags 10:

> Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, überall da, wo Erfolge in Aussicht stehen, in die Wahlagitation einzutreten, sei es für den Reichstag, die Landtage oder Gemeindevertretung.
>
> Dreesbach. Zubeil. Metzner. Heine. Tutzauer. Gottfr. Schulz. Bamberger. Berndt. Klein. Gründel. Brietz. Barth. Millarg. Täterow.

Dreesbach: Wir haben selbstverständlich die Pflicht, überall in die Wahlagitation einzutreten, nicht nur da, „wo Erfolge in Aussicht stehen.“ Wir sagten uns aber, daß es bei den Landtags- und Gemeindewahlen in einzelnen Distrikten des deutschen Reiches kaum möglich ist, durchzudringen, ohne Kompromisse einzugehen. So betrachte ich die Betheiligung an diesen Wahlen in Preußen als einfach unmöglich für unsere Genossen, weil sie dort im günstigsten Falle nur die Wahlmänner der dritten Klasse ohne Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien durchbringen können, also ein wirklicher Erfolg nicht denkbar ist. Wir haben den Antrag eingebracht, weil man in sehr vielen Gegenden noch zweifelhaft ist, ob man sich bei diesen Wahlen betheiligen soll oder nicht. Ich halte es für eine Pflicht der Partei in ihrer jetzigen Entfaltung, sich überall am politischen Leben zu betheiligen; ich weiß speziell, daß in den Gemeindevertretungen wir kaum in der Lage sein werden, unsere Endziele zum Durchbruch zu bringen, aber wir haben zu zeigen, daß wir eine lebensfähige Partei sind und von dem Wahlrecht den möglichst weitgehenden Gebrauch machen wollen.

In der Diskussion bemerkt

Schmidt-Berlin: Wir werden für den Antrag stimmen, wie er hier vorliegt. Man hat uns in jüngster Zeit vorgeworfen, wir wollten den Parlamentarismus negiren und würden damit aus Sozialdemokraten zu Anarchisten. Es sind aber lediglich aus falschen Anschauungen heraus Fehler gemacht worden. Wir haben einfach erklärt, der Parlamentarismus ist der Mantel, mit welchem sich der Absolutismus unserer heutigen Gesellschaftsordnung zudeckt, und von dieser Auffassung werden wir nicht abgehen. Nicht ein Sozialdemokrat, nein hunderte von Sozialdemokraten haben in Wort und Schrift bewiesen, daß der Parlamentarismus in unserer heutigen Gesellschaft unendlich faul ist. Aber deshalb lehnen wir doch nicht die Betheiligung an den Wahlen ab, sondern nehmen das Kampfmittel, welches uns die Bourgeoisie bietet, auf und betheiligen uns überall, wo es möglich ist, am Wahlkampfe. Wir haben auch bisher damit sehr gute Erfolge errungen. Betreffs unserer besonderen Stellung zu den Stadtverordnetenwahlen kann ich mich auf Liebknecht berufen; Liebknecht führte aus, er habe 1869 noch nicht gewußt, daß 1871 das geeinigte Deutsche Reich bestehen würde; wir sagen, wir wußten 1887 nicht, daß 1890 das Ausnahmegesetz fallen würde; wir ändern jetzt ebenfalls unsere Taktik, wir werden jetzt wieder energisch an den Gemeindewahlen uns betheiligen, das erklären wir hiermit. (Sehr gut!) Niemand wird verkennen, daß wir unter dem Gesetz sehr schwere Arbeit, unendlichen Kampf mit der Polizei hatten, daß das alles die Agitation sehr zurückgehalten hat. In der Auswahl der Vertreter haben wir auch Fehler begangen, wir waren darin nicht vorsichtig

genug, aber auch das lag an den bösen Verhältnissen; unsere besten Genossen waren ausgewiesen, ein großer Theil hatte sich vom öffentlichen Leben zurückgezogen, thatsächlich war Mangel an geeigneten Kandidaten vorhanden. Diese Umstände veranlaßten uns und verschiedene Andere damals dazu, den Wahlen zur Gemeindevertretung nicht die frühere Sympathie entgegenzubringen. Wir haben uns aber der Majorität gefügt; und wenn auch jetzt die Meinungsverschiedenheiten über den Nutzen des Parlamentarismus wieder stärker hervortreten, wir werden immer gemeinsam weiter arbeiten. Wie die Zukunft sich gestaltet, kann Niemand voraussehen. (Beifall.) Unsere Stadtverordneten sind keine Geschäftssozialisten; sie haben Geschäfte eingerichtet, weil sie auf andere Weise keine Existenz mehr fanden.

Frantzen-München-Gladbach bittet, daß in Zukunft den Schwarzen etwas energischer auf den Leib gegangen werde.

Glocke-Nordhausen: Es könnte zweifelhaft sein, ob eine längere Diskussion über den Antrag am Platze ist; aber da thatsächlich nach der Erörterung dieser Frage in St. Gallen dieselbe immer wieder, und besonders stark in Berlin, diskutirt worden ist, scheint es angebracht, daß der heutige Parteitag endlich einmal eine bestimmte Stellung vorschreibt und die Streitigkeiten damit abschneidet. Vielfach haben persönliche Momente die Berliner Genossen veranlaßt, eine gewisse Antipathie gegenüber den Stadtverordnetenwahlen an den Tag zu legen. Aber auch prinzipielle Momente haben, wenn auch nicht in Berlin, zu der theilweisen Enthaltsamkeit mitgewirkt; es muß ferner an die Arbeiter im Staats- oder Gemeindedienst gedacht werden, die ungeheuren Maßregelungen ausgesetzt sind. Wir stehen nicht mehr auf dem Protest-Standpunkt der alten Demokraten, sondern wir betheiligen uns an den Wahlen, um sozialistische Elemente in die Stadtvertretung zu bringen. Art, Charakter und Handhabung der Agitation zu den Kommunalwahlen muß prinzipiell korrekt festgelegt werden. Natürlich können Stadtverordnete, die schwere Fehler sich zu Schulden kommen ließen, nicht mehr aufgestellt werden; wir blamiren uns und die Partei zu sehr damit.

Horn und Genossen beantragen, hinter „Erfolge" im Antrag Treesbach einzuschalten:

„und seien dieselben auch nur propagandistischer Art."

Die Diskussion wird geschlossen und zunächst der Eventualantrag Horn und sodann mit diesem der ganze Antrag angenommen.

Die Berathung wendet sich zu Antrag 11:

Die Genossen von Marburg beantragen, daß in Anbetracht des Vordringens der antisemitischen Bewegung auf immer weitere Kreise und der verwerflichen Kampfesweise, welcher sich die Antisemiten speziell gegen die Sozialdemokraten bedienen,

die Partei die Parteigenossen Marburgs in irgend einer Weise unterstützt, damit am Heerde der antisemitischen Agitation eine kräftige Gegenagitation entwickelt werden kann.

Zappay-Marburg.

Von vier verschiedenen Seiten wird beantragt, diesen Antrag der Parteileitung zu überweisen.

Ohne Debatte wird demgemäß beschlossen.

Zwei Anträge von Hamburg II. unter Nr. 12, auf Einsetzung eines ständigen Schiedsgerichtes und eventuelle Einsetzung eines Partei-Ausschusses werden als erledigt zurückgezogen.

Vorsitzender Singer: Bevor wir in der Erledigung der Tagesordnung fortfahren, theile ich auf Wunsch mit, daß im Ganzen 251 Telegramme und 55 Zuschriften und Adressen an den Parteitag eingegangen sind.

Ferner bringe ich eine dem Genossen Kühn-Langenbielau zugegangene Mittheilung zur Verlesung:

Soeben erhalte ich aus Langenbielau in Schlesien von dem mir als durchaus zuverlässig bekannten Genossen Lux folgende Nachricht: Am 14. Oktober hat sich dort in meiner Wohnung eine Person als Kaiserdeputirter Schröder aus Westfalen vorgestellt und erklärt, er sei vom Agitationskomitee der westfälischen Bergarbeiter beauftragt, im Schlesischen Kohlenrevier Versammlungen abzuhalten, um den Zuzug nach Westfalen zu verhindern, da dort gestreikt werden solle; es ständen zu diesem Zweck 1 800 000 Mark zur Verfügung, und davon könne er bis zu 5000 Mark für Schlesien zur Verfügung stellen. Legitimation hat der Mann verweigert mit dem Bemerken, er habe sich bereits auf der Polizei legitimirt. Da nun Bergarbeiter Schröder mir soeben mündlich erklärt, daß er diese Woche hier gewesen, überhaupt noch nie nach Schlesien gekommen sei, so muß angenommen werden, daß ein Schwindler seinen Namen mißbraucht, wahrscheinlich zu dem Zwecke, die im Werden begriffene Organisation der schlesischen Bergleute durch einen vorzeitigen Koup zu hintertreiben.

Zur Abgabe einer Erklärung nimmt das Wort

Liebknecht: Genossen! Aus Italien ist uns ein Brief zugegangen, in welchem man uns ankündigt, daß aus Ravenna ein telegraphischer Gruß an den hiesigen Parteikongreß ergangen sei, und nun zeigt man uns brieflich an, daß der Kongreß der italienischen Arbeiterpartei, die auf unserem Boden steht, morgen, Sonntag, in Ravenna zusammentritt. Nach dem ganzen Wortlaut dieses Briefes nun, der die größten Hoffnungen für die sozialistische Bewegung in der ganzen Welt durch die Entwicklung der Partei in Deutschland ausspricht, hielt ich uns für verpflichtet, dem Wunsch, der hier vielfach ausgesprochen wurde, nachzukommen und den

italienischen Arbeiterkongreß von Seiten des hiesigen telegraphisch zu begrüßen und ihn zu ermuntern, auf dem eingeschlagenen Wege fortzufahren. Ich habe deshalb im Einklang mit den Freunden hier, gemeinsam mit unserem Freund Anseele, ein französisches Antwortstelegramm aufgesetzt, welches deutsch folgendermaßen lautet:

„Der Kongreß der deutschen Sozialdemokraten in Halle begrüßt im Namen der Verbrüderung der Völker und der Solidarität der Arbeiter aller Länder die Sozialisten Italiens, die zum Kongreß versammelt sind. Unser Kongreß hofft, daß der Kongreß von Ravenna fruchtbar sein möge für den italienischen und den internationalen Sozialismus, und er ladet die dort versammelten Deputirten der Arbeit ein, den allgemeinen Weltkongreß von 1891 in Brüssel zu beschicken, um dort das Werk der Befreiung der Arbeiterklasse und der Befreiung der Menschheit vollenden zu helfen.

Ich bitte, den Wortlaut des Telegramms einstimmig anzunehmen und das Bureau zur Absendung desselben an die angegebene Adresse zu ermächtigen.

Unter lebhafter Zustimmung genehmigt der Parteitag diesen Vorschlag.

Darauf wird in der Berathung der selbstständigen Anträge fortgefahren.

Der Antrag 13:

„Die Parteigenossen Danzigs nehmen den vor Erlaß des Ausnahmegesetzes gemachten Vorschlag, Gründung einer Parteibibliothek, wieder auf und beantragen demgemäß beschließen zu wollen.

Unter Parteibibliothek ist zu verstehen: In Berlin soll eine Bibliothek errichtet werden, welche nur werthvolle wissenschaftliche Werke führt, die den agitatorisch wirkenden Genossen im ganzen Reiche zur Benutzung stehen sollen, da es den meisten Genossen nicht möglich ist, größere Summen für Anschaffung solcher Bücher zu verwenden,

wird ohne Debatte auf Antrag Bebels der *Parteileitung überwiesen.*

Dasselbe geschieht hinsichtlich des Antrags 14:

„Unterzeichneter beantragt hiermit, daß die Parlamentsberichte des Reichstags in Zukunft in Form eines Nachschlageheftes in größeren Auflagen gedruckt und zum möglichst billigen Preis an die verschiedenen Parteiblätter als Beilage abgegeben werden.

Die Ausführungen werden der Parteileitung übertragen.

Georg Johannes-Zittau i. S.

Antrag 15 lautet:

Der Kongreß beschließt:

„Der 1. Mai ist dauernd ein Feiertag der Arbeiter, der, entsprechend dem Beschluß des internationalen Pariser Arbeiterkongresses den Einrichtungen und Verhältnissen des Landes gemäß zu begehen ist. Wenn sich der Arbeitsruhe an diesem Tage Hindernisse in den Weg stellen, so haben die Umzüge, Feste im Freien u. s. w. am 1. Sonntag im Mai stattzufinden."

W. Liebknecht. Jensen-Stade. Arnold-Konstanz.

Ein Gegenantrag von 4 Berliner Genossen will die Feier des 1. Mai stets auf den ersten Sonntag im Mai verlegen, wenn nicht der 1. Mai ein Sonntag ist.

Liebknecht: Genossen! Eine Rede werde ich nicht halten, dazu ist die Zeit schon zu weit vorgerückt und sachlich sind wir in dieser Frage ja auch vollkommen einig. Den Antrag, die Feier des 1. Mai allgemein auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen, wie das in England, theils weil dort die großen Arbeitermeetings seit Jahrzehnten am Sonntag stattfinden, theils zur Vermeidung von Konflikten geschehen ist, kann ich nicht empfehlen. Ich glaube nicht, daß wir in Deutschland diese Konzession machen können. Der 1. Mai ist nicht blos durch Beschluß des internationalen Pariser Kongresses ein historischer Tag, sondern er ist schon seit Jahrtausenden ein Volksfeiertag der germanischen, gallischen, zum Theil auch der lateinischen Völker. Im größten Theil Deutschlands, in ganz England, Italien, Frankreich und der Schweiz wird der 1. Mai noch heute mehr oder weniger festlich begangen als Tag der Wiederauferstehung der Natur. Die Amerikaner, welche den 1. Mai als Feiertag der Arbeit proklamirten, haben dabei allerdings im Auge gehabt, daß es der Partei, welche die Wiedererweckung der Menschheit aus tausendjährigem Elend, aus dem geistigen Tode und aus der Knechtschaft bewerkstelligen wird, vor Allem zukommt, das Frühlingsfest feierlich zu begehen und in *einem* Fest die Auferstehung der Natur und der Menschheit zu feiern. Am 1. Mai müssen wir also *unter allen Umständen* festhalten. Andererseits wollen wir aber auch nicht unnütze Konflikte herbeiführen; darum geht mein Antrag weiter dahin, den 1. Mai *in jedem Falle* zu feiern, und zwar in würdigster Weise, durch Versammlungen, Vorträge, Feste und, wo es möglich ist ohne Konflikte oder sonstige Unannehmlichkeiten oder Nachtheile für die Bewegung selbst, auch durch Ruhenlassen der Arbeit, Umzüge u. s. w. Wo dieser letzteren Art der Feier sich aber Hindernisse entgegenstellen, da soll am 1. Mai von *solchen* Kundgebungen abgesehen werden, sollen nach der 1. Mai-Feier, *nicht mit Ausschließung derselben*, am *ersten Sonntag im Mai* die großen Kundgebungen, Umzüge und der-

gleichen stattfinden. Ich will nur wünschen, daß der Antrag möglichst ohne Debatte angenommen werde. (Beifall.)

Der Berliner Antrag wird zurückgezogen.

Eine Debatte erhebt sich nicht.

Im Schlußwort bemerkt Genosse Liebknecht: Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß der Gegenantrag Konflikte eben vermeiden will, während der meinige vielleicht zu Konflikten, ähnlich wie sie in diesem Jahre gewesen sind, führen möchte. Diese Ansicht ist vollkommen hinfällig. In diesem Jahre waren wir durch die Wahlen derart in Anspruch genommen, daß rechtzeitig ein anderer Rathschlag nicht möglich war. Das aber wird künftig nicht geschehen. Wir haben nicht jedes Jahr Wahl, und dann haben wir doch diesmal praktische Erfahrungen gemacht; diese Befürchtung ist also grundlos.

Mit allen gegen drei Stimmen wird der Antrag angenommen.

Der Antrag 16, der letzte Antrag der ersten Gruppe, lautet:

> Beantragen, daß bei Stichwahlen zwischen den bürgerlichen Parteien sich die Genossen der Abstimmung zu enthalten haben.
>
> Herbert-Stettin. F. Kandt-Rostock.
> Borkmann - Randow-Greifenhagen.

Antragsteller Kandt-Rostock: Es könnte scheinen, als ob nach Ertheilung der nachträglichen Zustimmung zum Verhalten der Fraktion in der Stichwahlfrage sich die Erledigung dieses Antrages erübrige. Ich bin jedoch anderer Meinung. Der Wortlaut meines Antrages ist im Wesentlichen in St. Gallen zum Beschuß erhoben worden. Durch das Ausgeben der bekannten Parole zu den 1890er Stichwahlen ist vielfach Verwirrung erzeugt worden. Solche Inkonsequenz ist nicht korrekt. Ich bitte um Annahme meines Antrages, damit ein korrekter Zustand hergestellt wird.

Kalnbach-Karlsruhe: Der Antragsteller schüttet das Kind mit dem Bade aus. Es ist oft von äußerster Wichtigkeit, die reaktionärsten, volksfeindlichsten Abgeordneten aus dem Reichstag zu verdrängen. Das kann aber nicht erreicht werden, wenn wir nach dem Antrage beschließen. Ein klassischer Beweis für das Gegentheil ist unsere letzte Wahl in Karlsruhe, wo es galt, den erzreaktionären Staatsanwalt Fieser zu schlagen. Es wurde der freisinnige Pflüger vorgeschlagen, zwar keine bedeutende Persönlichkeit, aber durchaus freiheitlich gesinnt und überall für die Arbeiter einzutreten bereit. Durch unsere Betheiligung an der Stichwahl haben wir ihm zum Siege verholfen und einen großen Feind der Arbeiter verdrängt. Wir sollten uns also nicht generell binden, sondern von Fall zu Fall, nach der Persönlichkeit und den Verhältnissen entscheiden. Ich bitte den Antrag abzulehnen.

Joest-Mainz: Auch ich möchte vor solchem Beschluß warnen; wir sind alle überzeugt, daß er doch nicht wird gehalten werden können. (Sehr richtig!) Auf dem St. Gallener Kongreß ist allerdings so beschlossen worden, aber die Genossen haben ihn kaum zur Hälfte respektirt. Auch die thatsächlichen Verhältnisse sprechen dagegen. Der Oberstaatsanwalt Hartmann soll einmal im Reichstage gesagt haben: Ihr Sozialdemokraten gehört gesellschaftlich hier gar nicht hinein! Wenn man an einem solchen Herrn ein Exempel statuiren und dabei erreichen könnte, daß ein minder rücksichtsloser Gegner in den Reichstag kommt, dann sollte man doch diese Gelegenheit nicht unbenutzt lassen, weil man durch einen Beschluß in der Richtung des Antrags gebunden wäre. Ich bin es müde, immer wieder Beschlüsse zu fassen, von denen wir alle im Voraus wissen, daß man sie nicht respektirt; wir verlieren höchstens dadurch nach außen an Ansehen. (Beifall.)

Es wird der Schluß der Diskussion beantragt.

Auerbach-Berlin hält die Debatte für so wichtig, daß er dringend bittet, sie fortzusetzen.

Der Schlußantrag wird angenommen und der Antrag Herbert-Kandt-Borkmann, gegen eine geringe Minderheit, abgelehnt.

Damit ist die Berathung der gedruckt vorliegenden Anträge erledigt.

Der vorher mitgetheilte Antrag Bebel, betreffend den Brüsseler Kongreß, wird einstimmig angenommen.

Folgender Antrag:

> In Erwägung, daß diejenigen Parteigenossen, welche im Besitz eines Reichstagsmandats sich befinden, die Pflicht haben, den Parteitag zu besuchen, erscheint es erforderlich, daß denselben die ihnen entstehenden Unkosten zurückerstattet werden. Daher wolle der Parteitag beschließen, die Höhe der täglichen Spesen für den genannten Zweck festzusetzen.
>
> Franz Berndt-Berlin, 4. Wahlkreis. Fr. Riesop-Konitz, W.-Pr.
> Fritz Berndt-Berlin, 4. Wahlkreis. Fr. Zubeil-Kalau-Luckau.
> R. Jakobey-Berlin V. v. Wiersheim-Hamm-Soest.
> Kahl-Duisburg. Ad. Schultze-Magdeburg. Karl Grünberg-Hartha.
> Anton Guhmann-Döbeln. Emil Busch-Güstrow.
> H. Schwerdtfeger-Neubrandenburg. Wendt-Malchin-Waren.

dessen prinzipieller Theil bereits entschieden ist, wird, soweit es sich um die finanzielle Regelung handelt, dem Parteivorstande überwiesen.

Hiermit sind die Geschäfte des Parteitages beendet, bis auf den Bericht der Neunerkommission, der noch nicht fertiggestellt ist.

Es tritt eine Pause von 25 Minuten ein.

Um 11 Uhr 15 Minuten wird die Sitzung wieder eröffnet.

Vorsitzender Singer: Wir würden nunmehr den Bericht der Neunerkommission entgegennehmen können. Zunächst möchte ich aber den prinzipiellen Standpunkt des Parteitages in der Behandlung dieser Angelegenheit feststellen. Wir haben die Neunerkommission als einen Gerichtshof zur Untersuchung und Beurtheilung der ihr überwiesenen Angelegenheit gewählt. Wir haben mit der denkbar größten Objektivität diese Kommission zusammengesetzt und dadurch vermieden, daß irgendwie an der Sache interessirte Personen einen Einfluß auf die Fassung des Urtheils ausüben konnten. Da nun der Parteitag nicht in der Lage sein würde, in irgend einer Weise in eine Nachprüfung des Aktenmaterials einzutreten, so halte ich es für nothwendig, daß der Parteitag schon jetzt, ehe Jemand das Urtheil kennt, erklärt, daß die Mittheilungen der Kommission, mögen sie ausfallen wie sie wollen, für ihn als verbindlich erachtet werden und daß der Parteitag es von vornherein ablehnt, in eine Erörterung des Kommissionsberichts einzutreten.

Gieshoit-Berlin: Damit sind wir Berliner nicht einverstanden. Man hat in der Kommission nur 3 Zeugen aus Berlin vorgeschlagen. Die Kommission hätte andere Berliner auch als Zeugen vernehmen sollen (Rufe: Abschlachtungstheorie, weiter nichts!).

Slomke-Bielefeld: Ich bin mit vielen Anordnungen des Präsidiums zufrieden gewesen, wenn unnöthige Angelegenheiten vom Parteitage ferngehalten wurden. Wir wollen aber in dieser Sache den Vorwurf der Abschlachtung dem Parteitage zuguterletzt ersparen.

Schippel: Wir können ja nicht einmal wissen, ob der Beschluß der Kommission nicht dem Organisationsentwurf der Partei überhaupt widerspricht. Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte und Reichstagswahlkreise. Es ist also formell absolut unzulässig, daß, ehe alle Instanzen durchgegangen sind, der Parteitag hier irgend etwas entscheidet. Ich kann mir recht wohl denken, daß wir vielem zustimmen, was die Kommission vorschlagen wird, wir können aber nicht debattelos dem, was die Kommission vorbringt, beistimmen.

Vorsitzender Singer: Um jeden Schein zu vermeiden, als ob von hier aus irgend welche Besorgniß, in die Diskussion dieser Angelegenheit einzutreten, herrscht, ziehe ich meinen, übrigens auf Wunsch einer größeren Anzahl Genossen gemachten Vorschlag zurück und überlasse das Weitere dem Verlauf der Verhandlungen. (Bravo!)

Berichterstatter Geck-Offenburg: Parteigenossen! Die Neunerkommission hat folgendes Urtheil gefällt. Dieselbe wurde vom Parteitage beauftragt, die in dem beigefügten Antrage verlangte Untersuchung vorzunehmen. Sie ist nach einer dreitägigen Verhandlung des in thatsächlicher und rechtlicher Beziehung geprüften

Materials dazu gekommen, die 5 vorgelegten Hauptfragen also zu beantworten:

Bericht der Neuner-Kommission.

Frage A. Ist Grillenberger Geschäftssozialismus vorzuwerfen? Nein!

Frage B. Haben die Verhandlungen in der Kommission ergeben, daß sich eine Mittelsperson verhetzend zwischen Fraktion und die Berliner Genossen gestellt hat? Nein!

Frage C. Ist die Behauptung Werner's über die Art seiner Nichtanstellung beim Volksblatt wahr? Nein!

Frage D. Ist das Vorgehen der Fraktion gegen Schippel als ein zu schroffes und ungerechtfertigtes zu bezeichnen? Nein!

Frage E. Ist in der Anwendung des Wortes „Spitzel" bei Charakterisirung der Berliner Parteizustände eine bewußte oder unbewußte Beleidigung der Berliner Genossen zu erblicken? Nein!

Die Beantwortung sämmtlicher Fragen ist nach eingehender Prüfung einstimmig erfolgt.

Es handelt sich zunächst um den Vorwurf des Geschäftssozialismus, welcher von Berlin aus durch Wille gegen den Reichstagsabgeordneten Grillenberger, als Angestelltem der Buchdruckerei Wörlein & Co. in Nürnberg, erhoben wurde. Grillenberger entgegnete: „Wille habe jedenfalls den Geschäftssozialismus von seinem Freunde Werner kennen gelernt."

Hierauf antwortete Buchdrucker Werner im Sprechsaal des „Berl. Volksbl." vom 23. August d. J.: „Grillenberger habe eine Menge allgemeiner Verleumdungen zu Tage gefördert. — Hoffentlich kommen wir beide nach Halle. Ich werde dort Material gegen Grillenberger bringen."

Werner ist nun seinem Vorgeben nicht nachgekommen; sein der Kommission vorgelegtes Material beschränkt sich auf zwei in Nürnberg erschienene Flugblätter aus dem Jahre 1884, worin unwahre Behauptungen enthalten sind, wegen denen der Verfasser der verleumderischen Beleidigung schuldig befunden wurde. Ein weiterer Beweis wurde nicht versucht; der Hinweis auf die Aeußerung einer untergeordneten Person kann nicht als solcher betrachtet werden. Dagegen konnte im Verlauf der Verhandlung festgestellt werden, daß die Wörlein'sche Druckerei in Nürnberg in ihrem geschäftlichen Verhältniß zur Partei eine Praxis befolgte, über welche man nur die größte Befriedigung haben kann. Diese Thatsache war unter den Berliner Parteigenossen seit Jahren so bekannt, daß man sich nur wundern muß, wie heute Genossen, welche öffentlich auftreten, eine gegentheilige Auffassung kolportiren dürfen. Es steht durch die Verhandlung fest, daß Genossen sich von der Unhaltbarkeit derartiger Anschuldigungen jederzeit bei solchen,

die seit längerer Zeit mit den Parteiverhältnissen bekannt sind, hätten Auskunft verschaffen können.

Grillenberger bringt seinerseits eine Anzahl von Thatsachen vor, welche als Kriterien für eine Geschäftspraxis des Buchdruckers Werner dienen sollen, die den Vorwurf „Geschäftssozialismus" verdiene. Es ist nicht zu leugnen, daß die Summe der einzelnen Bilder den Eindruck erzeugt, daß Buchdrucker Werner, nachdem er vom Arbeiter zum Geschäftsmitinhaber avancirte, eine geschäftliche Usance entwickelt, welche an der Grenze des Zulässigen sich bewegt.

Mag es auffallen, daß die „Tribüne" aus den Händen des bisherigen Druckers ohne äußeren Anlaß genommen und der Werner'schen Druckerei zugetheilt wurde, so kann es doch nicht als erwiesen angesehen werden, daß Werner direkt diese Veränderung anregen bezw. herbeiführen half; ebensowenig liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß Werner Vorbereitungen traf, auch den Druck des „Volksblatt" an sich zu reißen; es ist allerdings auffallend, warum Werner gerade gegen das Volksblatt und Leute, die bei dem Volksblatt angestellt sind, öffentliche Angriffe macht. Es sei gleich hier betont, daß durch die Verhandlung festgestellt wurde, daß Werner nicht durch Maßregelung oder Arbeitslosigkeit gezwungen war, sich zu etabliren.

Werner macht kein Geheimniß daraus, daß er in letzter Zeit Schritte that, um auch den Druck des Vereinsblattes zu erhalten.

In diesen und ähnlichen Fällen gehen die Bemühungen Werner's um Druckaufträge Hand in Hand mit der von der allgemein üblichen Geschäftskonkurrenz befolgten Praxis.

Dagegen wurde die Ueberzeugung gewonnen, daß das Geschäftsgebahren Werner's, wie solches bei der Schaffung verschiedener Druckarbeiten, insbesondere des Berliner Verkehrs-Almanach, zur Geltung kam, als sehr zweifelhaft und verdächtig zu bezeichnen ist. Die geschäftliche Manipulation, durch welche der Verkehrs-Almanach geschaffen wurde, gilt als noch nicht genügend aufgeklärt; Werner, als Vorsitzender der betreffenden Kommission und zugleich als Unternehmer des Werkes, hätte im eigenen, wie im Interesse der Berliner Genossen bemüht sein müssen, in diesem Geschäfte nach jeder Hinsicht volle Klarheit walten zu lassen. Andererseits entlasten ihn die betreffenden Berliner Genossen insofern, als diese sich dem Vorwurfe nicht entziehen können, in diesem Falle die in der Partei übliche Gründlichkeit außer Acht gelassen zu haben.

Zur Beurtheilung der Frage, ob Werner der geeignete Mann sei, über den Charakter anderer Leute öffentliche Kritik zu üben, wurden einige Angaben zur Prüfung vorgelegt, welche sich auf das private Leben W.'s beziehen. Dieselben liegen in der Zeit zu weit zurück, als daß man zu ihrer Prüfung hätte die nothwendigen Erhebungen machen können. Herr Werner, der von diesen gegen ihn

im Umlaufe gewesenen Gerüchten früher wiederholt Kenntniß erhielt, unterließ es, sie durch ein gerichtliches Vorgehen gegen die Verbreiter derselben zu beseitigen.

Die Behauptung Werner's von einer Zwischenperson, die sich zwischen die Fraktion und die Berliner Genossen verhetzend drängte, richtet sich gegen einen Parteigenossen, dem nicht nachgewiesen werden kann, daß er in seinem freundschaftlichen Verkehr mit den Fraktionsmitgliedern der Berliner Parteigenossenschaft irgend welche Verlegenheiten bereitete. Die Freundschaft zu Fraktionsmitgliedern ist kein Anlaß, jemandem Mißtrauen entgegenzubringen. Dies sollte Buchdrucker Werner um so mehr bedenken, als er in seinem Geschäfte Personen anstellte, deren Vergangenheit einen Verkehr mit Sozialdemokraten ausschließt. Ohne jeden Rückhalt ist auch der Versuch Werner's, zwei Artikel des „Berliner Lokalanzeiger" auf Inspiration eines Mitgliedes der Bading'schen Druckerei zurückzuführen. Es hat sich die große Wahrscheinlichkeit ergeben, daß dieselben von Dr. Hamburger herrühren.

Die Meinungsverschiedenheit über die Feier des 1. Mai sollte im Volksblatt ungehindert zum Ausdruck kommen; daß eine von den Freunden Werner's eingesandte Erklärung nicht erschien, daran trifft, nach dem Ergebniß der Untersuchung, die genannte Redaktion keine Schuld; die Aufnahme unterblieb auf Wunsch der Einsender selbst. Von der Beseitigung irgend eines Schriftstückes kann durchaus keine Rede sein.

Bezüglich seines öffentlichen Auftretens macht Werner nicht den Eindruck, daß er seine Angriffe immer auf Thatsachen stützt, sondern mehr die subjektive Ansicht dritter Personen unterlegt. Seine Art, sich auszudrücken, trägt dazu bei, ihn in der Entwickelung seiner Themata immer mehr vom sachlichen Boden zu entfernen. Er gesteht dies selbst zu, indem er einräumt: „In der Hitze des Gefechtes kommen mir oft Worte, die ich nicht gebrauchen wollte." — „Hätte ich gewußt, daß es mir so ausgelegt würde, so hätte ich nicht gewagt, es zu sagen."

Zeugen, die von ihm selbst vorgeschlagen und mit ihm befreundet sind, sagten aus: „Werner ist thatsächlich ein Mann, dem die Zunge durchgeht 2c." „Er ist ein guter Kerl, aber er kann sich nicht beherrschen."

Werner sagte, er habe wegen einer Mehrforderung von 3 Mark Lohn die Maschinenmeisterstelle in der Bading'schen Druckerei nicht erhalten, und knüpft daran die Behauptung, er (W.) hätte sich niemals etabliert, wenn er damals diese Stellung bekommen hätte.

Die Verhandlung ergab, daß die Behauptung Werner's nach dieser Richtung der Wahrheit vollständig entbehrt. Nach der anderen Seite besteht für Werner — selbst für den Fall, daß es sich um eine Preisdifferenz von 3 Mark handelte, kein Anlaß sich

zu beschweren. Es ist bewiesen, daß Werner bei Vergebung von Einbinden von Parteidruckschriften Nichtparteigenossen deshalb bevorzugte, weil sie billiger arbeiteten, als Parteigenossen.

Die Vernehmung Schippels und der Mitglieder der Kommission zur Herausgabe des Verkehrs-Almanachs haben dies ergeben.

Die Behauptung Werner's, daß er wegen seines öffentlichen Auftretens eine Maßregelung im Geschäfte seines damaligen Prinzipals zu befürchten hatte, ist durch Zeugen ebenfalls als unrichtig erwiesen.

Es ist unwahr, daß Grillenberger die Berliner Parteigenossen als solche mit Polizeispitzel titulierte. Nach Feststellung der betreffenden Aeußerung Grillenberger's ergiebt sich, daß er sagte, es gab eine Zeit, wo man nicht sicher war, daß unter 3 Personen in Berlin ein Spitzel sich befand. Die Vernehmung Berliner Genossen als Zeugen ergab die Berechtigung dieser Behauptung.

In Anbetracht aller gegen Werner vorgebrachten Thatsachen mußte der äußere Anschein nothwendig zur Annahme führen, daß Werner nicht würdig sei, unserer Partei als Genosse anzugehören; jedoch konnte sich die Kommission, nach eingehender Prüfung des vorliegenden Materials, nicht entschließen, einen Antrag auf Ausschluß zu stellen. Die Kommission gewann vielmehr, unter Zusammenfassung aller Punkte, die Ueberzeugung, daß Werner weder das Taktgefühl noch die Fähigkeit besitzt, die Tragweite seiner Handlungsweise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen.

Halle, 18. Oktober 1890.

Die Kommission:

W. Geck-Offenburg. Aug. Kaden-Dresden. Kloß-Stuttgart.
Hermann Grimpe-Elberfeld. Ewald-Brandenburg.
Meist-Köln. Reißhaus-Erfurt. Pfannkuch-Cassel. Müller-Darmstadt.

Werner: Ich möchte den Referenten bitten, die ganze von mir im „Volksblatt" veröffentlichte Sprechsaalnotiz vorzulesen.

Berichterstatter Geck: Es ist im Urtheil nicht behauptet, daß Werner den Grillenberger des Geschäftssozialismus bezichtigte. (Der Berichterstatter verliest den betreffenden Passus der Urtheilsgründe.)

Werner: Ich bestehe darauf, daß meine ganze Sprechsaalnotiz verlesen wird.

Berichterstatter Geck kommt diesem Wunsche nach.

Die Erklärung im „Sprechsaal" lautet:

In einer Rede, die Grillenberger am vergangenen Montag in Nürnberg hielt, und die nun durch die Presse läuft, hat derselbe eine Menge allgemeiner Verleumdungen zu Tage gefördert.

Meine Person beehrt er ganz besonders damit.

Herr Wille habe — das läßt er so mit unterfließen —

den „Geschäftssozialismus", von dem Herr Wille in Berlin sprach, wohl von seinem Freunde Wilhelm Werner kennen gelernt. Herr Wille, den ich höchstens vier Mal gesehen und mit dem ich in meinem Leben höchstens zwanzig Worte gewechselt habe, sogar nicht einmal über Parteiverhältnisse, wird von Grillenberger im Handumdrehen zu meinem Freunde gemacht — jedenfalls durch falsche Einflüsterungen von einer bestimmten Seite, welche ein Interesse daran zu haben scheint, den Zwist zwischen Fraktion und Berliner Genossen zu schüren, um für allein würdig gehalten zu werden, mit ersterer verkehre zu dürfen. Warum auch nicht? So kompromittirt man beide gleich auf einmal: mich als Geschäftssozialist und ihn als meinen Freund. Ich weise die Verdächtigung Grillenbergers mit aller Entschiedenheit zurück.

Ich habe ja noch nicht Gelegenheit gehabt, durch langjährige Thätigkeit im Reichstage den parlamentarischen Anstand zu studiren und meine Kampfesweise danach einzurichten. Aber ich halte es augenblicklich für besser, meine Ausführungen, Grillenberger gegenüber, bis auf den Parteitag aufzusparen, es könnte sonst der gegnerischen Presse etwas neuer Stoff gegeben werden. Hoffentlich kommen wir beide nach Halle. Ich werde dort Material gegen G. bringen.

Er soll mir auf dem Parteitag Rede und Antwort in dieser Frage stehen. Ich bin bereit. Kann er dort seine Behauptungen nicht aufrecht erhalten, kann er mir den Geschäftssozialismus nicht beweisen, so wird er sich gefallen lassen müssen, wenn ich ihn einen ehrlosen Verleumder nenne.

Berlin, den 22. August 1890.

W. Werner, Buchdrucker.

Es ist der Antrag eingegangen, den Bericht der Neunerkommission sobald als möglich drucken zu lassen und den Delegirten zuzusenden.

Werner: Sie werden Alle in meiner Sprechsaalnotiz im „Berliner Volksblatt" nicht gefunden haben, daß ich darin Herrn Grillenberger des Geschäftssozialismus geziehen habe. Wie kommt aber Herr Grillenberger dazu, in jener Nürnberger Versammlung einfach zu erklären: „Den Geschäftssozialismus, von dem Herr Wille sprach, hat derselbe wohl durch seinen Freund Werner kennen gelernt. Gewisse Leute in Berlin hatten das Bestreben, das dortige „Volksblatt" an sich zu reißen; das ist nicht gelungen, da das „Berliner Volksblatt" zum Centralorgan der Partei bestimmt wurde." Ich habe zur Genüge den Beweis geliefert, daß dies nicht wahr ist, und einen Theil meiner Berliner Genossen, die alle über die internen Vorgänge in Berlin ganz genau unterrichtet sind, als Zeugen vorgeschlagen, sie sind aber nicht verhört worden. (Hört! Hört!)

Grillenberger hat selbst in der Kommission erklärt, daß er nicht aus eigener Erfahrung mich beschuldigt habe, sondern daß er es von dem Prokuristen des „Berliner Volksblatt“, Herrn Jacob Bamberger, habe. Zu derselben Zeit, als der Abgeordnete Grillenberger vom Geschäftssozialismus sprach, erschienen in der „Berliner Volkszeitung“ mehrere Notizen und Artikel, in denen ich als Schildknappe Schippel's hingestellt wurde und als Mann mit den geschäftspolitischen Machenschaften. Ich wußte gar nicht, wie nur diese „geschäftspolitischen Machenschaften“ in die „Berliner Volkszeitung“ gekommen waren. Ich ging in Folge dessen in Versammlungen gegen die „Volkszeitung“ vor, und eine große Parteiversammlung auf Tivoli beschloß, die „Berliner Volkszeitung“ habe sich in die Parteiverhältnisse der Sozialdemokraten nicht hineinzumischen. Das „Volksblatt“ druckte diese Resolution ab und erklärte, wir haben mit der „Volkszeitung“ nichts mehr zu thun. Darauf erschien eine ziemlich gehässige Erklärung in der „Volkszeitung“ im Briefkasten: Endlich haben wir einmal das „Berliner Volksblatt“ auf einer Doppelzüngigkeit ertappt. Damals, als wir die geschäftspolitischen Machenschaften gegen das „Volksblatt“ aufdeckten, war man mit denjenigen Theil, welcher die Angelegenheit provozirte, einverstanden, jetzt aber, wo die Angriffe nur gegen die „Berliner Volkszeitung“ gehen, zieht man sich einfach von dieser Sache zurück.“ Das ist doch ein Beweis von einer ziemlichen Dreistigkeit. Wir haben uns nun die größte Mühe gegeben, danach zu forschen, was es denn eigentlich mit dieser Notiz für eine Bewandtniß hat, und wir haben selber nachher klargestellt bekommen, daß eben Herr Jacob Bamberger, der Prokurist des Volksblatts, thatsächlich auf der Redaktion des Berliner Volksblatt verkehrte und daß, wenn er zu der Zeit zu Hause gewesen wäre, als der Streit mit der Volkszeitung und dem Volksblatt entstand, nie und nimmer diese Polemik hätte entstehen können. Ledebour, der jetzt weg ist von der Volkszeitung, erklärte später seinem Freunde Wille in Gegenwart des Redakteurs Scherbel aus Berlin, daß die Anzapfungen dem Genossen Schippel gegenüber auf Veranlassung der Redaktion des Berliner Volksblatts geschehen seien. Damit halten sie zusammen, daß Herr Jacob Bamberger, der als Prokurist gar nichts weiter zu thun hat, als die Druckaufträge des Blattes entgegenzunehmen, sich permanent in der Redaktion befindet. Herr Bamberger sollte eben Thatsachen gegen meine Person aufbringen, und darum sage ich, daß er als Zwischenperson viel mehr Schuld hatte als Grillenberger. Man hat mich nun deswegen des Geschäftssozialismus geziehen, weil ich angeblich Druckarbeiten, die ich in unserer Druckerei nicht schaffen konnte, an eine andere Druckerei die nicht tarifmäßig bezahlte, weggegeben habe. Felgentreff und Mohrbach haben dieses Material zusammengebracht. Sie sind, um

Erkundigungen einzuziehen, bei den verschiedensten Druckereien wegen des Auftrages des „Almanach" gewesen. Mohrbach ist hier garnicht erschienen, weil Unregelmäßigkeiten gegen ihn vorliegen. Das sind die Elemente, die man gebraucht, um Material zusammenzusuchen gegen andere Parteigenossen, die es einmal gewagt haben, Herrn Jacob Bamberger oder irgend Jemand Anderem entgegenzutreten. Wegen Abgabe eines Druckauftrages kann man mich des Geschäftssozialismus nicht beschuldigen. Die erwähnte Druckerei zahlt zur Zeit tarifmäßig. Dagegen kann ich beweisen, daß Bamberger, seit 20 Jahren ein Freund verschiedener Fraktionsleute, nachdem er mit Herrn Bading die Druckerei in Händen hat, seine Druckerei drei Jahre lang gesperrt gesehen hat, weil er nicht tarifmäßig zahlte. Man hat nun, um der Sache eine persönliche Spitze zu geben, Dolinski mit in die Debatte gezogen. Dolinski ist seit 3 Wochen in unserem Geschäft thätig. Er ist gewerkschaftlich so engagirt, daß er in Berlin keine Arbeit mehr bekommt und da haben wir gemeint, ihn anstellen zu müssen, gleichviel ob er gewerkschaftlich ruinirt ist oder nicht. Bamberger erklärte, daß die Kaution, weswegen man den Dolinski immer verdächtigte, nicht verloren gegangen sei, sie sei gerettet worden, aber man kann es nur nicht dem Dolinski sagen, sonst könnte er schließlich sich nicht alles so gefallen lassen, was über ihn geredet werde. Eigenthümlich ist das Verfahren Bambergers resp. des Volksblatt in Bezug auf den von Wille geschriebenen Artikel in der „Sächsischen Arbeiterzeitung". Es wurde gesagt, es ist hier ein Artikel geschrieben worden, aber das wahre Streitobjekt brachte man nicht zur Kenntniß der Leser, sondern schrieb unten in einer Note, wir halten es nicht für werth, diesen Artikel zu veröffentlichen, weil wir nicht die Ansichten theilen, die darin enthalten sind. Ja, wenn man ein Streitobjekt aufwirft, so erfordert es die Gerechtigkeit, daß man dieses Streitobjekt auch abdruckt. Nun erschien dies Streitobjekt in der „Berliner Volkstribüne", infolgedessen sich die Polemik zwischen Liebknecht und Schippel entwickelt hat. Der Abgeordnete Liebknecht hat hier vom Podium herab erklärt, daß der Artikel in die Volkstribüne gekommen sei, weil man dem Redakteur, der selbst nicht daran Schuld sei, die Pistole auf die Brust gedrückt habe (Liebknecht: Ist auch wahr!) Redakteur Schmidt hat hier eine Erklärung niedergelegt, in der er behauptet, daß daran kein Wort wahr sei, daß aus seinem eigenen Ermessen dieser Artikel hineingekommen sei. Dr. Konrad Schmidt hat Bebel ersucht, er möge es hier konstatiren, daß ohne jegliches Zuthun irgend welcher Berliner Genossen der Artikel aus der Sächsischen Arbeiterzeitung in die Tribüne gekommen sei. Bebel hat ihm nun, wie mir Schmidt mitgetheilt hat, gesagt, daß er diese Mittheilung telephonisch aus dem Bureau erhalten habe. Als Schmidt etwas darauf entgegnete, erklärte Bebel, ja der Mann hat

etwas gehört, das sind seine Vermuthungen, er hat sich ein Urtheil darüber gebildet und dieses Urtheil hat man mir mitgetheilt, das kann ich den Leuten gar nicht verdenken (**Bebel**: das habe ich nicht gesagt; bekannte Verdrehung!) Nun, da ist wohl zur Evidenz bewiesen, daß eine Zwischenperson (Unruhe) vorhanden ist. Und noch eins. Herr Bamberger hat sich unter dem Sozialistengesetz öffentlich in Berlin gar nicht bemerkbar gemacht. Wie konnte er da mit einem Mal auf dem Parteitag mit einem Mandat erscheinen? (Fortgesetzte Unruhe.) Meine Behauptung in Bezug auf meine Anstellung beim „Berliner Volksblatt" halte ich voll und ganz aufrecht. Wäre ich beim „Volksblatt" angestellt worden, ich hätte mich nie und nimmer selbstständig gemacht. Ich konnte mich nirgends halten, weil ich überall von der Polizei umlagert war. Ich bin deshalb mit Einem, der schon eine Druckerei hatte, in Verbindung getreten, ohne einen Pfennig Geld. Herr Bading hat mir allerdings 500 Mk. auf zwei Wechsel gegeben. Aber die Dankbarkeit dafür kann mich doch nicht abhalten, Sachen, die mir in der Partei nicht gefallen, zu mißbilligen und ihnen entgegenzutreten. Man hat mir weiter vorgeworfen, der Direktor des „Münchener Brauhaus," Arndt, hätte mir 20 000 Mk. geboten, um ein Konkurrenzblatt gegen das Volksblatt zu gründen. Ich habe das schon einmal in der Lipsversammlung widerlegt und gesagt, ich hätte Jeden, der mir derartiges angesonnen, ganz energisch zurückgewiesen. Ich weise diese Unterstellung noch einmal ganz entschieden zurück und berufe mich auf meine Berliner Parteigenossen, die nicht meine persönlichen Feinde sind. Wenn ich Geschäftssozialist bin, dann sind es alle, die vielleicht nur ein Geschäft machen, und die ganz andere Sachen gemacht, die den Bierstreik in Berlin ausnutzten, um das Fürther Bier aus Nürnberg durch Bamberger in Berlin einzuführen, wo er von Nürnberg Prozente in Anspruch nimmt (**Bebel**: wieder unwahr! große Unruhe.) Ich werde Beweise bringen. Es ist mir dann eine unanständige Handlung in der Kommission vorgehalten worden. Ich könnte nun sagen, ich war zu der Zeit, als die Sache geschehen ist, 20 Jahre alt, und habe es vielleicht in meiner Dummheit gemacht. Aber ich erkläre auf Ehrenwort, daß ich es niemals gethan habe. In Berlin ist eine Kommission darüber eingesetzt worden, wozu der Betreffende geladen war, er ist aber nicht erschienen, um seine Beschuldigung gegen mich aufrecht zu erhalten. Ich habe in der Kommission auf Ehrenwort, ich weiß ja nicht, ob ich noch eins habe, erklärt, daß ich diese That nicht begangen habe. Ich meine, was sich ein Parteigenosse nicht erlauben darf, dürfen sich die Fraktionsmitglieder auch nicht erlauben; die Fraktionsmitglieder sind nicht mehr, als die anderen Parteigenossen. (**Bebel**: selbstverständlich!) Die Volkstribüne ist ein Organ, welches vollständig mit der Polizei nichts zu thun hat, und doch geht ein Theil

der Fraktionsleute nach Hannover, Köln, Solingen u. s. w. und erklärt, das Organ sei ein Polizeiorgan und sein Redakteur ein zweideutiger Mensch. Da habe ich ein Recht, zu sagen, diese Sachen gehören sich nicht, und ich werde mich nicht scheuen, auch wenn ich die Herren Abgeordneten gegen mich habe, derartige Unregelmäßigkeiten zu rügen. Sie können mit mir machen, was sie wollen. Ich gebrauche nicht erst Hinterthüren, sondern was ich zu sagen habe, — das ist meine Ungeschicklichkeit und Plumpheit — das sage ich den Leuten ins Gesicht. Davon soll man mir erst einmal das Gegentheil beweisen. Ferner ist mir ein schwerer Vorwurf daraus gemacht worden, daß ich in Magdeburg eine Versammlung abgehalten habe, wo ich mich kolossal mißbilligend über den Organisationsentwurf ausgesprochen haben soll. Nach den Berichten habe ich aber im Eingang der Rede gesagt: Wir erkennen ja die Ueberlegenheit jener Genossen Bebel, Liebknecht, Singer gern an, haben sie auch nie angegriffen, aber wir haben das volle Recht, den Maßstab der Kritik an sie zu legen und zu sagen, das und das gefällt uns nicht von euch — und das Recht der freien Kritik darf ich mir doch wohl noch erlauben. Wenn ich dann über die theuren Wohnungen der Abgeordneten gesprochen habe . . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Singer (unterbrechend): Der Parteitag ist gewiß gewillt, dem Redner möglichst Zeit für seine Ausführungen zu gestatten, dann sollte er sich aber doch dazu entschließen, nur zu dem im Berichte Vorgetragenen zu sprechen. Von der Magdeburger Versammlung z. B. steht im Bericht kein Wort, von vielen anderen Dingen, die der Redner bespricht, auch nichts.

Werner (fortfahrend): Es sind Dinge verbreitet worden, die jeder Basis vollständig entbehren. (Unruhe.) Ich soll mich um das Vereinsblatt beworben haben. Ist denn das nicht eine ganz geschäftliche Handlung? Wenn dann später in Berlin, und zwar wieder vom Volksblatt, verbreitet wurde, ich sei bei Wernigerode auf dem Brocken gewesen und hätte dorthin die ganze Opposition zu einer geheimen Sitzung bestellt. (Heiterkeit.) Wenn solche Gerüchte verbreitet werden, so sind das ganz unanständige Unterstellungen. Wenn man mir den Geschäftssozialismus nicht nachweist, so werden mir alle Parteigenossen nachsagen müssen, daß bei mir davon nicht die Rede sein kann. Verurtheilen Sie mich oder nicht, es ist mir ganz egal; ich gebe hiermit die Erklärung ab: ich bleibe nach wie vor Sozialdemokrat und sage mit Wille: „Es giebt noch einen Ort, wo man sich zurückziehen kann!"

Pfannkuch: Ich mache darauf aufmerksam, daß durch Beschluß des Parteitages, auf Grund des Antrags Stadthagen, der Neunerkommission ihr Arbeitspensum und Arbeitsgebiet vorgeschrieben war und wir durchaus kein Interesse daran hatten, es aus eigener Initiative zu erweitern. Daß wir nicht alle von Werner vor-

geschlagenen Zeugen gehört haben, beruht darin, daß schon zwei zu seinen Gunsten dasselbe bekundet hatten, wir also einen dritten und vierten nicht brauchten.

Schmidt-Burgstädt: Ich bitte um möglichst einstimmige Annahme des Kommissionsberichts. Ich kenne Werner sehr lange, kenne auch die Berliner Opposition und bin geradezu erstaunt über die Objektivität des Urtheils. Die Berliner Genossen müssen mir bestätigen, daß das Urtheil ihnen aus der Seele gesprochen ist; es stellt den Sachverhalt so naturgetreu hin, daß gar nicht mehr daran zu rütteln ist. Sprechen wir der Kommission unser volles Vertrauen dadurch aus, daß wir einstimmig bestätigen, daß sie ein durchaus objektives Urtheil gefällt hat.

Meister-Hannover: Es soll Jemand die Niedertracht begangen haben, die „Volkstribüne" als Polizeiorgan zu bezeichnen, und dabei wurde auch Hannover genannt. Da mir nun selbst in Berlin eine derartige Niederträchtigkeit vorgeworfen wurde, so richte ich an Werner die Frage, wer das gethan hat. (Werner ruft: Der Abgeordnete Frohme!) Wir in Hannover wissen von einer solchen Aeußerung Frohme's nichts.

Pfannkuch: Wir haben die Form dieser so viel umstrittenen Aeußerung genau festzustellen gesucht und es ergab sich folgendes: Frohme erklärt, und das ist auch anderweitig bekannt durch andere Fraktionsmitglieder, er habe ausgeführt, die Schreibweise Schippel's sei eine derartige, daß, wenn er bewußter Weise im Dienste der Polizei stände, er nicht geschickter diese Schreibweise ausüben könnte. (Vereinzelte Pfuirufe.)

Zu einer Erklärung bezüglich des „Berliner Volksblatt" erhält das Wort der als Berichterstatter auf dem Parteitag anwesende

Redakteur des „Berliner Volksblatt" Baake: Genossen! Das Bureau hat mir gestattet, obgleich ich nicht als Delegirter hier anwesend bin, eine kurze Erklärung im Namen der Redaktion abzugeben. Herr Werner sagt, Wille hätte ihm mitgetheilt, der Redakteur Ledebour von der „Volks-Zeitung" habe in Gegenwart eines anderen Redakteurs Namens Scherbel erklärt, die Angriffe gegen Schippel in der „Volks-Zeitung" seien auf Veranlassung der Redaktion des „Berliner Volksblatt" erfolgt. Wenn eine solche Aeußerung in der That gefallen ist, so ist damit eine unwahre Behauptung ausgesprochen worden. Ich als Mitglied der Redaktion weiß nicht das Geringste darüber, daß unserseits ein Eingreifen der Volks-Zeitung veranlaßt sein soll. Die Schilderung des Verhältnisses, in welchem Bamberger zur Redaktion steht, ist in den meisten Punkten übertrieben. Wir stehen wohl im Verkehr mit Bamberger, der auch häufig auf die Redaktion kommt, aber daß er bestimmenden Einfluß auf unsere Entschlüsse und Handlungen hätte, bestreite ich entschieden im Namen der Redaktion des „Berliner Volksblatt". (Bravo!)

Bebel: Herr Werner hat auch heute wieder genau dieselbe Taktik in seinen Ausführungen verfolgt, welche wir bereits während der früheren Verhandlungen an ihm beobachtet haben, obgleich er sich hätte angelegen sein lassen sollen, hier angesichts seiner bisherigen Erfahrungen nicht wieder in diese Taktik zurückzufallen. Da es ausgeschlossen ist, daß der Parteitag unzurechnungsfähig ist, so muß es sich wohl bei Werner um eine Art von Geistesverfassung handeln, die sehr zu seiner Entschuldigung spricht. Eine andere Frage ist freilich, ob ein Mann, der absolut außer Stande ist, Wahres von Unwahrem zu unterscheiden, immer und immer wieder schon erledigte Dinge in der früheren unwahren Weise hier vorbringen soll; ich überlasse das ganz der Beurtheilung des Parteitages.

Die ganze Taktik Werner's ist auch jetzt wieder darauf ausgegangen, die Ausführungen der Kommission möglichst zu umgehen und eine Menge von Dingen vorzuführen, auf welche die Kommission kein Gewicht gelegt oder welche sie als durch die Zeugenaussagen erledigt angesehen hat. Auf diese Art zwingt Werner uns wieder in eine lange Debatte hinein, die in seinem eigenen Interesse möglichst hätte vermieden werden sollen. Er zerrt die Magdeburger Vorgänge hier herein, die in der Kommission, unter meiner Zuziehung erörtert worden sind und auf die die Kommission nicht mehr zurückgekommen ist. Dann erwähnt er auch die Harzzusammenkunft, über welche alle, die davon hörten, gelacht haben. Wenn Werner und seine Freunde wirklich zusammengekommen sind, warum soll man ihnen das Recht dazu bestreiten? Haben die einzelnen Männer der Opposition gemeinsame Zielpunkte, dann haben sie gewiß nur ihr Recht wahrgenommen, wenn sie zusammenkamen.

Nun schreitet er aber zu neuen Verdächtigungen fort. In der Bading'schen Druckerei soll vor Jahren nicht tarifmäßig bezahlt worden sein. Bamberger erklärt, es ist allerdings wahr, daß in dem Organ der Buchdrucker dem „Correspondent" unsere Druckerei vor einigen Jahren unter den nicht tarifmäßig zahlenden aufgeführt worden ist; darauf haben wir die Kommission der Buchdrucker herangezogen, ihr die Bücher vorgelegt, und die Kommission hat sich von der Einhaltung des Tarifs überzeugt.

Wer aber war der Mann, der diese niederträchtige Verleumdung veröffentlicht hat? Das war derselbe Herr Dolinski, der jetzt bei Werner beschäftigt ist. (Hört! Hört!) Mit Dolinski haben wir ja noch näher zu thun, ich kenne ihn sehr genau, zu genau, seit 13, 14 Jahren; es ist da allerlei vorgekommen, was wir untersuchen werden und was wesentlich anders ausfallen dürfte, als es ihm lieb sein wird. Ferner soll Bamberger wegen der Kaution irgend etwas zugegeben haben. Dolinski war Redakteur der „Freien Presse"; er wurde gegen 1500 Mark Kaution aus der Untersuchungshaft entlassen und ging ins Ausland, nach der Schweiz, wo ich ihn gesehen

habe und wo er eine solche Haltung eingenommen hat, welche ganz besonders die untersuchende Thätigkeit der Parteileitung herausfordern wird. Dann stellte er sich den Gerichten und nun war selbstverständlich diese Kaution fällig. Ich halte es für ganz undenkbar, daß Bamberger gesagt haben sollte: „Die Kaution ist zurückgezahlt worden, aber Dolinski darf das nicht erfahren.“ Dolinski mußte doch vom Gericht selbst unterrichtet werden, daß die Kaution durch seine Gestellung hinfällig geworden sei und an wen sie gezahlt werden solle. Da Rackow die Kaution gestellt hatte, ist sie nach London gesandt worden und Rackow hat sie mir überwiesen für die Parteikasse. Ich habe sie erhalten, Dolinski aber mußte davon, als der erste, unterrichtet sein.

Weiter behauptet Werner, Bamberger habe den Bierboykott in Berlin — einen der verhängnißvollsten Schritte, die je unternommen worden sind und wobei Werner der Hauptattentäter war — benutzt, um Nürnberger Bier nach Berlin zu schaffen, und für diese Organisation des Bierabsatzes von dem betreffenden Brauer Prozente erhalten. Redner weist nun des Längeren aus persönlicher Kenntniß nach, wie diese Werner'sche Behauptung unwahr und völlig grundlos sei, und fährt fort:

Es wird auch hierbei wieder nur zu klar, was für Mittel und Wege angewandt werden, jemand zu verdächtigen. Bamberger gehört zu den verhaßtesten Personen bei Werner und einigen seiner Freunde (Ruf: In ganz Berlin!) — ja, das sind die alten Redensarten, man spricht von ganz Berlin, ohne ein Recht dazu zu haben. Bamberger ist seit mehr als 20 Jahren in der Partei; eine Anzahl Personen, welche zufällig auch Reichstagsabgeordnete sind, kennen ihn, haben mit ihm verkehrt, einige häufiger, wozu ich nicht gehöre. Daß dabei auch die Berliner Vorgänge erörtert werden, liegt auf der Hand. Der weitere Umstand, daß Bamberger Prokurist beim Volksblatt ist und als solcher mit der Redaktion in Verbindung steht, macht es erklärlich, daß bei diesem Verkehr die verschiedensten Dinge besprochen werden, Gutes und Schlechtes, wie Sie wollen. Aber da man Bamberger geradezu als die Mittelsperson bezeichnet hat, die sich zwischengedrängt und systematisch auf die Verhetzung der Berliner Genossen hingearbeitet habe, so erkläre ich, daß von allem diesem kein Wort wahr ist! Ist es nicht zugleich die stärkste Beleidigung, die man uns einzeln und insgesammt anthun kann, daß ein Einzelner die Macht haben soll, uns gegen die Genossen zu verhetzen? Ich verwahre mich dagegen aufs entschiedenste (Lebhafter Beifall), ich verwahre dagegen auch alle meine Freunde; ich würde mich dessen in der Seele schämen. Als Kassirer muß ich doch am besten wissen, wie groß die Opferwilligkeit der Parteigenossen in Berlin ist; wer da bestrebt sein wollte, dieselben bei uns zu verdächtigen, der würde schön von uns heimgeschickt werden.

Eins aber muß ich erklären. Allerdings sind nicht blos erst

in der letzten Zeit, sondern vom ersten Augenblick der Wirksamkeit des Ausnahmegesetzes an, immer von einem mehr oder weniger großen Theil, mitunter blos von einzelnen, bei der Fraktion, die verschiedensten Versuche gemacht worden, die Fraktion unter das Aufsichtsrecht der Berliner Genossen zu stellen. Man hat mir sogar Deputationen geschickt, durch die man von mir Abrechnung verlangte, und Derjenige, der einmal in diesem Auftrage kam, ist hintennach unzweifelhaft als Polizeispitzel entlarvt worden. (Hört, hört! Große Bewegung.) Sie drangen auf Abhaltung von Konferenzen, welche nothwendigerweise das Material zu einem Geheimbundprozeß geliefert hätten! Weil wir dies alles wußten, haben wir sochen Zumuthungen den entschiedensten Widerspruch entgegengesetzt. (Lebhafte Zustimmung; Ruf: Mit Recht!) Wir sind dadurch in viele persönliche Unannehmlichkeiten gekommen, welche ganz wesentlich dazu beigetragen haben, allmählich eine gewisse Entfremdung zwischen einem Theil der Berliner Genossen und der Fraktion herbeizuführen. Es ist das die Schuld eines mehr oder weniger großen Theils der Berliner Genossen, welche innerhalb der Ausnahmegesetzperiode unausgesetzt diese Bestrebungen zur Geltung bringen wollten.

Ueber diese Verhältnisse und Vorgänge ist in der Fraktion ungemein oft gesprochen worden; es ist daselbst häufig zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, schließlich haben wir uns aber stets verständigt, wir müßten jeden solchen Versuch der Berliner, sich als kontrollirende Behörde aufzuspielen, zurückweisen. Ich will nicht weiter auf diese Dinge eingehen, ich müßte da zu Vorgängen kommen, die hier öffentlich zu erörtern für beide Theile bedenklich und unangenehm wäre. Ich glaube, ich habe genug gesagt.

Herr Werner hat weiter erklärt, er würde sich nicht nehmen lassen, Vorgänge, die zwischen einzelnen Abgeordneten und dem Redakteur der „Volkstribüne“ sich abgespielt hätten, zu rügen und öffentlich zu besprechen. Es liegt hier immer wieder der fortgesetzte Versuch vor, den Verdacht zu erwecken, als gäbe es einen Menschen in der Partei oder in der Fraktion, der ihm und seinen Freunden das Recht der Kritik nehmen wollte. Aber die Kritik soll anständig, mit Wahrheit und Wahrhaftigkeit, geübt werden. Im Genter Manifest steht der schöne Satz: „Wir sind verpflichtet, gegen uns selbst und allen Menschen gegenüber Wahrheit und Wahrhaftigkeit im Umgange zu pflegen.“ Es möchte vielleicht nothwendig sein, diesen Satz in das Parteiprogramm aufzunehmen für die, die das nicht begreifen, und dazu gehört in erster Linie Werner. (Heiterkeit.) Schippel hat sich durch meine Mittheilungen über die Verhandlungen in der Fraktion über die Vorgänge, auf die Werner anspielt, für zufriedengestellt erklärt. Das weiß Werner, und doch tritt er immer

wieder mit diesen Verdächtigungen vor uns. Werner hat gesagt, Konrad Schmidt, der Redakteur der „Volkstribüne", habe ihm erklärt, daß mir aus der Redaktion des „Berliner Volksblatt" verdächtigende Aeußerungen über Berliner Genossen zugegangen seien. Ich habe zu erklären, daß Bamberger, den er hierbei im Auge hatte, bei dieser ganzen Sache nicht in Frage kommen konnte, weil er sich zu jener Zeit auf einer Erholungsreise auf Rügen befand, und daß Konrad Schmidt, mit dem ich die Sache in der freundschaftlichsten Weise besprach, wie es sich unter Genossen versteht, in Plauen, wohin er auf meine Einladung kam, mir gesagt hat, es sei ihm nun unendlich viel klar, was ihm früher nicht klar gewesen, er sei in verschiedenen Richtungen getäuscht worden. Wenn viele Genossen über die Parteiverhältnisse sich mehr zu informiren suchten, so würde unendlich viel Streit, Zank und Unannehmlichkeiten vermieden werden. (Sehr richtig!) Werner aber hat es stets verschmäht, sich an der Quelle Aufschluß zu verschaffen. Was die telephonische Mittheilung betrifft, so habe ich Schmidt gesagt, daß Baake mir die betreffende Mittheilung gemacht habe. Schmidt hat sich mit Baake ins Einvernehmen gesetzt und mir gesagt, daß meinerseits ein Irrthum vorliege; ich habe meinen Irrthum unbedingt zugegeben; ich war zu jener Zeit mit Arbeiten überhäuft, sodaß der Irrthum sehr verzeihlich war. Ich kann also nicht konstatiren, wer mir jene Mittheilung aus dem Volksblatt telephonisch zurief; Bamberger aber war es nicht, sonst hätte ich ihn an der Stimme erkannt.

Werner hat dann, entgegen den klaren und bestimmten Ausführungen des Urtheils, auch jetzt wieder erklärt, er wäre nie Unternehmer geworden, wenn er noch fernerweit in Berlin hätte Beschäftigung finden können. Ich will zugeben, daß er im Laufe seiner Thätigkeit in Berlin ein oder mehrere Male gemaßregelt worden ist. Aber ich konstatire, daß seine letzte Stellung eine solche war, daß der betreffende Buchdruckereibesitzer garnicht an seine Maßregelung gedacht hat. Der Mann hat bezeugt, daß Werner ihm freiwillig gekündigt hat mit der Motivirung, daß er sich selbstständig machen wolle. (Hört! Hört!) Ich habe nichts hinzuzufügen.

Ueber eins will ich noch in der Partei volle Klarheit schaffen. Ich wiederhole hier, daß ich selbst es auf das Allerentschiedenste verurtheilt habe, daß die Berliner „Volkszeitung" damals, als die Konflikte zwischen uns und der Opposition ausbrachen, sich in einer Art und Weise gegen die Opposition benommen und dieselbe kritisirt hat, wozu ihr nach meiner Auffassung kein Recht zustand, da sie kein Parteiblatt ist. Aber ich muß weiter erklären, daß, soviel ich unterrichtet bin, zum Mindesten kein Fraktionsmitglied hinter diesen Dingen stand. Was die Volkszeitung gethan, haben die Redakteure

auf eigene Faust gethan, und wenn sie von manchen inneren Vorgängen in der Partei, die wir sehr viel lieber begraben sein lassen wollten, eine Kenntniß, die uns selbst sehr unangenehm ist, hatten, so sind nicht wir es, durch die sie diese Kenntniß erlangt haben. (Lebhaftes Bravo!)

Von den Chemnitzer Delegirten wird folgende Resolution mitgetheilt:

> Die heute im Gasthaus Wiesenthal versammelten Parteigenossen von Chemnitz Stadt und Land erklären sich mit der Haltung ihres Abgeordneten, Herrn Max Schippel, voll und ganz einverstanden und beauftragen die heute zum Parteitage gewählten Delegirten, diese Resolution dem Parteitage zu unterbreiten.
>
> Chemnitz, 8. Oktober 1890.
>
> Wagler. Binneberg. Heiner. Hendel. Krauß.

Schippel: Ich bin in der merkwürdigen Lage, daß ich für einen Parteigenossen sprechen muß — ich betrachte ihn als solchen — mit dem ich in den letzten Monaten in ziemlich hartem Kampfe gelegen habe. Sehe ich mir unser Parteileben an, so gestehe ich offen, daß Werner, allerdings etwas rücksichtsloser und weniger anständig, als es sonst der Fall, aber doch so ziemlich dasselbe thut, was Tag für Tag in unserer Partei massenhaft geschieht. Das Benehmen Werner's auf diesem Kongreß war weder gut noch besonders anständig. Aber wenn ihm Geschäftssozialismus vorgeworfen wird: nun, wie viele sind unter uns, über welche in solchen Fällen, wo etwas nicht sicher zu beweisen war, doch in der Oeffentlichkeit derartige Gerüchte kolportirt wurden? Wir haben es selber hier auf dem Parteitage erlebt von einem angesehenen Parteigenossen, daß er ruhig Gerüchte als Thatsachen ausgesprochen hat. Unser alter Parteigenosse Liebknecht, ich will nicht sagen, daß er die Unwahrheit wissentlich hat sagen wollen, hat gesagt, er wisse ganz bestimmt, daß dem Redakteur der „Volkstribüne" die Pistole auf die Brust gesetzt worden wäre, damit er eine Erklärung gegen ihn, Liebknecht, aufnähme. Am nächsten Tage bekamen wir einen Brief von Schmidt selber, worin er das ganz entschieden zurückweist. Nun, das ist eben eine Art zu reden und zu kämpfen in unserer Partei, die sich unter dem Sozialistengesetz bei uns eingelebt hat. Und wenn der Eine dies thut, dann wollen wir deswegen auf den Anderen keinen Stein werfen. Herr Liebknecht hat sogar die Erklärung von Schmidt gehört und doch seine Behauptung aufrecht erhalten. Also, wenn wir das alles soweit kontrolliren wollten, daß wir es gleichsam gerichtlich erhärteten, dann dürfte man sich wohl über Weniges in der Partei aussprechen. Ungerechtfertigte Vorwürfe wegen des Geschäftssozialismus kommen in unserer Partei alle Tage vor. Auch Grillenberger, wie wir aus der Volksblattnotiz gesehen, hat Werner vorgeworfen, seine ganze Opposition rühre daher, daß er

das Volksblatt nicht zum Druck bekommen habe. Ich will mit Grillenberger nicht darüber rechten, daß er dies gesagt; aber er hätte vorsichtiger und sich mehr erkundigen sollen. Das sind Vermuthungen, für die der Beweis fehlt. So hat es auch Werner gemacht. Wir sollten die ganze Gelegenheit viel weniger benutzen, um Werner eine Lektion zu ertheilen, sondern wir alle sollten für uns selber eine Lehre daraus ziehen. Was Werner dutzendfach gethan, hat jeder Einzelne von uns ein oder zwei Mal gethan.

Es hat in der letzten Zeit den Anschein gewinnen können, als ob die Fraktion als Körperschaft irgendwie gegen mich vorgegangen wäre. Das hat sie niemals gethan, auch früher nicht. Die ganze Fraktion kann nicht verantwortlich gemacht werden für das, was vielleicht Zwei oder Drei einmal gethan haben. Ich konstatire weiter, daß die Fraktion sogar, wo Uebergriffe vorgekommen, diese korrigirt hat und daß die Sache für mich erledigt ist und für die Partei. Wenn Werner mal ein Wort fallen läßt, was uns nicht gefällt, so wollen wir ihm das nicht so verübeln. Entnehmen wir für uns die Lehre daraus, daß wir Alle zusammen nicht so viel unnützes Zeug schwätzen sollen.

Grillenberger: Werner hat den Thatbestand, der durch die eingehenden Zeugenvernehmungen in der Kommission festgestellt ist, verwirren wollen. Er hat behauptet, ich hätte in der Kommission erklärt, daß das, was ich in Bezug auf seinen Geschäftssozialismus wisse, mir durch Bamberger mitgetheilt sei. Dies ist unwahr. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß das, was Anderen bekannt geworden ist über jene Geschichte, über die Vergangenheit Werner's, daß das nicht auf meine eigene Wissenschaft zurückzuführen sei, sondern daß mir die Mittheilungen darüber von Bamberger geworden sind. In Bezug auf den Geschäftssozialismus habe ich ausdrücklich angegeben, daß andere Berliner Parteigenossen Mittheilungen gemacht haben, und in der Kommission ist auch eine Reihe von Briefen verlesen worden, die mir ungefordert zugegangen sind. Also nicht die Angaben über den Geschäftssozialismus habe ich von Bamberger erhalten, sondern über die andere Affaire, auf welche die Kommission nicht eingegangen ist, weil sie zu weit in der Zeit zurückgelegen hat, als daß wir uns darüber vergewissern könnten. In Bezug auf diesen Punkt wird Werner nichts anderes übrig bleiben, als die Personen, die ihm das vorgeworfen, gerichtlich zu belangen und so den Thatbestand festzustellen.

Im Kommissionsbericht heißt es unter A: Wille habe mir persönlich den Vorwurf des Geschäftssozialismus gemacht Das ist nicht ganz richtig. Wille hat den Vorwurf erhoben gegen die gesammte Parteileitung und gegen die Partei im Allgemeinen, und als Angehöriger der Parteileitung habe ich selbstverständlich diesen Vorwurf zurückgewiesen und gesagt, Wille könne sich über den Begriff

des Geschäftssozialismus durch seinen Freund Werner belehren lassen. Ich bitte, diese Aenderung im Protokoll wiederzugeben, damit mir nachher kein Vorwurf gemacht werden kann.

Herr Schippel hat gemeint, ich hätte ja auch eine Unrichtigkeit verübt, indem ich Werner vorgeworfen hätte, derselbe habe das „Berliner Volksblatt“ an sich reißen wollen. Es geht aber aus meiner Erklärung klar hervor, daß die eigene Person von Werner dabei garnicht in Betracht gekommen ist. Ich habe in der Nürnberger Versammlung erklärt, daß in Berlin gewisse Leute vorhanden sind oder waren, die das „Berliner Volksblatt“ gern an sich gerissen hätten. Damit meinte ich den Theil der Genossen, die zur sogenannten inneren Bewegung gehören, welche das Blatt für diese Bewegung reklamiren wollten, während die Fraktion die Absicht hatte, dasselbe zum Centralorgan der Partei zu erklären. Es war gar keine Rede davon, daß ich in jener Versammlung Werner vorgeworfen, er hätte das Volksblatt zum Druck an sich reißen wollen.

Ob Schippel ein- oder zweimal gethan, was Werner dutzendmal gethan hat, kann ich nicht untersuchen, aber ich für meine Person, und ich kann das wohl auch für meine übrigen Kollegen in der Fraktion aussprechen, wir verwahren uns dagegen, daß wir mit Werner auch nur in einem Punkt in Vergleich gestellt werden. (Sehr gut!)

Schmidt-Berlin (große Unruhe): Ich kenne keine „innere“ Berliner Bewegung, sondern nur eine Berliner Bewegung. Ich bedaure, daß Werner in etwas leichtfertiger Weise Verdächtigungen gegen einzelne Personen erhoben, nur möchte ich ihn gegen den Vorwurf des Geschäftssozialismus in Schutz nehmen. Der Druck der „Volks-Tribüne“ wurde ursprünglich einem Drucker übergeben, der bis dahin kein Parteigenosse war und vielleicht auch bis heute noch nicht Parteigenosse ist. Wir hatten eben in Berlin keinen Parteigenossen, der die Tribüne hätte drucken können. Mittlerweile gründete Werner eine Druckerei mit einem Genossen zusammen und wir übergaben ihm den Druck, weil er unser Gesinnungsgenosse ist. Wäre Grillenberger in Berlin gewesen, so wäre er vielleicht in Frage gekommen. Werner hat also nicht die Tribüne zu sich herübergezogen, um Geschäfte zu machen, sondern die Genossen haben in ihrer Mehrheit beschlossen, diesem Parteigenossen die „Volks-Tribüne“ zum Druck zu geben. In derselben Weise verhält es sich auch mit dem Almanach. Auf Wunsch Schippel's wurde beschlossen, die „Arbeiterbibliothek“ vorläufig bei dem anderen Drucker, Posekel, zu lassen, um ihm nicht sofort den ganzen Erwerb zu nehmen. Ich glaube, Grillenberger hat etwas gesündigt, wenn er sagte: unter drei Berliner Parteigenossen ist immer ein Spitzel. —

Vorsitzender Singer: Grillenberger hat nur gesagt, man sei zu

gewissen Zeiten in Berlin nicht sicher gewesen, ob nicht, wenn drei Parteigenossen beieinander waren, ein Polizeispitzel dazwischen war.

Schmidt (fortfahrend): Ich nehme das Wort zurück. (Große Unruhe.) Grillenberger wird nicht bestreiten, daß die Bemerkung der „Fränkische Tagespost" von wegen der „silbernen Löffel" direkt gegen Werner gerichtet war. Nun ist ja diese Angelegenheit noch nicht ganz aufgeklärt. Aber selbst wenn es Wahrheit gewesen wäre, was Grillenberger andeutete, so ist es doch nicht nöthig, unseren Feinden das Schauspiel zu geben, in solch gehässiger Weise gegen einen Genossen vorzugehen. Wäre es wahr, dann wäre der betreffende Parteigenosse hinausgeworfen worden. Es war aber nicht gut, zum Gaudium unserer gegnerischen Presse so etwas vorzubringen. (Fortdauernde Unruhe.)

Es werden Schlußanträge gestellt.

Thierbach erklärt sich gegen den Schluß, damit nicht von den Berliner Genossen der Vorwurf erhoben werden könne, sie seien vergewaltigt worden. (Gelächter.)

Der Schluß der Debatte wird gegen eine verschwindende Minderheit angenommen.

Persönlich bemerkt:

Liebknecht: Genosse Schmidt hat mir bestritten, daß er zur Aufnahme der bekannten denunziatorischen Notiz gegen mich in die „Volks-Tribüne" genöthigt worden wäre. Ich erkläre hierauf: meine Quelle ist Herr Felgentreff gewesen, der mir noch gestern hier wiederholt hat, Schmidt habe zugegeben, er, der Redakteur, habe sich nicht erwehren können der Aufforderungen, die von gewisser Seite ihm zugegangen sind. Hier ist mein Gewährsmann, ich kolportire nichts gegen meine bessere Ueberzeugung, wie das Andere thun. Ich erkundige mich genau. Wollen Sie es untersuchen, so untersuchen Sie es.

Schippel: Ich habe vorhin ausdrücklich betont, daß ich es für selbstverständlich halte, daß Liebknecht in bester Ueberzeugung seine Aeußerung gethan hat. Aber die Quelle Felgentreff ist für mich eine trübere, als die Quelle Konrad Schmidt.

Werner: Die sog. Brockenverschwörung war nichts weiter als eine ganz gewöhnliche Landpartie, wo Männlein und Weiblein zusammen waren. (Heiterkeit.)

Warnecke beklagt sich darüber, daß ihm das Wort abgeschnitten ist; er wird sich darüber bei der Parteileitung beschweren.

Werner: Schmidt hat dem Zeugen Felgentreff in meiner Gegenwart, in Gegenwart von Zeugen erklärt, daß Niemand ihn gedrängt habe, diesen Artikel aufzunehmen. Wenn Herr Felgentreff etwas anderes zu Liebknecht gesagt hat, dann hat er gelogen. (Rufe oho! pfui!)

Schwabe-Berlin: Felgentreff ist nach dem Eingesandt auf der Volkstribüne erschienen und hat Schmidt Vorhaltungen gemacht. Eine Kommission hat über diesen Fall entschieden, und in dieser Kommission, der ich angehört habe, hat Schmidt entschieden erklärt, daß ihm von Berliner Parteigenossen kein Auftrag geworden ist, dies in die „Tribüne" hineinzusetzen. Es ist eine ganz gewöhnliche Verdächtigung gewesen, die Felgentreff hier ausgesprochen hat.

Vorsitzender Singer: Ich bin der Meinung, daß wir uns in der letzten Stunde unseres Beisammenseins nicht mit so umfangreichen Geschäftsordnungsdebatten aufhalten sollten; ich kann es überhaupt nicht genug bedauern, daß der enorme Eindruck, den unser Parteitag unstreitig auf die ganze zivilisirte Welt gemacht haben wird, beeinträchtigt wird durch Erörterung solch' kleinlicher, rein persönlicher Streitigkeiten." (Zustimmung.)

Der Vorsitzende verliest hierauf nochmals das Urtheil der Neuner-Kommission und verkündet sodann den Eingang folgender, von 10 Genossen unterzeichneten Resolution:

„Der Parteitag erklärt, daß die Anführungen Werner's über den Bericht der Neuner-Kommission keinen Gegenbeweis enthalten haben, und stimmt den Erklärungen der Kommission in jedem Punkte bei."

Die Resolution wird genügend unterstützt. Mit allen gegen etwa 24 Stimmen entscheidet der Parteitag im Sinne der eben eingegangenen Resolution:

Ein weiterer Antrag ist eingelaufen:

„Der Parteitag erklärt, nachdem er von dem Bericht der Neuner-Kommission, den der Parteitag als objektiv gehalten anerkannt hat, Kenntniß genommen, den zur Verhandlung stehenden Fall Werner gegen die Fraktion für erledigt und macht es jedem Parteigenossen zur Pflicht, im privaten wie im Parteileben stets die größte Wahrhaftigkeit zu bewähren."

Vorsitzender Singer: Dieser Antrag enthält eigentlich eine Beleidigung der Partei; ich bringe ihn nicht zur Abstimmung. Die Pflicht, im privaten wie im öffentlichen Leben sich stets wahrhaftig zu erweisen, wird wohl von jedem Parteigenossen als selbstverständlich anerkannt werden. Ich habe nur den dringenden Wunsch, daß der eben erledigte, nicht angenehme Theil der Verhandlungen des Parteitages seine Früchte dahin tragen möge, daß die künftigen Parteitage von ähnlichen Verhandlungen verschont bleiben. (Lebhafte Zustimmung.)

Namens des Parteivorstandes ersucht der Vorsitzende die Mitglieder der Parteileitung, sich Nachmittags 3 Uhr im Restaurationssaale zur Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten zusammenzufinden.

Gottschalk-Hamburg: Das Mitglied der Parteileitung, Dubber, ist bereits abgereist.

Das Wort ergreift nunmehr

Tölcke-Dortmund (mit lebhaftem Beifall empfangen): Parteigenossen! Ich bin wohl einer der ältesten Parteigenossen in ganz Deutschland. Ich habe das Bedürfniß gefühlt, an diesem Parteitage theilzunehmen selbst dann, wenn ich mir hier den Tod geholt hätte. Ich habe die Beweggründe dazu geschöpft aus meiner langjährigen Thätigkeit in der Partei; ich bin deren Angehöriger seit dem Beginn der Arbeiterbewegung in Deutschland; ich habe fast allen Generalversammlungen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins angehört, und nach der Vereinigung der beiden Fraktionen, allen Kongressen beigewohnt, bis dann meine Theilnahme an den inneren Angelegenheiten der Partei theils durch das Sozialistengesetz gehindert wurde, theils aber auch in Folge einer Verhaftung, die ich auf Grund des Preßgesetzes erduldet habe als Redakteur einer Parteizeitung in Westfalen. Während der Haft habe ich mir schwere Krankheiten zugezogen, so daß ich aus dem Gefängniß zu meiner Familie entlassen werden mußte. Ein Rest von dieser Strafe und zwei Preßstrafen blieben noch rückständig, elf Monate weniger einen Tag. Es war das 1879. Seitdem habe ich von Jahr zu Jahr von der Staatsanwaltschaft Aufschub erhalten, und zwar zehn Jahre hindurch, auf Grund eines Zeugnisses des Kreisphysikats und anderer ärztlicher Atteste, die mir bescheinigten, daß ich unmöglich den Rest meiner Strafe aushalten könnte, weil mein Leben ganz bestimmt in Gefahr kommen würde. Schließlich habe ich die Strafe nicht zu verbüßen brauchen, weil Kaiser Friedrich eine Amnestie erließ, worin auch die Preßvergehen inbegriffen waren. Ich habe mich gefragt, ob ich mich der sogenannten Amnestie fügen sollte; ich habe deshalb nicht dagegen protestirt, weil ich auch nicht im Stande gewesen wäre, die Strafe zu verbüßen, ich hätte keine acht Tage im Gefängniß zubringen können, dann wäre ich auf dem Gefängnißhofe beerdigt worden. Zu diesem Entschluß haben mich die ärztlichen Atteste gebracht, sodaß ich die Amnestie habe Amnestie sein lassen; die Staatsanwaltschaft hat unter diesen Umständen am Ende mehr Vortheil davon gehabt wie ich. Ich war früher einer der stärksten Männer Deutschlands, und nach dem Gutachten meiner Aerzte hätte ich vielleicht 100 Jahre alt werden können, wenn nicht, eine Folge der Haft, mein Körper vollständig ruinirt wäre.

Ich mußte unbedingt diesen Parteitag besuchen. Ich wollte mich überzeugen, inwieweit die sozialdemokratischen Grundsätze in Deutschland sich verbreitet und ihre Anhänger zugenommen. Ich habe die Verhandlungen dieses Parteitages mit großem Interesse und mit möglichster Aufmerksamkeit verfolgt und gefunden, daß die Partei in diesem Augenblick, nach 12jähriger Pause, eine

Sicherheit für die Weiterentwickelung ihrer Grundsätze und Bestrebungen in Deutschland bietet, wie ich sie kaum erwartet hätte. Die wichtigsten Beschlüsse hat der Parteitag gefaßt mit Einstimmigkeit, andere untergeordnete Punkte sind erledigt worden mit fast eben derselben Einstimmigkeit. Die Anträge wegen vorgekommener Streitigkeiten sind mit möglichster Gründlichkeit erledigt worden, und ich bin überzeugt, daß von jetzt ab in der Partei derartige Sachen kaum mehr vorkommen werden. Der Parteitag hat endgültig auch in dieser Frage entschieden und die Partei wird sich den gefaßten Beschlüssen, auch in anderer Beziehung, unbedingt fügen. Das ist keine absolute Disziplin, wie man sie uns von gewisser Seite vorhalten könnte, daß man sagt, es müsse den bekannten Vorstehern Folge geleistet werden. Aber es muß von jedem Parteigenossen unbedingt vorausgesetzt werden, daß er die gefaßten Beschlüsse respektirt und ihnen folgt bis sie abgeändert werden.

Ich weiß nicht, ob es mir noch möglich sein wird an einem künftigen Parteitag theilzunehmen. Ich habe mich auch diesmal an der Diskussion nicht betheiligt. Ich habe mich zwar zweimal zum Wort gemeldet bei prinzipiellen Fragen, wurde aber daran durch die Annahme des Schlusses verhindert. Ich habe das aber durchaus nicht bedauert, weil ich meine Theilnahme an der Diskussion für vollständig überflüssig gehalten habe. Ich hätte Ihnen nichts anderes sagen können, als was Sie selbst zur Sache gebracht haben. Ich habe die Versicherung abzugeben, daß die ganzen Verhandlungen, der Verlauf des Parteitages für mich ein durchaus erhebender gewesen ist. Wenn ich über kurz oder lang sterbe, dann sterbe ich getrost in der Ueberzeugung, daß die Prinzipien der Sozialdemokratie allein die zukünftigen Geschicke der Menschheit gestalten werden.

Nun habe ich auch noch, als wohl ältester Parteigenosse unter den anwesenden Delegirten, von vielen Seiten den Auftrag erhalten, der Leitung des Parteitages den Dank der Delegirten auszusprechen für die Unparteilichkeit, für die rastlose Thätigkeit und Umsicht der Vorstandsmitglieder des Parteitages und ich bitte Sie, Ihre volle Ueberzeugung darüber mit mir auszudrücken, daß eine bessere Leitung gar nicht hätte stattfinden können. (Stürmisches Bravo!)

Vorsitzender Singer: Parteigenossen! Wir sind am Schluß unserer Arbeiten angelangt. Ich will zunächst dem Gefühl herzlichen Dankes für die soeben gehörten Worte des Seniors unserer Versammlung Ausdruck geben. Wir alle sind erfreut darüber, daß er an diesem Parteitag hat theilnehmen können. Wir wünschen und hoffen, daß es unserem verehrten Freund Tölcke möglich sein werde, noch recht viele unserer Parteitage zu besuchen, und bei der geistigen Regsamkeit und Frische, von der er eben ein glänzendes Zeugniß abgelegt hat, bin ich überzeugt, daß wir ihn dann auch in der

Diskussion hören werden. Für die freundlichen Worte, mit welchen Tölcke der Thätigkeit des Bureaus gedacht hat, und für Ihre Zustimmung hierzu, danke ich im Namen des gesammten Bureaus herzlich. Ich bitte Sie, diesen Dank auch übertragen zu dürfen auf die Genossen, welche in den Kommissionen thätig waren, und die in gewissenhafter Erfüllung der ihnen vom Parteitage übertragenen Aufgaben sich nicht so lebhaft an den Verhandlungen des Plenums betheiligen konnten, wie sie es wohl gewünscht und beabsichtigt haben. Ich bin überzeugt, daß der Parteitag mit der Uebertragung des Dankes an die Kommissionen einverstanden ist. (Lebhafte Zustimmung.) Und nun werthe Genossen, lassen Sie mich in Ihrem Namen den Halleschen Genossen unseren wärmsten Dank aussprechen für die mühevolle, opferfreudige Thätigkeit, welche sie nicht allein bei den Vorbereitungen für den Parteitag, sondern auch während der Verhandlungen desselben bewiesen haben. Alle, die mit solchen Arbeiten schon einmal beschäftigt gewesen sind, wissen, wie schwierig gerade die befriedigende Lösung solcher Aufgaben ist; wir alle wissen, was dazu gehört, eine Versammlung von über vierhundert Personen häuslich so unterzubringen, daß sie sich in den ihr zugewiesenen Räumen wohl und behaglich fühlt. Was nach Lage der Verhältnisse möglich war, haben die Halleschen Genossen redlich gethan. Während der Verhandlungen waren sie bemüht, die Gastfreundschaft in ausgiebigstem Maaße zu gewähren, sie haben unsere Thätigkeit in nie ermüdender, stets bereiter Weise unterstützt, aber auch dafür gesorgt, daß die Geselligkeit zu ihrem Recht gekommen ist. Sie haben einen Kommers veranstaltet, der alle Theilnehmer desselben auf das Höchste befriedigt hat und den Jeder im allerbesten Andenken behalten wird. Sie sind gewiß alle damit einverstanden, daß ich den Halleschen Genossen für ihre thatkräftige Unterstützung und die brüderliche Gastfreundschaft unsern wärmsten Dank ausspreche. (Lebhafte Zustimmung.)

Gestatten Sie mir nun noch einen kurzen Rückblick auf unsere Verhandlungen. Genossen! Wir sind zusammengekommen in dem Bewußtsein und der Ueberzeugung, daß auf diesem Parteitage die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei sich glänzend manifestiren werden. Aber die gegnerischen Parteien sowohl wie die gegnerische Presse, welche mit wahrer Wollust in nimmersatter Gier eine Spaltung in der sozialdemokratischen Partei herbeisehnen, hatten dem Parteitage das Prognostikon gestellt, daß in Halle, als erste Wirkung der Aufhebung des Sozialistengesetzes, die Partei sich spalten und auseinanderfallen werde.

Genossen! Unsere Verhandlungen haben gezeigt, daß diese Hoffnungen, diese Vermuthungen zwar den Wünschen der Gegner, aber nicht den thatsächlichen Verhältnissen entsprochen haben. Ich darf dreist behaupten: der Beweis, daß es sich nicht um wirklich

ernsthafte, prinzipielle und taktische Gegensätze in der Partei handelt, ist in so eklatanter Weise durch unsere Verhandlungen erbracht worden, wie fast auf keinem früheren Parteitage.

Wenn man bedenkt, daß in der gegnerischen Presse systematisch seit Wochen und Monaten gehetzt worden ist, daß versucht wurde, rein persönliche Differenzen zu wirklich prinzipiellen Streitigkeiten aufzubauschen, wenn man die rastlose Minirarbeit der Gegner beobachtet hat, so muß man sagen: der Parteitag hat durch seine Verhandlungen und Beschlüsse über diese Bestrebungen ein vernichtendes Urtheil gesprochen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Verhandlungen dieses Parteitages beweisen den Gegnern, was den Parteigenossen längst zur felsenfesten, unerschütterlichen Ueberzeugung geworden, daß derjenige, der da glaubt, auf eine Spaltung in der Sozialdemokratie rechnen zu können, sich gründlichst irrt; sie beweisen, daß die Sozialdemokratie fest und treu auf dem Boden ihrer Prinzipien und ihres Programms steht, daß in ihren Reihen zwar Meinungsverschiedenheiten möglich sind, daß aber auch diejenigen Genossen, welche in einzelnen Punkten abweichender Meinung sein mögen, sich stets dem Willen und Ausspruch der Partei unterordnen und niemals an der Einheit und Geschlossenheit der Partei rütteln werden. (Bravo!) Ich darf es aussprechen, gerade die Delegirten, welche unter dem Namen der sogenannten Opposition nach Halle gekommen sind, sie haben in ihrer erdrückenden Mehrheit durch ihr Verhalten auf dem Parteitage, namentlich durch ihr Verhalten unseren Beschlüssen gegenüber, bewiesen, daß, obgleich sie in einzelnen Punkten verschiedener Ansicht waren, das Solidaritätsgefühl in ihnen so mächtig ist, daß sie unseren Beschlüssen fast einstimmig beigetreten sind; gerade diejenigen Delegirten, auf welche unsere Feinde die größten Hoffnungen gesetzt hatten, die Berliner, haben sich durch ihre zu Protokoll gegebene Erklärung ein Denkmal für ihre Parteitüchtigkeit gesetzt, sie haben damit gezeigt, daß die Berliner Genossen nach wie vor die Alten sind und auch bleiben wollen. (Bravo!)

Genossen! Wir dürfen sicher sein, daß unsere Verhandlungen einen Ansporn bilden für weite Kreise im Volke. Wir haben uns eine Organisation geschaffen, wir haben Einrichtungen getroffen, um die Verbreitung unserer Parteiliteratur in regeren Fluß zu bringen; wir haben Stellung genommen zu dem Parlamentarismus und zu einer Reihe augenblicklich die ganze Kulturwelt bewegender Fragen, namentlich in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung; aber auch unsere Prinzipien, das Ziel, welchem wir zustreben, haben wir vor aller Welt klargelegt. Wir sind was wir waren, und bleiben was wir sind: die Partei der Armen und Ausgebeuteten, welche erst mit der Beseitigung der Klassenherrschaft ihre Aufgabe erfüllt sieht. Der Zusammentritt und der Verlauf dieses

Parteitages hat bewiesen, daß es keine Macht der Erde giebt, welche mit der Sozialdemokratie fertig wird! Es ist durch unsere Verhandlungen sichergestellt, daß wir nach wie vor unentwegt und unbeirrt unsere Bahnen ziehen, daß wir nicht ruhen und rasten werden, bis das große Ziel erreicht ist, dem wir uns zugeschworen haben, das Ziel der Befreiung der Proletarier aller Länder! (Stürmischer Beifall.)

Beim Schluß unserer Verhandlungen wollen wir uns geloben, daß Jeder, nach seinem besten Wissen und Können, dem Banner, welches jetzt wieder frei entfaltet in Deutschland weht, in alter Treue dient. Unsere Fahne, das Wahrzeichen der Menschenliebe, der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ruft uns! Wohlan, lassen Sie uns unsere Standarten der Arbeiterklasse zu immer neuen Kämpfen, zu immer neuen Siegen vorantragen. Hoch die deutsche, dreimal hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemoraktie! hoch! und abermals hoch! und zum dritten Mal hoch! (Die Versammlung hat sich erhoben und fällt in stürmischer Begeisterung in die Hochrufe ein. Stehend singen die Delegirten darauf die erste Strophe der Arbeitermarseillaise.)

Vorsitzender Singer: Hiermit erkläre ich die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie, der nach dem Fall des Sozialistengesetzes zum ersten Mal seit 13 Jahren wieder auf deutschem Boden getagt hat, für geschlossen.

Schluß 2 Uhr.

Vor Schluß des Parteitages sind abgereist die Delegirten: Altermann, Eims, Goldstein, Grünberg, Knuth, Nelleßen, Pelz, Riemann, Schiel, Schuhmacher, Schäfer-Metz, Sperka, Stern, Stolle-Meerane, Wehner, Wendt.

Nichtverhandelte Anträge;

laut Beschluß des Parteitages — cfr. Protokoll Seite 253 — dem Parteivorstand zur Erledigung event. zur Berücksichtigung überwiesen.

Gruppe III.

1. Unterzeichneter beantragt die Gründung eines Blattes in Elsaß-Lothringen. Böhle-Straßburg i. E.

2. Unterzeichnete stellen den Antrag, daß der künftige Partei-Vorstand beauftragt wird, mit aller Energie dahin zu wirken, in Elsaß-Lothringen ein Partei-Organ ins Leben zu rufen und die dazu erforderlichen Mittel aus der Parteikasse zu bewilligen.
Böhle. Hickel-Straßburg i. E. J. Haug-Mühlhausen i. E.

3. Der Kongreß möge beschließen, auf Kosten der Partei eine speziell für Elsaß-Lothringen passende Agitationsbroschüre in deutscher und französischer Sprache zu schaffen.
Thies-Mannheim.

4. Die durch den Schuhmacher Julius Zarbock auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Halle a. S. vertretenen Genossen des Bromberger Wahlkreises beantragen:

Der Parteitag wolle beschließen, daß eine in polnischer Sprache einmal wöchentlich erscheinende Zeitung zu dem vierteljährlichen Preise von 75 Pfennige herausgegeben werde. Der Zweck des Blattes soll sein: der großen Masse der Landbevölkerung die sozialdemokratischen Anschauungen in gemeinverständlicher Weise zugänglich zu machen.

5. Die Unterzeichneten beantragen hierdurch zu Punkt 7 der Tagesordnung „die Presse" die Unterstützung der Gründung einer wöchentlich einmal erscheinenden Zeitung in polnischer Sprache für Posen, Schlesien und das russische und österreichische Polen. Die Herausgabe hat in Breslau zu erfolgen.
Fritz Kunert und Genossen.

6. Unterzeichneter beantragt, in Erwägung, daß als Kampf- und Agitationsmittel die Presse absolut nothwendig ist, der Parteitag wolle beschließen, daß aus Parteifonds in denjenigen Wahlkreisen, wo die sozialdemokratische Parteibewegung eine fruchtbare Zukunft zu erwarten hat, die Gründung von sozialdemokratischen Blättern zu erleichtern ei. H. Krewinkel-Aachen und Genossen.

7. Die durch den Kaufmann Robert Rüger auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Halle a. S. vertretenen Genossen des 6. hannoverschen Wahlkreises beantragen:

Der Parteitag wolle beschließen, daß neben dem Centralorgan eine täglich erscheinende Zeitung zum vierteljahrespreise von 1 Mark herausgegeben werde. Der Zweck des Blattes soll sein, der großen Masse der Landbevölkerung die sozialdemokratischen Anschauungen in gemeinverständlicher Weise zugänglich zu machen.

8. Es ist ein Unterhaltungsblatt herauszugeben, welches, in unserem Sinne geschrieben, sämmtlichen sozialdemokratischen Zeitungen als Wochenbeilage dient.

Volderauer-Karlsruhe. Hans Arnold.

9. Der Parteitag beschließt:

Der Parteivorstand ist gehalten, allmonatlich, unter Hinzuziehung ihm geeignet erscheinender Kräfte, eine Agitationsnummer, gerichtet an die indifferenten Arbeiter und Arbeiterinnen, besonders an die ländliche Bevölkerung, herauszugeben. Diese Flugschrift ist unentgeltlich an die Genossen größerer, an die Landdistrikte angrenzender Städte zu senden, und von diesen besonders auf dem Lande zu verbreiten.

Halle a. S., den 13. Oktober 1890.

Auerbach-Berlin. Berndt-Berlin, 5. Wahlkreis.
Jacobick-Berlin, 5. Wahlkreis. Werner-Teltow-Beeskow.
Wernicke-Teltow-Beeskow. Schütze-Teltow-Beeskow. Schäfer-Metz.
Frantzen-M.-Gladbach. Ebert-Düsseldorf.
Wilh. Busch-Neuß-Grevenbroich. H. Heine-Düsseldorf.
Wilke-Braunschweig, Kreis Holzminden, Ruppin-Templiner Kreis.
Fr. Riengs-Konitz. Zubeil. J. Jensen-Stade.
J. Schmalfeldt-Stade. Trosiener-Grevesmühlen.
Peters-Schwerin i. Mecklbg. v. Wietersheim-Hamm-Soest.
Klüß-Elmshorn. Plorin-Halle a. S. Pittack-Rendsburg.
Heinr. Mahlke. Steph. Heinzel. H. Lienem. W. Kellermann.
W. Benthien. H. Schwertfeger. H. Paegelow. Emil Busch-Güstrow.

10. Die Genossen des Wahlkreises Friedberg-Büdingen beantragen, der Parteitag wolle beschließen, in den ländlichen Wahlkreisen von Zeit zu Zeit, auf Kosten der Partei, ein Flugblatt erscheinen zu lassen, welches geeignet ist, die Agitation, den antisemitischen wie den anderen reaktionären Bestrebungen gegenüber, zu fördern. H. Westphal. H. Prinz-Friedberg-Büdingen.

11. Der Parteitag wolle beschließen, der künftigen Parteileitung aufzugeben, für die Broschürenliteratur größere Summen zu verwenden, besonders Schriften für die ländliche Arbeiterbevölkerung herauszugeben. Auch möge ein Preis ausgesetzt werden

für die Abfassung einer Schrift, gerichtet an die ländlichen Arbeiter, in welcher in populärer Weise unsere Forderungen klar gelegt werden. Dieser Vorschlag ist übrigens nicht neu, sondern er wurde kurz vor Erlaß des Sozialistengesetzes gemacht.

Die Gründung von Zeitungen für ländliche Arbeiter, welche uns in Aussicht gestellt wird, ist mit Freuden zu begrüßen. Es ist aber nothwendig, daß Leute, welche doch nur eine geringere Kenntniß unserer politischen und sozialen Verhältnisse haben, zuerst im allgemeinen aufgeklärt werden müssen. Otto Jochem-Danzig.

12. Die Unterzeichneten beantragen:

Den Parteivorstand aufzufordern, eine umfassende Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die unmittelbar aus den Quellen, mit gründlicher Verwerthung des gesammten Materials, gearbeitet ist, abfassen zu lassen.

Begründung.

Es handelt sich bei dem Gegenstand des Antrages gleichmäßig um eine Ehrenpflicht, wie um ein praktisches Interesse unserer Partei.

Bei dem ausnahmslos tendenziösen, die Thatsachen verfälschenden Charakter der Literatur über die deutsche Arbeiterbewegung ist es Ehrenpflicht, eine Darstellung zu veranlassen, die der Entwickelung unserer Partei und ihren Bestrebungen gerecht wird.

Bei dem Umstand aber, daß die genaue Kenntniß unserer eigenen Geschichte eine der Bürgschaften für das sichere und in glücklichen Bahnen sich bewegende Fortschreiten der Partei bildet, ist das an jene Untersuchung sich knüpfende Interesse auch von hoher, praktischer Bedeutung.

Dieses Interesse wird vollkommen nur dann gewahrt werden, wenn die geforderte Untersuchung nicht auf eine Glorifizirung unserer Partei hinausläuft, sondern mit der Strenge und Unparteilichkeit wissenschaftlicher Methode Licht und Schatten gleichmäßig gerecht vertheilt. Wir verlangen darum eine wissenschaftliche Arbeit, die dabei in einer schönen, allgemein verständlichen Sprache geschrieben sein soll.

Wir fordern die Untersuchung im jetzigen Moment, weil der 30. September 1890 den Abschluß einer geschichtlichen Epoche bedeutet, und weil gegenwärtig, besser als in einem späteren Zeitpunkt, das für die Arbeit nöthige Quellenmaterial vollständig beschafft werden kann. Kaden-Dresden u. Genossen.

Gruppe IV.

1. In Erwägung, daß die ländlichen Wahlkreise in Deutschland seither nicht in der Weise bearbeitet werden konnten, wie dies mit Rücksicht auf die proletarische Bevölkerung dieser Gegenden geboten erscheint;

in fernerer Erwägung, daß die Unterstützung solcher Wahlkreise aus Parteimitteln für die Ausbreitung unserer Prinzipien nur von Vortheil sein kann, beschließt der Parteitag:

Der Parteivorstand wird ermächtigt, mehr als dies seither geschehen, die ländlichen Wahlkreise Deutschlands finanziell und agitatorisch zu unterstützen.

Müller-Darmstadt u. Genossen.

2. Der Parteitag wolle beschließen, daß dafür Sorge getragen wird, daß bei der ländlichen Bevölkerung mehr für Aufklärung gethan wird, und zwar sowohl durch Auswahl einer geeigneten Literatur, als auch durch Anstellung von Agitatoren.

Chr. Schrader-Osnabrück.

3. Der Parteitag ermächtigt den Parteivorstand, größere Geldmittel der Parteipresse in denjenigen Landestheilen, wie z. B. Posen, Elsaß-Lothringen, Ost- und Westpreußen und Thüringen zuzuwenden, wo unsere Genossen nicht in der Lage sind, aus eigenen Mitteln die Parteipresse in der nöthigen Weise zu fördern.

Carl Schultze-Königsberg und Genossen.

4. Die Genossen des Kreises Waldenburg beantragen hiermit, fernerhin die Agitation in der Provinz viel mehr zu fördern und die tüchtigsten Agitatoren zu senden, damit die Provinz ebenfalls in gleicher Linie marschiren kann mit der Großstadt, und nicht, wie es bisher geschehen, wo bloß die Großstädte die beste Agitation genossen haben.

Jüttner.

5. Der Parteitag beschließt:

In den ländlichen Bezirken Distriktsorganisatoren oder Vertrauensleute zu ernennen, welche, wenn es die Umstände erheischen, in einer von der Parteileitung zu bestimmenden Höhe entschädigt werden.

Die Ernannten haben die Verpflichtung, der Parteileitung mindestens allmonatlich einen Bericht über ihre Thätigkeit einzusenden.

A. Kerrl-Bremen.

6. Der Parteitag wolle beschließen:

Den Agitatoren und Rednern der Partei, die nicht Abgeordnete sind, in Anbetracht, daß den ersteren das zur Agitation jeweilig wichtigste Material selten zu Gebote steht, von Partei- bezw. Vorstandswegen, die etwaigen statistischen, stenographischen oder sonst wichtigen Unterlagen parlamentarischer Körperschaften, wenn möglich, zugängig zu machen. Des Weiteren, vor jeder Reichstagswahl einen „Leitfaden für die Agitation“ nach Art der „Parlamentarischen Thätigkeit der Reichs- und Landtage“ auf Kosten der Partei erscheinen zu lassen.

Goldstein-Dresden.

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Abel	Siegen	Wittgenstein-Siegen
Agster	Stuttgart	Göppingen-Gemünd
Albrecht	Halle a. S.	Delitzsch-Bitterfeld
Altermann	Nossen	Nossen-Roßwein
Anderhub	Hechtsheim	Mainz
Apel	Frankenhausen	Schwarzburg-Rudolstadt
Arnold	Konstanz	Ueberlingen
Aßmann	Braunschweig	Holzminden
Auer	Berlin	
Auerbach	Berlin	Berlin V
Baerer	Harburg	Harburg-Burtehude
Bamberger	Berlin	Rinteln-Hofgeismar
Bartels	Halberstadt	Oschersleben-Halberstadt
Barth	Berlin	Berlin III.
Bartling	Limmer	Münden-Hameln.
Bauer	Plauen	Plauen i. V.
Bauer	Nieder-Zwönitz	Stollberg-Schneeberg
Baumgarten*)	Hamburg	Hamburg III.
Bebel	Berlin	
Becker	Hannover	Hannover
Beetz	Marktzeulen	Kronach
Behrend	Plötzin	Jüterbogk-Luckenwalde
Behrend	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Beneke	Celle	Fallersleben-Gifhorn
Bennewitz	Oberlungwitz	Glauchau-Meerane
Benthien	Kleinen	Schwerin-Wismar
Bentrup	Flensburg	Apenrade-Flensburg Tondern-Husum
Berndt, Franz	Berlin	Berlin IV.
Berndt, Fritz	Berlin	Berlin V.
Berndt	Guben	Guben-Lübben
Berthold	Darmstadt	Worms-Heppenheim
Bertram	Hannover	Hildesheim
Beyer	Schönefeld-Leipz.	Leipzig, Land
Bieber	Spremberg	Cottbus-Spremberg
Birk	München	München I Kaufbeuren
Blohm, Frau	Hamburg	Harburg-Burtehude

*) Verschied während der Verhandlung des Parteitages am 17. Oktober.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Blos	Stuttgart	Pforzheim
Bock	Gotha	Gotha
Böhle	Straßburg i. E.	Straßburg, Stadt*)
Böttcher	Chemnitz	Chemnitz
Borkmann	Grabow a. O.	Randow-Greifenhagen
Bräuer	Velten	Potsdam-Osthavelland
Breder	Nürnberg	Nürnberg
Breil	Hagen i. W.	Hagen
Bremer	Magdeburg	Magdeburg
Brey	Hannover	Lüchow-Uelzen
Brühne	Frankfurt a. M.	Usingen-Höchst-Homburg
Bruhns	Bremen	Bremen
Buchwald	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Burkhardt	Glauchau	Glauchau-Merane
Busch	Güstrow	Güstrow-Ribnitz
Busch	Neuß	Neuß-Grevenbroich
Colditz	Crimmitschau	Zwickau-Crimmitschau
Dahlen	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben
Daßbach	Hanau	Hanau-Gelnhausen-Orb
Demmler	Geyer	Stollberg-Schneeberg
Dick	Heidenheim	Ulm-Heidenheim
Dietz	Stuttgart	
Dittus	Pforzheim	Pforzheim
Doerr	Mainz	Bingen-Alzey
Dreesbach	Mannheim	Mannheim
Dubber	Hamburg	Hamburg I
Eckert	Cölln b. Meißen	Meißen
Ehrhardt	Ludwigshafen	Speyer
Eims	Mittweida	Mittweida-Limbach
Eitzinger	Nürnberg	Nürnberg
Emmel	Frankfurt a. M.	Aschaffenburg
Epple	Stuttgart	Stuttgart
Erbert	Düsseldorf	Düsseldorf
Erfurth	Herzberg	Goslar
Ernst	Berlin	Berlin VI
Ernst	München	Schweinfurt
Ewald	Brandenbrg. a. H.	Westhavelland
Faber	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Feer	Schweinfurt	Schweinfurt
Feiler	Neustadt a. O.	Weida-Auma
Felber	Augsburg	Augsburg
Fell	Plagwitz	Leipzig, Land
Fichtmann	Elbing	Elbing-Marienburg
Fischer	London	Aichach-Lechhausen

*) Die Wahl, welche in Straßburg durch die Polizei verhindert wurde, fand in Kehl i. Baden statt.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Fischer	Mühlhausen i. Th	Mühlhausen-Langensalza
Flassig	Finsterwalde	Kalau-Luckau
Fleischmann	Wiesbaden	Cassel
Foerster	Hamburg	Greiz (Reuß ä. L.)
Frantzen	M.-Gladbach	M.-Gladbach
Frauenlob	Potschappel	Ger.-Bez. Dresden
Friedrich	Eisenach	Eisenach
Friesecke	Rathenow	Westhavelland
Fritz	Berlin	Berlin III
Fröhlich	Katscher O.-Schl.	Leobschütz
Frohme	Hamburg	Altona
Funke	Hastedt	Bremen
Galm	Seligenstadt	Dieburg-Offenbach
Geck	Offenburg	Offenburg
Gentzel	Nordhausen	Nordhausen
Germer	Großpriesligk	Borna-Pegau
Geserick	Egeln	Wanzleben
Gewehr	Elberfeld	Barmen-Elberfeld
Geyer	Leipzig	Leipzig, Land
Giertz	Weimar	Weimar-Apolda
Gieshoit	Berlin	Berlin VI
Glocke	Berlin	Jerichow I und II Nordhausen
Göschl	München	München I
Götzenberger	München	München II
Goldbach	Anger-Crottendf.	Leipzig, Stadt
Goldstein	Dresden	Meißen
Gottschalk	Hamburg	Hamburg II
Greiner	Sonneberg	Sonneberg
Grenz	Chemnitz	Annaberg-Eibenstock
Grillenberger	Nürnberg	Nürnberg Regensburg
Grimpe	Elberfeld	Barmen-Elberfeld
Grothe	Halle a. S.	Saalkreis Halle
Grothe	Sprottau	Sagan-Sprottau
Grünberg	Hartha	Nossen-Roßwein
Gründel	Berlin	Berlin III
Grundstein	Ebingen	Reutlingen-Tübingen Vahingen-Rottweil
Guhmann	Döbeln [beiterin.	Nossen-Roßwein
Gundelach, Frau	Magdeburg Ar-	Magdeburg
Guttenstein	Karlsruhe i. B.	Karlsruhe
Haburg	Potsdam	Potsdam-Osthavelland
Haeckel	Berlin	Schönau-Hirschberg
Hähle	Gablenz b. Chmn.	Chemnitz
Hänsler	Mannheim	Mannheim
Häuschen	Jahnsbach	Zschopau-Gelenau

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Hager	Gladbach	Mühlheim-Wipperfürth
Hahn	Gera	Reuß j. L.
Hahnfeld	Essen a. R.	Essen a. R.
Haug, F.	Freiburg i. B.	Freiburg i. B.
Haug, J.	Mülhausen	Mühlhausen i. E.
Heilmann	Zierndorf	Erlangen-Fürth
Heine	Düsseldorf	Düsseldorf
Heine	Halberstadt	
Heinrich	Altona	Altona
Heinzel	Kiel	Kiel-Rendsburg
Heisig	Breslau	Breslau-West
Herbert	Stettin	Stettin
Herrling	Sangerhausen	Sangerhausen-Eckartsberga
Herrmann	Gronau	Tecklenburg-Ahaus
Herrmann	Dresden	Dresden r. d. Elbe
Herzog	Leutersdorf	Zittau
Hickel	Mülhausen i. E.	Mühlhausen i. E.
Hildebrandt	Gotha	Gotha
Hillmer	Hamburg	Hamburg II
Hirsch	Weißensee	Niederbarnim
Hirschmeier	Neustadt O.-S.	Neustadt O. S.
Hochbaum	Olvenstedt	Neuhaldensleben-Wolmirstedt
Höhle	Büdelsdorf	Schleswig
Höppner	Cotta	Ger.-Bez. Dresden.
Hoffmann	Merseburg	Merseburg-Querfurt
Hoffmann	Zeitz	Naumburg-Zeitz
Hofmann	Saalfeld	Schwarzburg-Rudolstadt Sonneberg-Saalfeld
Hofrichter	Kalk	Köln a. R. Landkreis
Hogreve	Wandsbeck	Altona
Hoppe	Lüdenscheid	Altona-Iserlohn
Horn	Löbtau	Ger.-Bez. Dresden
Hosang	Dessau	Dessau-Zerbst
Hüttig	Gößnitz	Sachsen-Altenburg
Hug	Bant	Weener-Leer-Emden Aurich-Wilhelmshafen Oldenburg Varel Delmenhorst
Hugo	Eschwege	Eschwege-Schmalkalden
Jacobick	Berlin	Berlin V
Jahn	Greiz	Reuß ä. L.
Janiszewski	Berlin	Berlin II Posen
Jensen	Stade	Otterndorf-Neuhaus
Jeup	Gelsenkirchen	Bochum
Ihrer, Frau	Velten Arbeiterin.	Berlin
Jochem	Danzig	Danzig-Stadt

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Joest	Mainz	Mainz
Johannes	Zittau	Zittau
Johannsen	Einbeck	Einbeck-Northeim
Jüttner	Waldenburg i. Schl.	Waldenburg i. Schl.
Kaden	Dresden	Dresden r. d. Elbe
Kaempfe	Bamberg	Bamberg
Kahl	Duisburg a. Rh.	Duisburg
Kalnbach	Karlsruhe	Bretten-Sinsheim
Kambach	Kunersdorf	Schönau-Hirschberg
Kandt	Rostock	Rostock-Doberan
Kater	Barleben	Neuhaldensleben-Wolmirstedt
Katurbe	Burg	Jerichow I u. II
Kaulich	Halle a. S.	Saalkreis Halle
Keck	Fürth	Erlangen-Fürth
Kegel	München	Bamberg
Keinitz	Wurzen	Oschatz
Keller	Görlitz	Lauban-Görlitz
Kellermann	Itzehoe	Nord- und Süd-Dithmarschen
Kenfenheuer	M.-Gladbach	Mühlheim-Wipperfurth
Kerrl	Bremen	Bremen Lippe-Detmold
Keßler	Berlin	Bernburg
Kettel	Oberweimar	Weimar-Apolda
Kießling	Braunschweig	Braunschweig
Kittler	Heilbronn	Heilbronn-Besigheim
Klees	Magdeburg	Magdeburg
Klein	Berlin	Berlin II
Kloß	Stuttgart	Stuttgart Böblingen-Vaihingen
Klüß	Elmshorn	Nord- und Süd-Dithmarschen
Knuth	Uetersen	Ottensen-Pinneberg
König	Remscheid	Lennep-Mettmann
Körner	Cöthen	Bernburg
Köster	Gr. Ottersleben	Wanzleben
Kokosky	Braunschweig	Braunschweig
Konrad	Mainz	Mainz
Kramer	Kirchberg	Kirchberg-Auerbach
Kretschmann	Hamburg	Rostock-Doberan
Kretschmer	Harburg	Harburg-Buxtehude Lüneburg-Winsen
Krewinkel	Aachen	Aachen
Kricke	Naumburg a. S.	Naumburg-Zeitz
Kühn	Langenbielau	Reichenbach-Neurode
Kunert	Breslau	
Kurth	Kalk	Köln a. Rh. Landkreis
Lampe	Quittelsdorf	Schwarzburg-Rudolstadt
Langenstein	Plauen i. V.	Plauen i. V.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Langer	Chemnitz	Chemnitz
Langner	Breslau	Breslau-West
Lauke	Dessau	Dessau-Zerbst
Lechte	Bovenden	Göttingen-Münden
Lenz	Remscheid	Lennep-Mettmann
Leutert	Apolda	Weimar-Apolda
Leven	Wald	Solingen
Liebknecht	Berlin	Gießen Cassel
Liesländer	Berlin	Potsdam-Osthavelland
Lienau	Neumünster	Kiel-Rendsburg
Löwenstein	Nürnberg	Hof
Lorenz	Königsberg i. Pr.	Königsberg (Stadt)
Lücke	Köln a. Rh.	Cöln a. Rh. Stadtkreis
Lütjens	Hamburg	Hamburg I
Lutz	Baden-Baden	Pforzheim Baden-Rastadt
Maier	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Malke	Flensburg	Hadersleben-Sonderburg Apenrade-Flensburg
Mathies	Elbingerode	Goslar
Meist	Köln a. Rh.	Lennep-Mettmann
Meister	Hannover	Grönenberg-Melle Einbeck-Northeim Fallersleben-Gifhorn
Messing	Dresden	Dresden links der Elbe
Metzger	Hamburg	
Metzner	Berlin	Berlin I.
Meyer	Hamburg	Hamburg III
Meyer	Pirmasens	Zweibrücken
Millarg	Berlin	Friedeberg-Arnswalde
Mösler	Gotha	Gotha
Molkenbuhr	Ottensen	Ottensen-Pinneberg
Moritz	Köln a. Rh.	Köln a. Rh., Stadtkr.
Müller	Bamberg	Bamberg
Müller	Berlin	Glatz-Habelschwerdt
Müller	Darmstadt	Darmstadt Erbach-Bensheim
Müller	Dresden	Dresden, links der Elbe
Müller	Schkeuditz	Merseburg-Querfurth
Nellessen	Süchteln	Kempen a. Rh.
Neu	Reichenbach	Kirchberg-Auerbach
Neudeck	Brandenbrg. a. H.	Westhavelland
Niemann	Rheydt	M.-Gladbach
Noak	Eilenburg	Delitzsch-Bitterfeld

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Oertel	Nürnberg	Bayreuth Forchheim
Ohlig	Heusenstamm	Dieburg-Offenbach
Orb	Offenbach a. M.	Dieburg-Offenbach
Orbig	Gießen	Gießen Wetzlar-Altenkirchen
Pägelow	Parchim	Parchim
Palmer	Eutritzsch	Leipzig, Stadt
Pape	Lübeck	Lübeck
Pelz	Nürnberg	Ansbach-Schwabach
Peters	Schwerin	Schwerin-Wismar
Petersen	Berlin	Berlin IV
Pfannkuch	Cassel	Cassel
Pinkau	Thonberg	Leipzig, Stadt
Pittack	Rendsburg	Kiel-Rendsburg
Plasse	Friedrichsberg	Niederbarnim
Plorin	Halle a. S.	Halle-Giebichenstein
Poitzmann	Goslar	Goslar
Porges	Buchholz	Annaberg-Eibenstock
Postelt	Dresden	Löbau-Ebersbach
Potthast	Hannover	Hannover
Prinz	Frankfurt a. M.	Friedberg
Proß	Eßlingen	Eßlingen-Nürtingen
Raecker	Burgsteinfurt	Tecklenburg-Ahaus
Rebner	Wurzen	Oschatz
Reinemer	Erbenheim	Cassel
Reißhaus	Erfurt	Erfurt-Schleusingen Sonneberg-Saalfeld
Rempe	Essen	Essen a. R.
Richter	Striegau	Jauer-Bolkenhain
Riemann	Chemnitz	Freiberg-Oederau
Riepold	Rheine	Tecklenburg-Ahaus
Riesop		Konitz
Röder	Schneeberg	Stollberg-Schneeberg
Rohleder	Elsterberg	Kirchberg-Auerbach
Rüdt, Dr.	Heidelberg	Müllheim Lahr Heidelberg Kaiserslautern
Rüger	Verden	Verden-Hoya
Salomon	Wriezen	Oberbarnim
Schaefer, A.	Augsburg	Augsburg
Schaefer, Fr.	Metz	Metz
Schalling	Olbernhau	Zschopau-Gelenau
Schenck	Greiz	Reuß ä. L.
Scherm	Nürnberg	Kronach

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Schibolsky	Bernau	Niederbarnim
Schiel	Coblenz	Coblenz-St. Goar
Schippel	Friedrichshagen	
Schlichtholz	Coswig	Dessau-Zerbst
Schlossareck	Brieg	Brieg-Namslau
Schmalfeldt	Stade	Stade-Bremervörde
Schmid	München	München II
Schmidt	Berlin	Berlin IV
Schmidt	Blankenburg	Braunschweig
Schmidt	Bernburg	Bernburg
Schmidt	Burgstädt	Mittweida-Limbach
Schmidt	Querfurt	Merseburg-Querfurt
Schmidt	Zwickau	Zwickau-Crimmitschau
Schnabel	Dresden	Pirna
Schneidenbach	Brunndöbra	Plauen i. V.
Schönfeld	Dresden	Dresden links der Elbe Bautzen
Scholz	Berlin	Berlin IV
Schrader	Osnabrück	Osnabrück-Iburg
Schröder	Dortmund	Dortmund
Schütz	Breslau	Breslau-Ost
Schütz	Rixdorf	Telt.-Beesk.-Stork.Charlottenb.
Schulenburg	Osterode	Einbeck-Northeim
Schultze	Königsberg i. Pr.	Königsberg-Stadt
Schultze	Magdeburg	Magdeburg
Schulz, G.	Berlin	Coburg
Schulz	Jena	Weida-Auma
Schulze	Erfurt	Weimar-Apolda Erfurt-Schleusingen
Schumacher	Solingen	Solingen
Schwabe	Berlin	Berlin VI
Schwartz	Zeitz	Naumburg-Zeitz
Schwartz	Lübeck	Lübeck
Schwarz	Hamburg	Hamburg III
Schweer	Hamburg	Hamburg I
Schwerdtfeger	Neubrandenburg	Meklenburg-Strelitz
Segitz	Fürth	Würzburg
Seifert	Zwickau	
Seige	Poeßneck	Sonneberg-Saalfeld
Semmler	Limbach	Limbach-Mittweida
Sievers	Limmer	Münden-Hameln
Singer	Berlin	Fallersleben-Gifhorn
Sittig	Hannover	Hannover
Slomke	Bielefeld	Bielefeld
Sperka	Stuttgart	Stuttgart
Spindler	Zschopau	Zschopau-Gelenau
Stadthagen	Berlin	
Stamm	Bautzen	Bautzen

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Stamm	Cannstadt	Cannstadt-Ludwigsburg Backnang-Hall
Starke	Bunzlau	Bunzlau-Lüben
Steinbach, Frau	Gera Arbeiterin.	Gera
Steinfatt	Hamb.-Eimsbüttel	Oldenburg-Plön
Steiten	Meerane	Glauchau-Meerane
Stengele	Hamburg	Hamburg II
Stephan	Hildesheim	Hildesheim
Stephan	Oschatz	Oschatz
Stern	Stuttgart	Cannstadt-Ludwigsburg Backnang-Hall
Stölzer	Tangermünde	Stendal-Osterburg
Stolle, W.	Gesau	
Stolle, H.	Meerane	Borna-Pegau
Stolz	Liegnitz	Haynau-Liegnitz
Strobel	Ravensburg	Ravensburg-Tettnang
Stürmer	Barmen	Barmen-Elberfeld
Sturm	Speier	Speier
Tabert	Luckenwalde	Jüterbogk-Luckenwalde
Taeterow	Berlin	Berlin I
Tewes	Schwelm	Hagen
Theiß	Langenfelde	Ottensen-Pinneberg
Thierbach	Berlin	Königsberg N.-M.
Thies	Mannheim	Mannheim
Titze	Breslau	Breslau, Ost
Titze	Minden i. W.	Minden-Lübbecke
Tölcke	Dortmund	Dortmund
Trautmann	Quedlinburg	Quedlinburg
Trosiener	Schwerin	Hagenau-Grevesmühlen
Tutzauer	Berlin	
Ullrich	Offenbach	
Ulrich	Heidingsfeld	Würzburg
Urban	Forst i. L.	Sorau
Urban	München	München I
Vetterlein	Gera	Reuß j. L.
Vogel	Marienthal	Zwickau-Crimmitschau
Vogenitz	Altenburg	Sachsen-Altenburg
Volderauer	Karlsruhe	Villingen Karlsruhe
v. Vollmar	München	München II Rosenheim Passau Straubing Weilheim Ingolstadt Landshut Illertissen

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Wassermann	Braunschweig	Kreis Helmstedt
Watermann	Geestemünde	Otterndorf-Neuhaus
Wehner	Salzungen	Meiningen-Hildburghausen.
Weichelt	Pirna	Pirna
Weisel	Arnstadt	Schwarzburg-Sondershausen.
Wendler	Erlangen	Erlangen-Fürth
Wendt	Penzlin	Malchin-Waren
Weniger	Harburg	Harburg-Buxtehude
Wentzel	Halberstadt	Halberstadt
Wernau	Berlin	Berlin VI Landsberg a. W.-Soldin
Werner	Berlin	Telt.-Beesk.-Stork.Charlottenb.
Werner	Köln a. R.	Köln a. R. Stadtkr.
Wernicke	Charlottenburg	Telt.-Beesk.-Stork.Charlottenb.
Wesch	Crefeld	Crefeld
Westphal	Frankfurt a. M.	Friedberg
v. Wietersheim	Soest	Hamm-Soest
Wilke	Braunschweig	Kreis Holzminden Ruppin-Templin
Wilschke	Berlin	Berlin II
Wittmann	Suhl	Erfurt-Schleusingen
Woldersky	Köln	Köln a. Rh. Landkreis
Wunderlich	Bochum	Bochum
Wurm	Hannover	Pirna Reuß j. L.
Zappay	Marburg	Marburg-Frankenberg
Zarbock	Bromberg	Bromberg
Zerm	Wolffenbüttel	Kreis Helmstedt
Zubeil	Berlin	Kalau-Luckau
Zwiener	Bielefeld	Herford-Halle

Zuschriften und Telegramme.

a. Deutschland.

Altenburg. Die Buchwald'schen Hausbewohner.
Altona. Der Frauen- und Mädchen-Verein zu Altona.
Altona. Die Genossen.
Altona. Ein Kreis von Genossen bei Haderfeld.
Apolda. Wirkergehilfen Apolda's.
Aschersleben. Mehrere Eisenarbeiter.
Baden-Baden. Der Arbeiter-Wahlverein f. Baden-Baden u. Umgegend.
Barleben. Die Genossen.
Barmen. Die Genossen.
Bergedorf. Die ausgesperrten Glasarbeiter.
Berlin. Einige Genossen.
Berlin. Genossen aus dem Lokal „International".
Berlin. Fachverein der Feilenhauer.
Berlin. Fachverein der Former.
Berlin. Fachverein der Klempner.
Berlin. Fachverein d. Schlächtergesellen.
Berlin. Freie Vereinigung der Posamentirer und Berufsgenossen.
Berlin. Freie Vereinigung d. Maurer Berlins (Versammlung v. 16. Oktober).
Berlin. Geselliger Klub „Proletariat".
Berlin. Lese- u. Diskutirklub „Internationale".
Berlin. Mehrere Genossen des IV. Berliner Wahlkreises.
Berlin. Metallarbeiter-Verein (Versammlung Norddeutsche Brauerei).
Berlin. Personal d. „Berl. Volksbl."
Berlin. Rauchklub „Ohne Zwang".
Berlin. Die sozialdemokrat. Fraktion der Stadtverordneten Berlins.
Berlin. Die sozialdemokrat. Kaufleute und Handlungsgehilfen Berlins.
Berlin. Sozialdem. Leseklub „Lessing".
Berlin. Vereinigung deutscher Maler, Filiale 5.
Berlin. Versammlung für Frauen und Männer vom 12. Oktober.
Berlin. Versammlung für Männer und Frauen in Moabit.
Berlin. Versammlung vom 15. Oktbr. in Joel's Saal.
Berlin. Die Zimmerer Berlins.
Bernburg. Arb.-Gesangverein Bernburg.
Bernburg. Tabakarbeiter Bernburgs.
Biebrich. Die Arbeiter von Biebrich.
Bielefeld. Festversamml. von 2000 Pers.
Bochum. Die Genossen.
Bockenheim. Frankfurter Festgenossen.
Braunsberg. Die Genossen.
Braunschweig. Die Genossen.
Bremen. Die Bremer Schneider.
Bremen. Tischlerversammlung.
Bremerhaven. Die Genossen v. Bremerhaven und des 19. Wahlkreises.
Breslau. Die Genossen.
Breslau. Der Klub „Lassalle".
Bruchsal. Die Genossen.
Buchholz i. S. Der Wahlverein von Annaberg i. S.
Calbe a. S. Arbeiter-Bildungsverein.
Cassel. Die Genossen.
Celle. Die Cigarrenmacher von Celle.
Charlottenburg b. Berlin. Die Genossen.
Chemnitz. Die Arbeiter in der Werkzeugfabrik.
Coburg. Wahlverein Coburg.
Cöthen. Die Genossen.
Colmar i. Els. Die Genossen.
Danzig. Die Genossen.
Darmstadt. Festversammlung.
Dessau. Die Genossen.
Dortmund. Druckerei d. „Westf. Presse".
Dresden. Genossen des 6. sächsischen Wahlkreises.
Dresden. Genossen des 8. sächsischen Wahlkreises.
Dresden. Freie Vereinigung d. Barbiere.
Dresden. Die Tischler Dresdens.
Dresden. Tischler und Schuhmacher Dresdens.
Dresden. Die Dresdener Töpfer.
Düsseldorf. Mehrere Wehrleute.
Ebersbach i. S. 2. sächs. Wahlkreis.
Eilenburg i. S. Die Schuhmacher.
Einbeck. Die Genossen.
Elberfeld. Von den Verurtheilten des Elberfelder Prozesses a. d. Gefängniß.
Elbing. Die Genossen.
Elmshorn. Die Genossen.
Erfurt. Personal d. „Thüring. Tribüne".
Essen a. Ruhr. Die Genossen.
Eßlingen i. Württ. Die Genossen.
Flensburg. Die Parteigenossen.
Forst. Die Genossen v. Forst u. Umgeg.
Frankenhausen a. Kyffh. Die Genossen.
Frankenthal. Genossen von Frankenthal und Oggersheim.
Frankfurt a. M. Der Fachverein der Steinmetzer und Marmorarbeiter.

Frankfurt a. M. Die Schreiner bei Holzmann u. Co.
Frankfurt a. M. Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen.
Freiburg i. S. Die Genossen.
Freiburg i. Baden. Genossen.
Freiburg i. B. Die Zähringer Genossen.
Freienwalde a. O. Die Genossen.
Fürth i. Bayern. Restaurant Zick.
Gaarden. Centralverband der Werftarbeiter, Filiale Kiel.
Geestemünde. Das Personal d. „Norddeutschen Volksstimme".
Gelsenkirchen. Die Genossen.
Gera. Die Schneider.
Gernsheim. Der Arbeiter-Wahlverein.
Gießen. Die Genossen.
Glauchau. Wahlverein Gesau.
Gößnitz. Die Genossen.
Göttingen. Der 12. Hann. Wahlkreis Göttingen.
Gotha. Die Genossen.
Greiz. Die Genossen v. Dölau-Rothenthal-Sachswitz, Kreis Greiz.
Greiz. Häters Lokal, Greiz.
Großenhain i. S. Genossen.
Hagen i. W. Die Genossen.
Hamm i. W. Die Genossen.
Hamburg. Die Arbeiter der Krahn'schen Schneiderwerkstätte.
Hamburg. Der 59. Bezirk des zweiten Hamburger Wahlkreises.
Hamburg. Druckereipersonal v. F. Meyer.
Hamburg. Die Genossen Georgsplatz 11.
Hamburg-Eimsbüttel. Genossen des 2. Hamburger Wahlkreises.
Hamburg. Die Liedertafel von 1872, Hamburg-Hohenfelde.
Hamburg. Markenfabrik v. Jean Holze.
Hamburg. Die organisirten Schneider.
Hamburg. Verband der Werftarbeiter.
Hamburg. Versammlung von Frauen und Mädchen von Hamburg u. Umg.
Hannover. Die Genossen v. Hannover-Linden.
Hannover. Lese- u. Diskutirklub „Vorwärts".
Hannover. Parteigenossen.
Hannover. Die Damen-Schneider und -Schneiderinnen von d. Georgstraße.
Hannover. Die Schneider.
Hannover. Stiftungsfest d. vereinigten Arbeiterinnen Hannover-Lindens.
Harburg. Die Arbeiter bei Aug. Plath.
Hartha i. S. Die Hutmacher.
Heidingsfeld. Die Genossen.
Hildesheim. Die Maler u. Genossen.
Hildesheim. Tischlerverbd. Hildesheim.
Höchst a. Main. Die Genossen.
Hof i. B. Textilarbeiter-Versammlung.
Jena. Die Genossen.
Kaiserslautern. Genossen.
Kalk. Genossen des Landkreises Köln.
Karlsruhe. Gesangverein „Vorwärts".
Karlsruhe. Die Ortsverwaltung der allgem. Metallarbeiter-Kranken- und Sterbekasse Karlsruhe.
Kiel. Die Genossen.
Kiel. Gesangverein der Tischler Kiels.
Kiel. Die Parteigenossen.
Kiel. Die Tischler Kiels.
Kirchheimbolanden. Die Genossen.
Köln. Die Former Kölns und Umgeg.
Köln a. Rh. Sozialdem. Verein Köln.
Königsberg i. Pr. Die Genossen.
Königsberg i. Pr. Die Tischler Königsbergs.
Lambrecht i. Pf. Die Genossen.
Landeshut i. Schl. Die Genossen.
Langenbielau i. Schles. Arbeiter von Langenbielau.
Langenbielau. Herbergsvater Stolzenberg.
Lauenburg a. Elbe. Die Arbeiter Lauenburgs.
Leipzig. Die Malergehilfen.
Leipzig. Die Schuhmacher.
Leipzig. Die Vergolder Leipzigs.
Luckenwalde. Die Genossen.
Ludwigshafen. Wahlverein Ludwigshafen.
Ludwigshafen a. Rh. Wahlverein Friesenheim (Pfalz).
Lübeck. Buchdrucker Lübecks.
Lübeck. Die Former Lübecks.
Lübeck. Die Schneider Lübecks.
Lübeck. Die Schuhmacher Lübecks.
Lübeck. Die Tischler.
Magdeburg-Buckau. Die Genossen.
Mainz. Die Genossen.
Mannheim. Die Genossen der Neckarvorstadt Mannheim.
Mannheim. Gewerkschaftskartell Mannheim.
Mariendorf b. Berlin. Die Genossen.
Markenkirchen i. Voigtl. Die Genossen.
Meißen. Stiftungsfest des Metallarbeiter-Vereins zu Meißen.
Memmingen. Wahlkreis Memmingen-Illertissen.
Metz. Die Parteigenossen.
Minden. Die Genossen.
Mühlhausen i. Els. Die Genossen.
München. Die Genossen.
München. Die Genossen von Thalkirchen bei München.
M.-Gladbach. Die Gladbacher Sozialdem.
Münster i. Westf. Die Genossen.
Netzschkau i. S. Formerverein Reichenbach-Netzschkau.
Neumünster. Die Parteigenossen.
Neurode. Die Genoss. d. Kreises Neurode.
Niefern b. Pforzheim. Wahlversammlg.
Nortorf. Die Genossen.
Offenbach a. M. Oeff. Metallarb.-Vers.
Offenbach a. M. Sozialdemokraten Heusenstamms.
Ohlau i. Schl. Der soz. Arbeiterverein.
Osterode a. Harz. Gesangverein Männer-Quartett Osterode a. H.
Osterwieck. Die Genossen.
Ottensen. Die Parteigenossen.
Passau. Die Genossen.
Penig i. S. Genossen.

Pforzheim. Die Genossen.
Pirna i. S. Die Genossen des 8. sächs. Wahlkreises.
Plauen i. Voigtl. Die Genossen.
Plauen. Plauen'sche Genoss. (Jägersruh).
Potschappel i. S. Genossen im Plauenschen Grunde.
Potsdam. Die Genossen.
Pyrmont. Die Pyrmont-Waldecker Genossen.
Quackenbrück. Die Bürstenmacher.
Rastenburg i. Ostpr. Die Genossen.
Rathenow. Ein Gedicht.
Rathenow. Die Genossen.
Reinickendorf b. Berlin. Die Genossen.
Remscheid. Die Genossen.
Rendsburg. Die Genossen.
Rixdorf b. Berlin. Weberverein.
Ronneburg i. S. Die Genossen.
Ronsdorf. Selbeck's Wirthschaft.
Roßwein i. S. Die Roßweiner Arbeiter.
Rostock. Mehrere Maurer.
Ruhla i. Th. Allgem. Arbeiterverein.
Schleusenau. Genossen.
Schneeberg i. S. Die Genossen.
Schönebeck a. Elbe. Die Genossen.
Schwabach. Versammlung des Wahlkreises Ansbach-Schwabach.
Schwedt a. O. Die Genossen des Prenzlau-Angermünder Wahlkreises.
Schwerin i. Meckl. Die Genossen.
Sebnitz i. S. Die Genossen.
Siegmar. Der Verein zur Förderung volksthümlicher Wahlen in Siegmar.
Solingen. „Bergische Arbeiterstimme."
Solingen. Die Parteigenossen.
Sonneberg i. Th. Die Arbeiter.
Spandau. Die soziald. Bäcker Spandaus.
Speyer. Die Genossen.
Stettin. Die Lohn-Kommission der Schneider und Näherinnen Stettins.
Stettin. Sozialdemokrat. Wahlverein.
Stockelsdorf. Die Jackenburger Genoss.
Stuttgart. Der Arbeiterverein Heslach.
Tannenberg i. S. Die Genossen von Geyer und Tannenberg.
Tettnang. Die Genossen.
Velten. Die Genossen.
Viersen. Die Sozialdemokraten des Kreises Gladbach.
Wandsbeck. Die Genossen.
Wandsbeck. Das Harmonia-Quartett Wandsbeck.
Weimar. Zahlstelle des Deutschen Tischlerverbandes.
Weißensee b. Berlin. Der Arbeiterbildungsverein.
Wermelskirchen. Die Genossen.
Wiesbaden. Die Drechsler Wiesbadens.
Wiesbaden. Genossen.
Wilhelmsbad. Gold- u. Silberarbeiter Hanaus.
Winsen a. d. L. Die Genossen.
Wolmirstedt. Die Genossen.
Würzburg. Wahlversammlung.
Zwickau i. S. Die Genossen v. Planitz.
Zwickau. Die Genossen v. Schedewitz.
Zwickau. Mehrere Genossen.

b. Ausland.

Amerika.

Boston. Deutsche Sektion Boston der sozialistischen Arbeiterpartei v. Nordamerika.
Buenos-Aires. Verein „Vorwärts."
Chicago. Exekutiv-Komitee der soz. Arbeiterpartei d. Vereinigten Staaten von Nordamerika.
Milwaukee. Die Sozialisten Milwaukee's.
New-York. National-Exekutiv-Komitee der amerikanischen Sozialdemokratie.

Dänemark.

Kopenhagen. Dän. Sozialdemokraten.

England.

London. Komm. Arb.-Bildungsverein.
London. Eight Hours and International Labour League.
London. General Council of the Social Democratic Federation.
London. National Union of Gasworkers and General Labourers of Great Britain and Ireland.
London. The Political Council of the North Camberwell Radical Club and Institute.

Frankreich.

Paris. Le cercle des socialistes roumains.
Paris. Le Congrès regional de la Federation des travailleurs socialistes de France.
Paris. Polnische Delegirte zum soz. Kongreß zu Paris.
Paris. Redaktion d. „L'Idee Nouvelle", Revue Sociale et Littéraire.
Paris. Une groupe des Proscrits de la Commune de Paris 1871.

Holland.

Amsterdam. Sozialdemokratischer Bund in Amsterdam.

Italien.

Mailand. Lega Socialista Milanese.
Mailand. Il Consolato Operaio Milanese.
Mailand. Radikaler Verein.
Ravenna. Congrès nationale du Parti socialiste d'Italie.

Oesterreich.

Bielitz. Die Genossen v. Bielitz-Biela, Oesterr. Schlesien.
Budapest. Ungarländische allgemeine Arbeiterpartei.

Floridsdorf. Genossen von Florldsdorf und Donaufeld.
Jaxerndorf. Die Genossen.
Klagenfurt. Die Genossen.
Kronstadt. Kronstadter Arbeiterklub.
Meidling. Die Genossen.
Reichenberg i. Böhm. Redaktion des „Freigeist“.
Salzburg. Die Arbeiterschaft Salzburgs.
Triest. Die Genossen.
Villach. Die Genoss. v. Villach-Kärnthen.
Warnsdorf. Die Genossen v. Warnsdorf (Böhmen).
Wien. Zehn junge Theoretiker.
Wien. Vereinigte Perlmutter-Drechsler in Wien.
Wien. Vereinigte Steinnußknopf-Arbeiter in Wien.

Polen.

Aus Genf. Redaktionen der polnischen sozialist. Blätter „Walka Klas“ und „Przedswit“.
Lemberg. Polnische Sozialisten.

Schweden.

Stockholm. Distrikt steyrelsen.

Schweiz.

Basel. Arbeiterbund Basel.
Basel. Deutsche sozialdemokr. Mitgliedschaft. Deutscher Arbeiterverein.
Basel. Genossen v. Basel und Lörrach.
Bern. Die Parteigenossen.
Bern. Soz.-dem. Partei der Schwetz.
Cheaux-de-fonds. Genossen v. Cheaux-de-fonds und Locle.
Frauenfeld. Deutscher Verein.
Genf. Ligue internationale de la Paix et de la Liberte.
Glarus. Deutscher Verein Glarus.
Payerne. Internat. Arbeiterverein.
St. Gallen. Mitgliedschaft St. Gallen.
Winterthur. Deutsche Sozialisten.
Zürich. Redaktion des russ. „Sozialdemokrat“.

Spanien.

Madrid. Partido Socialista Obrero Espanniol. Comite National.

Sprech-Register.

Adler, Dr. 21.
Agster 194.
Anseele 27.
Arnold 17.
Aßmann 265.
Auer 23. 115. 153. 230. 238. 242.
Auerbach 149. 152. 186. 275.

Baake 286.
Beck 26.
Bebel 15. 18. 23. 28. 43. 58. 73. 80. 101. 106. 149. 248. 260. 261. 266. 281.
Berndt, Franz 52.
Berndt, Fritz 79. 253.
Betzer 222.
Blos 185. 265.
Bock 217.
Branting 9.
Böhle 261.
Bremer 17. 69. 93. 237.
Brühne 17.

Dahlen 255.
Dietz 49. 50. 72. 79. 97. 98. 107. 152. 157. 181. 199. 207. 248. 253. 259. 261.
Dreesbach 269.

Ehrhart 188. 199.
Emmel 47. 148.
Ewald 13.

Faber 147.
Fell 54. 261.
Ferroul 111.
Fischer-London 90.
Fleischmann 94.
Foerster 15. 25.
Frantzen 270.
Frohme 251.

Geck 41. 276. 280.
Germer 49.
Gewehr 53. 198. 237.
Geyer 251. 255.
Ginshoit 276.
Glocke 270.
Gottschalk 60. 150. 235. 253. 296.
Grenz 51.
Greiner 255.
Grillenberger 54. 224. 264. 392.
Grimpe 114.
Grothe 18. 67.
Guesde, Jules 109.
Guttenstein 24. 184.

Haburg 43. 223.
Heinrich 234.
Heinzel 17.
Heisig 258.
Herbert 92.
Herrmann-Dresden 92. 182.
Hillmer 60.
Höppner 58. 230.
Horn 53. 219.
Hug 92.

Jeup 199.
Ihrer, Frau 48. 114. 237.
Jochem 147. 250.
Joest 66. 251. 375.

Kaden 182.
Kahl 234.
Kalnbach 274.
Kandt 147. 274.
Kaulich 113.
Kerrl 265. 265.
Keßler 139. 259.
Kittler 235.
Klein 28. 67. 146.
Kloß 94. 113. 208.
Körner 20.
Köster 113. 236.
Kokosky 196. 252.
Krewinkel 69.
Kühn 24. 250.
Kunert 93.

Lenz 198. 219.
Leutert 15. 46.
Lichtenberg 114.
Liebknecht 11. 56. 95. 110. 111. 152. 157. 181. 199. 272. 273. 274. 297.
Liefländer 64. 144. 157. 186. 230.
Löwenstein 100.
Lücke 18. 198. 260.
Lütjens 252.
Lutz 113. 252.

Maier 148.
Meist 16. 18.
Meister 79. 153. 252. 286.
Metzger 17.
Metzner 15. 50. 138. 194.
Millarg 237.
Molkenbuhr 65. 189. 220.
Müller-Schkeuditz 137.
Mundberg 25,

Nieuwenhuis, Domela 20.

Oertel 196. 233.
Ohlig 237.

Pfannkuch 18. 66. 111. 114. 150. 285. 286.
Pittack 53. 251.
Prinz 15. 23. 251.

Riemann 93. 255. 256.
Rüdt, Dr. 68. 91. 191. 198. 199.
Rüger 234.

Schiboldky 105. 149.
Schiel 68.
Schippel 67. 276. 291. 294.
Schmalfeldt 236.
Schmidt-Berlin 42. 65. 146. 197. 269. 293. 294.
Schmidt-Burgstädt 253. 286.
Schmidt-Zwickau 24.
Schönfeld 143. 231.
Schultze-Magdeburg 15. 235.
Schulz 98. 253.
Schulze-Erfurt 48. 92. 113. 114.
Schwabe 295.
Schwartz-Lübeck 267.
Schwarz-Hamburg 189.
Schweer 152.
Singer 13. 14. 16. 18. 25. 28. 41. 42. 62. 80. 107. 109. 111. 113. 114. 115. 128. 131. 139. 147. 182. 207. 229. 235. 237. 240. 241. 256. 262. 265. 271. 276. 285. 293. 295. 297.
Sittig 64. 252.
Slomke 17. 61. 234. 237. 276.
Stadthagen 47. 105. 107.
Steinbach, Frau 195. 233. 240.
Stengele 144. 224. 237. 262.
Stolle 43. 56. 140. 149. 193.

Tacterow 65.
Theiß 46. 139. 151. 152.
Thierbach 142. 184. 294.
Tölcke 296.
Trautmann 42. 255.

Volderauer 51.
v. Vollmar 42. 93. 94. 106. 114. 131. 252.

Wernau 259.
Werner-Berlin 14. 23. 25. 43. 61. 69. 97. 106. 135. 280. 281. 285. 294.
Wernicke 294.
Wesch 54. 67.
v. Wietersheim 113.
Wilke 223.
Wilschke 25. 42. 46. 145. 221.
Woldersky 199.
Wullschläger 128.

Zappay 48. 236.
Zubeil 61. 80. 149. 198. 222. 256.

Druck von Max Bading, Berlin SW., Beuthstraße 2.

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages

der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abgehalten zu Erfurt

vom 14. bis 20. Oktober 1891.

Berlin 1891.
Verlag der Expedition des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.
(Th. Glocke.)



Programm
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
beschlossen auf dem Parteitag zu Erfurt 1891.

Die ökonomische Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwickelung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigenthum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwickelung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigenthum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der

Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum, und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos des Proletariats, sondern des gesammten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendiger Weise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem; und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.
3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachtheiligen.
6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.
7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Ange-

klagter, Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Organisation
der
Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
beschlossen auf dem Parteitag zu Halle 1890.

---

§ 1. Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt.

§ 2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat.

Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise.

Gegen die Entscheidungen steht den Betroffenen die Berufung an die Parteileitung und den Parteitag zu.

Vertrauensmänner.

§ 3. Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Parteiinteressen einen oder mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen.

§ 4. Die Wahl der Vertrauensmänner erfolgt alljährlich und zwar im Anschlusse an den voraufgegangenen Parteitag.

Die Vertrauensmänner haben ihre Wahl mit Angabe ihrer genauen Adresse sofort der Parteileitung mitzutheilen.

§ 5. Tritt ein Vertrauensmann zurück oder tritt sonstwie eine Vakanz ein, so haben die Parteigenossen umgehend eine Neuwahl vorzunehmen und davon entsprechend § 4 Absatz 2 der Parteileitung Mittheilung zu machen.

§ 6. Da wo aus gesetzlichen Gründen die in den vorstehenden Paragraphen gegebenen Vorschriften unausführbar sind, haben die Parteigenossen den örtlichen Verhältnissen entsprechende Einrichtungen zu treffen.

Parteitag.

§ 7. Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von der Parteileitung einzuberufen ist.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an welchem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, so hat die Parteileitung mit der Reichstagsvertretung hierüber sich zu verständigen.

§ 8. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 4 Wochen vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen. Die Einladung zur Beschickung des Parteitags ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge der Parteigenossen für die Tagesordnung des Parteitages sind bei der Parteileitung einzureichen, die dieselben spätestens 10 Tage vor der Abhaltung des Parteitags durch das offizielle Parteiorgan bekannt zu geben hat.

§ 9. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Theilnahme an demselben sind berechtigt:

1. die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, mit der Einschränkung, daß in der Regel kein Wahlkreis durch mehr als 3 Personen vertreten sein darf.

   Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden:
2. die Mitglieder der Reichstags-Fraktion;
3. die Mitglieder der Parteileitung.

Die Mitglieder der Reichstags-Fraktion und der Parteileitung haben in allen die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur berathende Stimme.

Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst.

§ 10. Zu den Aufgaben des Parteitags gehören:

1. Entgegennahme des Berichts über die Geschäftsthätigkeit der Parteileitung und über die parlamentarische Thätigkeit der Abgeordneten.
2. Die Bestimmung des Orts, an welchem die Parteileitung ihren Sitz zu nehmen hat.
3. Die Wahl der Parteileitung.
4. Die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen.
5. Die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 11. Ein außerordentlicher Parteitag kann einberufen werden

1. durch die Parteileitung;
2. auf Antrag der Reichstags-Fraktion;
3. auf Antrag von mindestens 15 Wahlkreisen.

Falls die Parteileitung sich weigert, einem Antrag auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitags stattzugeben, so ist derselbe durch die Reichstags-Fraktion einzuberufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 12. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitags muß spätestens 14 Tage vor dem Termin der Abhaltung desselben durch das offizielle Parteiorgan in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung erfolgen.

Anträge der Parteigenossen sind spätestens 7 Tage vor der Abhaltung des Parteitags im offiziellen Parteiorgan zu veröffentlichen.

Im Uebrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage (§§ 8—10).

Parteileitung.

§ 13. Die Parteileitung besteht aus 12 Personen, und zwar aus 2 Vorsitzenden, 2 Schriftführern, 1 Kassirer und 7 Kontrolleuren.

Die Wahl der Parteileitung erfolgt durch den Parteitag mittelst Stimmzettel.

Nach erfolgter Wahl hat die Parteileitung ihre Konstituirung vorzunehmen und dieselbe im offiziellen Parteiorgan bekannt zu machen.

Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über die vorhandenen Gelder.

§ 14. Die Mitglieder der Parteileitung können für ihre Thätigkeit eine Besoldung beziehen. Die Höhe derselben wird durch den Parteitag festgesetzt.

§ 15. Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrollirt die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Thätigkeit Bericht.

§ 16. Scheidet einer der Vorsitzenden, Schriftführer oder der Kassirer aus, so ist die Vakanz durch eine von den Kontrolleuren vorzunehmende Neuwahl zu ergänzen.

Partei-Organ.

§ 17. Zum offiziellen Parteiorgan wird das „Berliner Volksblatt" bestimmt. Dasselbe erhält vom 1. Januar 1891 ab den Titel:

„Vorwärts"
Berliner Volksblatt
Central-Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Alle offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Theils zu veröffentlichen.

Abänderung der Organisation.

§ 18. Aenderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden, doch muß die absolute Mehrheit der anwesenden Vertreter sich dafür erklären.

Anträge auf Abänderung der Organisation können nur berathen werden, wenn sie innerhalb der Fristen, welche die §§ 8 und 12 vorschreiben, zur öffentlichen Kenntniß der Parteigenossen gelangten.

Eine Abweichung von der letzteren Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens 3/4 der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

Tagesordnung des Parteitages.

Mittwoch, den 14. Oktober, Abends 7 Uhr:

Vorversammlung. Konstituirung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung. Wahl einer Kommission für die Prüfung der Vollmachten.

Donnerstag, den 15. Oktober, und die folgenden Tage:

1. Geschäfts-Bericht des Partei-Vorstandes. Berichterstatter: J. Auer.
2. Bericht der Kontrolleure durch G. Schulz.
3. a) Die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion. Berichterstatter: H. Molkenbuhr.
   b) Die Taktik der Partei. Berichterstatter: A. Bebel.
4. Berathung des Programm-Entwurfs. Berichterstatter: W. Liebknecht.
5. Berathung derjenigen Anträge der Parteigenossen, welche bei den vorausgehenden Punkten der Tagesordnung nicht bereits ihre Erledigung gefunden haben.
6. Wahl der Parteileitung und Bestimmung des Orts wo sie ihren Sitz zu nehmen hat.

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:

Kloß, Stuttgart. — Singer, Berlin.

Schriftführer:

Agster, Stuttgart.	Frohme, Altona.	Oertel, Nürnberg.
Blume, Hamburg.	Geyer, Leipzig.	Schmid, München.
Emmel, Frankf. a. M.	Hug, Bant.	Scholz, Berlin.

Mandats-Prüfungs-Kommission:

Bamberger, Berlin.	Kühn, Langenbielau.	Schultze, Königsberg.
Fischer, Berlin.	Pfannkuch, Kassel.	Urban, München.
Kaden, Dresden.	Reißhaus, Erfurt.	Willig, Hannover.

Neuner-Kommission:

Blume, Hamburg.	Hug, Bant.	Reißhaus, Erfurt.
Ehrhart, Ludwigsh.	Kühn, Langenbielau.	Slomke, Bielefeld.
Emmel, Frankf. a. M.	Müller, Darmstadt.	Willig, Hannover.

Programm-Kommission:

Agster, Stuttgart.	Kautsky, Stuttgart.	Müller, Elberfeld.
Bebel, Berlin.	Keßler, Berlin.	Oertel, Nürnberg.
Goldstein, Dresden.	Landé, Elberfeld.	Schmidt, Zwickau.
Herbert, Stettin.	Liebknecht, Berlin.	Schoenlank, Berlin.
Frau Ihrer, Berlin.	Dr. Lux, Magdeburg.	Schweer, Hamburg.
Jochem, Danzig.	Löwenstein, Nürnb.	Tölcke, Dortmund.
Kandt, Rostock.	Molkenbuhr, Hamb.	v. Vollmar, München.

Vorlagen an den Parteitag.

Anträge.

Programm.

1. Entwurf des Partei-Vorstandes.

Die Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Uebergang in den Alleinbesitz eines Theils der Gesellschaftsglieder hat zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende geführt.

In den Händen ihrer Aneigner sind die gesellschaftlichen Arbeitsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Die hierdurch bedingte ökonomische Unterwerfung der Arbeiter unter die Besitzer der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit.

Unter der Herrschaft dieser Ausbeutung nimmt die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichthums in den Händen der Ausbeuter, der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — mit wachsender Geschwindigkeit zu. Immer ungleicher wird die Vertheilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeuter und Ausgebeutete, immer größer die Zahl und immer unsicherer die Lebenslage der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Die im Wesen der kapitalistischen Produktion begründete Planlosigkeit erzeugt jene immer länger andauernden Krisen und Arbeitsstockungen, welche die Lage der Arbeiter noch verschlimmern, durch den Ruin der städtischen und ländlichen Mittelstände — der Kleinbürger und Kleinbauern — den Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitern, die allgemeine Unsicherheit zum Normal-

zustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel den Beruf und die Fähigkeit zur wirthschaftlichen und politischen Führung verloren hat.

Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglicher wird, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt demgemäß die Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigenthum der Gesellschaft, und die Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion: eine Umwandlung, für welche die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen geschaffen hat und weiter schafft und durch welche allein die Befreiung der Arbeiterklasse, und mit ihr die Befreiung aller Gesellschaftsglieder ohne Ausnahme verwirklicht wird.

Die Sozialdemokratische Partei hat nichts gemein mit dem sogenannten Staatssozialismus, dem System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, das den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Befreiungskampfe verficht die Sozialdemokratie, als die Vertreterin nicht blos der Lohnarbeiter, sondern der

Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesammt, alle Forderungen, Maßregeln und Einrichtungen, welche die Lage des Volks im Allgemeinen und der Arbeiterklasse im Besonderen zu verbessern geeignet sind.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands tritt deshalb gegenwärtig für folgende Forderungen ein:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einführung des Proportional-Wahlsystems. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.
2. Direkte Antheilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstverwaltung des Volks im Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung.
3. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die gewählten Vertreter des Volks. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten.
6. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
7. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und der Rechtshilfe. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter.
9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung und der Heilmittel.
10. Stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftssteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit unterordnen.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
   b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern.
3. Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesinde-Ordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

2. Entwurf der Redaktion der „Neuen Zeit“ in Stuttgart.

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnothwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigenthum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indeß die Produktionsmittel — Grund und Boden, Rohstoffe, Werkzeuge — in steigendem Maße das Monopol einer verhältnißmäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisirung der Produktionsmittel geht die Zusammenfassung der zersplitterten Kleinbetriebe in Riesenbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachsthum des Ertrags der menschlichen Arbeit. Aber alle Vortheile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisirt. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelstände — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz,

des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Das Privateigenthum an Produktionsmitteln ist ehedem das Mittel gewesen, dem freien Arbeiter den Besitz seines Produkts zu sichern. Heute ist dieses selbe Eigenthumsrecht zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriiren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigenthums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum und die Umwandlung der Waarenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion, kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht blos der Arbeiterklasse, sondern der gesammten Menschheit, die unter den heutigen Zuständen leidet. Aber diese Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen. Das Proletariat ist die einzige Klasse, deren Interesse immer entschiedener auf dessen Aufhebung drängt, ein Bestreben, dem die immer rapidere Entwicklung der kapitalistischen Wirthschaftsweise wider den Willen der herrschenden Klassen die Wege bahnt.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, der gegenüber alle anderen Parteien, weil sie auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen, eine reaktionäre Masse bilden.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats voll bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche

Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht blos die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Entsprechend diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei zunächst:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einführung des Proportional-Wahlsystems. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte gegen Einzelne, ausgenommen Unzurechnungsfähige.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk und Verantwortlichkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung, Recht der Steuerverweigerung.
3. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten durch ein internationales Schiedsgericht.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
5. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die Religion ist Privatsache. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als Privatvereinigungen zu betrachten.
6. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen und gleiche Unentgeltlichkeit in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler, die Kraft ihrer Fähigkeiten für Ausbildung in denselben bestimmt werden.
7. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistands. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Entschädigung unschuldig Verurtheilter und unschuldig Verhafteter.

8. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Todtenbestattung.
9. Stufenweis steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags.
   b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesinde-Ordnungen.
4. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

3. Entwurf der Genossen Albert Auerbach, Paul Kampffmeyer und Dr. H. Lux in Magdeburg.

Die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Rohstoffe, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — und deren Uebergang in den Alleinbesitz eines Theils der Gesellschaftsglieder hat geführt und führt noch zur Spaltung der Gesellschaft in zwei Klassen, die arbeitende und die besitzende.

In den Händen ihrer Aneigner sind die Produktionsmittel zu Mitteln der Ausbeutung geworden. Mit ihrer Hilfe machen sich die kapitalistischen Aneigner ganze Schichten von Kleinbauern und Kleinbürgern zins- und tributpflichtig.

Diese Bevölkerungsschichten, mit Hypotheken, Wechseln, Schulden überhäuft, verlieren mehr und mehr ihre Selbstständigkeit, schrumpfen zu bloßen Scheinbesitzern ihrer Produktionsmittel zusammen, und sind in Wahrheit nur Schuld- und Frohnknechte des Kapitals. — So entsteht eine täglich wachsende Armee wirthschaftlich abhängiger Lohnarbeiter und Kleinproduzenten. Diese wirthschaftliche Abhängigkeit ist die Grundlage der Knechtschaft in jeder Gestalt: des gesellschaftlichen Elends, der geistigen Verkümmerung, der politischen Abhängigkeit.

Die Anhäufung des durch die Ausgebeuteten erzeugten Reichthums in den Händen der Ausbeuter — der Kapitalisten und Großgrundbesitzer — nimmt stetig zu; die Vertheilung des Arbeitsprodukts zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten wird immer ungleicher: die Zahl der Proletarier immer größer und ihre Lebenslage immer unsicherer. Immer mehr schwillt die Armee der überflüssigen Arbeiter an, immer schroffer wird der Klassengegensatz, immer erbitterter der Klassenkampf, welcher die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitert sich, die allgemeine Unsicherheit wird zum Normalzustand der Gesellschaft.

Diesem Zustand kann nur die Umwandlung der Produktionsmittel in Gemeineigenthum ein Ende machen, ein Prozeß, für den die kapitalistische Gesellschaft selbst die materiellen und geistigen Bedingungen schafft.

Einmal erhält durch das Zusammenarbeiten von Hunderten und von Tausenden von Arbeitern die Arbeitsweise immer mehr sozialistisches Gepräge; weiter verdrängen die großen Unternehmungen immer mehr die kleinen Betriebe und führen so zu einer zentralistischen Vereinheitlichung der Produktion.

Die Großbetriebe beginnen sich zu großen Verbänden (Kartellen) zusammenzuschließen, und in ihrem Interesse die Produktion und den Verkauf der Produkte zu regeln. Ebenso untergräbt der Kapitalismus selbst seine sachlichen und persönlichen Grundlagen. Immer tiefer sinkt die Profitrate, der Zinsfuß herab, und hierdurch werden immer geringere Kreise von Kapitalisten für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus interessirt. Ferner schwindet stetig die persönliche Bedeutung des Kapitalisten als Leiter und Führer der Produktion. Die Leitungsarbeit übernehmen nach und nach kaufmännisch und wissenschaftlich gebildete Arbeiter (Direktoren, Ingenieure 2c.) und der Kapitalist wird zum bloßen Profitanhäufer; so vor allem in den modernen Aktiengesellschaften. —

Zugleich mit diesen wirthschaftlichen Umwälzungen gestalten sich die geistigen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft um. Neue Verkehrs- und Lebensformen wachsen aus dem Boden der Gesellschaft heraus.

Der gesellschaftliche Arbeitsprozeß, die Gemeinsamkeit der Befriedigung individueller Bedürfnisse in der Gesellschaft, der Zusammenschluß der Arbeiter in wirthschaftlichen und politischen Kämpfen erzeugen sozialistische Gefühle und Empfindungen.

Andererseits schwinden bei der Enteignung der großen Volksmassen die alten Eigenthumsvorstellungen.

Die Arbeiter werden aller Produktionsmittel entblößt, sie verfügen nur noch über die nothwendigsten Unterhaltsmittel; der Eigenthumssinn verliert so seine materielle Grundlage.

Selbst zwischen dem kapitalistischen Eigenthümer und seinem Eigenthum werden alle vertrauten Beziehungen zerrissen. Für den Kapitalisten stellt das Eigenthum nur noch eine Kapitalmasse dar, die sich bald in Grundstücke, bald in Werthpapiere und Hypotheken verwandelt.

Die anzustrebende Produktion durch und für die Gesellschaft wird jedoch keineswegs durch den sogenannten Staatssozialismus, das System der Verstaatlichung zu fiskalischen Zwecken, erfüllt, weil dieses System den Staat an die Stelle des Privatunternehmers setzt, und damit die Macht der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückung des Arbeiters in einer Hand vereinigt.

Die Verwandlung der kapitalistischen Produktion in die gesellschaftliche, und damit die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, weil alle übrigen Klassen und Parteien auf dem Boden des Privateigenthums an Produktionsmitteln stehen, und trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, doch die Erhaltung und Stärkung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse kann daher nur ein Klassenkampf sein, und muß durch gewerkschaftliche und politische Organisation geführt werden. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ihm sein naturnothwendiges Ziel, die Vergesellschaftlichung der Produktion zu zeigen: das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen; mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern; die Befreiung der Arbeiterklasse ist daher nicht eine nationale, sondern eine internationale Aufgabe, an der die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassen-

bewußten Arbeitern aller übrigen Länder, und ist entschlossen, alle ihr hieraus erwachsenden Pflichten zu erfüllen.

Die Sozialdemokratische Partei kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten Aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. In diesem Befreiungskampfe versicht die Sozialdemokratie als die Vertreterin nicht blos der Lohnarbeiter, sondern der Ausgebeuteten und Unterdrückten insgesammt, alle Forderungen ꝛc., welche die Lage dieser ausgebeuteten Volksklassen verbessern und sie zugleich ihrer endgiltigen Befreiung aus den Banden ökonomischer und politischer Knechtschaft näher führen. Dieses Ziel können aber die proletarischen Gesellschaftsklassen nur durch die Eroberung der politischen Macht erreichen. Zu diesem Zweck muß die Sozialdemokratie die Beseitigung aller politischen Schranken anstreben, welche geeignet sind, das Proletariat in seinem Befreiungskampfe zu hindern, muß sie auf die planmäßige Demokratisirung der ganzen Gesellschaft hinwirken. Daher fordert sie:

1. Allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Einjährige Legislaturperioden. Einführung des Proportional-Wahlsystems. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter.
2. Direkte Antheilnahme des Volks an der Gesetzgebung mittelst des Vorschlags- und Verwerfungs-Rechts. Selbstverwaltung des Volks in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Jährliche Steuerbewilligung. Recht der Steuerverweigerung.
3. Abschaffung aller Gesetze, welche der freien Meinungsäußerung und dem vollen Recht der Vereinigung und Versammlung entgegenstehen.
4. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in allgemein- wie privatrechtlicher Beziehung dem Mann unterordnen.
5. Abschaffung der stehenden Heere. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.
6. Beseitigung des bevormundenden Einflusses der Kirche, daher
   a) Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken.
   b) Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten.

7. Die Demokratisirung der Rechtspflege
   a) durch vom Volk selbst geübte Rechtsprechung und die Wahl der Richter durch das Volk;
   b) durch die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege. (Entschädigung der unschuldig Verurtheilten und Verhafteten.)
8. Stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftssteuer für die Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche nur den Interessen einer bevorzugten Minderheit dienen.

Um aber die Arbeiterklasse in diesem ihrem Befreiungskampfe körperlich und geistig zu stärken, und um ihr ferner den nöthigen Spielraum zur Entfaltung ihrer Kräfte zu geben, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normal-Arbeitstags;
   b) Verbot der gewerblichen Arbeit für Kinder unter vierzehn Jahren;
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen;
   d) eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter;
   e) Verbot des Trucksystems.
2. Ueberwachung aller gewerblichen Betriebe und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeiterkammern;
3. Gleichstellung der kaufmännischen, landwirthschaftlichen Arbeiter und Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern;
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts;
5. Uebernahme der gesammten Arbeiterversicherung durch das Reich, mit voller Selbstverwaltung aller dieser Anstalten durch die Arbeiter.

4. Entwurf des Genossen J. Stern in Stuttgart.

Die sozialen Uebel der Gegenwart, von welchen am schwersten die proletarischen Lohnarbeiter betroffen werden und neben ihnen der städtische und ländliche Mittelstand, Kleinhandwerker, Klein-

geschäftsleute, Kleinbauern, haben ihre Ursache in der individualistischen Gesellschaftsordnung, d. h. darin, daß die Arbeitsmittel (Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel) Monopol der Kapitalistenklasse sind.

Seit dem Auftreten der Dampfmaschine als Produktionsmittel ist die individualistische Gesellschaftsordnung für die unteren Gesellschaftsschichten zur Quelle größten sozialen Elends geworden, aber auch in den oberen Gesellschaftskreisen wirkt sie verheerend und zerstörend in materieller wie idealer Hinsicht. Große Proletariermassen sind beschäftigungslos geworden (industrielle Reservearmee), und die Zahl der Beschäftigungs- und Existenzlosen schwillt immer mehr an. Hand in Hand damit wurde die Abhängigkeit der Arbeiterklasse von der Kapitalistenklasse immer größer und wurden die Arbeitsbedingungen (Lohn, Arbeitszeit 2c.) für die Arbeiter immer schlechter. Das Kleinhandwerk wird von der Fabrik, der Kleingeschäftsmann vom Großhandel, der Kleinbauer vom Großgrundbesitz und vom Produktenhandel erdrückt und ruinirt.

In der Kapitalistenklasse selbst wüthet der Konkurrenzkampf immer heftiger, mit der Wirkung, daß die Kleineren von den Größeren und diese wiederum von den Industriekartellen und Handelsringen ruinirt und aufgesaugt werden. Riesenreichthümer sammeln sich in den Händen Weniger an, während die Anderen immer mehr in Bedrängniß kommen und proletarisirt werden. Schwere, immer länger andauernde Krisen, verhängnißvoll für Kapitalisten wie für Arbeiter, erschüttern die allgemeine Wohlfahrt und machen allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft.

Das ganze Erwerbsleben hat sich zum unheimlichen, wilden Kampf Aller gegen Alle gestattet, welchem viele Tausende zum Opfer fallen und durch welchen die ideale Kultur schwer geschädigt wird.

Die Maschinenproduktion hat aber andererseits durch größere Ausbeute der Natur und bessere Verwerthung der Naturprodukte den Arbeitsertrag oder den gesellschaftlichen Reichthum derart gesteigert, resp. kann derselbe durch sie derart gesteigert werden, daß Niemand zu darben braucht, sondern alle Gesellschaftsglieder durch mäßige Arbeit ein genügendes Auskommen haben und der mannigfaltigen Güter der Kultur theilhaftig sein könnten.

Die Befreiung der Arbeiterklasse und der Gesellschaft überhaupt von den sozialen Uebeln erfordert daher die Verwandlung der individualistischen, der zwerghaften Produktionsweise früherer Epochen entsprechenden Gesellschaftsordnung in die sozialistische, d. h. Uebergang sämmtlicher Arbeitsmittel (s. o.) aus dem Besitz Einzelner in Gemeineigenthum der Gesellschaft und planmäßige Regelung der gesammten Produktion durch die Gesellschaft für sämmtliche Gesellschaftsglieder.

Durch diese Zentralisation der Produktion, für welche der Kapitalismus selbst die Uebergangsform bildet, wird nicht etwa eine neue Klassenherrschaft begründet, sondern es werden die Klassenunterschiede und Klassenprivilegien überhaupt aufgehoben. Durch sie wird die weitgehendste politische Freiheit und soziale Gleichheit, gleiche Rechte und gleiche Pflichten, unter voller Berücksichtigung individueller Verschiedenheiten verwirklicht. Und indem sie die materielle Wohlfahrt der Gesellschaft außerordentlich steigert, ist sie zugleich von höchst wohlthätigem Einfluß auf sämmtliche Zweige der Kultur.

Die sozialistische Gesellschaftsordnung kann nur durch die zur selbstständigen politischen Partei organisirten Arbeitermassen, d. h. durch die Sozialdemokratie, auf dem Wege des politischen Klassenkampfs verwirklicht werden.

Im Gegensatz zu sämmtlichen anderen Parteien, welche trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich doch die Erhaltung und Stärkung der bestehenden Gesellschaftsordnung zum gemeinsamen Ziel haben, erstrebt demgemäß die Sozialdemokratie den demokratischen Sozialismus.

Die Interessen der Arbeiterklasse und die sozialen Uebel überhaupt sind in allen Ländern die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt verketten sich die sozialen Geschicke der Völker immer enger und werden immer abhängiger von einander. Die Verwirklichung der sozialdemokratischen Ziele ist daher nicht eine nationale, sondern eine internationale Aufgabe, an der die Menschen, speziell Arbeiter aller Länder gleichmäßig betheiligt sind. In dieser Erkenntniß fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Neben dem demokratischen Sozialismus und zugleich um diesem ihrem Endziel immer näher zu kommen, erstrebt die Sozialdemokratische Partei politische und soziale Freiheit und Gerechtigkeit innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung. Sie tritt daher für nachstehende Forderungen ein:

(Folgt der praktische Theil wie im Entwurf des Parteivorstands.)

Anträge zum ersten Theil des Entwurfs des Parteivorstands.

Es beantragen:

Die Genossen in Liegnitz,

vor den Anfang: „Die Trennung der Arbeiter 2c.", zu setzen:

„Die durch Raub, Volksbetrug und Usurpation entstandenen Ungleichheiten in den gesellschaftlichen Anrechts- und Besitzverhältnissen der zivilisirten Nationen haben relativ und absolut mehr und

mehr eine solche Größe erreicht, daß diese Verhältnisse im vollkommenen Widerspruch mit den Rechtsanschauungen der Völker und mit der Höhe der Kultur stehen, welche die menschliche Entwicklung bis jetzt gezeitigt hat. Insbesondere hinsichtlich der Produktion hat die Trennung der Arbeitenden von" 2c. nach dem Entwurf, wobei das Wort „hat" hinter „Gesellschaftsgliedern" zu streichen ist.

Die Parteigenossen in Stettin:

In Absatz 1, zweite Zeile, hinter „Werkzeuge" noch das Wort „Rohstoffe" einzuschalten.

Walther May und Hermann Trilse in Leipzig:

In Absatz 2 neben der geistigen auch die körperliche Verkümmerung zu erwähnen.

Hermann Trilse:

In Absatz 3 in der zweiten Zeile statt „Kapitalist" „Großkapitalist" zu sagen.

In Absatz 4 die zwei letzten Zeilen zu streichen, resp. zu setzen: — — — „daß die Klasse der Aneigner der gesellschaftlichen Arbeitsmittel keine Fähigkeit zur wirthschaftlichen und politischen Führung besitzt, noch je besessen hat."

Dr. Benedikt Friedländer in Berlin:

Die Absätze 4—6 zu fassen wie folgt:

„Das stetige Anwachsen des auf Ausbeutung fremder Arbeit beruhenden arbeitslosen Renten-Einkommens der besitzenden Klasse bedeutet ökonomisch steigende Armuth und zunehmende Konsum-Unfähigkeit der Massen und erzeugt so den immer ärger werdenden Zustand der Absatzstockung und wirthschaftlichen Krise. Diesem Zustand, der von Tag zu Tag unerträglicher wird, und der Vernunft sowohl, wie der Gerechtigkeit Hohn spricht, durch Beseitigung seiner Ursachen ein Ende zu machen, und die Befreiung der Arbeiterklasse zu erringen, ist das Ziel und die Aufgabe der revolutionären Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt daher mit allen dem natürlichen Rechtsbewußtsein entsprechenden Mitteln die Abschaffung des arbeitslosen Renteneinkommens (d. h. des Zinses, der Grundrente und des Unternehmerprofits), was nur durch Umwandlung der Arbeitsmittel — Grund und Boden, Bergwerke, Gruben, Maschinen und Werkzeuge, Verkehrsmittel — in Gemeineigenthum der Gesellschaft und durch Umwandlung der privatkapitalistischen Produktion in sozialistische Produktion geschehen kann."

Die Parteigenossen des IV. Reichstags-Wahlkreises in Berlin:

In Absatz 6 erste Zeile hinter „demgemäß" einzuschalten: „mit allen dem Rechtsbewußtsein des Volks entsprechenden Mitteln die Umwandlung u. s. w."

Die Parteigenossen in Liegnitz:

In Absatz 6 in der vierten Zeile hinter „in sozialistische Produktion“ anzufügen: „und zwar stellt sie in dieser Beziehung folgende Forderungen:

a) Beseitigung aller Freiheit des Handels mit Grund und Boden; Oberbestimmung der Gesammtheit über den gesammten Landbesitz mit immobilem Zubehör,

b) Aufhebung alles Zinsenwesens und aller Rechte auf kapitalistische Ausbeutung der städtischen und ländlichen Arbeit mittelst Umwandlung aller städtischen wie ländlichen Arbeits- und Verkehrsbetriebe in Genossenschaften mit demokratischer Organisation,

c) Regelung und Organisation der gesammten Arbeits-, Erwerbs-, Handels- und Verkehrsangelegenheiten durch Gesetze und Ueberführung aller wichtigen Arbeits- und Verkehrszweige und des gesammten Vertriebs- und Vertheilungswesens in unmittelbare, gesammtheitliche (staatliche, kommunale), demokratisch organisirte Verwaltung,

d) Aufhebung aller privatunternehmerischen und individuellen Rechte auf Bestimmung der Verkaufspreise,

e) Beseitigung aller naturwidrigen Ungleichheiten der Besoldung und Lohnung, der Honorare, Gehälter, oder wie immer der dem Einzelnen zufließende Antheil am Gesammteinkommen der Gesellschaft heißen mag,

f) Aufhebung aller Vorrechte der Geburt, des Mehrbesitzes, des Amts oder Berufs und der Konfession in Angelegenheiten der Lohnung und der Arbeitszeit.“

Die Worte des Entwurfs: „eine Umwandlung 2c.“ bis „verwirklicht wird“ sind zu streichen.

Der II. pfälzische Parteitag, abgehalten im Juli d. J. in Speyer:

Den Absatz 7 zu streichen.

v. Vollmar in Soiensaß:

Dem Absatz 7 folgende Fassung zu geben: „Die wirthschaftliche Befreiung ist untrennbar von der politischen Freiheit.“

Im Absatze 8 die drei letzten Zeilen zu streichen.

Hermann Trilse in Leipzig:

Im 8. Absatz zu sagen: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der politisch und gewerkschaftlich organisirten Arbeiterklasse sein“ u. s. w.

Walther May in Leipzig:

Dem Absatz 8 folgende Fassung zu geben:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein, der gegenüber alle anderen Klassen und

Parteien nur eine reaktionäre Masse sind, indem sie alle auf dem Boden des Kapitalismus stehen" ꝛc.

v. Vollmar:

Dem Absatz 9 folgende Fassung zu geben:

„Die Befreiung der Arbeiterklasse ist eine soziale Aufgabe, an welcher die Arbeiter aller Länder mit kapitalistischer Produktionsweise betheiligt sind. Die deutsche Sozialdemokratie ist sich des dadurch bedingten internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle hieraus erwachsenden Pflichten zu erfüllen."

Walther May:

Im Absatz 10 in der zweiten Zeile an Stelle des Worts „und" hinter dem Komma zu setzen „also".

Hermann Trilse:

Im Absatz 10 in der ersten Zeile das Wort „neun" zu streichen.

Die Liegnitzer Genossen:

Den 11. Absatz zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: „Zum Zweck der Ueberführung der gegenwärtig bestehenden Produktions- und Rechtsverhältnisse in die einer sozialdemokratischen Gesellschaftsorganisation tritt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegenwärtig für folgende Forderungen ein."

Anträge zum zweiten Theil des Entwurfs des Parteivorstands.

Hugo Landé in Elberfeld beantragt:

Der Parteitag wolle der zweiten Hälfte des Parteiprogramms folgende Fassung geben:

„II. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert deshalb:

1. Sozialisirung der vorhandenen Großbetriebe (in Landwirthschaft, Industrie, Handel und Verkehrsgewerbe) Expropriation der Eigenthümer beziehungsweise Unterdrückung der Staatsschuld.
2. Expropriation des städtischen Grundeigenthums.
3. Wahl sämmtlicher Beamten durch das Volk und auf Zeit.
4. Auflösung des stehenden Heeres; Bewaffnung aller Waffenfähigen, Formirung derselben nach kommunalen Verbänden unter selbstgewählten Führern.
5. Einheitsschule mit theoretischem und praktischem gewerblichen Unterricht.
6. Erhaltung aller Arbeitsunfähigen (Invalide, Kranke, Greise, Kinder, Schwangere) durch die Gesellschaft.

III. Im Interesse der friedlichen Entwicklung fordert die Sozialdemokratische Partei die Minderung der herrschenden politischen und wirthschaftlichen Unterdrückung der Arbeiterklasse durch sofortige Durchführung folgender Maßnahmen:

1. Allgemeines gleiches, direktes und geheimes Wahl- und Stimmrecht in Reich, Staat und Gemeinde. Proportional-Wahlsystem. Die Wahltage sind Feiertage. Entschädigung der Gewählten.
2. Wie 3 des Entwurfs. Einjähriger Militärdienst. Oeffentlichkeit des Militär-Strafverfahrens. Verweisung aller nicht militärischer Vergehen sowie der Dienstvergehen gegen Untergebene vor Zivilgerichte.
3. Wie 5 des Entwurfs.
4. Wie 4 des Entwurfs.
5. Berufung in allen Strafsachen. Entschädigung der unschuldig Verurtheilten und Verhafteten. Verweisung der politischen und Preßprozesse vor Geschworne. Bildung der Liste der Geschwornen durch öffentliche Wahl. Entschädigung der Gewählten.
6. Obligatorischer Besuch der Volksschule. Vermehrung der Zahl der Lehrer, Verbesserung ihrer Vorbildung und Erhöhung der Gehälter. Obligatorischer Fortbildungsunterricht bis zum 18. Jahr.
7. Wie 10 des Entwurfs.
8. Die Schutzforderungen des Entwurfs, darunter:

   Zu 5. Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Zeit der Arbeitslosigkeit und auf die Familienglieder der Arbeiter;

   ferner 6. Gesetzliche Festsetzung erhöhter Armenpflege, Recht auf Armenpflege. Abschaffung der an die Unterstützung geknüpften politischen Nachtheile."

Zu Ziffer 1 beantragen:

v. Vollmar: „Allgemeines, gleiches, unmittelbares Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller mündigen Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Neueintheilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Einführung der Proportional-Vertretung. Festsetzung der Wahlen und Abstimmungen auf einen Sonn- oder Feiertag. Entschädigung für die gewählten Vertreter."

Parteigenosse P. in Berlin: Für Einführung des Proportional-Wahlsystems zu setzen: „Einführung eines Wahlsystems, nach welchem jede abgegebene Stimme Geltung haben soll, — des Proportional-Wahlsystems."

Heinr. Vogel in Dresden folgenden Zusatz: „Des aktiven

und passiven Wahlrechts gehen nur wegen gemeiner Verbrechen in Untersuchungs- oder in Strafhaft befindliche Personen verlustig."

Die Parteigenossen in Bielefeld und Augsburg „die Aufnahme der Forderung zweijähriger Legislaturperioden".

Die Parteigenossen in Zeitz die Forderung „einjähriger Wahlen."

Die Parteigenossen in Altona und Kant in Rostock „Proklamirung des Wahltags zu einem Feiertag".

Die Genossen in Bromberg: „Alle Wahlen sollen am Sonntag stattfinden."

Zu Ziffer 2 beantragen:

Die Genossen in Köln und Bernau: „Beibehaltung der bisherigen Programmforderung in Bezug auf die direkte Gesetzgebung durch das Volk."

Die Genossen Stadthagen, Berlin, H. Vogel, Dresden und Kant, Rostock: „die Wahl aller Beamten durch das Volk und die zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortlichkeit der Beamten für von ihnen begangene Handlungen und Unterlassungen."

Zu Ziffer 3 beantragen:

Die Genossen in Bernau, Iserlohn, des III. Hamburger Wahlkreises, sowie Hermann Trilse, Arthur Stadthagen und Kant: „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk."

Die Genossen des IV. Berliner Wahlkreises und der II. pfälzische Parteitag: „Abschaffung des stehenden Heeres. Erziehung zu allgemeiner Wehrhaftigkeit." Streichung der Ziffer 7.

v. Vollmar: Die Worte „Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts" zu ersetzen durch: „Schlichtung internationaler Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege."

Zu Ziffer 4 beantragt:

Hermann Trilse den Zusatz: „Abschaffung aller der Humanität widersprechenden Strafanwendungen."

Zu Ziffer 5 beantragen:

Die Genossen in Stuttgart Streichung der Ziffer 5.

v. Vollmar: „Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen Zwecken. Die religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu behandeln, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen."

Die Genossen in Bromberg und Tuttlingen Beibehaltung des alten Programmsatzes: „Erklärung der Religion zur Privatsache."

Arthur Stadthagen den Zusatz: „Trennung der Kirche vom Staat und Erklärung der Religion zur Privatsache."

Zu Ziffer 6 beantragen:

Die Parteigenossen in Köln: „Unentgeltlicher wissenschaftlicher Unterricht in den Volksschulen und allen Bildungsanstalten. Un-

entgeltlichkeit der Lehrmittel; Unabhängigkeit der Lehrer. Ausschluß der religiösen Lehren und Uebungen."

Die Genossen des IV. Berliner Wahlkreises und der Klub „Süd-Ost" in Berlin: „Weltliche Erziehung der Jugend durch Staat und Kommune. — Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in allen öffentlichen Bildungsanstalten."

Die Genossen in Iserlohn: Statt „Weltlichkeit der Schule zu setzen: „Abschaffung der Religion aus allen öffentlichen Schulen."

v. Vollmar: „Weltlichkeit aller öffentlichen Schulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel. Schulpflicht für Volks- und Fortbildungsschule bis zum 14. bezw. 18. Jahr. Unterhalt bedürftiger Kinder aus öffentlichen Mitteln."

H. Vogel: „Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der einheitlichen öffentlichen Volksschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel an diesen und an allen höheren Bildungsanstalten."

Louis Stöckel, Fabrikweber, Netzschkau: „Vollständige (leibliche und geistige) Erziehung auf Kosten der Gesammtheit in einer Schule, die zu besuchen alle eine bestimmte Zeit verpflichtet, sowie auf Grund ihrer Fähigkeiten ohne Unterschied des Geschlechts, bis zu den höchsten Klassen berechtigt sind. Lehrweise und Lehrstoff der Schule sind stets mit den jeweiligen Ergebnissen der Wissenschaft in Uebereinstimmung zu bringen."

Arthur Stadthagen den Zusatz: „Die Zugänglichmachung aller Unterrichtsanstalten Allen."

Zu Ziffer 8 beantragen:

Die Genossen in Zeitz folgende Fassung des zweiten Satzes: „Rechtsprechung durch vom Volk gewählte und vom Volk absetzbare Richter —, Entschädigung unschuldig Inhaftirter, Verurtheilter und Angeklagter —, Haftbarmachung der Beamten für die durch ihre Schuld entstandenen Fälle."

Die Genossen des III. Hamburger Wahlkreises den Zusatz: „Entschädigung für unschuldig Inhaftirte und Verurtheilte. Oeffentliches Verfahren bei den Militärgerichten."

Die Genossen in Altona, Bromberg, Stuttgart, Weißenfels, Weimar und des I. Hamburger Wahlkreises, sowie Kant-Rostock den Zusatz: „Unschuldig Verurtheilte und in Untersuchungshaft gezogene Personen sind vom Staat zu entschädigen."

Die Genossen in Chemnitz den Zusatz: „Volle Verantwortlichkeit aller öffentlichen Behörden und Richter, sowie volle Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter."

Arthur Stadthagen den Zusatz: „Aufhebung des Anwaltzwangs und Entschädigung für unschuldig Angeklagte, Verhaftete oder Verurtheilte."

Heinrich Vogel den Zusatz: „Strenge Durchführung der Rechtsgleichheit für alle Klassen von Staatsbürgern."

v. Vollmar den Zusatz: „Haftbarkeit der Beamten für die Gesetzlichkeit ihrer Handlungen und für schuldbare Irrthümer. Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurtheilter. Abschaffung der Todesstrafe."

Zu Ziffer 9 beantragen:

v. Vollmar: „Gesetzliche Sicherung einer auskömmlichen Armenpflege und Ueberweisung derselben an größere Landesverbände. Abschaffung der an die Armenunterstützung geknüpften Entziehung politischer Rechte."

Heinrich Vogel: „Unentgeltliche Besorgung der ärztlichen Hilfeleistungen, der Heilmittel und, wenn nöthig, auch der Stärkungsmittel durch das Reich." — „Dauernde Ueberwachung der Wohnungen seitens angestellter Aerzte, sowohl in Bezug auf ihren gesundheitlichen Zustand, wie auf die Zahl ihrer Bewohner."

Zu Ziffer 10 beantragen:

v. Vollmar: „Eine einzige stufenweise steigende Einkommensteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirthschaftspolitischen Maßnahmen, welche den Interessen einer bevorzugten Minderheit zu dienen bestimmt sind. Ausgiebige Besteuerung der Erbschaften, welche im Maße abnehmender Verwandtschaft zu steigen hat."

A. Stadthagen: Statt „stufenweis steigende Einkommen-, Kapital- und Erbschaftssteuer" zu setzen: „stufenweis unter Berücksichtigung der Art des Erwerbs steigende Einkommensteuer."

Die Genossen in Stuttgart beantragen, im zweiten Theil des Programms die Forderung aufzunehmen: „Der Staat hat, ohne Beeinträchtigung der politischen Rechte, allen Nothleidenden aus Staatsmitteln ausreichenden, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechenden Unterhalt zu gewähren."

Genosse P. in Berlin beantragt Aufnahme der Forderung: „Einführung des Zonentarifs für Eisenbahnfahrten nach der sozialen Idee der Entdecker."

Anträge zum dritten Theil des Entwurfs des Parteivorstands.

Zu 1a beantragen:

v. Vollmar: „Festsetzung eines den jeweiligen Produktionsbedingungen entsprechenden und mit deren Entwicklung sich vermindernden Normal-Arbeitstags."

Die Genossen in Bernau und des III. Hamburger Wahlkreises: „Ein den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechender Normal-Arbeitstag."

Der zweite Pfälzische Parteitag: „Festsetzung eines achtstündigen Maximal-Arbeitstags."

C. Wendt in Penzlin: „Einführung eines Normal-Arbeits-

tags, dessen Dauer die Gesundheit der Arbeiter in keiner Weise schädigt und die Produktion mit den Bedürfnissen der Bevölkerung so viel als möglich in Einklang bringt. Eine tägliche Arbeitszeit von höchstens acht Stunden erscheint zur Zeit in den meisten Geschäftsbranchen für vollkommen ausreichend."

Zu 1 b beantragen:

Die Genossen des III. Hamburger Wahlkreises: „Verbot der gewerblichen und ländlichen Arbeit für Kinder unter 14 Jahren."

Die Genossen des I. und II. Hamburger Wahlkreises den Zusatz: „und aller der weiblichen Konstitution unzuträglichen Frauenarbeit."

Hermann Trilse: „Verbot aller den Organismus schädigenden Kinderarbeit unter 14 Jahren." — Ferner Aufnahme eines Passus, in welchem die wirthschaftliche Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann klar und bestimmt ausgedrückt wird.

Der Klub „Süd-Ost" und Arthur Stadthagen in Berlin: „Für Kinder von 14—18 Jahren darf die Arbeitszeit höchstens 6 Stunden betragen."

Zu 1 d beantragen:

Die Genossen in Iserlohn: „die Ruhepausen auf 40 Stunden festzusetzen."

P. in Berlin: „Statt „für jeden Arbeiter" zu sagen: „für jeden für Lohn, Gehalt oder Kost Arbeitenden."

Zu 1 e beantragt:

v. Vollmar: „Auszahlung des vollen Lohns in Baar und in festzustellenden kürzesten Fristen."

P. in Berlin beantragt weiter aufzunehmen: „f) Regelung der Lehrlingsfrage, namentlich der Kaufleute, um der gewerbsmäßig gewordenen Ausnutzung von Lehrkräften vorzubeugen."

Zu Ziffer 2 beantragen:

Die Genossen des I. Hamburger Wahlkreises hinter Arbeitskammer hinzuzufügen: „welche aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehen."

Der Klub „Süd-Ost" in Berlin: in der ersten Zeile hinter „Arbeitsverhältnisse" zu setzen: „insbesondere Hausindustrie."

Zu Ziffer 3 beantragen:

v. Vollmar: „Rechtliche Gleichstellung der landwirthschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesinde-Ordnungen."

Der Klub „Süd-Ost" in Berlin den Zusatz: „Gleicher Lohn der männlichen und weiblichen Arbeiter, wenn sie gleiche Arbeit verrichten."

Zu Ziffer 5 beantragen:

Die Genossen des III. Hamburger Wahlkreises den Zusatz: „Staatliche Unterstützung bei Arbeitslosigkeit."

Zum dritten Theile beantragte weiter:

Richard Bizinsky, Leipzig: Es soll ausgesprochen werden,

daß alle Sonderbestimmungen für Handlungsgehilfen im gewerblichen Leben mit aufgehoben werden.

A. Stadthagen beantragt: „Zum Schutz der persönlichen Freiheit des Arbeiters die Aufhebung aller Bestimmungen, welche für den Fall der Nichtinnehaltung des Arbeitsvertrags seitens dessen, der seine Arbeitskraft verdingt hat, Nachtheile für den Arbeiter festsetzen."

Die Genossen in Bielefeld beantragen Aufnahme folgender Forderungen: „Regelung der Gefängnißarbeit in der Weise, daß in denselben nur für den eigenen Bedarf gearbeitet wird."

Die Genossen in Weimar: „Verbot der die freien Arbeiter schädigenden industriellen Zuchthaus- und Gefangenenarbeit."

Anträge zur Organisation.

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Württembergs beantragt die Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in § 7 wie folgt abzuändern: „Ein Parteitag hat in der Regel alle 2 Jahre stattzufinden; die Einberufung desselben erfolgt durch die Parteileitung."

Die Genossen in Köln beantragen, das Prinzip der direkten Gesetzgebung in die Partei-Organisation einzufügen.

Die Genossen in Wandsbeck beantragen, den § 9, Abs. 1 des Statuts unserer Partei-Organisation dahin abzuändern, daß die Wahl der Delegirten zum Parteitag auf proportionaler Grundlage erfolgt, und zwar in der Weise, daß bis zu 5000 Wähler in einem Wahlkreis nicht mehr als einen Delegirten zu wählen haben, von 5—10 000 zwei, weiter aber nur die höchst zuläßige Zahl von drei Delegirten. Das letzte Wahlresultat der Reichstagswahlen ist maßgebend bis zur folgenden Wahl für die Entsendung der Delegirten.

Presse.

Die Parteigenossen in Zwickau beantragen: „Zur Gründung jedes neuen Parteiorgans ist die Genehmigung der Parteileitung erforderlich. Alle anderen Beschlüsse einzelner Landesversammlungen sind dadurch aufgehoben."

Die Genossen in Dortmund, Lüdenscheid, Württemberg, Berlin I und Leipzig beantragen: „Das Parteiprogramm soll, mit einem kurzen parteigeschichtlichen Ueberblick, sowie mit allgemein verständlichen Erläuterungen des Programms versehen, gedruckt und zum Zweck der Massenverbreitung als Agitationsschrift zum Betrage der Herstellungskosten abgegeben werden."

Die Genossen des I. Berliner Wahlkreises beantragen: „Um dem Einwand zu begegnen, die Berliner Genossen hätten keinen Einfluß auf unser Organ; um weiter den auswärtigen Genossen den für sie interesselosen Inhalt des Organs, als die Lokallisten, Sprechsaal-Notizen, einen großen Theil der Geschäfts- und

Vereinsannonzen, Berichte u. s. w. zu ersparen, wird der Vorstand beauftragt, wenn möglich eine Theilung des Zentralorgans „Vorwärts" zu bewirken, dergestalt, daß der erste Theil das eigentliche Zentralorgan bildet, wogegen der andere Theil die Berliner Parteipresse darstellt. Das Zentralorgan bleibt unter der Kontrolle des Parteivorstands, der andere Theil unter dem Einfluß der Berliner Genossen."

„Der Parteitag möge sich dahin erklären, daß die Organe der Partei angehalten werden, Annonzen von schwindelhaften Abzahlungsgeschäften, Leihhaus-Ausverkäufen u. s. w. keine Aufnahme zu gewähren; besonders aber dann die Aufnahme zu verweigern, wenn die einzelnen Gewerkschaften, deren Interessen hierdurch geschädigt werden, bei der Preßkommission, welcher das betreffende Blatt unterstellt ist, dagegen Einspruch erheben."

Koppe in Rixdorf beantragt: „a) Das Abonnement des „Vorwärts" pro Quartal auf 3 Mark festzusetzen; b) die Versammlungs-Anzeigen für Arbeiter-Versammlungen (politische und gewerkschaftliche) um 50 pCt. zu verbilligen."

Die Genossen in Tuttlingen: „Das Partei-Organ „Vorwärts" (Berliner Volksblatt) soll vom 1. Janur 1892 ab abermals eine Ermäßigung des Abonnementspreises erfahren."

Die Genossen in Dortmund: „a) Der Parteitag wolle beschließen, daß es Pflicht eines jeden Parteiblatts ist, einem jeden anderen Parteiblatt ein Pflichtexemplar gratis zu überweisen. b) Der Parteitag wolle beschließen, daß der „Vorwärts" jedem Parteiblatt zwei Pflichtexemplare überweist und zwar eins zur Verwendung bei Herstellung der Partei-Organe und eins zum Einreihen in die Bibliothek der Redaktion. c) Der Parteitag wolle beschließen, daß der Redaktion eines jeden Parteiblatts seitens der Parteileitung eine Handbibliothek gratis zur Verfügung gestellt wird und zwar derart, daß diese Handbibliothek Eigenthum der Partei bleibt und im Falle Eingehens eines Parteiblatts an die Parteileitung zurückzuliefern ist."

Die Genossen in Breslau und Dortmund: „Da die Sozialdemokratie eine ihrer edelsten Aufgaben damit erfüllt, durch gute, den Volksklassen zuzuführende Lektüre die Menschheit für eine bessere Zukunft zu erziehen, möge der Kongreß beschließen, den befähigten Mitgliedern der Partei es zur Pflicht zu machen, ein Augenmerk mehr wie bisher darauf zu richten, daß eine Jugendliteratur zu Stande kommt, welche in unterhaltender Weise, dem Wesen der Kindheit entsprechend, den Geist und das Fühlen der Jugend zu Gunsten des Sozialismus weckt und bildet. Wir beantragen, dieses Unternehmen dadurch zu organisiren, daß eine Kommission ernannt wird, welcher die Pflicht obliegt, dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit Literatur in diesem Sinne geschaffen, resp. daß solche in anderer Sprache erscheinende Werke in unsere Landessprache übersetzt und diese Literatur agitatorisch der Jugend zugänglich gemacht wird."

Die Genossen des III. Berliner Wahlkreises und Oskar Kamenz in Berlin: „Den Parteitag dazu aufzufordern, einen der Partei entsprechenden Partei-Agitationsfonds anzulegen. Derselbe soll ausschließlich dazu geschaffen werden, um faßliche und rein sozialistische Broschüren an die ländlichen Arbeiter gratis vertheilen zu können; nur allein dadurch ist es möglich, das ländliche Proletariat zum Sozialismus zu bringen."

G. Semmler in Lunzenau: „Der Parteitag soll den Parteivorstand beauftragen, einen „Literarischen Wegweiser" herauszugeben."

Agitation.

Die Genossen in Karlsruhe beantragen: „Alle Wahlkreise, in denen die Lage der arbeitenden Bevölkerung eine zu schlechte ist, um die Wahl- und Agitationskosten selbst aufbringen zu können, sind materiell von der Partei zu unterstützen. Außerdem sollen vom Parteivorstand gewandte Redner der Reichstags-Fraktion zu größeren Agitationstouren in das Land geschickt werden, und zwar mit besonderer Berücksichtigung von Süddeutschland."

Die Genossen in Bromberg: „a) Der Parteitag möge beschließen, den Genossen von Bromberg zur Erleichterung der schon ohnehin schweren Agitation jährlich eine materielle Unterstützung zu gewähren. Die Höhe derselben wird durch den Vorstand der Partei, sowie durch den eventuellen Wunsch der Genossen des Wahlkreises bestimmt. b) Für eine unbestimmte Zeitdauer wird eine regelrechte mündliche Agitation vorgenommen, und zwar durch einen Agitator, welcher womöglich der polnischen Sprache mächtig ist."

Parlamentarische Thätigkeit.

Der II. Pfälzische Parteitag beantragt: „Der Parteitag wolle unsere Fraktion beauftragen, im Reichstag die Verstaatlichung des Getreidehandels zu beantragen."

Der Klub „Süd-Ost", Berlin: „a) Die Sprache des Programms mehr gemeinverständlich und weniger kathedermäßig zu gestalten. b) Um die Genossen vor Mißbrauch des Mandats zu schützen, den Abgeordneten ein gebundenes Mandat zu ertheilen. c) Ueberall danach hinzustreben, daß den Beschlüssen der Parlamente resp. der Landtags- und Gemeinde-Vertretungen auch volle Geltung verschafft werde und so das wirkliche parlamentarische Recht zur Geltung kommt."

Drewes in Ottensen: „Der Kongreß wolle die Reichstags-Abgeordneten ersuchen, bei erster Gelegenheit im Reichstag die Erbauung von Asylen für Obdachlose in jeder größeren Stadt zu beantragen."

Die Genossen in Rendsburg: „Die Reichstags-Abgeordneten zu beauftragen, dahin zu wirken, daß allen Erwerbslosen aus Staatsmitteln ausreichender, den heutigen Kulturverhältnissen entsprechender Unterhalt gewährt werde, ohne Beeinträchtigung ihrer politischen Rechte."

Bericht des Partei-Vorstandes.

Nachdem der Parteitag in Halle eine neue Organisation für die sozialdemokratische Partei geschaffen und mit Durchführung derselben uns beauftragt hatte, sind wir sofort nach Schluß des Parteitags an die Ausführung der uns gewordenen Aufgabe herangetreten.

Der Parteitag in Halle wurde am 18. Oktober geschlossen und bereits am 21. Oktober fand die Konstituirung des Parteivorstandes statt. An demselben Tage wandten wir uns an die Parteigenossen im Reiche mit der Aufforderung, zur Wahl von Vertrauensmännern für die einzelnen Orte und Kreise zusammenzutreten. Zugleich wurde die Drucklegung des Organisationsstatuts und des Programms in großen Auflagen angeordnet und durch Versendung derselben die Genossen in die Lage versetzt, sich mit den einzelnen Bestimmungen desselben vertraut zu machen.

Die Wahl und Anmeldung der Vertrauensmänner ging prompt vor sich und zeigte die Partei auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß trotz der Hindernisse und Schwierigkeiten, welche das Sozialistengesetz im Gefolge hatte, und obgleich durch dasselbe alle formalen Verbindungen durchschnitten und eine zentralisirte Organisation unmöglich gemacht war, nach Beseitigung des Ausnahmegesetzes der Geist der Disziplin und Zusammengehörigkeit noch in alter Stärke in der Partei walte. Wenn ein Unterschied gegen früher sich zeigte, so war es nur der, daß aus hunderten von Orten, in welchen wir vor Erlaß des Ausnahmegesetzes im Jahre 1878 keine Verbindungen hatten, sich jetzt bereits in den ersten Wochen nach unserer Aufforderung die gewählten Vertrauensmänner meldeten.

Um die Vertrauensmänner und übrigen Parteigenossen mit dem Geiste der neuen Organisation vertraut zu machen und sie vor den Unannehmlichkeiten, welche Nichtkenntniß oder Nichtbeachtung vereinsgesetzlicher Bestimmungen in den einzelnen Staaten für den einzelnen Genossen sowohl wie für die Gesammtpartei im Gefolge haben könnten, zu bewahren, wurde seitens des Parteivorstandes eine Instruktion für die Vertrauensmänner ausgearbeitet, welche

als „Zirkular 1" zur Versendung gelangte. Die in diesem Zirkular gegebenen Rathschläge fanden allgemeine Beachtung. Aufgabe der Vertrauensmänner ist es, sowohl Mittheilungen der Parteileitung entgegenzunehmen, als ihrerseits die letztere von dem Gange und Stand der Bewegung in den einzelnen Orten oder Kreisen zu unterrichten, die Agitation, soweit sie von der Zentralleitung aus betrieben wird, zu organisiren und besonders auch dafür zu sorgen, daß der Parteileitung die zu den Zwecken der Agitation und Unterstützung von den Parteigenossen gesammelten nothwendigen Mittel zugehen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben hat sich das System der Vertrauensmänner, wie es unsere Organisation vorsieht, in vollem Umfange bewährt.

Für die lokale Organisation haben die Genossen fast allerwärts die Form von Arbeiterwahlvereinen gewählt.

Eine früher in dem Umfange nicht gekannte Erscheinung sind die zahlreichen **Provinzial- und Landesparteitage** oder Konferenzen, welche unsere Genossen im Laufe des letzten Jahres abgehalten haben. In fast allen Provinzen oder Einzelländern des Reichs haben solche Parteitage resp. Konferenzen stattgefunden und ausnahmslos waren dieselben sehr gut von den Genossen des betreffenden Landstrichs besucht. Die Verhandlungen dieser Provinzialtage erstreckten sich naturgemäß in erster Linie auf das Gebiet der Agitation, zu deren Leitung und Förderung entweder Landeskomites eingesetzt oder die Genossen bestimmter größerer Orte damit betraut wurden.

Die Thatsache, daß solche Provinzialtage so zahlreich und überall stattfanden, erklärt sich wohl aus dem Umstande, daß angesichts des Wachsthums der Partei und der ihr folgedessen gestellten größeren Aufgaben der alle Jahre stattfindende allgemeine Parteitag wohl für die Bestimmung der allgemeinen Richtschnur, nach welcher die Partei marschirt, ausreicht, daß aber zur Verständigung der Genossen über die Art und Weise der Durchführung der Parteiaktionen in den einzelnen Landestheilen ein Nähertreten der Provinzgenossen nothwendig ist. Besonders der Umstand, daß unsere Partei, entsprechend der Zunahme ihres Einflusses auf die öffentlichen Angelegenheiten der einzelnen Länder wie der größeren Gemeinwesen, sich immer mehr an den Wahlen zu den Einzellandtagen wie auch an den Gemeindekollegien betheiligt, hat die Nothwendigkeit der Landes- und Provinzialtage im Gefolge gehabt. So selbstverständlich es ist, daß in allen Fragen prinzipieller und taktischer Natur dem allgemeinen Parteitag die für die Partei maßgebende Entscheidung vorbehalten bleiben muß, so richtig ist es auch, daß die Parteikämpfe entsprechend den Besonderheiten der einzelnen Länder und unter Berücksichtigung des in denselben geltenden Rechtes durchgeführt werden müssen.

Zwar hat der Parteitag in Halle wie auch alle seine Vorgänger sich für die Theilnahme an den Wahlen, sowohl des Reichs- als auch der Landtage und der Gemeindevertretungen ausgesprochen. Aber die deutschen Einzelstaaten weisen eine wahre Musterkarte von Wahlsystemen auf und deshalb muß die Entscheidung darüber, ob unsere Genossen in einen Kampf, sei es um Sitze in der Landesvertretung oder im Gemeindekollegium, eintreten wollen, ihnen selbst überlassen bleiben. Diese Entscheidungen zu treffen und zugleich dafür zu sorgen, daß ein gemeinsames, planmäßiges Vorgehen stattfinde, die Beschaffung der Mittel und die Regelung der Agitation dafür, das ist eine Aufgabe, welche nur durch Provinzial- oder Landesparteitage vollständig gelöst werden kann.

Diesen Aufgaben sind diese Zusammenkünfte bisher auch in weitem Maße gerecht geworden und ist dadurch ein wesentliches und wichtiges Glied in den Rahmen unserer Organisation eingefügt worden.

Was die Bestimmungen unserer Organisation betrifft, so spricht für die Zweckmäßigkeit derselben wohl am besten der Umstand, daß während des letzten Jahres fast keine Klagen über Mängel der Organisation aus den Reihen der Partei laut wurden, wie auch kein einziger, am Prinzip der Organisation rüttelnder Vorschlag sich unter den diesjährigen Anträgen an den Parteitag befindet. Dabei war der Verkehr zwischen dem Parteivorstand und den Genossen der einzelnen Parteiorte ein ungemein reger, wie sich schon aus der Thatsache ergiebt, daß in der Zeit vom 1. November 1890 bis 30. September 1891 beim Sekretariat der Partei 3227 Briefe und Postkarten eingingen, während vom Sekretariat 3634 Briefe und Karten versandt wurden. Die eingegangenen und versandten Kreuzbandsendungen, welche ebenfalls nach Tausenden zählen, sind in den vorstehenden Ziffern nicht mit aufgeführt.

* *
*

Neben der Durchführung der Organisation war vom Parteivorstand vor allem die Regelung der **Agitation**, sowohl der mündlichen als auch der schriftlichen durch Flugblätter, Broschüren 2c., in's Auge zu fassen.

Was die mündliche Agitation durch Versammlungen betrifft, so sind auf diesem Gebiete sehr weitgehende Anforderungen aus fast allen Theilen des Reichs an die Parteileitung gestellt worden. Wir sind uns wohl bewußt, daß wir nicht allen diesbezüglich laut gewordenen Wünschen haben gerecht werden können. Der Grund hierfür liegt aber weniger an dem Mangel guten Willens seitens der Parteileitung, allerwärts agitiren zu lassen, als daran, daß ge-

eignete Agitationskräfte nicht immer zur Verfügung standen oder daß die Genossen nur bestimmte Personen verlangten. Was in letzterer Beziehung an einzelne bekannte Redner unserer Partei für Anforderungen gestellt werden, geht weit über das Maß des Zulässigen hinaus. Die Genossen vergessen nur zu oft, daß jeder unserer beliebteren Redner entweder einen bürgerlichen Beruf oder ein die volle Arbeitskraft in Anspruch nehmendes Amt in der Partei zu erfüllen hat, wodurch die Möglichkeit, in Versammlungen aufzutreten, eingeschränkt wird. Dazu kommt die physische und geistige Anstrengung, welche mit jeder Versammlungsrede verknüpft ist, wodurch allein schon ein gewisses Maßhalten geboten wird.

Die vielfach laut gewordenen Klagen über mangelnde Agitation dürfen wohl auch zum großen Theil auf das Konto des großen Eifers der Genossen gesetzt werden, für die Ausbreitung der Partei zu wirken. Insofern sind aber selbst diese Klagen und Beschwerden als eine erfreuliche Erscheinung unseres Parteilebens zu bezeichnen, indem sie für den Thatendrang und Agitationseifer der Genossen Zeugniß ablegen.

In Wirklichkeit hat auch eine ungemein rührige und umfassende Agitation durch Versammlungen stattgefunden. Zwar hat die Parteileitung davon abgesehen, wie dies vor dem Erlasse des Sozialistengesetzes eingeführt war, eine Anzahl redegewandter Genossen als ständige Agitatoren anzustellen. Dieses System hat mancherlei Mißstände mit im Gefolge gehabt und wurde auch seiner Zeit nur um deswillen beibehalten, weil es damals vielfach in ganzen Provinzen an Personen fehlte, deren soziale Stellung so unabhängig war, daß sie ihre Zeit, wenn nothwendig, der Partei zur Verfügung stellen konnten. Dieses Verhältniß hat sich jetzt insofern zu Gunsten der Partei geändert, als die Zahl der sozialdemokratischen Preßorgane sich bedeutend vermehrt hat und unter den an denselben beschäftigten Personen sich fast immer einer oder mehrere Genossen befinden, welche des Wortes mächtig und zur Agitation in Versammlungen geeignet sind. Für diese Agitation sind auch seitens der Parteileitung an eine Anzahl geeigneter Genossen regelmäßige Zuschüsse bezahlt worden, und wird es sich im Interesse einer regen Agitation empfehlen, diese Einrichtung immer mehr auszubilden.

Eine besonders lebhafte Agitation ist auch von Seiten der Mitglieder der Reichstagsfraktion entfaltet worden. Abgesehen davon, daß dieselben alle der Berichterstattung in ihren Wahlkreisen oblagen, sind von einer ganzen Anzahl von Abgeordneten, auf Anregung des Parteivorstandes, auch größere Agitationstouren durch Deutschland unternommen worden.

Dem von oppositioneller Seite in der Partei laut gewordenen Verlangen, die Abgeordneten sollten statt in den Reichstag zur Agitation auf's Land hinausgehen, ist seitens der Parteileitung und

der Reichstagsfraktion allerdings nicht entsprochen worden. Die hier verlangte Vernachlässigung der Pflichten eines Abgeordneten würde nur unseren politischen Gegnern willkommen gewesen sein, einmal weil sie dadurch die ihnen lästige Kontrolle im Reichstag los würden, und dann weil ihnen dieses Verhalten unserer Abgeordneten einen willkommenen Vorwand zur Anschuldigung unserer Partei bei den indifferenten Wählermassen gäbe. Diese Massen für uns zu gewinnen, ist aber eine der Aufgaben der Agitation. Nun ist es Thatsache, daß die Berichte über die Parlamentsverhandlungen auch in jenen Kreisen gelesen werden, welche entweder zu gleichgiltig sind oder keine Gelegenheit haben, in eine sozialdemokratische Volksversammlung zu kommen. Durch eine rege und energische Vertretung der Interessen des arbeitenden Volkes im Reichstage wird also der agitatorische Zweck, welchen die in unseren Reihen befindlichen Gegner der parlamentarischen Thätigkeit anstreben, in vollem Umfange erreicht, ohne den Gegnern den billigen Vorwand der Pflichtvernachlässigung gegen uns an die Hand zu geben.

* * *

Der vorjährige Parteitag hat speziell auch sein Einverständniß damit erklärt, unsere **Agitation** auch auf die **Proletarier des flachen Landes** auszudehnen.

Dieser Anregung folgend hat der Partei-Vorstand im Dezember vorigen Jahres bereits einen Aufruf an alle jene Genossen erlassen, welche sich zu schriftstellerischen Leistungen auf dem Gebiete der ländlichen Arbeiterfrage für befähigt halten, solche Arbeiten an uns einzusenden oder über deren Abfassung sich mit uns in's Einvernehmen zu setzen.

Der Erfolg dieses Aufrufes war, daß uns eine große Menge von Arbeiten über das vorerwähnte Thema zugingen. Darunter befanden sich besonders reichlich kleinere Mittheilungen und Notizen über persönliche Erlebnisse, Lohn- und Wohnungsverhältnisse 2c. von Landproletariern selbst. Die gegnerische Presse und besonders die auf dem Lande verbreiteten amtlichen Organe der Landräthe hatten von unserem Aufrufe Notiz genommen, indem sie ihren Lesern zuriefen: „Hütet Euch, der Sozialdemokrat kommt!“ Gerade diese Warnung erzielte aber das Gegentheil von dem, was mit ihr beabsichtigt war. Zahlreiche Einsender von Notizen und Mittheilungen bezogen sich auf die Warnung im landräthlichen Organ und benützten die dort angegebene Adresse des Parteivorstandes, um uns gegenüber ihr Herz auszuschütten. Die Sichtung, Ordnung und Ausarbeitung des eingegangenen Materials erwies sich schließlich als eine so umfängliche Arbeit, daß der Parteivorstand beschloß,

mit derselben einige mit der Materie vertraute Genossen zu beauftragen, in deren Händen sich die Arbeit noch befindet. Die Verschiedenartigkeit der Agrarverhältnisse in Deutschland und die dadurch wieder bedingte verschiedene Lebenslage des Landproletariats hat eine getrennte Behandlung des Gegenstandes nach Provinzen und Landestheilen nothwendig gemacht. Sobald die Arbeiten druckfertig sind, soll deren Veröffentlichung erfolgen.

Viel verlangt wurden gerade für die ländlichen Distrikte leicht faßliche und gemeinverständliche Flugblätter. Seitens der Parteileitung konnte diesem Verlangen nur in sehr beschränktem Maße nachgekommen werden und zwar um deswillen, weil es an solchen geeigneten Flugblättern fehlte, deren Beschaffung von einer Zentralstelle aus sich auch als unmöglich erwies. Wenn solche Flugblätter den gewünschten Zweck erreichen sollen, dann müssen sie bis zu einem gewissen Grade einen lokalen oder doch provinziellen Ton tragen. Dieselben müssen anknüpfen an die Anschauungen, Lebensgewohnheiten und Leiden derjenigen Arbeiterbevölkerung, unter der sie verbreitet werden sollen. So richtig es ist, daß der Landproletarier des Ostens ebenso ein Opfer der Profitgier des Kapitals ist und unter der Ausbeutung desselben leidet, wie der Industriearbeiter des Westens, so geht diese Ausbeutung doch unter wesentlich verschiedenen Formen vor sich. Diese Verschiedenartigkeit der Proletarierleiden bedingt aber auch eine Verschiedenartigkeit der Sprache und der Behandlung in Flugblättern und ähnlichen Agitationsschriften.

Hier müssen die Landes- und Provinzial-Komites in Zukunft eingreifen und das Fehlende zu beschaffen suchen. Die Parteileitung kann nur mit Gewährung von pekuniären Mitteln nachhelfen, was in einer Reihe von Fällen bisher auch schon geschehen ist.

* * *

Außer der allgemeinen Agitation hat die Partei im Laufe des letzten Jahres ihre Kräfte in einer Reihe von **Wahlkämpfen** zu erproben gehabt. An Reichstagswahlen war die Partei betheiligt bei den Nachwahlen in den Wahlkreisen Würzburg, Sonneberg, Geestemünde, Kassel, Tilsit und Memel. In allen diesen Wahlkämpfen fiel zwar der Sieg den gegnerischen Parteien zu, aber nicht, ohne daß ihnen unsere Genossen denselben sauer genug machten. In Sonneberg verdanken die Freisinnigen ihren Sieg nur der Unterstützung der Nationalliberalen und dem weiteren Umstande, daß noch auf Grund der alten Wähler-Listen abgestimmt wurde. In Kassel gingen schließlich Freisinnige, Konservative und Antisemiten einträchtig Hand in Hand, um dem Nationalliberalen zum Mandat zu verhelfen.

Es zeigte sich hier die „eine reaktionäre Masse" in hellster Beleuchtung, und selbst ein angesehenes Organ der Linksliberalen meinte von diesem Bündniß, es wäre „die politische Unsittlichkeit in der Potenz, wenn es — nicht der einzige vernünftige Ausweg gewesen wäre." Vernünftig natürlich vom Bourgeoisstandpunkt aus, welcher in klassenbewußten Arbeitern den Todfeind sieht, zu dessen Bekämpfung sich im gegebenen Falle selbst Eugen Richter und Böckel die Hand reichen, wobei Stöcker den Segen dazu giebt.

Bei den Wahlkämpfen im XIX. hannöverschen Wahlkreise und in den Kreisen Tilsit und Memel war die Möglichkeit eines Wahlsieges für uns von vornherein ausgeschlossen. Wenn die Partei im ersteren Kreise doch erhebliche Anstrengungen machte, so geschah dies speziell in Rücksicht darauf, daß dort der gewesene Reichskanzler Bismarck sich um das Mandat bewarb und in dem Falle die Partei-Ehre es gebot, dem „Vater des Ausnahme-Gesetzes gegen die Sozialdemokratie" den Sieg so schwer als möglich zu machen. Dieser Zweck ist auch so vollständig erreicht worden, daß der von bezahlten oder überspannten Speichelleckern als „größter Staatsmann aller Zeiten" gefeierte Reichskanzler a. D. erst in der Stichwahl, und zwar gegen den von unserer Partei aufgestellten „Cigarren-arbeiter" zum Mandat gelangen konnte.

Die Wahlen in Tilsit und Memel brachten für unsere Kandidaten einen so bedeutenden Stimmenzuwachs gegen die letzten allgemeinen Wahlen, daß das Geschwätz der Gegner vom „Rückgange der Sozialdemokratie" von da ab elend verstummte.

Sehr beachtenswerthe Erfolge hat die Partei in verschiedenen Ländern bei den Landtagswahlen erzielt. Im Großherzogthum Hessen sind die beiden Mandate in Mainz bei der Neuwahl behauptet und ein weiteres Mandat im Landbezirk Offenbach dazu gewonnen geworden. Ebenso sind Sitze durch unsere Genossen in Baden und in Meiningen erobert worden, so daß auch in die Landesvertretungen dieser Staaten zum ersten Male Genossen unserer Partei eintreten.

* * *

Daß diese Erfolge erzielt wurden und der Boden für neue weitere Erfolge vorbereitet ist, das verdanken wir in erster Linie der unermüdlichen Thätigkeit unserer Genossen allerwärts. Soweit aber die Parteileitung dazu beitragen konnte, hat sie es an Unterstützung nicht fehlen lassen, wie die Genossen aus dem nachstehenden **Kassenbericht** ersehen, in dem unter den Ausgaben diejenigen Posten, welche der Agitation dienten, den Löwen-Antheil einnehmen.

Kassenbericht.

A. Einnahmen der Parteikasse vom 1. Oktober 1890 bis 30. September 1891.

Im Monat:	Insgesammt		Von den gesammten Einnahmen entfielen auf: Freiwillige Beiträge		Zinsen		Schriften-Ueberschuß		Ueberschuß des „Vorwärts“		Vermischte Einnahmen		Rückzahlung v Darlehne		Kassenbestand	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
1890																
Oktober . . .	12 118	75	10 972	50	406	55	538	20	—	—	201	50	—	—	7 184	20
November . .	28 517		18 046	50	549	10	—	—	9 951	40	—	—	—	—	—	—
Dezember. . .	6 859	—	6 361	50	472	50	—	—	—	—	—	—	25	—	—	—
1891																
Januar . . .	31 341	10	19 920	45	1 998	65	300	—	9 097	—	—	—	25	—	—	—
Februar . . .	5 807	05	5 342	05	360	—	—	—	—	—	30	—	75	—	—	—
März	9 042	55	8 617	55	—	—	—	—	—	—	—	—	425	—	—	—
April	23 920	25	11 501	70	100	—	—	—	8 141	55	—	—	4 177	—	—	—
Mai	12 929	25	10 832	95	71	30	—	—	2 000	—	—	—	25		—	—
Juni	15 900	85	13 140	85	735	—	—	—	—	—	—	—	2 025	—	—	—
Juli	30 519	80	18 775	45	—	—	—	—	9 719	35	—	—	2 025	—	—	—
August . . .	31 940	15	31 915	15	—	—	—	—	—	—	—	—	25	—	—	—
September . .	14 940	85	13 418	35	997	50	—	—	—	—	—	—	525	—	—	—
	223 866	60	168 845	00	5 690	60	838	20	38 909	30	231	50	9 352	00	7 184	20

	223 866,60 Mk.
Kassenbestand am 1. Oktober 1890	7 184,20 „
	231 050,80 Mk.

B. Ausgabe der Parteikasse vom 1. Oktober 1890 bis zum 30. September 1891.

Im Monat	Insgesammt	Von den genannten Ausgaben entfielen auf:										
		Unterstützungen	Prozeß- und Gefängnißkosten	Allgemeine Agitation	Wahl-Agitation	Reichstagskosten	Schriftendruck	Verwaltungs-Ausgaben	Vermischte Ausgaben	Darlehne	Zuschuß für Gazeta Robotnicza	Zuschuß für Elsaß-Lothring. Volks-Zeitung
1890												
Oktober . . .	6194 90	1208 —	30 —	1406 50	600 —	— —	— —	1950 40	— —	1000 —	— —	— —
November . .	6286 5	557 50	253 45	2500 50	1120 —	137 —	— —	1717 60	— —	— —	— —	— —
Dezember . .	12768 25	915 —	1268 75	3920 40	61 10	2050 —	500 —	1653 —	— —	2400 —	— —	— —
1891												
Januar . . .	14345 65	813 50	368 —	2648 75	600 —	4000 —	75 —	1663 40	2 —	4000 —	175 —	— —
Februar . . .	17212 45	665 —	736 40	3463 50	2840 10	3100 —	150 —	1052 85	— —	4702 —	— —	502 60
März	21638 50	662 —	519 55	1045 40	2178 5	1500 —	— —	1833 50	— —	1900 —	—	12000* —
April	12045 55	700 —	98 95	1897 40	50 —	3200 —	— —	1232 40	— —	2900 —	1566 80	400 —
Mai	8553 —	1064 —	504 5	2243 —	— —	1500 —	— —	1041 95	— —	— —	— —	2200 —
Juni	6147 50	540 —	350 —	1790 70	— —	— —	— —	1116 80	50 —	2000 —	— —	300 —
Juli	12611 55	727 —	148 —	1597 —	800 —	219 60	— —	1425 30	— —	6360 —	1034 65	300 —
August	6677 80	1485 —	899 80	2657 30	129 40	— —	— —	906 30	— —	— —	— —	600 —
September .	10468 65	1412 —	800 40	6309 45	68 —	— —	20 —	1258 80	— —	300 —	— —	300 —
	134949 85	10749 —	5977 35	31479 90	8446 65	15706 60	745 —	16852 30	52 —	25562 —	2776 45	16602 60

	134 949,85
Dazu kommt Ausgabe für Kapitalanlage	94 080,95
Kassenbestand am 30. September 1891	2 020,—
	231 050,80

*) Darunter 10 000 Mk. Kaution, die nach Landesgesetz zu leisten war.

Erläuterungen zu A. Einnahmen:

Schriftenüberschuß: Der Betrag von Mk. 838,20 entstammt noch einer Einrichtung aus der Periode vor der Aufhebung des Sozialistengesetzes. Der Schriftenvertrieb ist nunmehr auf die Buchhandlung „Vorwärts" übergegangen, die für Rechnung der Parteileitung geführt wird.

Ueberschuß des Vorwärts: Die Ueberschüsse aus dem III. Quartal 1891 konnten noch nicht in Einnahme gestellt werden, weil die Abrechnung erst nach Schluß des Quartals im Oktober stattfinden konnte.

Erläuterungen zu B. Ausgaben:

Unterstützungen: Der Betrag von Mk. 10749 ist ausschließlich für Personen oder Angehörige von Personen verwendet worden, die in Folge ihrer Parteithätigkeit geschädigt oder gemaßregelt wurden.

Allgemeine Agitation: Unter der Summe von Mk. 31479,90 sind auch die Beihilfen inbegriffen, welche nothleidende Lokalblätter aus der Parteikasse erhielten.

Schriftendruck: Die Summe von Mk. 745,— wurde für Honorare verausgabt. Die Einnahmen aus dem Druck und der Verbreitung der betreffenden Schriften kommen der Buchhandlung „Vorwärts" zu Gute.

Reichstagsausgaben: Die Diätenhöhe ist gegen früher insofern verändert worden, als der Satz für den Aufenthalt in Berlin pro Tag von 5 auf 6 Mk. erhöht wurde. Es wurde Klage geführt, daß der frühere Satz in Anbetracht der Aufwendungen, die erfordert würden, zu niedrig sei. An Wohnungsgeld werden für die Abgeordneten, die eine besondere Wohnung zu nehmen gezwungen sind, monatlich 25 Mk. gewährt. In der Höhe der Diäten besteht insofern eine Abstufung, als Fraktionsmitglieder, die ein eigenes Geschäft haben und in demselben durch ihre Abwesenheit geschädigt werden, statt 6 Mk. täglich 9 Mk. erhalten. In Berlin oder dessen nächster Umgebung wohnende Fraktionsmitglieder erhalten für den Tag, an dem sie einer Sitzung beiwohnen 3 Mk., und wenn sie geschäftlich geschädigt werden, 6 Mk. Eine Anzahl besser situirter Fraktionsmitglieder verzichtet auf Entschädigung. Diäten werden nur für die Tage der Anwesenheit in Berlin und die Reisetage bezahlt.

Verwaltungsausgaben: Die Ausgabe von Mk. 16852,30 enthält die Umzugskosten der Sekretäre, die Einrichtungskosten des Bureaus (Schreibtische, Regale, Sitzungstisch, Gasbeleuchtung 2c.), die Ausgaben für Miethe, Beleuchtung, Feuerung, Buchbinderlöhne, Zeitungsabonnements, Drucksachen, Portis und Telegramme. Ferner die Kosten für 2 Telephone und die Ausgaben für die Konferenzen der gesammten Parteileitung und die Gehälter der Vorstandsmitglieder.

An Gehalt werden monatlich bezahlt: für zwei Sekretäre

je 250 Mk., für 1 Hilfssekretär — dessen Anstellung sich nothwendig machte — 120 Mk., für den Kassirer 150 M., für die beiden Vorsitzenden je 50 Mk.

Auf Gesammtbeschluß des Vorstandes ist jedes Mitglied verpflichtet, das ihm bestimmte Gehalt anzunehmen, doch ist ihm unbenommen, in Form freiwilliger Beiträge an die Kasse ganz oder theilweise auf dasselbe zu verzichten, wovon Gebrauch gemacht wurde.

Darlehen: Unter den ausgeliehenen Darlehen befinden sich unter anderem 8000 Mk. Kautionsleistungen für verhaftet gewesene Parteigenossen, 4000 Mk. für eine Hypothek auf ein früher der Partei gehöriges Grundstück, die bereits wieder zurückgezahlt wurden, ferner 6000 Mk. an verschiedene in momentane Nothlage gekommene Lokalblätter.

Der vorstehende Kassenbericht giebt ein Bild über die finanzielle Leistungsfähigkeit der Partei. Der Bericht zeugt aufs Neue für den oft schon bewunderten Opfermuth der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft, doch umfaßt er noch lange nicht alle jene Summen, welche die zielbewußten deutschen Arbeiter zur Förderung ihrer sozialpolitischen Ideale, zur Vertheidigung ihrer Rechte und zu dem Zwecke des Kampfes für Verbesserung ihrer Lebenshaltung im letzten Jahre aufgebracht haben. Abgesehen von den Lokalausgaben für Parteiangelegenheiten, welche zusammengerechnet gewiß eine Summe ergäben, welche der unter den Partei-Einnahmen aufgeführten in Nichts nachstände, sei nur an die nahezu hunderttausend Mark erinnert, welche für den Maifonds aufgebracht wurden und welche ausschließlich auch aus jenen Reihen flossen, welche zur großen Armee der klassenbewußten Arbeiter gehören.

* * *

Das erste und wichtigste Agitationsmittel ist die **Presse.** Die Zahl der periodisch erscheinenden sozialdemokratischen Organe und der Gewerkschaftsblätter zeigt nachstehende Zusammenstellung für das 4. Quartal 1891, welche gleichzeitig den Stand der Parteipresse zur Zeit des Halle'schen Parteitages angiebt. — Es erscheinen:

Politische Blätter:

		1891	1890
Wöchentlich	sechsmal	27	19
„	dreimal	26	25
„	zweimal	6	6
„	einmal	10	10
	Zusammen	69	60

Dazu eine wöchentlich erscheinende wissenschaftliche Revue „Die Neue Zeit“, sowie ein ebenfalls wöchentlich erscheinendes Unterhaltungsblatt „Der Gesellschafter“ und zwei alle 14 Tage erscheinende Witzblätter „**Der wahre Jakob**“ und „**Der süddeutsche Postillon**“.

Gewerkschaftsblätter:

		1891	1890
Wöchentlich	dreimal	1	1
"	einmal	26	17
Monatlich	dreimal	4	2
"	zweimal	20	20
"	einmal	4	2
	Zusammen	55	42

Die vorstehende Aufstellung ergiebt, daß eine starke Vermehrung der Presse im Laufe des letzten Jahres nicht stattgefunden hat. Nur die Zahl der Tageblätter hat sich erheblich vermehrt. Diese Erscheinung erklärt sich aus der Thatsache, daß gegen Ende des Sozialistengesetzes die rigorosen Bestimmungen desselben gegen die Presse nicht mehr oder nur in sehr abgeschwächtem Maße zur Anwendung gebracht wurden und infolge dessen bereits zu jener Zeit in fast allen größeren Städten und Industriezentren Parteiblätter ins Leben gerufen wurden. Die Existenz dieser Blätter sicher zu stellen, hat an einzelnen Orten den Genossen bedeutende Opfer gekostet und wurden dieserhalb auch vielfach Anforderungen an die Parteileitung gestellt. In einigen besonders schwierig liegenden Fällen ist diesen Gesuchen auch entsprochen worden, im allgemeinen aber mußte es die Parteileitung, entsprechend dem Beschlusse des Hallenser Parteitags, ablehnen, zur Regelung der finanziellen Schwierigkeiten der Lokalblätter die allgemeinen Parteimittel zur Verfügung zu stellen.

Es darf hier konstatirt werden, daß in fast allen Fällen, wo zuerst die Hilfe der Partei gewünscht wurde, die Genossen der betreffenden Orte oder Provinzen die nothwendigen Mittel schließlich selbst aufbrachten. Auf alle Fälle aber haben die hier und da auftauchenden Schwierigkeiten bewiesen, wie richtig der vorjährige Parteitag gehandelt hat, als er in Bezug auf die Presse in einer Resolution den Parteigenossen empfahl:

„bei Gründung von neuen Parteiblättern möglichst Vorsicht walten zu lassen und solche Unternehmungen unter keinen Umständen zu gründen, bevor sie nicht genau erwogen und sich überzeugt haben, daß die Möglichkeit für die Existenz des Unternehmens aus eigenen Mitteln gegeben, und daß vor allem auch die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte zur Leitung eines Blattes vorhanden sind."

Der Parteivorstand kann auf Grund der im letzten Jahre gesammelten Erfahrungen nur den Wunsch aussprechen, daß die in der vorstehenden Resolution aufgestellten Grundsätze von den Genossen auch weiterhin beachtet werden mögen.

Wie der Kassenbericht ergiebt, haben die auf Beschluß des Parteitages ins Leben gerufenen resp. auf Rechnung der Partei übernommenen Blätter für die polnischen Landestheile (Gazeta robotnicza) und die Reichslande (Elsaß-Lothr. Volkszeitung) erhebliche Zuschüsse erfordert. Angesichts der großen Arbeitermassen,

welche in den angeführten Ländern in Betracht kommen, und bei dem Umstande, daß in den Reichslanden in Folge der dort herrschenden Ausnahmegesetzgebung es den Genossen unmöglich gemacht ist, das Blatt aus eigenen Kräften zu halten, glaubt der Parteivorstand dem Parteitag empfehlen zu sollen, sich auch mit weiteren Zuschüssen einverstanden zu erklären. Dasselbe ist bei dem polnischen Blatte der Fall, für welches sich außerdem die Zuschüsse im laufenden Jahre erheblich verringern dürften.

* * *

Eine der ersten Aufgaben der Parteileitung war es nach ihrer Konstituirung, zur Förderung des Vertriebes und der Neuherausgabe der Parteiliteratur eine **Parteibuchhandlung** in's Leben zu rufen. Dieselbe führt den Titel: Buchhandlung „Vorwärts" und hat der Geschäftsbetrieb derselben seit der kurzen Zeit ihres Bestehens bereits einen bedeutenden Umfang angenommen, der sich noch immer mehr ausdehnt. Die Buchhandlung hat im Laufe des verflossenen Jahres, außer der „Maizeitung", verschiedene ältere Parteischriften neu verlegt und sich auch mit der Herstellung neuer Verlagsartikel, namentlich der Herausgabe des Textes der Gewerbeordnungsnovelle und des Gesetzes betr. die Errichtung von Gewerbegerichten sowie einer Anzahl von Broschüren befaßt. Der Umsatz unserer Buchhandlung belief sich vom 1. Oktober v. Jahres bis 30. Juni d. J. auf 66000 M. und die Zahl der für den Verkauf hergestellten Druckschriften, ohne Hinzurechnung der „Maizeitung" und abgesehen von der großen Auflage des Programms und der Organisation, beträgt annähernd 300000 Exemplare. Auf Veranlassung des Parteivorstandes erfolgt im Verlage unserer Buchhandlung eine Gesammtausgabe aller sozialpolitischen sowie sonstigen populären Schriften Ferdinand Lassalle's, welche in einer billigen Heftausgabe erscheint und es auch dem ärmsten Parteigenossen ermöglicht, sich in den Besitz dieser trefflichen Schriften zu setzen. Als glänzendes Zeugniß für den Bildungstrieb der Parteigenossen mag hier angeführt werden, daß die niedrigsten Auflagen der im „Vorwärts" erschienenen Agitationsbrochuren 10 000 betragen. Eine ganze Reihe dieser Auflagen sind nach wenigen Wochen bereits vergriffen gewesen und mußten erneuert werden. Das Protokoll über den Parteitag in Halle beispielsweise wurde in 40 000 Exemplaren abgesetzt.

* * *

Nach einer Verständigung zwischen der Reichstags-Fraktion und dem Parteivorstand erschien von ersterer in Bezug auf die **Mai-Feier** am 4. Februar dieses Jahres ein Aufruf an die Parteigenossen, worin den deutschen Arbeitern empfohlen wurde, die Mai-Feier am ersten Sonntag im Mai zu begehen. Ueber diesen Vorschlag der Parteileitung und den Verlauf der Mai-Feier enthält der „Bericht der Sozialdemokratischen Partei zum internationalen Arbeiterkongreß in Brüssel" folgende Angaben:

„Zu einer Kundgebung im großartigsten Stile gestaltete sich die Maifeier in diesem Jahre. Zwar war an eine Durchsetzung der Arbeitsruhe am 1. Mai angesichts der traurigen wirthschaftlichen Lage auch dieses Mal nicht zu denken. Die Reichstags-Fraktion gab deshalb die Parole aus, die Feier allgemein am ersten Sonntag im Mai zu begehen, ein Vorschlag, der auch allgemeine Billigung fand. Am ersten Mai fanden deshalb nur Volks- oder Arbeiter-Versammlungen statt, in denen Referate über die Bedeutung der Maidemonstration in Bezug auf den Achtstundentag und die internationale Arbeiterschutzgesetzgebung erstattet wurden. Am Sonntag darauf aber wurde die Festfeier mit Umzügen — wo diese nicht polizeilich inhibirt wurden — und ähnlichen Demonstrationen begangen. Die Betheiligung der Arbeiterschaft war überall eine großartige. In Hamburg allein nahmen an dem Aufzug nach Schätzung gegnerischer Blätter 100 000 Menschen theil. Eine Festschrift, welche zur Maifeier erschien, wurde in der Auflage von einer halben Million abgesetzt."

* * *

Der Einladung zum **internationalen Arbeiterkongreß nach Brüssel** folgte unsere Partei mit Freuden und war dieselbe dort durch 40 Delegirte vertreten. Von Seiten des Parteivorstandes wurde, dem Beschlusse des Pariser Kongresses entsprechend, ein schriftlicher Bericht über den Stand der sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland ausgearbeitet, der in deutscher, französischer und englischer Sprache in Brüssel zur Vertheilung gelangte und den wir den Vorlagen für den Parteitag beifügen. Die zahlreiche Beschickung des Kongresses und das große Interesse, mit welchem die Parteigenossen den Verhandlungen desselben folgten, sowie die allgemeine Zustimmung, welche die in Brüssel gefaßten Beschlüsse in unseren Reihen fanden, dürfen als ein neuer Beweis dafür angeführt werden, wie tief das Bewußtsein der Solidarität der Interessen der Arbeiter aller Länder in unseren Genossen wurzelt und wie sehr sie sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen sind, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen. Besonders hervorgehoben zu werden verdient der von echt brüderlichem Geist zeugende Empfang, welcher unseren Delegirten von den belgischen Genossen bereitet wurde, und der Parteivorstand glaubt im Sinne der sämmtlichen Delegirten sowie der Gesammtpartei zu sprechen, wenn er an dieser Stelle speziell unseren belgischen Parteigenossen für die Bethätigung ihrer brüderlichen Gesinnung wiederholt den aufrichtigsten Dank ausspricht.

* * *

Eine allgemeine **Agitation gegen die Kornzölle** wurde seitens des Parteivorstandes aus Anlaß der kolossal gestiegenen Getreidepreise und der Mißernte in Anregung gebracht. Dieselbe wurde von den Parteigenossen allerwärts mit großer Energie betrieben und in hunderten von Versammlungen Protest gegen die künstliche Vertheuerung der

nothwendigsten Lebensmittel zu Gunsten und Vortheil von ein paar tausend Großgrundbesitzern und einiger Kornwucherer erhoben.

* * *

Das mächtige Anwachsen der Partei und die Thatsache, daß derselben sich immer weitere Volkskreise anschließen, welche man noch vor wenigen Jahren für absolut unzugänglich für sozialdemokratische Ideen hielt, beunruhigt die herrschenden Klassen in immer höherem Maße. Der Glaube und das Vertrauen auf den Erfolg des „Kampfes mit geistigen Waffen" ist dort längst geschwunden und so können wir die interessante Thatsache konstatiren, daß es Blätter und Angehörige jener sogenannten Ordnungs-Parteien, welche die Sozialdemokratie immer der Neigung zur Gewaltthätigkeit bezichtigen, waren, welche die Losung ausgaben: „Die sozialdemokratischen Agitatoren mit den Hunden aus den Dörfern zu hetzen und sie mit Dreschflegeln zu empfangen."

Die Vorgänge in Eisleben, Spenge und Forst bei Aachen zeugen auch dafür, daß jene Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Eine andere Frage freilich ist es, ob es noch lange dauern wird, bis selbst polnische Arbeiter, wie in Eisleben, sich nicht mehr dazu hergeben werden, für Freibier und Schnaps über ihre aufgeklärteren Kameraden herzufallen und deren Versammlungen zu sprengen. Gerade aber solche Vorgänge müßten für unsere Genossen ein Sporn sein, diejenigen Arbeiterkreise, in denen man die Bestrebungen der Sozialdemokratie nur nach den Schilderungen der Tintenkulis der Profitgier oder verlogener Pfaffen kennt, aufzuklären und eines besseren zu belehren. Hier kann uns das Verhalten unserer Gegner als Muster dienen. Entblödet sich doch die liberal-konservative Presse nicht, den Anführer der Spenger Prügelgarde, den Pastor Iskraut, ob seines Treibens öffentlich zu loben.

Und das Rechtsgefühl des Staatsanwalts in Zeitz ist so zart besaitet, daß er die Bezeichnung „Prügelhelden" für die aus Anlaß der Vorgänge in Eisleben wegen Landfriedensbruch in Untersuchungshaft genommenen Bergleute für eine so schwere Beleidigung erachtet, daß er um derentwillen gegen unseren Genossen Hoffmann in Zeitz Anklage wegen Beleidigung „im öffentlichen Interesse" erhoben hat.

An Anklagen und Verfolgungen gegen unsere Genossen war das letzte Jahr überhaupt überaus reich, und beweist wohl nichts besser das Irrthümliche der Anschauung, als befänden wir uns wirklich unter einem „Neuen Kurs", als nachfolgende Zusammenstellung der Geld- und Gefängnißstrafen, welche in den elf Monaten seit dem Parteitag in Halle gegen unsere Parteigenossen erkannt worden sind. Bemerkt sei dabei, daß diese Zusammenstellung auf Vollständigkeit durchaus keinen Anspruch machen kann. Die darin aufgeführten Zahlen sprechen aber auch in ihrer Unvollständigkeit deutlich dafür, daß auch ohne Ausnahmegesetz unser

„gemeines" Recht mehr als genügend Handhabung bietet, gegen die „Ausschreitungen der Sozialdemokratie" vorgehen zu können. Urtheile, wie sie gegen die streikenden Kohlenbergarbeiter in den rheinisch-westfälischen Bezirken oder gegen unseren Genossen Max Baginski in Schlesien gefällt worden sind, zeigen, was findige Richter und Staatsanwalte aus unseren Strafgesetz-Paragraphen zu machen vermögen.

Die Straftabelle ergiebt nach Monaten geordnet folgendes Bild:

Monat	Strafen in				
	Gefängniß			Geldbuße	
	Jahre	Monate	Tage	Mark	Pfg.
November	6	2	—	347	—
Dezember	4	4	24	2624	—
Januar	17	6	29	2128	—
Februar	6	4	13	2278	50
März	15	—	6	2886	—
April	3	6	21	1450	—
Mai	10	—	4	1583	60
Juni	3	4	9	1288	—
Juli	3	2	10	1630	—
August	5	1	15	785	20
September	14	5	2	1302	—
In 11 Monaten zusammen	89	2	13	18302	30
Hiervon gehen ab in Folge Freisprechung oder Strafherabsetzung in den Entscheiden der Endinstanz .	1	7	15	40	—
Mithin bleiben	87	6	28	18262	30

Mit Ausnahme von ein paar Fällen treffen diese Strafen ausschließlich Parteigenossen, alle aber stehen in engstem Zusammenhange mit der sozialdemokratischen, bezw. gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. So schwer diese Strafen den Einzelnen getroffen und in zahlreichen Fällen sogar zur Existenz-Vernichtung geführt haben, die Partei ist dadurch keinen Augenblick in's Wanken gebracht worden. Wo einer der Unseren aus der Reihe der Kämpfer gerissen wurde, trat ein anderer an die Stelle, und für jedes Opfer waren zehn und hundert Genossen bereit, in die Lücke zu treten. So war es in unserer Partei früher, so blieb es während der schweren Jahre des Ausnahmezustandes, so ist es heute und wird es bleiben, so lange die deutschen Arbeiter unter dem Banner der Sozialdemokratie den Kampf für die Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Fesseln der politischen und wirthschaftlichen Knechtschaft führen werden. Die Begeisterung und der Opfermuth für unsere Sache haben uns bisher jedes Hinderniß überwinden helfen, diese Begeisterung und Hingabe verbürgen uns auch den Sieg.

Berlin, den 12. Oktober 1891.

Der Partei-Vorstand.

Die Anschuldigungen der Berliner Opposition.

(Zusammengestellt nach den Berichten des „Vorwärts".)

Aus den Berichten in unserer Parteipresse sind Sie davon unterrichtet, daß einige derjenigen Personen, welche bereits vor dem vorjährigen Parteitag in Halle, als sogenannte „Opposition" viel von sich reden machten und durch ihr Auftreten der gegnerischen Presse Stoff zu ihren Prophezeiungen über die bevorstehende Spaltung in unserer Partei lieferten, in den letzten Monaten sich wieder des gleichen Treibens befleißigten.

Obwohl auf dem Parteitag in Halle durch eine aus neun unparteiischen Delegirten zusammengesetzte Kommission alle Beschwerde- und Anklagepunkte der sogenannten Opposition auf das Eingehendste geprüft wurden und dem in Halle anwesenden Führer der Opposition, Buchdrucker W. Werner, bei den Verhandlungen der weiteste Spielraum und fast uneingeschränkte Redefreiheit gewährt wurde, so vermochten doch Werner und sein Anhang nicht in einem einzigen wesentlichen Punkte den Wahrheitsbeweis für ihre Anschuldigungen zu erbringen. Die Neuner-Kommission kam deshalb, nachdem sie tagelang alle Punkte auf das Genaueste untersucht und alle vorgeschlagenen Zeugen abgehört hatte, zu dem Schlußergebniß, daß:

> „In Anbetracht aller gegen Werner vorgebrachten Thatsachen der äußere Anschein nothwendig zur Annahme führen muß, daß Werner nicht würdig sei, unserer Partei als Genosse anzugehören, jedoch konnte sich die Kommission, nach eingehender Prüfung des vorliegenden Materials, nicht entschließen, einen Antrag auf Ausschluß zu stellen. Die Kommission gewann vielmehr, unter Zusammenfassung aller Punkte die Ueberzeugung, daß Werner weder das Taktgefühl noch die Fähigkeit besitzt, die Tragweite seiner Handlungsweise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen."

Trotz dieses für Werner geradezu vernichtenden Urtheilsspruches, dem der von 400 Delegirten aus allen Gauen Deutschlands besuchte Parteitag mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität beitrat, hat Werner sein parteischädigendes Treiben nach

kurzer Pause wieder aufgenommen und befindet sich derselbe jetzt wieder an der Spitze der Opposition und ist einer ihrer Wortführer. Und dies thut Werner, obwohl er in Halle selbst erklärte (siehe Seite 69 des Protokolls über die Verhandlungen des Parteitags in Halle): „Wenn der Parteitag gesprochen, dann ist die Streitaxt begraben."

Angesichts dieses Treibens und der ungemeinen Schädigung, welche durch dasselbe unsere Partei besonders in der Provinz erleidet, hat sich der Parteivorstand genöthigt gesehen, unterm 11. September dieses Jahres an die Opposition die Aufforderung zu richten:

„ihre Anschuldigungen genau zu formuliren und unter Beifügung des nöthigen Beweismaterials dem Erfurter Parteitag zu unterbreiten."

Ob und in welchem Umfange die Opposition dieser Aufforderung dem Parteitage gegenüber nachkommen wird, ist uns zur Zeit nicht bekannt. An den Parteivorstand sowie an die Kontrolleure ist eine Anklage oder Beschwerde nicht eingegangen.

Unter diesen Umständen hält es der Parteivorstand für seine Pflicht, den Delegirten eine Sammlung aller jener Reden, in denen die Führer der Opposition ihre Anklagen vorbrachten, zu unterbreiten, damit erstere in der Lage sind, sich ein Urtheil zu bilden, einmal über die Beschwerdepunkte und dann vor Allem über die Form, in der dieselben in die Oeffentlichkeit getragen wurden.

Neben den Reden unterbreiten wir nachstehend den Delegirten auch das Flugblatt, welches von der Opposition gegen die Parteileitung herausgegeben ist. Außerdem bringen wir jene Reden und Zeitungsartikel von Abgeordneten, welche von der Opposition als Belege für ihre Anschuldigungen angeführt werden, zur Kenntniß der Delegirten.

Was die speziell von Werner und Wildberger behauptete Günstlingswirthschaft und Unterstützung von „Schmarotzern und Speichelleckern" anbelangt, so unterliegt die Kassenführung und Verwendung der Parteifonds der Prüfung des Parteitags. Hier hat jeder Delegirter das Recht und die Gelegenheit, sich durch persönlichen Einblick in die Kassenbücher von dem Grund oder Ungrund dieser schwersten Beschuldigung selbst zu überzeugen.

Bemerkt sei noch, daß bei der Wiedergabe der Vorgänge in den Versammlungen die Berichte des „Vorwärts" zur Grundlage genommen wurden.

Wir erwarten von den Delegirten, daß sie die Angelegenheit genau prüfen und dann diejenige Entscheidung treffen, welche die Gerechtigkeit, die Ehre und das Interesse der Partei erfordern.

* * *

Erste Versammlung im Feen-Palast am 3. Juli 1891.

Tagesordnung: Beschickung des Brüsseler Kongresses.

Der Referent R. Fischer kam auf die Maifeier zu sprechen und führte aus:

„Der Pariser Beschluß sollte nichts anderes bezwecken als: Am 1. Mai soll in allen Ländern, unter Berücksichtigung der in den einzelnen Ländern herrschenden Verhältnisse, seitens der Arbeiter an die Behörden die Forderung des Achtstundentages und der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, entsprechend den Pariser Beschlüssen, erhoben werden. Weiter wurde nichts beschlossen, über das Wie entschied jede Nation für sich. Redner schildert die Verhältnisse des Vorjahres, die Praktiken der Unternehmer und Behörden, die Hand in Hand gegen die Arbeiter gingen, und legt dar, warum angesichts dessen bei der wirthschaftlichen Krisis in diesem Jahre die Fraktion den Rath gab, die allgemeine Feier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen. Wie sehr sie damit den Interessen und der allgemeinen Auffassung innerhalb der Partei entsprochen habe (Unterbrechung), beweise die Thatsache, daß mit Ausnahme eines kleinen Theiles der Berliner Genossen (Widerspruch), denen ihre soziale Lage oder ihr Beruf die Feier des 1. Mai gestatteten (Widerspruch; Unruhe), die ganze Partei ihre Maifeier am 3. Mai abhielt. Hänge denn die Bedeutung der Feier am Tage oder liege die Bedeutung in der Thatsache, daß für diesen Gedanken die Arbeiterschaft der gesammten Kulturwelt ihren Willen einmüthig bekunde? (Beifall.) Redner erörtert, von Beifall und Widerspruch unterbrochen, wie die ganze Maifeier keine Willens-, sondern eine Machtfrage sei. Heute können die Arbeiter den Kampf auf ökonomischem Boden nicht aufnehmen; auf diesem Felde stehen die Arbeiter in heutiger Krisis waffenlos einem mit allen Waffen sozialer Uebermacht ausgestatteten rücksichtslosem Feinde gegenüber. Das politische Gebiet sei der Boden, wo die Arbeiterklasse zu Kraftproben bereit sei, die Schlachten für die soziale Befreiung schlage die Sozialdemokratie auf dem politischen Kampffelde. Redner zieht Vergleiche zwischen dem Resultate der vorjährigen Maifeier, die Hunderte von Genossen auf Jahre hinaus existenzlos gemacht, der Partei eine Niederlage zugezogen, die jede andere weniger stark organisirte auseinandergesprengt hätte, und dem der diesjährigen, welche, statt Hunderttausende zu kosten, ebenso viel eingebracht, um die Wunden der vorjährigen zu heilen."

Gegen diese Darlegung wandte sich zunächst Buchdrucker Werner, indem er ausführte:

„Der Referent habe zwar die internationale Solidarität gefeiert, aber es erscheine ihm dann nicht logisch, daß der Referent

dann gesagt habe, wir dürfen uns von anderen Nationen nicht vorschreiben lassen, wie wir den 1. Mai zu feiern hätten. Da wäre es doch gleich das Beste, zu erklären: „Der Pariser Beschluß, den 1. Mai als Feiertag zu begehen, ist in Deutschland nicht durchführbar, da dadurch Arbeiter gemaßregelt werden könnten." Wenn wir allerdings unsere Agitation von den Opfern, die damit verbunden sein könnten, abhängig machen wollen, dann haben wir auch kein Recht, unsere Prinzipien in fremde Gegenden zu tragen, denn die sich uns daselbst anschließenden Arbeiter sind stets in Gefahr, wirthschaftlich ruinirt zu werden. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Dieses ewige Betonen der Existenzvernichtung führt schließlich dazu, daß die Sozialdemokratie eine reine Opportunitätspartei geworden ist. (Beifall und heftiger Widerspruch.) So hat auch die Fraktion, anstatt einfach den achtstündigen Normalarbeitstag zu fordern, wie es der Pariser Kongreßbeschluß verlangt, sich damit begnügt, zunächst den zehnstündigen, nach ein paar Jahren den neunstündigen und endlich von 1898 ab den achtstündigen Arbeitstag zu fordern. Ich bin der Meinung, daß wir von der heutigen Gesellschaft nichts zu erwarten haben. Wir haben deshalb einfach unsere Forderungen zu stellen und dürfen nicht darauf bedacht sein, kleinliche Verbesserungen zu erzielen. Wenn wir mit Opportunitätsgründen rechnen und bei allen Dingen ängstlich erwägen, welche Opfer damit verbunden sein könnten, dann unterscheiden wir uns nicht mehr von den reaktionären Parteien. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Man ist allerdings in der sozialdemokratischen Partei bereits so weit gekommen, jede Opposition zu verpönen, und jede Opposition als kleinliche Nörgelei hinzustellen. Da ich es in einer Schuhmacherversammlung gewagt habe, die Rede Vollmar's anzugreifen, so wurde ich vom „Vorwärts" und der Parteipresse in ärgster Weise angegriffen.

Diesen Darlegungen trat auch der Tapezierer Biester bei, derselbe erklärte: „Die sozialdemokratische Partei ist thatsächlich im Rückgange, der beste Beweis hierfür ist die Rede Vollmar's. (Beifall und heftiger Widerspruch.) Der revolutionäre Geist ist vollständig verschwunden. So lange das Sozialistengesetz bestand, hatte die Partei Bedeutung, heute ist sie eine lächerliche Partei geworden. (Stürmisches Oho! Beifall und Lärm.) (In einer Erklärung bestreitet Biester von einer „lächerlichen Partei" gesprochen zu haben. Da eine Anzahl einwandsfreier Zeugen den Ausspruch gehört hat, so scheint Biester sein Gedächtniß in diesem Falle im Stich gelassen zu haben.) Die Partei ist eben eine parlamentarische Partei geworden, die bei allen Dingen genau die Opportunität im Auge behält. Wie dabei der sozialistische Staat in die alte Gesellschaft hineinwachsen soll, ist mir unerfindlich. (Beifall und Unruhe.)"

Nach Biester ergriff Bebel das Wort, welcher u. a. über die Taktik der Partei und die dagegen laut gewordenen Einwände sich wie folgt äußerte: „Man habe die gesammte Taktik der Partei in den Kreis der Erörterungen gezogen und die Sache so dargestellt, als gehe die Partei der Versumpfung entgegen. Dem müsse er entschieden entgegentreten. Die Taktik sei heute die gleiche, die sie stets gewesen ist, und der Parteitag habe noch im letzten Jahre mit allen gegen die Stimme des Herrn Werner — (Rufe: Genosse Werner!) — das sei seine Sache — gegen die Stimme des Herrn Werner die Haltung der Fraktion gebilligt. Die Partei sei nicht zurück- sie sei vorwärts gegangen und immer radikaler geworden. Das beweise die Literatur der Partei, das beweise der Beschluß, ein neues Parteiprogramm zu entwerfen und dieses werde an Klarheit und Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig lassen. Bewege sich die Partei vorsichtiger in der Form als früher, so sei dies die nothwendige Folge des Wachsthums der Partei. Eine Partei, die Millionen hinter sich hat, müsse vorsichtiger operiren, wie eine Sekte, die keine Bedeutung und keine Verantwortung habe. Die Partei sei in der Lage einer Armee, die gegen einen übermächtigen Feind kämpfe, dessen Stellung sie nicht im Sturme nehmen könne, ohne sich die Köpfe einzurennen. Sie müsse also Zoll um Zoll, Schritt um Schritt sich dem Feinde gegenüber ihren Boden erkämpfen, bis sie den entscheidenden Kampf wagen könne. Aber sie sei wieder von der Armee darin unterschieden, daß sie sich ihre Führer selber wählt und daß sie dieselben jederzeit absetzen kann, falls sie kein Vertrauen mehr in sie hat. Aufregende Debatten im Reichstag hingen in erster Linie von dem Stoff ab, der erörtert werde, und da habe das Sozialistengesetz oft andere Gelegenheiten geboten als jetzt vorhanden seien. . . . . . Die ewige Nörgelei und das ewige Unruhestiften in der Partei, womit man nach Außen den Glauben erwecke, als sei die Partei gespalten, das müsse endlich aufhören und er werde auf dem nächsten Parteitag dafür Sorge tragen, daß endlich klare Bahn zwischen der Partei und der Opposition geschaffen werde und daß, wenn die Opposition mit der Haltung und Taktik der Partei sich nicht versöhnen könne, sie Gelegenheit bekomme, eine eigene Partei zu gründen. (Stürmischer Beifall und Widerspruch bei der Opposition.) So wie jetzt gingen die Dinge nicht mehr weiter, dem jetzt bestehenden Zustand müsse so oder so ein Ende gemacht werden. (Zustimmung.)"

In persönlicher Bemerkung erklärt noch W. Werner: Herr Bebel hat mir soeben den **Absagebrief** gegeben; wenn der nächste Parteitag wirklich jedes Wort des Widerspruchs als Bruch der Parteidisziplin erklärt, so werde ich allerdings auf die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie verzichten.

* * *

Zweite Versammlung im Feen-Palast am 9. Juli 1891.

In dieser Versammlung ergriff von der Opposition zunächst das Wort der Redakteur des „Volksblatt für die Kreise Teltow-Beeskow ꝛc.“ Richard Baginski. Derselbe führte aus: „Man habe die Berliner Opposition mit den Ausdrücken „Revolutionsmacher“, „Nörgler“ ꝛc. bezeichnet und bediene sich damit der Manier der Gegner. Der Mächtige habe den Schwachen stets Nörgler genannt. Unsere Haltung gegen die Fraktion ist durch die Befürchtung veranlaßt, daß die Partei durch den Parlamentarismus in den Sumpf geführt wird .... Es sei unberechtigt, die Opposition mit dem Ausdruck Nörgler zu bezeichnen. Wer eine freie Meinung hat, darf sie frei äußern, ohne daß Jemand das Recht hat, ihn Nörgler zu nennen. Aber man bekämpfte uns mit denselben Mitteln wie der Gegner. Bebel hat sogar — wie der Gegner — den rothen Lappen gegen uns geschwungen. Er sprach davon, daß unsere Taktik die Partei direkt vor die Bajonnette führe. Die erzieherische Wirkung des Sozialistengesetzes kommt hier zu Tage: wenigstens in der Beziehung, daß einzelne Führer von der Ansicht abgekommen zu sein scheinen, daß von den herrschenden Klassen gutwillig nichts zu erhalten ist. Man sagt: ohne Sozialdemokratie hätte es keine Sozialreform gegeben, man betrachtet die vorhandenen Gesetze als Zugeständniß. Das scheint auch der gemeinsame Boden zu sein, auf dem man mit dem Gegner zu verhandeln gedenkt. Liebknecht sagt, die Verhältnisse hätten sich geändert. Aber hat sich das Verhältniß zwischen Kapital und Arbeit geändert? Es ist viel schroffer geworden: die rapid vorwärts schreitende Enteignung des Mittelstandes hat die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter aufgerissen. Ist denn wirklich an der Sozialreform etwas? Sie ist ja aus denselben Motiven entstanden wie das Sozialistengesetz. Das Arbeiterschutz-Gesetz ist ebenfalls zum Schaden der Arbeiter ausgefallen. Und das alles soll ein Zugeständniß an die Sozialdemokratie sein? Man meint, in weiterer Folge ein zweites und drittes Zugeständniß zu erhalten, damit ist aber die Sozialdemokratie auf die schiefe Ebene des politischen Experiments gerathen, und Bamberger konnte mit Recht sagen, daß unsere Partei jetzt nicht mehr gefährlich sei und sich mit ihr im Reichstage sehr gut auskommen lasse. Vollmar beweist, daß Bebel, Liebknecht, Auer ganz dasselbe wie er gesagt haben. Das von Vollmar Gesagte ist die Konsequenz des Parlamentarismus. Die Stellung der Opposition zum Parlamentarismus ist, daß derselbe lediglich als Agitationsmittel benutzt werden soll; die sozialdemokratischen Abgeordneten sollen keine Anträge stellen, sondern nur schärfste Kritik an den bestehenden Verhältnissen üben. Dann wären wir

mit dem Parlamentarismus einverstanden. So aber sind wir eine rein parlamentarische Partei geworden. Bereits sehen die auswärtigen Bruderparteien argwöhnisch auf diese Taktik. Die österreichische Sozialdemokratie ist prinzipieller als die deutsche, deshalb wird sie mehr Erfolge haben. Schicken Sie Delegirte nach Brüssel, welche die deutsche Sozialdemokratie als die alte erweisen. (Beifall.)"

Als weiterer Redner für die Opposition trat auf der Tapezierer Wildberger: „In der letzten Feenpalast-Versammlung handelte es sich nicht nur um den Brüsseler Kongreß. Es wurden beiderseitig die verschiedensten Fragen aufgeworfen. Redner schließt sich Baginski's Ausführungen an und kommentirt gleichfalls Liebknecht's Rede aus dem Jahre 1869, und zwar die Stelle, wo es heißt: Unsere Reden können die Gegner nicht bekehren, welchen Zweck habe nun das Reden? Das Prinzip werde geopfert, und nur der Verrath oder die Kurzsichtigkeit könne zum Parlamentarismus verleiten. So habe Liebknecht 1869 gesprochen. Damals war der Sozialismus eine Machtfrage, die nur auf der Straße zu lösen gewesen. So weit sei die heutige Opposition noch gar nicht gegangen. Also gerade jene Genossen hätten kein Recht, die Opposition anzugreifen. Grillenberger hat in einer Rede vollständig die Revolution abgeschworen, Vollmar will eine vollständig gesetzliche Partei, welche die Staatsgesetze respektirt; das sei etwas ganz anderes, als was vor zwanzig Jahren gesagt wurde. Die Fraktion hat sogar beim Arbeiterschutzgesetz dafür gestimmt, daß Berufe, welche nicht in dasselbe einbezogen sind, durch Kabinetsordre, durch die Initiative des Monarchen dem Gesetze unterstellt werden können. Das ist nicht demokratisch. Bebel sagt, wir müßten dem Gegner Schritt für Schritt das Terrain abgewinnen. Was haben wir aber durch diese Taktik gewonnen: verteufelt wenig. Was auf der einen Seite gegeben wurde, ist auf der andern zehnfach genommen worden. Die Zentralisation der Partei ist auch nicht mehr am Platze. Es ist ganz unmöglich, daß die Berliner Genossen immer Rücksicht nehmen sollen auf das kleinste Dorf. Die Forderungen müssen von den Zentren des Proletariats durchgesetzt werden. In Berlin fühlt man etwas anders als draußen im Land. Das mag unangenehm sein bei der Landagitation, in solchen Fragen ist aber die Disziplin nicht angebracht. Genau so ist es mit dem 1. Mai. Es war gesagt worden, daß dort, wo starke Arbeiterorganisationen beständen, gefeiert werden könnte. Bebel führte die Maßregelungen an, welche bei einer allgemeinen Arbeitsruhe hätten entstehen können. Dasselbe läßt sich aber auch vom Sonntag sagen, denn die Unternehmer wollten so wie so die Fachorganisationen der Arbeiter zertrümmern, und weil die Maidemonstration sich gegen sie richtet, deshalb werden sie dieselbe be-

kämpfen, auch wenn sie am Sonntag stattfindet. Bezüglich Bebels Ausschlußdrohung spreche ich nicht wie Werner, daß ich nach dem Ausschlusse kein Sozialdemokrat mehr sein würde; ich bin und bleibe Sozialdemokrat, ich spreche das aber viel'en ab, die sich heute noch als Alte geriren. Zur Zeit der Frankfurter Angelegenheit trat Bebel gegen Frohme auf, heute scheint die Richtung Frohme in der Fraktion vollständig gesiegt zu haben. Damals unter dem Sozialistengesetz war noch Begeisterung in den Reihen. Heute nimmt man stets Rücksicht auf die alten Gesellschaftsklassen, auf die nicht sozialdemokratischen Volksmassen. Vollmar's Rede soll eine Dummheit sein; Liebknecht's Brief im vorigen Jahre nach Kopenhagen mit dem harten Urtheil über die Opposition sollte auch eine Dummheit gewesen sein. Weshalb nahm der Parteivorstand nicht Stellung zu Vollmar's Rede? Warum desavouirte er nicht Vollmar's Auffassung? Wenn bei ähnlichen Anlässen in Frankreich Ausschluß des Betreffenden erfolgt ist und in Deutschland nicht, so ist die deutsche sozialdemokratische Partei schon gerichtet. Wenn heute die Wahl nach Brüssel beschlossen wird, so sollte man nicht so vorgehen wie in Halle. Wenn die Opposition zu Ende ist in Berlin, dann wird in Berlin Grabesstille werden. Bebel weiß ganz genau, daß die große Masse von der Sozialdemokratie verflucht wenig versteht. Die heute in der Opposition stehen, sie haben unter dem Sozialistengesetz die Partei in die Höhe gebracht. Wenn es so weiter geht, ist die Partei in zehn Jahren vollständig verflacht. (Beifall.)"

Gegen die Ausführungen der Vorredner sprach besonders Bebel. Die Versammlung, welche von ca. 5000 Personen besucht war, erklärte sich, ebenso wie die vom 3. Juli, mit erdrückender Majorität gegen die Opposition, für welche sich noch keine 200 Hände erhoben.

Das Flugblatt der Opposition.

Dieser entscheidenden Niederlage folgte kurz darauf in Berlin die Veröffentlichung des unten folgenden Flugblattes. Von den Rednern der Opposition ist in späteren Versammlungen betont worden, daß das Flugblatt die Antwort auf die Ausschlußdrohung Bebels in der Versammlung vom 3. Juli sein sollte. Zur Verfasserschaft des Flugblattes hat sich bisher noch keiner der Anhänger der Opposion bekannt. Jedem Leser aber wird die Uebereinstimmung des Gedankeninhaltes des Flugblattes mit der vorstehenden Rede Wildberger's auffallen.

Das Flugblatt lautet:

An die Sozialdemokratischen Parteigenossen Berlins.

Motto: Erinnere Dich, mein Sohn,
daß man begeistert sein muß,
um große Dinge zu vollbringen. St. Simon.

Eine Anzahl Genossen aus allen Berliner Reichstagswahlkreisen, welche unter dem Sozialistengesetz keine Gefahren und Opfer scheuten, um die Ideen der Sozialdemokratie unter der Arbeiterbevölkerung zu verbreiten, und denen, neben der siegreichen Macht dieser Ideen selbst, die heutige Stärke der Partei wesentlich zu verdanken ist, kann es nicht länger mit ansehen, wie der revolutionäre Geist dieser Bewegung seitens einzelner Führer systematisch ertödtet wird.

Es wäre Verrath an der uns heiligsten Sache, wenn wir noch länger müßig zusehen wollten, wie die Diktatur jedes demokratische Denken und Fühlen erstickt — wie die ganze Bewegung immer mehr verflacht und schon jetzt zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken ist — wie die Revolution von der Tribüne des Reichstages herab feierlichst abgeschworen wird, und täglich alles geschieht, um einen Ausgleich zwischen Proletariern und Bourgeois herbeizuführen. Wenn Lassalle und Liebknecht damals Recht hatten, als sie von der Fortschrittspartei behaupteten, daß sie sich während der preußischen Konfliktszeit **todt geredet habe,** dann trifft dies auch heute wieder auf die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu.

Wir wenden uns mit diesem Flugblatt hauptsächlich an die überzeugten und zielbewußten Genossen, und erst in zweiter Reihe an Diejenigen, welche es nur dem Namen nach sind. Und da möchten wir die Ersteren hier gleich zu Anfang fragen:

> „Wer von Euch fühlt heute noch diese glühende Begeisterung in sich angesichts der sogenannten Arbeiterschutz- und Versicherungsanträge, welche uns vordem alle Hindernisse überwinden half und uns trotz unserer geringen Anzahl der Regierung und übrigen gesetzmachenden Gesellschaft oft so furchtbar erscheinen ließ?"

„Aber" — hören wir hier Manche sagen — „im Interesse der Partei **muß** jeder Genosse der Majorität sich unterordnen, auch wenn diese Majoritätsbeschlüsse der eigenen Ansicht schnurstracks entgegen stehn!"

Diese Ansicht ist grundfalsch und muß schließlich zur politischen Korruption führen.

Die Majorität einer politischen Partei ist sehr oft eine rein zufällige und setzt sich, auch bei der Sozialdemokratie, namentlich seit den letzten Wahlen, aus den verschiedensten Interessengruppen zusammen. Majoritätsbeschlüsse kommen daher fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande,

und haben sehr oft mit den Prinzipien der eigenen Partei nicht nur sehr wenig gemein, sondern sie laufen diesen Prinzipien öfter schnurstracks zuwider, und **ebnen so den Boden einer Schwenkung nach rechts, die leider von den Meisten erst dann bemerkt wird, wenn sie vor der vollendeten Thatsache stehen.**

Der Sache selbst schadet man also nicht, wenn man die Parteileitung und die nach unserer Ansicht falsche und verkehrte Taktik der Partei bekämpft.

Die **Disziplin** wird bedingt durch die **Organisation;** über beiden aber muß für jeden Parteigenossen in erster Linie das Prinzip, die Idee des revolutionären Sozialismus stehen. In den meisten Fällen hat nun der Sozialismus und auch die Demokratie fast nichts gemein mit dem, was unsere Vertreter im Reichstage den herrschenden Klassen abdisputiren wollen, wie wir weiter unten beweisen werden.

Die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland ist von Anfang an eine durch und durch **revolutionäre und proletarische** gewesen, der gegenüber alle übrigen Gesellschaftsklassen als die „Eine reaktionäre Masse" noch bis vor ganz kurzer Zeit von jedem Parteigenossen bezeichnet wurden.

Deshalb ist auch jeder Versuch, diese **von Natur rein proletarische Bewegung,** mit Rücksicht auf das mittlere und Kleinbürgerthum, weniger revolutionär erscheinen zu lassen, **ein Verrath an der Sache des Proletariats.**

Dieser Vorwurf kann durch keinerlei Gründe wie „Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen" beseitigt werden, weil wir ganz genau wissen, daß in oben genannten Gesellschaftskreisen nicht die Ideen des demokratischen Sozialismus es sind — wenn sie überhaupt gepredigt werden —, welche den Bauer und Kleinhandwerker ꝛc. bestimmen, bei der Wahl einem Sozialdemokraten seine Stimme zu geben, sondern es entspricht einfach dem Interessenstandpunkt jener Leute, die sich bedrückt und geknechtet fühlen, und daher glauben, daß die Sozialdemokraten doch eigentlich weniger Rücksicht auf Regierung und Geldprotzenthum zu nehmen brauchen und der Sozialismus vorläufig noch in weite Ferne gerückt sei.

Den Industriearbeitern und wirklichen Sozialdemokraten kann es demnach ziemlich gleichgiltig sein, ob bei der Reichstagswahl in Hinterpommern 500 oder 1000 Stimmen für uns abgegeben werden: einmal, weil es falsch ist, die vorgeschrittene Arbeiterschaft auf die Bekehrung der zurückgebliebenen Länderstriche zu vertrösten, und zum andern, weil es ein Betrug wäre, wenn man die Genossen glauben zu machen versucht, daß innerhalb der heutigen Gesellschaft mit Hilfe des Parlamentarismus, durch Majoritätsbeschlüsse die Sozialisirung der verschiedensten Klassen herbeizuführen sei.

Die soziale Revolution wird dort entschieden, wo sie zuerst begonnen hat; in den Industriezentren, wo die Proletarisirung schon

seit 40 Jahren mit Riesenschritten vorwärts schreitet, unbekümmert um die Zustimmung der für alle Zukunft indifferenten Landbevölkerung.

Freiwillig werden die besitzenden Klassen niemals auf ihre Privilegien verzichten und so lange es eine besitzende Klasse giebt, wird es auch die nöthige Anzahl Knechte geben, welche auf Kommando bereit sind, für ihre Henker ihr Blut zu verspritzen.

Ein eben solcher Unsinn ist es auch, das Volk glauben zu machen, daß den Königen ihr Handwerk schließlich zu schwer werden könnte und dieselben eines Tages erklären würden, daß auch sie auf ihre Vorrechte freiwillig verzichteten. Wo das bisher wirklich geschah, da geschah es zu Gunsten des Kronprinzen oder auch eines andern Bevorrechteten, um dem Volk Sand in die Augen zu streuen und Hoffnungen zu erwecken, die sich niemals erfüllten.

Ebenso verhält es sich mit dem „Hineinwachsen" der heutigen Gesellschaft in den sozialistischen Staat, der ohne jede Betriebsstörung alsdann über Nacht nur proklamirt zu werden braucht und in England eigentlich schon heute proklamirt werden könnte. Diejenigen, welche solchen Blödsinn in die Menge schleudern, hätten wirklich kein Recht, von politischen Kindsköpfen zu sprechen und zu schreiben. **Sie selbst sind weit schlimmeres als das.**

Wir sind daher der Ansicht, daß es an sich schon taktisch falsch ist, wenn eine Centralstelle die Haltung der Genossen an den verschiedenen Orten in allen Dingen zu bestimmen hat. Es ist ganz undenkbar, daß die Genossen in Berlin und andern Industriestädten, denen der Sozialismus schon seit 30 Jahren gepredigt wird, nur der Parteidisziplin wegen, in allen taktischen Fragen Rücksicht auf das zurückgebliebene Dorf und den an seine Scholle gefesselten Bauer zu nehmen gezwungen sind. Hier, wo der Kampf um's Dasein auf dem Schlachtfelde der Industrie täglich Hunderte von Menschenleben fordert, die durch Arbeitslosigkeit, Ueberanstrengung, Noth und Elend und alle damit verbundenen Begleiterscheinungen langsam dahin siechen und vor der Zeit zu Grunde gehen — **hier rechnet man nicht,** — sondern man fühlt instinktiv, daß etwas anderes als bisher geschehen muß, wenn nicht Verzweiflung in den Reihen der bewährtesten Kämpfer platzgreifen soll.

Wir können auch nicht verstehen, daß alljährlich nationale und internationale Kongresse mit schweren Opfern zustande kommen, nur um die dort gefaßten Beschlüsse bei der ersten Gelegenheit unter irgend einem Vorwand wieder umzustoßen, wie dies mit der Maifeier schon zweimal geschah und mit dem Verhalten bei Stichwahlen &c. schon öfter.

Als die Partei noch jung war und nur aus Proletariern bestand, da wäre eine Taktik wie die heutige ganz unmöglich gewesen.

Die einfache Thatsache, daß diese Taktik dennoch möglich ist, beweist schon allein, daß die Partei aus Elementen sich zusammensetzt und geleitet wird, die zum Theil ganz andere Ziele verfolgen, keinenfalls aber identisch sind mit jenen, die Gut und Blut ihrer Ueberzeugung zu opfern stets bereit waren und noch sind.

Was nun die Zweckmäßigkeit des Parlamentarismus betrifft, der heute das Mädchen für Alles ist, so deckt sich auch heute noch unsere Ansicht darüber mit der des Genossen Liebknecht, welche derselbe in seiner Broschüre: „Die politische Stellung der Sozialdemokratie" festgelegt hat und die wir hier wörtlich folgen lassen.

In Bezug auf den Reichstag schrieb Liebknecht **damals**, es war im Jahre 1869, unter Anderm folgendes:

„Einen direkten Einfluß auf die Gesetzgebung kann unser Reden nicht ausüben. Den Reichstag können wir durch Reden nicht bekehren. Durch unser Reden können wir keine Wahrheiten unter die Massen werfen, die wir anderweitig nicht viel besser bereiten könnten. Welchen praktischen Zweck hat also das Reden im Reichstag? Keinen. Und zwecklos Reden, ist Thoren Vergnügen.

Nicht Ein Vortheil! Und nun auf der andern Seite die Nachtheile: Das Prinzip geopfert, der ernste politische Kampf zur parlamentarischen Spiegelfechterei herabgewürdigt, das Volk zu dem Wahn verführt, der Bismarck'sche Reichstag sei zur Lösung der sozialen Frage berufen. — Und wir sollen aus praktischen Gründen parlamentiren? Nur der **Verrath** oder die **Kurzsichtigkeit** kann es uns zumuthen."

Und an einer andern Stelle schreibt Liebknecht:

„Der Sozialismus ist keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfelde zu lösen ist, gleich jeder andern Machtfrage."

Damit vergleiche man nun die jämmerlichen Gesetzentwürfe und die kläglichen Reichstagsreden, welche die Fraktion und Liebknecht mit, inzwischen verbrochen hat.

Auf was ist nun diese, für Jeden sichtbare Schwenkung zurückzuführen?

Die Führer sagen, daß sie bei ihrem Vorgehen Rücksicht auf das Kleinbürgerthum 2c. zu nehmen gezwungen seien, um die Partei zu einer volksthümlichen zu machen und die breite Masse hinter sich zu haben. Wir aber sind der Ansicht, daß man mit dieser breiten Masse nur sich selbst und Andere täuscht. Die Masse wird im gegebenen Augenblick eben so rasch abfallen, wie sie gekommen ist, weil ihr nicht mehr wie Alles fehlt, was eine sozialdemokratische Gesellschaft beseelen muß. Die Masse kann schließlich Jeder haben, der es versteht, sich überall den Verhältnissen anzupassen, wie die antisemitische Agitation dies auf das Deutlichste beweist.

Deshalb ist auch die neue Taktik in dieser Hinsicht nichts weiter, als ein Kompromiß mit der Masse, auf Kosten des Prinzips.

Wir alle glaubten, daß nach Aufhören des Sozialistengesetzes und dem Einzug von 35 Sozialdemokraten in den Reichstag die Agitation prinzipieller betrieben und die Gesetzentwürfe und Anträge unsererseits **weiter als bisher gehen müßten**, und das gerade Gegentheil trat ein.

Nach dem Entwurf unserer Fraktion soll der 8stündige Arbeitstag erst mit dem Jahre 1898 Gesetzeskraft erlangen, trotzdem auf dem internationalen Kongreß in Paris 1889 beschlossen wurde, daß der 8stündige Arbeitstag schon jetzt überall von der Gesetzgebung zu fordern sei. Wie verträgt es sich aber außerdem mit der Demokratie, daß der Reichstag im Jahre 1890 etwas beschließen und zum Gesetz erheben soll, was erst im Jahre 1898 Gesetzeskraft erlangt? In unserem Programm fordern wir alljährlich Neuwahlen und halten es für unstatthaft, daß die jeweiligen Vertreter des Volkes irgend etwas festlegen, was erst zu einer Zeit zu Recht bestehen soll, wo unter Umständen bessere oder auch schlechtere, jedenfalls aber andere die Vertretung ausüben. Wie verträgt es sich ferner mit der Demokratie, wenn im Reichstage Seitens unserer Fraktion bei Berathung der Gewerbenovelle der Antrag gestellt wird, daß das Einbeziehen verschiedener Gewerbe unter dieses Gesetz durch Kabinetsordre, also den Kaiser persönlich, geschehen soll, und nicht durch den Reichstag oder der Zustimmung desselben?

Auch das ist ein Zugeständniß an die Krone, welches sich von unserem Standpunkte durch nichts rechtfertigen läßt, auch dann nicht, wenn man Grund zur Annahme hätte, daß der Träger der Krone volksfreundlicher als die Volksvertretung selber wäre.

Feind des Militarismus in jeder Form, verstieg sich dennoch Bebel im vorigen Jahre so weit, daß er der Regierung seine Unterstützung versprach, wenn sie in Anbetracht des rauchlosen Pulvers, anstatt der bisherigen blanken Uniform ganz schwarze Uniformen anschaffen wollte, was er später damit rechtfertigte, daß ja auch diese verminderte Treffsicherheit des Feindes den bei der Armee sich befindenden Genossen zu Gute käme. Wer so argumentirt, kann schließlich alles rechtfertigen. Auch die Junker behaupten, daß die hohen Getreidepreise dem landwirthschaftlichen Arbeiter an seinem Lohne und somit dem Volke zu Gute kämen. Wenn die Regierung etliche hundert Millionen zum Kasernen- und Festungsbau verlangt, dann behauptet auch sie, daß dadurch Arbeitsgelegenheit geschaffen würde und der weitaus größte Theil dieser verlangten Summen doch wieder in die Taschen der Arbeiter zurückfließe. Dasselbe behauptet der Zünftler, wenn es sich um öffentliche Arbeiten handelt, gleichviel welchem Zweck sie dienen.

Das höchste in dieser Beziehung leistete in den letzten Tagen der ehemals als radikal bekannte Abgeordnete v. Vollmar. Wenn die Regierung nun immer noch kein Einsehen hat und dem, mit unstreitig staatsmännischem Talent ausgestatteten Genossen den Marschallsstab nicht verleiht, dann hat er sich sicher das erste Anrecht auf das zunächst frei werdende Minister-Portefeuil durch seine Münchener Rede vom Montag, den 1. Juni erworben. Nicht blos die Nationalliberalen und Freisinnigen, auch wir haben jetzt unsern Staatsmann. Und da thut man noch empört, wenn wir von Korruption sprechen? Das Wort ist viel zu gut, denn die Handlungen Einzelner grenzen nahezu an Verrath.

So hat sich auch die Agitation gegen die Getreidezölle durch nichts von dem, wie die Freisinnigen die Aufhebung begründen, unterschieden.

Mit keiner Silbe wurde der einzig richtige Standpunkt, den schon Karl Marx 1849 in seiner Brüsseler Rede vertrat, von unsern Abgeordneten erwähnt. Die Agitation zum Reichstag und allem, was damit zusammenhängt, welche bisher stets als Mittel zum Zweck betrachtet wurde, ist jetzt Selbstzweck geworden, und dies alles blos, um das Linsengericht eines sogenannten Arbeiterschutzgesetzes, das viel eher ein Schutzgesetz der Unternehmer genannt zu werden verdient und durch den neu hinzugekommenen Kontraktbruchparagraphen all die sogenannten Vortheile, welche dem Arbeiter scheinbar aus dem übrigen Gesetz erwachsen, zehnfach wieder aufhebt.

Der praktische Erfolg steht also durchaus in gar keinem Verhältniß zu den Opfern, welche die Partei deshalb zu bringen verpflichtet ist. Nicht Unehrlichkeit werfen wir aber deshalb den Führern vor, sondern allzu große Rücksichtnahme auf alle möglichen Machtfaktoren, hervorgegangen aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Fühlung mit dem Proletarierelend, dem Pulsschlag des gequälten Volkes.

Wer aber bis jetzt immer noch hoffte, daß die Taktik sich bald ändern könnte, den dürften die Auslassungen Bebel's, sowie seine offene Kriegserklärung an alle Diejenigen, welche in Zukunft nicht Ordre pariren, in der Feenpalast-Versammlung vom Freitag, den 3. Juli, eines Besseren belehrt haben.

Betreffs der allgemeinen Feier am 1. Mai wußte auch Bebel diesmal nichts weiter anzuführen, als daß jedenfalls in Folge dessen noch heute 10 000 keine Arbeit hätten, wenn die Fraktion nicht noch rechtzeitig erkannt, daß bei der eingetretenen Krisis eine Kraftprobe der Partei nicht angebracht sei. Verhält sich denn das aber wirklich so, oder leidet auch diese Ansicht an demselben Grundfehler wie alle übrigen oben angeführten Maßnahmen der Partei? Das Unternehmerthum hat schon immer, wo es sich stark genug

fühlte und Zeit und Umstände günstig waren, fachgewerbliche und politische Organisationen der Arbeiter zu sprengen versucht und jeden überzeugungstreuen Arbeiter zu maßregeln verstanden, lange bevor der 1. Mai als ein gegen das Unternehmerthum gerichteter Weltfeiertag vom internationalen Kongreß proklamirt war.

Wenn man aber zugiebt, daß das Unternehmerthum stark genug ist, um bei einer derartigen Kraftprobe des Proletariats Hunderttausende von Arbeitern auf das Pflaster zu werfen, dann ist es sicherlich auch stark genug, unter den gleich günstigen Verhältnissen jede Betheiligung an dieser Demonstration überhaupt in gleicher Weise zu ahnden, auch wenn dieselbe auf einen Sonntag fällt, da die Bedeutung ja dieselbe sein soll.

Aber auch die Demokratie bekam von Bebel in dieser Versammlung einen so derben Faustschlag ins Gesicht, daß wir noch jetzt nicht begreifen können, wie ein Mann an einem Abend, ja in einer Stunde Alles das zertrümmern kann, was er seit 25 Jahren selber mit aufgebaut und in Wort und Schrift so tapfer und energisch vertrat.

Eine eigene Partei sollen Diejenigen sich gründen, welche nicht blindlings mit allem einverstanden sind, was die Parteileitung für gut befindet. Ist denn das nicht die Regierung in einer anderen Form? Glaubt denn auch Bebel heute schon, daß er die Unzufriedenheit wird beseitigen können, wenn er einige Wortführer dieser Unzufriedenen beseitigt?

Wir sind heute, was wir vor 10 und 15 Jahren schon waren, und werden auch in Zukunft dasselbe sein: überzeugte Sozialisten und wirkliche Demokraten.

Wir betrachten uns nach wie vor zur sozialdemokratischen Partei gehörig und lassen uns weder von den Leitern unserer Partei, noch von sonst jemand zu etwas drängen, was gegen unsere Ueberzeugung streitet.

Auch liegen zwischen dem Reichstag und der Revolution auf dem Gensdarmenmarkt noch mehrere Mittelstraßen, welche nach unserer Ansicht rascher zum Ziele führen. Trotzdem wir schließlich auch vor der äußersten Konsequenz des einmal für richtig Erkannten nicht zurückschrecken würden, trotz aller demagogischer Verhetzung und Angstmeierei.

Wir erwarten aber auch von denjenigen Parteigenossen, welche mit uns, namentlich unter dem Sozialistengesetz, für die Verbreitung unserer Ideen so tapfer kämpften, daß sie sich endlich aufraffen und wieder mit uns der Versumpfung entgegen treten.

Dann wird auch die alte Begeisterung wiederkehren, welche die Thatkraft stählt und alle Schwierigkeiten überwinden hilft.

Hoch die internationale revolutionäre Sozialdemokratie!“

Verantwortlich für das Flugblatt zeichnete: Ernst Müller, Berlin, Schmidtstr. 39. Gedruckt wurde es von O. Harnisch, in Firma Hugo Ginzel, Neuenburgerstr. 30.

* * *

Dritte Versammlung in Hensel's Lokal am 25. August 1891.

In der Versammlung des Wahlvereins des VI. Berliner Reichstagswahlkreises, welche am 25. August in Hensels Lokal in der Brunnenstraße stattfand, wurde obiges Flugblatt von Genosse Auer zur Sprache gebracht. Derselbe wandte sich besonders gegen die von der Opposition beliebte Kampfesweise und führte er in dieser Beziehung aus: „Die Parteileitung denkt nicht daran, die Opposition, wenn solche vorhanden ist, zu unterdrücken oder die Kritik beschränken zu wollen. Was aber verlangt wird, das ist, daß jene Genossen, welche Anlaß zum kritischen Tadel zu haben glauben, mit ihren Wünschen offen heraus treten und jene Thatsachen, gegen welche sich ihr Widerspruch richtet, konkret bezeichnen. Statt aber in solcher offenen Weise aufzutreten, wie es sich unter Gesinnungsgenossen geziemte, ergehen sich die Redner der sogenannten Opposition entweder in allgemeinen, verschwommenen Redensarten und Behauptungen ohne Beweis, oder sie greifen zu dem demagogischen Auskunftsmittel, sich den Gegner, wie sie ihn für ihre Bekämpfung gebrauchen, zu supponiren, um dann auf ihn losschlagen zu können. Dieses, schon unter politischen Gegnern verwerfliche, unter Genossen aber geradezu verächtliche Kampfesmittel werde z. B. fortgesetzt in Anwendung gebracht bei der auf Seiten der Opposition eine so hervorstechende Rolle spielenden Frage über den Werth des Parlamentarismus. Immer und immer wieder versichern uns da die betreffenden Genossen, daß der Parlamentarismus allein nicht zur Verwirklichung der Endziele unserer Bewegung führen werde. Diese fortgesetzten Deklamationen, bei denen es nie ohne mehr oder minder geschickt geführte Seitenhiebe auf unsere Abgeordneten abgeht, müssen bei jedem weniger unterrichteten Genossen den Glauben erwecken, als gälte es innerhalb der Parteileitung als feststehendes Dogma, daß der Parlamentarismus das A und O unserer ganzen Bestrebungen sei. Diesen Glauben bei Ununterrichteten zu erwecken, kann auch nur der Zweck der betreffenden Redner sein. Und doch ist auch nicht einer unter denselben, der nicht ganz genau wüßte, daß ihre in diesem Punkte mit so vielem Pathos und Ausdauer vorgetragenen Tiraden rein in den Wind gesprochen sind, da auch nicht ein einziger Abgeordneter oder ein Mitglied des Parteivorstandes existirt, welches an die bekämpften Wunder des Parlamentarismus glaubte."

Diesen Ausführungen trat der Sattler Börner in folgender Weise entgegen: „Die Opposition bekämpft den Parlamentarismus, weil sich dieser von der Revolution wie Wasser vom Feuer unterscheidet. Man legt auf die parlamentarische Vertretung ein viel zu großes Gewicht In der Fraktion sitzen viele, die gar nicht im Stande sind, eine wirksame Propaganda

für uns zu machen. Es ist schade, daß diese Leute aus ihrem Beruf herausgerissen werden, wo sie etwas leisten könnten, während sie im Parlament nur ihre Zeit verschwenden, nichts nützen, der Partei aber sehr viel Geld kosten. Wenn die Regierung nicht bald Diäten für die Abgeordneten bewilligt, dann werden uns die Beträge, die wir dafür aufbringen müssen, noch auffressen. Die Fraktion hat thatsächlich gar keine Macht im Parlament, und es ist eine Täuschung, anzunehmen, wir hätten im Reichstag das Sozialistengesetz überwunden. Das Ausnahmegesetz ist von der Regierung fallen gelassen worden, weil es der Partei mehr genützt als geschadet hat. Die Opposition, die nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reich Vertreter hat, arbeitet nicht um die Partei zu spalten, sondern zu ihrem Besten. Wir werden uns durch die brutale Unterdrückung der Opposition dem Anarchismus nicht in die Arme hetzen lassen. Man kann durch den Ton, in dem man uns jetzt bekämpft, nur erreichen, daß wir uns zur Diskussion nicht mehr stellen, weil wir öffentlich geradezu als Lumpe hingestellt werden. Die Alten bleiben wir aber doch — und wir verstehen auch anders zu arbeiten."

Die Diskussion konnte nicht zu Ende geführt werden und fand deshalb am 1. September Fortsetzung der Versammlung im Eiskeller statt.

* * *

Vierte Versammlung im „Eiskeller" am 1. September 1891.

In dieser Versammlung, zu der die Anhänger der Opposition aus ganz Berlin erschienen waren, führte Namens derselben speziell der Schriftsetzer Ernst das Wort. Derselbe erklärte zunächst, daß er der Verfasser des Flugblattes nicht sei, und fuhr dann fort: „Wir scheuen uns nicht, unsere Forderungen auszusprechen, und wer sie nicht kennt, der mag sie im Flugblatt nachlesen. Auer sagt, wir machen uns den Gegner erst zurecht, wie wir ihn gebrauchen. Das ist aber gerade Ihre Kampfesweise, z. B. gegen den Anarchismus, dessen Vertreter Sie durch die Bank der Polizei-Spitzelei bezichtigen, damit Sie nachher jeden Genossen, der nicht Ihrer Meinung ist, als Spitzel verdächtigen können. Um alle unsere Beschwerdepunkte festumgrenzt zu formuliren, wäre es nöthig, daß sich die Opposition organisirte; dann würden wir aber erstens aus der Partei hinausgeworfen werden, und zweitens könnten wir, die Opposition, zur Uebereinstimmung in unseren Forderungen nur durch Kompromisse gelangen, Kompromisse aber führen zur Phrase. Auf die Frage, wer sich denn von den Abgeordneten so sehr für den Parlamentarismus begeistert habe, nenne ich z. B. Liebknecht, der vor $1\frac{1}{2}$ Jahren im Kolberger Salon sagte, durch den Parlamentarismus wäre Alles zu erreichen. In dem Ausspruch Bebel's,

er werde der Opposition Gelegenheit zur Gründung einer eigenen Partei geben, zeigt sich eine solche Fülle von Diktatur und Unduldsamkeit, daß eine Gegendemonstration voll berechtigt war: in dem Augenblick mußte etwas geschehen, und es erschien das Flugblatt. Auer hat die Behauptungen des Flugblattes, daß der revolutionäre Geist der Bewegung durch die Führer ertödtet werde, daß die Beschlüsse mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande kämen u. s. w., bestritten. Nun hat aber Grillenberger im Reichstag gesagt, die Partei hätte nie auf dem Boden des Marx'schen Ausspruches von „der Diktatur des Proletariats" gestanden, ohne daß die Fraktion Einspruch erhoben hat. Liebknecht spricht vom Hineinwachsen des gegenwärtigen in den sozialistischen Staat. Abg. Heine hatte im Magdeburger Geheimbundprozeß den traurigen Muth, zu erklären, er stehe auf dem Boden der kaiserlichen Erlasse. Beim Tode Kaiser Friedrichs ließ Grillenberger die „Fränkische Tagespost" mit einem Trauerrand erscheinen. Das „Volksblatt" brachte ebenfalls einen byzantinischen Artikel über Kaiser Friedrich, und ich bitte Auer, zu sagen, wer der Verfasser ist. Wird das demokratische Denken nicht erstickt durch Redensarten, wie sie Bebel gebrauchte, von den „ersten Höschen" Müller gegenüber und durch Drohungen, wie „wenn ich nur erst zu Hause bin!" Wille gegenüber? Rücksicht auf andere Gesellschaftskreise hat Auer selbst mit seinem Antrag, vorläufig erst den 10stündigen, dann den 9stündigen und erst von 1898 ab den 8stündigen Arbeitstag zu verlangen, geübt. Auer nennt die Kritik des Flugblattes verläumderisch und gemein, und doch heißt es in diesem: „Nicht Unehrlichkeit werfen wir den Führern vor, sondern allzu große Rücksichtnahme auf alle möglichen Machtfaktoren, hervorgegangen aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Fühlung mit dem Proletarierelend." Ja wohl, während Sie sich in oratorischen Leistungen ergehen, hören wir den Verzweiflungsschrei des verhungernden Volks! Liebknecht, Auer und Fischer haben erklärt, hinter der Berliner Opposition stecken 4—5 unehrliche Elemente. Ich verlange Auskunft, wer diese sind, aber auch klipp und klar. Bis zum Gegenbeweis halte ich diese Behauptung für verläumderisch. Wir machen Opposition zum Besten der Partei: wenn wir keine machten, würden wir unsere persönlichen Interessen besser gewahrt haben. Heute nimmt sich jeder Schafskopf das Recht, uns anzurempeln. Grillenberger sagte, die Berliner Opposition werde von jungen Schriftstellern hervorgerufen, die bei andern Zeitungen keine Stelle fänden, die vielleicht früher zu Dynamit-Attentaten aufgefordert hätten und heute journalistische Spaltungen hervorrufen. Liebknecht nannte im dänischen „Sozialdemokrat" die Opponenten „räudige Schafe". In Hamburg ist von Dammann ein Flugblatt herausgegeben, das

die Opposition mit ganz gemeinen Schimpfnamen belegt. Die Kampfesweise mit Verläumdungen wird also nicht von uns, sondern von denen praktizirt, die sie uns vorwerfen. — Wir warnen, den bisherigen Weg weiter zu verfolgen! Durch Vergewaltigung der Opposition werden Sie uns nicht dahin bringen, unsere Meinung fallen zu lassen; Sie werden sich nur einen Hofstaat von ekelen Heuchlern und Schwindlern im eigenen Lager groß ziehen; die ganze Korruption, mit der das Herrscherthum verbunden ist, wird kommen. Und dann haben Sie die Partei so weit, — wie sie unsere Gegner wünschen."

Auch in dieser Versammlung konnte die Diskussion nicht abgeschlossen werden und fand deshalb eine weitere Versammlung am 9. September in Kolberg's Salon statt.

* * *

Fünfte Versammlung in Kolberg's Salon am 9. September 1891.

Zu dieser war die Opposition ebenfalls zahlreich erschienen, und sprach zunächst Feder, welcher erklärte: „Wenn persönliche Zwistigkeiten vorhanden seien, so trage die Parteileitung daran die Schuld. Die Opposition verlangt ein schärferes Vorgehen; nicht mit Bitten um einige Brosamen, wie in der Stadtverordneten-Versammlung (stürmische Unterbrechungen), sondern mit Forderungen an die herrschenden Klassen soll hervorgetreten werden. Die Opposition als solche kann Ihnen nicht sagen, was sie will; ist sie denn organisirt? Aber die einzelnen Redner sagen Ihnen ja, was sie wollen; greifen Sie da doch das Beste heraus!"

Nach Feder nahm das Wort Wildberger: Ich habe nicht, wie mir von Auer untergelegt worden ist, aus Ehrgeiz oder um Reichstags-Abgeordneter zu werden, kandidirt, habe vielmehr zweimal vorher die Kandidatur abgelehnt. Daß ich über den Parlamentarismus schon früher so wie heute dachte, kann mir der Genosse Reißhaus-Erfurt bestätigen, mit dem ich früher sehr befreundet war, aber wegen unserer verschiedenen Anschauungen über die Taktik auseinander gekommen bin. Wäre ich gewählt worden, ich hätte ganz bestimmt in der Fraktion denselben Standpunkt wie heute hier vertreten. Zu dem Arbeiterschutz-Gesetzentwurf wie er zu Stande gekommen ist, hätte ich meine Unterschrift nicht gegeben, sondern energisch dagegen protestirt. **Ich weiß, daß sieben Achtel von der Fraktion den Entwurf vorher nicht zu Gesicht bekamen, auch Verschiedenes nicht unterschrieben hätten, wenn er vorher diskutirt worden wäre.** Auf unserer Seite stand früher auch der Abgeordnete Albert Schmidt — es giebt noch mehr Leute, die heute im „Vorwärts" thätig sind, die früher unsere Forderungen mit vertraten — und dieser selbe Albert

Schmidt erklärte nachher in Halle, er kenne die Berliner Opposition ganz genau und müsse das Urtheil der Neuner-Kommission gegen Werner als so objektiv und gerecht wie möglich anerkennen! Er war doch mitgetroffen; er hatte alle diese „Dummheiten" mit Werner am eifrigsten vertreten. Zu solchen Leuten gehöre ich nicht. weil ich nicht will, daß das bischen Charakter, was bei unseren Leuten noch vorhanden ist, zum Teufel geht, darum kämpfe ich. Gerade weil ich wußte, wie stark der auf den Einzelnen im Interesse des Ansehens der Partei, des Stimmenzuwachses u. s. w. ausgeübte Druck in der Fraktion ist, lag mir nichts an dem Mandat. In der Zeit vor der Stichwahl unterbreitete mir der von Liebknecht in Halle erwähnte Felgentreff ein Flugblatt des konservativen Parteivorstandes; wenn ich damit einverstanden sei, sei meine Wahl so gut wie gesichert. (Redner verliest das Flugblatt, welches Munckel gegenüber den „Volksmann" Wildberger, den Kandidaten der Volkspartei, den Angehörigen einer Partei, die auf dem durch die kaiserliche Botschaft angedeuteten Wege sich befinde, empfiehlt.) Ich habe die Zustimmung abgelehnt und bin nicht gewählt worden. Wie sieht es denn mit der Geltendmachung der Forderungen unseres 1875er Programms aus? Hat die Fraktion irgend einen Schritt gethan, um die Forderung „Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk" geltend zu machen, hat sie die Verfassungsartikel, die das hindern, zu streichen versucht? Das Programm verlangt Abschaffung der stehenden Heere. Auch da ist nicht geschehen, was geschehen mußte, wenn diese Forderung nicht bloße Phrase sein soll. Gleichviel, ob man es durchsetzen kann oder nicht, aber gerade diese Punkte hätten gewählt und dadurch das Volk aufgerüttelt werden müssen. Rechnen Sie blos mit dem, was Regierung und Parteien zu geben im Stande sind, so unterscheiden Sie sich in nichts von der Volkspartei und den Deutschfreisinnigen. Eine solche Agitation kann keine Früchte tragen, man braucht ja nur daran zu denken, wie wenig man in der Konfliktszeit sich um die Wünsche der fortschrittlichen Volksvertretung gekümmert hat. — Man will der Opposition nicht Recht geben aber man lenkt schon ein (Ruf: Na, na!). In der „Neuen Zeit" erklärt Bebel selbst, man sei jetzt mehr prinzipiellere Anträge im Reichstage zu stellen verpflichtet. Durch uns ist hier also doch etwas erreicht worden. (Sehr richtig! und stürmischer Widerspruch.) Kein Verbrechen ist so groß als das, einen ehrlichen Menschen zum Lumpen zu stempeln. Ich erinnere nur an den Buchbinder Rohmann. Daß das von Auer der Opposition gegenüber mit Absicht geschieht, solche Schlechtigkeit traue ich ihm nicht zu. Ich erwarte aber von ihm unter allen Umständen, daß er sagt, wer die unehrlichen, unsauberen Elemente sind. Ich will es ganz genau wissen; soweit ich die Opposition kenne, sind es alles gediente Genossen, keine Kapitals-

söldlinge, keine Polizeispitzel. Will man darauf hinaus, daß dieser oder jener der Partei etwas schuldet, so könnten wir bedeutend mehr auspacken. (Rufe: Heraus damit!) Nein! (Rufe: Pfui! und große Erregung.) Sie wollen es, ich werde es thun. Ich kenne einen Reichstags-Abgeordneten, dem hat man im letzten Winter 3000 oder 5000 Mark gegeben, um seine Schulden zu bezahlen. Wollte die Partei eine solche Summe für die Oppositionellen aussetzen, alle Schulden derselben, welche dieselben an die Partei haben, wären damit bezahlt. Jener Abgeordnete hat im Dienste der Partei seine Existenz nicht halten können und stand vor dem Bankerott. Die Partei zahlte mit der Kalkulation, daß eventuell die Behauptung des betreffenden Reichstagssitzes bedeutend mehr kosten könnte. Ist solches geschehen, so soll man die anderen nicht öffentlich brandmarken. (Lärm.) Für die Parteipresse hat man in der Parteileitung keinen Groschen übrig, man läßt die Leute zappeln und zu Grunde gehen, haben sie sich aber eine Position errungen, dann expropriirt man sie. Gerade die Leute, die ich ganz genau kenne in Süddeutschland, die mir jeden Tag ins Gesicht versicherten, ich sei zu ehrlich für „diese Leute", kommen jetzt mit gemeinen Verdächtigungen. Wenn Auer mir nicht die vier oder fünf unsauberen Elemente nennt, von welchen Liebknecht sprach, so nehme ich an, er weiß keinen und hat dieses Mittel nur gebraucht, um vor der Opposition graulich zu machen: und ich muß dann diese kolossale Verdächtigung für eine ehrlose Verläumdung erklären!" (Beifall und Zischen.)

Neben Wildberger sprachen in dieser Versammlung von der Opposition u. A. besonders noch Schriftsetzer Ernst und der Buchdrucker Werner. Ersterer erklärte, daß das Flugblatt in der Erregung, aber um durch dasselbe der Partei zu nützen geschrieben worden sei. Wilhelm Werner aber meinte: „Hier ist so viel von einem anarchistischen Klub die Rede. Die heutigen Schleppenträger, die gar nicht wissen, wie hoch sie sich heranschmarotzen sollen, die schon glauben, ihr Magen wird gefüllt, wenn sie bloß einem Reichstagsmitglied die Hand drücken können, erinnere ich doch daran, daß gerade die Herren Glocke und Baake es waren, welche Ende der 80er Jahre zur Gründung eines radikalen Klubs aufforderten gegen die verweichlichte Taktik der Fraktion. (Unterbrechung.) Wir müssen den freien Meinungsaustausch vor allem achten; Sie haben das heute nicht fertig gebracht. Mit Freude sollte die Fraktion Jeden begrüßen, der ihr offen und ehrlich gegenübertritt, nicht aber an ihnen ein Scharfrichteramt vollziehen." Von der Parteileitung trat Auer den Herren von der Opposition entgegen. Derselbe brachte besonders die angegriffenen Zeitungs-Artikel, Reichstags-Reden 2c. zur Verlesung, um dadurch die Genossen in die Möglichkeit zu versetzen, sich ein Urtheil zu bilden. Er er-

klärte, daß er unter den „unsauberen Elementen" die Verfasser und Verbreiter des Flugblattes verstehe, in dem behauptet werde:

1. Der revolutionäre Geist wird seitens einzelner Führer systematisch ertödtet.
2. Die geübte Diktatur erstickt jedes demokratische Fühlen und Denken.
3. Die ganze Bewegung ist verflacht und zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken.
4. Die Revolution wird von der Tribüne des Reichstags feierlichst abgeschworen.
5. Es geschieht Alles, um einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen.
6. Angesichts der Arbeiterschutz- und Versicherungs-Anträge sei die Begeisterung unter den Genossen verflogen.
7. Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und ebnen so den Boden zur Schwenkung nach rechts.
8. Die Taktik der Partei ist falsch und verkehrt.
9. Sozialismus und Demokratie hat nichts gemein mit den Reden unserer Abgeordneten.
10. Es sei **Betrug**, wenn man die Genossen glauben zu machen versucht, daß mittelst des Parlamentarismus innerhalb der heutigen Gesellschaft eine Sozialisirung der verschiedensten Klassen möglich sei.
11. Es sei ein **Unsinn**, dem Volke glauben zu machen, den Königen werde ihr Handwerk schließlich zu schwer.
12. Das Reden vom Hineinwachsen der heutigen Gesellschaft in den sozialistischen Staat sei ein **Blödsinn**. Die solches sagen sind selbst weit schlimmeres als politische Kindsköpfe.
13. Das Flugblatt redet von jämmerlichen Gesetzentwürfen und kläglichen Reichstagsreden und einer „sichtbaren Schwenkung".
14. Die neue Taktik ist ein Kompromiß mit der Masse auf Kosten des Prinzips.

Das also sind die Vorwürfe, welche uns das Flugblatt macht; und nachdem wir des Betrugs und Verraths an der Partei und dem Proletariat beschuldigt werden, wollen sich die Verfasser mit der Wendung vor der Verantwortung salviren, daß sie schreiben:

„Nicht Unehrlichkeit werfen wir aber den Führern vor, sondern allzu große Rücksichtnahme auf alle möglichen Machtfaktoren, hervorgegangen aus der veränderten Lebensstellung und der zu geringen Fühlung mit dem Proletarierelend, dem Pulsschlag des gequälten Volkes."

Ist das nicht elende Heuchelei, welche nur übertroffen wird durch die Feigheit, welche dahinter steckt? Und diese Verleumdungen werden.

gegen Männer geschleudert, wie Bebel und Liebknecht, die in Vertretung der Partei- und Proletarierinteressen mehr Jahre im Gefängniß zugebracht haben, als manche der Verbreiter des Flugblattes überhaupt erst zur Partei gehören". (Stürmischer Beifall und Unterbrechung.)

Dem Abgeordneten Grillenberger wird von der Opposition vorgeworfen, er habe von der Tribüne des Reichstags herab die Revolution abgeschworen.

Die betreffenden Stellen der Rede Grillenberger's lauten nach dem Stenographischen Bericht, Seite 1805, der 77. Sitzung vom 28. Februar 1891:

„Herr Dr. v. Bennigsen hat, um dem Herrn Reichskanzler zu sekundiren, auch gesagt, es scheine uns mit unserer reformatorischen Thätigkeit nicht so recht ernst zu sein, weil der hervorragendste Gelehrte, den die Sozialdemokratie aufzuweisen hat, der verstorbene Karl Marx, sich in dem jüngst bekannt gewordenen Brief dafür erklärt habe, daß als Uebergangsstadium von der kapitalistischen zur sozialdemokratischen Gesellschaft eine Diktatur des revolutionären Proletariats eintreten müsse. Aber Herr Dr. v. Bennigsen hat beizufügen vergessen, daß die sozialdemokratische Partei sich diesem Programm-Vorschlag von Marx nicht gefügt hat. Marx war ja gerade darüber ungehalten, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ihre programmatischen Bestimmungen so zurechtgelegt hat, wie sie es für die deutschen Verhältnisse für richtig hielt und daß infolge dessen von einer revolutionären Diktatur des Proletariats bei uns niemals die Rede gewesen ist. Gerade das, was man uns als Anerkennung zu Theil werden lassen sollte, daß wir nicht mir nichts dir nichts „Ordre pariren", wenn uns von auswärts her ein uns nicht genehmes Programm zugemuthet wird, das wird hier gegen uns vorgebracht! Das genirt uns allerdings nicht, wir werden unsern Weg, wie bisher, ruhig weiter gehen und uns darin nicht stören lassen, wenn bei Begründung jedes neuen Gesetzes der Herr Reichskanzler auftritt und darauf hinweist, daß hier eine große soziale Gefahr vorhanden sei, und daß man bereit sein müsse, sie niederzustrecken."

Weiter sagte Grillenberger in derselben Sitzung — s. S. 1810 des Berichts —:

„. . . . . Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst hat mich provozirt, eine bestimmte Erklärung abzugeben. Obwohl ich nun der Meinung bin, daß ich gestern und heut klar genug nach jeder Richtung hin gesprochen habe, so stehe ich doch nicht an, seinen persönlichen Aufforderungen in einer persönlichen Entgegnung zu entsprechen. Ich habe mich mit aller Energie, Herr Dr. Windthorst, und ohne jeden Rückhalt gegen eine gewaltsam durch uns herbeizuführende Revolution ausgesprochen.

Das Marx'sche Programm betreffend habe ich nicht gesagt, daß wir die Marx'schen Anschauungen im Allgemeinen zurückgewiesen hätten, sondern nur die in seinem Briefe enthaltenen Rathschläge. Ein Appell an die Gewalt oder eine Verherrlichung der Gewalt ist in jenem Briefe nicht enthalten."

Außer der in den vorstehend wiedergegebenen Ausführungen angeblich enthaltenen „Abschwörung" wird dem Abgeordneten Grillenberger noch zum Vorwurf gemacht, daß die von ihm damals redigirte „Fränkische Tagespost" gelegentlich des Todes Kaiser Friedrichs mit einem Trauerrand erschienen sei. Diese Behauptung ist ebenfalls falsch. Die „Fränkische Tagespost" hob die Todesnachricht nur dadurch im Blatte hervor, daß sie dieselbe — wie die gesammte Presse — an der Spitze brachte und sie am Anfang und am Ende mit ein paar Querleisten versah.

Der von Auer bei demselben Anlaß geschriebene Artikel des „Berliner Volksblatt", welcher ebenfalls als Beweisstück für den in der Partei sich breit machenden Byzantinismus angeführt wird, hat folgenden Wortlaut:

† Kaiser Friedrich.

Die lang erwartete Katastrophe ist eingetreten: Kaiser Friedrich weilt nicht mehr unter den Lebenden.

Er fiel einer furchtbaren Krankheit zum Opfer, gegen welche die medizinische Wissenschaft kein Heilmittel kennt, und die nur mit dem Tode endet. Ein tragisches Geschick muß auch jene auf das Tiefste berühren, die im Kaiser wie im Bettler nur den Menschen sehen.

Noch vor wenigen Monaten konnte man das stolze Bild von den „vier Kaisern" in allen Schaufenstern unserer Kunsthandlungen sehen. Heute hat der Tod zwei davon aus dem Leben gerissen, den Vater im höchsten Greisenalter, den Sohn in der Vollkraft des Mannes.

Die Vergänglichkeit alles Irdischen gilt für den im Palast Geborenen ebensogut, wie für den, dessen Wiege in der Hütte stand. Vor dem Tode heißt es heute schon: Gleichheit für alles, was Menschenantlitz trägt. —

(Hier folgt ein kurzer Lebensabriß des Verstorbenen.)

Wir haben uns nie zu dem Glauben bekannt, daß die Geschicke ganzer Völker von den Thaten und Impulsen einzelner Männer abhängig seien und der Tod oder das Leben eines Einzelnen — und mag derselbe noch so hochstehend sein — wird von uns nie als ausschlaggebend für die Gestaltung und Entwicklung unseres Volkslebens betrachtet werden. Gewiß vermag der Einzelne den Ereignissen seinen Stempel aufzudrücken, aber nur dadurch, daß er sich denselben anschließt und, indem er sich den Anschein giebt, dieselben zu beherrschen, sich von ihnen tragen läßt.

Die Geschichte nimmt ihren ehernen Lauf, und ob der Einzelne dabei an die Oberfläche getragen wird, und ob die gaffende Menge

glaubt, in diesen Einzelnen die Leiter und Lenker der Schicksale der Menschheit erblicken zu müssen, das ändert nichts an der Thatsache, daß ohne Alexander und Cäsar, ohne Cromwell und Danton, ohne Napoleon und Bismarck die Menschheit in ihrer Entwicklung genau an derselben Stelle wäre, wo sie heute ist, nicht weiter vor, aber auch nicht weiter zurück. Die zeitgeschichtlichen Vorgänge schaffen die „großen Männer" — nicht umgekehrt.

Wir können deshalb auch nicht mit jenen übereinstimmen, welche angesichts der aufgeschlagenen Todtenbahre im Kaiserpalast sich in den düstersten Prophezeiungen über Deutschlands Zukunft ergehen.

Wir glauben gern, Kaiser Friedrich war ein milder und humaner Mann, der von seinem Standpunkte aus sicherlich von den besten Absichten für das Wohl der Nation durchdrungen war. Er stand modernen Anschauungen nicht grundsätzlich feindlich gegenüber und war in seinen Ansichten so liberal, wie es in der heutigen Zeit ein Fürst seines Stammes und seiner Erziehung nur sein kann. Dennoch aber glauben wir, daß in Deutschland ein wirklich liberales Regiment nur möglich ist, wenn das Volk selbst in seiner großen Mehrheit ein solches verlangt. Wenn dies aber der Fall ist, dann wird, dann muß dem Volke sein Wille werden.

Jedes Volk wird regiert, wie es verdient regiert zu werden. Will das Volk mit dem System, das mit den Namen Ihring-Mahlow, Naporra, Schröder für ewige Zeiten gebrandmarkt ist, brechen, dann hat es die Mittel dazu in den Wahlen.

Nicht der Einzelne, sondern das Volk in seiner Gesammtheit macht Geschichte. So wenig wir uns deshalb auch lossagen möchten von dem Gefühle menschlichen Bedauerns mit dem tragischen Schicksal, dessen Opfer der verstorbene Kaiser geworden ist, so wenig möchten wir uns doch jenen anschließen, welche mit dem Kaiser die Hoffnung auf eine freiheitliche Entwicklung Deutschlands in absehbarer Zeit zu Grabe getragen glauben. Wer so denkt, der hat den Glauben an den guten Geist der deutschen Nation verloren, er mag aus der Reihe der Kämpfenden austreten und jenen Platz machen, die entschlossen sind, das Banner der Freiheit und Gerechtigkeit auch unter Sturm und Gefahr zum Siege zu tragen.

Gewiß wird jeder aufrichtige Volksfreund wünschen, daß die Entwicklungsgeschichte der Menschheit sich möglichst in glatten Bahnen bewege und die gewaltsamen Zusammenstöße und Explosionen vermieden werden. Wir begrüßten es deshalb freudig, daß der verstorbene Kaiser in seinem Manifest an das deutsche Volk seiner Friedensliebe einen so unzweideutigen Ausdruck gab, und daß dieser Versicherung innerhalb wie außerhalb Deutschlands voller Glaube und uneingeschränktes Vertrauen entgegen gebracht wurde. Es lag in diesem Vertrauen die beste Bürgschaft für den Frieden.

In Kaiser Friedrich wird ein Mann des Friedens begraben, möchte nach ihm bald jener Chauvinismus verschwinden, den wir früher an unseren Nachbarn jenseits des Rheins so bitter tadelten und der heute immer weitere Kreise unseres Volkes zu erfassen droht.

Von dem entschlafenen Monarchen sagte man, daß derselbe den entschiedenen Willen hatte, den Druck der Ausnahmegesetzgebung,

der auf der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands nunmehr schon seit 10 Jahren lastet, wenigstens zu mildern, wenn nicht zu beseitigen. Ob das wirklich in der Absicht des Verstorbenen lag, wir wissen es nicht. Immerhin aber wird es in der Erinnerung der deutschen Arbeiter bleiben, daß unter der Regierung Kaiser Friedrichs jener Minister gehen mußte, mit dessen Namen die härtesten Maßregelungen gegen die Arbeiterschaft verbunden waren.

Wenn deshalb die Theilnahme an dem ungemein traurigen Geschick des verstorbenen Kaisers auch in jenen Arbeiterkreisen, welche nicht ihren Stolz darin erblicken, Fürstendiener zu sein, eine allgemeine ist, so erklärt sich dies einmal aus dem Mitgefühl, das jeder nicht durch und durch verrohte Mensch empfinden muß, angesichts eines Martyriums, wie es Kaiser Friedrich erduldet hat. Dann aber gilt diese Theilnahme allerdings auch dem Politiker, der, obwohl den Tod im Herzen fühlend, doch noch die Kraft fand, dem System Puttkamer den Todesstoß zu versetzen. Dieser Todesstoß aber ist erfolgt, mag auch die nächste Zukunft bringen, was sie will.

Wir möchten nicht schließen, ohne unsere Theilnahme zugleich der Frau auszusprechen, die als treue Gattin in unermüdlicher Sorge den Todtkranken gepflegt und ihm in schwersten Stunden eine nie versagende Stütze war. Das bis zum Tode getreue und hingebende Weib bleibt immer ein erhabener Anblick, ob es uns im Palast oder in der Hütte begegnet. Ihm sei unsere Achtung und Huldigung gebracht."

Als ein dritter Beweis für die Verleugnung demokratischer und republikanischer Grundsätze seitens der Fraktionsmitglieder wird eine angebliche Aeußerung des Abgeordneten Aug. Heine gelegentlich des großen Geheimbundsprozesses in Magdeburg im Jahre 1887 angeführt.

Der Abgeordnete Heine befand sich unter den Angeklagten und bei seiner Vertheidigung soll er sich, nach der einen Darstellung, darauf berufen haben, daß er bei seiner Wahl 1884 ein „Flugblatt habe verbreiten lassen, in welchem er sich für die Grundsätze der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 ausspreche".

Nach einer anderen, ebenfalls von der Opposition ausgehenden Darstellung soll Heine sich **nicht** auf ein früheres Flugblatt berufen, sondern im Laufe seiner Vertheidigung erklärt haben, „daß er kein so gefährlicher Umstürzler sei, wie es der Staatsanwalt darstelle, sondern, daß er (Heine) auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft stehe".

Was das vorerwähnte Flugblatt betrifft, so enthält dasselbe nur eine einzige Stelle, in welcher von der kaiserlichen Botschaft die Rede ist; diese Stelle aber lautet:

> „Er (Heine) wird die sozialen Reformgesetze, welche auf Grund des kaiserlichen Erlasses dem Deutschen Reichstage von der Reichsregierung vorgelegt werden, gewissenhaft prüfen, und, wenn dieselben sich als zum Heile des Volkes, der Handwerker

und Arbeiter erweisen sollten, annehmen, wird jedoch allen dem, was des Volkes Rechte und Freiheiten gefährden könnte, entschieden entgegentreten."

Ob Heine in der Gerichtsverhandlung behauptet hat, auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft zu stehen, darüber gehen die Mittheilungen auseinander. Heine selbst bestreitet es auf das Entschiedenste und will sich nur in dem Sinne ausgesprochen haben, wie dies in dem Flugblatte geschah. Dasselbe bestätigt der Vertheidiger in dem angeführten Prozesse, Genosse Rechtsanwalt Freudenthal in Berlin. Dieser behauptet, Heine habe, wenn man sich gegenwärtig halte, daß er auf der Bank der Angeklagten mitsaß, und daß der Staatsanwalt den „rothen Lappen" mächtig schwenkte, nichts gesagt, was ein Genosse unter solchen Verhältnissen nicht sagen durfte.

Gegen Heine zeugen eine Anzahl seiner Mitangeklagten, welche sich speziell auch auf den Bericht über die Gerichtsverhandlung in der „Magdeburger Zeitung" und dem „Neuen Tageblatt" berufen. Die betreffende Stelle dieses Berichtes der beiden sozialistenfeindlichen Blätter lautet:

„Der frühere Reichstags-Abgeordnete für Magdeburg, August Heine aus Halberstadt, der Theilnahme an der Verbindung angeklagt, hat Anfangs jede Auskunft verweigert, erklärt sich aber bereit, jetzt die verlangte Auskunft geben zu wollen. Aus der ziemlich umfangreichen Rede heben wir das Wesentlichste hervor: „Im Jahre 1884, kurz vor der Wahl, ward mir die Kandidatur für Magdeburg angeboten; ich acceptirte jedoch nur unter der Bedingung, daß ich eine event. gleichzeitige Wahl in Halberstadt annehme. Ich wurde nun hier bekanntlich mit Hülfe der Konservativen gewählt, denen ich speziell empfohlen wurde vom hiesigen Polizei-Präsidenten Dr. v. Arnim und dem Polizei-Inspektor Krieter. Ich erklärte damals in einem Flugblatt, ich stehe auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft und stehe noch heute darauf."

Wie weit dieser Bericht als ein Beweis dienen kann, muß den Lesern überlassen bleiben. Bemerkt sei hier nur, daß die „Hilfe der Konservativen" damals unseren Genossen aus Haß gegen den Freisinn gewährt wurde. Weder unsere Genossen in Magdeburg noch Heine selbst haben irgend einen Schritt gethan, um sich der Hilfe der Konservativen zu versichern.

* * *

Damit sind die Beweisstücke, auf welche sich die Opposition beruft, erschöpft.

Angefügt mögen hier noch werden Aeußerungen, welche am 22. September in einer Versammlung des III. Berliner Wahlkreises gelegentlich der Wahl von Delegirten zum Parteitag fielen. Dort erklärte Wildberger:

„Durch Anträge, die auch das Zentrum stellen kann, hat die Partei den revolutionären Boden in der That verlassen. Damit unterscheidet sie sich faktisch nicht mehr von den Possibilisten, die man noch vor zwei Jahren vom Pariser Kongreß ausgeschlossen hat. Da die Presse, die unter dem Einfluß der Parteileitung steht, sich seit der Feenpalast-Versammlung gegen uns nur in Verdächtigungen und unfläthigen Schimpfereien ergeht, so können wir natürlich mit einem Parteitage, der in solchem Sinne zusammengesetzt ist, nichts anfangen. Wir könnten noch viel deutlicher werden, wenn wir einmal beleuchten wollten, wie verwerflich der Parlamentarismus von der pekuniären Seite ist. Dann würde man uns freilich wieder Denunzianten nennen. Einem einseitigen Gerichtshofe des Parteitages unterbreiten wir nichts, weil wir von vornherein wissen, daß wir doch verurtheilt werden. Als Jesus geht man da hinein, als Teufel aber kommt man heraus."

In demselben Sinne, wie hier Wildberger, haben sich eine Anzahl anderer Redner der Opposition über den Parteitag ausgesprochen. Besonders bei Gelegenheit der Versammlungen zur Wahl der Delegirten erklärten, dem Beispiele Wildberger's folgend, mehrere Anhänger der Opposition, welche als Delegirte in Vorschlag gebracht worden waren, auf direktes Befragen, daß sie zwar das Flugblatt nicht verfaßt, daß sie aber auf dem Boden desselben stehen, und daß sie nur das Eine an demselben auszusetzen haben, daß die **Sprache noch lange nicht scharf und rücksichtslos genug sei. In einem enventuellen zweiten Flugblatt werde man noch ganz anders auftreten müssen.**

Diese Erklärung gaben speziell in der Versammlung des Wahlvereins im V. Berliner Reichstagswahlkreis der Redakteur Richard Baginski und der Hausdiener Lamprecht ab.

* * *

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu machen, glauben wir in der vorliegenden Zusammenstellung den Delegirten doch alles dasjenige Material zu unterbreiten, das sie bedürfen, um sich ein erschöpfendes Bild über das Auftreten der Opposition und die von derselben vorgebrachten Beschwerden und Anklagen bilden zu können.

Berlin, den 8. Oktober 1891.

Der Partei-Vorstand.

Protokoll.

Vorversammlung: Mittwoch, den 14. Oktober, Abends 7 Uhr, im Kaisersaal.

Die Delegirten aus allen Gauen Deutschlands trafen zwischen 6 und 7 Uhr in den festlich geschmückten Räumen des Versammlungslokals ein. Der große Saal ist mit rothen Schildern dekorirt, auf welchen sich Sinnsprüche unserer Partei befinden. Von den Wänden flattern rothe Fahnen in den Saal. Von der Decke wallt ein mächtiges rothes Banner in den Saal hinab. Ueber der Tribüne prangt in weithin sichtbarer Inschrift das Wort: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" und „Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft aufgebaut werden soll!"

Die Verhandlungen werden um 7 Uhr 10 Minuten vom Genossen Singer mit folgender Ansprache eröffnet:

„Im Auftrage der Parteileitung eröffne ich die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und heiße die aus allen Gauen des Reiches zahlreich herbeigeeilten Delegirten herzlich willkommen. Wir haben auf dem bevorstehenden Parteitage eine Reihe ernster, wichtiger Aufgaben zu erfüllen. Während es sich im vorigen Jahre auf dem Parteitage in Halle darum handelte, nach dem Falle des Sozialistengesetzes eine neue Organisation für die Partei zu schaffen, eine Organisation, welche die Partei in den Stand gesetzt hat, in energischer und erfolgreicher Weise ihre Prinzipien zu vertreten, für ihre Ideale zu kämpfen, werden wir auf diesem Parteitage uns damit zu beschäftigen haben, uns ein neues Programm zu geben, welches wissenschaftlich unanfechtbar unsere Forderungen in klarer und allgemein verständlicher Form zum Ausdruck bringt und gleich dem bisherigen Programm uns ein Leitstern im Kampfe, ein Führer zum Siege sein wird. (Bravo!) Ich bin überzeugt, daß die Aufgaben, welche die Sozialdemokratie Deutschlands auf diesem Parteitage zu erfüllen hat, gelöst werden, wie es der Würde und der Ehre der Partei entspricht. (Bravo!) Ich darf die zuversichtliche Hoffnung aussprechen, daß, wie auch immer in einzelnen Fragen die Ansichten der Parteigenossen auseinander gehen mögen, die Geschlossenheit und Einigkeit

der Partei auch hier auf dem Parteitage zu machtvollem Ausdruck gelangen und einen glänzenden Triumph feiern wird. (Lebhafte Zustimmung!) So wie die Solidarität des Proletariats aller Länder sich in Brüssel siegverheißend manifestirt hat, so werden auch unsere Berathungen einzig und allein den Interessen der Arbeiterklasse, der Befreiung des Proletariats gewidmet sein. Wir können um so hoffnungsreicher in unsere Verhandlungen eintreten, als die letzten Wochen und Tage uns wiederum den Beweis gebracht haben, daß die Sozialdemokratie in ungebrochener Kraft ihre Siege zu erringen weiß. Unseren Parteigenossen in Baden haben vor wenigen Wochen sich die Thore des badischen Landtags erschlossen; den meiningenschen Genossen ist es gelungen, einen Sozialdemokraten in den Landtag zu entsenden, und die aus dem Wahlkampf direkt auf den Parteitag kommenden sächsischen Genossen bringen uns die Nachricht, daß unsere Partei gestern in heißer Wahlschlacht schöne Siege erfochten hat: wir haben den Besitzstand von 4 Mandaten gewahrt und 3 neue Mandate erobert, und wir können die erfreuliche Thatsache berichten, daß die sozialdemokratischen Stimmen von 13 500 im Jahre 1885 gestern auf 34 000 gestiegen sind. (Bravo!)

Die sächsischen Delegirten bringen dem Parteitage als Gruß der wackeren sächsischen Genossen ein Mehr von 20 000 sozialdemokratische Stimmen für den sächsischen Landtag mit, und ich meine, wir dürfen dies als ein gutes Zeichen betrachten, und sicher sein, daß wenn die Sozialdemokratie zum Kampfe aufgerufen wird, sie den Sieg an ihre Fahne heftet. (Bravo!)

Ich habe nicht nöthig, die Parteigenossen daran zu mahnen, sich der Pflichten, die ihnen der Parteitag auferlegt, bewußt zu bleiben. Wir wissen, daß die Augen der ganzen Welt jetzt nach diesem Saal gerichtet sind. Wir werden den Beweis liefern, daß die Hoffnungen, welche die Gegner auf diesen Parteitag setzen, zu Schanden werden; wir werden aber auch den Beweis liefern, daß innerhalb unserer Partei, bei voller Freiheit der Meinungsäußerung, an dem sozialdemokratischen Prinzip, an der Verpflichtung, sich den Beschlüssen der Majorität unterzuordnen und zu fügen unverbrüchlich festgehalten wird. (Bravo!)

Was auch unsere Verhandlungen ergeben werden, stets werden wir unser erhabenes Ziel, die Befreiung des Proletariats, die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft und die Schaffung einer menschenwürdigen Gesellschaftsorganisation fest und unverrückbar im Auge behalten, und ich bitte Sie, dies auszusprechen, indem Sie zu Beginn unserer Verhandlungen mit mir einstimmen in den Ruf, der uns bisher geleitet hat und der uns weiter leiten und zu neuen Siegen führen wird: Hoch die deutsche, hoch die internationale Sozialdemokratie, hoch das Proletariat aller Länder, sie leben hoch! (Die Versammlung stimmt begeistert dreimal in den Hochruf ein.)

Auf Grund des § 9 letzter Absatz unserer Organisation, welcher lautet:

„Der Parteitag prüft die Legitimation seiner Theilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt seine Geschäftsordnung selbst"

habe ich Sie nunmehr zu bitten, den Parteitag zu konstituiren, indem Sie das Bureau für den Parteitag ernennen und zunächst in die Wahl der Vorsitzenden eintreten.

Grothe-Halle schlägt vor, zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten die Genossen Kloß-Stuttgart und Singer-Berlin zu wählen.

Weitere Vorschläge werden nicht gemacht. Durch Acclamation werden die beiden Genannten zu Vorsitzenden gewählt und nehmen die Wahl an.

Auf Vorschlag Grothe-Halle werden die Schriftführer durch Acclamation gewählt, und zwar sollen immer drei Schriftführer gleichzeitig fungiren, einer für die Rednerliste, zwei für das Protokoll. Für heute werden Geyer, Schmid und Blume auf das Bureau berufen.

Von der Parteileitung ist dem Parteitage die in Halle beschlossene Geschäftsordnung unterbreitet worden, die mit Rücksicht auf die Delegirtenzahl auf Vorschlag Singers eine Abänderung erfährt und schließlich in folgendem Wortlaut angenommen wurde:

1. Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2. Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 20 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

3. Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.

4. Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagung erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zu machen.

5. Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

6. Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrags.

7. Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitags muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

8. Vor Schluß des Parteitags abreisende Delegirte haben dies dem Bureau anzuzeigen. Die Namen der Betreffenden sind im Protokoll zu vermerken.

Außerdem ist zu der provisorischen Tagesordnung ein Antrag Tölcke eingegangen, wonach dieselbe in folgenden Punkten abgeändert werden soll: 1. Die Berathung über das Programm soll derjenigen über die Taktik vorangehen; 2. sofort nach der Mandatsprüfung soll eine Kommission aus 5 Mitgliedern niedergesetzt werden, welche alle Anträge und Beschwerden gegen die Parteileitung, die Reichstagsfraktion u. s. w. zu prüfen und über das Ergebniß schleunigst Bericht zu erstatten hat; 3. diese Kommission, zu welcher Mitglieder der Fraktion und der Parteileitung nicht gehören dürfen, hat sich sofort zu konstituiren und ihren Vorsitzenden durch das Bureau bekannt zu machen; 4. bis zur Berichterstattung der Kommission soll über die betreffenden Anträge, Beschwerden u. s. w. nicht verhandelt werden.

Zu Nr. 5 der Tagesordnung, Redezeit, beantragt Auerbach-Magdeburg, für die Punkte 1, 3a und 3b und 4 der provisorischen Tagesordnung je einen Referenten und Korreferenten mit gleicher Redezeit zu bestellen.

Täterow-Berlin kann nicht begreifen, was die Bestellung eines Korreferenten zu den angegebenen Punkten der Tagesordnung bedeuten soll. Ein Korreferent habe eventuell die direkte Gegenmeinung zum Ausdruck zu bringen. Solches sei aber doch nicht zu erwarten, wenn auch in letzter Zeit viel von einer Opposition die Rede gewesen. Diese sogenannte Opposition sei doch gar nicht ein so fester Begriff, daß Korreferenten nöthig würden. Jeder Parteigenosse sei je nach der Lage der Sache berechtigt und verpflichtet, Opposition zu machen; es werde durchaus demokratisch verfahren, wenn man die Berichterstatter höre und dann frei diskutire.

Werner-Teltow: Ich kann diese Auffassung nicht theilen. Wie soll man die vielleicht 1½stündigen Ausführungen eines Referenten in 10 Minuten widerlegen können? Es ist Ihnen eine Broschüre vorgelegt worden: „Die Anschuldigungen der Berliner Opposition.“ Es wäre unbedingt ein Akt der Gerechtigkeit, wenn Sie auch Denen, die hierin angegriffen sind, das Wort zur Erwiderung geben.

Sailer-Luckenwalde ist mit dem Vorschlag Auerbach einverstanden und vertritt die Ansicht, daß man den Leuten von der Opposition die größte Redefreiheit gewähren soll, damit sie ihre

Anklagen gegen Fraktion und Parteileitung möglichst gründlich erörtern können.

Bebel: Wenn der Antragsteller erklärt hätte, daß er für nothwendig hält, daß diejenigen unter uns, die hier mit ganz besonderen Anklagen, sei es gegen die Parteileitung oder den Parteivorstand oder einzelne Genossen, kommen wollen, zur Begründung längere Redezeit erhalten, so bin ich der erste, der dafür eintritt. Der vorige Parteitag in Halle hat hinlänglich gezeigt, daß er geneigt war, Werners Anklagen zu hören, er hat ihm die Redezeit auf das Doppelte und noch weiter verlängert. Wollen Sie das heute auch, dann wird Niemand dagegen sein. Einen Korreferenten im Sinne des Antrages zu wählen ist ja vielfach gar nicht möglich. Der Korreferent muß den Dingen persönlich nahe gestanden haben, und ich frage Auerbach, wie denn z. B. ein anderer als ein Vorstandsmitglied über die innere Thätigkeit der Parteileitung referiren soll. Das ist einfach ein Nonsens. Wenn Sie als Opponenten sprechen wollen, trete ich für Sie ein. Beim Punkte der parlamentarischen Thätigkeit, wo Molkenbuhr Referent ist, kann doch eben auch Niemand anders als ein Abgeordneter den Bericht erstatten. Wenn Sie einen Korreferenten ernannt haben wollen, so hat diesen die Majorität des Parteitages zu bestimmen und Sie (zu der Opposition) kommen wahrscheinlich nicht dazu! (Heiterkeit.) Als Ankläger aber sollen Sie möglichste Redefreiheit bekommen, in diesem Punkte haben die Erklärungen der Parteileitung an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen. Bezüglich des Punktes der Parteitaktik habe ich bereits vor längerer Zeit Vollmar mitgetheilt, daß unter uns Einstimmigkeit besteht, daß sowohl ihm, der abweichende Ansichten geäußert hat, als einem Mitgliede der Opposition volle Redefreiheit gewährt werde. Furcht, Herr Auerbach, haben wir nicht. (Heiterkeit.) Wenn wir in diesem Sinne handeln, kann Niemand über Illoyalität des Kongresses sich beschweren. (Beifall.)

Grothe-Halle erinnert ebenfalls daran, daß man in Halle Werner die Redezeit von 20 auf 40 und 50 Minuten verlängert und geduldig seine Ausführungen angehört habe. Soviel Gerechtigkeit könne die Opposition vom Parteitage erwarten, daß ihrem Vertreter auch 60 Minuten gewährt werden, nur damit die Sache endlich einmal zu Grabe getragen werde.

Werner: Nach den Ausführungen Bebels haben wir oder wenigstens ich keine Veranlassung, dieses Korreferat aufrecht zu erhalten, aber wenn wir als Ankläger auftreten sollen, wovon ich gar nichts weiß, so ist es besser, vorher die Redezeit festzustellen.

Auerbach: Die Erklärungen Bebels genügen mir. Daß Sie keine Furcht haben, war unnöthig, scharf hervorzuheben. Die Situation ist geklärt. Ich habe diese Empfindung und ziehe deshalb meinen Geschäftsordnungsantrag zurück.

Darauf wird zur Festsetzung der definitiven Tagesordnung übergegangen und nach dem Entwurf als Punkt 1 „Geschäftsbericht des Parteivorstandes“ angenommen.

Vorsitzender Singer: Ich möchte hierbei das Einverständniß des Parteitages darüber herbeiführen, daß bei Punkt 1, falls sich längere Ausführungen seitens der Opposition nothwendig machen und die sich zur Opposition rechnenden Delegirten unter sich einen Redner bestimmen, diesem Redner dann dieselbe Redezeit wie dem Referenten gegeben werden soll. Ich darf als den Willen des Parteitages ansehen, daß er keine Neigung hat, Jedem, der sich als Mitglied der sog. Opposition bezeichnet, zu jedem Punkte unbeschränkte Redezeit zu geben. Ich konstatire das als die einstimmige Meinung des Parteitages.

Punkt 2 der provisorischen Tagesordnung: „Bericht der Kontrolleure“ wird ebenfalls bestätigt.

Der Antrag Tölcke (s. o.) ist zurückgezogen.

Zu Punkt 3a und 3b der provisorischen Tagesordnung schlägt Bebel vor, nach Erstattung der beiden Referate einerseits Vollmar und andererseits einen Redner der Opposition mit gleichem Rechte wie die Referenten sprechen zu lassen. Da die beiden Punkte nicht auseinandergehalten werden könnten, werde die Verhandlung zweckmäßig in dieser Form zu führen sein.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Die übrigen Punkte der provisorischen Tagesordnung werden gleichfalls acceptirt, und damit ist die Tagesordnung für die Verhandlungen des Parteitages definitiv festgesetzt.

Auf Vorschlag Förster wird die aus 9 Personen bestehende Mandatsprüfungskommission ebenfalls durch Akklamation gewählt; dieselbe tritt sofort nach Schluß der Sitzung zusammen.

Die Versammlung ist mit dem Vorschlage des Vorsitzenden einverstanden, daß die Sitzungen des Parteitages von 9—1 Uhr Vormittags und von 3—7 Uhr Nachmittags stattfinden. Eine etwaige Sonntagssitzung soll, den Erfurter Polizeivorschriften entsprechend, erst um 3 Uhr Nachmittags beginnen.

Schluß 8 Uhr.

Erster Verhandlungstag.

Donnerstag, den 15. Oktober.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung um 9 Uhr mit folgender Ansprache: Parteigenossen! Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, einige ausländische Genossen unter uns zu sehen. Bis jetzt sind eingetroffen der holländische Genosse van der Goes und die österreichischen Genossen Czermak und Reu-

mann. Ich heiße dieselben Namens des Parteitages herzlich willkommen und spreche den Wunsch aus, daß sie aus unseren Verhandlungen die Ueberzeugung in ihre Länder mitnehmen wollen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich stets ihrer internationalen Verpflichtungen bewußt bleiben wird und daß sie weiß, daß jeder Sieg, den sie in Deutschland erringt, gleichzeitig zu Gute kommt dem gesammten internationalen Proletariat; die deutsche Sozialdemokratie wird die Pflege und Förderung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse stets als eine ihrer ersten Aufgaben und Pflichten betrachten. (Beifall!)

Eine große Anzahl von Begrüßungs- und Zustimmungstelegrammen ist bei dem Bureau des Parteitages eingelaufen. Von einer wörtlichen Verlesung dieser Kundgebungen wird Abstand genommen.

Als Schriftführer fungiren in der heutigen Sitzung Frohme-Hamburg und Scholz-Berlin; die Rednerliste führt Oertel-Nürnberg.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Geschäftsbericht des Parteivorstandes.

Berichterstatter Auer: Werthe Genossen! Der Parteivorstand hat es für das Richtigere gehalten, seinen Bericht den Genossen gedruckt zu unterbreiten. Sie haben gestern alle den Bericht erhalten, und wenn ich auch nicht Sanguiniker genug bin, anzunehmen, daß Sie etwa alle denselben gelesen haben — das gestattete schon die Kürze der Zeit nicht, und außerdem lag noch ein anderes interessantes Aktenstück vor —, so darf ich doch annehmen, daß eine große Anzahl von Ihnen denselben gelesen hat. Ich beschränke mich deshalb darauf, Ihnen dasjenige mitzutheilen, was im Bericht nicht steht, was aber zur Erläuterung des einen oder anderen Punktes nothwendig erscheint.

Zunächst einige Mittheilungen über die Geschäftsordnung, wie sie sich der Parteivorstand selbst gegeben hat. Getreu den alten Traditionen der Parteileitung und im Interesse einer möglichst prompten und raschen Erledigung der Geschäfte, haben wir uns von vorneherein dahin verständigt, in der Woche regelmäßig zwei Sitzungen abzuhalten. Bei dem stetig wachsenden Umfang der Geschäfte sind jedoch sehr häufig auch drei, ja vier Sitzungen in der Woche abgehalten worden, und in der Regel wurde daran festgehalten, diejenigen Scripturen, Briefe, Einsendungen von Seiten der Genossen, welche in der betreffenden Sitzung erledigt wurden, dem Feuertode zu überliefern. Ich kann nur den Wunsch aussprechen, daß umgekehrt auch die Genossen die Briefe, welche sie von Seiten der Parteileitung erhalten, nachdem sie von deren Inhalt Kenntniß genommen, ebenfalls vernichten. Diese Gewohnheit

haben leider nicht alle unsere Genossen. So Mancher glaubt eine gewisse Reliquie in solchem Briefe zu besitzen. Aber während religiöse Reliquien die Eigenthümlichkeit haben sollen, dem Besitzer Vortheile zu bringen, Wunder zu wirken, können die Reliquien, die vom Parteivorstande in die Hände der Vertrauensmänner und anderer Genossen kommen, unter Umständen die umgekehrte Wirkung haben. Sie wirken zwar auch Wunder, aber nicht zum Vortheile des Besitzers. (Heiterkeit!)

Den Umfang des Correspondenzverkehrs zwischen Vorstand und Genossen finden Sie im Bericht.

Die Zahl der Orte überhaupt, aus denen wir Adressen und eventuell Verbindungen haben, beträgt nach unserem Adreßbuch 879. Diese Ziffer giebt aber natürlich noch lange nicht die Zahl der Orte, in denen wir überhaupt Genossen, ja sogar organisirte Genossen haben.

Der Kassirer theilt mir mit, daß pro Tag wohl 4—6 Briefe auch an ihn kommen, abgesehen von Geldsendungen u. s. w. Ich will noch ergänzend hervorheben, daß die Geschäftsführung nicht beschränkt geblieben ist auf die fünf Vorstandsmitglieder, sondern daß des Oefteren und besonders bei allen wichtigen Gelegenheiten mit den sieben Kontrolleuren zusammen Sitzungen abgehalten wurden.

Ich komme nun zur Agitation, wie sie von Seiten der Parteileitung betrieben wurde. Es sind hierüber vielfach Klagen laut geworden, die wohl auch hier ihr Echo finden werden. Zunächst bedenken Sie, daß die Zeit seit der Beseitigung des Sozialistengesetzes eine verhältnißmäßig kurze ist. Wenn auch in den letzten Jahren des Bestehens des Sozialistengesetzes eine größere Latitude seitens der Behörden waltete, so hat doch zweifellos die Agitation in dem Umfange, wie wir es vor dem Sozialistengesetz gewohnt waren und wie wir sie heute wieder betreiben und betreiben müssen, nicht stattfinden können. Die Folge war, daß die leitenden, in den Parteivorstand berufenen Personen nicht mehr eine genaue Kenntniß aller zur Agitation. geeigneten Personen haben konnten, weil diese Personen selbst unter dem Sozialistengesetz nicht die Gelegenheit hatten, ihre agitatorischen Fähigkeiten zu bekunden. Es war also nicht böser Wille unsererseits oder Abneigung gegen die mündliche Agitation, sondern in vielen Fällen der Mangel an geeigneten Persönlichkeiten oder der Mangel an Kenntniß derselben, welcher uns dahin gebracht hat, manchen Wunsch in dieser Beziehung unerfüllt zu lassen. Sehr häufig wird von den Provinzen gerufen: in den großen Städten sitzen alle die Agitatoren zusammen, sie mögen zu uns herauskommen. Man vergißt dabei, daß wenn auch in den großen Zentren, wie Berlin, Hamburg u. s. w., so und so viele rednerisch begabte Genossen vorhanden sind, an die Agitationsfähigkeit dieser Genossen doch

ungeheuer größere Ansprüche gestellt werden als in den kleineren Orten. In den kleineren Städten genügt vielleicht alle 14 Tage oder 4 Wochen eine Versammlung. Lesen Sie aber die Versammlungsberichte des „Vorwärts“ und des „Echo“ und Sie werden sich nicht mehr wundern, wenn ich Ihnen mittheile, daß in diesen Orten selbst an geeigneten agitatorischen Kräften nicht minder Mangel ist, als draußen. Nicht Jeder, der sich geeignet und berufen fühlt, das Wort zu führen, ist zugleich geeignet, hinaus auf's Land, in die Provinz zur Agitation zu gehen. Manchem verbietet es auch seine soziale Lage, sein Geschäft. Andererseits hält auch den Einen oder Andern eine falsche Bescheidenheit zurück. Grade die klügsten, einsichtigsten, verständigsten Genossen sind nicht immer Diejenigen, welche die höchste Meinung von sich haben. Es fehlte uns also an geeigneten Kräften, und wenn wir sie hinausschicken, sind wir doch dafür verantwortlich, falls sie nicht den Anforderungen entsprechen. Weiter fällt ins Gewicht, daß das geistige Niveau der Partei, die Ansprüche der Arbeiter an den Versammlungsredner, höhere geworden sind im Laufe der Jahre. Man begnügt sich nicht mehr mit gewöhnlichen Rednern, man will Reichstagsabgeordnete haben, als wenn mit dem Amt auch der Verstand käme und als wenn jeder Reichstagsabgeordnete eo ipso ein ganz besonders qualifizirter Redner wäre! Man kann ein sehr guter Reichstagsabgeordneter und dabei ein sehr mittelmäßiger Redner sein. Große Sachkenntniß, Geschäftstüchtigkeit kommen in den Kommissionsberathungen zur besten Geltung und sind oft eben soviel werth wie eine blendende Rede im Plenum. Immerhin ist es im Laufe der letzten 11 Monate schon besser geworden in Bezug auf die Entsendung tüchtiger Redner.

Ferner werden wohl Klagen laut werden über den Mangel an guten und geeigneten Agitationsschriften. Es ist bereits eine Reihe von Anträgen auf Veröffentlichung recht praktischer, passender, geschickter und dabei prinzipiell wichtiger Agitationsschriften eingelaufen. Diesem Wunsche kann sich der Parteivorstand nur aus vollem Herzen anschließen. Daß aber den Parteivorstand kein Verschulden trifft, ergiebt sich daraus, daß in den letzten 20 Jahren kein Kongreß getagt hat, in dem nicht derselbe Wunsch in Form eines Beschlusses zum Ausdruck gebracht worden ist. Wenn es mit den Beschlüssen in dieser Beziehung gethan wäre, dann hätten wir eine Musterkarte der ausgezeichnetsten populären Agitationsschriften. Aber diese Broschüren müssen auch geschrieben werden, und da hat es hier und da etwas gehapert. Es ist sehr schwierig, derartige Broschüren, speziell für die Landagitation, zu schreiben. Es gehört eben zum Verständniß der sozialdemokratischen Weltanschauung schon eine gewisse Summe politischer und sozialer Bildung (Sehr richtig!), und dieses Maß sozialpolitischer Einsicht

ist in den ländlichen Kreisen noch nicht überall vorhanden. Der Fehler liegt also nicht in den Parteibroschüren, die zum Theil ganz exzellent geschrieben sind, sondern in den Elementen, die wir erst gewinnen wollen, und deshalb ist es meine persönliche Anschauung, daß auf lange Zeit hinaus, besonders für die ländliche Bevölkerung, das gesprochene Wort noch von größerem Erfolg und größerer Wirkung sein wird, als wie das geschriebene. (Zustimmung.) Damit soll aber nicht gesagt werden, daß nicht auch von Seiten des Parteivorstandes dem Wunsche, geeignete, passende, populär und dabei korrekt, prinzipiell geschriebene Broschüren den Massen zugänglich zu machen, die volle Sympathie entgegengebracht würde. Wir geben in unserm gedruckten Bericht den Rath, daß diese Aufgabe um der besonderen lokalen und provinziellen Verhältnisse Willen von den Land- und Provinzialorganisationen übernommen werden möge, die sich im Laufe der 11 Monate gebildet haben. Es ist einfach unmöglich, von Parteivorstandswegen für alle Provinzen und alle lokalen Verhältnisse ein Flugblatt herzustellen, das überallhin genügt. Der Weinbauer des Südwestens will anders behandelt werden als der Landproletarier des Ostens. Soweit es möglich gewesen, sind wir den geäußerten Wünschen auch nachgekommen. Die Zahl der Broschüren, Flugblätter u. s. w., welche gratis und auf Kosten des allgemeinen Säckels der Partei hergestellt und verbreitet sind, geht in die Zehntausende. Ich erinnere an die Agitationsbroschüre von Liebknecht: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen", die in vielen Auflagen hergestellt und packetweise an die Orte geschickt worden ist, die Material verlangten. Aber auch hier zeigt sich wieder die Thatsache, daß zum Verständniß des Inhalts bereits eine gewisse sozialpolitische Reife und Erkenntniß des Lesers gehört. Gerade dieser Broschüre, deren Titel so verführerisch klingt und deren Inhalt ausgezeichnet ist, ist nicht überall das nöthige Verständniß entgegengebracht worden. Es wurde uns geschrieben, die Broschüre sei vorzüglich, aber der und jener, dem sie gegeben worden, habe gesagt, er verstehe sie nicht. Mit diesen Dingen müssen wir immer rechnen, und nachdem wir diese Erfahrungen mit Parteibroschüren gemacht haben, sind wir schließlich wieder auf Reichstagsreden zurückgegangen und zwar zu solchen, welche speziell einen Gegenstand behandelten, für den großes Interesse und Verständniß bei den weitesten Schichten vorausgesetzt werden konnte. So wurde u. a. die Budgetrede Bebels, worin er die ländlichen, die Agrarverhältnisse behandelt, in Tausenden von Exemplaren hergestellt, durch Zirkuläre bei den Vertrauensmännern angekündigt und hinausgeschickt. Diejenigen, die zahlen konnten, haben bezahlt, aber eine große Anzahl von Orten hat die Broschüre auch gratis erhalten, und bis in die letzte Zeit hat die Broschüre ihre Wirkung gethan. Ebenso gut hat speziell in den ländlichen Kreisen die Rede

über die Mißhandlungen der Soldaten in den Kasernen gewirkt. Dann haben wir aus den Einsendungen zur Landagitation eine Abhandlung herausgenommen und mit Randglossen versehen unter der Ueberschrift „Zur Landagitation" in Tausenden von Exemplaren verbreiten lassen. Aber auch diese Broschüre hat das Schicksal gehabt, daß eine ganze Reihe von Vertrauensmännern in ländlichen Bezirken uns erklärten: die Broschüre ist ein ausgezeichneter Leitfaden für den Agitator, aber zur Gewinnung des Landproletariats nicht voll geeignet, weil dessen Verständniß nicht heranreicht; den Landarbeitern, die im Sommer 15, 16 Stunden lang arbeiten müssen, 14 für den Gutsherrn und die wenigen übrigen und den Sonntag auf dem eigenen Acker, dürft ihr nicht zumuthen, noch Broschüren und Flugblätter zu lesen, die obenein für ihr Begriffsvermögen schwer verständlich sind (Sehr richtig!); sie lesen sie, auch wenn sie sie gratis bekommen, so wenig, als andererseits die Traktätchen der Pfaffen und ähnlicher Gesellschaften — und auf diese Linie wollen wir unsere Agitationsbroschüren doch nicht drängen lassen. — Die Aufmerksamkeit muß wieder der mündlichen Agitation zugewendet werden, und hier besteht nun die außerordentliche Schwierigkeit, geeignete Persönlichkeiten auf's Land hinauszuschicken. Daß solche geeignete Personen so außerordentlich selten sind, hängt wiederum damit zusammen, daß das Landproletariat auf sozialpolitischem Gebiete noch so ungemein weit zurück ist, während es doch die geeigneten Männer aus sich selbst heraus schaffen muß. Wenn Sie alle diese Umstände richtig würdigen und überdenken, wird der Vorwurf nicht mehr in derselben Schärfe erklingen, wie er hierher gebracht worden ist. — Ein großer Uebelstand ist es auch und verursacht unglaubliche Schwierigkeiten, daß gerade in diesen Bezirken es an geeigneten Lokalen fehlt, in denen die von mir auf diesem Gebiete bevorzugte mündliche Agitation betrieben werden kann. Früher haben wir die Erscheinung gar nicht gekannt, in letzter Zeit aber ist sie von unglaublich zahlreichen Orten zu konstatiren, daß die direkte Aufforderung an uns herantritt, es sollen Grundstücke gekauft oder Hypotheken übernommen werden, oder es soll von uns selbst ein Lokal gebaut werden, um eine Stätte für Versammlungen u. dgl. zu gewinnen. Solche Wünsche sind besonders häufig von Orten gekommen, wo unsere Agitation noch nicht mächtig ist. Alle diese Gesuche haben wir, wie wir glauben, mit gutem Recht abgelehnt. Die Gesammtsumme, welche zu diesen Zwecken hätte aufgewendet werden müssen, ging weit über das Vermögen hinaus, welches unserer Partei überhaupt zur Verfügung steht; sie würde in die Hunderttausende gelaufen sein. In einem Falle betrug die abzulösende Hypothek nicht weniger als 40000 Mark. Die Bewilligung nur in einzelnen besonderen Fällen eintreten zu lassen, war auch

wieder ausgeschlossen, denn was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. (Sehr richtig!) Andererseits ist der Wunsch der Genossen, sich so ein Lokal zu schaffen oder zu erhalten, ein sehr berechtigter, und hätte es gemacht werden können, so hätte auch der Vorstand sein Möglichstes gethan; so aber konnten wir uns nicht darauf einlassen.

Nun noch ein paar Worte über unsere Presse. Der Beschluß des Parteitages von Halle, den „Vorwärts“ zum Zentralorgan zu bestimmen, hat pekuniär der Partei sehr wohl gethan; es sind sehr bedeutende Summen, welche Sie als Einnahmen aus dem „Vorwärts“ aufgeführt finden.

Wenn nun unter den Berliner Genossen im Laufe der letzten Monate der Wunsch laut geworden und ein entsprechender Antrag den Berliner Delegirten mitgegeben worden ist, daß den Berliner Genossen ein größerer Einfluß auf den lokalen Theil gewährt werde, so kann ich Ihnen schon heute mittheilen, daß, wenn der Parteitag einen derartigen Beschluß faßt, seitens des Vorstandes dem nichts in den Weg gelegt wird.

Wir anerkennen durchaus, daß den Berliner Genossen ebenso gut wie denen aller andern Orte bis zu einem gewissen Grade ein bestimmender Einfluß auf ihr Parteiorgan zugestanden werden muß. Das aber ist festzuhalten, daß, auch wenn der lokale Einfluß jetzt konkrete Gestalt gewinnen sollte, und als Beschwerde-Instanz eine Kommission Berliner Genossen eingesetzt wird, die Beschwerden und Klagen auch nicht um ein Jota geringer sein werden. (Sehr richtig!) Viele Beschwerden kommen daher, daß die Genossen mit dem Zeitungswesen nicht allzusehr vertraut sind.

Die Hamburger raisonniren auf ihr Blatt und finden das Berliner vortrefflich, und umgekehrt (Heiterkeit!); das ist überall und in der ganzen Partei so. (Sehr richtig!)

Stets finden sich eine Anzahl Genossen, die auf ihr Lokalblatt raisonniren, weil einmal eine Einsendung oder dergleichen nicht aufgenommen worden ist; kurz und gut, das Parteiblatt am Ort taugt in der Regel nichts, aber gelesen wird's, und das ist das Erfreuliche. Die für den „Vorwärts“ einzusetzende Ueberwachungskommission darf aber nicht selbständig insofern arbeiten, als sie die Beschwerden getrennt für sich und selbständig verhandelt. Das geht nicht; zwei Instanzen neben einander mit gleichen Rechten, deren Beschlüsse sich event. aufheben könnten, dürfen wir nicht funktioniren lassen. Die Kommission muß vielmehr mit dem Parteivorstand zusammen die betreffenden Beschwerden zu erledigen suchen. Der Vorschlag, das Blatt in einen politischen allgemeinen und einen lokalen Theil zu zerlegen, ist nicht durchführbar, ihm stehen zu viel technische und sachliche Bedenken entgegen, und die Berliner Genossen werden einsichtig genug sein, das anzuerkennen. Aber das

Zusammenwirken des Vorstandes mit einer Lokalkommission kann dem ersteren insofern nur angenehm sein, als durch diese Kommission die Verbindung mit den einzelnen Kreisen hergestellt ist und mancher leichter seine Einwände fallen lassen wird, wenn er die Gründe kennt, die zu der von ihm bemängelten Maßnahme Anlaß gegeben haben.

In Berlin haben Personen der sogenannten Opposition als schwere Anklage gegen die Parteileitung aufmarschiren lassen den Vorwurf von der mangelnden Unterstützung der einzelnen Lokalorgane aus allgemeinen Parteimitteln. Der Ihnen vorgelegte Bericht hat den Schlußpassus der auf dem Hallenser Parteitag über die Presse beschlossenen Resolution wieder abgedruckt: Sie ersehen daraus, daß damals nach sehr eingehendem Referat beschlossen wurde, daß die allgemeinen Parteimittel zur Unterstützung der lokalen Presse nicht in Anspruch genommen werden können. Wenn also der Parteivorstand bei der Gewährung von Mitteln aus der Parteikasse gegenüber den einzelnen Lokalblättern etwas zähe gewesen ist, so hat er sich dabei nur auf der ihm vorgeschriebenen Linie bewegt.

Die Beschlüsse werden doch nicht dazu gefaßt, um nachher durch den Vorstand gebrochen zu werden. Trotzdem müssen wir uns in diesem Fall sogar schuldig bekennen; als die Mittel erst wieder reichlicher flossen — denn in den ersten Monaten war stets Defizit und wurde vom Ueberschuß gezehrt — haben wir in einer ganzen Reihe von Fällen, als wir uns überzeugten, daß es gar nicht möglich war, den Beschluß ganz strikte durchzuführen, die Presse draußen unterstützt. Speziell wird nun immer auf den Königsberger Fall exemplifizirt. Er war der erste, der an uns herantrat, wir standen noch ganz frisch unter dem Eindruck des Haller Beschlusses; wie die Dinge dort lagen und angesichts der groben Fehler, welche die Genossen bei der Gründung des Blattes gemacht hatten, und da ganz außerordentlich hohe Mittel nöthig waren, um es nicht blos aus der augenblicklichen Verlegenheit herauszureißen, sondern auch dauernd zu unterstützen, haben wir uns damals ablehnend dagegen verhalten, die Verpflichtung zur Erhaltung des Blattes zu übernehmen. Wir haben aber mit ganz erheblichen Mitteln geholfen, die schlimmen Nachwehen der unbedachten Gründung eines täglich erscheinenden Blattes in Königsberg zu überwinden. Dort war eben der Hauptfehler gemacht worden, bei einer ungenügenden Zahl von Lesern und einer sehr armen Bevölkerung mit einem Tageblatte loszugehen, — was ein Tageblatt kostet, wissen Sie: mancher unter Ihnen hat sich bei der Gelegenheit selbst schon die Finger verbrannt.

Nun ist wieder in Anträgen an den Parteivorstand, aber erst nachdem der Termin für die Einreichung von Anträgen abgelaufen

ist, von mehreren Orten und auch aus dem Auslande der Wunsch angeregt worden, ein Wochenblatt ins Leben zu rufen, das gewissermaßen die Quintessenz des geistigen Lebens der Partei und der Vorgänge in der Partei den Genossen zur Kenntniß bringt. Der Parteivorstand hat sich des Oesteren über diese Frage unterhalten, und ich habe Ihnen von diesen Wünschen Mittheilung zu machen. Der Vorstand verhält sich nicht etwa ablehnend gegen den Wunsch, er wird sich einem event. Beschlusse des Parteitages in diesem Sinne nicht widersetzen, hält aber dafür, daß ein solcher Beschluß reiflich nach allen Seiten überlegt werden soll. Speziell bei den Genossen im Auslande ist der Wunsch ein sehr reger; denselben fehlt jetzt eigentlich jedes geistige Verbindungsmittel mit der Heimathspartei. Der „Vorwärts" ist ihnen als Tageblatt zu theuer; die jetzigen Wochenblätter, es sind deren 12, haben, mit Ausnahme von ein paar, nur mehr oder minder lokalen Charakter, und diejenigen Wochenblätter, welche allgemeinen Charakter haben sollen, haben dieser Aufgabe meiner persönlichen Meinung nach nicht in dem Umfange genügt, wie man es von ihnen im vorigen Jahre erwarten konnte und wie eins dieser Blätter unter der früheren Redaktion es ja in vollem Umfange gethan hat.

Ich habe nun noch eine unangenehme Seite zu berühren, welche, wie ich fürchte, die Zeit mehr in Anspruch nehmen wird, als es leider dem Parteitag erwünscht sein dürfte, es ist das die wenig angenehme Art, wie Wünsche u. dgl. von Genossen zum Ausdruck gebracht werden, welche als Berliner Opposition bezeichnet werden. In allen den Aussprüchen der Genossen in der Provinz über dieselbe kehrt immer die Erklärung wieder, daß das Recht der freien Meinungsäußerung ein unbeschränktes bleiben müsse. Dieser Standpunkt ist uns so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, er ist bei unsern Genossen und bei einer demokratischen Partei so selbstverständlich, daß es verwundern könnte, daß die Genossen das immer erst noch aussprechen zu müssen glaubten. Daß Meinungsverschiedenheiten in der Partei vorhanden sind, ist nicht blos recht, sondern wird immer da sein, wenn verschiedene Köpfe da sind. Darüber ist also nicht zu reden. Hier handelt es sich nur um die Art, in welcher diese Beschwerden zum Ausdruck gekommen sind. Diese Form ist in der Folge immer rigoroser geworden; und gerade diese Form ist von der gegnerischen Presse zum Nachtheil oder doch zur großen Unbequemlichkeit der Partei immer wieder ausgeschlachtet worden. Im vorigen Jahre war von Korruption die Rede und in diesem Jahre von Schmarotzerthum, von Speichelleckerei; heuer wurde behauptet, daß sieben Achtel der ganzen Fraktion keine Ahnung von dem Inhalt des Arbeiterschutzgesetzes, einer Hauptaktion der Fraktion, gehabt hätten; weiter wurde behauptet, daß Gelder zu Tausenden zu Gunsten von Ein-

zelnen unter Vernachlässigung der wichtigsten Parteiaufgaben in anderer Beziehung hingegeben seien, und alle diese Behauptungen wurden ausgesprochen an einer Stelle, wo sie Resonanzboden fanden! Das muß hier immer wieder betont werden, daß die Opposition in dieser Form in Berlin geführt wird, wo eine Preßorganisation vorhanden ist, wie nirgend anderswo, wo der Telegraph alles sofort bis in den entferntesten Ort, bis in das kleinste Winkelchen hinausträgt; der Boden, wo sich das abspielt, muß ganz besonders in Betracht gezogen werden, es ist ein großer Unterschied, ob etwas in Buxtehude oder in Berlin gesagt wird. (Sehr richtig!) Wenn nun diesen Verleumdungen und Verdächtigungen unsere Genossen in der Provinz draußen absolut hilflos gegenüber stehen (sehr wahr!) und in ihren Schmerzensschreien über diese Vorgänge immer wieder darauf zurückkamen und verlangten, daß entschiedener Wandel geschaffen würde, so kann ich namens des Parteivorstandes aussprechen, daß wir uns dem voll und ganz anschließen. Wir müssen an die Männer der Opposition das Verlangen stellen: Beweisen oder widerrufen! Oder das Tischtuch zwischen uns ist zerschnitten. Beweisen sie nicht und widerrufen auch nicht, so giebt es ein Drittes, und dieses wird der Parteitag zu finden wissen! (Lebhafter, andauernder Beifall und Händeklatschen!)

Vorsitzender Singer: Es sind einige Anträge eingegangen. Einer von ihnen beantragt, die Gründung eines Wochenblattes zu beschließen. Ich meine, der Antrag wird später mit den übrigen zur Frage der Parteiorganisation und der Parteipresse gestellten Anträgen zu verhandeln sein. Ferner liegt folgender Antrag vor:

> Beantrage, daß in Zukunft bei Gelegenheiten, wie beispielsweise am 1. Mai und ferner bei der Antikornzollagitation, die Resolutionen, die bei diesen Gelegenheiten angenommen werden sollen, nicht vom Parteivorstand verfaßt werden und dann den Genossen zur Annahme empfohlen werden sollen, sondern es einer jeden Versammlung zu überlassen sei, ihre eigenen Gedanken in einer Resolution zusammenzufassen.
>
> Niederauer-Berlin V.

Da der Referent die hier erwähnten Gegenstände berührt hat und der Antrag für die fernere Leitung der Geschäfte eine bestimmte Anforderung an den Vorstand stellt, so würde er hier zur Verhandlung kommen müssen, wenn er genügend unterstützt wird, was geschieht.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Ich möchte, abweichend von der Meinung des Vorsitzenden, befürworten, daß wir doch einen Theil der zu den Punkten Agitation und Presse vorliegenden Anträge bereits jetzt in die Debatte hineinziehen und über sie Beschluß fassen, weil ganz unzweifelhaft der Inhalt dieser Anträge schon jetzt berührt werden wird, wie sie auch schon vom Berichterstatter

erwähnt werden mußten. Wir haben sonst zweifellos nachher dieselbe Debatte noch einmal. Ich beantrage, von den betreffenden Anträgen zum Punkt „Presse" den von Berlin I., den „Vorwärts" betreffend, von Koppe-Rixdorf, von den Genossen in Tuttlingen, von Berlin III. und Kamenz, ebenso die 3 unter dem Punkt „Agitation" aufgeführten Anträge schon jetzt mitzuverhandeln.

Vorsitzender Singer kann eigentlich einen sachlichen Zusammenhang zwischen den Anträgen und dem Punkt 1 der Tagesordnung „Bericht des Parteivorstandes" nicht anerkennen, ist aber bereit, den Antrag zur Erledigung zu bringen.

Derselbe wird ausreichend unterstützt.

Auerbach tritt für den Antrag Bebel ein.

Emmel-Frankfurt a./M. spricht sich gegen Bebels Antrag aus.

Der Antrag Bebel wird nach Probe und Gegenprobe abgelehnt.

Im Anschluß an den Geschäftbericht des Parteivorstandes wird gemäß Punkt 2 der Tagesordnung der

Bericht der Kontrolleure

durch G. Schulz-Berlin erstattet. Der Berichterstatter führt aus: Nachdem der Parteitag in Halle geschlossen war, trat die Kontrollkommission gleich an demselben Nachmittag zu einer Sitzung zusammen, und es wurde da beschlossen, daß nur bei wichtigen Angelegenheiten und bei die Gesammtheit interessirenden Fragen die gesammte Parteileitung zusammenzutreten habe. Die erste konstituirende Sitzung fand am 21. Oktober in Berlin statt.

Bezüglich der Prüfung aller Beschwerden wurde bestimmt, daß letztere an den Genossen Jacobey zu richten seien. Ich bemerke schon hier, daß eine Beschwerde an uns herantrat, deren Ursprung aber vor dem Beginn unserer Thätigkeit lag und noch aus der Zeit des Sozialistengesetzes stammte; sonst ist in dem ganzen Jahre auch nicht eine Beschwerde an die Kommission gelangt. Wo gleichzeitig so furchtbare Anklagen gegen die Fraktion und die Parteileitung erhoben worden sind, ist es drastisch und giebt zu denken, daß man sich nicht mit einer einzigen Beschwerde an die Kommission gewandt hat. — Die gesammte Parteileitung hielt 3 Sitzungen ab, die erste am 17. Dezember, in der wichtige, die Partei geschäftlich interessirende Fragen verhandelt wurden, die zweite am 20. Juni, worin über den Programmentwurf berathen wurde, die dritte am 5. September, worin über den Parteitag und dessen provisorische Tagesordnung Beschluß gefaßt wurde. Die Kasse wurde in der ersten Zeit monatlich revidirt; da es sich aber herausstellte, daß dies unnöthig war, so hernach von Quartal zu Quartal. Sämmtliche Beläge wurden geprüft, die Ein- und Ausgänge und die öffentlichen Abrechnungen im „Vorwärts" mit den

Büchern verglichen, und wir müssen konstatiren, daß Alles gestimmt und sich in bester Ordnung befunden hat. Zum Schlusse hat eine Durchsicht im Parteibureau, Katzbachstraße, stattgefunden und ist Einsicht von den Büchern in der Parteibuchhandlung „Vorwärts“, Beuthstraße, genommen worden; auch da war durchweg Alles in bester Ordnung. Wir ersuchen den Parteitag, dem Parteikassirer Decharge zu ertheilen.

Es wird hiernach in die Debatte der Punkte 1 und 2 der Tagesordnung eingetreten. Als Wortführer derjenigen Gruppe, welche formell als die sogenannte Opposition zu betrachten ist, ist Werner mit dem Rechte einstündiger Redezeit gemeldet.

Werner-Teltow: Meine Herren und Damen! Ich bin einer derjenigen Parteigenossen, die nicht in der Lage waren, den Bericht des Vorstandes eingehend durchzusehen, sondern ich habe mich damit beschäftigt, die in der Ihnen allen zugestellten Anklageschrift „Die Anschuldigungen der Berliner Opposition“ enthaltene Darstellung kennen zu lernen, und nehme das Wort, um diese Sachen hier auf dem Parteitag bei der Verhandlung über den Bericht des Parteivorstandes vorzubringen. Wenn der Parteivorstand in der Nummer des „Vorwärts“ vom 12. September eine Aufforderung an die Opposition erläßt, „ihre Anschuldigungen genau zu formuliren und unter Beifügung des nöthigen Beweismaterials dem Erfurter Parteitag zu unterbreiten“ — der Wortlaut der Broschüre stimmt mit dem im „Vorwärts“ nicht ganz genau wörtlich überein, der Wortlaut des „Vorwärts“ besagt noch etwas mehr; es heißt da in Nr. 213: „Danach haben Vorstand und Fraktion die Partei systematisch korrumpirt und zur Versumpfung gebracht, und sind insbesondere durch den Parteivorstand die Parteigelder nach Gunst an Schmarotzer und Schweifwedler gewährt“ u. s. w., während es auf Seite 2 der Broschüre bezüglich des letzteren Punktes nur heißt: „Was die . . . Günstlingswirthschaft und Unterstützung von ‚Schmarotzern und Speichelleckern‘ anbelangt“ — so konnte dieser Aufforderung nicht Rechnung getragen werden, weil es eine fest gegliederte Opposition in Berlin nicht giebt, sondern was sich in Berlin gezeigt hat, sind einzelne, wenn man sich so ausdrücken darf, oppositionelle Elemente (Zwischenruf: Na, na!) und diese sind jedes einzeln verantwortlich zu machen für ihre Aeußerungen. (Sehr richtig!) Aber es ist nicht möglich, alle jene sogenannten oppositionellen Elemente mit ihren Anschauungen als eine Gesammt-Oppositionspartei, eine Partei in der Partei konstruiren zu können. Was die anderen Parteigenossen, die man mit mir zu den oppositionellen Elementen rechnet, gesagt haben, dafür ersuche ich, nicht meine Person verantwortlich zu machen, sondern jeden Einzelnen für seine Aeußerungen. (Heiterkeit; Ruf: Selbstverständlich!)

Ich übergehe nun bei meiner Angelegenheit die erste Auseinandersetzung über den Parteitag in Halle und komme sofort zu dem Passus der Anklageschrift, wo gesagt wird: Werner hat „sein die Partei schädigendes Treiben nach kurzer Pause wieder aufgenommen". (Sehr richtig!) In der ganzen Anklageschrift soll doch konstatirt werden, daß der Parteivorstand von jedem Mitgliede der Opposition angegriffen worden ist; ich ersuche Sie, meine Ausführungen hier nachzulesen, und Sie werden finden, daß ich in keiner dieser Ausführungen irgendwie den Parteivorstand angegriffen habe. Was aber war denn mein sogenanntes „parteischädigendes Treiben kurz nach dem vorigen Parteitage? Ich habe in einer Schuhmacherversammlung auf Aufforderung über „Lassalle und die heutige Sozialdemokratie" gesprochen und nicht kurz nach dem Parteitage, sondern am 9. Juni, also ¾ Jahre hinterher. In dieser Schuhmacherversammlung — bekanntlich werden in allen gewerkschaftlichen Versammlungen in Berlin politische Auseinandersetzungen gepflogen — sprach ich von den Lassalleanern und Eisenachern. Ich kam dann auf die Rede des Genossen v. Vollmar vom 1. Juni in München. Bis zum 9. Juni hatte das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts", noch nicht ein Wort darüber gebracht. Die Rede Vollmars enthielt nach meiner Auffassung — und Vollmar hat ja selbst eingeräumt, daß er nur auf einen Haufen zusammengetragen und die Taktik vorgeführt hat, die schon vorher andere Parteigenossen in verschiedenen Punkten in Einzelbesprechungen klargelegt hatten — allzuviel Opportunismus und Chauvinismus, das halte ich auch heute aufrecht, und da diese Rede in München unwidersprochen geblieben war, zog ich die Parallele und fragte, ob die Partei wirklich die sozialdemokratischen Prinzipien in den Agitationsreden immer noch so rein und unverfälscht vertrete, und da doch in München eine solche Rede Zustimmung gefunden, sagte ich: diese Anschauung darf in der sozialdemokratischen Partei nicht erst in die Breite gehen, weil sie nach meinem Dafürhalten nicht die richtige ist. Was geschah nun nach jener Versammlung? Mit der Resolution, die dort gefaßt ist, habe ich nichts zu thun, habe ich mich nicht darum gekümmert, das wird Genosse Niederauer bezeugen . . . (Vorsitzender Singer: Sie sprechen jetzt von der Taktik; diese Fragen sind hier, wo es sich um den Geschäftsbericht des Vorstandes handelt, nicht vorzubringen. Sie haben für die Kritik des Geschäftsberichts, soweit dieser nach Ihrer Auffassung Anlaß zu Klagen und Beschwerden giebt, eine Stunde Redezeit gewährt erhalten. Ich ersuche Sie, auf den Bericht einzugehen und die Taktik später zu behandeln.) — Ich danke sehr für die Aufklärung; ich kann aber diesem Wunsche des Parteigenossen Singer deswegen nicht nachkommen, weil dieses „parteischädigende" Treiben hier in der Anklageschrift behauptet worden ist. Ich habe Ihnen doch ge-

sagt, daß jeder Parteigenosse in Berlin die Verantwortung für seine Handlungen selbst trägt und übernimmt. Ich habe mich sogar in verschiedenen Punkten mit den anderen nicht solidarisch erklärt, das werde ich Ihnen beweisen. Die Schuhmacher nahmen eine Resolution an, welche besagte, Vollmar sei nicht berechtigt, die Partei zu vertreten, und ich habe direkt den Bericht und einen Brief nach München geschickt mit der Erklärung, daß ich nicht damit einverstanden sei. Nach dieser Versammlung kamen nun die Parteiblätter, allen voran das Hamburger „Echo", mit Berichten über diese Schuhmacherversammlung, und während gerade der angegriffene Vollmar derartige Angriffe gegen die Berliner nicht richtete, ging das „Echo", ohne zu wissen, was ich sachlich gegen Vollmars Rede hatte, mit ganz sonderbarem Schimpfen auf die Berliner „Radaumacher", die „krakehlsuchenden Elemente", die „konfusen Krakehler" (Sehr richtig!) u. s. w. vor. Dieser Artikel machte nun sonderbarer Weise ohne jede Bemerkung, mit Ausnahme von 3 Blättern, die Runde durch die ganze sozialistische Presse! Das war mein „parteischädigendes Gebahren". Gegen chauvinistische und possibilistische Anschauungen Front zu machen ist jeder Genosse berechtigt; andererseits bin ich nicht so weit gegangen wie Bebel und Fischer, welche sich in der Feenpalastversammlung viel weiter verstiegen. Ich habe nicht gesagt, daß Vollmar eine Dummheit gemacht hat; ich habe nicht, wie es in einer Breslauer Versammlung geschehen ist, Vollmar seine Vergangenheit vorgeschmissen und vom „Schlüsselsoldaten" des Papstes geredet; ich habe rein sachlich gesprochen. Dann kam die Feenpalast-Versammlung; dort hielt Fischer das Referat über den Brüsseler Kongreß. Bei der Erörterung kam er auf den Punkt des 1. Mai und erklärte, man müsse in Brüssel danach streben, daß nicht die anderen Länder zu bestimmen haben, was die Deutschen in dieser Frage machen sollen, und betonte andererseits die internationale Solidarität. Darauf erklärte ich: wenn man einerseits die internationale Solidarität anerkenne, dürfe man sie auf der anderen Seite nicht dadurch durchbrechen, daß man sage, man ließe sich von den anderen Ländern über die Maifeier nichts vorschreiben u. s. w. u. s. w., wie es in der Anklageschrift Seite 6 steht.

Der erste Mai stand auf der Tagesordnung; es war mein Recht, meine Ansicht mitzutheilen. Wenn ich sage, daß aus Opportunitätsgründen die Forderung des Achtstundentages erst 1898 erhoben werden soll, habe ich damit die Fraktion angegriffen? Wenn ich gesagt habe, es ist reine Opportunitätspolitik getrieben worden, so ist das doch kein Vorwurf gegen die Parteileitung, soweit muß doch die freie Diskussion gehen dürfen. (Bebel: Selbstverständlich!) Wenn ich weiter sagte: „Man ist allerdings in der sozialdemokratischen Partei bereits so weit gekommen, jede Oppo-

sition zu verpönen, und jede Opposition als kleinliche Nörgelei hinzustellen", so schwebte mir dabei vor, wie ich auf Grund meiner sachlichen Auseinandersetzungen in der Schuhmacherversammlung von den Redaktionen behandelt wurde, wie man sofort drauf losgehauen hatte. Herr Grillenberger hat bei demselben Anlaß eine Note in seiner „Fränkischen Tagespost" niedergelegt, in der es heißt: Werner ist derselbe konfuse Krakehler und Stänker (Heiterkeit), über den der Hallesche Parteitag das Urtheil abgab, daß Werner nicht würdig sei, der Partei anzugehören. Nebenbei gesagt, ist das nicht richtig, das wurde gar nicht in Halle beschlossen; wäre es geschehen, dann hätte ich kein Recht mehr gehabt, mich als Sozialdemokrat zu betrachten. Wenn so in der Parteipresse aufgetreten wird, dann mache man doch nicht blos die Einzelnen verantwortlich, sondern gehe mit beiden Seiten ins Gericht. Wenn Bebel dann sagte, er werde dafür Sorge tragen, daß der Opposition in Erfurt Gelegenheit gegeben wird, eine neue Partei zu gründen, so möchte ich nur bemerken, daß Bebel damals sehr aufgeregt gewesen ist. (Bebel: Bitte sehr!)

Wenn man ihm das Recht zugesteht nervös erregt zu werden, warum dann nicht auch mir und den anderen, deren Sprache nicht einen 20jährigen Reinigungsprozeß im Parlament durchzumachen Gelegenheit hatte? Das ist doch ein bloßer Akt der Gerechtigkeit. Und ist denn nicht der gute Ton von der anderen Seite viel schlimmer verletzt worden? Ich habe nicht mit einem schallenden Bravo eine knallende Ohrfeige begrüßt. Da hört's doch auf, wenn sich ein Mann wie Nieuwenhuis Redensarten im „Vorwärts" gefallen lassen muß, wie die, daß er es mit der Wahrheit nicht mehr genau nimmt! Ferner habe ich laut des Buches geäußert:

> „Hier ist so viel von einem anarchistischen Klub die Rede. Die heutigen Schleppenträger, die gar nicht wissen, wie hoch sie sich heranschmarotzen sollen, die schon glauben, ihr Magen wird gefüllt, wenn sie bloß einem Reichstagsmitglied die Hand drücken können, erinnere ich doch daran, daß gerade die Herren Gloae und Baake es waren, welche Ende der 80er Jahre zur Gründung eines radikalen Klubs aufforderten gegen die verweichlichte Taktik der Fraktion. (Unterbrechung.) Wir müssen den freien Meinungsaustausch vor allem achten; Sie haben das heute nicht fertig gebracht. Mit Freude sollte die Fraktion Jeden begrüßen, der ihr offen und ehrlich gegenübertritt, nicht aber an ihnen ein Scharfrichteramt vollziehen."

Es sind Parteigenossen hier, die Ihnen bezeugen werden, daß das vom radikalen Klub Gesagte thatsächlich sich so verhielt. Uebrigens steht in diesem Bericht nichts davon, wie ich es eben auch nicht gesagt habe, daß an Schweifwedler und Schmarotzer Geld gegeben werde; zeigen Sie mir das! Wenn jetzt soviel von

einem „radikalen" Klub gesprochen wurde, hatte ich die Verpflichtung, jene Parteigenossen daran zu erinnern, daß sie selbst es waren, welche unter dem Sozialistengesetze die Opposition geschürt und gepflegt haben. Als es 1887 sich um die Aufstellung der Reichstagskandidaten für Berlin in einer Konferenz weniger Parteigenossen handelte und auch Singer für Berlin IV. wieder vorgeschlagen wurde, da sagte Baake: „Singer wieder? Nun und nimmermehr! Dagegen protestire ich. Dessen Geldsack hat die Fraktion korrumpirt und wird noch die ganze Partei korrumpiren." Und Glocke hat einfach erklärt, die Taktik ist verweichlicht, wir sind zur puren Reformpartei geworden, wir müssen radikale Klubs gründen und zwar dürfen wir unseren Wirkungskreis nicht auf Berlin beschränken, sondern müssen solche Klubs in ganz Deutschland ins Leben rufen, um geschlossen gegen diese verweichlichte bürgerliche Taktik vorzugehen. Können Sie mir verdenken, wenn ich die Herren, die jetzt immer von einem radikalen Klub, von Anarchistelei redeten, aufforderte, uns doch offen entgegenzutreten, und sie dabei an ihre eigene frühere Haltung erinnerte? Das ist also mein auch hier in der Anklageschrift niedergelegtes Vergehen.

Der Parteivorstand hat aber zugleich hier das Flugblatt mit herangezogen, als ob Alle, die hier genannt sind, alle Punkte dieses Flugblattes unterschrieben. Ich frage den Parteivorstand, in welcher Versammlung ich mich auf den Boden des Flugblattes gestellt habe. Ich kann doch nicht verantwortlich sein für alle Aussprüche einzelner Genossen; ich betrachte mich nicht als Führer, sondern ich gebe meine Meinung zum besten, und wenn sie sie theilen, ist das ihre Sache. Ich habe nichts gegen die Parteileitung oder gegen die Fraktion. Ich verwahre mich nochmals dagegen, daß ich mit allen oppositionellen Elementen als sogenannte Opposition betrachtet und behandelt werde; ich verlange, daß Sie jede einzelne meiner Handlungen prüfen und dann das Urtheil über Jeden einzeln sprechen. Wenn ich hier spreche, so spreche ich hier allerdings im Namen der Parteigenossen, die hier mitsitzen, aber nicht im Namen der gesammten Opposition von Berlin. Wenn ich nun weiter als einzelne Person auf die Presse eingehe, so muß ich sagen, daß ich es nicht begreifen konnte, daß ein gerade in jener Gegend so wichtiges Agitationsmittel wie das „Königsberger Volksblatt" um einer geringen Summe wegen fallen gelassen wurde. Sollte doch die „Sächsische Arbeiterzeitung" Zuschuß bekommen, die mitten in Sachsen liegt, wo doch wahrlich die Parteigenossen agitatorisch thätig sein können, aber oben der verlassene Schultze in Königsberg bekam nichts.

Unsere Broschüren haben nach meiner Ansicht ihren Werth kolossal verloren aus dem einfachen Grunde, sie sind für unsere Parteigenossen viel zu theuer, diese können sie nicht kaufen; ein

Mittel aber, das nicht gekauft werden kann, ist kein Agitationsmittel. Die Broschüre für die ländliche Agitation wird pro Stück mit einem Pfennig angepriesen. Die Parteigenossen in Berlin machen ab und zu Agitationstouren auf das Land. Da verlangt man das Material gratis dazu. — Wenn über Mängel beim „Vorwärts" seitens der Berliner Genossen geklagt wird, so ist das ganz natürlich und liegt in den da obwaltenden Verhältnissen begründet. Ich meine das nicht persönlich, ich will weder Bebel noch Liebknecht angreifen, aber in Berlin hat u. a. der Ton des Blattes gegen Eugen Richter sehr wenig Beifall gefunden. Die Parteigenossen wollten solchen Ton nicht einreißen lassen, sie meinten, sachlich und prinzipiell könne man gegen Richter so scharf wie möglich vorgehen, aber ihn persönlich angreifen, mit Wäschediebstahl u. dgl., das passe sich nicht. Ebenso steht es mit dem Ton, den man gegen Nieuwenhuis anschlug, solcher Ton gehört nicht in das Zentralorgan, wenn man nun einmal so viel auf den guten Ton giebt. Weiter wurde berechtigte Beschwerde erhoben darüber, daß die Versammlungsberichte nicht so in den „Vorwärts" hineinkamen, wie sie hineinlancirt wurden. Einzelne Elemente ließen auf einzelne solcher Berichte im Sprechsaal Erklärungen los, und diese sind einfach nicht aufgenommen worden, während diese Genossen die Aufnahme der betr. Erklärungen zur Richtigstellung für unerläßlich hielten. Man spricht immer so kolossal von Disziplin. Ist das Disziplin, daß, wenn ich mit meiner Anschauung in der Minorität geblieben bin, ich mich immer diesem Majoritätsbeschluß unterordnen muß, ohne einmal meine Anschauungen zum Besten zu geben? Dann hört überhaupt das demokratische Prinzip auf, dann bleibt Minorität immer Minorität und Majorität immer Majorität.

Wir haben beantragt, daß die Presse der einzelnen Distrikte aus der allgemeinen Parteikasse unterstützt werde. Es ist auch beantragt worden, daß die Schwindelannoncen aus dieser Presse entfernt werden. Was ist aber die Ursache der Aufnahme solcher Annoncen? Die kleinen Tageblätter, welche gleich nach Aufhebung des Sozialistengesetzes gegründet sind, müssen aus purem Selbsterhaltungstrieb auf den Annoncenfang gehen, weil sie keinen Zuschuß bekommen. In Folge dessen sind sie auf diese Annoncen angewiesen. Da weiter die Redakteure kein Geld in den Fingern haben, um Leitartikel von gewandten Schriftstellern zu kaufen, so sagen sie sich einfach, du kannst Abonnenten nur bekommen, wenn du die Kost im Blatte den indifferenten Leuten, welche die bürgerlichen Blätter lesen, etwas besser zurechtmachst, und dann kommt die sogenannte prinzipielle Verflachung in die Parteipresse hinein. Hierzu müssen wir ganz entschieden Stellung nehmen.

Schließlich noch eine andere Angelegenheit. Ich habe dem Genossen Ernst in Berlin versprochen, seine Angelegenheit mit dem

Abg. Grillenberger hier auf dem Parteitage zur Sprache zu bringen. Ernst hat dem Abg. Grillenberger vorgeworfen, er hätte dem Chauvinismus gedient, indem er einen Trauerrand um seine Zeitung beim Todestage des Kaisers Friedrich gebracht habe. Grillenberger hat dies als eine Verdächtigung bezeichnet. Ich habe die betreffende Nummer mitgebracht und werde sie zirkuliren lassen. Ich frage Sie: ist dies ein Trauerrand oder nicht? (Redner zeigt das Zeitungsblatt vor.) Im Züricher „Sozialdemokrat" sollen Trauerfälle stets in derselben Weise angezeigt worden sein wie hier.

Ich bitte Sie nochmals: konstruiren Sie nicht eine ganze Oppositionspartei, sondern urtheilen Sie von Fall zu Fall die Parteigenossen ab und ich bin überzeugt, Sie werden zu einem gerechten Urtheil kommen.

Es sind zwei Anträge eingegangen:

1. Auerbach und Genossen beantragen:

Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, in denjenigen Landestheilen, in denen eine Lokalpresse, gleichviel ob täglich oder in längeren Zwischenräumen erscheinend, zur Nothwendigkeit für die Verbreitung unserer Grundsätze geworden ist, und wo die Mittel zur Unterhaltung der Presse von den Genossen dieser Landestheile nicht aufgebracht werden können, die Gründung und Erhaltung derartiger Organe aus den Partei-Einnahmen zu unterstützen.

2. Schultze-Königsberg und Genossen beantragen:

„Da sich herausgestellt, daß der „Vorwärts" von den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteiblätter in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein befriedigende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: „Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organs, welches neben dem „Vorwärts" in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirthschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischen Materials."

Diese beiden Anträge sollen bei dem Punkt Parteipresse zur Verhandlung und Entscheidung kommen.

Niederauer-Berlin V. begründet seinen Antrag. Die nach den verschiedenen Bezirken verschiedenartig gestalteten Resolutionen würden einen viel größeren Effekt machen als eine einheitliche schablonenhaft gestaltete Resolution. Auer sagte, der Parteivorstand werde garnichts dagegen haben, wenn eine Preßkommission gewählt würde, die mit dem Vorstande über die Haltung des „Vorwärts" zu entscheiden habe. Das ist als Fortschritt zu begrüßen.

Es wurde hier bereits die Versammlung im V. Berliner Wahl-

kreise erwähnt. Es wurden dort von Biester Anträge gestellt, die ich unter keinen Umständen billigen kann, obwohl ich zur Opposition gehöre. Diese Anträge wurden in der Presse gesperrt abgedruckt, diejenigen aber, die von Seiten der leitenden Personen gestellt waren und die jedenfalls ganz vernünftig sind, hat man so entstellt und so schmählich verkürzt wiedergegeben, daß Niemand daraus klug werden konnte. Was die Schuhmacher-Versammlung betrifft, so kann ich Werner nur zustimmen. Ob die Schuhmacher-Versammlung competent war oder nicht, lasse ich dahingestellt.

Die Rede Vollmars hat kein einziges Blatt im Zusammenhang mitgetheilt, wohl aber ging ein Artikel des „Echo" darüber durch die ganze Presse. Es hätte im Interesse der Partei gelegen, erst die Ausführungen Vollmars abzudrucken, damit die Parteigenossen ein klares Bild erhalten. Erst nachdem zwei Versammlungen in Berlin den Abdruck gefordert hatten, wurde die Rede im „Vorwärts" abgedruckt. Eine bloße Plauderei, wie sie das Hamburger „Echo" brachte, hat keinen Werth. Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß in dieser Weise gegen einen Genossen vorgegangen wird.

Bäthge-Magdeburg: Ich habe das Wort ergriffen, um auf die Spaltung unter den Magdeburger Parteigenossen einzugehen. Ich frage zunächst, was hat den Parteivorstand veranlaßt zu der Spaltung in Magdeburg Stellung zu nehmen? Oder sollte Genosse Fischer vom Parteivorstande sich selbst berufen gefühlt haben, für die Leute, die sich in Magdeburg von der Partei abgespalten haben, das Wort zu ergreifen? Wir haben in unserem Organisationsentwurf einen Passus, daß ein Wahlkreis einen oder mehrere Vertrauensmänner wählen kann. Nach Schluß des Haller Parteitages stellten sich sämmtliche Magdeburger Parteigenossen auf den Standpunkt, daß man nur einen Vertrauensmann wählen solle, und daraufhin wurde Schultze gewählt. Dies hat aber die Leute in Buckau nicht abgehalten, als die Frage Vollmar auf die Tagesordnung kam, sich einen neuen Vertrauensmann zu wählen. Wohin soll es führen, wenn die Leute von der Parteileitung sich berufen fühlen, nach irgend einem Kreise hinzureisen und zu sagen, ja wenn Ihr mit dem und dem nicht einverstanden seid, dann habt Ihr das Recht, Euch einen neuen Vertrauensmann zu wählen? Ich meine, daß der Parteivorstand genau dieselbe Taktik üben muß wie früher, wo man die eigenen Angelegenheiten den Genossen selbst überließ. Das Vorgehen Fischers kann nur zu neuen Spaltungen führen.

Referent Auer: Ich verweise den Genossen Bäthge auf den § 3 unseres Organisationsstatuts: „Die Parteigenossen in den einzelnen Reichstags-Wahlkreisen wählen in öffentlichen Versammlungen zur Wahrnehmung der Partei-Interessen einen oder

mehrere Vertrauensmänner. Die Art der Wahl dieser Vertrauensmänner ist Sache der in den einzelnen Kreisen wohnenden Genossen." Weil nun ein solcher Fall durchaus nicht vereinzelt vorgekommen ist, sondern gleiche und ähnliche Fälle den Vorstand wiederholt beschäftigt haben — und Genosse Fischer hat hier als Vorstandsmitglied nicht auf eigene Faust gehandelt — so haben wir bis jetzt daran festgehalten, daß, wenn in einzelnen Kreisen Parteigenossen darüber in Differenzen kamen, ob nur ein Vertrauensmann für den ganzen Kreis fungiren soll, oder ob in den verschiedenen Orten des Wahlkreises die Genossen sich je einen Vertrauensmann wählen wollen, seitens des Parteivorstandes Neutralität bewahrt werde: für uns ist der Vertrauensmann, der von den Genossen des betreffenden Ortes als solcher bestimmt ist. Das ist auch in Buckau der Fall gewesen und von Fischer damals ausdrücklich betont worden. Die Genossen in Buckau haben nur für Buckau und nicht für Magdeburg einen Vertrauensmann gewählt. Der Vertrauensmann für Magdeburg ist Schultze, und das haben wir nie bestritten.

Schultze-Magdeburg: Tagtäglich standen im „Vorwärts" Berichte gegen die Opposition, so daß man auf die Vermuthung kommen mußte, daß darin eventuell System liege. Dazu kommt, daß in einem ländlichen Kreise der Provinz eine Versammlung stattfand, in der der Genosse Gerisch-Berlin referirte. Nachdem Gerisch weg war, lief ein Antrag ein, das Vorgehen der Berliner Opposition zu verurtheilen. Dieser Antrag wurde heftig bekämpft, worauf ihn der Antragsteller zurückzog. Ich fragte ihn nun, warum er den Antrag eingebracht hätte. Er erklärte, er wäre vom Genossen Gerisch dazu aufgefordert worden. Wäre dies wahr, so läge allerdings in der Sache System, es wäre eine Mache. Aber ich glaube es nicht und ich hoffe, daß die Geschichte von Gerisch richtig gestellt wird. Der Fall Buckau liegt doch anders, als Auer meint. Unser Wahlkreis hat mit großer Majorität beschlossen, einen Vertrauensmann für Magdeburg zu wählen, und nachher nach 3/4 Jahren sind dann erst die Buckauer gekommen und haben diesen Majoritätsbeschluß des Kreises durchbrochen. Das Vorgehen des Parteivorstandes, der diesen Vertrauensmann sanktionirt hat, hat schädigend gewirkt. Die Behauptung, daß die Opposition auf dem Lande den Interessen der Partei geschadet habe, hat Werner bereits zurückgewiesen. Immer heißt es, das Vorgehen der Buckauer Opposition wirke schädigend. Trotzdem sehen wir tagtäglich, daß in unserer Partei, wie das Singer schon bei der Eröffnung des Parteitages ausgeführt hat, überall Erfolge erzielt werden (Rufe: Aber nicht durch die Opposition!) jedenfalls doch trotz der Opposition. Dies beweist, daß diese Opposition nicht schädigend wirkt, und wir in der Magdeburger Gegend, die wir sonntäglich auf das Land gehen, haben auch Erfahrungen hinter uns. Wir haben garnichts

Schädigendes gespürt. Wir müßten den Berliner Genossen grade dankbar sein (Lachen), daß sie das Verfahren Vollmars, nachdem der Parteivorstand so gut wie der „Vorwärts" keine Stellung dazu genommen, zuerst energisch mißbilligt haben. Daß die Berliner über das Ziel hinausgeschossen sind, indem sie die Absetzung Vollmars verlangt haben, billige ich auch nicht. Wenn nun die große Mehrzahl der Magdeburger Genossen mit den Berlinern sympathisirt, so geschieht dies aus reinem Gerechtigkeitsgefühl, indem wir in einzelnen Fragen der Taktik, des Parlamentarismus u. s. w. nicht mit den Anschauungen zufrieden sind, die augenblicklich in der Partei gang und gäbe sind. Was den Fall unseres Heine betrifft, so weiß die große Mehrzahl der Parteigenossen in Magdeburg, daß Heine vor dem Magdeburger Landgericht den Ausspruch gethan hat, er stehe auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft. Der Umstand, daß der „Vorwärts" eine Berichtigung in Bezug auf diesen Fall nicht aufgenommen, hat ebenfalls böses Blut gemacht. Bäthge hat in seiner Zuschrift behauptet, daß der Genosse Heine wirklich jenen Ausspruch gethan hat, und wenn hier eine Antipathie gegen gewisse Elemente besteht, so führe ich den alten Bremer als Zeugen an, der als Mitangeklagter bestätigen wird, daß Heine diesen Ausspruch doch gethan hat. Wenn ein Parteigenosse in einer so hervorragenden Stellung einen solchen Ausspruch thut, so heißt dies den revolutionären Geist unserer Partei mit Füßen treten. Gegen solche Leute gehe man vor und nicht gegen diejenigen, die anderer Meinung sind als die Fraktion. (Großer Widerspruch.)

Milenz-Johannisthal beschwert sich darüber, daß die Reichstags-Fraktion während der Dauer des Reichstages der ländlichen Agitation nicht genügende Dienste geleistet habe. Die Abgeordneten Singer, Förster und Schultze-Königsberg haben mir gesagt, sie hätten keine Zeit, auf's Land zu gehen. Ich bin garnicht der Meinung, daß die Abgeordneten nothwendig eine größere Wirkung erzielten als andere Redner, aber die Landleute wollen nun einmal einen Abgeordneten hören, und wäre der eine oder andere Abgeordnete in unseren Kreis gekommen, so wäre Ruhe und Friede gewesen. (Heiterkeit.) Die Lokalfrage ist gewiß eine sehr mißliche, aber ich und meine Freunde haben, wenn man uns Lokale verweigerte, im Laufen, sogar auf dem Eise Versammlungen abgehalten. Es würde einem Abgeordneten auch zur Ehre gereichen, wenn er derartige Sachen auch einmal mitmachte. — Man wird der Frage näher treten müssen, ob nicht aus der Parteikasse die kleinen Blätter unterstützt werden können. Man hat für das Beeskow-Storkow-Teltower Volksblatt um Geld gebeten, ist aber von der leitenden Stelle abgewiesen worden. Stadthagen hat mich im V. Berliner Wahlkreise als Oppositionellen hingestellt. Ich erkläre nun, ich habe mit der Berliner Opposition weiter nichts gemein, als daß

ich einige von den Genossen dort kenne, speziell Werner. Man wirft Alle, die sich erlauben, eine andere Meinung zu haben als die Parteileitung, in einen Topf zusammen und macht so Stimmung im Lande.

Ewald-Brandenburg: Die sogenannte Opposition hat unsere Langmuth doch etwas zu sehr in Anspruch genommen. Denn gestern ist hier beschlossen worden, daß die sogenannte Opposition Jemand aus ihrer Mitte ernennen solle, welcher im Namen derselben sprechen sollte. Dies ist heute nicht geschehen, sondern Werner hat nur für seine eigene Person gesprochen. Es ist doch wunderbar: erst sind die Anklagen und Verdächtigungen im Lande erhoben worden, und heute will Niemand etwas gethan haben. (Sehr gut!) So war es in Halle und so heute wieder: die Opposition ist ganz unschuldig und die Fraktion oder Parteileitung ist das Karnickel, das angefangen hat. Wenn trotz der Opposition Erfolge errungen worden sind, so beweist dies nur, daß eine gute Idee, ein guter Kern in unserer Partei ist. Aber wären ohne diese Opposition jene Erfolge nicht viel größer gewesen? (Sehr richtig!) Ich wünschte, die Berliner und Magdeburger Genossen kämen einmal zu uns aufs Land. Wie hat man uns nach den Berliner Vorgängen auf den Dörfern behandelt? Man hat uns mit scheelen Augen angesehen und gesagt, was Ihr wollt ist Unsinn, Ihr seid unter Euch selbst nicht einig, Ihr seid eine korrumpirte Partei, mit der wir nichts zu thun haben wollen. Noch niemals ist die sozialdemokratische Partei durch ihre Gegner so geschädigt worden, wie es augenblicklich durch die sogenannte Opposition geschieht. (Lebhafte Zustimmung.) Ganz entschieden muß ich dagegen protestiren, daß zur Beaufsichtigung des „Vorwärts" eine Extra-Kommission gewählt werden soll. Das wäre eine Bevorzugung der Berliner Parteigenossen. Der „Vorwärts" ist einfach Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Höchstens könnte von einer Kontrolle über den lokalen Theil des „Vorwärts" die Rede sein. Auch ich halte den „Vorwärts" für die ländliche Bevölkerung für zu theuer und für unzweckmäßig. Man sollte aus dem „Vorwärts" einen Extrakt herstellen und ihn als Wochenblatt zu einem billigen Preise abgeben.

Könen-Hamburg: Berichterstatter Auer hat gesagt, die Berliner raisonnirten auf den „Vorwärts" und die Hamburger auf das „Echo". Dagegen muß ich protestiren. Die Hamburger Genossen haben gegen die Redaktion, gegen die Schreibweise der Leitartikel im „Echo" und den Inhalt des politischen Theiles absolut gar nichts gesagt. Wenn einige Genossen mit dem lokalen Theil oder mit dem Annonzenwesen nicht einverstanden sind, so hat dies mit der prinzipiellen Stellungnahme zu dem Inhalt des Blattes nichts zu thun. Was die Agitation betrifft, so war anläßlich der Wahl im 19. hannoverschen Wahlkreise ein Mitglied

des Wahlkomitees aus Geestemünde in Berlin. Es ist ihm von der Parteileitung gesagt worden, wenn Ihr in die Wahl eintretet, dann sollt Ihr von dem Parteivorstande bei der Sache eine kräftige Unterstützung haben, und wir stellen Euch ein paar Abgeordnete zur Verfügung. Was geschah? Man schickte den Abgeordneten Molkenbuhr, einen ausgezeichneten Bauernagitator, zu jener Zeit nach Süddeutschland auf die Agitation.

Noch ein Wort über den Kassenbericht. Ich finde da an mehreren Stellen, daß Privaten Darlehen gegeben worden sind. Ueber diese Darlehen wünsche ich spezielle Aufklärung. Ich und ein großer Theil der Hamburger Genossen verwerfen solche Darlehen: wir werden da auf eine schiefe Ebene gedrängt und bekommen vielleicht das Geld nicht wieder.

Referent Auer: Es ist falsch, daß Molkenbuhr zu dieser Wahlagitation nicht verwendet worden ist. Er theilt mir mit, daß da einfach in der Zeit eine Verwechselung vorliegt. Molkenbuhr ist speziell in unserem Auftrage zur Wahlagitation im 19. hannoverschen Wahlkreise gewesen (Zuruf: Sonntag!). Der Sonntag ist auch ein Tag. Der Parteivorstand ist aber seinem Versprechen auch noch weiter nachgekommen. Die Abgeordneten Metzger, Bruhns, Ulrich, Förster und, wenn ich nicht irre, auch Frohme, haben dort Versammlungen abgehalten. Ein halbes Dutzend Reichstagsabgeordnete sollte am Ende doch genügen. Es konnte doch nicht die ganze Fraktion dort hinunterkommen (Heiterkeit).

Bebel: Nach dem vorliegenden Kassenbericht sind in der Rubrik Darlehen 25 562 Mark aufgeführt. Auf Seite 11 finden Sie unter der Rubrik Darlehen eine kurze Erläuterung, wonach unter den ausgegebenen Darlehen sich u. a. 8000 Mark Kautionsleistungen für verhaftet gewesene Genossen, 4000 Mark für eine Hypothek auf ein früher der Partei gehöriges Grundstück, die bereits wieder zurückgezahlt worden sind, und 6000 Mark an verschiedene in momentane Nothlage gekommene Blätter befinden. Wir sind selbstverständlich sehr wenig erbaut, wenn solche Gesuche an uns kommen, aber was zunächst die 8000 Mark Kautionsleistungen für verhaftet gewesene Parteigenossen betrifft, so versteht es sich ganz von selbst, daß, wenn die Parteikasse irgendwie in der Lage ist, dort, wo die Parteigenossen unter schwerer Anklage stehen und die Gerichte sie nur unter der Bedingung freigeben, daß eine Kaution geleistet wird, wir zur Kautionsstellung stets bereit sein müssen; das ist sogar vom geschäftlichen Standpunkte aus ein Vortheil, weil während einer längeren Dauer der Untersuchungshaft die Parteigenossen und ihre Familienangehörigen unterstützt werden müssen.

Was die 6000 Mark Darlehen an verschiedene Lokalblätter betrifft, so haben wir uns im ersten Monat, getreu dem Beschluß des vorigen Parteitages, solchen Anforderungen gegenüber ablehnend

verhalten. Allmälig haben sich aber diese Gesuche so gehäuft, daß eine ganze Reihe von Blättern in Frage stand an Orten, wo dieselben unter allen Umständen gehalten werden mußten. Da haben wir in den Fällen, wo auf eine Rückzahlung nicht zu rechnen war, direkt die Summen gegeben als Agitationsbeitrag à fonds perdu. Des Weiteren haben wir überall da, wo die ganze Lage der Partei organe und insbesondere die Organisation der Parteigenossen in den betreffenden Orten die Sicherheit gewährten, daß die gewährten Gelder zurückgezahlt würden, diese als Darlehen gegeben und die Genossen zur Rückzahlung verpflichtet. — Wenn wir alles das bewilligt hätten, was gefordert wurde, so würde der Zuwachs des Kassenvermögens von 94000 Mark nicht gelangt haben. — 6000 Mark wurden in der verschiedensten Form an Parteigenossen gewährt, die durch ihre politische Thätigkeit in eine Nothlage gekommen und gemaßregelt waren, zur Gründung resp. Fortführung ihres Geschäftes u. s. w. Ich glaube, daß in sehr vielen Fällen das so angewendete Geld nicht besser angewendet werden konnte (lebhafte Zustimmung).

Storch-Stettin: Wenn irgendwo in der Agitation vom Parteivorstande zu wenig geleistet wird, so ist es in Pommern. Alle unsere Bitten um einen Abgeordneten blieben erfolglos. Allerdings ist Liebknecht neuerdings dort gewesen.

Werner hat allerdings Recht, wenn er sagt, daß die Berliner Opposition eine kompakte Masse nicht ist. Es sind dies meist Personen, welche unter dem Sozialistengesetz nicht gearbeitet haben. Ich meine nun, wenn ich mit der Taktik und Geschäftsführung nicht einverstanden bin, dann weiß ich, woran ich mich zu halten habe. Wenn ich glaube abgeschlachtet zu sein, gut, dann habe ich das Material in Händen, welches ich dem nächsten Parteitage unterbreiten will. Statt dessen schlägt man Radau. Die Berliner, wenigstens die ehrlichen Elemente, sollten ihre Augen doch nicht der Thatsache verschließen, wie sehr sie durch ihre Opposition unsere Agitation auf dem Lande erschweren. Wir sind z. B. nicht in der Lage, den „Vorwärts" ungelesen und undurchgesehen auf das Land zu befördern; denn die Versammlungsberichte schaden uns mehr als sie uns nützen.

Blume-Hamburg II.: Der Genosse Auer wollte in Bezug auf das „Echo" wohl keinen Vorwurf gegen die Hamburger Genossen erheben, sondern nur ein Beispiel anführen. (Zustimmung Auers.)

Werner hat verschiedene Male erklärt, daß er absolut nur für dasjenige verantwortlich sei, was er persönlich gesagt und gethan habe. Nun heißt es aber in dem bekannten Flugblatt nicht, der oder der Parteigenosse giebt das Flugblatt heraus, sondern eine Anzahl von Parteigenossen aus allen Berliner Reichstagswahlkreisen (Unterbrechungen seitens der Opposition), und wir haben

immer den Eindruck gehabt, daß zwar nicht ein formeller, aber doch geistiger Zusammenhang der Opposition besteht. Dieses Flugblatt ist unter der geistigen Führung aller oppositionellen Parteigenossen Berlins herausgegeben worden. Wenn nun Werner sich das Gros der Opposition von den Rockschößen schüttelt, so können wir nichts dafür, es ist aber nicht einmal ehrlich von ihm gehandelt. Wir müssen uns unter allen Umständen den Beschlüssen des Parteitages unterwerfen. Man untergräbt sonst thatsächlich die Grundlage der Sozialdemokratie. Die Opposition hat die Agitation auf dem Lande auf Jahre zurückgeworfen. Die Hamburger Genossen werden sich niemals auf dem Boden bewegen, auf welchem die Berliner Opposition steht. (Bravo!)

Emmel-Frankfurt a. M.: Wenn wir die Versammlungsberichte im „Vorwärts" und auch in der gegnerischen Presse über das Auftreten der Opposition gelesen haben und hören, wie sie heute auftritt, so müssen wir uns über die Aenderung kolossal wundern. (Sehr richtig!) Hätte die Berliner Opposition sich zu Hause so betragen wie heute, so würde der Entrüstungssturm in den Provinzen überhaupt nicht entstanden sein. (Zustimmung!) Aber der Ton der Opposition hat schließlich auch in der „Fränkischen Tagespost", im „Vorwärts" in der Gilles-Affäre und in anderen Blättern Platz gegriffen, und dies ist von gegnerischer Seite ausgenutzt worden. Man sollte einen solchen Ton in Zukunft unterlassen, hüben wie drüben. Wir sehen heute, daß, wenn die Forderungen sachlich formulirt werden, wir hier sehr wohl zu einem Resultat kommen können. Sollte allerdings das Flugblatt für die ganze Opposition als maßgebend angesehen werden, dann würde sich das Verhältniß ändern, denn das Flugblatt weicht prinzipiell von unseren Parteigrundsätzen ab.

Nach dem Bericht der Parteileitung ist ein bedeutender Ueberschuß von 94 000 Mark gemacht worden. Nun hat zwar Bebel gesagt, wenn man allen den Anforderungen in Bezug auf Agitation, Presse u. s. w. genügt hätte, der Ueberschuß nicht vorhanden sein würde. Aber ich glaube, wir sind nicht dazu da, Ueberschüsse zu machen.

Wenn die Opposition so sehr wünscht, daß Abgeordnete eine Versammlung abhalten, so verstößt das gegen ihre sonstigen Forderungen. Sie bekämpft sonst immer die Autoritäten, und andererseits werden doch dadurch die Autoritäten förmlich gezogen.

Wildberger-Berlin: Die Gründe, welche einzelne Genossen Berlins, die man zur Opposition rechnet, bestimmt haben, in der Weise wie geschehen vorzugehen, werde ich bei dem dritten Punkte der Tagesordnung, der Taktik, näher darzulegen versuchen. An dieser Stelle möchte ich nur auf die von mir früher aufgestellten Behauptungen zurückkommen, daß nämlich einem Abgeordneten

3—5000 Mark gegeben worden seien und daß sieben Achtel der Reichstagsabgeordneten den Entwurf unseres Arbeiterschutzgesetzes vor der Einbringung nicht gelesen haben. Zu meiner ersten Aeußerung gab mir Veranlassung ein Sprechsaalartikel, der an demselben Tage im „Vorwärts“ stand. In demselben wurde einem Genossen vorgeworfen, Parteigelder nicht abgeliefert zu haben.

Das empörte mich ganz gewaltig, nicht, weil ich es für richtig fand, daß der betreffende Genosse das Geld seit einem Jahre nicht abgeliefert hatte, sondern ich wollte nur die Art treffen, wie man gegen den Einen vorgeht und wie man bei dem Andern alles gutheißt, und Jeden verpönt, der es wagt, daran zu rütteln. In der Versammlung im Colberger Salon kam ich mit ziemlich scharfen Worten darauf zu sprechen, daß man das im „Vorwärts“ aufgenommen, und sagte bei dieser Gelegenheit, daß wenn man in dieser Weise weiter ginge, wir unter Umständen dasselbe oder noch schwereres Material vorbringen könnten. Es ist nicht richtig, was Storch sagte, daß diejenigen Opponenten, welche in öffentlichen Versammlungen aufgetreten wären, unter dem Sozialistengesetz nicht thätig waren. Mit Ausnahme von Goldberg sind alle in der Agitation thätig gewesen. (Zuruf: Biester auch?) Soviel ich weiß, ist derselbe noch gar nicht so lange in Berlin. (Ruf: Aha!) Also meinetwegen mit zwei Ausnahmen. Nun ist von Bebel und Auer zugegeben worden, was ich gesagt habe. Was habe ich denn Großes behauptet? (Rufe: Namen nennen!) Ich werde den Abgeordneten so lange nicht nennen, als nicht bestritten wird, daß das was ich gesagt habe wahr sei.

Meine Behauptung, daß der Arbeiterschutz-Gesetzentwurf von sieben Achtel der Reichstagsabgeordneten vorher gar nicht gekannt wäre, habe ich in gutem Glauben aufgestellt, nachdem ich die Mittheilung, direkt den Entwurf nicht ganz gelesen zu haben, von zwei Abgeordneten erhalten hatte. Nachdem der Arbeiterschutz-Gesetzentwurf in den Blättern erschienen war, sprach ich schon am anderen Tage mit einem Reichstagsabgeordneten und machte ihm Vorwürfe auf Grund seiner bisherigen Haltung. (Ruf: Namen nennen!) Ich werde das hier nicht thun; wenn es gewünscht wird, werde ich die Namen dem Vorstande mittheilen (Rufe: Wir wollen es aber wissen; sonst erklären wir es für eine Verdächtigung!) . . . ich machte ihm Vorwürfe, wie er diesen Entwurf hätte unterschreiben können. Darauf fragte er mich, was ich daran auszusetzen hätte. Ich sagte, Dies und Jenes, und da meinte er „steht das denn darin?“ Ich sagte, na, es ist doch toll, daß Sie das nicht einmal gelesen haben. Da sagte er mir, Sie wissen doch, wie der Gesetzentwurf zu Stande gekommen ist. Der Reichstag wurde, wenn ich nicht irre, am 6. Mai 1890 eröffnet. Am 8. Mai wurde dieser Entwurf schon dem Bureau eingereicht. Daß man also nicht an

einem Tage einen zwei Bogen starken Gesetzentwurf in einer so starken Körperschaft durchberathen konnte, das muß auch demjenigen einleuchten, dem eine derartige Mittheilung seitens eines Abgeordneten nicht gemacht worden ist. Jedenfalls war ein großer Theil der Abgeordneten nicht da, und wenn auch diese sieben Achtel nicht zutreffen, so war ich doch berechtigt zu sagen, daß ein großer Theil der Fraktion von dem eigentlichen Inhalt dieses Entwurfes nichts gewußt hat. (Lachen.) Dies wurde mir von einem zweiten Reichstagsabgeordneten bestätigt. Nachdem in der Eiskeller-Versammlung auf Grund des Flugblattes gesagt worden war, daß wenn Werner und ich in den Reichstag gewählt worden wären — wir hätten uns ja redliche Mühe gegeben, in den Reichstag zu kommen — es statt 35 dort 37 „Verräther an der Sache" gegeben hätte, glaubte ich berechtigt zu sein, zu erklären, daß ich als Abgeordneter den Arbeiterschutz-Gesetzentwurf nicht mit unterschrieben hätte. Ich glaubte diese Aeußerung machen zu dürfen und dabei in nichts zu verstoßen, weil mir nicht bestritten werden kann, daß thatsächlich der Entwurf Vielen nicht bekannt war. Es ist übrigens dieses ganze Berliner Vorgehen in einer Art behandelt worden, wie es bisher noch gar nicht da gewesen ist. Es sind doch von anderer Seite früher viel stärkere Behauptungen aufgestellt worden. Auf dem Gothaer Kongreß beschuldigte Frohme Bebel und Liebknecht, daß sie im Dienste Sonnemanns ständen. Man hat Frohme nicht ausgestoßen, man ist gegen ihn nicht so vorgegangen, wie es jetzt gegen uns geschieht. Ich erinnere ferner an den Aufruf des Frankfurter Kongresses im Jahre 1885, worin alles enthalten ist, was in unserem Flugblatt steht, und gerade da trat Bebel auf die Seite der Frankfurter Genossen gegen den Abgeordneten Frohme. Nun wird man auch von uns sagen müssen, daß wir mindestens von demselben Geist beseelt sind, wie die Frankfurter Genossen mit ihrem Aufruf.

Vorsitzender Singer: Ich muß es ablehnen von Herrn Wildberger vertrauliche Mittheilungen entgegenzunehmen. Wenn Herr Wildberger die Namen der betr. Abgeordneten nennt, so mag er das vor dem versammelten Parteitage thun. (Zustimmung.)

Bebel: Der Vorredner hat auch heute wieder, wie in der Berliner Versammlung, die Behauptung aufgestellt, es seien einem Abgeordneten aus der Parteikasse 3–5000 Mark geschenkt worden, um seine Schulden zu decken. Das ist einfach unwahr; nichts dergleichen ist geschehen. Die Parteileitung weiß von dem Berliner Fall, den er hier mit in Vergleich gezogen hat, gar nichts, er ist uns erst aus dem „Vorwärts" zur Kenntniß gekommen. Wenn in dem „Eingesandt" Unrecht geschah, hatte Wildberger noch gar kein Recht, die Parteileitung in die Diskussion zu ziehen und Dinge zu behaupten, welche den unangenehmsten Eindruck machen mußten.

Der Parteigenosse, wenn er ein solcher sein will, weiß genau, wohin er sich zu wenden hat; er hat erst die Mitglieder des Vorstandes zu fragen, wenn er die Thatsache bestätigt findet, nach den Gründen zu fragen, und wenn er damit nicht einverstanden war, stand ihm das Recht zu, an die Kontrolleure und schließlich an den Parteitag heranzutreten. Diese Instanzen mußte er innehalten, nicht aber in Versammlungen Verdächtigungen und Verleumdungen heraus schleudern, als verbrauchten die Leute an der Spitze die Gelder im persönlichen Interesse und um Schmarotzer großzuziehen u. s. w. Sie haben zu beweisen oder zurückzunehmen was nicht richtig ist, oder der Parteitag wird eine andere Entscheidung treffen. Was das Arbeiterschutzgesetz betrifft, so ist es unser lebhaftes Verlangen, daß die Namen der beiden Abgeordneten öffentlich genannt werden, damit sie, wenn sie sich wirklich so etwas zu Schulden kommen ließen, auch öffentlich genannt, öffentlich desavouirt werden. Wenn Wildberger von Cliquenwesen spricht, so brauchte er blos ein paar Mal in die Fraktion zu kommen, er würde eines andern belehrt werden. Der Gesetzentwurf ist mindestens 8, aber wohl 14 Tage vor Beginn des Reichstags an die Kollegen verschickt worden mit der Aufforderung zu genauem Studium und zur Einbringung der Anträge, welche sie für nothwendig hielten, damit die Sache sofort gemacht werden könnte. Der Entwurf datirt übrigens schon von 1885 und sind das letzte Mal nur einige Aenderungen vorgenommen worden. Außerdem ist die gesammte Fraktion vorher dringend eingeladen worden, am Tage der Eröffnung des Reichstags anwesend zu sein, damit in erster Linie über den Entwurf berathen und derselbe so schnell wie möglich an das Plenum gebracht werden könnte. Wer anders berichtet hat, hat die Unwahrheit gesagt.

Auf Befragen des Vorsitzenden Singer gestattet der Parteitag das Wort zu einer kurzen Erklärung dem auf dem Parteitage nicht als Delegirter, aber als Berichterstatter anwesenden

Redakteur Baake: Parteigenossen! Herr Werner hat in seiner Rede eine Aeußerung von mir aus dem Jahre 1887 angeführt, die mich zu einer Erklärung nöthigt. Ich soll zu ihm gesagt haben: Stellen Sie Singer nicht als Kandidaten für den Reichstag auf, sein Geldsack hat die Fraktion korrumpirt und wird noch die ganze Partei korrumpiren. Ich erkläre hiermit, daß ich diese Aeußerung in dieser Form nicht gethan; dagegen erkläre ich weiter, daß ich dem Sinne nach mich gegen Singer's Kandidatur ausgesprochen habe, und zwar im Auftrage einer Anzahl Berliner Parteigenossen. Diese meinten, es sei besser, einen Arbeiter in Berlin IV. aufzustellen; sie hatten dafür vorzubringen, daß Singer von in Noth und Elend gerathenen Leuten überlaufen werde und daß sein humaner Sinn ihn veranlaße, diese Leute zu unterstützen. Wir fürchteten, daß dadurch, daß die Leute sich gegen Singer verpflichtet fühlen

könnten, Singer einen Einfluß und eine blinde Anhängerschaft bekommen könnte, die sich mit den Parteiprinzipien nicht vertrug. Diese Gefahr ist später dadurch vermieden worden, daß Singer, der selber wohl diese Gefahr erkannte, damit einverstanden war, daß Unterstützungen von ihm nur gegeben wurden, nachdem die Partei sich mit denselben einverstanden erklärt hatte. Die Form, in der ich die Aeußerung gethan haben soll, muß ich entschieden zurückweisen. Das Wort „Korruption" ist so ausschließlich Werner'sches Eigenthum, daß ich jede Theilhaberschaft ablehne. Im Jahre 1887 kannte ich die Fraktion sehr wenig, ich war damals ein junger, 23jähriger Mensch und hatte allerdings andere Ansichten wie heute. Diese Entwickelung ist ganz natürlich; ich rechne sie meiner Jugend zu und der Erfahrung, welche ich mir in dem Maße, als ich in das innere Parteileben eingedrungen bin, angeeignet habe. Wörtlich soll sogar diese Aeußerung sein. Ich gratulire Herrn Werner zu diesem Gedächtniß; es übersteigt noch dasjenige eines Polizeikommissars, der eine Aeußerung, die ein Anderer gethan haben soll, sogar beschwört.

Um 1 Uhr 20 Minuten wird die Fortsetzung der Debatte vertagt.

Nachmittagssitzung.

3¼ Uhr. Den Vorsitz führt Kloß; als Schriftführer fungiren Emmel-Frankfurt a. M., Hug-Bant, Agster-Stuttgart.

Es sind wiederum zahlreiche Begrüßungstelegramme und Zuschriften eingegangen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berichtet Pfannkuch über das Ergebniß der Prüfung der Legitimationen durch die Mandatsprüfungs-Kommission. Auf dem Parteitage sind 230 ordnungsmäßige Mandate vorhanden, außerdem sind noch 14 Personen anwesend, die zum Theil dem Parteivorstand, zum andern Theil der Fraktion angehörig, ohne Mandat erschienen sind. Die Kommission hat auch nicht ein einziges Mandat zu beanstanden Gelegenheit gefunden; sämmtliche Mandate sind einstimmig für giltig erklärt worden.

Ohne Debatte erklärt auch der Parteitag sämmtliche Mandate für giltig.

Darauf wird in der Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über Punkt 1 fortgefahren.

Agster-Stuttgart: Zunächst möchte ich einem Wunsche des Landesvorstandes der württembergischen sozialdemokratischen Partei an den Parteivorstand Ausdruck geben: der neue Parteivorstand möge in seinen Antworten an die Genossen sich eines etwas weniger brüsken, schroffen Tones bedienen, als das hie und da der Fall

gewesen ist. Die verschiedenartigen Wünsche an den Vorstand mögen ja nicht leicht zu erfüllen sein und können je nachdem eine gewisse Ungeduld erregen, aber man sollte doch dabei immer bedenken, daß Diejenigen, welche sie laut werden lassen, das Interesse der Partei im Auge haben. Bezüglich der sogenannten Opposition muß ich es als etwas sehr Charakteristisches hervorheben, was wir heute früh zu hören bekamen, da Wildberger uns sagte, er wisse von einem Reichstagsabgeordneten, eventuell sogar von einem zweiten bestimmt, daß derselbe die fragliche Vorlage gar nicht gekannt habe. Nun ist es doch eine ganz gewaltige Uebertreibung, wenn man sich von einem Einzelnen aus zu dem Schlusse berechtigt glaubte, daß sieben Achtel der Fraktion den Entwurf gar nicht gekannt hätten; und aus diesem einen Beispiel können wir schließen, wie gewaltig die Uebertreibungen sind, deren sich diese Opposition schuldig gemacht hat.

Meist-Köln: Durch den Bericht des Vorstandes und die Ergänzungen des Genossen Auer ist uns klargelegt worden, aus welchen Motiven der Parteivorstand so und nicht anders zu handeln bewogen worden ist. Das gilt zunächst bezüglich des Königsberger Zeitungsunternehmens; aber auch über die Landagitation und die Presse überhaupt waren die Ausführungen Auers derart, daß wir uns nicht versagen können, dem Parteivorstande für seine Thätigkeit und seine Leistungen unsere Anerkennung auszusprechen. Ich verstehe deshalb auch es voll und ganz zu würdigen, wenn am Schlusse der Referent Auer es unter den obwaltenden Umständen für geboten erachtet, daß die von der Opposition erhobenen Anklagen erhärtet oder widerrufen werden, andernfalls er unbedingt darauf bestehen müsse, daß das Tischtuch zwischen uns und diesen Elementen entzweigeschnitten werde. Ich kann diesen Standpunkt nur durchaus billigen, und wer Gelegenheit hat, wie ich, auf Grund geschäftlicher und politischer Thätigkeit mit den verschiedensten Genossen zusammen zu kommen, muß bestätigen, daß die Berliner Vorkommnisse von geradezu deprimirender Wirkung in der Provinz, unter der ländlichen Bevölkerung gewesen sind. Wer daran denkt, daß der Stand der Genossen in den kleineren Städten viel schwieriger ist als in den großen, der wird würdigen, wie sehr es die Partei schädigt, wenn solche Leute den Gegnern bewußt oder unbewußt das Wasser auf die Mühle treiben. Mich hat es nicht wenig Wunder genommen, daß Werner sich hier in der Weise aufspielte, zuerst sich als Redner für die Opposition bestimmen ließ, um nachher allein auf seine Person zu reagiren (sehr richtig!); es scheint, daß man auf dieser Seite wohl gemerkt hat, es sei an der Zeit, den Zurückzieher zu machen. Es ist offenbar System in der Sache, wenn man jetzt jeden Zusammenhang leugnet. Ich halte es für an der Zeit, daß der Parteitag ein entscheidendes Wort in dieser Sache spricht. Ich verweise auf den Beschluß der Neunerkommission

in Halle, in dem es heißt: „Die Kommission gewann vielmehr, unter Zusammenfassung aller Punkte, die Ueberzeugung, daß Werner weder das Taktgefühl noch die Fähigkeit besitzt, die Tragweite seiner Handlungsweise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen.“ Wer dergestalt die Tragweite seiner Handlungen nicht ermessen kann, der ist auch nicht fähig, uns in der Oeffentlichkeit vertreten zu können, und diese Erkenntniß zeichnet uns den Weg vor, den wir zu gehen haben. Wir sollten nicht irgendwie Süßholz raspeln, sondern einfach das Tischtuch entzweischneiden! (Zustimmung.)

Täterow-Berlin I: Ich will nur konstatiren, daß die Opposition, wie sie sich heute gezeigt hat, keine Opposition ist. Das richtige Bild bekommen Sie zu sehen, wenn Sie in die Berliner Versammlungen gehen. Heute will man mit nichts etwas zu thun haben, heute leugnet man das Flugblatt ab. Mit diesem oder jenem Flugblattpassus ist dieser oder jener einverstanden, mit dem ganzen will Niemand etwas zu schaffen haben, trotzdem erklärt worden ist, daß für das Flugblatt Tausende von Unterschriften aufgebracht werden könnten. Verwunderlich ist es, wie Werner sich aus der Falle zu ziehen versucht. Nach alledem bin auch ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Leute uns als Gegner viel mehr nützen können, wie als Freunde; als Freunde schaden sie uns nur; als Gegner sind sie uns durchaus nicht gefährlich.

Zu dem Antrage des Wahlkreises Berlin I auf eventuelle Theilung des Zentralorgans bemerke ich, daß das Recht, welches den Genossen in der Provinz zusteht, auch den Berlinern in gewissem Sinne gewährt werden muß. Das Organ wird sich nur schwer theilen lassen, aber wenn der gute Wille vorhanden ist, muß es gehen; man wird dann den Einwand los werden, daß die Berliner keinen Einfluß auf ihre Presse haben. Ich bitte Sie deshalb, später dem Antrage Berlin I zuzustimmen.

Börner-Berlin III.: Ich bin sowohl hinsichtlich des Geschäftsberichts als auch betreffs der Beschwerde- resp. Ueberwachungs-Kommission durchaus mit dem Referenten einer Meinung; die Berliner Genossen erheben bezüglich des politischen Theils des „Vorwärts“ keinen Anspruch, sondern nur bezüglich des lokalen Theils. Zum Antrag Niederauer habe ich zu bemerken, daß es ja bisher jedem einzelnen Parteigenossen allerorten überlassen geblieben ist, Anträge zu stellen, trotzdem die Parteileitung solche Resolutionen vorgeschlagen hatte. Wenn Werner sagt, in allen Gewerkschaften Berlins werde Politik getrieben, so stimmt das nicht. Ich bin Tabakarbeiter, bei uns wird keine Politik getrieben, denn wir würden dadurch den über ganz Deutschland zentralisirten Gesammtverein schädigen oder gar zur Auflösung bringen. Wollen wir Politik haben, so gehen wir in die öffentlichen Versammlungen,

dort können wir Politik treiben, soviel wir wollen. — Nicht nur der Agitation auf dem Lande schadet das Treiben der Opposition, uns in Berlin und unsere Agitation schädigt es noch bedeutend mehr. Die Versammlungen werden leer, wir sind nicht mehr im Stande, die Leute für uns zu begeistern, wenn die Auseinandersetzungen bis in Schlägereien ausarten, sodaß es selbst uns, die wir doch an derbe Worte gewöhnt sind, schließlich zu viel wird. Aus diesem Grunde können wir alle nur wünschen, daß ein ruhigerer Ton in Berlin platzgreifen möchte. (Beifall.)

Jacobey=Berlin: Der Referent Gottfried Schulz hat mitgetheilt, daß Beschwerden bei den Kontrolleuren nicht eingegangen sind. Das ist richtig. Wir haben aber trotzdem ein paar Fälle verhandelt, die ich hier vortragen will. Der Restaurateur Gaede, Berlin, Fennstraße 17, wurde im „Sozialdemokrat" als Polizeispitzel angeschuldigt und hat sich an den Vorstand gewandt, damit dieser seine Sache regle und die Schuld von ihm nehme. Nun ist es ganz unmöglich, daß der Parteivorstand oder sonst irgend Jemand diese Rücknahme veranlassen kann, weil man nicht weiß, wer die eiserne Maske war, die sich doch so gut bewährt hat, mit der wir große Vortheile errungen haben. — Ein anderer Fall aus Rostock ist auch nicht als Beschwerde an den Vorstand aufzufassen. Er betrifft Bebel, Kandt und Erdbeer in Rostock. Es liegt ein Brief in der Sache vor. . . (Unterbrechung; Ewald ruft: Nicht verlesen, weil er anonym ist!) Er ist unterschrieben: Lucinde Schwarz; es ist festgestellt, daß es eine Genossin dieses Namens dort nicht giebt. Es wird in dem Briefe behauptet, die Genossen sollten die Parteigelder verbrauchen, ohne Rechenschaft zu legen, Bebel wird bezeichnet als wahrscheinlich von der Regierung gekauft (stürmische Heiterkeit), weil er gesagt hat, wenn Krieg gegen Rußland kommt, dann werden wir gegen Rußland kämpfen müssen. Das ist Alles.

Ich komme nun noch auf Wildberger zurück. Wenn er sich gestattet, in einer großen Versammlung vor 1500 Menschen von einem Abgeordneten zu behaupten, er habe 3000 oder 5000 Mark geschenkt erhalten, weil er sonst bankerott geworden wäre, so muß er sich doch selbst sagen, was die Folgen solcher Verdächtigungen sein müssen, Man braucht nicht zu warten, bis das in die Provinz dringt; es schädigt uns selbst in Berlin am meisten. Wenn Werner sagt, es giebt keine geschlossene Opposition, so hat er Recht; es ist keine Opposition, sondern die reine Oppositionspest, welche wir aufs Aeußerste bekämpfen müssen! (Beifall.)

Bebel: Werner, der im Namen der Opposition sprach, hat drei Viertel seiner Redezeit mit Dingen verbraucht, die nicht hierher, sondern zur Frage der Taktik gehören, und das letzte Viertel nur in seinem Namen, nicht im Namen der Opposition gesprochen. Ich

halte das nochmals zu konstatiren für nöthig. Ich gehe auf die gegen die Taktik und gegen das Verhalten des Parteivorstandes zur Vollmar'schen Rede erhobenen Anklagen nicht ein, ich stelle nur fest, daß Schulze-Magdeburg die Anklage erhebt, daß der Vorstand nicht gegen diese Rede vorgegangen sei, während dieselbe Opposition immer darüber klagt, daß der Vorstand die Diktatur und keine freie Meinungsäußerung wolle. Es ist ferner festzustellen, daß der Vorstand gegen letztere niemals Front gemacht hat, sondern bloß gegen Angriffe und Verdächtigungen, die seine Ehre antasten. Nun hat Werner sich dagegen verwahrt, behauptet zu haben, daß die Parteileitung Günstlingswirthschaft, Speichelleckerei u. s. w. begünstigt habe, aber in der Art und Weise, wie er sich ausgedrückt hat, lag mindestens indirekt der Vorwurf, daß die Parteileitung sich derartige Personen gefallen ließe, und er hat sogar zwei Personen genannt, Baake und Glocke. Wenn etwas die Objektivität der jetzigen oder früheren Parteileitung beweist, dann sind es grade diese beiden Fälle. Baake ist seit 1884 in der Redaktion des „Volksblatts". Wir in der Fraktion und im Fraktionsvorstand wußten ganz genau, daß Baake gegen uns eingenommen war, daß er eine politische Ansicht vertrat, die nicht die unsere war. Wenn wir trotzdem Baake in seiner Stellung ließen, so frage ich Sie, wo ein glänzenderes Beispiel für unsere Objektivität gefunden werden kann als grade hier. Als eine Expeditionsstelle im „Volksblatt" frei war, haben wir uns an die Berliner Genossen gewandt, und da hat uns die Opposition, die damals in der Mehrheit war, Glocke vorgeschlagen, und obgleich wir wieder ganz genau wußten, welche Stellung er einnahm, haben wir ihn aufgenommen. Wenn nun beide im Laufe der Jahre erkannt haben, daß alle jene niederträchtigen, gegen uns erhobenen Verleumdungen auf Unwahrheit beruhten, so gereicht das den Betreffenden zur Ehre, wenn sie ihren früheren Irrthum offen bekannten. Wenn je eine Opposition erbärmlich und nichtig sich gezeigt hat, nachdem sie mit soviel Aplomb ins Leben getreten war, so ist es die der Werner und Wildberger. Auf Grund des Kassenberichts hätte man doch mit bestimmten Behauptungen herausrücken sollen über die Günstlingswirthschaft u. dgl. Wildberger schüttelt mit dem Kopf; na, ich werde ihn gleich zitiren. (Heiterkeit.) Wildberger hat sich nicht begnügt, jenen Fall mit dem Reichstagsabgeordneten anzuführen, sondern er erklärte nach S. 30 der Broschüre folgendes in der Versammlung des III. Wahlkreises am 22. September:

„Da die Presse, die unter dem Einfluß der Parteileitung steht, sich seit der Feenpalast-Versammlung gegen uns nur in Verdächtigungen und unfläthigen Schimpfereien ergeht, so können wir natürlich mit einem Parteitage, der in solchem Sinne zusammengesetzt ist, nichts anfangen. Wir könnten noch viel deut-

licher werden, wenn wir einmal beleuchten wollten, wie verwerflich der Parlamentarismus von der pekuniären Seite ist. Dann würde man uns freilich wieder Denunzianten nennen. Einem einseitigen Gerichtshofe des Parteitages unterbreiten wir nichts, weil wir von vornherein wissen, daß wir doch verurtheilt werden. Als Jesus geht man da hinein, als Teufel aber kommt man heraus."

Also ein einseitiger Gerichtshof, auf dessen Urtheil nichts zu geben ist! Es wundert mich nur, daß dann Wildberger sich die Mühe gegeben hat, hier zu erscheinen. — Er droht also ganz allgemein; das ganze System wird angegriffen. Es herrscht die Korruption innerhalb des parlamentarischen Kreises unserer Partei; das wird nicht ausgesprochen, liegt aber in den Worten; jeder Abgeordnete wird also auch pekuniär unterstützt u. s. w. Wenn solche Verdächtigungen ohne jeden Schatten von Beweis gegen ganz bestimmte Personen öffentlich ausgesprochen werden, dann frage ich, ob es auf der Welt überhaupt noch eine elendere und niederträchtigere Verleumdung giebt. Als Auer in einer Berliner Versammlung sagte, es seien keine Beschwerden gekommen, da erklärte Niederauer: Beschwerden sind waschkörbeweise vorhanden, aber man hat zur Parteileitung kein Vertrauen und darum kommt man nicht damit. Giebt es etwas Niederträchtigeres als dieses Verhalten, ehe man auch nur den Versuch einer Begründung seiner Beschwerde gemacht hat? Hätten Sie doch die Parteileitung auf die Probe gestellt! Aber Sie haben keine Beschwerde erhoben, und von den Waschkörben voll Beschwerden haben die heutigen Redner nicht einmal ein kleines Handkörbchen vorgebracht. Was sonst vorgetragen worden ist, kommt auf jedem Parteitage immer wieder vor, so die Klagen über mangelhafte Agitation, Broschürenverbreitung, Preßunterstützung u. s. f. Sie haben den Kassenbericht vor sich liegen. Keiner von der Opposition hat bis jetzt versucht, die Richtigkeit der Zahlen und die Loyalität der Verwendung der Gelder irgendwie zu bezweifeln. Dort liegen die Kassenbücher, sie stehen jedem Parteigenossen zur Verfügung, ich bin bereit, Jedem jede Auskunft zu geben. Wir spielen mit so offenen Karten. (Zwischenruf: Das bezweifelt Niemand!) Was Sie sagen! Was bedeutet denn Wildbergers Ausspruch anders, als Verschleuderung der Parteigelder, Sichmästen von den Parteigeldern (Widerspruch der Opposition) — ja, heute habt Ihr's nicht gewagt zu sagen (stürmische Zustimmung und Lärm), es ist eben traurig, daß Ihr heute nicht den Muth habt, diese Anklage zu erheben. —

Ich komme auf den Punkt „Unterstützungen" im Kassenbericht, nahezu 11 000 Mark. Darunter ist eine einzige, welche 500 Mark beträgt, das ist die höchste, diese Summe ist nicht an eine Person, sondern an eine Mehrzahl von Personen verabreicht worden, die

politisch gemaßregelt worden waren. Weiter sind darunter 3 Posten von je 400, davon erstrecken sich 2 wieder auf eine Mehrzahl gemaßregelter Personen, und der dritte wurde einem armen Parteidrucker als Unterstützung gewährt, weil er später tief in Noth und Elend kam: kein Abgeordneter hat da was erhalten. Die anderen Posten, es sind hunderte, gehen bis zu 25 Mark herunter. Nun die Darlehne. 2500 Mark, es ist wahr, sind geliehen worden gegen Sicherheit. Der Mann hatte eine Gefängnißstrafe von 9 Monaten zu verbüßen. Die Frau, die das Geschäft leitete, wurde im zweiten Monat vom Schlage getroffen; 4 kleine Kinder waren vorhanden. Der Genosse mußte Urlaub aus dem Gefängniß nachsuchen, den er auch erhielt. Derselbe mußte fremde Leute anstellen, da die Frau vom Schlage gelähmt blieb und nicht sprechen konnte, er aber mußte, von der unglücklichen Frau und den weinenden Kindern wieder zurück ins Gefängniß. Mit welchen Gefühlen brauche ich Ihnen wohl nicht erst zu sagen. (Allgemeine Zustimmung) Als er herauskam, war er ruinirt; er versuchte das Geschäft zu halten, hat das lange Zeit mit Hängen und Würgen gethan, und wenn ihn ein Vorwurf treffen kann, dann ist es der, daß er nicht früher an uns kam. Als dies aber endlich geschah, haben wir nicht ohne Weiteres gegeben, sondern zuerst eine ganz genaue Untersuchung der Geschäfts- und Familienverhältnisse vorgenommen und das Geld auch nicht als Geschenk gegeben, sondern gegen Verbürgung eines Kompagnons des Darleihers und wir haben sichere Aussicht, es wiederzubekommen. Wenn das Parteiverrath ist, so muß ich erklären, wenn ich solchen „Verrath" hundertfach auf dem Gewissen hätte, ich würde es mir zur Ehre rechnen. (Beifall.)

Soviel über diesen Punkt. Ich will mich damit begnügen und mich darauf beschränken, Ihnen eine Resolution vorzuschlagen Die Dinge können doch nicht ausgehen, wie das Hornberger Schießen; man kann nicht den Parteitag auseinander laufen lassen, ohne daß etwas Positives entschieden ist. Ich beantrage deshalb zu Punkt 1 und 3b der Tagesordnung:

> Der Parteitag wolle beschließen: Eine Kommission von 9 Mitgliedern zu ernennen, welche die Anklagen der Opposition in Bezug auf die Parteileitung und die Reichstagsfraktion, sowie die Anklagen, daß die Parteileitung bezw. der Parteivorstand gegen die Parteitaktik verstoßen habe, zu prüfen und dem Parteitag Bericht zu erstatten habe.

Diese Kommission soll erst in Funktion treten, wenn wir die Frage der Taktik erledigt haben, und es dürfen ihr selbstverständlich weder Mitglieder der Opposition, noch der Parteileitung, noch des Vorstandes angehören. Es sollen ganz unparteiische Personen sein, welche die Prüfung vorzunehmen und dann Bericht zu erstatten haben. Dann werden wir ja sehen, was dahinter steckt.

Kandt-Rostock beantragt, das ihn betreffende Schriftstück gleichfalls dieser Kommission zur Prüfung zu überweisen.

Der Antrag Bebel wird genügend unterstützt.

Frohme-Altona: Wenn noch etwas gefehlt hätte, die Berliner Opposition ins rechte Licht zu stellen, dann ist es jedenfalls ihr heutiges Auftreten gewesen. Dieses steht in so außerordentlichem Gegensatz zu ihrem Treiben in Berlin, daß es nicht nur in diesem Saale Aufsehen erregen wird. Die Herren haben dem „Echo" einen Vorwurf daraus gemacht, daß es zu dem Vorgehen der Opposition Stellung genommen hat. Das „Echo" soll sich einer unerhörten Sprechweise schuldig gemacht haben, sich in schmählichen Angriffen gegen die Opposition ergangen haben. Der betreffende Artikel wurde geschrieben, nachdem in einer Schuhmacherversammlung in Berlin die bekannte Resolution gegen Vollmar angenommen worden war. Wir haben es für nöthig gehalten, sachliche, prinzipielle Stellung zu den Fragen zu nehmen, um welche es sich in der Vollmar'schen Rede handelte. Wer im Stande ist, aus diesem Artikel einen unverschämten Ausdruck herauszufinden, der möge es versuchen. Irgend einer beliebigen gewerkschaftlichen Versammlung darf es nicht zustehen, derartig zu Gericht zu sitzen über einen abwesenden Parteigenossen, und noch dazu ohne genaue Kenntniß von dem, was der Betreffende wirklich gesagt hat. Unser Urtheil stützte sich lediglich auf das, was wir wußten, während die Herren von der Berliner Opposition ganz summarisch in Bausch und Bogen erklärt haben, Vollmar ist nicht mehr würdig, Vertreter des Proletariats zu sein. Daß das Entrüstung hervorrufen mußte, ist klar, und dieser Entrüstung haben auch wir Ausdruck gegeben, aber in einer Weise, die Sie nicht berechtigt, von einem unverschämten Angriff auf die Opposition zu sprechen. Ihnen gegenüber Rücksichten üben, Sie mit Glacehandschuhen anfassen, darauf haben Sie sich wahrhaftig kein Recht erworben.

Die Magdeburger „Volksstimme" hat sich nicht enthalten können, darauf anzuspielen, als habe man es im Hamburger „Echo" mit einem parteioffiziösen Organ und mit unserer Aeußerung als einer offiziösen zu thun; das sollte wohl heißen, wir seien vom Berliner Parteivorstand beeinflußt. Um derartigen thörichten Ansichten die Spitze abzubrechen, bin ich verpflichtet zu erklären, daß die Redaktion des „Echo" nicht die geringste Direktive vom Parteivorstand oder Parteileitung erhalten hat, durchaus selbständig arbeitet und keine Verhaltungsmaßregeln zu erbitten braucht.

Wenn Wildberger zu seiner Vertheidigung eine Sache in Anspruch nahm, welche vor 16 Jahren in Gotha zwischen Bebel und mir spielte, so hat er damit seiner Sache nichts genützt. Wollten doch die Herren sich zuvor genau über die Dinge informiren! Was dorten an persönlichen Auseinandersetzungen geschah, geschah offen

und ehrlich; nicht etwa, wie in Berlin, haben sich Kliquen gebildet, die erklärten: wir müssen die Partei vor Korruption bewahren. Ich hatte dort nichts anderes zu thun, als die mir von den Frankfurter Genossen gewordenen Aufträge zu erfüllen. Das und nichts anderes habe ich gethan, ich habe es sachlich gethan, der Kongreß hat die Beschwerde geprüft, es hat sich die völlige Grundlosigkeit der nicht von mir, sondern seitens ganz anderer Personen erhobenen Beschuldigungen herausgestellt, und damit war die Sache erledigt. Ich habe das hier eingeflochten, um dem Unfug ein Ende zu machen, der mit der Berufung auf diese 16 Jahre alten Vorgänge immerfort getrieben wird. Ich bemerke zum Schluß: Mir kann es nicht genügen, wenn die Herren hier Widerruf leisten, das ist für mich keine Garantie dafür, daß der Unfug nicht aufs Neue losgeht; wir müssen Garantien schaffen, daß Elemente, die sich in solcher Weise unwerth und unfähig gezeigt haben, unserer Sache zu dienen, nicht mehr als zur Partei gehörig betrachtet werden.

R. Fischer-Berlin: Auf den Antrag Bebel glaube ich nicht eingehen zu sollen; so wie die Stimmung hier ist, ist die Meinung darüber wohl schon gebildet: Die Opposition kam hierher, Anklage zu erheben, und vom ersten Augenblick an fand sie sich in der Lage, sich vertheidigen zu müssen. Ich will bloß eine Reihe von Einzelheiten feststellen und das von Frohme gestreifte Thema weiter ausführen. Werner tritt für den „guten Ton“ ein! Die Opposition thäte gut daran, diesen Rath zuerst auf sich selbst anzuwenden. Man braucht dabei bloß daran zu erinnern, wie Wildberger in der Eiskellerversammlung am 1. Mai sagte, er habe sich mit Ekel von der Partei abgewendet! — Mit Ekel abgewendet! Gewiß, aber nicht Herr Wildberger von der Partei, sondern eine ganze Reihe von Genossen hat sich mit Ekel von Herrn Wildberger abgewandt, nach seinen alkoholischen Exceſſen gelegentlich seiner Kandidatur im III. Berliner Wahlkreise. Nach Erscheinen der rothen März-Nummer der Berliner „Volkstribüne“ sagte der „Börsen-Courier“, diese Nummer verrathe durch den Ton, als ob sie von einem agent provocateur geschrieben sei, und da insinuirte niederträchtig die „Volkstribüne“ in einer Briefkastennotiz, der „Börsen-Courier“ habe diese Verleumdung vielleicht „aus jüdischer Nächstenliebe auf Anregung eines gewissen Herrn“ gebracht. Jedermann vermuthet, damit sei unser Genosse Bamberger gemeint — Jacob Bamberger, wie Herr Werner in Halle immer so besonders betonte. — Als dann der „Reichsbote“ diesen Namen nannte, hat man vom Anstande der „Volkstribüne“ nichts gehört, sie hat diesen nichtswürdigen Vorwurf gegen einen Genossen in ihren Spalten nicht zurückgenommen, aber auch nicht bewiesen, trotz der öffentlichen Bloßstellung im „Reichsboten“.

Und wie steht es mit der Magdeburger „Volksstimme“

in der von „burschenhafter Niedertracht“ in Bezug auf den Genossen Frohme die Rede ist, auf welche man nur mit einem Pfui! dienen könne? Und warum? Weil das „Echo“, nicht Frohme, geschrieben hatte, die Karte sei verrathen, es hätten sich anarchistische Elemente in die Opposition eingeschlichen. Und das ist Thatsache! Man braucht nur die Artikel der „Autonomie“ nachzulesen, nur daran zu denken, wie Berliner Genossen unter Bruch aller Parteiehre die gesammelten Parteigelder gemißbraucht haben, um einen sogenannten Kampffonds zu gründen, eingestandenermaßen zu dem Zweck, Mittel zur Verfügung zu haben, wenn einmal die Parteileitung sich weigern sollte, für die Leute von der Opposition im Falle von Verfolgung und Maßregelung einzutreten. Dieser „Kampffonds“ sollte aber eingestandenermaßen auch dazu dienen, Flugblätter gegen die Parteileitung herausgeben zu können und endlich gründete die Opposition diesen „Kampffonds“, wie einzelne Mitglieder ganz offen uns erklärten, dazu, daß, wenn einmal Jemand z. B. wegen Verbreitung der „Autonomie“ verhaftet werden und die Parteileitung die Unterstützung verweigern sollte, dann auch für diesen Zweck Mittel vorhanden seien. Für dieses Lumpenblatt, an dessen Spitze Jahre lang bezahlte Polizeispitzel standen, will man dergestalt eintreten. —

In der Magdeburger „Volksstimme“ vom 3. Juli wird einem Pastor Ballien demüthig Abbitte geleistet, weil die Ausdrücke „Lüge“ und „gelogen“ zweifellos beleidigender Natur seien; man bedauere lebhaft, sie gebraucht zu haben; zur Entschuldigung wird auf die momentane Erregung, von der man sich im heißen Kampfe habe hinreißen lassen, hingewiesen u. s. w. Dasselbe Blatt, welches gegenüber einem Pastor solche Erklärung losließ, hat es abgelehnt, eine Berichtigung aufzunehmen, daß Frohme nicht der Verfasser des betreffenden Artikels im „Echo“ sei. Wenn man also vom anständigen Tone reden will, dann fange die Opposition bei sich selber an.

Werner sagt nun, es gebe keine einheitliche Opposition, Jeder rede für sich. Ich glaube, das ist lediglich die Umschreibung des: Rette sich, wer kann! Jeder giebt den Andern preis. (Große Heiterkeit!) Werner den Wildberger, Wildberger den Werner! Diesen Kniff wollen wir aber nicht durchschlüpfen lassen. Werner ist ja der beste Beweis für die anerkannte und doch wieder abgeleugnete Homogenität der Opposition. Gestern haben sie einen Korreferenten verlangt, heute spricht er in ihrem Namen, freilich blos für seine Person. Die Opposition hat ferner in Berlin eine Versammlung einberufen, zu welcher alle die eingeladen wurden, die mit der bisherigen Taktik nicht einverstanden seien, Referent: Wildberger! Wenn die Opposition nicht homogen wäre, dann hatte die Einberufung einer solchen Versammlung gar keinen Sinn! (Zwischenruf: Sie hat nicht stattgefunden!) Sie hat nicht statt-

gefunden, aber warum nicht? Weil die Opposition in Berlin bereits wußte, wie die Stimmung in der Partei war; die Opposition, die ihre Biester, Feder, Goldberg vorher nie verleugnet hatte, wollte an diesem Abend die Verantwortung für deren Ausführungen nicht tragen. Ein weiterer Beweis für die Homogenität der Opposition ist das Flugblatt. Ist nicht die „Elite" der ganzen Opposition, 30—35 Mann, beisammengesessen, um das Flugblatt zu sanktioniren? Hat Werner nicht das Manuskript des Flugblatts in seiner Druckerei gehabt? Ist es nicht aus Werners Druckerei nach Magdeburg gewandert, und hat nicht Kampffmeyer ihm vom Druck abgerathen? Sind nicht die Verfasser des Flugblatts mit demselben bei Keßler gewesen, und hat der ihnen nicht erklärt, er würde den Druck nicht befürworten können? (Widerspruch.) Keßler ist hier, er hat es selbst geschrieben in seinem „Bauhandwerker." (Zwischenruf: Das ist nicht wahr!) Wir werden das Blatt herbeischaffen, es steht darin, er habe es vor der Drucklegung gesehen. (Werner: Gesehen hat er's!) Na, dann stimmt es doch. (Werner: Aber nicht hingegangen!) In einer Erklärung in der „Volkstribüne" hieß es sogar, Tausende bekennten sich zum Flugblatt. Wie hat dann die Magdeburger „Volksstimme" über dies Flugblatt sich ausgelassen? Da hieß es, es sei der Meinungsausdruck eines großen Theils der Berliner Parteigenossen, vor der ehrlichen Ueberzeugungstreue dieser Genossen müsse man Respekt haben. Und nachher erklärten alle die Genossen, nicht auf dem Boden des Flugblatts zu stehen, alles leugnet das Flugblatt ab, aber Niemand verwahrt sich gegen die darin enthaltenen Infamieen! Warum haben Sie das Flugblatt verleugnet? Aus Feigheit! (Große Unruhe bei der Opposition.) Sie wußten, daß alle diese Behauptungen und Unterschiebungen baare Lüge und nichtswürdige Verleumdung waren! (Vorsitzender Kloß bittet den Redner, sich zu mäßigen.) Ich gebe zu, daß ich etwas heftig geworden bin; aber wenn man heute hier dieses jämmerliche, weinerliche Entschuldigen hört, dann gehört ein hohes Maß von Kaltblütigkeit dazu, nicht in Entrüstung zu gerathen.

In der Magdeburger „Volksstimme" heißt es: „So wie das Flugblatt vorliegt, wird man sich freilich nicht der Ansicht verschließen können, daß es der Ausdruck der Meinungsäußerung eines großen Theils der Berliner Genossen ist; aber man wird ihnen mit Recht Mangel an Ueberzeugungstreue vorwerfen müssen, wenn sie vor persönlichem Konflikt zurückschrecken." Wenige Zeilen später wird Genosse Steck-Bern aus dem Schweizerischen „Sozialdemokrat" zitirt, daß das Flugblatt „von bester Meinung und anerkennenswerthem Ueberzeugungseifer diktirt erscheint." (Dr. Lux: Lesen Sie doch weiter!) Am Schlusse heißt es dann allerdings, daß der Versuch eines Nachweises der aufgestellten Be-

hauptungen nicht gemacht werde .... (Dr. Lux: Lesen Sie doch von den vergifteten Pfeil!) Dann kommt die Stelle von dem vergifteten Pfeil. Aber was soll damit bezweckt sein? Wenn man so schreibt wie hier, wo der Nachsatz immer wieder aufhebt, was der Vordersatz behauptet, so ist das die Sprache des Charakterlosen, der nicht den Muth hat, Nein zu sagen. Ich meine, wenn es zu einer Trennung kommt, so kann diese nicht damit motivirt werden, daß innerhalb der Partei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind, sondern die Partei muß erklären, sie hält diese Leute für unwürdig, ihr anzugehören, sie will mit solchen unsauberen Elementen nichts mehr zu thun haben! (Zustimmung.)

Sailer-Luckenwalde: Welchen ungeheuren Schaden haben diese Angriffe der Opposition, diese Verleumdungen und Verdächtigungen angerichtet! Sie wissen und begreifen nicht, was es heißt, wenn die Rittergutsbesitzer unter Verwerthung dieser falschen Behauptungen ihre Leute aufhetzen, uns aus den Dörfern hinauszutreiben, ja hinauszuprügeln!

Pëus-Berlin VI: Es wird hauptsächlich darauf ankommen, daß wir den Typus der Opposition erkennen, und obwohl Werner nicht für die andern eintreten will, ist er doch gerade ein Typus. Er ist nicht zu fassen, er rutscht einem immer aus den Fingern heraus, man weiß nicht, wo man ihn nehmen soll. Bald sagt er ja, bald nein, er erklärt sich gegen das Flugblatt, und dann spricht er eine ganze Stunde Dinge, welche lediglich Aeußerungen aus dem Flugblatt sind. So auch heute wieder. Man muß fast dahin kommen, daß er unehrlich ist, oder er weiß selber nicht, was er sagt. Es ist unbedingt nothwendig, die Sache in Ordnung zu bringen; wir haben alle Veranlassung, uns mit ganzer Kraft auf die Indifferenten und die Feinde zu stürzen, und da ist es wahrhaftig von der größten Bedeutung, daß diese Kinkerlitzchen und Kleinigkeiten verschwinden. Nach dem Parteitage muß es nirgendwo mehr möglich sein, daß die Sache wie bisher weiter getrieben werden kann.

Glocke-Berlin: Obgleich ich einsehe, daß die Zeit des Parteitages kostbar ist, muß ich doch nach der Art, wie Werner mich in die Debatte hineinzog, einige Worte erwidern. Wenn ich 1887 oppositionell war, so hing das damals zusammen mit dem Kampf gegen das „Volksblatt", weil wir von einem Herrn, der zu jener Zeit im „Volksblatt" war und den Werner damals als Schuft bezeichnete, während er ihn heute wieder Freund nennt, nämlich von Herrn Liesländer, dahin informirt worden waren, daß es mit der Abrechnung beim „Volksblatt" nicht in Ordnung sei. Wir haben dann Einsicht genommen und fanden, daß kein Grund vorlag, zu zweifeln, weil alles in Ordnung war. Mit Zustimmung der Betheiligten wurde damals auch das Blatt aus dem Privat-

besitz in den Parteibesitz übergeführt. Schippel, der doch unser Aller Haupt war, erwähnt Werner gar nicht. Bei meiner Opposition gegen die Stadtverordnetenwahlen lag die Sache ebenso; ich war gegen die Betheiligung, die Majorität hat anders entschieden. In Bezug auf den sog. Anarchistenklub habe ich ja im „Vorwärts“ erklärt, welche Motive uns leiteten. Daß ich gesagt hätte, wir wären eine pure Reformpartei geworden, hat Werner aus der Luft gegriffen. Diesen Ausdruck kann ich deswegen schon nicht gebraucht haben, weil ich jeder Zeit für die Arbeiterschutzgesetzgebung eingetreten bin.

Schultze-Königsberg: Dem Vorstande ist ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß er das „Königsberger Volksblatt“ nicht genügend unterstützt hat. Ich halte es daher für meine Pflicht, die Sache hier klarzulegen, damit die Genossen sich ein Bild machen können. Wie überall im Deutschen Reich, brach sich auch bei uns der Gedanke Bahn, daß wir ein Lokal- oder Provinzialblatt haben müßten. Wir wandten uns an den Vorstand, erhielten aber den Bescheid, daß wir die Gründung unterlassen sollten, weil keine Mittel zur Verfügung ständen, andererseits das Blatt nicht lebensfähig sei. Trotzdem haben wir es gegründet, und in gewisser Beziehung ist ihm auch Unterstützung zu Theil geworden. Wenn es auch ein Fehler war, die Verhältnisse in Ost- und Westpreußen rechtfertigten in allererster Linie doch den Versuch der Gründung, weil die Ostprovinz ganz abgeschlossen von den übrigen Landestheilen liegt und agitatorische Kräfte nicht zur Verfügung stehen. Seit der letzten Reichstagswahl haben wir ziemlich die Hälfte der besten aktiven Parteigenossen verloren, weil sie vorgezogen haben, nach Berlin, Hamburg u. s. w. auszuwandern. Das bewirkte auch das Eingehen des Blattes. Die Schuldenlast war zu groß. Selbst wenn der Parteivorstand alle Schulden bezahlt und weitere Mittel hergegeben hätte, das Blatt wäre doch nicht zu halten gewesen. (Hört! hört!) Auch in diesem Jahre wurde vom Vorstande Unterstützung sowohl zur Agitation als zur Deckung der alten Schulden gewährt.

Was die Opposition betrifft, so kann ich es nicht begreifen, wie sie in solcher Weise Platz greifen konnte. Jedenfalls hat sie unserer Sache den schlechtesten Dienst erwiesen. Wenn wir uns in der Agitation an die breiten Massen, welche noch nicht im Banne unserer Ideen stehen, wenden, und wenn von den Gegnern hervorgehoben wird, seht, das sind die Personen, welche sich als Apostel hinstellen, seht, wie da mit den Arbeitergroschen gewirthschaftet wird, wie sie sich selbst in den Haaren liegen u. s. w., so schädigt uns das ganz enorm. Was dann Wildbergers Behauptung wegen des Arbeiterschutzgesetzentwurfs betrifft, so kann ich mich nur Bebel anschließen, erweitere aber seine Ausführungen, indem ich hinzu-

füge, daß der Entwurf nicht blos jedem Abgeordneten zugeschickt, sondern daß der weitaus größte Theil der Fraktionsmitglieder Anträge zu demselben gestellt hat, mithin die Behauptung Wildbergers ein leeres Nichts ist. Welchen Eindruck aber müssen derartige Behauptungen auf die große Masse des Volks ausüben! Jeder Parteigenosse sollte sich zur Pflicht machen, Alles zu thun, um die Wiederkehr so unschöner Dinge im Parteiinteresse zu verhindern! (Beifall!)

Stamm beantragt den Schluß der Diskussion; der Antrag wird genügend unterstützt. Gegen denselben spricht Auerbach, mit speziellem Bezug auf die Angriffe gegen die Magdeburger „Volksstimme". Lasse man hier Redefreiheit walten, so könne ein gut Theil Ausführungen später erspart werden.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Wernau-Potsdam. Redner spricht für eine andere Regelung der Thätigkeit der Kontrolleure, welche im Falle von Differenzen selbstständig eingreifen und nicht erst warten sollen, bis Beschwerden an sie gelangen. Weiter konstatirt derselbe die Existenz des sogenannten Kampffonds. Dieser Fonds ist nicht ganz klein, er beträgt 3000 Mark. Ich meine nun, daß es gar nicht erforderlich ist, daß die Vertrauensmänner eine öffentliche Versammlung einberufen, um gegen einen solchen Unfug, wie er im VI. Berliner Wahlkreise vorgekommen ist, vorzugehen. Nach § 2 des Organisationsstatuts kann zur Partei nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms, oder wer sich ehrloser Handlungen schuldig gemacht hat. Wenn nun die Kontrolleure befugt sind, ein Schiedsgericht zusammenzuberufen über Personen, welche sich etwas haben zu Schulden kommen lassen, so müßten sie auch in der Lage und befugt sein, solche Leute vor ihr Forum zu laden und von ihnen Rechenschaft zu verlangen.

Joest-Mainz: Ich habe schon auf dem Haller Kongreß mich dafür ausgesprochen, daß mit diesen Elementen einfach Kehraus gemacht werden müsse. Wenn wir heute den Ausschluß dieser Opposition nicht beschließen, dann haben wir auf dem nächsten Kongreß dieselbe Geschichte wieder (Zustimmung!). Ich bin der Letzte, der vor der Fraktion auf dem Bauche liegt und die freie Meinungsäußerung beschränken will. Aber Verleumdungen, Verdächtigungen in einem derartigen Kampfe zum Gaudium der Gegner — das ist keine Opposition, sondern Krakehlerei um des Krakehles willen. — Entweder die Berliner Opposition bringt Beweise für ihre Behauptungen, oder wir machen die Thür der Partei ein- für allemal für sie zu. Jedes Winkelblättchen der gegnerischen Presse bringt jeden Tag eine Schmierecke über die Berliner Opposition, Zusammenstellungen aller niederträchtigen Ausdrücke. Eine ultramontane Zeitung hat ganze Columnen zusammen-

gestellt von Invektiven, die man sich in den Berliner Versammlungen an den Kopf geworfen hat. Stellen Sie sich vor, ein solches Blatt wird auf dem Lande gelesen — wie sollen wir da agitiren? Die Leute sagen: Ihr seid selbst nicht einig, Ihr seid eigentlich Gesindel. Also hinaus mit solchen Leuten! (Beifall.)

Liebknecht: Mit dem eigenthümlichen Zartgefühl, welches Herr Werner hat, wenn es gilt, die Ehre unserer Gegner zu wahren, hat er es sehr hart empfunden, daß ich Herrn Richter einmal einen sogenannten „Wäschediebstahl" vorgeworfen habe. Diese Thatsache ist, wie es scheint, von den Parteigenossen außerhalb Berlins und in Berlin nicht überall genügend begriffen worden, so daß es nöthig ist, sie kurz zu erklären. Es wurde im Winter d. J. von der „Vossischen Zeitung" in einer sehr scharfen Notiz darauf hingewiesen, daß gewisse Schriftstücke, welche die „Vossische Zeitung" allein gehabt habe, in einer anderen Zeitung der gleichen Partei plagiarisch entwendet worden seien und daß Derjenige, der es gethan habe, dabei die Taktik jener Wäschediebe befolgt habe, die, wenn sie Hemden stehlen, die Zeichen herausnehmen; er habe nämlich einige Worte und unwesentliche Wendungen geändert. Diese Notiz bezog sich auf die „Freisinnige Zeitung" und wir haben dies — natürlich zum Scherz, man kann ja nicht immer ernsthaft sein — Herrn Richter verschiedentlich unter die Nase gehalten, er hat aber niemals darauf reagirt. Immerhin aber war er ein paar Tage ruhig und anständig. Herr Werner hat den Vorgang einfach nicht begriffen.

Es ist mir weiter vorgeworfen worden, ich hätte in der Polemik mit Nieuwenhuis das Maß des parlamentarischen Anstandes überschritten — es ist doch wunderbar, wie Herr Werner auf einmal für parlamentarischen Anstand schwärmt. Ich habe hier einfach zu konstatiren, daß ich bei der Polemik mit Nieuwenhuis im „Vorwärts" genau so wie auf dem Brüsseler Kongreß, wo ich auf Wunsch und unter Billigung aller Parteigenossen die gegen die deutsche Partei geschleuderten schlimmsten Verdächtigungen zurückwies, mich einfach abwehrend verhielt.

Es wurde ferner gesagt, der „Vorwärts" hätte keine Berichtigungen aufgenommen. Mein Grundsatz ist: innerhalb der Partei giebt es für mich keine Partei. Und auch Herr Werner, so lange er in der Partei ist, hat für mich, als Redakteur des „Vorwärts", ganz genau dasselbe Recht, in Bezug auf seine Meinung berücksichtigt zu werden, wie mein Freund Bebel. Unparteiischer kann kein Mensch sein, und wenn die Herren von der Opposition loyal sein wollen, so werden sie zugeben, daß der „Vorwärts" mit Objektivität und Unparteilichkeit gehandelt hat.

Ich erkläre aber, daß ich alles, was Bebel und Fischer hier ausgeführt haben, abgesehen vielleicht von einigen persönlichen Dingen, voll und ganz unterstütze und vertrete. Das Recht der

freien Meinungsäußerung, der Kritik, wird von keinem Parteigenossen rückhaltloser anerkannt, wie gerade von mir. Man kann von Bebel und mir und jedem meiner Freunde meinetwegen in denkbar schärfster Form sagen: Ihr habt taktisch die und die Fehler gemacht, die die Partei schädigen können. Aber wir sind eine organisirte, geschlossene Partei, und es ist nothwendig, daß man diejenigen Instanzen durchgeht, die man durchgehen muß, bevor man an die Oeffentlichkeit mit Beschwerden und Anschuldigungen geht. Dieses absolute Recht der Kritik nicht blos unserer öffentlichen Thätigkeit, sondern auch der ganzen Parteitaktik und des Parteiprogramms erkenne ich Jedem zu. Aber hier hat man es mit Leuten zu thun, die niemals im Stande gewesen sind, eine Anklage zu präzisiren, von denen bis heute nicht Einer etwas Bestimmtes vorgebracht hat. Alles, was sie vorbringen, ist nebelhaft. Es sind unbestimmte Verdächtigungen in die Welt geschleudert worden, Verdächtigungen, die bei unseren Genossen ja sehr wenig Schaden angerichtet haben, unsere Partei aber trotzdem schwer geschädigt haben. Das Arsenal unserer Gegner ist in den letzten Monaten von den Herren der Berliner Opposition gefüllt worden. (Lebhafte Zustimmung.) Die schlimmsten Beschuldigungen, welche die Gegner jemals in ihrer Schamlosigkeit gegen uns erhoben haben: daß wir „Führer“ uns von den Arbeitergroschen mästeten, daß wir die Partei korrumpirten, sind von der Opposition bestätigt worden vor den Augen der urtheilslosen Masse, und dies ist von allen unseren Gegnern gegen uns ausgenutzt worden. Man hat nicht den Bebel, den Singer, mich und Auer bestimmter Vergehen beschuldigt — das hätte man leicht zurückweisen können — die ganze Partei ist verdächtigt und beschmutzt worden. Hätte man uns persönlich Handlungen vorgeworfen, dann hätte man uns, wenn wir wirklich gefehlt hätten, einfach beseitigen müssen. Aber alle Beschuldigungen waren nicht faßbar, eine einzelne Person war nicht bezeichnet, das Ganze wurde angeschwärzt und das war das Vergehen, ich möchte fast sagen, das Verbrechen gegen die Partei. Und nun, nachdem wir Ihnen vollen Spielraum gewährt hatten — wir hätten Sie in Berlin spielend erdrücken können — erleben wir jetzt das Schauspiel, daß Sie absolut nichts vorzubringen wissen. Es ist wirklich ein allgemeines sauve qui peut! Ebenso unkörperhaft wie Ihre Verdächtigungen ist Ihre Opposition gewesen. Jetzt sind es auf einmal ein paar „oppositionelle Elemente!“ So kommen Sie uns nicht durch, Kinder sind wir nicht, die mit sich spielen lassen. Sie haben alle Ihre Waffen benutzt, nun heißt es eingestanden für die Folgen Ihrer Handlungen! Sie haben die Partei geschädigt, wie die Feinde sie niemals schädigen können, in Bezug auf das Ansehen in den indifferenten, noch nicht gewonnenen Kreisen, die wir erobern wollen. Genug — jetzt ist die Reihe an uns. Unsere Ankläger und Verdächtiger sind die Angeklagten geworden.

Sie sitzen auf der Anklagebank! Die Kommission wird über Sie richten, und es werden die Maßregeln getroffen werden, welche nothwendig sind, um die Ehre und das Interesse der Partei zu wahren! (Stürmischer Beifall.)

Metzner-Berlin: Ich möchte vor allem der Vermuthung begegnen, als ob die Schuhmacher in Berlin die Anschauungen theilen, wie sie in der bekannten Resolution zum Ausdruck gebracht sind. Jene Versammlung, die sich allerdings eine Schuhmacherversammlung nannte und auch eine solche war, war ungefähr von 120 Personen besucht, und diese haben unter dem Vorsitz Niederauer's jenen Beschluß gefaßt, von dem heute Niederauer selbst sagte, die Schuhmacher seien zu demselben nicht kompetent gewesen.

Grillenberger erklärt zunächst den Artikel der „Fränk. Tagespost" gegen Werner zwar nicht geschrieben zu haben, aber er billigt den Inhalt desselben. Werner hat mir dann den sog. Trauerrand der „Fränkischen Tagespost" am Todestage des Kaisers Friedrich zum Vorwurf gemacht. Ich habe seiner Zeit auf Wunsch Auers eine Anzahl Exemplare der betreffenden Nummer nach Berlin geschickt, damit sie dort gezeigt würden, und ich habe gedacht, daß Werner, der doch Fachmann ist, weiß, wie ein Trauerrand aussieht. Wir halten es so schon von jeher, daß besonders wichtige Artikel durch derartige Auszeichnungen hervorgehoben werden. Wir zeichnen jede Abonnementseinladung durch fette Linien oben und unten aus, besonders wichtige Bekanntmachungen des Parteivorstandes werden in der Weise gekennzeichnet, ebenso Aufforderungen zu Wahlzwecken u. s. w. Auch in diesem Falle ist weder von einer Trauer noch einer Halbtrauer die Rede, sondern es war einfach ein besonderes Hervorheben dieses Artikels für angezeigt gehalten worden. Bei der Art und Weise, wie heute Morgen Werner in geradezu jammerbarer Weise den Hals aus der Schlinge zu ziehen suchte, begreife ich, daß man zu solchen jämmerlichen Manövern greifen muß, um Verdächtigungen zu erheben. Ich kann die Berliner im Allgemeinen nicht davon freisprechen, daß sie sehr stark daran schuld sind, daß der Unfug sich in der Weise auswachsen konnte (Zurufe); ich nehme auch die Parteileitung nicht aus. Sie hätte dieser Gesellschaft rechtzeitig den Daumen auf das Auge drücken müssen. Ich beschuldige die Berliner, daß sie einen solchen Menschen, wie Werner, der nach dem Haller Beschluß unmöglich als Parteigenosse gelten konnte, in einer Reihe von Versammlungen wieder auftreten ließen, sogar als Referenten. Das hätte in keiner anderen Stadt Deutschlands vorkommen können. Das war nur möglich bei zerfahrenen Verhältnissen (Zurufe), allenfalls noch in Magdeburg, das will ich zugeben (große Heiterkeit), die haben es den Berlinern abgeguckt, wie sie sich räuspern und spucken. Jetzt hat man in Berlin die Bescheerung

Heute Vormittag hat Schulze-Magdeburg versucht es so hinzustellen, als ob die Resolutionen, die so zahlreich aus den Provinzen eingegangen sind gegen den Berliner Skandal, eine künstliche Mache Seitens des Parteivorstandes wären. (Große Unruhe; Ruf von der Opposition: Ist noch nicht widerlegt worden; Bebel: beweisen Sie doch erst!) Wenn der Genosse Schulze jemals Gelegenheit gehabt hätte, über den nächsten Umkreis von Magdeburg hinauszukommen, dann würde er gefunden haben, daß die Aufregung in den parteigenössischen Kreisen eine geradezu hochgradige ist. Sie (zur Opposition) beschweren sich über die 3—5000 Mk., die einem Parteigenossen als Darlehen gegeben worden sind. Wenn dieser Stank nicht die Zeit des Parteitages in Anspruch nehmen würde, so würden die Parteigenossen des ganzen Landes das Doppelte von dem ersparen, was diesem gegeben ist. Wir müssen uns hier zwei Tage mit diesen elenden Verdächtigungen, mit all diesem Unrath herumbalgen, zwei kostbare Tage vertrödeln, um derartige Sachen zurückzuweisen, blos weil es den Herren beliebt hat, derartige Karten zu mischen.

Von blos sporadisch vorhandenen oppositionellen Elementen kann nicht gesprochen werden; es handelt sich um eine praktisch organisirte Opposition. Ein Nürnberger Parteigenosse hat sich bei der Expedition der „Volkstribüne" Flugblätter bestellt, denn wir waren neugierig, dieses Machwerk kennen zu lernen. Trotzdem nun die Herren hier erklären, daß sie mit diesem Flugblatt nichts zu thun haben, und trotzdem eine Person vorgeschoben wurde, die mit der Abfassung des Flugblatts gar nichts zu thun hat, sind doch die Flugblätter durch die Expedition der „Volkstribüne" prompt zugeschickt worden (hört! hört! Unruhe), ein Beweis, daß die ganze Gesellschaft unter einer Decke steckt. Diese Kanäle gehen noch sehr viel weiter. Die unsauberen Artikel in der „Autonomie" rühren aus denselben Kreisen her. (Sehr richtig!) Es ist alles dasselbe Machwerk, und wenn die Herren Lust haben, die „Autonomie" dauernd als ihr Partei-Organ zu erklären, dann mögen sie es ruhig sagen. Der Parteitag wird Sorge tragen, daß ihnen die Gelegenheit dazu nicht genommen wird.

Was die Berliner Preßkommission betrifft, so sollte sich der Parteivorstand hüten, sich eine solche Ruthe aufzubinden. Diese Kommission würde nur eine Brutstätte für neue Stänkereien sein. (Lebhafter Beifall.)

Gerisch: Schulze-Magdeburg hat mir vorgeworfen, daß ich gelegentlich eines Referats in der Provinz Sachsen ein Tadelsvotum gegen die Berliner Opposition bestellt hätte. Der betreffende Genosse, der mir bereits von früher gut bekannt ist, trat vor Beginn der Versammlung an mich heran, wiederholte die Klagen über die Berliner Opposition, die auch heute hier laut geworden sind,

und sprach seine Absicht aus, ein Tadelsvotum gegen die Berliner Opposition zu beantragen. Ich habe darauf erklärt: Gut, das ist Ihre Sache, wenn Sie es thun wollen, ich habe nichts dagegen. Ich habe noch niemals, so oft ich gegen die Berliner Opposition prinzipiell Stellung genommen, Veranlassung gehabt, Jemanden zu animiren, einen derartigen Antrag zu stellen. Ich habe aber auch keinen Grund gehabt, Jemand von der Stellung eines solchen Antrages abzuhalten. Allerdings wurde der Antrag erst eingebracht, als ich schon weggefahren war. Der Antrag war auch unnöthig, weil die Versammlung sich einmüthig und einstimmig ohne Diskussion mit der von mir vertheidigten Taktik der bisherigen Parteileitung einverstanden erklärt hatte. Damit hatte sie ihr Verdikt ausgesprochen. Wenn Schulze aus diesem einen Fall den Beweis konstruiren will, daß die Tadelsvoten künstlich inszenirt worden seien, so ist ihm dies schmählich mißglückt.

Heine geht auf die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen ein. In einer Ascherslebener Versammlung hat mir Köster vorgeworfen, ich hätte erklärt, sowohl vor dem Magdeburger Gericht wie in Versammlungen und Flugblättern, auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft zu stehen. Köster wollte die gedruckten Beweise dafür in Händen haben. Früher hatte er mir vorgeworfen, ich hätte den Sieg in Aschersleben nur dadurch errungen, daß ich die Grundsätze der Partei verleugnet hätte; auch dafür wollte er die Beweise beibringen Drittens hat er mir vorgeworfen, ich hätte mich in die Angelegenheiten des Wahlkreises Wanzleben unberechtigter Weise eingemischt. Ich habe diese Angriffe einfach im „Vorwärts“ als unwahr zurückgewiesen und Köster aufgefordert, Beweise zu bringen. Er hat aber keinen Beweis gebracht und wird auch keinen bringen können.

Heine konstatirt nun, daß auf dem Provinzial-Parteitag der Provinz Sachsen in Halle, wo seine Kandidatur für den Kreis Calbe-Aschersleben beschlossen wurde und wo seine jetzigen Magdeburger Gegner zahlreich anwesend waren, dieselben kein Wort dagegen einzuwenden hatten. Keiner hat den Mund au gethan und den Muth gehabt, gegen mich aufzutreten. Damals wäre es die Pflicht der Opposition gewesen zu sprechen, wenn gegen mich etwas vorlag, was mich unwürdig machte.

Kater-Barleben erklärt, daß nachdem Gerisch festgestellt hat, daß er Niemand zu dem erwähnten Antrag angestiftet hat, die Sache für ihn erledigt sei. Die Wahl eines besonderen Vertrauensmanns für Buckau kann er nicht billigen.

Die Opposition selbst hat uns sehr wenig Kopfschmerzen gemacht. Man hat sich in unserem Wahlkreise prinzipiell auf den Beschluß des Hallenser Parteitages gestellt und danach gehandelt. Wir haben mit der Agitation genug zu thun.

Es wurde bei uns erwogen, ob ich nicht den Antrag stellen sollte, daß die Reichstags-Fraktion während der Dauer des Reichstages, da doch nicht alle Abgeordneten an den Verhandlungen des Reichstages theilzunehmen brauchen, mehrere von ihnen abkommandiren möchte, um der Landagitation zu dienen. Ich halte diesen Gedanken für erwägenswerth. Es kommt ja überall darauf an, was gesprochen wird, aber die Genossen wollen nun einmal Leute aus weit entlegenen Städten und Abgeordnete hören.

Trautwein-Quedlinburg: Von Seiten der Magdeburger Opposition wurde gegen die Gründung unseres Blattes gesagt, es wäre eine Gemeinheit, eine solche Zeitung gegen die „Volksstimme" in's Leben zu rufen. Nun, die „Sonntags-Zeitung" hat jetzt bereits 8500 Abonnenten in zwei ländlichen Wahlkreisen! Die Opposition nützt sogar die kleinen Differenzen in den kleinen Städten, die dort immer vorkommen werden, aus. Bei uns holte man sich einen Opponenten aus Magdeburg, und das war die einzige Versammlung, die wegen Radau's aufgelöst wurde. Das haben auch die Genossen in Wanzleben gewußt. Als Köster nicht zum Kandidaten gewählt werden konnte, holte man sich Werner zum Radaumachen. Und diese Herren beklagen sich über Diktatur! (Beifall.)

Schmidt-Zwickau: Wenn die Berliner Opponenten sagen, das Vorgehen der Opposition hätte uns keinen Schaden gebracht, dann verweise ich auf die Sächsischen Wahlen, da haben uns die Gegner Schlagworte vorgehalten wie: Bebel wird von den eigenen Genossen ein bezahlter Schmarotzer, Stadthagen ein Erzlump genannt u. s. w. Meine Auftraggeber wünschen, daß die Opposition entweder ihre Beschuldigungen beweist oder widerruft, andernfalls sind sie als zu uns gehörig nicht mehr zu betrachten. (Beifall.)

Mittag-Giebichenstein: Man hätte überhaupt nicht soviel Aufhebens von der Berliner Opposition machen, nicht soviel Resolutionen im Lande fassen sollen. Die dadurch entstandene Aufregung hat den Gegnern nur neuen Stoff gegen uns geliefert. Mit Vorwürfen, wie sie Grillenberger erhoben hat, sollte man sparsamer sein. Wir sollten, soviel in unserer Macht steht, dafür sorgen, daß die Genossen mehr auf eigenen Füßen stehen. Redner ist gegen den Antrag der Zwickauer Genossen und für die Annahme des Antrages Niederauer.

Hosang-Dessau: Nachdem der vorige Parteitag sich bereits mit der Opposition beschäftigt hatte, hätte man glauben sollen, daß die Sache erledigt sei. Wir haben uns getäuscht. Im Lande draußen erscheint die Opposition in der That als kompakte Masse, und der Landrath nützt ihre Beschuldigungen gegen uns weidlich aus. Das sollte dem Genossen Schulze am wenigsten verborgen sein. Redner konstatirt, daß in Halle keine Stimme gegen Heine's Kandidatur laut wurde.

Ehrhardt-Ludwigshafen: Ich bedauere, daß die Diskussion über den Bericht des Vorstandes so mit den Berliner Sachen ver-

quickt wurde, und so Verschiedentliches vielleicht, was man dem Parteivorstande am Zeuge flicken kann, nicht zum Ausdruck kommt. Auer sagte, das gesprochene Wort sei besser als das geschriebene. Vielleicht hat sich der alte Schlaumeier hier einmal festgenagelt. Er, der sonst weniger Gewicht auf das gesprochene Wort legte, und es so meisterhaft verstanden hat, wenn irgendwo ein sogenanntes „Paradepferd" verlangt wurde, das den Leuten in gemüthlicher Weise auszustreichen, hier hat er dem gesprochenen Wort selbst das Lob geredet, und ich hoffe, daß das in's Protokoll kommt, damit man später einmal darauf zurückkommen kann. Dann hat er klargelegt, es sei in Berlin ebenfalls ein himmelschreiendes Bedürfniß nach Rednern. Nun, ich dächte, in Berlin sei ein reiner Wolkenbruch von Versammlungen und man könnte da unter Umständen etwas sparen und die Kräfte mehr auf das Land senden und die „Parteigötter" sollten zum Volke heruntersteigen und in großen Versammlungen sprechen, das könnte den guten Erfolg haben, daß die Leute sich endlich selbst fragen, na, warum sind das eigentlich Götter, die sehen ja grade so aus wie Andere, und wenn die Leute diese „Götter" ein- oder zweimal gehört hätten, dann würden sie befriedigt sein. Man hat hier gesagt, Süddeutschland sei dabei nicht zu kurz gekommen. Man scheint aber unter Süddeutschland bloß das Bierland zu verstehen. (Heiterkeit.) Bebel und Liebknecht waren im Sommer dort, obwohl sowohl in München wie in Nürnberg schon je ein „Gott" residirte. (Heiterkeit.) Was dem einen recht ist, ist dem andern billig, auch in Bezug auf die Presse.

Den Antrag Niederauer finde ich nicht sehr praktisch. Wir waren Alle im Lande damit einverstanden, daß der Parteivorstand eine Resolution gebracht hat.

Die Opposition hat auch auf mich hier einen unangenehmen Eindruck gemacht. Ich hätte bestimmt erwartet und im Lande hat man das verlangt, daß die Opposition mit bestimmten Daten hervortrete, denn es giebt überall Solche, die oppositionell veranlagt sind. Wildberger hat in einer Berliner Versammlung geäußert, was brauchen wir in Berlin auf das Land Rücksicht zu nehmen. Ich frage ihn, ist das überhaupt gehörig? Darin liegt eine große Herzlosigkeit und Ungerechtigkeit. Gewiß haben sich auch die Berliner große Verdienste erworben, aber es ist unwürdig, Anschuldigungen zu machen, ohne mit den Beweisen herauszurücken, man glaubt sonst, es sind blos faule Flausen, um sich den Rückzug zu decken. Indem die Berliner Opposition ohne Prüfung der Sachlage Vollmar für unwürdig erklärte, hat sie die Partei auf das Schwerste geschädigt. Das ist die Art von Kindern oder Solchen, die nicht ermessen, was sie sagen. (Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß die Redezeit verstrichen sei.) Eine Minute habe ich noch! (Der Vorsitzende bestätigt dies; stürmische

Heiterkeit.) Es ist im höchsten Grade verwerflich, wenn Leute, die in der Bewegung erst ihre Fähigkeiten zu beweisen haben, Männer wie Bebel und Liebknecht in solcher Weise angreifen. Ich verehre auch keine Götter, aber Denjenigen, der sich in der Partei verdient gemacht hat, den achte und ehre ich.

Auer bemerkt, daß Erhardts Beschwerden über mangelnde Agitation der Abgeordneten in Süd-Westdeutschland eine Umschreibung der alten Klage sei, daß Bebel und Liebknecht nicht überall und zu gleicher Zeit sein können. Allerdings haben wir den Wunsch der Mannheimer bei der Gründung ihres Blattes unberücksichtigt lassen müssen. Wenn Erhardt aber einmal davon sprach, dann hätte er doch ehrlich genug sein müssen, um anzuführen, was außerdem geschehen ist. Kaum ist die Tinte trocken auf der Quittung über 1500 Mark, die zur Begleichung von Agitationsschulden nach Mannheim geschickt worden sind! Ich meine, 1500 Mark nach einem Orte wie Mannheim ist eine ganz respektable Summe. Mit bloßen Kalauern ist nichts gethan. Ehrhardt spricht das so hin, wir gehen auseinander, aber die Sache kommt in die Presse und richtet allerlei Unheil an. Ehrhardt war so gütig, uns eine besondere Vorliebe für das Bier gegenüber dem Wein in der Pfalz zuzuschreiben. Er sagt: Kaum war Bebel in Nürnberg, so ist auch schon Liebknecht dagewesen! Aus Bayern bekommen wir aber genau dieselben Vorwürfe, daß die Reichstagsabgeordneten sich dort nicht sehen lassen. Ein so alter, in der Partei erfahrener Genosse müßte Schlaumeier genug sein, um so abgedroschene Dinge hier nicht vorzubringen. (Heiterkeit.)

Alfons Beyer-Cottbus spricht gegen die Opposition und erklärt, daß deren Treiben nur in Berlin möglich sei. In anderen Parteiorten wären die Herren schon längst vor die Thüre gesetzt. (Heiterkeit.)

Lütgens beantragt den Schluß der Diskussion.

Dr. Lux spricht dagegen. Es müsse ihm gestattet werden, sich gegen die Angriffe von Fischer und Meist zu vertheidigen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt und die weitere Berathung auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Schluß gegen 7 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Freitag, den 16. Oktober.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Verhandlungen um 9¼ Uhr.

Eine große Anzahl weiterer aus dem Aus- und Inlande inzwischen eingegangener Zuschriften und Telegramme wird zur Kenntniß des Parteitages gebracht.

Zur Geschäftsordnung ist von Kalnbach, Volderauer u. Gen. ein Antrag eingelaufen, nur noch Redner der Opposition und des Parteivorstandes zu diesem Gegenstand der Tagesordnung sprechen zu lassen. Derselbe wird abgelehnt.

Schmalfeldt-Stade will das Tischtuch nicht durchschneiden, obwohl er das parteischädigende dieser Art Opposition verurtheilt. Redner erinnert an die Differenzen im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein unter Schweitzer, später unter Hasenclever in Hamburg. Eine kleine Gruppe abgesprengter Lassalleaner in Altona habe veranlaßt, daß der Altonaer Wahlkreis 1877 verloren ging.

Gegen den Antrag Niederauer muß ich mich entschieden erklären. Es ist viel besser, wenn in diesen Dingen Einheitlichkeit herrscht, es bleibe wie bisher, daß bei solchen wichtigen Anlässen die Resolutionen von der Parteileitung ausgearbeitet werden. Es kann sonst dazu kommen, daß Dummheiten begangen werden.

Ich komme nun noch kurz auf die Wahlbewegung im 19. Kreise Hannover zurück Mit Unrecht stellt Auer es so dar, als ob bei uns alles in Ordnung gewesen wäre. Den ganzen Tag sind hier gestern von da und dort Klagen vorgetragen worden; aber, wenn überhaupt von Vernachlässigung gesprochen werden kann, dann ist es im 19. hannoverschen Wahlkreise der Fall (Widerspruch). Ich werde das beweisen. Es sind nicht 6, sondern nur 4 Abgeordnete bei uns thätig gewesen (Heiterkeit). Diese 4 haben nur jeder eine einzige Versammlung abgehalten (Widerspruch). In einem Briefe von der Parteileitung waren Metzger, Schwartz und Molkenbuhr zur Verfügung gestellt worden von dem Tage an, wo die Wahl ausgeschrieben war. Es kommt aber noch besser. Als das Wahlkomitee sich beklagte, hieß es einfach in dem Bescheide, wir sollten keine allzu großen Anstrengungen machen, denn in Berlin wäre die Ansicht vorherrschend, daß Bismarck sofort im ersten Wahlgange Sieger bleiben würde Das bewies, daß der Parteivorstand sich über die Lage nicht orientirt hatte; sie hätten den Papst aufstellen können, der wäre im ersten Wahlgange auch nicht gewählt worden. Das konnte der Parteivorstand wissen. Daß dieser Brief bei uns verschnupfte, daß er nicht dazu diente, den Muth der Genossen im Kampfe zu steigern, brauche ich wohl nicht zu erwähnen. Weil dies alles nun einmal aufgewärmt worden und es andererseits so hingestellt wurde, als wenn alles gethan war, mußte ich den Sachverhalt hier klar stellen. Molkenbuhr hat nur eine einzige Versammlung in Bremerhaven abgehalten (Molkenbuhr: Weil ich nicht zu mehr aufgefordert wurde!). Vier Abgeordnete sind dagewesen und vier Reden haben sie gehalten, keine einzige mehr!

Referent Auer: Ich mache wieder von dem Rechte der thatsächlichen Berichtigung namens des Parteivorstandes Gebrauch, indem ich zunächst erkläre, daß Genosse Molkenbuhr mir im Moment

mitgetheilt hat, daß er volle 8 Tage zur Verfügung gestanden hat, aber mit Ausnahme einer einzigen keine Einladung zum Sprechen erhalten hat. An wem das gelegen, weiß ich nicht; es muß wohl bei der Leitung im Wahlkreise nicht alles in Ordnung gewesen sein. Es ist auch nicht richtig, daß nur in vier Versammlungen Abgeordnete gesprochen haben. Ulrich allein, der von uns auch hinuntergeschickt wurde, erinnert sich ganz bestimmt an Versammlungen, die er abhielt; wahrscheinlich aber sind es drei gewesen. Ulrich ist es gegangen wie Molkenbuhr. Depesche um Depesche traf um ihn ein; als er ankam, war im Wahlkreise nicht einmal eine Versammlung einberufen. Uebrigens genügt ja das Gelächter, das sich erhob, zur Charakterisirung der Klage darüber, daß nur 4 Abgeordnete da waren. Zu der Zeit war der Reichstag beisammen, wichtige Aufgaben waren dort zu erledigen, und auch von anderen Seiten als blos von Geestemünde wurden an die Fraktion Anforderungen gestellt; dennoch standen die Agitatoren zur Verfügung. Den Genossen im Wahlkreise haben wir geschrieben — wenn ich nicht irre, ist der Brief von mir —, sie sollten sich darüber nicht täuschen, daß, wie die Dinge lagen, ihre sanguinischen Hoffnungen auf Eroberung des Wahlkreises nicht in Erfüllung gehen würden, daran sei nicht zu denken (Werner: Hört, hört!) — Wollen Sie, Werner, den Wahlkreis erobern? (Heiterkeit) —, sie sollten nicht zwecklos Gelder wegwerfen. Aus den Parteikreisen heraus gingen uns von den verschiedensten Seiten Briefe zu, worin man sich über diese reine Verschleuderung der Gelder beklagte. Wir haben nicht gesagt, die Genossen sollten keine Anstrengungen machen, das ist absolut nicht wahr, sondern sie sollten nicht allzu sanguinischen Hoffnungen sich hingeben. Im Uebrigen war der Brief speziell zur Stichwahl hinuntergeschickt, wo eine Aussicht auf Sieg ausgeschlossen war.

Auerbach: Durch alle gestrigen Reden zog sich der Gedanke hindurch: es muß unbedingt unter der Opposition eine Verbindung bestehen! Die dafür vorgebrachten Gründe erinnerten mich lebhaft an die Justiz unter dem Sozialistengesetz. Ist es etwa ein Nachweis, wenn gesagt wird: ein Nürnberger Genosse hat sich an den Expedienten der „Volks-Tribüne" gewandt und Exemplare des Flugblattes zugesandt erhalten? — Zufällig steht der Expedient der Opposition nahe, deshalb hat er die Flugblätter gehabt. — Nun hat man gesagt, Werner hätte bei seinen Versuchen, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen, einen jammerbaren Eindruck gemacht (Sehr richtig!). Ich gestehe Ihnen das Recht zu, diesen Eindruck zu haben, aber mögen Sie sagen, was Sie wollen, wir werden uns durch Sie nicht verleiten lassen, Dummheiten zu machen (große Heiterkeit; Ruf: Das können Sie schon allein!), — nicht bestimmen lassen, die Verantwortung für Dinge auf uns zu nehmen, die wir verabscheuen und verwerfen. — Ich verstehe und begreife das Gefühl,

welches Wildberger beseelt, wenn er die beiden Abgeordneten nicht nennen will, die ihm die Mittheilung wegen des Arbeiterschutzgesetzentwurfs gemacht haben, daß er lieber zu Grunde gehen will (Gelächter).

Aber die beiden Abgeordneten sollten sich überlegen, wenn Wildberger einen so anständigen Standpunkt einnimmt, ob es nicht ihre Pflicht ist, in unserem Interesse, im Interesse der anständigen Opposition hervorzutreten und zu erklären, daß sie Wildberger diese Mittheilung gemacht haben.

Die Geschichte vom Trauerrand der „Fränkischen Tagespost“ soll nach Grillenberger erlogen sein. Wenn Grillenberger sagt, diese Hervorhebung des Todes des Kaisers Friedrich wäre erfolgt, weil er und ein großer Theil der Genossen Kaiser Friedrich für einen Mann hielt, der den Frieden sichern und das Sozialistengesetz beseitigen würde, ist das nicht schon ein Grund dafür, Front zu machen gegen solche unsozialdemokratischen Anschauungen? Grillenberger aber sagt weiter, die Berliner Opposition hätte sehr viel Schaden angerichtet, von jedem Spießbürger müsse man sich anrempeln lassen; Ehrhardt sprach von den alten Weibern, mit denen man sich herumschlagen müsse. Wir fragen den Teufel nach beiden; das ist ja eben unsere sachliche Differenz: Wir schielen nicht nach der indifferenten Masse, um sie um jeden Preis an uns heranzuziehen. Wer noch nicht so weit ist mit seinem Verständniß, daß er sich durch diese Auseinandersetzungen abschrecken läßt, der ist einfach noch nicht reif für unsere Partei (Unterbrechung), ja, das ist allerdings ein sachlicher Standpunkt. Wenn solch ein Proletarier noch etwas wartet mit seinem Eintritt in die Partei (Heiterkeit) so ist es besser und für die Partei von weit größerem Vortheil. Was Sie Opposition nennen, ist eine Gliederpuppe, die Sie sich selbst zurechtgemacht haben und auf die Sie losschlagen. Der Fall Vollmar ist nicht von der Opposition herangezogen worden, sondern eine öffentliche Schuhmacherversammlung hat darüber gesprochen, und hat mit ihrer Resolution weit über das Ziel hinausgeschossen. Darüber kann man einfach lächeln, aber die Versammlung hatte doch das Recht und die Pflicht, sich mit der Rede zu beschäftigen, sie hat sich damit ein Verdienst erworben. Nun aber die Magdeburger Opposition. Immerfort wird betont, das Recht der freien Meinungsäußerung soll nicht beschränkt werden; aber geben Sie dann nur gleich ein Zentimetermaß mit auf den Weg, daß Jeder weiß, bis wohin sie zugelassen und wo sie abgeschnitten wird. In Magdeburg fand kurz nach Bebels Rede im Feenpalast eine Versammlung statt. Bebel hatte im Feenpalast, wenn nicht gesagt, so doch ganz bestimmt gemeint, es müsse der Opposition, wenn sie mit der Parteileitung und der Taktik nicht einverstanden sei und nicht aufhöre, dagegen anzukämpfen, Gelegenheit gegeben werden, eine

neue Partei zu gründen. (Zustimmung Bebel's.) In der Magdeburger Versammlung wurde nun eine Resolution eingebracht, welche dahin zielte, sich gegen diese Bebel'sche Meinung zu erklären, weil die Magdeburger Genossen der Meinung seien, es müßte für alle auf dem Boden des Klassenkampfes Stehenden Raum innerhalb der Partei sein. Die Resolution fand in einer späteren Versammlung Annahme.

Was nun die Schädigung der Landagitation betrifft (die Redezeit des Redners ist bereits überschritten, die Versammlung gestattet ihm, weiter zu sprechen), so sage ich Ihnen, die relativ ungünstigen Erfolge der Landagitation sind kein ausschlaggebender Grund gegen Opposition. Denken Sie doch an die sofort nach dem vorigen Parteitage ergangenen Aufrufe, die die Gutsbesitzer an die Peitsche, an die Hunde erlassen hatten (Heiterkeit), um die sozialdemokratischen Agitatoren abzuwehren! Es trifft hier dasselbe zu, wie bei dem industriellen Proletariat; diejenigen, welche sich durch diesen häuslichen Zwist abhalten lassen, in unsere Partei zu kommen, an denen liegt mir und einem Theil meiner Genossen außerordentlich wenig. Diese Zwiste giebt es ja überall, wo es Sozialdemokraten giebt. Sie haben die Macht, die Opposition auszuschließen. Die Opposition wird Sie nicht einen Augenblick bitten, sie drinzulassen. Ich warne Sie. Sie führen damit eine immerwährend funktionirende Guillotine ein. Zu Anarchisten werden Sie uns nicht machen; wir bleiben, was wir gewesen sind, revolutionäre Sozialdemokraten!

Herbert-Stettin weist die Ausstellungen Wernau's an dem System der Kontrolleure zurück. Die Befürchtung, daß den Beschwerdeführern ihr Recht nicht geschehen werde, müsse er zurückweisen; die Kontrolleure wohnten doch in verschiedenen Städten und ständen den Beschwerden ganz unbefangen gegenüber. Vorschläge, wie es besser zu machen, habe Niemand verlautbart.

Hoffmann-Zeitz wiederholt die alten Klagen wegen des Nichtkommens von Reichstagsabgeordneten zu Versammlungen. Wissenschaftliche Broschüren können wir auf dem Lande nicht verbreiten, die sind unmöglich zu lesen. Wenn man absolut Literatur verbreiten will, dann ginge es dadurch, daß man Sachen in spannendem Erzählungston schriebe und überhaupt den Feuilletons unserer Parteizeitungen etwas mehr Aufmerksamkeit schenkte. — Zur Opposition stehe ich ähnlich wie Schmalfeldt.

Ich halte es nicht mit Meist für Schwäche, wenn wir die Opposition nicht hinausweisen. Da messen wir doch der Opposition viel zu viel Werth zu. Nachdem die Opposition so schwere Anklagen erhoben und für die schwersten, auf deren Begründung wir gespannt waren, keine Beweise hat erbringen können, hat sie sich die Sympathien entzogen, besonders Wildberger, der jetzt zu „ehrenhaft" ist, um die Namen der beiden Abgeordneten zu nennen. Er

ist verpflichtet, die Namen zu nennen, denn solche Abgeordnete müssen gerügt werden. Nennen Sie sie nicht, dann müssen Sie sich gefallen lassen, daß, außer Auerbach, hier im Saale Keiner an Ihre Behauptung glaubt. (Sehr richtig!)

Schöder=Niederbarnim konstatirt, daß auch auf dem Lande die Opposition kraft ihrer Agitation schon Boden gewonnen habe. Das erkläre sich nicht schwer. Wenn Grillenberger sage, es sei eine Schande, die Vertreter der Opposition zu Versammlungsreferenten zu bestellen, so möge das richtig sein, aber es seien eben für die Landbevölkerung nicht leicht Referenten zu erlangen und das Lob müsse der Opposition gezollt werden, daß sie stets am bereitwilligsten solchen Aufforderungen entsprochen habe. Die Opposition müsse voll und ganz gehört werden, von ihren persönlichen Anklagen sei nichts erwiesen, wohl aber werde man bei der Taktik ein weiteres Wort reden können.

Stabernack=Berlin I.: Der gestrige Vorwurf gegen die Berliner, daß sie nicht Kehraus gemacht hätten, war ungerecht. Wir sind mit dem Bewußtsein hierhergekommen, daß die Sache hier auf dem Parteitage geregelt werden muß. Wir haben die Sache sehr lange überdrüssig; hier muß das letzte Wort gesprochen werden.

Ein Schlußantrag wird eingebracht und von Agster befürwortet, während Bebel den Schluß bekämpft, da man um keinen Preis der Welt der Opposition auch nur den Schein der Berechtigung zu der Behauptung geben solle, daß ihr das Wort abgeschnitten sei.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Jeup=Gelsenkirchen: Ich halte den Weg, tabula rasa zu machen, für einen sehr gefährlichen, der zu noch gefährlicheren Konsequenzen führt. Wenn die Mehrheit des Parteitages die Opposition ausschließen will, muß sie auch Diejenigen ausschließen, die hinter ihr stehen. Man darf nicht die Opposition im Allgemeinen anklagen, die Anklage muß eine formulirte sein, eine solche vermisse ich bis jetzt. Wählen Sie nicht den Weg der Ausschließung, damit wir nachher nicht zu sagen brauchen, es war ein Fehler.

Dr. Lux=Magdeburg II.: Der Nachweis der geheimen Verbindung der Opposition sollte durch die Einführung des Begriffes der konkludenten Handlungen erbracht werden. Soweit sich diese auf die Magdeburger „Volksstimme" beziehen, ist der Nachweis kläglich gescheitert. Ich habe hier zu erklären, daß ich persönlich nie auf dem Boden der Opposition gestanden habe, noch stehe. Ich habe nur versucht, die Opposition rein objektiv zu beurtheilen, sie in Schutz zu nehmen gegen maßlose Angriffe, die mir ungerecht schienen. Insbesondere habe ich den Beschluß der Schuhmacherversammlung kritisirt und als formellen Verstoß zurückgewiesen.

Ich kam in eine Diskussion mit dem Hamburger „Echo", sie wurde von unserer Seite rein sachlich geführt. Nun kamen die Versammlungen, welche in Magdeburg zu einer Spaltung geführt haben. In einer Versammlung zu Buckau wurde den Magdeburger Genossen der Vorwurf entgegengeschleudert, sie verfolgten eine anarchistische Taktik; der gleiche Vorwurf ist dort der „Volksstimme" gemacht worden. Einem Bericht in der „Volksstimme" entnimmt das „Echo" nur diejenigen Stellen, welche sich auf den Vorwurf der anarchistischen Taktik beziehen. Inzwischen wird es bekannt, daß der Verfasser des Flugblattes der Berliner Opposition mit Anarchisten in Verbindung stehen solle. Das „Echo" schreibt: „Der Beweis ist erbracht, die Karten sind verrathen; in Magdeburg spielt der gleiche Fall, das Weitere wird sich auf dem Parteitage finden."

Nun frage ich einen Menschen, wenn zwei Nummern vorher dieser Vorwurf der anarchistischen Taktik gemacht worden ist und dann gesagt wird, in Magdeburg spielt der gleiche Fall wie in Berlin, so wird es für Jeden klar sein, daß der Vorwurf sich zunächst auf die „Volksstimme" bezog. Durch nichts war diese denkbar schwerste Beleidigung bewiesen; wenn ich auf zwei Ohrfeigen, welche mir das Hamburger „Echo" ertheilte, mit einer recht kräftigen replizirte, so wird mir das kein Mensch übel nehmen. Geirrt habe ich mich darin, daß Frohme selbst der Verfasser war; er war weg, es war die Redaktion des „Echo"; ich kann also das gegen Frohme Gesagte zurücknehmen, aber nicht gegen die Redaktion, so lange nicht der Beweis erbracht wird, daß sich bei uns Anarchisten finden und daß ich selbst Anarchist sei. Nun zog gestern Fischer eine Erklärung an, worin die „Volksstimme" eine Beleidigung gegen einen Geistlichen zurückzog. Beleidiger war Genosse Köster. Nun ist es für einen Jeden, der auf Anstand und Sitte hält, nichts weiter als eine Ehrenpflicht, eine ungerechte Beleidigung zurückzuziehen. Und bedenken Sie noch: Köster hat bereits mehr als drei Jahre lang im Gefängniß gesessen, er hatte damals schon wieder 18 Monate abzusitzen, außerdem schweben gegen ihn noch 5 Klagen, und wenn hier eine Beleidigung zurückzunehmen war, warum sollte das nicht geschehen, auch wenn sie gegen einen Geistlichen gerichtet war? (Zwischenruf: Frohme!) Fischer hat, was die Leitung des politischen Theils Frohme gegenüber gethan hat, in einen Kuddelmuddel geworfen mit dem, was Köster gethan hat. Nun kam bei Fischer das Flugblatt und der Artikel der „Volksstimme" darüber, aus welchem Fischer tendenziös alles verlas, was mich in Mißkredit bringen kann, aber alles ausließ, wo ich erkläre, ich stehe nicht auf diesem Boden u. s. w. Meine persönliche Ansicht ist es gewesen, daß ein großer Theil der Berliner Genossen dahinter steht, sonst kann man ein Flugblatt wie dieses, das doch

erhebliche Kosten macht, nicht drucken (Ruf: Na, na!) — und wenn ich das sagte, habe ich denn anerkannt, daß ich auf dem Boden stehe? Nein! (Zwischenruf: Das hat auch Niemand gesagt!) Weiter sagte ich in dem Artikel: es ist der schwerste Vorwurf, aus dem Hinterhalt den Gegner anzugreifen, anstatt sich ihm muthig entgegenzustellen, und gerade in diesem Fälle, wo die „Jungen“ den „Alten“ gegenüber ihren Standpunkt präzisiren wollten, muß das Flugblatt als ein vergifteter Pfeil erscheinen ... An eine Machination der Polizei glauben wir nicht, wir schließen uns lieber dem Schweizer Genossen Steck an, der das Flugblatt als von persönlicher Ueberzeugungstreue und in bester Meinung geschrieben erklärt. (Bewegung.) Wir stehen auch in diesem neuen Kampf nicht auf Seiten der „Jungen“, während wir die Entgegnungen, die sie gefunden haben, nicht für richtig halten. — Das ist der Kernpunkt; weil ich glaube, genau so wie Genosse Steck, daß etwas konzilianteres Entgegenkommen dem Streit die Spitze abgebrochen hätte, deshalb zog ich sein Urtheil heran. Aber da bin ich mit der Verurtheilung des Flugblatts noch nicht zu Ende: Steck hätte die Form tadeln, sie einer scharfen Kritik unterziehen müssen, bemerkte ich gegen Steck, die aufgestellten Behauptungen hätten bewiesen werden müssen.

Man hat von Seiten Fischers und Frohmes versucht, auch mich auf die Anklagebank vor die Neunerkommission zu zerren. Gut, ich gehe ruhig hinein, aber dann muß Herr Fischer auch mit! er hat verdächtigt, ohne mit Beweisen zu dienen, er hat tendenziös entstellt, wo mit der größten Objektivität von der Parteileitung vorgegangen werden sollte, hat Fischer Haß gepredigt in der Partei der Bruderliebe!

Riesop-Bromberg: Seit ich in Berlin wohne, werde ich von verschiedenen Leuten der Opposition angerüffelt, daß wir nur an den Rockschößen der Fraktion und des Parteivorstandes hingen Gestern nun waren die Herren Werner und Wildberger die anständigsten, unschuldigsten Leute, gestern haben sie gesprochen, wie es sich gehört. Aber hätten Sie den Juliversammlungen beigewohnt, hätten Sie da die Verdächtigungen, die Drohungen gehört, dann hätten auch Sie die Meinung bekommen, daß ein scharfes Urtheil nothwendig ist. Wir von Berlin haben ein Interesse daran, daß endlich ein Ende gemacht werde.

Landé-Elberfeld: Seitens des Vorstandes und der Mehrzahl der Redner sind Vorwürfe gegen die Opposition gerichtet worden. Ich habe dabei ein Bedenken im Auftrage der meisten meiner Mandatgeber vorzubringen. Die Herren von der Opposition haben heute hier erklärt, daß sie mit einander nicht zusammenhängen, Jeder vielmehr nur für das verantwortlich ist, was er selbst gethan hat. Ich bin nun zwar auch der Ansicht, daß es mindestens

Mangel an Muth zeigt, wenn der Einzelne dasjenige, womit er sich früher ausdrücklich oder schweigend einverstanden erklärte, jetzt von sich abweist. Aber dem Einzelnen können wir das Recht nicht verweigern, ihn nur zu richten nach dem, was er selbst gethan hat. (Sehr richtig!) Wir haben diese Verpflichtung gegen uns selbst. Es scheint mir das Richtige, gegen die Opposition eine Resolution zu fassen, weiter etwas zu thun, scheint mir unmöglich, man weiß nicht, wogegen dieses weitere sich wenden würde, wir müssen uns hier an die einzelnen Personen halten. Da aber die Opposition keine Anklagen erhoben, sondern sich auf die Anklagebank gestellt hat, so muß der von Bebel beantragten Kommission aufgegeben werden, nicht die Anklagen der Opposition zu prüfen, sondern zu prüfen, inwieweit Werner u. s. w. sich vergangen haben, und dann Vorschläge zu machen, was zu geschehen hat, um diesen Schädigungen entgegenzutreten.

Wildberger: Unsere Schuld ist es nicht, wenn wir zu dieser Stunde noch bei Punkt 1 stehen. Ich habe schon gestern früh erklärt, daß ich nichts weiter vorzubringen hätte, als mich zu verwahren gegen die Anschuldigungen, als hätte ich meine beiden Behauptungen aus der Luft gegriffen. Das Flugblatt richtet sich nicht gegen den Vorstand oder die Parteileitung, sondern gegen die Taktik der Partei überhaupt. Bei diesem Punkte der Taktik werden wir alles Dahingehörige vorbringen. Unser Streit ist rein prinzipiell, keine persönlichen Angriffe sind gefallen. Bebel sprach gestern von Günstlingswirthschaft, von der Hingabe von Parteigeldern an Schmarotzer und Schweifwedler. Das zu behaupten ist keinem Einzigen von uns eingefallen, die beiden erwähnten Punkte sind die einzigen, die zu Punkt 1 gehören, und es war gar nicht angebracht, daß Bebel gestern früh den materiellen Standpunkt des betreffenden Abgeordneten so speziell beleuchtete, denn ich hatte vorher ausdrücklich gesagt, daß ich nicht aus Bosheit, sondern weil man mich in jener Versammlung dazu zwang und nur vergleichsweise das Beispiel jenes Fraktionsmitgliedes heranzog. Ich habe für solche Lagen eines Genossen soviel Herz wie jeder Andere und weiß auch genau, daß man das Geld ihm so gab, wie Bebel dargelegt hat. Damit ist doch keine Verdächtigung gegen den Vorstand ausgesprochen, das kann mir Niemand unterschieben. In dem andern Fall bedaure ich nur, daß Sie Edelmuth oder Edelsinn nicht verstehen. (Unterbrechung.) Sie können solches nicht fühlen, das beweist Ihr Verhalten. (Zwischenruf: Das Partei-Interesse steht höher!) Ich weiß ganz genau, sobald ich die beiden nenne, wird gegen mich und auch gegen diese beiden der Kongreß ein Urtheil sprechen, dann die Fraktion, dann die Wähler, sie werden dreimal verurtheilt werden. Darum sage ich nochmals: Wenn Sie durchaus ein Opfer haben wollen, so nehmen Sie mich! (Heiterkeit

und Unterbrechungen.) Gestern sagte Frohme, ich hätte mir keinen Dienst geleistet, als ich Gotha anzog. Ich wollte das auch gar nicht, sondern damit nur sagen, daß gerade Frohme am allerwenigsten berufen ist, uns zu schulmeistern und zu brandmarken.

Nun hat man verschiedentlich den Vorwurf erhoben, daß wir uns gegenseitig verleugnen. Ich verleugne garnichts, ich verleugne Werner nicht, ich verleugne auch das Flugblatt nicht, ich werde nachher das vom Flugblatt Behauptete zu beweisen versuchen, wie in jener Berliner Versammlung. Ich bin zu allerletzt ein F igling, Herr Fischer! Das mögen Sie sich merken; ich stehe stets ein für das, was ich thue und sage, und ist es mir auch nicht ganz gleichgiltig, was Sie über uns beschließen, so läßt es mich doch ziemlich kalt. Wenn die Taktik in der bisherigen Weise weiter geht, wird ein Vertragen zwischen uns und der Partei niemals zu Stande kommen; wenn Sie nicht bis zu einem gewissen Grade Notiz nehmen wollen von dem, was wir wollen, dann ist es besser, Sie schließen uns gleich aus. (Bebel: Sehr richtig!) Ich habe noch zu erklären, daß ich vor der Kommission nicht erscheinen werde. Bebel wollte gestern den Kongreß gegen mich einnehmen, weil ich dessen Unparteilichkeit bestritten habe. Ich weiß nicht, wer diesen Bericht über die Anschuldigungen dem Parteivorstand geliefert hat, im „Vorwärts" stand er nicht; zum Theil ist er ja richtig. Ich habe in jener Versammlung am 22. September gesagt, nachdem ich schon mehrere Meter Resolutionen habe zusammenkleben können (Redner hält einen meterlangen mit Ausschnitten beklebten Papierstreifen unter der Heiterkeit des Parteitages in die Höhe), wonach also die große Majorität der Partei Stellung gegen uns genommen, sei es zwecklos, dort auf dem Parteitag vor einer Kommission zu erscheinen. Wir werden schon um deßwillen verurtheilt werden, weil die Form an und für sich genau so wie im bürgerlichen Prozeßverfahren beleidigend ist. Deßwegen werde ich nicht erscheinen.

Werner: In den Anschuldigungen wird S. 4 gegen mich bemerkt:

„Angesichts dieses Treibens und der ungemeinen Schädigung, welche durch dasselbe unsere Partei besonders in der Provinz erleidet, hat sich der Parteivorstand genöthigt gesehen, unterm 11. September dieses Jahres an die Opposition die Aufforderung zu richten:

„ihre Anschuldigungen genau zu formuliren und unter Beifügung des nöthigen Beweismaterials dem Erfurter Parteitag zu unterbreiten."

Was ich behauptet hatte, ist Folgendes: (Redner zitirt nochmals, wie schon gestern, im Wortlaute die persönliche Bemerkung betr. Glocke und Baake und den radikalen Klub.) Wo ist hier mit einem Worte von Parteigeldern die Rede?

Was sagt der Parteivorstand am 12. September in seinem Anschreiben an die sogenannte Opposition? Er erklärt einfach, die Berliner Opposition solle „den Nachweis führen, daß der Parteivorstand Parteigelder an Schmarotzer und Schweifwedler gegeben hat." Wie kommt denn der Parteivorstand dazu, die „Parteigelder" da hineinzubringen? Wer hat davon gesprochen? Ist das nicht eine Verdrehung der Thatsachen? In der Anklageschrift steht weiter unter Punkt 7, S. 24: „Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und ebnen so den Boden zur Schwenkung nach rechts." Im Flugblatt S. 11, letzter Absatz heißt es aber: „Die Majorität einer politischen Partei ist sehr oft eine rein zufällige und setzt sich auch bei der Sozialdemokratie, namentlich seit den letzten Wahlen, aus den verschiedensten Interessengruppen zusammen. Majoritätsbeschlüsse kommen daher fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und haben sehr oft mit den Prinzipien in der eigenen Partei sehr wenig gemein, sondern sie laufen diesen Prinzipien öfter schnurstracks zuwider und ebnen so den Boden einer Schwenkung nach rechts." (Zuruf: Ist dasselbe!) Wo ist hier von der Fraktion die Rede? Auf eine so unsichere Grundlage stellt man eine Anklage! So macht es auch jeder Staatsanwalt.

Auf dieselbe Gehässigkeit muß ich es zurückführen, wenn Genosse Fischer, der ganz genau weiß, in welchem Verhältniß ich mich zur „Berliner Volkstribüne" befinde, hier in der Befürwortung des guten Tons sagt, wir sollten doch erst einmal auf die „Berliner Volkstribüne" in dieser Beziehung einwirken. Ich habe mit der „Volkstribüne" weiter nichts gemein, als daß ich dieselbe drucke. Ueber der „Berliner Volkstribüne" steht eine in einer Berliner Volksversammlung gewählte Preßkommission, und ich werde mich schönstens hüten, irgendwie in die Redaktionsarbeiten dieses oder jenes Redakteurs der Blätter, die bei mir gedruckt werden, hineinzuschnüffeln.

Janghänel beantragt den Schluß der Debatte.

Dagegen spricht Fischer.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Leid-Niederbarnim bestätigt, daß die Berichte über die Radauversammlungen draußen im Lande nicht günstig wirken.

Wendt-Kamenz: Ich habe selten eine Opposition auftreten sehen, die, deutsch gesagt, das Maul voller genommen und die kläglicher die Segel gestrichen hätte, als die Berliner Opposition. Auf die Sozialdemokratie wird das nicht ohne tiefen Eindruck bleiben können. Machen wir ein Ende mit dieser „Opposition".

Ein abermaliger Schlußantrag wird abgelehnt.

Eine Reihe Redner verzichten aufs Wort.

Schweer-Hamburg I hätte auch verzichtet, wenn ihm nicht daran gelegen hätte, gegenüber der Insinuation, „in Hamburg wühlt es auch", zu konstatiren, daß der I. Hamburger Wahlkreis sich mit der Taktik der Parteileitung vollständig einverstanden erklärt habe. Das Treiben gewisser Berliner Parteigenossen sei ein unwürdiges.

Frohme-Altona: Herr Lux hat eine Darstellung über den Ursprung des Streits zwischen der „Magdeburger Volksstimme" und dem Hamburger „Echo" gegeben, welche der Wahrheit nicht entspricht. Die „Magdeburger Volksstimme" hat gleich zu Anfang des Streits zur Berliner Opposition eine Stellung eingenommen, die eine mehr als zweideutige war. Herr Lux hat allerdings eine die deutsche sozialdemokratische Partei beleidigende Aeußerung des französischen Blattes „Bataille" abgedruckt, in welcher uns Chauvinismus, Verletzung des Prinzips der Internationalität u. s. w. vorgeworfen wird, und sich ausdrücklich etwas darauf zu Gute gethan, daß die „Magdeburger Volksstimme" das einzige Blatt gewesen sei, welches von dieser Aeußerung Notiz genommen habe. Er hat versucht, die Sache so darzustellen, als sei die Berliner Opposition mit der Annahme ihrer Resolution gegen Vollmar durchaus in ihrem Rechte gewesen und als handle es sich da nur um einen Formfehler, darauf habe ich dann im Hamburger „Echo" dieses geradezu unerhörte Zwickmühlenspiel der „Magdeburger Volksstimme" gehörig beleuchtet. Wie Herr Lux zur Berliner Opposition steht, geht daraus hervor, daß er dem „Vorwärts" einen Vorwurf daraus gemacht hat, daß er gegen den Unfug der Berliner Vollmar-Resolution in durchaus objektiver und anständiger Weise Stellung genommen hat.

Lux hat bei jeder Gelegenheit versucht, der Berliner Opposition eine Stütze zu sein. Noch in den allerletzten Tagen hat er aus der „Berliner Volks-Tribüne" den bekannten Artikel über die Angriffe auf die Opposition abgedruckt mit dem Bemerken, das sei eine „beachtenswerthe Auslassung". Die „beachtenswerthe Auslassung" besteht nämlich darin, daß behauptet wird, die Opposition sei gar nicht verantwortlich dafür, daß ihr Vorgehen draußen ein solches Aufsehen erregt und geschadet habe; da hätte nur die bürgerliche Presse Schuld, welche sich dieser Angelegenheit bemächtigt habe, um sie gegen die Partei auszunutzen. Ich sage: Die bürgerliche Presse wäre herzlich dumm gewesen, wenn sie von diesem ihr gelieferten Material keinen Gebrauch gegen uns gemacht hätte.

Ullrich-Offenbach spricht sich gegen die Wahl einer Kommission aus, nachdem die Herren von der Opposition erklärt haben, nicht vor derselben zu erscheinen.

Heute sagen die Herren, sie hätten nicht von „Geschenken" geredet, nicht von „Schmarotzerthum" u. s. w.; so hätten sie es nicht gemeint. Warum haben sie das nicht bereits in Berlin öffentlich

ausgesprochen? Dort war es am Platze! Ich erkläre Namens meiner Wähler, daß wir wünschen, daß der Sache ein- für allemal ein Ende gemacht wird. Als Gegner sind die Herren einfach Gegner. Dann können die politischen Gegner von der anderen Seite nicht auftreten und sagen: Eure eigenen Leute nennen Euch Erzlumpe; wenn die das sagen, dann muß es wohl wahr sein (Unterbrechungen). — Beschließen wir also, daß Diejenigen, welche nicht widerrufen, ausgeschlossen werden.

Fischer-Berlin: Wenn Werner hier wieder einmal jede Verbindung mit der „Berliner Volkstribüne" ableugnet und betont, daß er als Drucker keinen Einfluß auf dieselbe habe, also auch nicht verantwortlich sei für deren schlechten Ton, so verweise ich darauf, daß ich gestern nur gesagt habe, die Opposition solle, wenn sie von gutem Ton rede, vor ihrer eigenen Thür kehren. Mit demselben Recht, wie Werner den schlechten Ton des „Vorwärts" anklagt, kann Werner als Parteigenosse den schlechten Ton der „Berliner Volkstribüne" anklagen (Bebel: Sehr richtig!). Was die bekannte jämmerliche Abbitte der „Magdeburger Volksstimme" betrifft, so muß ich hier betonen: ich halte es durchaus nicht eines Mannes unwürdig, daß, wenn Jemand gegen einen Anderen falsche Behauptungen erhoben, ihm Unrecht gethan hat, er diesen Vorwurf zurücknimmt. Aber es kommt auf den Ton an, in dem dies geschieht, und, worauf ich hier besonders Werth legte, war, daß die Redaktion der „Magdeburger Volksstimme" einem Gegner gegenüber die Regeln der Anstandspflichten erfüllte, die sie einem Parteigenossen gegenüber nicht erfüllt hat (Zustimmung). Lux hat sich geweigert, eine Erklärung der Redaktion des „Echo" aufzunehmen, und trotzdem festgestellt wurde, daß Frohme nicht der Verfasser war, hat Lux seinem Publikum nicht gesagt, daß seine Anklage an eine falsche Adresse gerichtet sei.

Dafür, daß in Berlin und Magdeburg anarchistische Elemente in die Opposition sich eingeschlichen haben, liegen Beweise vor. Den Deckadressen der „Berliner Volkstribüne" sind Exemplare der „Autonomie" zugegangen (Zwischenrufe). Wir haben davon der Expedition der „Berliner Volkstribüne" Mittheilung gemacht, als wir Namen und Daten erhielten. — Der Lokalredakteur der „Magdeburger Volksstimme" hält es noch mit der Parteiehre für vereinbar, mit einem Karl Schneidt in Verbindung zu stehen, dessen schmählicher Weggang aus Deutschland allen Parteigenossen bekannt ist, der in den schmutzigsten Organen der gegnerischen Presse unsere Genossen beschimpft und verleumdet und der auch jene elenden Verdächtigungen gegen den verstorbenen Genossen Kräcker erhoben hat. Die Redaktion der „Volksstimme" findet es sogar mit der parteigenossenschaftlichen Ehre vereinbar, die literarischen Erzeugnisse dieses Menschen in einem Augenblick in ihrem Blatte den Genossen

zu empfehlen, wo derselbe gegen den Redakteur eines Parteiorgans den Staatsanwalt zu Hilfe rief. Sind das nicht anarchistelnde Elemente? Oder wollen Sie sagen: diese Leute in der Expedition der „Volksstimme“ sind keine Anarchisten, aber sie halten es für ihre Pflicht, die „Autonomie“ den betreffenden Deckadressen der „Volkstribüne“ beizulegen? (Zwischenrufe.) — Ich werde soeben darauf aufmerksam gemacht, daß es sich in dem von mir in's Auge gefaßten Fall nicht um die „Autonomie“, sondern um das Berliner Flugblatt gehandelt hat. Ich stehe nicht an, diesen meinen Irrthum sofort hier zu berichtigen. (Werner: Flug latt und „Autonomie“ ist doch zweierlei!) Gewiß, zum Theil. Aber trotz meines Irrthums in diesem Falle bleiben alle anderen Vorwürfe bestehen. Für diesen Zusammenhang zwischen „Autonomie“ und Opposition genügen übrigens meine gestrigen Darlegungen, daß von Seiten jener Mitglieder der Opposition, die sich in Berlin als Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei wählen ließen, die für diese sozialdemokratische Partei bestimmten Gelder zurückbehalten wurden, um damit eventuell Leute zu unterstützen, die wegen Verbreitung der „Autonomie“ verfolgt und bestraft werden sollten.

Lux hat mir vorgeworfen, daß ich seine Aeußerungen tendenziös, falsch citirt habe, und gemeint, ich hätte vergebens versucht, ihn auf das Rad der Opposition zu schmieden. Das ist mir gar nicht eingefallen; ich weiß, daß man Mollusken nicht anschmieden kann. Was ich ihm vorgeworfen, ist seine jämmerliche, schwankende, zweideutige Haltung. Redner citirt eine Reihe von Stellen aus der „Magdeburger Volksstimme“, u. a. eine, worin Lux schreibt, er identifizire sich nicht in allen Stücken mit der Opposition. — Ich habe Lux einen schwankenden Charakter vorgeworfen, und dies halte ich aufrecht. Lux will nicht zugestehen, daß die Opposition sich mit Veröffentlichung dieses Flugblattes außerhalb des Bodens des Parteiprinzips gestellt habe. Ich begreife allerdings nicht, wie ein Parteigenosse so alle Begriffe für Parteiehre verloren haben und ein Flugblatt, das von so nichtswürdigen Anschuldigungen wimmelt, als „von bester Meinung und anerkennenswerthestem Ueberzeugungseifer diktirt“ bezeichnen kann; ich muß also wohl annehmen, daß ihn dabei dieselbe Gesinnung geleitet hat, die ihn, den sozialdemokratischen Redakteur und Delegirten des Parteitages, bewogen hat, seine Berichte über diesen Parteitag dem Stöcker'schen „Reichsboten“ anzubieten! (Lärm; Auerbach: Sie haben in Chur dasselbe gethan; hier ist das betreffende Blatt!)

Schmidt-Zwickau beantragt den Schluß der Diskussion. — Schulze-Magdeburg erklärt sich dagegen; er will noch Heine und Fischer antworten. — Die Diskussion wird geschlossen. Es folgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen.

Grillenberger bestreitet, daß er in der „Fränkischen Tagespost" einen Berliner Genossen einen ehrlosen Verleumder genannt habe. Er habe es nur als „erlogen" bezeichnet, daß die „Fränkische Tagespost" am Todestage des Kaisers Friedrich mit einem Trauerrande erschienen sei. Wenn Auerbach ihn des Monarchismus verdächtigen wolle, so verweise er darauf, daß er, Redner, zu einer Zeit, wo an Auerbach noch gar nicht gedacht worden sei, seine republikanische Ueberzeugung unter den heftigsten Angriffen der Rechten vertreten habe. Die revolutionäre Haltung Auerbach's habe noch erst ihre Probe zu bestehen.

Dr. Lux: Fischer hat der „Magdeburger Volksstimme" vorgeworfen, daß sie die Berichtigung eines Parteigenossen nicht aufgenommen habe. Das geschah, weil die Berichtigung sich auf den § 11 des Preßgesetzes berief. Ich habe übrigens dem Genossen Frohme gegenüber persönlich den Vorwurf zurückgenommen, und damit ist die Sache erledigt. Mit Schneidt habe ich keinen Verkehr. In Bezug auf die Berichterstattung hat Fischer nicht den geringsten Grund, mir etwas vorzuwerfen; er hat in Chur genau so für die „Neue Züricher Zeitung" berichtet, wie ich für die „Neue freie Presse" berichtet habe. (Unruhe.)

Werner: Ich erkläre es für eine Lüge, daß der „Berliner Volkstribüne" Exemplare der „Autonomie" beigelegen haben. Ich erkläre es fernerhin für eine Lüge, daß von Seiten der Expedition oder eines Betheiligten derselben Deckadressen an die „Autonomie" den betreffenden Leuten geschickt worden sind. Von den Flugblättern kann ich es nicht abstreiten und nicht bestätigen, weil ich mit der Expedition garnichts zu thun habe. Noch eine Berichtigung. Ich habe in keiner Versammlung gesagt, daß der Bauch der Schmarotzer von der Fraktion gefüllt wird, sondern daß die Schmarotzer und Schweifwedler glauben, wenn sie die Hand eines Abgeordneten drücken, daß ihnen der Bauch gefüllt werde.

Fischer: Herr Werner hätte sich seine ganze sittliche Entrüstung über meine „Lügen" sparen können, denn ich habe sofort, als mir sein Zwischenruf von Auer bestätigt wurde, nicht angestanden, zu erklären, daß ich mich in einem Irrthum befunden. Damit ist für jeden anständigen Menschen die Sache erledigt. Von „Lüge" kann meinerseits nicht die Rede sein, denn eine Lüge setzt voraus das Bewußtsein der Unwahrheit, und darüber erkenne ich Herrn Werner nach den Vorgängen in Halle allerdings nicht als kompetenten Richter an.

Herr Lux wirft mir vor, ich hätte am Churer Weltkongreß für eine bürgerliche Zeitung gearbeitet, genau so, wie er jetzt für andere Blätter. Die Sache ist ein klein wenig anders. Der damals nach Zürich einberufene Weltkongreß wurde in Folge einer

Petition der Züricher Bürgerschaft verboten. Die Delegirten kamen nach der Schweiz. Der Sitz des Kongresses war von Zürich nach Chur verlegt worden. Aber es war nothwendig, daß bis zum Tage der Eröffnung der Ort des Kongresses geheim blieb, um die ausländischen Delegirten nicht zu gefährden. Somit war es einfach ein Ding der Unmöglichkeit, daß irgend ein Berichterstatter einer bürgerlichen Zeitung von dem Kongreß Kenntniß oder Zutritt zu demselben erhalten konnte. Die Einberufer des Kongresses hatten aber andererseits alle Ursache, den Kongreß nicht hinter verschlossenen Thüren tagen zu lassen. Einerseits mußte man sicher sein, daß das Geheimniß der Tagung des Kongresses bis zur letzten Minute gewahrt bleibe, andererseits lag uns daran, daß die gegnerische Presse von dem Kongreß und seinen Verhandlungen Kenntniß nehme, und in Uebereinstimmung mit den Einberufern des Kongresses habe ich damals die Berichterstattung auch für die „Neue Züricher Zeitung" übernommen. Ich war aber weder Delegirter, noch in irgend einer Parteistellung. Das ist ganz etwas anderes, als was ich Lux zum Vorwurf gemacht, daß er nämlich als sozialdemokratischer Parteiredakteur und als Delegirter für den Stöcker'schen „Reichsbote" die Berichterstattung auch für diesen Parteitag übernehmen wollte, nachdem er, unter einstimmiger Verurtheilung der Parteigenossen, das gleiche Spiel schon in Brüssel getrieben hatte.

Frohme: Allerdings ist es bei uns nicht Usus, sich auf das Preßgesetz zu berufen. Mein Kollege Stolten war aber in jenem Falle gezwungen, sich auf das Preßgesetz zu berufen, weil Lux so unanständig gewesen war, zweimal eine gegen seine Ausführungen gewendete Erklärung Stoltens zu ignoriren, resp. über sie mit einer recht schnodderigen Bemerkung hinwegzugehen.

Landé-Elberfeld hat zu dem Antrag Bebel folgende Aenderung vorgeschlagen: Der Parteitag wolle beschließen, eine Kommission von 9 Mitgliedern zu ernennen, welche zu untersuchen hat, ob und in wie weit die von dem Parteivorstande einzeln zu benennenden Parteigenossen die Interessen der Partei geschädigt haben, und Maßregeln vorzuschlagen, durch welche dieser Bethätigung entgegengetreten wird.

Ferner ist eine Resolution von Ehrhardt-Ludwigshafen und Reißhaus-Erfurt eingegangen.

Der Parteitag wolle beschließen:

„Nach Entgegennahme des Berichts des Parteivorstandes und als Ergebniß der erschöpfenden Verhandlungen ertheilt der Parteitag der Parteileitung Decharge. Der Parteitag erklärt sich mit der Thätigkeit des Vorstandes vollkommen einverstanden und spricht demselben nach jeder Hinsicht sein vollkommenstes Vertrauen aus."

Ullrich-Offenbach hat seinen Antrag dahin formulirt, den Antrag Bebel auf Kommissionsprüfung abzulehnen und diejenigen Personen, die die Ehre der Partei geschädigt haben und ihre verleumderischen Behauptungen zu widerrufen oder zurückzunehmen sich weigern, aus der Partei auszuschließen.

Der Berichterstatter Auer erhält hierauf das Schlußwort. Derselbe giebt zunächst die Erklärung ab, daß der Parteivorstand von vornherein nur an bestimmte Personen seine Aufforderung gerichtet habe, ihre Anschuldigungen zu beweisen oder, wenn ihnen dies nicht möglich, dieselben zu widerrufen. Auf diesen Standpunkt stehe der Vorstand auch jetzt noch. Nicht um eine organisirte Opposition handle es sich, sondern um ein paar bestimmt zu bezeichnende Personen. Der Referent ging dann in längerer, häufig von Beifall und zustimmender Heiterkeit unterbrochener Rede die ganze Debatte noch einmal durch, zeigte das vollständig Haltlose der Anschuldigungen und schloß, indem er dem Antrage Bebels zustimmte, eine Kommission zur gründlichen Untersuchung der Angelegenheit einzusetzen.

Nach Schluß der Ausführungen des Berichterstatters beschließt der Parteitag, die Erledigung des Gegenstandes auf die Nachmittagssitzung zu vertagen, die der vorgeschrittenen Zeit halber erst um 4 Uhr beginnen soll. Während der Pause soll die inzwischen fertiggestellte Präsenzliste zur Vertheilung gelangen.

Schluß gegen 2 Uhr.

Nachmittagssitzung.

4 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Es ist wiederum eine ganze Reihe von Begrüßungsschreiben und Telegrammen eingegangen.

Folgende Depesche wird auf Wunsch des Absenders verlesen: „Die gestern, am 15. Oktober, tagende Versammlung des Wahlvereins des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises spricht dem Parteitage sein volles Vertrauen aus und erwartet die Befestigung der Partei und strikte Beseitigung aller Elemente, welche hieran hinderlich sind. Gründel.“ (Beifall.)

Hierauf wird in der Vormittag abgebrochenen Berathung fortgefahren.

Dem Bureau ist eine schriftliche Erklärung des Abgeordneten Stadthagen zugegangen, welche besagt, daß Werner keinerlei Einfluß auf die redaktionelle Gestaltung des „Volksblattes“ zusteht, sowie daß eine Berichterstattung über Streitigkeiten innerhalb der Partei auf meine Anregung hin nicht aufgenommen worden sei, um die Agitation auf dem Lande nicht zu verhindern.

Ad. Schultze, Auerbach, Kater, Baetge, Werner, Dr. Lux, Niederauer, Mielenz und Ungering beantragen:

„Der Parteitag möge beschließen, diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes, die in der bisherigen Debatte Namens des Parteivorstandes gesprochen haben, wegen ihres die Grenzen des Z lässigen weit überschreitenden Vorgehens gegen die Mitglieder der Opposition zu tadeln" (Heiterkeit.)

Der Antrag wurde nur von den 9 Antragstellern unterstützt, kam also nicht zur Verhandlung.

Ein Antrag, von Volderauer und Genossen eingegangen, lautend:

„Unterzeichnete beantragen, daß Wildberger und Werner ohne Kommissionsberathung ausgeschlossen werden, weil dieselben absichtlich und mit Bewußtsein die Partei geschädigt haben"

findet ebenfalls nicht genügende Unterstützung.

Landé zieht sein Amendement zum Antrag Bebel zurück.

Darauf wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag der Kontrolleure, dem Kassirer für das abgelaufene Geschäftsjahr Decharge zu ertheilen, wird einstimmig angenommen.

Mit allen gegen 5 Stimmen angenommen wird der Antrag Reißhaus-Ehrhardt.

Angenommen wird ferner das Amendement Kandt-Rostock zum Antrage Bebel, daß in der Neunerkommission auch der Inhalt des von Jacobey verlesenen Briefes aus Rostock untersucht werden soll, und schließlich der Antrag Bebel auf Einsetzung einer Neunerkommission mit großer Majorität.

Damit ist der Antrag Ullrich erledigt.

Der Antrag Niederauer wird abgelehnt.

Die Wahl der Neunerkommission wird nach Schluß der Verhandlungen über die Punkte 3a. und 3b. der Tagesordnung erfolgen.

Es sagt Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Die parlamentarische Thätigkeit der Reichstags-Fraktion.

b) Die Taktik der Partei.

Die Diskussion über die Punkte a. und b. wird verbunden und den Genossen v. Vollmar und Wildberger je 1 Stunde Redezeit zugebilligt.

Berichterstatter zu a. Molkenbuhr: Ich konnte vielleicht vollständig auf das Referat verzichten, wenn es nicht nothwendig wäre, erstens zu sagen was wir gewollt haben, und zweitens einige tadelnde Bemerkungen, welche über die Thätigkeit der Fraktion in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, kurz zu beleuchten. Wir wollten

durch Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse den Arbeiterstand kampffähiger erhalten, um so die endliche Lösung der sozialen Frage herbeizuführen. Wir stehen dabei nicht auf dem Werner'schen Standpunkt. Wir begnügen uns allerdings mit kleineren Fortschritten auch nicht, aber daß ein kleiner Fortschritt überhaupt zurückgewiesen werden müßte, diese Meinung theilen wir in keiner Weise, sondern erachten es für unsere Pflicht, jede Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse anzunehmen, uns aber darum keineswegs von dem Ziel abdrängen zu lassen, das wir uns gesteckt haben: Die Verwirklichung der Grundsätze der Sozialdemokratie. Wenn es uns in der letzten Session auch nicht gelungen ist, großartige Erfolge zu erringen und unser Ziel zu erreichen, so lag das an der feindseligen Haltung der anderen Parteien, die gegen alles Front machen, was eine wesentliche Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen herbeiführen kann. Jedenfalls ist und bleibt unsere Thätigkeit eine agitatorische, nach zwei Seiten hin. Einmal beweisen wir durch Stellung von Anträgen der Oeffentlichkeit, wie wir ungefähr die vorliegenden Fragen zu lösen gedenken; zweitens suchen wir durch Stellung von Anträgen die Gegner bloßzustellen, um dem Volke zu zeigen, daß selbst die bescheidensten Forderungen von den Gegnern abgeschlagen werden. Dies ist agitatorisch von wesentlichster Bedeutung. Wir haben in der letzten Session nicht viele Initiativanträge gestellt, weil die Anfangs gestellten Anträge bis auf einen noch nicht zur Berathung gekommen sind. Der eine Initiativantrag auf Abschaffung der Lebensmittelzölle hat zwar eine erste Berathung erlebt, aber darüber hinaus ist es nicht gekommen. Ferner haben wir einen Antrag eingebracht auf Erlaß eines Gesetzes, wodurch die Wirkungen des Sozialistengesetzes, die es bis jetzt noch ausübt, aufgehoben werden, und einen auf Verstaatlichung des Apothekenwesens, wodurch wir verhindern wollen, daß auch die Kranken noch in schamloser Weise durch das Privatmonopol der Apotheker ausgebeutet werden können.

Die wesentlichen Anträge, die wir gestellt haben, waren Abänderungsanträge, und da sich der größte Theil der Session mit der Abänderung der Gewerbeordnung zu befassen hatte, so hatten wir hierzu eine Reihe von Anträgen gestellt. Daß wir mit dem Regierungs-Entwurf nicht einverstanden waren, weil er uns nicht weit genug ging, ist bekannt. Der Entwurf bewegte sich zunächst in viel engerem Rahmen als der unsrige; aber wir suchten deshalb unsere Anträge möglichst in das Gesetz hineinzubringen. Zunächst beantragten wir, daß die Sonntagsruhe eine Dauer von 36 Stunden haben sollte, ferner, daß für das Handelsgewerbe an Sonn- und Feiertagen höchstens 3 Stunden Thätigkeit erlaubt sein solle, ferner das Verbot der Merkmale in den Zeugnissen, die Verschärfung des Verbots des Trucksystems, die genaue Regelung der Lohnzahlungs-

fristen, strengstes Verbot von Lohneinbehaltungen und Lohnabzügen sowohl betreffs des § 119a als auch für Wohlfahrtseinrichtungen; endlich die Beseitigung der Kündigung. Letzterer Antrag bedarf vielleicht näherer Erörterung. Wir wissen wohl, daß in manchen Arbeiterkreisen das Bestehen der Kündigung als eine gewisse Wohlthat angesehen wird; es mag auch für Manchen unbequem sein, wenn er mit seinem Arbeitgeber in Zwist kommt, sofort entlassen zu werden. Aber alle arbeiterfeindlichen Maßregeln, welche der Gesetzentwurf neu in Aussicht nahm, die Lohneinbehaltungen, die Buße für Kontraktbruch u. s. w., alles das hatte nur Sinn, wenn die Kündigung besteht; sobald die Kündigung verboten war, hatten auch alle diese Paragraphen keinen Sinn mehr. Gerade weil diese Maßregeln aus dem Kündigungssystem hergeleitet waren, sagten wir uns, es ist besser, daß diese kleine Wohlthat wegfalle, statt alle die Schädigungen, die in der Vorlage standen, Gesetz werden zu lassen. Ferner verlangten wir gänzliches Verbot der Kinderarbeit, der Nachtarbeit jugendlicher Arbeiter, Regelung der Arbeitsordnungen und Maximalarbeitstag. Der letztere Antrag hat auch in der Partei Anfechtungen erfahren, weil nicht ohne weiteres der 8stündige Arbeitstag verlangt war. (Zwischenruf: Mit Recht!) Es wird gesagt: mit Recht. Darüber hat nicht der Einzelne zu entscheiden, sondern es ist der Parteitag im Ganzen, der zu dieser Frage Stellung nimmt. Bei jedem neu einzuführenden Gesetze dieser Art sind Uebergangsbestimmungen nothwendig. Fast allen Gesetzen ist ein Ausführungsgesetz beigegeben, welches aus dem alten in den neuen Zustand succesſive hinüberleiten soll. Sobald wir direkt die Forderung des Achtstundentages erhoben hätten, hätte man auch in den breitesten Schichten der Bevölkerung Anhänger für die entgegengesetzte Meinung gefunden, daß die Maßregel nicht durchführbar sei, weil die umliegenden Länder viel länger arbeiten und in 8 Stunden nicht das nöthige Quantum fabrizirt werden kann. Deshalb entschieden wir uns für ein stufenweises Uebergehen. Auch der Zehnstundentag wäre schon ein gewaltiger Eingriff in das jetzige Produktionssystem, wo heute noch theilweise 16 und 18 Stunden gearbeitet wird. Hätten wir nur den zehnstündigen Arbeitstag, dann wären wir unbedingt grade in diesem Punkte allen anderen Ländern voraus. Nun hat zwar Werner erklärt, wir müßten einfach unsere Forderungen stellen, von der heutigen Gesellschaft, die uns freiwillig nichts gebe, hätten wir doch nichts zu erwarten. Wenn letzteres richtig wäre, weshalb sollten wir dann den achtstündigen Arbeitstag fordern? Das ist doch ein seltsamer Widerspruch; dann ist doch der Standpunkt der konsequentere, einfach überhaupt jede parlamentarische Thätigkeit abzulehnen. Dadurch aber würde der Partei unendlicher Schaden zugefügt werden. Wir forderten ferner zur Gewerbeordnungs-

Novelle Strafverschärfung für die Kennzeichnung der Zeugnisse, Sicherstellung des Koalitionsrechts und Strafen gegen die Eingriffe in dasselbe und endlich den am meisten angegriffenen Passus — die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausarbeiter. Gerade an der Hausindustrie, wo die Lage der Arbeiter die gedrückteste ist, konnten wir beweisen, daß die Gegner nichts von wirklichem Schutz zugestehen wollten, auch den Leuten auf dem Lande konnten wir das an diesem Beispiel klar machen; darum vertraten wir diesen Antrag und die gesammten Gegner stimmten dagegen, um dieses kostbare Ausbeutungsgebiet sich nicht auch nur in etwas beschränken zu lassen.

Soweit unsere Stellung zum Arbeiterschutzgesetz. In Berliner Versammlungen ist namentlich von R. Baginski der Vorwurf gegen uns erhoben worden, die parlamentarische Thätigkeit sei überhaupt zu verwerfen, die Stellung von Anträgen sei überflüssig; es sei bloß stets schärfste Kritik zu üben. Werner andererseits meint, es war gut, daß wir unsere Anträge stellten, wir hätten aber sofort den Achtstundentag verlangen müssen. Wildberger geht noch weiter, denn er behauptet, wir hätten noch lange nicht genug parlamentirt; er beschwert sich, daß wir die Forderungen unseres 1875er Programms nicht geltend gemacht hätten: Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk, Abschaffung der stehenden Heere u. s. w. Dem Vorwurf, daß wir zu wenig parlamentirt hätten, steht also der Vorwurf des Zuviel auf diesem Gebiete gegenüber. Was übrigens den Programmpunkt der Beseitigung der stehenden Heere anbetrifft, so haben wir jedes Jahr bei der Etatberathung regelmäßig das Wort ergriffen, um die Verwerflichkeit der stehenden Heere nachzuweisen. Diesen Protest erheben wir also alljährlich. Dasselbe gilt von der anderen Frage: Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk. Die Forderung erheben wir, das ist richtig; aber daß sie nicht in einem formellen Antrage an die Gesetzgebung zur Geltung gebracht werden kann, ist schon in der Natur der Sache begründet. Begreifen denn die Herren, die diese Vorwürfe erheben, gar nicht den engen organischen Zusammenhang dieser Forderungen mit derjenigen der direkten Gesetzgebung durch das Volk, des direkten Wahlrechts der Beamten durch das Volk? Sollten wir in der That einmal diesen Antrag stellen, jene Entscheidung über Krieg und Frieden in andere Hände zu legen, so geht es nicht, auf eine alte schwarze Hose einen neuen rothen Flicken zu setzen, sondern es muß eine ganz neue rothe Hose angeschafft werden, es muß ein neuer Verfassungsentwurf ausgearbeitet werden, in den diese Forderung hineinpaßt. — Alle diese Vorwürfe gegen die Fraktion variiren vom Negiren bis zum Verlangen nach noch mehr parlamentarischer Thätigkeit, und falsch ist in den Augen dieser Herren lediglich, was die Fraktion gethan und unterlassen

hat. Gewiß, wenn man nörgeln will, kann man immer das Gethane negiren und das nicht Gethane als Unterlassung verurtheilen. Sämmtliche Mitglieder der Fraktion, das versichere ich, werden vom besten Willen beseelt, für die Ausbreitung der Partei Sorge zu tragen und für die Arbeiter zu erreichen, was erreicht werden kann.

Zu einer Reihe von Vorlagen, welche an den Reichstag kamen, haben wir uns ablehnend verhalten, so gegen die Kolonialvorlagen und gegen die Novellen zum Zucker- und Branntweinsteuergesetz, weil bei beiden nach wie vor die große Masse der Bevölkerung die Kosten zu tragen hat und die Privilegien der Großbrenner und der großen Zuckerfabriken nicht beseitigt werden. Ferner lehnten wir in der Schlußabstimmung auch das sogenannte Arbeiterschutzgesetz ab, weil wir den gebotenen Vortheilen gegenüber die im Bußparagraphen und in den anderen Bestimmungen enthaltenen Nachtheile für den Arbeiter als so schwerwiegend ansahen, daß wir es mit unserer Stellung als Arbeitervertreter nicht vereinbar hielten, unsere Zustimmung zu geben. Die gegnerischen Kreise hielten uns damals entgegen, wir würden es, wenn wir ablehnten, mit dem Arbeiterstande zu thun kriegen, und die Fortschrittler schrieben, wir hätten nur abgelehnt, weil mit der Annahme die Zufriedenheit gefördert worden wäre. Hier ist der Ort, darüber zu diskutiren und zu Gericht zu sitzen; die Partei hat heute zu entscheiden, ob wir richtig gehandelt haben. Ein Jahr ist vergangen; Sie selbst haben jetzt zu urtheilen. Ich möchte Sie ersuchen, wohl zu prüfen, was wir gethan haben, und dann Ihr Urtheil zu fällen. Von jeher war es bei uns Brauch, daß die Parteimitglieder selbst zu Gericht zu sitzen haben über die Abgeordneten, selbst zu bestimmen haben, was gethan werden soll. — Aber, wenn man verurtheilen will, muß man auch die Gründe dafür anführen Wenn wir uns richten sollen nach diesem wunderbaren Urtheil der Opposition, aus der die widersprechendsten Anschuldigungen gekommen sind, so müssen wir gerade im Gegentheil zu der Ueberzeugung kommen, daß wir richtig gethan haben, weil wir die goldene Mittelstraße gewählt haben. (Lebhafter Beifall.)

Zu Punkt 3b „Die Taktik der Partei" ist von Bebel folgende Resolution eingebracht:

Der Parteitag wolle beschließen:

In Erwägung, daß die Eroberung der politischen Macht das erste und Hauptziel ist, nach der jede klassenbewußte Proletarierbewegung streben muß, daß aber die Eroberung der politischen Macht nicht das Werk eines Augenblickes, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Ueberrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege, die sich der Propaganda für unsere Ideen und Ziele in der gesammten

Arbeiterklasse darbieten, errungen werden kann, erklärt der Parteitag:

Es liegt kein Grund vor, die bisherige Taktik der Partei zu ändern.

Der Parteitag betrachtet es vielmehr noch immer als Pflicht der Parteigenossen, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften und Mitteln die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderathswahlen zu betreiben, wo immer nur eine Aussicht auf Erfolg, ohne Verletzung des Prinzips, sich bietet.

Ohne sich bei der Beschränktheit und dem Klassenegoismus der bürgerlichen Parteien über den Werth der parlamentarischen Erfolge in Bezug auf unsere Grundforderungen der geringsten Illusion hinzugeben, betrachtet der Parteitag die Agitation für die Reichstags-, Landtags- und Gemeinderaths-Wahlen als besonders wirksam für die sozialistische Propaganda, weil sie die beste Gelegenheit bietet, mit den proletarischen Klassen in Berührung zu kommen und dieselben über ihre Klassenlage aufzuklären, und weil die Benutzung der parlamentarischen Tribüne das wirksamste Mittel ist, die Unzulänglichkeit der öffentlichen Gewalten zur Hebung der sozialen Uebel darzulegen und die Unfähigkeit der herrschenden Klassen, den neuen Kulturbedürfnissen, deren Befriedigung die Arbeiterklasse fordert, gerecht zu werden, vor aller Welt zu offenbaren.

Der Parteitag verlangt von den Vertretern der Partei, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und, ohne auf die Erlangung von Konzessionen seitens der herrschenden Klassen zu verzichten, immer das ganze und letzte Ziel der Partei im Auge haben.

Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, daß er den Beschlüssen der Gesammtheit und den Anordnungen der Partei-Organe, so lange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntniß, daß eine Kampfpartei, wie die sozialdemokratische, nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesammtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und diese Unterwerfung übt.

Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Theil ermöglichen. Er fordert insbesondere, daß kein Parteigenosse persönliche Anschuldigungen oder Anklagen öffentlich erhebt, bevor er sich

nicht von der Richtigkeit der erhobenen Anschuldigungen oder Anklagen überzeugt und alle ihm nach der Organisation zustehenden Mittel erschöpft hat, um Abhilfe zu schaffen.

Endlich ist der Parteitag der Anschauung, daß der in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochene Grundsatz: „Daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntniß oder Nationalität anzuerkennen sei", auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muß.

Referent Bebel: Parteigenossen! Die Frage, welche Taktik wir künftig einzuschlagen haben, wäre jedenfalls heute nicht zur Erörterung gekommen, wenn nicht in den letzten Monaten von bekannter Seite heftige Angriffe gegen die in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Haller Parteitages eingehaltene Taktik der Fraktion laut geworden wären. Auf diese Anklagen ist der Vorredner zum Theil bereits eingegangen. Zum großen Theil liegen sie in den Ihnen zugestellten Aktenstücken vor. Vorher aber ist es nothwendig, daß wir uns die historische Entwicklung der Partei in dieser Frage etwas vergegenwärtigen. Jede Partei, die überhaupt ein bestimmtes Ziel im Auge hat, hat zwei Dinge festzustellen: die Forderungen, die sie zu verwirklichen anstrebt, und die Art, wie sie dies erreichen will. Das erste ist das Programm, das zweite giebt die Richtschnur für die Kampfweise, stellt also die Taktik der Partei fest. Unsere Grundsätze sind im Programm niedergelegt, und wenn wir auch unmittelbar vor dem Eintritt in die Berathung über ein neues Programm stehen, so steht doch für Alle fest: wie immer wir künftig unsere Forderungen praktisch und prinzipiell besser als bisher formuliren werden, unzweifelhaft wird etwas prinzipiell Neues nicht darin ausgesprochen.

Das letzte Ziel der Partei, die Beseitigung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft mit der kapitalistischen Produktionsweise, ist von Anfang an ihr Ziel gewesen, die Gründung der sozialistischen Gesellschaft und der sozialistischen Produktionsordnung hat das Programm der Partei gebildet von dem Augenblick an, wo die Partei sich über sich klar wurde.

Nun befindet sich ja die Sozialdemokratie gegenüber allen früheren Parteien, soweit sie zur Herrschaft zu gelangen suchten, in wesentlich anderer Position. Indem wir danach streben, die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen und die sozialistische an ihre Stelle zu setzen, sind wir genöthigt, einen ganz anderen Weg als alle früheren Klassen, die zur Herrschaft kamen, einzuschlagen. Bisher zeigt uns alle menschliche Entwicklung, daß eine Klasse erst in dem Augenblick zur politischen Herrschaft im Staate

gelangte, wo sie die Herrschaft über die neue Produktionsweise, den materiellen Machtbesitz erlangt hatte; bei uns handelt es sich um etwas ganz Entgegengesetztes.

Wir sind nicht in der Lage, die Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten auf der Gewinnung der ökonomischen Macht, wir müssen zum umgekehrten Mittel greifen. In erster Linie haben wir die politische Macht zu erobern und diese zu benutzen, um auch die ökonomische Macht durch die Expropriation der bürgerlichen Gesellschaft zu erreichen. Ist die politische Macht in unseren Händen, so findet sich das Weitere von selbst. Wie kommen wir nun zu dieser Macht?

Wenn eine Partei wie die unsere der herrschenden Gesellschaft den Krieg erklärt, und ihr letztes Ziel der Untergang dieser Gesellschaft ist, so ist es selbstverständlich, daß die herrschende Gesellschaft Alles aufbietet, das zu verhindern. Andererseits ist eine Partei wie die unsere, die solches erstrebt, in die Nothwendigkeit versetzt, alle Mittel und Hebel in Bewegung zu setzen, welche ihr geeignet erscheinen, für diese Ideen Propaganda zu machen; sie muß Alles aufbieten, um die Massen, welche aus Interesse den sozialistischen Ideen zugewendet sein sollten, auch für diese Ideen zu gewinnen. Aber wir wissen, daß der Kampf um die politische Macht nicht von heute auf morgen entschieden wird — wenn auch ganz unzweifelhaft die Marschgeschwindigkeit, mit der wir zum Ziele gelangen, in den künftigen Jahren ungleich rascher sich vollziehen wird, als bisher –, und so haben wir nach den wirksamsten und erfolgreichsten Mitteln zu suchen.

Da giebt es nun eine ganze Reihe von Wegen, die zusammengenommen zum Ziele führen. Da ist zunächst die mündliche Agitation in Vereinen und Versammlungen. Wie schwer uns diese gemacht wird, dafür sind wir alle mehr oder weniger Zeugen, aber wir befördern sie mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften. Da ist ferner die Presse; wir verbreiten unsere Zeitungen, suchen die Abonnentenzahl derselben zu erhöhen und stellen immer neue Preßorgane in den Dienst der Parteibestrebungen, weil damit immer mehr unsere Macht wächst. Das dritte Mittel ist die parlamentarische Thätigkeit. Dieses Mittel wurde z. B. von Lassalle so hoch geschätzt, daß er keine andere Forderung aufstellte, als die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts. Dieses galt ihm als das einzige Mittel, die politische Macht zu erobern, mittels desselben der Staat gezwungen werden könnte, den Forderungen der Arbeiterklasse gerecht zu werden. 1867 wurde diese Forderung verwirklicht.

Ich will hier nicht die Gründe untersuchen, welche die herrschenden Klassen damals nöthigten, das allgemeine Wahlrecht zu geben; genug, daß es gegeben wurde; und von dem Augenblick an, wo es gegeben wurde, war bei keinem Sozialdemokraten ein

Zweifel, von diesem Mittel ausgiebigsten Gebrauch zu machen und Vertreter der Partei in den Reichstag zu senden. Das ist denn auch seit nahezu 25 Jahren in steigendem Maße gelungen.

Nun entstand aber die Frage: wie haben sich die Vertreter im Reichstage zu verhalten? Diese Frage ist vielfach Gegenstand der Erörterung gewesen, und sie wird es bleiben, so lange wir genöthigt sind, uns auf dem Boden parlamentarischer Thätigkeit zu bewegen. Es war nicht nur möglich, sondern selbstverständlich, daß über das Maß der parlamentarischen Bethätigung Meinungsverschiedenheiten eintraten. Wenn nicht vom ersten Jahre ab, so von dem Augenblick an, daß die Zahl der Vertreter größer wurde, entstanden diese Differenzen über die innezuhaltende Taktik. Zu jener Zeit standen sich zwei sozialdemokratische Fraktionen im Reichstage gegenüber; die eine Fraktion vertreten durch den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, die andere vertreten durch die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die zwar erst 1869 in Eisenach gegründet wurde, aber schon vorher im Reichstage durch Liebknecht, mich und andere vertreten war. Auf unserer Seite wurde bereits 1868, und zwar durch Liebknecht, die Frage der parlamentarischen Taktik zur Erörterung gebracht. Auf der anderen Seite ist sie meines Wissens nie erörtert worden.

Dieser frühzeitige Ausbruch von Meinungsverschiedenheiten über die Taktik der Partei, und zwar unter den Führern selbst, beweist am schlagendsten, daß die Meinungsfreiheit innerhalb der Partei ein Lebensprinzip bei ihr ist, ein selbstverständliches Recht, von dem die Führer selbst den vollsten und umfänglichsten Gebrauch machten. Wäre das nicht so, die Partei würde der Spaltung oder dem Tode verfallen. Was bei dem Versuch herauskommt, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb einer durch und durch demokratischen Partei zu ertödten und keine andere Meinung als die eben herrschende aufkommen zu lassen, dafür hat uns die Geschichte des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins das abschreckendste Beispiel geliefert. Dort stand immer an der Spitze ein Präsident, der kraft der Organisation eine ungeheure Machtfülle besaß, welche ihn verleitete, sie zu mißbrauchen und das einzige Organ, das der Verein besaß, in seinem Interesse zu beeinflussen, da kein anderes neben ihm geduldet wurde. Das veranlaßte die Kämpfe, welche schließlich zur Absetzung Schweitzers und später zur Einigung beider Fraktionen im Jahre 1875 unter dem Namen der sozialistischen Arbeiterpartei führten. Diktatorische Bestrebungen waren nach der Natur der Organisation der sozialistischen Arbeiterpartei von vornherein ausgeschlossen, und sie sind bis heute unmöglich gewesen.

Der Kampf um die Taktik der Partei brach also zuerst unter den Führern aus, denn gegen wen schrieb Liebknecht 1869 seine Broschüre über die politische Stellung der Sozialdemokratie? Haupt-

sächlich gegen mich, weil wir uns damals nicht zu einigen vermochten über die im Reichstage innezuhaltende Taktik gegenüber der Gewerbeordnung von 1868. Und eine für alle Fälle geltende Taktik ist bis heute nicht festgestellt worden und wird nie festgestellt werden können. So kommt es, daß darüber, wie wir uns im einzelnen Falle zu verhalten haben, bis auf den heutigen Tag in der Fraktion in der heftigsten Weise gekämpft wurde. Wer, wie die Opposition, es so darstellt, als sei die Fraktion eine unterschiedslose Masse, die sich von einigen Personen leiten, um gewisser materieller Vortheile willen von einer segenspendenden Hand sich bestimmen lasse — die es obendrein nicht giebt, denn kein Einzelner hat über die Mittel der Partei zu verfügen —, bedient sich der denkbar falschesten Kampfesweise. — Bis zu diesem Augenblick ist die Meinung über die Stellung zu den einzelnen Gesetzentwürfen und Anträgen oftmals eine sehr getheilte gewesen. Oftmals wurden Anträge mit geringer Mehrheit abgelehnt oder angenommen. Der Streit um die Dampfersubvention — ich will darauf nur hindeuten — war beispielsweise innerhalb der Fraktion so heftig, daß nur die Gesammtpartei ihn schlichten konnte. Einen absolut negirenden Standpunkt hat die Fraktion einzig gegenüber der Militärgesetzgebung und den damit zusammenhängenden Vorlagen eingenommen; und weil die Ausgaben für Militär- und Marinewesen volle vier Fünftel des Reichsbudgets ausmachen und es so zu sagen beherrschen, stimmte sie stets und ohne jede Meinungsdifferenz gegen den ganzen Etat.

Als 1868 das Militärgesetz zur Berathung kam, stellten wir den Antrag, es abzulehnen und die Regierung zu beauftragen, einen neuen Gesetzentwurf, durch den die Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres eingeführt wurde, vorzulegen. Das war die denkbar schärfste Negation. Dagegen haben wir schon 1868 beim Freizügigkeitsgesetz, beim Wahlgesetz, beim Paßgesetz keinen Anstand genommen, Anträge zu stellen; damals tauchten Meinungsverschiedenheiten noch nicht auf, diese kamen erst bei der Gewerbeordnung, und da wir uns hier nicht einigen konnten, hielt Liebknecht jene Rede, welche heute von der Opposition mit Vorliebe nicht blos gegen Liebknecht persönlich, sondern gegen die ganze Taktik der Partei ausgespielt wird. — Wie sich zeigen wird, mit Unrecht. — Diese Differenzen zwischen Liebknecht und mir wurden Veranlassung, daß auf dem nächsten Parteitage zu Stuttgart im Beginn des Juni 1870 die politische Stellung der Partei zur Erörterung kam. Wir waren auch damals noch keineswegs einig in unserer Auffassung. So schlugen wir dem Parteitage eine Resolution vor, auf welche wir uns beide verständigt hatten, die eine Art von Kompromiß vorstellte, des Inhalts, daß die Arbeiterpartei sich an den Reichstags- und Zollparlamentswahlen hauptsächlich aus agitatorischen Gründen

betheilige, daß sie auch, soweit es möglich sei, im Interesse der arbeitenden Klassen an der Parlamentsarbeit mitwirke, im Ganzen aber sich dazu negirend verhalte. Der zweite Theil der Resolution bezog sich auf die Stimmabgabe bei den Wahlen, und da finden Sie, daß diese damals einmüthig angenommene Resolution sich wesentlich von späteren Beschlüssen, namentlich betreffs der Stellungnahme zu den engeren Wahlen, unterscheidet. Es heißt darin, daß die Partei mit keiner anderen Partei eine Allianz oder ein Kompromiß eingehe, aber empfehle, dort, wo Kandidaten der eigenen Partei nicht aufgestellt seien, solchen Kandidaten die Stimmen zu geben, welche im Wesentlichen politisch den gleichen Standpunkt einnehmen, und vor allem wirkliche Arbeiterkandidaten anderer Parteien zu unterstützen. Unter den anderen Arbeiterparteien war der Allgemeine deutsche Arbeiterverein unter Schweitzer und der andere kleinere Theil des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins unter Mende verstanden. Die Entwicklung der Partei ist seitdem wesentlich anders geworden. Wir sind heute darüber einig, daß bei der ersten Wahl Kandidaten gegnerischer Parteien überhaupt nicht gewählt werden dürfen, und in die Verlegenheit, andere Arbeiterkandidaten zu unterstützen, kommt die Partei nicht mehr, weil es solche nicht mehr giebt. Weiter wurde die Frage der Taktik 1871 auf dem Parteikongreß in Dresden erörtert, wo ich im Auftrage der Parteileitung über die Betheiligung an Kommunal- und Landtagswahlen referirte; damals wurde die Direktive gegeben, überall für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts für Landtage und Kommunen einzutreten. Aehnlich beschloß der Kongreß zu Eisenach 1873, desgleichen auf Antrag Liebknecht's 1874 in Coburg. Bis zum Jahre 1877, wo der letzte Parteitag vor dem Sozialistengesetz stattfand, hat sich die Partei mit der Frage der Taktik überhaupt nicht mehr beschäftigt. Dieselbe ist dann wiederholt unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes auf den drei Kongressen in Wyden, Kopenhagen und St. Gallen erörtert und in dem Sinne entschieden worden, daß die Partei sich allgemein an den Wahlen zu betheiligen habe und daß die Abgeordneten im Parlament sich keineswegs blos negirend zu verhalten, sondern alles aufzubieten hätten, um die Erlangung von Konzessionen zu Gunsten der Arbeiterklasse zu erwirken. Warum haben wir uns immer für das letztere entschieden? Weil jeder im praktischen Leben Stehende weiß, daß es eine Thorheit wäre, wenn die Partei nicht auch zugleich die täglichen Bedürfnisse, die täglichen Schmerzen des arbeitenden Volkes zur Sprache brächte und auf Abhilfe der bestehenden Uebel und Verbesserung der herrschenden Zustände drängte. (Sehr richtig!) Wir versuchen dasselbe unter anderem mit Hilfe unserer Gewerkschafts-Organisationen zu erreichen. Es gab eine Zeit, wo man über die Zweckmäßigkeit derselben innerhalb der Partei lebhaft stritt;

auch heute noch sind Einzelne der Meinung, diese sei ganz nebensächlich, man sollte sie nach Möglichkeit bei Seite setzen, die gewerkschaftliche Organisation hindere die politische, sie absorbire eine Masse von Mitteln und Kräften, welche der politischen entzogen würden, auch angesichts der durch verunglückte Streiks verursachten Schäden dürfe man sich darauf nicht einlassen. Die immense Majorität der Partei hat indeß die gewerkschaftliche Organisation für nothwendig gehalten, nicht blos für die Entwicklung der Partei, sondern auch für die Führung des Klassenkampfes gegen die bestehende Ordnung der Dinge. (Zustimmung.)

Jeder im praktischen Leben Stehende weiß, daß wir mit unseren letzten Zielen nicht die Hunderttausende gewonnen haben, weil diese sich nur zu gerne sagen, was nützt uns ein Streben, dessen Ziel ich vielleicht nicht erlebe, wo kein direkter Erfolg zu erwarten ist. Darin besteht ja die Taktik der Anarchisten, zu erklären, man habe die gewerkschaftliche und parlamentarische Thätigkeit bei Seite zu setzen und schleunigst die bestehende Gesellschaftsordnung zu stürzen. So groß nun auch immer die Opferwilligkeit und der Eifer der Anarchisten gewesen sein mag, es steht fest, daß überall, wo die anarchistische Bewegung aufgetreten ist, sie trotz aller Mühe und aller Opfer nichts weiter erreicht hat, als elende Sektenbildung. (Zwischenruf: Polizeimache!) Ja gewiß war und ist auch Polizeimache dabei, denn was kann den heutigen Machthabern angenehmer sein, als in die Lage gesetzt zu werden, mit Gewaltmitteln gegen uns vorzugehen, dies wünscht man ja! (Zustimmung.) Alle diese auf die reine Negation ausgehenden Richtungen arbeiten unbewußt unseren Gegnern in die Hände, weil diese blos auf eine solche Taktik warten. Diesen ist nichts unangenehmer, als ruhige, zielbewußte Arbeit, nichts sähen sie lieber, als daß das Proletariat Gelegenheit gäbe, daß man mit Gewalt es niederwerfen könne. Nur unsere ununterbrochene, sich durch nichts irre machende Minirarbeit ist es, welche unseren Todfeinden bis auf den heutigen Tag so ungemein schwer im Magen liegt. (Stürmische Zustimmung.) Es wäre der größte Fehler, wenn wir diese bewährte Taktik jetzt verlassen wollten. Wir sind darüber einig geworden, daß die gewerkschaftliche Bewegung und Organisation nothwendig ist, daß der Kampf für Verbesserung der Lage der Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ein ungeheures Mittel für die Ausbreitung unserer Bewegung in der gesammten Arbeiterklasse geworden ist. Wir wissen, daß alle die Hunderttausende, Männer und Frauen, wie wir heute mit Stolz sagen können, zumeist nicht kamen, weil sie sofort erkannten, das letzte Ziel der Sozialdemokratie ist auch unser Ziel, darum schließen wir uns ihr an, sondern sie kommen, weil sie sehen, unsere Partei ist die einzige, welche die Leiden der Arbeiterklasse zur Sprache bringt und für die Besserung ihrer Lage

sicht. Sie sehen, die Thaten der anderen Parteien sind entgegengesetzt den Worten, welche sie vor den Wählern verschwenden; daß dagegen unsere Partei es ist, die für sie kämpft, die den auf ihnen lastenden Druck, die Uebel unter denen sie seufzen, die Schmerzen unter denen sie leiden, kennt und ihre Peiniger und Ausbeuter jederzeit an den Pranger stellt. (Sehr wahr!) Das sind die Erwägungen, welche die Massen bestimmen, sich uns zuzuwenden. Und sind sie erst einmal zu uns gekommen, dann ist es ganz selbstverständlich, daß sie, die Anfangs nur in der Hoffnung auf bestimmte direkte Vortheile, aus vielleicht mehr nebensächlichen Ursachen sich uns angeschlossen haben, mehr und mehr von uns erobert werden, bis sie schließlich volle und ganze Sozialdemokraten sind. (Sehr richtig! Sehr wahr!) Wer ist unter uns, der sagen kann: Ich bin vom ersten Tage meines Denkens an ein vollbewußter Sozialdemokrat gewesen? — Da kommen die Herren von der Opposition und höhnen über die $1\frac{1}{2}$ Millionen Stimmen vom 20. Februar 1890; da höhnen sie, das seien keine Sozialdemokraten, selbst- und zielbewußt klar sehend sei nur die Minderheit. Auerbach hat das ja heute morgen noch drastisch ausgesprochen. Ich frage: wie wollen Sie denn das, was Auerbach ganz mit Recht als unsere Aufgabe bezeichnete, ausführen, wenn Sie nicht die Massen für sich gewinnen? Wollen Sie denn mit den verhältnißmäßig Wenigen, die sich vollkommen klar sind, Staat und Gesellschaft erobern? Das ist doch eine reine Unmöglichkeit. Wenn Sie das glauben, sind Sie nichts als politische Thoren. (Sehr wahr!)

Wir haben diese Massen zu gewinnen, indem wir jeden Einzelnen zu fassen suchen. Und fassen wir ihn zunächst auch nur an einem Finger, dann gehts ihm wie jenem, der dem Teufel den Finger reicht, wir fassen nach dem Finger die Hand und nach der Hand nehmen wir den ganzen Menschen, so wird er vollständig von uns erobert. Aus einem Gegner wird ein treuer, opferwilliger, fanatischer Anhänger, der seinerseits wieder für neue Proselyten sorgt. (Lebhafter Beifall.) Die Menschen springen nicht, wie Minerva aus dem Haupte Jupiters, geharnischt in der gegebenen Gesellschaft als fix und fertige Sozialdemokraten heraus, sondern sie haben sich erst mit einer Menge von Vorurtheilen, die ihnen von der Gesellschaft und ihren Anwälten in Schule und Kirche eingepaukt sind, ganz gewaltig herumzuschlagen. Andererseits steht wieder fest, daß Unzählige, die heute in die Bewegung kommen, als die Kinder von Sozialdemokraten so zu sagen in die Bewegung hineinwachsen, weil der entsprechende väterliche und mütterliche Einfluß vorhanden ist; zu unserer Zeit gab es aber noch keine sozialdemokratischen Väter und Mütter, diese mußten wir erst werden. (Große Heiterkeit und sehr gut!) Wenn heute in einem Maßstabe, wie wir es vielleicht selbst nicht erwartet haben, die

Partei progressiv nicht nur an Breite, sondern auch an Tiefe zunimmt, dann ist das die Frucht der Entwicklung der letzten 20 Jahre, und nicht blos unser eigenes Verdienst. Wir wissen gar zu gut, daß, was wir gethan haben, nur erreicht werden konnte, weil die ganzen Verhältnisse uns in die Hände arbeiten, und weil die Bourgeoisie, unsere Todfeindin, zugleich auch die Mutter ist, welche in dem modernen Proletariat die Kinder gebiert, die wir zu Sozialdemokraten zu erziehen haben. Auf diesem Wege sind wir geworden, was wir heute sind!

Nun sagt die Opposition, die Partei versumpft, versimpelt, sie setzt das Ziel, die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, aus den Augen, sie vernachlässigt die prinzipielle Propaganda. Wenn je eine Anklage nach all und jeder Richtung ungerecht war, dann ist es diese. Hoffentlich wird der Geschichtsschreiber für die parlamentarische Thätigkeit der Partei nicht lange auf sich warten lassen; der wird alsdann finden, daß zwar in Bezug auf die Worte wir in früheren Jahren schärfer und schroffer aufgetreten sind als heute, aber daß andererseits in der thatsächlichen Formulirung der Forderungen die Partei von heute über jene von vor 20 Jahren unendlich erhaben ist. Sehen Sie sich doch die Anträge an, die in dieser sogenannten opportunistischen parlamentarischen Thätigkeit im Laufe der Jahre eingebracht wurden. Diese Thätigkeit ist ja fortgesetzt geübt worden; in minderem Maße nur da, wo wir zu wenig Vertreter hatten, und keine selbständigen Anträge stellen konnten, weil wir die Zahl von 15 nicht erreichten. Das ist namentlich in den ersten Jahren oft der Fall gewesen. Aber wie innerhalb der ganzen Bewegung in Deutschland sich das Charakteristikum herausgestellt hat, daß in dem Maße, wie die Bewegung immer mehr wuchs, der Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und den anderen Parteien immer schärfer wurde, bis es dahin kam, daß, wie zuerst in Sachsen, alle anderen Parteien sich zu einem Ordnungsbrei gegen uns vereinigten, so tritt diese selbe Erscheinung heute in steigendem Maße in allen anderen deutschen Ländern ebenfalls hervor. Hat doch schon vor 15 Jahren der radikale Eugen Richter, als es sich hier in Erfurt um den Sozialdemokraten Kapell und den freikonservativen Lucius handelte, telegraphisch die Ordre gegeben: Lieber Lucius als Kapell! Heute treten diese Gegensätze nicht allein in weit höherem Grade als je zuvor in der politischen Bewegung außerhalb des Parlaments hervor, sondern wir sehen die gleiche Erscheinung auch im Deutschen Reichstage. Weshalb sind denn, trotz der veränderten Konstellation der Parteien, eine ganze Reihe politischer Forderungen, welche andere Parteien auf ihrem Programm hatten, heute zurückgestellt worden? Einzig und allein aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Die Erkenntniß, daß heute jedes weitere Stück politischer Freiheit in erster Linie der Sozial-

demokratie zu gute kommt, diese Furcht vor der stetig steigenden, wie eine Wasserfluth wachsenden Macht der Sozialdemokratie hat alle anderen Parteien mehr und mehr ins reaktionäre Fahrwasser getrieben, sie veranlaßt sie, Anträge, die sie früher selbst stellten, heute schnöde im Stiche zu lassen. Da begreift sich denn, weshalb die Gegner mit ganz besonderer Vorliebe gerade die Anklagen jener Herren von der Opposition, die bis zur Behauptung, unsere Partei sei eine lächerliche Partei geworden, sich verstiegen, verbreiten und mit Kommentaren versehen unter die Massen werfen. Wahrlich, unsere politischen Gegner müßten bornirt sein, wenn sie das Kampfmaterial, was ihnen jene Seite bot, nicht gründlich ausgenutzt hätten! (Sehr wahr!) Hätte die Opposition bestimmte Anklagen erhoben, z. B. ihr hättet diesen Antrag so und so stellen sollen, ihr hättet diese oder jene Rede viel schärfer halten müssen, dann sind das Sachen, über die sich hätte reden lassen. Ich würde den Tag mit Freuden begrüßen — er wird ja für einige nicht mehr kommen —, wo auch die Herren der Opposition in den Reichstag gelangen; da sollen sie zeigen, was sie können. Sie werden kaum besseres leisten können, als damals, wo sie ihrerseits Kandidaten waren und sich ehrlich bemühten, einen Reichstagssitz zu erobern. Wenn ich bedenke, wie sie damals vor die Wähler getreten sind und die praktische Thätigkeit der Partei und speziell der Fraktion lobten, dann bin ich stark veranlaßt, an der Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit ihrer heutigen Erklärungen zu zweifeln. Zuerst läßt man sich zu Erklärungen vor der Reichstagswahl herbei, die sich von den unsrigen in nichts unterscheiden, die sich ganz innerhalb des Rahmens der auch von uns vor den Wählern vertretenen Forderungen bewegen, man weist hin auf das, was wir, die Arbeitervertreter, für die Arbeiterinteressen gethan — und wenige Monate später diese gänzlich veränderte Stellung! Dieser Widerspruch wurde ja schon in Halle hervorgehoben. Ich muß nun hier zur Aufklärung dieses Widerspruchs auf eine Thatsache aufmerksam machen. Im Laufe des vorigen Sommers hatten Werner und Singer eine Unterhaltung; es war noch unter dem Sozialistengesetz, die Fraktion hatte damals die Parteileitung. Da sagte Werner: Nehmen Sie mal an, ich habe bei der Wahl 22000 Stimmen bekommen, andere, die im Reichstage sitzen, haben 7000 Stimmen bekommen; diese haben was zu sagen, und ich habe nichts zu sagen. (Große Heiterkeit.) Damit ist der heutige Standpunkt jener Herren charakterisirt: sie wollten auch was zu sagen haben. Es wäre freilich ein Kunststück, festzustellen, wie eine Einrichtung getroffen werden könnte, daß auch Diejenigen, die so und so viel tausend Stimmen hatten, aber nicht gewählt wurden, ihrerseits an den Verhandlungen der Fraktion und Parteileitung Theil nehmen könnten. Indem man sich über den Durchfall ärgerte, ist man dann immer weiter gegangen und

hat jede Handlung unter diesem Gesichtswinkel betrachtet und schließlich sich dermaßen in Feindschaft hineingeredet, daß man alles und jedes absprechend kritisirte und dabei weit über das Ziel hinausschoß. Ich habe nichts gegen das Kritisiren; es soll mir einer sagen, ob ein Mensch in der Fraktion ist, der sich sein Recht, seine Meinung frei zu äußern und Anderen auch einmal den Kopf zu waschen, weniger streitig machen läßt als ich. Das Recht, auch einen oppositionellen Standpunkt zu vertreten bis aufs Aeußerste, lasse ich mir zu allerletzt nehmen und nervös, wie wir Alle sind, gerathen wir denn auch manchmal so aneinander, wie es nur bei nervösen Menschen denkbar ist. Das thut aber der Freundschaft keinen Eintrag. Wird der Eine überstimmt, dann macht er kein trübes Gesicht, sondern thut sein Möglichstes, um die Beschlüsse der Majorität im Reichstage zu vertreten. (Sehr gut! Lebhafter Beifall.) Das wäre eine schöne Partei, wo die Minorität der Majorität sich nicht fügen wollte, wo die Nichteinverstandenen das Recht hätten, fortgesetzt an den Beschlüssen und ihrer Ausführung zu nörgeln, die Partei zu erregen und Spaltung zu verursachen!

Ein von mir gegen die Opposition ausgesprochener Satz ist mir ganz besonders schwer angerechnet worden. Im Feenpalast soll ich gesagt haben, die Herren würden Gelegenheit bekommen, eine neue Partei zu gründen. Wie so oft, wird auch hier etwas ganz anderes zitirt, als was ich gesagt habe. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ habe ich gesagt und hier ist der Bericht korrekt:

> „Die ewige Nörgelei und das ewige Unruhestiften in der Partei, womit man nach Außen den Glauben erweckt, als sei die Partei gespalten, das müsse endlich aufhören und ich würde auf dem nächsten Parteitag dafür Sorge tragen, daß endlich klare Bahn zwischen der Partei und der Opposition geschaffen werde und daß, wenn die Opposition mit der Haltung und Taktik der Partei sich nicht versöhnen könne, sie Gelegenheit bekomme, eine eigene Partei zu gründen. So wie jetzt gingen die Dinge nicht mehr weiter, dem jetzt bestehenden Zustand müsse so oder so ein Ende gemacht werden.“

Ich habe also ausdrücklich erklärt: Ist diese Verständigung nicht möglich zwischen uns, bleibt ihr auf eurem Standpunkt, meint ihr, er sei der richtige und wollt ihr euch der Mehrheit nicht fügen, dann habt ihr eine eigene Partei zu bilden. Nun kam noch etwas anderes hinzu. Als ich jene Erklärung abgab, war mir von Vertrauensmännern die Mittheilung zugegangen, daß eine anarchistelnde Richtung bestehe; ein Theil der Vertrauensmänner in einem Wahlkreis hatte seine Stellung mißbraucht, um unter sich und einigen gleichgesinnten Genossen den Beschluß zu fassen, daß diejenigen Gelder und Mittel, die aus dem Erlöse verkaufter Schriften stammten, gesammelt und für einen Kampffonds verwendet werden

sollten. Das geschah, ohne daß die Parteigenossen, welche die Gelder steuerten, etwas davon wußten. Es war eine kleine Clique, welche diesen skandalösen Beschluß faßte, und da sagte ich mir, wenn es soweit gekommen ist, daß diese Leute ihre Vertrauensstellung in der Partei so gewissenlos mißbrauchen, dann hört jedes Kompromiß und jedes Zusammengehen auf, das kann sich die Partei ganz unmöglich gefallen lassen. (Sehr wahr!) Diesen Beschluß kannte ich, bevor jene Versammlung im Feenpalast stattfand, und weil ich Jenen erklart hatte, sorgt dafür, daß der Beschluß zurückgenommen wird, und das aber nicht geschah, habe ich mich so wie mitgetheilt geäußert. Sind die Herren Anarchisten, wie es nach jenem Beschlusse scheinen muß, wonach sie das Geld haben wollten für den Fall, daß Jemand von ihnen wegen Verbreitung der „Autonomie" gefaßt und bestraft wird, so bleibt nichts anderes übrig, als mit ihnen zu brechen. Für mich ist der Anarchist kein Schreckgespenst, mich überläuft vor ihnen keine Gänsehaut; sind sie Anarchisten, gut, dann mögen sie es sein, aber dann gehören sie nicht mehr in die Partei. (Zustimmung.) Der Parteitag in Halle hat mit allen gegen eine Stimme die parlamentarische Thätigkeit und die Taktik der Fraktion gutgeheißen, und es waren dort über 400 Delegirte anwesend. Wenn heute gegen die Thätigkeit der Fraktion opponirt wird, so wäre das nach den in St. Gallen und Halle gefaßten Beschlüssen nur insofern gerechtfertigt, als die Fraktion oder einzelne ihrer Mitglieder gegen jene Beschlüsse handelten. Thaten sie das nicht, dann kann sie auch kein Vorwurf treffen.

Ich gehe jetzt auf das Berliner Flugblatt ein, in welchem die Opposition diejenigen Anschauungen niedergelegt hat, nach welchen die gegenwärtige Taktik der Partei nicht nur als falsch, sondern als parteischädigend anzusehen sein soll. Inwieweit Einzelnes im Arbeiterschutzgesetzentwurf angegriffen werden kann, lasse ich dahingestellt; aber eins steht fest, in dem ganzen Entwurf ist keine Forderung, die als Verstoß gegen die Parteiprinzipien und Parteiforderungen angesehen werden könnte. Insbesondere fordere ich die Herren auf, später nachzuweisen, wo irgend in unseren Anträgen und Reden der Hoffnung Ausdruck gegeben ist, als könnten wir von der bürgerlichen Gesellschaft uns befriedigende Konzessionen erringen; ferner nachzuweisen, daß wir zu einer Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken sind. Soweit überhaupt die Stellung zum Kleinbürgerthum erörtert worden ist, bei den Innungsanträgen z. B., ist stets in klaren, präzisen Worten von uns erklärt worden: Was ihr da fordert ist Thorheit oder Schwindel; es ist nicht daran zu denken, daß ihr damit dem Kleinbürgerthum helfen könnt, dem ist unter dem Drucke der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt nicht zu helfen, weil diese

es mit Nothwendigkeit ruinirt. Dieser unser Standpunkt ist stets unzweideutig zur Geltung gebracht und das hat uns noch in den letzten Tagen bei den Wahlen in Sachsen den Vorwurf eingetragen, die Sozialdemokratie wolle dem Kleinbürgerthum nicht helfen, sie könne ihm nicht helfen, sie sage selbst, es sei verloren, es müsse zu Grunde gehen. Wir haben ferner jederzeit betont, wenn die Kleinbürger vernünftig sein wollten oder könnten, müßten sie sich uns anschließen; auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung giebt es kein Heil, keine Erlösung für sie; das einzige Heil für sie wie für den Arbeiter liegt in der sozialistischen Produktionsordnung. Dieser Grundton geht durch alle Reden und Schriften, und die erhobene Beschuldigung ist Verleumdung. Ein weiterer Vorwurf geht dahin, es geschehe in der Partei alles, um einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen. Etwas Unverschämteres ist mir nie vorgekommen! (Allseitige Zustimmung.) Unter 35 Abgeordneten giebt es Redner sehr verschiedener Qualität und von verschiedenem Temperament, das ist selbstverständlich. Es sind nicht alle gleich gute Redner, nicht Jeder versteht mit Schärfe und Gründlichkeit die einzelnen Fragen zu behandeln. Ich bin auch der Letzte, der die Fraktion als die Crème der Partei, die destillirte Intelligenz, das Non plus ultra ansieht. Ich habe im Gegentheil oft gesagt, es giebt viele Elemente in der Partei, die weit intelligenter sind als gar viele unter uns, die aber auf Grund ihrer sozialen Lage nicht die Möglichkeit besitzen, eine öffentliche Stellung in der Partei zu bekleiden. Wie der Zufall bei den Wahlen entscheidet, das wissen wir: Werner z. B. kracht mit 22000 Stimmen durch, ein Anderer wird mit 7000 Stimmen gewählt. Aber was können wir dafür, daß das so ist? Ich fordere die Vertheidiger des Flugblattes auf, nachzuweisen, wo auch nur ein Redner Dinge gesagt hat, wonach Behauptungen, wie sie das Flugblatt enthält, gerechtfertigt sind. Diese ganze Kampfesweise ist nicht blos eine parteischädigende, sondern für Jeden, der die Dinge objektiv betrachtet, eine unehrliche. Wenn es weiter in dem Flugblatt heißt, es sei Betrug, indem man die Genossen glauben zu machen versuche, daß mittelst des Parlamentarismus innerhalb der heutigen Gesellschaft eine Sozialisirung möglich sei, so fordere ich auf zu sagen, wer das gesagt hat. Wäre das im Reichstage gesagt worden, ich würde es als Unsinn erklären, aber nicht sagen, wie die Opposition, es sei Betrug. Werfe ich Jemand Betrug vor, so behaupte ich, der Mann schwindelt, lügt, sagt, was er nicht glaubt, weiß, daß das Behauptete unmöglich ist; spreche ich dagegen von Unsinn, dann nehme ich immer noch den guten Glauben an, der versteht's nicht besser, er hat eine beschränkte Auffassung. „Unsinn, das hätte ich mir gefallen lassen, aber auch dann bliebe nachzuweisen, wer solchen Unsinn gepredigt hat. Weiter heißt es

da, die Gesetzentwürfe seien jämmerliche, die Reichstagsreden kläglich. Es kann ja sein, daß Wildberger und Werner bessere Reden gehalten hätten, als zeitweilig gehalten wurden; aber daß sie gerade im Stande wären, so besonders gute und prinzipielle Reden zu halten, daran lassen mich ihre hier gehörten Leistungen doch sehr zweifeln. Es ist allerhöchstens Mittelgut, mehr nicht. (Heiterkeit.) Was speziell Werner in dieser Beziehung bisher geleistet hat, dafür rufe ich das Zeugniß des Parteitages in Halle an, der hat ihm einen Befähigungsnachweis ausgestellt, daß er alle Ursache hätte, sich still bei Seite zu drücken und erst mal fleißig zu lernen. (Große Heiterkeit und Beifall.) Endlich heißt es: Die neue Taktik ist ein Kompromiß mit der Masse auf Kosten des Prinzips. Nicht eine Handlung, nicht einen Antrag können Sie uns nachweisen, woraus hervorginge, daß ein Kompromiß zum Schaden des Prinzips geschlossen wäre. Wir haben uns genau an das gehalten, was die 25-jährige Thätigkeit der Partei und die Beschlüsse der Parteitage uns vorgeschrieben haben und was die Gesammtpartei in ihrer großen Mehrheit fortgesetzt gebilligt hat. Wenn wir eine Taktik im Sinne jener Herren verfolgt hätten, würden wir direkt gegen diese Beschlüsse gehandelt haben. Wer bestimmt denn die Taktik? Wenn wir die Opposition hören, ist es die Fraktion, jetzt der Parteivorstand. Das ist aber nicht wahr. Die Fraktion muß die Taktik befolgen, welche der Parteitag billigt; es fragt sich also nur, ob sie dagegen verstoßen hat. Die Resolution, die noch zuletzt hierüber in Halle gefaßt wurde, lautet:

> Der Parteitag erklärt, daß die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion sowohl den Beschlüssen des St. Gallener Parteitages entsprach, als auch die aus der Aenderung der politischen Parteigruppirung für die deutsche Sozialdemokratie erwachsenen Verpflichtungen völlig erfüllt hat.
>
> Der Parteitag fordert die Fraktion deshalb auf, wie bisher die prinzipiellen Forderungen der Sozialdemokratie gegenüber den bürgerlichen Parteien und dem Klassenstaat rücksichtslos zu vertreten; ebenso aber auch die auf dem Boden der heutigen Gesellschaft möglichen und im Interesse der Arbeiterklasse nöthigen Reformen zu erstreben, ohne über die Bedeutung und Tragweite dieser positiven gesetzgeberischen Thätigkeit für die Klassenlage der Arbeiter in politischer wie ökonomischer Hinsicht Zweifel zu lassen oder Illusionen zu erwecken.

Daß wir gegen diesen Beschluß gehandelt, das nachzuweisen ist Ihre Aufgabe, meine Herren von der Opposition; wäre es so, dann hätten Sie Ursache zu Ihrem Verhalten. Glauben Sie, die Taktik müsse eine andere werden, so hat Jeder von Ihnen das Recht, eine solche Meinung zu haben. Ebenso wie Vollmar gemeint hat, die Taktik der Partei müsse sich mehr auf bestimmte positive

Forderungen konzentriren und die übrigen Forderungen müßten auf künftige bessere Tage zurückgestellt werden, eine Ansicht, die ich auf das Entschiedenste bekämpfe. Aber wie Vollmar diese Meinung haben kann, können Andere meinen, die bisherige Taktik der Partei müsse aggressiver sein. Hätten die Herren von der Opposition z. B. gesagt: die Fraktion hat das und das gethan, und das ist nach unserer Meinung nicht richtig, dann wäre zu diskutiren gewesen, aber bei der Art, mit der Sie Ihre Angriffe mit Verleumdungen und Verdächtigungen spickten, war eine Diskussion unmöglich. Nun sagen die Herren, der revolutionäre Standpunkt hätte mehr, als es in den Reden der Abgeordneten geschehen, zur Geltung kommen müssen. Wir haben aber gehört, daß sie selbst in der Frage der parlamentarischen Taktik nicht einig sind. Ihr gemeinsamer Boden ist nur die Verdächtigung und Beschimpfung der Parteileitung (lebhafte Zustimmung); in allen Positionen sind sie unter einander verschiedener Meinung. Die zwei Personen, die nach ihren geistigen Fähigkeiten als Leiter der Opposition angesehen werden könnten, Wildberger und Richard Baginski, gehen in der Frage, welche Taktik die Partei in Bezug auf die parlamentarische Thätigkeit zu üben habe, grundsätzlich auseinander. Wildberger ist nicht gegen die parlamentarische Bethätigung an sich, er meint nur, man müsse schärfer als bisher vorgehen, Baginski dagegen sagt, wir sollen zwar Abgeordnete in den Reichstag wählen, aber sie sollen dort keine Anträge stellen, sondern immer nur protestiren und negiren und erklären, Ihr, die Ihr dort im Reichstage sitzet, seid eine erbärmliche, elende Gesellschaft, mit der nichts anzufangen ist, wir werden suchen, Euch in unsere Gewalt zu bekommen, und dann geht es Euch schlecht. Wildberger sagt, wir dürfen den revolutionären Standpunkt nicht verleugnen, wir müssen stets betonen, daß der Parlamentarismus nicht der Boden ist, auf dem wir unser Ziel erreichen. Nun und das letzte Mittel? Es wird uns im Reichstag immer vorgehalten, Ihr wollt nur die brutale, rücksichtsloseste Gewalt und den Umsturz. Sollen wir das zugeben? Man könnte das, ohne strafrechtlich verfolgt zu werden, im Reichstage thun, aber was würde daraus folgen? Die moralische Verantwortung für dieses kopflose Vorgehen hätten wir außerhalb des Reichstags zu tragen und sie bekäme uns schlecht. Daß die Gegner dann folgerten, daß sie nur auf den Barrikaden, auf dem Schlachtfelde mit uns zu kämpfen hätten und um dies zu vermeiden, uns ganz anders behandeln müßten, ist doch selbstverständlich. Man könnte wirklich den Gegnern keinen größeren Gefallen thun, als in solchem Style zu reden (sehr richtig), dann wäre das herbeigeführt, was die Gegner wünschen. Sie sind unglücklich, daß sie uns rein ohnmächtig gegenüberstehen, Alles, was sie gegen uns thun, prallt an unserer Ruhe und Kaltblütigkeit wie an einem Panzer ab.

Nicht eine ihrer Waffen konnte bisher eine ernsthafte Verwundung uns zufügen. Den Einzelnen können sie sehr schädigen, vielleicht tödten, was liegt daran? Es treten zehn, zwanzig Andere an seine Stelle. So war es vor dem Sozialistengesetz und so war es unter dem Sozialistengesetz, und so wird es auch nach dem Sozialistengesetz bleiben, so lange wir mit dem heutigen Staat und der heutigen Gesellschaft zu kämpfen haben. Wenn wir bei jeder Gelegenheit das sagten, was die Opposition verlangt, dann wäre die Provokation da, und da kämen wir um den gewaltsamen Kampf nicht herum. Oder glauben Sie, gesetzt, die Partei erklärte sich mit einer solchen Taktik einverstanden, daß diejenigen, die dies billigten, es sich auf die Dauer gefallen ließen, daß es bei bloßen Worten bliebe? Da irren Sie sich sehr; wir wären zum offenen Kampfe gezwungen! Was aber im Zeitalter der Repetirgewehre und der Maximgeschütze in einer Revolution, die höchstens ein paar Hunderttausend Köpfe machten, geschehen würde, das habe ich schon neulich in Dresden ausgesprochen: wir würden wie die Spatzen jämmerlich zusammengeschossen. (Zustimmung.) Wer heute noch Angesichts der kolossalen Fortschritte nicht nur auf militärischem, sondern auch auf politischem und insbesondere auf ökonomischem Gebiet glaubt, wir Sozialdemokraten möchten mit den Mitteln der bürgerlichen Partei, wie z. B. mit dem Barrikadenbau, zum Ziele kommen, der irrt sich gewaltig, der verkennt total die Natur der Zustände, in denen wir uns befinden. (Sehr richtig!) Genau so, wie die Grundstellung, die wir dem Staat und der Gesellschaft gegenüber einnehmen, eine total verschiedene ist von derjenigen aller früheren Klassen und Parteien, so sind wir auch in der Erringung des letzten Ziels auf ganz neue Wege und neue Mittel angewiesen, das ist meine felsenfeste Ueberzeugung. Ich glaube, wir haben die größte Ursache, mit dem Gange der Dinge zufrieden zu sein. Nur diejenigen, welche das Ganze nicht zu überschauen vermögen, können anderer Meinung sein. Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren eigenen Untergang los, daß wir nur den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufzunehmen haben. (Zustimmung.) Und wie in Deutschland, so nehmen in ganz Europa die Dinge eine Gestaltung an, daß wir auch hier alle Ursache haben, uns darüber zu freuen. Ja, ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß Wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden. (Bewegung.) Und in einem solchen Gang der Entwicklung (zur Opposition) Ihre Art der Taktik zu billigen, das hieße die Partei zu Grunde richten und verderben.

Dies in Bezug auf die Herren von „links". Ich komme nun zu Vollmar. Es kommt mir nicht bei, den Streit hier anzufachen,

welche von den Zeitungsberichten über die Reden Vollmar's in München seine Ausführungen richtig wiedergeben haben. Ich halte mich an das, was er uns als den Inhalt seiner Reden in Broschürenform vorgelegt und mit seinem Namen versehen hat.

Vollmar sieht eine wesentliche Besserung in den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, er glaubt, daß ein „neuer Kurs" eingeschlagen worden sei. Die Großindustriellen und Agrarier müßten sich einrichten, so meint er, von ihren maßlosen Forderungen abzulassen; die Regierung habe sich auf den Boden der Arbeiterschutzgesetzgebung gestellt, wir sollten den Weg der Verhandlungen betreten und suchen, auf Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung wirthschaftliche und politische Verbesserungen zu erreichen. „Dem guten Willen die offene Hand!" Unkenntnisse und Vorurtheile machten nicht wenige gute Menschen zu Gegnern unserer Bestrebungen, wir müßten Selbstkritik und Selbstbeschränkung üben, uns in der praktischen, politischen Bewegung nicht allzuviel mit der Vergangenheit befassen u. s. w. Der eigentliche Inhalt dieser Reden läßt sich, wie ich in der „Neuen Zeit" bereits ausgesprochen habe, in den Satz zusammenfassen: Nur immer langsam voran! — Vollmar betont allerdings die Nothwendigkeit der Entwicklung, aber er mahnt in bedenklicher Weise, mit dem Bestehenden zu rechnen und nur langsam vorzugehen. Die zweite Rede enthält nur den Kommentar zur ersten Rede, veranlaßt durch die Angriffe, welche gegen die erste Rede gerichtet wurden. Es gelte, heißt es hier weiter, die Kräfte auf die jeweils nächsten und dringendsten Dinge zu konzentriren, das Allernächste mit allem Nachdruck betonen. Des eigentlichen Ziels unserer Bewegung wird in beiden Reden nur nebenher gedacht. Vollmar hat seine Forderungen also formulirt: 1. Weiterführung des Arbeiterschutzes; 2. Erringung eines wirklichen Vereinigungsrechts; 3. Enthaltung jeder staatlichen Einmengung zu Gunsten des einen Theils; 4. Gesetzgebung über die industriellen „Ringe"; 5. Beseitigung der Lebensmittelzölle. Vollmars Reden gehen also darauf hinaus: „Wir haben selbstverständlich die Ziele des Programms auch fernerweit im Auge zu behalten, aber wir haben uns viel weniger mit dem Zukünftigen und dem was zukünftig werden soll zu beschäftigen, als mit dem, was er für das Nothwendigste und Nächste hält." Da muß ich nun erklären, wenn die Partei die Taktik Vollmars befolgte und ihre ganze Agitation zunächst auf die Erkämpfung dieser 5 Punkte konzentrire mit vorläufiger Beiseitesetzung unserer eigentlichen Ziele, dieses ein Kampf wäre, der nach meiner Ueberzeugung mit Nothwendigkeit zur Versumpfung der Partei führen müßte. Das bedeutete ein vollständiges Abziehen von unserem eigentlichen Ziel. Wir handelten also gerade umgekehrt, wie wir handeln müßten und bisher gehandelt haben. Wir kämpften bisher

um alles, was wir vom heutigen Staate erreichen können, aber was wir immer erringen — das ist stets betont worden — ist nur eine kleine Konzession und ändert an dem wahren Zustande der Dinge absolut nichts. Wir haben das Ganze im Auge zu behalten und jede neue Konzession hat für uns nur die Bedeutung und den Zweck, daß wir den Kampfboden, auf dem wir stehen, uns besser herrichten, um uns vertheidigungsfähiger zu machen. Wenn unsere Armee — die Partei — einer anderen Armee — den gesammten Gegnern — gegenübersteht, von der ich mir sagen muß, daß sie zunächst noch in jeder Beziehung die mächtigere ist, wäre es selbstverständlich eine Thorheit, mit dieser Armee einen Entscheidungskampf aufzunehmen. Ich muß also alles thun, was mir meine Kampfstellung nach Möglichkeit verbessert und damit den endlichen Sieg sichert. Jeden fußbreit Boden, den ich in einem solchen Kampfe erringe, jeden Vortheil, den ich mir erwerben kann, muß ich zu erringen suchen, um mich für den letzten Schlag um so kräftiger zu machen. Grade weil wir das ganze und letzte Ziel bei unserer Agitation auf politischem, wirthschaftlichem und parlamentarischem Gebiet zu erreichen suchen, darum sagen unsere Gegner, Ihr wollt nur Konzessionen, damit Ihr uns um so besser bekämpfen könnt, und darum geben wir Euch diese Konzessionen nicht. Für uns aber handelt es sich darum, daß wir den Massen zeigen, wie ihnen die Gegner auf ihrem eigenen Boden die elementarsten und gerechtfertigsten Forderungen verweigern. Diese Aufklärung der Massen über unsere Gegner ist die Hauptaufgabe für unsere parlamentarische Thätigkeit und nicht die Frage, ob zunächst eine Forderung erreicht wird oder nicht. Von diesen Gesichtspunkten aus haben wir unsere Anträge stets gestellt. Ist doch von den Dutzenden von Anträgen, die wir in den letzten Legislaturperioden gestellt haben, nur ein einziger angenommen worden, und zwar nur derjenige, den die Gegner konsequenter Weise annehmen mußten, wenn sie sich nicht selbst ins Gesicht schlagen wollten. Und unsere Thätigkeit in diesen Dingen hat in den weitesten Kreisen der Arbeiter, wie zahlreiche Zuschriften beweisen, die allergünstigste Beurtheilung gefunden. Wir haben also stets den Standpunkt vertreten, es handelt sich zunächst nicht darum, ob wir dies und jenes erreichen; für uns ist die Hauptsache, daß wir gewisse Forderungen stellen, die keine andere Partei stellen kann. Wir vertreten die Interessen der Arbeiterklasse im Gegensatz zu den Interessen aller anderen Klassen, und dabei können wir uns unter keinen Umständen auf ein Paktiren einlassen, wie es Vollmar in seiner ersten und noch mehr in seiner zweiten Münchener Rede befürwortet. Er sagt z. B. in seiner zweiten Rede, seitdem der Reichstag zusammengetreten, seien bedeutende Veränderungen in Deutschland vor sich gegangen, es seien neue Männer an die Spitze

getreten und eine nicht geringe Zahl von Umgestaltungen sei erfolgt. Er verweist ferner auf die Errungenschaften, die von der Zeit der Errichtung des ersten Fabrikinspektorats bis zur neuesten Gewerbeordnungs-Novelle gemacht wurden.

Er spricht von einer allmähligen, fortgesetzten Verbesserung des Arbeiterlooses, für das Erhebliches geschehen sei. „Ernste Männer verfolgen Ideale, aber sie vergegenwärtigen sich auch den langen Weg, der zu ihnen führt und die zahllosen Hindernisse, die zu übersteigen sind u. s. w." Das sind Anschauungen, die ich auf das Entschiedenste bekämpfe. Es ist grundfalsch, daß ein Führer von uns auftritt und fortgesetzt der Partei sagt, Kinder, es ist ein unendlich langer Weg, den wir zu gehen haben, auf dem ungezählte Hindernisse sind, also seid hübsch bescheiden, geht nicht zu rasch, und so werden wir allmählig, wenn auch sehr langsam, zum Ziele kommen. Das ist eine falsche und verkehrte Taktik, bei der alle Begeisterung erlahmt und Anschauungen über die Bedeutung kleiner Konzessionen verbreitet werden, die mit dem Wesen unserer Partei und ihren Zielen unvereinbar sind. Es wird dabei nicht allein der kolossale Fortschritt der Geister auf unserer Seite, sondern auch der in anderer Art vollzogene Fortschritt auf Seiten unserer Gegner, ignorirt. Unser Standpunkt ist schroffer, klarer, prinzipieller geworden in dem Maße, wie die ganze Partei sich mehr und mehr entwickelt hat, und wie wir uns mehr nach vorwärts, so haben sich unsere Gegner immer mehr nach rückwärts entwickelt. Kein einziger denkfähiger Gegner wagt heute mehr zu sagen, daß die bürgerliche Gesellschaft die Forderungen der Arbeiter befriedigen könnte. Das haben vor wenigen Jahren noch viele unserer Gegner geglaubt, heute glaubt es Niemand mehr. Die Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse, die fortgesetzten Kriegsrüstungen, wo sich jeder sagen muß, kommt der Krieg nicht heute oder morgen, so kommt er übermorgen sicher, und die Gewißheit, daß alle diese Dinge zum Verderben der heutigen Gesellschaft ausschlagen, das Alles hat herbeigeführt, daß keiner mehr leugnet, wir treiben einer Katastrophe zu. Man hütet sich selbstverständlich zu sagen, die Sozialdemokratie hat Recht, aber kein Gegner glaubt mehr, daß sie Unrecht habe. Das ist der ungeheure Gewinn, daß die Gegner den Glauben an sich selbst verloren haben. (Lebhaftes Bravo!) Und bei einer solchen Lage der Dinge sollen wir uns auf den Vollmar'schen Standpunkt stellen und ganz entgegengesetzt sagen: Kinder, marschirt langsam, seid bescheiden. Als ob wir je einmal unbescheiden gewesen wären! (Heiterkeit.) Mit einer Hinhaltungspolitik, wie die Vollmar'sche, kann ich unter keinen Umständen mich einverstanden erklären. Und nun, Parteigenossen, was in aller Welt hat sich denn in Deutschland seit 2 Jahren eigentlich verändert? Bismarck ist weg, gewiß wir freuen uns Alle darüber,

aber Caprivi ist da, und macht er es im Großen und Ganzen besser wie Bismarck? (Rufe: Nein!) Der Mann, der im letzten Reichstage erklärte, wir wissen ganz genau, daß wir mit Euch Sozialdemokraten nicht anders fertig werden, als mit Flinten und Kanonen, — nun er hat offen seine Meinung gesagt, und das freut uns —, aber Vertrauen ihm entgegenzubringen, dazu haben wir wahrhaftig keine Ursache. Und dann die Haltung der Regierung in der Agrarfrage. Haben wir da vielleicht Ursache, sie besonders günstig zu betrachten? Was wäre aber gewonnen, wenn selbst ein Systemwechsel zwischen liberal und konservativ einträte, was hätten wir bei der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung davon so Großes zu erwarten? Wenn schließlich die Regierung, im Gegensatz zu dem Bismarck'schen Regiment, dazu gekommen ist, neben dem Kranken-, Unfall- und Invaliditätsgesetz auch ein wenig in Arbeiterschutzgesetzgebung zu machen, ei, hat das die Regierung gethan, um der Sozialdemokratie Wasser auf die Mühle zu liefern? Nein, sondern einzig und allein, um der sozialdemokratischen Mühle das Wasser abzugraben. (Sehr richtig!) Darüber wollen wir uns doch nicht täuschen. Mögen die Leute da oben ein noch so „gutes Herz" haben — ich glaube z. B. an das „gute Herz" des Herrn v. Berlepsch — aber unsere Freunde sind sie nicht, und alles was sie thun, thun sie, um uns zu schwächen. Wenn sie uns stärken, indem sie die eine oder andere unserer Forderungen erfüllen, so geschieht dies gegen ihren Willen. Die Sachen liegen heute so, daß, was immer unsere Gegner thun, ob sie uns bekämpfen, oder ob sie uns zustimmen, unter allen Umständen besorgen sie unsere Arbeit, besorgen sie wider ihren Willen unsere Geschäfte. Aber dafür sind wir ihnen weder Dank noch Vertrauen schuldig. Wenn im nächsten Februar die Kornzölle von 50 auf 35 Mark ermäßigt werden, so macht man diese kleine Konzession nicht uns, sondern man macht sie, weil der Handelsvertrag mit Oesterreich eine Lebensnothwendigkeit für die Bourgeoisie ist. Es ist eine Konzession, die man mit schwerem Herzen bewilligt. Und wenn man heute die Einfuhr von amerikanischem Speck und Schinken wieder gestattet, wer glaubt denn, daß man dieses den Sozialdemokraten oder der Arbeiterklasse zu Liebe gethan hat? Man that es einestheils, um uns einen Agitationsstoff zu nehmen und anderentheils hauptsächlich, weil durch die Mac Kinley-Bill dem nordamerikanischen Präsidenten die Macht gegeben ist, die deutsche Industrie durch Retorsionsmaßregeln auf zollpolitischem Gebiet bedeutend zu schädigen. Glaubte man oben mit der Annahme eines Gesetzes, wie unser Arbeiterschutzgesetz-Entwurf, die Sozialdemokratie todtmachen zu können, man würde ihn morgen bis auf den letzten Buchstaben annehmen. (Sehr wahr!) Täuschen wir uns also selbst nicht über die Motive, die unsere Gegner zu ihren Handlungen bestimmen. Machen sie

uns eine Konzession, so acceptiren wir sie, aber sagen nicht einmal danke schön, sondern betrachten sie als selbstverständlich und als kleine Abschlagszahlung. (Sehr richtig!) Wir haben also keine Ursache, unseren Gegnern zu Liebe von unserer bisherigen Taktik abzuweichen.

Aus allen diesen Gründen habe ich Ihnen meine Resolution vorgeschlagen. Um der Ansicht der Opposition, daß wenn die Partei Beschlüsse faßt, jeder Einzelne, der mit denselben nicht einverstanden ist, beliebig gegen sie Front machen darf und sie nicht zu beachten braucht, einen Riegel vorzuschieben, habe ich im drittletzten Absatz der Resolution ausgesprochen:

„Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, daß er den Beschlüssen der Gesammtpartei und den Anordnungen der Parteiorgane, so lange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntniß, daß eine Kampfpartei wie die sozialdemokratische, nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesammtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und diese Unterwerfung übt."

Es ist schlimm, daß wir überhaupt solche selbstverständliche Beschlüsse fassen müssen. Aber nach der Haltung jener Herren müssen wir sie fassen, nicht blos für sie, sondern für Jeden, der künftig Miene macht, gegen die Parteibeschlüsse und die Parteitaktik handeln zu wollen. Im Weiteren habe ich vorgeschlagen, obgleich das eigentlich nicht streng mit der Parteitaktik zusammenhängt und ebenfalls selbstverständlich ist — die Herren von der Opposition haben aber behauptet, wir unterdrückten die freie Meinung, wir wollten nicht zulassen, daß andere Meinungen auftauchten, eine Anschauung, die auch von der gegnerischen Presse verbreitet wird. —

„Der Parteitag erklärt ausdrücklich, daß die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, daß diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Theil ermöglichen."

Schließlich schlage ich vor zu beschließen:

„Endlich ist der Parteitag der Anschauung, daß der in den Statuten der internationalen Arbeiterassoziation von 1864 ausgesprochene Grundsatz: „Daß Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage für das Betragen aller ihrer Mitglieder untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntniß oder Nationalität anzuerkennen sei", auch heute noch die Richtschnur für die Handlungen der Parteigenossen sein muß."

Daß wir im Jahre 1891, 27 Jahre nach der Gründung der internationalen Arbeiterassoziation genöthigt sind, eine Richtschnur

auszusprechen für das Verhalten der Genossen unter sich, ist kein günstiges Zeugniß für den gegenwärtigen Zustand in unserer Partei. Als ehrlicher Mann soll ich dem Gegner gegenüber immer nur das sagen, was ich ehrlicher Weise vertreten kann, wie vielmehr ist ein solches Verfahren den Genossen gegenüber Pflicht. Parteigenossen! Ich bitte Sie, nehmen Sie diese Resolution einmüthig an, damit die Ehre und das Interesse der Partei künftig nach allen Richtungen hin gewahrt werde! (Stürmischer Beifall.)

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit — es ist 6½ Uhr — vertagt der Parteitag die weitere Berathung auf Sonnabend Vormittag 9 Uhr.

Von Dr. Schönlank ist der Antrag eingegangen, daß fernerhin der Zeitersparniß halber der Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion, gleich dem Berichte des Parteivorstandes, dem Parteitag gedruckt vorgelegt werde. Dieser Antrag wird mit zur Diskussion gestellt.

Weiter beantragt Riesop, der Parteitag wolle beschließen, den Vortrag des Abg. Bebel über die Taktik der Partei dem Druck zu übergeben und denselben in Broschürenform zum Selbstkostenpreis an die Partei abzugeben.

Vorsitzender Singer: Ich meine, daß dieser Antrag durch das sehr ausführliche Protokoll, welches wir herauszugeben gewohnt sind, wahrscheinlich nicht mehr nothwendig werden wird. Außerdem müßten ja dann auch die entgegenstehenden Ansichten abgedruckt werden.

Der Antrag wird genügend unterstützt und wird an der gehörigen Stelle zur Verhandlung kommen.

Der Vorsitzende theilt endlich mit, daß eine Depesche eingelaufen ist, wonach die Revision, welche in Sachen des Genossen Max Baginski wegen der hohen Strafurtheile, die über ihn gefällt sind, eingelegt ist, von theilweisem Erfolg begleitet gewesen ist. (Bravo!) Nähere Nachrichten darüber liegen noch nicht vor.

Schluß 7 Uhr.

Dritter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 17. Oktober.

Vormittagssitzung.

9 Uhr. Den Vorsitz führt Kloß.

Von Friedrich Engels-London ist ein Schreiben eingegangen, worin er den Verhandlungen des Parteitages besten Erfolg wünscht und seiner Sympathie mit den Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie Ausdruck giebt.

Dr. Adler, welcher beauftragt war, im Namen der Wiener Genossen den Verhandlungen beizuwohnen, theilt mit, daß er wegen dringender Familienangelegenheiten sowie durch Parteiangelegenheiten verhindert worden sei, diesem Auftrage nachzukommen. Er sendet dem Parteitage seine besten Grüße.

Außer anderen Begrüßungskundgebungen liegt auch eine solche vor „von einigen Zöglingen der Vogel v. Falkenstein'schen Ferienkolonien" aus Straßburg. (Heiterkeit.)

Die Verhandlung über die Parteitaktik wird hierauf fortgesetzt.

v. Vollmar: Gestern Abend hat uns Bebel eine ausführliche Darlegung der Entwicklung der Partei und der Parteimeinungen über die streitigen Angelegenheiten während der 30 Jahre ihres Bestehens gegeben. Diese lange Entwicklungskette ist für einen Augenblick unterbrochen worden durch das bekannte Sozialistengesetz. Da kam im vorigen Jahre die unerwartete Aufhebung des Sozialistengesetzes. Im vorigen Jahre, in jenen Debatten, welche zwischen der Partei in ihrer großen Mehrheit und der Berliner Opposition stattfanden und die ihren Abschluß auf dem Haller Parteitage fanden, wußte man sehr wohl zu schätzen, was man mit der Abschaffung des Sozialistengesetzes erreicht hatte. Ich erinnere daran, was damals mit Vorliebe und mit Recht stets wiederholt wurde, daß das Gesetz nur auf Probe gefallen sei, daß man nur die erste Dummheit von unserer Seite abwarte, um nicht nur diese Waffe, sondern noch schärfere Waffen gegen uns anzubringen. Wir Alle haben damals zur Besonnenheit und immer wieder zur Besonnenheit aufgefordert. Das ist z. B. gelegentlich des 1. Mai geschehen. Jetzt nun, nachdem das Sozialistengesetz eine längere Zeit hinter uns liegt, hören wir plötzlich, daß eigentlich die Aufhebung des Sozialistengesetzes ganz bedeutungslos ist und daß sich gar nichts geändert habe. Ich halte das für unrichtig, nicht nur sachlich, derartige Dinge fortwährend auszusprechen. Weit entfernt braucht man davon zu sein, daß man Denjenigen, die einsichtig genug sind, im Widerspruch zu den früheren Machthabern eine Waffe wegzulegen, welche auch ihnen selbst gefährlich geworden ist, einen großen Dank darbringt. Auch braucht man nicht im Entferntesten die ungeheure Menge von Fehlern zu übersehen, zu vertuschen, welche die neue Regierung des sogenannten neuen Kurses gemacht hat. Dieses vollkommen haltlose Schwanken hin und her zwischen verhältnißmäßig guten Anläufen, die dann in kurzer Zeit wiederum zu dem kläglichsten Rückgange führen, und die ich tadle so gut wie Einer, ist zu erklären aus der Erbschaft, welche Bismarck hinterlassen hat und aus der Furcht vor der Bismarckschen Fronde, welche die maßgebenden Kreise beherrscht. Jedenfalls gehören der Fall des Sozialistengesetzes und der Fall Bismarck's

zusammen und stellen in einer Beziehung mindestens einen Wendepunkt dar. Bismarck hat in seinen zahlreichen Preßunterhaltungen, namentlich mit auswärtigen Journalisten, aufs Deutlichste und Unumwundenste bekannt, was wir früher von ihm immer behauptet haben und was er damals natürlich ableugnete, daß er nämlich der Meinung war, daß die soziale Frage nothwendig auf dem Schlachtfelde, auf der Straße oder „auf militärischem Wege" gelöst werden müsse nicht nur, sondern daß er zielbewußt, raffinirt dahin gearbeitet hat, diese militärische Lösung möglichst schnell herbeizuführen, und er hat mit einem Cynismus sondergleichen sich offen dahin ausgesprochen, daß ein derartiger Aderlaß in großem Maßstabe die ganze Konstitution des modernen Staatswesens gesunden werde, wenn dabei nicht mit Halbheit vorgegangen werde. Diese offene und systematische Blutpolitik, die mit Nothwendigkeit in verhältnißmäßig kurzer Zeit zum Bürgerkriege führen mußte, der ohne die Besonnenheit, Klarheit und Disziplin der Sozialdemokratie wohl überhaupt gekommen wäre, diese Blutpolitik ist beseitigt. Die Spannung, welche herrscht, ist deshalb nicht aufgehoben und kann nicht aufgehoben sein, aber insofern gemindert, als mindestens heute der Boden für eine minder schroffe Entwicklung unserer Partei und der öffentlichen Verhältnisse überhaupt gegeben ist. Ich meine, es kann uns nichts verschlagen, sondern nur in der Oeffentlichkeit nützen, wenn wir sagen, daß das allerdings eine Aenderung ist, wenn auch keine große. Zu gleicher Zeit sind wir im vorigen Jahre ungefähr um dieselbe Zeit eine große Partei geworden. Die Thatsache, daß unsere Partei ein mächtiger Faktor im Reich geworden ist, der sie früher nicht war, steht fest, und ebenso daß wir die Möglichkeit eines unmittelbaren Einflusses haben, daß wir die Leitung nicht mehr blos eines verhältnißmäßig kleinen Bruchtheils der Bevölkerung, sondern Millionen der Bevölkerung haben und für diese Leitung verantwortlich sind, diese Thatsachen müssen sich ausprägen auch äußerlich in unserer Stellung, in unserem Auftreten, in unserer ganzen Taktik. Im vorigen Jahre meinte die Berliner Opposition, jetzt sei die Zeit da, wo wir nicht nur den Ton, das Vorgehen unter dem Sozialistengesetz in seinen schärfsten Aeußerungen fortzusetzen hätten, sondern wo wir auf die Jugend der Bewegung zurückzugreifen hätten, und man hat mit Vorliebe herausgesucht die jüngsten Schriften der Partei aus einer Zeit, wo wir uns noch viel mehr mit der Abstraktion als mit der Anwendung auf die thatsächlichen Verhältnisse beschäftigt haben. Sie meinte mit einem Wort, es sei möglich, daß man die Regeln und Handlungen der Kindheit auf die Männerjahre der Partei übertragen könne. Die Partei hat damals mit Recht und einhellig jenes Ansinnen zurückgewiesen.

Werthe Genossen! Wir meinen mit Recht, daß das Eintreten

für die augenblicklichen, für die Tagesbedürfnisse des Volks ganz besonders geeignet ist, uns die Massen zu gewinnen, und ich habe mich gefreut, daß gestern eine ähnliche Bemerkung Bebel's Ihre Zustimmung fand. Bebel sagte im vorigen Jahre in Halle sehr richtig, daß mit Zukunftsidealen, von denen man nicht weiß, wann sie kommen, das Volk nicht zu begeistern ist, sondern daß die großen Massen des Volkes etwas Greifbares, etwas für die heutigen Verhältnisse Mögliches verlangen. Bebel hat in Halle gegen Werner weiter gesagt, wenn der Arbeiterschutz und eine Reihe von Fragen, von augenblicklichen, nächstliegenden Verbesserungen, mit denen wir uns seitdem beschäftigen, Nebenfragen seien, dann wäre neun Zehntel unserer bisherigen Agitation und Thätigkeit überhaupt überflüssig gewesen; derartige Ansichten konnten nur aus einem wirren und krausen Gehirn entspringen. Gerade der Umstand, daß zu den „praktischen Forderungen" unseres Programms die meisten Zusatz- und Abänderungsanträge aus der Partei eingereicht sind, zeigt deutlich, welche Wichtigkeit man diesem Punkt beilegt. Auf der anderen Seite aber erfolgen unausgesetzt Rückschläge, welche dem Vorangegangenen geradezu widersprechen. Da finden wir bei der ersten Gelegenheit die hundertfach und tausendfach, und nicht nur von den „Jungen" vorgebrachte Aeußerung, daß ja doch unter den heutigen Umständen irgend etwas Nennenswerthes gar nicht zu erzielen sei. Was gegeben werden könne, sei von ephemerer Bedeutung, der zweite Theil des Programms sei nur eine Dekoration, und das Alles gipfelt in der bekannten Aeußerung, wir werden vielleicht eher die ganze Zukunftsgesellschaft erreichen, als eine einzige Forderung des zweiten Theils unseres Programms. Bebel hat gestern der Reihe dieser Widersprüche einen weiteren zugefügt, welcher kein geringer ist. Er hat absichtlich oder im Eifer der Rede gesagt, wir stellen unsere Anträge im Reichstage, ob sie angenommen werden, ist uns ganz gleichgültig, es handelt sich darum, Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu üben. Nein, dieser Ansicht bin ich garnicht und weite Kreise auch nicht. Wenn wir Anträge in Bezug auf demokratische Forderungen, wie den Normalarbeitstag, stellen, dann ist es uns garnicht gleichgiltig, ob er angenommen wird oder nicht (Sehr wahr!), im Gegentheil, wir wünschen, daß der Antrag angenommen wird, sonst würden wir draußen in die zweideutigste Stellung kommen, weil man sagen würde, die fordern nur etwas, um zu glänzen, aber es ist ihnen nicht ernstlich darum zu thun. Dauern solche Widersprüche fort, dann müssen sie nothwendig zu Zweideutigkeiten führen.

Ich bin der Meinung, und das sage ich im schroffen Gegensatz zu den Herren von der Berliner Opposition, obwohl ich mich da einer „Illusion" über die Absichten und Fähigkeiten der herrschenden Kreise hingebe, daß thatsächlich heute fortschreitende Verbesserungen,

mögen sie auch noch so klein sein, möglich sind, um so möglicher, je mehr unsere Macht heranwächst, und damit stehe ich absolut auf dem Standpunkt wie jeder Sozialdemokrat, daß der erste und wichtigste Fortschritt die Ausdehnung der politischen Macht ist. Daß über diesem politischen Handeln die Endziele der Partei nicht zu vergessen seien, wer brauchte darüber im Kreise von Sozialdemokraten zu reden? Haben wir nichts Besseres zu thun, als daß wir in jeder einzelnen Rede immer wieder den alten Katechismus aufsagen? Uebrigens, lesen Sie meine Reden, ich habe jedesmal vorsichtshalber ausdrücklich hinzugefügt: ohne die allgemeinen Ziele im Mindesten aus dem Auge zu verlieren. Aber neben diesem allgemeinen oder Fernziele ist eine nähere Etappe; die Förderung der unmittelbarsten Volksbedürfnisse und die Erringung der nächsten Forderungen ist für mich eine Hauptsache, nicht nur deswegen, weil sie von großem agitatorischem Werth, von großer Werbekraft auf die Massen ist, sondern auch deshalb, weil nach meiner Ueberzeugung dieses allmählige Fortschreiten, diese allmählige Sozialisirung der naturgemäß vorgezeichnete Weg der fortschreitenden Uebergänge ist. Damit ist der Weg der ruhigen, der gesetzlichen, der parlamentarischen Thätigkeit im weitesten Sinn — denn mit der Veränderung der Volksgesinnung werden auch die entsprechenden Veränderungen im Parlament, im Reichstage vor sich gehen — vorgezeichnet. Ich bin ebensoweit entfernt wie irgend Einer, vom Parlament Wunder zu erwarten. Ich erwarte überhaupt von nichts ein Wunder. Es ist von der Opposition dem Genossen Liebknecht vorgeworfen worden, er habe gesagt, daß Alles durch das Parlament zu erreichen sei. Liebknecht hat darauf erwidert, es sei jedenfalls ein „aber" dabei gewesen. Gewiß. Indeß, im richtigen Sinne ist das Wort zu unterschreiben, und jedenfalls unterschreibe ich es. Ich meine, daß, weil wir diesen Weg zu gehen haben, es die größte Thorheit ist, welche namentlich in dem Organ der Berliner Opposition, in der „Volkstribüne", fortwährend sich breit macht, unausgesetzt gegen das Repräsentativsystem, gegen das Parlament zu kämpfen. Im Gegentheil, wir müssen unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland den Parlamentarismus stärken, freilich mit der Voraussicht, ihn für uns zu erobern. Hier im Parlament muß vorgegangen werden, so wie es jeweilig nützlich erscheint, einmal scharf eingreifend, ein andermal hemmend, zögernd, das muß dem Augenblick überlassen bleiben.

Ich komme nun zu meinen Münchener Reden. Eine Reihe von Blättern hat gemeint, meine erste Münchener Rede sei weder neu, noch originell gewesen. Bebel hat nun seinerseits eine andere Charakteristik versucht. Er hat schon vor seiner gestrigen Rede in der letzten Nummer der „Neue Zeit" mich dahin charakterisirt, meine Reden hätten den Zweck, uns zu konzentriren auf unsere

nächstliegenden Forderungen. Das Anerkennen des guten Willens ist richtig. Ich anerkenne den guten Willen überall, nicht nur in der Partei, sondern auch bei meinen Gegnern. Was nun die Sammlung der Kraft der Partei auf die nächstliegenden und wichtigsten Punkte betrifft, so nennt Bebel das ein Bremsen, ein Rückwärtskonzentriren. Ich spräche: immer langsam voran! Das ist ein sehr schönes und prächtiges Schlagwort, aber es trifft nicht zu, wie so ziemlich alle Schlagwörter. Bebel, der sich so viel mit militärischen Dingen befaßt (Rufe: Sehr gut!), sollte doch ganz genau wissen, daß Konzentration und Rückwärtskonzentration himmelweit verschiedene Dinge sind. Ich will nicht verlangsamen, aber ich will hindern, daß durch Einhaltung einer Taktik, die unter den gegebenen Verhältnissen noch nicht vorhanden ist, aber die sich ausbilden kann, wenn nicht eine Klärung eintritt, daß wir durch eine falsche Schätzung unserer eigenen Kraft zu Mißerfolgen kommen, welche schließlich einen Rückschlag herbeiführen. Bebel hat in Berliner Versammlungen wiederholt darauf hingewiesen, daß es nichts Schlimmeres giebt für unsere Partei, als unsere Kraft falsch zu schätzen. (Bebel: sie zu unterschätzen!) Auch zu überschätzen, denn das war damals die Meinung, weil die Berliner Opposition unsere revolutionäre Kraft ganz anders und viel höher schätzte, wie wir meinten. Liebknecht hat im vorigen Jahre mit Recht Denen eine Douche gegeben, welche unsere Macht falsch schätzten, indem er sagte, noch sind wir weitaus nicht die Mehrheit, zwanzig Prozent sind für uns, achtzig Prozent gegen uns. Es wäre thöricht, ja wir dürfen als Demokraten es nicht einmal fordern, daß diese achtzig Prozent sich uns unterwerfen, und was wir thun können, ist, daß wir fortdauernd diese achtzig Prozent auf unsere Seite zu ziehen suchen."

Genosse Bebel hat in der „Neue Zeit" gemeint, wenn er die Wahl habe zwischen Zögern oder Trödeln und zwischen Stürmen, dann erkläre er sich immer für das Stürmen. Wir leben in einer Zeit einer so raffinirten Entwicklung aller Kampfmittel, nicht nur auf dem Gebiet der materiellen Waffentechnik, sondern überhaupt auf dem Gebiet des Parteikampfs, daß mit dem bloßen Stürmen allein man in der Regel nicht viel erreicht, höchstens, daß man sich den Schädel dabei einrennt.

Bebel meinte, wenn meine Taktik durchgeführt würde, so würden wir zu einer erbärmlichen Reformwirthschaft kommen. Das sollte wohl heißen, wenn so vorgegangen würde, wie ich empfehle, dann würde das Fernziel, die sozialdemokratische Gesellschaft, der Sozialismus aufgegeben werden. Einzelne Verbesserungen, die heute zu erreichen sind, sind dann etwas Verkehrtes, wenn man sie so darstellt, als ob sie alles wären. Die Hebung der Arbeiterlage, der Volkslage unter den heutigen Verhältnissen, wäre dann zweifel-

los ein Verzicht auf unsere endgiltigen Grundsätze, auf die sozialdemokratische Umgestaltung, wenn diese heutigen Verbesserungen zu einer endgiltigen Aussöhnung mit der heutigen Gesellschaft führen würden. Wenn das aber möglich wäre, dann wäre der Fehler nicht an mir oder an denen, welche diese Taktik vertreten, sondern am Sozialismus selbst, weil der Sozialismus in seiner tiefsten Grundlage darauf beruht, daß eine derartige Aussöhnung mit der heutigen Gesellschaft überhaupt nicht möglich ist. Nein, jede derartige mögliche Ausführung und deren schließliche Erreichung gefährdet nicht etwa das Endziel, sondern führt es vielmehr näher.

Bebel hat in wirksamster Weise für diese Taktik gesprochen. Er hat gemeint, meine Taktik, d. h. die Aufstellung meiner fünf Forderungen, wobei ich, um Mißverständnissen vorzubeugen, gleich bemerken will, daß ich dieselben nicht als unser Ziel, als unser ausschließliches Kampfziel bezeichnet habe, wir können denselben vielmehr, wenn eins erreicht ist, weitere hinzufügen — führe zur Versumpfung. Ich nehme das Wort nicht krumm, weil es haltlos oder inhaltlos ist. Ich führe es nur an, um hier ein gutes Wort für die Berliner Opposition einzulegen. Es ist in diesen Tagen der Opposition so viel Schlechtes und so viel Bitteres, zum größten Theil wohl mit Recht, gesagt worden, daß es ganz gut ist, wenn man auch einmal ein objektives Wort ablegt, und ich muß sagen, daß, abgesehen von den direkten persönlichen Beleidigungen, Verleumdungen u. s. w. — als solche bezeichnet sie die Anklage, das Weitere werden wir erst sehen —, ich das, was sie in sachlicher Beziehung gesagt hat und was man ihnen so scharf vorgeworfen, weit entfernt bin als Hochverrath und Staatsverbrechen auszuzulegen. — Sie wissen, daß ich der Letzte bin, der sich über ein besonderes Wohlwollen bei den Berlinern zu beklagen hat. Bin ich doch mit dem allerhärtesten, was es für einen Sozialdemokraten giebt, mit dem Namen eines Verräthers, eines Ministerkandidaten u. s. w. bezeichnet worden. Das nehme ich gar nicht krumm. Wenn meine Gewissensruhe, meine politische Ehre und öffentliche Stellung davon abhinge, was eine zusammengelaufene Versammlung in der Nacht um ½12 beschließt, dann könnte ich mir leid thun. (Heiterkeit.) Wie ich meine Gegner gewöhnt habe nicht mit Glacéhandschuhen angefaßt zu werden, so werden in dem Maße, wie unsere Partei größer wird, sich die Auffassungen mehr und mehr differenziren, und wir werden nicht im Stande sein, auf die Dauer eine so scharfe Disziplin zu üben wie früher, wir werden uns dann in der Hauptsache darauf beschränken müssen, daß jeder Einzelne, der beleidigt, angegriffen wird, darauf baut, daß auf die Dauer doch Lügen kurze Beine haben, und er schließlich doch Recht behält. Ich habe das herbeigezogen, um zu zeigen, wie leicht man zu Worten wie Korruption, Versumpfung kommen kann. Ich frage

Sie einmal, wenn Bebel mir gegenüber, dessen prinzipielle Stellung er ja am allerbesten kennt, von dem er außerdem weiß, daß diese fünf Punkte doch wahrlich in unserem Programm im Wesentlichen selbst enthalten sind und Hauptforderungen für die nächste Gegenwart in der That darstellen, meint, daß die Konzentrirung auf diese Punkte zur Versumpfung führe: wie will er da der Berliner Opposition wegen desselben Ausdrucks Vorwürfe machen? (Zustimmung bei der Opposition.)

Wenn aber Bebel meint, eine derartige Politik führe zur Versumpfung, so braucht er nur einmal im „Kapital" von Marx die Stelle nachzusehen, wo dieser sich in förmlicher Begeisterung, im Gegensatz zu seiner sonstigen Sprache, erhebt, wo er über die Wirkungen der Einführung des Normalarbeitstages in England spricht, wo er sagt, daß die physische und geistige Wiedergeburt des englischen Fabrikproletariats Hand in Hand gehe mit der Fabrikakte. Ich denke, wenn das damals in England der Fall gewesen ist, so wird es wahrlich nicht zur Versumpfung führen, wenn wir unseren Kampf auf diesem Gebiet, namentlich für den Normalarbeitstag, möglichst ernst nehmen und nicht sagen, wir streben dahin, aber es ist uns ziemlich gleichgiltig, ob er erreicht wird oder nicht.

Nun hat Bebel in jenem Artikel in der „Neue Zeit" gemeint, es sei aber die ungeschickteste Zeit, in welcher ich meine Rede angebracht hätte. Er sagt: Jetzt ist der Augenblick, wo sich alles vereinigt, unsere Situation zur denkbar günstigsten zu gestalten, und es haben sich Aussichten auf baldigste und großartigste Erfolge eröffnet, und in einem anderen Artikel hat er in Siegesbegeisterung gesagt, fortan rechnen wir nur mehr mit Siegen. Hier liegt nun der Hauptpunkt, der viel wichtiger ist, als unsere Debatte während des Sommers. Von verschiedenen Seiten, namentlich von meinem Freunde Bebel, wird in letzter Zeit fortwährend Folgendes in steigendem Maße, mit steigender Begeisterung den Mengen vorgetragen. Das Ziel unserer endgiltigen Hoffnungen sei nunmehr unerwartet uns ganz nahe vor Augen gerückt. Er hat das gestern dahin ausgedrückt, daß wohl wenige im Saale wären, die es nicht erreicht sehen würden. Der Weltkrieg sei unvermeidlich, in ihm werde sich die alte Gesellschaft vollkommen verbluten, so daß der Bankerott, die Katastrophe, der große Kladderadatsch eintritt. (Heiterkeit.) Der Zeitpunkt, wann das geschehen soll, ist — da das Prophetenthum in der Partei jetzt Mode wird — (Heiterkeit), zuerst von London aus auf das Jahr 1898 festgesetzt worden, Tag und Monat weiß ich nicht. Aber ich weiß Leute in der Partei, denen dies Jahr viel zu entfernt ist und die meinen, es könnte 1893, vielleicht schon 1892 werden. (Heiterkeit.)

Damit komme ich auf die auswärtige Politik, die in meiner

Rede eine ziemlich große Rolle gespielt hat. Die traurigen Zustände, wie sie in Europa vorhanden sind, wurzeln zweifellos in den Ereignissen von 1870/71 und in der Wegnahme von Elsaß-Lothringen. Auch ich bedaure das Kulturunglück, das in der Fortsetzung und Zuspitzung der Feindschaft zwischen den Deutschen und Franzosen liegt, auf das allertiefste und auch ich wünsche eine Versöhnung. Aber wir haben uns nicht mehr mit Wünschen, sondern als Politiker mit Thatsachen zu beschäftigen, und da liegt denn die Thatsache vor, daß Frankreich und Rußland, die beiden Länder, welche allein ein Interesse an einer Veränderung der jetzigen Landkarte nach verschiedenen Richtungen haben, seit dem Kriege einander näher gekommen sind. Seit dem Sommer ist ein offenes Bündniß vorhanden. Es ist gerade der Genosse Bebel gewesen, welcher im Reichstage in allerzutreffendster Weise die politische Lage erörtert und dargethan hat, wie dieses fortwährende Einandernäherrücken der beiden Staaten dahin geführt hat, daß die anderen Staaten, vor allem Deutschland, sich ihnen gegenüber haben koaliren, verbinden müssen. Es ist einmal von einem hervorragenden Parteigenossen der Ausdruck gebraucht worden, daß der sogenannte Dreibund der Gensdarm Europas sei und daß man für einen Gensdarmen keine Sympathie habe. Vollkommen einverstanden. Ich habe für Diplomatenwerk überhaupt so wenig Sympathie, wie irgend einer von Ihnen, aber ich weiß, daß, wenn Leib und Leben in Gefahr kommt, die deutsche Sozialdemokratie den deutschen Gensdarmen auch zu finden weiß, welche Vortheile er hat, welche Macht, um Schlimmeres zu verhüten, und daß diese Bündnißpolitik etwas weiteres sei, habe ich nicht behauptet. Ich habe nur gesagt, daß sie für den Augenblick die Aufrechterhaltung des Friedens zu gewährleisten mir geeignet erscheine und daß sie deshalb das relativ Bessere sei.

Nun haben sich nicht blos die „Alten", also die Partei, sondern auch die „Jungen", vor allem die „Berliner Volkstribüne", mit der auswärtigen Politik beschäftigt. Ich könnte mich darüber freuen, daß das, was mir damals so schlimm angerechnet worden und was als eine entsprechende Strafe für mich bezeichnet worden ist, daß ich nämlich in auswärtigen Blättern als sehr patriotischer Mann dargestellt wurde, daß diese Strafe auch Freund Bebel in rechtem Maße zuerkannt ist und daß er namentlich im Auslande der eigentliche Führer und Fahnenträger derjenigen Sozialdemokratie ist, welche im Kriegsfall sich mit Eifer an die Seite der Regierung, der herrschenden Klassen stellen wird, um eine Vernichtung Rußlands in der nachdrücklichsten Weise herbeizuführen. (Zustimmung.) Ich will hinzufügen, daß ich natürlich mit Bebel auf demselben Standpunkt stehe, damit kein Mißverständniß entsteht. Aber zwischen der Stellung derjenigen, welche jetzt auftreten,

und meiner Stellung von damals ist doch in der That ein wesentlicher Unterschied. Meine Ausführungen von damals waren darauf berechnet, eine Mahnung, eine Warnung für die Friedensbrecher im Auslande zu sein und dadurch der Aufrechterhaltung des Friedens zu dienen. Heute aber, und namentlich von Seite der „Berliner Volkstribüne", wird gerade das Umgekehrte gepredigt. Es wird uns gesagt, es ist ein Glück, daß der Weltkrieg herbeikommt, je eher, desto besser, und uns ist es ganz gleichgiltig, ob dieser Krieg ein moralischer Vertheidigungs- oder ein frivoler Angriffskrieg ist, wenn wir nur den Erfolg dabei haben. Nebenbei gesagt, wie hübsch nimmt es sich aus, wenn die Prinzipiellsten der Prinzipiellen in unserer Partei, wenn die Opposition, welche nicht genug deklamiren konnte gegen die Blut- und Eisenpolitik eines Bismarck, sich plötzlich ganz genau auf denselben Standpunkt stellt, daß alles nur auf den Erfolg ankommt. In demselben Blatte wird uns vorgeworfen, daß wir uns nicht zu der prinzipiellen Höhe des jetzigen Programms aufschwingen wollen: „Abschaffung aller Kriege", und dabei wollen die Herren möglichst schnell den Krieg erklären, natürlich wie Viktor Hugo, der auch ein Friedensfreund war, aber blos noch einen Krieg wollte er führen, den Krieg gegen Deutschland. (Heiterkeit.) Aber nicht nur die „Jungen" gehen so vor, auch vom Genossen Bebel wird nach meiner Ansicht nach dieser Richtung vorgegangen. Wenn man unausgesetzt die Unabwendbarkeit eines Krieges predigt und jedesmal hinzufügt, daß dieser Krieg auch der letzte Krieg auf Erden sein werde, daß in diesem Kriege die Befreiung von allen Lasten und Gebrechen der Menschheit vor sich gehen werde, dann muß man den Anschein erwecken, daß man ihn wünscht. Ich anerkenne die Gefahr, die von Seiten Rußlands kommt, so gut wie irgend Einer, und wenn dieser Krieg kommen sollte, habe ich erklärt, so würde die Sozialdemokratie nach meiner Ueberzeugung nicht die letzte sein, welche in diesen Kampf mitzieht, sondern ihre ganze Kraft aufwenden, um diese Last, diese unerhörte fortwährende Drohung, welche auf dem Reiche nicht nur, sondern auch auf der Partei ruht, von uns hinwegzunehmen.

Aber so sehr rechnete ich nicht blos mit Siegen, daß ich meinte, daß wenigstens eine vorübergehende Niederlage mit mathematischer Sicherheit für uns ausgeschlossen sei. Aber wenn wir auch nur vorübergehend unterliegen sollten, ich glaube nicht ausmalen zu müssen, was es heißt, wenn das russische Wesen wie ein Eiswind über Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie hinwegginge. Die hat dann doch das meiste zu befürchten. Aber auch wenn ein Sieg kommt, den ich wünsche und erhoffe, was dann? Rußland ist nicht so leicht zu bekämpfen; es hat Menschen und Naturkräfte gerade genug, um auch nach zahlreichen Niederlagen uns trotzen zu können. Die Zeche bei der Geschichte würde Frankreich be-

zahlen, und man könnte nicht einmal sagen, mit Unrecht; denn daran halte ich fest, daß das Wort von Marx aus der Zeit des Beginns des Krieges von 1870, daß die Hilfe der Kosacken anzurufen oder auch nur zu dulden, jeglicher Sympathieen beraube, nicht blos für Deutschland, sondern auch für Frankreich noch heute gilt. Schaden würde also so oder so vorhanden sein, und wenn behauptet wird, wie in Berlin, wir würden niemals eine so geeignete Gelegenheit gehabt haben, unsere Macht auszudehnen wie in einem derartigen Kriege, so erkläre ich das meinerseits für die ungeheuerlichste Verkennung der Thatsachen. Im Gegentheil, es würden die größten Schädigungen der Sozialdemokratie die Folge sein, und zwar in Folge der großen Anspannung des nationalen Gedankens, welche bei solchem Ereigniß unabwendbar ist. Nebenbei eine Bemerkung. Als ich im Sommer gesprochen hatte, ist mir gesagt worden, wenn man meine „Politik" annähme, man nothwendig zur Bewilligung aller Militärlasten käme. Es kann ja nicht anders gehen, wenn man recht viel Reden hält, daß man auch vergißt, was man selbst gesagt hat. Zu zwei Malen, am 15. März 1889 und am 25. Juni 1890, ist im Reichstag seitens unserer Fraktion durch Bebel ausdrücklich erklärt worden, der Bestand des Dreibundes bilde für uns eine wesentliche Grundlage, um Neuforderungen abzulehnen, weil nicht nur die deutschen Streitkräfte in Frage kämen, sondern weil wir berechtigt seien, Oesterreich und Italien gleichfalls in Anrechnung zu bringen, so daß man nicht behaupten könne, gegen die vereinigten beiden Mächte, Frankreich und Rußland, seien wir im Nachtheil. Es ist also auch die Meinung unrichtig, daß diese „Politik" zur Bewilligung der Militärlasten führen würde. Im Gegentheil aber muß ich sagen, daß Diejenigen, welchen der nächste Weltkrieg nicht schnell genug kommen kann und welche nicht einmal den Dreibund haben wollen, doch bei der nächsten Gelegenheit Alles bewilligen müssen, was die Regierung verlangt. Soviel steht fest, daß ich weit weniger leichten Herzens hierbei bin als Andere, und, auf die Gefahr hin, als Regierungsmann wieder angeklagt zu werden, froh bin, daß die Regierung allem Anschein nach auch nicht so leichten Herzens dabei ist. Ganz entsprechend dem anscheinend völlig vergessenen Brüsseler Beschlusse trete ich möglichst für Aufrechterhaltung des Friedens ein. Jedes Jahr, welches wir weiter Frieden haben, entfernt die Gefährdung des Friedens nicht blos für den Augenblick, sondern es ist sehr denkbar, daß dann der Krieg überhaupt nicht herbeikommt. Engels hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in Rußland die Verhältnisse auf die Dauer nicht fortbestehen können und die Möglichkeit vorhanden ist, daß das heutige Zarenthum und mit ihm die Gefahr für den europäischen Frieden zusammenbricht. Vielleicht kommen wir auf diese Weise ohne Krieg fort, und des-

halb haben wir Alles zu thun, was geeignet ist, die Katastrophe hinauszuschieben. Nun wird ja gesagt, es sei doch ganz gleichgiltig, wie wir denken, die Politik werde von den Kabinetten gemacht. Das ist nicht wahr; und wenn Bebel gesagt hat, unsere Partei sei auch in der auswärtigen Politik ein Machtfaktor geworden, so hat er ganz Recht, aber wir müssen diesen indirekten Einfluß auch wirklich anwenden; und wenn ich fortwährend von der Unvermeidlichkeit des Krieges spreche, daß er kommen muß, daß er der Freiheitsbringer, der Erlöser sei, so popularisire ich schließlich den Krieg, und nicht blos in Deutschland, sondern das findet Wiederhall im Auslande. Wenn unsere Taktik nach dieser Richtung zugeschnitten werden sollte, dann stellen wir den Leuten den vollen Sieg, die Erreichung unserer endgiltigen Ziele in nächste Aussicht. Daß dann in der Menge der Gedanke entsteht: „wenn das so nahe ist, was brauchen wir uns dann mit dem Programm, dem Arbeiterschutz u. s. w. noch abzuplacken? Warten wir ruhig ab, legen wir die Hände in den Schoß, der Tag kommt dann heran und dann haben wir das Ganze in der Tasche", ist das etwa wunderbar oder unmöglich? Bebel zeigte gestern, welche Nachtheile der Appell an die Gewalt hat, ich unterschreibe das absolut; aber sind diese Anschauungen nicht auch geeignet, indirekt dahin zu führen? Wenn das Jahr herankommt und die Dinge treffen nicht ein, dann entsteht eben die Ungeduld, und die Leute kommen dann auf den Gedanken, was nicht auf dem natürlichen Wege kommen will, womöglich künstlich zu fördern. Ein sprungweises Umwandeln, in Abreißen der heutigen Verhältnisse heute und ein plötzliches Heraustreten morgen, daran ist nicht zu denken; für eine Weltwende, wie sie uns für die nächsten Jahre in Aussicht gestellt ist, sind die politischen und ökonomischen Voraussetzungen nicht vorhanden. Um das zu glauben, daß wir in ein paar Jahren obenauf sind, daß in ein paar Jahren Alles umgewandelt sein wird, dazu gehört nicht blos der Optimismus, der mir zugeschrieben wird, sondern derjenige eines verzückten Gläubigen, eines Ekstatikers, nicht eines ruhigen Politikers. Auf die Massen wirkt das natürlich möglicherweise sehr ein. Ich meine, es ist gut, daß das ein Phantom ist, gut für unsere Sache und die menschliche Entwicklung: denn so gewiß als wir die Macht wollen und erstreben, so gewiß ist es, daß wir nur eine solche Macht haben wollen, für welche fester Grund unter unseren Füßen ist. Ein vorzeitiges Emporkommen würde blos eine Episode bleiben in der Geschichte, würde nichts weiter erreichen, als eine neue Auflage der Kommune mit allen hochherzigen Bestrebungen und Opfern, wie mit allen Verkehrtheiten und Rückschlägen, die damals stattgefunden haben. Wir müssen also vor Allem den verkehrten Gedanken bekämpfen, als wenn ein plötzlicher Umschwung vor der Thür steht oder möglich ist. Hier komme

ich auf die Resolution Bebels. Ich unterschreibe sie Wort für Wort, aber nicht überall seine Motivirung, wie ich überhaupt der Meinung bin, daß seine Motivirung, so ausgezeichnet rednerisch sie war und so packend sie gewirkt hat, mit seiner Resolution im Einzelnen nicht ganz im Einklang steht. Die Resolution sagt, daß wir die politische Macht erstreben müssen, daß aber die Eroberung der politischen Macht nicht das Werk eines Augenblicks, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Ueberrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit u. s. w. errungen werden kann. Diese Stelle ist aus einem älteren Parteidokument vom vorigen Jahre aufgenommen worden, mit Recht, weil die damalige Ausführung vorzüglich ist. Ich hätte nur gewünscht, daß jene Ausführung bis zu Ende eingesetzt worden wäre, weil dann die Sache sich noch deutlicher gemacht haben würde.

Damit bin ich vollständig einverstanden. Was man meine neue Taktik nennt, hat man mit Unrecht so genannt, ich will gar keine völlig neue Taktik, ich stehe auf dem Boden der bisherigen Taktik, will sie aber konsequent durchgeführt sehen. Nach meinem Ermessen stehe ich ganz auf diesem Boden, aber nicht Alle, die mit Worten diese Taktik bekennen, stehen in der That auf ihr. Bebel hat in jenem Artikel der „Neue Zeit" gerufen: Die sozialdemokratische Partei Deutschlands muß sich ihrer geschichtlichen Mission bewußt sein! Gewiß müssen wir das; aber dazu gehört, die organische Ueberleitung der alten in die neue Welt zu fördern, nicht aber die mustergiltige Organisation und die Besonnenheit unserer Partei aufs Spiel zu setzen! (Lebhafter Beifall.)

Wildberger: Ich werde jetzt versuchen, Ihnen die Gründe darzulegen, die uns zu unserem Vorgehen in Berlin bestimmt haben. Die Liebknecht'sche Broschüre, die auch Bebel gestern erwähnte, ist wesentlich die Veranlassung zu den Kämpfen der letzten Wochen in Berlin gewesen. Man darf nicht vergessen, daß die Broschüre nicht nur seit 22 Jahren gedruckt ist, sondern auch zur Kenntniß der Parteigenossen gekommen ist, welche so lange in der Bewegung stehen, und wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Sätze den einzelnen Parteigenossen in Fleisch und Blut übergegangen sind, braucht man sich eigentlich über das in letzter Zeit Geschehene nicht zu wundern. Liebknecht beleuchtet da den Parlamentarismus nach jeder Richtung. Alle Bedingungen, unter denen er heute redet, waren auch damals schon vorhanden; das allgemeine Wahlrecht bestand seit zwei Jahren. Jetzt sagt Liebknecht, von einigen unverbesserlichen Kindsköpfen pflege diese Rede zitirt zu werden; er führt aus, daß er sich geändert habe, der veränderten Situation Rechnung trage. Die Verhältnisse sollen sich mehr zugespitzt haben. Danach müßte sich nach meiner Meinung auch die Taktik entwickeln, aber nicht umgekehrt. Auf dem Koburger Kongreß hielt Liebknecht

noch dasselbe aufrecht. Es folgte der Gothaer Kongreß von 1876, wo Bebel auf den Parlamentarismus zu sprechen kam, weil man dort ihm und Liebknecht einen Vorwurf zu machen versuchte, daß sie sich an der Abstimmung über den Diätenantrag nicht betheiligt hätten. Von Dreesbach und Genossen wurde sogar ein Tadelsvotum beantragt. Da führte Bebel aus, man solle sich, auch wenn 15 Parteigenossen gewählt würden und die Partei selbständig Anträge stellen könnte, nicht zu viel davon versprechen. Die Wirksamkeit der Sozialdemokraten würde nie nach innen, stets nur nach außen vollen Erfolg erzielen. Auch Liebknecht erklärte auf diesem Kongreß, wenn die Sozialdemokratie sich an dem Komödienspiel im Reichstage betheiligte, würde sie eine offiziöse sozialistische Partei; er betheilige sich nicht daran. Auf dem Parteitag in Wyden wurde ein ähnlicher Antrag deshalb nicht angenommen, weil allseitig erklärt wurde, daß das ablehnende Verhalten gegen den Parlamentarismus so selbstverständlich sei, daß man darüber nicht zu diskutiren brauche. Dann kamen die Wahlen von 1884, wo sich die Zahl der Abgeordneten verdoppelte und sich ebenso wie bei der Wahl von 1890 die Illusion bildete, was diese 25 nun alles im Reichstage würden erreichen können. Das Arbeiterschutzgesetz, welches 1877 eingereicht wurde, konnte schon deswegen nicht einen rein sozialistischen Charakter tragen, weil man zur Einbringung desselben die Unterstützung von Mitgliedern anderer Parteien bedurfte. Damit ließ sich alles und jedes rechtfertigen. Nachdem aber die nöthige Anzahl vorhanden war, glaubten die Genossen, es würden nun auch etwas prinzipiellere Anträge gestellt werden. Das geschah nicht; die Fraktion betheiligte sich vielmehr in einer Weise an den parlamentarischen Arbeiten, daß die Genossen sich daran gestoßen und dagegen Front gemacht haben. Anlaß zum Einschreiten gab damals die Haltung der Fraktion bei der Dampfersubvention. 19 von 25 Abgeordneten waren geneigt, für eine Linie ganz oder theilweise zu stimmem. Schon dieses einfache Wollen hat die Genossen so empört, daß die Frankfurter einen Aufruf erließen, in dem fast Alles enthalten, was das letzte Flugblatt besagt. Entsprechend den Punkten 1—14, welche Auer aus dem Flugblatt ausgezogen hat, will ich Ihnen das Korrespondirende aus dem Frankfurter Aufruf vorlesen. Da heißt es nach Punkt 1, ein Theil unserer Abgeordneten versucht unsere revolutionäre Bewegung in den Sumpf des Parlamentarismus zu ziehen. Nach Punkt 2 sagen die Frankfurter: Das edle demokratische Selbstbewußtsein ist bei der Mehrheit der Fraktion einem verwerflichen Dünkel gewichen. Nach Punkt 3: Die verschiedenen Beschlüsse sehen einer Opportunitätspolitik so ähnlich wie ein Ei dem andern. Nach Punkt 4: Der Beginn der parlamentarischen Thätigkeit gestaltete sich zu einer tiefen Verletzung unserer revolutionären Prinzipien.

Nach Punkt 5: Unsere Vertreter scheinen sich mehr und mehr mit den Vertretern der heutigen Gesellschaft in diplomatische Unterhandlungen einzulassen. Nach Punkt 6: Versuche auf die eventuelle Gummieigenschaft unseres Programms üben eine entnervende Wirkung auf unsere eigene Kraft. Weiter sprechen die Frankfurter von der unbegreiflichen Zerfahrenheit in der Taktik, in der Beurtheilung einzelner Fragen auf Grund unseres bestimmten Programms. Daß die Punkte 7 und 9 falsche Behauptungen aufstellen, ist schon gestern zugegeben worden. Die Frankfurter sagen: Es sind Reden gehalten worden, welche einem Volksparteiler oder Freisinnigen alle Ehre machen würden, nur einem Sozialdemokraten nicht. Nach Punkt 12: Wir sehen, daß bei der Majorität der Fraktion ein geistiger Stillstand eingetreten ist. Und der Aufruf schließt: Wenn Euch die Führer in den Sumpf des Parlamentarismus ziehen wollen, dann beweist, daß Ihr in Wahrheit revolutionäre Sozialdemokraten seid.

Wenn man nun in der Presse und namentlich gestern in dieser unerhörten Weise uns angriff, beschimpfte, verdächtigte, dann hätte man doch mit den Frankfurtern ungefähr dasselbe thun sollen. Jene Angriffe sind viel schroffer als die des Flugblatts. Damals aber hat Herr Bebel, der sich gerade jetzt so sehr entrüstet, eine ganz andere Stellung genommen. Zunächst hatte Frohme das Wort ergriffen und eine Zuschrift an das „Frankfurter Journal" gerichtet. Darauf antwortete Herr Bebel im „Sozialdemokrat": Frohme habe äußerst heftig sich gegen die Absender jener Erklärung gewandt, darauf würden die Angegriffenen selbst antworten. Er, Bebel, habe zufällig Gelegenheit gehabt, mit den Betreffenden unmittelbar nachher zu verkehren, und habe ein Recht, dieselben gegen die Angriffe Frohmes in Schutz zu nehmen. Es wäre übrigens nicht eine kleine Klique, sondern es seien wohlgezählt 90 Mann, darunter die ältesten Parteigenossen Frankfurts. Bezüglich des Aufrufs selbst, sagt Bebel, er könne denselben nicht in allen Punkten billigen; übrigens richte derselbe sich nicht etwa gegen die Person Frohmes, sondern gegen die gesammte Fraktion, also auch gegen Bebel, und so hätte Frohme zur Veröffentlichung seines besonderen Protestes keinen Anlaß gehabt. „Konstatiren aber will ich, daß Jene von dem besten Geiste beseelt waren und es Keinem in den Sinn kam, die Partei schädigen zu wollen; alle handelten, wie sie es für ihre Pflicht hielten."

Wenn Bebel sagt, er sei nicht in allen Punkten mit dem Aufruf einverstanden, so hat er ihn doch auch nicht verurtheilt, sondern er nimmt die Frankfurter direkt gegen Frohme in Schutz, läßt alle Schimpfworte durchgehen, ohne den Frankfurtern eine Zensur wie uns zu geben. Wenn es damals unter dem Sozialistengesetz, wo die Machtmittel ihr nicht zum hundertsten Theil zur

Verfügung standen, die Partei nicht ruinirte und schädigte, wenn ein scharfes Urtheil gefällt wurde, dann durfte man auch nicht heute, 6 Jahre später, in der Weise, wie gestern und vorgestern geschehen, gegen uns vorgehen.

Wie aber damals das Stimmenwollen für einzelne Linien nicht der eigentliche Grund des Aufrufs, sondern nur die Veranlassung war, so ist auch in diesem Sommer die besondere Veranlassung in den Vollmar'schen Reden gegeben worden. Nun sehen wir aber in Berlin garnicht ein, welche Veranlassung vorlag, daß Vollmar sich so auf das Pferd der hohen Politik setzte, von dem friedlichen Dreibund sprach, meinte, daß man den leitenden Männern Vertrauen entgegenbringen solle u. s. w. Vollmar hat ganz Recht, wenn er sich auf ähnliche Aeußerungen beruft, die Bebel und Liebknecht vor ihm im Reichstage gethan; aber da muß man doch in Betracht ziehen, daß man im Reichstage sehr leicht in die Nothlage gebracht werden kann, sich solche Aeußerungen auspressen zu lassen. Das ist aber in Versammlungen nicht der Fall.

Liebknecht sagte in seiner Rede zum Militäretat gegen den Grafen Stolberg: „Was die Vertheidigung des Vaterlandes betrifft so werden alle Parteien einig sein, wenn es gilt, einem äußeren Feind zur Abwehr entgegenzutreten, da wird keine Partei zurückbleiben. Das ist doch ziemlich dasselbe, was Vollmar in München auseinandergesetzt hat, und ungefähr dasselbe oder noch etwas mehr hat Bebel in der letzten Berliner Versammlung gesagt. Auch hier ist es kein Unglück, wenn die Genossen das nicht stillschweigend geschehen lassen. Bisher ist es noch nicht dagewesen, daß die Führer in dieser Weise sich ausließen; ich weiß, daß sehr viele Genossen Anstoß genommen haben an der Ausführung, wie man gegen die Russen mit den herrschenden Parteien kämpfen müsse. Das ist ein Gebiet, auf das wir uns überhaupt nicht begeben sollten, das bleibt besser denen überlassen, die nur in hoher Politik machen und zu ihrem eigenen Schutze die Kriege provoziren oder durchführen. Die „Volkstribüne" verurtheile ich in dieser Beziehung ebenso wie Bebel und Liebknecht und Vollmar. Die Sozialdemokratie als solche hat zur Abgabe derartiger Aeußerungen keine Veranlassung. Bebel's Schlußfolgerung, das Volk werde dann die Leitung seiner Geschicke selbst in die Hand nehmen, ist doch wohl blos eine Vermuthung. Es kann auch ganz anders kommen; selbst im Falle der Niederlage Rußlands ist nicht gesagt, daß das Volk die Leitung in die Hand nimmt, im Gegentheil wird die Reaktion, wenn man nicht halten kann, was man vorher versprach, schärfer als vorher ihre Herrschaft ausüben. Jedenfalls steht im Programm, daß wir die Stürzung der heutigen Gesellschaft verlangen, und da brauchten wir im Reichstage doch garnicht auf Anzapfungen von anderer Seite zu reagiren und zu versichern, daß wir Schulter an Schulter

mit den anderen Parteien marschiren würden. Wenn wir von der Nothwendigkeit dieses gewaltigen Heeres überzeugt wären, könnten wir auch die Mittel dafür nicht verweigern. Was unterschiede uns dann noch von den Freisinnigen, denen das vorhandene Heer genügt, die nur für die Verstärkung keinen Groschen bewilligen wollen? Wenn Bebel übrigens sagt, nur beim Militarismus, bei diesem aber auch prinzipiell, habe sich die Fraktion negirend verhalten, so stimmt das auch nicht ganz, denn dann durfte Bebel den von Windhorst erwähnten Gedanken der allgemeinen Abrüstung nicht als unausführbar und aussichtslos bezeichnen. Ob die maßgebenden Kreise die Abrüstung durchführen oder nicht, kann für uns so ziemlich gleichgiltig sein, wir haben sie zu fordern. Solche Aeußerungen mögen von staatsmännischem Talent zeugen, von uns sind sie nicht angebracht. Ist die Abrüstung unmöglich, dann muß man die Mittel für das stehende Heer bewilligen. Bebel ist ja noch weiter gegangen und hat erklärt, die hellen Farben an den Uniformen müßten im Kriegsfalle beseitigt werden, eine hierzu erforderliche Anleihe wäre er gern bereit zu bewilligen, sie wäre eine produktive Anlage im eminentesten Sinne des Wortes. Wenn das so ist, dann hat man den prinzipiellen Standpunkt der Partei vollständig verlassen und kann dann Vollmar nicht mehr kritisiren.

Ich komme nun zu den einzelnen Punkten des Flugblatts. Nach der Auer'schen Zusammenstellung lautet der erste Anklagepunkt:

1. Der revolutionäre Geist wird seitens einzelner Führer systematisch ertödtet.

Der revolutionäre Geist der Bewegung wird doch gewiß nicht dadurch gestärkt, daß man solche Aeußerungen, wie die eben beleuchteten, thut. Die Rede Vollmar's ist dafür ein Beweis. Ein fernerer Beweis ist das Verhalten Heine's. Dies sind Gründe genug für unsere erste Behauptung.

2. Die geübte Diktatur erstickt jedes demokratische Fühlen und Denken.

Hierfür ist Beweis die 1884 von der Fraktion gegen den „Sozialdemokrat" erlassene Erklärung, in der es heißt, daß das Parteiorgan unter keinen Umständen in Gegnerschaft zur Fraktion zu treten hat, daß nicht das Blatt die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion die Haltung des Blattes zu kontrolliren habe u. s. w. Das ist doch ein diktatorischer Uebergriff in das Recht der Presse. Vollmar hat gleich nach dem Erlaß dieser Erklärung öffentlich hervorgehoben, daß er sie nicht unterschrieben und nichts damit zu thun habe. Ein weiterer Beweis ist das Verhalten der Fraktion zur Feier des 1. Mai. Vorstand und Fraktion wußten ganz genau, daß in fast allen größeren Städten Deutschlands der Kongreßbeschluß dahin verstanden wurde, daß man nicht

blos Versammlungen einberuft, sondern an diesem Tage feiert. Man freute sich sogar im „Sozialdemokrat" über diese Beschlüsse. Schon im Dezember 1889 war beschlossen worden, daß man die Arbeit ruhen lassen solle. Da kommt ganz kurz vor dem 1. Mai, nachdem alle Vorbereitungen bereits getroffen waren, der Aufruf der Fraktion. — Hierher gehört auch die Frage der Stichwahlen. Der St. Gallener Kongreß hat nach meiner Meinung die Parteileitung nicht beauftragt, der Situation Rechnung zu tragen und einen Aufruf, wie er nach den Hauptwahlen 1890 ergangen ist, zu erlassen. Wenn ich diesen Schritt der Parteileitung auch unter die Diktatur begreife, glaube ich im Rechte zu sein.

3. Die ganze Bewegung ist verflacht und zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken.

Hier möchte ich an eine Rede von Bock (Gotha) im Reichstage erinnern, die zur Vorlage wegen Prüfung der Gewehrläufe gehalten wurde. Da hofft Bock, daß es nicht die Absicht der Vorlage sei, den kleinen Gewerbtreibenden zu schädigen, und er fragt, wie dieser geschützt werden soll, wenn die Prüfungsanstalten sehr weit auseinander liegen; er weist auf die zu hohen Transportkosten hin und wünscht, zwar nicht an jedem Orte, wo solche Kleinindustrielle wohnen, aber doch an den bedeutenderen Orten solche Anstalten errichtet und schließt: Wollen Sie den Kleingewerbtreibenden schützen, dann haben Sie hier die beste Gelegenheit! (Vielfaches sehr richtig!) Wenn das sehr richtig ist, dann habe ich gar nichts mehr zu sagen. Ich meine nur, diese Prüfungsanstalten kosten Geld, und die Errichtung derselben auf Staatskosten für die kleinen Handwerker bedeutet doch lediglich eine kleinbürgerliche Reform. Ein weiterer, hierher gehöriger Verstoß ist von Heine in der Zuckersteuer-Kommission des Reichstages 1886 begangen worden, wo er mit Bock die Materialsteuer aufzuheben und die Fabrikatsteuer einzuführen beantragte. Eine Steuer zu beantragen, das ist doch nicht die Aufgabe unserer Leute; wenn wir daran Kritik üben, sind wir vollständig im Recht. Ferner hat Stadthagen für die Staatssubvention der Helgoländer Fischer gesprochen. Auch das halte ich für vollständig falsch; es ist von allen bisherigen Kongressen verurtheilt worden, sich mit solchen kleinlichen Fragen zu befassen.

5. Es geschieht alles, um einen Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen.

Da führe ich den 10-, 9- und 8stündigen Arbeitstag an. Die Pariser Beschlüsse verlangen den Achtstundentag, im Programmentwurf steht er obenan; da müßte er doch auch im Parlament direkt vertreten werden. Es trifft hierauf auch zu, was unter Punkt 7 gesagt ist, daß Vieles mit Rücksicht auf andere Parteien zu Stande kommt. Ich verweise weiter auf den von Singer befürworteten Antrag zur Frage der Sonntagsruhe, den im kaufmännischen

Gewerbe Beschäftigten eine Arbeitszeit bis zu 3 Stunden vorzuschreiben. Das ist doch alles gerade so langsam und zahm, wie Bebel es gestern Vollmar vorwarf.

6. Angesichts der Arbeiterschutz- und Versicherungsanträge ist die Begeisterung unter den Genossen verflogen.

Von mir kann ich das ganz bestimmt konstatiren (Heiterkeit), von verschiedenen hundert Anderen auch; im Flugblatt steht aber nicht, daß sie verflogen sei, sondern es wird blos die Frage gestellt, wer diese Begeisterung heute noch fühle.

8. Die Taktik der Partei ist falsch und verkehrt.

Wenn man das nicht mehr sagen darf, dann hört jedes Kritisiren überhaupt auf. (Zwischenruf: Gewiß darf man das sagen!) Wenn in der Aufzählung es dann heißt:

„7. Majoritätsbeschlüsse in der Fraktion kommen fast immer mit Rücksicht auf andere Parteien und Gesellschaftsklassen zu Stande und ebnen so den Boden zur Schwenkung nach rechts,"

so ist ja gestern schon von Auer zugegeben worden, daß die Worte „in der Fraktion" in der Geschwindigkeit hineingekommen sind. Sonst pflegt man leichter in der Geschwindigkeit etwas zu vergessen. An die Fraktion wurde bei diesem Passus am allerwenigsten gedacht.

Bebel rechnet nun ganz bestimmt darauf, daß wir in dem Tempo wie bisher in den sozialistischen Staat hineinkommen. Wer gar keine Möglichkeit kennt, daß die Dinge doch einmal umschlagen könnten, hat ein Recht, wie Bebel zu sprechen. Logischer Weise hätte dann aber Aehnliches sich schon früher unter gleichen Verhältnissen vollziehen müssen. Wir sehen indessen bei allen Völkern einen plötzlichen Rückschlag in die Barbarei.

Was Marx von der Einführung des Normalarbeitstages, des Arbeiterschutzgesetzes in England gesagt hat, daß sie die geistige und physische Wiedergeburt des englischen Proletariats bedeute, brauchen wir uns für unsere Bewegung in Deutschland nicht zur Richtschnur sein zu lassen, ein großer Theil von uns wird von einer Wiedergeburt bei uns nicht viel gemerkt haben. Seit Einführung des Arbeiterschutzgesetzes hörte die Thatkraft auf. Nach dem Programm, welches heute von der Fraktion vertreten wird, braucht sich Niemand mehr an der sozialdemokratischen Partei zu stoßen. Sie hat jetzt Raum für alle Elemente, auch für die kleinbürgerliche Richtung. Daß die Majorität bei kleinbürgerlichen Elementen immer den Ausschlag giebt, mag bei diesen der richtige Weg sein, aber nicht bei den proletarischen Arbeitern. Was haben denn die Arbeiter zu verlieren? Schon jetzt sind sie von den Arbeitgebern so ausgebeutet, es werden so viele Opfer gebracht, daß man diesen Kriegszustand nicht auf unabsehbare Zeit verlängern muß. Ich habe auch nicht, im Gegensatz zu Baginski, gesagt, daß mehr parlamentirt werden müsse. Ich lasse diese Frage überhaupt offen.

Für mich giebt es nur eins: entweder es wird vollkommen negirend im Reichstage vorgegangen, oder prinzipiell. Die Forderungen des jetzigen Programms müssen als Antrag eingebracht werden, dazu ist die Fraktion stark genug, dann bekommt die Volksmasse ein ganz anderes Bild von der Sache. Es muß der Achtstundentag verlangt werden. Alle Blätter müssen davon Notiz nehmen, so kommt das, was wir wollen, viel besser in die Massen hinein als bisher. Was die Landagitation betrifft, so habe ich gesagt, man kann doch bei einer Bewegung wie der sozialdemokratischen, die ihren Hauptsitz in den Industriestädten hat, nicht bei jeder Frage der Taktik Rücksicht nehmen auf die unbedeutendsten Dörfer, auf den Bauer, der nichts von der Bewegung versteht. Es gehört nicht immer die vollständige Majorität eines Volkes dazu, um etwas durchzusetzen. Nimmt sich eine zielbewußte, thatkräftige Minorität vor, ein Ziel zu verwirklichen, so schließen sich ihr die großen Volksmassen, die von denselben Lasten bedrückt sind, an. Es ist nothwendig, daß die Massen, die wir gewinnen, in anderer Weise unterrichtet und aufgeklärt werden, und da können allerdings die Verhandlungen des Reichstags einen wesentlichen Beitrag liefern, aber anders als bisher. Das sind nicht die Reden, an die wir früher gewöhnt waren. Schon auf dem St. Gallener Kongreß wurde dies getadelt und eine schärfere, packendere und prinzipiellere Sprache von den Abgeordneten verlangt. Man braucht sich nicht an jeder Reichstagsverhandlung zu betheiligen. Die Genossen im Lande klagen, daß ihnen kein Redner zur Verfügung stehe, und gestern ist geklagt worden, daß man die Wahlen u. s. w. vernachlässige, daß man nicht genügend materielle Mittel zur Verfügung stelle. Bei der Prenzlau-Angermünder Wahl ist nicht ein einziger unserer Abgeordneten erschienen, und die Genossen sind dort so arm, daß sie nichts machen können. Als die dortigen Genossen sich an die Fraktion wandten, wurde ihnen gesagt, Ihr habt das letzte Mal nur 1300 Stimmen gehabt, die Sache hat keinen Zweck. Darauf wurde erwidert: Wählen wir denn, um einen Sitz im Reichstag zu bekommen oder um die Agitation zu betreiben, um das Richtige in die Menge des Volkes zu bringen? Da wurden ihnen schließlich 300 Mark gegeben. Was sind aber 300 Mark für einen Landkreis von diesem Umfange? Man sollte weniger auf einen Sitz im Reichstage geben, als auf die Propaganda an sich, die gelegentlich der Wahl betrieben werden kann. Sind einmal in einem solchen Wahlkreise hundert Stimmen abgegeben, so ist damit schon ein guter Grund für die endliche Eroberung des Kreises gelegt. Es ist nun aber nach den letzten Reichstagswahlen der Schwerpunkt in den Reichstag gelegt worden, weil man sich an allem, was dort vorgeht, betheiligt. Vollmar sprach nur von einem Vertrauen zu den leitenden Männern, während Bebel von dem Vertrauen gesprochen hat, das

man jeder Regierung schenken müßte. Bebel ist ein ebenso großer Optimist wie Herr v. Vollmar.

Ich behalte mir vor, nachdem ich eben, so weit ich dazu im Stande bin, meine Schuldigkeit gethan habe, wenn ich weiter angegriffen werde, meine Stellung noch einmal zu vertheidigen. Einer Ausschließung, die Sie hier jedenfalls vollziehen werden, werde ich meinen Austritt aus der Partei vorziehen.

Nunmehr wird die allgemeine Diskussion eröffnet.

Singer: Parteigenossen! Ich werde mich vorwiegend mit der Rede Vollmars beschäftigen, weil ich seine Ausführungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen, wenn der Parteitag denselben etwa sollte zustimmen, für viel gefährlicher für die Partei halte, als die Ansichten der Opposition und deren Wortführer. — Wildberger gegenüber muß ich zwei Bemerkungen machen, weil er mich persönlich genannt hat. Er hat sich auf eine Aeußerung von mir in St. Gallen bezüglich der Stichwahlen bezogen. Die Frage der Stichwahlen ist auf dem vorigen Haller Parteitag definitiv erledigt worden, und ich habe deshalb keine Veranlassung, jetzt auf dieses Thema einzugehen. Wenn Wildberger mir ferner vorgeworfen hat, daß ich, um den im kaufmännischen Gewerbe beschäftigten Personen die Sonntagsruhe zu verschaffen, zugegeben habe, daß man 3 Stunden des Sonntags arbeiten lassen könne, so befinde ich mich dabei in einer, zwar nicht nach meiner Auffassung, aber nach Ansicht Wildbergers sehr guten Gesellschaft, nämlich in der seines Spezialfreundes Auerbach. Wenn die im Handelsgewerbe Angestellten vor die Wahl gestellt würden, den ganzen Sonntag, manchmal bis zu 16 Stunden, zu arbeiten, und unter Verzicht auf Beschränkung der Sonntagsarbeit durch das Parlament, eine revolutionäre Rede Wildbergers zu hören, oder ob sie eine Beschränkung der Sonntagsarbeit auf 3 Stunden haben wollen, so werden sie sich zweifellos für das Letztere entscheiden. (Sehr richtig!)

Genosse Vollmar hat bei aller Anerkennung der Nothwendigkeit, auch stets die letzten Ziele der Sozialdemokratie zu vertreten, den Hauptwerth gelegt auf das sogenannte Aktionsprogramm, welches er in den bekannten fünf Forderungen aufgestellt hat. Ich habe bei diesen Ausführungen den Eindruck gehabt, als ob Vollmar unsere letzten Ziele und den energischen Kampf für dieselben so als eine Art Familienreliquie in den Silberschrank gestellt hat, der nur bei besonders feierlichen Gelegenheiten geöffnet wird. (Heiterkeit.) Nun meine ich aber, daß die Propagirung unseres eigentlichen Ziels, der Kampf für die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft ebenso andauernd, kräftig und nachhaltig geführt werden muß, wie der Kampf für irgend eine unserer aktuellen Forderungen. (Bravo!) Wir können unmöglich eine solche Trennung unserer Forderungen vornehmen, und ich bin überzeugt, daß Vollmar, der den revolu-

tionären Charakter unserer Partei ebenso anerkennt wie wir Alle, sehr bald sehen würde, daß wenn seine Taktik Anwendung fände, die Partei auch selbst bezüglich der nächsten Forderungen nicht mehr mit derjenigen Thatkraft und Energie agitiren könnte, welche erzeugt wird, wenn wir immerdar das ganze, volle Ziel, die Befreiung der Arbeiterklasse aus der Lohnsklaverei des Kapitalismus, im Auge haben. (Lebhafter Beifall!)

Vollmar warnt davor, die parlamentarische Thätigkeit zu unterschätzen. Wir sind aber Alle darin einig, daß der Hauptnutzen unserer parlamentarischen Thätigkeit in der Vertretung unserer Ideen im Reichstage, nur in der dadurch erzeugten lebendigen Agitation im Volke liegt. Wenn wir durch unsere parlamentarische Thätigkeit einige Erfolge erzielen, so dürfen diese Erfolge auch nur wieder dazu dienen, die Arbeiterklasse im Kampfe für unsere Endziele zu stärken. Es steht zweifellos fest, daß heut jede Reform, jede Besserung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiterklasse nur durch Mitwirkung der gegnerischen Parteien zu ermöglichen ist. Wir 35 Sozialdemokraten im Reichstage können zwar mit größerer Wucht wie früher unsere Anträge begründen und vertreten, aber wir können nichts durchsetzen. Ich bin überzeugt, daß die herrschenden Klassen in dem Augenblick, wo die Möglichkeit vorliegt, daß die Sozialdemokratie im Reichstag etwa aus eigener Kraft gesetzgeberische Maßregeln durchsetzen könnte, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ins alte Eisen werfen und alle in ihren Händen befindliche politische und materielle Macht aufbieten, um zu verhindern, daß eine so große Anzahl von Sozialdemokraten in den Reichstag kommt, daß ihre Klassenherrschaft dort gefährdet werden könnte. (Sehr richtig!)

Aber selbst die Möglichkeit vorausgesetzt, daß wir durch parlamentarische Thätigkeit etwas Vernünftiges erreichen können, so würde diese Thätigkeit, weil sie nur in Verbindung mit anderen Parteien ermöglicht werden kann, nothwendiger Weise zur Versumpfung der Partei führen müssen. Selbstverständlich liegt dies nicht etwa in der Absicht des Genossen Vollmar.

Aber eine revolutionäre Kampfpartei, wie die unsere, muß vollständig rein gehalten werden von jeder Art Politik, welche nur in Verbindung mit anderen Parteien im Reichstage möglich ist. Wenn die Majorität des Reichstages und die Regierung aus Furcht vor der Sozialdemokratie es für angezeigt erachtet, der Arbeiterklasse Konzessionen zu machen, so können wir uns das sehr wohl gefallen lassen, betrachten dies aber nur als Abschlagszahlungen, die wir zu weiterer energischer Agitation für unsere Ziele auf unserem Vormarsch mitnehmen und in deren Besitz wir aber unaufhaltsam weiter marschiren und um so fester zusammenschließen. (Bravo!)

Der Ton der Entsagung, der Wunsch nach Verlangsamung des

Marschtempos, der durch die Vollmar'schen Reden in München sowohl, als auch durch die hier gehaltene Rede geht, ist mit der Taktik der sozialdemokratischen Partei unvereinbar. (Lebhafte Zustimmung.) Wir können nicht mit Vollmar anerkennen, daß die Verhältnisse sich zu Gunsten der Arbeiter verändert haben, und daß der gute Wille seitens der herrschenden Gewalten vorhanden ist, das System der Ausbeutung und Unterdrückung einzuschränken. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob wir unter fortdauernder und nachhaltiger Propagirung der Endziele unserer Partei, für die sogenannten nächsten Forderungen eintreten, oder ob wir uns, wie es die Ansicht Vollmar's zu sein scheint, auf die Agitation für aktuelle Forderungen beschränken. Vollmar hat darauf hingewiesen, daß es ihm gleichgiltig sei, ob die Gegner ihn loben oder tadeln. Aber als Parteimann und Agitator wird er mir zugeben müssen, daß es doch sehr bedenklich ist, wenn seine Reden und seine Warnungen vor der lebhaften Propagirung unserer Endziele den begeisterten Beifall der gesammten gegnerischen Presse finden. Die gegnerische Presse hat mit richtigem Instinkt herausgefunden, daß die Vollmar'sche Taktik den herrschenden Klassen nicht allzu gefährlich werden würde; ein Bischen Sozialreform, ohne die Grundlagen der heutigen Gesellschaft anzutasten, das läßt man sich schon gefallen und lobt die Besonnenheit und die Mäßigung Vollmar's. Diese Taktik entspricht aber nicht den sozialdemokratischen Prinzipien. Die Sozialdemokratie darf niemals den Boden des Klassenkampfes verlassen, nie ihren revolutionären Charakter verlieren. Die Gemüther müssen revolutionirt werden, und die glühende Begeisterung für unsere letzten Ziele, für die Beseitigung der Klassenherrschaft, in Kopf und Herz der Massen zu erwecken, ist die Hauptaufgabe unserer Agitation. (Lebhafter Beifall) Eine derartige Agitation wird jedoch gelähmt durch die von Vollmar bevorzugte Kampfesweise. Nicht dadurch, daß man den Massen die Erringung kleiner wirthschaftlicher Konzessionen als Ziel der Sozialdemokratie hinstellt, wird die Aufgabe der Sozialdemokratie erfüllt, sondern nur dadurch, daß man den Kampf gegen die bestehende Gesellschaft organisirt, daß man mit der Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsorganisation die Todfeindin des Proletariats, die bürgerliche Gesellschaft beseitigt, und mit dem Klassenstaat zugleich die Klassengegensätze aus der Welt schafft. (Bravo!) Daß neben dieser Aufgabe auch die nächsten Forderungen der Partei mit Energie vertreten werden, ist so selbstverständlich, daß ich es nicht erst noch zu betonen brauche. Aber wir dürfen auch unsere letzten Ziele nicht verschleiern, wie es bei Anwendung der Vollmar'schen Taktik unbedingt geschehen würde. Deshalb bitte ich, die Bebel'sche Resolution anzunehmen, nicht nur nach dem Wortlaut, sondern auch nach den Motiven, und mit dem festen Entschluß, an unserer bewährten Taktik unbedingt festzuhalten.

(Bravo!) Möge der Parteitag erklären, daß er keinen Grund findet, an der bisherigen revolutionären Taktik der Partei irgend etwas zu ändern, und damit zugleich aussprechen, daß die Propagirung unserer letzten Ziele unablässig betrieben werden muß, bis zu dem hoffentlich nicht fernen Tage, an dem der ganze, der volle Sieg unser ist. (Lebhafter Beifall.)

Fritz-Berlin III.: Ich muß sagen, daß ich die Wildberger und Werner von Berlin hier garnicht wiedererkenne. Das ist heute eine ganz andere Sprache gewesen als in der Feenpalast- und Kolberger Versammlung. Wildberger sprach heute gegen die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion. Was steht aber in den Flugblättern, die unter seiner Aegide unter Hilfe seiner Freunde abgefaßt und in seinem Wahlkreise verbreitet worden sind? In einem Flugblatt wird auf die Bedeutung der Wahlen hingewiesen, und dann heißt es: „Unsere Vertreter im Reichstage sind es, die unentwegt und unbeeinflußt von jedem Standesinteresse gekämpft haben für das Wohl und das Recht des gesammten Volkes, und wenn es galt, dem Ansturm der Reaktion die Spitze zu bieten . . . dann war es die von allen Parteien angefeindete Sozialdemokratie" u. s. w. Weiter: „Die Sozialdemokratie . . . . hat auch im Laufe dieser Woche wieder die Genugthuung gehabt, daß ein Theil ihrer vorläufigen Forderungen durch kaiserlichen Erlaß anerkannt worden ist (hört! hört!) und daß die betreffenden Ministerien angewiesen wurden, die einleitenden Schritte zu thun. (Bebel: hört! hört!) Die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte und vom Reichstage verworfene Arbeiterschutzgesetzgebung ist vom deutschen Kaiser jetzt wieder aufgenommen! Muß man da nicht zu der Ueberzeugung kommen, daß auch das ganze sozialdemokratische Programm der Verwirklichung nahe ist?" (Hört! hört! Heiterkeit.) Weiter: „Wir erstreben eine neue Gesellschaftsordnung und betrachten die Sozialreform nur als winzige Abschlagszahlung, als die Grundlage, auf der weiter zu bauen ist." (Hört! hört!) Weiter: „Das rapide Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen, sowie das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage (Bebel: hört! hört!) legen Zeugniß davon ab, daß man in den unteren und unklaren Volksklassen zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, welche die Volksrechte und Freiheiten energisch zu wahren entschlossen ist." (Hört! hört!) Weiter: „Selbsthilfe von Korporationen ist machtlos, hier kann nur Wandel geschaffen werden durch die Gesetzgebung" (Hört! hört!) u. s. w. Wildberger hat gemeint, er wäre in dem betreffenden Wahlkomitee aufgefordert worden, daß er bei seiner Aufstellung als Kandidat nicht so energisch vorgehe wie sonst. Ich weiß von einer solchen Weisung nichts, es wäre auch eine Thorheit, wenn Jemand zu einem bestimmten Zweck eine Versammlung

einberiefe und sie dann durch sein eigenes Reden sprengte. Die Sprache der Flugblätter ist auch garnicht damit motivirt worden, daß sie sonst verboten worden wären. In Berlin sind unter dem Ausnahmegesetz ganz andere Flugblätter verbreitet worden wie diese hier, es sind damals auch ganz andere Reden gehalten worden als sie Wildberger gehalten hat, und die Versammlungen sind doch nicht aufgelöst worden. Wildberger kritisirt hier das Verhalten der Fraktion im Reichstag. Was wollte er denn aber in der Stadtverordnetenversammlung thun? Er hat gesagt, .nehmt mir das Reichstagsmandat ab und ich erkläre mich bereit, in der Stadtverordnetenversammlung ein Mandat anzunehmen. (Wildberger: Habe ich nicht gesagt!) Jawohl, Sie haben es in einem Lokal am Spittelmarkt gesagt, nicht einmal, sondern zweimal! (Wildberger: Vor 15 Jahren war ich sogar konservativ!) (Große Heiterkeit.)

Oertel-Nürnberg: Die Ausführungen Vollmar's können mich nicht veranlassen, seinen isolirten Standpunkt zu theilen. Seine speziellen Forderungen sind so selbstverständlich, daß er sie nicht mit einer so ungeheuren Wichtigkeit in die Welt zu setzen brauchte, aber ich mache es ihm zum Vorwurf, daß er es in seinen Münchener Reden sorgfältig vermieden hat, von dem zu sprechen, was man die prinzipielle Haltung und Agitation nennt. Eine solche Taktik führt allerdings zur Verflachung und schließlich zur Versumpfung der Partei. Auf Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien, auf ein Süßholzraspeln kann sich eine Partei, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, nicht einlassen. Die im „Vorwärts" veröffentlichte Liste der Verurtheilungen unter dem „neuen Kurs" beweist, daß wir einen solchen neuen Kurs nicht haben. Auch Vollmar's Hoffnungen bezüglich der Agrarpolitik haben sich nicht erfüllt. Die schädlichen Kornzölle haben wir genau wie früher. Vollmar kann sich garnicht auf den Standpunkt des Bebel'schen Antrages stellen, denn er hat selbst gesagt, „daraus ergiebt sich, daß unsere Taktik heute nicht die gleiche sein kann." Bebel hat aber gesagt, es liegt kein Grund vor, die heutige Taktik zu ändern. Vollmar muß sich also deutlicher erklären. Die prinzipielle Agitation wird auch künftig ausgezeichnete Früchte tragen. (Beifall.)

Niederauer: Fritz hat durch jene Flugblätter beweisen wollen, daß die Berliner in dem Wahlkampfe denselben Standpunkt vertreten haben, den heute vielleicht die Fraktion vertritt. Ich kann darin nichts Wunderbares finden. Ich wollte blos einmal sehen, was die Majorität des III. Wahkreises gesagt hätte, wenn Wildberger nicht in der Weise aufgetreten wäre. (Große Heiterkeit.) Die Flugblätter sind mit Zustimmung einer ganzen Anzahl von Personen veröffentlicht worden, Wildberger trifft da kein Vorwurf, jene Personen bildeten eben die Majorität. Was die Ausführungen Vollmar's betrifft, so bin ich garnicht dagegen, daß wir für die

Erringung der Koalitionsfreiheit u. s. w. eintreten. Aber daß wir daraus Hauptfragen machen, dagegen muß ich mich verwahren. Was hat denn die Fraktion wirklich erreicht? Wir haben bisher im Parlament gar keinen Erfolg gehabt. (Widerspruch.) Die kleinen Erfolge haben so viele Nachtheile gebracht, daß wir uns garnicht dessen freuen können, was im Reichstage erreicht ist. Wenn Wildberger das Hauptgewicht auf die Stadtagitation gelegt wissen will, so bin ich anderer Meinung. Wir müssen in Betracht ziehen, daß gerade das Landproletariat eine Masse ist, die sich im Fall eines Kampfes uns gegenüberstellen könnte. Wir müssen das Klassenbewußtsein der Landarbeiterschaft soweit wecken, daß sie sich uns nicht gegenüberstellt. Da ist noch viel zu thun. Aber die Parlamentsberichte nützen auf dem Lande nicht viel. Da werden meist die kleinen offiziellen Provinzial- und Amtsblätter gelesen, und in diesen stehen wohl die Reden von Bennigsen u. s. w., aber nicht von Bebel oder Liebknecht. (Unterbrechungen.) Man druckt die Reden so ab, daß sie nicht für uns, sondern für unsere Gegner agitatorisch wirken. Das viele Reden im Reichstage ist vollständig unnütz, das Reden auf dem Lande wäre viel besser! (Widerspruch und vereinzeltes Bravo!)

Liebknecht: Herr Wildberger klammert sich an meine Broschüre oder Rede vom Jahre 1869. Ich habe nun in einer neuen Auflage bereits vor Jahren erklärt, daß ich, belehrt durch Thatsachen und in Folge der veränderten Verhältnisse, jenen Standpunkt nicht beibehalten konnte. Unter gleichen Verhältnissen würde ich ganz dieselbe Rede halten, dieselbe Broschüre schreiben und dieselben Prinzipien verkünden. Die Lage ist eben heute eine vollständig veränderte. Damals war der Norddeutsche Bund vorhanden, eine Geburt des Augenblicks, ein bloßes Provisorium. Damals war es mir nicht möglich, mich auf einen sogenannten Rechtsboden, der durch volksfeindliche Gewalt geschaffen war, drängen zu lassen. Ich nahm gegenüber dieser Bismarck'schen Neuschaffung oder Einigung Deutschlands den intransigenten Proteststandpunkt ein. Der Norddeutsche Reichstag war nur das, als was ich ihn bezeichnet habe: das Feigenblatt des Absolutismus. Ich habe in meiner Rede gesagt: die Entscheidung wird auf der Straße oder auf dem Schlachtfelde sein. Nun gut, das Schlachtfeld ist gekommen, freilich nicht das Schlachtfeld, welches von mir gemeint war – das Schlachtfeld, die Schlachtfelder in Frankreich. Der Norddeutsche Bund hatte für seine Existenz zu kämpfen und er siegte: aus dem Provisorium wurde ein Definitivum. Es war jetzt eine Gestaltung geschaffen, die umzustürzen einfach unmöglich war. Das Reich, so unvollkommen es politisch und auch national sein mag, ist seinem Gründer über den Kopf gewachsen. Bismarck ist weg, und es besteht. Das deutsche Reich hat dem arbeitenden Volk gewisse Vor-

theile und Rechte geboten, die ihm vorenthalten waren und die in den Verfassungen der Einzelstaaten nicht gewährt werden. Durch das allgemeine Wahlrecht, das ich gewiß nicht überschätzen will, das aber doch immerhin das politische Grundrecht ist, hat das deutsche Reich Wurzel im Volke gefaßt — ist mit dem Volke gewissermaßen zusammengewachsen, und allmählich hat sich eine feste Grundlage gebildet, auf der wir in dem Kampf gegen das herrschende System den Hebel ansetzen können. Innerhalb des Rahmens dieses Reiches haben wir einen Kampfboden, der sich uns sehr günstig erwiesen hat. Der reine Proteststandpunkt, wie ich ihn vor 1870 eingenommen habe, kann überhaupt nur in provisorischen Zeiten gelten, — auf die Dauer ermüdet und lähmt er. Wie kläglich endete nach 1848 die Protestpolitik der Bourgeoisie? Ich kann mich aber nicht ruhig in eine Ecke stellen. Und als der Norddeutsche Bund, freilich in einer mir nicht zusagenden Weise, beseitigt war, suchte ich die neue Lage nach Möglichkeit auszunützen. Das allgemeine Wahlrecht war ein Mittel, mit dem wir die Arbeitermassen in Bewegung setzen konnten. Es wäre eine Thorheit gewesen, von der Waffe, welche uns gegeben war, keinen Gebrauch zu machen. Wir haben Gebrauch von ihr gemacht und uns eine neue Taktik geschaffen, welche die Probe glänzenden Erfolges für sich hat.

Meine Taktik von 1869 war richtig zu der Zeit, als ich sie befürwortete; jetzt wäre sie Thorheit. Ich erkläre hier: so wenig ich meinen prinzipiellen Standpunkt jemals geändert habe und jemals ändern kann, so bin ich doch auch künftighin stets bereit, meine Taktik zu ändern, sobald ich sehe, daß die Verhältnisse dies erheischen. (Beifall.)

Veränderte Verhältnisse erheischen veränderte Kampfweise, veränderte Taktik. Ich würde mich zur Unthätigkeit verurtheilt, meiner Partei einen schlechten Dienst geleistet haben, wenn ich eigensinnig festgehalten hätte an einer Forderung oder Taktik, die den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprach. (Beifall.)

Was nun den Parlamentarismus und meine Stellung zu ihm betrifft, so würde Herr Wildberger, wenn er die Protokolle der früheren Kongresse gelesen hätte, wissen, daß ich dem Parlamentarismus stets diejenige Bedeutung beigelegt habe, die er selbst ihm in seiner soeben gehaltenen Rede beigelegt hat. Ich und wir alle sind der Ansicht, daß der Schwerpunkt unserer Parteithätigkeit nicht in dem Reichstag liegt, sondern außerhalb desselben, und daß unsere Thätigkeit im Reichstag, so lange wir keinen ausschlaggebenden Einfluß haben, eine vorwiegend agitatorische sein muß. Aber liegt darin, daß wir keinen ausschlaggebenden Einfluß haben, eine Verurtheilung des Parlamentarismus? Parlamentarismus heißt einfach das System der Vertretung des Volkes. Daß wir im Reichstag bisher nichts ausgerichtet, ist doch nicht die Schuld des

Parlamentarismus, sondern daß wir im Lande, im Volke noch nicht die nöthige Macht haben. Ständen hinter uns so viel Stimmen, so viel Macht wie hinter den bürgerlichen Parteien, dann würde der Reichstag für uns so wenig unfruchtbar sein, als er es jetzt für die Anderen ist, — die „Klinke der Gesetzgebung" würde für uns ebenso gut arbeiten, wie heute für unsere Gegner. Damit soll nicht gesagt sein, daß auf dem Wege der Gesetzgebung alle Fragen gelöst werden können; aber zeige man mir doch einen anderen Weg, der zum Ziele führt! Allerdings giebt es, nach der Meinung Dieser oder Jener, noch einen anderen Weg, der kürzer ist: den der Gewalt. Wir bereiten uns im Geheimen oder sonstwie auf den Moment vor, wo wir mit Gewalt dreinschlagen, mit einem großen Coup die Verhältnisse ändern können. — Nun, da kommen wir auf den Anarchismus, und das ist Ihr (zur Opposition) großer Fehler, daß Sie diese Konsequenz nicht begriffen haben. — Unter Parlamentarismus verstehen wir nicht eine parlamentarische Scheinvertretung wie unter Louis Philipp, sondern die Ausnützung einer Macht, welche uns durch die Stimmen, die hinter uns stehen, geboten ist.

Wenn wir auf das Moment der mechanischen Gewalt den Hauptnachdruck legten, dann stellten wir uns auf den Standpunkt unserer Feinde. Bismarck war der Mann der brutalen Gewalt, der Mann der Blut- und Eisenpolitik. Niemand hat je über größere Gewaltmittel verfügt und je einen unskrupulöseren Gebrauch von ihnen gemacht. Und der Erfolg? Wo ist er hin? Er hatte über ein Vierteljahrhundert lang die Polizei, die Armee, das Kapital, die Staatsgewalt, kurz alle mechanischen Machtmittel zu unbeschränkter Verfügung; — wir konnten ihm nichts entgegensetzen als unser gutes Recht, unsere gute Ueberzeugung, die nackte Brust, und wir haben gesiegt. Unsere Waffen waren die besseren. Auf die Dauer muß die brutale Gewalt den moralischen Faktoren, der Logik der Thatsachen weichen. Bismarck liegt zerschmettert am Boden — und die Sozialdemokratie ist die stärkste Partei Deutschlands! Ist das nicht ein mächtiger Beweis für die Güte der jetzigen Taktik? Was haben dagegen die Anarchisten in Holland, Frankreich, Italien, Spanien, Belgien erreicht? Absolut nichts! Was sie in die Hand nahmen, haben sie verdorben, überall die Bewegung geschädigt. Und die Arbeiter haben sich von ihnen abgewandt. Man könnte die Anarchisten Europas in ein paar Polizeiwagen stecken. Mit ihren lächerlichen Revolutionsphrasen, unsinnigen Attentaten und sonstigen Dummheiten haben die Anarchisten für die Sache des Proletariats nichts gethan und nur den Gegnern in die Hände gearbeitet, die deshalb überall mit den Anarchisten sehr zufrieden sind. Die Sache des Sozialismus steht am schlechtesten in den Ländern, wo die Arbeiterbewegung sich von

Anfang an mit den Brutalitäten und Tollheiten des Anarchismus verquickt hat. Die politische Neugeburt des französischen Proletariats nach dem Aderlaß der blutigen Maiwoche beginnt mit dem Moment, wo es vollständig mit dem anarchistischen Unsinn gebrochen hat. Ich habe — das muß ich betonen — unsere Taktik mit schaffen helfen, und ich stimme mit Bebel, der von vornherein in Folge seines anderen Entwicklungsganges auf diese mehr praktische Form der Taktik gekommen ist, durchaus überein. Seine Resolution, die mir vor dem Druck vorgelegen hat, unterschreibe ich Wort für Wort.

Was meine hier zitirte Schrift von 1869 betrifft, so werde ich beiläufig demnächst in Berlin über dieselbe einen ausführlichen Vortrag halten, ihn mit der ursprünglichen Broschüre zusammen in die Oeffentlichkeit bringen.

Keiner von uns in der Fraktion will eine „Versumpfung durch den Parlamentarismus". Keiner meiner Kollegen schwärmt für das Redenhalten. Eine gute Abhandlung, eine gute Broschüre ist mir persönlich tausendmal lieber als eine Reichstagsrede. Deshalb bin ich auch prinzipiell dagegen gewesen, daß Reden von Abgeordneten als Druckschriften verbreitet wurden. Unter dem Sozialistengesetz war das aber nothwendig, weil wir sonst nicht ohne größere Gefahr für die Parteigenossen in Fühlung mit ihnen bleiben konnten. Alle anderen Schriften wären verboten worden. Mit agitatorischen „Brandreden" ists aber nicht gethan. — Wir haben im Reichstag auch praktische Aufgaben. Die Arbeiter Deutschlands würden es uns sehr verargen, uns bald im Stich lassen, wenn wir ihre Interessen nicht auch nach Möglichkeit praktisch zu fördern suchten.

Wodurch haben wir unsere Macht in Deuschland erlangt? Gerade dadurch, daß wir von Anfang an, statt zu sagen: Wir leben in einem Wolkenkuckuksheim und kümmern uns nicht um die praktischen Dinge — daß wir von Anfang an für das Wohl der arbeitenden Klasse überall praktisch eintraten, in Gemeinden, Landtagen und im Reichstage, und jede Waffe benutzten, die wir hatten. Wir haben es nicht gemacht wie jener Mann in England, der sich nicht waschen wollte, wenn er nicht das ganze Meer habe, und so hat er sich lieber garnicht gewaschen. (Heiterkeit.) Das Revolutionäre liegt nicht in den Mitteln, sondern in dem Ziel. Gewalt ist seit Jahrtausenden ein reaktionärer Faktor. Weisen Sie (zur Opposition) nach, daß unser Ziel ein falsches ist, dann können Sie sagen, die Partei wird durch die jetzige Leitung von der revolutionären Bahn abgelenkt. Der beste Beweis für die Richtigkeit der Leitung ist der Erfolg, und unsere Taktik hat sich herrlich bewährt.

Man wirft mir vor, daß ich erklärt habe, wenn wir angegriffen würden, wenn wir zur Abwehr kämpfen müßten, seien wir bereit, das Vaterland zu vertheidigen. Ei gewiß, das habe ich

wiederholt erklärt — das ist etwas Selbstverständliches, das thut Jeder von uns, und ich frage Herrn Wildberger, ob er es nicht auch thut, nicht thun muß — und schließlich werden wir ja garnicht gefragt, erheischt es denn nicht unser eigenes Interesse, daß wir den, der in unser Land eindringt, hinauswerfen, wie man einen Räuber hinauswirft, der in unser Haus einbricht? Ich habe aber bei meinen Erklärungen stets hinzugefügt, daß der Krieg ein nothwendiger, gerechter sein muß. Und nicht jeder Krieg, der der Form nach ein Vertheidigungskrieg ist, ist es auch in Wirklichkeit. Der scheinbare Vertheidiger ist manchmal thatsächlich der Angreifer gewesen. In keinem Fall aber darf sich die Sozialdemokratie in eine chauvinistische Strömung hinein verlocken lassen. Der Brüsseler Beschluß gegen den Militarismus präzisirt nach allen Richtungen scharf und korrekt unsere Stellung. Wir nehmen die Kriegsgefahr keineswegs als etwas Unvermeidliches, als ein Verhängniß. Falsch ist die Schlußfolgerung: Wenn Bebel und ich einen Weltkrieg als Folge der herrschenden Mißwirthschaft für wahrscheinlich erklärten, seien wir auch verpflichtet, der Regierung die Gelder für den Militarismus zu bewilligen. Der heutige Militarismus ist selber eine Ursache der Kriegsgefahr und jedenfalls unfähig, den Krieg zu verhindern. Deshalb stehen wir dem Militarismus gegenüber genau auf demselben prinzipiell entgegengesetzten Standpunkt, auf dem Herr Wildberger zu stehen behauptet.

Ja, hätte Wildberger in Berlin so gesprochen wie hier, dann würde kein Hahn danach gekräht haben, denn was er hier sagte, ist tausendmal gesagt worden, besser und schärfer gesagt worden. Manches davon unterschreibe ich selbst, und nichts finde ich darin, was irgend einer meiner Genossen für jenseits der Grenze sozialdemokratischer Anschauung liegend halten könnte. (Sehr richtig!) Ich erlaube ihm deshalb nicht, sich als Märtyrer seiner Prinzipien hinzustellen, wenn er in der Partei unmöglich geworden ist. (Zustimmung.) Es handelt sich um gemeine Verdächtigungen, um thatsächliche Schädigungen der Partei, und nicht um die Ausübung des Rechts der Kritik, das Niemandem verschränkt ist. Und nun zu Vollmar.

Vollmar klammert sich an Bebel und mich. Er sagt, wir hätten bei dieser und jener Gelegenheit dasselbe geäußert wie er. Das ist richtig, wenn ich die Worte aus ihrem Zusammenhang nehme. — Aber man kennt ja das Wort: „Hab' ich nur ein paar Zeilen von Jemand, so kann ich ihn hängen." Der große Unterschied zwischen unseren beiderseitigen Aeußerungen und seinen Reden liegt darin, daß Vollmar eine neue Methode des Vorgehens, eine neue Taktik befürwortet hat, während es sich bei uns nur um gelegentliche Aeußerungen gehandelt hat. Wer im politischen, im parlamentarischen Kampf steht und einer par excellence kämpfenden

Partei angehört wie der unsrigen, die weitschauende Ideale hat, der kommt sehr häufig in die schwierige Lage, daß Ideal und Wirklichkeit sich einander stoßen.

Es wird manchmal zu sehr der Wirklichkeit Rechnung getragen, manchmal zu sehr dem Ideal nachgehangen, und so wird wohl ein jeder Vertreter unserer Partei dann und wann einmal ein kleines bischen zu weit nach rechts oder nach links gerathen, allein mit dem Programm vor sich und Dank der Kritik der Genossen, wird er sofort wieder den rechten Weg finden. Aus ein paar solchen, vielleicht zu weit nach rechts gehenden Aeußerungen will Vollmar nun auf einmal eine neue Taktik aufbauen; ist für eine solche Veranlassung? Haben die Verhältnisse seit dem 1. Oktober 1890 sich wesentlich verändert? Ich sage Nein! Herr von Caprivi und die Reichsregierung hat nicht um der schönen Augen der Sozialdemokratie willen das Ausnahmegesetz fallen lassen, sondern weil sie eingesehen haben, daß es den heutigen Staat untergraben, daß es die breiten Volksmassen erbittert und mit Mißtrauen gegen die Träger der Gesellschaftsordnung erfüllt — daß es in den weitesten Kreisen Haß und Verachtung gegen die bestehenden Zustände erzeugt hat. Hat doch Herr von Caprivi selbst gesagt: Jede Regierungsmaßregel wird von uns auf ihre Wirkung auf und gegen die Sozialdemokratie geprüft! Man hat eine andere Methode der Bekämpfung gewählt. Man sucht uns mit Scheingüte zu ködern, man giebt uns zum Schein einen Rechtsboden und will uns damit auf einen Boden locken, wo wir leicht ausgleiten können. (Zustimmung.) Ist aber das System geändert, ist der Kurs ein anderer geworden? Die Form hat sich geändert, und dem entsprechend haben wir ja auch unser Verhalten geändert. Einen, der mich an der Gurgel packt, behandele ich selbstverständlich anders, als Einen, der mit freundlichen Manieren vor mir steht und mir vielleicht gefährlicher ist, als jener. Wirthschaftlich und politisch ist das System nicht geändert. Grade jetzt, wo die Regierung trotz des herrschenden Nothstandes gegen den Willen des Landes hartnäckig an der Bismarck'schen Agrarpolitik festhält, wo sie sich beim Arbeiterschutzgesetz ganz unfähig zur bescheidensten Sozialreform gezeigt hat, wo das „soziale Königthum“ sein Unvermögen so handgreiflich erweist, da sollen wir hier auf den Leim hüpfen und sagen: Die Regierung meint es gut mit uns, jetzt wollen wir es mit ihr auch gut meinen! Diese Zumuthung ist es in Vollmar's Rede, was so große Beunruhigung, so großen Unwillen hervorgerufen hat.

Man hat mich getadelt, daß sich der „Vorwärts“ nicht sofort über die Rede aussprach. Nun — ich erwartete jeden Augenblick eine Richtigstellung Vollmar's; ich glaubte nicht, daß er, dem ich eine radikale Ader zutraute, etwas so Opportunistisches gefordert haben könne. Als die Sache dann weiter ging, ergab sich die

Nothwendigkeit, sie hier auf dem Parteitage zum Austrag zu bringen, wie auch den Streit mit den sogenannten Jungen. Der Fehler Vollmar's war, daß er annahm, die Taktik der Gegner hat sich uns gegenüber geändert, und deshalb müßten wir den guten Absichten der Regierung Rechnung tragen und gut Kind werden. Das ist ein schwerer Irrthum, der allerdings, wenn die Partei ihn theilte, dahin führen müßte, daß wir in den Opportunismus hineingeriethen und die Partei zu einer regierungssozialistischen würde. Wenn man derartig mit solchen Grundsätzen und gestützt auf einzelne abgerissene Aeußerungen Anderer, die sonst ganz anders denken, operiren will, so ist das Regierungspolitik; und nähme die Partei diese Politik an, dann wären die Angriffe ehrlicher und unehrlicher Heißsporne, daß unsere Bewegung verflacht, versumpft, sowie opportun sei, durchaus berechtigt. (Der Vorsitzende erinnert daran, daß die Redezeit abgelaufen ist.) Leider ist meine Zeit abgelaufen! (Große Heiterkeit.)

Genug, auf den anarchistischen Leim gehen wir ebensowenig wie auf den opportunistischen. Was die „Opposition" zur Kritik der Taktik gesagt hat, das rechnen wir ihr nicht als Verstoß gegen das Parteiinteresse an, dazu haben sie ein vollständiges, von Niemand bestrittenes Recht gehabt. Wenn die Jungen aber die Konsequenz dessen ziehen, was sie praktisch fordern, soweit ich daraus klug werden kann, — denn klar ausgesprochen hat es keiner —, dann müssen sie sagen: Der parlamentarische und gesetzliche Weg ist zu verurtheilen, der Parlamentarismus ruinirt und korrumpirt die Partei, fort mit ihm! Wir wollen die Propaganda der That, wir sind Anarchisten! Wenn Sie die Fähigkeit der Konsequenz, wenn Sie Kourage haben, müssen Sie das sagen, sonst stehen Sie ja jämmerlich in der Mitte, schweben zwischen unserer und der anarchistischen Taktik in der Luft, wie Sie ja so wie so in der Luft stehen.

Andererseits haben wir uns zu hüten vor dem Opportunismus. Der revolutionäre Charakter der Partei muß sorgsam bewahrt werden. Das Anpassen an die Verhältnisse darf nicht ausarten in feige, prinziplose Rechnungsträgerei, des Prinzips und Endziels muß sich die Partei bei all ihren Handlungen bewußt sein, und ihren revolutionären Charakter niemals vergessen, ihn stets zum Ausdruck bringen. Das ist es, was Vollmar vergessen hat, daß ein Kompromiß zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht möglich ist, und daß alle übrigen Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen. Wenn wir auch die Phrase von der einen reaktionären Masse aufgeben, so müssen wir doch wissen, daß alle anderen Parteien fest zusammenstehen und daß sie eine Mauer bilden, die nicht mit Güte, mit schönen Redensarten aus dem Weg geräumt werden kann.

Sie muß erstürmt werden durch das zum Klassenbewußtsein erwachte Volk. Die Partei muß Macht erlangen, muß eine solche Anhängerschaft gewinnen, daß sie schließlich einen so mächtigen Druck ausüben kann, daß keine Regierung zu widerstehen vermag. Sagt man nun: wenn ihr die Majorität habt, dann kommen die Soldaten, so antworte ich: lassen Sie uns erst einmal soweit kommen, dann machen wir die Probe.

Bis jetzt hat sich noch kein Regierungssystem auf die Dauer behaupten können gegen den ausgesprochenen Willen der Majorität des Volkes — noch jede Regierung, die dagegen ankämpfte, ist gestürzt worden. Und die Natur der ökonomischen Entwicklung bringt es mit sich, daß in demselben Maße, wie die Machtmittel der Bourgeoisie zunehmen, sie die Grundlagen und Hebel ihrer Macht untergraben und zerstören muß. Der Kapitalismus tödtet sich selbst. Er revolutionirt die Gesellschaft fortwährend, und in derselben revolutionären Umgestaltung sind auch die Menschen begriffen. Glauben Sie denn, daß auch die Anschauungen unserer Gegner sich mit ihren Existenzbedingungen nicht allmählich ändern? Aus den wirthschaftlichen Interessen entstehen die politischen Anschauungen. Sehen Sie doch, wie die Mittelstände vernichtet werden, die kleinen Leute niedergeworfen werden. Wo sind Diejenigen in Deutschland, denen das heutige System in 8 oder 10 Jahren noch von Vortheil sein wird, die ein privates Interesse an seiner Aufrechterhaltung haben werden? (Heiterkeit.) Die Zahl derer, die ein Interesse an der Erhaltung des status quo haben, schmilzt immer mehr zusammen, und die Zahl derer, die ein Lebensinteresse an der Beseitigung desselben haben, wächst lawinenartig. Und mit der wirthschaftlichen Revolutionirung ist auch eine Revolutionirung der Meinungen der Geister verbunden.

Gestützt auf Wissenschaft und Erfahrung, stark im Bewußtsein unserer guten Sache gehen wir rastlos und unaufhaltsam vorwärts. Benutzen wir geschickt und klug die Thatsachen, die für uns wirken, und gebrauchen wir die Kampfmittel, in denen wir unseren Feinden überlegen sind, nicht aber diejenigen, in denen sie uns überlegen sind und deren Gebrauch sie unzweifelhaft in Stand setzen würde, uns als Partei schwer zu schädigen, wo nicht zu vernichten. Wir haben unsere altbewährte Taktik — der Weg ist uns durch unser Programm klar vorgezeichnet. Weichen wir nicht von ihm ab. Vermeiden wir einerseits den Sumpf opportunistischer Regierungspolitik; hüten wir uns andererseits vor anarchistischen Tollheiten! (Langanhaltender Beifall.)

Um 1¼ Uhr wird die Sitzung abgebrochen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender Kloß eröffnet die Verhandlungen um 3¼ Uhr mit der Bekanntgabe einer Anzahl neuerdings eingegangener Zuschriften und Telegramme.

In der Fortsetzung der Debatte über Punkt 3a und 3b der Tagesordnung erhält zunächst das Wort:

C. W. Tölcke-Dortmund: Parteigenossen! Einige Aeußerungen in der gestrigen und heutigen Debatte geben auch mir Veranlassung, das Wort zu ergreifen. Zunächst ist da von Herrn Wildberger behauptet worden, daß von jeher in der Partei Opposition gewesen wäre, er hat sich namentlich berufen auf die früheren Parteigenossen Hasselmann und Most. Es ist ferner im Allgemeinen gesagt worden, Opposition muß sein! Ich halte das für falsch. Opposition muß nicht sein, aber sie darf sein können, vorausgesetzt, daß sie sachgemäß ist und nicht so beschaffen, wie die sogenannte Berliner Opposition.

Herr Bebel hat in seinen Ausführungen über die bisherige und zukünftige Taktik u. a. Bezug genommen auf den früheren Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und hat behauptet, daß dieser bekanntlich von Lassalle begründete Verein, in dem ich auch theilweise eine ziemlich hervorragende Stellung eingenommen habe, nichts weiter bezweckt hätte als die Erringung des Allgemeinen Wahlrechts. Der Vorschlag Lassalle's, auf diesem Wege die politische Macht zu erlangen, war darauf gerichtet, daß dann mit Staatshilfe Produktivgenossenschaften errichtet werden könnten — was ja nach dem neueren Entwurf in Wegfall kommen soll, womit, wie ich persönlich überzeugt bin, bei dem heutigen Stand der Wissenschaft auch Lassalle, wenn er noch lebte, einverstanden wäre. Aber es ist auch an den Reden und Schriften Lassalle's eine Kritik geübt worden durch den früheren Redakteur des „Sozialdemokrat", Herrn Bernstein in London, und gegen diese Art von Kritik möchte ich denn doch aus Leibeskräften protestiren. Lassalle hat bekanntlich auf Grund einer Aufforderung eines sächsischen Arbeiterkomitees seine Vorschläge gemacht; es wurde von ihnen angefragt, was sie thun sollten, sie seien vom Nationalverein, der es abgelehnt habe, das allgemeine Stimmrecht auf seine Fahne zu schreiben, zurückgewiesen worden; man habe ihnen gesagt, von den Abgeordneten, die auf dem Boden des Dreiklassenwahlsystems gewählt sind, sei doch eine ganz prächtige Opposition gemacht worden, was wolle man mehr? Da hat Lassalle ihnen gesagt: Gerade ihr müßt das allgemeine Stimmrecht zuerst zu erwerben suchen, und wenn ihr das habt, dahin drängen, daß statt der von Schulze-Delitzsch empfohlenen Genossenschaften mit Selbsthilfe solche mit Staatshilfe errichtet werden. Es war ein wahres Glück, daß Lassalle in den

Schulze'schen Projekten ein Gegenstück hatte, an das er anknüpfen konnte. Er mußte eben, weil er die Arbeiterklasse und zunächst die industriellen Arbeiter hinter sich haben wollte, an diesen vorhandenen Gegensatz anknüpfen, mußte sagen: Mit der Selbsthilfe ist es nichts, ihr müßt Staatshilfe fordern, und darum das allgemeine Wahlrecht erringen! — Man hat später auch Lassalle verdächtigt, daß er da vielleicht Hintergedanken gehabt hätte, man hat später seine Taktik verurtheilt, weil das Zentralorgan des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins später unter der Leitung von Dr. v. Schweitzer den Bismarck zuviel lobte, und da haben Mitarbeiter, welche am Kopf der ersten Nummer des „Sozialdemokrat" verzeichnet waren, sich jede Mitarbeiterschaft an diesem Blatte verbeten. Dazu gehörten u. a. der damalige Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Bernhard Becker, Johann Philipp Becker, Friedrich Engels, Herwegh, Moritz Heß, Liebknecht, Marx und der Oberst Brigadier Rüstow in Zürich, auch Professor Wuttke in Leipzig. Der letzte Anhänger dieser Taktik des „Sozialdemokrat" war Heß in Paris, wohl eigentlich der älteste Sozialist Deutschlands. Aber auch dieser trennte sich später, als von dem Hatzfeld'schen Allgemeinen Arbeiterverein nach dem Kriege von 1866 plötzlich die Parole ausgegeben wurde: „Durch Einheit zur Freiheit". Zur Schlichtung der zwischen dem Schweitzer'schen und Hatzfeld'schen Arbeitervereinen bestehenden Differenzen über die zu verfolgende Taktik und speziell zum Entscheid über jene Parole wurde 1866 gerade hierher nach Erfurt eine Generalversammlung berufen, bei welcher auch die beiden Präsidenten zugegen waren. Zunächst wurde bis in die Nacht hinein debattirt. Die Gräfin und Schweitzer statteten sich gegenseitig Besuche ab, aber die Majorität der Delegirten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war gegen diesen Grundsatz, und so ging das Verhandeln bis 2, 3 Uhr Nachts. Die Gräfin logirte hier im Gasthof, und es wurden immer Deputationen an sie abgesandt, und die wußte sie so zu fesseln, daß die Herren, es waren vielleicht 8 Delegirte, gar nicht wieder zurückkamen. (Große Heiterkeit.) Da hieß es denn, wir müssen sie auffordern, sofort wieder zu erscheinen, widrigenfalls wir den ganzen Kram aufheben — und da blieben die Nachgesandten auch wieder aus (erneute Heiterkeit) und erst, als schließlich ein Ultimatum gestellt wurde, so daß die Betreffenden riskirten, in der nächsten Viertelstunde ausgeschlossen zu werden, da kam denn die ganze Sippschaft und berichtete, die Gräfin bestehe auf ihrem Willen. Wie so manche Intrigue da gespielt hat, erklärt sich auch dieser Vorgang aus der Absicht, die Marx'sche Richtung, die durch Liebknecht in Süddeutschland und besonders in Sachsen an Ausdehnung gewann, in Deutschland nicht aufkommen zu lassen.

Daß die Opposition auf allen Generalversammlungen und

Kongressen vorgeherrscht haben soll, damit hat Wildberger zum Theil Recht. Es ist immer opponirt worden, aber von welcher Seite? Am meisten von Hasselmann, der rechten Hand Schweitzer's. Von dieser Seite wurde alles versucht, das Aufkommen der Marxistischen Richtung zu hintertreiben. 1870 kam an Schweitzer ein Brief, da hieß es, die Leipziger sind schon bis Magdeburg vorgerückt, es wird nicht lange dauern, dann haben wir sie auch in Berlin; was soll dagegen geschehen? Ich weiß nicht, was er geantwortet hat, aber es erfolgten dann jene erbitterten Kämpfe zwischen den beiden Strömungen und das hat so lange gedauert, weil man jede Verbindung unter diesen beiden Strömungen zu hindern wußte, bis endlich in Folge der staatlichen Verfolgungen bei den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins der Glaube an die Unangreifbarkeit ihrer Organisation zerstört und durch den Ausfall der Wahlen 1872 das Thörichte des Bruderzwistes für uns Alle klargestellt wurde.

Bei der letzten Versammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Hannover 1874 wurde von Hasselmann der Versuch gemacht, den damaligen Präsidenten Hasenclever von seinem Amte zu entfernen. Hasselmann suchte die Versammlung dazu zu veranlassen, weil er selbst Präsident werden wollte — dann wäre der Verein allerdings in den richtigen Händen gewesen. Das habe nun freilich gerade ich persönlich durchkreuzt und gesagt, ihr dürft dem Burschen das Präsidium nimmermehr anvertrauen. Es wurde denn auch abgelehnt, und vier Tage nachher wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein von dem Berliner Präsidium für Preußen verboten. Fast zugleich wurde auch die Organisation der sogenannten Eisenacher Richtung, der Marxisten, für ganz Preußen verboten. Diese Vorgänge haben auf die Einigung von 1875 mit hingewirkt.

Es ist ferner ein Irrthum Wildberger's, Most hier als einen Opponenten hinzustellen. Most hat innerhalb der Partei niemals eine oppositionelle Stellung eingenommen. Er war auch ein Anarchist, aber nachdem er in Plötzensee seine bekannten Studien gemacht hatte und, von dort entlassen, aus Berlin ausgewiesen worden war, ist er nach London übergesiedelt. Soweit ich ihn habe beurtheilen können — ich habe ihn nur ein einziges Mal gesehen und gesprochen — war er ein durchaus unschädliches Menschenkind, aber ziemlich konfus und zu Extravaganzen geneigt. In London ist er schließlich nach allerlei Sprüngen zu den Bakuninisten übergegangen, aus denen sich die Anarchisten rekrutiren. Hasselmann hat, nachdem er in Verbindung mit Karl Schneidt die ganze Bewegung noch von Hamburg aus zu schädigen versucht hatte, sich nach Belgien begeben und dort behauptet, er hätte wegen seiner vielen Anklagen aus Hamburg auskneifen müssen. Die Belgier erkundigten sich in Hamburg und erfuhren, es wäre kein wahres

Wort daran. Zu der Zeit, als er ausrückte, schwebte gegen Hasselmann nicht eine einzige Anklage; er hatte überhaupt während seiner ganzen Redaktionsthätigkeit, da er niemals als verantwortlicher Redakteur gezeichnet hatte, weder irgend eine Strafe noch Anklage erhalten. Schweitzer hat allerdings wohl hie und da einmal eine Strafe scheinbar zudiktirt erhalten, weil er das Bedürfniß hatte, in entscheidenden Augenblicken, wo es sich um die ganze Existenz des Vereins handelte, sich in seine Villa Rummelsburg zurückzuziehen und mir die Verantwortlichkeit für alles das, was im Verein geschah, zu übertragen.

Es war eben, daß zwischen den beiden Strömungen — Eisenacher und Lassalleaner — eine bittere Feindschaft bestand; aber in der Voraussetzung, daß diese so eingewurzelt sei, um eine Vereinigung dauernd zu hindern, hat Tessendorff sich getäuscht; ich persönlich habe Veranlassung gegeben, daß ihm ein Strich durch die Rechnung gemacht wurde. Sobald Tessendorff bewiesen war, daß seine Voraussetzungen nicht zutrafen, wurde er als erster Staatsanwalt abgesetzt oder vielmehr versetzt, anscheinend mit höherem Rang als Landgerichtspräsident. Jetzt ist er ja Oberreichsanwalt in Leipzig, und das Reichsgericht ist ja auch hinlänglich bekannt. (Heiterkeit.)

Wenn nun die Herren, Wildberger und seine Freunde, in der Meinung Opposition muß sein, sich dazu verstanden haben, diese Opposition in Berlin zu leisten, so ist das im höchsten Grade zu bedauern. Wenn sie sich aber gerade auf Herrn Hasselmann berufen, der später bekanntlich nach Amerika ging und dort sich als Anarchist aufspielte, und wenn sie glauben eine Opposition in Berlin führen zu können, wie Hasselmann sie in Deutschland einzurichten versucht hat, wie er sie auch in Amerika versucht hat und damit ganz gründlich durchgefallen ist, dann sind sie gewaltig im Irrthum. Ich möchte Ihnen nicht empfehlen, die früheren in dieser Richtung gemachten schweren Verstöße zu wiederholen, es werden damit die Interessen der Arbeiterpartei im höchsten Grade gefährdet. Dafür kann Niemand besseres Zeugniß ablegen, als gerade ich. Ich habe diese Kämpfe mit durchmachen müssen. Ich hatte bis 1875 den Genossen Liebknecht nicht persönlich kennen gelernt und hatte Bebel nie gesehen, Most auch nicht; ich kannte keinen einzigen von diesen Parteigenossen — und was Denen alles für Verbrechen und Vergehen gegen die Arbeiterpartei aufgebürdet wurden, das könnte ich Ihnen alles noch jetzt detaillirt schriftlich und gedruckt nachweisen. Von beiden Seiten wurden alle denkbaren Beschuldigungen erhoben, bis sich schließlich herausstellte, daß alles erfunden gewesen war und zwar von Seiten der Herren Schweitzer und Hasselmann. Der Ehrenmann Schneidt erschien erst später auf der Bildfläche. Dieser letztere hat gerade auch während des großen Bergarbeiterstreiks sich im Wahlkreise Dortmund, den ich hier vertrete, eingefunden und

versucht, dort einzuwirken; dasselbe war bei der Maifeier im vorigen Jahre der Fall. Er war dort, die Bergleute kannten ihn nicht. Er gab sich für einen Berichterstatter der Berliner „Volks-Zeitung" aus, hat denn auch während der Versammlungen Notizen gemacht und ist dann wieder abgefahren. Es ist ihm gerathen worden, nicht wieder in dieses Revier zu kommen, mit heiler Haut würde er es nicht verlassen. (Heiterkeit.) Ja, wenn die Bergleute ein derartiges Versprechen Jemand gegeben haben, halten sie es auch. (Große Heiterkeit.) Herr Schneidt ist seitdem nie wieder dagewesen, vor dem sind wir geschützt.

Ich habe diese Bemerkungen machen müssen, um Ihnen ein Bild zu geben, wie es mit der Opposition ausgesehen hat. Jetzt heißt es: Die „Alten" und die „Jungen". Parteigenossen! Wenn die Alten nicht gewesen wären, wo wären denn heute die sogen. Jungen! Wenn man damit sagen will, die Alten hätten sich überlebt, da irren die Jungen. Sollten sie dieselben Kämpfe durchmachen müssen, die wir durchgemacht haben, dann würden sie innerhalb Jahresfrist zu Grunde gehen, ich bürge ihnen dafür. Als die Bewegung in Deutschland durch Lassalle hervorgerufen wurde, war es außerordentlich schwierig, irgendwie die Arbeiter dafür zu interessiren. Es wäre falsch gewesen, wenn man von vornherein mit dem wissenschaftlichen Sozialismus begonnen hätte, weil man keinen einzigen Arbeiter mit wissenschaftlichen Deduktionen hinter seiner Feueresse hätte hervorlocken können. Es mußte an die thatsächlichen Verhältnisse angeknüpft werden. Wenn Lassalle das nicht gethan und solche Anknüpfungspunkte nicht vorgefunden hätte, dann wäre es ihm gerade so gegangen, wie Marx und Engels in London; sie werden auch da mit den schönsten wissenschaftlichen Beweisen und Postulaten keinen einzigen Arbeiter von seinen Verbindungen ablocken können. Deshalb ist Deutschland für die Sozialdemokratie der Welt ein Muster geworden dafür, daß man die Agitation den vorhandenen Zuständen anzupassen hat.

Das Alles bitte ich von beiden Seiten zu berücksichtigen und den Grundsatz „Opposition muß sein" fallen zu lassen, weil er grundfalsch ist. Es muß jedem Parteigenossen freistehen, seine eigene Meinung über eine Frage in der Partei auszusprechen, aber wenn er im Irrthum gewesen ist, dann muß er auch sofort den Beschlüssen des Parteitages sich fügen. Wenn er das nicht kann, beweist er, daß er unfähig ist, Sozialdemokrat zu sein. Danach mögen Sie auch in diesem Fall Ihr Urtheil fällen. Mit der Bebel'schen Resolution bin ich vollständig einverstanden und bitte Sie, sie einstimmig anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Sailer-Luckenwalde: Wenn Wildberger auch die Arbeiterschutzgesetzgebung für geeignet erklärt, die Sozialdemokratie zu versumpfen, so verkennt er ganz und gar die wirthschaftlichen Ver-

hältnisse. Wenn ein Arbeiterschutz die Sozialdemokratie tödten soll, dann kann es nur ein solcher sein, der das Elend von den Massen wegnimmt, der die ungeheuere industrielle Reservearmee vom Erdboden verschwinden läßt. Die heutige Gesellschaft kann das nicht. Unmöglich also kann die Sozialdemokratie, wenn sie diese Forderung vertritt, versumpfen.

Volderauer-Karlsruhe spricht gegen die von der Opposition befürwortete Taktik an der Hand der von ihm bei der Agitation in Baden gemachten Erfahrungen, dabei ein anschauliches Bild der dortigen Agitation entrollend.

Von Oertel-Nürnberg wird folgendes Amendement zum Antrag Bebel eingebracht:

> Beantrage zu dem Antrag Bebel's in Absatz 6 nach den Worten: „immer das ganze und letzte Ziel der Partei im Auge haben", einzuschalten:
>
> „Der Parteitag erklärt hierbei ausdrücklich, daß er den Standpunkt, welchen Vollmar in seinen zwei Münchener Reden vom 1. Juni und 6. Juli d. J. mit Bezug auf die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie und die einzuschlagende neue Taktik eingenommen hat, nicht theilt, sondern denselben als für die weitere Entwicklung der Partei verhängnißvoll betrachtet."

Der Antrag wird ausreichend unterstützt.

Grothe-Halle: Obwohl Bebel gestern so glänzend über die Taktik gesprochen hat, habe ich mich doch für den letzten Theil der Rede nicht erwärmen können, wo Prophezeiungen in die Welt gesetzt werden. Diese Erörterungen über die Kriegsgefahr, diese ganzen weitausschauenden Ideen halte ich für eher schädlich als nützlich. Wir sollten nur zum Volke sagen, der Krieg ist absolut zu vermeiden, wenn die Völker ihrer Macht sich bewußt werden und thatsächlich sich nicht mehr zum Spielball der Regierungen benutzen lassen. Aus der Geschichte sehen wir, daß durch Kriege die Bewegung stets zurückgeworfen wurde. Vollmar hat mit Recht auf die Kommune hingewiesen. So gut damals nur für Paris gesorgt wurde, und nichts für die Provinz geschah, woraus dann der Untergang der Kommune sich ergab, ebenso einseitig könnte unsere Bewegung sich entwickeln, wenn es nach den Ideen der Opposition ginge. Die Auffassung Vollmar's vom neuen Kurs kann ich nicht theilen. Der Bericht des Parteivorstandes ergiebt, daß in dem Jahre vom 1. Oktober 1890/91 an Prozeß- und Gefängnißkosten 5987,35 Mark ausgegeben wurden. Da kann doch von einem neuen Kurse keine Rede sein. Nach demselben Bericht belaufen sich die in den 11 Monaten, von November 1890 bis September 1891, erkannten Strafen auf **87 Jahre** 6 Monate 25 Tage Gefängniß und auf 18 362,30 Mark Geldbuße. Diese Mittheilungen des Geschäfts-

berichts werden auch Vollmar überzeugen, daß es mit der Erweckung rosiger Hoffnungen auf den neuen Kurs eine zweifelhafte Sache ist.

Die Opposition hat scharf getadelt, daß der Achtstundentag erst für 1898 gefordert wurde. Der etappenweise Uebergang ist der einzige praktische Vorschlag. Wenn die Fraktion heute den Achtstundentag einfach verlangt hätte, würde sie ausgelacht worden sein. Wenn die Opposition für sich die besondere Parteithätigkeit in Berlin in Anspruch nimmt, wenn sie ganz besonders die Bewegung dort unter dem Ausnahmegesetz hochgehalten haben will, so ist das grundfalsch. Der Einzige, der bereits längere Zeit, und auch dieser erst seit 7 Jahren, in Berlin ist, ist Werner. Die Anderen sind alle miteinander erst bedeutend später in die Bewegung hineingekommen, als thatsächlich die Zügel des Gesetzes schon bedeutend locker gelassen waren. So stehen die Sachen. Als die Zügel stramm gehalten wurden, war von den Herren Wildberger u. s. w. nicht die Rede; da waren es Andere, wie ja Schulze-Magdeburg bezeugen kann, der leider ebenfalls bedauerlicher Weise zur Opposition neigt.

Schweer-Hamburg I beschwert sich, daß das Bureau wiederholt die Redezeit von 10 Minuten habe überschreiten lassen.

Thierbach-Königsberg N.-M.: Ich habe mich absichtlich bei Punkt 1 nicht zum Worte gemeldet, weil ich gespannt darauf war, zu hören, was die Opposition für Anklagematerial vorbringen würde. Ich habe wahrnehmen müssen, daß von alledem, was man in öffentlichen Versammlungen in Berlin verbreitete, hier nicht gesprochen worden ist, sondern daß man sich zum großen Theil mit Dingen befaßt hat, über die unter den Genossen gar kein Streit besteht. In Berlin hat man in schärfster und gehässigster Weise nicht allein die gesammte Fraktion, sondern auch die einzelnen Personen, welche auf dem Standpunkt der Parteileitung stehen, angegriffen und verdächtigt. Wenn man den Muth hatte, in einer Stadt wie Berlin ein Flugblatt hinauszulassen, das geradezu von Anschuldigungen strotzt, dann ist man verpflichtet, auch mit seinen Beweisen für so schwere Anklagen hervorzutreten. In der letzten Volksversammlung in Berlin VI, wo Werner über den Erfurter Parteitag referirte, erklärte er, wenn das so weiter mit der Taktik der Partei gehe, und wenn die Partei sich herausnehmen sollte, die Opposition auszuschließen, dann werde diese, trotzdem sie heute noch über kein Blatt verfüge, doch zu einem eigenen Organ gelangen. Werner hat weiter gesagt: wenn es in diesem Sinne weiter geht, dann seien Sie versichert, daß in allernächster Zeit ein Flugblatt erscheint, wogegen das alte ein reiner Waisenknabe ist. Solche Aussprüche sind da gethan worden. Dazu kommt der schon erwähnte Kampffonds im VI. Wahlkreise. Auch zu diesem Fonds muß der Parteitag ganz entschieden Stellung nehmen. Es ist einer Partei unwürdig, Elemente in ihrer Mitte zu haben, welche einen

Fonds gründen, um gegen die Interessen der Partei zu arbeiten. An Ihnen liegt es, ein Exempel zu statuiren.

Oertel-Nürnberg hat den Wortlaut seines Antrages dahin geändert, daß die letzten Worte „sondern denselben als für die weitere Entwicklung der Partei verhängnißvoll betrachtet" fortfallen sollen.

Auerbach: Wir meinen, daß die Taktik der Partei in manchen Fällen schon dazu geführt hat, und, wenn kein Einhalt geboten wird, noch mehr dazu führen wird, die sozialdemokratische Partei in eine solche des Possibilismus umzuwandeln. Singer hat Wildberger's Aeußerungen wegen der Haltung bei den Stichwahlen mit dem Hinweis auf die Haller Beschlüsse abfertigen zu können geglaubt; ja, damit ist doch die Frage der Taktik bei den Stichwahlen nicht abgemacht. Wir stehen einmal auf dem Standpunkte, daß wir für falsch und gefährlich halten, bei den Stichwahlen für den Kandidaten irgend einer anderen Partei einzutreten, und wie gefährlich das wirkt, wenn ein solcher Beschluß nicht klipp und klar gefaßt ist, werde ich aus den Flugblättern für Heine beweisen. Damals, 1884, stand Heine in Stichwahl mit dem Freisinnigen Büchtemann. Es war in einer Versammlung der Freisinnigen von deren Vorsitzendem erklärt worden, es wäre eine Schmach und Schande, wenn in Magdeburg auch nur 1000 Stimmen für den Konservativen abgegeben würden. Mit Bezug hierauf heißt es in dem Flugblatt für Heine, ob wohl ein ehrenwerther konservativer Mann oder überhaupt ein Mann von Ehre einem Vertreter dieser freisinnigen Partei seine Stimme geben könne. — So das Flugblatt Heine's gegen einen freisinnigen Gegenkandidaten. — Nehmen wir nun das Flugblatt von 1890 aus Calbe-Aschersleben; da handelte es sich zufälliger Weise um einen Kampf mit einem Konservativen, und da heißt es nun im Flugblatt: „Wähler! Ganz Deutschland blickt mit Spannung auf unseren Wahlkreis; unser Sieg in Calbe-Aschersleben bedeutet einen Triumph für die ganze zivilisirte Welt. Der Arbeiterstand ist versklavt, der Bauernstand wird aufgesogen; sollen diese Zustände trotz der kaiserlichen Erlasse ewig so bleiben?" — Sie sehen, Heine hat eine Vorliebe für kaiserliche Erlasse! (Heiterkeit.) — „Nimmermehr! Die Erlasse des Kaisers müssen zur vollen Durchführung gelangen! Wer das erstrebt, wähle unseren Kandidaten!" Weiter heißt es: „Welche Angriffe schleudern diese Herren der Partei Tietze auf den Deutschfreisinnigen und den Mann der Arbeiterpartei! Wir, die Männer der Freiheit und des Fortschritts, müssen daher zusammenstehen, gemeinsam den gemeinsamen Feind bekämpfen! Nur langsam können wir zum Ziele kommen; wir müssen ausharren und kämpfen um Verminderung der Arbeitszeit — nicht plötzlich, sondern allmählich —, Vermehrung des Lohnes — nicht plötzlich, sondern allmählich —, bis wir alle Arbeiter frei

und glücklich gemacht haben! Das ist unser Ziel, ein edles Ziel, des Ringens werth; mit Freuden setzen wir, wie bisher, Gut und Freiheit dafür ein." (Rufe: Sehr richtig!) Ich glaube, daß Sie auf dem Standpunkt Heine's stehen; für mich aber nehme ich in Anspruch, es nicht für richtig zu finden, wenn von einem Sozialdemokraten für einen Sozialdemokraten ein solches Flugblatt herausgegeben wird. — Heine glaubt dann noch die Sozialdemokraten gegen den schweren Vorwurf, daß sie die Ehe aufheben und die freie Liebe einführen wollten, vertheidigen zu müssen (Ruf: Natürlich!); er bezeichnet ihn als albernen Quatsch.

Dr. Schönlank: Die Reden des Herrn v. Vollmar in München hätten viel eher von einem volksparteilichen, als einem sozialdemokratischen Manne gehalten werden können. Es ist ein geradezu bewundernswerther Optimismus, wenn man zwei Tage nach Caprivi's Erklärung, die Kornzölle nicht aufzuheben, die Hoffnung ausspricht, daß man auch in zollpolitischen Sachen von der Regierung Konzessionen auf dem Wege der Verhandlung erwarten könne. Darin hat sich Vollmar getäuscht wie in anderen Punkten. Er sieht die Bismarck'sche Gewaltpolitik beseitigt und erkennt gerade darin den neuen Kurs. Bei Gelegenheit der Berathung der Unteroffizierprämien im Reichstage hat aber Caprivi erklärt, er rechne darauf, daß es einmal zum Straßenkampf käme und für diesen müßten die Unteroffiziere warm gehalten werden. Solche Dinge sind gesprochen worden, und Vollmar redet davon, daß der Weg der Verhandlung betreten werden müsse! Seine Rede war eine volksparteiliche, nicht aber eine sozialdemokratische. Wegen eines zufälligen Ereignisses, wegen des Sturzes Bismarck's verlangt er eine Aenderung der Tendenz unserer ganzen Bewegung, nicht blos der Taktik; er will an die Stelle der revolutionären Auffassung, daß nur durch Umänderung der Produktionsweise die heutige Unterdrückung der Arbeiterklasse beseitigt werden kann, eine gemüthliche bürgerliche Arbeiterpartei setzen, er will uns abspeisen mit kleinen Brocken! Von Niemand mehr als von ihm hat mich das gewundert, solche Ausführungen zu hören. Vollmar war als einer der Radikalsten in der Partei bekannt, und plötzlich entpuppt er sich als ein Opportunist, wie er schöner nicht gedacht werden kann. Er hat sich früher doch ein bischen anders festgelegt. Im Jahre 1882 hat er in Zürich eine Broschüre erscheinen lassen, worin er ausführt, daß es schädlich wäre für die Partei, wenn das Ausnahmegesetz aufgehoben würde, wir müßten nicht nur die Evolution, sondern auch die Revolution wollen, wir acceptirten zwar alle Zugeständnisse, gäben uns aber damit nicht zufrieden. (Hört, hört!) Noch im vorigen Jahre galt Vollmar in Halle als Schirmherr und Schutzpatron der Berliner Opposition. Ich kann mir daher den Seelenschmerz der Berliner „Jungen" schon vorstellen, der sie er-

griffen hat, als sie diese Rede vom 1. Juni läsen und nun sahen, wie Vollmar vom großen Revolutionär zu einem Sozialdemokraten in Schnallenschuhen und Escarpins gekommen ist.

Die Herren von der Opposition sind so autoritätssüchtig, daß sie sich an die Liebknecht'sche Broschüre klammern und durchaus danach handeln wollen; von geschichtlicher Entwicklung scheinen sie keine Ahnung zu haben. Wenn Auerbach sich mit Suffisance von den Bauern und Kleinbürgern abwendet, und die Berliner und Magdeburger für die Hauptsache erklärt, nach denen sich alles zu richten habe, so muß man doch fragen: Was wollen sie eigentlich von der Partei? Soll das eine geschlossene Gesellschaft werden, wie etwa ein Stammtisch mit der Warnungstafel „Reservirt"? Wenn Wildberger die Stellung prinzipieller Anträge verlangt, möge er doch seine Wünsche der Fraktion einreichen! Die Fraktion wird jede Anregung mit Dank entgegennehmen, aber nach seiner heutigen Rede traue ich ihm die Sachkenntniß nicht zu. Wer so wie er mit einem durch Sachkenntniß nicht getrübten Blick über englische Verhältnisse, über Marx spricht, keine Spur von Ahnung über die Entwicklung der Arbeiterfrage in England hat, der ist auch zu derartigen Anregungen nicht befähigt.

Kalnbach-Karlsruhe erklärt, daß ihm die heutigen Ausführungen Vollmar's doch wesentlich abgeschwächt gegenüber den gedruckten Reden erscheinen. Uebrigens glaubt Redner, sowohl bei Vollmar wie auch bei der Berliner Opposition an den ehrlichen Willen, der Partei zu nützen und würde er deshalb wünschen, daß es zu keinem Bruche komme.

Ein erneuter Schlußantrag wird abgelehnt.

Agster wendet sich gegen Vollmar's Aeußerungen über Lockerung der Disziplin in der Partei im Verhältniß zu deren Anwachsen, sowie gegen seine Darlegung über die Stellung zur Frage des nächsten Krieges, und polemisirt gegen Wildberger's Auffassung von der Bedeutung der Wahlagitation.

Scholz-Berlin VI.: Es ist charakteristisch, daß die Vertreter der Opposition in Berlin nicht gemein genug handeln können, während sie hier die Sammetpfötchen zeigen. Ich gebe zu, daß man in Berlin von vornherein nicht scharf genug gegen die Opposition vorgegangen ist. Man hat die sanguinische Hoffnung gehabt, daß eine Besserung eintreten werde; wir sind eines Besseren belehrt worden. Ich möchte Sie bitten, den direkten Ausschluß der Wildberger und Genossen abzulehnen, aber die Resolution so zu fassen, daß es den Berliner Genossen ermöglicht wird, in Berlin mit diesen Elementen reinen Tisch zu machen. Nicht die bisherige Taktik der Partei, sondern die Taktik der Opposition korrumpirt die Partei.

Storch-Stettin ist zunächst der Meinung, daß die Fraktion schon für 1891 den Achtstundentag hätte fordern müssen. Redner

kommt sodann auf die Berliner Opposition zu sprechen und meint, wenn man den Ausschluß der Opponenten nicht aussprechen wolle, solle man wenigstens die Resolution mit der Bestimmung annehmen, daß, wenn der Parteitag gesprochen hat und die Opposition weiterhin so vorgehe wie bisher, die Parteileitung das Recht habe, ohne den Beschluß des Parteitages abzuwarten, diese Elemente aus der Partei zu entfernen. (Zustimmung.)

Löwenstein-Nürnberg: Meine Wähler haben mich beauftragt, den Ausdruck ihrer Mißbilligung über die sogenannte Berliner Opposition zur Kenntniß des Parteitages zu bringen. Sie billigen voll und ganz die Taktik, welche bisher, namentlich von Seiten der Parteileitung, befolgt worden ist. Sie haben sich auch entschieden gegen die Vollmar'schen Anschauungen ausgesprochen.

Trilse-Leipzig: Man hat zwischen berechtigter und unberechtigter Opposition nicht immer richtig unterschieden. Wäre dieser Fehler nicht vorgekommen, dann hätten wir heute vielleicht nicht mit so unerquicklichen Thatsachen zu rechnen. Aber es ist bezeichnend, daß eine Broschüre aus dem Jahre 1869 die Unterlage bildet zur Befürwortung einer Taktik, welche Liebknecht so und so viele Jahre hinter sich hat. Diese Leute sind eben nach dem volksthümlichen Ausdruck ein bischen spät aufgestanden. Unsere bisherige Taktik hat doch vermöge des Parlamentarismus den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu Stande gebracht und den Kapitalismus in Schach gehalten.

Werner-Teltow: Ich gestehe ganz offen zu, daß ich seit der letzten Reichstagswahl in etwas meine Anschauungen über den Parlamentarismus geändert habe. (Ah!) Ein Theil meiner Genossen und ich wünschen Parlamentarismus, aber nicht zuviel. Wir haben uns gefragt, was wird dann werden, wenn wir einmal 100 Abgeordnete bekommen? Ich glaube, es wird der parlamentarischen Thätigkeit der Riegel vorgeschoben werden, weil wir einfach das Geld für die Diäten nicht werden aufbringen können. (Oho!) Liebknecht hat 1891 den anderen Parteien im Reichstag mit Recht vorgeworfen, daß sie die Diktatur des Kapitalismus etablirten, und Bebel hat gesagt, und das wurde ihm sogar von dem Minister Bötticher bestätigt: „Sie, meine Herren, am Bundesrathstisch, Sie sind die Kommis der besitzenden Klassen!“ Muß man sich nach solchen Erklärungen nicht wundern, wenn dann ein Vertreter derselben Partei hintritt und dem Bundesrath das Recht zusprechen will, daß er noch mehr Betriebe unter die Arbeiterschutzgesetzgebung stellen darf? Daß die Partei in der That eine Opportunitätspartei geworden ist, beweist die Rücksichtnahme auf alle möglichen Machtfaktoren. Liebknecht hat auf dem Haller Parteitag gesagt, die Bourgeoisie will und kann uns keine Erfolge erzielen lassen. Nun ist es aber doch eine Opportunitätspolitik, wenn man sagt, im

Jahre 1890 wollen wir den 10stündigen, 1894 den 9stündigen und 1898 den 8stündigen Arbeitstag. Wir können doch heute garnicht wissen, wie weit sich die Technik entwickelt und ob wir überhaupt 1898 noch einen Achtstundentag zu fordern haben. (Heiterkeit.)

Der Vorsitzende macht den Redner darauf aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen sei.

Auf Antrag Meist wird Werner die Redezeit verlängert.

Werner (fortfahrend): Mit diesem opportunistischen Standpunkt haben wir uns auf die schiefe Ebene begeben; Vollmar ist dabei der konsequenteste. Nach allem, was sich jetzt in der sozialdemokratischen Partei geltend macht, konnte man nach der Mahnung: Immer langsam voran, daß der Krähwinkler Landsturm nachkommen kann! vielleicht 1899 die Verstaatlichung der Apotheken, 1903 die Abschaffung der Zölle fordern u. s. w. (Lachen.) Bei der Frage der Sonntagsruhe hat aber Singer gesagt: wir müssen das Bestreben haben bei dieser Einrichtung, allen betheiligten Kreisen nach Möglichkeit entgegenzukommen und ihnen die Eingewöhnung in diese neuen Verhältnisse bequem zu machen. Ja, meine Herren, wenn das nicht Opportunitätspolitik ist, dann weiß ich nicht, was dieses Wort bedeutet. (Singer: Sehr richtig!) Bebel hat es in der letzten Zeit nicht daran fehlen lassen, auch recht stark in Chauvinismus zu machen. Er hat in Berlin in einer Rede gesagt, wir müssen uns gegen das Russenthum wenden, wir müssen in den Kampf ziehen Schulter an Schulter mit unseren wirthschaftlichen und politischen Gegnern. Ich meine, der Kriegsminister wird jedenfalls in der nächsten Reichstagssession mit lächelnder Miene Herrn Bebel die Rechnung vorzeigen und sagen, bitte, wollen Sie gefälligst die Zeche bewilligen? Ich frage, auf welche Bahn gerathen Sie denn eigentlich? Wir halten an dem Gedanken fest, den Liebknecht ausgesprochen hat: Prinzipien sind untheilbar. Man fragt: Ja, wo soll dies ein Ende nehmen: Ich will mir nicht den Kopf zerbrechen, ob es auf dem Wege der blutigen Revolution geschehen soll. Die Sache kann auch einen anderen Verlauf nehmen. Es können die Organisationen der Arbeiter, auch die Gewerkschaftsorganisationen, zu einer gefährlichen Macht für die bürgerliche Gesellschaft werden. Der Zirkulations- und Produktionsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft könnte an einem Tage zum Stillstand gebracht werden (Unruhe), und dann ist es doch nothwendig, daß wir zielbewußte Sozialdemokraten haben und nicht Leute, die nicht wissen, warum sie Sozialdemokraten sind. (Beifall bei der Opposition.)

Auer: Wenn Vollmar geglaubt hat, der Bebel'schen Resolution zustimmen zu können, wenn auch aus anderen Gründen als Bebel, so ist er mit sich selbst in Widerspruch gerathen, denn in der Resolution Bebel ist ausdrücklich ausgesprochen, es läge kein Grund

vor, die bisherige Taktik der Partei zu ändern. Vollmar ist aber zweifellos in seiner Rede sowohl wie in seiner Broschüre für die Nothwendigkeit einer Aenderung der bisherigen Taktik eingetreten. Es werden nicht Viele im Saale sein, die in Bezug auf eine Reihe praktischer Punkte, die Vollmar angeführt hat, so sehr seine Auffassung theilen, wie ich. Ich bin auch der Meinung, daß die praktischen Gesichtspunkte hervorgekehrt werden müssen; ebenso meine ich, daß beim Prophezeien nichts herauskommt, ich überlasse andererseits aber auch gern dem Genossen Vollmar, der dazu ja in Folge seiner Verhältnisse die nöthige Zeit hat, die Spekulation über die auswärtige Politik. Mir ist es so absolut gleichgiltig, was Vollmar von dem Dreibund denkt, wie es ihm gleichgiltig ist, was ich morgen zu Mittag essen werde. (Heiterkeit.) Aber etwas anderes ist die Frage, ob eine Aenderung der Taktik, wie sie Vollmar wünscht, am Platze ist. Daß Vollmar diese Taktik wünscht, geht zweifellos aus seinen Münchener Reden hervor. (Redner zitirt die betreffenden Stellen.) Er hat der Partei einen großen Dienst geleistet, daß er die Frage überhaupt in der Partei zur Diskussion gestellt hat (sehr richtig!) und ich bedauere nur, daß durch das plumpe Eingreifen der Berliner Opposition die Auseinandersetzung über die von Vollmar angeregten Punkte nicht so stattgefunden hat, wie sie ohne dies Eingreifen stattgefunden hätte.

Sollte der Vollmar'sche Standpunkt hier getheilt werden, dann bliebe gar nichts anderes übrig, als den Absatz 2 der Bebel'schen Resolution einfach zu streichen. Ich halte es nicht für nothwendig, unter den heutigen Verhältnissen die Taktik zu ändern, und ich halte es sogar für bedenklich, sie in dem Sinne zu ändern, wie es uns Vollmar vorschlägt. Er sagt, daß es unsere Aufgabe sein müsse, den Weg der Verhandlungen zu betreten, und er kommt ganz folgerichtig zu der Forderung, daß wir „Selbstbeschränkung" zu üben haben. Diese „Selbstbeschränkung" halte ich für gefährlich. Wir haben dann nicht mehr die Freiheit der Aktion, wie wir sie bis jetzt gehabt haben, wir müssen Rücksichten nehmen, weil wir, um Verhandlungen anknüpfen zu können, auf die Freiheit des Entschlusses verzichten müssen. Und so kommt denn Genosse Vollmar, immer logisch weiter denkend, zu dem positiven Vorschlage, daß die Aufstellung eines Aktionsprogramms nothwendig sei. Auf diese Weise werden wir, wenn auch nicht mit Wissen und Wollen, doch thatsächlich dahin geführt, daß wir zweierlei Programm haben, eins für den Alltagsbedarf und eins für den Sonntag. Die strenge Scheidelinie, die bis jetzt unsere Partei allen anderen Parteien gegenüber innegehalten hat, wird somit auf die Dauer verwischt werden. (Zustimmung.) Das ist nicht die Absicht des Genossen Vollmar, aber eine nothwendige Folge seines Standpunktes. In unserem Programm heißt es: Die Befreiung der Arbeiterklasse muß

das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Diesen Standpunkt müssen wir weiter festhalten. Nun hat Oertel vorgeschlagen, klipp und klar auszusprechen, daß der Parteitag die Anschauungen Vollmar's nicht theilt. Damit ist absolut kein Mißtrauen verbunden. Aber nachdem Vollmar selbst in einer Münchener Versammlung als der brave Genosse, der er bisher immer gewesen und auch in Zukunft bleiben wird, erklärt hat, daß er sich den Beschlüssen des Parteitages fügen werde, und nachdem er heute erklärt hat, daß er auch zur Annahme der Bebel'schen Resolution bereit sei, aber aus ganz anderen Motiven, da wird es nothwendig, daß der Parteitag sagt: nein, wir theilen den Standpunkt Vollmar's in dieser Frage nicht. Das ist kein Vorwurf, kein Mißtrauensvotum; das muß sich jeder Genosse gefallen lassen, daß die höchste Instanz, der Parteitag, in aller Freundschaft und kollegialischer Genossenschaft erklärt: Wir theilen Deinen Standpunkt nicht. Ich bitte Sie, nehmen Sie die Bebel'sche Resolution mit dem Zusatzantrag Oertel an! (Beifall.)

Joest-Mainz: Die Münchener Reden Vollmar's haben uns um so mehr überrascht, als Vollmar lange Jahre hindurch den radikalsten Standpunkt unter den Genossen vertreten hat. Hätte Hasenclever so etwas gesagt, Vollmar würde die schärfste Kritik gegen ihn geübt haben. Welche Veranlassung lag vor, auf einmal Stellung zum Dreibunde zu nehmen? Keine! Ebenso müssen wir eine Anschauung bekämpfen wie die, wenn ein Krieg mit Rußland kommt, dann marschirt die Sozialdemokratie Arm in Arm mit den Gegnern. Solch ein Idealismus steht unserer Partei nicht an.

Milenz-Johannisthal: Die gestrigen Reden Einzelner vom Vorstandstisch haben mich stutzig gemacht, und ich habe mich gefragt, ob es auf den Parteitagen immer so zugeht oder nur heute. Ich fühlte mich hier wie vor dem Inquisitionsgericht zur Zeit des Herzogs Alba. (Lachen.) Bebel ist in gradezu rigoroser Weise aufgetreten, und in Folge dessen habe ich den bekannten Antrag mitunterzeichnet, der allerdings besser mündlich hier zum Austrag gebracht worden wäre. Ich war in der großen Lips-Versammlung Zeuge, wie es in Berlin zugeht. In jener Versammlung wurden Bruno Wille und Werner niedergeschrieen, ebenso hat es heute auch der Parteitag gemacht. (Lebhafter Widerspruch.) Der Parteitag hat den Genossen Niederauer mit Lachen und vielen höhnischen Bravos ...

Vorsitzender: Ich muß den Parteitag gegen die Angriffe des Redners entschieden in Schutz nehmen. Es ist unwahr, daß der Parteitag einen Genossen niedergeschrieen hat. Wenn ein Genosse mit seinen Ausführungen das Interesse der Gesammtheit nicht in dem Maße erregt, daß diese ihn anhören kann, so kann man nicht dem Parteitage die Schuld geben, wenn die nöthige Ruhe nicht obwaltet. Aber von einem Niederschreien kann hier absolut keine Rede sein. (Zustimmung.)

Milenz (fortfahrend): Es war ein falscher Ausdruck von mir. ich wollte sagen, nachdem Niederauer geredet, erscholl höhnisches Bravo. Ich bin kein Redner. Ich spreche so wie ich kann, und was ich nicht kann, werde ich lernen. Redner geht noch ausführlicher auf die Lips-Versammlung ein, betont die Nothwendigkeit der mündlichen Agitation auf dem Lande und muß schließlich seinen Vortrag abbrechen, da die Redezeit abgelaufen ist.

Schulze-Mageburg: Ich will nur bei dieser Gelegenheit protestiren gegen die Art und Weise, wie gestern Frohme meinen Freund und Genossen Köster in Magdeburg mit den Anarchisten identifizirt hat. Ich bin auch nicht mit all' und jedem einverstanden, was in Berlin von einzelnen Rednern gesagt worden ist, aber ich verstehe, wenn ich bedenke, wie gestern die Herren Bebel, Auer und Fischer hier gesprochen haben, daß sich auch die Berliner Genossen dazu hinreißen lassen, etwas zu sagen, was sie unter anderen Umständen auch nicht sagen würden. Auch ich mißbillige die Vollmar'sche Taktik, aber Vollmar hat doch nichts weiter ausgesprochen, als was nach meiner Ansicht die ganze Fraktion bisher gethan hat. Daß wir uns keineswegs in einem neuen Kurse befinden, beweisen die in Magdeburg allein im letzten Jahre verhängten Polizei- und Gerichtsstrafen. Es sind 42 Beschlagnahmen erfolgt, 76 Haussuchungen, 133 Strafmandate und -Befehle; unter Anklage standen 91 Genossen. Gefängnißstrafen wurden 54 Monate 13 Wochen verhängt, an Geldstrafen 16 325 Mk. Wo ist da der neue Kurs, Herr v. Vollmar? Wenn gesagt worden ist, es fehlte in Magdeburg ein hervorragender Führer, so antworte ich, wir haben in Magdeburg auch Parteipäpste gehabt, aber mit ihnen aufgeräumt.

Der Vorsitzende schlägt nunmehr vor, die Verhandlungen über den zur Berathung stehenden Gegenstand der Tagesordnung abzubrechen, dafür aber noch eine Kommission von 21 Mitgliedern zu wählen, welche den Programmentwurf vorzuberathen hat. Darüber entspinnt sich eine längere Geschäftsordnungs-Debatte, die mit Annahme dieses Vorschlags endet, worauf per Acclamation mit allen gegen 2 Stimmen die vorgeschlagene Liste angenommen wird. Die gewählte Kommission soll am Sonntag früh bereits mit ihren Arbeiten beginnen. Eine fernere Geschäftsordnungs-Debatte entspinnt sich darüber, ob Sonntag überhaupt eine Sitzung stattfinden soll, da vor 3 Uhr Nachmittags nicht begonnen werden dürfe, und bereits Abends 7 Uhr der von den Erfurter Genossen zu Ehren der Delegirten veranstaltete Kommers beginnen soll. Es wird beschlossen am Sonntag Nachmittag 3 Uhr eine Sitzung stattfinden zu lassen mit der Tagesordnung: Berathung derjenigen Anträge, welche sich auf die Organisation, Presse und Agitation beziehen.

Schließlich giebt Singer folgende Erklärung ab: Der Genosse Glocke hat gestern die Verhältnisse des „Berliner Volksblatt" in

die Diskussion gezogen. Glocke motivirte seine frühere Opposition damit, daß er meinte, die Verhältnisse des „Volksblatt" wären derartige gewesen, daß sie einer anderweitigen Regelung bedurft hätten. Ich habe demgegenüber zu erklären, daß seit der Gründung des „Volksblatt", so lange dasselbe Defizits machte, die Parteikasse niemals zur Deckung derselben in Anspruch genommen worden ist, und daß von dem ersten Augenblicke an, wo das „Berliner Volksblatt" Ueberschüsse erzielte, diese Ueberschüsse zu Gunsten der Partei durch die Parteileitung verwendet worden sind. Ich gebe diese Erklärung nur ab, um der Möglichkeit vorzubeugen, daß eine längst zu allseitiger Zufriedenheit untersuchte und geregelte Angelegenheit von neuem zu Mißverständnissen Veranlassung geben könnte.

Schluß 7½ Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Sonntag, den 18. Oktober.

Vorsitzender Kloß eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr.

Wiederum ist eine große Anzahl von Zuschriften und Begrüßungstelegrammen an den Parteitag eingegangen.

Auf der Tagesordnung steht Punkt 5: Berathung derjenigen **Anträge** der Parteigenossen, welche bei den voraufgehenden Punkten der Tagesordnung nicht bereits ihre Erledigung gefunden haben.

Zunächst werden die

Anträge zur „Organisation"

berathen. Deren liegen in der gedruckten Vorlage drei vor. — Ein von Demmler-Geyer eingebrachter Abänderungsantrag zu § 3 des Organisationsstatuts, daß die Vertrauensmänner mindestens jährlich zweimal Berichte an den Vorstand gelangen lassen sollen, findet nicht die nöthige Unterstützung, gelangt daher nicht zur Verhandlung.

Antrag 1:

Der Landes-Vorstand der sozialdemokratischen Partei Württembergs beantragt, die Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands in § 7 wie folgt abzuändern: „Ein Parteitag hat in der Regel alle 2 Jahre stattzufinden; die Einberufung desselben erfolgt durch die Parteileitung."

Agster begründet den Antrag unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Aufwendungen, die der Parteitag verursache.

Bebel: Es wäre geradezu ein Unglück, wenn der Parteitag auf einen solchen Antrag einginge. Daraus würden lediglich

dauernde Reibereien zwischen den einzelnen Landestheilen — und jeden Augenblick Anträge auf Einberufung eines außerordentlichen Parteitages resultiren. Angesichts des Brüsseler Beschlusses, der sogar einen internationalen Kongreß alle zwei Jahre für nöthig erklärt, sind jährliche Parteitage unbedingt nothwendig. Die Befürchtung, die Mittel wären nicht aufzubringen, kann allenfalls von einigen wenigen kleineren Orten gelten, nicht aber von der großen Mehrheit. Der Parteivorstand will die Verantwortung für außerordentliche Parteitage auch nicht ohne Weiteres tragen.

Der Antrag wird abgelehnt; ebenso der zweite, von einem Kölner Genossen auf Einführung der direkten Gesetzgebung in die Parteiorganisation gestellte.

Antrag 3:

Die Genossen in Wandsbeck beantragen, den § 9, Absatz 1 des Statuts unserer Partei-Organisation dahin abzuändern, daß die Wahl der Delegirten zum Parteitage auf proportionaler Grundlage erfolgt, und zwar in der Weise, daß bis zu 5000 Wähler in einem Wahlkreise nicht mehr als einen Delegirten zu wählen haben, von 5-—10 000 zwei, weiter aber nur die höchst zulässige Zahl von drei Delegirten. Das letzte Wahlresultat der Reichstagswahlen ist maßgebend bis zur folgenden Wahl für die Entsendung der Delegirten.

Zur Begründung des Antrages meldet sich Niemand. — Heinrich-Altona erklärt: trotz wiederholter Aufforderung, die Genossen möchten ihm ihre Begründung schriftlich mittheilen, habe er keine Antwort erhalten. — Nach längerer Debatte, in der Singer, Frohme, Stadthagen, Bebel und Köhnen gegen, Niederauer für den Antrag eintreten, wird derselbe abgelehnt.

Ein inzwischen noch eingelaufener Antrag zum § 9, den Satz: „Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises Frauen sich befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden", zu streichen, findet nicht die erforderliche Unterstützung, kommt also nicht zur Verhandlung.

Lingner-Hannover VI. beschwert sich zur Geschäftsordnung darüber, daß das Bureau so rasch über die Anträge hinweggegangen sei. Bei der Unterstützungsfrage für den Antrag Demmler habe im unteren Theile des Saales Niemand gewußt, um was es sich handle. Auch Hänsler-Mannheim erhebt diese Klage; es sei wohl ein Irrthum untergelaufen, sonst hätte dieser so nothwendige Antrag wohl die Unterstützung gefunden.

Vorsitzender Kloß erklärt sich bereit, den Antrag Demmler nochmals zur Unterstützung zu stellen.

Die große Mehrheit entscheidet wiederum gegen die Verhandlung des Antrages.

Es wird hiernach zu den

Anträgen bezüglich der Presse

übergegangen.

Antrag 1

Die Parteigenossen in Zwickau beantragen: Zur Gründung jedes neuen Partei-Organs ist die Genehmigung der Parteileitung erforderlich. Alle anderen Beschlüsse einzelner Landesversammlungen sind dadurch aufgehoben.

Schmidt-Zwickau: Wir haben in Zwickau nach dem Erlöschen des Ausnahmegesetzes ein eigenes Blatt gründen wollen; da wurde auf der Landesversammlung in Chemnitz der Beschluß gefaßt, jede neue Gründung eines Parteiorgans bedürfe zunächst der Genehmigung der Landtagsfraktion. Die leichtfertige Gründung von Zeitungen müsse verhindert werden. Wir wollen das auch, aber für uns handelt es sich darum, daß das Blatt, welches jetzt in Chemnitz erscheint, lebensfähiger würde, wenn es in Zwickau erschiene. In Halle ist einstimmig beschlossen worden, nicht die Reichstagsfraktion mit der Parteileitung zu betrauen, sondern letztere aus der Mitte des Parteitages wählen zu lassen. Soll also eine Zeitungsgründung erst einer Prüfung unterworfen werden, dann kann das höchstens durch die Parteileitung geschehen, aber nicht durch eine Landtagsfraktion.

Agster erklärt sich gegen den Antrag. Der Parteivorstand werde, wenn er zur Gründung seine Einwilligung zu geben habe, nachher auch quasi verpflichtet sein, wenn das Blatt nicht rentire, ihm materiell unter die Arme zu greifen. Daß das Blatt in Chemnitz nicht rentire, sei kein Wunder, da im Lande Sachsen 3 oder 4 täglich erscheinende Blätter sich gegenseitig Konkurrenz machten

Hoffmann-Chemnitz: Die Annahme des erwähnten Antrages in Chemnitz hatte ihren guten Grund. Die Zeitungen haben zu thun, sich über Wasser zu halten. In Halle sagte Auer: Unterstützt in erster Linie die bestehenden Parteiblätter, gründet nicht neue! Wir hatten nicht weniger wie 160 Genossen, welche an Blättern thätig waren und schließlich zum Theil elend in's Unglück geriethen, als die Blätter sich nicht mehr halten und die Partei unter dem Sozialistengesetz nicht dafür aufkommen konnte. Dieses Gründungsfieber sollte nicht wieder losgehen. Geben Sie dem Parteivorstand die Befugniß, dann machen Sie nur gleich auch den Geldsäckel viel größer.

Singer: Was uns hier beschäftigt, ist die Stellung der Gesammtpartei zur Presse. Bei Annahme dieses Antrages müßte vom Parteivorstand die moralische Verantwortung bei event. finanzieller Unterstützung übernommen werden. Es ist jedoch nicht angebracht, der Parteileitung die Entscheidung über Verhältnisse zu

übertragen, welche sie nicht kennt und nicht kennen kann. Der Vorstand wäre in allen solchen Fällen angewiesen auf die Auskünfte der Genossen des Ortes oder Landstrichs, wo die Gründung vorgenommen werden soll. Diese Genossen sind aber bei der Gründungsfrage interessirt. Ueber solche Fragen müssen große Versammlungen und große Kreise der Genossen entscheiden, die schließlich, wenn sie die Gründung beschließen, auch verpflichtet sind, für die finanzielle Sicherstellung, wie für die Verbreitung des Organs zu sorgen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Gießmann-Breslau-Ost: Auch wir haben speziell bei uns in Schlesien ein reines Gründungsfieber erlebt. Es gründete sich der „Proletarier im Eulengebirge"; vorher war schon durch Bruno Geiser die „Wahrheit" ins Leben gerufen. Wir haben die „Wahrheit" in schwerem Kampf niedergemacht.

Ein Schlußantrag von Röhrle wird angenommen. Im Schlußwort bemerkt

Schmidt-Zwickau: Wir hätten den Antrag nicht gestellt, wenn nicht Bebel und Liebknecht erklärt hätten, es sei Pflicht des Parteivorstandes, gegen solche Gründungen aufzutreten und dagegen zu wirken.

Bebel (zur Richtigstellung): Die Auffassung des Vorredners wegen unserer Erklärung auf der Landesversammlung ist vollständig falsch. Ich speziell habe damals in längerer Rede die Gründe angeführt, welche Vorsicht gebieten. Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß man dem Parteivorstand oder einer anderen Instanz die Verantwortung für die Gründung von Blättern überweist: in solche Dinge hat sich, darin stimme ich ganz mit Singer überein, kein Parteivorstand zu mischen.

Der Antrag Zwickau wird abgelehnt.

Antrag 2

> Die Genossen in Dortmund, Lüdenscheid, Württemberg, Berlin I und Leipzig beantragen: „Das Parteiprogramm soll, mit einem kurzen parteigeschichtlichen Ueberblick, sowie mit allgemein verständlichen Erläuterungen des Programms versehen, gedruckt und zum Zwecke der Massenverbreitung als Agitationsschrift zum Betrage der Herstellungskosten abgegeben werden.

Taeterow-Berlin I.: Viel wichtiger als die Anträge auf Verbreitung von Flugschriften und sonstigem Agitationsmaterial ist dieser Antrag. Das Programm zu verstehen ist schwer, noch schwerer, es richtig auszulegen. Daher dürfte sich unser Antrag wohl zur Annahme und Ausführung empfehlen. Die Gewichtigkeit der Organisation ist auch nicht genügend begriffen worden. Daher würde sich nicht blos ein parteigeschichtlicher Ueberblick, wie er im Antrage gewünscht wird, sondern auch eine spezielle Beleuchtung der Organisation empfehlen.

Trilse-Leipzig: Es ist eine bekannte traurige Thatsache, daß 80% der Arbeiterbevölkerung wohl dem Namen nach mit der Sozialdemokratie bekannt sind, jedoch nicht mit deren Prinzipien, und es wäre daher unsere Pflicht, daß wir hauptsächlich der Landbevölkerung gegenüber Broschüren herausgeben, welche unser mit Erläuterungen versehenes Programm enthalten.

Tölcke-Dortmund beantragt zur Geschäftsordnung die Zurückstellung der Verhandlung des Antrages bis zur Beendigung der Berathungen der Programmkommission.

Nach einer Erklärung Singers wird der Geschäftsordnungsantrag Tölcke zurückgezogen und der Antrag Dortmund-Berlin I. mit großer Majorität angenommen.

Antrag 3.

Die Genossen des I. Berliner Wahlkreises beantragen:

„Um dem Einwande zu begegnen, die Berliner Genossen hätten keinen Einfluß auf unser Organ; um weiter den auswärtigen Genossen den für sie interesselosen Inhalt des Organs, als die Lokallisten, Sprechsaal-Notizen, einen großen Theil der Geschäfts- und Vereinsannonzen, Berichte u. s. w. zu ersparen, wird der Vorstand beauftragt, wenn möglich eine Theilung des Zentralorgans „Vorwärts" zu bewirken, dergestalt, daß der erste Theil das eigentliche Zentralorgan bildet, wogegen der andere Theil die Berliner Parteipresse darstellt. Das Zentralorgan bleibt unter der Kontrolle des Parteivorstandes, der andere Theil unter dem Einfluß der Berliner Genossen."

Metzner-Berlin I. begründet in kurzer, präziser Form den Antrag und erklärt, derselbe sei auch nicht so gedacht, als müsse er in allen seinen Theilen ganz so, wie er dasteht, zur Annahme gelangen, denn er besagt ausdrücklich: „wenn möglich." Greifen technische Bedenken Platz, so kann man den Antrag ruhig ändern.

Bebel: Der erste Theil des Antrages ist in der vorgeschlagenen Form unannehmbar. Ich verstehe nicht, wie die Genossen glauben können, daß ein auswärtiger Genosse, der auf den „Vorwärts" abonnirt, nicht wünscht, auch die übrigen Nachrichten des „Vorwärts" zu erhalten. Die Kenntniß der Vorgänge in einer Stadt wie Berlin, wo die Parteibewegung eine so große Rolle spielt, muß doch prinzipiell für die Genossen von besonderem Interesse sein. Hat nicht Jeder ein Interesse, sich z. B. über die Vorgänge der letzten Zeit aus erster Quelle Aufklärung zu verschaffen? Was die Kontrolle der Berliner Genossen über den lokalen Theil des „Vorwärts" betrifft, so hat Auer schon erklärt, daß der Vorstand, wenigstens der jetzige, gegen diesen Antrag absolut nichts einzuwenden hat. Ich schlage daher vor: Der Parteitag wolle denjenigen Theil des Berliner Antrages, welcher sich auf die Theilung des „Vorwärts" bezieht, ablehnen und beschließen: Der Parteitag erklärt sich damit

einverstanden, daß die Berliner Genossen eine Kommission von 9 Mitgliedern wählen, welche in Gemeinschaft mit dem Parteivorstande die Kontrolle des lokalen Theils des „Vorwärts" zu übernehmen haben.

Dieser Antrag wird angenommen, nachdem Metzner den Berliner Antrag zurückgezogen hat.

Die Genossen des I. Berliner Wahlkreises beantragen ferner:

„Der Parteitag möge sich dahin erklären, daß die Organe der Partei angehalten werden, Annonzen von schwindelhaften Abzahlungs-Geschäften, Leihhaus-Ausverkäufen u. s. w. keine Aufnahme zu gewähren; besonders aber dann die Aufnahme zu verweigern, wenn die einzelnen Gewerkschaften, deren Interessen hierdurch geschädigt werden, bei der Preßkommission, welcher das betreffende Blatt unterstellt ist, dagegen Einspruch erheben."

Metzner als Antragsteller erkennt an, daß der Antrag nicht leicht ausführbar sei; glaubt aber, daß man zu den Redaktionen und Expeditionen der Parteiblätter das Vertrauen haben dürfe, daß sie schwindelhafte Annonzen zurückweisen würden, sobald sie davon Kenntniß hätten.

Neweczerzal-Mülhausen i. E. empfiehlt, es so zu machen, wie in der „Elsaß-Lothringischen Volkszeitung", welche an der Spitze der Annoncen die Notiz bringt: „Für die Reellität der Annoncen dem Publikum gegenüber übernehmen wir keine Verantwortung." — Redner beantragt, nur den zweiten Theil des Antrages anzunehmen.

Slomke-Bielefeld verweist auf frühere Parteitage, speziell auf den Haller Parteitag, welche ähnliche Anträge bereits angenommen haben. Trotzdem ständen nach wie vor im „Vorwärts" großartige Lotterieannoncen und Gewinnlisten, wodurch dem Lotterieschwindel Vorschub geleistet werde. Die Parteiblätter können ohne die Lotterieannoncen auch existiren.

Inzwischen ist ein Amendement eingegangen, auch die Aufnahme unsittlicher Annoncen zu verbieten.

Bebel: Dieses Amendement wünscht etwas Selbstverständliches und ist dasselbe überflüssig. Was den Antrag selbst betrifft, so war unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes eine solche Kontrolle vielleicht nothwendig; aber heute besteht wohl kaum ein Organ, auf dessen Verwaltung und Handhabung die Genossen nicht einen Einfluß haben. — Haben wir doch so viel Vertrauen, daß die Genossen selber wissen, was sie dem Parteiinteresse schuldig sind! Müssen wir denn überall bevormundende Vorschriften in's Detail geben? Wenn wir bezüglich der unsittlichen Annoncen eine Vorschrift geben, so könnten wir auch verbieten, daß Jemand Gebetbücher empfiehlt; man müßte alle literarischen Erzeugnisse verbieten, die den Genossen nicht nützlich sind, u. s. w. Ich wünschte, daß die

Genossen nicht in erster Linie ihrem Triebe folgen, überhaupt einmal einen Antrag zu stellen, um darüber eine Rede zu halten, sondern sich fragen: ist dieser Antrag der Mühe werth, um den Parteitag damit zu beschäftigen? (Sehr richtig!) Der vorliegende Antrag ist absolut unannehmbar. — Warum sollen die Annoncen über Leihhaus-Ausverkäufe verboten werden? Ich bedauere, daß die heutige Gesellschaftsordnung es nothwendig macht, daß diese Institute mehr und mehr wie die Pilze emporwachsen und daß gerade die Armuth ihre besten Sachen dahin tragen muß, aber, wenn man verböte, die Pfänder zu verauktioniren, dann würden überhaupt keine Leihhäuser existiren.

Grothe-Halle: Wenn der vorliegende Antrag angenommen wird, dann ziehen wir der Provinzialpresse die Schlinge um den Hals. Was ein schwindelhaftes und was ein reelles Abzahlungsgeschäft ist, kann der Parteitag nicht unterscheiden. Ich mache selbst Abzahlungsgeschäfte durch ein Möbelmagazin und habe große Kopfschmerzen damit. Nicht jedes Abzahlungsgeschäft ist ein Schwindel. Man würde thatsächlich durch die Inhibirung solcher Abzahlungsgeschäfte dazu übergehen, sich auf den Standpunkt des Professors Birnbaum in Leipzig zu stellen, der sagte, der Arbeiter soll überhaupt nicht heirathen, ehe er das nöthige Geld hat und 30, 40 Jahre alt ist.

Die Diskussion wird geschlossen. Das Schlußwort erhält

Metzner: Die Auktionen, die in Leihhäusern stattfinden und von denen Bebel sprach, kommen hier garnicht in Betracht. Es handelt sich nur um die schwindelhaften Leihhaus-Ausverkäufe und Abzahlungsgeschäfte. Wenn wirklich einzelne unserer Blätter durch solche schwindelhafte Annoncen ihr Leben fristen, dann ist es besser, sie gehen zu Grunde!

Der Antrag und das Amendement werden mit großer Majorität abgelehnt.

Antrag 4.

Koppe-Rixdorf beantragt: „a) Das Abonnement des „Vorwärts" pro Quartal auf 3 M. festzusetzen; b) die Versammlungsanzeigen für Arbeiterversammlungen (politische und gewerkschaftliche) um 50 pCt. zu verbilligen."

Antrag 5.

Die Genossen in Tuttlingen: „Das Partei-Organ „Vorwärts" (Berliner Volksblatt) soll vom 1. Januar 1892 ab abermals eine Ermäßigung des Abonnementspreises erfahren."

Beide Anträge werden gemeinsam verhandelt.

Agster-Stuttgart: Die Tuttlinger haben diesen Antrag nur gestellt, um überhaupt einen Antrag zu stellen.

Bebel: Der Antrag Koppe sub b) ist insofern erledigt, als bereits seit einem Jahre die Versammlungsanzeigen um 50 pCt.

verbilligt sind. Was nun die Reduktion des Abonnementspreises des „Vorwärts" anbetrifft, so ist zu bedenken, daß bereits im vorigen Jahre das Monatsabonnement in Berlin von Mark 1,35 auf Mark 1,10 und das Postabonnement von Mark 4 pro Quartal auf Mark 3,30 herabgesetzt wurde. Nun sollen wieder 30 Pfennige gestrichen werden. Das macht bei 35 000 Abonnenten rund 12 000 Mark. Der Ueberschuß des Blattes beträgt 38 000 Mark im letzten Jahre. Man würde also mit einem Schlage den ganzen Ueberschuß streichen. Ich will nicht streiten, ob der Ueberschuß so hoch, wie er da ist, gerade nothwendig für die Partei ist, aber jedenfalls brauchen wir angesichts der immer größer werdenden Anforderungen an die Partei immer mehr Ueberschüsse. Unser Kassenabschluß ist zwar außerordentlich günstig, aber sobald nur eine einzige allgemeine Wahl kommt, fliegen die Hunderttausende aus der Kasse heraus. Dazu kommen die gesteigerten Preßanforderungen aus ganz Deutschland. Also die kleine Preisermäßigung nützt den Genossen nicht viel, aber der Parteikasse schadet sie ungemein. Die Ueberschüsse hängen gar nicht vom Abonnement ab, sie kommen blos aus den Annoncen. Wir haben 64 000 Mark für Annoncen eingenommen, und 38 000 Mark ist der Ueberschuß gewesen. Wer den „Vorwärts" im letzten Jahre verfolgt hat, wird gefunden haben, daß das Material, der Umfang des Blattes allmählich ein bedeutend größerer geworden ist gegen früher. Wir sind oft genöthigt, Extrabeilagen zu machen. Die Berichterstattung über den Parteitag kostet uns wieder einige tausend Mark, die wir um jeden Preis anwenden müssen, damit ein prompter, rascher Bericht möglich ist. Der „Vorwärts" ist das einzige Blatt, welches am nächsten Morgen die Kongreßverhandlungen des vorhergehenden Tages bis zum Abend bringen kann. Ferner hat der Parteivorstand beschlossen, daß vom 1. Januar k. J. ab ein allgemeines illustrirtes Unterhaltungsblatt herausgegeben werden soll, welches den Blättern zu einem bestimmten Preise beigelegt werden soll. Wir haben beschlossen, dem neuen Blatt den Namen „Neue Welt" zu geben. (Bravo!) Es wird von Neujahr ab in Hamburg erscheinen und von unserem Genossen Kurt Baake redigirt werden. In erster Linie ist aber doch der „Vorwärts" verpflichtet, dieses Blatt beizugeben, und das verursacht wieder ein paar tausend Mark mehr Kosten. Sollten wir wirklich einmal in eine so günstige Lage kommen, daß wir den Abonnementspreis herabsetzen können, dann wird die betreffende Parteileitung gerade so wenig davon Abstand nehmen, wie früher. Außerdem kann der Parteitag das jeden Augenblick beschließen. Heute aber ist dazu die Zeit noch nicht. Ich bitte Sie deshalb, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Die Anträge Koppe und Tuttlingen werden abgelehnt.

Antrag 6.

Die Dortmunder Delegirten beantragen:

a) „Der Parteitag wolle beschließen, daß es Pflicht eines jeden Parteiblattes ist, einem jeden anderen Parteiblatt ein Pflichtexemplar gratis zu überweisen.

b) Der Parteitag wolle beschließen, daß der „Vorwärts“ jedem Parteiblatt zwei Pflichtexemplare überweist und zwar eins zur Verwendung bei Herstellung der Partei-Organe und eins zum Einreihen in die Bibliothek der Redaktion.

c) Der Parteitag wolle beschließen, daß der Redaktion eines jeden Parteiblatts seitens der Parteileitung eine Handbibliothek gratis zur Verfügung gestellt wird und zwar derart, daß diese Handbibliothek Eigenthum der Partei bleibt und im Falle Eingehens eines Parteiblatts an die Parteileitung zurückzuliefern ist.“

Tölcke hat den speziellen Auftrag, diesen Antrag zu begründen, obwohl er persönlich nicht mit allen Forderungen einverstanden ist. Die Forderung sub a werde jetzt schon fast überall erfüllt, die sub b sei vollständig gerechtfertigt und nur die Forderung sub c bedenklich. Die Dortmunder Genossen haben geltend gemacht, daß nicht alle Blätter einen ausgezeichneten Redakteur halten können. Für diese Blätter solle dem Redakteur eine Handbibliothek zur Verfügung gestellt werden und zwar gratis, weil solche jungen Blätter finanziell noch nicht kräftig genug seien.

Agster und Bebel erklären sich gegen den Antrag. Der Letztere wendet sich namentlich gegen den Antrag sub b., der schon aus posttechnischen Gründen mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der Ueberweisung nicht durchführbar sei. Dasselbe gelte auch von dem Antrag sub c. Jeder Redakteur werde die verschiedensten Ansprüche machen, und wer solle da entscheiden? Ganz davon zu schweigen, wie es mit dem „Eigenthum der Partei“ werden würde. (Heiterkeit.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Mit Rücksicht auf den heute Abend stattfindenden Kommers wird nunmehr die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf Montag früh 9 Uhr anberaumt.

Schluß 5¾ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Montag, den 19. Oktober.

Vormittagssitzung.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Wieder sind zahlreiche Zuschriften und Telegramme an den Parteitag gelangt, deren Absender bekannt gegeben werden.

Vorsitzender Singer: Es liegen ferner 2 Depeschen und mehrere Briefe vor, in denen einzelne Personen sich mit der Opposition einverstanden erklären. Ferner eine Depesche mit einer Unterschrift aus Teltow, worin erklärt wird, daß die Genossen dort sich mit dem Flugblatt solidarisch erklären. Um nicht den Schein zu erwecken, als ob von hier aus die Meinungsäußerung innerhalb der Partei irgendwie unterdrückt würde, habe ich heute noch diese Mittheilungen gemacht; der Parteitag kann sich aber nicht darauf einlassen, Zuschriften einzelner Leute, von denen man nicht einmal weiß, ob und von wem sie autorisirt sind, zur Verlesung zu bringen. Mit dieser Art von Mittheilungen werde ich also jetzt aufhören, wenn der Parteitag damit einverstanden ist. (Zustimmung.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt

Jacobey, daß der von ihm bei der Berathung des Punktes 1 als aus dem Wahlverein des VI. Berliner Kreises neben Schwabe ausgeschlossen erwähnte bisherige Genosse nicht Litfin ist, wie die ganze Presse berichte, sondern der in Moabit wohnhafte Löpke.

Vorsitzender Singer: Es ist uns noch eine Mittheilung zugegangen von der Preßkommission, welche zur Ueberwachung der „Volkstribüne" in Berlin besteht. Die Herren schreiben, daß sie, veranlaßt durch die Mittheilung Grillenberger's, der behauptet haben soll, daß das bekannte Flugblatt von der Expedition der „Volkstribüne" und mit der „Volkstribüne" versandt worden ist, eine Untersuchung angestellt haben, aus der sich ergiebt, daß der Expedient des Blattes behauptet, aus eigener Initiative keine Flugblätter verschickt zu haben; dagegen könne selbstverständlich nicht in Betracht kommen, wenn der Betreffende auf Wunsch von Genossen diesen einige Exemplare zusandte, und zum Beweise dafür, daß an die Expedition sowohl aus dem Auslande, wie aus dem Inlande der Wunsch um Uebersendung einiger Exemplare ausgesprochen ist, fügt die Preßkommission 3 Postkarten mit solchen Bestellungen bei.

Hierauf wird die Erörterung der Punkte 3a. und 3b. „Die parlamentarische Thätigkeit und die Taktik der Partei" fortgesetzt.

Herbert-Stettin: Wir haben mehr Grund, uns mit Vollmar zu beschäftigen, als mit der Opposition, wie es die meisten Redner bisher gethan haben. Vollmar spricht vom Herrschen eines neuen Kurses. Wir in Pommern merken nichts davon, wir haben im Gegentheil Herrn von Puttkamer erhalten. Im Lande herrschen die alten Behörden, die alten Staatsanwälte, und andererseits wird der Kampf zwischen der Bourgeoisie und uns immer erbitterter. Die Frage der Taktik ist nicht allein nach den im Lande errungenen Erfolgen, sondern auch nach der Reinheit des Prinzips zu beurtheilen. Wir müssen Stellung nehmen, um Allen, die Vollmar

ganz oder halb zugestimmt haben, zu erklären, daß der Parteitag diesen Weg nicht beschritten wissen will. Würden wir den Standpunkt Vollmar's einnehmen, dann hätte die Opposition mit ihrer Behauptung recht, daß wir zu einer kleinbürgerlichen Reformpartei herabgesunken sind. Es muß ein Antrag angenommen werden, welcher die Taktik festlegt und erklärt, daß wir weder nach links, noch nach rechts gehen.

Der Antrag Riesop wird zurückgezogen.

Schmid-München: Die Münchener Delegation hat zu der schwebenden Frage eine Erklärung abzugeben. Zunächst haben wir uns entschieden gegen den Vorwurf der Berliner Opposition zu verwahren, als wäre die Partei in München korrumpirt oder nur eine Hurrahkanaille. Aber auch aus anderen Parteikreisen ist den Münchenern der Vorwurf gekommen, als ob sie nicht strikt genug gehandelt, den Sinn der Rede Vollmar's nicht erfaßt hätten, da sie sonst nicht Bravo rufen konnten u. s. w. Vollmar hat in Südbayern für die Partei sehr viel geleistet, übt auf die Versammlungen durch seine Reden sehr großen Einfluß, so daß wohl erklärlich, warum nicht in jener Versammlung ihm gleich Jemand entgegengetreten ist. Aber die Münchener ganze Parteigenossenschaft war auch nicht völlig mit Vollmar einverstanden. Das können Sie aus der Erklärung ersehen, welche von 60—70 Parteigenossen beschlossen und veröffentlicht worden ist. Ungern haben wir das gethan, aber wir waren dazu gezwungen durch die aus Bosheit oder Dummheit auf unsere Parteithätigkeit gerichteten Angriffe. Allein vernünftiger und taktisch richtiger war es, die Sache nicht in großen Versammlungen breit zu treten, sondern sie an die Instanz zu verweisen, wo einzig Beschluß gefaßt werden kann, und das war nach unserer Ansicht der Parteitag. (Sehr richtig!) Vollmar hat in einer Besprechung, bevor wir hierher gegangen sind, zugesagt, daß er hier lediglich seine persönliche Ansicht vertreten würde, trotzdem er sich auf die Zustimmung einer großen Versammlung stützen konnte. Das darf nicht außer Betracht gelassen werden. Deswegen erwarten wir von ihm, daß er, wie es Pflicht jedes einzelnen Parteigenossen ist, sich den Beschlüssen und Maßnahmen des Parteitages fügen wird.

Ebenso kann ich Namens der Münchener Delegirten die Versicherung aussprechen, daß die Münchener Parteigenossen, gleichviel um welche Personen es sich handelt, so arbeiten werden, wie die Taktik vom Parteitage geregelt werden wird. Hören Sie die Erklärungen Vollmar's ruhig und sachlich an, lassen Sie sich nicht bestimmen durch Sympathien oder Antipathien, sondern handeln Sie, wie Sie handeln müssen. Vollmar hat zugestanden, daß er die Resolution Bebel unterschreibt. Offen müssen wir unser Bedauern aussprechen, daß der Antrag Oertel in dieser Form eingereicht worden ist. (Sehr richtig!)

Metzner: In Angelegenheiten der Berliner Opposition ein Urtheil auszusprechen, halte ich mich für verpflichtet, um einige Klarheit über das am Sonnabend hier Gesagte zu geben. Wildberger sagte am Sonnabend, die Liebknecht'sche Broschüre von 1869 sei wesentlich die Veranlassung seines oppositionellen Auftretens gewesen. Das ist unrichtig. Die Opposition ist nicht erst in Folge der Broschüre gemacht worden, denn sonst hätte sie ja viel früher eintreten müssen. Auf Grund der Broschüre hätte auch ihr Verhalten in der Wahlperiode ein anderes sein müssen, sie hätten sich nicht um Mandate bewerben, sondern jedes Mandat ablehnen müssen.

Lütjens-Hamburg I.: Es sind wohl nur Wenige hier, welche den Standpunkt Vollmar's theilen, ich glaube gar keine. Wir Hamburger stellen uns wohl alle auf Seiten der Resolution Bebel's, sind aber ganz entschieden gegen den Antrag Oertel. Was dieser Zusatzantrag besagen soll, finden wir in der Resolution schon voll und ganz ausgedrückt, dort, wo von strenger Disziplin und strafferem Zusammenhang unter den einzelnen Genossen die Rede ist.

Bis jetzt ist man auf Bebel's Aeußerungen über die Gewerkschaften noch nicht eingegangen. Er erwähnte, daß er in einem größeren Orte, muthmaßlich Hamburg, Genossen als Gegner der Gewerkschaften gefunden hat. Prinzipielle Gegner der Gewerkschaften giebt es unter den Hamburger Genossen nicht, nur gegen gewisse Ueberschwänglichkeiten und zu optimistische Anschauungen machen verschiedene Front. Und sie stützen sich dabei auf die Erfahrungen, welche sie erst wieder in jüngster Zeit gemacht haben, z. B. bei dem großen Tabakarbeiterstreik, der 450 000 Mark Streikgelder verschlang, und die von den Einzelnen persönlich gebrachten Opfer und erlittenen Schädigungen betragen noch mehr! Wer aber bringt alle diese Gelder auf? Die Indifferenten? Nein, immer sinds die Genossen in erster Linie, die dann auch wieder hauptsächlich die Folgen zu tragen haben, während die Indifferenten sich einfach zurückziehen. Wie gegen diese allzu rosigen Hoffnungen im Gewerkschaftswesen, so treten diese Genossen auch gegen den geradezu fieberhaften Eifer und die übertriebenen Erwartungen auf, womit jetzt gerade bei uns in Hamburg von Einzelnen die Genossenschafts-Idee in den Vordergrund gestellt wird, in einem Augenblick, wo der bezügliche Passus unter allgemeiner Zustimmung aus dem Parteiprogramm gestrichen wird.

Heine-Halberstadt wendet sich gegen Werner's Angriffe wegen seines Antrags auf Beseitigung der Zuckersteuer und weist Auerbach's Behauptungen wegen der Flugblätter mit dem Hinweise zurück, daß es in Calbe sich um den freisinnigen Munckel, in Magdeburg aber um Büchtemann gehandelt habe. Aber ernster sei die Frage Vollmar zu nehmen. Vollmar will immer seine eigene Wurst gebraten haben. Er ist der einzige gewesen, welcher

mit der Magdeburger Opposition dem St. Gallener Beschluß, bezüglich der Doppelkandidaturen, sich widersetzt hat; die Herren, welche stets über Vergewaltigung klagen, haben ihn in Magdeburg aufgestellt, trotzdem er in München schon aufgestellt war. Bei Beurtheilung der Stellungnahme Vollmar's müssen wir auch in Betracht ziehen, wie diese in den Landraths- und den kleinen Provinzialblättern dargestellt wurde. Was ich vermißt habe, war eine ganz einfache und kurze Erklärung von Vollmar, zu welcher er diesem Auftreten der Reptilien- und Landrathsblätter gegenüber verpflichtet war. Da hieß es immer: Vollmar vertritt die nationale Sozialdemokratie, gegenüber der internationalen von Bebel und Singer. In einem Blatte stand sogar folgender Satz: Wenn der nächste Parteitag Vollmar ausschließen sollte, dann möge er die Thür nur recht weit aufmachen, denn $^2/_3$ der deutschen Sozialdemokraten werden wissen, was sie zu thun haben, sich nämlich zu vereinigen mit Herrn v. Vollmar zu einer nationalen Sozialdemokratie. (v. Vollmar: Wo steht das?) In Provinzial- und Landrathsblättern, z. B. im „Schönebecker Tageblatt" (Lachen bei der Opposition, Zurufe), in einer Elbinger Zeitung u. s. w. Wir müssen die Resolution Bebel mit dem Zusatz Oertel annehmen, und da bedauerlicherweise verschiedene Anwesende gegen den Zusatz Oertel stimmen werden, beantrage ich namentliche Abstimmung.

Ein von Dreesbach gestellter und von Bebel bekämpfter Schlußantrag wird abgelehnt.

Fischer-Berlin: Ich kann nicht begreifen, wie man in der Weise, wie es z. B. von den Hamburger Delegirten geschehen, gegen den Antrag Oertel Stellung nehmen kann. Was will denn der Antrag Oertel? Sie kennen die Resolution Bebel; Vollmar hat erklärt, sie zu akzeptiren, aber er komme zu diesem Endresultate aus ganz anderen Gründen als Bebel, d. h. er legt in die Resolution etwas hinein, was nicht darin steht und nicht darin stehen soll. Nun beantragt Oertel zu dem Passus der Resolution, welcher lautet: „Der Parteitag verlangt von den Vertretern der Partei, daß sie fest und entschieden im Sinne des Parteiprogramms wirken und, ohne auf die Erlangung von Konzessionen seitens der herrschenden Klassen zu verzichten, immer das ganze und letzte Ziel im Auge haben", den Zusatz, daß der Parteitag ausdrücklich erklärt, er theile hierbei nicht den von Vollmar in seinen beiden Münchener Reden vertretenen Standpunkt in Bezug auf die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie und die neue Taktik. Weiter besagt der Antrag nichts. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die ganze gegnerische Presse aus diesen beiden Reden geschlossen hat, daß nunmehr eine vollständige Frontveränderung der Partei die nothwendige Folge sei, daß die Partei eine neue Taktik einzuschlagen, ihre ganze Kraft auf die 5 Punkte: Arbeiterschutz, Vereinsrecht, Neutralität der Staats-

gewalt im Lohnkampf, Verbot der Kartelle und Ringe und Aufhebung der Lebensmittelzölle zu werfen habe; wenn man weiter erwägt, daß während der ganzen, monatelangen Debatten, die in der Parteipresse, in Versammlungen und in der gegnerischen Presse gepflogen wurden, Vollmar niemals die Gelegenheit ergriffen hat, zu sagen, daß die Schlußfolgerungen der gegnerischen Presse falsch seien, sondern sie als Konsequenzen zugestanden hat, dann, meine ich, sei es angesichts all' dieser Umstände Pflicht des Parteitages, sich zu erklären, ob er diese Anschauungen theilt oder nicht. Das ist viel wichtiger, als die ganze Diskussion mit der Opposition. Wenn wir Vollmar's Standpunkt anerkennen, dann haben wir aus unserem Programm sofort die Worte „Sozialdemokratische Partei" zu streichen und dafür zu schreiben: „Programm der deutschen Arbeiterpartei". (Vielfache Zustimmung.) — „Die letzten Ziele nicht aus dem Auge lassen", das kann immer nur in dem Sinne verstanden werden, wie es in St. Gallen und voriges Jahr in Halle auf Oertel's und meinen Antrag beschlossen ist. Die Tendenz der Vollmar'schen Taktik ist, diese 5 Punkte, welche er als die „nächsten Aufgaben" hinstellt, um ihrer selbst willen zu erstreben; wir aber erklären: alle diese Reformen, welche wir verlangen, verlangen wir blos in der Voraussetzung, die Stellung der Arbeiter für die Eroberung der Endziele der Partei zu stärken, sie sind für uns blos Mittel zum Zweck; nach Vollmar aber erscheinen sie als Selbstzweck, als die Hauptsache für die Partei. — Vollmar sagt zwar, er habe unsere Endziele nie verleugnet; gut, er sagt aber auch, es sei nicht unsere Aufgabe, die in gewisser nebelhafter Ferne liegenden Ziele hauptsächlich zu betonen. Das ist ein Standpunkt, der einigermaßen weitergezogen, auch von Bennigsen getheilt wird. (Sehr wahr!) Der hat bei der Berathung des Sozialistengesetzes ausdrücklich erklärt, ob in fernerer Zukunft die Gütervertheilung u. s. w. geändert würde, das sei eine Frage der Zukunft, welche man bejahen könne, ohne sich für die Gegenwart zu verpflichten; er meinte sogar, die gegenwärtige Produktionsweise treibe dahin. — Die Konsequenz der Vollmar'schen Anschauung ist weiter die Verlegung des Schwergewichts der Parteithätigkeit in das Parlament, statt in die Agitation unter dem Volke. Eine weitere Konsequenz ist, daß der Partei die Kontrolle über die parlamentarische Vertretung entzogen und den Wählern der einzelnen Kreise überantwortet wird. Nicht mehr die Partei schreibt dann die Haltung der Abgeordneten vor, sondern der Abgeordnete legt den Wählern sein Arbeitsprogramm vor und verpflichtet sich durch die Wahl darauf. Dann haben wir nicht mehr die Herrschaft der Partei, sondern die Abgeordnetendiktatur, die Abgeordnetenunverantwortlichkeit. Weil dies die Konsequenzen der Vollmar'schen Auffassung sind, darum halte ich für durchaus nothwendig, daß der Parteitag, entsprechend

dem Antrage Oertel, erklärt, er theile diese Auffassung nicht. Das ist eine klare Stellungnahme, frei von jeder persönlichen Spitze, und ich verstehe nicht, wie man es sich verhehlen kann, daß das die elementarste Pflicht des Parteitages ist. Was nützen alle schönen Programme, wenn nicht von vornherein konstatirt wird, in welchem Geiste das Programm den Massen gegenüber vertreten werden soll? Der Parteitag muß unzweideutig Stellung nehmen; entweder hält er den Beschluß von St. Gallen fest, oder er akzeptirt die Taktik Vollmar's, die, er mag wollen oder nicht, zu einer Theilung des Programms führt, die ganze Kraft der Partei auf jene 5, nach unserer Auffassung im Verhältniß zu den Endzielen nebensächlichen Forderungen konzentriren will.

Wir sind eine Partei, die keine Politik der freien Hand kennt. Wenn der Parteitag gesprochen hat, muß jeder Parteigenosse ausführen, was beschlossen ist. Innerhalb der Partei freie Diskussion, nach außen hin, den Gegnern gegenüber, ist Jeder verpflichtet, diejenige Haltung einzunehmen und zu propagiren, welche der Parteitag festgesetzt hat. Die von den Münchener Delegirten berührte Frage, daß Vollmar bereits erklärt hat, sich zu fügen, gehört garnicht in die Diskussion. Diese Seite der Angelegenheit Vollmar ist undiskutirbar, weil selbstverständlich. Wohin kämen wir denn, wenn ein Parteigenosse gegen den Parteitagsbeschluß erklären wollte, er behalte sich freie Hand vor; wenn ein Abgeordneter gegen die Entscheidung des Parteitages an die Wähler appelliren wollte? — 1876, nach der Vereinigung, ist in Gotha der Antrag gestellt worden, die Abgeordneten hätten im Reichstage nur geschlossen abzustimmen. Bebel und Liebknecht erklärten, sich nicht zu fügen, weil sie die Komödie mit dem Diätenantrag nicht mitmachen wollten. Der Antrag wurde angenommen und Bebel und Liebknecht haben sich zu fügen gehabt. — Wenn der Parteitag in einer Frage gesprochen hat, ist diese nicht mehr zu diskutiren, sondern der Genosse hat sich zu unterwerfen. Wäre es anders, so wäre damit ganz einfach der Weg geebnet, innerhalb der Partei Boulangismus oder Parnellismus einzuführen. Nicht der Abgeordnete ist die Instanz, sondern der Parteitag! (Beifall.)

Fleischmann: Die Berliner Opposition hat ganz besonders auf die Vorgänge von 1885 in Frankfurt a. M. Bezug genommen. Da ich dazumal selbst in Frankfurt wohnte, kann ich sagen, daß die Bezugnahme der Berliner auf diese Vorkommnisse absolut unzutreffend ist. So wenig ich die damalige Opposition in Frankfurt in Schutz genommen habe, so fühle ich mich doch verpflichtet, diese Unrichtigkeit festzustellen. Die gesammte damalige Opposition bezog sich auf den prinzipiellen Standpunkt; nicht aber hat man in Frankfurt oder in dem von Wildberger zitirten Aufruf persönliche Verdächtigungen und Verleumdungen erhoben. Redner erklärt es für

Pflicht der Partei, in dieser, wie in der Frage der Taktik klare Stellung zu nehmen.

Dahlen-Halberstadt: Wildberger und Andere haben geäußert, man könne auf die Provinzialstädter und das flache Land keine Rücksicht nehmen; sie wollten damit sagen, daß sie alles durch ihre Intelligenz allein zu erobern im Stande sind. Ich habe schon oft Gelegenheit gehabt, den Maßstab an die geistige Bildung gewisser Herren aus den Großstädten legen zu können, und konstatire, daß prozentual in den Provinzialstädten ganz entschieden ebenso viel aufgeklärte Arbeiter sich finden, welche den Sozialismus selbst in seinen Endzielen begriffen haben, wie in den Städten. Es wird viel von Landagitation in den Städten gesprochen, aber wenig von Städten getrieben. Niederauer sagt, in den Großstädten sei ein anderer Boden, auf dem andere Pflanzen gedeihen. Ja, wenn es Ihnen nur darum zu thun ist, wie wollen Sie denn die Ideen des Sozialismus durchführen? Sind Sie denn in der Lage, mit dieser handvoll zu erreichen, was Sie vorgeben, auch selbst wenn sie Himmelstürmer wären? Wir wollen die Geister gewinnen, die Majorität der Bevölkerung davon überzeugen, daß es nothwendig geworden ist, die kapitalistische Produktionsform umzuändern. Auf dem vorigen Parteitag hat Werner sich zufrieden gestellt, erklärt und versprochen, sich im Rahmen der Parteiorganisation und Parteidisziplin zu bewegen. Kurz vor unserem jetzigen Parteitag ist nun die Kampfesweise eine andere geworden. Es scheint da eine Art Größenwahn hineingekommen zu sein. Einige Blätter hatten ja von Halle schon geschrieben, Werner sei gewissermaßen der Löwe des Tages gewesen, und so mögen dann gewisse Herren, welche nicht zu der gewünschten Berühmtheit gelangen konnten, sich als Krakehler aufspielen, um in der gegnerischen Presse als Löwen des Tages gefeiert zu werden. (Sehr richtig!) Hätten sie um der Sache selbst willen gekämpft, sie würden uns nicht mit so kleinlichen Sachen, mit Postkarten und dergleichen gekommen sein.

Goldstein-Dresden: Der Standpunkt, den Vollmar bezüglich der Agitation entwickelt hat, ist noch nicht genügend hervorgehoben worden. Wenn Vollmar nunmehr die nationale Seite der Demokratie vertritt, wie die Zeitungen schreiben, und wir die internationale, so kommt jene Meinung daher, daß Vollmar's Forderungen sämmtlich mehr oder weniger kleinbürgerliche sind. Mit demselben Rechte könnten wir dann auch für das Partnership-System oder dergleichen eintreten. Wir wollen das Ganze und nicht den Theil. Kritik und Entwicklung des Zieles, das ist für uns das Erste und das Letzte. Wir bedürfen des Optimismus und nicht des Pessimismus, der Erhebung und Anfeuerung, nicht der Herabdrückung und Selbstbeschränkung. Ein Agitator mit Vollmar's Programm kann draußen keine Wirkung machen. Wieviel wir erreichen, das

kommt sehr auf uns an; wenn wir uns aber selbst eine Schnur um den Leib binden, haben wir nichts zu erwarten. Die bisherige Taktik war die richtige. Zu den Trödlern wollen wir nicht gehen, aber auch nicht zu den Berliner Opponenten, die haben ja gar kein Programm. Gefährlich ist nicht der wilde, stürmende Berliner Opponent, gefährlicher ist Vollmar mit seinen Propositionen, mit denen er die Leute, die nach der Höhe streben, unten am Berge zurückhalten könnte. Lassen wir uns weder nach der „radikalen", noch nach der pessimistischen Seite verlocken! (Beifall.)

Liebknecht: Ich knüpfe an das Wort des Vorredners gegen die Stürmer an. Ich erkläre für meine Person: Wenn ich die Wahl habe zwischen Stürmern und Bremsern, dann bin ich bei den ersteren; die können jetzt nicht schaden. Und es handelt sich nicht blos um das Bremsen, sondern die Parteilokomotive soll auf ein anderes Geleise, das zu einem anderen Ziele führt, gefahren werden. Als ich zuerst sprach, war ich der Meinung, daß Vollmar rückhaltslos erklärt habe, er würde für die Resolution Bebel stimmen. Wäre dem so, dann würde ich bei meinen damaligen Ausführungen stehen bleiben und nicht mehr das Wort genommen haben. Wie ich aber heute erfahren, hat Vollmar — was ich überhört habe — erklärt, er werde zwar für den Antrag stimmen, jedoch aus anderen Motiven als denen der Verfasser, deren Standpunkt er nicht theile. Dadurch ist die Situation für mich vollständig verrückt. Ich muß etwas zurückgreifen. Nachdem Vollmar seine erste Münchener Rede gehalten hatte, tauchte in der Partei die Ansicht auf, daß er eine Art Pronunziamento gemacht habe, daß er die Partei zu einer anderen Taktik, zu einem neuen Kurse verleiten wolle. Ich selbst habe mich damals in einer Versammlung in Breslau etwas drastisch über Vollmar's Vorgehen ausgedrückt — es thut mir leid, wenn ich persönlich verletzt hätte. Genug — sobald Vollmar sich überzeugt, wie seine Rede überall verstanden worden war, wie sie im Inland und Ausland unter den Genossen den peinlichsten Eindruck hervorgebracht hatte — gab es für ihn zwei Wege; er war verflichtet entweder zu erklären: ja ich will eine neue Taktik — das war das Pronunziamento; oder er mußte sagen: Meine Rede ist mißverstanden worden, ich will keine neue Taktik, ich will kein Abweichen von den alten Bahnen. Geschah dies, dann war kein Zweifel vorhanden, dann gab es eine Frage Vollmar überhaupt nicht. (Sehr richtig!) Er hat keins von beiden gethan — und er macht auch jetzt noch Ausflüchte, er leugnet, eine neue Taktik zu befürworten, befürwortet sie aber thatsächlich, nur daß er sich dabei auf frühere Aeußerungen von uns beruft, die von ihm hintennach anders ausgelegt werden, als sie gemeint waren. Nachdem Vollmar so gehandelt und, um eine unumwundene Erklärung abzugeben, unserer Resolution nur unter Vorbehalt zu-

gestimmt hat, sind wir genöthigt zu erklären, daß die Resolution Bebel nicht mehr genügt: die Annahme des Amendements Oertel ist jetzt zu einer absoluten Nothwendigkeit für die Partei geworden. (Zustimmung.) Vollmar hat das Recht, der Partei eine andere Taktik vorzuschlagen, aber die Partei hat die Pflicht, in ihrem Lebensinteresse diese neue Taktik, welche den Ruin der Partei, ihre vollkommene Entmannung, ihre Umwandlung aus einer revolutionären und demokratischen in eine sozialistische Regierungspartei oder nationalliberale Sozialistenpartei bedeuten würde (lebhafte Zustimmung), aufs Entschiedenste zurückzuweisen. Die Person lassen wir dabei ganz aus dem Spiel. Alles persönlich Verletzende ist aus dem Antrag Oertel herausgenommen, aber in der Form, wie er jetzt besteht, ihn anzunehmen — auszusprechen, daß die Partei diese Taktik nicht einschlagen, diesen Standpunkt nicht theilen kann, dazu sind wir moralisch gezwungen, wenn wir bleiben wollen, was wir sind, eine sozialdemokratische Arbeiterpartei. Und Vollmar hat als Genosse sich zu fügen.

Um seinen Standpunkt zu vertheidigen, hat Vollmar gesagt: Ich habe ja gar keinen neuen Standpunkt eingenommen, der Bebel, der Liebknecht, der Auer haben schon früher ähnliches gesagt. Nun — herausgerissene Aeußerungen bedeuten nichts; Auer, Liebknecht, Bebel erklären, daß sie keinen anderen Standpunkt, keine andere Taktik gewollt haben, daß, wenn die betreffenden Aeußerungen auf die Goldwage gelegt, vielleicht nicht ganz scharf und korrekt waren, dies nicht dahin gedeutet werden kann, als ob wir der Partei eine andere Taktik, ein anderes Wesen hätten vorschreiben wollen. Die Stützen, auf welche sich Vollmar berufen, lassen ihn in Stich. Und gerade weil er diese Unklarheit geschaffen hat, sind wir genöthigt, scharf uns auszusprechen. Es freut mich, daß der Staub, welchen der Berliner Streit aufgewirbelt, sich gelegt hat. Jetzt ist der Kongreß in der Lage, klar zu sehen und zu begreifen, daß für die Taktik nur die eine prinzipiell wichtige Frage Vollmar vorliegt, um mir diesen Ausdruck zu erlauben. Was die Berliner über die Taktik gesagt haben, das kann Jeder sagen, ohne daß es zu prinzipiellen Bedenken Anlaß giebt. Das hat Mancher von uns schon gesagt; sie verlangen, nicht wie Vollmar, daß methodische Aenderungen eintreten sollen. Wenn wir nun erwägen, welche Wirkung Vollmar mit seiner Rede im Inlande und Auslande erzielt hat, wie sie überall so aufgefaßt wurde, als wolle die deutsche Sozialdemokratie nach dem Falle des Ausnahmegesetzes auf dem Boden der Gesetze unter Verlassen des alten Kampffeldes eine neue Taktik einschlagen, sich gewissermaßen in eine Regierungspartei umformen — wenn wir erwägen, welche Hoffnungen bei den Gegnern, welche Befürchtungen bei allen unseren Freunden erweckt wurden, wie selbst in diesen Kreis hier Verwirrung hinein-

gebracht worden ist, — dann erscheint es für die Partei doppelt nothwendig, klipp und klar zu erklären, daß sie nichts mit solchen Strebungen zu thun haben will, daß sie bleiben will, was sie ist, daß sie sich ihr Ziel nicht auf hundert oder tausend Jahre à la Bennigsen zurückschieben lassen will! Das muß ausgesprochen werden. Nicht beleidigend ist das für Vollmar; es ist seine Pflicht, diesem Beschluß sich zu unterwerfen, wie Bebel und Liebknecht sich auch den Kongreßbeschlüssen gefügt haben. Wie oft bin ich in der Fraktion unterlegen, wo es mir schwer war, mich zu fügen. Aber man fügt sich, wenn man die Partei lieb hat. Die Partei geht vor. Wenn Vollmar die Konsequenzen für sich zieht, — wohlan, wir alle ziehen auch die Konsequenzen für uns. Genug — das Wohl, die Existenz der Partei erheischt es gebieterisch, daß wir erklären: mit dieser Taktik, die Vollmar in München vorgeschlagen und hier nicht von sich gewiesen hat, haben wir nichts gemein! Im Interesse der Klarheit freue ich mich, daß der Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt ist, ich werde für ihn stimmen und hoffe, daß der Kongreß mit überwältigender Mehrheit die Resolution Oertel annehmen wird. Ginge sie nicht durch, dann hätte die Opposition recht, dann ginge ich auch zur Opposition! (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Renner=Augsburg schließt sich vollständig seinem Freunde Schmid=München mit der Bemerkung an, daß er das Amendement Oertel für eine überflüssige Formalität hält.

Wengels=Berlin IV.: Ich muß anführen, daß die Berliner Opposition hier blos Komödie gespielt und ihr wahres Gesicht nicht gezeigt hat.

Wenn z. B. Auerbach so in Berlin wie hier aufgetreten wäre, hätten wir garnicht gegen ihn aufzutreten nöthig gehabt. Wir müssen Klarheit haben, wenn wir nach Berlin kommen. Durch eine scharfe Resolution des Kongresses gegen die Opposition sind die Leute mehr geschädigt als durch den Ausschluß.

Ein von Meist gestellter, von Jöst bekämpfter Schlußantrag wird angenommen, die Debatte ist also geschlossen.

Urban=Forst ist durch den Schluß der Diskussion verhindert worden, eine Resolution zur Verlesung zu bringen, worin die Forster Genossen ihr Einverständniß mit der Haltung der Fraktion und Parteileitung erklären, bei aller Wahrung des Rechtes der freien Kritik und der freien Meinungsäußerung doch ihre Mißbilligung über das Treiben der sogenannten Berliner Opposition ausdrücken und vom Parteitage erwarten, er werde diesem Treiben „Halt" zu gebieten wissen.

Persönlich bestreitet Stadthagen Wildberger gegenüber, unter Hinweis auf seine Ausführungen im Reichstage, irgend etwas in der Helgoländer Affaire gesagt zu haben, was den Grundsätzen und der Taktik der Sozialdemokratie zuwiderliefe.

Frau Steinbach konstatirt, daß ihr durch den Schluß der Diskussion die Möglichkeit genommen sei, hier etwas anzuführen, was für die Hamburger Wähler von außerordentlicher Wichtigkeit sei. Die Sache werde wahrscheinlich ein Nachspiel hervorrufen. (Rufe: ah!)

Der Vorsitzende schlägt, um jeden Schein zu vermeiden, als wollte der Parteitag nicht mit Ruhe und Geduld alles anhören, was die Berliner Opposition anzuführen hat, nach Rücksprache mit verschiedenen Genossen vor, daß auch dem von der Opposition zu bestimmenden Redner das Schlußwort mit derselben Redezeit wie dem Referenten verstattet werden soll. Dasselbe Recht würde auch Vollmar zustehen.

Der Parteitag ist mit diesem Vorschlage einverstanden.

Molkenbuhr: Um zu beweisen, daß die Partei zu einer puren Opportunitätspartei herabgesunken sei, hat die Opposition einzelne Aeußerungen von Abgeordneten angeführt. Diese Behauptungen sind bereits widerlegt worden.

Der Haupteinwurf der Opposition richtete sich gegen unseren bekannten Antrag auf die stufenweise Einführung des Maximalarbeitstages. Man hat diesen Antrag als Verrath an der Sache hingestellt. Der Antrag bewegt sich aber durchaus im Rahmen des bisherigen Programms. Da ist wohl von einem, den wirthschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag, aber nicht von einem Achtstundentag die Rede. Wir haben ja selbst im Prinzip den Achtstundentag gefordert für alle Betriebe, die ununterbrochen oder unter Tag arbeiten, und für andere Betriebe nach einigen Jahren. Für eine ganze Reihe von Gewerben, welche jetzt 12 und mehr Stunden arbeiten, wie für die Müllerei, Bäckerei, Ziegelei, Weberei und Stickerei, für die Konfektionsbranche, für das Schuhmacher- und Schneiderhandwerk u. a. wäre der Zehnstundentag jetzt ein wesentlicher Fortschritt. Uebrigens geht unser Antrag noch über das hinaus, was in der Schweiz und in Oesterreich bereits eingeführt ist. Die Vorwürfe der Opposition sind also lediglich Behauptungen, die jeder thatsächlichen Unterlage entbehren. (Beifall.) Die Mitglieder der Fraktion haben ganz in dem Sinne gehandelt, in dem sie gewählt sind. (Erneuter Beifall.)

Auerbach: Man hat gesagt, die Berliner Opposition hat ja gar kein Programm, sie ist nicht mit bestimmt formulirten Forderungen hervorgetreten. Gewiß, die Berliner Opposition hat kein besonderes Programm, denn hätte sie eins, so würde sie sich außerhalb des Rahmens der sozialdemokratischen Partei begeben haben. Die Berliner Opposition war eben und wollte es bleiben: der Sozialdemokratie allergetreueste Opposition! (Heiterkeit.)

Hat denn etwa Vollmar ein neues Programm aufgestellt? Vollmar will die und die Punkte mehr in den Vordergrund gedrängt

wissen, wir wollen die aktuellen Forderungen nicht so sehr poussirt sehen, wir wünschen, daß die prinzipiellen Forderungen, das große Ziel immer mehr propagirt werden. Mit der von Herrn Bebel hingestellten Taktik könnte man ja bis auf manche Punkte einverstanden sein. Aber die Partei handelt nicht nach dieser Taktik. Die Partei handelt nach der Taktik, die Vollmar nicht allein erzählt, sondern auch ausgeübt hat. — Es ist uns immer vorgeworfen worden, wir hätten uns in so starken Ausdrücken bewegt. Hat man von der anderen Seite nicht auch gesagt, die Vollmar'sche Taktik führt in den Sumpf, sie ist „gefährlich", und hat man nicht aus persönlicher Humanität gegen Vollmar das „gefährlich" aus der Resolution herausgebracht? Fischer, Herr Fischer, hat dasselbe gesagt, was wir uns erlaubt haben zu sagen. — Ich frage: pflegt man, wenn eine Gefahr vorliegt, an die Glocke zu tippen oder die Sturmglocke zu läuten? Wir in Berlin haben bei der Gefahr, welche die Vollmar'sche Taktik für unsere revolutionäre Partei hat, die Sturmglocke geläutet (große Heiterkeit), und wir werden sie weiter läuten. — Wenn Liebknecht gesagt hat, daß, wenn der Parteitag sich nicht der Oertel'schen Resolution anschließen würde, er zur Berliner Opposition käme, so fürchte ich, daß er vielleicht in einem oder in zwei Jahren so weit sein wird, zur Berliner Opposition übergehen zu müssen! (Heiterkeit.)

Bei der Wahl Heine's im Kreise Calbe-Aschersleben hat man den reinen Stimmenfang getrieben. In den damals verbreiteten Flugblättern kommt von der Sozialdemokratie nicht ein Wort vor. Es wird da nur gesprochen von einer Verkürzung der Arbeitszeit, aber durchaus nicht plötzlich, nein, alles allmählich! Heine hat gesagt, Vollmar hätte es doch so leicht gehabt gegenüber dem Angriff des „Schönebecker Tageblatts" eine Erklärung abzugeben, daß er sich geirrt hätte. Nun, was hat denn Heine abgehalten, eine Erklärung abzugeben gegenüber der Erklärung des Magdeburger Polizeipräsidenten und des Polizei-Inspektors Krieter.

Von verschiedenen Seiten ist uns untergelegt worden, wir hätten gesagt, wir wollten uns nicht an die indifferenten Massen wenden, an der Agitation unter diesen Leuten liege uns nichts. Das glauben Sie ja selbst nicht. Wir würden uns ja selbst vernichten, wenn wir nicht an die Massen herantreten würden. Wir sind nur dagegen, daß die ganze Kraft auf die Gesetzgebungsmaschine gelegt wird. Diejenigen Massen, die wir nur gewinnen, indem wir unsere Endziele verschleiern, sind von keinem Vortheil für unsere Partei.

Liebknecht hat gesagt, wenn wir konsequent denken könnten, dann müßten wir einfach sagen, wir sind Anarchisten, wir wollen eine anarchistische Taktik haben. Nebenbei bemerkt, bin ich durchaus kein Freund davon, daß man sich so auf eine Broschüre stürzt, die ein Mann mal vor 20 Jahren geschrieben hat. Für mich ist

nur die Frage: Hältst Du das, was in dieser Broschüre steht für richtig, auch heute noch? Und da muß ich sagen: Wir halten einen großen Theil der darin aufgestellten Grundsätze auch heute noch für richtig. Ich glaube, dem Abgeordneten Liebknecht ist noch niemals vorgeworfen worden, daß er zum Anarchismus hinneige, oder Anarchist werden wolle, und doch hätte ihn damals, 1869, auf Grund seiner Broschüre dieselbe anarchistelnde Taktik vorgeworfen werden können, die er uns heute vorwirft.

Von Seiten der Münchener Genossen ist gesagt worden, die Münchener hätten den Parteitag für das Forum erklärt, vor dem diese Fragen zur Entscheidung gebracht werden müßten. Der Parteitag kann aber doch unmöglich über diese Frage beschließen, bevor nicht nach allen Regeln der Kunst diskutirt worden ist, und weiter haben wir ja auch nichts gethan.

Um Ihnen zu beweisen, wie sehr die Partei in das opportunistische Lager übertritt, will ich einen speziellen Fall erzählen. Zu einer Buckauer Stadtverordnetenwahl wurde ein Flugblatt herausgegeben, und ich setze einen Preis darauf, wer mir aus diesem Flugblatt konstatiren kann, ob der Betreffende, der gewählt werden sollte, ein Sozialdemokrat ist, oder ein Bürgerparteiler, oder sonst welcher gekränkten Lokalgruppe in irgend welchem kleinen Städtchen angehört. Ich stelle Ihnen dieses Flugblatt zur Verfügung.

Ich komme nun auf die parlamentarische Thätigkeit der Reichstagsfraktion. Der Antrag auf Verstaatlichung der Apotheken steht in Widerspruch mit dem Programm, welches Sie sich jetzt machen wollen. Wir sind garnicht dagegen, daß die Fraktion im Reichstage einmal auf eine Herabsetzung der Arzneitaxe dringe. Eine Verstaatlichung der Apotheken würde aber doch wahrscheinlich zu Ueberschüssen führen, und diese Ueberschüsse würde man verwenden, um neue Montirungsstücke, neue Gewehre anzuschaffen. Gegen diese Art von Staatssozialismus hat sich Engels bereits 1886 mit sehr scharfen Worten gewendet. Verstaatlichte Apotheken sind so wenig eine sozialdemokratische Einrichtung, wie es die Königliche Porzellanmanufaktur und die Seehandlung sind.

Ein weiterer Beweis für das Ueberhandnehmen der kleinbürgerlichen Richtung: Unter dem 24. Mai 1891 stand im „Vorwärts" ein Bericht über eine Versammlung der Vereinigung zur Wahrung der Interessen der Berliner Gast- und Schankwirthe. In dieser Versammlung stand auch einmal die Frage der Besteuerung des Flaschenbierhandels auf der Tagesordnung, und da hat Zubeil, selbst Schankwirth und sozialdemokratischer Stadtverordneter, gesagt, die Frage der Besteuerung der Brauereien wegen des Flaschenbierhandels ist eine sozialdemokratische, denn sie ist eine Frage der Gleichheit. Weil sich die Berliner Budiker davon getroffen fühlen, wenn ihnen der Großhandel im Biergeschäft Kon-

kurrenz macht, kommt ein Sozialdemokrat auf eine so kleinbürgerliche Anschauung zurück und sagt, der Flaschenbierhandel muß besteuert werden.

Man hat uns neuerdings in der sozialdemokratischen Partei verschiedene Popanze aufgestellt. Einer dieser Popanze ist die gegnerische Presse. Wir haben, denke ich, blos auf unsere eigene Presse Rücksicht zu nehmen. Wir propagiren unsere Idee und fragen den Teufel danach, was die Gegner davon sprechen und denken. Man hat gestern gesagt, die Fraktion wäre von den Bourgeoisparteien im Reichstage ausgelacht worden, wenn sie den Achtstundentag gefordert hätte. Wir hätten der Fraktion gewiß kein Tadelsvotum gegeben, wenn ihr dies passirt wäre. Liebknecht und Bebel sind die ersten Männer gewesen, die im Norddeutschen Bunde das sozialdemokratische Programm bis in die letzten Konsequenzen verfochten haben, und wie hat man sie angejohlt, ausgelacht und ausgepfiffen! Daran kehren wir uns nicht. Wenn ihnen die ausgebeuteten Volksmassen wegen dieser Forderungen zujubeln, dann soll uns das Lachen der Gegner ganz gleichgiltig sein. (Sehr wahr!)

Pëus hat ausgesagt, wir müßten mehr Rücksicht nehmen auf die indifferenten Massen, die Opposition wäre deshalb so schädlich gewesen, weil wir in der Achtung unserer Gegner verloren hätten, denn diese Achtung wäre es meistens, die uns neue Leute in die Partei führe. Ich glaube Pëus ist grade „typisch" für die Agitation, wie sie jetzt bei uns getrieben wird. Ich sage, wenn man à la Pëus so sehr auf die Gesittung, auf das konziliante Wesen der Partei etwas giebt, ja dann werden wir einen Achtungserfolg erzielen, aber auch weiter nichts. Dann werden wir nicht Leute heranziehen, die auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen, sondern sogenannte gute Menschen, die da sagen, die Leute benehmen sich so fein, die sind so anständig, so mäßig, ach, da ist es wirklich nicht gefährlich, wenn wir einen solchen unblutigen Zettel in die Urne werfen und uns für so anständige Leute erklären.

Die Reichstagsfraktion hat dadurch, daß sie die Ausdehnung des Arbeiterschutzgesetzes in die Hände des Kaisers unter Zustimmung des Bundesraths gelegt haben wollte, indirekt das Prestige der herrschenden Gewalt verstärkt.

Was die Kornzollagitation betrifft, so bin ich nicht der Meinung Niederauer's, daß allgemeine Resolutionen durchaus zu verwerfen seien. Aber es fragt sich, wie sieht die Resolution der Parteileitung aus? In dieser Resolution, die ein jeder Freisinnige unterschreiben könnte, steht hauptsächlich nur, daß die Zölle die niederen Volksklassen belasten und daß der Ueberschuß der Zölle in die Taschen der Großgrundbesitzer fließt. Da hätte unbedingt hinzugefügt werden müssen, daß dieser wirthschschaftliche Nothstand der Aus-

fluß der heutigen privatkapitalistischen Wirthschaftsweise ist und daß nur in der Umwandlung dieser Wirthschaftsweise in eine andere und bessere ein Erfolg für die Massen erzielt werden kann.

Es ist ferner charakteristisch, daß in Brüssel auf dem internationalen Arbeiterkongreß die Arbeiterschutzresolution zurückgewiesen werden mußte in die Kommission, weil in dem ersten Entwurf dieser Resolution durchaus nicht der Standpunkt des Klassenkampfes gewahrt war, weil Jeder, der auf schutzreformatorischem Wege sich befindet, diese Resolution annehmen konnte. Der deutschfreisinnige Arbeiterverein in Berlin hat kürzlich eine Resolution gefaßt, die sich für die Ueberführung des Grundes und Bodens in den Besitz der Gesellschaft, für Abschaffung der indirekten Steuern, für Einführung einer nach oben sich steigernden Einkommensteuer, für Beseitigung der stehenden Heere ausspricht. Wie sollen wir da eine Konkurrenz mit diesem Verein aufnehmen? Wir können ihn nur dann besiegen, wenn wir sagen, ja wohl, das wollen wir auch, aber nur einzig und allein zu dem Zweck, um uns in den Besitz der politischen Macht zu bringen, um unser Endziel zu erreichen.

Nachdem in dieser Debatte von allen Seiten auf die Opposition losgeschlagen ist, erlauben Sie mir, eine ruhige, objektive Aeußerung vorzutragen, die ein guter Vertreter der Sozialdemokratie im Auslande über diesen Streit zwischen den Alten und Jungen gemacht hat. Mir ist ein Brief zur Verfügung gestellt worden, den der Bezirksanwalt Lang in Zürich an einen deutschen Freund gerichtet hat. Er spricht darin auch über die außerordentliche Gefahr, die ein Auftreten wie das Vollmar's in München für die Partei haben könnte, weil seiner Ansicht nach die Chancen für die Entstehung einer possibilistischen Partei in jedem Lande außerordentlich günstig seien. Er befinde sich sachlich in den meisten Fällen auf dem Boden der „Alten“. Die Fraktion müsse sich am Parlamentarismus betheiligen und bei allen wichtigen Fragen prinzipielle Stellung nehmen. Auch müßte sie für die volksthümlichen reformatorischen Forderungen eintreten. Aber es liege die Gefahr nahe, daß die Fraktion aus Freude am Erfolg sich zu Konzessionen herbeilasse und das Taktgefühl bei der Unterscheidung von Wichtigem und Unwichtigem leicht verliere. „Diese Opposition,“ heißt es dann, „ist nothwendig und erfreulich, ein Zeichen dafür, daß die Autorität der Person noch nicht die Autorität der Sache oder des Prinzips überwuchert hat. Die Opposition ist geschichtlich nothwendig, und auf ihren Einfluß und ihre Wirkung können und wollen wir nicht verzichten. Aber gerade darum muß eine Spaltung verhütet werden; denn nur dann, wenn die Opposition zur großen Partei im Verhältniß eines radikalen Flügels sich befindet, kann sie diese beeinflussen. Aus alledem erklärt sich, daß die Art, wie die Fraktion die Opposition behandelt, von einer großen Verständnißlosigkeit und

Verblendung zeugt. Ich stehe im Wesentlichen auf dem Standpunkt der „Alten", bin aber entrüstet über den Ton, den diese anschlagen, so oft es zu Auseinandersetzungen mit den „Jungen" kommt. Man soll froh sein über die Opposition, das Zeichen selbständigen Lebens in der Partei, und ihre relative Berechtigung anerkennen. Man soll nicht über sie schimpfen, sondern sie verstehen und von ihr zu lernen suchen." (Gelächter.) — Nicht ich bin es, der Ihnen diesen Rath giebt; Ihr Gelächter bezog sich auf die Person des Briefstellers. (Rufe: Jawohl!) Durch dieses unparteiische Urtheil (Oho!) haben wir einen Beleg dafür, daß nicht allein nach unserer Meinung, nein, daß auch nach der Meinung der Leute im Auslande eine Gefahr nicht allein vorliegen könnte, sondern schon vorliegt. Das beste Zeichen ist das Vorgehen Vollmar's, und wir werden sehen, wie die Sache weiter läuft. Mögen Sie sich noch so sehr durch Resolutionen salviren, die Reichstagspraxis führt mit Nothwendigkeit zur Vollmar'schen Taktik. Das wollen wir vermeiden, und deshalb haben wir unsere warnende Stimme erhoben, und weil wir der Meinung Lassalle's sind, daß auf die Massen nur das Ganze, Unmittelbare, das Extreme wirkt. Wir sagen, wenn die Leute noch so viel erzählen, wie lieblich und ungefährlich die Sozialdemokratische Partei sei, man wird es uns nicht glauben, wohl aber liegt die Gefahr vor, daß wir die Massen in das kleinbürgerliche Lager hineinführen. Das wollen und können wir nicht, weil wir damit die Befreiung des Proletariats nicht beschleunigen, sondern vielmehr verzögern! (Beifall bei der Opposition.)

Persönlich bemerkt zur Rede Auerbach's

Heine: Wenn Auerbach es so darstellt, als wenn ich auf dem Standpunkt kleinbürgerlicher Demokratie stehe und von mir nichts geschehen sei, um die Endziele unserer Partei in die Massen zu bringen, so begeht er dabei eine wissentliche Unwahrheit. Ich verweise nur auf die „Halberstädtische Sonntagszeitung", wo in jeder Nummer die Endziele unserer Partei betont werden. Redner erklärt ferner für unwahr, was Auerbach von den Flugblättern und dem damit angeblich betriebenen Stimmenfang gesagt hat und schließlich auch die Behauptung, daß er seiner Zeit keine Richtigstellung in Bezug auf die Magdeburger Wahl erlassen habe. Er habe vielmehr eine derartige Erklärung im „Sozialdemokrat" veranlaßt.

Scholz-Berlin VI: Nach den Ausführungen Auerbach's könnte es scheinen, als wenn der Verein, dem Stadtverordneter Zubeil und auch ich angehören, sich die Ausführungen Zubeil's damals zu eigen gemacht hat. Es haben sich aber verschiedene Redner gegen Zubeil gewandt, und ist gegen dessen Meinung energisch protestirt worden.

Pëus: Ich verwahre mich ganz entschieden dagegen, daß ich

jemals irgend eines unserer letzten Ziele verschwiegen hätte. Ich meine aber, daß unsere Ziele so edel sind, daß sie allerdings in einer Weise dargestellt werden können, daß die Besten Aller sich dafür erklären können.

Vorsitzender Singer: Von dem Zentralrath der Sozialdemokratie in den Niederlanden ist ein Schreiben eingegangen, daß der Genosse van der Goes nicht im Namen der holländischen Partei, wie es im „Vorwärts" hieß, auf dem Parteitag anwesend ist. Nach den stenographischen Aufzeichnungen habe ich in der ersten Sitzung gesagt: „Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, einige ausländische Genossen unter uns zu sehen. Bis jetzt sind eingetroffen der holländische Genosse van der Goes u. s. w." Der Genosse ist also nur als Person, nicht als Vertreter der holländischen Partei hier angekündigt worden.

Von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion ist folgende Erklärung eingelaufen:

Wir unterzeichneten Abgeordneten erklären hiermit, daß keiner von uns über Fraktionsgenossen solche Mittheilungen gemacht hat, wie Wildberger sie in der Versammlung am 9. September 1891 im Kolberger Salon erhalten zu haben behauptet.

Insbesondere ist die Aeußerung:

> „sieben Achtel von der Fraktion hätten den Fraktionsentwurf eines Arbeiterschutz-Gesetzes vorher garnicht zu Gesicht bekommen, würden auch Verschiedenes nicht unterschrieben haben, wenn es vorher diskutirt worden"

von keinem von uns gethan worden. Und wir erklären weiter, daß eine Aeußerung dieses oder ähnlichen Sinnes unseres Wissens von keinem sozialdemokratischen Abgeordneten gemacht worden ist.

Erfurt, 19 Oktober 1891.

Auer. Bruhns. Frohme. Molkenbuhr. Vollmar. Bebel. Blos. Bock. Harm. Dreesbach. Meister. Geyer. Albert Schmidt. Birk. Carl Schultze. Schwartz. Wurm. Wilhelm Schmidt. Ulrich. Joest. Metzger. Heine. Förster. Grillenberger. Singer. Stadthagen. Liebknecht. Kunert.

Dietz erklärt persönlich, daß er sich dieser Erklärung anschließe.

Singer: Ich habe eine weitere Mittheilung zu machen: Folgender Brief ist eingelaufen:

Friedrichshagen, 17. Oktober 1891.

Sehr geehrter Herr Singer!

Es laufen in Berlin drei Versionen über die beiden Abgeordneten um, welche an Wildberger die Mittheilung über die Fraktion und das Arbeiterschutz-Gesetz gemacht haben sollen. Alle drei stimmen in einem Namen überein, wechseln aber in anderen. In einem Falle wird auch meine Person genannt.

Ich weiß nicht, welche Namen in Erfurt zirkuliren und nehme

daher auch nicht Veranlassung zu irgend welcher thatsächlichen Erklärung, die selbstverständlich nur eine Zurückweisung der hier umlaufenden Behauptungen sein könnte.

Wenn das Bureau aber in die Lage kommen sollte, irgendwie an diese Sache herantreten zu müssen, so ist es ebenso selbstverständlich, daß es für meine Person erklären kann, ich mache auf das Schweigen Wildberger's absolut keinen Anspruch, sondern ließe ihn bitten, klipp und klar zu sagen, was ich ihm über die Arbeiterschutz-Verhandlungen der Fraktion nach seiner Meinung mitgetheilt hätte.

Aus den Zeitungsberichten kann ich nicht einmal ersehen, ob an den sieben Achteln oder etwas Aehnlichem festgehalten worden ist, sondern ob nunmehr der Abgeordnete blos gesagt haben soll: von der und jener Bestimmung wisse er nichts.

Mit bestem Gruße
Max Schippel.

(Bewegung.)

Baethge-Magdeburg meldet sich zum Wort. (Rufe: Er will die Namen nennen!)

Vorsitzender Singer: Ich habe keine Veranlassung, zu diesem Gegenstand in diesem Augenblick das Wort zu geben. Die Konsequenzen, die sich weiter daran knüpfen sollten, müssen an der Stelle ausgefochten werden, an die sie gehören.

Meister: Ich verstehe eine derartige Auffassung nicht, nachdem wir hier gehört haben, daß Wildberger bereit ist, die Namen zu nennen. (Widerspruch.)

Singer: Es ist ein Irrthum, daß Wildberger sich bereit erklärt hat, die Namen zu nennen. (Ruf: Aber ein Anderer!) Wildberger hat die Verpflichtung, das, was er gesagt hat, zu vertreten, und er hat es nicht nothwendig und wünscht es auch wohl nicht, sich einen Stellvertreter zu wählen. Dieser Gegenstand ist für den Augenblick erledigt.

Baethge verzichtet aufs Wort.

Vorsitzender Singer macht Vorschläge über die Wahl der Neuner-Kommission: Es ist inzwischen eine Vorschlagsliste unter den Delegirten vertheilt worden.

Reißhaus beantragt die Mandatprüfungskommission mit der Sichtung und Feststellung des Resultats zu beauftragen.

Auerbach: Meine Damen und Herren! Nachdem nun die Frage der Wahl der Kommission aktuell geworden ist, gebe ich im Namen meiner Gesinnungsgenossen Werner, Baethge, Wildberger, Schultze und in meinem eigenen Namen die Erklärung ab, daß wir in diese Kommission nicht hineingehen. Was wir gegen die Parteileitung und gegen die Fraktion vorgebracht haben, haben wir im Rahmen der vollsten Oeffentlichkeit gethan

und wir sind jetzt und jeden Augenblick weiter bereit, diese Anklagen im Lichte der Oeffentlichkeit und nicht hinter verschlossenen Thüren zu rechtfertigen. Weiter habe ich im Namen der eben genannten Gesinnungsgenossen folgende Erklärung abzugeben: Wir Anhänger der Opposition, bisher zur Mitarbeit an den Aufgaben des Parteitages durch den Auftrag unserer Wähler verpflichtet, erklären nunmehr, wegen der den demokratischen Grundsätzen direkt zuwider .... (Unruhe.)

Vorsitzender Singer (den Redner unterbrechend): Ich kann nicht zugeben, daß diese Erklärung weiter verlesen wird. Wir sind jetzt bei der Erledigung der Frage (Unterbrechungen; die genannten 5 Mitglieder der Opposition erheben sich von den Plätzen), in welcher Weise die Kommission gewählt werden soll. Ich kann also die weitere Verlesung einer Erklärung, welche die Stellung der so genannten Opposition zur Partei behandelt, nicht zulassen. (Auerbach versucht die Erklärung dem Vorsitzenden zu überreichen.) Ich lehne es ab, jetzt diese Erklärung anzunehmen. Die Herren haben volle Freiheit, ihre Erklärung abzugeben, wenn es Zeit ist, wir lassen uns aber nicht bei einer Frage, wo es sich einzig und allein um nur geschäftliche Angelegenheiten handelt, in dieser Weise Erklärungen aufdrängen. Außerdem erkläre ich, daß die Kommission gewählt wird, ob die Herren vor derselben erscheinen oder nicht. (Baethge: Nein, unter keinen Umständen! Die fünf Mitglieder der Opposition verlassen unter großer Unruhe den Saal.) Der Parteitag ist es der Ehre der Partei schuldig, zu untersuchen, ob die Anklagen der Opposition begründet sind. Weigern sich die Ankläger, vor der zu dieser Untersuchung eingesetzten Kommission zu erscheinen, so wird es Aufgabe der Kommission sein, dem Parteitage vorzuschlagen, was zu geschehen hat. Die Konstituirung und Thätigkeit der Kommission ist vollkommen unabhängig von dem Willen der Opposition. (Lebhafte Zustimmung.) Die Mandatprüfungskommission würde nach der Mittagspause die Stimmzettel einzusammeln und das Resultat festzustellen haben, so daß wir nach Erledigung des vorliegenden Gegenstandes die Mitglieder der Kommission bekannt geben können.

Scherm, Oertel und Keßler bitten von ihrer Wahl abzusehen, ebenso Meist, der statt seiner Slomke vorschlägt.

Vorsitzender Singer bemerkt noch: Die abzugebenden Stimmzettel müssen 9 Namen enthalten; weniger Namen sind unzulässig. Es steht Jedem frei, in die Vorschlagsliste andere Namen zu schreiben und die nicht konvenirenden zu streichen. In Folge des Beschlusses des Parteitages darf weder ein Mitglied der Fraktion, noch der Parteileitung, noch ein Delegirter Berlins in diese Kommission gewählt werden. — Schluß gegen 1 Uhr.

Nachmittagssitzung.

Eröffnung 3¹/₄ Uhr. Vorsitzender Singer:

Die Verhandlung über die parlamentarische Thätigkeit und die Taktik der Partei wird fortgesetzt. Zu seinem Schlußwort erhält das Wort:

v. Vollmar: Ich bin bei meiner vorgestrigen Rede davon ausgegangen, mich nicht in ein Wiederaufwärmen des ganzen Streits der vergangenen Monate mit all seiner unerquicklichen Unfruchtbarkeit einzulassen. Es ist mir lediglich um die Sache zu thun gewesen. Zugleich werden Sie wohl in meiner Rede bemerkt haben, daß ich Alles unterlassen habe, was auf das Gefühl zu wirken geeignet war, was die Leidenschaften und Vorurtheile hätte anstacheln können, weil ich meinte, daß wir hier es mit der Intelligenz der Partei zu thun haben, wo man ausschließlich an Verstand und Vernunft appelliren soll. Ich wünschte mit einem Wort, die Debatte, soweit es auf mich ankam, an höhere Gesichtspunkte zu fesseln. Leider ist dieser mein Wunsch nur sehr zum Theil von Erfolg gekrönt gewesen. Anstatt sich an das Ganze meiner Münchener Reden und meiner neulichen Reden zu halten, hat im Allgemeinen der größere Theil der Redner es vorgezogen, einzelne Aeußerungen und Anführungen zu zerpflücken, das Ganze in Einzelheiten, in einen Wortstreit aufzulösen. Die Debatte der vergangenen Tage hat mir auf das Deutlichste gezeigt, eine wie schwere Kunst das Lesen und Hören ist, eine wie noch viel größere Kunst es ist, Reden, Gelesenes und Gehörtes, richtig auszulegen, richtig zu verdolmetschen, namentlich dann außerordentlich schwer, wenn sich einmal das Stück Staatsanwalt gerührt hat, welches in jedem Einzelnen vorhanden ist. — Namen will ich dabei nicht nennen. Es ist geradezu wunderbar, welcher kritische Scharfsinn aufgewendet worden ist, um um jeden Preis aus einzelnen Zeilen, aus einzelnen Worten das herauszulesen, was dem Betreffenden angenehm war, weil er dann am besten sich dagegen wenden konnte. Ein Redner hat z. B. ausgeführt, ich hätte in den Münchener Reden nicht die Einzelheiten der nächsten Forderungen unseres Programms so hervorheben, dagegen den revolutionären Charakter und die Ziele unserer Bewegung um so mehr betonen sollen. Das kommt auf dasselbe heraus, worüber ein Redner der Opposition klagte, daß wir bei Gelegenheit der Frage der Prüfung der Gewehrläufe nicht eine revolutionäre Rede gehalten haben. Es kommt doch auf den speziellen Zweck an, den man mit einer Versammlung verfolgt. Nach diesem Maßstab ist die Rede zu bemessen. Bei den Versammlungen, um die es sich hier handelt, ist speziell die Aufgabe die gewesen, nicht eine allgemeine Agitationsrede zu halten, sondern Kritik an den augenblicklichen Verhältnissen und an den Aufgaben

zu üben, welche aus derselben mir zu erwachsen schienen. Der revolutionäre Charakter der Bewegung beruht nach meiner Ansicht zunächst in etwas ganz anderem, als in fortwährenden Wiederholungen und großen Worten, nämlich darin, daß wir, die Sozialdemokratie, das naturnothwendige Ergebniß eines revolutionären Vorganges, der Enteignung der Massen, sind, des Vorganges, welcher fortdauernd weiter revolutionirend wirkt und den wir zum Bewußtsein der Masse zu bringen haben.

Von verschiedenen Rednern ist mir eine Reihe anderer Vorwürfe gemacht worden. Genosse Singer hat gemeint, ich wollte gewiß das Prinzip, aber es wie ein Familienheiligthum in den Silberschrank stellen; man hat gesagt, ich wolle Entsagung, Verlangsamung, ich predigte das Kompromiß, die Aussöhnung mit den herrschenden Klassen, ich wolle die „nächsten" Aufgaben als die hauptsächlichsten, zunächst als die einzigen aus dem Programm herausgegriffen sehen. Wiederholt hat man sogar gesagt, ich wolle eine Regierungspartei, den Regierungssozialismus, heute Vormittag hat ein besonders mit Temperament begabter Redner sogar auf den seligen Boulanger hingewiesen. Wenn in dieser Weise eine lange Broschüre zerpflückt und mit dem Rothstift jeder einzelne Punkt markirt wird, dann bin ich gezwungen, so leid mir das Lesen thut, Ihnen die andere Seite der Medaille zu zeigen. Auf einer Zahl Seiten der Broschüre sage ich, daß von einer Aufgabe unserer Grundsätze selbstverständlich keine Rede sein kann, daß wir ebensowenig Veranlassung haben, unsere Waffen aus der Hand zu legen, denen wir am meisten verdanken, was wir bisher erreicht haben. „Aber andererseits entspricht es dem Interesse der Arbeiterbewegung und des Gemeinwesens überhaupt und ist auch dem aller Utopie und Spekulation fernen, im besten Sinne realpolitischen Wesen unserer Partei nicht zuwider, wenn wir den Weg der Verhandlung betreten und suchen, auf Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung Verbesserungen wirthschaftlicher und politischer Art herbeizuführen. — Die Lage ist für uns aussichtsreich, vielversprechend, aber zugleich verantwortungsvoll. — Der in der heutigen Gesellschaft vorhandene Interessengegensatz ist der Hauptfeind; aber Unkenntniß und Vorurtheil machen nicht wenige gute Menschen zu Gegnern unserer Bestrebungen, und hier kann nicht nur überzeugendes Lehren, sondern noch mehr kluges Handeln uns viel nützen. Ueber alledem aber ist unsere Partei als Vertreterin aller Unterdrückten und Bedrängten, aller emporstrebenden Kräfte, zu einem immer gewaltigeren politischen Machtfaktor zu entwickeln, den Gutmüthigen zum Sporn, den Eigensüchtigen zum Widerstande. Denn nur der kann Forderungen erheben, der Kraft und Macht hat; dem hilflosen Bettler giebt man nichts." Ferner Seite 16: „Man sagt, die herrschenden Klassen würden ja doch freiwillig nie-

mals etwas von ihren Vorrechten ablassen. Nun freiwillig werden sie das allerdings kaum, sondern nur genöthigt. Aber es ist ein Irrthum, sich vorzustellen, daß diese Nöthigung nur durch die Faust geschehen könne, daß in jeder einzelnen Frage des Staats- und Gesellschaftslebens die nackte Gewalt in Wirkung trete und entscheide. Es giebt auch noch andere Gewalten als die Faust: die fortgesetzte zähe Arbeit zielbewußt arbeitender Organisationen, die dadurch bewirkte Veränderung der Meinungen und vor Allem die Macht der wirthschaftlichen Thatsachen." — Seite 17: „Worauf es ankommt, das ist, daß wir — ohne unsere Endziele und den Zusammenhang der Forderungen im Mindesten zu vergessen — auch praktische Tagespolitik treiben, unausgesetzt in jeder Einzelfrage die öffentliche Meinung und die gesetzgebenden Faktoren bestürmen und nie vergessen, daß jede noch so unbedeutende Verbesserung des Arbeiterlooses die geistige und leibliche Kraft und Macht des Volkes vermehrt und zum weiteren Kampfe stärkt, zu neuen Bestrebungen ermuthigt und befähigt." Seite 18: „Niemand kann daran denken, von unseren Grundsätzen etwas aufzugeben; vielmehr müssen wir bei jeder Handlung unserer praktischen Politik uns gegenwärtig halten, daß sie nur eine kleine Annäherung an das große Ziel ist. Deshalb müssen wir, ohne das Allgemeine aus dem Auge zu verlieren, vom Zeitumbegrenzten mehr ins Unmittelbare, vom Absoluten zum Positiven gehen, neben dem dauernden Programm solche Arbeitsprogramme aufstellen, welche für die nächstliegende Zeit bestimmt sind und unsere Kraft auf solche Einzelforderungen sammeln, welche jeweilig den dringendsten Bedürfnissen entsprechen und die größte Möglichkeit der Durchführung für sich haben. Hinter diese Forderungen muß dann die ganze Kraft unserer Agitation, unserer Beweisführung und Ueberzeugung, die Geschicklichkeit und Zähigkeit der Verhandlung, sowie all unser öffentlicher Einfluß gestellt werden. Man achtet und beachtet nur den Starken, und deshalb dürfen wir die Waffen, die wir bisher geführt haben, nicht aus der Hand legen; sind sie doch gegenüber den Meisten unsere einzige Bürgschaft." Seite 19: „Glaubt Einer von Ihnen, daß die ganze oder theilweise Erreichung dieser Forderungen für das arbeitende Volk Deutschlands gleichgiltig oder unbedeutend wäre? Oder würde sie nicht vielmehr die Lage von Millionen thatsächlich verbessern, sie leiblich und geistig zu weiterem Verbesserungsstreben stärken? Würde uns das Volk nicht für die Erringung dieser Forderungen mehr Dank wissen, als für die kräftigsten Phrasen und schönsten Zukunftsbilder?" Seite 23: „Ich wiederhole, wir haben die Aufgabe, wo sich ein guter Wille zeigt, ihn anzuerkennen und zu stärken, die ihn hemmenden schlechten Einflüsse zu bekämpfen, die öffentliche Meinung zu gewinnen, der Staatsgewalt die Nothwendigkeit des Brechens mit der Interessenpolitik kleiner Kreise und des Ueber-

gehens zu einer für die Interessen des ganzen Volkes wirkenden und sich auf letzteres stützenden Politik zu zeigen, zugleich aber unausgesetzt an der Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung als politischen Machtfaktors zu arbeiten, weil alle Politik wesentlich eine Machtfrage ist und nur derjenige etwas zu erreichen hoffen darf, der seine Forderungen durch reale Macht unterstützen kann."

Und nun frage ich: Wo ist hier die Beseitigung, wo die Verschleierung, Verschweigung des Prinzips, wo ist von Entwaffnung gegenüber der herrschenden Gewalt, von Unschädlichmachung unserer Bewegung die Rede, wo davon, daß der Arbeiterschutz den Hauptinhalt, den einzigen Inhalt unseres Programms für die nächste Zeit ausmachen soll? Was ich beabsichtigte, und was sich vollkommen deckt mit dem bisherigen thatsächlichen Verhalten der Partei, ist, daß neben unserem Programm, neben unseren prinzipiellen Forderungen vollkommen gleichlaufende und mit denselben zusammenhängende Forderungen nicht als Ziel, sondern als Weg, als Mittel herausgegriffen werden sollten als unsere jeweilig nächsten, dringendsten und in der Ausführbarkeit möglichsten Forderungen. Auer hat gemeint, hier sei die Linie, wo wir uns von anderen Parteien trennen, wo es darauf ankommt, ob wir noch auf eigenen Füßen stehen oder mit jenen zusammenschmelzen. In persönlichen Unterredungen mit einer Reihe von Kongreßdelegirten habe ich bemerkt, daß gerade das Wort Arbeitsprogramm, Aktionsprogramm die allerverkehrteste Auslegung gefunden hat, weil unsere Grundsätze den Namen Parteiprogramm tragen, haben sie gemeint, es soll daneben ein anderes Programm stehen. Davon ist für den ruhig Urtheilenden nicht im entferntesten die Rede. Das Wort Aktionsprogramm ist von der Schweizerischen Partei hergenommen, wo ein solches seit Jahren besteht, wo neben dem großen jeweilig das Arbeitsprogramm auf die nächsten Jahre festgesetzt wird, wonach neben den prinzipiellen auf diejenigen Fragen, deren Erfüllung heute möglich ist, die augenblicklich am meisten Aussicht haben oder am meisten im Interesse der Arbeiter zu liegen scheinen, ganz besonderer Nachdruck zu legen ist. Das ist die ganze Geschichte und nichts anderes. Nun kommt Liebknecht und führt wiederum das Wort an, mein Gedanke müßte zur Versumpfung führen, ja er fügte weiter hinzu, zum Regierungssozialismus — ein Wort, das entweder bestimmt oder geeignet ist, mich hier in den allerschlimmsten Verdacht zu bringen. Nun meine ich und meinte stets, die Sozialdemokratie sei nicht die Erfindung einiger weniger Köpfe, die nicht gemacht worden wäre, wenn diese Köpfe nicht vorhanden wären, sondern unsere Bewegung sei das nothwendige Ergebniß der materiellen Voraussetzungen, welche seither unwiderstehlich wirken. Ich habe schon in meiner vorigen Rede gesagt, die Hebung des Arbeiterlooses in politischer oder ökonomischer Hinsicht unter den heutigen Umständen würde dann ein Verzicht

auf das Endziel unserer Partei sein, wenn die Möglichkeit bestände, daß die Erringung dieser einzelnen Vortheile zur endgiltigen Aussöhnung mit der Gesellschaft führen könnte. Die ganze sozialistische Theorie ist gerade darauf gebaut, daß diese Aussöhnung unmöglich ist und daß deshalb, möge so viel an Einzelverbesserungen gegeben werden als man will, dieses Endziel doch nicht im allermindesten aufgegeben oder beseitigt wird. Singer ist auch für Konzessionen, auch für einzelne Verbesserungen, aber das hätte für uns nur den Zweck, uns zum weiteren Kampfe zu stärken. Das ist nichts Neues gewesen, in meiner Broschüre steht ganz genau derselbe Satz, so daß hieraus kein Vorwurf hergeleitet werden kann. Ich meine gerade in Bezug auf den Punkt, der mir der wesentlichste war, den Normalarbeitstag, tritt am deutlichsten hervor, daß derartige Verbesserungen die Arbeiter und ihre Lage ganz außerordentlich für den weiteren Kampf zu stärken im Stande sein würden. Daher kann man nichts Unzutreffenderes sagen, als daß ein derartiges Vorgehen zur Versumpfung führt. Ich wünschte, wir kämen recht bald zu der Versumpfung des Normalarbeitstages!

Bei vielen Rednern trat die Anschauung zu Tage, daß weniger die Einzelheiten als der Ton meiner Rede anzugreifen sei, also das Unfaßbare, das was man blos fühlt, was man nicht beweisen kann, sondern was am meisten dem rein persönlichen, subjektiven Ermessen anheimfällt. Das ist der Tendenzprozeß in seiner schönsten Form; wogegen wir, wenn wir auf der Anklagebank der heutigen Gewalten sitzen, niemals entschieden genug protestiren können, das schleppen Sie so in unsere eigene Partei hinein! Es fällt mir nicht ein und ist mir nicht eingefallen, von Entsagung zu sprechen; das Wort ist in meinen Reden nicht enthalten. „Die Lage ist für uns aussichtsreich, aber auch verantwortungsvoll . . . Wir müssen rüstig auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten, die Augen fest auf das ferne Ziel gerichtet, entschlossen, kräftig, aber auch mit Umsicht und Ueberlegung." So wörtlich in meinen Reden. Es scheint fast, als ob der Hauptvorwurf, den mir Einige machen wollen, darin beruht, daß ich zur Ueberlegung und Besonnenheit aufforderte. Ganz abgesehen von außerhalb unserer Partei liegenden Faktoren habe ich meine guten anderen Gründe gehabt; zunächst das Drängen der Berliner Opposition, welche bis zur Stunde zu unserer Partei gehört, in unserer Parteibewegung in den letzten Monaten eine Rolle gespielt hat und auf die ich nothwendig Bezug nehmen mußte. Auch außerhalb der Berliner Opposition, vielleicht durch sie gedrängt, zeigten sich Andere, welche die Zeit nicht mehr erwarten zu können schienen, und deren Verhalten, wenn es nicht darauf ausging, doch dazu geeignet war, die Sachen zu überstürzen. Soviel steht fest, daß noch keine Partei der Welt durch Besonnenheit zu Grunde gerichtet worden ist und daß man eher statt zu

wenig zu viel Besonnenheit haben soll, aus dem Grunde, weil die Entwicklung der Verhältnisse ganz von selbst die zu Besonnenen nach vorwärts treibt.

Nun ist auch die Selbstbeschränkung hereingezogen worden. Ich sollte meinen, Selbstkritik und Selbstbeschränkung sollten jedem Menschen, jedem Parteimann, jedem Politiker ganz außerordentlich anstehen, und gerade hier scheint mir meine Mahnung sehr berechtigt gewesen zu sein. Auer hat die Sache so dargestellt, als ob der, welcher die Selbstkritik und Selbstbeschränkung in meinem Sinne übt, nicht mehr die Freiheit des Handelns hätte. Ich habe immer, in der Schule schon, gelernt, daß Selbstkritik und Selbstbeschränkung erst die wirkliche Freiheit giebt, daß ohne dieselben nur ein willkürliches und großentheils dem Zufall unterworfenes Handeln die Folge ist. Im Uebrigen ist auch S. 8 der Broschüre nicht von Anträgen, nicht von praktischer Politik im Reichstage die Rede, sondern es handelt sich um die Kritik einer ganzen Reihe verkehrter Handlungen und Ausführungen in verschiedenen Blättern unserer Partei, und unmittelbar darunter ist gleich die Erklärung hinzugefügt, daß es sich im Allgemeinen um das leichtbereite Absprechen über alle möglichen Dinge handelt, ein Absprechen, das wir leider in unserer Presse, soweit sie nicht gut bedient ist, nur allzu häufig finden. Diese Selbstkritik und Selbstbeschränkung im moralischen Sinne ist gemeint. Wenn ich alle diese merkwürdigen Aeußerungen und Irrungen über meine Rede hier in dieser Versammlung übersehe, dann kann ich mir, da ich an dem guten Willen keines einzigen Genossen zweifle, das nur dadurch erklären, daß die Mehrzahl der Beurtheiler der Rede gegen ihren Willen nicht im Stande ist, meine Rede von der Lawine, zu der sie im Laufe des Streites durch die eigene, namentlich aber durch die gegnerische Presse angewachsen ist, zu trennen. Daß mir heute von zwei älteren Genossen ein Vorwurf aus dem gemacht ist, was im Burgstädter oder Buxtehuder Amtsblatt über meine Reden gestanden hat, das ist doch wohl das Ungeheuerlichste, was hier in diesem Saale überhaupt gesagt werden kann. Glaubt denn Freund Heine mich verpflichtet, die Amtsblätter im letzten Winkel seines Kreises zu lesen, oder auch die „Germania", die „Vossische Zeitung" u. s. w.? Da hätte ich viel zu thun. Meine Aufgabe ist gerade groß genug, die süddeutschen Blätter zu lesen, fällt mir auch nicht entfernt ein, mich gegen irgend einen solchen Unsinn zu kehren. Auch die Aufspießungen im Zentralorgan berühren da oben bei uns in Süddeutschland nichts weniger als freundlich. Aber ich verlange von Ihnen, sich darüber zu äußern, was ich gesagt habe, und nicht, was ein beliebiger Anderer, ein Gegner, gesagt hat.

Nun komme ich auf den Punkt, daß aus meiner Schrift ganz unzweideutig hervorgehe, ich hätte eine nagelneue Taktik haben

wollen. Davon ist nicht im Allerentferntesten die Rede, und namentlich in der zweiten Rede finden Sie schon einen Protest dagegen, da sage ich, dies „ist jedoch keineswegs richtig. Die Taktik, welche ich empfohlen habe, ist in ihren Elementen bereits bisher vorhanden gewesen, nur daß sie weniger folgerichtig durchgeführt wurde", und als Erklärung verweise ich auf die Rückschläge der „Jungen" mit ihrem revolutionären Phrasengeklingel. Seite 19 sage ich: „Die von mir empfohlene Taktik ist seit dem Fall des Ausnahmezustandes schon in zahlreichen Fällen in und außer dem Reichstage befolgt worden. Gegen diese Taktik sind aber mehrfache Rückschläge erfolgt." Ich habe sie also nicht erfunden, sondern mich mit ihr identifizirt, wie sie seit Halle eingeschlagen ist. „Heute kann von dieser Taktik weniger als je abgegangen werden." Das zeigt aufs Deutlichste, daß ich die vorhandene Taktik im Auge habe, welche parteigesetzlich eingehalten werden soll.

Nun sagt ein Redner, wenn diese Ansichten nichts neues gewesen seien, sei es auch nicht nöthig gewesen, sie mit solchem Lärm vorzutragen. Ich bitte Sie, sich ein paar Monate zurückzuversetzen. Wie haben sich denn die Dinge verhalten? Die erste Versammlung ist nicht eine großartige Versammlung gewesen, sondern es war die regelmäßige Monatsversammlung der Partei, die ich nicht veranstaltet habe, sondern zu der ich eingeladen wurde. Hätte ich Lärm machen wollen — wir verstehen uns ja alle miteinander ein wenig auf dieses Geschäft (Heiterkeit) —, hätte ich gewünscht, ein „Pronunziamento" zu machen, dann hätte die Geschichte ein wenig anders ausgesehen, dann hätte ich zunächst eine Riesenversammlung einberufen in einem Lokal, was damals noch zur Verfügung stand, welches vier- bis fünftausend Mann faßt, und nach dieser Versammlung hätte ich dieselbe Rede ein Dutzend mal in der Provinz gehalten und wäre mit Resolutionen vorgegangen, welche ich Ihnen dann hier als Sturmpetitionen an den Kopf geworfen hätte. „Als Mitherausgeber eines großen Blattes hätte ich auch dieses zu diesem Zwecke ziemlich ausnutzen können. Es ist mir nicht eingefallen. Noch in derselben Nacht bin ich nach meiner Rede fortgefahren und habe mich weiter nicht um die Sache gekümmert. Daher die widersprechenden Notizen in den Blättern; der Bericht der „Münchener Post" rührte von einem Redakteur her, der nicht geschult und nicht Parteigenosse ist. Ich habe mich den ganzen Monat nicht darum gekümmert; ich dachte mir, das Geschwätz, wie es der Tag gebracht, wird der Tag hinwegnehmen. Das ist nicht geschehen und schließlich habe ich denn beide Reden in Broschürenform herausgegeben, aber nicht freiwillig, sondern weil ich nicht mehr anders konnte.

Ich nehme jene Meinungsfreiheit, welche wir von den heutigen Gewalten, von den Gegnern in Schrift und Wort in ausgedehntestem

Maße verlangen, als mein Recht in Anspruch innerhalb der Partei und sage was ich für richtig halte, und da muß ich allerdings betonen, wenn Jemand so ruhig, so sachlich, ohne Nennung auch nur einer Person selbst da, wo sie genannt werden könnte, seine Ansichten vertritt, wenn aus dem ganzen Inhalt und dem Ton der Rede aufs Deutlichste hervorgeht, daß ich garnichts, keine Sturmpetitionen und dergleichen machen will, sondern blos meine Ansichten zur Debatte stelle und ruhig dem entgegensehe, was dagegen gesagt wird, und dann demselben Mann, der außen in der Partei immerhin ein wenig bekannt ist, nicht nur während der Debatten der letzten 3 Monate, sondern auch hier in solcher Weise entgegengetreten wird, wenn er dargestellt wird, als ob er das schrecklichste Verbrechen gegen die Partei plane, sie zu einer nationalen, zu einer Regierungspartei machen, sie in den Sumpf, ja in den Ruin führen will — dann muß ich allerdings fragen: Wo bleibt hier die Meinungsfreiheit, von der man so oft spricht? (Sehr richtig!) Ich bin zufällig in der Lage, daß ich mich den Teufel darum scheere, was Andere denken, mit Ausnahme Derer, die über mich in München oder in der Gesammtpartei ihr Urtheil abzugeben haben — aber ich frage Sie: wo soll die freie Meinungsäußerung hinkommen der zahlreichen Leute, die mit uns in der öffentlichen Thätigkeit so eng zusammengewachsen sind, welche fallen, wenn diese fällt, wo sollen die den Muth hernehmen, aufzutreten, wie sollen diese zahlreichen Elemente es dann noch wagen, eine eigene Meinung zu äußern? (Sehr richtig!) Wenn es etwas in unserer Partei giebt, was namentlich seit ihrer Vergrößerung, seit dem Fall des Ausnahmegesetzes nothwendig ist, so ist es, selbständig denkende Charaktere heranzuziehen. (Sehr richtig!) Wir sind mustergiltig geworden für die Arbeiterbewegung der ganzen Welt, aber in Bezug auf die Selbständigkeit der Meinung steht es doch etwas flau bei uns, und es hat niemals etwas einen deprimirenderen Eindruck auf mich gemacht, als wie im vorigen Jahre wir Zeugen der Dinge im Streit mit den Jungen gewesen sind. Da wird in Berlin eine Versammlung abgehalten; 5000 Mann sind zugegen, alle mit Wille einverstanden. Dann kommt Bebel, spricht vor 6000 Mann, und alle 6000 sind mit Bebel einverstanden. (Große Heiterkeit; Widerspruch **Bebel's**.) In Magdeburg ging es ähnlich. Die zwei Redakteure der „Volksstimme" referiren mit aller Beredsamkeit, und die übergroße Mehrheit der großen Versammlung erklärt sich mit ihnen einverstanden. Die sind nun schlau genug gewesen in ihrem Siegesbewußtsein zu telegraphiren, Bebel möchte doch kommen. Bebel kommt, und die nächste Versammlung resolvirt für ihn gegen die beiden andern. Dergleichen Dinge müssen ja vorkommen, weil die Hunderttausende im Volke nicht die gelehrten Männer sind, die blos mit Politik sich beschäftigen, weil sie das allgemeine Gefühl

haben für die Sache, und wenn sie den Redner auftreten sehen, von dem sie wissen, daß er ein treuer, tüchtiger Mensch ist, so sind sie unweigerlich für ihn, wenn auch hintennach vielleicht Einigen Bedenken aufsteigen. Aber gerade weil dem so ist, deswegen ist Selbständigkeit des Denkens eine Hauptaufgabe für uns. Diese ist aber nur dann möglich, wenn man, abgesehen von Verleumdungen, Lügen und Beleidigungen, die Gedanken irgend welcher Richtung zum Besten der Partei von Personen, welche sich zwar irren können, aber den guten Willen haben, mit Dank entgegennehmen würde — ich meine das nicht in Bezug auf mich, sondern ganz im allgemeinen — man sollte froh sein, wenn solche neuen Gesichtspunkte auftauchen, damit in das alte, regelmäßige Agitationsgeklopfe einige Abwechslung kommt.

Aber das Aeußere solcher Gedanken wird nicht gefördert, wenn man sie zu riesigen Staatsaktionen aufbauscht, wenn man den Urheber aufs Schärfste angreift, ganz wie der Staatsanwalt thut, schon vorher den Rothstift nimmt, um anzustreichen, wo sich möglicherweise etwas herauspressen läßt. — Eine Nebenbemerkung muß ich noch machen, nachdem der Angriff wiederholt gemacht ist. Zuerst hat Liebknecht davon gesprochen, daß ich mich an ihn und Bebel anklammerte, daß mir das aber nichts nütze; ein Anderer hat das wiederholt. Wenn Jemand vor Männer, welche sich Verdienste erworben, sei es um die Partei, sei es außerhalb derselben, Achtung und Sympathie empfindet und sie hoch stellt, dann bin ich es. Aber keiner steht so hoch, daß ich es für nothwendig hielte oder Lust hätte, mich an ihn zu klammern. (Bravo!)

Und nun begebe ich mich zur Resolution. Man hat es vorgestern merkwürdig, eigenthümlich, unbegreiflich — einige wenigstens — gefunden, daß ich erklärt habe, auf dem Boden der Resolution zu stehen und sie zu unterschreiben. Das ist außerordentlich einfach, warum ich das gethan habe, und da Zweifel darüber bestehen, so will ich all das wiederholen und neues hinzufügen, was zur Erklärung nothwendig scheint. Ich erkläre Folgendes: Ich stehe, worüber man garnicht erst zu sprechen brauchte, was aber nach all den Angriffen und Verzerrungen des Bildes nöthig ist, voll und ganz auf dem gleichen Programm wie Sie und wie die ganze Partei, und füge hinzu, daß Sie das dadurch ja selbst schon anerkannt haben, daß Sie mich in die Kommission für die Ausarbeitung des neuen Programms gewählt haben, und, wenn das gemacht sein wird, gerade mich wieder die Rolle treffen wird dessen, der in München und Südbayern das Programm darlegt auf das Allereingehendste, und gezwungen ist, die letzten Ziele der Partei auf das Allerdeutlichste klarzulegen, selbst wenn er es nicht wollte. Ich stehe weiter selbstverständlich auf dem Boden, daß unser ganzer Kampf stattzufinden hat zur Erreichung der politischen Macht, „die

nicht das Werk eines Augenblicks, nicht die Frucht einer momentan gelungenen Ueberrumpelung des Gegners sein kann, sondern nur durch zähe und ausdauernde Arbeit und geschickte Benutzung aller Mittel und Wege der Propaganda zu erringen ist." Ich erkläre weiter, daß ich fest und entschieden eintrete für das ganze Ziel der Partei, aber auch eintrete für die einzelnen Verbesserungen, wie die Resolution selbst will, und die ich in dem Maße, wie sie nothwendiger und näher sind, für ausgezeichnete Agitationsmittel halte; ich erkläre weiter, daß es mir nicht im Entferntesten eingefallen ist, aus den fünf Punkten, welche ich herausgehoben habe, im eigentlichen oder überhaupt in irgend welchem Sinne ein eigenes Programm zu machen, sondern daß sie in der Reihe stehen sollen, wie jede andere Forderung, daß ich aber einen gewissen Nachdruck darauf lege, weil diese Forderungen heute nothwendig sind und, wie beim Arbeiterschutzgesetz, von uns seit Jahren geltend gemacht werden. Weil ich in allen diesen Punkten genau auf dem Standpunkt der Resolution Bebel stehe, weil ich ihre Annahme wünsche, weil ich diese Bebel'sche Resolution, wenn sie angenommen wird, dann für die ganze Partei einschließlich aller und meiner für bindend erachte, deshalb trete ich für sie ein. Damit ist nach meiner Meinung die Angelegenheit erledigt, und sie muß erledigt sein. Etwas weiteres kann einem Parteigenossen nach meiner Ansicht nicht zugemuthet werden. (Sehr richtig!)

Da kommt nun der Antrag Oertel. Es giebt zwei verschiedene Arten, wie man eine Streitfrage innerhalb einer Partei erledigen kann, die sachliche und die persönliche. Die sachliche besteht darin, daß man sich nicht an den einzelnen Fall, nicht an die einzelne Person hält, sondern, anstatt etwas zu verbieten, positiv setzt, was man im Interesse der Partei für nothwendig hält, was dann von selbst die Verpflichtung ausspricht, daß jeder Einzelne sich fügt, worüber ein Wort nicht weiter zu sprechen ist. Diese sachliche Art der Erledigung ist in unserer Partei seit ihrer Geburt alte, unweigerliche, unverbrüchliche Sitte. Ein Redner, ich glaube Fischer, hat angeführt, wir hätten ja auch schon mit Bebel und Liebknecht Streit bekommen und die hätten sich auch fügen müssen. Es kommt blos darauf an, welche Form gewählt wird. Erinnern Sie sich der Rede Liebknechts von 1869. Das war der erste Streitfall. Damals hat Liebknecht gegen Bebel die Rede gehalten, in so scharfen Worten, daß er sagte, den Eintritt in's Parlament empfehlen (wie Bebel gethan) könne nur Verrath oder Kurzsichtigkeit! Sieben oder acht Monate später ist der Kongreß der Eisenacher in Stuttgart zusammengetreten; ihm ist es nicht eingefallen, zu erklären, wir sind mit Liebknecht nicht einverstanden, sondern er hat sachlich die Taktik festgelegt und für die Zukunft vorgeschrieben. Dann kam 1876, wo Bebel und Liebknecht sagten, sie wollten für den Kleinkram unseres

Programms nicht eintreten, wie Fischer es dargestellt hat. Wir haben den Streit Frohme—Bebel gehabt, der auch von einem Kongreß entschieden wurde; da ist es keinem Menschen eingefallen, zu erklären: wir sind mit Frohme nicht einverstanden. Wir haben die Dampfersubvention bekommen, der Streit darum war der größte bisher. Dem nächsten Kongreß ist es wiederum nicht eingefallen, zu erklären: wir sind mit den Genossen A, B, C u. s. w. nicht einverstanden. Mit einem Worte: unsere Parteigeschichte weist nicht ein einziges Beispiel auf, wo wir an Stelle der sachlichen die persönliche Erledigung gesetzt hätten. Diese Art der Erledigung ist die freundschafliche unter solchen, welche in Zukunft miteinander weiter wirken; sie ist aller Betheiligten würdig und schädigt keinen Einzelnen.

Der andere Weg ist der persönliche, der dadurch, daß er zur Ausnahme wird, persönlich um so verletzender wirkt. Ich weiß in meiner Parteithätigkeit auf den Parteitagen einen einzigen Fall, wo mit Namensnennung etwas erklärt wurde; das war beim Ausschluß von Most und Hasselmann. Ich muß es Ihnen überlassen, ob der gegenwärtige Fall irgend welche Verwandtschaft mit dem Fall Most und Hasselmann hat. Die Behauptung wird vielleicht erhoben werden, und da ich das Schlußwort nicht habe, muß ich meine Erwiderung darauf vorweg nehmen: Es wird gesagt und ist mir persönlich gesagt worden, wenn wir, nachdem einmal der Unterantrag eingebracht ist, ihn nicht annehmen, so gewinnt es den Anschein oder so soll es wohl so sein, als ob sich die Partei einem Einzelnen, nämlich dem Vollmar unterwerfe. Ich mag nicht gern kränkende Worte in den Mund nehmen, aber etwas Ungeheuerlicheres kann es wohl nicht geben, als diese Annahme, wenn man die Partei und meine Person, meine Gepflogenheiten betrachtet. Wenn jemand weniger Lust hätte als ich, die Partei sich zu unterwerfen, dann wäre die Gefahr wahrlich nicht so groß. Die Resolution Oertel ist sachlich vollständig dadurch beseitigt, daß ich mich auf den Boden der Resolution stelle und hinzugefügt habe, wie auch jegliche Nebenabsicht ein für alle Mal beseitigt ist. (Sehr richtig!) Damit ist die Resolution beseitigt; sie hat, was man auch sagen mag, eine persönliche Spitze und wirkt persönlich verletzend. Wenn man Jemand einen Rüffel ertheilt, ihm ein Mißtrauensvotum giebt, braucht man nicht die gröbsten Worte zu nehmen, das kann sehr ruhig ausgedrückt werden, und es wird damit an der Sache selbst nicht das Mindeste geändert. Nun steht es aber so: Der Abgeordnete nimmt eine öffentliche Vertrauensstellung innerhalb der Partei ein und auch nach außen hin, und wenn er wirksam wirken soll, namentlich wenn er das bei uns in Süddeutschland können soll, wo wir nicht mit einer homogenen Arbeiterbevölkerung, sondern mit anderen Verhältnissen zu thun haben, dann muß das Vertrauen zu ihm un-

erschüttert, seine öffentliche Stellung unangetastet sein. Was würde man z. B. sagen, wenn ich, der ich mit Bebel meistens einverstanden bin, aber es nicht bin mit seinen letzten Berliner Reden über die Unvermeidlichkeit des Krieges, mich nun hinsetzte und schrieb: der Kongreß erklärt hiermit, daß er mit Bebel nicht einverstanden ist. Es könnte dann ein dritter und vierter kommen und ähnliche Erklärungen bezüglich anderer Punkte beantragen. (Vielfache Zustimmung.) Das ist nicht die Art, wie man innerhalb der Partei vorgehen kann. Jedenfalls bitte ich Sie, dies in Betracht zu ziehen und meine Worte genau abzuwägen. So viel steht fest für mich, daß eine derartige persönliche Zuspitzung, ein speziell auf den persönlichen Fall zugespitztes Mißtrauensvotum für mich unannehmbar ist, und wenn es nichtsdestoweniger vielleicht unter irgend welchen Einwirkungen, welche ich nicht paralysiren kann, angenommen werden sollte, so habe ich Ihnen einfach und ruhig zu erklären, daß in diesem Fall der Boden für eine weitere Thätigkeit nicht mehr gegeben ist und ich dann zum letzten Male zu Ihnen gesprochen habe. Lassen Sie diese persönliche Spitze weg, nehmen Sie die sachliche Erklärung an, welche alles vollkommen entscheidet und für die vollkommene Einigkeit innerhalb der Partei maßgebend ist, dann steht es für mich anders, dann ist sie für mich ebenso bindend, wie für jeden andern, dann kann ich weiter wirken, wie seit mehr als einem Jahrzehnt. (Lebhafter Beifall.)

Persönlich bemerkt Liebknecht: Vollmar hat bezüglich meiner Broschüre gesagt, ich hätte darin erklärt, der Eintritt ins Parlament sei Verrath oder Kurzsichtigkeit, und Bebel sei in den Reichstag eingetreten. Ich bin ja selbst im Reichstage gewesen und, wie Bebel erklärt hat, sind wir über die im Reichstage einzuhaltende Taktik nicht einverstanden gewesen. Eine persönliche Spitze gegen Bebel lag in meiner Broschüre nicht.

Bebel: Parteigenossen! Als Referent bin ich genöthigt, auf das Ganze der Verhandlungen, die wir seit zwei Tagen hier gepflogen haben, einzugehen und sie zu resumiren. Ueber eine Reihe von Punkten, die nach meiner Ansicht sich schon erledigt haben, kann ich hinweggehen. Dagegen kann ich ungeachtet der Thatsache, daß eine Anzahl Genossen den Saal verließen, weil heute Mittag ein Beschluß gefaßt wurde, der ihnen nicht paßte, nicht umhin auf einige der von ihnen berührten Fragen einzugehen. Die Herren, welche von jener Seite ihre Einwendungen gegen die bisherige Taktik der Partei und Fraktion erhoben, sind nicht nur in diesem Saale gehört worden, sondern sie werden auch außerhalb dieses Saales, namentlich in den gegnerischen Parteien gehört, und dort könnte es den Anschein erwecken, als wenn wir auf die Ansichten Jener nicht zu antworten vermöchten. So unangenehm es mir also ist, in Abwesenheit jener Herren ihnen zu entgegnen, so bin ich dazu gezwungen.

Herr Auerbach hat nochmals in längeren Ausführungen die Anklagen und Beschwerden der Opposition darzulegen versucht. Wenn er dabei erklärte, es sei ihm stets nur um die Sache zu thun gewesen und die Differenzen und Gegensätze sachlich zum Austrag zu bringen, sie seien nichts als „allergetreueste" Opposition der Partei gewesen, so antworte ich darauf, daß wenn die Herren immer so geredet hätten wie heute er, es nicht zu jenen erhitzten und erregten Erörterungen, wie sie stattgefunden haben, gekommen wäre. Das aber ist der Grundunterschied, daß die Herren, wie von allen Seiten konstatirt worden ist, auf diesem Parteitage eine Taktik verfolgt haben, welche von der draußen im Lande und in Berlin von ihnen verfolgten wesentlich verschieden war. Ich konstatire noch einmal, daß es sich vor allem für uns darum handelte, die persönlichen Verunglimpfungen und Anschuldigungen gegen bestimmte Kreise und speziell gegen die Parteileitung, die von einzelnen unter den Herren der Opposition erhoben wurden, unter Beweis zu stellen, und weiter wurde verlangt, daß die beschimpfenden Angriffe des bekannten Berliner Flugblatts gegen die Fraktion und Partei ebenfalls bewiesen oder zurückgenommen wurden. Um diese Dinge handelt es sich allein, sie waren die Ursache, daß hier bestimmte Personen in den Vordergrund gezogen wurden, weil sie vorzugsweise jene Anklagen erhoben hatten. Würde die Opposition sich in der Weise ergangen und ausgelassen haben wie z. B. Vollmar in seiner abweichenden Meinung über die Taktik der Partei, dann wären Differenzen persönlicher Art nicht möglich gewesen.

Ich komme nun zunächst noch auf einige von Wildberger erhobene Anschuldigungen. Was seine Beschuldigungen betrifft, es herrsche die Diktatur in der Partei, so hat er als Anklagematerial nur Thatsachen herbeigezogen, welche in die Zeit vor Halle und zum Theil noch in die früheste Zeit des Ausnahmegesetzes fallen und durch frühere Parteitagverhandlungen längst erledigt worden sind. Dasselbe gilt von einer Reihe anderer Anschuldigungen, die er zusammen mit Werner vorgebracht hat. Es hieße die kostbare Zeit des Parteitages in unverantwortlicher Weise in Anspruch nehmen, wenn ich hier noch einmal auf die durch Beschlüsse in St. Gallen und Halle und die dort definitiv entschiedenen und erledigten Punkte eingehen wollte. Das ist, was man den Herren noch zum besonderen Vorwurf machen muß, daß sie sich nicht beschränkten auf diejenigen Dinge einzugehen, welche innerhalb des letzten Jahres nach ihrer Meinung Schaden und Unehre der Partei gebracht haben sollten, sondern daß sie zum Theil mit ihren Anklagen auf 10 und mehr Jahre zurückgriffen und längst abgethane Dinge wieder zum Gegenstand der Anklage machten. Weiter ist von Wildberger der Vorwurf aufrecht erhalten worden, die Fraktion habe eine kleinbürgerliche Reformtaktik eingeschlagen. Genosse Fritz

hat schon vor einigen Tagen sehr drastisch aus Flugblättern für die Wahl Wildberger's im dritten Berliner Wahlkreis nachgewiesen, daß diese Flugblätter ihrem ganzen Inhalt nach genau dasselbe enthielten, wie die Parteiflugblätter im Allgemeinen, daß in ihnen allen — und ich habe hier sechs verschiedene Flugblätter für die Wahl Wildberger's in der Hand — auf die Stimmen der Handwerker, der Kleingewerbetreibenden, der kleinen Beamten gerechnet wird, und diese alle aufgefordert werden, für Wildberger's Wahl einzutreten. Niederauer hat den sehr verunglückten Versuch gemacht, Wildberger bezüglich dieser Flugblätter zu entschuldigen, indem er sagte, wenn Wildberger sich diese Flugblätter nicht hätte gefallen lassen, wenn er sie nicht vertreten hätte, was wären ihm dann für Vorwürfe gemacht worden? Nun, wenn Wildberger nicht damit einverstanden war, hatte er die Verpflichtung, sie zu desavouiren und zu erklären, er lasse sich auf dieses Programm nicht wählen. Ich bedaure, daß in der Ihnen vorgelegten Broschüre über die Berliner Opposition nicht alles abgedruckt ist, was hätte abgedruckt werden müssen. Es ist nicht überflüssig mitzutheilen, was er in seinen Wahlreden äußerte. Insbesondere ist bemerkenswerth, daß er noch im Februar 1890, also zu einer Zeit, wo die Thätigkeit der Fraktion keine andere gewesen war als nachher, sich vollständig auf dem Boden der Fraktion und ihrer Thätigkeit stellte und auf diese Thätigkeit mit Nachdruck hinwies, um sie für seine Wahl wirken zu lassen. Da heißt es in einer seiner Reden von damals: „Die Sozialdemokratie will nicht zerstören, sondern aufbauen; unsere Ziele sind so berechtigte, so durch die Vernunft begründete, daß wer auch nur menschlich denkt, sie anerkennen muß. Sie sind nicht mit einem Male zu verwirklichen und werden auch nicht erreicht werden können, wenn wir 100 Vertreter im Reichstage haben. Wohl aber würden wir unseren Zielen dadurch erheblich näher gerückt werden." (Hört!) Ganz ähnlich äußerte sich Wildberger in seinen anderen Reden. Werner hat es als ein „besonderes Zeichen für die Entwicklung des Klassenbewußtseins unter den Bergarbeitern gefeiert, daß sie beschlossen hatten, in Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen nicht zu streiken." Bei einer anderen Gelegenheit erklärt Werner, unsere Partei sei die *einzige*, die durch ihr Verhalten im Reichstage bewiesen habe, daß sie wirklich für die Rechte des arbeitenden Volkes eintrete. (Hört!) Damit ist zur Genüge bewiesen, daß bis zum 20. Februar 1890 die Herren von der Opposition und ihre Wortführer genau auf demselben Boden gestanden haben, wie die Fraktion und die Gesammtheit der Partei; und wenn sie nachher eine andere Taktik einschlugen, und Werner sagt, seit jener Zeit hätten sich seine Anschauungen geändert, so ist das blos dem Unglück zuzuschreiben, daß sie bei den Wahlen durchfielen. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Daß der Durchfall jener

Herren aber kein maßgebendes Motiv für die Aenderung der Taktik der Partei oder der Fraktion sein konnte, versteht sich doch wohl von selbst. Wildberger hat ferner gegen mich den Vorwurf erhoben, daß ich diejenige Haltung, welche ich dem Frankfurter Aufruf gegenüber eingenommen, nicht auch gegen das Berliner Flugblatt beobachtete, und hat hinzugefügt, er verstehe nicht, wie ich nach dem Vorgehen der Frankfurter Genossen gegen diese so glimpflich und gegen sie, die Berliner, so rücksichtslos vorgehen konnte. Zunächst habe ich zu erklären, daß ich in keiner Weise mich mit dem Inhalt des Frankfurter Aufrufs identifizirt habe, sondern ich habe mich dagegen ausgesprochen. Noch mehr; da ich geschäftlich von Berlin abwesend war, als die Fraktion über die Frankfurter Angelegenheit beschloß und eine Deputation nach Zürich schickte, habe ich später sehr bedauert, daß die Vertreter der Fraktion jene Erklärung der Frankfurter veröffentlichten, und zwar bedauerte ich dies im Interesse der Frankfurter Genossen selbst. Nachdem aber die Fraktion die Veröffentlichung selbst hatte erfolgen lassen, stand denn doch die Sache anders. Zunächst war die Frankfurter Erklärung nicht heimtückisch ohne Unterschrift veröffentlicht worden, sondern die Frankfurter Genossen bekannten sich dazu, während hier nur Wildberger zum Berliner Flugblatt sich bekannt hat. Als dann Frohme, nachdem die Erklärung der Fraktion und der Redaktion des „Sozialdemokrat" veröffentlicht war, noch auf eigene Faust sich veranlaßt sah gegen die Frankfurter Stellung zu nehmen, hielt ich dieses Vorgehen nicht für richtig und nahm gegen ihn Stellung, aber nicht für den Inhalt der Frankfurter Erklärung. So gut wie Auer hier aussprach, mit einer ganzen Anzahl Stellen aus dem Berliner Flugblatt sich einverstanden erklären zu können, genau so erging es mir mit dem Frankfurter Aufruf. Aber die Dinge lagen auch sonst himmelweit verschieden. Damals hatten wir das Ausnahmegesetz und keine Presse, die frei schreiben konnte; über die Stellung der Fraktion zur Dampfersubvention war eine große Erregung eingetreten, und so hatten die Frankfurter Genossen von ihrem Rechte Gebrauch gemacht und ihre Meinung in dieser Angelegenheit an das Partei-Organ geschickt, und dieses hatte unter Zustimmung der Fraktion jene Erklärung als wichtige Meinungsäußerung eines Theiles der Partei veröffentlicht. Ganz anders lag der Fall in Berlin. Wir haben kein Ausnahmegesetz mehr, wir haben eine Presse, die täglich zur Partei sprechen kann, wir haben Vereine und Versammlungen. Die Genossen haben also volle Gelegenheit, alles was ihnen an der Leitung oder an einzelnen Genossen nicht gefällt, in offener Weise zur Sprache zu bringen. Darum ist das illoyale Vorgehen der Opposition, wie es in der Art der Verbreitung des Flugblattes und in dessen Ableugnung sich gezeigt hat, zu verurtheilen. Herr Wildberger ist dann auf die Abrüstungsfrage

gekommen und hat mir aus meinen Aeußerungen im Reichstage nachweisen wollen, daß ich einen Fehler machte. Er irrt. In diesem Punkte habe ich nie einen Fehler gemacht. Ueber die absolute Unausführbarkeit und das utopische eines Planes, wie jener der allgemeinen Abrüstung ist, bin ich nie im Zweifel gewesen. Wer übrigens die Resolution, die später der Brüsseler Kongreß in Bezug auf den Militarismus gefaßt hat, einigermaßen aufmerksam liest, wird finden, daß meine Aeußerungen im Reichstag mit der jener Resolution zu Grunde liegenden Auffassung sich decken. Eine Frage wie die Abrüstungsfrage, ist für uns keine Prinzipienfrage. Ich mache daher Niemandem, der anderer Meinung ist, daraus einen Vorwurf, nur dagegen verwahre ich mich, daß ich einen Fehler gemacht haben soll, während ich glaube grade korrekt gehandelt zu haben.

Ferner hat Auerbach eine Reihe von Punkten hervorgehoben, welche die letzjährige Thätigkeit der Fraktion betreffen. Wenn Auerbach und seine Freunde eine Entscheidung des Parteitages hätten herbeiführen wollen, dann war der einfache und natürliche Weg, daß sie erklärten, die Fraktion hat im Laufe des Jahres die und die Haltung eingenommen, die und die Anträge gestellt; wir meinen, das verstößt gegen das Programm oder die Taktik und deshalb soll der Parteitag darüber sein Urtheil abgeben. Das wäre berechtigt und loyal gewesen, so mußte vorgegangen werden, weil es der einzige Weg zur Entscheidung solcher Differenzen ist; alsdann würden alle diese unerquicklichen Debatten unmöglich gewesen sein. Eine solche sachliche Auseinandersetzung und Entscheidung hat man aber nicht herbeizuführen versucht. Auerbach ist sogar soweit gegangen und hat einem Antrag von uns eine Tendenz unterschoben, welche durch die Motivirung des Antrages ganz ausgeschlossen ist; ich meine den Antrag auf Verstaatlichung der Apotheken. Die ganzen Ausführungen Auerbach's über diese Frage werden dadurch hinfällig, daß in den Motiven zu dem von uns eingebrachten Antrage erklärt ist, das Apothekenwesen soll in dem Sinne verstaatlicht werden, daß die Arzneimittel zum Selbstkostenpreise gewährt und der Staat keine Ueberschüsse macht. Es kann also von einem spekulativen Unternehmen, wie es die Post, die Eisenbahnen, die Bergwerke und andere Staatsbetriebe sind, welche der Staat genau wie ein Privatunternehmer behandelt und bei ihnen in demselben Maße Arbeiter und Beamte ausbeutet und dabei die Ueberschüsse nicht selten für kulturfeindliche Zwecke verwendet, keine Rede sein. Auch wird mit einem solchen Antrag nicht der Boden des Staatssozialismus betreten. In unseren eigenen Reihen ist vielfach dadurch Verwirrung eingetreten, daß man fälschlicherweise als Beispiel dafür, wie die Sozialdemokratie vorzugehen habe, auf das Postregal verwies. Allein Niemand darf

diese Staatsbetriebe als staatssozialistische Betriebe ansehen, es sind Staatsbetriebe, welche rein privatkapitalistisch betrieben werden. Sobald die Sozialdemokratie dahin gelangt, die politische Gewalt in ihre Hände zu bekommen, würde das Vorhandensein dieser Staatsbetriebe den einzigen Vortheil haben, daß man ihre Expropriation nicht mehr vorzunehmen brauchte. Von diesem Standpunkt könnte man einer weiteren Verstaatlichung aller möglichen Betriebe zustimmen, wenn dabei nicht andere Interessen politischer Natur in Frage kämen, die ein solches Vorgehen bedenklich erscheinen lassen. Der Begriff „staatssozialistisch" trifft also bei unseren Staatsbetrieben nicht zu; das ist allenfalls zutreffend bei der Alters- und Invaliditätsgesetzgebung, bei welcher der Staat direkt materiell eingreift. Aber wir unsererseits haben nicht dafür gestimmt, weil das Gesetz uns zu „staatssozialistisch" war, sondern weil es u n g e n ü g e n d und u n z u l ä n g l i c h in seinen Leistungen ist. Andererseits haben wir uns sehr entschieden dagegen verwahrt, daß solche Gesetze die Lösung der sozialen Frage herbeizuführen vermöchten. Es ist von uns, und zwar speziell von mir, im Auftrage der Fraktion nachdrücklichst erklärt worden, daß diese ganze Gesetzgebung die Klassenlage der Arbeiter nicht im Geringsten verändere und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft nicht berühre. Damit bin ich mit diesem Theil der Opposition fertig.

Ich komme nun zu Vollmar. Er hat im Eingang seiner heutigen Rede hervorgehoben, daß die Art und Weise, wie seine Münchener Reden hier verschiedentlich behandelt wurden, ihm den Eindruck erweckt habe, daß man entweder die Reden überhaupt nicht gelesen oder sie so interpretirt habe, wie es ihrem Sinne nicht entspreche. Er hat darzulegen sich bemüht, in welchem Sinne er sie aufgefaßt haben wolle; nicht um den einzelnen Satz oder die einzelnen Worte, wie dies hier und da nach seiner Meinung geschehen sei, handle es sich, sondern sie seien in ihrer Gesammtheit zu betrachten. Er hat weiter darüber sich beklagt, daß nicht allein die Gegner seinen Reden und seinem Auftreten Unterstellungen gemacht hätten, die seinen Absichten direkt widersprächen, sondern daß dies auch von weiteren Kreisen der Parteigenossen und der Parteipresse geschehen sei. Ich habe der ganzen Frage von Anfang an mit großer Objektivität gegenübergestanden, ich will weiter hinzufügen, daß ich mich nicht entsinne, außer einem einzigen Bericht eines gegnerischen Blattes, irgend etwas über die Reden Vollmar's gelesen zu haben. An meinem Urtheil über diese Reden, ist die gegnerische Presse sehr unschuldig. Ich würde es überhaupt als eine persönliche Herabsetzung meiner selbst ansehen, wollte ich mir ein Urtheil über einen Parteigenossen auf das hin bilden, was die gegnerische Presse über ihn sagt. Auch alle Diejenigen, welche hier über die Vollmar'schen Reden gesprochen, haben ihr Urtheil nicht

aus der gegnerischen Presse geholt, wenn auch nicht bestritten werden soll, daß sie einen mehr oder weniger großen Theil erst veranlaßt hat, sich damit zu befassen. Ich stehe nun auf dem Standpunkt, den Vollmar *selbst* seinen eigenen Reden gegenüber einnimmt. Ich halte es auch für falsch, verkehrt und im höchsten Grade ungerecht, wollte man diese Reden nach einzelnen Ausdrücken, Worten oder Sätzen beurtheilen, denn da wird immer nachzuweisen sein und Vollmar selbst glaubt das nachgewiesen zu haben, daß in Wahrheit garnicht darin stehe, was man herausliest. Fragen wir uns einmal: Wie sind jene Reden zu Stande gekommen? Vollmar verwahrt sich dagegen, daß er blos eine Rede auf Lager habe oder andere Reden als diese eine nicht halte, und so enthielten sie keineswegs Alles was er denke. Wer Vollmar kennt, weiß, daß er viel zu intelligent ist, als daß ihm eine solche Unterstellung gemacht werden kann; sie ist ihm auch weder von mir, noch vom Parteitage, noch in der Parteipresse gemacht worden. Wäre ihm solcher Unsinn nachgesagt worden, ich hätte es an Vollmar's Statt nicht der Mühe werth gehalten, darüber zu sprechen. Aber gleichwohl, die Reden, die uns vorliegen, bilden ein gegliedertes Ganze, sie sind aus einem Guß; sie sind auch nicht aus dem Stegreif gehalten, sondern sorgfältig präparirt, jedes Wort darin ist gewissermaßen abgewogen, und insofern kann man mit vollem Rechte sagen: Was da steht, ist die ruhige, volle, überlegte Meinung Vollmar's. Die erste Rede wurde am 1. Juni gehalten, Vollmar hat darüber kein Stenogramm aufnehmen lassen, er hat auch den Bericht im Münchener Parteiblatt vor der Veröffentlichung nicht gelesen, aber er hat diese Rede nachträglich fixirt auf Grund der qu. Notizen, die ihr zu Grunde lagen, nachdem sie in der Partei auf Gegnerschaft stieß und von der gegnerischen Presse mit Jubel begrüßt wurde, weil man sie dort als hochwichtig bezeichnete. Man wies auf jener Seite darauf hin, daß, wenn ein Mann von der Stellung Vollmar's, der bisher zum linkesten Flügel in der Partei gerechnet wurde, der bis vor kurzem noch von der Opposition selbst als ihre Nährmutter angesehen wurde, auf einmal eine völlige Frontveränderung vornehme, dies einen Bruch mit der ganzen bisherigen Taktik der Partei, mit seiner ganzen bisherigen Laufbahn bedeute und für die Partei von großer Wichtigkeit sei. Was das Letztere betrifft, so stimme ich dem Urtheil der gegnerischen Presse bei. *Es ist keiner in der Partei, der in so kurzer Zeit von seinem radikalen zu einem so opportunistischen Standpunkt gelangte wie er*, und man muß billigerweise fragen, wie erklärt es sich, daß bei einem mit großer Intelligenz und Bildung ausgestatteten Manne eine solche Aenderung in seinen Anschauungen und seiner Stellung eintritt? Darüber kann man verschiedener Meinung sein. Ich will aber nicht anstehen, offen zu sagen, daß, als jene Reden

bekannt wurden, eine ganze Reihe persönlicher Freunde meinten, es sei nicht denkbar, daß Vollmar das gesagt habe, was man ihn sagen ließ. Man frug sich: was bezweckt er, was will er? Will er nur von sich reden machen oder was bedeutet es? Da habe ich geantwortet: ich bin überzeugt, das ist seine wirkliche Meinung, und sie erklärt sich einfach aus den total veränderten persönlichen Verhältnissen und aus der Stellung, in die er in den letzten Jahren gekommen ist. — Die alte Mythologie erzählt von einem Riesen Antäus, welcher zeitweilig, um neue Kräfte zu sammeln, zur Mutter Erde zurückkehrte, um aus deren Berührung neue Kräfte zu sammeln. Das gilt bildlich auch von den sozialdemokratischen Führern und Agitatoren. In dem Augenblick, daß ein Mann, der in der Partei eine hervorragende Rolle spielt, die beständige Fühlung mit der Masse verliert, weil er in eine andere soziale Position gelangt, ist die Gefahr vorhanden, daß er auf Abwege geräth und das Gefühl der Zusammengehörigkeit und des Zusammenhanges mit der Partei verliert. (Sehr richtig!) — Vollmar ist seit Jahren mehr oder weniger isolirt, schon in Folge seines körperlichen Zustandes, mehr noch in Folge seiner persönlichen, sozial angenehmen Verhältnisse. Wie nun nach unserer materialistischen Auffassung bei ganzen Klassen die Existenzbedingungen ihren Gedankengang beherrschen, so gilt dasselbe sehr häufig auch von den Individuen unter uns selbst. Es geschieht nur zu oft, wenn man selbst in einer Position ist, die man als satte bezeichnen kann, daß man der Versuchung erliegt, die eigenen Gefühle auch der hungrigen Masse zu unterstellen und zu denken: es pressirt, es eilt nicht mit der Umgestaltung, seien wir vorsichtig und sorgen wir, daß wir wenigstens allmählich, peu à peu zum Ziele kommen. Wir haben ja Zeit.

Ich begreife diese Auffassung, die sich eines Menschen unter gewissen Verhältnissen bemächtigen kann, vollkommen — und Vollmar kennt auch meine Auffassung, indem er meine Darlegungen in der „Neuen Zeit" als einen Appell an die Ungeduld der Massen bezeichnete. Das ist vollkommen richtig. Nicht, daß ich wider besseres Wissen an die Ungeduld der Massen denke und mit ihr rechne, sondern weil mir mein Gefühl und mein Verstand sagen: die Elemente, aus welchen die Partei besteht, haben alle Ursache, hochgradig unzufrieden und damit auch hochgradig ungeduldig zu sein, und sie wünschen und erwarten mit Recht, daß eine Umgestaltung aller Verhältnisse baldigst eintrete.

Andererseits ist unsere Partei keineswegs eine vollständig homogene, in der Alle auf gleicher materieller und geistiger Stufe stehen. Unsere Partei ist in Folge der allgemeinen sozialen Entwicklung in den letzten Jahren die stärkste Partei in Deutschland geworden, und so ist natürlich, daß innerhalb der Partei selbst verschiedene Strömungen in Bezug auf das Tempo der Marsch-

bewegung vorhanden sind. Aber, mag man über das Tempo verschiedener Meinung sein, eins ist unzweifelhaft: als sozialdemokratische Partei haben wir mit allem Nachdruck den Klassenkampf zu führen und die Zustände unter das Sezirmesser einer scharfen Kritik zu nehmen. Bei allen noch so unbedeutenden Fragen müssen wir nachdrücklich betonen, daß irgend welche positiven Vortheile aus unserer Agitation keinen anderen Zweck haben können, als die Partei kampffähiger zu machen, um das große, ganze Ziel rascher und ausgiebiger zu erreichen. Also: die Natur unseres Kampfes als Klassenkampf muß überall und mit aller Schärfe hervorgehoben und dabei immer wieder betont werden: das, was die Gegner uns geben, geben sie nicht freiwillig, sondern es wird ihnen abgetrotzt. Wir dürfen uns weder über den Charakter unserer Gegner, noch über den der Bewegung täuschen. (Ruf: Hat Vollmar gesagt!) Nein, das hat er in seiner Broschüre nicht gesagt! Allerdings hat er gesagt, wir dürfen das Ziel nicht aus den Augen verlieren, andererseits aber betont er in seinen beiden Reden systematisch auf jeder Seite: aber langsam, bedächtig, geht mit Mäßigung vor, setzt Euch keiner Uebereilung, keiner Gefahr aus und bedenkt, daß viele unserer Gegner vom besten Willen beseelt sind. Vollmar hat zur Begründung seiner Ausführungen, daß doch etwas anderes in seinen Reden stände, als man darin sehe, eine Reihe von Citaten aus denselben gegeben. Nun ist aber doch eins bei alledem sehr auffallend: Vollmar sieht sich genöthigt, seine am 1. Juni gehaltene Rede dem Druck zu übergeben, weil man falsch über sie berichtete; alsdann sieht er sich wieder genöthigt, nachträglich noch eine zweite Rede zu halten, die als Interpretation der ersten Rede gelten muß. Nachdem er aber beide dem Druck übergeben hat, muß er hier eine dritte Rede halten, die wieder als eine Interpretation der ersten und zweiten Rede anzusehen ist. Seine heutige Rede weicht aber nicht unerheblich von dem Tenor der beiden ersten Reden ab. (Sehr wahr!) Sehen wir einmal näher zu. Seine Reden führen den Titel: Ueber die nächsten Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie. Er hat gleich Eingangs die Frage aufgeworfen, ob die seit dem Fall des Sozialistengesetzes eingetretenen Veränderungen die Partei veranlassen könnten, einer anderen Taktik zu folgen. Es ist also durchaus falsch, wenn Vollmar heute mit allem Nachdruck erklärt, es sei ihm garnicht eingefallen eine neue Taktik zu wollen. Wenn es sich darum handelte, die alte Taktik beizubehalten, dann brauchten überhaupt die Reden nicht gehalten zu werden. (Sehr wahr!) Wir sollen ihm zufolge durch den „neuen Kurs" seit dem Fall des Sozialistengesetzes und dem Sturz Bismarck's in eine wesentlich andere Lage gekommen sein, es habe sich die Regierung genöthigt gesehen, in einer ganzen Reihe von Fragen eine andere Stellung

zu uns einzunehmen; es seien eine ganze Anzahl erheblicher Aenderungen und Verbesserungen eingetreten und wir müßten anerkennen, daß es viele wohlmeinende Leute mit gutem Herzen gäbe, die, wenn ihnen unsere Bestrebungen in richtiger Art vorgetragen würden, sehr geneigt sein würden, sich unseren Anschauungen anzuschließen, was letzteres ich auf das Entschiedenste bestreite. Vollmar hat uns endlich den Widerspruch vorgehalten, der nach ihm darin bestehe, daß wir auf der einen Seite das Ziel der Partei als ein in Bälde zu verwirklichendes betrachteten und andererseits fortwährend für alle möglichen Reformen einträten. Wäre dies an sich ein Widerspruch, so bestände er auch bei Vollmar; er sagt ja auch immer, ich behalte das ganze Ziel im Auge, aber nur mit dem Unterschied, daß es bei ihm in unendlicher Ferne schwebt. Das Gleichniß von Singer, das er glaubt lächerlich machen zu können, trifft in Wahrheit vollkommen zu. Nach seiner Taktik kämen wir mit Naturnothwendigkeit dahin, daß wir über der ausschließlichen Agitation für naheliegende Aufgaben schließlich vergessen, daß wir eine sozialdemokratische Partei sind (sehr wahr!), daß wir vergessen, daß Staat und Gesellschaft von heute Todfeinde der Sozialdemokratie sind und es ein Paktiren mit diesen nicht giebt. In vollständig logischer Folge seines Standpunktes befürwortet Vollmar denn auch, zwar das Ziel nicht aus dem Auge zu verlieren, aber dabei stets nur gewisse praktische Ziele im Auge zu behalten und darauf unsere ganze Kraft, unsere ganze Energie und unsere Mittel zu konzentriren. Ich habe diese Art von Konzentration eine Rückwärtskonzentration genannt. Ich möchte sie weiter eine Verzettelung unserer Kräfte nennen, eine Agitation, die im diametralen Gegensatz zu der ganzen bisherigen Thätigkeit unserer Partei steht. Bisher haben wir stets erklärt, wir wollen die sozialdemokratische Gesellschaft herbeiführen unter Beseitigung der heutigen bürgerlichen Gesellschaft und ihres politischen Oberbaues, des heutigen Staates. Zu diesem Zweck suchen wir alle Mittel und Vortheile zu erobern, um uns den Kampf für dieses Ziel zu erleichtern. Das Ziel in seiner Gesammtheit ist die Hauptsache, und das andere Nebensache. Wie weit wir in Bezug auf einzelne Konzessiönchen gekommen sind, in dem Augenblick, wo wir das Ganze glauben erreichen zu können, das ist nebensächlich für uns. Vollmar erklärt umgekehrt, das große allgemeine Ziel als das vorläufig nebensächliche und als Hauptsache die nächsten, praktischen Forderungen, die wir zu erreichen haben. Das ist ein so prinzipieller Gegensatz, wie er schärfer garnicht gedacht werden kann, und worüber Klarheit zu schaffen allerdings die Aufgabe des Kongresses ist. (Zustimmung.)

Vollmar hat mir vorgeworfen, daß ich gerne prophezeite und

er findet, das Prophezeien sei eine bedenkliche Sache, einmal nach der Richtung hin, daß es immer schlimm für den Prophezeier wäre, wenn das, was er prophezeie nicht eintreffe, und zweitens weil solche Prophezeiungen, wenn sie aus dem Munde einer Persönlichkeit kämen, die durch ihre Stellung in der Partei einen bestimmten Einfluß auf weitere Kreise habe, gefährlich werden könnten. Vollmar wirft mir zwar das Prophezeien vor, er hätte aber nicht gleichzeitig selbst ins Prophezeien fallen sollen. Der Unterschied zwischen ihm und mir besteht einzig und allein darin, daß er mir vorwirft, ein Optimist zu sein, vielleicht ein rosenfarbener Optimist, während ich ihn vorwerfen muß, daß er der schwärzeste Pessimist ist, den ich kenne, und daß er von diesem Standpunkte prophezeit. (Sehr richtig.)

Wenn ich sage, und wie ich glaube auch beweisen kann, so weit sich auf diesem Gebiet beweisen läßt, die Partei hat nach der Konstellation der Verhältnisse in Deutschland und Europa alle Ursache, der nächsten Zukunft getrosten Muthes entgegenzusehen und sich mit den besten Hoffnungen zu tragen, sagt Vollmar im Gegentheil: nein, alles liegt grau in grau, in nebelhafter Ferne. Er nimmt der Partei das, ohne das eine Partei wie die unserige nicht bestehen kann, die Begeisterung. (Sehr gut!) Man hat gegnerischerseits Vollmar einen neuen Lassalle genannt. Genossen! Mit Reden wie die Vollmar's hätte Lassalle nie etwas erreicht, wäre eine Sozialdemokratie nie erstanden. (Sehr wahr!) Damit kommt man in den nationalliberalen Sozialismus hinein, das hieße die nationalliberale Taktik in die sozialdemokratische Partei einführen. (Sehr wahr! Sehr richtig!) Vollmar sagt, nie wäre eine Partei an der Vorsicht zu Grunde gegangen. Die nationalliberale Partei ist mit dieser Vorsicht zu Grunde gegangen. (Sehr wahr!) Und ebenso beweist uns die Geschichte anderer Parteien, wenn sie durch die Macht der Umstände zur Gewalt gelangten, daß sie an allzugroßer Vorsicht, die dann leicht Aengstlichkeit wird, gescheitert und zu Grunde gegangen sind. Wir haben alle Ursache, das Feuer der Begeisterung in den Massen nicht nur zu erwecken, sondern auch zu erhalten (sehr wahr!) und, Parteigenossen, womit erwecken wir Begeisterung? Damit, daß wir nur allerlei Reformen, wie etwa den Normalarbeitstag fordern? Wahrhaftig, ich bin der Letzte, der den Werth des Normalarbeitstages unterschätzt. In dieser Beziehung unterschreibe ich die Worte von Marx. Auch habe ich den Werth praktischer Forderungen unserer Opposition gegenüber stets vertheidigt, aber wenn wir unser schönes Ziel in nebelhafte Ferne rücken und immer betonen, daß erst künftige Generationen es erreichen werden, dann läuft uns die Masse mit vollkommenem Recht auseinander. (Lebhafte Zustimmung, Zuruf Vollmars.) Na, Begeisterung hast Du mit Reden wie die letzten nicht geweckt, lieber Vollmar. (Heiterkeit.)

Parteigenossen! Ich habe die Reden Vollmar's drei- und viermal durchgelesen und studirt, in meinem Handexemplar werden Sie nicht eine Seite finden, die nicht mit Unterstreichungen und Bemerkungen von mir versehen wäre. Ich kenne also den Inhalt seiner Reden, und da sage ich noch einmal: die Reden sind ein Muster von Logik, aber sie enthalten auch von Anfang bis zu Ende fortwährend Mahnung zur Bedachtsamkeit und zur Mäßigung. Man hat mir gesagt, daß die erste Vollmar'sche Rede in Wahrheit viel schlimmer gewesen sei, als ihr Wortlaut, der nun im Druck vorliege. Ich kann und will das nicht beurtheilen. Andererseits aber mache ich kein Hehl daraus, daß, als ich vom Lesen der ersten zur zweiten Rede überging, ich mich schier gewundert habe, daß alles Bedenkliche in der ersten Rede in weit bedenklicherer Form in der zweiten enthalten ist. Diese enthält noch eine Potenzirung seiner opportunistischen Anschauungen. Da heißt es auf Seite 15 der Broschüre: „Es sind neue Männer an die Spitze getreten und mit ihnen sind, trotz vielseitigen Sträubens gegen Neues, eine nicht geringe Anzahl von Umgestaltungen eingetreten, die für uns nicht gleichgiltig sind. Nachdem diese neue Phase nun fast 1½ Jahre besteht, ist es an der Zeit, dieselbe forschend zu überblicken und zu prüfen, inwieweit sie zu Veränderungen in unserer politischen Stellungnahme Anlaß giebt oder nicht." — Die Quintessenz seiner Anschauungen befindet sich auf Seite 18: „Niemand kann daran denken, von unseren Grundsätzen etwas aufzugeben; vielmehr müssen wir bei jeder Handlung unserer praktischen Politik uns gegenwärtig halten, daß sie nur eine kleine Annäherung an das große Ziel ist. Aber die Hoffnung auf die Zukunft, die uns stärkt und erhebt, darf nicht die Hoffnung für die Gegenwart ersticken, muß sie vielmehr erst recht beleben. Die Wanderer auf dem langen und dornigen Wege zum fernen Ende können ihre Lebenskräfte nicht blos durch den Anblick des in nebelhafter Ferne sich abzeichnenden Zieles ihrer Hoffnungen aufrechterhalten, sonst würden sie lange vor der Ankunft verhungern und verschmachten. Deshalb müssen wir, ohne das Allgemeine aus dem Auge zu verlieren, vom Zeitunbegrenzten mehr ins Unmittelbare, vom Absoluten zum Positiven gehen, neben dem dauernden Programm solche Arbeitsprogramme aufstellen, welche für die nächstliegende Zeit bestimmt sind, und unsere Kraft auf solche Einzelforderungen sammeln, welche jeweilig den dringendsten Bedürfnissen entsprechen und die größte Möglichkeit der Durchführung für sich haben. Hinter diese Forderungen muß dann die ganze Kraft unserer Agitation, unsere Beweisführung und Ueberzeugung, die Geschicklichkeit und Zähigkeit der Verhandlung, sowie all' unser öffentlicher Einfluß gestellt werden. Man achtet und beachtet nur den Starken, und deshalb dürfen wir die Waffen, die wir bisher

geführt haben, nicht aus der Hand legen; sind sie doch gegenüber den Meisten unsere einzige Bürgschaft. Aber wir brauchen nicht jeden Augenblick unnütz mit ihnen zu lärmen. Der Wilde glaubt den Gegner zu schrecken, wenn er die Lanze drohend herumwirft und schreckliche Gebehrden macht; ein wohlorganisirtes Heer macht auch Gewehr bei Fuß den Eindruck der Stärke — sich selbst und anderen! — Von diesem Gesichtspunkte aus habe ich am 1. Juni als zunächst zu betreibende Forderungen bezeichnet: 1. Fortführung des Arbeiterschutzes, insbesondere Normal-Arbeitstag u. s. w. u. s. w."

Vollmar will also hiernach in der That eine gänzlich neue Taktik der Partei inauguriren. Wenn wir so agitiren wollten, wie Vollmar es wünscht, dann würden wir nothwendiger Weise eine Opportunitätspartei im allerschlimmsten Sinne des Wortes werden. Eine solche Taktik wäre etwa für die Partei dasselbe, als wenn man einem lebenden Organismus das Rückgrat zerbräche und ihm dann noch zugemuthet würde, dasselbe zu leisten wie vorher. (Zustimmung.) Dagegen wehre ich mich, daß der Sozialdemokratie ihr Rückgrat zerbrochen, d. h. ihr Prinzip, der Klassenkampf gegen die herrschenden Klassen und die Staatsgewalt, durch eine lahme Taktik und Kampfweise und durch den ausschließlichen Kampf für sogenannte praktische Ziele in den Hintergrund geschoben wird.

Heute hat nun Vollmar sich vollkommen korrekt auf den Boden der von mir vorgeschlagenen Resolution gestellt. Wenn er diese Erklärung in seiner ersten Rede gab, wäre nach meiner Ueberzeugung der Antrag Oertel unnöthig gewesen. (Zustimmung.) Aber vielleicht trage ich selbst ein wenig die Schuld. Ich will nicht verschweigen, daß Freunde mir am Samstag als Referenten den Vorwurf machten: Du bist selber schuld; hättest Du in Deinem Referat Vollmar ein wenig kräftiger geschüttelt, dann hätte er wahrscheinlich seine Rede ein wenig anders eingerichtet. (Zustimmung.) Nun, ich lasse das dahingestellt. Schließlich war es kein Unglück, daß es so gekommen ist. Die Debatte hat ihre Früchte getragen. — Vollmar hat mir allerdings für meine Rücksicht seltsam gedankt. — In meiner ersten Rede hatte ich dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß wir unsere Anträge stellten, einerlei, ob sie angenommen würden oder nicht, und ich konnte logisch und selbstverständlich nur damit sagen wollen: werden sie nicht angenommen, nun gut, so haben wir ein um so wirksameres Agitationsmittel.

Vollmar kennt diesen meinen Standpunkt ganz genau. Er weiß, daß niemand mehr wie ich an den von uns eingebrachten Anträgen gearbeitet hat, und daß die Arbeiterschutz-Gesetzentwürfe in ihrer ersten Formulirung von mir herrührten, da ich mit ihm in der von der Fraktion gewählten Kommission saß. Ueber meine Intentionen kann also bei ihm zu allerletzt ein Zweifel sein. (Zu-

ruf Vollmar's.) Höre Vollmar, wir kennen uns viel zu lange und zu genau, um uns täuschen zu können.

Wenn er dennoch meine Aeußerung so auslegte, als befürwortete ich Anträge zu stellen, deren Schicksal uns gleichgiltig sei, ja über deren Ablehnung wir uns freuten, so ist dies ein Verfahren, das ich zurückweise, und zwar nicht blos wegen mir, denn ich werde mit meinen Gegnern fertig, sondern der Genossen halber, die eine solche Auslassung draußen in der Agitation zu büßen haben. Ihnen gegenüber wird man sich auf die Auslegung meiner Worte durch Vollmar berufen, und daß er zu einer solchen Kampfesweise greift, ist, was ich ihm übel nehme.

Im Uebrigen thut dies seinem Standpunkt keinen Eintrag. Bis zu seiner Rede am Sonnabend hat er einen anderen Standpunkt eingenommen, als bisher die Partei, und wenn er jetzt erklärt, daß er voll und ganz auf dem Boden meiner Resolution stehe, dann antworte ich noch einmal, wäre diese Erklärung am Sonnabend von ihm abgegeben worden, hätte ich ihm Bravo zugerufen, denn dann war erreicht, was ich wünschte. Ich glaubte ihm in meiner ersten Rede eine goldene Brücke gebaut zu haben, damit er bei näherer Ueberlegung und nachdem er die Stimmung des Parteitages kennen gelernt hatte, eine Form finde, die ihm gestattete, den in seinen gedruckten Reden eingenommenen Standpunkt zu verlassen. Das war keine Blamage für ihn, denn wer nie unter uns geirrt hat, der trete auf und werfe den ersten Stein auf ihn. Weit entfernt, daß eine solche Erklärung ihn herabgesetzt hätte, sie würde im Gegentheil ihm zur höchsten Ehre gereicht haben. (Sehr richtig!) Aber nachdem Vollmar am Sonnabend erklärte, er billige zwar die Resolution, stehe aber in Bezug auf die Motive auf einem andern Boden, halte ich allerdings für nothwendig, daß der Parteitag in Bezug auf den Antrag Oertel Stellung nimmt. Wie kann eine Uebereinstimmung in der Sache, d. h. in dem, was resolvirt werden soll, erzielt werden, wenn in der Art der Geltendmachung der Sache diese Meinungsverschiedenheiten bestehen? Vollmar sagte, ich stimme mit der Bebel'schen Resolution überein, aber nicht mit den Motiven, während Auerbach sagt, ich bin nicht nur mit der Resolution einverstanden, sondern auch mit ihrer Motivirung, aber ich fürchte, daß die Parteileitung dieser Motivirung gemäß nicht handelt. Also die äußerste Rechte und die äußerste Linke vereinigen sich mit uns in dem Wortlaut der Resolution. Da meine ich nun, da muß etwas nicht in Ordnung sein, es muß in die Resolution etwas hineingetragen werden können, was nicht darin stehen soll. Wer garantirt, daß Vollmar, der seine Schwenkung von der radikalen nach der rechten Seite machte, auch nach seiner heutigen Erklärung nicht noch einmal eine neue Schwenkung macht und sich wieder auf seine ersten Reden stützt, das will ich ver-

hüten, und ich will auch verhüten, daß in unserer Partei sich vielleicht ein anderer findet, der es ihm nachmacht. (Zustimmung.) Hier muß ein Riegel vorgeschoben werden. Nachdem wir die Erfahrung gemacht, daß Vollmar, obgleich der Sinn seiner beiden hier gehaltenen Reden ein ganz verschiedener war, er sich in beiden mit der Resolution einverstanden erklärte, müssen wir zum Antrag Oertel Stellung nehmen. Ich setze hinzu: in diesem Augenblick scheidet bei dem Antrage Oertel Vollmar als Person vollständig für mich aus. Mit der Erklärung, die er heute in seiner Rede gegeben hat, ist die Sache für mich in Bezug auf ihn zunächst entschieden; aber nicht in Bezug auf die objektive Seite der Sache, d. h. in Bezug darauf, zu verhüten, daß künftig neue Leute kommen, ein beliebiger Schulze, Müller oder Cohn (Heiterkeit), der dann uns sagt: Vollmar hat ja auch erklärt, daß er auf dem Boden der Resolution steht, er hat aber seine erste Rede nicht zurückgenommen, warum soll ich nicht das wiederholen, was er gesagt hat und was ich zugleich für richtig halte? Es muß aber auch deshalb Stellung genommen werden, weil ich weiß, daß ein Standpunkt, wie ihn Vollmar vertritt, bei einem nicht unerheblichen Theil unserer Genossen theils aus mangelnder Einsicht, theils aus einem ganz natürlichen Trägheits- und Bequemlichkeitsgefühl Anklang findet. Die Rede, die Vollmar am Samstag gehalten, hat hier in diesem Kreise mehr Beifall gefunden, als ich erwartete; das sage ich ganz offen. Ich nehme von den betreffenden Parteigenossen, die hier die Partei vertreten, an, daß sie wissen, um was es sich handelt, daß sie nicht der schönen Form von Vollmars Rede oder seiner schönen Augen wegen Beifall zollten, sondern des Inhalts der Rede wegen, und deshalb wünsche ich, daß konstatirt wird, wie groß die Zahl derjenigen ist, die mit der Vollmar'schen Auffassung in Bezug auf die Taktik der Partei übereinstimmen. (Zustimmung.) Es muß Klarheit unter uns herrschen. Ist die Majorität der Meinung, daß die Sache abgethan ist, ohne zu dem Antrag Oertel Stellung zu nehmen, dann hat sie auch die Pflicht, zur Lösung einer so bei Seite geschobenen Frage, die nothwendigerweise Verwirrung und Zweideutigkeit in die Partei bringt, dadurch beizutragen, daß sie die Leitung der Geschäfte in die Hand nimmt. Das erachte ich als selbstverständlich. Ich sehe aber nichts persönlich Verletzendes für Vollmar darin, wenn der Parteitag ruhig und objektiv erklärt, Anschauungen, wie sie in diesen Reden über die Taktik der Partei enthalten sind, können wir nicht gutheißen. Das ist kein Tadel gegen Vollmar, sondern einfach eine abweichende Meinungsäußerung über seine Reden, die für Alle gilt und von Allen zu beachten ist. Das wäre schön, wenn das nicht ausgesprochen werden könnte vom Parteitag, ohne daß der Betreffende sofort erklärt, das ist das ärgste Mißtrauensvotum, das Ihr mir geben könnt. Nein,

es ist kein solches. Ich erkläre ausdrücklich, daß es mir fernliegt, dem Antrage Oertel nach den vorhin gehörten Erklärungen Vollmar's noch eine persönliche Spitze beizulegen. Es ist mir nur darum zu thun, daß endlich Klarheit geschaffen wird, damit wir nicht gezwungen sind, nächstens wieder auf einem Parteitag eine ähnliche Debatte zu führen wie heute. Mit der Opposition von links sind wir fertig. In Bezug auf die Anschauungen von rechts müssen wir noch die Meinung des Parteitages hören. Ich unterstütze deshalb den Antrag, daß die Abstimmung über den Antrag Oertel eine namentliche sei. Weil wir wünschen müssen, daß über die künftige Taktik der Partei kein Zweifel mehr obwaltet, müssen wir auch wünschen, daß Jeder von uns durch ein offenes Ja oder Nein seine Meinung kundgiebt, damit die Wähler Gelegenheit haben, sich mit Jedem von uns auseinander zu setzen. (Sehr richtig!) Ich habe in meinem Leben nichts mehr gehaßt, wie verzwickte, unklare Situationen, und ich habe immer den Knoten durchgehauen, wenn es nicht anders ging, damit Klarheit geschaffen werde.

Vollmar hat es nun mir besonders übel genommen, daß ich gesagt habe, seine Taktik würde zur Versumpfung der Partei führen. Von einem Theil der Versammlung ist seine Gegenbemerkung mit Beifall aufgenommen worden, als er sagte, daß dann die „Jungen“ dasselbe Recht hätten, denselben Vorwurf auch uns zu machen. Das ist falsch. Wenn Zwei dasselbe sagen, ist es noch lange nicht dasselbe. Es kommt auf die Gründe an, aus denen heraus man zu einem Urtheil kommt. Wenn die Parteigenossen von der äußersten Linken kommen und uns vorwerfen, Ihr versumpft die Partei, dann ist ihnen mit vollem Fug und Recht gesagt worden: Ihr irrt Euch. Erstens ist dieses die Taktik, die wir seit 25 Jahren befolgten, und zweitens ist die Partei durch diese Taktik groß und mächtig geworden, so daß wir keinen Grund haben, sie zu ändern. Eure Taktik wollen wir nicht probiren, weil wir sie für schädlich halten, und auch die Vollmar'sche Taktik kann sich nicht bewähren. Seine Taktik müßte nothwendig zur Versumpfung führen, weil sie uns Selbstbeschränkung auferlegt wo wir sie nicht nöthig haben. Was war der große Schaden des Sozialistengesetzes? Daß unsere Presse, unsere Agitatoren gezwungen wurden, um überhaupt zum Volke sprechen zu können, innerhalb eines beschränkten, von oben vorgeschriebenen Gesichtskreises schreiben und sprechen zu müssen. Hätten wir nicht die Möglichkeit gehabt durch unsere Presse im Auslande, durch die Gründung des „Sozialdemokrat“ und durch Herausgabe einer unverfälschten Parteiliteratur, die durch die ungeheure, gar nicht hoch genug zu rühmende Opferwilligkeit der Parteigenossen verbreitet wurde, die Parteigenossen prinzipiell aufzuklären, dann wäre allerdings in hohem Grade das erreicht worden, was die Regierung mit dem Sozialistengesetz erreichen wollte, dann

wäre die geistige Versimpelung der Partei eingetreten. (Lebhafte Zustimmung.) Und nun sollen wir den geistigen Bann, den uns das Sozialistengesetz 12 Jahre zwangsweise auferlegte, nach Vollmar uns ferner *freiwillig* auflegen! Das wäre gradezu ein Verbrechen. Ich halte also den Ausdruck „Versumpfung“ voll und ganz aufrecht. Er ist *objektiv* vollkommen richtig. Es wäre *nicht nur die Versumpfung, sondern die vollständige Korrumpirung und schließlich die Zugrunderichtung der Partei.* (Sehr wahr!) Aber ich habe keine Sorge, denn ich weiß ganz genau, wenn sich ein Parteitag fände, der eine solche Taktik guthieße: sobald die Delegirten heimkehrten, hätten sie auch die Rebellion im Hause, und ich wäre der Erste, der sich an die Spitze einer solchen Rebellion stellte. (Heiterkeit. Bravo!) Ich habe ein viel zu großes Vertrauen an die gesunde Vernunft und an den revolutionären Instinkt der Massen, um nicht zu wissen, die Vollmar'sche Taktik ist unmöglich. Die Taktik, die er vorschlägt, unterscheidet sich in nichts von der Taktik des ehemaligen Herrn von Schweitzer, und dieser ist in die Brüche gegangen, und heute wollen und brauchen wir keinen Schweitzer. (Bewegung.) Wir stehen auch nicht vor der Frage: stürmen oder trödeln. Ich habe diese Frage in der „Neuen Zeit“ nur hypothetisch gestellt. Das Stürmen kommt heute nicht in Frage, aber das Trödeln erst recht nicht. Ich habe es schon einmal gesagt: wer Ziele wie die unsrigen verfolgt, wer wie wir mit den Massen zu arbeiten hat und sie aufrütteln will, der kann nur etwas erreichen, wenn er mit voller, ganzer Begeisterung bei der Sache ist und für die *ganze* Sache rückhaltlos eintritt. Dabei versteht es sich von selbst, daß man nun nicht eine gewissermaßen demagogische Taktik treiben soll, wider bessere Ueberzeugung zu den Massen redet und ihnen Luftspiegelungen vormacht und ihnen prophezeit, ohne selbst von der Richtigkeit dieser Anschauungen überzeugt zu sein. Man kann ja in Bezug auf die Macht und die Entwicklung unserer Ideen verschiedener Meinung sein. Ich bin stets Optimist gewesen und habe öfters zu meinen mehr pessimistisch angehauchten Freunden gesagt: Nehmt Euch in Acht, es geht Euch eines Tages wie den thörichten Jungfrauen in der Bibel, wenn der Bräutigam kommt, dann haben sie kein Oel auf der Lampe. (Große Heiterkeit.) Mit andern Worten: Ihr scheint so wenig die wahre Situation zu begreifen, daß Ihr überrascht werdet von den Ereignissen, und nicht wißt, was Ihr zu thun habt. Es ist nicht das erste Mal, daß es bei großen Umgestaltungen der Führerschaft so erging. Ich habe mir meinen Optimismus auch nicht aus den Fingern gesogen. Ich habe mich immer für einen furchtbar nüchternen Menschen gehalten, der Dinge und Menschen so gründlich studirt, wie nur einer, und sich vor Täuschungen zu bewahren sucht. Ich meine aber ohne Uebertreibung, daß grade

die Lage der Dinge in Deutschland und Europa auf sozialpolitischem, wie auf ökonomischem Gebiet in den letzten Jahrzehnten und insbesondere in den allerletzten Zeiten eine Entwicklung genommen habe, die uns mit der größten Genugthuung und mit den besten Hoffnungen erfüllen muß. (Zustimmung.) Die Geschichte belehrt uns über die Zeitdauer, deren es in der neueren Zeit bedurfte, um neue Ideen und Ziele gegenüber den bestehenden Zuständen zur Herrschaft zu bringen. Wann begann das französische Bürgerthum den politischen Kampf gegen den feudalen Staat und die feudale Gesellschaft, gegen die Kirche, den Adel und das Königthum zu führen? Die erste entschiedene Opposition auf diesem Gebiete erhob Montesquieu in seinem „Geist der Gesetze", ein Buch, das 1749, also 40 Jahre vor dem Ausbruch der Revolution erschien. Montesquieu folgten die anderen revolutionären Schriftsteller, und sie wirkten so, daß eine Reihe von Jahren vor dem Bastillensturm Konservative der strengsten Observanz, von den Erscheinungen beeinflußt, ihre warnende Stimme vor der kommenden Revolution erhoben und ihren Ausbruch vorhersagten. Das waren auch Propheten. Und so giebt es heute wiederum zahlreiche denkende Konservative, die es ganz offen in ihren Büchern und Revuen aussprechen: Habt Acht, die Revolution kommt, die Katastrophe steht vor der Thür! (Zustimmung.) Und da will man mir einen Vorwurf daraus machen und es mir verdenken, wenn ich die gleichen Gedanken ausspreche, weil das unsere Genossen aufrege, bei ihnen Hoffnungen erwecke und sie ungeduldig mache?! Da antworte ich: Lieber ein bischen zuviel Hoffnung und Ungeduld, als eine Rede- und Denkweise, die jeden Nerv der Begeisterung so zu sagen aus dem Leibe schneidet und nur mit der nüchternsten Berechnung arbeitet! (Sehr richtig!) — Und fragen wir weiter: wann begann die geistige Vorarbeit für die 1848er Revolution? Im Beginn der zwanziger Jahre, d. h. kaum drei Jahrzehnte vor der Revolution. Und wie stehen wir? Wir haben jetzt seit fast 30 Jahren eine sozialdemokratische Agitation und haben es in dieser Zeit dahin gebracht, daß wir die stärkste Partei in Deutschland geworden sind. Wenn wir nun sehen, was für eine kolossale Umwälzung auf ökonomischem und politischem Gebiet in dieser Zeit stattgefunden hat, wie heute die Gegner in vollständiger Verzweiflung sind, weil sie nicht mehr wissen wohin und wo hinaus, wenn wir sehen, wie alle Verhältnisse sich allmählich so entwickelten, daß kein vernünftiger Mensch mehr darüber im Zweifel sein kann, daß die Dinge auf eine längere Dauer so nicht mehr weiter gehen können und darum die Katastrophe nur noch eine Frage der Zeit ist, dann ist es nicht nur natürlich, dann ist es nothwendig, daß man zu Anschauungen, wie ich sie habe, kommt und sie auch ausspricht. Ich mache kein Hehl daraus, ich habe mich riesig gefreut, als kürzlich mein Freund Friedrich Engels in seinem bekannten Brief im

„Socialiste“, den auch unsere Presse veröffentlichte, einen Umschwung der Dinge von Grund aus gegen das Jahr 1898 in Aussicht stellte. Vollmar glaubte darüber spötteln zu können, ich dagegen schrieb Engels: Alter, Du und ich, wir sind die einzigen „Jungen“ in unserer Partei! (Große Heiterkeit.) Man mag lachen und höhnen über das Prophezeien; denkende Menschen kommen ohne dasselbe nicht aus. Die kühle, pessimistische Nüchternheit von heute war Vollmar vor einigen Jahren auch noch fremd. Der von ihm angegriffene Engels hat 1844 vollkommen richtig die Revolution von 1848 vorausgesagt. Und ist nicht das, was Marx und Engels zur Zeit des Kommuneaufstandes in der bekannten Adresse des Generalraths der internationalen Arbeiter-Assoziation voraussagten über die künftige Konstellation der Dinge in Europa bis auf das Tipfelchen auf dem i verwirklicht worden? (Sehr wahr!) — Liebknecht, der auch ein wenig über mich gespöttelt hat, hat selbst viel prophezeit. (Heiterkeit.) Er hat gleich mir im Jahre 1870 im Reichstag vorausgesagt, was heute vollständig eingetroffen ist. Lesen Sie seine und meine Reden von 1870—1871 und Sie werden das bestätigt finden. Aber da kommt Vollmar und ruft: schweigt von diesen alten Geschichten und laßt das Prophezeien. Er selbst aber prophezeit auch. Der Unterschied zwischen ihm und mir ist nur der: er besitzt den wunderbarsten Optimismus in Bezug auf unsere Gegner, aber den fürchterlichsten Pessimismus in Bezug auf die prinzipiellen Bestrebungen der Partei und die Zukunft derselben. (Sehr wahr!)

Damit komme ich weiter auf die Frage der auswärtigen Politik. Ich weiß, daß ein großer Theil der Parteigenossen, wenn er nur von der auswärtigen Politik hört, am liebsten mit den Achseln zuckt. Mit einem gewissen Recht. Die ungeheure Mehrheit unserer Parteigenossen, die mühselig um das nackte Leben zu kämpfen hat, hat weder die Mittel noch die Zeit, um die Fragen der großen Politik zu studiren, die dennoch von der kolossalsten Wichtigkeit sind. Wir stehen ja alle auf internationalem Boden, und müssen auf ihm stehen, weil wir den Zusammenhang der Entwicklung in den verschiedenen Ländern erkennen und begreifen. Nachdem dann, in Folge hiervon, die internationalen Arbeiter-Kongresse sich eingebürgert haben, ist für uns die Beschäftigung mit der auswärtigen Politik erst recht eine Nothwendigkeit geworden. Wenn das die große Mehrzahl unter uns aus den angegebenen Gründen nicht kann, dann müssen es diejenigen thun, die nach ihren Mitteln, ihrem Wissen und ihrer sozialen Stellung nicht blos berufen, sondern auch verpflichtet sind, sich um diese Dinge zu bekümmern. Es ist nun nicht wahr, daß Liebknecht und ich einen gleichen Standpunkt eingenommen hatten, wie Vollmar in der Dreibundfrage. Vollmar weiß, daß Liebknecht und ich seit einer Reihe von Jahren die

Redner der Fraktion in der Generaldebatte über den Etat sind, welche fast die einzige Gelegenheit bietet, wo im Reichstag die auswärtige Politik ausführlicher behandelt werden kann. Um unseren Standpunkt in der auswärtigen Politik zu kennzeichnen, genügt nicht, daß man nur eine Rede von uns liest, sondern man muß eine Reihe derselben lesen, um ein volles Bild davon zu erhalten. Da haben wir, nun im Gegensatz zu Vollmar, der über diese Dinge am liebsten möchte Schweigen beobachtet sehen, mit allem Nachdruck fortgesetzt den Fehler der Annexion von Elsaß-Lothringen und die Nothwendigkeit einer Versöhnung mit Frankreich bis zu diesem Augenblick betont. Wir sind, im Gegensatz zu ihm, nicht gewillt, die Ereignisse von 1871 in Vergessenheit zu bringen, weil sonst unser Standpunkt unverständlich würde. Nun haben meine Ausführungen zur Frage des Bündnisses zwischen Rußland und Frankreich und unserer Stellung zu demselben zum Theil in der eigenen Partei eine Beurtheilung gefunden, die hart an diejenige heranreicht, die gestern ganz à propos der „Vorwärts“ in der Ihnen bekannten Korrespondenz aus Paris, aus der chauvinistischen Presse Frankreichs zitirt hat. Vollmar rief mir warnend zu, Acht zu geben, wie in der fremden Presse Aeußerungen wie die meinen aufgefaßt würden. Ich antwortete ihm: Wer im Glashause sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Ich kümmere mich nicht um die Methode der gegnerischen Presse und halte es nicht der Mühe werth, darauf zu antworten. Aber wenn ein Parteigenosse sich erlaubt, an meinen Handlungen und Aeußerungen eine Kritik zu üben, die sich in nichts von der gegnerischen unterscheidet, obgleich ich doch billiger Weise verlangen darf, daß er nur das kritisirt, was ich *wirklich* gesagt habe, und nicht was die Gegner mich sagen lassen, so muß ich dagegen entschieden Verwahrung einlegen. Ich gebe zu, daß wir, und zwar die nächsten Freunde, in der Auffassung der europäischen Verhältnisse nicht übereinzustimmen brauchen, obwohl z. B. zwischen Engels und mir eine solche Meinungsverschiedenheit nicht besteht. Trotz der Verschiedenheit unseres Wesens und trotzdem er mir an Wissen und Erfahrung weit überlegen ist, besteht zwischen uns, wie unser fleißiger Briefwechsel hierüber beweist, in Bezug auf die Auffassung der europäischen Lage eine fast wunderbare Uebereinstimmung. Es ist nun einfach unwahr und eine ganz unqualifizirbare Unterstellung, wenn hier gesagt worden ist, daß ich in der bekannten Berliner Versammlung einen chauvinistischen Standpunkt eingenommen habe, daß man aus meinen Auslassungen schließen könnte, ich wolle den Krieg und sei offenbar dafür, denselben zu provoziren. Vollmar sagte sogar, zum Glück fasse die Reichsregierung die Dinge etwas kühler auf wie ich, und habe es nicht so eilig. Wenn das wahr wäre, was er mich sagen läßt, dann hätte er Recht. Aber das *Gegen-*

theil ist wahr. Ich habe sowohl in dem Artikel über die russische Anleihe, wie in meiner Rede in Sanssouci vollständig objektiv vom Standpunkt der historischen Entwicklung, wie sie sich seit 1870 vollzogen hat, die Ereignisse vorgeführt, die in Europa mit Bezug auf Deutschland und in Deutschland in die Erscheinung traten, und aus alledem habe ich wieder vollständig objektiv und logisch die Schlußfolgerung gezogen, daß die Konstellation in Europa gegenwärtig so stehe, daß wenn nicht unmittelbar, so doch in nicht ferner Zeit wir vor einer Kriegskatastrophe ständen. Ich habe dann für den Fall eines Angriffskrieges gegen Deutschland und dessen Folgen weiter gesagt in einem Artikel über die russische Anleihe: wir sind Deutsche so gut wie die Herren von der Regierung. . . . Der deutsche Boden, das deutsche Vaterland gehört uns, den Massen, ebenso gut und mehr wie jenen. Greift Rußland, der Hort der Grausamkeit und Barbarei, der Feind aller menschlichen Kultur, Deutschland an, um es zu zerstückeln und zu vernichten, und das kann nur der Zweck eines solchen Krieges sein, so sind wir so gut und mehr interessirt, wie diejenigen, die an der Spitze Deutschlands stehen, und werden dem entgegentreten. Ich habe dann hinzugefügt, daß, wenn wir alsdann Seite an Seite mit jenen, die heute unsere Gegner sind, kämpften, wir es thun, nicht um sie und ihre Staats- und Gesellschaftsordnung zu retten, sondern um Deutschland, d. h. uns selbst zu retten und unseren Boden von einem Barbaren zu befreien, welcher der größte Feind unserer Bestrebungen ist, und dessen Sieg unsere Niederlage als Sozialdemokraten bedeute. Ich meine, schärfer und prinzipieller kann man sich doch nicht ausdrücken. (Sehr richtig!) Grillenberger, der vielfach nicht auf meinem Boden steht, wird bezeugen, daß ich auch in Nürnberg ganz ähnlich mich ausgespochen habe. (Zustimmung Grillenberger's.) Ich habe auch nirgends gesagt, daß diese Zustände unser Wunsch sei, sondern habe noch ausdrücklich betont, daß die Schuld an diesen Zuständen dem System Bismarck in erster Linie zuzuschreiben sei, der in dieser Politik von den herrschenden Klassen unterstützt worden ist. Ferner habe ich noch in der letzten Sanssouci-Rede erklärt, daß wir auch jetzt noch im letzten Augenblick die Aussöhnung mit Frankreich verlangten, und zwar um jeden Preis, damit diese ungeheure Gefahr, die über Deutschland und Europa schwebe, beseitigt werde. Aber ich setzte auch weiter hinzu: Freilich, wenn die leitenden Kreise sagen, lieber sollen 42 Millionen auf der Strecke bleiben, als daß ein einziger Stein von unseren Festungen verloren geht, dann werden wir den bitteren Kelch über uns ergehen lassen müssen, aber wehe dann Denen, die diese Zustände herbeiführten! Auf sie fällt die volle Verantwortung, und sie werden auch erfahren, daß das Ende der von ihnen geschaffenen Dinge ein solches ist, das sie nicht erwartet und nicht

gewollt haben (Lebhafter Beifall.) Vollmar hat also in einer wichtigen Frage die Objektivität, die er von mir und uns sich gegenüber fordert, mir gegenüber in keiner Weise gewahrt.

Damit bin ich mit meinen Ausführungen fertig. Ich glaube hinlänglich dargethan zu haben, wie wir zu einander stehen. Ich würde es bedauern, wenn Vollmar seine Drohung, die er andeutungsweise machte, ausführte. Der Antrag Oertel enthält keine persönliche Spitze. Vollmar hat sich selbst in diese Zwangslage gebracht mit seiner Rede vom Samstag und mit seinen früheren Reden. Wäre seine Samstagsrede so ausgefallen, wie seine heutige gewesen ist, Niemand wäre auf den Gedanken gekommen, einen Antrag wie den Oertel'schen zu stellen. Er tauchte erst auf, als er gegen uns eine Stellung einnahm, wie man sie nach seiner Vergangenheit von ihm nicht erwarten konnte. Er mußte hier auf dem Parteitag einsehen, daß seine Reden vom 1. Juni und 6. Juli keinen Anklang finden konnten, und nach allem, was seitdem vorgekommen ist, konnte er sich nicht der Einsicht verschließen, daß sein Standpunkt für eine Partei wie die unsrige ein unmöglicher ist. Nachdem er trotzdem noch an demselben festhielt, darf unter keinen Umständen der geringste Zweifel über die Bedeutung der Resolution, die ich im Namen meiner Freunde vorgeschlagen habe, weder bei Freund noch bei Feind bestehen, und ich bitte Sie, als Männer auch über den Antrag Oertel ein ehrliches Ja oder Nein abzugeben! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Kater: Die Genossen von der sogenannten Opposition haben mir einen Brief übergeben, den ich dem Vorsitzenden Singer übergeben und auf dessen Verlesung ich bestehen soll.

Vorsitzender Singer: Die Herren, um die es sich hier handelt, haben kein Recht mehr, nach der Erklärung, die sich bei den Akten befindet, sich auf unserem Parteitag vertreten zu lassen. (Zustimmung.) Es beweist auf's Neue, wie wenig sachlich die Herren zu handeln gewohnt sind, wenn sie daran zweifeln, daß eine dem Parteitage zugegangene Erklärung zur Kenntnißnahme desselben gelangt und sie sich dafür einen besonderen Vertreter bestellen. Die in Rede stehende Erklärung lautet folgendermaßen:

> Die unterzeichneten Mitglieder der Opposition, bisher zur Mitarbeit an den Aufgaben des Parteitages durch den Auftrag ihrer Wähler verpflichtet, erkären nunmehr, wegen der den demokratischen Grundsätzen direkt zuwiderlaufenden und geradezu empörenden Bekämpfung von Differenzen seitens der Vorstandsmitglieder Auer, Bebel und Fischer auf die Zugehörigkeit zu **dieser** sozialdemokratischen Partei zu verzichten. (Beifall und Heiterkeit.)
>
> Erfurt, den 19. Oktober 1891.
>
> Wildberger. Auerbach. Bäthge. Schultze. Werner.

Diese Erklärung wird der Neunerkommission überwiesen.

Ferner ist folgende Resolution eingegangen:

Der Parteitag erklärt: die von Seiten der sogenannten Berliner Opposition in die Welt gesetzten Schmähungen, Verleumdungen und Verdächtigungen gegenüber der Parteileitung und Fraktion sind nach Anhören dieser Richtung in solch grundloser und niederträchtiger Art geschehen, daß den Berliner Parteigenossen in Gemeinschaft mit der Parteileitung aufgegeben wird, in der schärfsten Weise dem Treiben dieser Elemente entgegenzutreten, um sie für die Bewegung unschädlich zu machen. — Der Parteitag bestimmt ferner, daß da, wo sich solche und ähnliche Vorkommnisse zeitigen, die Vertrauensmänner dieser Orte angewiesen sind, die Kontrolleure der Parteileitung hiervon zu unterrichten, damit durch schiedsrichterliche Untersuchung solche Vorkommnisse im Interesse der Partei Erledigung finden.

Wernau. Wengels. Tempel. Pöus. Scholz.

Diese Resolution wird ebenfalls der Neunerkommission überwiesen.

Ehrhardt-Ludwigshafen beantragt:

Nachdem sich Genosse Vollmar ohne jede Einschränkung für die vom Genossen Bebel und anderen Rednern entwickelte Ansicht bezüglich der Beibehaltung der bisherigen Parteitaktik ausgesprochen hat, erklärt der Parteitag den Antrag Oertel für erledigt und geht über denselben zur Tagesordnung über.

Sowohl über den Antrag Oertel wie über den Antrag Ehrhardt ist namentliche Abstimmung beantragt worden.

Oertel: Wenn sich der Genosse Vollmar mit dem von Ehrhardt vorgeschlagenen Antrag einverstanden erklärt, bin ich bereit, den von mir gestellten Zusatzantrag sofort zurückzuziehen. (Bravo!)

Vorsitzender Singer: Ich muß es vollkommen in das Ermessen des Genossen Vollmar stellen, ob er überhaupt irgend eine Erklärung abgeben will.

v. Vollmar: Ich habe in meiner Rede bereits erklärt, daß ich, sobald die Angelegenheit eine sachliche Erledigung findet, mich auf dem Boden dieser sachlichen Erledigung stelle, daß ich dagegen um keinen Preis eine persönliche Spitze annehme. Nachdem nun der Antragsteller dem Antrage die persönliche Spitze genommen hat, ist die Sache für mich erledigt. (Beifall.)

In Folge dieser Erklärung zieht Oertel sein Amendement zurück. (Beifall.) Damit wird auch der Antrag auf namentliche Abstimmung hinfällig.

Der Antrag Ehrhardt-Ludwigshafen wird ohne namentliche Abstimmung mit allen gegen 2 Stimmen, die Resolution Bebel einstimmig angenommen.

Der oben mitgetheilte Antrag Schönlank wegen künftiger

Drucklegung des Berichts der Reichstagsfraktion gelangt ebenfalls zur Annahme.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Bebel: Wir würden nun nach der Tagesordnung zur Berathung des Programmentwurfs übergehen müssen. Angesichts der Geschäftslage des Parteitages schlage ich aber vor, daß der Parteitag jetzt von einer Generaldebatte über das Programm absieht und die Programmkommission beauftragt, die bereits begonnene und nur in Rücksicht auf die noch nicht stattgefundene Generaldebatte des Parteitages nicht weitergeführte Berathung fortzusetzen und so rasch wie möglich dem Parteitag Bericht zu erstatten, worauf die Generaldebatte über den Vorschlag der Kommission eröffnet werden könnte. Wir können diesen Weg um so eher betreten, als die Vorlage der Kommission im Wesentlichen den Wünschen der verschiedenen Antragsteller entsprechen dürfte, die wir ja fast alle in die Kommission geschickt haben. Treten wir sofort in die Generaldebatte ein, so ist es unzweifelhaft, daß wir in einem halben Tag nicht fertig werden. Dann würde die Kommission nicht vor übermorgen Bericht erstatten können, und wir würden unter allen Umständen noch Mittwoch sitzen müssen, während wir mit Hilfe einer Abendsitzung das Programm, und am nächsten Tage alle übrigen Geschäfte erledigen könnten.

Gegen diesen Vorschlag wendet sich Singer, für ihn treten Emmel und Liebknecht ein.

Der Parteitag beschließt diesem Antrage gemäß; es wird also die Generaldiskussion bis nach der Berichterstattung der Programmkommission vertagt.

Pfannkuch proklamirt das Resultat der beim Beginn der Sitzung erfolgten Wahl der Mitglieder der Neuner-Kommission.

Von dem Genossen Schumacher ist folgende Depesche eingegangen: „Habe mit Wildberger weder schriftlich noch mündlich verkehrt, kenne denselben nicht einmal."

Schluß 6¾ Uhr.

Sechster Verhandlungstag.

Dienstag, den 20. Oktober.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Kloß eröffnet die Sitzung kurz vor 9½ Uhr.

Wiederum sind zahlreiche Zuschriften und Telegramme eingelaufen. Die Genossen aus Lüdenscheid theilen mit, daß sie bei den Wahlen zum dortigen Gewerbegericht vollständig gesiegt haben. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der Berathung der selbständigen Anträge.

Von den in der gedruckten Vorlage enthaltenen 9 Anträgen zur „Presse“ sind die ersten 6 derselben bereits am Sonntage erledigt worden.

Antrag 7.

Die Genossen in Breslau und Dortmund:

„Da die Sozialdemokratie eine ihrer edelsten Aufgaben damit erfüllt, durch gute, den Volksklassen zuzuführende Lektüre die Menschheit für eine bessere Zukunft zu erziehen, möge der Kongreß beschließen, den befähigten Mitgliedern der Partei es zur Pflicht zu machen, ein Augenmerk mehr wie bisher darauf zu richten, daß eine Jugendliteratur zu Stande kommt, welche in unterhaltender Weise, dem Wesen der Kindheit entsprechend, den Geist und das Fühlen der Jugend zu Gunsten des Sozialismus weckt und bildet. Wir beantragen, dieses Unternehmen dadurch zu organisiren, daß eine Kommission ernannt wird, welcher die Pflicht obliegt, dafür zu sorgen, daß nach Möglichkeit Literatur in diesem Sinne geschaffen, resp. daß solche in anderer Sprache erscheinende Werke in unsere Landessprache übersetzt und diese Literatur agitatorisch der Jugend zugänglich gemacht wird.“

Winkler=Breslau=West: Als unser Antrag in einer großen Versammlung angenommen wurde, ging ein Schrei der Entrüstung durch einen Theil der gegnerischen Presse, wir wollten nicht blos die Arbeiter, sondern auch die Kinderherzen vergiften. Die „Deutsche Schulzeitung“ sprach auch darüber, und meinte, das einzige Mittel, diesem Versuche entgegenzutreten, sei eine Revision der jetzt eingeführten Schulbücher. Sie sehen also, daß der Antrag schon einen Zweck gehabt hat; das allein würde genügen, den Antrag anzunehmen.

Ohne Debatte wird der Antrag genehmigt.

Antrag 8:

Die Genossen des III. Berliner Wahlkreises und Oskar Kamenz in Berlin beantragen:

„Den Parteitag dazu aufzufordern, einen der Partei entsprechenden Partei=Agitationsfonds anzulegen. Derselbe soll ausschließlich dazu geschaffen werden, um faßliche und rein sozialistische Broschüren an die ländlichen Arbeiter gratis vertheilen zu können; nur allein dadurch ist es möglich, das ländliche Proletariat zum Sozialismus zu bringen.“

wird einstweilen abgesetzt, da die Berliner Genossen zu einer für sie wichtigen Besprechung zusammengetreten sind.

Antrag 9.

Gustav Semmler in Lunzenau: Der Parteitag soll den Parteivorstand beauftragen, einen „Literarischen Wegweiser“ herauszugeben.

Semmler-Sachsen 15.: Der Antrag soll zunächst jedem Parteigenossen, der bestrebt ist sich ein umfassendes Wissen anzueignen, die Wege finden lehren, wie er das zu machen hat. Gleichzeitig soll der Wegweiser den Vereinen in den mittleren und kleinen Städten einen Leitfaden an die Hand geben, wonach sie ihre Bibliothek zusammenstellen können. Es soll eine Art Bücherkatalog sein, in dem die besten wissenschaftlichen Werke empfohlen werden, und zwar populär geschriebene Bücher, die Jeder verstehen kann, der auch nur eine Volksschule besucht hat. Der Antrag ist schon längst eine Nothwendigkeit gewesen. Unsere Parteiliteratur erweckt zwar wieder den Wissenstrieb, welchen die Volksschule systematisch erstickt hat; leider aber kann sie ihn nur wecken, nicht befriedigen, da sie blos die sozialdemokratischen Fragen umfaßt; darum lassen die Wissensbegierigen, welche nicht die nöthige Leitung haben, bald die Flügel hängen, wenn ihnen nicht kräftig unter die Arme gegriffen wird. Das soll der Wegweiser besorgen.

Singer: Der Gedanke des Antrages ist ja ein sehr guter, aber die Konsequenz ist einfach die, daß die Parteigenossenschaft, die Arbeiterbevölkerung, nichts weiter lesen wird, als was gleichsam unter hoher obrigkeitlicher Approbation des Parteivorstandes ihnen empfohlen wird. (Sehr richtig!) Daß diese Konsequenz mit dem Grundgedanken unserer Partei durchaus im Widerspruch steht, brauche ich nicht erst hervorzuheben. Aber auch praktisch ist der Antrag unausführbar. Genosse Semmler will die Arbeiter durch diesen Wegweiser in alle Gebiete der Wissenschaft einführen. Zunächst aber liegen doch die wirthschaftlichen Verhältnisse so, daß unsere Arbeiter auch nicht im Entferntesten die Mittel haben, um sich diese Schriften anzuschaffen; dann aber werden sehr Viele durch diesen Wegweiser in die Lage gebracht, sich Bücher anzuschaffen, die, weil eben die nothwendige Vorbildung fehlt, von ihnen nicht verstanden werden. Wenn es sich aber darum handelt, die auf dem Gebiete der Sozialpolitik und unserer Bewegung erscheinende Literatur unseren Genossen durch Verzeichnisse in Erinnerung zu bringen, so geschieht das ja bereits durch die Buchhandlung des „Vorwärts" und die übrigen Parteibuchhandlungen in ausreichendstem Maße. Der Antrag ist praktisch undurchführbar und ladet der Parteileitung eine Verantwortlichkeit auf, die sie nicht übernehmen kann. Ich bin also in erster Linie für Ablehnung, sonst aber für Ueberweisung des Antrags an die Parteileitung zur Erwägung.

Sailer-Luckenwalde fügt zu den von Singer angeführten Gründen noch den, daß der Katalog bei dem voraussichtlichen Umfang auch materielle Unkosten verursachen werde.

Heine: Ich beantrage die Ueberweisung des Antrages an den Vorstand. Ein solcher Katalog kann entschieden herausgegeben

werden. Die Furcht, daß Schriften, die nicht ganz auf unserem Standpunkt stehen, den Arbeitern die Köpfe verdrehen möchten, ist nicht so erheblich, als der Vortheil sein würde, wenn man mit diesen Schriften die erbärmliche Schundliteratur, die Sie jetzt in jeder Arbeiterhütte finden, verdrängen könnte.

Semmler bittet im Schlußwort, den Antrag anzunehmen; bei der Ueberweisung würde er doch blos in den Papierkorb fallen. Eine Verantwortung werde damit dem Parteivorstand in keiner Weise aufgebürdet. Umsonst könne der Wegweiser nicht hergestellt werden, aber er würde doch höchstens 10—20 Pfennige kosten.

Der Antrag wird abgelehnt. Darauf wird der Antrag auf Ueberweisung zur Erwägung zur Abstimmung gebracht und angenommen.

Zum Punkt **„Presse"** sind im Laufe der Verhandlungen des Parteitages noch zahlreiche weitere Anträge eingebracht, über welche in der Reihenfolge der Einbringung verhandelt wird.

Antrag 10:

> Da sich herausgestellt, daß der „Vorwärts" von den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteiblätter in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein befriedigende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: „Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organs, welches neben dem „Vorwärts" in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirthschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischen Materials."

Schultze-Königsberg: Das Bedürfniß nach einem Zentralorgan, welches, wenn nicht allen, so doch recht vielen Parteigenossen zugänglich gemacht werden kann, ist so alt wie die Partei. Wir haben im vorigen Jahre den „Vorwärts" begründet, aber in seiner heutigen Gestalt kann er den Anforderungen nicht gerecht werden, einmal wegen des hohen Preises und dann, weil er so sehr viel Material enthält, das für die außerhalb Berlins wohnenden Genossen nur geringeres Interesse hat. Am zweiten Verhandlungstage hat man ja hier schon den Wunsch ausgesprochen, den „Vorwärts" zu theilen. Nun haben wir ja allerdings auch eine Reihe anderer Blätter, welche mehr oder weniger bestrebt sind, diesem Bedürfniß abzuhelfen. Da ist die „Volkstribüne", die aber heute den Verhältnissen nicht mehr entspricht, wie noch vor einigen Jahren, nicht mehr das ist, was sie sein soll und sein könnte. Dann haben wir Lokal- und Provinzialblätter; aber auch diese Presse kann denjenigen Anforderungen nicht entsprechen, welche die Genossen bei uns in Deutschland an ein wirkliches Zentralorgan stellen. Dazu tritt noch etwas Anderes. Der „Sozialdemokrat" war bis 1890 gewisser-

maßen das Bindeglied unter den Genossen; fast in jeder Stadt, ja in den kleinsten Orten waren Abonnenten auf dieses Blatt, dessen Inhalt völlig befriedigte. Es ist nach dem Fall des Sozialistengesetzes aber eingegangen und jetzt fehlt der Ersatz. Nun haben wir Landestheile, wo überhaupt unsere Presse nur sehr wenig vertreten ist, und andererseits Distrikte, wo die Presse, um mit der gegnerischen Presse konkurriren zu können, den lokalen Verhältnissen viel zu viel Rechnung tragen muß. Da bleibt denn zu wenig Raum übrig für die allgemeinen Fragen, wie sie gerade in neuerer Zeit eine hervorragende Rolle spielen. Deshalb ist ein neues Wochenblatt nothwendig. Daß das neue Organ den bestehenden Konkurrenz machen und ihnen Abonnenten entziehen könnte, fürchte ich nicht. In seiner gestrigen, vortrefflichen Rede führte Bebel aus, wie nothwendig es sei, den Blick auf die Verhältnisse der übrigen Staaten zu richten. Vorzugsweise dieses neu zu gründende Organ würde es sich zur Aufgabe zu machen haben, eine allgemeine, größere Uebersicht über die Arbeiterbewegung aller Staaten zu geben; damit würde dann vielfach die übrige Presse entlastet. Das „statistische Material" ist in unserm Antrag besonders betont worden, da wir doch auch damit sehr wesentlich zu rechnen haben. Vielfach fehlt den Genossen, welche agitatorisch wirken wollen, das statistische Material zur Begründung und zum Beweise ihrer Ausführungen. Auch diesen muß man zu Hilfe kommen. Wird bei der Schaffung eines solchen Organs in diesem Sinne verfahren, so wird damit der Partei ein wesentlicher Dienst geleistet.

Schade-Stendal: Wir können den Antrag sehr gut unterstützen, um einmal den Parteigenossen außerhalb der Großstädte entgegenzukommen und um außerdem die Parteikasse von erheblichen Summen für die Parteipresse zu entlasten. Jetzt wird die Sache so gehandhabt, daß von unseren Lokalblättern, die täglich erscheinen, Kopfblätter gemacht werden, welche unter die Landbevölkerung vertheilt werden. Diese Kopfblätter sind im Allgemeinen nur ein Auszug aus dem „Vorwärts". Die Kosten dafür decken sich nun aber durch den Abonnementspreis nicht; dadurch wird also nur das Defizit der Lokalpresse erhöht.

Frohme-Altona: Ich kann mich so ohne weiteres nicht für diesen Antrag erklären. Mit demselben werden Sie die Parteigenossen in vielen Kreisen in eine recht üble Situation bringen. Es besteht eine ganze Reihe von Wochenblättern, für die bereits hier und da große Opfer aufgewendet worden sind und die man durch die Einführung dieses neuen Organs zweifellos einfach ruiniren würde. Es fragt sich doch, ob denn das neue Organ so ohne weiteres für die Gesammtheit der Partei Geltung haben soll, oder ob man die Kreise, welche ein wöchentlich erscheinendes Organ besitzen, mit der Einführung dieses neuen zu verschonen gedenkt.

Theoretisch ist die Sache leicht gelöst; zur praktischen Beurtheilung müssen wir erst Stand und Verhältnisse der Lokalpresse kennen. Es wäre deshalb das geeignetste, diesen Antrag dem neu zu wählenden Vorstand zur Erwägung zu überweisen. Jedenfalls reichen die von Schultze geltend gemachten Gründe für mich und auch wohl für viele andere durchaus nicht aus.

Wendt-Kamenz: Ich habe den Antrag lediglich deshalb unterstützt, um der Auffassung Ausdruck zu geben, daß das Bedürfniß vorhanden ist. Ich verstehe darunter nicht ein selbständiges Zentralorgan, sondern ein an den „Vorwärts" sich anschließendes Wochenblatt. Allerdings möchten sich durch die Schaffung eines neuen die bestehenden Wochenblätter bedroht fühlen und können sich event. nicht halten; aber es kommt eben darauf an, ein Organ zu schaffen, das möglichst von allen Parteigenossen gelesen werden kann, wie es beim alten „Volksstaat" und „Vorwärts" der Fall war.

Blos-Braunschweig: Ich bezweifle garnicht, daß der Antrag praktisch und ausführbar ist, bezweifle aber, daß er unter den gegenwärtigen Umständen uns irgend einen Vortheil bringt; ich würde sehr dafür sein, wenn unsere Preßverhältnisse überhaupt andere wären. Erwägen Sie doch, daß mindestens $^3/_4$ unserer Lokalpresse mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat (sehr wahr!), und daß es sehr bedenklich ist, das bis jetzt mit solcher Mühe und so großen Opfern Geschaffene wieder in Frage zu stellen. Von einem billigen Wochenblatt, das weniger mit Originalarbeiten als mit Auszügen und Zusammenziehungen schon gedruckter Arbeiten gefüllt ist, werden Sie den Erfolg nicht haben, den Sie sich etwa vorstellen. Der Konkurrenzkampf, in dem die kleinen Blätter stehen, würde noch verschärft werden. Warten Sie damit wenigstens so lange, bis unsere Partei- und Lokalpresse sich einigermaßen aus den heutigen Zuständen herausgearbeitet hat.

Singer: Der bisherige Parteivorstand hat sich seit Monaten mit dieser Frage beschäftigt, und wenn nicht von Schultze der Antrag auf Gründung eines Wochenblatts gestellt worden wäre, so wäre er von uns hier eingebracht worden. Die Gründe hierfür liegen zunächst auf einem Gebiet, welches von den bisherigen Rednern nur leise gestreift worden ist, nämlich daß wir nach unserer Meinung verpflichtet sind, auch unseren Genossen im Auslande die Möglichkeit zu geben, die Bewegung in Deutschland zu verfolgen, von allen Vorgängen innerhalb der Partei Kenntniß zu nehmen. Die ausländischen Genossen, die früher beim Erscheinen des „Sozialdemokrat" in dieser Lage waren, haben seit dem Eingehen desselben bittere Klage darüber geführt, daß sie garnicht im Stande seien, überhaupt über den Fortgang der Bewegung in Deutschland ein Urtheil zu fällen. Die Genossen im Auslande können das für die

Genossen im Reich täglich erscheinende Organ nicht lesen, weil es zu theuer ist und durch das Porto noch unverhältnißmäßig vertheuert wird. Dadurch sind dieselben vielfach auf die im Ausland erscheinende anarchistische Presse angewiesen, und in den Köpfen, namentlich der jüngeren Elemente, die erst im Ausland in die Bewegung gezogen werden, wird somit eine ganz falsche Vorstellung von der deutschen Bewegung erzeugt, während die älteren Genossen im Ausland durch das Fehlen dieses geistigen Bandes die Fühlung mit den im Inland lebenden Genossen verlieren.

Es würde nun wohl an sich nicht wichtig genug sein, der Genossen im Auslande wegen ein Blatt zu gründen; aber auch für die Genossen im Inlande ist die Gründung eines prinzipiell gehaltenen Wochenblattes ebenso nothwendig. Wir denken hierbei nicht an einen bloßen Ableger, sondern das Blatt soll eine besondere Redaktion erhalten und durchaus selbständig ausgestattet werden. Täuschen wir uns darüber nicht: wie nothwendig es ist, die prinzipiellen Auffassungen der Partei in weiten Kreisen in höherem Maße, als es durch die Lokalpresse möglich ist, zum Ausdruck zu bringen, dafür haben die Diskussionen der letzten Tage reichlich den Beweis geliefert. Weder die Strömungen von links noch von rechts wären möglich gewesen, wenn in weiten Kreisen der Partei die prinzipielle Stellung, die schließlichen Ziele, die wir verfolgen, wenn unsere ganze Aufgabe nach dieser Richtung hin mehr, als es durch die lokale Presse geschehen kann — ohne Vorwurf für diese — erörtert worden wäre. Nun glaube ich auch nicht, daß aus einem solchen Wochenblatt der lokalen Presse irgend ein Nachtheil erwachsen wird. Diejenigen Wochenblätter lokalen Gepräges, welche in dem Kreise, in dem sie erscheinen, genügend Abonnenten haben, die im Stande sind, sich überhaupt zu halten, werden von der Gründung dieses Organs garnicht berührt werden. Denn die betreffenden Parteigenossen werden nach wie vor an ihren Blättern festhalten, und sie werden auch keinen Schaden dadurch erfahren, denn das Zentralblatt kann die lokalen Anforderungen nicht erfüllen, welchen die lokale Presse gerecht wird. Abgesehen davon existiren weite Landstriche in Deutschland, wo überhaupt keine Parteipresse erscheint, und für diese wird es wesentlich sein, wenn ein Organ geschaffen wird, welches dafür agitiren kann, auch die Massen in diesen Gegenden zu gewinnen.

Nun braucht ja der Parteitag nicht heute sofort zu beschließen es wird ein Wochenblatt gegründet; es genügt, nach gewalteter Diskussion und nach den geäußerten Bedenken dem künftigen Parteivorstande den Antrag Schultze zur Erwägung zu überweisen. Ich habe mich aber verpflichtet gehalten mitzutheilen, daß diese Frage wiederholt im Parteivorstande diskutirt worden ist.

Beyer-Kottbus schließt sich Frohme und Singer an, insofern

sie gründliche nochmalige Erwägung des Planes für nothwendig halten.

Jöst-Mainz: Ich muß mich entschieden gegen den Antrag und gegen Singer wenden. Eine Versammlung, die so souverän ist wie der Parteitag, braucht sich des Reichstagsmittels „den Antrag dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen" nicht zu bedienen; sie kann selbst entscheiden. Aus welchen Gründen sollen wir denn veranlaßt sein, für die ausländischen Genossen ein Organ ins Leben zu rufen? Warum nehmen die ausländischen Genossen nicht den „Vorwärts"? Die Genossen im Ausland haben auch Geld, den „Vorwärts" zu halten. Dann haben sie ihre Klubs, wo diese Blätter aufgelegt werden; ein solcher Klub kann auch ein paar Mark mehr für Zeitungen ausgeben. Nun heißt es, für die prinzipielle Haltung müsse ein Leitfaden gegeben werden. Warum genügt nicht auch dafür der „Vorwärts"? Er hat sich allerdings im Falle Vollmar als ein außerordentlich schlechter Leitfaden erwiesen, und wenn der Vorstand reformiren will, soll er zunächst hier einwirken, daß der „Vorwärts" ordentlich funktionirt. In der Provinz herrschen die sogenannten kleinen Parteiführer. Wenn die zu arm sind sich das Blatt zu halten, sollen die Genossen sich zusammenthun, damit der Vertrauensmann das Blatt gratis bekommt; es wird in einer Wirthschaft niedergelegt und die Leute lesen es. Wir haben jetzt in Deutschland 24 tägliche Blätter; die sind so über das Land verstreut, daß es wohl möglich ist, sich irgendwo anzuschließen. 26 erscheinen dreimal, 6 zweimal, 10 einmal wöchentlich — und da will man zum Schaden der Provinzpresse noch ein weiteres Blatt gründen? Ich ersuche Sie, unter allen Umständen den Antrag abzulehnen, er wird zum Schaden gereichen. Man sucht glauben zu machen, die Provinzpresse sei nicht so prinzipiell gehalten; das stimmt nicht, sie ist grade so prinzipiell wie die andern auch; nur bringt sie mehr Lokales, aber das schadet doch nichts. Schultze hält solch ein Blatt namentlich mit Rücksicht auf seinen Landestheil für nöthig. Wo keine Presse existirt, wo die Genossen Malheur gehabt haben, da besteht natürlich das Bedürfniß; ich begreife daher das Königsberger Verlangen, aber Königsberg ist nicht ganz Deutschland, und wir müssen auf die Gesammtheit Rücksicht nehmen. In Mainz, Offenbach, Wiesbaden hat speziell unser Provinzblatt eine ganz hübsche Abonnentenzahl. Diese Abonnenten werden der Provinzpresse verloren gehen durch das neue Blatt, die Provinzpresse wird geschädigt, verdrängt und die Genossen verlieren an ihrem Orte eine Waffe.

Grillenberger: Joest hat viel Beherzigenswerthes vorgebracht, ich kann mich ihm aber doch nicht anschließen. Auf die Dauer **können wir es nicht umgehen, ein solches Wochenblatt zu schaffen. Die Hauptgründe dafür hat Singer bereits betont. Die**

vorhandenen Wochenblätter sind zum Theil auf bestimmte Provinzen berechnet; einige haben einen zentralen Charakter, können aber auf die Dauer dem Bedürfniß nicht genügen, sie sind geschaffen worden unter dem Ausnahmegesetz als Band für die Genossen, als Korrespondenzblätter. Diese Blätter sind mehr und mehr zurückgegangen in Folge der Gründung der neuen Provinzial- und Lokalblätter, sie haben erheblich an Bedeutung verloren, haben mehr und mehr ein lokales Kolorit erhalten und besitzen auch die Mittel nicht mehr, um etwas Besonderes aufzuwenden. Ich hätte in meiner Eigenschaft als Verleger eines täglich erscheinenden Lokalblattes und als Drucker eines im Parteieigenthum befindlichen Wochenblattes gewiß ein bedeutendes geschäftliches Interesse, wenn ich mich so ausdrücken soll, dem Antrage entgegenzutreten. Aber das Parteiinteresse wiegt hier unendlich schwerer. Ob die Gründung sofort oder in nächster Bälde zu geschehen hat, ist eine andere Frage, welche sehr sorgfältig erwogen werden muß, weil die Erwerbsverhältnisse der Gegenwart und des bevorstehenden Winters nichts weniger als günstige sind. Joest wies vorher darauf hin, daß das bei uns in Nürnberg erscheinende Wochenblatt 10 000 Abonnenten gehabt habe, und wollte damit sagen, das sei doch nicht besonders viel und das neue Blatt werde auch nicht sehr viel bekommen. Die „Arbeiterwochenchronik“ hat in der günstigsten Zeit unter dem Gesetz 23 000 Abonnenten gehabt, sie ist jetzt durch die Gründung der anderen Blätter auf 5000 herabgegangen. Das ist ein Schade für den Herausgeber, aber nicht für die Partei, denn durch die Gründung der anderen Blätter sind 50 oder 60 000 neue Abonnenten gewonnen. Die Lokalblätter werden nach meiner Meinung durch das Wochenblatt nicht geschädigt werden. Einmal wird dieses nicht aus dem Satz des „Vorwärts“ hergestellt, sondern es wird ein original redigirtes, gutes Wochenblatt sein, das noch nebenbei gelesen werden kann neben den anderen Zeitungen. Dann aber haben eine gewaltige Anzahl kleiner Städte und ganze Provinzen bis jetzt überhaupt noch kein Parteiblatt; der ganze Osten ist so gut wie unvertreten. Auch die Provinzblätter werden keinen Schaden leiden. Die kleinen Städte und Landorte in weit entlegenen Gegenden werden dann mit einem Parteiblatt versehen werden. Die bestehenden Zentralblätter können nicht mehr genügen; sie erscheinen da, wo das Leben nicht so pulsirt wie in Berlin — dort muß doch das neue Blatt entschieden erscheinen. — Die im Ausland lebenden deutschen Parteigenossen haben den Züricher „Sozialdemokrat“ in ziemlich großen Quantitäten verbreitet; das wird auch mit dem neuen Blatt der Fall sein. Mit jenen in Fühlung zu bleiben und ihnen den wirklichen Stand der Bewegung in Deutschland zu zeigen, haben wir allerdings ein großes Interesse. Die Gefahr des Veranarchistelns ist für diese Leute im Auslande

allerdings vorhanden. Der „Vorwärts“ hat jetzt im Ganzen 2500 auswärtige Abonnenten, alles andere in Berlin, der wird also wenig geschädigt werden. Die Hauptsache aber ist, daß die geschäftlichen Interessen dem Bedürfniß der Partei gegenüber zurücktreten müssen. Wenn ich auch meinerseits ein äußerst vorsichtiges Vorgehen für nöthig halte, so halte ich doch nicht angezeigt, zur Ueberweisung an den Parteivorstand zu greifen; wir können sehr wohl beschließen, daß das Zentralwochenblatt gegründet werden soll; wann, wo und wie, das können wir dem Parteivorstand überlassen.

Schmidt-Burgstädt: Ich erkläre mich gegen den Antrag. Ich kann die zuversichtliche Meinung Singer's nicht theilen, der da hofft, dieses Wochenblatt werde existiren können. Wir sind wochenlang draußen auf die kleinen Orte, bis in die entlegensten Bauerndörfer für unser Blatt agitirend gezogen, wir haben auf den Wiesen Versammlungen abgehalten und über die Presse und ihre Bedeutung eindringlich zu den Leuten geredet, und wir sind froh gewesen, 2, 3 Abonnenten zu gewinnen! Wenn wir in dieser Weise gearbeitet haben, und doch mit so wenig Erfolg, wie sollen wir denn da die Leute erwärmen für ein anderes Blatt, das noch neben den Lokalblättern bestehen soll. Zudem haben verschiedene unserer Parteiblätter, trotz der besten Redaktion und der prinzipiellsten Haltung, schwer um die Existenz zu kämpfen, weil die Erwerbsverhältnisse zu traurige sind; da möchte ich doch wünschen, daß der Wunsch des Vorstandes nicht so schnell in Erfüllung geht. Grillenberger warnt ja auch vor Ueberstürzung. Ich bitte, vor Ablauf des Jahres nicht an die Durchführung zu gehen. Dazu kommt, daß die Ausgaben für die Blätter höher werden müssen, weil der Parteivorstand ein illustrirtes Wochenblatt herausgeben will, welches doch jedes Blatt seinen Abonnenten als Beilage geben muß. Ich bitte den Parteitag, den Antrag abzulehnen, und den Vorstand, im Interesse der bestehenden Blätter und Druckereien die Frage nicht so schnell wieder aufzunehmen.

Röhrle beantragt den Schluß der Diskussion. Der Schlußantrag wird angenommen und der Antrag Schultze abgelehnt. Der Vorsitzende will hiernach, wie beim Antrage vorher, über den Antrag Frohme auf Ueberweisung zur Erwägung abstimmen lassen. Dagegen erhebt Fischer-Berlin Widerspruch. Wenn der Antrag abgelehnt sei, habe der Vorstand mit der Sache nichts mehr zu thun. Die Abstimmung unterbleibt.

Es folgt Antrag 11, Auerbach und Genossen:

Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, in denjenigen Landestheilen, in denen eine Lokalpresse, gleichviel ob täglich oder in längeren Zwischenräumen erscheinend, zur Nothwendigkeit für die Verbreitung unserer Grundsätze geworden ist, und

wo die Mittel zur Unterhaltung der Presse von den Genossen dieser Landestheile nicht aufgebracht werden können, die Gründung und Erhaltung derartiger Organe aus den Partei-Einnahmen zu unterstützen.

Vorsitzender Kloß: Da Auerbach nicht mehr Mitglied der Partei ist, können wir über den Antrag nicht verhandeln, so lange nicht einer der Anwesenden ihn zu dem seinigen macht.

Milenz-Johannisthal nimmt den Antrag auf, derselbe wird genügend unterstützt.

Milenz: Da der Antrag Schultze abgelehnt ist und konstatirt wurde, daß die Presse sehr schwach unterstützt wird, jetzt aber die durch die Neubegründung drohende Konkurrenz wegfällt, bin ich um so mehr der Meinung, daß, wenn es nicht möglich ist, die Organe in den einzelnen Landestheilen zu halten, wir doch an den Parteivorstand herantreten mit der Erklärung, wir brauchen das Organ durchaus zur Betreibung der Agitation, die Mittel reichen aber nicht, die Löhne sind so gedrückt u. s. w., ihr müßt helfen. Ich meine nicht, daß die Parteikasse ein Blatt fortdauernd unterhalten soll, das würde zuviel kosten, aber da, wo voraussichtlich ein Fortkommen möglich, müßte die Partei unbedingt eintreten.

Scherm: Ich beantrage den Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag. Der Parteitag kann einen solchen Antrag auf keinen Fall annehmen, denn die Konsequenzen wären gar nicht zu ermessen.

Fichtmann-Elbing wendet sich gegen Uebergang zur Tagesordnung.

Ueber den Antrag Milenz wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Versammlung wendet sich nunmehr zu Antrag 8 zurück, der von Berlin III gestellt ist und die Bildung eines Parteiagitationsfonds anregt. Zugleich wird hiermit der folgende Antrag Herbert verhandelt:

> Zur Förderung der Agitation auf dem Lande sollen kleine, den Verhältnissen in den verschiedenen Theilen des Landes angepaßte Broschüren gratis vertheilt werden. Den Inhalt haben die Genossen in der Provinz, welche die Verhältnisse genau kennen müssen, zu liefern. Die Kosten der Herstellung und Vertheilung hat der Parteivorstand zu bewilligen.

Boerner: Dieser Antrag wurde in einer Versammlung des III. Berliner Wahlkreises Nachts 1 Uhr so beim Auseinandergehen ohne Diskussion angenommen, er ist also garnicht ausgereift. Ich glaube, für den gewünschten Zweck ist ohnehin der ganze Parteiagitationsfonds da.

Singer: Das Letztere ist durchaus richtig. Alle Gelder, die

aus Deutschland an die Parteileitung gelangen, fließen in einen Fonds, aus dem alle Bedürfnisse der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gedeckt werden. Soweit also für die Verbreitung der sozialdemokratischen Literatur Ausgaben sich als nothwendig erweisen, werden sie in ausreichender Weise aus dem allgemeinen Fonds zu decken sein. Auch ist es falsch, daß nur durch Verbreitung der Literatur das Proletariat zum Sozialismus zu bringen ist. Dies geschieht ebenso oder vielleicht in noch höherem Maße durch die mündliche Agitation. Ich wende mich auch gegen den Antrag Herbert. Nach dem Bericht des Vorstandes ist eine große Anzahl von Broschüren auf Wunsch gratis verabfolgt worden. Ueberall da, wo in der ländlichen Bevölkerung sich eine Anzahl Genossen findet, welche sich der Mühe unterziehen wollen, die Landagitation zu betreiben, werden sie in der ausgiebigsten Weise von der Parteileitung sowohl durch Deckung der persönlichen Agitationskosten, als durch Uebersendung von Broschüren für die ländliche Bevölkerung unterstützt. Gewiß muß die Landagitation kräftig betrieben werden, aber es müssen erst diejenigen Broschüren geschrieben werden, welche die ländliche Bevölkerung versteht. Wir sind jetzt dabei, diejenigen Arbeiten und Mittheilungen, die aus allen ländlichen Kreisen in Folge der Aufforderung der Parteileitung eingegangen sind, zu einer größeren Arbeit zusammenstellen zu lassen. Sowie diese Arbeit beendet sein wird, wird selbstverständlich für die Verbreitung derselben das Möglichste gethan werden.

Frohme: Es wird nicht anders möglich sein, in der ländlichen Bevölkerung Boden zu gewinnen, als indem wir aus dieser Bevölkerung selbst die befähigten Elemente ziehen und zur Agitation heranbilden. Dann wird sich das Weitere von selbst finden. (Zustimmung.) Das kann still und geräuschlos geschehen. Es muß aber bei der Agitation zwischen fluktuirendem und seßhaftem Landproletariat wohl unterschieden werden.

Fischer-Weimar beantragt, diese Anträge als erledigt zu betrachten.

Der Parteitag beschließt demgemäß.

Antrag 12.

„Antrag zur Errichtung eines statistischen Bureaus.

In Anbetracht, daß das Bedürfniß nach einer Statistik der Arbeiterverhältnisse ein tief und überall gefühltes ist;

in fernerem Anbetracht, daß den bis nun von den Gewerkschaften und anderen Korporationen in Angriff genommenen Statistiken Einheitlichkeit, Uebersichtlichkeit und Vergleichbarkeit häufig abgeht, dies aber Eigenschaften sind, welche die Statistik erst werthvoll machen;

in endlichem Anbetracht, daß oft die Personen fehlen, welche

die Zeit und Fähigkeit haben, zweckdienlich die Statistik vorzubereiten und die umlaufenden Fragebogen zu verarbeiten,

beschließt der Parteitag, daß auf Kosten der Partei ein statistisches Bureau errichtet werde, welches in die von den Arbeitern unternommenen statistischen Erhebungen Einheitlichkeit und Gleichmäßigkeit bringe.

Eduard Schmid. Josef Urban. Georg Wambsganß. Konrad. Knieriem. Georg von Vollmar. Georg Birk.

Schmid-München weist darauf hin, daß zwei Münchener Versammlungen sich im Sinne dieses Antrages ausgesprochen haben.

Haensler-Mannheim hält diese Frage für eine überaus wichtige, welcher die Parteileitung unbedingt näher treten müßte.

Gerisch: Der vorjährige Parteitag hat sich mit diesem Antrag beschäftigt, wenigstens hat Bebel die Bedeutung eines solchen statistischen Bureaus hervorgehoben. Im Laufe des Jahres haben wir im Parteivorstande wiederholt diesen Antrag eingehend erörtert. Aber täuschen wir uns nicht darüber, daß es sich hier um die Ausführung einer Sache handelt, die, mag sie von einer Partei in Angriff genommen werden, von welcher sie wolle, jedenfalls stets über das Können einer Partei hinausgeht. Hier handelt es sich eigentlich um eine Aufgabe der Regierung; unsere Arbeit würde jederzeit nur Stückwerk bleiben. Die Wichtigkeit und Bedeutung dieser Angelegenheit wird von uns nicht verkannt, aber sie ist sehr schwierig. In erster Linie spielt die Personenfrage eine große Rolle. Wer soll dieses Werk ausführen? Und dann müßte mit demselben auch das Partei-Archiv verbunden werden. Darum würde ich beantragen, daß Sie diese Angelegenheit dem neu zu wählenden Parteivorstand zur Berücksichtigung überweisen.

Haberland-Barmen schließt sich diesem Antrag an, während

Trilse-Leipzig glaubt, daß nicht die Parteileitung, sondern die Gewerkschaftskommission die Sache in die Hand nehmen müßte.

Haensler schlägt vor, den am Sonntag verworfenen Antrag Demmler, welcher lautet:

Jeder Vertrauensmann ist verpflichtet, mindestens jährlich zweimal Bericht an den Parteivorstand über die Thätigkeit der Partei des Ortes oder Kreises gelangen zu lassen. Geschieht solches nicht, so ist der Parteivorstand verpflichtet, die Vertrauensleute, wenn nöthig, im Parteiorgan aufzufordern.

zum Beschluß zu erheben. Damit würde man der Sache bedeutend näher kommen.

Fischer-Berlin bittet, diesen Antrag nicht wieder aufzunehmen, derselbe stehe in gar keinem Zusammenhange mit dem, was die Münchener Genossen wollen.

Schmid: Wir waren uns in München der Schwierigkeiten,

welche die Durchführung unseres Antrages machen würde, wohl bewußt, namentlich auch in Bezug auf den Kostenpunkt. Zunächst soll nur dafür Sorge getragen weroen, daß in die von den Arbeitern ja selbst bezahlten bis jetzt erhobenen Statistiken eine einheitliche Form gebracht werde. Mit der Ueberweisung unseres Antrages an den Parteivorstand sind wir einverstanden.

Fischer beantragt unter Zustimmung Schmid's den letzten Absatz des Antrages so zu fassen: „beschließt der Parteitag, dem Parteivorstand zur Erwägung anheimzugeben, daß auf Kosten der Partei ein statistisches Bureau errichtet werde u. s. w."

Mit dieser Modifikation wird der Antrag der Münchener Genossen angenommen.

Antrag 13. Dreesbach und 21 Genossen beantragen:

> Der Parteitag möge die Parteileitung veranlassen, während der Reichstags-Tagung ein literarisches Bureau aus geeigneten Personen zu bilden, das unseren Provinzial-Parteiblättern möglichst rasch kurze, treffende, in unserem Sinne gehaltene Berichte liefert, damit diese Blätter nicht mehr auf die verschwommenen Berichte der Bourgeoisberichterstatter angewiesen sind. Die Kosten hierfür werden leicht gedeckt, wenn sich sämmtliche Parteiblätter zur Abnahme der Berichte gegen eine entsprechende Vergütung verpflichten.

Der Antragsteller weist darauf hin, daß diese Frage die Fraktion und den Parteivorstand wiederholt beschäftigt hat. Man sei vor der Ausführung dieser Idee im Hinblick auf die bedeutenden Schwierigkeiten zurückgeschreckt, jetzt aber sei die Sache spruchreif, da von 27 täglich erscheinenden Blättern wahrscheinlich 25 einen solchen Bericht abnehmen würden. Es würden also mindestens die Kosten gedeckt werden. Sollte der Parteitag nicht gewillt sein, jetzt schon einen definitiven Beschluß zu fassen, so möge er wenigstens den Antrag der Parteileitung und der Fraktion zur Erwägung überweisen.

Frohme verweist auf die außerordentliche Verschiedenheit der sozialdemokratischen Organe. Einen ausführlichen Bericht würden die meisten Organe gar nicht brauchen können. Die Kosten eines eignen Berichts würden viel erheblicher sein als Dreesbach anzunehmen scheine. Ob ein knapper und doch übersichtlicher Bericht, eine Korrespondenz über jede Reichstagssitzung herausgegeben werden könne, überlasse er der Erwägung des Parteivorstandes.

Buchwald-Altenburg schlägt vor, daß der Parteivorstand die Reichstagsberichte in genügend großer Auflage drucken und den sämmtlichen Parteiblättern als Beilage, nach Art der Sonntagsbeilagen, zugehen läßt. Dadurch würden abermalige Setzer- und Druckkosten vermieden werden.

Singer: Buchwald will den Bericht des „Vorwärts" bei-

legen lassen. Ein solcher Bericht, wie ihn Dreesbach im Auge hat, würde viel zu spät in den Besitz der Parteiblätter kommen und jede aktuelle Wirkung verlieren. Der „Vorwärts" bringt den großen Oldenberg'schen Bericht, den anerkannt objektivsten und besten Parlamentsbericht. Aber dieser Bericht ist für die meisten unserer Blätter zu lang, und die Redaktionen müßten ihn erst in die Form bringen, die für die Parteiblätter paßt. Dazu reichen aber andere Blätter auch aus. Andererseits gereicht es auch keinem Parteiblatte zum Vorwurf, daß es zunächst auf die Reden des Abgeordneten seines Kreises besonderen Werth legt. Auch insofern würden also die Interessen schon an sich verschiedene sein. Was Dreesbach durch ein besonderes literarisches Bureau geschaffen haben will, wird für eine ganze Reihe von Parteiblättern schon jetzt besorgt. Denn von unseren 35 Abgeordneten haben mindestens 28 ein besonders lebhaftes Interesse für einen Reichstagsbericht und sind Korrespondenten der verschiedenen Parteiblätter. Vergegenwärtigen Sie sich auch die Schwierigkeiten der Errichtung eines solchen literarischen Bureaus. Von einem Beschlusse, die Parteileitung mit der Errichtung desselben zu beauftragen, bitte ich Sie abzusehen. Ueberweisen Sie doch der Parteileitung nicht gar zu viel Aufgaben! (Sehr richtig!) Bedenken Sie, daß es sich dabei nur um fünf Personen handelt! Wird deren Thätigkeit durch die verschiedensten Aufgaben zersplittert, so kann schließlich auf keinem Gebiete etwas Gutes geleistet werden.

Joest: Ich fürchte, die Abzüge des „Vorwärts" würden für die Redaktionen zu spät kommen. Anders wäre es, wenn Jemand während der Verhandlungen des Reichstages den Bericht mit chemischer Dinte fertig machte; dieser könnte dann eine halbe Stunde später in alle Welt hinausgehen.

Singer: Auf diese Weise ließe sich nicht ein Bericht im eigentlichen Sinne, sondern nur ein Entrefilet herstellen. Wenn man einmal eine Sache machen will, muß man sie auch ordentlich machen.

Dreesbach: Ich würde auch zufrieden sein, wenn ein Entrefilet abgeklatscht und noch mit den Abendzügen versendet würde. Es ist viel besser, unsere Blätter bringen erst einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen, wie es die gegnerischen Blätter auch thun, und später dann die Reden ausführlich nach dem „Vorwärts." Uebrigens ziehe ich in Uebereinstimmung mit den Mitantragstellern meinen Antrag zurück und wünsche, daß der Parteivorstand diese unsere Wünsche berücksichtigt. (Beifall.)

Der Antrag Buchwald findet nicht die genügende Unterstützung, er ist damit beseitigt.

Antrag 14. P. Braun und 20 Genossen beantragen:

In Elberfeld ist der Fall vorgekommen, daß in derselben

Sitzung des Strafgerichts ein Dienstmädchen, welches sich eines Diebstahls gegen seine Herrschaft vergangen hatte, mit drei Monaten Gefängniß bestraft wurde, während ein Handlungslehrling, der einen Geldbrief mit hohem Betrage unter dem Dach versteckt hatte, von der Anklage der Unterschlagung freigesprochen wurde, da er aus guter Familie und im Besitz der Befähigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst war und nach Meinung des Gerichts bei ihm deshalb nicht die Absicht, ein Vergehen gegen das Eigenthum zu begehen, vorausgesetzt werden dürfe.

Es wird der Antrag gestellt:

Daß alle Redakteure von Arbeiterblättern verpflichtet werden, Urtheile, durch welche auf Bildung und Besitz der Angeklagten in der Weise Rücksicht genommen ist, daß ein Aermerer auffallend hart bestraft oder ein Reicherer auffallend leicht behandelt ist, an eine Zentralstelle einzusenden, welche die zu einander passenden Fälle zusammenstellt und regelmäßig in der Parteipresse veröffentlicht.

Der Antragsteller ist abgereist. Von anderer Seite wird Uebergang zur Tagesordnung beantragt.

Frohme glaubt, daß das, was der Antrag will, durch persönliche Verständigung unter den dabei zunächst Interessirten erreicht werden kann.

Der Antrag wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Ein Antrag Schmid (München) und Genossen, die Parteipresse soll von Zeit zu Zeit Gratisannoncen der Gewerkschaftspresse aufnehmen, kommt mangels genügender Unterstützung nicht zur Verhandlung.

Damit sind die Anträge zur Presse erledigt.

Es folgen die Anträge zur Agitation.

Det Antrag der Delegirten aus dem Großherzogthum Weimar, den einzelnen Landestheilen, namentlich den kleinen thüringischen Staaten, zur Agitation für das allgemeine Stimmrecht aus der Parteikasse finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, wird nicht genügend unterstützt, kommt also nicht zur Verhandlung.

Trilse-Leipzig beantragt:

In Anbetracht dessen, daß es dem Parteivorstand in Folge mancher zu Tage tretenden bedeutenden Schwierigkeiten und Hindernisse eine absolute Unmöglichkeit ist, die mündliche Agitation in der nach den verschiedenen örtlichen Verhältnissen geeigneten Weise in jeder den Wünschen und Forderungen der Parteigenossen gerecht werdenden und entsprechenden Hinsicht entfalten zu können,

in fernerer Erwägung aber, daß leider unter den industriellen nnd gewerblichen Berufen noch eine große Zahl solcher existiren,

in denen die Arbeiterschaft bis jetzt noch nicht einmal mit den Prinzipien der Arbeiterbewegung vertraut, geschweige denn organisirt sind, z. B. der Handelsstand, das Kellnergewerbe, die im Verkehrsgewerbe u. s. w., die Organisirung derselben aber eine unbedingte Nothwendigkeit und an der Zeit sein muß,

beauftragt der Parteitag, die gewählten Vertrauensmänner, sowie die in den verschiedenen Bezirken existirenden Agitationskomitee's, ihre Thätigkeit nicht nur auf die engeren Parteiangelegenheiten zu beschränken, sondern auch hauptsächlich für die Organisation und Agitation der oben erwähnten Berufe, sofern sich innerhalb derselben keine agitatorischen Kräfte befinden, genügend Sorge zu tragen.

Der Antrag wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, nachdem Singer dargelegt hatte, wie die Konsequenz des Antrages die Verbindung der Partei mit der Gewerkschaftsbewegung bedeute, was nach heutigem Vereinsgesetz einfach heiße, für Partei und Gewerkschaften die Gefahr der Auflösung heraufzubeschwören.

Rüdt und 22 Genossen beantragen:

In Erwägung, daß die unserer Partei zur Verfügung stehenden Rednerkräfte lange nicht den vorhandenen Bedürfnissen genügen, wie dies von der Parteileitung selbst zugegeben und von den Genossen fast überall empfunden wird, stellen wir den Antrag:

Der Parteitag möge beschließen, daß in Berlin, unter der Leitung und Aufsicht des Parteivorstandes, auf Parteikosten eine Rednerschule zum Zwecke der Heranbildung von Agitatoren geschaffen und unterhalten werde. Die auszubildenden Agitatoren sollen, mit Rücksicht auf die Haupt-Dialekte, aus Nord-, Süd- und Mitteldeutschland herangezogen werden.

(Heiterkeit.)

Dr. Rüdt: Als ich meinen Antrag stellte, war ich mir wohl bewußt, daß derselbe auf Hindernisse stoßen würde, aber ich habe nicht vorausgesehen, daß wir, ohne gehört zu werden, namentlich ohne daß man unsere praktischen Vorschläge gehört hat, mit einem Gelächter würden empfangen werden. Das ist nicht sozialdemokratisch.

Nicht platonische Liebe für die Berliner hat mich bewogen, grade Berlin als Sitz der Rednerschule vorzuschlagen. Obgleich auch ich Berlin in mein Herz geschlossen, sind mir andere Städte sympathischer. Aber Berlin ist nicht nur Zentrum der Politik in Deutschland, sondern auch der Zentralpunkt der sozialdemokratischen Bewegung. Es ist auch zugleich in Berlin eine Anzahl von geistigen, materiellen und moralischen Kräften vorhanden, denen vielleicht die Leitung dieser Sache am Besten übertragen werden könnte. Diese Schule soll keineswegs eine Anstalt sein, in der gewissermaßen

Menschen, die nichts wissen, also Dummköpfen oder talentlosen Leuten, mittels des Nürnbergers Trichters hohe Weisheit eingetrichtert werden soll. Ich habe durchaus keinen großen Respekt vor der Gelehrsamkeit, weil ich auf Universitäten gelernt habe, was hinter der Gelehrsamkeit steckt und ich im Kampfe mit den Herren Professoren in Deutschland in der letzten Zeit erfahren habe, daß das alte, gute Sprichwort: je gelehrter, desto verkehrter, vollständig begründet ist. Ich habe diejenigen Genossen im Auge, welche auf dem Boden unserer sozialdemokratischen Weltanschauung sehr hoch stehen und auch ein gutes Quantum von Beredtsamkeit, aber keine Gelegenheit haben, sie an den Mann zu bringen, denen auch die Kourage fehlt, als Redner aufzutreten. Grade die intelligentesten Genossen scheuen sich vielfach, öffentlich aufzutreten, weil sie fürchten, eine gewisse Verantwortung zu übernehmen. In dieser Rednerschule könnten etwa 15 tüchtige Genossen ein Jahr ausgebildet werden. Ich denke mir ihr Studium so, daß sie täglich acht Stunden unsere Agitationsschriften durcharbeiten, nach diesen Schriften Vorträge ausarbeiten und ein- oder zweimal die Woche über die bearbeiteten Themata in den Berliner Versammlungen sprechen. Die Geldfrage ist nicht von entscheidendem Gewicht, denn Bebel hat uns gesagt, daß unsere Geldverhältnisse ausgezeichnet stehen und Singer hat vorhin bei der Frage des statistischen Bureaus ausgeführt, daß durchaus nicht die Höhe der Summe hindernd in den Weg treten kann, wenn es sich um die Interessen der Sozialdemokratie handelt. Ich glaube, daß die für diesen Zweck aufgewendeten Mittel sich reichlich und mit Zinsen lohnen würden, denn diese Agitatoren würden uns Tausende von neuen Genossen zuführen. Was die Dialekte betrifft, so möchte ich, daß bei der Ausbildung dieser Agitatoren auf die drei Hauptdialekte, auf Süd-, Mittel- und Norddeutschland Rücksicht genommen werde.

Ich habe im Auge, daß aus Nord-, Süd- und Mittel-Deutschland die betreffenden Agitatoren herangezogen und ausgebildet werden sollen. Uebrigens bin ich mir sehr wohl bewußt, daß die Sache einer etwas längeren Zeit, einer längeren Ueberlegung und Erwägung bedarf. Ich möchte deshalb bitten — meine Mitantragsteller sind wohl damit einverstanden —, daß Sie meinen Antrag dem Parteivorstande zur ernsten Erwägung überweisen. (Beifall.)

Inzwischen ist ein Antrag eingelaufen, über den Antrag Rüdt zur Tagesordnung überzugehen.

Peus: Ich bin prinzipiell gegen den Antrag. Es giebt natürliche Redner (Heiterkeit) und künstlich dressirte. Unsere Partei hat soviel naturwüchsige Redner, daß wir damit zufrieden sein können. Wir dürfen nicht allzu großes Gewicht auf die Form legen.

Der Parteitag geht über den Antrag Rüdt zur Tagesordnung über.

Alw. Kerrl-Bremen beantragt:

Der Parteitag beschließt:

In den ländlichen Bezirken Distrikts-Organisatoren oder Vertrauensleute zu ernennen, welche, wenn es die Umstände erheischen, in einer von der Parteileitung zu bestimmenden Höhe entschädigt werden. Die Ernannten haben die Verpflichtung, der Parteileitung mindestens allmonatlich einen Bericht über ihre Thätigkeit einzusenden.

Der Antragsteller führt aus, daß man der Landagitation möglichst Vorschub leisten müsse. Wenn man 40 derartige Distrikts-agitatoren mit einem monatlichen Gehalt von 125 Mark anstellte, so würde das zunächst genügen; der Kostenbetrag sei im Verhältniß zu dem vorauszusehenden Nutzen kein hoher.

Eitzinger beantragt, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen. — Der Parteitag beschließt demgemäß.

Wesch-Krefeld stellt den Antrag:

Der Parteitag wolle beschließen: Aus der Parteikasse werden die Mittel vorgeschossen zur Anschaffung eines Zeltes, in welchem die Parteiversammlungen in den niederrheinischen Weberdörfern abgehalten werden können.

Gründe:

In der Umgegend von Krefeld liegen im Umkreise von fünf Stunden 12 bis 14 Dörfer und 2 Städte, in welchen wir keine Lokale haben können. In den Orten wohnt vorwiegend eine industrielle Bevölkerung, die, obgleich sie noch dem Zentrum anhängt, uns dennoch sympathisch gegenübersteht. Es würde durch die Abhaltung von Versammlungen in jener Gegend uns möglich sein, jene Hauptstützen des Zentrums von der Wichtigkeit des Sozialismus zu überzeugen. (Heiterkeit.)

Wesch: Trotz Ihrer Heiterkeit werden Sie mir zugeben, daß diese Frage eine sehr ernste ist. Unsere Bevölkerung ist so arm, daß sie nicht die Mittel zur Beschaffung eines derartigen Zeltes aufbringen kann. Allerdings sind mehrere Leute dort, die ein Grundstück besitzen. Auf diesen Grundstücken könnte man derartige Zelte aufschlagen. Wir haben seit dem Kulturkampfe keine Lokale mehr bekommen. Einmal gelang es uns zwar, ein Lokal zu bekommen, zu einer einzigen Versammlung, aber dann wurde es uns wieder abgetrieben. Das Großkapital ging mit den Pfaffen Hand in Hand. (Redner erzählt mehrere derartige Fälle, welche die Indignation der Versammlung hervorrufen.) Es bleibt uns also nichts übrig, als unter Zelten zu reden, denn das gesprochene Wort wirkt mehr als das gedruckte. Wir hoffen, daß der Parteitag dieser Frage näher tritt und eventuell an einem Orte am Niederrhein einen Versuch unternimmt, dann wird man ja sehen, ob die Sache praktisch durchführbar ist.

Singer: Bei diesem Antrage bewahrheitet sich das alte Wort: Vom Erhabenen bis zum Komischen ist nur ein Schritt. Ich habe die Ueberzeugung, daß dieser Antrag aus der gemeinen und niederträchtigen Handlungsweise unserer Gegner resultirt. In dieser Beziehung haben die Genossen das einzige Mittel, den Boykott, in der Hand, um gegen derartige Lokale mit Recht vorzugehen. Die Motive des Antrages billigt also Jeder von uns; aber der Antrag selbst ist undurchführbar. Wesch vergißt ganz und gar, wo er den Grund und Boden hernimmt, auf dem die Zelte aufgestellt werden sollen. Es könnte passiren, daß, wenn die Träger in das betreffende Dorf kämen, der Dorfbürgermeister ihnen einfach sagt, hier auf diesem Grund und Boden habt Ihr nichts zu suchen. Hier liegt die Gefahr des Komischen vor. Wir müssen uns hüten, uns dem Spotte der Gegner auszusetzen. Es könnte leicht vorkommen, daß die Zelte einfach in der Rumpelkammer lagern müssen, weil sie nicht aufgestellt werden können.

Trappe: Wenn man diese Forderung bewilligte, so würden andere Provinzen, namentlich Pommern, auch mit diesen Forderungen kommen.

Knieriem-München befürchtet, daß es bei der Niederträchtigkeit und Gemeinheit der Gegner garnicht darauf ankommen werde, die Bauern aufzuhetzen, die Zelte zu zerschlagen, wie man sie jetzt schon verhetze, auf die Sozialdemokraten mit Dreschflegeln und Sensen loszugehen.

Wesch: Wir haben bei uns eine Reihe kleinerer Webermeister, die ein Stückchen Land besitzen. Darauf könnte das Zelt errichtet werden. Wir werden am Niederrhein dieser Frage selbst nähertreten, und hoffen dann auf den Beistand der Partei.

Der Antrag wird abgelehnt.

Die beiden letzten Anträge zur Agitation lauten:

> Die Genossen in Karlsruhe beantragen: Alle Wahlkreise, in denen die Lage der arbeitenden Bevölkerung eine zu schlechte ist, um die Wahl- und Agitationskosten selbst aufbringen zu können, sind materiell von der Partei zu unterstützen. Außerdem sollen vom Parteivorstand gewandte Redner der Reichstagsfraktion zu größeren Agitationstouren in das Land geschickt werden, und zwar mit besonderer Berücksichtigung von Süddeutschland.

Die Genossen in Bromberg:

> a) Der Parteitag möge beschließen, den Genossen von Bromberg zur Erleichterung der schon ohnehin schweren Agitation jährlich eine materielle Unterstützung zu gewähren. Die Höhe derselben wird durch den Vorstand der Partei, sowie durch den eventuellen Wunsch der Genossen des Wahlkreises bestimmt.
>
> b) Für eine unbestimmte Zeitdauer wird eine regelrechte

mündliche Agitation vorgenommen, und zwar durch einen Agitator, welcher womöglich der polnischen Sprache mächtig ist.

Frohme beantragt, beide Anträge dem Parteivorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

Singer will sie dem Parteivorstande zur Erledigung überweisen.

Volderauer: Der vorige Parteitag hat ganz dieselben Anträge dem Parteivorstande überwiesen, ohne daß bis heute eine Spur davon bemerkt wäre, daß diese Anträge berücksichtigt worden wären. Ich bitte also, über diese Anträge in eine Diskussion einzutreten.

Singer: Ich muß es als geradezu unerhört bezeichnen, wenn ein Parteigenosse behauptet, daß der Parteivorstand nach dieser Richtung keine Spur der Thätigkeit entwickelt hat. Haben Sie denn nicht im Bericht des Parteivorstandes gelesen und von Auer gehört, wie im Laufe des vorigen Sommers eine ganze Anzahl von Reichstagsabgeordneten größere Agitationstouren gemacht haben? Uebrigens hat Ulrich in Baden agitirt. Volderauer kann also nicht einmal aus seiner Heimath einen Grund zur Klage hernehmen.

Beide Anträge werden dem Parteivorstand zur Erledigung überwiesen.

Von einer Nachtsitzung wird auf Vorschlag Singer's Abstand genommen.

Milenz wendet sich in einer persönlichen Erklärung mit scharfen Worten gegen einen Bericht der Mannheimer „Volksstimme", worin das Auftreten der Opposition in unangemessener Weise besprochen und in Bezug auf seine Ausführungen der Ausdruck „Quatsch" ꝛc. gebraucht werde. Für ein Parteiorgan sei solche Sprache unwürdig.

Schluß $1^1/_4$ Uhr.

Nachmittagssitzung.

$3^1/_4$ Uhr. Den Vorsitz führt Kloß.

Begrüßungstelegramme sind noch eingelaufen aus Velbert, Freudenheim-Mannheim und Neuhaldensleben.

Die Berathung der selbständigen Anträge wird fortgesetzt. Von den Anträgen, welche sich auf die parlamentarische Thätigkeit beziehen, steht zunächst zur Verhandlung derjenige von

Harm und Meist:

Der Parteitag wolle beschließen:

Um die an den verschiedenen Orten (Kamen, Eisleben und Sprenge) vorgekommenen Gewaltthätigkeiten gegen Parteigenossen für die Zukunft zu verhindern, die Fraktion zu beauftragen, diese Angelegenheit in geeigneter Weise im Reichstage zur Sprache zu bringen.

Harm: Ich bin mir vollständig darüber klar, daß die Sache, auch ohne Verhandlung des Parteitages im Reichstage zur Sprache kommen wird; ich halte aber für nothwendig, daß auch der Parteitag sich mit diesen Vorkommnissen beschäftigt und durch sein Urtheil seinerseits bezeugt, daß die Partei nicht gewillt ist, sich in dieser Weise behandeln zu lassen. Durch den Umstand, daß die Staatsanwaltschaft gegen andere Parteien gelinder vorgeht als gegen die unsere und mit dem Rechtsschutz anderer Parteien schneller bei der Hand ist als mit der unseren, gewinnt es fast den Anschein, als ob unsere Leute zu Staatsbürgern zweiter Klasse degradirt werden sollen.

Singer: Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben sich bereits seit längerer Zeit darüber verständigt, daß unter allen Umständen diese Angelegenheit im Reichstage zur Sprache gebracht wird. Wir sind beschäftigt, Material dafür zu sammeln, und der Parteitag kann überzeugt sein, daß, ganz wie Harm es vorausgesetzt hat, die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage diese Vorfälle gebührend brandmarken und annageln werden. Ich würde für richtig finden, wenn statt des Antrages Harm der Parteitag in einer Resolution seine Entrüstung und Mißbilligung über das gemeine Treiben jener Parteien, die da glauben, die Sozialdemokratie mit dem Dreschflegel todtschlagen zu können, ausspricht. (Beifall.) Diese Resolution wird eine wirksame Unterstützung der Thätigkeit der Abgeordneten in diesem Punkte sein, und damit auch gleichzeitig ausgesprochen, in welcher Weise die Gesammtpartei diese Vorgänge auffaßt.

Nachdem Redner unter großem Beifall die dem Antrage zu Grunde liegenden Vorkommnisse auf's schärfste gegeißelt, zieht Harm seinen Antrag zurück. — Ueber die noch nicht formulirte Resolution wird später abgestimmt werden.

Ein von Emmel eingebrachter Antrag, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten dahin wirken sollten, daß alle in staatlichen Betrieben beschäftigten Hilfsbeamten und Arbeiter nach einer kurzen Probezeit unter das Beamtengesetz fallen, wird nicht genügend unterstützt und kommt nicht zur Verhandlung.

Die elsaß-lothringischen Delegirten beantragen:

> Der Parteitag beauftragt die Fraktion, im Reichstage die Abschaffung des in Elsaß-Lothringen existirenden Diktatur-Paragraphen und der Preß-, Vereins- und Versammlungs-Gesetze zu beantragen.

Neweczerzal-Mülhausen: Es ist schon in Halle ein ähnlicher Antrag gestellt, jedoch mit Recht abgelehnt worden, denn er lautete damals blos auf Abschaffung aller französischen Gesetze. Hier handelt es sich vor allem um den Diktaturparagraphen. Dieser stammt vom 30. Dezember 1871 her und giebt dem Statthalter außerordentliche Gewalten, im Falle der „Gefahr für die öffent-

liche Sicherheit alle Maßregeln ungesäumt zu treffen, welche er zur Abwendung der Gefahr für erforderlich erachtet." Von diesem Gesetz hat man in ausgedehntem Umfange Gebrauch gemacht, man braucht blos eine Gefahr zu sehen, auch wenn sie gar nicht vorhanden ist, und hat dann die Gewalt, alles Mögliche zu thun. Der Arbeiterverein in Bühl wurde ohne jede Motivirung kurzer Hand aufgelöst, die Beschwerde blieb selbstverständlich erfolglos. Zeitungen, welche dem Statthalter nicht passen, werden einfach durch Verbot aus dem Wege geräumt; da steht Elsaß-Lothringen schlechter als Deutschland unter dem Sozialistengesetz. Aber auch ganz ohne diese Diktatur genügen die anderen Gesetze vollständig, um jede Bewegung der Arbeiterschaft zu unterdrücken. Früher wurden alle diese Gesetzesparagraphen garnicht angewandt; seitdem aber die Arbeiterbewegung etwas zur Geltung gekommen ist, geschieht dies, um sie wieder todt zu machen. So haben wir ein Preßgesetz von 1848; danach darf über Preßprozesse überhaupt nicht berichtet werden. Auch die anderen hierher gehörigen Gesetze tragen den Stempel der Klassenherrschaft an der Stirn. Zur Gründung einer Zeitung, die dreimal wöchentlich erscheint, bedarf es einer Kaution von 10 000, für eine sechsmal erscheinende 20 000 Mark. Da ist ferner das Kolportagegesetz vom 27. Juli 1849, also aus einer Zeit, da die Reaktion wieder die Oberhand gewonnen hatte. Zur Verbreitung von „écrits", d. h. Büchern, Schriftstücken, Gravüren und lithographischen Sachen, bedarf es danach ausdrücklicher Genehmigung des Ministeriums, zu den écrits gehören aber auch die Zeitungen. Unseren Genossen wird nun diese Erlaubniß ohne Motivirung von vornherein auf Grund des Diktaturparagraphen versagt. Wenn man also z. B. für unsere Zeitung, eine gesetzlich erlaubte Zeitung, für die 10 000 Mark Kaution erlegt sind, für welche die Postanstalten Abonnements annehmen, auf den Dörfern Abonnenten sammeln will, wird man ohne diese Erlaubniß mit 4 Tagen Gefängniß bestraft. Unserem Geschäftsführer und einer Reihe anderer Genossen ist das passirt.

Weiter existirt ein Gesetz betreffend die Errichtung von Druckereien und den Betrieb derselben. Darnach muß — so lächerlich es klingt — ein Buchdruckereibesitzer, wenn er die Konzession zur Ausübung seines gelernten Gewerbes erlangen will, erstens nach dem Dekret vom 5. Februar **1810** gerichtlich vereidigt werden, ferner von 4 Druckereibesitzern des Ortes, also Konkurrenten, die Bescheinigung beibringen, daß er sich auf Grund seiner Fähigkeiten etabliren darf; außerdem muß er wenigstens 2 Pressen besitzen und über seine Verfassungstreue sich ausweisen können. (Heiterkeit.) Wenn das nun aber auch Alles überwunden ist, so kann ihm doch die Ausübung des Gewerbes immer noch ohne Angabe des Grundes verweigert werden. Man will auf diese Weise die

Zeitungen untergraben, und da man sich nicht immer auf den Diktaturparagraphen stützen mag, weil das böses Blut machen würde, so zieht man sich hinter diese Bestimmungen zurück. Man kann allerdings auch ohne Genehmigung eine Zeitung drucken, dann aber muß man der Eigenthümer der Zeitung sein und darf gar keinerlei andere Druckarbeiten ausführen. Unser Drucker hat beispielsweise die Konzession im April nachgesucht, nach 4 Monaten endlich erfolgte die Ablehnung, und zwar ohne jede Motivirung.

Ferner besteht bei uns ein Vereinsgesetz, dessen Abschaffung wir beantragt wissen wollen. Wenn man dort einen Verein gründen will, muß man vor allen Dingen viermal die Statuten einreichen, dreimal auf gewöhnlichem, einmal auf Stempelpapier; je nach dem Umfang kostet dies 40, 80 oder 120 Pfennige. Von den Statuten kommt je ein Exemplar nach Mülhausen, Colmar, Straßburg und Berlin. Dann muß die Eingabe mit mindestens 7 Unterschriften versehen sein: die Regierung aber hat auch hier das Recht, ohne jede Motivirung nein zu sagen. Im vorigen Jahre, am 27. Dezember, wurde die Gründung eines Freidenkervereins beschlossen: fast sämmtliche Vorstandsmitglieder bekamen Vorladungen vor die Polizei: nach 5 Monaten erfolgte die Ablehnung der Genehmigung, auf den ergriffenen Rekurs ist bis heute kein Bescheid ergangen. (Rufe des Unwillens.) Die Pfaffen haben katholische Arbeitervereine zum ausschließlichen Zwecke der Bekämpfung der Sozialdemokratie begründet. Die haben noch keine 8 Tage warten brauchen. (Heiterkeit.) Den Arbeiterwahlverein in Mülhausen, der gegründet worden ist als die Sozialdemokratie im Elsaß noch nicht ihre heutige Bedeutung hatte, sucht die Polizei jetzt mit allen Mitteln zur Auflösung zu bringen; alle Eingaben müssen auf Stempelbogen geschrieben sein; eine Eingabe, die Herabsetzung des Monatsbeitrages von 50 auf 20 Pfennige zu genehmigen, ist endlich nach 5 Monaten — abschlägig beschieden worden. (Heiterkeit.)

Gleichen Charakter hat das elsaß-lothringische Versammlungsgesetz. Zur Anmeldung von Versammlungen gehört gleichfalls ein Stempelbogen mit sieben Unterschriften, zwischen dem Tage der Eingabe und der Versammlung müssen mindestens drei Tage liegen. Wenn man in einem Dorfe eine Versammlung einberufen will, wo da so schnell die sieben Bauern finden, die sich bewegen lassen, ihre Unterschrift auf einen Stempelbogen zu setzen. Wenn aber auch dies Alles beschafft ist, wenn man selbst einen Wirth und ein Versammlungslokal gefunden hat, steht der Polizei immer noch das Recht der Nichtgenehmigung zu; auch das haben wir schon hundertfach erlebt. Die Präfekten, jetzt Kreisdirektoren, können jede Versammlung vertagen, welche die Ordnung zu stören oder

die Sicherheit zu gefährden scheint; dennoch wurde in Gebweiler die Versammlung widerrechtlich von vornherein verboten, und die Beschwerde war fruchtlos. Findet die Versammlung wirklich statt, so wird sie unter Umständen einfach aufgelöst. Dreesbach hielt bei uns drei Versammlungen ab: als er in einer derselben über das Thema „Was die Sozialdemokraten wollen" referirte und auf das Parteiprogramm zu sprechen kam, sagte der Kreisdirektor: „Von Politik darf hier nicht gesprochen werden" (große Heiterkeit), und es wurde aufgelöst.

Diese Verhältnisse würden Rußland alle Ehre machen. Lassen Sie es unserem Antrage nicht an Unterstützung fehlen, daß solche Mißstände im Reichstage erörtert werden können. Der Reichstag hat ja kaum eine Ahnung von diesen Verhältnissen und es ist dafür, daß sie ihm bekannt werden, fast noch nichts gethan worden, obwohl wir einen sozialistischen elsaß-lothringischen Abgeordneten im Reichstage haben. Deshalb haben mich meine Wähler beauftragt, diese Dinge hier vorzubringen. (Beifall.)

Hoffmann-Zeitz und Stamm-Cannstatt befürworten den Antrag: Singer weist nach, wie die Fraktion schon 1884 einen Antrag auf Aufhebung sämmtlicher Ausnahmegesetze, also auch der für Elsaß-Lothringen, im Reichstage eingebracht habe; Jahr für Jahr, gelegentlich der Etatsdebatte, gebe sich Anlaß, über diese Angelegenheit zu sprechen, und fast keine Session vergehe, ohne daß die elsässisch-lothringischen Ausnahmeverhältnisse im Reichstag zur Sprache gebracht werden. Die Vorwürfe des Antragstellers gegen die Fraktion seien also unzutreffend; auch gegen Hickel könne kein Vorwurf erhoben werden: die Frage sei wiederholt berathen worden, aber eine Reihe besonderer Umstände haben die Einbringung eines besonderen Antrages bisher verhindert. Nachdem Redner noch des Näheren auf die elsässischen Zustände und die Verwaltung der Reichslande eingegangen, wird der Antrag nach kurzem Schlußwort Neweczerzal's angenommen.

Hiernach wird die inzwischen von Geyer, Frohme und Singer formulirte Resolution zum Antrage Harm und Meist:

> Der Parteitag spricht seine Entrüstung aus über das vergewaltigende, brutale Vorgehen gegnerischer Elemente gegen unsere Parteigenossen, wie sich dasselbe in Spenge, Eisleben, Kamen u. s. w. gezeigt hat.
>
> Ferner erklärt der Parteitag das Verhalten der gegnerischen Presse in dieser Angelegenheit als ein unerhört frivoles und tendenziöses, darauf berechnet, die indifferente Masse gegen unsere Partei aufzuhetzen und zu Gewaltthätigkeiten zu provoziren."

zur Debatte gestellt und ohne Diskussion einstimmig genehmigt.

Der II. Pfälzische Parteitag beantragt:

Der Parteitag wolle unsere Fraktion beauftragen, im Reichstage die Verstaatlichung des Getreidehandels zu beantragen.

Ehrhardt-Ludwigshafen: Nach den eingehenden und nach jeder Hinsicht klärenden Debatten über unsere Taktik und der Stimmung des Parteitages ist es für mich sehr schwer, für unseren Antrag eine Lanze zu brechen, trotzdem will ich es versuchen. Angeregt wurden wir zu unserem Antrage durch die verschiedentlichen Verstaatlichungen, wie sie zum Theil auch von unserer Fraktion erstrebt wurden, wie beispielsweise die Verstaatlichung der Aerzte und Apotheken; dieser Antrag ist nur etwas in andere Worte gekleidet. Soll er für die arme Volksklasse von Erfolg sein, so kann er nur dann seinen Zwecken entsprechen, wenn die Verstaatlichung radikal durchgeführt wird. Es dürften auch sehr wenige unter uns sein, die an Stelle der heutigen Post und Telegraphie 2c. in Staatsbetrieb dieselbe in privatkapitalistische Hände wünschten. Auch unser Streben hinsichtlich der Arbeiterversicherung ist nach meinem Dafürhalten ein Stück Verstaatlichung. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß jede Konzentration der Arbeitsmittel uns unseren Zielen näher führt. Oft schon wurde dargethan, daß sich die politische Macht ungemein leichter erobern lasse, als gesellschaftliche Einrichtungen umzugestalten; wenn der Staat also als Expropriateur auftritt, so arbeitet auch er in einem gewissen Sinne mit an den Vorbedingungen für eine andere Gesellschaftsordnung. Die Befürchtung, daß wir mit diesem unserem Antrage den Konservativen begegnen, läßt mich vollkommen kalt. War es doch schon öfter da, daß wir der einen oder anderen politischen Partei in irgend einer Frage begegneten. Wir glaubten also, es ließe sich sehr wohl ein derartiger Antrag mit unserer Taktik decken. Was die Frage selbst anlangt, so gestehe ich offen, daß sie im Wesentlichsten ein Agitationsmittel sein soll, wie die gesammten Forderungen des zweiten Theiles unseres Programms ja es auch sind. In Halle haben wir ausgerufen, daß sich für die Folge unsere Agitation auf das Land erstrecken muß. Dementsprechend erschienen auch eine Reihe von literarischen Produkten, welche die Lage des Bauernstandes besprechen, allein es muß zugestanden werden, daß sie insgesammt in ihren Ausführungen den Großgrundbesitz des Nordens im Auge haben und deshalb für unsere südwestdeutschen, parzellenbäuerlichen Verhältnisse nicht anwendbar sind. Unser Bauer macht uns den Vorwurf: „Ihr sorgt wohl in eurem Programm für den industriellen Arbeiter, für den kleinen Bauern aber tragt ihr viel zu wenig Rücksicht." Aehnlich verhält es sich auch mit den Zöllen; der kleine Bauer lebt sich in den Gedanken hinein, daß die Zölle doch einen Nutzen für ihn haben, und wir müssen gestehen, daß es uns sehr

schwer fällt, ihn von dieser Meinung abzubringen. Im Uebrigen möchte ich Sie in Anbetracht der unserem Antrage feindlichen Stimmung bitten, die Frage wenigstens in Erwägung zu ziehen, es dürfte alsdann Sache unserer Theoretiker sein, derselben etwas näher zu treten, und wir würden uns freuen, zu einem guten Agitationsmittel angeregt zu haben.

Gegen den Antrag wendet sich Frohme. Daß die Schweizer Genossen den gleichen Gedanken propagiren, sei für uns nicht maßgebend; dort sind die Verhältnisse für diese Frage und für unsere Partei ganz anders geartet. Der Antrag sei eigentlich ein Programmantrag und durch die Stellung zum Staatssozialismus schon erledigt. Die Verstaatlichung des Getreidehandels führe nothwendig zur Verstaatlichung des Grund und Bodens. Er bittet, den Antrag kurzer Hand abzulehnen.

Emmel-Frankfurt und Klüß-Elmshorn vertreten den gleichen Standpunkt. Letzterer beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Röhrle-Heilbronn tritt für den Antrag ein; daß die Konservativen ebenfalls diese Verstaatlichung erstreben, sei gleichgiltig; man brauche dem Volke nur die Zwecke klarzulegen, welche die Konservativen dabei verfolgen.

Ueber den Antrag des zweiten pfälzischen Parteitages wird zur Tagesordnung übergegangen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung werden ferner erledigt: der Antrag des Klub „Südost“ in Berlin in Bezug auf die Sprache des Programms, Einführung des gebundenen Mandats 2c, dann der Antrag Drewes-Ottensen auf Errichtung von Asylen für Obdachlose; der Antrag der Rendsburger Genossen auf staatliche Unterstützung der Arbeitslosen wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil ein fast gleichlautender Antrag zum Programmentwurf vorliegt.

Fleischmann beantragt:

Der Parteitag wolle beschließen:

Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage zu beauftragen, dahin zu wirken, daß Bücher und alles, was unter dem Sozialistengesetz von der Polizei beschlagnahmt worden, wieder freigegeben wird.

Fleischmann: Dieser Antrag wurde schon voriges Jahr in Halle gestellt; ich habe nicht erfahren, inwieweit die Fraktion oder der Parteivorstand Ermittelungen über den Gegenstand angestellt hat. Jöst hat mir mitgetheilt, daß man speziell im Hessen-Darmstädtischen die Sachen nicht mehr freigiebt. Mir hat man die seiner Zeit konfiszirten Sachen nicht zurückgegeben. Ich möchte, daß die Fraktion sich der Angelegenheit etwas annimmt.

Stadthagen: Ich bitte den Antrag zurückzuziehen, da er

bereits erledigt ist. Die Aufhebung des Gesetzes hat keine rückwirkende Kraft.

Kaden: Es sind das nicht Reichs-, sondern Landessachen. Ich bin durch alle Instanzen gegangen, ohne die Bücher &c. wieder zu erhalten.

Jöst bestätigt diese Auffassung. Mir hat man 130 Sachen an einem Tage fortgenommen, die Sachen sind futsch, ich kriege sie nicht mehr. In einem Falle sind auch die eingebundenen Werke Schiller's, trotz Anrufens der höchsten Instanz, nicht herausgegeben worden!

Der Antrag wird abgelehnt.

Es liegen noch einige Anträge allgemeinen Charakters aus der Mitte des Parteitages vor.

Hoffmann und Genossen beantragen:

Der Parteitag wolle beschließen:

Abgeordnete, welche ohne Mandat auf dem Parteitag anwesend sind, erhalten aus der Parteikasse Diäten.

Namens der Antragsteller empfiehlt Albrecht den Antrag. Der Vorstand glaube den § 9 Absatz 2 des Status nicht in dem Sinne interpretiren zu sollen, daß auch die Theilnehmer ohne Mandat Diäten aus der Parteikasse zu beziehen hätten. Der Parteitag möge sich über die Frage schlüssig machen.

Emmel: Ich bin entschieden gegen den Antrag. Daß die Abgeordneten unter allen Umständen auf dem Parteitag anwesend sein müssen, sehe ich garnicht ein. Dadurch, daß diese bevorzugt werden, entstehen blos die kleinen Götter und die Halbgötter! (Heiterkeit und Beifall.)

Eitzinger-Nürnberg ist für den Antrag, ebenso Kühn-Gera und Hoffmann-Zeitz.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Börner beantragt, auch den Vorstandsmitgliedern und Kontrolleuren ohne Mandat Diäten zu gewähren.

Der Antrag wird genügend unterstützt und der Antrag Hoffmann mit dieser Erweiterung angenommen.

Ehrhardt, Dreesbach, Hänsler und Kalnbach beantragen:

Der Parteitag drückt den Wunsch aus, daß die Parteileitung für die Folge die Einberufung des Parteitages wie seither auf den Sonntag verlegen möge und zwar mit Rücksicht darauf, daß durch eine Tagung, wie die diesjährige, für eine große Anzahl der Delegirten zwei Arbeitswochen verloren gehen, wodurch entweder sie selbst oder ihre Auftraggeber empfindlich belastet werden.

Dreesbach: Mit Rücksicht auf die sächsischen Wahlen ist diesmal der ursprüngliche Einberufungstermin verändert und auf

einen Tag mitten in der Woche verlegt worden. So gewiß wir diese Verlegung billigen, so unangenehm ist doch für uns alle eine derartige Tagung.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Wilh. Schmidt-Frankfurt und Emmel beantragen folgende Resolution:

> In Erwägung, daß es die Würde und das Interesse der Partei gebieten, dem Personenkultus entgegenzutreten, erklärt es der Parteitag für nothwendig, die Verbreitung von Bildnissen lebender Parteigenossen in jeder Form dadurch einzuschränken, daß in Zukunft Gegenstände mit solchen Abbildungen durch Parteigenossen nicht mehr hergestellt oder in Vertrieb genommen werden; an deren Stelle sollen allegorische (sinnbildliche) Darstellungen, welche auf die Bestrebungen des Proletariats Bezug haben, oder höchstens die Bildnisse verstorbener Vorkämpfer des Proletariats treten.

Emmel: Es wird Allen ganz besonders in der letzten Zeit aufgefallen sein, daß überall, bei jeder Gelegenheit Cigarrenspitzen, Spazierstöcke, Bilder, Quittungsmarken u. s. w. mit den Köpfen oder Medaillonportraits lebender Abgeordneter angetroffen werden. Der Parteitag muß unzweideutig erklären, daß er solche Gebräuche nicht billigt.

Könen-Hamburg III.: In Stettin habe ich es erlebt, daß sogar Bilder von Reichstagskandidaten auf Streichhölzerschachteln geklebt wurden. Wohin soll das führen? Schon 1876/77 haben wir in Hamburg auf Parteiversammlungen dem Verkauf von Bildern verstorbener Männer, die für die Freiheit gelitten hatten, entgegengearbeitet. Bei Verstorbenen könnte man sich das ja aber schließlich noch gefallen lassen. Die bloße Annahme der Resolution hat aber auch nur problematischen Werth. Es wird Sache der Parteigenossen sein, solche Dinge nicht mehr zu kaufen.

Grothe-Halle: Sollen wir denn nicht alle die Mittel und Wege, welche die Gegner für ihre Propaganda anwenden, ganz ebenso benutzen? (Widerspruch.) Sehen Sie sich doch um in den Hütten der Arbeiter, wo diese Bilder nicht hängen, wo Sie unsere Ideen nicht vertreten finden; Sie werden den Kopf schütteln und bedauern, daß solche Bilder nicht vorhanden sind, sondern Bilder der entgegengesetzten Richtung. Ich beantrage Uebergang zur Tagesordnung.

Bebel: Der Tendenz des hier gestellten Antrages stimme ich vollständig bei, ich gebe allen Beschwerden Recht über den Unfug, der nach den verschiedensten Richtungen hin mit Abbildungen von lebenden Parteigenossen in allen Formen getrieben wird, und ich persönlich möchte sogar in vielen Fällen aus ästhetischen Gründen wünschen, daß von mir und Anderen nichts dergleichen fabrizirt

wird. Es ist gradezu grauenhaft, was da oft geleistet wird. Aber wie der Antrag vorliegt, geht er zu weit. Nicht nur ich, sondern auch eine ganze Anzahl meiner Freunde haben in allen Fällen, wo an uns persönlich eine Anfrage gestellt wurde, ob man Abbildungen irgend welcher Art von uns vornehmen dürfe, regelmäßig abgelehnt: wir wollen nicht auf Medaillen, nicht in Gipsabgüssen, nicht bei der Beklebung der Hüte figuriren. Ich habe seiner Zeit im Gefängniß gesessen, als bestimmte Hutformen mit den Namen von Abgeordneten in den Verkehr gebracht wurden, ich habe aus dem Gefängniß einen energischen Brief an den Mann geschrieben, der meinen Namen mißbrauchte; man hat dann wenigstens den Namen weggelassen, aber sich nicht genirt, die Bilder nach wie vor mit hineinzukleben. Die Parteigenossen hätten Mannes genug sein können, diesem Unfug entgegenzuwirken. Es ist damit keineswegs gesagt, daß man den Parteigenossen die Fabrikation verbietet, man muß weiter gehen und verhindern, daß die Fabrikate verkauft werden. Andererseits können Sie nicht soweit gehen, alle und jede Abbildung eines lebenden Parteigenossen zu verweigern und zu verbieten. Ist es nicht für Euch alle von großem Interesse gewesen, das Bild unseres Friedrich Engels kennen zu lernen? (Zustimmung.) Warum machen denn unsere illustrirten Blätter so riesige Geschäfte? Weil sie jeden Mann, der im öffentlichen Leben bedeutend ist oder Aufsehen erregt, sofort abbilden. Hat nicht Jeder unter uns das Bedürfniß, das Bild eines Lafargue oder Jules Guesde einmal zu sehen? Gerade die Nummern des „Der wahre Jakob", die diese Bilder brachten, sind am meisten gekauft worden. Das zu verbieten ist einfach Unsinn. Wo ein Unfug eintritt, muß ihm gesteuert werden, und zwar durch die Genossen von Fall zu Fall. Aber man schütte nicht das Kind mit dem Bade aus.

Der Antrag wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Von Kunert ist ein durch zahlreiche Unterschriften unterstützter Antrag eingegangen, den bekannten Beschluß des St. Gallener Parteitages, soweit er auf Bruno Geiser sich beziehe, außer Kraft zu setzen, weil in dessen seitherigem Verhalten kein Grund zur ferneren Aufrechterhaltung des Beschlusses liege. Nach längerer Debatte wird derselbe mit großer Majorität abgelehnt.

Von Niederauer und Gumpel ist die Anfrage eingegangen, ob die Streitfrage zwischen Frohme und Keßler erledigt sei. Der Parteitag lehnt es ab, daß diese Frage hier zur Beantwortung gelangt.

Schluß 6 Uhr 22 Minuten.

Siebenter Verhandlungstag.

Mittwoch, den 21. Oktober.

Schlußsitzung.

8¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Tutzauer Berlin erklärt schriftlich, sich der von den anderen Abgeordneten in Hinsicht auf die Wildberger'schen Aeußerungen abgegebenen Erklärung anzuschließen.

Eine Versammlung in Adlershof, aus dem Wahlkreise, in dem Werner kandidirt hat, protestirt energisch dagegen, auf dem Boden der bekannten Flugblätter zu stehen. (Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Neuner-Kommission.

Im Namen derselben referirt:

Müller-Darmstadt: Die Kommission nahm bei ihrem Zusammentritt Kenntniß von nachstehender Erklärung:

Erklärung.

Die unterzeichneten Mitglieder der Opposition, bisher zur Mitarbeit an den Aufgaben des Parteitages durch den Auftrag ihrer Wähler verpflichtet, erklären nunmehr — wegen der den demokratischen Grundsätzen direkt zuwiderlaufenden und geradezu empörenden Bekämpfung von Differenzen seitens der Vorstandsmitglieder Auer, Bebel und Fischer — auf die Zugehörigkeit zu dieser sozialdemokratischen Partei zu verzichten.

Erfurt, den 19. Oktober 1891.

Albert Auerbach, Magdeburg.
Max Baetge, Magdeburg.
Adolph Schultze, Magdeburg.
Wilhelm Werner, Buchdrucker, Berlin.
Karl Wildberger, Berlin.

Diese Erklärung gab der Kommission Veranlassung, zunächst über die Frage zu entscheiden, ob trotz derselben in eine Untersuchung der von einem Theil der Unterzeichner erhobenen Verdächtigungen, Beschuldigungen und Anklagen gegen die Parteileitung, die Reichstagsfraktion und die Parteitaktik, wie solche in mehreren Reden und in dem bekannten Flugblatte der Berliner Opposition ihren Ausdruck fanden, einzutreten sei. — Diese Frage wurde einstimmig **bejaht.**

Unter Zugrundelegung der Beschuldigungen beantwortet die Kommission die nachstehenden Fragen wie folgt:

Frage 1. Sind Beweise für die Anschuldigung erbracht, daß der Parteivorstand und die Fraktion die Partei systematisch korrumpirt und zur Versumpfung gebracht habe?

Einstimmig: Nein!

Frage 2. Sind Beweise dafür erbracht, daß der Parteivorstand Parteigelder nach Gunst an Schmarotzer und Schweifwedler gegeben habe?

Einstimmig: Nein!

Frage 3. Sind Beweise dafür erbracht, daß die Parteileitung die wichtigsten Partei-Interessen vernachlässigt hat?

Einstimmig: Nein!

* * *

Gegenüber den speziellen Beschuldigungen in dem angezogenen Flugblatte der Opposition stellt die Kommission nach gründlicher Untersuchung fest:

1. Es ist nicht wahr, daß der revolutionäre Geist seitens einzelner Führer systematisch ertödtet wird.
2. Es ist nicht wahr, daß in der Partei eine Diktatur geübt wird.
3. Es ist nicht wahr, daß die ganze Bewegung verflacht und die Sozialdemokratie zur puren Reformpartei kleinbürgerlicher Richtung herabgesunken ist.
4. Es ist nicht wahr, daß die Revolution von der Tribüne des Reichstags feierlich abgeschworen wurde.
5. Es geschah bis heute nichts, um den Vorwurf zu rechtfertigen, daß versucht worden wäre, den Ausgleich zwischen Proletarier und Bourgeois herbeizuführen.

Alle weiteren Anschuldigungen in dem Flugblatte der Opposition, speziell die unter Ziffer 6—14 Seite 24 der vom Parteivorstande herausgegebenen Broschüre „Die Anschuldigungen der Berliner Opposition" erachtet die Kommision durch die Beschlüsse des Parteitages gelegentlich der Berathung über Punkt 2a und b der Tagesordnung für widerlegt.

Herr Wildberger hat früher und hier auf dem Parteitage erklärt, daß er auf dem Boden des Flugblattes stehe und die darin enthaltenen Anschuldigungen aufrecht erhalte; Beweise für dieselben hat er jedoch nach keiner Richtung hin zu erbringen vermocht, trotz erfolgter Aufforderung aber sich geweigert, die verleumderischen Lügen und Anschuldigungen zu widerrufen. Soweit Wildberger für seine Beschuldigungen gegen die Fraktion sich auf angebliche Mittheilungen einzelner Abgeordneter berufen hat, hat die Kommission festgestellt, daß er private Mittheilungen tendenziös entstellt und zum Zwecke verleumderischer Verdächtigungen der Fraktion vermischt mit von ihm erfundenen Lügen in die Oeffentlichkeit brachte.

Herr Werner, über den bereits der Parteitag in Halle auf Grund der dort gegen ihn vorgebrachten Thatsachen zu dem Resultate kam, daß „der äußere Anschein nothwendig zur Annahme führe, daß Werner nicht würdig sei, unserer Partei als Genosse anzugehören" und dessen Ausschließung aus der Partei nur unterblieb, weil die dafür eingesetzte Kommission annahm, „daß Werner weder

das Taktgefühl, noch die Fähigkeit besitze, die Tragweite seiner Handlungsweise in Bezug auf die Wahrung der Interessen der Partei abzuwägen", hat durch neue Handlungen bewiesen, daß er der damals gegen ihn geübten Rücksichtnahme unwürdig sei. Für dieses Urtheil zeugt, von allem Andern abgesehen, die Thatsache, daß Werner trotz seiner in Halle gemachten Zusage: „sich den Beschlüssen des Parteitages zu fügen und die Streitaxt zu begraben" — sein die Partei im höchsten Grade schädigendes Treiben fortsetzte. Zwar hat sich Werner formell nie zum Inhalt des Flugblattes bekannt, durch sein ganzes Auftreten aber in den verschiedenen Versammlungen, sowie auf dem Parteitage bewiesen, daß er die in dem Flugblatte erhobenen Anschuldigungen theilt, nur nicht den Muth hatte, für dieselben mit seiner Person einzutreten. Die Kommission hat die Ueberzeugung gewonnen, daß Werner's Taktik dahin geht, seine Anschuldigungen stets in hypothetische Form zu kleiden, wodurch er seine verleumderischen Zwecke zu erreichen hofft, ohne dafür persönlich haftbar zu sein. Getreu dieser seiner Taktik hat Werner dem Parteitag das Schauspiel geboten, daß, obwohl er die Vertretung der Sache seiner Gesinnungsgenossen von der Opposition übernommen hatte, im entscheidenden Moment die Solidarität mit seinen Genossen verleugnete und seine Person vor den Folgen der gemeinsamen Handlungen zu salviren suchte.

Der Aufforderung, zu beweisen oder zu widerrufen, ist Werner weder nach der einen, noch anderen Richtung nachgekommen.

Aus vorstehend entwickelten Gründen schlägt deshalb die Kommission vor:

Der Parteitag wolle beschließen:

Wilhelm Werner und
Karl Wildberger

sind nicht mehr als Parteigenossen anzuerkennen.

* * *

Nach den in der Broschüre des Parteivorstandes enthaltenen Angaben auf Seite 30, die durch Zeugen bestätigt und von keiner Seite Widerspruch fanden, haben

Redakteur Richard Baginski und der
Hausdiener Lamprecht

in einer Versammlung des Wahlvereins des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises die Erklärung abgegeben, daß sie voll und ganz auf dem Boden des Flugblattes der Opposition stehen und daß sie nur das Eine an demselben auszusetzen haben, daß die Sprache noch lange nicht scharf und rücksichtslos genug sei.

Im Verfolg der Beschlüsse in Sachen gegen Wildberger beantragt die Kommission:

Der Parteitag möge beschließen: an Redakteur Richard Baginski und Hausdiener Lamprecht ist die Aufforderung zu richten, ihre vorerwähnte Erklärung zurückzunehmen, andernfalls sie nicht mehr als Parteigenossen zu betrachten seien.

*

Die Kommission hat, wie Eingangs bereits erwähnt, von der Austrittserklärung, welche auch die Unterschriften der Magdeburger Delegirten Auerbach, Baetge und Schultze trägt, Kenntniß genommen.

Gegen Auerbach sind im Laufe der Verhandlungen des Parteitages zwar Thatsachen vorgebracht worden, welche allerdings geeignet sind, auf denselben den Schein zu werfen, daß er in nicht zu billigender Weise seine Parteistellung zur Förderung seiner Privatinteressen zu benutzen suchte.

Die Richtigkeit dieser Angaben vorausgesetzt, kommt die Kommission zu dem Ergebniß, daß Auerbach keineswegs die geeignete Person ist, sich zum Retter der Parteiehre aufzuwerfen. Aber Auerbach sowohl als Baetge und Schultze haben ausdrücklich erklärt: Daß sie nicht auf dem Boden des Flugblattes der Opposition stehen, dieselben haben vielmehr die dort erhobenen Anschuldigungen als unberechtigt und unzutreffend zurückgewiesen.

Die Kommission hat deshalb keinen Anlaß, sich mit den Magdeburger Delegirten im Weiteren zu beschäftigen.

Wenn sich dieselben mit Wildberger und Werner solidarisch erklären, so steht es Jedem frei, die ihm am meisten zusagende Gesellschaft zu wählen; die Kommission glaubt jedoch aussprechen zu müssen, daß die in der Erklärung niedergelegten Gründe keineswegs den Austritt rechtfertigen.

Erfurt, den 21. Oktober.

Die Neuner-Kommission.

Ueber den anonymen Lübecker Brief an die Kontrollkommission beantragt die Kommission zur Tagesordnung überzugehen.

In der Diskussion über den Bericht bemerkt zunächst Scholz-Berlin: Wir haben nunmehr gehört, was mit den ehemaligen Genossen Wildberger, Werner, Baginski und Lambrecht geschehen soll, aber nicht, was wir mit Denen machen sollen, welche gleich Jenen in Berlin mit ungeschwächter Kraft ihre Maulwurfsarbeit fortsetzen. Die Berliner Delegirten hatten dem Parteitag eine Resolution überwiesen, nach welcher gegen alle diese Elemente vorgegangen werden kann. Wir müssen darauf bestehen, daß diese Resolution zur Verhandlung kommt.

Vorsitzender: Nach den Beschlüssen, die der Parteitag faßt, muß es nach meiner Ueberzeugung Sache der Berliner Genossen sein, diese Dinge in ihren Kreisen zu regeln. (Sehr richtig!) Auf

Grund unserer Organisation haben die Berliner Genossen die Mittel dazu in der Hand.

Die von Wernau-Potsdam und den Berliner Delegirten Wengels, Tempel, Pëus und Scholz gestellte Resolution lautet:

> Der Parteitag erklärt: Die von Seiten der sogenannten Berliner Opposition in die Welt gesetzten Schmähungen, Verleumdungen und Verdächtigungen gegenüber der Parteileitung und Fraktion sind nach Anhören dieser Richtung in solch grundloser und niederträchtiger Art geschehen, daß den Berliner Parteigenossen in Gemeinschaft mit der Parteileitung aufgegeben wird, in der schärfsten Weise dem Treiben dieser Elemente entgegenzutreten, um sie für die Bewegung unschädlich zu machen.
>
> Der Parteitag bestimmt ferner, daß da, wo sich solche und ähnliche Vorkommnisse zeitigen, die Vertrauensmänner dieser Orte angewiesen sind, die Kontrolleure der Parteileitung hiervon zu unterrichten, damit durch schiedsrichterliche Untersuchung solche Vorkommnisse im Interesse der Partei Erledigung finden.

Niederauer, Gumpel, Ihrer, Rohrlack, v. Hofstetten erklären diese Resolution nicht anzuerkennen. Auch Metzner erklärt, nur ein Theil der Berliner Delegirten sei mit derselben einverstanden.

Diese Resolution wird genügend unterstützt, die Berathung über dieselbe aber bis nach Erledigung des Berichts der Neuner-Kommission ausgesetzt.

Zum Bericht der Neuner-Kommission meldet sich Niemand weiter zum Wort.

Der Antrag der Neuner-Kommission wird mit allen gegen 11 Stimmen angenommen.

Die Berathung kehrt zurück zu der obenerwähnten Resolution.

Wernau: Ich habe nicht eine solche Hoffnung und Zuversicht, wie einige meiner Berliner Genossen, die meinen, wir sind stark genug, um die oppositionellen Elemente unschädlich zu machen. Ich weiß, was für Elemente unter diesen Herren stecken, daß sie eine gewisse Suade und Unverfrorenheit besitzen, sie verfügen auch über Geldmittel und werden daher alles Mögliche versuchen. Es wird mir mitgetheilt, daß heute auch in Magdeburg eine Versammlung der Opposition stattfindet. Auch dort wird es ungeheure Arbeit kosten, um das alte Terrain zu erobern. Gerade die Vertrauensmänner im VI. Berliner Wahlkreis sind bei der Sache mitbetheiligt. Es ist Aufgabe der Partei, daß sie da, wo sich derartige Zustände zeigen, eingreife!

Einem Antrage Fräsdorf=Dresden gemäß wird über die Resolution zur Tagesordnung übergegangen.

Der Vorsitzende schlägt vor, während der Programm=Berathung die Wahlen für die künftige Parteileitung vorzunehmen und das Ergebniß durch die Mandats=Prüfungskommission feststellen zu lassen.

Zum Sitz der Parteileitung wird auf Vorschlag Singer's Berlin bestimmt.

Laut § 14 der Organisation hat der Pateitag die Gehälter der Parteileitung festzusetzen. Der Parteitag zu Halle hat die Festsetzung der Gehälter unter Abgrenzung der Maximalhöhe der Parteileitung selbst überlassen. Diese Gehälter sind festgestellt worden auf je 250 Mk. pro Monat für die Sekretäre, auf 150 Mk. für den Kassirer, auf 50 Mk. für jeden der beiden Vorsitzenden.

Der Parteitag erklärt sich mit der Beibehaltung der Gehälter einverstanden.

Der Vorsitzende schlägt vor, als Ort des nächsten Parteitages Berlin zu wählen. (Zustimmung.) Er sei überzeugt, daß die Berliner Genossen die Delegirten aus allen Theilen des Deutschen Reiches freudig aufnehmen werden. (Rufe: Hamburg, Frankfurt a. M.)

Der Parteitag wählt Berlin zum Ort des nächsten Parteitages.

Vorsitzender Singer: Wir treten nun in den letzten Punkt unserer Tagesordnung ein:

Berathung des Parteiprogramms.

Die Kommission hat den bereits für die General=Debatte bestellten Referenten auch zu den ihrigen gemacht; ich ertheile dem Genossen Liebknecht als Referenten und Kommissions=Berichterstatter das Wort.

Liebknecht: Genossinnen und Genossen! Es ist sehr zu bedauern, daß die öffentliche Berathung über das Programm erst an dem letzten Tage dieses Kongresses stattfinden kann. Die stürmischen, leidenschaftlich=erregten Debatten der letzten Tage waren aber nothwendig; eine andere Anordnung der Kongreßverhandlungen war, wie die Verhältnisse lagen, einfach undenkbar. Wenn nun auch manches in den letzten Tagen unerquicklich gewesen ist, so können wir doch mit Stolz sagen: in seiner Gesammtheit war es ein großes Schauspiel, welches die sozialdemokratische Partei der Welt geboten hat. Es giebt keine andere Partei, welche beim vollen Lichte der Oeffentlichkeit ihre innersten Angelegenheiten hätte erledigen, ihren Anklägern sich stellen, und sie rückhaltlos auffordern können, den Beweis für die Anschuldigungen zu liefern, welche sie gegen uns und die Partei erhoben. Eine zweite Partei, die dies zu thun im Stande war, — ich wiederhole es — besteht in Deutschland nicht,

besteht nirgends, und wenn auch die Gegner höhnen über den angeblichen Zwist in unseren Reihen, das eine haben die Debatten klar gemacht: der Ehrenschild der Partei ist rein! Und die Partei ist einig in ihrem Streben, einig in der Abwehr aller ihr feindlichen und schädlichen, aller unreinen Elemente. Dieser Gedanke der Einigkeit, der uns in jenen Debatten beherrschte, wird jetzt, wo es gilt, das neue Programm festzustellen, noch glänzender und in vollster Macht zur Geltung kommen.

Ehe ich weiter gehe, möchte ich Sie daran erinnern, daß heute ein Gedenktag ist. Erfurt ist ja die Stadt der Gedenktage. Doch ich will nicht an Ereignisse erinnern, welche in Erfurt selbst stattgefunden haben — ich habe einen anderen Gedenktag im Sinn: es ist heute der 21. Oktober und heute vor 13 Jahren, am 21. Oktober 1878, trat das Ausnahmegesetz in Kraft, vermittelst dessen die deutsche Sozialdemokratie erwürgt werden sollte, und welches uns zu zwölfjährigem unablässigem Kampfe zwang, zu einem Kampfe, der schließlich mit dem Siege der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie geendet hat und mit dem Falle des Haupturhebers jenes unheilvollen, gemeingefährlichen Gesetzes. Die Kraft zu diesen Kämpfen schöpften wir in den Prinzipien, welche unsere Partei beseelen. Die Parteiprinzipien waren damals formulirt in einem Programm, welches nicht mehr auf der Höhe der Zeit stand und in seinen Sätzen und Forderungen vielfach unvollkommen war, in das aber die Partei in ihrer Weiterentwicklung den wahren Geist der Partei gelegt hatte, die alten Formen mit neuem Inhalt erfüllend.

Indeß eine Revision des Programms, die schon vor dem Sozialistengesetz verlangt worden war, ließ sich nicht mehr aufhalten, und am 16. Oktober v. J. faßte der Parteitag in Halle folgenden Beschluß:

> „In Erwägung, daß das von dem Einigungskongreß zu Gotha im Jahre 1875 beschlossene Parteiprogramm, so trefflich es sich auch in den Kämpfen der letzten 15 Jahre, namentlich unter dem Sozialistengesetz bewährt hat, dennoch nicht mehr in allen Punkten auf der Höhe der Zeit steht, wie das schon von früheren Parteikongressen ausgesprochen ist, beschließt der Parteitag: Der Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Parteitag einen Entwurf eines revidirten Parteiprogramms vorzulegen und den Entwurf mindestens 3 Monate vor Zusammentritt des nächsten Parteitages zu veröffentlichen, damit die Partei hinreichende Zeit zur Prüfung habe."

Genossen! Ich komme auf die Debatten in Halle nicht zurück. Die Kritik, welche ich in meiner Programmrede vom vorigen Jahre an das alte Programm legte, fand keinerlei Widerspruch; es zeigte sich allseitige Uebereinstimmung darin, daß jenes alte Programm, welches ein Kompromißprogramm war, durch ein neues, besseres

zu ersetzen sei. Der Entwurf des neuen Programms liegt nun vor Ihnen. Es ist mit dessen Berathung allerdings auf diesem Parteitage etwas eigenthümlich verfahren worden. Wir haben keine Generaldebatte gehabt, und das ist trotz der offenbaren Gründe, die dafür vorlagen, vorgestern vielfach befremdlich gefunden worden. Angesichts unserer Geschäftslage war es leider unvermeidlich und jetzt wird wohl Jeder begriffen haben, daß, wenn wir nicht so gehandelt hätten, nämlich die Kommission vor der Generaldebatte zu wählen und berathen zu lassen, dann der Parteitag mindestens einen Tag länger hätte zusammen sein müssen. Außerdem ist ja die Generaldebatte im Plenum des Kongresses vollständig ersetzt worden durch die Generaldebatte, die während des letzten Jahres in Deutschland im Plenum der Gesammtpartei stattgefunden hat. In gründlicherer Weise konnte überhaupt ein altes Programm nicht zerpflückt, nicht kritisirt, die Grundlage eines neuen nicht gelegt werden, als dies innerhalb des letzten Jahres und besonders der letzten vierthalb Monate, seit der Entwurf des Vorstandes veröffentlicht ward, geschehen ist. Zu dieser Kritik hat in wesentlicher Weise Anregung gegeben und einen wichtigen Beitrag geliefert der durch Engels veröffentlichte Brief von Marx vom 5. März 1875. Den Inhalt des Briefes setze ich bei Ihnen allen als bekannt voraus; er ist in der „Neuen Zeit" und in den übrigen Parteiblättern, sowie in der gegnerischen Presse eingehend besprochen, und bei Ausarbeitung des neuen Programm-Entwurfs aufs gründlichste erörtert und mit gebührender Achtung berücksichtigt worden. Ueber diesen Brief habe ich persönlich einige Bemerkungen zu machen — nicht in Bezug auf seinen Inhalt. Man hat von gegnerischer Seite den Vorwurf erhoben, daß die Wenigen, an welche der Brief gerichtet war, sich gewissermaßen unehrlich gegen die Parteigenossen benommen hätten, indem sie den Inhalt des Briefes nicht 1875 dem Einigungs-Kongresse mittheilten. Hätten wir das gethan, dann wäre der Zweck jenes Kongresses gefährdet worden! Und der Brief war ein streng vertraulicher, nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt. Wir haben uns über unsere Stellung zu dem Marx'schen Programmbriefe bereits im „Vorwärts" ausgesprochen — in einer Erklärung, welche von der Fraktion ausgegangen ist, und welche nach reiflicher Feststellung des Inhalts unsere Ansicht klargestellt hat. Die Dinge lagen zur Zeit dieses Briefes so: Die beiden Fraktionen der Sozialdemokraten, die Eisenacher und die Lassalleaner, waren viele Jahre lang im Kampfe mit einander begriffen gewesen. Im Anfang hatte man wohl hüben und drüben geglaubt, daß die Ziele verschieden wären, daß Fragen prinzipiell trennender Art zwischen uns stünden. Im Laufe des Kampfes selbst war man aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß für die Masse der Mitglieder beider Fraktionen solche Fragen nicht vorhanden, daß, wenn auch die Schlagworte verschieden, doch

das Ziel, die Forderungen und Bestrebungen auf beiden Seiten völlig die gleichen waren. So brach sich denn auf beiden Seiten allmählich die Ueberzeugung Bahn, daß es nothwendig sei, die zwei getrennten Ströme zu einem zu vereinigen. Statt die Kräfte in diesem brudermörderischen Kampfe aufzureiben, müssen sie zusammengethan und gegen den gemeinsamen Feind gewendet werden — das sagte sich ein Jeder. Und dieser Gedanke trat so elementarkräftig hervor, daß auf beiden Seiten, selbst wenn die Führer sich entgegengestellt hätten, die Mannschaften nicht mehr an der Einigung zu hindern gewesen wären. Vor wenigen Tagen sprach hier unser ältester Genosse, der Senior der Partei, unser Tölcke; er erinnerte an die traurige Zeit des Kampfes. Ich will ihn jetzt erinnern an ein schöneres Ereigniß. Als ich, nicht lange nachdem ich aus dem Gefängniß von der Festung in Hubertusburg gekommen war, eines schönen Morgens in Leipzig in dem Redaktionslokale saß, kam ein Mann herein, der mir nicht ganz unbekannt schien, von dem ich aber nicht sofort sagen konnte, wer er war. Ich arbeitete weiter, darauf theilte man mir mit: Tölcke ist da und wünscht Sie zu sprechen. Ich erhob mich sofort. Tölcke ging auf mich zu und reichte mir die Hand, in die ich sofort einschlug — dazu bedurfte es keines vorherigen Friedensschlusses. Wir begaben uns in ein Nebenzimmer. „Wir müssen Frieden haben", sagte Tölcke und ich antwortete ihm: „Ja, wir müssen Frieden haben". (Lebhaftes Bravo!) Von dem Moment an war für mich der Friede geschlossen; und als um diese Zeit auch im Norden, in Hamburg, in Altona und den anderen Orten ähnliche Schritte gethan wurden — da stand es auch für alle meine Freunde in Deutschland fest: Jetzt müssen wir uns einigen, mag kommen, was da wolle! Einige Heißsporne hüben und drüben suchten das Friedenswerk zu hemmen, aber die Einigung mußte sein, sie war nothwendig im Interesse der Partei. Wir kamen zu Besprechungen zusammen, um uns über ein Einigungs-Programm zu verständigen; von hüben und drüben wurden Konzessionen gemacht, und endlich, nach langen, langen Berathungen einigte man sich über den Ihnen bekannten Entwurf, welcher fast unverändert vom Gothaer Einigungskongreß angenommen worden ist. Als Marx von dem Entwurf Kenntniß erhielt, schrieb er diesen Brief, der für einige von uns Eisenachern bestimmt war. Wir gingen den Brief genau durch; ich selbst, der in langer Kampfgenossenschaft mit ihm gelebt hatte, sein Schüler, der in London den Kelch des Exils mit ihm durchgekostet hatte, stets stolz darauf, mich seinen Schüler und Freund zu nennen — ich hatte mich vor die Frage zu stellen: Ist es im Interesse der Partei, wenn wir jetzt in der Weise vorgehen, wie Marx es will? Was er theoretisch gegen diesen Entwurf sagte, war richtig bis auf den letzten Buchstaben, das wußte ich damals genau so wie heute;

Theorie und Praxis sind aber zweierlei, und so unbedingt ich dem Urtheile von Marx in der Theorie vertraute, in der Praxis ging ich meine eigenen Wege. Ich fragte mich: Ist es möglich, ein Programm, so wie es Marx hier verlangte, jetzt durchzusetzen? Nach reiflicher Prüfung kam ich für mich zu der Ueberzeugung, daß es nicht möglich war, und auf die Gefahr hin, mit Marx auf einige Zeit zu zerfallen — was auch geschah, doch nicht für lange — erklärte ich: Es geht nicht; hoch steht mir Marx, aber höher steht mir die Partei! (Bravo!) Marx war in England, von wo er die Dinge in Deutschland nicht so gut übersehen konnte, wie ich; und er, mein Lehrer, hat mir, als wir dort in der engen Gemeinschaft des Flüchtlingslebens zusammen lebten, gegenüber der Revolutionsmacherei der bürgerlich-demokratischen Partei mehr als einmal gesagt: „Vom Auslande her kann man die Geschicke der Heimath nicht mehr lenken, man verliert die Fühlung." Niemand hat das beiläufig mehr erfahren, als gerade ich; ich war 13, ja 15 Jahre im Exil und es hat lange gedauert, ehe ich, nach meiner Heimkehr, die Fühlung mit den Menschen und Dingen wieder völlig gewinnen konnte. Genug, es blieb mir keine Wahl — ich schrieb Marx: Du kannst von außen die Verhältnisse nicht so überschauen, wie es uns hier von innen möglich ist. Ich entwickelte ihm, daß die Befürchtung, die er ausgesprochen, die Partei werde versumpfen, das Einigungs-Programm werde ihr verderblich sein, daß diese Befürchtung unbegründet sei. Ich sagte ihm: Das deutsche Proletariat wird in diese unvollkommenen, mangelhaft formulirten Forderungen schon den richtigen Inhalt seiner revolutionären Klassenbestrebungen legen. Sind die Gedanken auch nicht richtig ausgedrückt, so werden wir im Laufe weniger Jahre, vielleicht weniger Monate, dahin gelangen, daß das, was an klarem Verständniß der Grundsätze noch fehlt, in der Partei zur Geltung gebracht wird, und daß Diejenigen, welche jetzt noch nicht auf der Höhe des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, dahin emporgehoben werden. Also wir entschlossen uns, über den Brief zur Tagesordnung überzugehen, unser Möglichstes zu thun, daß die Befürchtungen von Marx sich nicht erfüllten, und die Hand zur Einigung zu reichen. Wir haben dann noch vor dem Einigungskongreß einige kleine Aenderungen an dem Entwurf des Einigungsprogramms angebracht, aber im Großen und Ganzen war es, wie die Lage und das Machtverhältniß beider Theile zu einander war, einfach nicht möglich, ein wesentlich anderes Programm zu schaffen, ohne daß wir Gefahr liefen, einen Theil der Lassalleaner außerhalb der Einigung zu lassen — und auf eins kam es uns an: zu verhindern, daß irgend eine Fraktion, irgend ein Bruchtheil des organisirten Proletariats außerhalb der neu zu schaffenden Organisation stand. Was hätte es genützt, wenn wir dem spezifischen

Lassalleanismus, der damals noch mächtig, aber freilich auch bereits am Absterben war, durch ein streng anti-lassalleanisches, rein wissenschaftliches Programm, durch Opposition gegen das Kompromißprogramm Gelegenheit gegeben hätten, neue Kraft zu gewinnen — in einem Augenblick, wo die Logik der proletarischen Bewegung ihn einem anderen Bett zudrängte? So haben wir die Einigung vollzogen, und alle meine Freunde, Auer, Brake, Geib und die Anderen mit mir — Bebel saß im Gefängniß und konnte nicht an jenen Verhandlungen Theil nehmen — wir alle, heute vor dieselbe Wahl gestellt, wir alle würden heute dasselbe thun; und ich für meine Person sprach es aus: ich glaube, in meinem Leben niemals der Partei einen größeren Dienst geleistet zu haben, als damals, wo ich den Rathschlag meines Freundes und Lehrers Marx zurückwies und in das Einigungsprogramm gewilligt habe. Und Marx hat auch später eingesehen, daß seine Befürchtungen unbegründet waren und hat später mit Stolz auf die geeinte deutsche Sozialdemokratie geblickt. Das Gothaer Einigungsprogramm hat uns in Wahrheit die Einigung gebracht; es ist seitdem unmöglich, die deutsche Sozialdemokratie noch zu spalten; Sektirerei hat es von da ab nicht mehr gegeben und kann es nicht mehr geben. Einige unreife oder zweifelhafte Individuen splitterten ab, aber die Arbeiterpartei war einig, und während die Befürchtungen Marx' nicht in Erfüllung gegangen sind, hat Alles, was wir erhofft, vorausgesehen und vorausgesagt haben, sich erfüllt. Wir Eisenacher, die wir mit unserem Programm wissenschaftlich voran waren, wir reichten den Brüdern, die mit uns den Berg erklommen und etwas hinter uns zurück waren, die Hand, und zogen sie zu uns heran, und es hat nicht lange gedauert, da standen die Lassalleaner in gleicher Linie neben uns und theilten unsere Anschauungen. Die alten Forderungen der Lassalleaner, Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe u. s. w., wurden bald von den ehemaligen Lassalleanern selbst, ohne daß der Verehrung Lassalle's damit Abbruch gethan wurde, als durch die Entwicklung der Verhältnisse und der Bewegung überholt betrachtet, und nach gar nicht langer Zeit war jeder Unterschied zwischen den Eisenachern und der ehemaligen Lassalle'schen Richtung aufgehoben. Und wenn die geistige Schwungkraft und die Lebenskraft der Partei, die sich blos aus der Kulturnothwendigkeit der Partei erklären lassen, jemals mächtig zu Tage getreten sind, so war dies unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes. Nicht den Kampf meine ich, den wir zwölf Jahre lang, Tag für Tag, Nacht für Nacht kämpfen mußten — der Kampf verstand sich von selbst, wir wurden vernichtet, wenn wir nicht kämpften und siegten, es handelte sich um die Existenz — nicht das meine ich, sondern die geistige, die wissenschaftliche Regsamkeit der Partei während des Kampfes. Während des unablässigen Kampfes hat die Partei sich zugleich geistig fortentwickelt.

Die Theorie mußte freilich hinter den Bedürfnissen der rauhen Praxis zurücktreten, und die theoretische Ausbildung hat, wie es ja in den letzten Tagen manchmal sich zeigte, vielfach unter dem praktischen Kampfe leiden müssen, aber unter der Elite der Partei, das heißt unter den tüchtigsten Kämpfern der Partei — einerlei in welcher Stellung und ganz gleich ob ehemalige Lassalleaner oder Eisenacher — hat die wissenschaftliche Entwicklung der Partei, die Erziehung zum wissenschaftlichen Sozialismus, auch unter der Aera des Sozialistengesetzes und unter dessen härtesten Kämpfen nicht einen Moment aufgehört und herzerhebende Fortschritte gemacht. Die Einheitlichkeit der theoretischen Anschauung bekundete sich in Halle. Es war ein großer Moment, als auf dem Parteitage dort nachdem erklärt worden war, daß wir mit dem letzten Rest des Lassalleanismus brechen und ein neues, der heutigen Höhe der Wissenschaft entsprechendes Programm ausarbeiten müßten, alle Delegirten begeistert zustimmten, und auch nicht der leiseste Widerspruch laut wurde.

Man war einig darin: Alles was nicht mehr zeitgemäß, was der Wissenschaft zuwider ist, soll entfernt werden.

Der Vorstand wurde beauftragt einen Entwurf auszuarbeiten und dafür zu sorgen, daß derselbe der Partei mindestens 3 Monate vor dem nächsten Parteitage vorgelegt werde. Der Parteivorstand hat sich dieser Verpflichtung entledigt. Schon ehe die Frist verstrichen war, konnte der Entwurf vorgelegt werden. Und es ist wiederum ein glänzender Beweis für die Einheitlichkeit der Partei und für ihre geistige Fortentwicklung: obgleich dieser Entwurf dem Kompromißprogramm und den darin ausgesprochenen Gedanken nach keiner Richtung Konzessionen machte, obgleich mit jenen falschen Forderungen — richtiger mit den falschen Formulirungen unserer Forderungen — vollständig gebrochen wurde, ist in der dann folgenden, über 3 Monate langen Zeit der Debatte in der Partei auch nicht von einer einzigen Seite prinzipielle Opposition erhoben worden. Die Partei ging emsig daran, den Entwurf zu kritisiren, und es war ein wahrer Genuß, wie überall die Genossen zusammentraten, um, während sie gleichzeitig mit allen übrigen Parteien den Kampf führten, das Programm festzustellen, dafür zu sorgen, daß es der Partei würdig sei — wie Jeder seinen Stein herbeitragen wollte zu dem Bau, damit dieser möglichst vollendet und der Partei würdig sich gestalte. Die Parteipresse that ihre Schuldigkeit bei Diskussion des Entwurfs. Namentlich die „Neue Zeit" hat in einer Reihe von Artikeln scharfe Kritik, von allen — befreundeten und feindlichen — Zeitungen wohl die schärfste Kritik an dem Entwurfe geübt, allein auch von ihr mußte zugestanden werden, daß der neue Entwurf, wenn auch in der Formulirung der Grundsätze Dieses und Jenes präziser, anders sein könnte, prinzipiell vom Standpunkte der Wissenschaft unanfechtbar sei, und daß es sich nur um

redaktionelle Aenderungen handeln könne. Fürwahr, imposanter als in dieser Programmdiskussion konnte die Einheitlichkeit der Partei einerseits, ihr wissenschaftlicher Fortschritt andererseits nicht bethätigt werden. Und in den Berathungen unserer Kommission über das Programm — das erwähne ich gleich — hat derselbe Geist der Einheitlichkeit und Einheit geherrscht.

Ich habe nun von den Grundsätzen zu reden, die uns bei diesem, Ihnen jetzt vorliegenden Entwurfe geleitet haben. Vor allen Dingen — das darf nicht aus den Augen verloren werden — muß ein Programm in einer klaren und allgemeinverständlichen Sprache abgefaßt sein, es muß kurz und korrekt, es darf wissenschaftlich nicht anfechtbar sein. Alle diese Eigenschaften: verständliche Sprache, Kürze und Wissenschaftlichkeit zu vereinigen, ist außerordentlich schwer. Man kommt leicht dazu, mehr in einem Programm sagen zu wollen, als hineingehört. Man darf nicht ein Programm verwechseln mit einem Manifest, welches als Anklageschrift der heutigen Gesellschaft entgegengeschleudert, ihr als Spiegel vorgehalten wird, wie vor 43 Jahren das Kommunistische Manifest. Dies Manifest sollte übrigens neu geschrieben werden, oder vielmehr ein neues müßte geschrieben, und dem alten, das ein historisches Aktenstück von unvergänglichem Werth ist, angefügt werden. Und der würde sich verdient machen um die Partei, der, nachdem wir das neue Programm erhalten haben werden, auch ein neues Manifest schriebe — ein Manifest von 1891 — während das alte das Datum von 1848 trug. Was in ein Manifest gehört, gehört nicht in ein Programm. Und weiter: wenn ein Programm auch deutlich sein soll, so kann es doch nicht zugleich ein Kommentar sein. Die Agitatoren, die Journalisten, die „Gelehrten der Partei" haben die Kommentare zu geben. Das Programm soll die Grundsätze mit den aus ihnen erwachsenden Forderungen, jedoch keine Erläuterungen dazu enthalten — es soll blos soviel sagen, als im Interesse der Verständlichkeit unbedingt nothwendig ist.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, sahen wir in der Kommission uns von vornherein genöthigt, eine große Anzahl von Vorschlägen zu beseitigen, weil sie nach unserer Meinung wohl in ein Manifest oder in einen Kommentar gehörten, nicht aber ins Programm. Es ist unmöglich, ein Parteiprogramm so deutlich zu machen, daß demjenigen, der noch nicht parteiwissenschaftlich geschult ist, alle Sätze und Forderungen von vornherein klar sind. Die Genossen müssen lernen und geschult werden. Die Schulung ist eben Sache der Propaganda, der Agitation, des Kommentars, der Parteiliteratur und der Partei-Bildungsanstalten.

Verständlich muß das Programm sein. Gewiß da kam nun an uns die Forderung, es deutsch zu schreiben und Fremdwörter zu vermeiden. Niemand erkennt mehr als ich die Pflicht an, ein

Fremdwort zu vermeiden, das durch ein einheimisches deutsches Wort zu ersetzen ist; aber das darf nicht auf Kosten der Verständlichkeit und der wissenschaftlichen Präzision geschehen. Willkürliche Wortbildungen sind vom Uebel. Und die internationale Wissenschaft hat Fremdwörtern das Heimathsrecht gegeben. Die Wörter Kapital, kapitalistisch, Kapitalismus, sozialistisch, Sozialismus sind unmöglich ins Deutsche zu übersetzen, ebensowenig Produktion, produktiv, Produktivität u. s. w. Wir haben es versucht, einige dieser Wörter zu verdeutschen, wir wollten z. B das Wort Produktionsmittel durch Arbeitsmittel ersetzen, mußten aber das deutsche Wort schließlich wieder beseitigen, weil es einen weit weniger umfassenden Begriff darstellt als das Fremdwort Produktionsmittel. Marx selbst hat zwischen beiden Wörtern einen scharf abgegrenzten Unterschied gemacht, und so mußte das deutsche Wort geopfert werden, weil es nicht wissenschaftlich korrekt das ausdrückt, was ausgedrückt werden sollte und mußte. Auch das Wort Monopol war im ersten Entwurf geopfert — ein häßliches Wort nach jeder Richtung, nach Sinn und Klang; wir hatten für Monopol und Monopolisiren die Ausdrücke gebraucht: Alleinbesitz, Aneigner der Arbeitsmittel; bei genauer Prüfung erkannten wir aber auch hier, daß die Fremdwörter nicht entbehrt werden konnten. Für die Masse des Volkes wird durch die Fremdwörter das Verständniß des Programms unzweifelhaft erschwert, aber für den geschulten Parteigenossen, der das „Kapital" gelesen hat oder es aus volksthümlichen Bearbeitungen kennt und in unserer Parteiliteratur Bescheid weiß, sind diese Fremdwörter geläufig; und Ihre Sache, meine Herrn Delegirten, die Sie ja auch meistens Agitatoren sind, ist es, sie Denen verständlich zu machen, die noch nicht so weit sind. Dem Vorwurf, daß wir zu viel Fremdwörter gebraucht hätten, ein Vorwurf, der noch heute mir unter vier Augen gemacht wurde, habe ich hiermit die Spitze abgebrochen. Wir haben unser Bestes gethan — und wo es immer anging, ohne der Präzision des Ausdrucks zu schaden, die Fremdwörter beseitigt.

Und nun habe ich kurz zu sprechen über die Arbeiten der Kommission. Sie ernannten eine Kommission, welche mit Benutzung der Anträge zu dem Vorstands-Programm-Entwurf und zu den weiteren Programm-Entwürfen Ihnen einen Entwurf ausarbeiten und vorlegen sollte. Die Kommission von 21 Mitgliedern, darunter sämmtliche Antragsteller, hat 4 Sitzungen gehalten. Sie tagte am Sonntag von 9 bis $^1/_2$1 Uhr und hielt dann gestern Vor- und Nachmittag je eine Sitzung ab; dann vereinigte sich die von der Kommission gewählte Redaktionskommission, welche den Text mit den verschiedenen Beschlüssen in eine einheitliche, korrekte Form zu bringen hatte; und um 8 Uhr Abends hatte die Gesammtkommission eine vierte Sitzung, in welcher wir die letzte Redaktion vornahmen und den Entwurf so gestalteten, wie er Ihnen jetzt vorliegt.

Das Erste, was wir, als wir in die Arbeit eintraten, zu thun hatten, war, uns darüber zu einigen, welchen der vorhandenen Entwürfe wir zur Grundlage nehmen sollten. Wir kamen auf Grund reiflicher Berathung dahin überein, den Entwurf der „Neuen Zeit", welcher nach dem Entwurf des Vorstandes ausgearbeitet war, auf diesem fußte, aber verschiedene Mängel desselben vermied und in manchen Punkten vielleicht klarer ausgedrückt war, zur Grundlage zu nehmen — selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß aus dem Vorstands-Entwurf und den anderen Entwürfen, sowie aus den Anträgen alles was passend erschien und eine Verbesserung oder nothwendige Ergänzung bedeutete, herüberzunehmen und mit dem Text organisch zu verschmelzen sei. Eine „Schlacht der Meinungen", von der, wie ich höre, gesprochen worden ist, hat nicht stattgefunden. Das sage ich ausdrücklich — und es ist nicht einmal wahr, daß es in der Kommission eine Majorität und eine Minorität gegeben habe. Es war ein Theil dafür, daß man den Vorstands-Entwurf, ein anderer, und zwar der größere, dafür, daß man den Entwurf der „Neuen Zeit" zu Grunde legte; von einer Majorität und Minorität im Sinne prinzipiellen Gegensatzes, als ob eine Ueberstimmung oder gar Vergewaltigung der Minorität erfolgt wäre, kann nicht die Rede sein. Nachdem ausgemacht war, welcher der Entwürfe die Grundlage für unsere Berathungen zu bilden habe, gingen wir sofort ans Werk und haben alle, indem wir uns in der gleichen Gedankenrichtung bewegten, harmonisch zusammen gearbeitet; und der Entwurf ist, von einigen Ausdrücken abgesehen, so ziemlich das geworden, was er geworden wäre, wenn man den Vorstands-Entwurf zu Grunde gelegt hätte. Das hebe ich hervor, um falsche Anschauungen zu berichtigen und Mythenbildungen vorzubeugen. Der Entwurf in der Ihnen vorliegenden Form ist einstimmig angenommen worden, und alle 21 Mitglieder der Kommission werden für ihn eintreten. Kann die Einheitlichkeit der Partei, die absolute Gleichheit des Denkens und Fühlens, des Zieles, der Auffassung besser bewiesen werden, als durch diese Thatsache? Der gleiche Geist hat in der Partei stets geherrscht, und so lange sie besteht, muß er, ihrem Wesen nach, in ihr herrschen. Er macht es aber — das mögen die Gegner sich merken — ganz unmöglich, daß prinzipielle Differenzen, daß „Spaltungen", auf welche unsere Gegner so sehnsüchtig gehofft haben und hoffen, überhaupt zum Ausbruch kommen könnten.

Ich bitte nun zunächst, einige Korrekturen in dem gedruckten Entwurf vorzunehmen. In Punkt 5 der Forderungen muß es statt „öffentlicher und privatrechtlicher" heißen: „öffentlich- und privatrechtlicher"; ferner unter Punkt 7 statt „Ausbildung" — „weiteren Ausbildung"; ferner in Punkt 10 statt „und Entfernung der Verwandtschaft" — „und nach dem Grade der Verwandtschaft". Durch die letztere redaktionelle Verbesserung, über welche allerdings sich

noch nicht alle Mitglieder der Kommission, sondern nur die Urheber dieses Passus geeinigt haben, für welche wir aber allgemeine Zustimmung voraussetzen, wird der Sinn nicht alterirt

Ehe ich nun, so weit es bei der vorgerückten Zeit angeht, in die Einzelheiten des Programms eingehe, habe ich noch einige mehr allgemeine Bemerkungen zu machen. Daß der sogenannte „Lassalle'sche Vorschlag" gefallen ist, verstand sich von selbst nach der Art und Weise, wie der Wille der Partei sich in Halle geltend gemacht hat. Des Weiteren ist, ebenfalls entsprechend den dort zum Ausdruck gelangten Anschauungen, das „eherne Lohngesetz" beseitigt. Es ist zwar von einer Seite noch der Versuch gemacht worden, den Ausdruck, mit einem erklärenden Satz versehen, zu erhalten, allein das hätte nur Verwirrung geschafft. Die ungeheuere Mehrzahl der Partei ist zu der Erkenntniß gelangt, daß das, was den berechtigten Inhalt des „ehernen Lohngesetzes" bildet: die nothwendige Proletarisirung und Enteignung der Reichthum schaffenden Arbeiter durch die Besitzer der Arbeitsinstrumente, durch den ganzen prinzipiellen Theil des Programms klar, korrekt und zutreffend ausgedrückt ist, Der Gedanke, daß diejenigen, welche die Produktionsmittel besitzen, in diesen die Mittel zur Knechtung, Ausbeutung und Proletarisirung ihrer nicht im Besitz von Produktionsmitteln befindlichen Mitmenschen haben, zieht sich wie ein rother Faden durch das neue Programm, das den, im sogenannten „ehernen Lohngesetz", unpräzis und einseitig bezeichneten Prozeß der kapitalistischen Aussaugung auf seine Ursachen zurückführt und in seiner Wirksamkeit darstellt. Ferner ist fallen gelassen das Schlagwort von der „e i n e n reaktionären Masse". Der Eine oder der Andere hätte es gerne noch festgehalten. Wahr ist es ja, daß alle Gegner im Kampf wie „e i n e reaktionäre Masse" uns geschlossen gegenüberstehen, und daß der Ausdruck oft zutreffend war, und gute Dienste geleistet hat. In einem M a n i f e s t kann er stehen, in einem K o m m e n t a r kann darüber geredet werden, aber er gehört nicht in ein P r o g r a m m. Erstens ist es nicht wahr, daß alle anderen Parteien „eine reaktionäre Masse" sind; und zweitens ist der Ausdruck so kautschukartig, so unwissenschaftlich, daß er schon deshalb in einem Parteiprogramm, das auf Wissenschaftlichkeit Anspruch macht, vermieden werden muß. Daß alle anderen Parteien auf dem Boden des Kapitalismus stehen und d e s h a l b uns, die wir den Kapitalismus stürzen wollen, prinzipiell feindlich sind, d a s ist die Wahrheit, und das ist im Programm gesagt. Sie werden weiter im Entwurf ein Wort nicht finden, welches den ehemaligen Lassalleanern und, aus Lassalle's Schriften, auch den Eisenachern sehr werth geworden war, das Wort „Arbeitsertrag". Der Satz, daß Jedem der Ertrag seiner Arbeit gegeben werden solle, war ja längst aufgegeben, doch den Ausdruck „Arbeitsertrag" hätte Mancher gern beibehalten. Er ist aber unter allen Umständen

unwissenschaftlich und gehört deshalb nicht in unser Programm. Von einer Seite wurde vorgeschlagen, statt „kapitalistisch" zu sagen „privatkapitalistisch". Das ging jedoch nicht an. Man kann wohl von einer privaten kapitalistischen Produktion reden, das ist absolut korrekt, aber umfaßt blos einen Theil der kapitalistischen Produktion. Wir haben es mit der gesammten kapitalistischen Produktion zu thun, die nicht nothwendig privat zu sein braucht, sondern auch, wie wir schon jetzt sehen, ganz erheblich vom Staate betrieben wird. Der Staat, der sich selbst an die Stelle des privaten Unternehmers setzt, betreibt die kapitalistische Ausbeutung genau so wie der Privatunternehmer. Und er kann noch einen größeren Druck ausüben. Wie wir es in unserem ersten Entwurf ausgedrückt hatten, — in dem vorliegenden Entwurf fehlt aber der Passus — ist der Staatskapitalismus die schlimmste Form des Kapitalismus, weil er die ökonomische und die politische Gewalt in einer Hand konzentrirt, und so die Unterdrückung, die Ausbeutung des Arbeiters noch schärfer, noch intensiver betreiben kann, als es der private Kapitalismus vermag.

Ein anderer Vorschlag ging dahin, statt „kapitalistisch" zu sagen „großkapitalistisch", weil man sich nicht gegen das Kleinkapital wenden müsse. Nun, Kapitalismus ist Kapitalismus. Marx hat das „Kapital" geschrieben; er hat sein Buch nicht das „Großkapital" genannt. Die kapitalistische Ausbeutung ist eine und dieselbe; daß sie um so intensiver wird, je mehr das Kapital sich konzentrirt, das liegt eben im Wesen der kapitalistischen Produktion, die ihrer Natur nach ausbeuten muß, und ohne Ausbeutung überhaupt nicht denkbar ist. Wir mußten also bei „kapitalistisch" bleiben.

Weiter wird man an dem Entwurf bemerken, daß das Wort „Staat" darin fehlt. Es fehlte auch in dem Entwurf des Vorstandes, und in allen anderen Entwürfen, auch in dem Magdeburger, der manche recht gute Formulirungen enthält. Ueber die Frage des Staates, d. h. über die Frage, ob die sozialistische Gesellschaft ein Staat sei oder nicht, will ich mich hier nicht auslassen. Ich weiß, daß ich in diesem Punkt mit manchem Kollegen in Meinungsdifferenz bin, aber soweit ich im Spiel bin, ist die Differenz ein reiner Wortstreit. Daß der Staat nur die Form der Gesellschaft sein kann; daß die bürgerliche Gesellschaft jede Form von Staat zur Ausbeutung benutzt; daß der bürgerliche Staat unter allen Umständen ein Klassenstaat sein muß; und daß, so lange die bürgerliche Gesellschaft besteht, der Staat ein Klassenstaat sein muß, d. h. die staatlich organisirte Ausbeutung, das ist eine Wahrheit, die für jeden denkenden Sozialdemokraten selbstverständlich ist. Für mich ist die Frage blos die, ob die Form und Organisation, welche die menschliche Gesellschaft sich giebt, nachdem der Klassenstaat mitsammt der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen

Produktion gefallen ist, ein Staat genannt werden kann oder nicht Ich habe nicht finden können, — und darin weiche ich von verschiedenen meiner Freunde ab — daß in dem Worte und Begriffe „Staat“ an sich nothwendig der Begriff der Unterdrückung und Ausbeutung liegt. Das Wort „Staat“ hat ja eine sehr weite Bedeutung: es heißt überhaupt geordnete Gesellschaft. Man redet vom „Bienenstaat“, vom „Ameisenstaat“, vom „Gelehrtenstaat“, wobei an Ausbeutung und Knechtung nicht gedacht wird, sondern nur der Begriff eines geschlossenen, geordneten Gemeinwesens ausgedrückt werden soll. Wie dem nun sei, den Ausdruck „Staat“ konnten wir in das neue sozialdemokratische Programm nicht hineinbringen, einmal schon, weil der Begriff ein streitiger ist, und zweitens, weil wir es jetzt mit dem Staate nur insoweit zu thun haben, als er uns feindlich gegenübersteht. Was wir klar zu machen haben, ist: Der Staat vertritt jetzt und muß vertreten, so lange die Klassenherrschaft besteht, die herrschenden Klassen, er muß ein Klassenstaat sein, und diesen Staat haben wir zu bekämpfen im politischen Kampfe, indem wir alle Waffen, welche wir haben, benutzen, um die politische Macht zu erlangen, damit wir uns von diesem Klassenstaat befreien. In anderer Weise haben wir es jetzt mit dem Staate nicht zu thun.

Und nun will ich an die Hauptgrundsätze des Programms eingehen. Es ist selbstverständlich nicht zu erwarten, daß ich jetzt und hier alle einzelnen Gesichtspunkte erläutere; ich muß mich darauf beschränken, die Gedanken des Allgemeinen Theils im Großen und Ganzen darzulegen. Bei den Detailforderungen werde ich nur erwähnen, was wirklich einer Erwähnung bedarf, weil es noch nicht genügend debattirt ist oder von der früheren Formulirung abweicht. Der Gedanke, der uns leitete, der in allen dem Kongreß unterbreiteten Programm-Entwürfen gleichmäßig zu Tage tritt, ist der, die Ursachen scharf zu bezeichnen, aus denen die heutigen gesellschaftlichen Mißstände hervorgegangen sind — den wirthschaftlichen Entwicklungsprozeß darzustellen, welcher die kapitalistische Welt, die heutige Gesellschaft, in zwei feindliche Lager theilt, die Nothwendigkeit des Klassenkampfes in der kapitalistischen Gesellschaft klarzulegen —, klarzulegen, wie mit Naturnothwendigkeit, so lange die bürgerliche Gesellschaft besteht, auch das System der Ausbeutung und Unterdrückung bestehen muß. Als die Ursache der Trennung der Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager mußte hingestellt werden: daß die Produktionsmittel, das heißt der Grund und Boden, die Rohstoffe, die Werkzeuge, die Maschinen, die Bergwerke, die Verkehrsmittel aus dem Besitz der Allgemeinheit, der gesammten Gesellschaft, übergegangen sind in den Privatbesitz Einzelner Wenn wir uns einen Zustand denken, in welchem die nothwendigen Produktionsmittel im Besitz jedes Einzelnen sind, so daß ein Jeder

unabhängig vom Anderen arbeiten kann, dann giebt es keine Waarenproduktion, es erzeugt Jeder wesentlich für sich selbst, es giebt keine Abhängigkeit des Einen vom Anderen, keine Ausbeutung und Knechtung. Ob und inwieweit ein solcher Zustand bestanden hat, das auszuführen ist Sache des Kommentars Möglich und denkbar ist er blos in einer solchen Gesellschaftsform wo die Produktionsmittel, namentlich das vornehmste derselben, die Allmutter Erde, in dem Besitz der wirklich Produzirenden, der Arbeiter, sind. Von dem Moment an, wo das Privateigenthum an den Produktionsmitteln entsteht, beginnt auch die Ausbeutung und die Spaltung der Gesellschaft in zwei durch Interessen einander feindlich entgegenstehende Klassen. Dieser Prozeß vollzieht sich nicht plötzlich, er geht aber unaufhörlich vor sich, er ist zurück durch das Mittelalter bis ins graueste Alterthum zu verfolgen. In der bürgerlichen Gesellschaft, mit der wir uns zu beschäftigen haben und mit der das Programm sich beschäftigt, vollzieht er sich nun mit zunehmender Schnelligkeit und Wucht, je nach dem Maß, in welchem die Arbeitsmittel konzentrirt und Monopol oder Eigenthum einer kleinen Minorität werden, und je nach der größeren Produktivität der Produktionsmittel, die stets vollendeter werden. Die einfachen Werkzeuge werden zu Maschinen, die Maschinen selbst vervollkommnen sich immer mehr, die Kapitalien und mit ihnen die Intensität der Produktion wachsen fortwährend, aus dem Kleinbetriebe entwickelt sich der Großbetrieb, aus diesem, wie wir ihn im Anfang der großkapitalistischen Produktion hatten, der moderne Riesenbetrieb, und auch dieser selbst genügt nicht mehr, — die Riesenbetriebe koaliren sich in Trusts, in Kartellen, in Verbänden u. s. w. Und mit dieser Konzentration der Kapitalien, der Produktionsmittel nimmt auch in gleichem Maße zu einerseits die größere Intensität der Produktion, die ins Unendliche gesteigert wird, und andererseits die Intensität der Ausbeutung, die Aufsaugung der Mittelschichten, die Unsicherheit der Existenz des Proletariats, der Grad des Elends, des Druckes, der Knechtung.

Dieser historische Entwicklungsprozeß der Gesellschaft und die Gesetze, nach denen er sich vollzieht, mußten in dem Programm dargelegt werden, es mußte gezeigt werden, wie in dieser Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln die heutigen Zustände ihren Ursprung haben, — wie mit der größeren Konzentrirung der Produktionsmittel die Ausbeutung gewachsen ist und wachsen muß — wie gerade in der Thatsache, daß die Produktionsmittel Privateigenthum werden, die Wurzel des Uebels liegt, — wie aus dieser Thatsache mit Naturnothwendigkeit sich die Ausbeutung ergiebt. Denn Derjenige, der die Arbeitskraft hat, aber nicht die Mittel, vermöge deren er sie bethätigen, verwerthen, in „das wirthschaftliche Spiel der Kräfte" hineinbringen kann, — der kann nicht

leben; er ist untrennbar von seiner Arbeitskraft, und, will er nicht verhungern, so muß er sich in den Dienst eines Anderen begeben, der ein Privateigenthum an Produktionsmitteln hat. Und hieraus entsteht und entwickelt sich die ökonomische Abhängigkeit, die ökonomische Ausbeutung, und aus dieser die politische Abhängigkeit und Knechtung in jeder Form — ein Prozeß, der, wie gesagt, mit steigender Rapidität vor sich geht. Die Spaltung der Gesellschaft wird immer tiefer und vollständiger — was zwischen beiden Extremen: Kapitalist und Proletarier steht, die sogenannten Mittelschichten der Bevölkerung, die noch ein kleines Eigenthum an den Produktionsmitteln haben, die aber selber arbeiten müssen, wenn sie auch fremde Kräfte gebrauchen, diese Mittelschichten — um den etwas vagen Ausdruck „Mittelstände" zu beseitigen — verschwinden mehr und mehr, und der ganze Entwicklungsprozeß der heutigen Gesellschaft geht mit Naturnothwendigkeit, kraft des innersten Wesens dieser Gesellschaft darauf hin, daß die Produktionsmittel sich in wenigen Händen konzentriren, und daß die Besitzer, die Monopolisten der Produktionsmittel die Nichtbesitzer enteignen, ihres Eigenthums berauben, so daß die ganze Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft eine Geschichte der Expropriation ist, die Expropriation in Permanenz. Der Besitzer der Produktionsmittel expropriirt den, der keine besitzt und gegen Lohn für ihn arbeiten muß; er bezahlt in dem Lohn nur einen Theil der ihm geleisteten Arbeit; der Mehrwerth, die nicht bezahlte Arbeitsleistung, wird in seiner, des Besitzers der Arbeitsmittel, Hand zum Kapital und setzt ihn in Stand, dem Arbeiter die Fesseln enger und fester zu schnüren, seine Knechtung und Ausbeutung zu vollenden. So schmiedet der Arbeiter, indem er arbeitet und Reichthum schafft, sich selber die Sklavenkette. An diesem Prozeß können fromme Wünsche nichts ändern. Alle Kritiken des Kapitalismus, welche nicht auf den Kern gehen, sind unfruchtbar — alle Versuche, unter Beibehaltung der Grundlagen des Kapitalismus, dessen „Auswüchse" zu beseitigen, sind Utopisterei. Diese „Auswüchse" sind die logische Folge, die unvermeidliche Konsequenz des kapitalistischen Systems — wer sie beseitigen will, muß die Ursache, muß das kapitalistische System beseitigen. Durch diese Forderung unterscheidet sich die Sozialdemokratie von allen übrigen Parteien und kennzeichnet sich als revolutionäre Partei, während alle anderen Parteien ohne Ausnahme auf dem Boden des Privateigenthums an den Produktionsmitteln stehen. Wir haben diesen Punkt, seiner eminenten Wichtigkeit wegen, in dem Ihnen jetzt vorliegenden Entwurf genauer und schärfer formulirt, als es in dem ersten Entwurf der Fall war. Es war dort gesagt, daß alle anderen Parteien gemeinsam auf dem Boden des Kapitalismus ständen, und darum allesammt den Arbeiterklassen feindlich seien. Hiergegen ließ sich einwenden, daß wir ja in Deutschland Bestrebungen haben,

die, wenn auch politisch ohne Bedeutung, gleich uns doch darauf hinzielen, dem Kapitalismus, soweit er sich als Großkapitalismus äußert, die Flügel zu beschneiden — ich meine die Richtung der Zünftler, der Innungsschwärmer, der Antisemiten. Diese Richtungen können wir billigerweise nicht als kapitalistische bezeichnen, aber sie stehen, wie es in unserem Entwurf ausgedrückt ist, auf dem Boden des Privateigenthums an den Produktionsmitteln, und auf diesem Boden stehen sie gemeinsam mit allen übrigen Parteien. Und allen Parteien, die diesen Boden gemeinsam haben, stehen wir Sozialdemokraten gegenüber als eine geschlossene Masse. Da giebt es kein Paktiren, kein Kompromittiren; zwischen uns und der Armee unserer verbündeten Gegner ist eine breite Kluft, eine täglich breiter und tiefer werdende Kluft, die allerdings, weil das jenseitige Ufer höher, von drüben her wirthschaftlich übersprungen werden kann, denn täglich, stündlich werden ja aus den Reihen unserer Gegner durch die Wucht und Logik der ökonomischen Entwicklung Schaaren, die bisher dort kämpften, herübergeschleudert in das Proletariat — wobei freilich Tausende und Hunderttausende in den Abgrund stürzen und elend verkommen. Aber diese bodenlose Kluft, sie wird durch ihre Leiber nicht ausgefüllt und besteht — es ist die Grenzlinie, welche uns von allen anderen Parteien abscheidet; und Jeder, der über diese Grenzlinie gehen will, sich kleinbürgerlichen Utopistereien hingiebt, der nicht jeden Augenblick klar vor Augen hat, daß nur die Beseitigung der Ursache, nur die Aufhebung des Privateigenthums an den Produktionsmitteln, nur die Aufhebung der ganzen heutigen Produktions- und Waarenerzeugungsweise allein dem Elend, der Ausbeutung, der Knechtung ein Ende machen kann, wer da wähnt, allmählich auf dem Wege der Kompromisse, mit kleinbürgerlichen Salben und Palliativmittelchen ließen sich die Uebel der heutigen Gesellschaft so mildern, daß man sie wenigstens auf eine Zeit lang noch ertragen könne — wer solchen Anschauungen huldigt, verläßt den revolutionären Boden der Partei. Das haben wir zu bedenken, wenn wir fragen: Gehörst Du zu uns, oder nicht? Die schönste Phrase von Verbesserung des Arbeiterloses nutzt nichts, dadurch kann uns nicht geholfen werden.

Im Wesen der heutigen Gesellschaft und Produktion liegt es, daß die Ausbeutung immer intensiver wird. Können wir durch die Gesetzgebung des Staats, und wäre er noch so mächtig, zurückgeschraubt werden in das Mittelalter, kann der Großbetrieb dem Kleinbetriebe geopfert werden, wie die Innungsschwärmer wollen? Nein, es ist einfach unmöglich. Hat doch der heutige Klassenstaat, der dem Kapitalismus dienen muß, nicht einmal in der so einfachen Frage des Arbeiterschutzgesetzes die Macht gehabt, sich von der herrschenden Klasse loszulösen — derselbe Staat, den Träumer als „soziales Königthum oder Kaiserthum" bezeichnet haben! Die Gesellschaft läßt sich

nicht in frühere, geschäftlich überwundene Produktionsformen zurückzwängen und die neuen führen mit Naturnothwendigkeit zu immer größerer Konzentration der Produktionsmittel, zu immer größerer Ausbeutung und Knechtung, zu immer massenhafterer Proletarisation der Gesellschaftsglieder. Darum fordert die Sozialdemokratie, daß hier am Grunde, an der Wurzel zugegriffen, die Ursache dieser Zustände beseitigt wird. Das fordert sie nicht nach Laune, sondern vollbewußt, weil sie auf der Höhe jener Weltanschauung steht, welche die Gesellschaft als Organismus auffaßt, der mit Naturnothwendigkeit wächst und sich fortentwickelt. Sie sieht, daß die heutige Gesellschaft Zustände geschaffen hat, welche dieselbe zerstören müssen; sie sieht — was in allen unseren Programm-Entwürfen ausgedrückt ist —, daß die heutige Gesellschaft mit eherner Logik hineintreibt in eine Katastrophe, in ihren eigenen „Weltuntergang“, der nicht abzuwenden ist. Der Sozialismus ist keine willkürliche Erfindung. Der sogenannte Zukunftsstaat, mit dem wir gehöhnt worden sind, und dessen Grundlage wir selbstverständlich nur in allgemeinen Umrissen bezeichnen können, ist die nothwendige, unvermeidliche Folge des kapitalistischen Gegenwartsstaates, wie die sozialistische Produktion die nothwendige Folge und Konsequenz der heutigen kapitalistischen Produktion ist. So schafft der Kapitalismus, indem er sich immer weiter ausdehnt und seine Machtmittel ins Riesenhafte häuft, zugleich selber den Feind und die Machtfaktoren, denen er erliegen muß — schafft sich, wie es in dem Kommunistischen Manifest heißt, seine eigenen Todtengräber, gräbt sich selber das Grab. Das Proletariat, das der Kapitalismus erzeugt, macht er selbst zu seinem Erben, bereitet ihm die Erbschaft vor, schmiedet ihm die Waffen, giebt ihm die Möglichkeit, das zu verwirklichen, was wir erstreben, schafft ihm die materiellen Bedingungen zur Verwirklichung unseres Ideals — kurz der kapitalistische Gegenwartsstaat ist der Vater wider Willen des Zukunftsstaates. In einem Zustand des bürgerlichen Kleinbetriebes, der Zwergwirthschaft, da war wohl ein sich Sozialismus nennender philantropischer Utopismus möglich, aber der revolutionäre wissenschaftliche Sozialismus, der die Gesetze der Entwicklung begriffen hat und sich als letzte Consequenz dieser Entwicklung betrachtet, war einfach undenkbar. Der Sozialismus ist die Folge des modernen Kapitalismus, der sozialistische Staat der Nachfolger und Erbe des kapitalistischen Staates.

Darum haben wir denn auch in unserem Programm-Entwurf nicht irgend ein nebelhaftes Ziel hingestellt, das in der Luft schwebt. Wir haben gesagt, was ist und was wird! Wir haben gesagt: so ist die Gesellschaft, das sind ihre Gesetze, die wir nicht ändern können so wenig wie der heutige Staat sie ändern kann — sie führen mit Nothwendigkeit zur sozialistischen Gesellschaft und, weil der Sozialismus eine gesellschaftliche Nothwendigkeit ist, deßhalb streben wir ihm

zu und fordern die Arbeiter auf, sich zu stellen unter das Banner der Sozialdemokratie, und zu treten in den Ring — wie weiland die revolutionären Bauern das Wort brauchten — in den Ring des sozialdemokratischen Programms!*)

Wir haben ausgesprochen, daß die Bewegung sich vollzieht auf dem Boden des Klassenkampfes. Dieses Wort, welches zuerst von Marx aus dem Englischen in die deutsche Sprache gebracht worden ist, bildet die beste Widerlegung der Annahme, als ob die Marx'sche Lehre, der wissenschaftliche Sozialismus, ein Eingreifen der Personen in den wirthschaftlichen Entwicklungsprozeß ausschließe, und einen gewissen Fatalismus, ein thatenloses Zuwarten begünstige. Das ist falsch. Das genaue Gegentheil ist wahr. Gerade Marx war es, der die ganze Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft als die Folge einer Reihe von Klassenkämpfen, die, den sich ununterbrochen weiter entwickelnden ökonomischen Verhältnissen entsprechend, sich in immer höheren Formen, mit immer tieferem und weiterem Inhalt vollziehen, dargestellt hat. Und der Klassenkampf ist ein Kampf von lebendigen Menschen, ein wirklicher, persönlich geführter, reeller Kampf, und Niemand hat diese Natur des Kampfes schärfer ausgedrückt als eben Marx.

Wenn wir erklären: wir wollen den heutigen Klassenstaat beseitigen, dann müssen wir zugleich auch, um den Einwendungen der Gegner die Spitze abzubrechen, es aussprechen, daß die Sozialdemokratie, indem sie den Klassenstaat bekämpft, durch Beseitigung der heutigen Produktionsform den Klassenkampf selbst aufheben will. Sind die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergegangen, dann ist das Proletariat nicht mehr Klasse — so wenig wie die Bourgeoisie — dann hören die Klassen auf, dann ist nur noch die Gesellschaft, die Gesellschaft Gleichberechtigter vorhanden — die echte menschliche Gesellschaft, die Menschheit und das Menschenthum. Es ist daher in schärfster Weise ausgesprochen worden und mußte ausgesprochen werden, daß wir nicht eine Klassenherrschaft an die Stelle der anderen setzen wollen. Nur Bosheit und Gedankenlosigkeit konnte uns beiläufig einen solchen Gedanken unterschieben, denn um zu herrschen, um eine Herrschaft ausüben zu können, muß ich für meine Person Produktionsmittel besitzen — mein Eigenthum an Produktionsmitteln ist die unerläßliche Vorbedingung der Herrschaft, und das persönliche, das private Eigenthum an Produktionsmitteln beseitigt ja der Sozialismus. Die Herrschaft, die Ausbeutung in jeder Form soll beseitigt werden, die Menschen sollen frei sein und gleich, nicht Herren und Knechte, nur Genossen und Genossinnen, nur Brüder und Schwestern!

---

*) Der Bauernspruch lautete: Der arme Konze bin ich, heiß ich, bleib ich, wer nicht will zahlen den bösen Pfenning, der trete mit in diesen Ring!

Neben diesen allgemeinen Gedanken hatten wir den internationalen Charakter der Partei zu betonen. Seit die Internationale Arbeiter-Assoziation gegründet wurde, seit Mitte der 60er Jahre, ist bei jeder Gelegenheit von den deutschen Arbeitern die Internationalität der Arbeiterbewegung anerkannt und bethätigt worden. Im neuen Programm haben wir diesen Gedanken nach zwei Seiten hin in schärfster Weise zum Ausdruck gebracht: einmal nach der ökonomischen Seite, indem die wirthschaftliche Entwicklung ihrer Natur nach einen internationalen Charakter trägt. Und dann nach der politischen Seite, weil aus dem internationalen Charakter der ökonomischen Entwicklung sich die Unmöglichkeit ergiebt, die soziale Frage in einem Lande national zu lösen, woraus die Nothwendigkeit internationalen Zusammenwirkens der Arbeiterklasse hervorgeht. Des Weiteren hatten wir — und angesichts der Mißdeutungen nnd verkehrten Schlüsse, zu denen gewisse Vorgänge im Auslande den Anlaß geliefert, war dies doppelt unsere Pflicht — mit besonderer Emphase und in Worten, die keinen Zweifel Raum lassen, zu erklären, daß wir uns eins fühlen und erklären mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder. Die internationale Sozialdemokratie ist für uns nicht ein Phantom, nicht blos eine schöne Phrase, nein, sie ist ein Ziel, ohne dessen Erreichung die Emanzipation der Arbeiterklasse sich nicht vollziehen kann. Es ist uns heiliger Ernst mit der Internationalität. Wir sind uns der Konsequenzen unserer Erklärung, und der Verpflichtungen, welche sie uns auferlegt, voll bewußt, und wenn wir dies nicht ausdrücklich aussprechen, wie es im alten Programm der Fall war, so geschieht das blos deshalb, weil wir es, nach unserer jetzigen Erklärung, daß wir uns eins erklären mit der Sozialdemokratie aller übrigen Länder, für überflüssig, ja für abschwächend gehalten haben. Was wir feierlich hier beschließen, wird von Jedem von uns, gleich allem anderen, was in diesem Programm steht, auch im Leben verwirklicht und in Thaten und Handlungen umgesetzt werden! Im internationalen Bund des Proletariats wird die deutsche Sozialdemokratie stets ihre Schuldigkeit thun — vor nichts zurückschrecken, was die Pflicht gebietet!

Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit noch auf den Satz im siebenten Absatz: „Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nothwendig ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte.“ Damit sprechen wir die politische Natur unserer Partei aus und trennen uns von Denen, welche die sogenannte „Propaganda der That“ predigen, in Wirklichkeit die Thatenlosigkeit zum Programm erheben und die Propaganda des Nichtsthuns mit revolutionärem Phrasenschwall üben. Wir

müssen handeln, politisch wirken, alle Werkzeuge und Handhaben, die uns zu Gebote stehen, benutzen, alle Hebel ansetzen, um unser Werk zu fördern. Es ist viel zu thun, und je mehr Kraft wir anwenden, je größer die Gesammtsumme der Kraft, die wir in die Arbeit legen, desto rascher wird die Arbeit gethan. Zu erwarten, daß ohne Eintreten in den politischen Kampf die Umgestaltung der Gesellschaft, die soziale Revolution sich vollziehen werde, ist kindische Thorheit. Wer das denkt, hat keinen Begriff von der Schwierigkeit und Größe unseres Emanzipationskampfes. Ich habe in Halle von dem „Hineinwachsen der heutigen Gesellschaft in die sozialistische" gesprochen. Das Wort ist mir vielfach verdacht worden. Ich habe damit blos den organischen Charakter der Entwicklung der Gesellschaft, die keine Maschine ist, sondern ein Kollektiv-Lebewesen, bezeichnen wollen; ich habe aber bei jeder Gelegenheit, und auch damals, scharf betont, daß die Menschen nicht das Spielzeug des Schicksals sind, und daß sie nicht thatenlos dastehen dürfen, in Erwartung des Segens von Oben, — daß die Verhältnisse wohl den Menschen bestimmen, aber auch durch den Menschen bestimmt werden — und daß, wie der Klassenkampf ein beständiges Ringen der Menschen ist, so auch die Erreichung unserer Ziele nur die Frucht eines unablässigen Kampfes sein kann, in dem Alle mitkämpfen und Jeder rückhaltslos sein ganzes Ich in die Waagschaale wirft, seine Existenz, — Gut und Leben freudig aufs Spiel setzt.

„Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein" — heißt es weiter in diesem Absatz, d. h. wir kämpfen um die Macht in dem Staat, um „die Klinke der Gesetzgebung", die jetzt von unseren Gegnern in ihrem Klasseninteresse monopolisirt wird. „Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, ihm sein naturnothwendiges Ziel zu weisen, das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei." Also nicht das ist unsere Aufgabe, das Gaukelbild des Zukunftsstaates den Arbeitern vorzuzaubern, sondern die Arbeiter aufzuklären über den Entwicklungsprozeß und die Bewegungsgesetze der heutigen Gesellschaft — ihnen zu zeigen, was nothwendig ist, damit der Ausbeutung und Knechtung ein Ende gemacht werde, — ihnen zu zeigen, wie die bürgerliche Gesellschaft selber in ihrer Weiterentwicklung uns mehr und mehr die Mittel in die Hand giebt, sie zu beseitigen. Hier drückt der Doppelcharakter unserer Partei sich deutlich aus: der wissenschaftliche Charakter, der es ablehnt, nach dem Bismarck'schen Rezept der Blut- und Eisen-Politik die geschichtliche Bewegung als eine willkürliche aufzufassen, die man nach Belieben zur Revolution oder Reaktion lenken kann, und der da anerkennt: es sind feste, unabänderliche

Gesetze für die Bewegung vorhanden, — und der praktische Charakter unserer Partei, welcher sich darin bekundet, daß den Arbeitern der Weg zum Ziele gezeigt wird, daß ihnen gezeigt wird, wie sie nur durch die Erlangung der politischen Macht, nur dadurch, daß wir den Auflösungsprozeß der heutigen Gesellschaft nach Kräften beschleunigen, uns mehr und mehr zur Macht organisiren, zu unserem Ziele gelangen können. —

Ich komme nun zu den besonderen Forderungen. Wir haben die Dreitheilung des Programms, wie sie im Gothaer Kompromiß-Programm sich findet, nicht wieder vorgenommen. Sie wurde damals schon als unlogisch und unwissenschaftlich beanstandet, und was als Uebergangsform zwischen die allgemeinen Grundsätze und die besonderen Forderungen geschoben ward, ist jetzt einfach unannehmbar. Versuche, die Dreitheilung, wenn auch mit Weglassung nicht mehr haltbarer Programmsätze, in das neue Programm einzuführen, sind gemacht aber von uns zurückgewiesen worden und die Kommission steht jetzt einstimmig für das Programm ein, wie es vorliegt.

Wir haben also zunächst den organischen Entwicklungsprozeß der Gesellschaft dargelegt — gezeigt, wie die Gesellschaft in zwei Klassen gespalten worden ist, wie der Kapitalismus wirkt und wie er sich selbst den Untergang schafft. Nun wollen wir aber doch nicht die Hände in den Schooß legen, nicht wie unsere Gegner glauben, fascinirt oder hypnotisirt von dem Wolkenkuckuksheim des Zukunftsstaates, dastehen. Der Kampf fordert uns; wir haben auf allen Gebieten, überall wo sich ein Kampffeld darbietet, mit Aufgebot aller Kräfte zu kämpfen, auf daß unser Einfluß in Staat und Gesellschaft immer größer werde. Jedes Mittel, und sei es noch so bescheiden, muß uns recht sein, — gleichviel ob es Gemeindewahlen oder Land- und Reichstagswahlen sind — gleichviel ob der Wirkungskreis groß oder klein — überall müssen wir thätig sein, und überall müssen wir an die Verhältnisse und Thatsachen anknüpfen, um die bestehenden Uebelstände und die Nothwendigkeit der Umgestaltung im sozialistischen Sinne den Massen klar zu machen. Darum sagen wir: wir sind eine Kampfpartei, wir kämpfen fortwährend; wir sind uns des revolutionären Charakters unserer Bewegung allezeit bewußt; wir sind verpflichtet, dieses Bewußtsein in den Genossen wach zu erhalten, — wir kämpfen Tag für Tag, wir kämpfen in den Gemeindevertretungen, in den Landtagen, im Reichstage, in der Presse, in Volksversammlungen — wir kämpfen überall, wo wir kämpfen können, — und wir kämpfen und ringen, um unsere Anschauung, die Weltanschauung der Sozialdemokratie, in immer weitere Kreise zu tragen und die Macht unserer Partei zu vermehren. So haben wir denn, da wir als vernünftige, thatkräftige Menschen nicht auf die gebratenen Tauben der sozialen Revolution

warten wollen, was ein politisches Abdanken wäre, eine Reihe von konkreten Forderungen aufgestellt, für die wir eintreten, möge der augenblickliche gesetzgeberische Erfolg sein, welcher er wolle — solche Forderungen, die, ich will nicht von allen sagen: auf dem Boden der heutigen Gesellschaft, aber doch innerhalb des Rahmens des Staates, wenn auch vielleicht nicht verwirklicht, doch angebahnt werden können und uns die Möglichkeit bieten, den Hebel anzusetzen, und den Umgestaltungsprozeß zu beschleunigen.

An die Spitze haben wir, wie in allen früheren Programmen, die fundamentale Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gestellt. Daß wir es nicht überschätzen, ist Jedem von Ihnen bekannt, und ich will nicht wiederholen, was hundertmal gesagt worden ist — diese Frage gehört aber zur Taktik und bleibt hier bei Seite.

Da ich mich der möglichsten Kürze befleißigen muß, werde ich nur die Punkte erwähnen, die Abweichendes vom früheren Programm darbieten oder aus einem anderen Grunde der Erwähnung bedürfen. Wir haben bei der Forderung des Wahlrechts direkt ausgesprochen, daß wir dabei keinen Unterschied der Geschlechter anerkennen. Im alten Programm haben wir zwar auch die Gleichberechtigung der Frauen anerkannt, jedoch in etwas verschämter Form — nur indirekt; jetzt verlangen wir klipp und klar das Wahlrecht für die Frauen, wie wir dann überhaupt für die absolute Gleichberechtigung beider Geschlechter eintreten. Es lohnt für uns nicht der Mühe, hier noch ein Wort darüber zu verlieren, daß es eine besondere Frauenfrage nicht giebt, daß die Emanzipation der Frauen überhaupt zusammenfallen muß mit der allgemeinen Emanzipation des arbeitenden Volkes. Vor fünfzehn Jahren war diese Frage noch ein Zankapfel, jetzt besteht prinzipiell in Bezug auf sie nicht mehr die geringste Meinungsverschiedenheit. Und so gehe ich denn über diesen Punkt hinweg.

Weiter fordern wir das proportionale Wahlsystem. Dieser Punkt war nicht in dem alten Programm; aber die Forderung ist so selbstverständlich, sie ist von unseren Zeitungen schon so oft auseinandergesetzt und befürwortet worden, daß ich mich einer näheren Kommentirung enthalten kann. Ich will blos sagen, daß diese Wahlart die einzige ist, welche in Wahrheit die Vertretung nach der Kopfzahl der Wähler ermöglicht, daß sie die Ungleichheit der Wahlkreise, die Zufälligkeiten der Majoritäten, vermittels deren ein Mandat erobert werden kann, wegfallen läßt, und die Zahl der Vertreter einer Partei genau der Zahl der Wähler dieser Partei anpaßt. Die Wahlkreise fallen ganz weg — der Gesammtstaat bildet einen einzigen Wahlkörper, und durch ein einfaches Rechenexempel wird festgestellt: auf diese Partei sind so und so viele Stimmen gefallen, auf jene so und so viele — so und so viele Abgeordnete sind im Ganzen zu wählen, und je nach dem Ver-

hältniß der Stimmenzahl, die auf jede Partei gefallen ist, hat diese Partei so und so viele und jene Partei so und so viele Abgeordnete. Das ist so augenfällig und klar, daß jeder Unbefangene es sofort einsieht. Praktische Bedenken liegen nicht vor — nur das Interesse der herrschenden Klassen steht im Weg. Unsere Partei würde große Vortheile von diesem Wahlsystem haben, denn, wie Sie Alle wissen, sind wir zerstreut über ganz Deutschland. Wir sitzen nicht, wie das Zentrum und andere Parteien, nur in bestimmten Gegenden, dicht zusammengedrängt an einzelnen Orten. Die Sozialdemokratie ist in Deutschland überall, wie sie in der Welt überall ist. Aber wir sind eine junge Partei, und solcher Wahlbezirke, in denen wir jetzt schon die Majorität bilden, sind vergleichsweise wenige. Bei dem jetzigen Wahlsystem geht uns die größere Hälfte unserer Wahlstimmen verloren, — nach dem proportionalen Wahlsystem würde die Zahl unserer Abgeordneten sich etwa verdoppeln und sogar verdreifachen.

Ferner fordern wir zweijährige Legislaturperioden — nein, wir sagen auf deutsch: Gesetzgebungsperioden. Auch diese Forderung bedarf kaum einer Begründung. Wir haben sie schon in einem Antrage an den Reichstag gestellt. Wir führten bei jener Gelegenheit in der Debatte aus — es entspann sich auch eine Zeitungspolemik —, daß einjährige Wahlen, wie die englischen Chartisten sie forderten, in zu rascher Reihenfolge kämen. Wenn wir einmal ein demokratisches Staatswesen haben, so wird es immer möglich sein, einen Abgeordneten, der seine Schuldigkeit nicht thut, oder auch den ganzen Vertretungskörper, falls er das öffentliche Vertrauen nicht mehr hat, zur Niederlegung des Mandats zu zwingen und Neuwahlen zu veranlassen.

Daß wir für Diäten, für die Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage sind, versteht sich von selbst, ebenso die Aufhebung aller Beschränkungen der politischen Rechte. Es giebt für uns nur einen Fall, in welchem Jemand seines Wahlrechtes verlustig werden kann, das ist der Fall der Entmündigung wegen geistiger Unfähigkeit — Blödsinn u. s. w.

Weiter fordern wir die direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Das heißt, wir wollen nicht, daß der Schwerpunkt des politischen Lebens in das Parlament kommt. Der Schwerpunkt liegt nach demokratischem Prinzip im Volk selbst, und das Volk soll nicht darauf angewiesen sein zu warten, bis von oben herab, aus der Volksvertretung, nothwendige oder erwünschte Gesetze und Gesetzesvorschläge kommen — nein, es soll selber das Recht der Initiative haben. Und dem Vorschlagsrecht, d. h. dem Recht des Volkes, direkt Gesetzesvorschläge zu machen, steht als Ergänzung das Verwerfungsrecht zur Seite, d. h. das Recht des Volkes, vermittelst Urabstimmung den Gesetzen entweder erst ihre Gültigkeit zu geben, oder sie zu verwerfen. Diese

Forderung ist von uns stets prinzipiell anerkannt worden, und sie war in früheren Programmen bereits enthalten.

Dann fordern wir das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Das Wort „Staat" heißt hier beiläufig Einzelstaat, nicht Staat in dem allgemeinen Sinne der ihren wirthschaftlichen Verhältnissen gemäß organisirten Gesellschaft. Wir haben hier zum ersten Male ausgesprochen, daß wir nur eine solche Staats- und Regierungsform, die auf der breitesten demokratischen Basis beruht, direkt aus dem Volke hervorgegangen ist und von dem Volke kontrollirt wird, mit dem Prinzip der Volkssouveränetät in Harmonie stehend erachten. Wir verlangen, daß das Volk Herr sei über sein Schicksal, daß das Wohl des Volkes oberstes Gesetz, und des Volkes Wille keinem anderen Willen untergeordnet sei; wir verlangen, daß alle Einrichtungen und Gesetze, welche den Aeußerungen und Bethätigungen des Volkswillens jetzt entgegenstehen, beseitigt werden. Daß hiermit eine vollständige Umgestaltung unserer jetzigen Staatseinrichtungen verbunden ist, begreift Jeder auf den ersten Blick. Es bedeutet die absolute Demokratisirung der politischen Einrichtungen in Deutschland.

Enşprechend diesen Grundsätzen verlangen wir die Wahl der Behörden durch das Volk. Das Selbstbestimmungsrecht des Volkes macht diese Forderung zu einer logischen Konsequenz. Aber wir formuliren hier eine neue Forderung: Verantwortlichkeit und Haftbarkeit des vom Volke gewählten Beamten. Daß wir Verantwortlichkeit und Haftbarkeit sagen, ist keine Tautologie, keine Häufung von zwei Worten, die wesentlich das gleiche bedeuten. Unter Verantwortlichkeit der Beamten ist nach gewöhnlichem Sprachgebrauch die politische, durch Verfassung und Gesetz vorgeschriebene Verantwortlichkeit der Beamten zu verstehen. Aber wir wollen etwas mehr. Wir wollen auch die persönliche, civilrechtliche Haftbarkeit der Beamten für Alles, was sie thun. Ich habe einmal im Reichstage diesen Gedanken der Haftbarkeit ausgesprochen — ich knüpfte an eine Kammerverhandlung an, die in Frankreich gerade stattgefunden hatte über einen Gesetzentwurf, kraft dessen die jetzige Republik den Opfern des Napoleonischen Staatsstreichs und des Napoleonischen Regiments eine Entschädigung gewährte.

Ich sagte damals: die Zeit wird hoffentlich auch in Deutschland kommen, wo die Opfer des Sozialistengesetzes entschädigt, und wo die Urheber dieses Gesetzes und alle diejenigen, die vermittelst desselben Tausende und Hunderttausende in ihrer Person und in ihrem Eigenthum geschädigt haben, persönlich haftpflichtig gemacht werden. Ich will nicht, daß, wie in Frankreich, die Steuerzahler die Entschädigung zu geben haben, sondern daß die Schuldigen belangt werden. — Der Ausdruck, persönliche Haftbarkeit wurde da-

mals von einigen Reaktionären so gedeutet, als habe ich zur Lynchjustiz aufgefordert. Nun, an Justiz dachte ich, aber nicht an Lynchjustiz. Die persönliche Haftbarkeit des Beamten ist ein nothwendiges Postulat der Volkssouveränetät. Der Beamte ist nicht ein höheres Wesen; er hat blos den Willen des Volkes zu vollziehen oder im Einklang mit diesem Willen — wie der Richter — seines Amtes zu walten; er ist für alle seine Handlungen verantwortlich und darf nicht außerhalb der zivil- und gemeinrechtlichen Verfolgung stehen. Das wollen wir ausdrücken. In England ist dies bereits Gesetz, und dort wirkt es ganz vortrefflich. Jeder Staatsbürger ohne Ausnahme steht dort für alle seine Handlungen gleichmäßig unter dem Zivilrecht und dem gemeinen Strafrecht, auch die Offiziere und Soldaten im Dienst. Der Offizier und Soldat steht in England zwar, wie bei uns, unter dem Militärgesetz, welches blinden Gehorsam gegen die Ordre fordert, aber er ist gleichzeitig für alle seine Handlungen, auch die dienstlichen, nach gemeinem Zivil- und Kriminalrecht haftbar. Nehmen Sie an, der Offizier giebt bei einem Aufruhr das Kommando zum Schießen. Militärrechtlich muß er es thun, er hat den Befehl und für das Blutvergießen, für die Tödtung von Mitmenschen ist er militärgesetzlich nicht verantwortlich. Nun kommt aber das gemeine bürgerliche Gesetz — zunächst die Todtenschau: da sind Todte, gewaltsam Getödtete, — wie sind sie ums Leben gekommen? Durch die Kugeln von Soldaten — der Offizier hat das Kommando: Feuer! gegeben, die Soldaten haben geschossen und durch die Kugeln sind die Leute getroffen und getödtet worden. — Hat der Offizier in Selbstvertheidigung gehandelt, — wird nun weiter gefragt — oder liegt Todtschlag oder Mord vor? Und das Gesetz über Todtschlag — mans-laughter — und über Mord — murder — gilt in England für Offiziere und Soldaten genau so gut wie für eine Zivilperson, die Jemanden todtschießt oder todtschießen läßt. Kann nicht nachgewiesen werden, daß das Militär in Nothwehr, oder zur Vertheidigung unbedingt nothwendig des gesetzlichen Zustandes schießen mußte, so erklären die Geschworenen einfach, es war kein genügender Grund zum Schießen vorhanden, das Volk hat nicht das Militär bedroht, das Feuern war überflüssig, und dann lautet die Anklage günstigsten Falls auf Todtschlag, und wenn die Sache schlimmer liegt, auf Mord; der Offizier, der den Befehl zum Feuern gab, wird durch das Kommando, das er von oben erhalten hat, nicht gedeckt, und sprechen die Geschworenen ihr Schuldig, so wird er nach dem bürgerlichen Gesetz entweder wegen Todschlags ins Zuchthaus gesteckt oder wegen Mordes einfach aufgeknüpft. (Beifall.). Und dasselbe kann auch jedem englischen Soldaten passiren, der auf Kommando schießt. Und man glaube nicht, daß derartiges nicht vorkäme. Ich selbst erinnere mich

mehrerer Fälle, wo Offiziere von den Geschworenen schuldig befunden wurden, — hintennach erfolgte freilich die königliche Gnade. Indeß, es kann passiren, daß diese nicht mehr hilft. Jedenfalls ist unsere Forderung eine durchaus berechtigte. — Uebrigens kann ich ein Beispiel von persönlicher Haftbarkeit schon aus Deutschland anführen, freilich ein ganz vereinzeltes, — ich meine den Fall des Generals Vogel von Falckenstein, der bei Ausbruch des letzten französischen Krieges unsere damalige Parteileitung verhaften und in Lötzen einsperren ließ. Er wurde nach Beendigung des Krieges deshalb von den Betroffenen zivilrechtlich belangt und ist durch alle Instanzen hindurch zu einer beträchtlichen Entschädigung an die Zivilkläger verurtheilt worden. Das war in Braunschweig — und würde jetzt wohl kaum mehr vorkommen — ich meine die Entschädigung.

Weiter wird gefordert: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Das ist die alte Forderung der Sozialdemokratie, die schon von Fichte in seiner „Rede an die deutsche Nation" aufgestellt worden ist. Heute haben wir ein Volk „in" Waffen und ein Volk ohne Waffen. Es soll Jeder Soldat sein, wie in der Schweiz; und, um ein solches System direkt durchzuführen, ist es nothwendig, daß Jeder von Jugend auf in den Waffen geübt wird, im Marschiren, Turnen, Schießen u. s. w. In der Schweiz kennt jeder Schullehrer in jedem Dorf die militärischen Uebungen, er ist ja mindestens Unteroffizier in der Eidgenössischen Armee, vielleicht höherer Offizier. Er lehrt seine Schüler von frühestem Alter an exerziren, militärisch turnen, mit der Armbrust schießen, — und in einem gewissen Alter erhält der Knabe schon ein Gewehr. Kurz, die Jugend wird dort in allen zum Militärdienst nöthigen Uebungen ausgebildet. Ein ähnliches System wollen wir haben, und ich meine, so ausgebildete Soldaten würden — wenn die Ausbildung rationell erfolgt — eine weit feldtüchtigere Mannschaft abgeben, als unsere heutigen Soldaten, deren körperliche Ausbildung bei den traurigen Verhältnissen, in denen die meisten vor dem Eintritt ins Heer leben, und bei der Mangelhaftigkeit unseres Schulwesens eine zum Theil geradezu bejammernswerthe ist. Ich frage Diejenigen, welche Soldaten gewesen sind, wie steht es denn heute mit dem Turnen der Soldaten? Das Bischen, was sie lernen, ist kaum der Rede werth. (Zustimmung.) Ich kann mich hier auf das Zeugniß einer unserer ersten turnerischen Autoritäten, wenn nicht die erste, berufen; und, wer vom Turnen nur etwas versteht, weiß, daß Jemand, der 20 Jahre alt geworden ist, ohne zu turnen, überhaupt nicht mehr im Stande ist, das Turnen ordentlich zu lernen. — Um Tüchtiges zu leisten, muß man von Jugend auf anfangen. — Und dann, wie steht es mit den Marschleistungen unserer Soldaten? — Im Sonderbundskriege — ich war damals in der

Schweiz — haben eidgenössische Truppen an einem Tage 21 Stunden zu Fuß zurückgelegt, und von den Bataillonen aus Baselland, die ich in Zürich einmarschiren sah, ist Keiner nachgefahren worden, — das leistete eben die von Jugend auf geübte Miliz.

Und wie steht es heutzutage mit dem Schießen? Das ist schließlich neben dem Marschiren die Hauptsache in der Armee. Für Jeden, der da weiß, was ein wirklich guter Schütze ist, sind die Schießleistungen unserer Soldaten gleich Null. Es ist das ein Punkt, mit dem ich mich seinerzeit sehr viel beschäftigt habe. — Genug, ich wollte blos andeuten, daß die Verwirklichung unserer Forderung die nationale Wehrhaftigkeit nicht mindern, sondern im Gegentheil die Kraft zur Vertheidigung stärken würde.

Wir verlangen weiter Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Hierüber blos ein Wort. Man hat gewünscht und von den verschiedensten Seiten beantragt zu sagen: direkt durch das Volk; die jetzige Fassung sei ja ein Rückschritt. Nein, das ist nach keiner Seite ein Rückschritt und ein positiver Fortschritt auf der Bahn des Vernünftigen und Praktischen. Nehmen Sie an, es kommt plötzlich ein Krieg, wie soll es da möglich sein, daß das ganze Volk erst darüber abstimmt? Und heutzutage kommen die Kriege meist plötzlich. Emanzipiren wir uns von der Phrase und drücken wir unsere Forderung so aus, daß sie auch Hand und Fuß hat!

Weiter: Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Daß wir keine Utopisten sind in Bezug auf den „ewigen Frieden", hat sich bereits auf dem Brüsseler Kongreß zur Genüge gezeigt. Wir haben dort in der bekannten Resolution ausgesprochen, daß der Zustand, welcher die permanente Kriegsgefahr und den Militarismus mit sich bringt, in den heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen, im System des Kapitalismus wurzelt. Wir sind nicht wie die bürgerlichen Schwärmer, welche die Ursachen belassen und blos die Folgen beseitigen wollen. Trotzdem stellen wir die Forderung auf, daß ein internationales Schiedsgericht errichtet werde, vor welches die Streitigkeiten der Staaten unter einander zu bringen sind. Vorläufig wird diese Forderung ja nicht verwirklicht werden, wie sehr vieles, was wir hier fordern, von dem heutigen Staat nicht verwirklicht werden wird — aber wir haben uns über diese, die ganze zivilisirte Welt so tief berührende Frage auszusprechen, und wir müssen zeigen, daß wir jeden ernsten Versuch, die Kriegsgefahr zu beseitigen, als Partei unterstützen, jedoch ohne in die flache bürgerliche Friedens-Utopisterei zu gerathen.

Wir verlangen ferner Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung dem Manne unterordnen. In Bezug hierauf ist mir unmittelbar, ehe ich das Wort ergriff, von fachkundiger Seite vorgeschlagen

worden, wir möchten statt des Ausdrucks „dem Manne unterordnen" sagen: „dem Manne gegenüber benachtheiligen". Ich halte dies auch für eine Verbesserung, die übrigens rein redaktioneller Natur ist, und ich bitte Sie um die Erlaubniß, den Text entsprechend ändern zu dürfen. Vor Aufnahme dieser Forderung haben wir uns gefragt, ob, nachdem wir die absolute Gleichheit der Menschen „ohne Unterschied des Geschlechts" ausgesprochen haben, es nicht überflüssig sei, dies hier in einem speziellen Punkt noch besonders zu erklären. Nun ist aber zu bedenken, daß in Brüssel eine Resolution in diesem Sinne angenommen worden ist mit dem ausdrücklichen Wunsch, man möge sie in die sozialdemokratischen Parteiprogramme der verschiedenen Länder aufnehmen; und dem haben wir entsprochen.

Die beiden folgenden Absätze des Programms haben uns bei ihrer Formulirung die größten Schwierigkeiten bereitet. Man hat uns die Sache dadurch erleichtern wollen, daß man vorschlug, wir möchten doch die alten demokratischen Forderungen, wie wir sie im Eisenacher Programm finden, wieder aufnehmen: Trennung der Kirche von der Schule und Trennung der Kirche vom Staate. Ja, das war seiner Zeit recht schön, aber es besagt bei Weitem nicht Alles, was wir sagen wollen und jetzt sagen müssen. Mit jener Formulirung wird die Kirche als ein neben dem Staate bestehendes Institut anerkannt, und das wollen wir nicht. Wir gehen viel weiter: in unseren Augen und in dem freien Gemeinwesen, welches wir anstreben, ist die Kirche eine einfache private Gemeinschaft und Vereinigung, welche denselben Gesetzen unterliegt wie alle anderen privaten Vereinigungen und Gemeinschaften. Das ist der Gedanke der absoluten Gleichheit, den wir hier ausgedrückt haben. Darum sagen wir: „Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten" — und damit die Katholiken nicht sagen können, wir wollten sie vergewaltigen, fügen wir hinzu: „Gemeinschaften, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen". In Verbindung mit diesem Passus über die Kirche fordern wir: „Weltlichkeit der Schule". Das heißt, daß die Kirche, daß die Religion mit der Schule absolut nichts zu thun hat. Das zu fordern sind wir prinzipiell verpflichtet, und der Punkt ist so klar, daß er einer Erläuterung nicht bedarf. Aber es galt, allen Mißverständnissen, den absichtlichen und unabsichtlichen Mißdeutungen vorzubeugen, zu welchen eine derartige Forderung in unserem Programm Anlaß geben könnte. Darum machte sich eine sehr sorgfältige Fassung nothwendig. Man weiß, wie die Geistlichkeit jetzt den Kampf um die Schule mit der größten Hartnäckigkeit betreibt, wie sie die Schulfrage in den Vordergrund schiebt. Man

weiß, wie viel es der Geistlichkeit, der katholischen, protestantischen und sonstigen, darauf ankommt, die Herrschaft über die Geister zu erhalten und zu befestigen. Man weiß, wie die Sozialdemokratie als das rothe Gespenst hingestellt wird; wie es von uns heißt, und wie namentlich die Geistlichkeit es von uns sagt: wir seien eine Partei der Atheisten und wollten als Sozialdemokraten Jedem und Jeder die Religion gewaltsam nehmen und die Kirche gewaltsam unterdrücken. Um solchen demagogischen Verleumdungen und frommen Lügen gleich von vornherein den Boden zu nehmen, oder ihnen doch die Spitze abzubrechen, erklären wir hier, daß die Stellung zur Religion Sache eines Jeden ist, erklären wir die Religion zur Privatsache. Ich gestehe, ich habe mich lange dagegen gesträubt, diese nur durch praktische Rücksichten gebotene, ihrem Inhalt nach selbstverständliche Erklärung in das Programm aufzunehmen. Aber im Hinblick auf die systematische Verdächtigung unserer Stellung zur Religion erschien ich es doch nöthig dies auszusprechen. Die Sozialdemokratie als solche hat mit der Religion absolut nichts zu thun. Jeder Mensch hat das Recht zu denken, zu glauben was er will, und Niemand hat das Recht, Jemanden in seinem Denken und Glauben zu behelligen, einzuschränken, ihm sein Denken und Glauben zu einem Nachtheile irgendwelcher Art gereichen zu lassen. Vorgehen kann man dann erst gegen Meinungen und Glauben, wenn Meinungen und Glauben sich in gemeinschädliche und ungesetzliche Handlungen umsetzen, wie z. B. bei gewissen Mucker-Sekten. Aber die Meinungen, der Glaube an sich, sie müssen frei sein, absolut frei — wir als Sozialdemokraten haben sie zu respektiren und der Sozialdemokrat, welcher das Recht, die Würde des Mitmenschen achtet, wird sich auch hüten, den Glauben eines Mitmenschen zu verhöhnen. Ueberhaupt ist die Verhöhnung irgend eines Vorurtheils stets thöricht und unpolitisch und wird das Vorurtheil nur stärken. Hier hilft nur Belehrung. Aber wenn es unsere Pflicht war, auszusprechen, daß wir Niemand die Religion rauben, Niemand in der Ausübung seiner Religion hindern wollen, so dürfen wir doch der Geistlichkeit keine Handhabe bieten, vermittelst deren sie in die Schulen herein kommen kann, und darum sagen wir: der Besuch der öffentlichen Volksschulen ist obligatorisch. In diese weltlichen Schulen, in denen keine Religion gelehrt wird, muß von den Eltern oder Verwandten jedes Kind geschickt werden; aber den Eltern bleibt es kraft des Grundsatzes: Die Religion ist Privatsache, unbenommen, ihre Kinder in der Religion, die sie haben, selbst zu unterrichten oder unterrichten zu lassen. Wir wollten das ursprünglich im Programm ausdrücklich sagen, aber wir fanden, daß eine solche praktische Kommentirung nicht in das Programm gehört.

Wir verlangen weiter, daß alle Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln nicht blos zu kirchlichen, sondern auch zu religiösen

Zwecken zu streichen sind. Wir haben das Wort „religiöse" noch zugefügt, weil es Gemeinschaften giebt, die religiöser Natur sind, ohne darum kirchlich zu sein, und auch da soll aus öffentlichen Mitteln keine Zuwendung erfolgen, eben weil die Religion Privatsache ist.

Was nun das Schulwesen betrifft, so war es bei Feststellung unseres Programm-Entwurfs eine Streitfrage, die uns längere Zeit beschäftigte: ob wir nicht aussprechen sollten, daß der Unterricht und die Lehrmittel in allen Schulen, bis zu den höchsten, bis zur Universität unentgeltlich sein sollen. Zum Theil mit Rücksicht auf die bezüglichen Ausführungen der Programmkritik von Karl Marx, der hervorhob, daß dadurch nur für die Bourgeoisie, für die Besitzenden, ein Vortheil geschaffen würde, weil der Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen seine Kinder nicht in höhere Schulanstalten schicken kann, haben wir uns aber zu einer Einschränkung entschlossen, und fordern nur die Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel in den öffentlichen Volksschulen. Zu dieser Forderung gehört die andere der Verpflegung — beiläufig eine Forderung welche vor fast 100 Jahren in dem berühmten Schulgesetz von Lakanal sich findet, das kurz nach der Enthauptung von Ludwig XVI. dem französischen Konvent vorgelegt und von ihm angenommen ward. Damals wurde der Grundsatz schon ausgesprochen, daß der Staat, der die Eltern zwingt, ihre Kinder in die Schule zu schicken, auch verpflichtet ist, für die leibliche Pflege der Kinder zu sorgen. Auch die Schulfrage ist eine soziale Frage. Hungernde Kinder können nichts lernen. — Für sich selbst spricht unsere weitere Forderung, daß diejenigen Kinder, welche besondere Anlagen zeigen, und bei der Prüfung sich als fähig für den Besuch höherer Schulen — Fach- und anderer Schulen — erweisen, ähnlich, wie es in verschiedenen Staaten von Amerika jetzt schon eingeführt ist, in den höheren Schulen unentgeltlich unterrichtet und verpflegt werden. Mit diesem Zusatz ist unser Schulparagraph so formulirt, daß er auch den weiteſtgehenden Anforderungen Rechnung trägt, ohne in phantastische Ueberschwenglichkeiten zu verfallen und den Boden der realen Verhältnisse zu verlassen.

Eine weitere Forderung ist die Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes, die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung u. s. w. Beides gehört prinzipiell zusammen. Die Möglichkeit sein Recht zu suchen, ist heute im Wesentlichen ein Privilegium der Reichen. Das Recht zu klagen, ist in den meisten Fällen dem Armen thatsächlich genommen, weil das Klagen und Prozessiren zu theuer ist. Genau so ist es mit der ärztlichen Hilfe im Falle der Krankheit. Der Arzt ist kein Beamter und, wenn auch jetzt in einzelnen Fällen die Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung wie die des Rechtsbeistandes gesichert ist, so ist dies doch an Bedingungen geknüpft, die nicht Jeder erfüllen

kann oder mag; und Hunderttausende gehen heutzutage der ärztlichen Hilfe wie des Rechtsbeistandes aus Mangel an Geld, und aus Scheu vor den hohen Kosten verlustig. So werden neue Privilegien für die besitzenden Klassen geschaffen! Was nun insbesondere die Unentgeltlichkeit des Rechtsbeistandes und der Rechtshilfe anbelangt, so sind hiergegen ja allerhand praktische Bedenken erhoben worden. Aber wir haben uns gesagt, bei einer Vereinfachung des Rechtsweges lassen sich sehr wohl Formen finden, in welchen unsere Forderung ausgeführt werden kann, und nicht unsere Sache ist es, hier Einzelheiten festzustellen, sondern das ist Sache des Gesetzgebers. Zu Gunsten dieser Forderung ist noch besonders geltend zu machen, daß der Staat ja nach den Definitionen der Rechtsphilosophie ein großer Verein zum Rechtsschutz ist, und daß der „Rechtsstaat" den Vertheidigern des heutigen Staats stets als Ideal vorschwebt. Und sagen sie uns nicht immer: „Der Staat garantirt einem jeden Staatsangehörigen und Bürger sein Recht?" Gut, wir verlangen, daß der Rechtsschutz, welcher jetzt für die Masse des Volkes nur auf dem Papier besteht, zur Wahrheit werde für Alle. Jetzt hat ihn blos der Reiche, der gar keinen staatlichen Rechtsschutz braucht, weil er sich selbst zu seinem Recht verhelfen kann; dem Armen aber, der in seinen Rechten viel leichter und mehr bedroht wird, als der Reiche, ist er unerreichbar und für ihn besteht der Rechtsschutz thatsächlich nicht. Das ist eine Ungerechtigkeit, der ein Ende gemacht werden muß.

Weiter!

„Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind." Die Einfügung der Vermögenssteuer hat in der Kommission zu einer Debatte Veranlassung gegeben. Wir haben aber gefunden, daß neben dem Einkommen auch das Vermögen erwähnt werden muß, wie z. B. in England bei der Income and Property Tax — Einkommen- und Eigenthumssteuer — der Fall ist. Es ist nothwendig, eine Unterscheidung zu machen zwischen demjenigen Einkommen, welches einfach aus der individuellen Arbeit einer Person entsteht, und demjenigen, welches eine Person hat, ohne daß sie selbst zu arbeiten braucht, z. B. aus Grund und Boden, aus Kapitalien, aus Staatspapieren u. s. w. Während bei dem Einen das Einkommen an die Person geknüpft ist und aufhört, wenn sie nicht mehr arbeiten kann, wenn sie stirbt — ist das andere Einkommen von der Person unabhängig. Bei einem Einkommen dieser Art muß die stufenweise Besteuerung eine andere und höhere sein. Mit anderen Worten, Jemand, der ein Einkommen von festem Vermögen hat, muß mehr besteuert werden als Jemand, der ein Einkommen ohne Vermögen hat. — Wir haben ferner die Selbsteinschätzungspflicht auf

genommen, wogegen wohl nichts zu bemerken ist. Von der Erbschaftssteuer wird verlangt, daß die stufenweise Erhöhung nicht blos nach dem Umfang des Erbgutes zu bemessen ist, also nach dem Grundsatze der Progressivsteuer, sondern auch gleichzeitig nach der größeren Entfernung des Verwandschaftsgrades. Hierüber wird wohl keine Meinungsverschiedenheit bestehen.

Ich komme nun zu dem zweiten Theil der besonderen Forderungen, nämlich denjenigen, welche wir speziell zum Schutz der Arbeiterklasse aufstellen. Unter diesen ist auch nicht eine einzige, die einer genaueren Erörterung hier noch bedürfte. Um einer etwaigen Debatte vorzubeugen, will ich blos erwähnen, daß wir die Anträge, die von den verschiedenen Seiten vorlagen, zu dem Zweck: die staatliche Versicherung in der einen oder anderen Form auch auf die Arbeitslosigkeit auszudehnen, haben streichen müssen — und zwar einstimmig — weil wir zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß eine derartige Forderung einfach nicht durchführbar ist, und uns von dem Boden des thatsächlich Möglichen entfernen würde, den wir in diesen besonderen Forderungen — und namentlich in diesem Theil derselben nicht verlassen dürfen. Es ist ja von den Arbeitergewerkschaften in England der Versuch einer Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gemacht worden, da hat sich denn herausgestellt, daß blos die Organisation solcher Gewerbe, bei denen es durchschnittlich hohe Löhne und eine geringe Zahl von Arbeitslosen giebt, eine solche Versicherung zur Noth durchführen können — also nur diejenigen Arbeitergruppen, die es am wenigsten brauchen. Alle anderen Gewerke, in welchen heutzutage die Arbeitslosen nach Tausende zählen, sind sofort an dem Versuch gescheitert; und wenn wir dem Staate diese Aufgabe zumuthen wollten, so würden wir unserer Sache einen schlechten Dienst leisten. Wie schon angedeutet, gerade in den Forderungen betreffend die Arbeiterklasse müssen wir als Arbeiterartei alles Nebelhafte und Undurchführbare vermeiden Was wir in diesem Theil unseres Programms fordern, ist eminent praktisch und zum großen Theil in anderen Ländern bereits verwirklicht, und wir müssen diese Forderungen nicht belasten durch solche, welche es unseren Gegnern leicht machen zu sagen: Ihr fordert das Unmögliche! Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit gehört aber schon in das Traumland des „Rechtes auf Arbeit“. —

Genossen! Es wäre mir unendlich lieb gewesen, wenn wir in einem früheren Stadium das Programm hätten behandeln können, wenn wir entweder auf diesem regelmäßigen Jahreskongreß, oder auf einem speziell zu diesem Zweck einberufenen außerordentlichen Kongreß in eingehendster Weise alle Grundprinzipien unseres Programms und alle damit zusammenhängenden Fragen hätten durchsprechen können. Ich bin überzeugt, es hätte das der Partei zum Vortheil gereicht, nach Innen wie nach Außen. Aber es ist

nicht möglich gewesen — und die nothgedrungen beschränkte Zeit, über welche wir verfügen, macht es nothwendig, daß wir uns jetzt in der Debatte die möglichste Beschränkung auferlegen und nicht allzu sehr in Einzelheiten eingehen. Ich will deshalb nur noch das absolut Nothwendigste sagen, indem ich mir vorbehalte, erforderlichen Falls nachher von dem mir als Referenten zustehenden Recht Gebrauch zu machen. Ich hoffe aber, daß die Debatte sich nicht ausdehnen möge über Fragen, über welche in der Partei selbst schon monatelange Debatten stattgefunden haben, und über die man sich in unserer Presse klar geworden ist. Alle Genossen, die Anträge gestellt haben und hier auf dem Parteitage als Delegirte anwesend sind, haben wir in die Programm-Kommission gewählt, weil wir von der Ueberzeugung ausgingen, daß es weit zweckmäßiger ist, wenn der Wortlaut in einem kleinen Kreise festgestellt wird, als wenn die Klärung der Meinungen in einem größeren Kreise stattfinden soll, wo ein Programm-Entwurf ja wohl überhaupt gar nicht festgestellt werden kann. Und endlich bemerke ich noch: auch alle diejenigen Mitglieder der Kommission, welche Programm-Anträge vertreten haben, die nicht in diesen unseren Entwurf aufgenommen worden sind, haben sich für den Entwurf in seiner jetzigen Fassung erklärt und haben sich durch die Gründe, welche die Majorität bestimmt haben, überzeugt erklärt.

Genossen! Im Anfange seiner aufsteigenden Macht sprach Fürst Bismarck der fortschrittlichen Bourgeoisie gegenüber das Wort aus: Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo. wenn ich mit Euch Fortschrittlern und Liberalen nicht fertig werde, dann beschwöre ich das Proletariat herauf, ich bewege den Acheron, ich entfessele gegen Euch die sozialistische Bewegung. Fürst Bismarck rief, der Acheron, das deutsche Proletariat, hat sich aber nicht bewegt! Es wurden uns Anerbietungen gemacht, sie wurden verachtungsvoll zurückgewiesen. Dann rief die Sozialdemokratie, und der Acheron hat sich bewegt, die deutsche Arbeiterbewegung entstand, und die deutsche Arbeiterschaft marschirt jetzt, soweit sie klassenbewußt ist, einmüthig und geschlossen wie in keinem anderen Lande der Erde, unter dem Banner der Sozialdemokratie. Was Fürst Bismarck nicht konnte, das hat die deutsche Sozialdemokratie erreicht — sie war stärker als er, und auf der ganzen Linie steht die Sozialdemokratie da als Siegerin über das Bismarck'sche System. Man hat von dem „ehernen Entwicklungsgesetz" gesprochen. Und es ist ein ehernes Gesetz, Keiner kann es abändern, mit Gewalt es beugen oder brechen, und Fürst Bismarck, der Mann, der über alle Machtmittel des Staates und der Gesellschaft verfügte, der von sich sagte: ich bin das Reich, — der Staat bin ich! — der es mit größerem Recht von sich sagte, als jener König von Frankreich — er liegt heut zerschmettert am Boden;

und Staat und Gesellschaft sind noch da, nichts hat sich in der Welt wesentlich geändert, ein Mann weniger auf der politischen Bühne und nichts weiter, — ein Mann über Bord! Die Sozialdemokratie weiß, daß so wenig ein Bismarck die Bewegungsgesetze ändern konnte, ebenso wenig wir es können. Wir wissen, daß die bürgerliche Gesellschaft, sie mag thun was sie will, in ihr Verderben rennt. An ihr vollzieht sich das Verhängniß. Es ist wie eine Schicksals-Tragödie des Alterthums: der Held, das Opfer weiß, er ist verurtheilt, es besteht ein Schicksalsspruch, den er erfüllen muß. Er wehrt sich dagegen, er sucht dem Verhängniß zu entrinnen, aber jeder Schritt, den er thut, um seinem Verhängniß zu entgehen, führt ihn der Katastrophe näher, bis der Tag des Untergangs, des Verderbens, des Gerichtes hereinbricht. So ist es mit unserer Bourgeoisie. Sie bietet alles auf, um dem Schicksal zu entrinnen, aber jeder Versuch dem Verhängniß auszuweichen, führt sie der Vollstreckung des Urtheils, des Schicksalspruches blos näher. Sie mag gegen uns thun was sie will, sie thut es für uns, sie mag für sich thun was sie will, sie thut es für uns; und wir, wir mögen thun was wir wollen, die Verhältnisse arbeiten uns in die Hände; alles in Staat und Gesellschaft, Verfolgungen, Konzessionen, einerlei: alles schlägt uns heute zum Vortheile aus — uns der aufsteigenden, siegenden Sozialdemokratie. Mögen unsere Gegner versuchen, was sie wollen, sie können nur für uns arbeiten.

Ich führte vorhin aus, daß die bürgerliche Gesellschaft eine Gesellschaft der Expropriation, daß der Kapitalismus die Expropriation in Permanenz ist.

Die Besitzer der Arbeits- und Produktionsinstrumente expropriiren diejenigen, welche keine besitzen, und dieser Prozeß der Expropriirung, d. h. d. Eigenthumsberaubung dauert fort, solange diese gesellschaftliche Ordnung besteht. Sie nennt sich allerdings die Gesellschaft des Eigenthums, des persönlichen Eigenthums, aber in Wirklichkeit ist sie gerade die Gesellschaftsform, welche das persönliche Eigenthum zerstört. Und das Ende dieses Expropriationsprozesses kann nur sein, was Marx ausgesprochen hat in seinem granitnen Wort: die Expropriation der Expropriateure! Das Eigenthum, soweit es berechtigt und möglich ist, d. h. das gleiche Anrecht eines Jeden auf den Genuß der Güter, welche durch die gemeinschaftliche, organisirte Arbeit Aller erzeugt werden, kann sich erst dann verwirklichen, wenn diese Gesellschaft in Trümmer zerfallen ist. — —

Wir sind jetzt im Begriff uns ein neues Programm zu geben. Das alte hat uns treffliche Dienste gethan. Ehrfurchtsvoll werden wir, werden unsere Nachkommen es zu allen Zeiten betrachten — was mangelhaft daran war, ist ergänzt und verbessert worden

durch die steigende Bildung und Intelligenz der Genossen. In die mangelhafte Form haben sie den richtigen Inhalt hineingegossen. Das schönste Programm nützt uns nichts, wenn nicht der echte, lebendige Geist hineingelegt wird. Und darum bitte ich Sie, kleben Sie nicht an dem Wort! Bedenken Sie, ein vollkommenes Programm giebt es nicht. Das Programm, welches nach der einstimmigen Meinung von uns allen im Augenblicke das beste ist, wird schon in der nächsten Stunde einen Kritiker gefunden haben, der in der einen oder anderen Formel, in dem einen oder anderen Satz, eine Verbesserung anbringen wird. Wir wollen — wie schon 1875 gesagt ward — wir wollen uns im Programm keinen Papst schaffen. Das Programm hat nur das Eine zu erfüllen: klar und verständig die Ziele unserer Partei hinzustellen, den Entwicklungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft zu zeigen und die Naturnothwendigkeit, mit welcher sie sich selbst tödtet, und in welchem sie selber den Moment herbeiführt, wo die kapitalistische Produktion im Interesse der menschlichen Gemeinschaft ersetzt werden muß durch die sozialistische Produktionsweise. Diesen Entwicklungsprozeß mit aller Macht zu beschleunigen und alle Kraft daran zu setzen, daß dieser Moment möglichst bald eintrete, das ist unsere heilige Pflicht. Sorgen Sie dafür, daß das neue Programm, welches wir heute schaffen werden, die Partei von Siegen zu Siegen führe, wie das alte — von Sieg zu Sieg bis zum endgiltigen Sieg! Legen Sie den richtigen Geist in das neue Programm! Kämpfen Sie in dem richtigen Geist unter diesem neuen Banner! Tragen Sie es, eingedenk der erhöhten Pflichten, die aus der Größe und dem Wachsthum unserer Partei für uns entspringen, mannhaft und begeisterungsvoll voran, — kämpfen Sie furcht- und rastlos, wie Sie unter dem alten Banner, unserer alten zerfetzten Sturmfahne gekämpft haben. Setzen Sie Ihre ganze Kraft, Ihre ganze Persönlichkeit an die Verwirklichung dieses Programms und sorgen Sie so dafür, daß die Zeit bis zu dem Tag, wo die heutige bürgerliche Gesellschaft fällt, möglichst abgekürzt werde — denn der Fall dieser Gesellschaft hängt wesentlich ab von der Summe der Kraft, die gegen sie eingesetzt wird. Je mehr Kraft wir in die Agitation in unseren Agitationskampf legen, je rücksichtsloser wir unsere Persönlichkeit in die Wagschale werfen, desto rascher werden wir am Ziele sein und desto eher das Banner der Sozialdemokratie auf den Zwingburgen der heutigen Gesellschaft aufpflanzen! (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Singer: Es ist ein genügend unterstützter Antrag des Genossen Blos eingelaufen, von einer Diskussion über den Programm-Entwurf abzusehen und denselben en bloc anzunehmen. (Beifall und Widerspruch.) Der gleiche Antrag ist von Dr. Rüdt in Form einer Resolution gestellt.

Ferner ist von zwei Seiten ein Antrag eingebracht, über die

zum Programm-Entwurf hier eingegangen Abänderunganträge zur Tagesordnung überzugehen (Beifall.)

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich Stadthagen, Blos, Meister und Pfannkuch betheiligten, wurde der Antrag auf en bloc-Annahme des Programm-Entwurfs mit sehr großer Majorität angenommen.

Der von der Programm-Kommission unterbreitete Programm-Entwurf wird hierauf **einstimmig** zum definitiven Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt. (Lebhafter Beifall.)

Nach Verlesung eines Begrüßungstelegramms der Breslauer Genossen wünscht Dr. Rüdt eine Erklärung in Bezug auf das Protokoll des Haller Parteitages zu übergeben, was der Vorsitzende jedoch, unter Zustimmung des Parteitages, jetzt nach Verlauf eines vollen Jahres für unzulässig erklärt.

Mielenz verliest folgende Depesche aus Berlin: Gestern Abend 600 Sozialdemokraten mit Werner und Wildberger, Auerbach und Wille solidarisch erklärt. Hunderte abgesperrt. Grundmann. Ernst.

Der Vorsitzende macht nunmehr Mittheilung von dem Resultat der vollzogenen Wahl der Parteileitung. Es sind im Ganzen abgegeben 223 Stimmzettel. Zu Vorsitzenden sind gewählt Singer mit 221 Stimmen, Gerisch mit 220 Stimmen, Vollmar, Schippel, Niederauer und Rüdt erhielten je 1 Stimme. Zu Schriftführern sind gewählt Auer mit 219 und Fischer mit 165 Stimmen. Auf Dr. Lux entfielen 47 Stimmen, auf Schippel 2, die übrigen zersplittert. Zum Kassirer ist gewählt Bebel mit 220 Stimmen, Schmalfeldt erhielt 1 Stimme. Zu Kontroleuren sind gewählt worden Herbert-Stettin mit 214, Gottfried Schulz-Berlin mit 211, Ewald-Brandenburg mit 181, Dubber-Hamburg mit 178, Kaden-Dresden mit 177, Meister mit 167 und Jacobey-Berlin mit 139 Stimmen.

Singer: Damit ist die Parteileitung für das künftige Jahr gewählt, und ich darf mit dem Ausdruck herzlichen Dankes für das gezeigte Vertrauen wohl Namens der Gewählten erklären, daß sie die Wahl annehmen. (Beifall.)

Das Wort erhält nun Genosse Neumann aus Wien: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Ich habe Ihnen die herzlichsten Sympathien der österreichischen Genossen zu übermitteln. Wir haben einen reichen Schatz von Erfahrunge auf Ihrem Parteitag gesammelt. Sie Alle wissen ja, daß die österreichische Arbeiterbewegung noch nicht jene Entwicklung gewonnen hat, wie die deutsche Bewegung. Das dürfen Sie aber nicht etwa einer Ziellosigkeit der österreichischen Genossen zuschreiben, sondern einzig und allein der Thatsache, daß in Oesterreich politische Zustände herrschen, wie vielleicht in keinem Staate außer Rußland. In Oesterreich sind die Arbeiter politisch

völlig rechtlos. Aber ich versichere Sie, daß wir den Boden, den wir haben, voll und ganz zum Wohl der Arbeiter ausnützen. Ich will nur noch einem Wunsch der österreichischen Genossen Ausdruck geben, daß Sie auch einen Delegirten zum österreichischen Parteitag entsenden mögen. Ich danke Ihnen für die Aufnahme, die wir hier gefunden haben. (Beifall.)

Vorsitzender Singer: Parteigenossen! Wir haben die Aufgaben, die der Parteitag zu erledigen hatte, erfüllt. Wir haben eine arbeitsvolle Woche hinter uns; die Verhandlungen dieses Parteitages waren wichtig nach verschiedenen Richtungen hin. Wir waren genöthigt, Klarheit zu schaffen und reinen Tisch zu machen zwischen den Elementen, die behaupteten Parteigenossen zu sein und doch nichts anderes thaten, als Zwiespalt in die Reihen der Partei zu bringen, als Verdächtigungen und Verleumdungen gegen einzelne Personen auszusprechen und damit Verwirrung in die Partei hineinzutragen. Die ersten Tage unserer Verhandlungen haben bewiesen, daß, wenngleich einzelne Personen sich bemüht haben, die Partei zu schädigen, die übergroße Majorität der Partei fest entschlossen ist, sich nicht von dem Boden der bewährten Kampfesart abdrängen zu lassen. Der Parteitag hat auf Grund des Berichts der von ihm eingesetzten Kommission sein Urtheil über das parteischädigende Treiben dieser Personen gefällt. Wie Sie aus der Ihnen verlesenen Depesche ersehen haben, benutzten diese Leute den Moment, in dem der Parteitag noch beschäftigt ist seine Arbeiten zum Abschluß zu bringen, und ohne daß die Delegirten Berlins im Stande waren, sich an der Berichterstattung zu betheiligen, um aufs Neue zu lügen und zu verleumden. Ich bin aber sicher, trotz des Siegestelegramms, welches hier verlesen worden ist, die große, übergroße Majorität der Parteigenossen in Berlin wird wissen, was sie zu thun hat, und ich zweifle keinen Augenblick, daß die sozialdemokratische Partei sich auf ihrem Vormarsch und in ihrer Agitation durch die sogenannte Opposition auch nicht einen Augenblick stören lassen wird. (Lebhafte Zustimmung.) Der Parteitag hat durch einstimmige Annahme der bezüglichen Resolutionen bekundet, daß die Partei gewillt ist, an der bisherigen Parteitaktik festzuhalten. Dieser einstimmig gefaßte Beschluß verbürgt uns, daß die Agitation, sowie die Propagirung unserer letzten Ziele in der bisherigen Weise fortgesetzt wird, daß unserer Partei der revolutionäre Charakter erhalten bleibt, und daß wir einzig und allein auf dem Boden des Klassenkampfes unsere Siege erringen wollen. (Lebhaftes Bravo!) Sie haben, indem Sie das Ihnen von der Kommission vorgelegte Programm angenommen haben, erklärt, daß unser Endziel die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, die Aufhebung der Klassenherrschaft und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft ist. Sie haben erklärt, daß der politische Kampf um die Forderungen,

welche in unserem Programm als die nächsten bezeichnet sind, nur deshalb geführt wird, um unsere Partei, um die Arbeiterklasse für den Kampf um das letzte Ziel zu stärken. (Lebhaftes Bravo!) Ich kann den Worten unseres Genossen Liebknecht in Bezug auf das Programm nichts weiter hinzufügen, als die feste Zuversicht, daß auch dieses neue Programm uns ein Leitstern im Kampfe, ein Führer zum Siege sein wird. (Bravo!) Indem ich nun noch den Genossen Erfurts danke für die Bereitwilligkeit, mit welcher sie die Arbeiten des Parteitages unterstützt haben und für die treue Arbeit, welche sie sowohl während der Vorbereitungszeit für den Kongreß, als auch während seiner Tagung geleistet haben, komme ich dazu, die Verhandlungen des Parteitages zu schließen. Lassen Sie uns mit demselben Rufe, mit dem wir unsere Verhandlungen begonnen haben, auseinandergehen mit dem festen Vorsatz, Jeder nach seinem besten Wissen und Können für die Partei weiterzuarbeiten, ihr treu zu dienen mit Hintenansetzung aller persönlicher Momente, nur das Interesse der Partei im Auge zu haben und für unser großes erhabenes Ziel, für die Befreiung des Proletariats aller Länder, bis zum letzten Athemzuge zu kämpfen. An die Arbeit Genossen und möge der Tag nicht fern sein, an dem die rothe Fahne — das Wahrzeichen der Freiheit und Bruderliebe — siegreich über der Erde weht!

Wohlan denn, vorwärts zu neuen Kämpfen, zu neuen Siegen. — Hoch die deutsche, dreimal hoch die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie! hoch! und abermals hoch! und zum dritten Male hoch! (Die Versammlung hat sich erhoben und fällt in stürmischer Begeisterung in die Hochrufe ein. Stehend singen die Delegirten darauf die erste Strophe der Arbeitermarseillaise.)

Vorsitzender Singer: Die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie sind hiermit geschlossen.

Schluß 12 Uhr 5 Minuten.

Folgende Delegirten sind vor Beendigung des Parteitages abgereist: Baitz-Calbe a. S., Feiler-Neustadt a. d. Orla, Fischer-Melsungen, Körten-Berlin, Schleicher-Metz, Weidner-Döhlen.

Präsenz-Liste.

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Agster, Alfred	Stuttgart	Calw-Neuenburg, Göppingen-Gmünd, Aalen-Ellwangen, Ulm-Heidenheim und Ravensburg-Tettnang
Aeustergerling, C.	Mühlhausen i. Th.	Mühlh.-Langensalza-Weißensee
Albrecht, Adolf	Halle a. S.	Delitzsch-Bitterfeld
Auer, Jg.	Berlin	
Auerbach, Albert	Magdeburg	Magdeburg
Baehring, Louis	Rudolstadt a. S.	Schwarzburg-Rudolstadt
Baerer, Heinrich	Harburg	Harburg-Buxtehude
Baetge, Max	Magdeburg	Magdeburg
Baitz, Gottfried	Calbe a. S.	Calbe-Aschersleben
Bamberger, J.	Berlin	Rinteln-Hofgeismar
Baum, Georg	Schwabach	Ansbach-Schwabach
Bebel, August	Berlin	
Beims, Hermann	Cöthen	Anhalt II-Bernburg
Berndt, Moritz		Guben-Lübben
Bertram, Carl	Limmer	Hildesheim
Beyer, Alfons	Cottbus	Cottbus-Spremberg-Peitz
Birk, Georg	München	Kempten, Bayern
Blos, Wilhelm	Stuttgart	Braunschweig und Pforzheim
Blume, Georg	Hamburg	Hamburg II
Bock, Wilhelm	Gotha	Gotha, 1. Meininger
Boehle, Bernhard	Straßburg i. E.	Straßburg i. E.
Boerner, Wilh.	Berlin	Berlin III
Borkmann	Leipzig	Leipzig Stadt und Land und Nossen-Roßwein
Bosse, Frau	Bremen	Bremen
Bruhns, Julius	Bremen	
Breil, Ernst	Hagen i. W.	Hagen
Brey, August	Hannover	Hameln-Springe u. Uelzen-Dannenberg-Jsenhagen-Lüchow
Buchwald, Edm.	Altenburg S.-A.	Sachsen-Altenburg
Burkhardt, Rob.	Frohnau b. Annaburg	Annaberg-Eibenstock
Busch, Emil	Güstrow	Malchin-Waren-Güstrow-Ribnitz
Dahlen, Robert	Halberstadt	Halberstadt-Oschersleben
Daßbach, M.	Hanau	Hanau-Gelnhausen

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Demmler, Carl	Geyer	Stollberg-Schneeberg
Dietz, J. H. W.	Stuttgart	5. Württemberger
Drachholz, H.	Stralsund	Stralsund-Franzburg-Rügen
Dreesbach, Aug.	Mannheim	Mannheim
Dubber	Hamburg	
Ebeling, Julius	Halle a. S.	Halle, Saalkreis
Ehrhart, Franz J.	Ludwigshafen	Speyer-Landau-Kaiserslautern.
Eitzinger, Georg	Nürnberg	Nürnbg.-Altdorf u. Schweinfurt
Emmel, Leopold	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Engelmann, L.	Werdau	Zwickau-Crimmitschau
Erbert, Ernst	Düsseldorf	Düsseldorf
Ewald, Ferd.	Brandenburg a. H.	Brandenburg-Westhavelland-Ruppin-Templin
Faber, Emil	Frankfurt a. O.	Frankfurt-Lebus
Fanghänel, Rich.	Meerane	Glauchau-Meerane
Feiler, Franz	Neustadt a. d. Orla	Weida-Auma
Fichtmann, L.	Elbing	Elbing
Fischer, Heinrich	Weimar	Coburg, Weimar-Ilmenau
Fischer Richard	Berlin	
Fleischer, Fr. A.	Wurzen i. S.	Oschatz
Fleischmann, E.	Frankfurt a. M.	Kassel
Foerster, Herm.	Hamburg	Greiz
Funke, Louis	Hastedt	Bremen
Franke, Adolf	Eisleben	Eisleben
Fräsdorf	Dresden	Dresden-Neustadt
Frenzel, Conrad	Stollberg	Stollberg-Schneeberg
Fries, Nikl.	Dudweiler	Saarburg-Saarlouis
Fritz, St.	Berlin	Berlin III
Fritz, Robert	Osnabrück	Osnabrück-Iburg
Frohme, C.	Hamburg	Altona
Gaggelmann, H.	Karlsruhe	Karlsruhe
Gerisch, Albin	Berlin	
Geyer, Fr.	Leipzig	Löbau-Ebersbach und Leipzig Stadt und Land
Gießmann, Josef	Breslau	Breslau, Ost
Glocke, Theodor	Berlin	Nordhausen
Goldstein, Herm.	Dresden	Dresden — links
Gottschalk, Osw.	Plauen i. V.	Plauen
Gradnauer, Dr.	Dresden	Dresden — links
Greiner, Robert	Aschersleben	Calbe-Aschersleben
Grenz, Ernst	Chemnitz	Chemnitz u. Annaberg-Eibenstock
Grillenberger, C.	Nürnberg	Nürnberg-Altdorf
Grothe, Wilh.	Halle a. S.	Halle a. S.
Gruhnewald, W.	Seifhennersdorf	Zittau
Gumpel, Herm.	Berlin	Berlin V
Haberland, Carl	Barmen	Barmen
Haensler, Wilh.	Mannheim	Heidelberg
Harm, Fr.	Elberfeld	Barmen-Elberfeld
Haug, Friedrich	Freiburg i. Br.	Offenburg

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Heine, August	Halberstadt	
Heinrich, E.	Altona	Altona und Lauenburg
Heinzel, Stephan	Kiel	Kiel-Rendsbg. u. Oldenbg.-Plön
Henkel, Carl	Lüneburg	Lüneburg Winsen
Hentschel, Alwin	Geringswalde	Nossen Roßwein
Herbert, Fritz	Stettin	
Herrling, Carl	Sangerhausen	Sangerhausen Eckartsberga
Heyne, Robert	Finsterwalde	Kalau-Luckau
Hirschmeier	Neustadt O. S.	Kreis Neisse u. Neustadt O.-S.
Hoffmann, Adolf	Zeitz	Naumburg Weißenfels-Zeitz
Hofman, Arthur	Saalfeld	Saalfeld
Hofmann, Franz	Chemnitz	Chemnitz
v. Hofstetten, Frau	Berlin	Berlin VI
Holl, Peter	Passau	Passau
Horn, B.	Kahla S.-A.	Sachsen-Altenburg
Hosang	Dessau	Dessau Zerbst
Hug, Paul	Bant	Oldenburg, Varel, Delmenhorst und Weener Leer-Emden
Hugo, Wilhelm	Schmalkalden	Eschwege-Schmalkalden
Jacobey	Berlin	
Jahn, Heinrich	Greiz	Reuß ält. Linie
Jeup, Josef	Gelsenkirchen	Bochum, Westfalen, Essen a. R.
Ihrer, E., Frau	Velten	Berlin II
Jochem, Otto	Danzig	Danzig, Stadt
Jöst, Franz	Mainz	Mainz Oppenheim
Kaden, August	Kötschenbroda	Dresden Neustadt
Kater, Friedrich	Barleben	Neuhaldensleben-Wolmirstedt
Kaemmer, Reinh.	Arnstadt	Schwarzburg Sondershausen
Kalnbach, Andr.	Karlsruhe	Bretten Eppingen
Kandt, Ferd	Rostock	Rostock-Doberau
Kautsky, Carl	Stuttgart	Lauenburg
Katurbe, Eman.	Burg b. Magdeb.	Jerichow I und II
Keller, Hugo	Görlitz	Görlitz-Lauban
Kerrl, Alwin	Bremen	Bremen
Keßler, G.	Berlin	Oberbarnimer Wahlkreis
Kleinert, Ferd.	Berlin	Berlin II
Kloß, Carl	Stuttgart-Helsb.	Stuttgart
Klüß, J.	Elmshorn	Tondern-Husum und N.- und S.-Dithmar
Knauf, O.	Reinickendorf	Niederbarnim
Knierim, Konrad	München	München I
Knoblauch, Fr.	Sebnitz	Pirna
Konrad, Carl	Mainz	Mainz-Oppenheim
Koenen, H.	Eimsbüttel	Hamburg III
Körsten, Alwin	Berlin	Randow-Greifenhagen
Kückelhahn, Aug.	Flensburg	Hadersleben-Sonderburg, Apenrade-Flensbg. und Schleswig
Kühn, August	Langenbilau	Bunzlau-Lüben-Reichenbach-Neurode-Glatz-Habelschwerdt

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Kühn, Franz	Zwötzen b. Gera	Reuß j. L.
Kühnel, Arthur	Meißen	Meißen-Großenhain
Kuhnert, Fritz	Breslau	
Kurth, Lorenz	Kalk	Köln (Landkreis)
Landé, Hugo	Elberfeld	Elberfeld
Leid, K.	Friedrichshagen	Nieder-Barnim
Lassiepen, Gustav	Kotten b. Soling.	Solingen
Leopold, Adolf	Zeitz	Naumburg-Weißenfels-Zeitz
Liebknecht, W.	Berlin	
Lingner, L.	Achim	Verden-Hoya
Loewenstein, G.	Nürnberg	Hof
Lux, Dr., H.	Magdeburg	Bernburg
Lütgenau, Dr.	Berlin	Mecklenburg-Strelitz
Lütjens, A.	Hamburg	Hamburg I
Mahling, P.	Duisburg	Duisburg-Mülheim
Mannier, Heinr.	Hemelingen	Verden-Hoya
Meist, Karl	Köln	Lennep-Remscheid-Mettmann und Altona-Iserlohn
Meister, Heinrich	Hannover	Hannover
Metzger, W.	Eimsbüttel	Hamburg III
Metzner, Theodor	Berlin	Berlin I
Meyer, G.	Lübeck	Lübeck
Michaelis	Freiburg	Waldenburg i. Schl.
Milenz, Fritz	Johannisthal	Teltow-Beeskow-Storkow
Misselhorn, Ernst	Celle	Fallersleben-Gifhorn
Mittag, Otto	Giebichenstein b. H.	Merseburg-Querfurt
Molkenbuhr, H.	Ottensen	Ottensen-Pinneberg
Müller, Emil	Elberfeld	Aachen
Müller, Heinrich	Auerbach	Kirchberg-Auerbach
Müller, Philipp	Darmstadt	Darmstadt-Groß-Gerau
Münch, Karl	Zittau	Zittau
Nelle, Richard	Waltershausen	Gotha
Nels, Gustav	Freiburg	Freibg.-Emmelingen-Waldkirch
Newczerzal, Carl	Mülhausen i. E.	Mülhausen i. E.
Niederauer, G.	Berlin	Berlin V
Oertel, Carl	Nürnberg	Würzburg u. Nürndorf-Altdorf
Orbig, Carl	Gießen	Wetzlar-Altenkirchen-Gießen
Paetzold, Gustav	Eisenach	Eisenach
Peus, Heinrich	Berlin	Berlin VI
Pfannkuch, W.	Cassel	Cassel-Melsungen
Pilz, K.	Wolmirsleben	Wanzleben
Pinkau, K.	L.-Thonberg	Leipzig (Stadt und Land)
Prei[illegible], Carl	Netzschkau	Kirchberg-Auerbach
Reißhaus, P.	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Reuter, Joseph	Köln a. Rh.	Stadt Köln
Reichelt, E. A.	Apolda	Weimar
Renner, Ludwig	Augsburg	Augsburg-Wertingen
Rieke, H.	Braunschweig	Holzminden u Goslar-Herzberg

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Riesop, Franz	Berlin	Bromberg
Rohrlack, Frau	Berlin	Berlin IV
Rosenthal, Paul	Erfurt	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Röhrle, Peter	Heilbronn	Heilbronn-Besigheim
Rüdt, Dr., P. A	Heidelberg	Kaiserslautern Lahr
Rupprecht sen.	Gaisburg b. St.	Stuttgart
Sailer, Alexander	Luckenwalde	Zauch-Belzig-Jüterbogk
Schaaf, Hermann	Merscheid	Solingen
Schade, Emil	Stendal	Stendal-Osterburg
Schauder, Adolf	Ohdruf	Herzogthum Gotha
Scherm, Joh.	Nürnberg	Regensburg und Lichtenfels-Kronach
Schilling, Peter	Suhl i Th.	Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück
Schleicher, Anton	Metz	Metz
Schmalfeldt, J. H.	Stade	Ottendorf-Neuhaus
Schmid, Eduard	München	München II
Schmidt, Albert	Burgstädt	
Schmidt, Fritz	Friedberg	Friedberg
Schmidt, Herm.	Zwickau	Zwickau-Crimmitschau
Schmidt, Wilhelm	Frankfurt a. M.	Frankfurt a. M.
Schmidtchen Carl	Potschappel	Gerichtsbezirk Dresden
Schneider, V. H.	Marburg	Marburg-Kirchhain
Schöder, G.	Bernau	Niederbarnim
Schönlank, Dr.	Berlin	Lahr
Scholz, Adolf	Berlin	Berlin VI
Schreiber, Bald.	Tannenberg	Stollberg-Schneeberg
Schultze, Carl	Königsberg i. Pr.	Königsberg, Stadt
Schulz, Gottfried	Berlin	
Schulz, Richard	Jena	Weida-Auma
Schulze, Adolf	Magdeburg	Magdeburg
Schulze, Ernst	Cossebaude	Gerichtsbezirk Dresden
Schwartz, Theod.	Lübeck	Mecklenburg-Schwerin
Schweer, C.	Hamburg	Hamburg I
Seige, Paul	Pößneck	Sonneberg-Saalfeld
Semmler, Gustav	Limbach i. S.	Mittweida-Limbach
Sievers, Friedrich	Limmer b. Hannv	Hameln-Springe
Singer, Paul	Berlin	
Slomke, Gustav	Bielefeld	Bielefeld-Herford-Halle
Stabernack, B.	Berlin	Berlin I
Stadthagen, A.	Berlin	
Stamm, H.	Cannstadt	Cannstadt-Ludwigsburg, Reutlingen-Tübingen und Backnang-Hall
Starke, Paul	Wechselburg	Borna-Pegau
Stegmann	Braunschweig	Braunschweig
Steinbach, Frau	Eimsbüttel	Hamburg III, Elmshorn
Steinkrüger, H.	Dünnwald	Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach

Name	Wohnort	Vertreter des Wahlkreises
Stephan, Carl	Hildesheim	Hildesheim
Stolpe, Hermann	Grünberg	Grünberg-Freystadt
Storch, Franz	Stettin	Stettin
Taeterow, A.	Berlin	Berlin I
Tempel, Gustav	Berlin	Berlin IV
Thierbach, O.	Berlin	Königsberg-Neumark
Titze, Ernst	Minden i. W.	Schaumburg-Lippe, Minden-Lübbecke
Tischer, G.	Melsungen	Kassel-Melsungen
Tölcke, Carl W.	Dortmund	Dortmund
Trappe, August	Stralsund	Stralsund-Franzburg-Rügen
Trautwein, A.	Quedlinburg	Calbe-Aschersleben
Trilse, Hermann	Leipzig	Leipzig Stadt und Land
Trützschler, Franz	Rathenow	Westhavelland
Tschirpe, Rich.	Liegnitz	Liegnitz-Goldberg-Haynau
Ulrich, C.	Offenbach a. M.	Offenbach-Dieburg-Worms-Heppenheim-Wimpfen
Ungering, Franz	Köpenick	Teltow-Beeskow-Charlottenbg.
Urban, Carl	Forst N.-L.	Sorau-Forst
Urban, Josef	München	München II
Vetterlein, Emil	Gera	Reuß j. L.
Vogel, L., Frau	Gera	Reuß j. L.
Volderauer, Rich.	Karlsruhe	Villingen
v. Vollmar, G.	Soiensaß a. W.	Rosenheim
Voigt, Gust. Ad.	Crimmitschau	Zwickau-Crimmitschau
Wambsganß, G.	München	München I
Wassermann, H.	Schöningen	Kreis Helmstedt
Wehder, P.. Ed.	Sonneberg	Sonneberg-Saalfeld
W. Weidner	Dohlen	Schleswig
Wendt, Karl	Kamenz i. Sachs.	Bautzen
Wengels, Robert	Berlin	Berlin IV
Wernau, Julius	Berlin	Potsdam-Osthavelland
Werner, Wilhelm	Berlin	Teltow-Beeskow-Charlottenbg.
Werstein	Neu-Isenburg	Offenbach-Dieburg
Wesch, Carl	Crefeld	Crefeld u. München-Gladbach
Wildberger, Carl	Berlin	Schwedt a. O.
Willig, W.	Hannover	Hannover
Wilm, Paul	Neuhof	Harburg-Buxtehude
Winter, Franz	Frankenhausen	Schwarzburg-Rudolstadt
Winkler Hermann	Breslau	Breslau (West)
Wurm, E.	Hannover	Hannover
Zick, Friedrich	Fürth	Fürth-Erlangen

Zuschriften und Telegramme.

Amsterdam. Fr. Gatzenmeyer.
Amsterdam. Vorstand der Sozialdem. Partei Hollands.
Augsburg. Genossen.
Barmen. Gewerkschafts-Kommission für Barmen-Elberfeld.
Bautzen. Genossen.
Berlin. Altdeutscher Rauchklub Berlin O.
Berlin. Diskutirklub „Hasenclever".
Berlin. Filiale S.W. der Maler.
Berlin. Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.
Berlin. Freie Vereinigung d. Kaufleute.
Berlin. Gastwirthsgehilfen.
Berlin. Genossen Berlin I.
Berlin. Max Körbitz.
Berlin. Leseklub „Gleichheit".
Berlin. Mehrere Studenten.
Berlin. Mitglieder d. Vorst. d. Zahlst. d. deutschen Gold- u. Silberarbeiter.
Berlin. Polnische Sozialdemokraten.
Berlin. Skatklub „Treff".
Berlin. Soziald. Fraktion d. Stadtverord.
Berlin. Sozialdem. Wahlverein Berlin V.
Berlin. Versammlung der freien Vereinigung der Maurer.
Berlin. Versamml. d. Gewerkschaften.
Berlin. Versammlung des Wahlvereins Berlin III.
Boizenburg a. d. Elbe. Genossen.
Bonn. Sozialdem. Verein „Neue Zeit".
Brasilien. Die Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten.
Braunschweig. Genossen.
Bremen. Waller Arbeiterschaft.
Bremerhaven. Versammlung der organisirten Arbeiter.
Breslau. Versammlung in der Rößler-schen Brauerei.
Brüssel. Jean Volders.
Budapest. Redaktion der „Arbeitersache" und „Nerszava".
Bukarest. Klub der Arbeiter.
Calbe a. S. Arbeiter-Bildungs-Verein.
Castrop. Mehrere Genossen.
Charlottenburg. Parteigenossen.
Chemnitz. Sozialdemokr. Wahlverein.
Cincinnati. National-Komitee der Soz. Arbeiter-Partei.
Coburg. Genossen.
Cöln. Die „jungen" organisirten Maler und Anstreicher.
Danzig. Parteigenossen.
Debschwitz-Gera. Frauen.
Dessau. Arbeiter.
Dortmund. Genossen.
Duisburg. Versammelte Genossen.
Elmshorn. Genossen.
Ems. Genossen.
Essen. Borbeker Genossen.
Forst i. Lausitz. Genossen.
Frankenhaus.-Kyffhäuser. Parteigenoss.
Freyberg i. Sachs. Genossen.
Friedeberg-Arnswalde. Genossen.
Fürth. Frauen und Mädchen.
Fulda. Genossen.
Galatz. Klub der Arbeiter.
Gelsenkirchen. Arbeiter-Wahlverein.
Gelsenkirchen. 6 Genossen.
Gera-Reuß. Mehrere Frauen.
Gießen. Mehrere Genossen.
Granada. Heinrich Sievers.
Gravenhage. Buzello.
Hamburg. Mehrere Genossen der drei Hamburger Wahlkreise.
Hamburg. Sozialdemokr. Verein.
Hanau. Wahlverein.
Heiligenstadt. A. Hörning.
Hermsdorf. Gen. v. Pankow-Reinickend. v. e. verkracht. Antisem.-Vers. i. Glinicke.
Heslach. Arbeiterverein.
Höhenberg b. Kalk. Genossen.
Jena. Parteigenossen.
Iserlohn. Parteigenossen.
Itzehoe. Gen. in Itzehoe u. d. 5. Schlesw.-Holst. Wahlkr. zuertheilt. Helgoland.
Kalk. Genossen des Landkreises Cöln.
Katscher. Genossen aus dem schwarzen Oberschlesien.
Kiel. Genossen.
Kirchheim-Bolanden. Genossen.
Konstanz. Genossen.
Kopenhagen. Sozialdem. Dänemarks.
Ladenburg. Versamml. d. Schuhmacher.
Lägerdorf. Arbeiter-Verein.
Leipzig. Sozialb. Leipzig Stadt u. Land.
Limmer. Genoss. d. Hameln'schen Wahlkr.
London. Komm. Arbeiter-Bildungs-Ver.
London. National Union d. Gasarbeiter.
Ludwigshafen. Genossen.
Lüdenscheid. Genossen.
Madrid. National-Komitee d. spanischen Sozialisten.
Mannheim. Freudenheimer Genossen.
Metz. Genossen.
Mülheim. Genossen.
München. Versammlung i. Collosseum.
Nauen. Arbeiter-Bildungsverein.
Netzschkau. Arbeiterstand.
Neuenhagen. Fest-Versammlung von Alt-Landsberg und Umgegend.
Neuhaldensleben. Volksversam. 19. Okt.
Neuhausen-München. Sozial. Leseverein.
Neuhausen b. München. Mehrere Frauen.
Neumünster. Agitations-Kommission.
Nürnberg. Genossen.
Ohlau. Parteigenossen.
Osnabrück. Festlichkeit der Schneider.
Osnabrück. Parteigenossen.
Osnabrück. Vereinigte Metallarbeiter.
Ostrowo. Genossen.
Ottensen. Parteigenossen.

Paris. Deutscher Sozialdem. Leseklub.
Paris. Gruppe der sozialistischen revolutionären Studenten.
Paris. Nationalrath der Arbeiter.
Poesneck. Sozialistische Arbeiter.
Potschappel. Sänger, Rothe-Schänke im Plauenschen Grunde.
Potsdam. Genossen.
Quakenbrück. Genossen.
Rathenow. Genossen.
Ravensburg. Wahlverein.
Rom. 62 Sozialisten.
Ronsdorf. Sozialdem. Volksverein.
Schaffhausen. Deutscher Arbeiter-Verein.
Schwabach. Genossen.
Speyer. Diskutir- und Leseklub.
Staßfurt. Sozialdemokr. Versammlung im Lingnerschen Saal.
Stettin. Hand- u. Fabrikarbeiterinnen.
Stettin. Personal des „Volksboten".
Stockholm. Sozialdemokraten Schwedens.
Stralsund. Genossen.
Straßburg i. Els. Einige Zöglinge d. General Vogel v. Falkensteinschen Fer.-K.
Untertürkheim. Else Dulk und Hedwig Wilhelmi.
Velbert im Rheinland. Genossen.
Volkmarsdorf-Leipzig. Genossen.
Wien. Wiener Drechsler.
Wilhelmsburg a. d. Elbe. Genossen.
Winterthur. Die deutschen Sozialisten.
Zwickau. Genossen.

Sprech-Register.

Agster 114. 220. 226. 228. 232. 234.
Albrecht 315.
Auer 87. 104. 108. 135. 151. 222.
Auerbach 85. 96. 127. 137. 218. 245. 252.

Baake 113.
Baetge 104.
Bebel 85. 86. 95. 108. 112. 117. 168. 226. 229. 230. 231. 232. 234. 265. 288. 316.
Beyer 135. 294.
Blos 293. 358.
Blume 109.
Boerner 116. 298.
Buchwald 301.

Dahlen 241.
Dietz 251.
Dreesbach 301. 302. 315.

Ehrhart 133. 287. 313.
Eitzinger 315.
Emmel 96. 110. 314. 315. 316.
Ewald 107.

Fichtmann 298.
Fischer-Berlin 122. 147. 149. 258. 300.
Fleischmann 240. 314.
Fritz-Berlin 201.
Frohme 121. 146. 150. 292. 299. 301. 303. 314.

Gerisch 131. 300.
Gießmann 229.
Glocke 125.
Goldstein 241.
Grillenberger 130. 149. 295.
Grothe 85. 216. 232. 316.

Haberland 300.
Haeßler 227. 300.
Hamm 309.
Heine 132. 237. 250. 290.
Heinrich 227.
Herbert 139. 235.
Hoffmann-Zeitz 139. 312. 315.
Hofmann-Chemnitz 228.
Hosang 113.

Jacobey 117. 235.
Jeup 140.
Jöst 127. 224. 295. 302. 315.

Kaden 315.
Kater 132. 286.
Kalnbach 220.
Kerrl 306.
Klüß 314.
Knierim 307.
Koenen 107. 316.
Kühn-Zwötzen 315.

Lande 142.
Leid 145.
Liebknecht 128. 203. 242. 265.
Lingner 227.
Loewenstein 221.
Lux, Dr. 140. 149.
Lütgenau, Dr. 237.

Meist 115.
Meister 252.
Metzner 130. 230. 231. 232. 237.
Milenz 106. 224. 298. 308.
Mittag 133.
Molkenbuhr 152. 245.
Müller-Darmstadt 318.

Neweczerzal 231. 309.
Niederauer 103. 202.

Oertel 202. 287.

Pëus 125. 250. 305.
Pfannkuch 114. 358.

Renner 244.
Reumann 358.
Riesop 142.
Rohrle 314.
Rüdt, Dr. 304. 358.

Sailer 84. 125. 215. 290.
Schade 292.
Scherm 298.
Schmalfeldt 136.
Schmid-München 236. 300.
Schmidt-Burgstädt 297.
Schmidt-Zwickau 133. 228. 229.
Schöder 140.
Schönlank, Dr. 219.
Scholz 220. 250. 321.
Schulz-Berlin 96.
Schultze-Königsberg i. P. 126. 291.
Schulze-Magdeb. 105. 225.
Schweer 146. 217.
Semmler 290. 291.
Singer 81. 86. 112. 198. 225. 228. 235. 251. 252. 253. 286. 290. 293. 298. 301. 302. 304. 307. 308. 309. 312. 357. 358. 359.
Slomke 231.
Stabernack 140.
Stadthagen 151. 244. 314.
Stamm 312. 358.
Steinbach 245.
Storch 109. 220.

Taeterow 84. 116. 229.
Thierbach 217.
Tölcke 211. 230. 234.
Trappe 307.
Trautwein 133.
Trilse 221. 230. 300.

Ulrich 146.
Urban 244.

Volderauer 216. 308.
v. Vollmar 179. 254. 287.

Wendt 145. 293.
Wengels 244.
Wernau 127. 322.
Werner 84. 85. 97. 144. 149. 221.
Wesch 306. 307.
Wildberger 110. 143. 190.
Winkler 289.

Druck von Max Bading, Berlin SW., Beuthstr. 2.





